3 1761 07985888 2

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Herausgegeben von

B. von Siebert

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Herausgegeben von

B. von Siebert
ehemaliger Sekretär der Kaiserlich Russischen Botschaft
in London

Berlin und Leipzig 1921
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung : J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung :
Georg Reimer : Karl J. Trübner : Veit & Comp.

D
511
S4727
1921

Alle Rechte, insbesondere das Übersetzungsrecht, von der Verlagshandlung vorbehalten.

Copyright by Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung - J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung - Georg Reimer - Karl J. Trübner - Veit & Comp. Berlin und Leipzig 1921

Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10.

Vorwort.

Sine ira ac studio.

Vor nicht langer Zeit ist von einem Minister einer europäischen Großmacht die „Entgiftung der internationalen Beziehungen" als Grundbedingung des zukünftigen friedlichen Zusammenlebens der Völker bezeichnet worden. Diese Worte umschreiben genau Zweck und Ziel der vorliegenden Veröffentlichung. Sie dienen auch zur persönlichen Rechtfertigung meines Entschlusses, das in meinem Besitz befindliche Urkundenmaterial schon jetzt der Öffentlichkeit zu übergeben. Die frühere russische Regierung ist zudem unter den Trümmern des zusammengebrochenen Reiches begraben worden — andere Rücksichten habe ich nicht zu nehmen.

Meine mehrjährige Zugehörigkeit zu der russischen Botschaft in London hat mich in unmittelbare Berührung mit den wichtigsten politischen Begebenheiten der letzten fünf dem Kriege vorhergehenden Jahre geführt. Zwar nicht handelnd, wohl aber sehend und zu verstehen suchend, bin ich Ereignissen gegenübergestanden, die einem unbefangen urteilenden Beobachter keinen Zweifel lassen konnten, daß Europa eine der kritischsten Perioden seiner Geschichte durchlebte und einer Katastrophe unaufhaltsam zuzueilen schien.

Damals entstand bei mir der Gedanke, in späteren abgeklärteren Jahren eine Geschichte jener Zeit zu schreiben. Das im vorliegenden Werke veröffentlichte Urkundenmaterial, zusammen mit sehr ausführlichen Aufzeichnungen über persönliche Eindrücke, Beobachtungen und Unterredungen, sollte mir hierbei als Grundlage dienen.

Dieser Aufgabe fühle ich mich jedoch heute nicht mehr gewachsen; es fehlt mir das eigene Zutrauen zu einem objektiven Darstellungsvermögen. Die furchtbare und in allen ihren Folgen noch nicht einmal zu übersehende Katastrophe, die über uns hereingebrochen ist, hat auch jeden einzelnen Menschen in seinem inneren Empfinden und Erleben derart erschüttert, daß es ihm unmöglich ist, zu dem soeben Durchlebten und Durchlittenen die nötige Distanz eines objektiven Urteils zu nehmen.

Ich habe deshalb auf meinen ursprünglichen Plan einer Geschichte jener Zeit verzichtet und, unter Weglassung aller persönlichen Kommentare, Erklärungen und Beschreibungen, mich auf eine einfache Veröffentlichung urkundlichen Tatsachenmaterials beschränkt. Aus diesem Grunde habe ich auch von einem verbindenden Texte abgesehen, obwohl ein solcher dem weniger bewanderten Leser das Studium der Dokumente vielleicht erleichtert hätte. Immerhin glaube ich, daß die einzelnen Kapitel auch so ein einheitliches Bild der Geschehnisse geben. Vor allem hoffe ich, daß sie dem zukünftigen Historiker neues Material erschließen.

Aber, wie ich in den einleitenden Sätzen schon angedeutet, ich verfolge mit dieser Veröffentlichung noch einen andern Zweck.

Die Schuldfrage ist heute zum Brennpunkt des Völkerlebens geworden. Ehe diese Frage nicht restlos gelöst wird, können die Prinzipien der demokratischen Selbstbestimmung und sozialen Gerechtigkeit in den Beziehungen der Nationen zueinander nicht verwirklicht werden. In dieser Hinsicht haben weder die bisherigen offiziellen Veröffentlichungen, noch die Memoiren leitender Staatsmänner, so interessant sie an und für sich sind, befriedigen können — noch weniger allerdings befriedigen die apodiktischen Urteile, die, der Feder einzelner Politiker entflossen, einen Platz in offiziellen Dokumenten gefunden haben. Und doch verlangen die Völker immer stürmischer zu wissen und zu verstehen, und immer leidenschaftlicher ertönt ihr Ruf gegen Geheimdiplomatie, Kapitalismus und Imperialismus.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung habe ich versucht, einen Beitrag zum wirklichen Verständnis der Politik der letzten Vorkriegsjahre zu liefern. Nicht durch sensationelle Enthüllungen

will ich dies erreichen, sondern dadurch, daß ich den diplomatischen Schriftwechsel selbst sprechen lasse und die inneren Zusammenhänge der Begebenheiten, sozusagen die Veräftelungen des politischen Nervensystems, zu erfassen suche.

Dieses Buch soll keine Verteidigungsschrift sein, auch keine Anklage gegen einzelne Nationen oder politische Persönlichkeiten, wohl aber die rücksichtslose Bloßstellung eines politischen Systems, welches allerseits — ich betone dieses Wort ganz besonders — nichts anderes bedeutet als brutales, rein materialistisches Streben nach Machtzuwachs, wobei Gewalt stets über Recht gestellt worden ist.

Seitdem ich diese Gedanken vor mehr denn Jahresfrist niedergeschrieben, haben sich die Ereignisse mit der unserer Epoche eigentümlichen Geschwindigkeit entwickelt, und sind die Folgen des Versailler Diktates bereits deutlich in Erscheinung getreten. Dies gilt ganz besonders von der Schuldfrage.

Ich glaube daher jetzt, ohne mich dem Vorwurfe der Parteilichkeit auszusetzen, darauf hinweisen zu dürfen, daß die Frage der Schuld Deutschlands am Weltkriege nicht mehr ausschließlich zur moralischen Rechtfertigung der Forderungen der Ententemächte dient, sondern von diesen selbst zu einer Frage der praktischen Politik erhoben worden ist.

Von französischer Seite ist seinerzeit die Behauptung aufgestellt worden, „Deutschland stehe der geeinigten Kulturwelt gegenüber und habe von derselben als Gesamtheit sein Urteil zu empfangen".

Noch schärfer hat jetzt Lloyd George in seiner am 3. März 1921 in London gehaltenen Rede die Bedeutung der Schuldfrage für die praktische Politik der Gegenwart gekennzeichnet: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend, sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig."

An den Gerechtigkeitssinn der gesamten Kulturwelt tritt also die Frage heran, ob die Voraussetzungen des Versailler Traktates als zutreffend erklärt werden können oder nicht.

Die Übersetzung der Dokumente ist so sinngetreu wie möglich und dem Urtexte, selbst unter stilistischen Zugeständnissen, eng angepaßt. Sollte bei einer etwaigen durch diese Veröffentlichung hervorgerufenen Diskussion die Übersetzung zu verschiedener Auslegung Anlaß geben, so wird der ursprüngliche russische, französische oder englische Text der einzelnen Dokumente zu Rate gezogen werden können.

Die Dokumente selbst sind der Übersichtlichkeit halber nach verschiedenen Materien geordnet worden; die drei letzten Kapitel fassen den großen Zug der Entwicklung noch einmal zusammen.

Das ausführliche Inhaltsverzeichnis soll den allgemeinen Überblick über die in Frage kommende Epoche möglichst erleichtern.

Inhaltsverzeichnis.

Balkanpolitik 1909 bis Juli 1912.

Erstes Kapitel. **Die Lösung der bosnischen Krise: 5. November 1908 bis 8. April 1909** ..... S. 71—115

Stellungnahme der Großmächte zur Krise. 5. November 1908. Iswolsky an russische Botschaft Paris: Trennung der Mächte in zwei Gruppen S. 71, — Wirkung einer Isolierung Deutschlands auf Kaiser Wilhelm und seine Haltung gegenüber der Wiener Militärpartei S. 71, — Rußland nicht kriegerisch gesinnt S. 72, — Beeinflussung Serbiens und Montenegros durch die russische öffentliche Meinung S. 72, — Deutsch-österreichischer Bündnisvertrag scheint offensive Spitze auf Balkanterrain erhalten zu haben S. 72, — Rußland sucht österreichisch-serbischen Konflikt beizulegen S. 73. — 28. Januar 1909. Russische Botschaft London an Iswolsky: England verspricht Rußland diplomatische Unterstützung S. 73, — besteht aber auf Mäßigung der serbischen Ansprüche S. 73. — 26. Februar. Franz. Botschaft Petersburg an russ. Regierung: Französische öffentliche Meinung gegen Krieg, wenn russische oder französische Lebensinteressen nicht bedroht sind S. 74, — doch nimmt die französische Regierung den russischen Konferenzvorschlag an S. 75.

Die territorialen Kompensationsforderungen Serbiens. 24. Februar 1909. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge wünscht, daß Rußland in Belgrad zur Mäßigung rät S. 75. — 27. Februar. Dies. an dens.: England glaubt, daß die territorialen Ansprüche Serbiens zu einem Kriege führen müßten, und daß man deren Befriedigung Österreich nicht zumuten könne S. 76. — 27. Februar. Iswolsky an russ. Botschaft Paris: Die französische Mitteilung hat peinlich berührt S. 76, — Rußland gegen eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Serbien S. 77, — erteilt aber in Belgrad den Rat, auf territoriale Ansprüche zu verzichten S. 77. — 27. Februar. Iswolsky an russische Gesandtschaft Belgrad: Warnung an Serbien S. 77. — 27. Februar. Ders. an dies.: Die bosnische Annexion wird von Rußland auf der in Aussicht genommenen Konferenz nicht sanktioniert werden S. 78. — 28. Februar. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Entwurf einer Kollektivnote der Mächte an Serbien S. 79. —

Iswolsky: Befürchtungen in England über Schwenkung der russischen Politik S. 109, — Benckendorff hat Grey erklärt, daß man in Rußland Deutschlands Vorgehen nicht leicht vergessen werde S. 109. — 1. April. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Auch Frankreich zur Erledigung durch Notenaustausch bereit, da die Ursache eines eventuellen Krieges keinen Widerhall in der Bevölkerung fand S. 109, — gewisse Verstimmung in Paris über Rußlands Nachgiebigkeit S. 110, — öffentliche Meinung in Frankreich und England verlangt, daß die Entente ihre Kräfte planmäßig entwickeln müsse S. 111. — 1. April. Dies. an dens.: Fernhalten Deutschlands und Österreichs vom Mittelmeer ist gemeinsames Interesse der Entente S. 112, — dies kann vielleicht auch ohne Krieg erreicht werden S. 112, — nach Wiederherstellung der militärischen Macht Rußlands wird die Entente Österreich zwingen können, auf seine Balkanpläne zu verzichten S. 112. — 1. April. Dies. an dens.: Frankreich und England hatten militärische Vorbereitungen getroffen, bis es bekannt wurde, daß Rußland jetzt nicht imstande sei, Krieg zu führen S. 113, — aus diesem Grunde Kabinette von Paris und London für engeren Zusammenschluß und verstärkte militärische Rüstungen S. 114, — nur unter diesen Bedingungen wird Rußland seine historische Mission erfüllen können S. 115. — 8. April. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Russische Verstimmung wegen gemeinsamen Vorgehens Englands mit Italien in montenegrinischer Frage unbegründet S. 115, — es läge kein Grund für eine Demission Iswolskys vor S. 115. —

Zweites Kapitel. **Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland: 22. November 1909 bis 15. Februar 1911** ..... **S. 116—136**

Aehrenthals Wunsch, normale Beziehungen mit Petersburg wiederherzustellen. 22. Nov. 1909. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal wünscht der Pressepolemik zwischen Rußland und Österreich eine Ende zu setzen S. 116. — 27. Jan. 1910. Dies. an dens.: Pressegerüchte über eine mögliche Entspannung zwischen Petersburg und Wien nicht von den Regierungen inspiriert S. 116. — 3. Febr. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Ein Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland prinzipiell zu begrüßen S. 117, — doch glaubt Botschafter Nelidow, den österreichischen Staatsmännern nicht trauen zu dürfen S. 117, — man muß daher die österreichische Handlungsfreiheit durch internationalen Charakter der Vereinbarungen zu binden suchen S. 117, — durch die Anerkennung des Prinzips des status quo auf dem Balkan würden auch Österreichs Pläne in wirksamer Weise eingedämmt S. 118, — die Balkanstaaten hätten dann Zeit, innerlich zu erstarken und gegenseitige Anlehnung zu suchen, während Rußland seine militärischen Kräfte ausbauen könnte, um den unvermeidlichen Ereignissen gut gerüstet entgegenzutreten S. 118, — Frankreich verfolgt die russisch-österreichischen Verhandlungen mit Interesse S. 118. —

Die österreichische und die russische Formel zur Wiederherstellung des Kontaktes zwischen beiden Ländern. 5. Febr. 1910. Iswolsky an russ.

Botschaft Wien: Text der von Aehrenthal vorgeschlagenen Formel S. 118. — 2. Febr. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: In Belgrad hat die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Rußland und Österreich außerordentlich beunruhigt S. 120. — 4. Febr. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Belgrad: Kein Grund zur Beunruhigung, da Annäherung nur beschränkte Bedeutung zukomme S. 120. — 4. Febr. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Ähnliche Beunruhigung in der Türkei S. 120. — 6. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Das in Aussicht genommene Einverständnis mit Österreich nicht gegen Türkei gerichtet S. 121. — 9. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft Wien: Text der russischen Formel S. 122. —

Bestreben des Petersburger Kabinetts, Österreich durch internationalen Charakter des erzielten Einverständnisses zu binden. 24. Febr. 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Bittet um Englands Unterstützung, um Aehrenthals Abneigung gegen russischen Vorschlag zu überwinden S. 122. — 26. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey bereit, dies zu tun, fragt aber an, in welcher Form dies geschehen könnte S. 123. — 27. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft London: England solle Aehrenthal erklären, es halte die Beteiligung auch der anderen Mächte für nützlich S. 124. — 12. Febr. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Italien gleichfalls bereit, russischen Vorschlag in Wien zu unterstützen, zweifelt aber, daß er von Aehrenthal angenommen werden wird S. 124. — 12. Febr. Dies. an dens.: Italien erblickt zwar in den russischen Vorschlägen eine Bekräftigung seiner eigenen Politik, befürchtet aber ein zweiseitiges Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland unter Ausschluß Italiens S. 124. — 17. Febr. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal bestätigt die Identität der Grundlagen der österreichischen und russischen Balkanpolitik, hält aber eine Beteiligung der anderen Mächte an diesem Einverständnis für unzeitgemäß S. 125, — Bedenken der italienischen und französischen Botschafter hinsichtlich der Bedeutung des dritten Punktes des russischen Programms S. 126, — Unzufriedenheit der deutschen Presse mit Aehrenthal S. 127. — 26. Febr. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Italien will überlegen, wie russischer Vorschlag in Wien unterstützt werden kann S. 127. — 26. Febr. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Frankreich wird alles tun, um Iswolskys Vorschlägen in Wien zum Triumph zu verhelfen S. 127. — 27. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft Rom: Italien, Frankreich und England werden von Rußland über Gang der Verhandlungen mit Österreich unterrichtet, weniger ausführlich auch Deutschland S. 128. — 1. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky: England will Rußland in Wien unterstützen S. 128, — doch müsse dies in einer vorsichtigen Form geschehen, um Aehrenthal nicht zu verletzen S. 128, — Benckendorff beabsichtigt seinerseits mit dem österreichischen Botschafter in London zu sprechen S. 129. — 1. März. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Berliner Kabinett teilt Aehrenthals Ansicht über Unzweckmäßigkeit der Beteiligung der anderen Mächte S. 129. — 1. März. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal beharrt auf seinem früheren Standpunkt S. 130. — 2. März. Dies. an dens.: Der englische Botschafter stellt die Unterstützung seiner Regierung in Aus-

sicht, der italienische Botschafter zurückhaltend S. 131. — 3. März. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Pichon gibt zu, daß es für Aehrenthal sehr schwer sei, die russischen Vorschläge anzunehmen, da sie eine Bindung der österreichischen Politik bedeuten, wird aber um so mehr die russischen Forderungen in Wien unterstützen S. 131. — 10. März. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal lehnt eine Mitteilung an die anderen Mächte ab, da sie nur eine Schwächung des erzielten Einverständnisses bedeuten würde S. 132, — äußert sich beruhigt über die Lage auf dem Balkan S. 132. — 19. März. Dies. an dens.: Aehrenthal beabsichtigt die öffentliche Meinung in Österreich durch Veröffentlichung einer Mitteilung zu orientieren S. 133. — 20. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Hat auch ohne Einwilligung des Wiener Kabinetts die auf die Verhandlungen mit Österreich bezügliche diplomatische Korrespondenz den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und der Türkei mitgeteilt S. 133. — 22. März. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal bedauert zwar diesen Schritt der russischen Regierung, ist aber über den glücklichen Abschluß der österreichisch-russischen Verhandlungen befriedigt S. 133. —

Zweckmäßigkeit eines österreichisch-russischen Einvernehmens in Balkanfragen. 8. Nov. 1910. Russ. Botschaft Wien an Sasonow: Befriedigung in Wien über die Kaiserzusammenkunft in Potsdam, in der man gleichfalls die Möglichkeit einer Annäherung Österreichs an Rußland erblickt S. 134, — es liegt auch im russischen Interesse, den jetzigen Zeitpunkt zum Abschluß einer Verständigung mit Wien zu benutzen S. 134. — **15. Febr. 1911.** Dies. an dens.: Serbien will eine Besserung in den österreichisch-russischen Beziehungen nicht zulassen S. 135, — österreichische Politik nicht auf territoriale Erwerbungen auf dem Balkan gerichtet, da in Wien eine Annäherung an Rußland und auch an Frankreich lebhaft gewünscht wird S. 136, — Rußland müsse ein neues Abkommen mit Österreich ernstlich ins Auge fassen, da sonst Intrigen der Balkanstaaten zu einem Bruch zwischen Österreich und Rußland führen könnten S. 136. —

Drittes Kapitel. **Bildung des Balkanblockes: 13. März 1909 bis 20. Juni 1912** ..... S. 137—156

Bemühungen Rußlands, einen Bund der Balkanstaaten ins Leben zu rufen, März bis November 1909. 13. März 1909. Russ. Gesandtschaft Sofia an Iswolsky: Der serbische Außenminister von seinem Aufenthalt in Sofia sehr befriedigt, Gemeinsamkeit der politischen Ziele beider Länder und Rußlands Interesse für slawische Volksstaaten S. 137. — 16. April. Dies. an dens.: Serbien wünscht mit Bulgarien ein gemeinsames Vorgehen angesichts der türkischen Krise zu vereinbaren S. 137. — 18. April. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Sofia: Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien schwierig, aber nicht aussichtslos, Rußland dürfe dabei nicht allzu aktiv hervortreten S. 138. — 18. April. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Belgrad: Serbisch-bulgarische Annäherung entspricht den gemeinsamen slawischen Interessen,

doch müssen Verhandlungen Österreichs wegen vorsichtig geführt werden S. 138. — 27. April. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: Die serbischen Sympathien für Bulgarien erstarken immer mehr S. 139, — doch muß man bei der Schwierigkeit der Verhandlungen mit weniger wichtigen Fragen anfangen S. 139, — und auch in Mazedonien nationale Reibungen zu vermeiden suchen S. 140. — 4. Mai. Russ. Gesandtschaft Sofia an Iswolsky: Unterredung König Ferdinands mit dem russischen Gesandten über den Abschluß eines politischen Abkommens zwischen beiden Ländern S. 140. — 12. Mai. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Sofia: Rußland wird diesbezügliche konkrete Vorschläge Bulgariens mit Vergnügen entgegennehmen S. 141. — 25. Mai. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: Bulgarien weicht den serbischen Vorschlägen aus S. 141. — 8. Juni Dies. an dens.: Der unbefriedigende Gang der serbisch-bulgarischen Verhandlungen ist auf den persönlichen Einfluß König Ferdinands zurückzuführen S. 141. — 16. August. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Sofia: Rußland befürchtet eine Annäherung Bulgariens an Österreich und bittet die bulgarische Regierung um vertrauliche Erklärungen S. 142. — 3. Nov. Russ. Botschaft London an Iswolsky: In London hat man den dort eingetroffenen serbischen Außenminister auf die Möglichkeit eines österreichischen Schrittes als Folge der Zusammenkunft in Racconigi hingewiesen S. 143, — Tittoni beabsichtige angeblich auch die anderen Mächte aufzufordern, dem in Racconigi getroffenen Abkommen beizutreten S. 144, — wahrscheinlich habe man aber in London nur bezweckt, den serbischen Außenminister von unbedachten Schritten zurückzuhalten S. 144. — 15. Nov. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Tittoni dementiert die Nachricht über die ihm zugeschriebenen Absichten S. 145. —

Desgleichen September 1910 bis Dezember 1911. 28. Sept. 1910. Sasonow an russ. Gesandtschaft Sofia: Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien in Anbetracht der türkenfreundlichen Haltung Rumäniens S. 145. — 25. Nov. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Die bulgarische Realpolitik hat bis jetzt in der Annäherung an Serbien keinen Nutzen für sich erblicken können S. 146, — Rußland muß nun versuchen, die bulgarische Politik in ein bestimmtes Fahrwasser zu lenken S. 147, — Serbien hat sich endgültig auf seiten Rußlands und folglich auch Frankreichs und Englands gestellt S. 147, — man muß Bulgarien um denselben Preis die Verwirklichung seines nationalen Ideals versprechen S. 147, — dann muß aber auch Rußland eine nationale und slawische Politik treiben, die zur Erreichung seiner Ziele notwendigen Mittel vorbereiten und die Einigung der slawischen Balkanstaaten in eigene Hände nehmen S. 147, — augenblicklich jedoch muß Rußland ohne Lärm und Demonstration vorgehen S. 148. — 5. Jan. 1911. Russ. Gesandtschaft Athen an Sasonow: Bulgarien wünscht gute Beziehungen zu Griechenland, sieht aber fürs erste keine Grundlage für ein formales Übereinkommen S. 148. — 11. März. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Der König von Bulgarien, von seiner Wiener Reise wenig befriedigt, wird jetzt russophilen Einflüssen zugänglicher sein S. 149. — 1. April. Russ.

Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Die Lage der bulgarischen Bevölkerung Mazedoniens soll erleichtert werden, um die Beziehungen zu Bulgarien zu bessern S. 150. — 2. April. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Der König von Montenegro teilt den serbischen Standpunkt hinsichtlich der Gemeinsamkeit der politischen Ziele beider Länder S. 150. — 8. April. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Danew bezeichnet ein enges Einvernehmen zwischen Serbien und Bulgarien als eine gegen Österreich gerichtete politische Notwendigkeit, bulgarische Politik wird jetzt diese Richtung endgültig einschlagen S. 150. — 27. Mai. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Reise Hartwigs nach Sofia, um bulgarisch-serbische Verhandlungen zu fördern S. 151. — 8. Juli. Stellvertretender Außenminister Neratow an russ. Gesandtschaft Sofia: Ermächtigung, das Bestehen einer Militärkonvention zwischen Bulgarien und Rußland zu dementieren S. 151. — Anmerkung auf S. 151: Telegramm Sasonows an die russ. Botschaft London vom 16. Jan. 1913: Beweis des Bestehens dieser Konvention. — 8. Okt. Russ. Botschaft Wien an Neratow: Da Rußland auf Abschluß eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien besteht, fragt bulgarische Regierung an, auf welche Garantien von seiten Rußlands gegen Österreich es in diesem Falle zählen könne S. 152. — 12. Dez. Russ. Gesandtschaft Sofia an Neratow: König Ferdinand scheint nach seinem letzten Wiener Aufenthalt die Überzeugung gewonnen zu haben, daß Rußland, Frankreich und England den Kräften Deutschlands und Österreichs überlegen sind, und wird sich wahrscheinlich endgültig einem Abkommen mit Serbien und Rußland zuwenden S. 153. —

Abschluß eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien März 1912 und eines Abkommens zwischen Bulgarien und Griechenland Juni 1912. 30. März 1912. Sasonow an die russ. Botschaften London und Paris: Mitteilung über den Abschluß des serbisch-bulgarischen Bündnisses, welches geheimgehalten werden soll und eine russische Schutzmaßregel gegen die Erweiterung des Einflusses einer Großmacht auf dem Balkan bedeutet S. 154. — 1. April. Russ. Botschaft London an Sasonow: Abschluß des Bündnisses wird Grey mitgeteilt werden S. 154. — 4. April. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Über die Möglichkeit, den Abschluß einer bulgarischen Anleihe in Paris zu erleichtern, da Bulgarien sich dem Kreislaufe der Politik der drei Ententemächte anschließt S. 155. — 16. April. Dies. an dens.: Zustimmung der französischen Regierung zur Anleihe S. 155. — 20. Juni. Dies. an dens.: Unterzeichnung des Abkommens zwischen Bulgarien und Griechenland trotz einiger Unzulänglichkeiten und Gefahren einzelner Bestimmungen S. 155. —

England und Rußland in Persien.

Viertes Kapitel. **Die anglorussische Konvention von 1907 über Persien: 9. Oktober 1908 bis 26. Oktober 1910**.....S. **157—210**

Englands Standpunkt in der Frage der Erteilung von Eisenbahnkonzessionen in Persien an Ausländer. 9. Okt. 1908. Memorandum des

englischen Außenministeriums an russ. Botschaft London: Ohne die Absicht, augenblicklich selbst neue Eisenbahnen in Persien zu bauen, müssen England und Rußland sich jetzt schon aus politischen Gründen das Vorzugsrecht für Eisenbahnkonzessionen sichern, damit diese nicht einer dritten Macht zufallen S. 157. —

Russische Truppen in Persien. 22. Mai 1909. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Russische Truppen sollten nicht länger in Täbriz bleiben, als zur Wiederherstellung der Ordnung nötig S. 158. — 3. Juni. Dies. an dens.: Hardinge durch die scharfen Maßnahmen der russischen Truppen in Täbriz sehr beunruhigt S. 160. — 5. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Wenn russische Militärbehörden gegen persische Nationalisten vorgehen, müßte England gegen Schah Partei ergreifen S. 160, — Grey befürchtet hieraus sich ergebende Beeinträchtigung des guten Einvernehmens zwischen England und Rußland S. 160, — Iswolsky verspricht vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen S. 161. — 7. Juni. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey fürchtet nicht die Erstarkung des russischen Einflusses in Nordpersien, muß aber dem Parlament völlige Übereinstimmung des politischen Programmes der beiden Regierungen in Persien bestätigen können S. 161. — 30. Juni. Dies. an dens.: Grey glaubt, daß militärische Besetzung Teherans durch Rußland allgemeine Anarchie im Lande hervorrufen würde S. 162. — 2. Juli. Iswolsky an russ. Botschaft London: Grey befürchtet, daß eine russische militärische Intervention in Persien England zum Verzicht auf die Entente mit Rußland in Persien zwingen könne S. 163, — Iswolsky hat entgegenet, daß es sich nur um Schutz der Ausländer in Persien handelt S. 164. — 3. Juli. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey hat sich nicht so scharf über das Aufhören der russisch-englischen Kooperation in Persien ausgedrückt S. 164. — 13. Juli. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey befürchtet, daß Ankunft russischer Truppen in Teheran als militärische Intervention zugunsten des Schahs aufgefaßt werden wird S. 165, — die ganze Zukunft Persiens und die Rolle Englands und Rußlands in demselben nähern sich dem kritischen Stadium S. 165, — eine Einmischung in die innere Politik müßte zum Zusammenbruch des Landes führen S. 166. — 14. Juli. Engl. Botschaft Konstantinopel an engl. Außenministerium: Anwesenheit russischer Truppen in Persien ruft starke Erregung in allen mohammedanischen Kreisen hervor S. 167. — 20. Juli. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Abdankung des Schahs hat die Lage entspannt S. 167, — friedliche Lösung der Krise hat den Angriffen gegen anglorussische Konvention den Boden unter den Füßen entzogen S. 168. — 16. August. Russ. Botschaft London an russ. Außenministerium: Bericht über Unterredungen Iswolskys mit englischen Ministern während Monarchenzusammenkunft in Cowes über persische Fragen S. 169. —

Anstellung ausländischer Beiräte und Beamter und Fragen finanzieller Natur. 21. Jan. 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Deutschland erkennt Vorzugsstellung Rußlands und Englands in Persien an, erhebt aber Einspruch dagegen, daß bei Anstellung ausländischer Beiräte

Untertanen einer dritten Macht deutschen Untertanen gegenüber eine privilegierte Stellung eingeräumt wird S. 171, — Iswolsky beabsichtigt, sich auf Erwägungen praktischer Natur zu berufen S. 171, — aber das Bestehen eines diesbezüglichen Abkommens zwischen Rußland und England in Abrede zu stellen S. 171. — 26. Jan. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey fürchtet, daß die von Iswolsky vorgeschlagene Erklärung an Deutschland nicht ganz den Tatsachen entspricht S. 172, — empfiehlt einen andern Text S. 172. — 31. Jan. Zwei Telegramme Iswolskys an russ. Botschaft London: Das Greysche Projekt einer Antwort an Deutschland betont nicht den politischen Charakter der Beiräte S. 173, — er schlägt deshalb einen neuen Text vor S. 174. — 2. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey hält den deutschen Standpunkt, weil nicht unberechtigt, für leicht zu verteidigen und schwer anzugreifen S. 174. — 10. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Der deutsche Gesandte in Teheran erblickt in englisch-russischen Bedingungen einer persischen Anleihe Bedrohung des Prinzips der offenen Tür zuungunsten aller mit Persien Handel treibenden Nationen S. 175, — Iswolsky beabsichtigt Deutschland die Anleihebedingungen offiziell mitzuteilen und deren politischen Charakter zu betonen S. 176. — 15. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Um deutsche Einmischung zu verhindern, rät Grey, Abschluß der Anleihe zu beschleunigen und hierbei nicht auf Anstellung von sieben Franzosen zu bestehen, da derartige Forderung einer soliden Grundlage entbehre S. 176. — 16. März. Dies. an dens.: Grey gegen die Mitteilung der Anleihebedingungen an Deutschland, da dieses dann die Eisenbahnfrage aufwerfen könne, was vom Standpunkt der anglorussischen Konvention unerwünscht S. 177. — 16. März. Zwei Briefe ders. an dens.: Bericht über Unterredung Greys mit deutschem Botschafter in London über diese Fragen S. 178, — Bedeutung von Eisenbahnbauten in Persien für das weitere Bestehen der anglorussischen Konvention S. 180. — 16. März. Zwei Telegramme Iswolskys an russ. Botschaft London: Teilt Text eines von Deutschland erhaltenen Memorandums mit S. 180, — erblickt in demselben weniger eine Einmischung in persische Fragen als einen Versuch, Bagdadbahnverhandlungen zu erneuern S. 180, — Deutschland erklärt, seine bisherige Zurückhaltung in Persien könne nicht so weit gehen, daß dieses Land für jede Betätigung deutscher kommerzieller und finanzieller Kreise verschlossen wird S. 181. — 18. März. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: Zwischen den Schritten Deutschlands in London und Petersburg besteht ein Unterschied S. 182, — Grey glaubt nicht an Absicht, Bagdadbahnverhandlungen zu erneuern, sondern befürchtet deutsche Absichten auf Eisenbahnen in Persien S. 182, Text der von Grey vorgeschlagenen Antwort an Deutschland S. 182. — 18. März. Dies. an dens.: Hardinge meint, man könne der persischen Regierung in der Frage der Anstellung von Franzosen Nachgiebigkeit zeigen S. 183. — 20. März. Dies. an dens.: Veränderung im Texte des Greyschen Antwortprojektes an Deutschland S. 184. — 21. März. Dies. an dens.: Unterredung zwischen Grey und dem deutschen Botschafter über

Anleihebedingungen, gegen die Deutschland Einspruch erhebt S. 184. — 21. März. Dies. an dens.: Grey glaubt jetzt die Anleihebedingungen Deutschland mitteilen zu müssen S. 185. — 22. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Deutscher Botschafter Pourtalès hat erklärt, daß englisch-russische Anleihebedingungen mit Gleichberechtigung aller Nationen in Persien unvereinbar S. 185, — Iswolsky erwidert, daß England und Rußland niemanden von kommerziellen und industriellen Unternehmungen ausschließen wollen, daß aber Eisenbahnkonzessionen wegen ihrer politischen Bedeutung eine Ausnahme bildeten S. 186, — Rußland sei bereit, die im Jahre 1907 unterbrochenen Verhandlungen mit Deutschland wiederaufzunehmen S. 186, — Pourtalès ist von dieser Erklärung befriedigt und erklärt, daß Deutschland besondere politische Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkenne, nur deutsche kommerzielle Unternehmungen in Persien sicherstellen wolle und keine Eisenbahnbauten beabsichtige S. 186. — 23. März Ders. an dies.: Nicolson hat der russischen Regierung die Unterstützung Englands bei Unterhandlungen mit Deutschland zugesichert S. 186. — 24. März. Ders. an dies.: Das persische Parlament beabsichtige die Hilfe Deutschlands anzurufen, doch dürfen Rußland und England einen Eingriff einer dritten Macht in ihre Beziehungen zu Persien nicht zulassen S. 187. — 24. März. Russische Botschaft London an Iswolsky: Der deutsch-persische Vertrag von 1873 gibt Deutschland keine Handhabe zu einem Eingreifen in Persien S. 187. — 26. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Obwohl es unmöglich, Persien direkt zu verbieten, sich in anderen Ländern Kredit zu verschaffen, müssen England und Rußland ihm dies nach Möglichkeit erschweren S. 187. — 23. März. Russ. Gesandtschaft Teheran an Iswolsky: Ein Nachgeben in der Frage der Nationalität der Beiräte könnte Deutschland zu weiteren Forderungen ermutigen S. 188. — 16. April. Sasonow an russ. Botschaft London: In Anbetracht der Ansprüche Deutschlands hinsichtlich des Prinzips der offenen Tür in Persien müssen England und Rußland starken Druck auf Persien ausüben, um es zu verhindern, ihnen mißliebige Konzessionen an Ausländer zu erteilen S. 188, — nach Erreichung dieses Zieles wird eine Verständigung mit Deutschland leichter sein, gemeinsames Vorgehen mit England wünschenswert, die gegen Persien anzuwendenden Zwangsmaßregeln bilden Gegenstand besonderer Beratung S. 189. — 16. April. Ders. an dies.: Bethmann Hollweg schlägt England vor, daß die deutschen Wünsche hinsichtlich Persiens einen Teil eines allgemeinen politischen Abkommens zwischen Deutschland und England bilden könnten, und teilt die diesbezüglichen Vorschläge mit S. 189. —

Russisch-englischer Druck auf Persien, um es zur Nachgiebigkeit zu zwingen. 16. April 1910. Sasonow an russ. Botschaft London: Um persische Konzessionen an Deutsche zu verhindern, müssen England und Rußland auf Persien energischen Druck ausüben und dabei vor äußersten Maßregeln nicht zurückschrecken, Einvernehmen mit Deutschland um so leichter, je weniger Chancen letzteres hat, sich direkt mit Persien zu verständigen S. 190. — 23. April. Ders. an dies.: Der russ. Gesandte in Teheran schlägt

bestimmte Zwangsmaßregeln vor S. 191. — 26. April. Russ. Botschaft London an Sasonow: Hardinge billigt zwar energische Schritte, rät jedoch zu einer gewissen Zurückhaltung S. 192, — Benckendorff betont, daß Erzwingung von Zugeständnissen durch militärischen Druck kriegerische Aktion bedeutet, die zu Protesten dritter Staaten, speziell Deutschlands, führen könne S. 192. — 14. April. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Anläßlich einer Beschwerde des deutschen Untertanen Schünemann erklärt Poklewski, es sei nicht wünschenswert, dem deutschen Handel so offen Hindernisse zu bereiten S. 193. —

Deutschland und die englisch-russischen Verhandlungen mit Persien über die prinzipielle Frage der Erteilung von Konzessionen an Ausländer. 12. Mai 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Text der der persischen Regierung zu übergebenden Note, wobei der Ausdruck Konzession allgemein zu halten und nicht näher zu bezeichnen ist, um alle unwünschenswerten Konzessionen ausschalten zu können S. 193, — eine formelle Verpflichtung von seiten Persiens nicht wünschenswert, um nicht dadurch einen deutschen Protest hervorzurufen S. 194. — 25. April. Russ. Gesandtschaft Teheran an Iswolsky: Über den Versuch des Franzosen Cohen, Persien eine Anleihe in Frankreich zu verschaffen S. 194. — 28. April. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Cohen von französischer Regierung nicht unterstützt S. 195. — 13. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge hält die in Petersburg vorgeschlagene Formel bezüglich der persischen Konzessionen für zu radikal und die Drohung an Persien für zu stark S. 195. — 18. Mai. Dies. an dens.: Unterredung zwischen Grey und Metternich über Konzessionen in Persien S. 196. — 21. Mai. Dies. an dens.: Grey fragt an, ob Rußland bei eventuellen Verhandlungen mit Deutschland auch über Bagdadbahn sprechen werde, da dies wohl der Fall sein werde, so könnten England, Rußland und Frankreich mit Deutschland getrennt verhandeln, sich aber den Gang der Verhandlungen gegenseitig mitteilen; Grey selbst hat Metternich erklärt, England könne Deutschland keine Zugeständnisse in Persien ohne entsprechende Entschädigung in Bagdadbahnfrage machen S. 196. — 22. Mai. Iswolsky an russ. Botschaft London: Deutschland erklärt, in Persien keine Konzessionen zu suchen, die England oder Rußland unbequem sein könnten, und bittet um Aufschub des beabsichtigten gemeinsamen englisch-russischen Schrittes in Teheran, um eine freundschaftliche Lösung zu ermöglichen S. 197. — 24. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Auf deutschen Vorschlag eines politischen Abkommens mit England über Persien hat Grey erwidert, er sei bereits durch politisches Abkommen mit Rußland über Persien wie mit Frankreich über Marokko gebunden S. 198. — 26. Mai. Iswolsky an russ. Botschaft London: In Berlin hat man dem englischen Vertreter erklärt, die persische Frage habe ihren akuten Charakter verloren und Deutschland werde auf sie nicht mehr zurückkommen S. 199. — 31. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Mutmaßliche Ursachen dieser Haltung Deutschlands S. 199. — Auszug aus einem Berichte Sasonows an den Zaren über seinen Besuch in Balmoral Oktober

1912: Absicht Rußlands und Englands, Möglichkeit deutscher Unternehmungen in der neutralen Zone Persiens endgültig auszuschalten S. 200. —

Englands Standpunkt gegenüber dem von Rußland systematisch ausgeübten Druck auf Persien. 17. August 1910. Russ. Botschaft London an Sasonow: England will kein Kondominium mit Rußland und keine Annexion in Persien, es will vor allem verhindern, daß außer Rußland und England noch andere Mächte, besonders Deutschland und die Türkei, aus politischen Gründen eine Rolle in Persien spielen S. 201, — es muß zwar seine kommerziellen Interessen schützen, befürchtet aber durch allzu starken Druck Persien Deutschland zuzutreiben S. 202, — Rußland wird in Persien beschuldigt, die Anwesenheit seiner Truppen zu benutzen, um Vorteile für sich auszubedingen S. 203. — 26. Sept. Sasonow an russ. Botschaft London: Hat dem englischen Vertreter erklärt, Rußland werde, selbst ohne England, zu Zwangsmaßregeln gegenüber Persien greifen müssen S. 204. — 28. September. Russ. Botschaft London an Sasonow: England bereit, Rußland in Teheran zu unterstützen, um Störung des englisch-russischen Einvernehmens zu vermeiden S. 204. — 29. Sept. Sasonow an russ. Gesandtschaft Teheran: Teilt diese Nachricht mit S. 204. — 1. Oktober: Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Bestätigt, daß der englische Gesandte diesbezügliche Instruktionen erhalten hat S. 205. — 8. Okt. Sasonow an russ. Gesandtschaft Teheran: Londoner Kabinett hat seine Zustimmung zur Anwendung von Zwangsmaßregeln gegeben, nicht nur weil anglorussische Konvention von 1907 für Englands asiatische Interessen bedeutsam ist, sondern weil die Konvention für England in Europa, wo es politische Ziele vitaler Bedeutung verfolgt, noch eine viel größere Bedeutung hat, es wird daher im Notfall auf einige Interessen in Asien verzichten, und dies muß Rußland jetzt in Persien ausnutzen S. 205, — Sasonow entwickelt seinen Plan eines systematisch zu verstärkenden Druckes auf Persien S. 206, — der jetzige Zustand leiste nur dem Eindringen deutschen Einflusses Vorschub S. 209. — 26. Okt. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Bericht über die Wirkung der bisher angewandten Maßregeln auf die persische Regierung S. 209. —

Fünftes Kapitel. Rußland und die Tätigkeit Morgan Shusters in Persien: 8. August 1910 bis 28. Januar 1912 ..... S. 211—253

Die prinzipielle Frage der Anstellung von Ausländern. 18. Aug. 1910. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Diesbezügliche Gesetzesvorlage dem persischen Parlament vorgelegt, hauptsächlichstes Ziel Englands und Rußlands, die Anstellung von deutschen oder österreichischen Instrukteuren zu verhindern S. 211. — 6. Sept. Dies. an dens.: Der engl. Gesandte gegen die Anstellung von Deutsch-Schweizern S. 211. — 8. Sept. Sasonow an russ. Gesandtschaft Teheran: Obwohl gegen die Anstellung von Amerikanern keine besonderen Einwendungen bestehen, so könnte dies doch als Präzedenzfall für Angehörige einer andern Großmacht aufgefaßt werden S. 212. — 10. Sept. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Bezweifelt dies, da Amerika keine europäische Großmacht

S. 212. — 3. Okt. Russ. Botschaft Washington an Sasonow: Vereinigte Staaten werden von England und Rußland als in Persien nicht interessiert betrachtet, bisher keine Bitte Persiens um Entsendung von Amerikanern in Washington eingetroffen S. 212. — 28. Jan. **1911.** Sasonow an russ. Botschaft London: Gegen die Anstellung von Amerikanern als Angehörigen einer Großmacht, auch Frankreich sehr beunruhigt und fürchtet analoge Forderung von deutscher Seite S. 213. — 1. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey glaubt nicht, daß England und Rußland ihre frühere Zustimmung zur Anstellung von Amerikanern jetzt zurückziehen können S. 213. —

Schwierigkeiten wegen der Übernahme des englischen Majors Stokes in persische Dienste. 11. Juli **1911.** Stellvertr. Außenminister Neratow an russ. Botschaft London: Ernennung Stokes' sollte durch Übertragung ähnlicher Funktionen an einen russischen Offizier kompensiert werden S. 214. — 17. Juli. Vers. an dies.: Ernennung Stokes' macht ungünstigen Eindruck auf öffentliche Meinung in Rußland S. 214. — 17. Juli. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Neratow: Shuster erklärt sich solidarisch mit Stokes und droht mit Demission S. 215. — 26. Juli. Dies. an dens.: Grey befürchtet Rücktritt Shusters, da er ihn für finanzielle Reorganisation Persiens als geeignet betrachtet S. 215. — 17. Aug. Dies. an dens.: Grey bedauert, daß Petersburger Kabinett seinen Anstrengungen zur Beilegung des Zwischenfalles Stokes nicht volle Gerechtigkeit widerfahren läßt S. 216, — im englischen Parlament könne ihm vorgeworfen werden, sich mehr um russische als englische Interessen zu kümmern S. 216. — 19. Aug. Neratow an russ. Botschaft London: Die neuen von England gegen Stokes getroffenen Maßnahmen befriedigen in Petersburg S. 216. —

Feindseligkeit Rußlands gegen Morgan Shuster und Rückwirkung auf die englisch-russischen Beziehungen in Persien. 22. Aug. **1911.** Russ. Gesandtschaft Teheran an Neratow: Shuster beklagt sich, daß seine Tätigkeit durch Rußland und England gelähmt werde, letzteres habe unter dem Drucke Rußlands seine Haltung ihm gegenüber verändert, Stokes, mit örtlichen Verhältnissen vertraut, sei einzige passende Persönlichkeit S. 217, — Shuster bittet um großmütige Haltung Rußlands, verspricht seinerseits Rußlands und Englands Wünschen und Interessen weit entgegenzukommen S. 217, — Unterredung mit Shuster hat auf russischen Gesandten Eindruck gemacht S. 218. — 23. Aug. Russ. Botschaft London an Neratow: Empfiehlt, Shuster gegenüber Versöhnlichkeit zu zeigen, da dessen Rücktritt ernstliche Reform der persischen Finanzen in Frage stellen würde S. 218. — 20. Okt. Dies. an dens.: Für Grey entstehen im englischen Parlamente Schwierigkeiten wegen der unversöhnlichen Haltung Rußlands in der Frage Shuster S. 218, — öffentliche Meinung in England fürchtet, daß jetzige Lage in Persien zu einer bewaffneten Intervention von seiten Rußlands und Englands führen könne S. 220, — ohne beiderseitige Kompromisse sei die englisch-russische Konvention in der Praxis nicht durchführbar S. 220. — 24. Okt. Dies. an dens.: Grey durch Möglichkeit einer

russischen Okkupation Nordpersiens äußerst beunruhigt, fürchtet für das weitere Bestehen der anglorussischen Konvention, Londoner Kabinett läßt Shuster fallen S. 221. — 24. Okt. Dies. an dens.: Grey hält eine Revision der anglorussischen Konvention, wenn diese jetzt hinfällig werden sollte, für äußerst schwierig S. 222, — Benckendorff teilt nicht Neratows Annahme, daß England Shusters Sympathien ausnütze, um die englischen Interessen in Persien zu fördern S. 223. —

Russische militärische Intervention in Persien zur Entfernung Morgan Shusters und Krise in den englisch-russischen Beziehungen. 8. Nov. 1911. Neratow an russ. Botschaft London: Mitteilung über den Zwischenfall Shoa-es-Saltaneh S. 224. — 8. Nov. Vers. an dies.: Verbittet sich eine Kritik russ. Beamter von seiten Englands S. 224. — 11. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Benckendorff erblickt in Neratows Telegramm eine indirekte Kritik seiner selbst, betont die Notwendigkeit von Kompromissen S. 225, — Grey hat zwar beteuert, er werde das Prinzip der Entente den Schwierigkeiten in Persien nicht opfern S. 225, — doch sei er nicht allein Herr der Ereignisse S. 225. — 16. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Die Tätigkeit Shusters, der Zwischenfall Shoa und die Haltung der persischen Regierung zwingen Rußland zu einer militärischen Intervention S. 226. — 17. Nov. Vers. an dies.: Grey verstehe russischen Standpunkt, sei aber beunruhigt durch mögliche Rückwirkung auf englisch-russisches Übereinkommen, die beiden Mächte gehen sonst in allen Weltfragen Hand in Hand vor, Entsendung russischer Truppen könne anläßlich der Reise König Georgs nach Indien Schwierigkeiten von mohammedanischer Seite hervorrufen S. 227, — Neratow gibt beruhigende Erklärungen ab, besteht aber auf seinem Standpunkte und seinen Forderungen an Persien S. 229. — 18. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Schwierige parlamentarische Lage Greys, weil Opposition immer größere Zweifel an Zweckmäßigkeit der englisch-russischen Politik in Persien äußert S. 230. — 19. Nov. Russ. Botschaft London an russ. Gesandtschaft Teheran: England wird jetzt Shuster ohne Bedauern gehen sehen S. 231. — 20. Nov. Neratow an russ. Gesandtschaft Teheran: Rußland stellt Persien noch neue Forderungen S. 232. — 21. Nov. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Neratow: Perser haben um Vermittlung Englands gebeten S. 233, — Grey wird im Parlamente heftigen Angriffen ausgesetzt sein S. 233. — 23. Nov. Dies. an dens.: Nur die Zurückziehung der russischen Truppen könnte Grey dem Parlamente gegenüber entlasten S. 234. — 23. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Shuster wird von den Russen eventuell mit Gewalt entfernt werden S. 235. — 23. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey wird ebenfalls Entfernung von Shuster verlangen, doch sollte weiteres Vorrücken der russischen Truppen aufgehalten werden S. 235. — 24. Nov. Dies. an dens.: Möglichkeit einer englischen Ministerkrise, wenn russische Truppen in Teheran einrücken S. 236. — 24. Nov. Dies. an dens.: Möglichkeit eines Bruches zwischen England und Rußland S. 236. — 26. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Über die Zusammenarbeit der russischen und englischen Gesandtschaften in Teheran

S. 237. — 26. Nov. Derſ. an dieſ.: Aufzählung der neuen ruſſiſchen Forderungen an Perſien S. 237. — 29. Nov. Derſ. an dieſ.: Beſtätigung derſelben durch den Zaren S. 238. — 1. Dez. Ruſſ. Botſchaft London an Neratow: Grey durch neue ruſſiſche Forderungen ſehr beunruhigt S. 239. — 2. Dez. Dieſ. an denſ.: Grey erklärt, daß der Bruch des engliſch-ruſſiſchen Einvernehmens in Perſien eine Neuorientierung der geſamten engliſchen Politik nach ſich ziehen würde S. 239, — in welchem Falle er demiſſionieren würde S. 239, — franzöſiſcher Botſchafter beſtätigt, daß Grey außerordentlich beunruhigt S. 240. — 2. Dez. Dieſ. an denſ.: Grey reſümiert die Situation in einem Telegramm an engliſchen Botſchafter in Petersburg S. 240. — 4. Dez. Dieſ. an denſ.: Greys große Rede im Parlament hat nur geteilte Zuſtimmung gefunden, Greys eigene liberale Partei findet, daß er ihrem Wunſche einer Annäherung an Deutſchland nicht genug entgegenkomme S. 242, — Grey hält zwar eine Beſſerung der Beziehungen zu Deutſchland für wünſchenswert, will ihr aber ſeine Ententen mit Frankreich und Rußland nicht zum Opfer bringen, er ſteht und fällt mit dieſer Politik S. 243, — ſeine Demiſſion würde zu einem völligen Wechſel der engliſchen Politik führen S. 243, — Benckendorff glaubt, dieſe Annäherung an Deutſchland würde nur anfangs eine teilweiſe ſein, bald aber eine allgemeine und ausſchließende werden S. 244. — 5. Dez. Dieſ. an denſ.: Stokes kehrt nach England zurück S. 244. — 30. Nov. Ruſſ. Geſandtſchaft Teheran an Neratow: Perſiſches Parlament hat ruſſiſche Forderungen mit erdrückender Mehrheit abgelehnt S. 245. — 1. Dez. Neratow an ruſſ. Botſchaft London: Ruſſiſches Expeditionskorps erhält Befehl, auf Kaswin vorzurücken S. 245. — 3. Dez. Ruſſ. Geſandtſchaft Teheran an Neratow: Solidarität des engliſchen und ruſſiſchen Geſandten in Teheran S. 245. — 4. Dez. Neratow an ruſſ. Botſchaft London: Stellt in Abrede, daß die Handlungsweiſe Rußlands nicht im Einklang mit der angloruſſiſchen Konvention ſteht S. 245. — 8. Dez. Ruſſ. Botſchaft London an Neratow: Perſer ſcheinen zur Annahme der ruſſiſchen Forderungen bereit S. 246, — doch wird ihre Eigenliebe in der Frage der Ernennung der ausländiſchen Beiräte verletzt S. 246. — 10. Dez. Neratow an ruſſ. Botſchaft London: Konzeſſionen hinſichtlich der Form dieſer Forderung erſcheinen zuläſſig S. 246. — 22. Dez. Saſonow an ruſſ. Botſchaft London: Annahme aller ruſſiſchen Forderungen durch die Perſer, die ruſſiſchen Truppen werden zurückberufen werden, wenn die Forderungen faktiſch erfüllt und Shuſter tatſächlich entfernt ſein wird S. 247. — 23. und 24. Dez. Drei Telegramme des ruſſ. Statthalters im Kaukaſus an das Außenminiſterium: Über die Notwendigkeit von Repreſſalien zum Schutze der ruſſiſchen Truppen in Perſien S. 247—249. — 1., 3., 5. und 6 Jan. 1912. Vier Telegramme der ruſſ. Botſchaft London an Saſonow: Klagen über angebliche Grauſamkeiten und Ausſchreitungen der ruſſiſchen Truppen in Perſien S. 249—250. — 18. Jan. Saſonow an ruſſ. Geſandtſchaft Teheran: Rußland wird die energiſchen Maßnahmen der perſiſchen Regierung gegen die Demokraten unterſtützen S. 251. — 28. Jan. Ruſſ. Botſchaft London an Saſonow: Benckendorff glaubt, Rußland müſſe in

Persien mit Geduld vorgehen, eine mehr oder weniger offene Aufteilung Persiens würde zum Zusammenbruch der bisherigen Greyschen Ententepolitik führen, das Schicksal der angloruſſiſchen Konvention darf nicht vom Verhalten der persischen Regierung abhängig gemacht werden S. 251, — weder die liberale, noch die konservative Partei in England würde einer Aufteilung oder einem Protektorate zustimmen, die Opposition gegen Grey wächst in England, man macht ihn für die Gespanntheit der Beziehungen zu Deutschland verantwortlich, und beschuldigt ihn allzu großer Besorgnis um die Interessen Frankreichs in Marokko und Italiens in Tripolis S. 252, — der deutsche Botschafter in London glaubt, die englische öffentliche Meinung fange an, sich wieder seinem Lande zuzuwenden, Benckendorff will diese Entwicklung wenigstens aufgehalten sehen S. 253. —

Ostasiatische Fragen.

Sechstes Kapitel. **Rußland und Japan in China: 15. Oktober 1909 bis 16. März 1914** ..... S. 254—292

Zusammenschluß Rußlands und Japans zum Schutze ihrer Interessen in der Mandschurei gegen andere Mächte. 15. Okt. 1909. Russ. Gesandtschaft Peking an Iswolsky: China beunruhigt durch Möglichkeit einer Annäherung zwischen Rußland und Japan S. 254. — 12. Okt. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Reise des Prinzen Ito nach Kharbin bezweckt diese Annäherung vorzubereiten und damit Gegengewicht gegen Amerika in der Mandschurei zu schaffen S. 255. — 18. Okt. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Peking: Billigung der Haltung des russ. Gesandten S. 255. — 15. Dez. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Japanische Regierung der Ansicht, Rußland und Japan sollten ihre Solidarität Amerika und anderen europäischen Mächten gegenüber zum Ausdruck bringen, um zu zeigen, daß sie mandschurische Frage im gegenseitigen Einverständnis selbständig zu lösen beabsichtigen S. 255. — 20. Dez. Dies. an dens.: Japanischer Ministerpräsident für vorsichtige Behandlung der politischen Seite der mandschurischen Frage, der Anfang sollte mit ökonomischen Fragen gemacht werden S. 256. — 24. Dez. Dies. an dens.: Zur Abwehr des amerikanischen Vorschlages will Japan politische Beziehungen zu Rußland enger gestalten S. 256. — 28. Dez. Russ. Botschaft Washington an Iswolsky: Der amerikanische Vorschlag bezweckt, Mandschurei unter Kontrolle der Großmächte zu neutralisieren, Chinas Rechte sicherzustellen und Puffer zwischen Rußland und Japan zu schieben, um einem Konflikt zwischen diesen Mächten vorzubeugen S. 257. — 13. Jan. 1910. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Infolge amerikanischen Vorschlages will man in Japan das russisch-japanische Abkommen von 1907 noch weiter ausbauen S. 257, — weitgehende Absichten der beiden Regierungen hinsichtlich der ostchinesischen und südmandschurischen Eisenbahnen S. 258. — 13. Jan. Zwei Telegramme Iswolskys an russ. Botschaft London: Die ablehnende Antwort Rußlands auf amerikanischen Vorschlag erfolgt im

Einvernehmen mit Japan und wird England mitgeteilt S. 259. — 13. Jan. Ders. an dies.: Schilderung der durch den amerikanischen Vorschlag in Ostasien geschaffenen Lage S. 260—262. — 8. März. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Das in Aussicht genommene neue politische Abkommen zwischen Japan und Rußland bezweckt die Erhaltung des status quo in der Mandschurei, endgültige Abgrenzung der speziellen russischen und japanischen Interessen und deren Schutz vor jeglichen Eingriffen einer dritten Macht S. 262. — 7. Mai. Dies. an dens.: Japanischer Außenminister dementiert Zeitungsnachrichten über russisch-japanischen Vertrag, da vorzeitiges Bekanntwerden schädlich wäre S. 262. — 12. Mai. Russ. Gesandtschaft Peking an Iswolsky: Chinesische Regierung durch Nachricht vom Abschluß eines russisch-japanischen Übereinkommens stark beunruhigt S. 263. — 24. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Rußland und Japan im Begriffe, ein öffentliches und ein geheimes Abkommen zu unterzeichnen, dieses bezweckt die friedlichen Beziehungen zu Japan sicherzustellen, enthält also für englische Interessen nichts Schädliches S. 263, — Text der beiden Abkommen S. 264. — 25. Juni. Ders. an dies.: Instruktion, die Abkommen England mitzuteilen S. 266. — 28. Juni. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey sehr befriedigt, da Englands politisches Interesse im fernen Osten in Erhaltung des Friedens besteht S. 266. — 29. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Mitteilung an englische und französische Regierung erfolgt im Einvernehmen mit Tokio S. 266. — 14. Juli. Russ. Gesandtschaft Peking an Iswolsky: Rußlands Abkommen mit Japan erlaubt ersterem, starken Druck auf China auszuüben und seine bisherige Politik der territorialen Erwerbungen weiter zu befolgen S. 267. —

Amerikanisches Projekt einer chinesischen Anleihe. 19. Nov. 1910. Sasonow an russ. Finanzminister: Gegen das amerikanische Projekt, welches dem ökonomischen und politischen Einflusse Amerikas in China Vorschub leisten würde, auch Japan gegen das Eindringen fremden Kapitals in China S. 268. — 23. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Der franz. Botschafter P. Cambon glaubt, amerikanischer Vorschlag verfolge politische Ziele S. 270, — ablehnende Haltung Frankreichs und Englands S. 270. —

Politik Rußlands und Japans in China. Dez. 1910 bis März 1914. 10. Dez. 1910. Sasonow an russ. Botschaft London: Möglichkeit eines russischen Druckes auf chinesische Regierung, um ihr Verpflichtungen hinsichtlich der Mongolei aufzuerlegen, Notwendigkeit eines vorherigen Einverständnisses mit England und Japan S. 271. — 2. Dez. Protokoll einer Sitzung des russischen Ministerrates: Bei bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit China sollen alle rein politischen Fragen abgesondert und durch ein Ultimatum an China rasch gelöst werden S. 272, — der Kriegsminister befürwortet aus strategischen und politischen Gründen die sofortige Annexion der nördlichen Mandschurei durch Rußland S. 272, — der Außenminister betrachtet zwar eine solche Annexion als eine Notwendigkeit für Rußland, hält aber den jetzigen Zeitpunkt nicht für günstig

S. 273, — der Handelsminister glaubt, daß die Annexion zu einem großen Kriege führen könne, zu dem jedoch Rußland im gegenwärtigen Augenblicke nicht vorbereitet sei S. 274, — der Ministerrat schließt sich der Ansicht des Außenministers an S. 275. — 10. Dez. Sasonow an russ. Botschaft Tokio: Benachrichtigt japanische Regierung von den gegen China ins Auge gefaßten Maßnahmen, bittet um Japans Unterstützung auf Grund der anläßlich der Annexion von Korea gemachten Versprechungen S. 276. — 17. Dez. Russ. Botschaft Tokio an Sasonow: Japanischer Außenminister rät zur Mäßigung, da China sonst auf die Seite Amerikas oder Deutschlands getrieben werden könnte S. 276. — 23. Dez. Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Chinesische Kompromißvorschläge nicht annehmbar S. 277. — 24. Dez. Russ. Gesandtschaft Peking an Sasonow: Gegen die direkte Beteiligung Japans an russisch-chinesischen Verhandlungen S. 277. — 6. Febr. **1911.** Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Über den Zeitpunkt der Überreichung des Ultimatums und russische militärische Vorbereitungen S. 278. — 20. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Englische öffentliche Meinung steht dem Konflikte gleichmütig gegenüber S. 278. — 21. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Annahme des russischen Ultimatums durch China S. 279. — 1. April. Neratow an russ. Gesandtschaft Peking: Militärische Sicherung der ostchinesischen Bahn und der russischen Stellung in der Mandschurei S. 279. — 29. April. Neratow an russ. Botschaft Tokio: Der japanische Botschafter Motono erblickt Bedrohung der Lage in der Mandschurei nicht von seiten des militärisch schwachen Chinas, wohl aber von seiten Amerikas nach Fertigstellung des Kanals von Panama, Rußland und Japan sollten ihre Stellung in China vor diesem Zeitpunkte endgültig regeln S. 279. — 17. Juli. Russ. Botschaft London an Neratow: Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses nicht gegen Rußland gerichtet, sondern um Reibungen mit Japan wegen Rassenfragen in Australien zu vermeiden, und auch um englische Seestreitkräfte in europäischen Gewässern konzentrieren zu können S. 280. — 25. Jan. **1912.** Sasonow an russ. Botschaft London: Rußland beabsichtigt, die Anerkennung der Regierung Juan Chikais zur Erreichung seiner politischen Ziele in China zu benutzen, was eine Stärkung von Rußlands militärischer Stellung an seiner Westgrenze bedeuten würde S. 282. — 27. Dez. 1911. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Abneigung Rußlands, sich an der chinesischen „Vierersyndikat-Anleihe" zu beteiligen, da Franzosen nur ihre eigenen kommerziellen Interessen S. 284 — und amerikanische Bankhäuser direkt rußlandfeindliche politische Ziele verfolgen S. 285, — Rußland müßte Vorzugsstellung nördlich der großen Mauer beanspruchen S. 285. — 18. März **1913.** Sasonow an russ. Botschaft London: Eine durch die Tätigkeit des Vierersyndikats ermöglichte militärische Erstarkung Chinas würde Rußlands Aufmerksamkeit nach dem fernen Osten ablenken, was nicht im Interesse der Tripel-Entente liegt S. 286. — 22. März. Vers. an dies.: Wenn Rußland auch offiziell dem Vierersyndikat beitritt, so doch nur unter Bedingungen, die ihm erlauben, seine Aufmerksamkeit nicht von Europa und dem Balkan abzulenken, was im ge-

meinsamen Interesse der Triple-Entente-Mächte ist S. 286. — 20. April. Ders. an dies.: Die speziellen Interessen Rußlands in China gehen über die vertraglich festgelegten hinaus, was von England anerkannt werden sollte S. 287. — 14. Mai. Russ. Gesandtschaft Peking an Sasonow: Mongolische Frage wird wahrscheinlich nicht ohne militärischen Druck von Rußland gelöst werden können, wobei jedoch kein Einspruch der anderen Mächte befürchtet zu werden braucht S. 287. — 2. Juli. Sasonow an russ. Botschaft London: Text des geheimen russisch-japanischen Abkommens über die Mongolei S. 288. — 31. August. Sasonow an russ. Generalkonsul Urga: Bewaffnung der Mongolen durch Rußland S. 289. — 21. Nov. Sasonow an russ. diplomatischen Agenten in der Mongolei: Erschwerung der ausländischen Einfuhr nach der Mongolei S. 289. — 9. Dez. Russ. Botschaft Tokio an Sasonow: Nach japanischer Auffassung sollten Japan und Rußland ihre Interessen in Mandschurei und Mongolei gegen alle fremden Eingriffe schützen, in den übrigen Teilen Chinas zusammen mit Frankreich und England vorgehen, die Annexion der südlichen Mandschurei durch Japan werde mit der Zeit von selbst erfolgen S. 290. — 9. März 1914. Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Frage der Revision des anglo-russischen Abkommens über Tibet S. 290. — 11. März. Russische Gesandtschaft Peking an Sasonow: Über Kompensationen, die von England verlangt werden könnten S. 291. — 14. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Vorzugsrecht für Eisenbahnbauten in der Mandschurei S. 291. — 16. März. Russ. Gesandtschaft Peking an Sasonow: Ausbeutung der Naturschätze bei Eisenbahnkonzessionen nicht vorhergesehen S. 292. —

Türkische Fragen.

Siebentes Kapitel. **Russische Politik in der Türkei 1909 bis 1912: 15. April 1909 bis 30. April 1912** ..... S. 299—314

Rußlands militärische Stellung im Schwarzen Meer. 15. April 1910. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Beunruhigende Nachrichten aus der Türkei S. 293, — Rußland sollte die in früheren Jahren getroffenen, zurzeit aber vernachlässigten militärischen Maßnahmen wiederherstellen, um die unabwendbaren Weltfragen mit Gewalt lösen und seine historische Mission in Konstantinopel erfüllen zu können S. 294. — 21. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Über die Gefahren einer türkischen Vorherrschaft im Schwarzen Meere S. 294. — 27. April. Dies. an dens.: Großwesir erklärt türkische Rüstungen nicht gegen Großmächte, sondern nur gegen Griechenland gerichtet S. 295. — 15. April. 1911. Dies. an Sasonow: Notwendigkeit russischer Gegenmaßnahmen gegen Bestellung zweier türkischer Panzerschiffe S. 296. —

Politische Bedeutung türkischer Anleiheversuche in Paris und London. 28. Juni 1910. Iswolsky an russ. Botschaft Paris: Anläßlich türkischer Anleihe in Paris müßte Geldmangel in Konstantinopel benutzt werden,

um der Türkei Verpflichtungen aufzuerlegen, die ihre militärische Erstarkung einschränken S. 297, — denn russische militärische Gegenmaßregeln im Kaukasus schwächen russische Westfront, was für Frankreich unvorteilhaft S. 297. — 30. Juni. Russ. Botschaft Paris an Außenministerium: Auferlegung derartiger Verpflichtungen zwar nicht durchführbar, doch sollen Garantien verlangt werden, die Rußland, Frankreich und England befriedigen S. 298. — 7. Juli. Dies. an dass.: Pichon durch Hinweis auf russische Westgrenze sehr beunruhigt S. 299, — türkische Anleihe in Paris wird zur Erlangung politischer Zugeständnisse von seiten der Türkei zugunsten der drei Ententemächte benutzt werden, namentlich sollen Bande zwischen Deutschland und Türkei gelockert werden S. 299. — 3. Aug. Russ. Außenministerium an Botschaft London: Türkei will nicht dem Dreibunde beitreten S. 300. — 24. Okt. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: In Konstantinopel betrachtet man französische Anleihebedingungen als mit der staatlichen Unabhängigkeit der Türkei unvereinbar S. 300, — Notwendigkeit sich an Deutschland zu wenden S. 300. — 26. Sept. Russ. Botschaft London an Sasonow: Türkische Anleihe auch in London vereitelt S. 301. — 23. Okt. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Türken führen Mißerfolg ihrer Anleiheversuche in Paris nicht auf finanzielle Ursachen, sondern auf politische Beeinflussung von seiten Rußlands zurück, Türkei wird sich an Deutschland wenden, Erstarkung des deutschen Einflusses in Konstantinopel für Frankreich ohne Bedeutung, aber für Rußland äußerst unvorteilhaft in politischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht S. 301. —

Türkische Versuche einer Annäherung an die Ententegruppe. 28. Febr. 1911. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Türkei bestrebt, das russische Mißtrauen zu ihrer Politik zu beseitigen S. 302. — 14. Okt. Dies. an dens.: Der türkische Außenminister für eine Annäherung an Rußland S. 303. — 15. Okt. Dies. an dens.: Desgleichen an Bulgarien S. 304. — 3. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Türkei regt in London eine Annäherung an England an, um ein solches Einvernehmen später auch auf Rußland und Frankreich auszudehnen S. 304, — Grey hält jedoch wegen des italienisch-türkischen Konfliktes den Zeitpunkt nicht für günstig, eine Annäherung würde auch die Regelung der Bagdadbahnfrage bedingen S. 305. —

Verhandlungen über eine Revision des russisch-türkischen Abkommens von 1900. 15. Jan. 1912. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Der russische Botschafter Tcharykoff hofft, daß Rußland auch in 1912 nicht über diplomatische Tätigkeit hinauszugehen braucht, doch ist er dessen nicht sicher S. 305, — das russische Militärprogramm in der strittigen Zone der persisch-türkischen Grenze wird beständig erweitert S. 306, — Notwendigkeit, diese Frage vom allgemeinpolitischen Standpunkte aus zu betrachten und zwar selbst um den Preis eines Krieges mit der Türkei S. 306, — verdächtige Haltung des montenegrinischen Vertreters in der albanischen Frage S. 307. — 9. Febr. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Frankreich wird Rußland bei Verhandlungen über das Ab-

kommen 1900 unterstützen S. 307. — 13. Febr. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Der türkische Außenminister für die Aufnahme von diesbezüglichen Verhandlungen mit Rußland S. 308, — Tcharykoff über die von Rußland anzuwendende Verhandlungsmethode S. 309. — 16. Februar. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Rußland betrachtet die Türkei in kleinasiatischen Eisenbahnfragen durch das Abkommen von 1900 gebunden, russische Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung würde besondere Kompensationen zugunsten Rußlands bedingen S. 309. — 19. Febr. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Zusammenhang dieser Verhandlungen mit dem kleinasiatischen Eisenbahnprogramm des französischen Syndikates S. 310, — letzteres unterstützt die russischen Bestrebungen durch ungünstige Berichte über solche Projekte, die für Rußland unvorteilhaft wären S. 310. — 20. Febr. Dies. an dens.: Rußlands ökonomische Vorherrschaft muß nicht nur gegen türkische, sondern überhaupt gegen ausländische Konkurrenz gesichert werden S. 311. — 21. Febr. Dies. an dens.: Türkei geneigt, den russischen Standpunkt anzunehmen S. 311. — 23. März. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: In Berücksichtigung der russischen Interessen verzögert das französische Syndikat die Verhandlungen mit der Türkei S. 312. — 5. März. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Die Verhandlungen für Rußland weiter günstig S. 312. — 30. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Der neuernannte russische Botschafter Giers unterbricht die von seinem Vorgänger geführten Unterhandlungen und gewinnt für Rußland Aktionsfreiheit zurück S. 313. —

Bagdadbahn.

Achtes Kapitel. **Die Ententemächte und die Bagdadbahn: 1. Februar 1907 bis 30. Mai 1913** ..... S. 315—365

Rußlands prinzipieller Standpunkt. 1. Febr. 1907. Protokoll einer Sitzung des russ. Ministerrates: Enger Zusammenhang zwischen dem Abschluß einer anglorussischen Konvention über Persien und der Bagdadbahnfrage S. 315, — die Resultate eines englisch-russischen Abkommens hängen davon ab, daß Deutschland keine Einwendungen erhebt S. 316, — die deutschen Interessen in Persien S. 316, — die Erbauung der Bagdadbahn für Rußland unbedingt schädlich S. 317, — anzustrebende Entschädigungen bei eventuellen Verhandlungen mit England und Deutschland S. 318. — 19. Dez. Iswolsky an russ. Botschaft London: Anläßlich des deutsch-englischen Gedankenaustausches in Windsor präzisiert Iswolsky noch einmal Rußlands ablehnenden Standpunkt: strategische Erwägungen und Besorgnis, dem politischen und kommerziellen Einflüsse Deutschlands in Persien Zugang zu verschaffen S. 319, — Rußland besitzt Deutschland gegenüber nicht dieselbe Aktionsfreiheit wie England und Frankreich, Deutschland versucht Rußland von seinem prinzipiellen Widerstande abzubringen S. 320, — russische Entschließungen durch Englands freundschaftliche Haltung beeinflußt S. 320. —

Deutsch-englische Verhandlungen Bagdad-Koweit und die vierprozentige Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle. Nov. 1909 bis Febr. 1910. 18. Nov. 1909. Iswolsky an russ. Botschaft London: Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Türkei, England und Deutschland S. 320. — 19. Nov. Memorandum der engl. Botschaft in Petersburg an das ruf. Außenministerium: Die von deutscher Seite vorgeschlagenen Bedingungen bedeuten wichtige Zugeständnisse zugunsten Englands S. 321, — letzteres wird sich auf die Dauer nicht allein der vierprozentigen türkischen Zollerhöhung widersetzen können S. 323. — 23. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Zwischen Deutschland und England scheint sich ein Einvernehmen anzubahnen, Rußland muß zur Wahrung seiner Interessen die ganze Frage erneut prüfen S. 323. — 24. Nov. Der englische Botschafter in Petersburg an Iswolsky: England besitzt Deutschland gegenüber noch völlig freie Hand und möchte gerne russischen Standpunkt hinsichtlich der Bahn nördlich von Bagdad kennenlernen S. 324. — 27. Nov. Derf. an denf.: England hat die deutschen Vorschläge nach Paris und Petersburg berichtet, ohne sie bis jetzt beantwortet zu haben, wenn es den südlichen Sektor erhält, wäre es bereit, auf seine Interessen nördlich von Bagdad zu verzichten S. 325, — hinsichtlich der Zweiglinie Bagdad-Khanekin wird es nichts ohne Rußland tun S. 325, — hat keine Einwendungen, wenn Deutschland Rußlands Interessen in der russischen Zone in Persien anerkennt, doch würde es sich Konzessionen zugunsten Deutschlands in der neutralen Zone widersetzen, hofft von Rußland über seine Verhandlungen mit Deutschland auf dem laufenden gehalten zu werden S. 326. — 26. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Die von Rußland in 1907 ausgearbeiteten Gegenvorschläge sind Deutschland damals nicht mitgeteilt worden, weil England die Ansicht vertrat, daß alle vier Mächte gemeinsam verhandeln müßten, es scheint, daß England und Deutschland sich jetzt verhältnismäßig leicht einigen könnten S. 326, — da es kaum möglich sein wird, die Ausführung des deutschen Planes zu vereiteln, müssen die Bedingungen der Zustimmung Rußlands bestimmt werden S. 327. — 27. Nov. Derf. an dief.: Hat dem englischen Botschafter geantwortet, daß Rußland bei Verhandlungen mit Deutschland ziemlich große Handlungsfreiheit haben müsse und daß er das Londoner Kabinett wie bisher über die Verhandlungen orientieren werde S. 329. — 1. Dez. Englischer Botschafter in Petersburg an Iswolsky: Bisher haben nur Verhandlungen zwischen deutschen und englischen Finanzgruppen stattgefunden S. 330, — englische Regierung will keinen Entschluß fassen ohne ein vorheriges Einverständnis mit Rußland und Frankreich S. 330. — 8. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Peinlicher Eindruck der englischen Mitteilungen auf das französische Kabinett, angebliche Teilung der Türkei in englische und deutsche Interessensphäre S. 330, — Bestreben Englands, seine Verkehrswege nach Indien zu sichern, und gleichzeitiges Desinteressement an andern Fragen, was für Frankreich nicht vorteilhaft S. 331, — Tcharykoff hält Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland für notwendig S. 332, — wobei letzteres in einer günstigeren Position,

da es durch Verweigerung seiner Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung Deutschland zu Konzessionen zwingen kann S. 332. — 9. Dez. Russ. Botschaft Pacis an Iswolsky: Abfällige Beurteilung des englischen Vorgehens von seiten Frankreichs S. 333, — durch Fragen der inneren Politik würde Englands Aufmerksamkeit von der äußeren Politik abgelenkt, Frankreich wolle, daß in Fragen europäischer Politik Deutschland von England zurückgehalten wird S. 333. — 22. Dez. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Türkei gegen eine Teilung der Bahn in einzelne „nationale" Abschnitte S. 334. — 19. Dez. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge über die Schwierigkeiten der deutsch-englischen Verhandlungen, der deutsche Vorschlag entspreche genau dem politischen Interesse Englands, die russischen Interessen werden von England berücksichtigt werden S. 334, — wichtige Folgen einer Einigung in dieser Frage für die englisch-deutschen Beziehungen S. 335. — 21. Dez. Dies. an dens.: Schwierigkeiten der Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel S. 336. — 24. Dez. Dies. an dens.: Grey über den Verlauf der Verhandlungen S. 336. — 24. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Französischer Botschafter in Konstantinopel legt den deutsch-englischen Verhandlungen allgemein europäische Bedeutung bei S. 337, — für Frankreich und Rußland ist eine deutsch-englische Annäherung unvorteilhaft und schädlich S. 337, — Tcharykoff selbst glaubt an Möglichkeit eines deutsch-französischen Einvernehmens und daraus folgender Isolierung Rußlands S. 338. — 20. Jan. 1910. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Frankreich verlangt von Türkei Kompensationen, Pforte gegen Errichtung von ausländischen Interessensphären in der Türkei, daher auch beabsichtigtes Übereinkommen zwischen Deutschland und England undurchführbar S. 338. — 2. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Scheitern der Verhandlungen in Berlin, London und Paris, obstruktive Haltung der französischen Regierung S. 338. —

Deutsch-türkische Verhandlungen auf der Grundlage der Verwendung der Zehntenüberschüsse als Kilometergarantie. 6. April 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei auf neuer Grundlage S. 340. — 8. April. Russ. Botschaft London an Iswolsky: England widersetzt sich der neuen Kombination und erhebt Gegenansprüche S. 340. — 9. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Englands Einspruch hat die Verhandlungen zum Stillstand gebracht S. 341. — 19. April. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge hält Übereinkommen zwischen Deutschland und England für unmöglich, England beansprucht für sich Konzessionen für den zum Meere führenden Sektor S. 341. — 21. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: England beansprucht Konzession nicht ausschließlich für sich, sondern gemeinsame Beteiligung mit Deutschland S. 341, — daher Einigung wahrscheinlich, französisches Kapital erhält Kompensation S. 342, — auch Rußland müsse jetzt seine Ansprüche geltend machen S. 343. — 22. April. Iswolsky an russ. Botschaft London: Anfrage wegen der Bedeutung der Hardingeschen Erklärung S. 343. — 23. u.

25. April. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: England wünscht mit seiner Forderung eine vollendete Tatsache zu schaffen S. 343—344. — 26. April. Dies. an dens.: England wünscht für den Fall weiterer Verhandlungen ein Faustpfand zu haben S. 344, — rät Rußland, dasselbe zu tun S. 345. — 4. Mai. Dies. an dens.: Grey sieht in den Bethmannschen Vorschlägen keine Verhandlungsbasis, er will Deutschland in Persien keine Zugeständnisse machen, wird englische Interessen in Mesopotamien energisch wahren S. 345. — 11. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: England bestreitet, daß Türkei Deutschland gegenüber juristische Verpflichtungen eingegangen sei, und besteht auf seiner Forderung hinsichtlich des Golfsektors S. 346. — 18. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Diesbezügliche Verhandlungen zwischen England und Türkei in London S. 346. — 9. Juni. Dies. an dens.: Englisch-türkische Verhandlungen bis jetzt ergebnislos, England hält es daher für unvorteilhaft, Verhandlungen mit Deutschland jetzt aufzunehmen S. 346. —

Englisches Bahnprojekt Mohamerra—Khoremabad und Wiederanregung der allgemeinen Bagdadbahnverhandlungen durch die Türkei. 23. Febr. 1911. Sasonow an russ. Botschaft London: Englische Eisenbahnkonzession in Nähe der russischen Interessensphäre in Persien ruft Beunruhigung hervor S. 347. — 26. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Diese Frage mit der Bagdadbahn eng verbunden S. 347, — England will verhindern, daß eine Konzession in Südpersien einer andern Macht zufällt S. 347, — für Persien Zeitalter von Konzessionen und Unternehmungen angebrochen S. 348, — eigentlicher Zweck der anglorussischen Konvention von 1907 war Anstrengungen zu vereinigen, um Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen, Rußland hat von Deutschland politische Zugeständnisse erhalten, auch England müsse seine politischen und ökonomischen Interessen wahren S. 348, — durch russisch-deutsches Übereinkommen über die Linie Bagdad—Khanekin sei Englands Stellung in der Bagdadbahnfrage geschwächt S. 349. — 14. März. Dies. an dens.: Türkei macht England neue formelle Vorschläge S. 349. — 16. März. Sasonow an russ. Botschaft London: England besteht auf Wichtigkeit der Konzession Mohamerra—Khoremabad, um englische öffentliche Meinung zu beruhigen und auf Deutschland in Bagdadbahnfragen Druck ausüben zu können S. 350. — 21. März. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Eisenbahnverhandlungen in Konstantinopel S. 351. — 24. März. Sasonow an russ. Botschaft London: In persischen Regierungskreisen wünscht man möglichst baldigen Bau von Eisenbahnen S. 351. — 27. März. Ders. an dies.: Qualifizierte Zustimmung zum englischen Projekt S. 352. — 1. April. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: England bittet persische Regierung um Erteilung dieser Konzession S. 352. — 3. April. Dies. an dens.: In Teheran werden Schwierigkeiten gemacht S. 352. — 26. April. Dies. an dens.: Persische Regierung lehnt englische Forderung ab, da sie die Aufteilung Persiens in Interessensphären bestätigen würde S. 353. — 9. Mai. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Anfrage über den Stand der Verhandlungen wegen des Golfsektors S. 353. — 11. Mai.

Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Verhandlungen werden durch Englands ungewisse Haltung hinsichtlich der Internationalisierung verzögert S. 354. — 15. Mai. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Anfrage, ob zwischen der deutschen Konzession Alexandrette und dem Verzicht auf den Golfsektor ein Zusammenhang besteht S. 354. — 17. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Deutscher Standpunkt absichtlich unklar und für Türkei unvorteilhaft, Text der diesbezüglichen deutschen Erklärung S. 354. — 1. Aug. Russ. Botschaft London an Sasonow: Englische Gegenvorschläge hinsichtlich des Golfsektors für Deutschland und Türkei schwerlich annehmbar S. 355. — 29. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: England protestiert gegen die Annäherung der Bagdadbahn an Khanekin S. 356. — 12. Febr. u. 23. April **1912.** Zwei Telegramme des russ. Konsuls in Bagdad an Botschaft Konstantinopel: Bericht über den Stand der Arbeiten zwischen Mossul und Bagdad S. 357. —

Beteiligung französischen Kapitals. 1. Juni **1912.** Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Pariser Kabinett will nicht, daß französisches Kapital von Bagdadunternehmen ausgeschlossen wird, möchte aber nicht deutsche Werte an der Pariser Börse zulassen S. 357. — 14. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: England fragt an, ob Frankreich und Rußland sich mit je einem Fünftel am Golfsektor beteiligen wollen S. 358, — eine Nichtbeteiligung derselben würde Englands Stellung verbessern S. 358. — 17. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Rußland bereit auf seinen Anteil zu verzichten S. 358. — 20. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Haltung Frankreichs hängt von Ergebnis der Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Finanzkreisen ab S. 358. — 26. Juni. Dies. an dens.: Die deutsch-französischen Verhandlungen sind rein finanzieller Natur S. 359. —

Verhandlungen Lynch-Deutsche Bank über die Schiffahrt auf dem Tigris. 14. Aug. **1912.** Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Bedeutung eines derartigen Übereinkommens S. 359. — 21. Aug. Sasonow an russ. Botschaft London: Diesbezügl. Anfrage, da dies das erste englisch-deutsche Unternehmen wäre S. 359. — 23. Aug. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die englische Regierung hat ihre Zustimmung gegeben, da das Übereinkommen keine politische Bedeutung hat S. 360. — 7. Sept. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Einfluß des deutsch-englischen Abkommens auf den Bau der Bagdadbahn, Notwendigkeit die französischen Finanzkreise zu beeinflussen S. 360, — und durch die transpersische Bahn abzulenken S. 360. — 11. Sept. Sasonow an russ. Botschaft London: Informationen über das Abkommen Lynch-Deutsche Bank S. 361. — 13. Sept. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey bezweifelt, daß das Abkommen nachteilige Folgen haben könne S. 361. —

Die Verhandlungen im Mai 1913. 9. Mai **1913.** Russ. Botschaft London an Sasonow: England hat seinen ursprünglichen Standpunkt geändert und erhebt keinen Einspruch mehr gegen den Bau des Golfsektors S. 361. — 16. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Wenn französische Pressenachrichten über Bestimmungen des englisch-türkischen Über-

einkommens richtig, so muß Rußland Kompensationen beanspruchen S. 362. — 18. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Hält die von dem „Matin" gebrachten Nachrichten für übertrieben S. 362. — 19. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nachdem die Verhandlungen mit der Türkei beendigt, wird England wahrscheinlich in Meinungsaustausch mit Deutschland treten S. 363. — 21. Mai. Dies. an dens.: England widersetzt sich nicht länger dem Bau des Golfsektors, nachdem es seine Interessen durch Regelung gewisser Fragen im Persischen Golf und die Ernennung von zwei Engländern als Direktoren gewahrt hat S. 363, — sei bereit, Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung zu geben S. 364, — Deutschland habe seine bedingte Einwilligung gegeben S. 364, — über die Zweiglinie Bagdad—Khanekin sei nicht offiziell verhandelt worden S. 364. — 26. u. 30. Mai. Zwei Telegramme der russ. Botschaft in Paris an Sasonow: Stellungnahme Frankreichs zur neuen Lage der Dinge S. 364, — Frankreich wünscht durch Verhandlungen mit Deutschland die Erbauung und Entwicklung eines Eisenbahnnetzes in Syrien und Anatolien für sich zu sichern S. 365. —

Neuntes Kapitel. **Frankreichs und Englands Stellungnahme zu den durch die Potsdamer Kaiserbegegnung bedingten deutsch-russischen Verhandlungen über eine Bahn Bagdad—Khanekin—Teheran: 7. Dezember 1910 bis 7. September 1911** ..... S. 366—407

Beunruhigung in Paris und London über etwaige Folgen der Potsdamer Zusammenkunft. 7. Dez. 1910. Russ. Botschaft London an Sasonow: Londoner Kabinett schätzt Sasonows offene Erklärungen über Potsdamer Begegnung, Deutschland hat keinen Versuch gemacht, Bresche in Entente zu schlagen, und hat wichtige Versicherungen über seine Politik in Persien abgegeben S. 366. — 15. Dez. Dies. an dens.: Eine transpersische Bahn würde enges Einvernehmen zwischen England und Rußland noch weiter bekräftigen S. 367, — Grey erblickt in Bagdadbahn strategische Bedrohung Indiens, namentlich wenn sie sich Persien zu sehr nähert; Benckendorff äußert Ansicht, daß Ausführung der neuen deutsch-russischen Abmachungen über Verbindung von Eisenbahnlinien in Persien von vorherigem Einvernehmen mit Frankreich und England abhängt S. 368. — 20. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Diese Ansicht beruht auf einem Irrtum S. 369. — 21. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Benckendorff berichtigt dem Londoner Kabinette gegenüber das durch seine Erklärung entstandene Mißverständnis S. 369. — 3. Jan. 1911. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson bedauert gewisse Nervosität in Paris hinsichtlich der Besserung in den Beziehungen Deutschlands zu England und Rußland S. 370, — er mißt den deutschfreundlichen Tendenzen der englischen radikalen Partei keine Bedeutung bei S. 371, — glaubt an deutsche Intrigen in Persien S. 372. — 9. Jan. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Pichon will im Parlament Nervosität der französischen öffentlichen Meinung hinsichtlich etwaiger Folgen der Potsdamer Zusammenkunft beruhigen und Unerschütterlichkeit der russisch-

französischen Allianz betonen S. 372. — 7. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Indiskretion der „Evening Times“ über das projektierte deutsch-russische Abkommen S. 373. — 10. Jan. Sasonow an russ. Botschaft London: Bittet um Einleitung einer Untersuchung S. 373. — 11. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson glaubt nicht, daß Indiskretion in London begangen S. 373. — 15. Jan. Dies. an dens.: Verschiedene Mutmaßungen über den Urheber und den Zweck der Indiskretion S. 373, — die Rede Bethmann Hollwegs im Reichstage über die deutsch-russischen Beziehungen hat in London und Paris stark beunruhigt S. 374, — Wirkung einer Rede von Jaurès S. 374. — 15. Jan. Dies. an dens.: Englische Presse und öffentliche Meinung über wahren Charakter der deutsch-russischen Abmachungen im unklaren, aber sehr beunruhigt S. 375, — dies auch beim französischen Botschafter P. Cambon der Fall S. 376, — Benckendorff erklärt ihm, daß Rußland unter Bagdadbahn nur die Linie bis nach Bagdad versteht S. 376, — Cambon und Nicolson durch diese einschränkende Interpretation der russisch-deutschen Abmachungen von seiten Rußlands sehr beruhigt S. 377, — Wichtigkeit, englische öffentliche Meinung aufzuklären S. 377. — 17. Jan. Dies. an dens.: Grey definiert seine Stellungnahme zu den Potsdamer russisch-deutschen Vereinbarungen S. 377, — er glaubt, daß Englands Stellung durch dieselben bei zukünftigen Bagdadbahn-Verhandlungen geschwächt ist S. 378, — betont die Notwendigkeit, die russische einschränkende Interpretation Deutschland gegenüber deutlich zum Ausdruck zu bringen S. 379, — Deutschland habe jetzt in Nordpersien einen Ausgang für seine Bahn gefunden und Rußlands prinzipiellen Widerstand gegen Bagdadbahn überwunden S. 379, — er wünsche nicht den Abbruch der deutsch-russischen Verhandlungen S. 380, — doch sei aus strategischen Erwägungen wichtig, daß eine Zweiglinie nach Persien ausschließlich in russischen Händen bleibt und Deutschland keine Rechte in andern persischen Gebieten erwirbt S. 380. — 21. Jan. Dies. an dens.: Londoner Kabinett bittet, bei deutsch-russischen Verhandlungen vorher orientiert zu werden S. 381. — 27. Jan. Sasonow an russ. Botschaft London: Diesbezügliche Zusage S. 381. — 27. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Gespräch König Georgs mit Benckendorff über die politische Tragweite der kleinasiatischen und persischen Eisenbahnprojekte S. 381—384. — 14. Febr. Dies. an dens.: Beziehungen Kühlmanns zur englischen Presse S. 384, — Bestreben Deutschlands, zu einer Einigung mit England zu gelangen S. 384, — ablehnende Haltung des Londoner Kabinetts S. 385, — aber nur so lange, als die anglo-russische Entente in ihrem ganzen Umfange besteht und die Basis der gesamten Politik Englands bilden kann S. 385, — eine Verständigung mit Deutschland gibt England Möglichkeit, Rüstungen einzuschränken, und würde daher bald einen allgemeinen Charakter annehmen und Rußland isolieren S. 385, — London fürchtet, daß bei den deutsch-russischen Verhandlungen das Berliner Kabinett den Vorzug einer starken Position hat S. 385, — wenn man Deutschland die Tür nach Persien öffnet, wäre die anglorussische Konvention in ihrer Wurzel bedroht S. 387. —

Frage der finanziellen Unterstützung Rußlands durch England und Frankreich beim Bau der Linie Khanekin—Teheran und anderer Bahnen in Nordpersien. 4. Febr. 1911. Drei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: England und Frankreich bieten finanzielle Unterstützung an, um deutschen Einfluß auszuschalten S. 388, — Gefühl der Benachteiligung in Frankreich S. 389, — Vorschlag einer eventuellen Internationalisierung der Bahn S. 389. — 6. Febr. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson bestätigt englischen Vorschlag S. 390, — Überlassung der Linie an Deutschland würde Demission des englischen Kabinettes nach sich ziehen S. 390. — 6. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Der deutsche Botschafter über die Rede Pichons S. 391. — 7. Febr. Dies. an dens.: Die Frage der Bahnlinie Teheran—Khanekin ist die Achse der gesamten politischen Situation geworden und kann eine völlige Neuorientierung der englischen Politik nach sich ziehen S. 391. — 9. Febr. Dies. an dens.: Bereitwilligkeit des englischen Kapitals, sich am Unternehmen zu beteiligen S. 392. — 9. Febr. Dies. an dens.: Greys Rücktrittsabsichten die Folge der deutsch-russischen Abmachungen S. 392. — 10. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Es liegt kein Grund zur Beunruhigung vor S. 393. — 11. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: In London und Paris hat die Erklärung, daß Rußland Deutschland gegenüber freie Hand besitzt, beruhigt S. 394. — 11. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Über die Beteiligung französischen und englischen Kapitals an den russischen Bahnbauten in Nordpersien S. 394. — 12. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Geringer Einfluß der englischen Regierung auf Londoner Finanzkreise S. 394. — 13. Febr. Dies. an dens.: Nicolson begrüßt Klärung der Lage S. 395. — 15. Febr. Dies. an dens.: Ablehnende Haltung der englischen Finanzkreise S. 395. — 17. Febr. Dies. an dens.: Grey über die schwebenden Fragen S. 396. — 17. u. 18. Febr. Drei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow und ein Telegramm Sasonows an dieselbe: Frage einer eventuellen russischen Regierungsgarantie S. 396—398. —

Verlauf der Verhandlungen März—August 1911. 16. u. 22. März 1911. Zwei Telegramme der russ. Botschaft in Paris an Neratow: Iswolsky gibt dem neuen französischen Außenminister Cruppi beruhigende Erklärungen über die Rückwirkung der Potsdamer Verhandlungen auf die russisch-französisch-englischen Beziehungen S. 398—400. — 23. März. Neratow an russ. Botschaft Paris: Bestätigung dieser Erklärungen S. 400. — 26. März. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Unbestimmte Haltung Cruppis in der Frage des Golfsektors der Bagdadbahn S. 400. — 24. Mai. Russ. Botschaft London an Neratow: Nicolson über die Schwierigkeiten der deutsch-russischen Verhandlungen S. 401, — Benckendorffs Ansicht, daß Deutschland beim Bau der Strecke Konia—Bagdad die Unterstützung der Pariser Börse brauchen werde S. 402, — wenn Rußland seine Interessen von denen Englands und Frankreichs absondert, so werden die Verhandlungen zwischen England und Deutschland in einem sehr entgegenkommenden Geiste geführt werden S. 403, — Deutschland würde sich

festen Fuß in Persien sichern S. 403. — 21. Juni. Dies. an dens.: Wiederholung des Standpunktes Greys hinsichtlich der Bedeutung der anglo-russischen Konvention von 1907 für die gesamte politische Situation S. 404, — eine englische Anleihe ist Rußland zugesichert, um die Möglichkeit einer deutschen Kontrolle auszuschalten S. 405, — sollte Deutschland im Falle eines Abbruches der deutsch-russischen Verhandlungen für sich allein eine Eisenbahnkonzession in Teheran fordern, so müßten sich Rußland und England nach Ansicht Nicolsons diesem Verlangen energisch widersetzen S. 406. — 7. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Mitteilung des Textes des deutsch-russischen Abkommens vom 16./29. August 1911 S. 407. —

Marokko.

Zehntes Kapitel. **Agadir: 10. Februar 1909 bis 20. Dezember 1911** ..... S. 408—448

Das deutsch-französische Marokkoabkommen 1909. 10. Febr. 1909. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Abschluß eines französisch-deutschen Marokko-Abkommens, deutsche Nachgiebigkeit bei den Verhandlungen S. 408, — mutmaßliche Gründe dieser Haltung S. 409, — Deutschland wünscht Annäherung an England, angeblicher Versuch Deutschlands, die Beziehungen der Ententestaaten zu lockern S. 409, — sekundäre Bedeutung des Abkommens für die deutsch-französischen Beziehungen S. 410. —

Die Marokkofrage im Jahre 1911. 28. März 1911. Russ. Botschaft Paris an stellvertr. Außenminister Neratow: Rußland versucht, die spanisch-französischen Differenzen beizulegen S. 410, — Spanien beschuldigt Frankreich, sich Marokko unter Verletzung der Algeciras-Akte endgültig unterwerfen zu wollen S. 410, — allgemeinpolitisches Interesse Frankreichs und Rußlands, Spanien nicht zu entfremden und Deutschland zuzutreiben S. 411. — 13. April. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Frankreich wünscht deutsche Zustimmung zu einer militärischen Expedition nach Fez zum Schutze der dortigen Europäer S. 412, — J. Cambon behauptet, vom Berliner Kabinett Zustimmung im Falle absoluter Notwendigkeit erhalten zu haben, doch zweifelt der russische Vertreter in Berlin, daß die deutsche Antwort so günstig gewesen ist S. 412. — 18. April. Dies. an dens.: Frankreichs Vorgehen ruft in Deutschland starke Erregung hervor S. 413, — Berliner Kabinett müßte Okkupation von Fez als Verletzung der Algeciras-Akte und des Abkommens von 1909 betrachten, wodurch es selbst freie Hand in Marokko bekommen würde S. 414, — Jules Cambon glaubt, daß Möglichkeit einer für Frankreich günstigen Lösung von Unterstützung Londons und Petersburgs abhängt S. 414. — 9. Mai. Russ. Botschaft London an Neratow: Nicolson beunruhigt, da es für Frankreich schwer sein wird, sich wieder aus Fez zurückzuziehen, was zu politischen Komplikationen führen könnte S. 414, — Spanien erhebt seinerseits Ansprüche S. 414, — Solidarität Englands und Rußlands mit Frankreich S. 415. — 11. Mai. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Iswolsky hält

den Optimismus des französischen Außenministers Cruppi für gefährlich und unberechtigt S. 415, — das Berliner Kabinett nimmt in dieser Frage eine vorteilhafte Position ein S. 416, — Cruppi selbst hat kein festes Programm S. 416. — 23. Mai. Russ. Botschaft London an Neratow: Besuch Kaiser Wilhelms in London S. 416, — Grey erklärt dem deutschen Botschafter, daß französische Expedition nach Fez infolge der den dortigen Ausländern drohenden Gefahr berechtigt sei und daß England in jedem Falle seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachkommen werde S. 417, — Grey durch freundschaftlichen Ton Metternichs beruhigt S. 417, — persönlicher Erfolg Kaiser Wilhelms in London S. 418. — 5. Mai. Neratow an russ. Botschaft Paris: Russ. Vorstellungen in Berlin haben zu günstigem Resultate geführt S. 419. — 11. Mai. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Dankbarkeit der französischen Regierung für diesen Schritt S. 419. — 20. Mai. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Französische und englische Presse spricht von einem Druck, der von Rußland in Berlin ausgeübt worden sei S. 419, — Versuch, die sich bessernden deutsch-russischen Beziehungen zu stören S. 420, — offiziöse deutsche Presse geht auf russ. offiziöse Insinuation nicht ein, aber Deutscher Reichskanzler von derartigem Vorgehen und Mangel an Diskretion unangenehm berührt S. 420. — 22. Mai. Neratow an russ. Botschaft Paris: Vorzüge einer direkten Verständigung zwischen Spanien und Frankreich ohne russische Vermittlung S. 421. — 24. Mai. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Besetzung von Fez S. 421, — Optimismus Cruppis hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Dinge, Differenzen mit Spanien S. 422, — Iswolsky beunruhigt S. 423. — 2. Juli. Neratow an russ. Botschaft London: Ernste Situation infolge des Erscheinens des „Panther" in Agadir S. 423, — Deutschland wünscht augenscheinlich seine politischen Interessen zu wahren, da Algeciras-Akte schon früher verletzt worden ist S. 423, — Frankreich will internationale und nicht direkte deutsch-französische Verhandlungen, England noch mehr als Rußland interessiert S. 424. — 3. Juli. Drei Telegramme der russ. Botschaft London an Neratow: Englischer Ministerrat berät über Lage, Metternich begründet Entsendung des deutschen Kriegsschiffes mit Notwendigkeit, deutsche Interessen in Agadir zu schützen, und erklärt, Deutschland sei bereit, mit Frankreich, Spanien und England neue Verhandlungen aufzunehmen, da Algeciras-Akte durch französisches und spanisches Vorgehen illusorisch gemacht worden sei S. 424—425. — 3. Juli. Dies. an dens.: Beunruhigung in England, Sympathien für Frankreich S. 425. — 5. Juli. Dies. an dens.: Grey erklärt Metternich, England könne sich nicht in Marokko desinteressieren und werde seine Verpflichtungen Frankreich gegenüber erfüllen, Grey zieht deutsch-französisch-englisch-spanische Verhandlungen einer Konferenz vor S. 425. — 5. Juli. Dies. an dens.: Grey erklärt, England könne gewisse Kompensationen zugunsten Deutschlands nicht zulassen, selbst wenn Interessen Frankreichs durch dieselben nicht direkt berührt werden S. 426. — 6. Juli. Dies. an dens.: Deutschland hat in Petersburg nicht dieselben Erklärungen wie in London abgegeben und bezweckt vielleicht dadurch die Haltung Rußlands zu beeinflussen S. 427.

— 19. Juli. Dies. an dens.: Nicolson glaubt, daß man in Berlin die Entspannung zwischen Deutschland und England zu hoch eingeschätzt und an eine neutrale Haltung Englands geglaubt hatte S. 428, — seine Unterredung mit Metternich über die Zurückdrängung Deutschlands in der Weltpolitik S. 429, — deutsche Forderungen im französischen Kongo S. 429. — 1. Aug. Dies. an dens.: Deutschland scheint im letzten Augenblick die Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes mit England erkannt zu haben S. 429, — stürmische Unterredung zwischen Grey und Metternich anläßlich der Rede Lloyd Georges S. 430, — versöhnliche Erklärungen Asquiths im Parlament S. 431, — diese hervorgerufen durch versöhnliche Haltung Kühlmanns S. 431, — ein Krieg zwischen Deutschland und England schien eine Zeitlang unmittelbar bevorzustehen S. 431, — die eingetretene Entspannung berührt nicht den Kern des Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland S. 431, — Deutschland scheint sich über den Standpunkt der englischen Politik vollkommen getäuscht zu haben S. 432. — 16. August. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Berliner Kabinett schätzt Rußlands korrekte Haltung, Kiderlen beklagt sich, daß Verhandlungen mit Frankreich dadurch erschwert werden, daß dieses Deutschland mit seinen Bündnissen droht und keine Diskretion beobachtet S. 433, — Deutschland wünscht gegen Kompensationen im Kongo auf alle seine Ansprüche in Marokko zu verzichten und dadurch beständigen Reibungen mit Frankreich ein Ende zu setzen S. 433. — 16. Aug. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey über die Notwendigkeit für England, sich an einem Kriege zu beteiligen S. 434—435, —seine Ansicht über Kaiser Wilhelms Absichten S. 435. — 18. Aug. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Heftige Angriffe der alldeutschen Presse gegen Kiderlen und den Kaiser S. 435, — Deutschlands Selbstgefühl durch Englands erfolgreichen Einspruch verletzt S. 436. — 29. August. Russ. Botschaft London an Neratow: Die Enttäuschung in Deutschland ruft eine gefährliche englandfeindliche Stimmung hervor S. 436, — Englands Politik hat Marokko aus der von Deutschland erstrebten kolonialen Neuordnung ausgeschaltet S. 437, — das Berliner Kabinett hatte gewisse rechtliche Gründe auf seiner Seite S. 437, — Kühlmann über die Notwendigkeit, Kompensationen für das beständige Vorrücken Frankreichs in Marokko zu erhalten, Metternich hat seine Regierung über den Ernst der Lage von Anfang an unterrichtet S. 437, — und glaubt, daß weder England noch Deutschland den Krieg gewollt, daß ersteres aber in Marokko französischer als Frankreich gewesen S. 438. — 6. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Spanische Ansprüche auf Ifni S. 438. — 7. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey hält Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich für unzeitgemäß, solange keine Einigung mit Deutschland erzielt S. 439. — 7. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Entrüstung in Madrid über französische Forderungen S. 439. — 8. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey der Ansicht, daß Spanien gewisse Opfer bringen müsse, Greys Haltung in dieser Frage durch englisch-französische Entente bestimmt S. 440. — 8. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Möglichkeit eines österreichischen

Vermittlungsvorschlages S. 441, — Grey glaubt nicht, daß dies für Frankreich annehmbar wäre S. 441, — Benckendorff erklärt ihm, daß Rußland seinen Bündnisvertrag mit Frankreich natürlich erfüllen werde, daß ein Krieg im jetzigen Augenblicke jedoch seinen Interessen außerordentlich schaden würde S. 441. — 7. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Deutschland wünscht in Marokko freie Entwicklung seiner ökonomischen Tätigkeit S. 442. — 9. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Die Verhandlungen in Berlin schwierig, aber aussichtsvoll, die Presse müsse Zurückhaltung und Mäßigung zeigen S. 442. — 14. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Deutschland dementiert, daß es eine privilegierte ökonomische Stellung für sich in Marokko beanspruche S. 442. — 17. Sept. Ders. an dies.: Verhandlungen in Berlin nehmen günstigen Verlauf, doch besteht gewisse Gefahr infolge kriegerischer Stimmung einiger politischer Kreise in Paris und London S. 443. — 20. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Weder in Frankreich noch in Deutschland wird öffentliche Meinung von der Lösung befriedigt sein und Spannung wird noch längere Zeit weiterbestehen S. 443. — 19. Sept. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Eine prinzipielle Einigung erzielt S. 443, — Jules Cambon befürchtet, daß das Übereinkommen durch Obstruktion gewisser Pariser Kreise und Zeitungen noch vereitelt werden könne, und bittet vertraulich um russische Einwirkung in Paris S. 444, — herausfordernder Ton der französischen Presse ruft in Berlin große Erregung hervor S. 444, — auch einige russische Zeitungsartikel entbehren des politischen Taktes S. 445. — 25. Okt. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Verhandlungen nähern sich dem Ende, Jules Cambon läßt deutscher Mäßigung in zweiter Phase derselben Gerechtigkeit widerfahren S. 445. — 13. Okt. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Der Erfolg der Verhandlungen ist einerseits der Friedensliebe Kaiser Wilhelms, anderseits der Geschicklichkeit Cambons zuzuschreiben, der gegen seinen starken Gegner Kiderlen und gleichzeitig gegen gewisse chauvinistische Kreise in Paris zu kämpfen hatte S. 445. —

Nachklänge der Marokkokrise. 21. Nov. 1911. Russ. Botschaft London an Neratow: Während der Krise billigte man in England allgemein den Entschluß der Regierung, Frankreich mit Waffengewalt zu unterstützen, jetzt setzt jedoch eine gewisse Reaktion ein, da England, als Folge der Entente, in zwei Jahren zweimal hat fast Krieg führen müssen, diese Stimmung voraussichtlich nur vorübergehend, doch wird sie von Deutschland wahrscheinlich ausgenutzt werden S. 446. — 30. Nov. Dies. an dens.: Wachsende Opposition gegen Greys auswärtige Politik, letzterer kann dem Parlamente nicht mitteilen, daß Lloyd George seine Rede auf Grund von Informationen gehalten hatte, die von der französischen Regierung mitgeteilt worden waren, auch Greys Äußerung, er wolle die bestehenden Ententen nicht einer neuen opfern, wird angegriffen S. 447. — 20. Dez. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Die Entente geht aus der Krise endgültig gefestigt hervor, England war bereit, seine gesamte Flotte und sein Expeditionskorps gegen Deutschland in Bewegung zu setzen, die politische Lage Europas scheint jedoch noch weniger gefestigt, man muß sich

ständig auf die Möglichkeit des Ausbruches eines europäischen Krieges vorbereiten S. 447—448. —

Italien.

Elftes Kapitel. **Italiens Stellung im Dreibund und sein Verhältnis zu den drei Ententemächten: 22. Juni 1909 bis 2. Juli 1914** ..... S. 449—491

Zusammenkunft der Könige Italiens und Englands in Bajä 1909. 22. Juni 1909. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: König Eduard hat bei seinem Besuche in Bajä S. 449, — über das Gleichgewicht in der Adria und Italiens Haltung im Falle eines englisch-deutschen Krieges gesprochen, dessen baldigen Ausbruch er als wahrscheinlich bezeichnet haben soll S. 450. —.

Zusammenkunft zwischen dem Kaiser von Rußland und dem König von Italien in Racconigi 1909. 27. Okt. 1909. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Beunruhigung in Wien und Verstimmung über den Reiseweg des Zaren S. 451. — 27. Okt. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Große Befriedigung in England, wo man glaubt, daß Italien in Zukunft der Entente näher steht als dem Dreibunde S. 451. — 29. Okt. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Trotz der zur Schau getragenen Ruhe scheint man in Deutschland besorgt wegen der möglichen Rückwirkung der Entrevue in Racconigi auf die allgemeine europäische Politik S. 452. — 30. Okt. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Zufriedenheit des serbischen Außenministers mit der Entrevue S. 453. — 12. Nov. Dies. an dens.: Tittoni hat angeblich die Absicht, auch andere Mächte aufzufordern, sich dem Abkommen von Racconigi anzuschließen S. 453. — 14. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft London: In Racconigi ist von einem derartigen Schritte keine Rede gewesen S. 453. — 4. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft Berlin: Beruhigende Erklärungen der russ. Regierung in Berlin über die Bedeutung der Entrevue S. 454, — die Annäherung zwischen Italien und Rußland enthalte keine gegen den Dreibund gerichtete Spitze S. 454, — das jetzige System der Allianzen bilde eine Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens S. 455. — 4. Nov. Iswolsky an russ. Gesandtschaften in Sofia, Belgrad und Cettinje: Erteilung politischer Instruktionen im Hinblick auf die Resultate der Entrevue S. 456—457. — 6. Nov. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Türkische Regierung scheint zu befürchten, daß Rußland und Italien sich über eventuelle Kompensationen auf Kosten der Türkei geeinigt haben S. 458. — 7. Nov. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: In Rom wünscht man noch engere Annäherung an Rußland, ohne Vermittlung Frankreichs, doch will man nicht in Deutschland und Österreich Argwohn wecken S. 459. — 22. Juli 1911. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Italien und Rußland haben sich in Racconigi verpflichtet, kein neues albanisches Abkommen ohne vorherige gegenseitige Verständigung abzuschließen S. 459. — 27. Sept. Dies. an dens.:

Rußland hat in Racconigi Italien Handlungsfreiheit in Tripolis zugestanden S. 460 — und Italien Rußlands Rechte auf die türkischen Meerengen anerkannt S. 460. — 7. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Veröffentlichung der „Reichspost" über die Abmachungen in Racconigi S. 460. —

Italien und die persische Frage. 26. April 1910. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Italien hat Deutschland und Österreich gegenüber keine Verpflichtungen hinsichtlich Persiens, Italien ist durch den Dreibund nur in genau festgesetzten Fragen gebunden und besitzt in allen anderen völlige Handlungsfreiheit S. 461. —

Zusammenkunft des italienischen und österreichischen Außenministers in Salzburg 1910. 7. Sept. 1910. Russ. Botschaft Rom an das Außenministerium: San Giuliano hegt keine Zweifel hinsichtlich der jetzigen friedlichen Absichten Österreichs auf dem Balkan S. 462. —

Das französisch-italienische Abkommen von 1902 und Beziehungen zwischen beiden Mächten. März—August 1912. 25. März 1912. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Verstimmung Italiens gegen Frankreich, Haltung der französischen Presse durch finanzielle Erwägungen beeinflußt S. 462, — Italiens wirkliche Interessen können am besten durch Anschluß an Entente befriedigt werden S. 463, — in Rom denkt man an Möglichkeit einer Vermittlung Rußlands S. 464. — 21. Mai. Dies. an dens.: Wachsende Mißstimmung zwischen beiden Ländern, dauernde Okkupation der Ägäischen Inseln durch Italien kann von Frankreich nicht geduldet werden, Schwierigkeiten bei der Erneuerung des Abkommens von 1902 S. 464. — 30. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Verschlechterung der französisch-italienischen Beziehungen für Rußland nicht gleichgültig S. 465, — Rußland wünscht nicht, daß Italien formell aus dem Dreibund austritt, sondern faktisch möglichst enge Beziehungen zu Frankreich und Rußland unterhält S. 465, — Wichtigkeit der Erneuerung des Abkommens von 1902 S. 465, — wenn Italien sich wieder enger an Dreibund anschließt, so fürchtet England, daß Tripolis eine maritime Operationsbasis für Dreibund werden könnte S. 466, — Rußland bereit, zwischen Frankreich und Italien zu vermitteln S. 466. — 4. Juni. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Gewisse Besserung in den französisch-italienischen Beziehungen S. 466, — Skepsis Barrères, der in der Persönlichkeit Tittonis ein Hindernis für die Erneuerung der früheren guten Beziehungen erblickt S. 467. — 6. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Iswolsky erklärt Poincaré, daß Italiens Rückkehr zum Dreibund den Interessen der Entente widerspricht S. 467, — Abkommen von 1902 enthält Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeer und zieht Verzicht auf Konzentrierung der französischen und italienischen Armeen auf gemeinsamer Grenze nach sich S. 468, — Poincaré wünscht das Verbleiben Italiens im Dreibund als hemmendes Element, doch muß Frankreich seine Vorherrschaft im Mittelmeer wahren S. 469. — 18. Juni. Dies. an dens.: Gerüchte über Mittelmeerverhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien S. 469. — 13. Aug. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Contarini erklärt, das Abkommen von 1902 widerspreche

nicht dem Dreibundvertrage S. 470. — 13. Aug. Dies. an dens.: Italienische Befürchtungen hinsichtlich der Möglichkeit eines einseitigen englisch-französischen Mittelmeer-Abkommens S. 471, — deutsch-österreichische Anfrage in Paris über Stellungnahme der Entente zum italienisch-türkischen Konflikte und über die russisch-französische Marine-Konvention S. 471, — obwohl Italien der französischen Regierung durch mündliche Erklärungen die Möglichkeit gegeben haben mag, im Falle eines unprovozierten Angriffes auf italienische Neutralität zu rechnen, so entspricht es dem allgemeinen Charakter der italienischen Politik, sich einem positiven Abkommen zu entziehen S. 472. — 20. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré erklärt Tittoni, Rußland und Frankreich halten sich auf Grund der bestehenden Abmachungen für berechtigt, im Falle eines Krieges mit Deutschland und Österreich wegen Balkanfragen auf die Neutralität Italiens rechnen zu können S. 473, — Frankreich werde im Falle eines allgemeinen Konfliktes Rußland bewaffnete Hilfe leisten S. 473. —

Italienisch-russische Beziehungen Okt. 1911 bis Nov. 1912. 24. Okt. 1911. Russ. Botschaft Rom an Außenministerium: Sowohl der Dreibund als auch Entente treffen Maßregeln, um der Eventualität eines stets möglichen europäischen Krieges zu begegnen S. 474, — Frankreich und England suchen sich den Beistand Italiens für den Fall des Krieges zu sichern S. 474, — auch Rußland müßte versuchen, einen Teil der österreichischen Armee durch Italien von sich abziehen zu lassen, Italien ist nicht mehr bloß ein totes Gewicht im Dreibund S. 475. — 25. März 1912. Dies. an Sasonow: Vertiefung der italienisch-russischen Annäherung S. 475, — Rußland kann von Italien in China und Persien unterstützt werden, Deutschland kann im Falle eines europäischen Krieges nicht mehr ganz auf Italien zählen S. 476. — 20. Juni. Dies. an dens.: Der König von Italien über die guten Beziehungen zwischen Italien und Rußland erfreut, bedauert die Verstimmung zwischen Italien und Frankreich S. 476. — 18. Juni. Dies. an dens.: Über die Möglichkeit eines Ausbaues des Abkommens von Racconigi S. 477, — San Giuliano beteuert, daß Dreibund und österreichisch-italienisches Abkommen nur Erhaltung des status quo bezwecken, gegen niemand gerichtet sind, und daß eine Veröffentlichung dieser Verträge nur zur Beruhigung und Erhaltung des Friedens beitragen würde S. 477. — 2. Juli. Dies. an dens.: Giolitti und San Giuliano erklären, daß das Abkommen von 1902 zeitlich unbegrenzt ist, wenn nicht im Dreibund bedeutende Veränderungen vorgenommen werden S. 478, — das Abkommen mit Österreich ist nur ein acte de désintéressement und verfolgt keine geheimen Ziele S. 479, — Italien will keine Vergrößerungen auf Kosten anderer Nationalitäten S. 479. — 11. Juli. Dies. an dens.: Wachsende Sympathien Italiens zu Rußland wegen der italienfreundlichen Haltung des Petersburger Kabinettes im Tripoliskriege S. 479, — Interesse Italiens an den Ägäischen Inseln S. 480. — 30. Juli. Dies. an dens.: Meinungsaustausch zwischen Italien und Rußland über Balkanfragen und die kriegerische Stimmung in Montenegro S. 480. — 9. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré bespricht mit

Iswolsky die Haltung Italiens im Falle eines österreichisch-serbischen Krieges S. 481, — Italien und Rußland haben in Racconigi vereinbart, sich der Ausbreitung einer dritten Macht auf dem Balkan zu widersetzen S. 481, — sind aber keine Verpflichtungen hinsichtlich eines aktiven Eingreifens eingegangen, Poincaré meint, Rußland und Frankreich sollten sich jetzt über ihre beiderseitigen Beziehungen zu Italien mit voller Offenheit unterrichten, da Italien eine große Rolle zu spielen berufen sei S. 481. — 4. Juni. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Mitteilung über den Inhalt des italienisch-österreichischen Abkommens über Albanien S. 482. — 31. Okt. Sasonow an russ. Botschaft Rom: Mitteilung über den Meinungsaustauch zwischen dem italienischen und österreichischen Außenminister in San Rossore S. 482. —

Französisch-italienische Beziehungen Nov. bis Dez. 1913 und April 1914. 20. Nov. 1913. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: In Paris denkt man ernstlich daran, von Italien kategorische Erklärungen über seine Stellung zum Dreibund und Dreiverband zu verlangen S. 483, — Barrère optimistisch und glaubt an eine baldige Annäherung Italiens an die Ententemächte S. 483, — Iswolsky erblickt in dem unbefriedigenden Verhältnis zwischen Italien und Frankreich einen weiteren Faktor der Unsicherheit in der allgemeinen europäischen Lage, auch befürchtet er die Möglichkeit einer Annäherung Frankreichs an Österreich S. 484. — 4. Dez. Dies. an dens.: Pichon erklärt, aus geheimer deutscher Quelle Informationen über die Unterzeichnung eines besonderen Mittelmeerabkommens zwischen den Dreibundmächten anläßlich der Erneuerung dieses Vertrages zu besitzen S. 485. — 21. April 1914. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Auf Wunsch des erkrankten französischen Botschafters spricht der russ. Botschafter Krupensky mit San Giuliano über die italienisch-französischen Beziehungen S. 486—488. —

Italiens Verhältnis zu Österreich und Rußland im Jahre 1914. 24. Febr. 1914. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: In Rußland ist man enttäuscht, daß Italien trotz der seit Racconigi bestehenden Annäherung zwischen Rußland und Italien sich in letzter Zeit immer auf die Seite Österreichs gestellt hat S. 488, — di Martino erklärt dem russischen Botschafter, daß Italien nur deshalb mit Österreich zusammengegangen ist, um auf dasselbe mäßigend einwirken zu können, daß aber nach der endgültigen Lösung der albanischen Frage wieder eine Annäherung Italiens an Rußland stattfinden wird, und zwar ganz besonders im Fall eines Krieges S. 489. — 2. Juli. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Tittoni sucht auf dem Balkanterrain Annäherung an Rußland S. 490. —

Zwölftes Kapitel. Tripolis: 26. August 1911 bis 14. Oktober 1912 ..... S. 492—519

Die Stellung der Großmächte zum italienischen Vorgehen in Tripolis. 26. Aug. 1911. Stellvertr. Außenminister Neratow an russ. Botschaft Rom: Die Großmächte erheben keine Einwendungen gegen Absichten Italiens, Rußland hofft, daß keine neuen Abmachungen zwischen

Österreich und Italien getroffen worden sind S. 492. — 12. u. 13. Sept. Brief und Telegramm der russ. Botschaft in Rom an Neratow: Italien behandelt tripolitanische Frage getrennt von der allgemeinpolitischen Lage, ist keinerlei neue Verpflichtungen eingegangen, will afrikanische Frage lösen, ehe Veränderung des status quo auf dem Balkan eintritt S. 493. — 26. Sept. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Unterredung zwischen Tittoni und Iswolsky über die voraussichtliche Haltung der Großmächte und etwaige Folgen militärischer Maßnahmen Italiens in Tripolis S. 494. — 27. Sept. Dies. an dens.: Auf diesbezügliche Anfrage des Königs von Italien und Giolittis hat Tittoni dem Ultimatum Italiens in Konstantinopel zugestimmt S. 495, — da Kiderlens Politik das Protektorat Frankreichs über Marokko beschleunigt habe, so müsse Italien seine Rechte auf Tripolis verwirklichen, ehe dieselben eventuell von Frankreich als erloschen erklärt werden S. 495. — 1. Okt. Neratow an russ. Botschaft London: Rußland erklärt der Türkei, daß sie die italienische Okkupation von Tripolis anzuerkennen habe S. 496. —

Vermittlungsversuche der Ententemächte 1911, um der Möglichkeit einer Vermittlerrolle Deutschlands zuvorzukommen. 30. Sept. **1911.** Russ. Botschaft Rom an Neratow: Eine etwaige Vermittlung Rußlands sollte deutschen Schritten zuvorkommen, da diese den Einfluß Deutschlands in Konstantinopel noch stärken könnten S. 496. — 8. Okt. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Pariser Kabinett wünscht, daß drei Ententemächte Vermittlerrolle übernehmen und diese nicht Deutschland überlassen S. 497, — die drei Ententevertreter in Konstantinopel sollten sich einseitiger Schritte enthalten und nur gemeinsam handeln S. 497. — 22. Okt. Neratow an russ. Botschaft Rom: Der deutsche Botschafter Marschall befürchtet unabwendbare Komplikationen auf dem Balkan S. 497. — 6. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Öffentliche Meinung in England für Italien nicht günstig, Regierung dagegen wünscht gute Beziehungen zu Italien S. 498, — Pressekampagne wegen italienischer Greueltaten in Tripolis S. 499. — 1. Nov. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Frankreich unterstützt Italien unbedingt, englische Haltung schwankend S. 500, — Tittoni dafür, daß Ententemächte in Konstantinopel auf Anerkennung der Annexion bestehen S. 500. — 4. Nov. Neratow an russ. Botschaft Paris: Ein derartiger Schritt würde Türkei gegen Entente verstimmen und wäre daher für Deutschland vorteilhaft S. 500. —

Ausdehnung der kriegerischen Operationen auf die Meerengen. 30. April **1912.** Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey besorgt und befürwortet Meinungsaustausch der Mächte S. 500. — 30. April. Dies. an dens.: Vitale Bedeutung der Schließung der türkischen Meerengen für Rußland, Grey schlägt parallele Schritte in Konstantinopel und Rom vor, um Öffnung derselben für 15 Tage zu verlangen S. 501. — 1. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Hält einen derartigen Schritt in Rom für zwecklos S. 502. — 2. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Türkei ist zwar bereit, die Meerengen zu öffnen, wird sie jedoch im Falle militärischer Notwendigkeit wieder schließen S. 502. — 2. Mai. Dies. an

dens.: Nicolson über die Schwierigkeiten des Meerengenproblems S. 502. — 9. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré hat alles getan, um faktische Öffnung der Meerengen durchzusetzen S. 503, — doch ist er von der juristischen Berechtigung des russischen Standpunktes nicht überzeugt S. 503, — er glaubt außerdem, daß eine formale Neutralisierung der Meerengen in Zukunft die politischen Interessen Rußlands präjudizieren könnte S. 504. — 15. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Friedensmöglichkeiten S. 504. — 11. Mai. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Barrère befürwortet Vermittlung von seiten der Entente S. 505. — 23. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré, durch italienische Operationen im Archipel beunruhigt, tritt für Konferenz zur Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes ein S. 505—506. — 28. Mai. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Möglichkeit italienischer Operationen gegen Mytilene S. 507. —

Französischer Konferenzvorschlag und die „Uneigennützigkeitserklärung". 28. Mai 1912. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Gedanke einer Konferenz geht nicht von Italien, sondern von Frankreich aus S. 507. — 29. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Anfrage wegen angeblicher Bereitwilligkeit Englands, gemeinsam mit Deutschland vorzugehen S. 507. — 30. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey wünscht baldigen Abschluß des Friedens S. 508, — hat vielleicht erklärt, daß er etwaige Eröffnungen Marschalls gern entgegennehmen werde S. 508. — 30. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré für Verständigung unter den drei Ententemächten, um im günstigen Zeitpunkte mit Konferenzvorschlag hervorzutreten S. 508, — befürchtet Initiative Kaiser Wilhelms S. 509, — ist über die Lage im Mittelmeer beunruhigt S. 509. — 31. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Botschafter Italiens und der Türkei haben Konferenz nicht erwähnt S. 509. — 31. Mai. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Barrère gibt zu, daß Konferenzgedanke von Frankreich ausgegangen ist, baldige Beendigung des Krieges im Interesse Frankreichs und Rußlands S. 509. — 6. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Rußland befürchtet, daß auf einer Konferenz auch andere Fragen, wie z. B. Meerengen, aufgeworfen werden könnten S. 510, — P. Cambon ist der Ansicht, daß diese Frage zugunsten Rußlands geregelt werden müßte, um Gleichgewicht im Mittelmeer wiederherzustellen S. 510, — Poincaré gegen Erweiterung des Konferenzprogrammes, befürwortet aber im Prinzip Öffnung des Schwarzen Meeres für russische Flotte S. 510, — er hegt Besorgnisse wegen der Festsetzung Italiens auf den Ägäischen Inseln S. 511. — 9. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Poincaré schlägt gemeinsame Aktion der drei Ententemächte vor S. 511. — 10. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey billigt Meinungsaustausch zwischen Ententemächten, befürwortet aber gemeinsame Aktion aller fünf Mächte, um nicht Gegensatz zwischen Dreiverband und den zwei Mächten des Dreibundes zu betonen, was italienische Annäherung an Dreibund zur Folge haben könnte S. 511. — 10. Juni. Dies. an dens.: Nicolson derselben Ansicht, glaubt, daß beim Friedensschluß Fragen der Ägäischen

Inseln und der Meerengen aufgeworfen werden könnten S. 512. — 11. Juni. Dies. an dens.: Grey erhebt Einwendungen gegen die von Poincaré vorgeschlagene Uneigennützigkeitserklärung, da man Rußlands Aktionsfreiheit in bezug auf die Meerengen nicht einschränken sollte, England betrachte sich in dieser Frage durch die Versprechungen des Jahres 1908 gebunden S. 512, — Paul Cambon stellt Umschwung in England und Frankreich zugunsten Italiens fest, es sei wünschenswert, Rußlands Einfluß auf Mittelmeerfragen zuzulassen, man dürfe Italien nicht wieder in die Arme des Dreibundes treiben, damit dieser nicht auf Mittelmeer ausgedehnt werde S. 513. — 14. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré zweifelt nicht an Beständigkeit der russisch-französischen Allianz, befürchtet aber ungünstigen Eindruck der bevorstehenden Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren auf französische öffentliche Meinung, befürchtet vor allem Friedensaktion Kaiser Wilhelms, aus diesem Grunde tritt er für vorheriges Einvernehmen zwischen den drei Ententemächten ein mit Begrenzung des Konferenzprogrammes S. 513. — 13. Juni. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Die Poincarésche Formel könnte von Deutschland und Österreich als beleidigendes Mißtrauen aufgefaßt werden S. 514. — 17. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Greys beabsichtigte Antwort auf einen eventuellen Vorschlag Marschalls S. 514. — 17. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Neuer Text der Poincaréschen Formel S. 515. — 18. Juni. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Auch dieser Text für Rußland unannehmbar, Rußland verfolgt keine eigennützigen Ziele, aber Unterzeichnung eines internationalen Aktes würde von russischer öffentlicher Meinung und allen slawischen Staaten als ein Verzicht auf Rußlands traditionelle Balkanpolitik aufgefaßt werden, außerdem würde Gegensatz zwischen den zwei Mächtegruppen noch unterstrichen S. 515. — 23. Juni. Vers. an dies.: Kabinette von Petersburg und Paris einigen sich über einen neuen Text S. 516. — 24. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hält die mündliche Annahme dieses Textes durch die drei Ententemächte für genügend, Bekanntwerden dieser Übereinkunft könnte das Vorgehen der fünf Mächte in Frage stellen S. 516. — 24. Juni. Dies. an dens.: Grey wird Rußland keine Schwierigkeiten bereiten, wenn es jetzt die Meerengenfrage aufwerfen wolle S. 516—517. —

Friedensschluß durch direkte türkisch-italienische Verhandlungen. 13. Juli 1912. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Anbahnung direkter türkisch-italienischer Verhandlungen S. 517. — 18. Aug. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Italien stellt während der Verhandlungen Operationen im Ägäischen Meere ein S. 518. — 2. Sept. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hält Zusammentritt einer Konferenz vor Beendigung des Krieges für unzeitgemäß S. 518, — und nur möglich, wenn Rußland und Österreich sich vorher über Programm einigen S. 519. — 20. Sept. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Günstiger Verlauf der italienisch-türkischen Verhandlungen S. 519. — 14. Okt. Russ. Botschaft London an Sasonow: England wird die Annexion von Tripolis unter gewissen Vorbehalten anerkennen S. 519. —

Balkan und Türkei.

Dreizehntes Kapitel. **Die Lage auf dem Balkan vor Ausbruch des ersten Balkankrieges: 11. Mai bis 20. Sept. 1912** ....S. 520—550

Montenegro. 11. Mai 1912. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Montenegro unterstützt die albanischen Aufständischen mit Geld und Waffen S. 520. — 6. Aug. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Rußland verteidigt Montenegro S. 520, — versöhnliche Haltung der Pforte S. 521. — 19. Aug. Russ. Gesandtschaft Cettinje an Neratow: Kriegerische Absichten Montenegros S. 521. — 8. Okt. Neratow an die russ. Gesandtschaften in Sofia, Belgrad und Athen: Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Montenegro und Türkei verpflichtet nicht andere Balkanstaaten diesem Beispiele zu folgen S. 521. —

Bulgarien. 30 Mai 1912. Sasonow an russ. Gesandtschaft Sofia: Bericht über seine Unterredung mit Danew: Bulgarien durch ständige Kriegsbereitschaft finanziell schwer belastet und wünscht augenblickliche Schwierigkeiten der Türkei diplomatisch auszunützen S. 522, — Frage einer Militärkonvention zwischen Bulgarien und Rußland S. 523, — Zollverband mit Serbien und Kontakt zwischen russischen und bulgarischen Offizieren S. 523, — Beziehungen Bulgariens zu den anderen Balkanstaaten S. 524, — und zu Österreich S. 524. — 6. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Bericht über Unterredung zwischen Iswolsky und Todorow, Verhandlungen mit französischen Finanzkreisen S. 525, — Bulgarien wünscht lange Dauer des italienisch-türkischen Krieges und Schwächung dieser beiden Staaten, da sie beide Feinde des Slawentums S. 525, — Notwendigkeit eines gemeinsamen Aktionsplanes mit den anderen Balkanstaaten S. 525, — Rußland solle Bulgarien freie Hand lassen S. 526, — und sich erst aktiv einmischen, wenn seine speziellen Interessen in Konstantinopel berührt werden S. 526, — allgemeine Liquidierung durch einen europäischen Kongreß, auf dem Rußland von der Entente und Italien unterstützt werden würde S. 526,—Iswolsky macht auf mögliche Schwierigkeiten von seiten Österreichs aufmerksam S. 526. — 20. Juni. Dies. an dens.: Poincaré mißtraut dem Könige von Bulgarien S. 527, — Bekanntwerden des geheimen serbisch-bulgarischen Bündnisses S. 527. — 8. Juli. Zwei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: Man muß Bulgarien zu verstehen geben, daß infolge unmittelbarer italienisch-türkischer Friedensverhandlungen die Konjunktur auf dem Balkan sich zuungunsten Bulgariens verändern und dieses der Türkei gegenüber allein bleiben könnte S. 528. — 20. Sept. Russ. Gesandtschaft Sofia an Neratow: Bestehen einer bulgarisch-montenegrinischen Militärkonvention S. 528. —

Serbien. 20. Juli 1912. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Angebliche kriegerische Erklärungen Serbiens in Berlin S. 528. — 21. Juli. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Hartwig bestreitet kriegerische Absichten Serbiens S. 529, — serbische militärische Maßnahmen bedeuten bloße Vorsichtsmaßregel S. 529. — 23. Juli. Dies. an dens.: Weitere Bestätigung dieser Informationen S. 529.—29. Juli. Russ. Botschaft Wien an

Sasonow: Berchtold dementiert serbische Berichte über österreichische Rüstungen S. 530. — 20. Aug. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Neratow: Österreichische Dezentralisationsvorschläge der türkischen Administration widersprechen den serbischen Interessen in Albanien, russischer Vertreter erklärt, daß Rußland der Beschützer des Slawentums ist und die serbischen Interessen genau kennt S. 530. — 27. Sept. Dies. an dens.: Erregung in Serbien wegen der türkischen Mobilisation und geheime Abmachungen zwischen Bulgarien und Serbien über die Mobilisation der beiden Armeen S. 530. — 30. Sept. Zwei Telegramme der russ. Botschaft Konstantinopel an Neratow: Serbisches Ultimatum an die Türkei wegen Einberufung der Reserven und Zurückhaltung serbischen Kriegsmaterials S. 531. —

Österreich-Ungarn. 17. Juli 1912. Russ. Botschaft Wien an Sasonow: Friedliche Erklärungen Berchtolds S. 532, — Notwendigkeit der Lokalisierung eines möglichen Konfliktes auf dem Balkan S. 532. — 18. Aug. Stellvertr. Außenminister Neratow an russ. Botschaft Wien: Berchtold schlägt Meinungsaustausch der Mächte über Balkanfragen vor, administrative Dezentralisation in Albanien sei zu begrüßen und könnte auch auf übrige Nationalitäten in der europäischen Türkei ausgedehnt werden S. 533, — Bulgarien, Serbien und Griechenland erblicken jedoch hierin eine Bedrohung ihrer Interessen S. 533, — Berchtold empfiehlt deshalb Kollektivschritte der Mächte in Konstantinopel und den Balkanhauptstädten S. 533, — Sasonow stimmt unter Vorbehalt Kollektivschritten in Konstantinopel zu, lehnt aber solche in den anderen Städten ab S. 533. — 18. Aug. Neratow an russ. Botschaften in London und Paris: Petersburger Kabinett findet, daß bulgarische und serbische Wünsche hinsichtlich möglichst großer Einschränkung der albanischen Dezentralisation berücksichtigt zu werden verdienen S. 534. — 23. Aug. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Frankreich geht in dieser Frage solidarisch mit Rußland und England S. 535. — 15. August. Russ. Botschaft Wien an Neratow: Österreich wünscht augenscheinlich ebenso wie Rußland einen Balkankonflikt zu lokalisieren S. 535, — es verfolgt augenblicklich keine aggressiven Ziele, da dies zu einem europäischen Kriege führen würde und Österreich militärisch schwach ist S. 536, — trotzdem würde es sich entschließen, aktiv seine Balkaninteressen zu verteidigen, die in der Erhaltung des status quo bestehen S. 536, — es läßt sich nicht beurteilen, ob Österreich eine Veränderung im Regime der türkischen Meerengen als eine Verletzung des status quo betrachten würde, doch beunruhige in dieser Hinsicht in Wien der Abschluß der russisch-französischen Marinekonvention S. 536, — die bisher getroffenen militärischen Maßnahmen haben bescheidenen Umfang S. 536, — Reise Berchtolds nach Bukarest und Buchlau zur Besprechung mit Bethmann Hollweg S. 536. — 29. Aug. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Poincaré bereit, eine Initiative zu ergreifen, um Berchtoldschen Vorschlage zuvorzukommen S. 537. — 21. Aug. Russ. Botschaft Rom an Neratow: Ablehnende Haltung Italiens gegenüber dem Berchtoldschem Vorschlage S. 537. — 1. Sept. Russ. Botschaft Paris an Neratow: England wünscht

Rivalität zwischen den beiden Mächtegruppen und Verschärfung des österreichisch-russischen Gegensatzes zu vermeiden S. 538. —

Russische Vorsichtsmaßregeln zum Schutze seiner Interessen. 29. Aug. 1912. Russ. Botschaft Konstantinopel an Neratow: Durch die geheimen Bündnisse ermutigt und von ihrer Übermacht überzeugt, drängen die Balkanstaaten auf einen Krieg, um den gegebenen günstigen Zeitpunkt auszunutzen S. 538, — Hoffnungen auf Rußland S. 538, — mögliche Absichten Bulgariens auf Konstantinopel S. 539, — Notwendigkeit militärischer Bereitschaft Rußlands zur Verteidigung seiner historischen Ziele S. 539. — 20. Sept. Russ. Gesandtschaft Sofia an Neratow: Notwendigkeit der Bereitschaft der russischen Schwarzmeer-Flotte S. 539. — 23. Okt. Neratow an Staatssekretär Kokowzew: Rußland und die allgemeine politische Lage S. 540—542. — 23. Okt. Russ. Botschaft Paris an Außenministerium: Rußland und die durch den Balkankrieg aufgeworfenen Probleme, Haltung Poincarés S. 542—546. — Auszug aus einem Berichte Sasonows an den Zaren über seine Auslandsreise im Sept.-Okt. S. 546—550. —

Vierzehntes Kapitel. **Die Großmächte während des Balkankrieges: 21. Oktober 1912 bis 23. November 1912** ..... S. 551—592

Slawophile Evolution Englands und Standpunkt des Londoner Kabinetts gegenüber der Türkei. 21. Okt 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: In London befürchtet man die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges und erblickt in einem österreichisch-russischen Einverständnis ein wirksames Mittel, den Frieden zu erhalten S. 551, — eventuelle Basis einer Intervention S. 552, — Notwendigkeit, die Empfindlichkeit der Franzosen zu schonen S. 552. — 21. Okt. Dies. an dens.: Nicolson betrachtet das serbisch-bulgarische Bündnis als gegen österreichische Übergriffe gerichtet, hat kein Zutrauen zu König Ferdinand S. 552. — 21. Okt. Dies. an dens.: Sasonow für eine genaue Verständigung der drei Ententemächte, Grey für Erhaltung des territorialen status quo auf dem Balkan, Türkei dürfe selbst im Falle eines Sieges keine Vorteile erringen, England gegen die Besitzergreifung Kretas oder der Ägäischen Inseln durch eine Großmacht S. 553. — 21. Okt. Dies. an dens.: Grey wird der Entente zuliebe große Zugeständnisse auf Kosten der Türkei zulassen S. 554. — 22. Okt. Dies. an dens.: Greys Standpunkt entschieden proslawisch, ähnliche Tendenzen auch bei anderen Mitgliedern des englischen Kabinetts S. 554—556. —

Rußlands Standpunkt gegenüber Österreich-Ungarn im Oktober 1912. 24. Okt. 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson für ein von Rußland ausgearbeitetes Reformprojekt und Mitteilung desselben an Österreich S. 556. — 24. Okt. Sasonow an russ. Botschaft London: Er ist gegen ein gemeinsames Vorgehen Rußlands mit Österreich und für ein enges Einvernehmen mit Frankreich, England und Italien S. 557. — 28. Okt. Russ. Botschaft London an Sasonow: In England hält man die Erhaltung des status quo auf dem Balkan nicht für möglich und ist für

territoriale Veränderungen zugunsten der Balkanalliierten S. 557. — 29. Okt. Dies. an dens.: Rußland ebenfalls gegen die Erhaltung des status quo auf dem Balkan, doch muß es Vorsicht beobachten, um nicht Kompensationsforderungen Österreichs hervorzurufen, denn selbst andere als territoriale Forderungen von seiten Österreichs wären für Rußland unannehmbar S. 558. — 30. Okt. Dies. an dens.: Rußlands geheime Absicht, in Zukunft eine ökonomische Verständigung Österreichs mit dem vergrößerten Serbien zu vereiteln S. 559, — da jedoch dieser Standpunkt von den Westmächten im Interesse des europäischen Friedens nicht unterstützt werden würde S. 560, — so muß die russische Politik gegen eine derartige Verständigung als gegen eine Serbien von Österreich auferlegte Bedingung ankämpfen S. 560. —

Rußland und der serbisch-bulgarische Geheimvertrag. 31. Okt. 1912. Sasonow an russ. Botschaft London: In Anbetracht des engen Einvernehmens der drei Ententemächte in Balkanfragen S. 560, — macht Petersburger Kabinett jetzt in London genauere Angaben über diesen Vertrag und Rußlands Rolle beim Abschluß desselben S. 560, — zwar enthält er einige bedenkliche Bestimmungen S. 561, — doch hat sich Rußland seinerzeit enthalten, Einwendungen zu erheben, um die Politik Serbiens und Bulgariens nicht in einem für Rußland unerwünschten Sinne zu beeinflussen S. 561, — die territorialen Bestimmungen im Falle eines siegreichen Krieges gegen die Türkei bedeuten seiner Ansicht nach nicht eine endgültige Abgrenzung, sondern einen Hinweis auf das gegenseitige Verhältnis der serbischen und bulgarischen Ansprüche S. 562. —

Russische Befürchtungen wegen bulgarischer Absichten auf Konstantinopel. 31. Okt. 1912. Sasonow an russ. Botschaft London: Rußland warnt Bulgarien vor weiterem Vordringen nach Konstantinopel S. 562. — 31. Okt. Sasonow an russ. Botschaften London und Paris: Bittet um diesbezügliche Unterstützung der beiden Kabinette in Sofia S. 563. — 1. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Englische öffentliche Meinung gegen Erhaltung der Türkei auf dem Balkan außer Konstantinopel S. 564. — 2. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: Französischer Vorschlag einer Intervention der Mächte S. 564. — 3. Nov. Ders. an dies.: Maritzalinie zur Sicherung Konstantinopels notwendig, der Rest der europäischen Türkei könnte zwischen den Balkanstaaten aufgeteilt werden, nur so kann Besetzung Konstantinopels durch die Balkanalliierten vermieden werden S. 564, — gleichzeitige Lösung verschiedener anderer Fragen betreffend Serbien, Albanien, Rumänien und Österreich S. 565. — 2. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hält es für schwer, von Bulgarien zu fordern, vor Chataldja stehen zu bleiben, englische öffentliche Meinung auf seiten Bulgariens S. 565, — Grey persönlich gibt große Bedeutung der Konstantinopler Frage für Rußland zu S. 566, — er rät dem bulgarischen Gesandten in London zur Mäßigung, da Rußlands Standpunkt hinsichtlich Konstantinopels unverrückbar sei S. 566. — 4. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Wünscht einen Interventionsvorschlag Frankreichs; wenn Balkanalliierte Konstantinopel besetzen,

würde gleichzeitig russische Schwarzmeer-Flotte dort erscheinen, Gefahr allgemein europäischer Verwicklungen, russischer Generalstab mit Überlassung Adrianopels an Bulgarien jetzt einverstanden S. 567. — 4. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey mit Sasonows Vorschlägen einverstanden, glaubt, daß man die österreichischen Bedingungen kennenlernen müsse S. 568. — 4. Nov. Dies. an dens.: Grey befürwortet Lösung der Meerengenfrage entsprechend den Interessen Rußlands S. 568. — 6. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Befürwortet sofortige Intervention der Mächte S. 569. — 7. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey durch Entschluß Rußlands, event. Flotte nach Konstantinopel zu schicken, überrascht, gibt aber große Bedeutung dieser Frage für Rußland zu S. 570. — 7. Nov. Dies. an dens.: Grey hält Verbleiben des Sultans in Konstantinopel für einzige befriedigende Lösung S. 570, — sollte dies unmöglich sein, so denkt er an eine Art Neutralisierung S. 570, — Benckendorff glaubt nicht, daß Rußland einer solchen Lösung zustimmen könnte S. 570. — 9. Nov. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Übersicht über die Forderungen des Balkanblockes, die er mit Waffengewalt gemeinsam durchzusetzen beschlossen hat S. 571. —

Europäische Spannung wegen der Frage des serbischen territorialen Zuganges zur Adria. 5. Nov. 1912. Sasonow an russ. Botschaft London: Österreich verzichtet auf territoriale Kompensationen zu seinen Gunsten, Sasonow weist den österreichischen Botschafter in Petersburg auf Lebensinteresse Serbiens hin, einen Zugang zur Adria zu erhalten, er hofft auf deutsche Einwirkung in Wien S. 572. — 6. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Italien erklärt, daß Dreibundmächte einig und Frieden nicht bedroht, statt in der Adria könnte Serbien im Ägäischen Meere befriedigt werden S. 573. — 7. Nov. Dies. an dens.: Grey durch die zwischen Serbien und Österreich schwebenden territorialen und ökonomischen Fragen sehr beunruhigt, Benckendorff weist auf ernsten Charakter auch der letzteren hin, da Rußland eine Absorption Serbiens durch Österreich befürchtet S. 573, — Grey befürwortet Vermittlung der Mächte zwischen Balkanalliierten und Türkei, erkennt Berechtigung der österreichischen ökonomischen Wünsche an S. 574. — 8. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Rom: Österreich sollte in der Frage des serbischen Zuganges zur Adria nachgeben S. 574, — Serbien wird sich mit nichts weniger zufrieden geben und sich auf den Balkanblock stützen S. 574, — von der Einwirkung des römischen Kabinettes auf Österreich werden Italiens zukünftige Beziehungen zu Rußland und den Ententemächten abhängen und auch sein erschüttertes moralisches Prestige im Balkan würde wiederhergestellt werden S. 575. — 7. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Bericht über eine wichtige Veränderung in der Politik Frankreichs in Balkanfragen: während Frankreich bisher seine eigenen Interessen durch rein balkanische Fragen nicht berührt betrachtete und zu militärischen Maßregeln nicht bereit war, erklärt jetzt Poincaré die Bereitwilligkeit der französischen Regierung, im Falle österreichischer territorialer Erwerbungen aktiv einzugreifen S. 575, — Iswolsky schlägt vor, diese Gelegenheit zu benutzen, um eine gemeinsame Aktion Rußlands,

Frankreichs und Englands vorzubereiten S. 576, — Text des eigenhändigen Briefes Poincarés an Iswolsky S. 576. — 9. Nov. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Entente unterstützt diplomatisch die serbischen Forderungen, doch scheint Dreibund sich einem territorialen Zugange Serbiens zur Adria zu widersetzen, ein Krieg aus diesem Anlasse unzulässig S. 577, — Mahnung an Serbien, eine vorsichtige Haltung einzunehmen und die Rolle seines Advokaten, d. h. Rußlands, nicht zu erschweren S. 578, — seine ökonomischen Interessen würden auch in anderer Weise wahrgenommen werden können, Serbien gehe aus dem kurzen Kriege mit Erorberungen hervor, auf die es früher kaum hoffen durfte S. 578. — 11. Nov. Ders. an dies.: Mitteilung an Serbien, daß Frankreich und England seiner adriatischen Forderungen wegen nicht mit dem Dreibunde Krieg führen wollen; wenn Serbien seine Ansprüche mäßige, werde Rußland auf für Serbien günstige Bedingungen bei der notwendig gewordenen Bildung Albaniens bestehen können S. 578. — 11. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: In Anbetracht der Solidarität des Dreibundes will Rußland wissen, wie Frankreich und England sich verhalten werden, wenn Österreich aktiv vorgeht; Österreich bereit, Serbien eine Eisenbahn nach der Adria zuzubilligen; Sasonow will nicht, daß Österreich die Frage des serbischen Zuganges zur Adria jetzt regele, sondern dies solle der gemeinsamen Entscheidung der Mächte vorbehalten bleiben S. 579. — 11. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey findet, daß Eisenbahn unter serbischer Kontrolle den berechtigten Ansprüchen Serbiens Genüge leiste S. 580. — 12. Nov. Dies. an dens.: Jules Cambon berichtet, Kiderlen habe dem serbischen Vertreter in Berlin erklärt, Deutschland werde Österreich im Falle eines Konfliktes mit Rußland zu Hilfe kommen, selbst wenn Frankreich sich nicht beteiligt S. 580. — 14. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hofft, daß Österreich sich irgendwelcher Drohungen anläßlich der serbischen Expedition nach Durazzo enthalten wird S. 581. — 14. Nov. Zwei Telegramme ders. an dens.: Die Eventualitäten eines Eingreifens Englands in einen Krieg S. 581—583. — 14. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Projekt einer russischen Antwort auf die Poincarésche Erklärung über die Beteiligung Frankreichs an einem Kriege, obwohl nach sicheren Informationen Österreich augenblicklich keine aggressiven Absichten hegt, so muß man doch alle Eventualitäten vorbereiten, Rußland muß aber allzu kategorische Erklärungen über eventuelle territoriale Erwerbungen einer Großmacht auf dem Balkan vermeiden, da dies seine eigene Aktionsfreiheit im Meerengengebiet einschränken könnte S. 583—584. — 16. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Italien zieht eine allgemeine europäische Garantie Albaniens einer österreichisch-italienischen vor S. 584. — 18. Nov. Dies. an dens.: Rußland muß in Albanien Entgegenkommen zeigen S. 585, — und Serbien von weiteren Provokationen zurückhalten S. 585, — wenn Rußland die Verantwortung für eine aggressive Politik auf Österreich zurückfallen lassen könnte, so wäre dies für das Eingreifen Englands in einen Krieg von entscheidender Bedeutung S. 585. — 17. u. 18. Nov. Zwei Telegramme der russ. Bot-

schaft in Paris an Sasonow: Poincaré über das Eingreifen Frankreichs in einen Krieg S. 586—587. — 20. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Eventualität einer Beteiligung Englands an einem Kriege S. 587, — zwei Bedingungen nötig: 1. muß der Krieg durch aktives Eingreifen Frankreichs zu einem allgemeinen werden und 2. muß die Verantwortung für den Angriff auf die Gegner fallen S. 588, — durch Aufrechterhaltung des Prinzips der eigenen Uneigennützigkeit erlangt Rußland einen vielleicht entscheidenden Einfluß S. 588, — Rußland muß zu gewissen Opfern bereit sein, um sich die Teilnahme Englands zu sichern S. 588, — die lebhaften Sympathien der englischen öffentlichen Meinung für die Balkanslawen augenblicklich befriedigt, was für Rußland nicht ganz vorteilhaft S. 589, — daß Österreich wichtige ökonomische Interessen auf dem Balkan besitzt, wird in England anerkannt S. 589, — um energisch handeln zu können, muß die englische Regierung der Unterstützung der öffentlichen Meinung sicher sein S. 589. — 20. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Unterredung zwischen Poincaré und Tittoni über die Haltung Frankreichs und Italiens im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes S. 589. — 23. Nov. Dies. an dens.: Beunruhigende französische Nachrichten aus Wien S. 590, — Poincaré betont, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von seiten Rußlands berufen dürfe und daß es ganz klar sein müsse, daß Serbien bei einer etwaigen Expedition nach Durazzo auf eigene Gefahr handelt S. 592. —

Fünfzehntes Kapitel. **Die Londoner Botschafterkonferenz: November bis Dezember 1912** ..... S. 593—614

Serbische Unnachgiebigkeit. 23. Nov. 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson glaubt, daß Österreich sich nicht dem serbischen Zugange zum Meere, wohl aber einer territorialen Erwerbung widersetzen wird S. 593, — in England bedauert man, daß Rüstungen Rußlands diejenigen Österreichs übertreffen, was um so wichtiger, als Haltung Deutschlands für England ausschlaggebend sein wird S. 593, — man findet Österreichs jetzige Wünsche mäßig im Vergleich zu seinen früheren Plänen S. 593 — und Serbien zu anspruchsvoll S. 593. — 24. Nov. Dies. an dens.: Wenn Rußland allzu weitgehende Forderungen Serbiens unterstützt, wird es selbst der moralischen Unterstützung Frankreichs und Englands verlustig gehen S. 594, — russische öffentliche Meinung will Revanche für 1909 S. 594, — eine solche aber schon auf friedlichem Wege erreicht, da Österreich allein durch Rußlands Politik gezwungen ist, auf alle seine früheren Pläne zu verzichten S. 594. — 25. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Österreich läßt serbischen territorialen Zugang nach San Giovanni di Medua nicht zu S. 595, — wohl aber serbische Eisenbahnverbindung mit neutralem Hafen in Albanien, Österreich verzichtet für sich selbst auf alle außergewöhnlichen kommerziellen Vorzüge S. 595. — 25. Nov. Dies. an dens.: Italien verpflichtet, Österreich nur in genau bestimmten Grenzen Albaniens zu unterstützen S. 595, — Iswolsky erklärt Tittoni, Italien würde sich im Falle eines Krieges in der

Reihe der bewaffneten Gegner Rußlands und Frankreichs befinden S. 596, — Tittonis Mitteilungen über maßvolle Haltung Österreichs S. 596, — Iswolskys Vorschlag einer zeitweiligen gemeinsamen Besetzung Albaniens durch Österreich und Italien mit nachfolgender europäischer Regelung, da Italien kein Kondominium mit Österreich wünscht S. 596. — 25. Nov. Dies. an dens.: Vorzüge einer kollektiven Besetzung Albaniens S. 597. — 26. Nov. Dies. an dens.: Selbst wenn Serben Durazzo besetzen, wird Österreich nicht aktiv eingreifen S. 597. — 26. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey schreibt alle Mißverständnisse und die Nervosität in Wien der Sprache und Haltung Pasitchs und anderer serbischer Führer zu S. 597. — 24. Nov. Dies. an dens.: Greys Unzufriedenheit mit der Veröffentlichung Pasitchs in der „Times" S. 598. — 27. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: Russische Vorstellungen in Belgrad und Verwarnung des russischen Gesandten Hartwig S. 598. —

Der Gedanke einer Konferenz der Großmächte und Verhandlungen über das Programm derselben. 23. Nov. 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: Poincarés Vorschlag, den telegraphischen Meinungsaustausch durch eine Konferenz zu ersetzen S. 599, — Greys drei Programmpunkte S. 599. — 26. Nov. Zwei Telegramme der russ. Botschaft Paris an Sasonow: Über den Nutzen des Zustandekommens einer Konferenz und die Beteiligung der Großmächte S. 599—600. — 28. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey für Einigung zwischen Rußland und Österreich in der Zugangsfrage zur Adria, Serbien müsse maßvoll sein, da die moralische und diplomatische Unterstützung Rußlands ihm bereits die Annexion des Sandschaks ermöglicht habe S. 600. — 28. Nov. Dies. an dens.: Grey hält Beteiligung Österreichs an Konferenz für notwendig S. 601, — seine wichtige Erklärung an den deutschen Botschafter über das gegenseitige Interesse Englands und Deutschlands an der Erhaltung des Friedens, da die Möglichkeit vorliege, daß sie sich alle beide an einem Kriege zu beteiligen hätten S. 601. — 28. Nov. Dies. an dens.: Die Programmpunkte des Berliner Kabinetts S. 602. — 29. Nov. Dies. an dens.: Benckendorff hat Grey bedeutet, wie gefährlich es wäre, wenn Deutschland auf alle Fälle auf die Neutralität Englands zählen zu können glaube, darauf hat Grey dem deutschen Botschafter die obige Erklärung abgegeben, dies bedeutet jedoch noch keine Verpflichtung Englands Rußland gegenüber, Englands Entscheidung wird von den Umständen der Eröffnung der Feindseligkeiten abhängen S. 602. — 30. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: Eine Initiative Rußlands, um Serbien und Montenegro zu überreden, sich mit dem schon Erreichten zu begnügen, würde von der russischen öffentlichen Meinung entschieden abgelehnt werden S. 603, — das Verhältnis der gegenseitigen Interessen und der Kräfte läßt einen Vergleich mit 1909 nicht zu S. 604. — 1. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey denkt vor allem an die Möglichkeit eines Krieges, deshalb wird alles davon abhängen, ob der Vorwurf der Unnachgiebigkeit auf Österreich fällt S. 604, — es wird nicht leicht sein, dies zu erreichen, aber Grey muß die englische öffentliche Meinung auf seiner Seite haben S. 604, — der Vergleich mit 1909 soll nur ein Argument gegenüber Bel-

grad und der russischen öffentlichen Meinung sein S. 605, — Frankreich und England sollten die äußerste Grenze der Zugeständnisse Rußlands im voraus kennen S. 605. — 4. Dez. Zwei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: Paris aus persönlichen Erwägungen als Versammlungsort der Konferenz vorzuziehen S. 605—606. — 4. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré durch österreichische Bevorzugung Londons verletzt, doch würde er eine solche Wahl nicht bedauern, da Resultat der Beratungen im besten Falle nur Stückwerk sein werde S. 606. — 4. u. 5. Dez. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Deutschland, Österreich und auch Italien geben London den Vorzug S. 606—607. — 6. Dez. Dies. an dens.: Österreich stimmt einer Botschafterkonferenz in London zu und stellt eine Bedingung hinsichtlich der Frage des serbischen Hafens S. 607. — 6. Dez. Dies. an dens.: Grey hätte vorgezogen, daß diese Frage den Gegenstand von Instruktionen an den österreichischen Vertreter gebildet hätte S. 608. — 8. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Er ist nicht einverstanden, daß österreichisch-italienisches Abkommen über Albanien zum Ausgangspunkt der Beratungen über Albanien angenommen wird S. 608. — 9. Dez. Ders. an dies.: Nimmt die Wahl Londons an, um die Lage zu entspannen S. 608, — erblickt hierin einen Versuch Deutschlands, sich England zu nähern, um es von Rußland und Frankreich zu trennen S. 609. — 9. Dez. Ders. an dies.: Gegen die Teilnahme Rumäniens an den allgemeinen Beratungen der Konferenz S. 609. — 9. Dez. Ders. an dies.: Petersburger Kabinett wünscht völliges Einvernehmen mit London und Paris S. 609, — Rußlands Hauptziel die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens S. 609, — Entwicklung des russischen Programms hinsichtlich Albaniens und des serbischen Zuganges zur Adria S. 610. — 10. Dez. Ders. an dies.: Russisches Programm der politischen und ökonomischen Emanzipation Serbiens S. 610, — im Interesse Serbiens wird es Österreich nicht mitgeteilt S. 611, — doch muß Serbien erklären, daß es sich den Beschlüssen der Entente unterwerfen wird, da die Entscheidung bezüglich eines europäischen Krieges nicht Serbien überlassen werden kann S. 611. — 10. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré sogar gegen eine bedingte Zulassung eines rumänischen Vertreters S. 612. — 10. Dez. Dies. an dens.: Poincaré stimmt Sasonows Absichten hinsichtlich Albaniens zu, nur wünscht er eine internationale Kontrolle und möglichste Einengung der Grenzen des neuen Staates S. 612. — 11. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey findet die Vorschläge Sasonows ausgezeichnet, Österreich müsse auf dieselben eingehen, wenn es nicht seinen ursprünglichen Standpunkt geändert hat S. 613. — 12. u. 14. Dez. Zwei Telegramme ders. an dens.: Grey über die Zulassung eines rumänischen Vertreters S. 613—614. —

Sechzehntes Kapitel. **Die Lage auf dem Balkan Anfang 1914: 24. Januar bis 30. Juni 1914** ..... S. 615—638

Die Gruppierung der Balkanstaaten. 24. Jan. 1914. Russ. Gesandtschaft Bukarest an Sasonow: Bericht des neuen russischen Gesandten

Poklewski über den Umschwung in der öffentlichen Meinung Rumäniens zugunsten Rußlands und Abwendung von Österreich S. 615, — Bestehen eines geheimen Vertrages zwischen Österreich und Rumänien S. 617, — doch würde das rumänische Volk einen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland nicht mehr zulassen S. 618. — 17. Febr. Dies. an dens.: Rumänien erklärt auf Veranlassung Serbiens und Griechenlands, daß es bei einem Landangriffe der Türkei gegen Griechenland nicht neutral bleiben werde S. 618, — Mißtrauen Rumäniens zu den bulgarischen Absichten S. 619. — 24. Febr. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Ohne daß Rumänien bis jetzt dem serbisch-montenegrinisch-griechischen Bunde beigetreten ist S. 620, — sind diese Staaten doch in eine enge Gemeinschaft eingetreten S. 620. — 2. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Sofia: Da die leitenden bulgarischen Persönlichkeiten Rußland kein Vertrauen einflößen S. 621, — so muß sich dieses einstweilen Bulgarien gegenüber die größte Zurückhaltung auferlegen S. 622. — 3. April. Russ. Botschaft Wien an Sasonow: So beklagenswert der zweite Balkankrieg vom Standpunkt des Slawentums auch gewesen sein mag S. 622, — so ist er insofern für Rußland von Vorteil, als Österreich jetzt auf dem Balkan völlig isoliert ist S. 623, — es ist jedoch unklug, daß die russische und französische Presse den Abfall Rumäniens von der der Entente gegenüberstehenden Koalition so geräuschvoll begrüßt S. 624. —

Möglichkeit der Vereinigung Serbiens mit Montenegro. 26. März 1914. Zwei Telegramme der russ. Gesandtschaft Cettinje an Sasonow: Vorschlag des Königs von Montenegro bezüglich einer Vereinigung der beiden Nationen S. 624, — wahrscheinlicher Widerstand von seiten Österreichs und Italiens S. 624, — nützliche Tätigkeit der russischen Militärinstrukteure in Montenegro im Rahmen des serbischen Militärprogrammes S. 625. — 29. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Entsendung serbischer Militärinstrukteure nach Montenegro würde politische Schwierigkeiten hervorrufen S. 625. — 30. März. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Serbische Regierung hat eine derartige Maßregel nicht beabsichtigt S. 625. — 30. März. Dies. an dens.: Der montenegrinische Vorschlag bedeutet keine Verschmelzung der beiden Nationen und Pasitch wird mit der größten Vorsicht handeln, um nicht österreichischen und italienischen Widerspruch hervorzurufen S. 626. — 5. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Der österreichische Botschafter in Petersburg erklärt, daß die Möglichkeit einer Vereinigung Serbiens mit Montenegro in Österreich stark beunruhige, die Adria bedeute für Österreich dasselbe wie das Schwarze Meer für Rußland, es könne keine Verschiebung des dortigen Gleichgewichtes zugelassen werden S. 626, — Sasonow stellt die Möglichkeit einer derartigen Vereinigung fürs erste in Abrede, bestreitet aber, daß eine derartige Eventualität nachteilige Folgen für Österreich nach sich ziehen müsse S. 627, — er empfiehlt jedoch den Serben Vorsicht in dieser wichtigen Frage S. 628. — 7. April. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Serbien wird alle nötige Vorsicht beobachten, ist aber einmal alles vorbereitet, so wird keine Macht der Welt diese historische Ent-

wicklung hemmen können S. 628. — 19. Mai. Dies. an dens.: Verhandlungen zwischen Montenegro und Serbien S. 629, — die Frage der russischen Militärinstrukteure in Montenegro wird im Einklange mit den serbischen Plänen in Montenegro gelöst werden S. 630. — 7. Juli. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Nach dem Morde in Serajewo und der antiserbischen Stimmung in Wien rät Rußland, die serbisch-montenegrinischen Verhandlungen hinauszuschieben, da Österreich und auch Deutschland auf dieselben aufmerksam geworden sind S. 631. —

Die Frage einer bulgarischen Anleihe. 22. April 1914. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Anleiheverhandlungen in Berlin, nachdem Rumänien seine ablehnende Haltung aufgegeben S. 631. — 26. April. Dies. an dens.: Die Anleihe ist eine Lebensfrage für das Kabinett Radoslawow, die russischen und französischen Gesandtschaften in Sofia tun alles, um die Anleihe zu vereiteln S. 632. — 29. April. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung unterstützt diese Bestrebungen S. 632. — 6. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Bitte an die englische Regierung, dasselbe zu tun S. 632, — um wirtschaftliche Unterwerfung Bulgariens unter Deutschland zu verhindern S. 633. — 13. Mai. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Plan, das Zustandekommen der Anleihe zu verhindern, indem direkt dem Könige französische Hilfe angeboten wird, auf diese Weise würde der deutsche und österreichische Einfluß in Bulgarien unterbunden und später auch der Sturz des mißliebigen Kabinettes Radoslawow eintreten S. 633. — 18. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung mit diesem Plane einverstanden S. 634. — 23. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Schwierigkeiten von seiten der französischen Banken S. 635. — 25. Mai. Dies. an dens.: Man wünscht in Paris eine Beteiligung der russischen Banken S. 635. — 30. Mai. Zwei Telegramme ders. an dens.: Projekt der dem Könige Ferdinand zu machenden Erklärung S. 635, — die finanziellen Vorschüsse würden die Möglichkeit geben, auf die Richtung der bulgarischen Politik einzuwirken S. 636. — 6. Juni. Dies. an dens.: Da die Anleihe in Berlin nicht wird verhindert werden können, ist eine Mitteilung an den König gegenstandslos geworden, doch müssen die Anstrengungen Frankreichs und Rußlands darauf gerichtet sein, die Annahme der Berliner Anleihe durch das bulgarische Parlament zu verhindern S. 637. — 19. Juni. Dies. an dens.: Verhandlungen der französischen Bank Périer mit Bulgarien S. 637. — 29. u. 30. Juni. Zwei Telegramme der russischen Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Erschwerung dieser Verhandlungen durch den Mord in Serajewo S. 638. —

Siebzehntes Kapitel. Rußland und die Militärmission des Generals Liman von Sanders: 21. November 1913 bis 16. Januar 1914 ..... S. 639—673

Verhandlungen in Berlin während der Anwesenheit des russischen Staatssekretärs Kokowzew. 21. Nov. 1913. Russ. Botschaft Berlin an

Sasonow: Unterredung zwischen Kaiser Wilhelm und Kokowzew über den deutschen Standpunkt in dieser Frage S. 639—640. —

Frage der Unterstützung der russischen Vorstellungen in Konstantinopel durch Frankreich und England. 25. Nov. 1913. Sasonow an die russ. Botschaft London: Rußland will keine deutschen Offiziere nach Konstantinopel zulassen, dies entspricht auch nicht den Interessen Frankreichs und Englands, Sasonow schlägt gemeinsame Schritte in Konstantinopel vor, um gleichwertige Kompensationen zu fordern S. 641. — 26. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson pflichtet persönlich diesem Vorschlage bei S. 641. — 26. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Druck der französischen Regierung auf die Türkei S. 641. — 28. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey gibt prinzipiell die Möglichkeit von Kompensationen zu, praktisch seien jedoch solche schwer zu finden, da das Hauptziel der Entente: die Deutschen aus Konstantinopel zu entfernen S. 642, — er rät freundschaftliche Verhandlungen mit Berlin fortzusetzen S. 642, — der feindselige Ton der russischen Presse sei zu bedauern S. 643. — 2. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Gemeinsame Anfrage Englands und Frankreichs in Konstantinopel S. 643, — wenn kein befriedigendes Resultat erzielt, so werden sie Kompensationen, namentlich für Rußland hinsichtlich der Meerengen, verlangen S. 643. — 2. Dez. Dies. an dens.: Grey dafür, daß dieser Schritt von den drei Ententemächten gemeinsam in Konstantinopel unternommen wird S. 644. — 7. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Projekt einer gemeinsamen Note an die Türkei S. 644. — 9. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey mit diesem Texte nicht einverstanden, Drohungen seien verfrüht, er kommt auf seinen ersten Vorschlag zurück S. 645. — 9. Dez. Dies. an dens.: Kühlmann erklärt wahren Charakter der Mission, bedauert Pressefehde, zieht Analogie zwischen deutschem General und englischem Admiral in der Türkei S. 645, — Grey betont große Bedeutung von Konstantinopel für alle Mächte, englischer Admiral sei Nichtkombattant S. 646. — 9. Dez. Dies. an dens.: Frankreich teilt den Standpunkt Greys S. 646. — 9. Dez. Grey an englischen Botschafter in Konstantinopel: Text der von ihm vorgeschlagenen Mitteilung an die Pforte S. 647. — 10. Dez. Zwei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: Bezeichnet den Greyschen Text als nichtssagend, schlägt andere Redaktion vor S. 647, — ist auch mit einer mündlichen, aber identischen Mitteilung an die Pforte einverstanden S. 648. — 11. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey beharrt auf seinem Standpunkte, hält einen Schritt zu dreien, ganz abgesehen vom Texte der Mitteilung, für ein sehr wichtiges Ereignis S. 648. — 10. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Wangenheim persönlich schlägt Zugeständnisse vor, für Deutschland sei es unangenehm, einen deutschen General aus Konstantinopel zu entfernen, während ein englischer Admiral dort bleiben könne S. 649. — 11. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Eine Überführung des englischen Admirals nach Ismid würde Lösung erleichtern S. 650. — 12. Dez. Ders. an dies.: Beklagt sich über die Haltung Greys und die Unwirksamkeit seiner Unterstützung

S. 650, — der Mangel an Solidarität der drei Ententemächte bilde eine ernste Gefahr gegenüber dem soliden Block des Dreibundes S. 651. — 12. Dez. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Infolge der Haltung Greys ist Rußland gezwungen, den englischen Standpunkt anzunehmen S. 651. — 12. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey gibt zu, daß Mission des englischen Admirals ein wirksames Argument Deutschlands ist S. 651. — 13. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Mitteilung an die Pforte erfolgt S. 651. — 14. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow. Grey von den Äußerungen Sasonows schmerzlich berührt S. 652. — 14. Dez. Dies. an dens.: Antwort der Pforte an England 652. — 14. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Militärische Maßnahmen Rußlands an der türkischen Grenze S. 652. — 15. Dez. Dies. an dens.: Türkische Erklärungen über die Kompetenzen des deutschen Generals S. 653. —

Frage der direkten Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg. 16. Dez. 1913. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey weist Lichnowsky auf die außerordentlich große Bedeutung Konstantinopels für die russische Politik hin S. 654. — 16. Dez. Dies. an dens.: Der Schritt der drei Mächte in Konstantinopel hat Deutschland in eine schwierige Lage versetzt, man müßte Verhandlungen nach Berlin verlegen, um Deutschland möglichst große Aktionsfreiheit zu lassen S. 654. — 17. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Die Erklärungen der Türkei unbefriedigend, hält es nicht für möglich, die Verhandlungen mit Berlin fortzusetzen, vielleicht könne England mehr in Berlin erreichen S. 655. — 17. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: England will die Stellung seines Admirals modifizieren S. 655. — 18. Dez. Dies. an dens.: Es ist fraglich, ob Grey allein ohne Rußland in Berlin verhandeln kann, der Schritt der drei Ententemächte in Konstantinopel hat großen Eindruck gemacht und eine Wiederholung würde Deutschland in eine Zwangslage versetzen S. 656. — 18. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung bereit, Rußland energisch zu unterstützen, doch fürchtet man, daß Forderung von Kompensationen zur Liquidierung der asiatischen Türkei führen könne, Notwendigkeit, die französische Presse zu orientieren S. 656. —

Vermittlungsvorschlag des deutschen Botschafters in Konstantinopel. 20. Dez. 1913. Sasonow an russ. Botschaft London: Mitteilung der Eröffnungen Wangenheims, Notwendigkeit Presse-Indiskretionen zu vermeiden S. 657. — 20. Dez. Drei Telegramme der russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Wangenheim schlägt einen Ausweg aus der schwierigen Lage vor S. 657—659. — 21. Dez. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Ist mit Verhandlungen zwischen dem deutschen und russischen Militäragenten in Konstantinopel einverstanden S. 660. —

Zuspitzung der Krise. 29. Dez. 1913. Russ. Botschaft London an Sasonow: Jagow hat Goschen erklärt, er hoffe, daß sich ein Kompromiß werde finden lassen S. 660, — englisches Außenministerium glaubt, daß, wenn Sasonow jetzt einen Schritt zu dreien in Berlin beabsichtige, man sich vorher genau über die möglichen Folgen Rechenschaft geben müsse

S. 660. — 30. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung fest entschlossen, allen Schritten Rußlands beizutreten, doch glaubt Pariser Kabinett, man sollte gewisse ausstehende Erklärungen abwarten, ehe Ententemächte zu einer Intervention schreiten, die die Lage verschärfen könnte S. 661, — welche Entschlüsse glaubt Petersburger Kabinett Frankreich und England vorschlagen zu müssen, wenn keine versöhnliche Lösung gefunden werden kann S. 662. — 30. Dez. Dies. an dens.: In Paris glaubt man, daß die Beteiligung Frankreichs an dem in Vorschlag gebrachten Schritte der Entente in Berlin verletzen würde S. 662. — 30. Dez. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Versöhnliche Erklärungen Wangenheims S. 662, — er bittet, jetzt jeden Druck auf das Berliner Kabinett zu vermeiden S. 663. — 31. Dez. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Grey will Verhandlungen mit Berlin fortsetzen S. 663. — 1. Jan. **1914.** Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Rußland darf sich bis jetzt über mangelhafte Unterstützung von seiten des Kabinetts Doumergue-Cailleaux nicht beklagen S. 664, — jedoch technische Schwierigkeiten der diplomatischen Verhandlungen mit Doumergue S. 664, — persönlicher Vorschlag Bompards, Rußland solle ein Kriegsschiff in den Bosporus schicken, um seine Forderungen betreffend General Liman von Sanders durchzusetzen S. 665, — französische öffentliche Meinung empfindet deutschen Einfluß in der Türkei als unzulässig S. 665. — 1. Jan. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: In Berlin hofft man auf eine befriedigende Lösung S. 666. — 2. Jan. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Über die Unzulässigkeit periodischer finanzieller Unterstützung der Türkei durch Frankreich S. 666. — 4. Jan. Sasonow an russ. Botschaft London: Befürchtet, daß Reise Wangenheims nach England das Ziel verfolgt, England und Rußland zu entzweien S. 667. — 5. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Das Panzerschiff „Rio" wird der Türkei erst im Herbste abgeliefert werden können S. 667. — 5. Jan. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Wangenheim ist nach Irland gekommen, um Pferde für sich zu kaufen S. 667—668. — 5. Jan. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré hat von Jules Cambon gehört, in Berlin wünsche man den Zwischenfall beizulegen, doch will man einen „europäischen Charakter" desselben vermeiden, er folgert hieraus, daß ein gemeinsamer Ententeschritt in Berlin auf starken Widerstand stoßen wird, trotzdem ist Poincaré bereit, sich uns anzuschließen, bittet aber, den weiteren Gang der Ereignisse vorauszusehen S. 668, — Frankreich trotz aller Friedensliebe ruhig entschlossen, seine Bündnispflichten Rußland gegenüber zu erfüllen S. 669. — 7. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey zufrieden, daß Sasonow den beabsichtigten gemeinsamen Schritt in Berlin um eine Woche aufgeschoben hat, er weist Lichnowsky auf die Notwendigkeit einer Einigung hin S. 669. — 8. Jan. Dies. an dens.: Grey über die Kompetenz General Limans S. 670. —

Beilegung der Krise. 12. Jan. **1914.** Russ. Botschaft London an Sasonow: Liman von Sanders verläßt das Kommando des I. Armeekorps, Nicolson hofft, Rußland werde sich mit dieser moralischen Genug-

tuung zufrieden geben S. 670. — 13. Jan. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Anfrage über Bedeutung des neuen Postens Limans S. 671. — 16. Jan. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Unterredung zwischen Jagow und Siverbejew über die Beilegung der Krise, schwierige Stellung der deutschen Regierung, Notwendigkeit der Reorganisation der türkischen Armee S. 671—673. —

Achtzehntes Kapitel. **Die Grundzüge der russischen Meerengenpolitik: 23. Oktober 1911 bis 10. Mai 1913** ..... S. 674—695

Englands und Frankreichs Stellungnahme zu den Verhandlungen Tscharykoffs mit Said Pascha 1911. 23. Okt. 1911. Russ. Botschaft London an stellvertr. Außenminister Neratow: Rußland teilt England seine Verhandlungen mit der Türkei mit, die sich auf Herstellung besserer Beziehungen, Garantie der Stadt Konstantinopel und freie Durchfahrt für russische Kriegsschiffe beziehen, eine derartige Übereinkunft für Mittelmeerinteressen der Entente von Vorteil, Grey wird diese neue Lösung der Meerengenfrage vom Ministerrate prüfen lassen S. 674. — 23. Okt. Dies. an dens.: Bericht Benckendorffs über seine diesbezügliche Unterredung mit Cambon und Grey und den Standpunkt des letzteren hinsichtlich der Erhaltung der Entente, der Meerengenfrage und einer eventuellen Garantie des türkischen Territoriums S. 675—678. — 24. Okt. Russ. Botschaft Konstantinopel an Neratow: Völlige Übereinstimmung der drei Ententevertreter in Konstantinopel S. 678, — Möglichkeit eines englisch-französisch-russisch-türkischen Mittelmeer-Abkommens für den östlichen Teil desselben S. 679. — 25. Okt. Neratow an russ. Botschaft London: Anfrage über die Tragweite der Greyschen Erklärungen S. 679. — 25. Okt. Russ. Botschaft London an Neratow: Nicolson glaubt, daß eine etwaige territoriale Garantie des türkischen Territoriums schwer mit Neutralität im italienisch-türkischen Kriege vereinbar S. 679. — 26. Okt. Dies. an dens.: Weitere Erklärungen des Greyschen Standpunktes S. 680. — 2. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Konstantinopeler Verhandlungen werden vielleicht aus örtlichen Gründen hinausgeschoben werden, doch will Petersburger Kabinett die jetzige Gelegenheit benutzen, um Standpunkt Englands und Frankreichs in konkreter schriftlicher Form festzulegen S. 681. — 8. Nov. Russische Botschaft London an Neratow: Zusammenhang der russischen Verhandlungen in Konstantinopel mit Annäherungsversuchen der Türkei an die Entente und dem Tripoliskriege S. 682, — es ist immer schwer, England zu prinzipiellen Verpflichtungen zu bewegen, die sich auf zukünftige Eventualitäten beziehen S. 683. — 8. Nov. Dies. an dens.: Meerengenfrage wird vielleicht nicht sofort gelöst werden können, aber in England sind immerhin seit zwei Jahren Fortschritte in dieser Frage zugunsten Rußlands zu verzeichnen S. 684, — vielleicht wird Europa Einwendungen erheben, wenn das Schwarze Meer in einen Zufluchtshafen für Rußlands Kriegsflotte verwandelt würde S. 684, — Tendenz der Entente, sich immer mehr aus-

zudehnen und zu erstarken S. 684. — 24. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Berliner Kabinett widersetzt sich nicht einem eventuellen Übereinkommen Rußlands mit Türkei über Öffnung der Meerengen, Wien möchte Einzelheiten kennen S. 686. —

Rußlands Standpunkt im Jahre 1912. 26. Nov. 1912. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Frankreich wird Rußland in Meerengenfrage aufs energischste unterstützen, möchte aber über seine Absichten unterrichtet sein S. 686. — 30. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Rußland behält sich hinsichtlich der Erörterung der Meerengen-Frage auf Pariser (Londoner) Botschafterkonferenz freie Hand vor S. 687. — 28. Nov. Ders. an dies.: Zurückhaltung Rußlands in der Meerengen-Frage, bis der Umfang der Erfolge der Balkanalliierten und die Haltung der Großmächte klar in Erscheinung getreten S. 687, — Rußlands Lebensinteressen können nicht durch vertragliche Garantien gewährleistet werden, sondern nur durch effektive Macht, die sich auf ein bestimmtes Regime der Meerengen stützt S. 688, — Ablehnung des österreichischen Wunsches, mit Rußland einen Parallelismus der beiderseitigen Balkaninteressen herzustellen, da Theorie der Kompensationen den Balkanvölkern schaden würde S. 688, — da Bulgarien und Türkei auf lange Zeit geschwächt, kann Rußland jetzt seinen Einfluß unter Balkanstaaten und Rumänien erweitern, und seine Stellung in Türkei befestigen S. 689, — Rußland will vermeiden, daß jetzt eingegangene Abmachungen ein Hindernis bilden könnten, die Meerengenfrage in Zukunft endgültig seinen Interessen entsprechend zu lösen S. 689, — einzelne praktische Modifikationen des jetzigen Regimes allerdings schon jetzt durchführbar S. 689, — bedingte Zustimmung von allen Großmächten bereits erfolgt S. 689, — eventueller österreichischer Widerstand kaum ein ernstliches Hindernis S. 690. — 2. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Rußland kann in Meerengen-Frage auf Englands Unterstützung rechnen, immerhin darf man in Petersburg nicht vergessen, daß die Türkei als mohammedanisches und asiatisches Reich für England eine äußerst wichtige Macht ist S. 690—692. —

Die Meerengen-Frage und die internationale Kontrolle der türkischen Finanzen. 1. Mai 1913. Sasonow an russ. Botschaft London: Wenn infolge europäischer Kontrolle Rüstungen der Türkei eingeschränkt werden, würde es ihr schwerfallen, Konstantinopel zu Lande gegen Bulgarien zu verteidigen S. 692, — der Zukunft will Rußland nicht vorausgreifen, aber ein vorzeitiges Aufrollen der Meerengen-Frage wäre für seine Politik von Schaden S. 693, — eine internationale Finanzkontrolle könnte außerdem zu einer Vormachtsstellung Deutschlands in Konstantinopel führen S. 693. — 10. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Ein internationales Kontrollelement in der Türkei kann das historische Streben Rußlands, sich der Meerengen zu bemächtigen, nur hindern und verzögern S. 694, — für Rußland am günstigsten wäre es, zeitweilig Ordnung in der Türkei zu schaffen, um Liquidation des türkischen Reiches bis zu dem Augenblicke hinauszuschieben, der für Rußland die größten Vorteile verspricht S. 695. —

Die beiden Mächtegruppen in Europa.

Neunzehntes Kapitel. **Deutsch-russische Beziehungen 1909—1914: 2. April 1909 bis 9. April 1914** ..... S. 696—715

1909. 2. April. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Nach Lösung der bosnischen Krise glaubt Deutschland aus seiner isolierten Lage nach Algeciras befreit zu sein S. 696, — Theorie des bewaffneten Friedens die Grundlage seiner Realpolitik S. 697, — wünscht gute Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen S. 697. — 2. Juli. Iswolsky an russ. Botschaft Berlin: Politische Zurückhaltung Kaiser Wilhelms bei der Monarchenzusammenkunft in Finnland S. 697, — Iswolsky beklagt sich gegenüber Baron Schön über die Haltung Deutschlands während der Annexionskrise S. 698, — Schön erklärt, daß Deutschland sich einer neuen Mächtegruppierung gegenüber befindet und seine Bande mit Österreich enger knüpfen müsse S. 699, — Iswolsky gibt zu, daß man in Petersburg und Paris weiß, daß eine Umwandlung der Entente in Bündnisse eine Bedrohung des europäischen Friedens bedeuten würde S. 699, — Schön für eine freundschaftliche Lösung der deutsch-englischen Flottenrüstungen S. 700, — Kaiser Wilhelm kein Freund der russischen reaktionären Partei S. 700, — Deutschland verfolgt in Persien nur ökonomische Ziele S. 700. — 25. Juni. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Rede Kaiser Wilhelms über das Friedensbedürfnis der Völker S. 701. — 12. Nov. Dies. an dens.: Zunehmende Nervosität Kaiser Wilhelms wegen der allgemeinen Entwicklung der europäischen Politik, die zu einer Isolierung Deutschlands führt, sein Zweifel an der Freundschaft Rußlands, größere Anlehnung an Österreich S. 701—702. —

1910. 18. März. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Deutschland glaubt sich immer mehr isoliert S. 702. — 5. Aug. Dies. an dens.: Die Zusammenkunft zwischen Kiderlen und Aehrenthal in Marienbad wird auf eine Verschärfung der Lage auf dem Balkan zurückgeführt S. 703. — 11. Nov. Dies. an Sasonow: Deutsche öffentliche Meinung und Presse erblicken in Potsdamer Monarchenzusammenkunft eine Garantie für weitere Erhaltung des Friedens S. 704. —

1912. 4. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Die franko-russische Allianz ist so fest, daß man in Frankreich keinerlei Besorgnisse wegen etwaiger Folgen der bevorstehenden Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm zu hegen brauche S. 704, — systematische Vorbereitung der öffentlichen Meinung in Frankreich auf dieses Ereignis S. 705. — 4. Juni. Ders. an dies.: Ähnliche Erklärungen in London S. 705. — 7. Juli. Ders. an dies.: Befriedigender Verlauf der Kaiserzusammenkunft in Baltischport, keinerlei Versuche Deutschlands, eine Veränderung der Mächtegruppierung herbeizuführen S. 705. — 8. Juli. Ders. an dies.: Ausführlicher Bericht über die Monarchenbegegnung in Baltischport S. 706—708. — 18. Juli. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: In Frankreich hat die Zusammenkunft keinerlei Beunruhigung hervorgerufen S. 709, — wozu

die systematische Vorbereitung der öffentlichen Meinung und Presse und auch der gleichzeitige Besuch russischer militärischer Führer in Paris wesentlich beigetragen S. 709. —

1913. 28. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Vermehrung der deutschen Armee durch militärische Schwächung Österreich-Ungarns bedingt S. 710. — 14. März. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Bedeutung und Ursachen der Verstärkung der deutschen Heeresmacht S. 710—713. —

1914. 12. März. Der russ. Botschafter in Berlin Swerbejew an Sasonow: Die wachsende militärische Kraft Rußlands erweckt immer ernstere Befürchtungen in Berlin S. 713, — namentlich die Fertigstellung der schweren russischen Artillerie im Jahre 1916 S. 714, — auch Deutschland ist bestrebt, für den Kriegsfall mit Rußland bereit zu sein, obwohl es Rußland trotz allem fürchtet S. 714, — Swerbejew hofft, daß Rußland in der Tat alles zur Stärkung seiner Heeresmacht tut, um Deutschland auf diese Weise zu zwingen, seine eigene Kriegsbereitschaft bis zum äußersten zu treiben S. 714. — 9. April. Ders. an dens.: Feindselige Haltung der deutschen Presse Rußland gegenüber S. 714, — die Militärs und preußischen Junker fürchten das Anwachsen der militärischen und wirtschaftlichen Macht Rußlands und halten den gegebenen Zeitpunkt für einen Krieg mit Rußland für günstig, da er doch auf alle Fälle unvermeidlich scheint S. 714, — Erregung besonders in Süddeutschland S. 715, — nicht allein die vergrößerte Kriegsbereitschaft Rußlands, sondern auch die Frage der Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages beunruhigt in Berlin S. 715, — die deutsche Regierung teilt nicht den Standpunkt der kriegerischen Elemente und wünscht zuerst alle friedlichen Mittel zu einer beiderseitigen Versöhnung zu versuchen S. 715. —

Zwanzigstes Kapitel. **Deutsch-englische Beziehungen 1908—1914: 25. November 1908 bis 13. Februar 1914** ..... S. 716—776

1908. 25. Nov. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey befürchtet die Wirkung einer militärischen Intervention in Persien auf das englisch-russische Übereinkommen S. 716, — Benckendorff glaubt, daß ein Bruch dieser Konvention eine Neuorientierung der äußeren Politik Englands im Sinne einer Annäherung an Deutschland und nachfolgenden Isolierung Rußlands nach sich ziehen würde S. 716, — aus politischen Gründen ist England gegen ein Übereinkommen mit Deutschland und für die Ententen mit Frankreich und Rußland S. 716, — Deutschland bemüht, letztere zu sprengen S. 717, — persönliche Schritte Kaiser Wilhelms in dieser Richtung S. 717, — man mißtraut zwar in England der deutschen Regierung, hat aber Achtung vor dem Lande selbst S. 718, — die Flottenfrage bildet zwar eine Schranke, aber Benckendorff hält sie nicht für unüberwindlich S. 718. —

1909. 3. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Politische Bedeutung des Besuches des englischen Königspaares in Berlin S. 718, — öffentliche Meinung und Presse in England wünschen im Interesse des

allgemeinen Friedens eine Entspannung der deutsch-englischen Beziehungen S. 719, — das Kabinett selbst weniger optimistisch und zurückhaltend S. 719, — wünscht jedoch eine mäßigende Einwirkung Berlins auf Wien S. 719, — König Eduard beabsichtigt augenscheinlich die allgemeine Situation zu beobachten, sich jedoch politischer Besprechungen zu enthalten S. 720, — die deutsche Kritik an der Haltung Kaiser Wilhelms hat auch auf ihn zurückgewirkt S. 720, — Hardinge bestätigt Benckendorffs Ansicht über die Bedeutung dieses Besuches, hält jedoch die Hoffnung des englischen Publikums für übertrieben, da Flottenrüstungen ganz normale Beziehungen zwischen beiden Ländern unmöglich machen S. 721. — 10. Febr. Dies. an dens.: Eventuelle Verhandlungen über die Bagdadbahn während des Besuches S. 722. — 15. Febr. Dies. an dens.: Die Befürchtungen des Petersburger Kabinettes hinsichtlich einer möglichen Änderung der englischen Politik durchaus unbegründet S. 722, — England wünscht gemeinsam mit Rußland in Balkankrise vorzugehen S 723, — und hat jetzt die Überzeugung gewonnen, daß auch Deutschland keinen Krieg wünscht S. 723. — 16. Febr. Dies. an dens.: Der Empfang in Berlin ist ein sehr herzlicher gewesen und die wenigen politischen Unterredungen durchaus versöhnlich S. 723, — sind jedoch über Allgemeinheiten nicht hinausgegangen S. 723, — Bülow betont Friedensliebe Deutschlands und mäßigende Einwirkung auf Wien S. 724, — aber Beziehungen zwischen Österreich und Serbien infolge der Haltung des letzteren gespannt S. 724, — Hardinge zufolge besteht Hauptergebnis des Besuches in Überzeugung, daß Deutschland im kritischen Augenblicke sein ganzes Gewicht auf Seite der Erhaltung des europäischen Friedens legen wird S. 725, — öffentliche Meinung Englands optimistisch, aber Flottenrüstungen werden weiter fortgesetzt S. 725. — 19. Febr. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Zwischen den beiden Monarchen ist nicht über Politik gesprochen worden S. 726, — zwischen Bülow und Hardinge über Balkanfragen, wobei die friedlichen Bestrebungen beider Mächte betont worden sind S. 726, — England erblickt im Marokkoabkommen zwischen Deutschland und Frankreich ein wertvolles Friedensunterpfand und hegt zu Deutschland keine Feindschaft S. 727. — 10. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey mit dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen zufrieden S. 727, — er hofft, daß das Gefühl der Isolierung in Deutschland abnimmt S. 728, — ein Krieg wäre seiner Ansicht nach unvermeidlich, wenn Deutschland wirklich isoliert wäre oder die europäische Hegemonie erlangt hätte, letztere Gefahr jetzt beseitigt S. 728. — 28. Mai. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Anläßlich der Zusammenkunft der Souveräne Deutschlands und Österreichs betont die deutsche offiziöse Presse Festigkeit des Dreibundes und seine friedlichen Ziele, sie sucht in Anbetracht der unbefriedigenden Beziehungen zu England auf diese Weise zu beweisen, daß Deutschland nicht isoliert ist S. 728, — Anwachsen des Mißtrauens zwischen England und Deutschland S. 728 — letzteres sucht deshalb auch die Beziehungen zu Frankreich zu bessern und befürchtet noch weitere Annäherung zwischen England und Rußland S. 729. — 10. Nov. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Asquith urteilt

optimistisch über die allgemeine internationale Lage und die Möglichkeit besserer Beziehungen zu Deutschland S. 729, — Kolonialminister Dernburg hat wahrscheinlich eine Initiative in dieser Hinsicht ergriffen S. 729. — 12. Nov. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: In Deutschland wird immer mehr das Bestreben bemerkbar, bessere und aufrichtigere Beziehungen zu England herzustellen, Ernennung Bethmann Hollwegs wird als ein in dieser Richtung günstiges Symptom begrüßt S. 730. —

1910. 5. Jan. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Bei der Wahlkampagne macht sich ein unerwarteter gegen Deutschland gerichteter Chauvinismus bemerkbar, selbst von seiten ernster Redner S. 731, — der deutsche Botschafter Metternich sieht jedoch hierin nur ein Wahlmanöver S. 731, — Benckendorff teilt diese Ansicht S. 732. —

1911. 31. März. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag beunruhigt in Deutschland, wo man geneigt ist, hierin den Anfang einer Koalition England, Amerika, Frankreich zu erblicken S. 732. — 14. März. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey teilt mit, Deutschland habe direkte Verhandlungen über bestimmte Fragen vorgeschlagen S. 733, — Grey selbst deutet drei Punkte an: Bagdadbahn, südpersische Bahnen, Rüstungen S. 733, — Grey gegen den deutschen Vorschlag einer allgemeinen Formel S. 734. — 28. März. Dies. an dens.: Die Frage der Rüstungen eine Formsache, wichtig jedoch die allgemeine Formel, die ein englisch-deutsches Übereinkommen über den ganzen Osten bedeuten würde S. 735, — Grey entschlossen, auf dem Boden der Entente zu bleiben S. 735, — die öffentliche Meinung und Presse in England wünscht aber immer stärker bessere Beziehungen zu Deutschland S. 735, — die Entente mit Rußland nicht in allen Kreisen populär S. 735, — Rußland muß daher jeden Anschein eines russisch-englischen Gegensatzes vermeiden, welcher Deutschland unmittelbar nützen würde S. 736. — 22. Nov. Dies. an dens.: Die parlamentarische Opposition gegen Greys Politik wächst S. 737, — zwar haben die Beziehungen zwischen Deutschland und England soeben eine akute Krise durchgemacht S. 737, — aber bei der gegenseitigen Achtung der beiden Nationen voreinander wäre eine Reaktion im Sinne einer Annäherung nicht ausgeschlossen S. 738, — König und konservative Opposition unterstützen zwar Greys Ententepolitik, aber ein Verzicht auf dieselbe würde zu einer Aussöhnung mit Deutschland führen S. 738. —

1912 und die Mission Lord Haldanes. 1. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Zusammenhängender Überblick über die Politik Englands, die bisherige Bilanz der Ententepolitik vom englischen Standpunkte aus, Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens und dessen Folge S. 738—748. — 8. Febr. Dies. an dens.: Grey macht Benckendorff Mitteilungen von der Reise Haldanes nach Berlin S. 748, — eine Entspannung zwischen England und Deutschland würde dem allgemeinen Frieden dienen, zwar seien die Flottenrüstungen ein ernstliches Hindernis, doch hält Grey die Stimmung in Berlin für einen Gedankenaustausch mit einem hervorragenden englischen Staatsmann für günstig S. 748. — 9. Febr. Dies. an

dens.: Unterredung zwischen Grey und Benckendorff über die Haldanesche Mission S. 749, — England will versuchen, zu Deutschland Beziehungen herzustellen, die denen zwischen Deutschland und Frankreich und Deutschland und Rußland entsprechen S. 750. — 10. Febr. Dies. an dens.: Zu der lange bestehenden Spannung zwischen England und Deutschland war noch infolge der Marokkokrise die englandfeindliche Stimmung in Deutschland und die weitere Vergrößerung der beiden Flotten hinzugekommen S. 751, — deshalb schien eine private Aussprache geboten, um das Terrain für Verhandlungen zu ebnen S. 752, — Haldane in jeder Beziehung die geeignete Persönlichkeit S. 752, — Grey glaubt, daß Rüstungsfrage durch ein direktes Übereinkommen geregelt werden könnte S. 752, — ein Erfolg scheint durch die allzu große Öffentlichkeit der Haldaneschen Mission gefährdet, sollte ein deutsch-englisches Übereinkommen erzielt werden, so brauchen Rußland und Frankreich sich nicht zu beunruhigen, aber immerhin ist das gute Einvernehmen zwischen England und Rußland in Persien gerade zur rechten Zeit wiederhergestellt worden S. 753, — die konservative Partei gegen die Mission S. 753, — Paul Cambon befürchtet Möglichkeit einer falschen Auslegung von seiten der öffentlichen Meinung Frankreichs und Rußlands S. 754. — 13. Febr. Dies. an dens.: Jules Cambon zufolge hat Haldane in Berlin erklärt, die Entente mit Rußland und Frankreich bleibe die Grundlage der englischen Politik S. 754. — 13. Febr. Zwei Telegramme ders. an dens.: Grey teilt mit, die Unterredungen in Berlin hätten sich auf die Flottenbauten, die Bagdadbahn S. 754 — und den Charakter der englischen Ententen mit Frankreich und Rußland bezogen S. 755, — die Initiative zu den Berliner Verhandlungen ist seinerzeit von Berlin ausgegangen S. 755. — 17. Febr. Dies. an dens.: Nicolson bedauert die Beunruhigung, die in Frankreich und Rußland entstanden zu sein scheint, die Reise Haldanes bedeute keine Modifikation der anglorussischen Entente S. 756. — 18. Febr. Dies. an dens.: Die öffentliche Meinung in England hat die Nachricht von der Mission Haldanes mit großem Beifalle aufgenommen S. 756, — da gleichzeitig ein gewisses Mißtrauen zu Rußland wegen der persischen Frage um sich griff, konnte dies für die russische Politik eine Gefahr bedeuten S. 756, — die politischen Kreise sind für die Erhaltung der alten Ententen Englands eingetreten S. 757, — immerhin hat sich die öffentliche Meinung mehr für die Mission Haldanes als für die Ententen interessiert S. 758, — in zwei öffentlichen Reden hat nun Grey die Prinzipien seiner Politik ausgedrückt: Aufrechterhaltung der Ententen und Rüstungen Englands, Entspannung der Beziehungen zu Deutschland, soweit dies mit den beiden ersten Bedingungen vereinbar S. 758, — nun ist wieder überall eine allgemeine Rückkehr zur alten Politik Englands zu konstatieren S. 758, — Grey hat so offen gesprochen, weil er von dieser Umkehr in der öffentlichen Meinung überzeugt war S. 759, — immerhin kann der Mission Haldanes nicht jeder Erfolg abgesprochen werden S. 759, — Englands Erklärungen haben vielleicht in Berlin beruhigt, ebenso der Umstand, daß es sich der kolonialen Expansion Deutschlands im tropischen Afrika nicht widersetzt S. 760, — Rußlands

Interessen werden durch eine mögliche Entspannung zwischen England und Deutschland nicht geschädigt und kann es darangehen, die englisch-russischen Beziehungen noch enger als bisher zu gestalten S. 761. — 1. März. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Die Reise Haldanes hat zuerst in Paris eine gewisse Nervosität hervorgerufen, doch haben die Erklärungen Englands völlig beruhigt S. 761, — Poincaré hat keine Zweifel an Loyalität Englands und glaubt, daß ein Mißerfolg der deutsch-englischen Verhandlungen eine Gefahr für den Frieden bedeuten würde S. 762, — die militärischen Kreise Frankreichs befürchten eine ungünstige Wirkung eines eventuellen deutsch-englischen Flottenabkommens auf die strategische Lage Frankreichs und Rußlands zu Lande S. 762. — 15. März. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Offizielle Erklärungen Greys über den nichtaggressiven Charakter der englischen Politik S. 762—763. — 29. März. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Allgemeine Erregung in Deutschland über die Erklärung Churchills, daß die englische Flotte nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Kampfe mit derjenigen Deutschlands bestimmt sei, die Wirkung des Haldaneschen Besuches stark abgeschwächt S. 763. — 8. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Der Rücktritt Metternichs ruft in England allgemeines Bedauern hervor, Nicolson über angebliche Versuche des neuen Botschafters Marschall, England von seinen Freunden zu trennen S. 765. — 18. Mai. Dies. an dens.: Die Pressekampagne gegen Metternich wird die Tätigkeit Marschalls erschweren S. 765, — es kann aber nicht geleugnet werden, daß in England die Sympathien für Deutschland ernstliche Fortschritte gemacht haben S. 767, — politische und moralische Zwischenfälle zwischen Rußland und England gereichen Deutschland zum Vorteile S. 767. — 24. Mai. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Der Lärm wegen der Ernennung Marschalls in der deutschen Presse entspricht nicht der wirklichen Bedeutung dieses Ereignisses S. 767, — er beweist nur, welche Beunruhigung die gespannten Beziehungen zu England in Deutschland hervorgerufen haben S. 768, — die englisch-deutschen Beziehungen sind das hauptsächlichste Moment in der Weltpolitik S. 768, — England glaubt sich als Weltmacht bedroht und ein Übereinkommen wäre nur möglich, wenn es endgültig darauf verzichtet, sich der wirtschaftlichen Ausbreitung Deutschlands und dem Anwachsen seiner Kriegs- und Handelsflotte zu widersetzen S. 768, — wahrscheinlich ist jedoch Marschalls Programm ein viel bescheideneres S. 769. — 7. Juni. Dies. an dens.: Die Möglichkeit einer Umwandlung der frankoenglischen Entente in ein Bündnis beschäftigt lebhaft Deutschland S. 769, — die Presse behauptet, die letzten Ereignisse hätten bewiesen, daß England auch ohne Bündnis in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich sich auf die Seite des letzteren stellen wird S. 769, — man befürchtet vor allem, daß England sich endgültig von der Möglichkeit einer Annäherung an Deutschland abwendet S. 769, — das Marokko-Abkommen hat die deutsch-französischen Beziehungen nicht gebessert S. 769, — Deutschlands Maßnahmen in Elsaß-Lothringen rufen in Frankreich Erregung hervor S. 769, — chauvinistische

Ausfälle der französischen Presse werden deutscherseits scharf zurückgewiesen S. 770, — unter diesen Umständen haben die Beziehungen zu England für Deutschland ganz besondere Bedeutung S. 770. — 6. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Russ. Mitteilung in Bern über die Spannung der politischen Lage mit Rücksicht auf die schweizerische Neutralität S. 770, — Erklärungen Greys an den Schweizer Gesandten über die Haltung Englands im Falle eines Krieges S. 770. —

1913. 3. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey über die diplomatische Unterstützung Rußlands von seiten Englands und die Haltung des letzteren im Falle eines Krieges S. 771. — 9. Febr. Dies. an dens.: Die Erklärungen von Tirpitz werden in England als Anerkennung der Vorherrschaft Englands zur See gedeutet, Befriedigung in der englischen Presse S. 771. — 12. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Befürchtet Wirkung der Erklärungen von Tirpitz auf die Haltung der englischen Regierung in der Balkankrise S. 771. — 13. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Erklärungen haben in London keinen nachhaltigen Eindruck gemacht, doch ist Grey von Friedensliebe Berlins überzeugt und will dies zu einer Einwirkung auf Wien benutzen S. 772. — 10. April. Sasonow an russ. Botschaft London: Anfrage über den Zweck der Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach England S. 772. — 11. u. 14. April. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Die Reise hat nur privaten und Familienangelegenheiten gegolten S. 773. — 19. April. Dies. an dens.: Die Reise König Georgs nach Berlin ist nur ein Familienbesuch S. 773. — 16. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Anfrage wegen der Reise Morleys nach Berlin S. 774. — 19. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Morleys Reise steht in keinem Zusammenhang mit kleinasiatischen Fragen S. 774. —

1914. 13. Febr. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Wiederholte Beteuerungen der deutschen Minister, daß sich die englisch-deutschen Beziehungen bessern S. 774, — der englische Botschafter in Berlin, Goschen, mißt diesen Erklärungen keine Bedeutung bei S. 775, — er hält Churchills Vorschlag eines Verhältnisses von 16 : 10 für Deutschland kaum annehmbar, da die kanadischen Dreadnoughts nicht mitgerechnet werden S. 775, — auch der Vorschlag eines Freijahres für Deutschland unausführbar S. 775, — Jules Cambon blickt trübe auf die Gerüchte einer Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen und läßt eine derartige Möglichkeit zu S. 775, — der russische Botschafter in Berlin bestätigt seinerseits die entgegenkommende Haltung der deutschen Regierung gegenüber England, kann jedoch nicht beurteilen, welchen Eindruck dies in London hervorruft S. 776. —

Einundzwanzigstes Kapitel. England, Frankreich, Rußland: 18. Juni 1908 bis 16. Juli 1914 ..... S. 777—827

1908. 18. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Bericht über die Revaler Zusammenkunft S. 777—779. — 3. Dez. Iswolsky an russ. Botschaft Rom: Frankreich beklagt sich, daß russ. Botschafter in Rom die

deutscherseits aufgestellte Behauptung nicht widerlegt habe, daß Rußland in einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland anläßlich des Casablanca-Zwischenfalls neutral geblieben wäre S. 779, — Iswolsky betont, daß die Allianz mit Frankreich ungeschwächt fortbestehe und daß man dies in Berlin wissen müsse S. 780, — gibt aber zu, daß die Umwandlung der Entente in eine neue gegen Deutschland gerichtete Tripel-Allianz eine Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten würde S. 780. —

1910. 10. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Thronbesteigung König Georgs und seine Äußerungen über die englisch-russischen Beziehungen S. 781. — 11. Juni. Dies. an dens.: Hardinge wird als Vizekönig von Indien an dem Ausbau der englisch-russischen Beziehungen weiterarbeiten S. 781. — 15. Juni u. 8. Juli. Zwei Telegramme der russ. Botschaft in London an Iswolsky: Die Ernennung Nicolsons zum Unterstaatssekretär bezweckt, die guten Beziehungen zwischen England und Rußland zu erhalten und noch enger zu gestalten S. 782. —

1911. 2. Febr. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Frankreich und die Befestigung Vlissingens im Zusammenhang mit der Frage der belgischen Neutralität S. 782—784. — 3. März. Zwei Telegramme ders. an dens.: Das neue Kabinett Monis wird die Allianz weiter fördern S. 784, — Delcassé das hervorragendste Mitglied dieses Kabinettes, sein Eintritt in dasselbe eine Garantie, daß auf die militärische Kraft Frankreichs ganz besondere Sorgfalt verwendet werden wird S. 785. — 14. März. Dies. an dens.: Unerschütterlichkeit der auswärtigen Politik Frankreichs, Delcassé wird auf Tätigkeit des neuen Außenministers Cruppi Einfluß haben S. 785. — 25. April. Dies. an dens.: Iswolsky beklagt sich Cruppi gegenüber, daß die französische Finanz oft die vitalen Interessen Rußlands nicht genügend berücksichtigt S. 786, — wie z. B. in China oder Österreich-Ungarn S. 787, — dies könne Rußlands militärische Kraft an seiner Westgrenze ungünstig beeinflussen, was den Interessen des Zweibundes widerspricht S. 787, — Notwendigkeit einer einheitlichen Politik der drei Ententemächte S. 787, — Iswolsky über die Notwendigkeit eines Druckes auf die einflußreiche französische Finanz, um ihre Tätigkeit mit der Politik des Zweibundes in Einklang zu bringen S. 788. — Denkschrift N. N. Rafalowitschs vom 14. Mai **1914** über die Beziehungen der französischen und österreichischen Finanzwelt und die Möglichkeit für Rußland, dieselben noch weiter abzuschwächen S. 788—790. —

1912. 18. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Die französische Presse und der Zwischenfall Georges Louis S. 790. — 2. Aug. Dies. an dens.: Enthüllungen des „Temps" über die frankorussische Marinekonvention S. 791. — 6. Aug. Dies. an dens.: Indiskretionen in der französischen Presse S. 791. — 10. Aug. Neratow an russ. Botschaft London: Auf eine Anfrage der deutschen Regierung hinsichtlich der Marinekonvention ist russischerseits geantwortet worden, daß dieselbe einen unter Verbündeten ganz natürlichen direkten Kontakt zwischen den beiden Admiralstäben betrifft S. 792. — Bericht Sasonows über die Verhandlungen mit Poincaré im August anläßlich seines Besuches in Petersburg: Beiderseitige Befrie-

digung über den Abschluß der Marinekonvention S. 792, — Wichtigkeit guter Beziehungen zwischen Italien und Frankreich im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung des Dreibundes S. 793, — Poincaré bedauert, die Vermittlungsbestrebungen Rußlands im italienisch-türkischen Kriege nicht in dem von ihm gewünschten Maße unterstützt haben zu können S. 793, — sowohl Frankreich als auch Rußland würden in der Festsetzung Italiens auf den Ägäischen Inseln eine Bedrohung des politischen Gleichgewichtes im östlichen Mittelmeer erblicken S. 794, — völlige Übereinstimmung zwischen Frankreich und Rußland hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens auf dem Balkan S. 795, — jedoch würde es die öffentliche Meinung Frankreichs nicht gestatten, wegen reiner Balkanfragen zu den Waffen zu greifen, wenn sich Deutschland nicht auch am Kriege beteiligt S. 795, — analoge Lage Rußlands bei außereuropäischen kolonialen Verwicklungen S. 795, — Petersburger Kabinett hat volles Zutrauen zu Poincaré und wünscht eine ähnliche Persönlichkeit an der Spitze der Republik zu sehen, wenn der kritische Moment in den internationalen Beziehungen eintritt S. 795. — 31. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Frage einer frankoenglischen Allianz im Zusammenhang mit Mittelmeerfragen S. 796, — Nicolson hält den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem diesbezüglichen Meinungsaustausch für ungeeignet, um so mehr als Deutschland dies als eine Provokation betrachten würde S. 797, — aber Bencendorff hält Nicolson doch für einen Anhänger nicht nur einer derartigen Allianz, sondern sogar eines neuen Dreibundes, um ein Gegengewicht gegen den schon bestehenden Dreibund zu bilden S. 798. — 2. Juni. Dies. an dens.: Die öffentliche Meinung in England und der Gedanke eines Bündnisses mit Frankreich S. 798. — 6. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré glaubt, daß selbst die Unterzeichnung eines formalen Aktes die bisherige Gemeinsamkeit der Politik Englands und Frankreichs nicht noch weiter erhöhen könnte S. 799, — die Entscheidung wird der englischen Regierung im Kriegsfalle von der Nation vorgeschrieben werden S. 800, — taktvolle Haltung der französischen Presse in der Frage der militärischen Organisation Englands S. 800. — 11. Juli. Russ. Botschaft London an Sasonow: Bonar Law erklärt, die Entente sei nicht nur der Ausgangspunkt, sondern die Grundlage der englischen Politik S. 800. — 16. Juli. Dies. an dens.: Grey war von mehreren Seiten vorgeworfen worden, daß er durch seine unnachgiebige Haltung eine Entspannung mit Deutschland unmöglich mache, jetzt haben jedoch seine Erklärungen im Parlament einen großen Erfolg für ihn errungen S. 801, — der Umstand, daß Rußland in wenigen Jahren über eine große Flotte verfügen wird, erhöht in den Augen Englands den Wert einer Annäherung an dasselbe S. 801. — 17. Juli. Dies. an dens.: Grey schätzt die offenen Erklärungen Sasonows über die Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm, er hat völliges Zutrauen zu Rußland und zur Entente S. 802. — 6. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: In Paris gewisse Beunruhigung wegen einer angeblichen Annäherung zwischen Deutschland und England S. 802, — Grey erklärt, daß sich zwischen Berlin und London nichts Neues

ereignet habe und nur über koloniale und andere nebensächliche Fragen gesprochen worden ist S. 802. — 11. Dez. Dies. an dens.: Diesbezügliche Erklärungen Poincarés in der französischen Kammer S. 803. —

1913. 27. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Besuch Poincarés und Pichons in London S. 804, — Unterredungen über Albanien S. 804, — das Prinzip einer Intervention auf dem Balkan, um einen allgemeinen Krieg zu vermeiden S. 804, — die Unzweckmäßigkeit einer Teilung der Türkei in Einflußsphären und Notwendigkeit, die Türkei bis zu einem gewissen Grade zu stützen S. 805, — der Empfang Poincarés von seiten der Bevölkerung ist ein ganz besonders warmer gewesen und bedeutet Kräftigung der Entente S. 805. —

1914. 12. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Die Gemeinsamkeit des Vorgehens der drei Ententemächte sollte durch Beratungen ihrer Vertreter in London gefördert werden, um ein Gegengewicht gegen die andere Mächtegruppe zu bilden S. 805. — 18. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Zustimmung Greys S. 806. — 2. April. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Die Umwandlung der Tripel-Entente in einen neuen Dreibund erscheint geboten S. 806, — zwischen England und Frankreich sind bereits Schritte zur Präzisierung der beiderseitigen Verpflichtungen getan worden S. 807, — Rußland muß in derselben Richtung arbeiten S. 807, — der bevorstehende Besuch König Georgs in Paris könnte eine gute Gelegenheit bieten, um auf das Wünschenswerte eines politischen Abkommens hinzuweisen S. 807. — 9. April. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Außenminister Doumergue wird englischen Besuch in gewünschtem Sinne benutzen S. 808, — Koordinierung der militärisch-maritimen Vereinbarungen am zweckmäßigsten S. 808, — zwischen Regierungen Frankreichs und Englands beständen keine positiven Verpflichtungen, doch würden sie sich je nach dem Gang der Ereignisse an die Abmachungen zwischen den beiden Generalstäben halten S. 808. — 12. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: König Georg und Grey haben von ihrer Reise ganz besonders tiefe Eindrücke empfangen S. 809, — die franko-englische Entente habe tiefe Wurzeln gefaßt S. 809, — Grey will augenscheinlich mit dieser Mitteilung den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung Englands an Frankreich ankündigen S. 809, — Grey bereit, der russischen Regierung alle zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen mitzuteilen S. 810, — wozu noch die Zustimmung des Kabinettes eingeholt werden müsse S. 810, — Benckendorff erklärt Grey, daß Rußland dann Vorschläge auf analoger Basis machen werde und daß Sasonow sogar den Abschluß eines Bündnisses befürworte S. 810, — Grey jedoch hält den Abschluß eines Bündnisses nicht für möglich, da sogar zurzeit kein Bündnis mit Frankreich bestehe S. 810. — 16. Mai. Dies. an dens.: Der englische Ministerrat billigt die Mitteilung der bestehenden englisch-französischen Vereinbarungen an Rußland S. 810, — Grey schlägt vor, daß nun die Mitteilungen von Frankreich und England erfolgen, und da die Abmachungen zwischen Frankreich und England sich hauptsächlich auf das Zusammenwirken der beiden Armeen beziehen,

so sollten die eventuellen englisch-russischen Vereinbarungen die beiden Flotten betreffen S. 811, — Cambon der Ansicht, daß die Verhandlungen zum Zwecke möglichster Geheimhaltung in London vom russischen Marineattaché geführt werden sollten S. 811. — 18. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Wenn der Plan russisch-englischer maritimer Abmachungen verwirklicht sein wird, ist der Hauptzweck erreicht, nämlich die bisherigen allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen S. 812—813, — ein formales Bündnis oder öffentliche Abmachung nicht möglich S. 813, — aber der Geist der Entente verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen ist die beste Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfalle S. 813, — in bedrohlichen Augenblicken hat England niemals gezögert, sich auf die Seite Frankreichs und Rußlands zu stellen S. 813, — selbst ein noch so vorsichtiges, aber öffentliches Bündnis mit Rußland würde in gewissen Kreisen auf Opposition stoßen und einer Agitation zugunsten Deutschlands Vorschub leisten S. 813. — 23. Mai. Dies. an dens.: Grey erklärt, der Wortlaut der im Jahre 1912 zwischen Frankreich und England ausgetauschten Schriftstücke zeige, daß kein Bündnis geschlossen sei S. 814, — sie setzen jedoch die militärischen Abmachungen ins rechte Licht S. 814, — denn ohne letztere würde trotz der engen politischen Entente ein sofortiges Zusammenwirken ernsten technischen Schwierigkeiten begegnen S. 815, — England bereit, in demselben Geiste ein analoges Abkommen mit Rußland zu treffen S. 815, — Grey schlägt Verhandlungen des russischen Marineattachés in London mit dem englischen Admiralstabe vor S. 815, — das mit Rußland verbündete Frankreich könne die übrigen englisch-französischen Abmachungen mitteilen S. 815, — Text des Briefes Grey an Cambon vom 22. Nov. 1912 S. 816 — und der Antwort Cambons vom 23. Nov. 1912 S. 816. — 28. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Zufriedenheit des Petersburger Kabinetts mit der Bereitwilligkeit Englands in Verhandlungen einzutreten S. 817, — dies hat, ganz abgesehen von der militärischen, große allgemeinpolitische Bedeutung, um England dem frankorussischen Bündnisse enger anzuschließen S. 817, — Mitteilung der Beschlüsse und Wünsche der russischen Regierung im Falle eines Krieges der Tripel-Entente mit den Mächten des Dreibundes S. 818—820. — 6. Juni. Russ. Marineagent in London an den russ. Admiralstab: Über die Möglichkeit des Ankaufes eines chilenischen Panzerschiffes durch Rußland S. 820, — Stand der Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen S. 821, — Frankreich wünscht Beschleunigung derselben S. 821. — 11. Juni. Londoner russ. Botschaft an Sasonow: Grey bedauert die Indiskretionen in der Presse S. 821, — beabsichtigt, im Parlament eine Erklärung abzugeben S. 822. — 12. Juni. Dies. an dens.: Grey wird den russischen Wünschen hinsichtlich der Verhinderung der Reorganisation der türkischen Flotte Rechnung tragen S. 822. — 13. Juni. Dies. an dens.: Der Ankauf des chilenischen Schiffes stößt auf Schwierigkeiten S. 823. — 25. Juni. Dies. an dens.: Grey erklärt dem deutschen Botschafter, daß die Meerengen-Frage zwischen England und

Rußland seit fünf Jahren nicht erörtert worden ist, daß zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland anderseits weder Bündnis noch Konvention besteht, jedoch sei die Intimität zwischen ihnen so groß geworden, als ob sie Verbündete wären, aber die Verhandlungen hätten niemals einen gegen Deutschland gerichteten Charakter angenommen und sich nicht auf die sogenannte Einkreisungspolitik bezogen S. 823. — 25. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Befürchtungen wegen einer möglichen Rückwirkung der persischen Frage auf die englisch-russischen Beziehungen S. 824, — gewisse Befürchtungen in England wegen Indiens S. 825, — Sasonow bereit, eine Garantie der englischen Besitzungen in Indien zu geben wie Japan 1912 S. 825, — Sasonow für möglichste Beschleunigung des Abschlusses der Marinekonvention S. 825. — 2. Juli. Russ. Botschafter London an Sasonow: Solange die Entente besteht, hegt man in England keine ernstlichen Besorgnisse wegen Indiens S. 825, — eine eventuelle Garantie würde jedoch die Entente noch enger gestalten S. 826, — die Marinekonvention hat in den Augen der englischen Regierung eine noch größere Bedeutung angenommen und sie hält dieselbe für eine praktische Notwendigkeit und natürliche Folge der Entente, aus technischen Gründen und infolge der Presseindiskretionen haben sich die Verhandlungen etwas verzögert S. 826, — vielleicht will Grey, daß die Beunruhigung in Berlin sich etwas legt, bevor er weiter verhandelt, da es ihm schwerfallen würde, gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln S. 827. — 16. Juli. Dies. an dens.: Der Mord von Serajewo und Beunruhigung Greys S. 827. —

Erstes Kapitel.

Die Lösung der bosnischen Krise.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Paris Nelidow vom 23. Oktober/5. November 1908.

Sie erhalten mit dem Kurier eine Abschrift meines Briefes an unsern Botschafter in Berlin über unsere Beziehungen zu Deutschland. Die große Bedeutung dieses Briefes wird Ihnen nicht entgehen. Aus allen meinen Unterredungen in Berlin ergibt sich mit vollkommener Klarheit: In der allgemeinen europäischen Situation hat sich eine radikale Veränderung vollzogen; unter dem Einfluß von politischen, ich möchte sogar sagen, historischen, unabwendbaren Notwendigkeiten haben sich die Mächte in zwei verschiedene Gruppen getrennt: auf der einen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn, — auf der andern Rußland, Frankreich und England. Italien, durch den Dreibund gebunden, aber gleichzeitig sich zu Frankreich und zu uns hingezogen fühlend, scheint zu zögern; die Türkei wird sich auf die Seite derer stellen, die ihr neues Regime zu stützen verstehen und ihr eine uninteressierte Freundschaft zeigen. Diese neue Situation bietet uns gewiß große Vorteile, was Macht und Sicherheit anbelangt, aber sie enthält auch große Gefahren. Kaiser Wilhelm, durch das Gefühl der Isolierung oder, wie er zu sagen beliebt, „der Einkreisung" beunruhigt, wird immer nervöser und ungeduldiger, wie aus seinem letzten englischen Interview hervorgeht. Schließlich wird der latente Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen durch die abenteuerliche Politik Baron Aehrenthals ganz besonders unterstrichen. Unter diesen Bedingungen ruft die Reise Kaiser Wilhelms nach Österreich bei uns große Beunruhigung hervor. Man

versichert, die Militärpartei in Wien sei sehr kriegerisch und treibe zu einem Angriff auf Serbien; an der Spitze dieser Partei stehe der Thronfolger, aber der alte Kaiser widersetze sich allen derartigen Versuchen. Muß man nicht fürchten, daß Kaiser Wilhelm die Militärpartei unterstützen wird?

Inmitten all dieser Gefahren arbeite ich an der Lösung der bosnischen Krise. Meine Aufgabe wird durch die Gärung in der öffentlichen Meinung Rußlands und in der hiesigen Presse noch ganz besonders erschwert. Diese Gärung hat viele und verwickelte Ursachen; Erwägungen der inneren Politik spielen hierbei eine große Rolle; wenn man diese Bewegung aufmerksam untersucht, kommt man zum Schlusse, daß im Grunde genommen Rußland augenblicklich nicht kriegerisch gestimmt ist, und obgleich man der Regierung in der auswärtigen Politik auch gern Schwierigkeiten bereitet, so ist man hier trotzdem durchaus nicht geneigt, aus Vorliebe für Serbien Krieg zu führen. Aber man gibt sich bei uns nicht Rechenschaft, daß diese geräuschvolle Bewegung in Serbien und in Montenegro Illusionen hervorrufen und diese beiden Länder in ein Abenteuer stürzen könnte, in dem sie isoliert bleiben würden und von Rußland nicht materiell unterstützt werden könnten. Auch glaube ich, daß man anfängt, dieses in Belgrad und in Cettinje einzusehen; das Telegramm von Khomiakoff hat dazu beigetragen.

Trotzdem wir die feste Hoffnung haben, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, müssen wir doch die Möglichkeit plötzlicher Komplikationen voraussehen, und meine erste Aufgabe ist es, mir ein möglichst klares Bild von dem Spiel der politischen Kräfte im gegenwärtigen Zeitpunkte zu machen. Wir kennen den Bündnisvertrag von 1879 zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sehr gut in all seiner Brutalität, einen Bündnisvertrag, der augenblicklich nicht bloß in defensiver Hinsicht verstärkt worden zu sein, sondern noch eine offensive Spitze auf dem Balkanterrain erhalten zu haben scheint. Aber welches ist der genaue Inhalt der übrigen Vereinbarungen, welche den Dreibund bilden? In dieser Hinsicht finde ich in meinen Archiven keine zusammenhängende Arbeit, und mit dem Tode des Grafen Lamsdorff hat alle mündliche Tradition aufgehört. Es ist sicher, daß man in dieser Hinsicht in Paris besser bewandert ist, und Sie

selbst besitzen ja ganz besondere Kenntnisse. Ihre Korrespondenz aus Rom aus den Jahren 1898 bis 1902 enthält wertvolle Hinweise auf neue Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien, welche die Bestimmungen des Dreibundvertrages merklich beeinflussen; aber seitdem haben noch andere Veränderungen der europäischen Situation stattgefunden — in erster Linie die Annäherung zwischen England und Frankreich, ein Umstand, der notwendigerweise neue Gesichtspunkte eröffnen muß.

In all diesen wichtigen Fragen würde ich gern Ihre Meinung kennen. Ich möchte vor allem wissen, wie Sie, mit Ihrer großen Erfahrung in der europäischen Politik, über die Möglichkeiten urteilen, die sich aus der jetzigen Krise ergeben könnten. Es scheint mir, daß, dank Gott, die Gefahr eines türkisch-bulgarischen Konfliktes beseitigt ist. Es bleibt die Gefahr eines austro-serbischen Konfliktes, des gefährlichsten von allen. Wir tun und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um einem solchen Konflikte vorzubeugen; aber wenn er ausbrechen sollte, so würde in demselben Augenblicke die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges in nächste Nähe gerückt.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Januar 1909.

Grey teilt mir mit, er habe Cambon erklärt, es liege ihm daran, die französische Regierung davon zu verständigen, daß das Londoner Kabinett der russischen Regierung seine diplomatische Unterstützung in der Frage der Kompensation Serbiens und Montenegros versprochen habe. Grey sagt mir, er habe diesen Schritt getan, um die Lage von jedem Mißverständnis zu klären; die Schwierigkeiten, die sich bei Regelung der zwischen Österreich und der Türkei und Bulgarien schwebenden Fragen ergeben haben, beweisen aber, daß im Interesse des Friedens verlangt werden müsse, daß die serbischen Forderungen möglichst eingeschränkt werden.

Mitteilung der französischen Botschaft in Petersburg an das russische Außenministerium vom 13./26. Februar 1909.

Die lange Dauer der austroserbischen Krise und die Ungewißheit, die über den endgültigen Absichten Österreich-Ungarns und

Rußlands schwebt, ruft in Europa allgemeine Beunruhigung hervor.

Diese Lage der Dinge muß die Aufmerksamkeit der französischen Regierung im höchsten Maße auf sich lenken.

Die Gefühle Frankreichs für Rußland, sein Festhalten an dem unlösbaren Bündnis, welches die beiden Länder vereint, und die Verantwortlichkeiten, die Frankreich unter diesen Umständen auf sich nimmt, machen es ihm zur Pflicht, ohne Verzug in einen Gedankenaustausch mit der russischen Regierung zu treten, um zusammen mit ihr die Richtlinie zu untersuchen, welche sie, unter Berücksichtigung der höheren Interessen beider Länder, einhalten müssen. Die russische Regierung wird sicherlich mit der französischen übereinstimmen, daß sie beide alles tun müssen, um die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes in einer Frage abzuwenden, von der die Lebensinteressen Rußlands nicht direkt berührt werden. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß eine derartige Frage zu einem Kriege führen könne, an dem sich die französischen und russischen Armeen beteiligen müßten.

Seit dem Abschlusse der Allianz haben beide Regierungen und beide Länder sich stets bereit gezeigt, ihren gegenseitigen Verpflichtungen nachzukommen, sobald ihre vitalen Interessen bedroht waren; aber umgekehrt haben sie in allen anderen Zwischenfällen des internationalen Lebens stets danach getrachtet, ihre Anstrengungen im Interesse des Friedens und der Versöhnung zu vereinigen. Dies ist heute der Fall, und dies war auch der Gedanke des russischen Außenministeriums, als es im verflossenen Oktober öffentlich erklärte, daß Rußland, welches immer seine Gefühle hinsichtlich der Ursache der gegenwärtigen Krise seien, in dieser keinen casus belli erblicke. Seither haben wir nicht aufgehört, gemeinschaftlich nach Mitteln zu suchen, um die Krise zur möglichsten Befriedigung der Balkanstaaten zu lösen, da diesen Staaten die Sympathien sowohl Rußlands als auch Frankreichs zugesichert sind.

Alle im Interesse Bulgariens unternommenen Schritte, denen beizutreten die russische Regierung uns nahelegte, sind von uns aufs wirksamste unterstützt worden.

Was die serbischen Forderungen anbelangt, welche, wie allgemein anerkannt, schwerlich zu rechtfertigen sind, so haben wir Zweifel geäußert, ob es möglich sei, sie zu verwirklichen. Aber wir haben uns der russischen Regierung angeschlossen, um zu verlangen, daß die Frage einer Konferenz unterbreitet würde. Dies ist in Wirklichkeit die einzige Schwierigkeit, für die eine andere Lösung gefunden werden muß, als die vom Belgrader Kabinett hinsichtlich seiner territorialen Kompensationsforderungen beanspruchte.

Der Augenblick ist also für Rußland und Frankreich gekommen, diese Frage gemeinschaftlich zu prüfen. Wir bitten die russische Regierung, uns ihre Ansicht mitteilen zu wollen, in der festen Überzeugung, daß die gemeinschaftliche Erörterung der Frage durch die beiden Regierungen es erlauben wird, die gegenwärtige Krise unter Bedingungen zu lösen, die für Frankreich und Rußland in gleichem Maße befriedigend sind.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. Februar 1909.

. . . . . .

Es scheint mir, daß die englische Regierung sich über den Ernst der Lage deutlich Rechenschaft gibt. Dieser Eindruck wird durch alle Nachrichten bestätigt, die sie aus offiziellen und privaten Quellen erhält. Trotz des dringenden Wunsches, Serbien zu helfen, gibt man sich hier deutlich Rechenschaft, daß die Anstrengungen der Mächte hauptsächlich darauf gerichtet sein müssen, Serbien vor der Vernichtung zu bewahren, aber daß man ohne Krieg von Österreich nicht wird erreichen können, Serbien andere als ökonomische Konzessionen zu gewähren. Hardinge teilte mir heute als seine persönliche Ansicht mit, daß die allgemeine Lage weniger gespannt wäre, wenn Rußland in Belgrad erklären würde, Serbien könne weder auf territoriale Zugeständnisse, noch auf eine volle Autonomie Bosniens und der Herzegowina rechnen. Da Österreich gerade befürchtet, daß Rußland, vielleicht auch noch einige andere Mächte, die unerfüllbaren serbischen Forderungen unterstützt, so würde ein derartiger Schritt von seiten Rußlands in Belgrad das Wiener Kabinett in hohem Maße beruhigen und dadurch die Möglichkeit einer friedlichen

Lösung erhöhen. Man hat hier wohl bemerkt, daß die russische Regierung noch nicht auf die englische Anfrage geantwortet hat, mit welchen Zugeständnissen Serbien der Ansicht Rußlands nach sich begnügen müßte.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. Februar 1909.

Man ist hier sehr beunruhigt, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten zur Vorbeugung eines austroserbischen Konfliktes nicht vorwärtsschreiten. Augenblicklich legt man in England der Frage der territorialen Zugeständnisse zugunsten Serbiens besondere Bedeutung bei, in der festen Überzeugung, daß das Festhalten an einer solchen Forderung unausbleiblich zum Kriege führen müsse. Hier würde man überhaupt geneigt sein, jeden Vorschlag zu unterstützen, der eine endgültige Verständigung zwischen Österreich und Serbien erleichtern würde, aber unter der Bedingung, daß die gemeinsam vorgehenden Mächte sich deutlich darüber Rechenschaft geben, daß man Österreich territoriale Zugeständnisse nicht zumuten könne. Englischen Nachrichten zufolge scheint das neue serbische Kabinett sich deutlich Rechenschaft zu geben, daß die serbischen Forderungen unerfüllbar sind, und bereit zu sein, den Vorstellungen der Mächte nachzugeben.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 14./27. Februar 1909. — Nr. 250.

Die Mitteilung, die mir die hiesige französische Botschaft gemacht hat, hat bei uns einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, den ich dem Admiral Touchard nicht verheimlicht habe. Von den friedlichsten Absichten beseelt, hatten wir uns bereit erklärt, den von Cambon vorgeschlagenen Weg zu betreten, d. h. in Belgrad friedliche Erklärungen zu verlangen und dieselben nach Wien weiterzugeben. Aber der Kiderlensche Vorschlag, augenscheinlich in Wien inspiriert und von Pichon gebilligt, hat eine ganz andere Bedeutung. Er zielt darauf ab, eine gemeinsame Aktion der Mächte durch eine direkte Abmachung zwischen Wien und Belgrad zu ersetzen, nach dem Vorbild der österreichisch-türkischen Vereinbarung. Die Sprache der offiziösen Presse in Österreich läßt hierüber keinen Zweifel. Aber dieses ist gleichbedeutend mit

der Auslieferung Serbiens an die Gnade des bis zu den Zähnen bewaffneten Österreichs. Ein derartiger Schritt, wenn in Belgrad unternommen, würde in Rußland allgemeine Entrüstung hervorrufen und einem Konflikt nicht vorbeugen. Keine serbische Regierung könnte sich einverstanden erklären. Es muß hervorgehoben werden, daß die Idee einer direkten Verständigung zwischen Österreich und Serbien ganz neu ist und allem widerspricht, was bis jetzt zwischen den Mächten vereinbart wurde. Die Kompensationen, die Serbien und Montenegro zugebilligt werden sollen, bilden Punkt 7 des Konferenzprogramms. Österreich hat sich damit einverstanden erklärt, diesen Punkt mit den Mächten zu erörtern, mit der einzigen Einschränkung, daß diese Zugeständnisse nur ökonomischer Natur sein könnten. Um jeden Argwohn zu vermeiden, daß Serbien von Rußland ermutigt werde, unerfüllbare Forderungen zu stellen und dadurch die friedliche Lösung der Krise unmöglich zu machen, haben wir soeben nach Serbien telegraphiert und der serbischen Regierung empfohlen, auf alle territorialen Ansprüche zu verzichten, sich bei der Regelung der noch schwebenden Fragen auf die Entscheidung der Mächte zu verlassen und alles zu vermeiden, was als eine Provozierung Österreich-Ungarns ausgelegt werden könnte. Es will uns scheinen, daß, wenn man von der serbischen Regierung eine derartige Erklärung erhalten könne, die Mächte dieselbe zur Kenntnis des Wiener Kabinetts bringen und dieses ersuchen sollten, seinerseits seine Absichten zu erklären. Ich teile Ihnen sub Nr. 2 den vollständigen Text meines Telegramms an unsern Belgrader Gesandten mit und bitte Sie, denselben zur Kenntnis Pichons zu bringen und mich von der Ansicht der französischen Regierung zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 16./27. Februar 1909. — Nr. 251.

Nr. 2. In Beantwortung der beiden Mitteilungen, die uns der serbische Gesandte am 10. und 13. Februar gemacht hat, bitte ich Sie folgendes zur Kenntnis der Königlichen Regierung zu bringen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die serbische Regierung ihrem Entschlusse treu bleibt, den von ihr eingenommenen friedlichen Standpunkt nicht zu ver-

lassen, alles zu vermeiden, was zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Serbien und Österreich führen könnte, und keine militärischen Maßnahmen an der Grenze zu treffen. Wir sind überzeugt, daß die vitalen Interessen Serbiens, dem wir von jeher die größte Sympathie entgegenbringen, ihm diese Richtlinie mit Notwendigkeit auferlegen, welche auch einzig der augenblicklichen allgemeinen Situation entspricht. Wir haben uns andererseits überzeugen können, daß die Mächte nicht geneigt sind, die Idee einer territorialen Vergrößerung Serbiens zu unterstützen. Die Königliche Regierung muß hieraus folgern, daß alle Anstrengungen, die Mächte zur Unterstützung ihrer diesbezüglichen Forderungen zu bewegen, ohne Resultat bleiben werden und daß Serbien sich die Sympathien der Mächte nur erhalten kann, indem es darauf verzichtet, auf Forderungen zu bestehen, die zu einem bewaffneten Konflikt mit Österreich führen müßten. Es ist uns ein Bedürfnis, die Königliche Regierung zu warnen, sich einer solchen Gefahr auszusetzen. Wir hoffen, daß Serbien, wie es soeben erklärt hat, seinen Verpflichtungen, dem Rate der Großmächte zu folgen, treu bleiben wird. Wir glauben gleichzeitig, daß die serbische Regierung unter den obwaltenden Umständen diesen Mächten deutlich erklären müßte, daß sie auf ihren territorialen Forderungen nicht besteht, und daß sie sich in allen schwebenden Fragen auf die Entschließungen der Mächte verläßt. Diese könnten dann alle ihre Anstrengungen darauf richten, die serbischen Interessen wahrzunehmen. Abschrift nach Cettinje mitgeteilt.

Inhaltsangabe eines Telegramms des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 14./27. Februar 1909.

Nach dringendem Anraten, Serbien solle sich zu einem Verzicht auf territoriale Kompensationen entschließen, heißt es: ... es ist kaum anzunehmen, daß die bosnisch-herzegowinische Frage in nächster Zukunft gelöst werden wird; unser Standpunkt ist nach wie vor derselbe: er hat in unserm Zirkular vom 9. Dezember Ausdruck gefunden; eine allgemeine Einigung aller Mächte auf der Konferenz kaum möglich; die Annexion wird nicht formell sanktioniert werden; Pasitschs Wunsch wird erfüllt

werden. Was eine Bahn durch türkisches Territorium anbelangt, werden wir bei den Verhandlungen mit der Türkei energisch darauf bestehen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 40.

Hinsichtlich des Kiderlenschen Vorschlages ist ein Mißverständnis entstanden. Pichon hat diesen Vorschlag weder angenommen noch empfohlen. Er hat ihn bloß nach London und Petersburg mitgeteilt, um die Ansicht der beiden Kabinette kennenzulernen. Aber er selbst hat die Art und Weise des Vorgehens unannehmbar gefunden, vor allem das in Aussicht genommene tête-à-tête zwischen Österreich und Serbien. Man hat hier einen neuen Text der in Belgrad zu machenden Vorstellungen soeben aus Berlin erhalten. Ich werde ihn Ihnen zustellen, sobald ich ihn von Pichon erhalten habe, mit denjenigen Veränderungen, die er einzuführen für nötig hält, wenn nicht die Folgen Ihres direkten Schrittes in Belgrad, welchen er vollkommen billigt, weitere Kollektivschritte in Belgrad überflüssig machen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 41.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 40. Beifolgend das in Berlin vorgeschlagene Projekt einer in Belgrad zu übergebenden Note: Infolge einer Übereinkunft vom 26. Februar 1909 hat Seine Majestät der Sultan seine Einwilligung gegeben, daß hinfort Bosnien und die Herzegowina zum integralen Bestandteile der österreichisch-ungarischen Monarchie gehören sollen, und Seine Majestät der österreichisch-ungarische Kaiser hat auf die militärische Okkupation des Sandschaks von Nowibasar verzichtet, zu welcher ihn der Berliner Kongreß berechtigte. Die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands lenken die Aufmerksamkeit der serbischen Regierung auf die neue Lage, die sich aus diesem Übereinkommen zwischen den interessierten Mächten ergibt, und sie geben sich der Hoffnung hin, daß die serbische Regierung unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs sich aller Handlungen

enthalten wird, die die Ruhe der benachbarten Monarchie stören könnten „und für welche die volle Verantwortung auf Serbien zurückfallen würde", und daß sie eine Richtlinie einnehmen wird, welche Serbien zu denjenigen ökonomischen Vergünstigungen verhelfen wird, welche Österreich „auf Grund einer direkten Übereinkunft zwischen den beiden Mächten" ihm zu bewilligen bereit ist.

Wenn trotz Ihres direkten Schrittes in Belgrad ein Kollektivschritt der Großmächte in Belgrad nötig wäre, glaubt Pichon, daß der soeben mitgeteilte Text die Elemente einer Übereinkunft enthält, unter der Bedingung, daß die beiden in Anführungszeichen gestellten Sätze weggelassen werden. Dies ist übrigens nur eine persönliche Ansicht und er wendet sich gleichzeitig auch an die Kabinette von London und Rom.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 17. Februar / 2. März 1909. — Nr. 265.

Ich verweise auf die Telegramme unseres Pariser Botschafters Nr. 40 und 41. Der in Berlin vorgeschlagene Text ruft selbst mit den von Pichon in Vorschlag gebrachten Weglassungen ernstliche Einwendungen hervor; der Text ist augenscheinlich in Wien redigiert worden, und der ganze erste Teil verrät die Absichten Österreich-Ungarns, das austrotürkische Protokoll als die definitive Regelung der Annexionsfrage annehmen zu lassen. Wir können in keinem Falle diesem Manöver zustimmen. Wir sind der Ansicht, daß dieses Protokoll internationale Bedeutung nur dann beanspruchen kann, wenn es von der Konfernz sanktioniert worden sein wird, und wir sehen keinen Grund, dieses Protokoll in der in Aussicht genommenen Note zu erwähnen. Gleicherweise unannehmbar betrachten wir den Satz „unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs". Kein Land, so schwach und klein es sein möge, kann eine derartig allgemeine Erklärung abgeben. Die Kabinette von Paris und London müssen auch verstehen, wie sehr die Tatsache, daß ein österreichisch-deutsches Projekt zum Ausgangspunkt der Diskussion gemacht wird, so gewandt auch dieses Projekt zusammengestellt sein mag, — die Möglichkeit einer Versöhnung erschwert. Dies wird uns in die Notwendigkeit versetzen, unserer-

seits ein Gegenprojekt vorzuschlagen, was vermieden worden wäre, wenn Jules Cambon sich nicht so sehr beeilt hätte, sich das Projekt Baron Schöns anzueignen. Wir kennen noch nicht das Resultat unseres letzten Schrittes in Belgrad, und wir können noch nicht beurteilen, ob eine weitere Aktion der Mächte noch nötig sein wird; deshalb enthalten wir uns fürs erste, unser Gegenprojekt zu formulieren. Der französische Botschafter hat mir versichert, Fürst Bülow hätte Cambon erklärt, daß, wenn der Schritt in Belgrad Erfolg haben würde, das Berliner Kabinett sich den andern Mächten anschließen würde, um gemeinsam in Wien zu handeln. Ich habe eine solche Erklärung in der bisherigen diplomatischen Korrespondenz nicht gesehen, und ich würde gern die Sicherheit haben, daß dies wirklich der Fall ist.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Admiral Touchard hat Pichon die Bemerkungen mitgeteilt, die Sie ihm über die Lauheit der französischen Diplomatie, speziell der französischen Botschafter in Wien und in Berlin, gemacht haben, mit welcher sie den von der russischen Regierung eingenommenen Standpunkt unterstützt hätte.

Von diesem Vorwurfe sehr betroffen, hat Pichon mir gegenüber die Aufrichtigkeit und absolute Loyalität hervorgehoben, die seine Politik Rußland gegenüber stets befolgt hat, und er beeilt sich, die Handlungsweise der von Eurer Exzellenz beschuldigten französischen Vertreter zu rechtfertigen. Diese haben, hat er mir gesagt, die erhaltenen Instruktionen befolgt; diese Instruktionen stimmen mit unseren Absichten genau überein, und wenn vielleicht Crozier, von dem Glanze der Wiener Gesellschaft, in der er sich eine gute Stellung schaffen will, ein wenig geblendet, sich in der Form weniger energisch gezeigt hatte, als er es vielleicht hätte sein müssen, so gilt dies nicht von Jules Cambon. Dieser hat nicht aufgehört, dem Berliner Kabinett ausdrücklich zu verstehen zu geben, daß Frankreich in dieser Krise der von der russischen Regierung eingeschlagenen Politik in allen Punkten folgen und in loyaler Weise den Allianzvertrag, der es mit Rußland verbindet, einhalten würde. Er hat es so gut verstanden,

den Fürsten Bülow davon zu überzeugen, daß in einer kürzlichen Unterredung, in der über mögliche Eventualitäten gesprochen wurde, der Kanzler unter anderem Jules Cambon gesagt hat: „Sie werden sich auf die Seite Rußlands stellen, wie wir auf die Seite Österreichs . . .“

Aber es ist klar, daß sowohl die deutsche als auch die österreichische Presse ein großes Interesse daran hat, die Farben zu verdichten und, indem sie sich auf die weniger gespannten Beziehungen zwischen der französischen Diplomatie und den politischen Kreisen Berlins und Wiens bezieht, glauben zu machen, daß Frankreich sich allmählich von seinem Bundesgenossen und Freunde loslöst und sich dem Dreibund nähert. Pichon hat mir bei dieser Gelegenheit die entschiedensten Versicherungen über die Haltung Frankreichs gegeben, falls die jetzige Krise uns zwingen würde, uns aktiv in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen. „Wir werden unsere Allianzverpflichtungen loyal erfüllen,“ sagte mir der Minister, „und solange ich auf diesem Posten bleibe, wird diese Politik befolgt werden. Aber da dies für beide Länder, die beide den Krieg nicht wünschen, eine außerordentlich ernste Situation schafft, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, nach Mitteln zu suchen, um dieser Gefahr vorzubeugen und nicht zu extremen Entschließungen zu greifen.“ Er hat mir wiederholt, daß auf Grund aller Nachrichten, über die er verfügt, hauptsächlich die territorialen Ansprüche Serbiens, auf die es ein Recht zu haben behauptet, Österreich in Erregung versetzen und das Wiener Kabinett die Geduld verlieren lassen. Milowanovitch hatte hier zugegeben, daß Österreich auf derartige Forderungen nie eingehen würde; keine einzige der Großmächte zeige sich geneigt, sie zu unterstützen. Es war folglich unnütz und für Serbien gefährlich, darauf zu bestehen, während ein freiwilliger Verzicht seinerseits den Mächten die Möglichkeit gegeben hätte, die ökonomischen Interessen des Königreichs um so energischer zu vertreten. Er glaubte, daß ein Schritt in diesem Sinne, von Rußland ausgehend, für die Serben weniger beleidigend wäre und mehr Aussichten auf Erfolg gehabt hätte als ein Kollektivschritt der Kabinette. Dies war der Sinn der Mitteilung, die der französische Botschafter Eurer Exzellenz zu machen hatte.

Was die Vorschläge Cambons und Kiderlens anbelangt, so hatte der Minister sie weder angenommen noch empfohlen; er fand namentlich die letzteren für uns wenig annehmbar und hat sie nach Petersburg und London weitergegeben, nur um die Ansicht der Kabinette kennenzulernen und ohne sich in irgendeiner Weise zu verpflichten.

Dies sind, Herr Minister, die Erklärungen und die Versicherungen, die mir Pichon in den aufeinanderfolgenden Unterredungen gegeben hat, welche ich mit ihm Ende der letzten Woche gehabt habe.

Ich habe keinen Grund zu zweifeln, daß er durchaus aufrichtig ist, wenn er mir erklärt, die französische Regierung sei fest entschlossen, die Verpflichtungen, die ihr unser Bundesvertrag auferlegt, auf das genaueste zu erfüllen. Ich höre, daß andere Mitglieder des Kabinetts sich im selben Sinne geäußert hätten, indem sie betonen, daß, wenn Frankreich anders handelte und seine Verpflichtungen nicht erfüllte, es sich moralisch verurteilen würde und sich in materieller Beziehung, wenn der Krieg einen für Rußland günstigen Ausgang nähme, in Europa isoliert und entehrt sehen würde, während im entgegengesetzten Falle es Deutschland ohne Gnade ausgeliefert wäre, — denn, so sagen die Engländer, wenn Frankreich Rußland gegenüber versagen sollte, so würde dies das Ende der frankoenglischen Entente für immer bedeuten. Indem ich Ihnen dies alles mitteile, kann ich jedoch nicht umhin zu betonen, daß die Möglichkeit eines Krieges vom hiesigen Publikum und von der Presse mit sehr verschiedenen Gefühlen betrachtet wird. Die demokratische Republik ist ihrer Natur nach eine Feindin der Kriege. Der Antimilitarismus und der Sozialismus machen in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte. Aber es sind hauptsächlich Tendenzen und Erwägungen merkantiler Natur im französischen Publikum und seine Sorge um die Erhaltung seines außerordentlichen Reichtums, welche dazu dienen, hier ultrapazifistische Tendenzen zu entwickeln. Wenn Frankreich angegriffen würde, oder wenn seine direkten, allen verständlichen Interessen in Frage kämen, so würde die Nation handeln. Aber so wie die Frage jetzt von der Presse hingestellt wird — und ein großer Teil der Presse ist von Österreich gewonnen worden, mit dem „Temps"

an der Spitze —, „Europa in einen Krieg zu verwickeln um eines territorialen Streifens wegen, auf den Serbien durchaus kein Recht hat“: eine solche Politik wäre in den Augen der Franzosen der verbrecherischste Wahnsinn.

Ihr mutiger Schritt in Belgrad, mit dem hier alle Welt einverstanden ist, dient dazu, dieser Gefahr vorzubeugen, und wenn, nachdem eine Antwort aus Belgrad erhalten, die neuen maßlosen österreichischen Forderungen von Wien nicht aufrechterhalten werden, so darf man mit Recht hoffen, daß die Krise eine friedliche Lösung finden wird. Aber eine energische Aktion der Mächte dürfte wahrscheinlich auch in Wien nötig sein, und wie ich Ihnen gestern telegraphierte, ist Pichon vollkommen einverstanden, sich mit uns und den Engländern zu verständigen, in welcher Form dies geschehen könne und welche weiteren Folgen dieser Schritt haben müsse. Er ist bereit zu versuchen, die andern Mächte zur Teilnahme zu veranlassen. Man erwartet hier also mit doppeltem Interesse die weiteren Nachrichten aus Belgrad und die Entschließungen der russischen Regierung, welche die weitere Richtung der diplomatischen Aktion der Kabinette bestimmen werden. Persönlich glaubt der französische Minister des Auswärtigen und, seiner Ansicht nach, auch sein Londoner Kollege, daß man die Konferenz möglichst bald einberufen müsse. Da die Übereinkunft zwischen Bulgarien und der Türkei in nächster Zeit unter russischer Ägide abgeschlossen werden wird, so hofft Pichon, daß die Einladung zur Konferenz ebenfalls in nächster Zeit an die Mächte ergehen könnte. Wie wird diese Einladung in Wien und Berlin aufgenommen werden? — Dies ist eine Frage, die wahrscheinlich zu schwierigen Verhandlungen führen wird, denn bis jetzt zeigte man sich dort einer Konferenz durchaus abgeneigt, wenn sich diese nicht darauf beschränkt, die zwischen den interessierten Parteien getroffenen Vereinbarungen einfach zu registrieren.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 17. Februar / 2. März 1909.

Ich habe mich Milowanovitch gegenüber im Sinne Ihres Telegrammes ausgesprochen. Der von uns der Königlichen Regierung gegebene Rat wird im Ministerrat besprochen und die

Entscheidung mir morgen mitgeteilt werden. Aus meiner Unterredung mit dem Außenminister habe ich den Eindruck, daß die Regierung nachgibt. In seiner Antwort wird mir Milowanovitch wahrscheinlich mitteilen, soviel ich bisher beurteilen kann, daß Serbien nicht die Absicht hat, irgendwelche kategorische Forderungen territorialer oder ökonomischer Natur zu stellen, so daß es folglich gar nicht nötig hat, auf die ersteren zu verzichten. Serbien legt sein Geschick ganz in die Hände der Großmächte, indem es im voraus ihre Entscheidung annimmt und es ihnen überläßt zu entscheiden, ob man die serbisch-bosnische Frage gleich lösen oder diese Lösung auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben solle. Jetzt schon direkte Verhandlungen mit Österreich anzufangen, hält er nicht für ratsam. Gemäß erhaltenen Instruktionen haben die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens nach meinem Besuch bei Milowanovitch diesem mitgeteilt, daß ihre Regierungen sich der russischen Ansicht anschließen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Nr. 1. Milowanovitch ist es nur mit großer Mühe geglückt, seine Kollegen zu der Annahme des in meinem gestrigen Telegramm dargelegten Standpunktes zu bewegen. Der Text der Antwort der Königlichen Regierung auf die russische Mitteilung über die Notwendigkeit eines serbischen Verzichtes auf territoriale Kompensationen ist in meinem Telegramm Nr. 2 wiedergegeben. Wenn Euere Exzellenz diese Antwort als der augenblicklichen Lage entsprechend ansehen, so möchte Milowanovitch auf Grund dieses Textes eine Zirkularnote an die Großmächte erlassen, indem er sich dabei auf die freundschaftlichen Vorstellungen der russischen Regierung bezieht. Nachdem meine Kollegen von der Absicht des serbischen Außenministers Kenntnis genommen hatten, finden sie diese Antwort annehmbar, obwohl sie nicht ohne Grund voraussehen, daß Österreich-Ungarn, welches direkte Verhandlungen mit Serbien zu führen wünscht, mit dieser Antwort außerordentlich unzufrieden sein wird. Bei der Übergabe der Antwort bat mich Milowanovitch Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die serbische Regierung, indem sie sich zu einem für das Land so schweren Verzichte entschloß, unsern Wünschen

entgegenzukommen suchte, aber daß sie die Hoffnung nicht verliert, daß die russische Regierung ihrerseits die schon früher übernommene Verpflichtung erfüllen wird und nicht die Absicht hat, ihre Unterschrift unter die Annexion zu setzen. Der Ton der Presse hinsichtlich Österreichs ist bedeutend gemäßigter geworden. Die Unzufriedenheit richtet sich hauptsächlich gegen uns.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Nr. 2. Text der serbischen Antwort.

Von der Annahme ausgehend, daß in legaler Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die Königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und wünscht durchaus nicht, die juristischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten und ihre Haltung korrekter Nachbarschaft zu modifizieren. Sie verlangt auch durchaus nicht von Österreich-Ungarn, als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage, irgendeine Kompensation, weder territorialer, noch politischer oder ökonomischer Natur. Insofern als die bosnisch-herzegowinische Frage als eine interne österreichisch-ungarische oder als eine österreichisch-türkische Frage betrachtet wird, enthält sich Serbien jeder Einmischung. Serbien hat seine Stimme erhoben und hat seinen Standpunkt in dieser Frage dargelegt nur für den Zeitpunkt und nur insofern, als diese Frage einen europäischen Charakter annimmt. Folglich, wenn die Signatarmächte des Berliner Traktates zugeben, daß die bosnisch-herzegowinische Frage durch das österreichisch-türkische Abkommen gelöst worden ist, oder wenn diese Signatarmächte aus irgendeinem Grunde sich in diesem Augenblicke über die Frage nicht äußern wollen, so wird Serbien, ihrem Beispiel folgend, sich in Zukunft jeder Diskussion enthalten. Wenn hingegen die Mächte die Prüfung der Fragen, die mit der Anerkennung der Annexion und der neuen Fassung des Artikels 25 des Berliner Traktates zusammenhängen, in ihre Hände nehmen, so wird Serbien ihnen als einem kompetenten Tribunal seinen Standpunkt unterbreiten, indem es vollkommen und ohne Vorbehalt ihrer hohen Einsicht

und Billigkeit vertraut. Was die militärischen Rüstungen Serbiens anbelangt, so stehen sie in keinem Zusammenhang mit der bosnisch-herzegowinischen Krise, sondern werden durch unsere allgemeinen Bedürfnisse bedingt, was schon durch die Tatsache bezeugt wird, daß sie auf Grund eines noch vor der Proklamation der Annexion erlassenen Gesetzes stattfinden. Was die militärischen Maßnahmen anbelangt, welche die Vorbereitung der Mobilisation und die Sicherung unserer Grenze mit Österreich-Ungarn betreffen, so ist Serbien bereit, obwohl die Rüstungen einen durchaus defensiven Charakter tragen und aufs äußerste Minimum beschränkt sind, sie zu unterbrechen und rückgängig zu machen, wenn Österreich-Ungarn seinerseits bereit ist, die normale militärische Lage an seiner serbischen Grenze wiederherzustellen, — oder aber, wenn die Mächte uns garantieren wollen, daß Österreich-Ungarn uns nicht angreifen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 288.

Ich beziehe mich auf die beiden Telegramme unseres Belgrader Gesandten vom 18. Februar. Die Antwort des Belgrader Kabinetts scheint uns, abgesehen von einzelnen Formfehlern, die vollkommene Zustimmung der Mächte zu verdienen. Wir finden es sehr weise und richtig von der Belgrader Regierung, darauf zu verzichten, von Österreich-Ungarn als Folgen der Annexion irgendwelche territoriale, politische oder ökonomische Kompensationen zu verlangen, und sich in dieser Hinsicht auf den Beschluß der Mächte zu verlassen. Wir billigen ebenfalls die Absicht der serbischen Regierung, eine Zirkularnote in diesem Sinne an die Mächte zu richten. Andererseits hat uns die österreichisch-ungarische Regierung soeben erklärt, daß sie niemals die Absicht hätte, eine Vermittlung der Mächte zwischen sich und Serbien zu verlangen, noch wird sie eine solche Vermittlung je in Zukunft zulassen; es ist folglich wahrscheinlich, daß, wenn die serbische Zirkularnote nur an einen Teil der Mächte gerichtet ist und diese den Versuch machen, sie zur Kenntnis des Wiener Kabinetts zu bringen, dieses sich weigern wird, die Mitteilung entgegenzunehmen, und eine direkte Anfrage Serbiens verlangen wird. Wir glauben, daß das beste Mittel, diese Schwierigkeit

zu beheben, darin bestehen würde, daß Serbien die Zirkularnote an alle Signatarmächte des Berliner Traktates, Österreich-Ungarn und die Türkei inbegriffen, zu richten hätte. In diesem Falle wäre es nötig, in dem Texte der serbischen Note Veränderungen vorzunehmen, um sie für das Wiener Kabinett annehmbarer zu machen. Unserer Ansicht nach müßte Serbien auch fürs erste den ganzen letzten Teil, der sich auf die serbischen Rüstungen bezieht, weglassen, da diese Frage bis jetzt weder im Laufe der Verhandlungen zwischen den Mächten, noch von Österreich-Ungarn selbst aufgeworfen worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 292.

Fortsetzung meines heutigen Telegramms Nr. 288. Folgende Bemerkungen wollen wir der serbischen Regierung hinsichtlich der Redaktion der projektierten Zirkularnote unterbreiten: Es will uns scheinen, daß die beiden ersten Sätze der serbischen Note nicht verändert zu werden brauchen. Der dritte, vierte, fünfte und sechste Satz ist unserer Meinung nach gefährlich und könnte den Zusammentritt der Konferenz noch schwieriger gestalten. Sie könnten durch eine Erklärung ersetzt werden, daß Serbien sich jeder Einmischung in eine Frage enthalten wird, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates obliegt, in deren Gerechtigkeitssinn Serbien vollkommenes Vertrauen hat. Das Ende des serbischen Textes, das sich auf die Rüstungen bezieht, müßte vollkommen weggelassen werden. Wenn trotzdem die serbische Regierung auf diesem Punkte besteht, so müßte man diesen Teil der Zirkularnote derart fassen, daß Österreich-Ungarn und die Garantie der Mächte nicht erwähnt werden. Ich bitte Sie, das Vorhergehende zur Kenntnis des Ministers des Auswärtigen zu bringen und um seine Ansicht zu fragen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Februar / 6. März 1909.

Grey ist mit Ihrem Gedanken einer serbischen Zirkularnote an alle Mächte in der von Ihnen vorgeschlagenen gekürzten Form vollkommen einverstanden. Er hat in diesem Sinne schon

an Nicolson telegraphiert. Andererseits werden Grey und Pichon der russischen Regierung in nächster Zeit mitteilen, welche Schritte ihrer Ansicht nach in Wien unternommen werden müßten, um die Einberufung der Konferenz zu beschleunigen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 301.

Nach Berücksichtigung der verschiedenen Erwägungen, welche den Inhalt der serbischen Zirkularnote bestimmen müssen, glauben wir, daß die Note in definitiver Redaktion folgendermaßen lauten sollte. Von der Annahme ausgehend, daß in juristischer Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die Königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und hat durchaus nicht den Wunsch, diese juristischen Beziehungen zu ändern, und ist entschlossen, ihren Verpflichtungen guter Nachbarschaft Österreich-Ungarn gegenüber nachzukommen. Indem sich Serbien jeder Einmischung in eine Frage enthält, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates zukommt, in deren Gerechtigkeitssinn es volles Vertrauen hat, verlangt Serbien auch nicht von Österreich-Ungarn als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage irgendeine Kompensation, sei es territorialer, politischer oder ökonomischer Natur, indem es nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche sich auf die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beziehen. Geben Sie gleichzeitig Milowanovitch zu verstehen, daß in Anbetracht der Entspannung, die sich in der allgemeinen Situation zu vollziehen scheint, man zur Annahme berechtigt ist, daß das Wiener Kabinett davon absehen wird, an Serbien eine Anfrage wegen der Rüstungen zu richten, und daß folglich eine solche Erwähnung in der serbischen Zirkularnote unzeitgemäß und sogar gefährlich erscheint. Wenn jedoch ein derartiger Schritt von seiten der österreichisch-ungarischen Regierung erfolgen sollte, so könnte die Königliche Regierung unter Berufung auf die erwähnte Zirkularnote Rußland und die anderen Mächte von diesem Schritt in Kenntnis setzen, um von ihnen neuen Rat einzuholen. Es ver-

steht sich von selbst, daß die Zirkularnote an alle Signatarmächte, Österreich inbegriffen, gerichtet sein muß. Ich bitte Sie, obiges zur Kenntnis der serbischen Regierung zu bringen und uns von ihrer Entscheidung zu benachrichtigen. Unseren Nachrichten zufolge ist Graf Forgach beauftragt worden, mit der serbischen Regierung über ein Handelsabkommen zu verhandeln. Aehrenthal hat bei dieser Gelegenheit geäußert, es läge ihm fern, Serbien erniedrigen zu wollen, und die Mission Forgach soll durchaus nicht den Charakter eines Ultimatums haben; andererseits sei es wünschenswert, daß Serbien nicht zu lange zaudere, da das Erlöschen des Handelsvertrages eine provisorische Verlängerung nötig macht; was die ökonomischen Verhandlungen zwischen beiden Ländern anbelangt, so könnten sie auf ein späteres Datum verschoben werden. Aehrenthal hat hinzugefügt, er wolle in keiner Weise einen Druck auf die serbische Regierung in dieser Frage ausüben. Angesichts dieser Versicherung hoffen wir, daß die serbische Regierung die Eröffnungen des österreichischen Vertreters nicht ablehnen wird, indem sie sich anläßlich dieser Verhandlungen auf den Boden normaler kommerzieller Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien stellt.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 296.

Ich beziehe mich auf meine Telegramme Nr. 288 und 292. Um den Anschein zu vermeiden, daß Serbien sich solchen direkten Verhandlungen mit Österreich-Ungarn entziehen will, die gewöhnlich den Gegenstand von Verhandlungen zwischen zwei Nachbarstaaten bilden, wäre es wünschenswert, zu dem zweiten Satze der serbischen Zirkularnote, der mit den Worten: „politischer oder ökonomischer Natur" endigt, die Worte hinzuzufügen „indem die Regierung nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten betreffen". Die serbische Regierung würde dadurch Europa einen neuen Beweis ihrer friedlichen Absichten geben. Es scheint uns sehr wichtig, daß Milowanovitch diesen Vorschlag annimmt, hauptsächlich im Hinblick auf die Ankunft von Forgach, der, wie die Presse mitteilt, Verhandlungen mit dem Belgrader Kabinett zu führen beauf-

tragt ist. Teilen Sie dies Milowanovitch mit. Was unsere andern Bemerkungen betrifft, so werden wir sie Ihnen in Kürze mitteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 23. Februar / 8. März 1909.

Reden Sie Milowanovitch zu, die russische Redaktion anzunehmen. Serbien braucht nicht zu zögern zu erklären, sich in die Annexionsfrage nicht einmischen zu wollen. Juristisch ist dies der einzige unanfechtbare Standpunkt und bedeutet nicht, daß Serbien damit das Recht verliert, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, die Mächte mit seinen Wünschen bekannt zu machen. Unsererseits können wir nur wiederholen, daß die Tatsache der Annexion letzten Endes unsere Unterschrift nicht erhalten wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cettinje an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1909.

Es sind Maßregeln getroffen worden, um unverzüglich über einen gemeinsamen Feldzugsplan mit Serbien zu beraten; entweder wird ein Vorschlag nach Belgrad geschickt, oder eine kompetente Persönlichkeit hinkommandiert.

Inhaltsangabe eines Briefes des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Bukarest vom 24. Februar / 9. März 1909.

Der rumänische Gesandte hat mir beruhigende Erklärungen über ein neutrales Verhalten Rumäniens im Falle eines Konfliktes zwischen Serbien und Österreich gegeben. Bei passender Gelegenheit müßte diese Frage von Ihnen aufgeworfen werden, um eine diesbezügliche offizielle Erklärung zu erhalten, auf die man sich in Zukunft gegebenenfalls stützen könnte.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 318.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir den Text des österreichisch-türkischen Abkommens übergeben, ebenso wie

die Abschrift einer Note Aehrenthals. Ich habe die Absicht, den Empfang dieser beiden Schriftstücke zu bestätigen und dabei dem Wiener Kabinett in Erinnerung zu bringen, daß unserer Ansicht nach eine direkte Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die bosnisch-herzegowinische Frage einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten und hinzuzufügen, daß wir folglich bereit seien, uns schon jetzt mit Österreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um eine Konferenz einzuberufen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des Programmes zu befassen hätte, das schon früher von allen Kabinetten angenommen worden ist. Teilen Sie dies der englischen Regierung mit und benachrichtigen Sie mich, ob das Londoner Kabinett bereit ist, Wien eine analoge Antwort zu geben.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 319.

Die serbische Zirkularnote, die mir heute von dem serbischen Gesandten übergeben wurde, ist trotz einiger redaktioneller Einzelheiten, die, unserm Rate entgegen, hinzugefügt worden sind, im großen ganzen zufriedenstellend, und müßte es für jeden Unbefangenen sein. Unglücklicherweise haben wir Grund anzunehmen, daß dies nicht die Ansicht des Wiener Kabinetts ist. Wie mir der österreichisch-ungarische Botschafter gesagt hat, wird seine Regierung auf einer anderen Formel bestehen, die das österreichisch-türkische Protokoll erwähnt und die Annexion als eine vollzogene Tatsache anerkennt, die weiter nicht in Frage gestellt werden kann. Eine derartige Forderung des Wiener Kabinetts läßt wenig Hoffnung auf eine gütliche Einigung, denn es erscheint zweifelhaft, daß sich in Serbien eine Regierung finden ließe, die dazu ihre Zustimmung gäbe. Wir haben unsererseits alles was möglich getan, um Serbien zu mäßigen; es scheint uns nun dringend notwendig, daß die Kabinette von Paris, London und Rom ihren ganzen Einfluß in Wien und in Berlin zur Geltung bringen, um Aehrenthal zu einer versöhnlicheren Haltung zu bewegen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 27. Februar / 12. März 1909.

Ihr Telegramm Nr. 319 erhalten. Grey ist der Ansicht, man könne von Serbien nicht verlangen, es solle die Annexion anerkennen, ehe die Signatarmächte des Berliner Traktats sich auf der Konferenz in dieser Frage ausgesprochen hätten. Er findet auch, daß die letzte serbische Zirkularnote, namentlich wenn Serbien in Bälde seine Zustimmung zu direkten Verhandlungen mit Österreich über den Handelsvertrag gibt, das Wiener Kabinett befriedigen sollte. Wenn Mensdorff hier in demselben Sinne wie Berchtold mit Ihnen sprechen wird, wird Grey ihm in kategorischer Form seine Meinung zum Ausdruck bringen und hinzufügen, daß, wenn Österreich immer noch mit Serbien unzufrieden ist, dies nur bedeuten könne, daß man Österreich überhaupt nicht befriedigen könne. Wenn eine solche Unterredung stattfinden wird, wird Grey sofort die englischen Botschafter in Wien, Berlin, Paris, Rom und Petersburg hiervon verständigen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 28. Februar / 13. März 1909.

Im Nachgang meines gestrigen Telegramms. Gestern hat der österreichische Botschafter in versöhnlicher Form Grey die Bemerkungen Aehrenthals über den Text der serbischen Zirkularnote mitgeteilt, und da von österreichischer Seite die Zurücknahme der Zirkularnote nicht verlangt und diese sogar als ein weiterer Schritt zur friedlichen Regelung der österreichisch-serbischen Beziehungen bezeichnet wurde, so hat auch die Antwort Greys einen viel weicheren Ausdruck gefunden. Mensdorff bestand darauf, daß, wenn Serbien die Frage der Annexion der Entscheidung der Mächte überläßt, dies seinen eigenen Erklärungen widerspricht, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina die juristischen Beziehungen Serbiens zu Österreich nicht verändert. Das Wiener Kabinett ist der Ansicht, daß die Vereinbarungen der Türkei mit Österreich und Bulgarien die faktische Seite der Verletzung des Berliner Traktates endgültig regeln und den Signatarmächten nur die formelle Sanktion der stattgefundenen Modifikationen übrigbleibt. Grey bestritt im

Prinzip die letztere Meinung und rechtfertigte den Standpunkt der serbischen Zirkularnote in den in meinem gestrigen Telegramm wiedergegebenen Ausdrücken. Ferner betonte der österreichische Botschafter ganz besonders die Form der Antwort, welche Serbien auf den Vorschlag direkter Verhandlungen wegen des Handelsvertrages geben wird, und fügte hinzu, daß Österreich sich nicht mit einem Versprechen Serbiens begnügen könne, freundnachbarliche Beziehungen mit Österreich „fortzusetzen", da das Wiener Kabinett, mit den jetzigen Beziehungen unzufrieden, diese zu ändern wünscht. Während der Unterredung hat Mensdorff kein einziges Mal darauf angespielt, daß Österreich von Serbien eine formale Anerkennung der Annexion verlangen wird. Daher glaubt Grey, daß wenn Mensdorff nicht speziell den Auftrag hatte, die Form seiner gestrigen Mitteilung an die englische Regierung zu mildern, Österreich-Ungarn sich mit einer günstigen Antwort auf die Vorschläge Forgachs begnügen wird, wenn dieser Antwort eine allgemeine Erklärung hinzugefügt wird, daß Serbien gute nachbarliche Beziehungen zu unterhalten wünscht. Mensdorff hat angedeutet, die serbische Regierung könnte sich hinsichtlich der Redaktion dieser Antwort mit dem österreichischen Gesandten in Belgrad verständigen, und Grey erblickt keine Hindernisse, diesen Vorschlag anzunehmen. Serbien müßte jedoch die Anerkennung der Annexion entschieden ablehnen, wenn dies von ihm bei dieser Gelegenheit verlangt werden sollte.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 2./15. März 1909. — Nr. 337.

In Beantwortung der Mitteilung des Wiener Kabinetts, welche das österreichisch-türkische Protokoll begleitete, habe ich heute Berchtold eine Note übergeben, in der ich den Empfang der beiden Schriftstücke bestätige und mich alsdann folgendermaßen äußere: „Indem Euerer Exzellenz der Gedankenaustausch in Erinnerung gebracht wird, der im November und Dezember letzten Jahres zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg stattgefunden hat, und unter besonderer Bezugnahme auf die Mitteilungen vom 9. November und 6. Dezember, hält es der Unterzeichnete für seine Pflicht, nochmals zu bestätigen, daß der Ansicht der Kaiserlich Russischen Regierung gemäß eine direkte

Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die Frage Bosniens und der Herzegowina einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten. Die russische Regierung ist also bereit, sich schon jetzt mit Österreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um das definitive Zusammentreten der Konferenz herbeizuführen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des von allen Mächten angenommenen Programms zu beschäftigen hätte." Bringen Sie bitte den Inhalt dieser Mitteilung zur Kenntnis der englischen Regierung.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1909.

Grey bedauert außerordentlich, daß die serbische Regierung in ihrer dem Wiener Kabinett gegebenen Antwort die Ratschläge Rußlands und der übrigen Mächte nicht genügend berücksichtigt und versäumt hat, eine vorteilhafte diplomatische Position einzunehmen, die Österreich jeden Vorwand zum Mißvergnügen genommen hätte. Man hat hier keine Nachrichten über die weiteren Absichten Österreichs. Die letzten Berichte des englischen Botschafters in Wien weisen auf eine versöhnliche Stimmung Aehrenthals hin, und Cartwright glaubt sogar, daß Österreich, ehe es zu schroffen Maßregeln Serbien gegenüber greift, sich noch mit einer Mitteilung an die Mächte wenden wird. Grey hält es für ziemlich wahrscheinlich, daß die serbische Regierung aus Erwägungen der inneren Politik nur einem energischen Drucke der Mächte nachgeben will. Die englische Regierung wird, wenn nötig, an einem solchen Drucke teilnehmen und wird auf jeden Fall jede russische Initiative mit allen Mitteln in Belgrad unterstützen, die bezwecken würde, die serbische Regierung zu bewegen, eine Antwort zu geben, die den Wünschen des Wiener Kabinetts entspricht. Grey glaubt jedoch, diese Antwort müßte sich auf Versicherungen von Friedensbereitschaft, auf den Wunsch gutnachbarlicher Beziehungen und auf die Bereitwilligkeit beschränken, unmittelbare Verhandlungen über Fragen rein ökonomischer Natur aufzunehmen, die die Interessen der beiden Staaten betreffen.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.

Aus meinen Telegrammen während der letzten zwei Wochen und aus den Unterredungen mit Sir A. Nicolson wird Euerer Exzellenz der Standpunkt der englischen Regierung hinsichtlich der verschiedenen Phasen der serbisch-österreichischen Krise bekannt sein, und ich erlaube mir daher diese Frage jetzt nur kurz zu erwähnen. Man war hier überzeugt, daß die serbische Zirkularnote, im Sinne der Ratschläge der russischen Regierung verfaßt, ihren Zweck erreichen würde. Die trockene und abweisende Form aber, welche das Belgrader Kabinett diesem diplomatischen Dokumente gegeben, hat auf die englische Regierung keinen sehr günstigen Eindruck gemacht. In Anbetracht dessen jedoch, daß die Zirkularnote wertvolle friedliche Erklärungen enthält, hoffte Grey, daß die redaktionellen Fehler der serbischen Note durch neue Versicherungen von seiten Serbiens gutgemacht werden würden; diese hätten dahin gehen sollen, daß Serbien friedliche nachbarliche Beziehungen mit Österreich zu unterhalten wünscht. Eine solche Gelegenheit bot sich, als Serbien den österreichischen Vorschlag direkter Verhandlungen über den Handelsvertrag zu beantworten hatte. Nach seiner Unterredung mit Mensdorff, über welche ich seinerzeit Euerer Exzellenz berichtet habe, hatte Grey den Eindruck, daß ein derartiges Vorgehen Serbiens das Wiener Kabinett befriedigt und Serbiens internationale Stellung bedeutend gestärkt haben würde. Serbien hätte auf diese Weise die Möglichkeit gehabt, unter dem Schutze der Mächte die Annexion nicht anzuerkennen, aber gleichzeitig die Gefahr abzuwenden, auf weitere Forderungen Österreichs eingehen zu müssen.

Leider hat die serbische Regierung diese Hoffnung nicht erfüllt. Nachdem Milowanovitch mit Forgach einen Meinungsaustausch über die Redaktion der serbischen Antwort begonnen hatte, schickte er plötzlich diese Antwort nach Wien, unter Umgehung des österreichischen Gesandten in Belgrad, und teilte außerdem den Inhalt dieser Antwort der Presse mit, ehe sie noch dem Wiener Kabinett bekannt geworden war. Abgesehen hiervon war auch die Antwort selbst taktlos: statt freundschaft-

licher Versicherungen — die Wiederholung der Ausdrücke der Zirkularnote, die in Wien nicht gefallen hatten, und statt einer kurzen Darlegung der Wünsche Serbiens hinsichtlich des Handelsvertrages — wird dem Wiener Kabinett eine lange Lektion erteilt, wie diese Frage in den beiden Parlamenten der Donaumonarchie behandelt werden soll.

Die englische Regierung gibt sich natürlich nach wie vor Rechenschaft, daß Österreich Serbien gegenüber mehr Nachgiebigkeit und Wohlwollen zeigen könnte. Aber man weiß hier sehr wohl, daß, um einen Konflikt zwischen zwei Staaten so verschiedener Größe und Macht beilegen zu können, der schwächere mehr guten Willen zeigen müsse, als Serbien dies bis jetzt hat tun wollen.

Augenblicklich ist Sir Edward Grey zwar, was die Zukunft anbelangt, beunruhigt, aber ich kann nicht sagen, daß er die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes aufgibt. Seiner Ansicht nach hängt die Zukunft ausschließlich davon ab, ob Österreich Krieg oder Frieden will, und er sieht absolut keinen Grund zur Annahme, daß Österreich einen bewaffneten Konflikt herbeizuführen wünscht. Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, mit Bestimmtheit vorauszusehen, wieviel Staaten in diesen Krieg hineingezogen werden würden, liegt auch ein Kampf mit Serbien allein nicht in den Absichten Aehrenthals, da sogar ein solcher Kampf sehr bedeutende menschliche und materielle Opfer erfordern würde. Auch der englische Botschafter in Wien hat in letzter Zeit mehrere Male auf eine versöhnlichere Stimmung im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren hingewiesen, und deshalb hofft Grey, daß Österreich nicht sofort zu radikalen Maßnahmen Serbien gegenüber greifen wird. Er glaubt, daß das Wiener Kabinett jetzt entweder von den Mächten oder aber auch von Serbien selbst Erklärungen erbitten wird, aber nicht in der Form eines Ultimatums, und dies wird nicht allein dem Belgrader Kabinett die Möglichkeit geben, sich zu besinnen, sondern wird auch den Serbien freundschaftlich gesinnten Mächten erlauben, einen mäßigenden Einfluß auf dasselbe auszuüben. Wenn diese Hoffnung sich bestätigt, so rechnet die englische Regierung darauf, daß Rußland seine großmütigen Anstrengungen in Belgrad zugunsten des all-

gemeinen Friedens fortsetzen wird, wobei es stets auf die Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen kann. In letzter Zeit kommt Grey immer mehr und mehr zu der Überzeugung, daß König Peter und die serbische Regierung aus Furcht vor inneren Erschütterungen sich nicht entschließen werden, einem freundschaftlichen Rate Folge zu leisten, sondern zu zeigen wünschen, daß sie zu dieser Nachgiebigkeit durch einen energischen Druck der Mächte gezwungen worden sind. Im Interesse des Friedens wäre die englische Regierung bereit, an einem solchen Schritte teilzunehmen, aber natürlich unter der Bedingung, daß derselbe von Rußland gutgeheißen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 356.

Der deutsche Botschafter hat hier soeben im Auftrage des Fürsten Bülow einen vertraulichen Schritt unternommen, der zum ersten Male seit dem Ausbruch der Krise auf den Wunsch des Berliner Kabinetts hinzuweisen scheint, ein Mittel zu finden, um die Lage zu entspannen. Graf Pourtalès hat mir erklärt, die deutsche Regierung sei bereit, das Wiener Kabinett zu sondieren, um zu erfahren, ob dieses einverstanden wäre, den Mächten die Übereinkunft mit der Türkei mitzuteilen und ihnen die formelle Sanktion der Veränderung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu unterbreiten. Diese Sanktion könnte auf dem Wege eines Notenaustausches stattfinden. Wenn das Petersburger Kabinett sich dieser Anschauungsweise anschließt, so würde die deutsche Regierung, allein oder zusammen mit Rußland, bei den anderen Mächten Schritte unternehmen, um sie aufzufordern, dieses Vorgehen anzunehmen, welches dem Prinzip der europäischen Sanktion, für das Rußland sich einsetzt, Genüge tut und letzterem gleichzeitig erlauben würde, in Belgrad eine energischere Sprache zu führen. Ich habe dem Grafen Pourtalès für diese freundschaftliche Mitteilung gedankt und mich darauf beschränkt, zu bemerken, daß auf den ersten Blick hin der deutsche Vorschlag eine Konferenz auszuschließen scheine und Österreich die Möglichkeit gäbe, wenn einmal die Annexion von den Mächten anerkannt worden ist, sich der Lösung der andern Punkte des Programms zu entziehen und Serbien in seine

Gewalt zu bekommen. Ich fügte jedoch hinzu, daß ich den versöhnlichen Geist der Mitteilung des Grafen Pourtalès anerkenne und daß ich den Vorschlag reiflich überlegen würde. Es will mir scheinen, man müsse dies Bestreben Deutschlands, eine Entspannung herbeizuführen, ermutigen, und man könnte diesen Vorschlag im Prinzip annehmen, unter der Bedingung, daß man die Form des österreichischen Schrittes genau festsetzen und weiterhin Garantien für das Zusammenkommen der Konferenz verlangen müßte. Teilen Sie obiges in vertraulicher Weise dem Minister des Äußeren mit, und wenn er meine Ansicht teilt, so werde ich eine Antwort in diesem Sinne verfassen und sie den Kabinetten von Paris und London mitteilen, ehe ich sie nach Berlin abschicke.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 364.

Nr. 1. Sub Nr. 2 erhalten Sie das Projekt meiner Antwort an das Berliner Kabinett. Fragen Sie den Minister des Auswärtigen, ob er mit meiner Antwort einverstanden ist.

Telegramm desselben an dieselben vom 4./17. März 1909. — Nr. 365.

Nr. 2. Anbei das in meinem Telegramm Nr. 1 erwähnte Projekt. Die russische Regierung hat nicht verfehlt, die vertrauliche Mitteilung des Berliner Kabinetts reiflich zu prüfen, deren freundschaftlicher Geist vollkommen gewürdigt wird. Das Berliner Kabinett kennt all die Anstrengungen, die Rußland gemacht hat, um mäßigend auf die serbische Regierung einzuwirken. Wenn die Ratschläge der Kaiserlichen Regierung nicht in allen Punkten in Belgrad befolgt worden sind, so sind sie auch nicht resultatlos geblieben, und das Kaiserliche Kabinett ist bereit, in demselben Sinne weiter zu handeln. Unglücklicherweise ist das Wiener Kabinett weit davon entfernt, den guten Willen, den Serbien trotz mannigfacher Schwierigkeiten gezeigt hat, anzuerkennen, und zeigt sich immer anspruchsvoller. Den letzten Nachrichten zufolge, die aus Wien erhalten worden sind, muß man befürchten, daß der Krieg dort endgültig beschlossen ist. Wie dem auch sei, die russische Regierung hat seit Beginn der Krise

nichts vernachlässigt, um die friedliche Beilegung der schwebenden Streitfragen zu fördern; sie wird deshalb auch jetzt die Vorschläge des Berliner Kabinetts annehmen, und wenn Österreich einen Schritt in dem von der deutschen Regierung angegebenen Sinne unternimmt, das heißt, wenn es die Mächte um eine durch Notenaustausch zu erfolgende formelle Sanktion der Veränderung des Artikel 25 des Berliner Traktates bittet, so wird die russische Regierung es sich ihrerseits zur Pflicht machen, diesem Schritte mit dem aufrichtigen Wunsche entgegenzukommen, hierin die Elemente einer Lösung zu finden, die für alle Signatarmächte des Berliner Traktates in gleicher Weise befriedigend wäre.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 363.

Wie wir erfahren, ist die serbische Antwort auf die Mitteilung des Grafen Forgach in Wien nicht als befriedigend anerkannt worden. Ohne in die Prüfung der Einzelheiten dieser Antwort eintreten zu wollen, glauben wir feststellen zu müssen, daß diese Antwort ohne unsere Teilnahme zusammengestellt worden ist und keineswegs den Ratschlägen, die in Belgrad erteilt wurden, entspricht; es scheint jedoch, daß das Wiener Kabinett die Absicht hat, die Verhandlungen mit Belgrad fortzusetzen, und es steht zu erwarten, daß Forgach der serbischen Regierung eine neue Mitteilung zukommen lassen wird. Wir haben die Absicht, in diesem Falle unsern ganzen Einfluß geltend zu machen, um zwischen der serbischen Regierung und dem österreichischen Gesandten ein Einvernehmen zustande zu bringen, das sich auf die Abfassung einer beide Seiten in gleicher Weise befriedigenden definitiven Antwort bezieht, und wir hoffen, daß die Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, uns im Interesse des allgemeinen Friedens hierbei unterstützen wird.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.

Die Lage verschärft sich. Die Nachrichten, die hier über verstärkte militärische Rüstungen Österreichs eintreffen, können Serbien veranlassen, zu ähnlichen Maßnahmen zu greifen. Diese

würden von Österreich jedenfalls als Provokation angesehen werden. Andererseits ist die Königliche Regierung auf Grund der von Aehrenthal und Forgach abgegebenen Erklärung überzeugt, daß Österreich in seiner nächsten Mitteilung offen verlangen wird, Serbien solle vor allem die bosnisch-herzegowinische Frage auf Grund des österreichisch-türkischen Protokolles als erledigt erklären, um sich auf diese Weise die Teilnahme an der Konferenz zu erleichtern. Serbien wird jedenfalls ebenso wie früher antworten, und dann würde der Zusammenstoß unvermeidlch sein. Simitsch glaubt, daß der einzige Ausweg aus dieser kritischen Lage darin bestehen würde, daß die Großmächte auf die eine oder andere Weise Österreich verhindern würden, direkt mit Serbien zu verhandeln. Der Minister glaubt, daß dieses z. B. durch einen Kollektivschritt der Mächte in Belgrad erreicht werden könnte, indem man dem Belgrader Kabinett vorschlägt, abzurüsten. Diesem Verlangen würde die Regierung bedingungslos nachgeben und auf diese Weise Österreich in eine äußerst schwierige Situation Europa gegenüber versetzen. So sonderbar diese Ansicht des Ministers erscheint, so halte ich es dennoch für meine Pflicht, sie Ihnen mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 4./17. März 1909.

Die Antwort der serbischen Regierung auf die Mitteilung Forgachs hat in Wien nicht befriedigt. Auch die andern Mächte sind der Ansicht, daß die Antwort den jetzigen Verhältnissen nicht entspricht. Man muß annehmen, daß Österreich jetzt noch energischere Forderungen an Serbien stellen wird. Wir sind erstaunt, daß das Belgrader Kabinett, obwohl es augenscheinlich im Prinzip die Notwendigkeit, Österreich nachzugeben, eingesehen hat, unserm Rat nicht gefolgt ist, sich mit Forgach über die endgültige Antwort zu verständigen, die Österreich befriedigt hätte. Man muß nicht vergessen, daß das Wiener Kabinett bei jeder neuen Forderung seine Ansprüche erhöht, und auf diese Weise wird unsere Aufgabe, Serbien nach Möglichkeit bei den diplomatischen Verhandlungen mit den Mächten zu helfen, außerordentlich erschwert. Wie wir schon erklärt haben, kann die serbische Antwort, unter dem Drucke von Zwangsmaßregeln gegeben,

auch wenn in ihr ein kategorischer Verzicht auf Bosnien und die Herzegowina enthalten ist, doch nicht eine entscheidende Bedeutung für das Schicksal dieser Provinzen haben. Diese Frage muß ausschließlich von den Mächten entschieden werden und ihre Ansicht hängt nicht vom Standpunkte der serbischen Regierung ab, sondern stützt sich, wie in Belgrad wohl bekannt, auf Fragen des Rechts und die Notwendigkeit, unter den Mächten ein Einvernehmen zu erzielen. Teilen Sie dies der serbischen Regierung mit und drücken Sie die Erwartung aus, daß diese Erwägungen bei der Redaktion der Antwort in Betracht gezogen werden, da Forgach wahrscheinlich in nächster Zeit eine neue Mitteilung machen wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 6./19. März 1909. — Nr. 7.

Der englische Botschafter in Petersburg ist beauftragt worden, Ihnen die Erwägungen seiner Regierung anläßlich des deutschen Vorschlages und unserer Antwort mitzuteilen. Der allgemeine Eindruck ist der, daß der Vorschlag augenscheinlich in Wien inspiriert worden ist und die Absicht verfolgt, eine Konferenz unnütz zu machen; da die Konferenz auch im Projekte unserer Antwort nicht erwähnt wird, so würde die Annahme des deutschen Vorschlages dahin führen, daß die Konferenz durch einen Notenaustausch ersetzt würde. England hat sich zugunsten einer Konferenz hauptsächlich deshalb ausgesprochen, weil Rußland dies wünschte; wenn die russische Regierung es jetzt für möglich hält, auf diesen Gedanken zu verzichten, so ist auch die englische Regierung bereit, sich mit einem Notenaustausch hinsichtlich folgender Fragen zu begnügen: Bosnien, Herzegowina, Türkei, Bulgarien und die Ungültigkeitserklärung des Artikels 29 des Berliner Traktates, welcher sich auf Montenegro bezieht. Grey ist ferner der Ansicht, die russische Regierung müßte noch mit einer Antwort auf den deutschen Vorschlag warten, bis die augenblickliche österreichisch-serbische Krise eine Lösung gefunden hat. Hardinge machte die Bemerkung, daß die in Ihrer Antwort enthaltenen Worte, man müsse befürchten, daß man sich in Wien endgültig für den Krieg entschieden habe, kaum der jetzigen Lage der Dinge entsprechen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 9./22. März 1909. — Nr. 10.

Aehrenthal hat dem englischen Botschafter in Wien das Projekt einer serbischen Note mitgeteilt, die Österreich befriedigen würde. Vor allem wird verlangt, Serbien solle zugeben, daß die Annexion Bosniens die serbischen Rechte nicht verletzt habe, und versprechen, daß es in Zukunft die Politik der Opposition und der Proteste hinsichtlich der Annexion aufgeben werde. Grey hat in Wien mitteilen lassen, daß eine solche Forderung erniedrigend sei und eine Entschuldigung für das frühere Benehmen bedeute. Aehrenthal bestand auf seinem Standpunkt, gab aber zu verstehen, daß Österreich den englischen Vorschlag annehmen würde, wenn die Mächte, wenn auch einzeln und in nichtoffizieller Form, ihre Zustimmung zur Annexion geben würden. In der Annahme, daß diese letzte Frage mit dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht in Zusammenhang gebracht werden muß, hat Grey die Absicht, wenn die Lage sich morgen nicht verändert, Aehrenthal das Projekt einer Note mitzuteilen. Cartwright wird dabei beauftragt werden, zu erklären, daß dies der letzte Versuch der Mächte ist, Österreich mit Serbien zu versöhnen, und er wird auf die Verantwortung hinweisen, die auf Österreich fallen würde, wenn es so weitgehende Garantien der versöhnlichen Absichten Serbiens abweisen würde. Wenn Aehrenthal das englische Projekt annimmt, so müßten die Vertreter der anderen Mächte ihre Zustimmung geben. Hardinge beriet sich heute gleichzeitig mit dem französischen Botschafter und mir, und wir beide haben uns erlaubt, die Meinung auszudrücken, daß die englische Note nichts enthält, was der Ansicht unserer Regierungen widersprechen würde. Hardinge und Cambon haben beide geäußert, man müsse allzu großen Forderungen Aehrenthals mit Festigkeit begegnen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Vertreter in Paris und London vom 10./23. März 1909.

Der deutsche Botschafter hat mir mündlich und vertraulich folgende Mitteilung gemacht: „Die deutsche Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die russische Regierung

den freundschaftlichen Geist des von Deutschland unternommenen Schrittes anerkennt, und daß die Kabinette geneigt zu sein scheinen, den ihnen gemachten Vorschlag anzunehmen. Die deutsche Regierung ist bereit, sich schon jetzt an das Wiener Kabinett zu wenden und ihm vorzuschlagen, die Mächte, unter Bezugnahme auf die Notifikation der österreichisch-türkischen Übereinkunft, um ihre formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu bitten. Ehe jedoch das Berliner Kabinett diesen Schritt in Wien unternimmt, möchte es die Gewißheit haben, daß das Petersburger Kabinett fest entschlossen ist, den österreichischen Vorschlag anzunehmen und seine bedingungslose formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 zu geben."

Im Auftrage des Kaisers habe ich dem Grafen Pourtalès mündlich und vertraulich wie folgt geantwortet: „Das Berliner Kabinett hat die Kaiserliche Regierung benachrichtigt, daß es bereit ist, dem Wiener Kabinett vorzuschlagen, die Mächte, unter Bezugnahme auf die Notifikation der österreichisch-türkischen Übereinkunft, um ihre formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu bitten. Die russische Regierung hat keine Bedenken zu erklären, daß, wenn das Wiener Kabinett eine solche Anfrage an die Mächte richten würde, sie nicht verfehlen wird, ihre bedingungslose formelle Zustimmung zu geben. Indem wir diesen neuen Beweis unseres Wunsches, die Krise zu lösen, geben, hoffen wir, daß das Berliner Kabinett seinen ganzen Einfluß aufbieten wird, um Wien zu bestimmen, der englischen Initiative Entgegenkommen zu zeigen und eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herbeizuführen."

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Vertreter in Paris und London vom 10./23. März 1909. — Nr. 409.

Graf Pourtalès hat der im vorhergehenden Telegramm enthaltenen Mitteilung hinzugefügt, daß eine ablehnende oder sogar ausweichende Antwort unsererseits zur Folge haben würde, daß Deutschland „den Dingen freien Lauf lassen und uns für die Folgen verantwortlich halten würde"; er hat mir gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß der Erfolg der englischen Schritte in Wien ausschließlich von unserer Annahme des Bülowschen

Vorschlages abhängt. Wir haben es also augenscheinlich mit einer keinen Widerspruch zulassenden Aktion zu tun, die zwischen Wien und Berlin vereinbart worden ist und dazu dient, uns vor folgende Alternative zu stellen: unverzügliche Regelung der Annexionsfrage durch Notenaustausch oder Invasion Serbiens. In Anbetracht der großen Gefahr, die ein österreichisch-serbischer Konflikt sowohl für uns als auch für den allgemeinen Frieden bedeuten würde, und um Serbien zu schützen, haben wir keine andere Wahl, als den deutschen Vorschlag anzunehmen. Ich habe folglich, mit Zustimmung des Kaisers, dem deutschen Botschafter erklärt, daß, wenn das Wiener Kabinett den in der deutschen Mitteilung angedeuteten Schritt macht, die russische Regierung ihn mit der bedingungslosen Annahme des Vorschlages beantworten würde. Ich habe hinzugefügt, daß wir, indem wir diesen neuen Beweis unseres Wunsches, die Krise zu lösen, geben, uns der Hoffnung hingeben, daß das Berliner Kabinett seinen ganzen Einfluß aufbieten wird, um Wien zu bestimmen, der englischen Initiative Entgegenkommen zu zeigen. Indem Sie obiges dem Minister des Auswärtigen mitteilen, seien Sie bitte darauf bedacht, das große Opfer zu betonen, welches wir der Sache des Friedens bringen; die Kabinette von Berlin und Wien bezwecken augenscheinlich, eine Konferenz zu vermeiden. Obwohl wir uns enthalten, die Konferenz in diesem Augenblicke zu erwähnen, so haben wir doch durchaus nicht die Absicht, auf dieselbe zu verzichten, und wir sind der Ansicht, daß der in Berlin vorgeschlagene Notenaustausch diese Möglichkeit nicht ausschließt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. März 1909. — Nr. 22.

Die Antwort, die Eure Exzellenz gestern dem Grafen Pourtalès gegeben haben, hat in der Wilhelmstraße die größte Befriedigung hervorgerufen. Kiderlen betrachtet sie als die erste Etappe einer friedlichen Lösung der Krise. Berlin hat die Kabinette von Paris, London und Rom benachrichtigt, daß die deutsche Regierung bei Rußland angefragt habe, wie es eine österreichische Anfrage bezüglich der Anerkennung der österreichisch-türkischen Übereinkunft und der Veränderung des Artikels 25 des Berliner Traktates aufnehmen würde. Da von

Petersburg eine günstige Antwort erhalten worden sei, würde die deutsche Regierung gerne wissen, welche Aufnahme ein analoger Schritt des Wiener Kabinetts in London, Paris und Rom finden würde. Kiderlen ist der Ansicht, daß eine solche Lösung die Möglichkeit des Zusammentritts der Konferenz nicht ausschließt und daß letztere außer der Sanktion der Annullierung des Art. 25 sich auch noch mit der bulgarischen und montenegrinischen Frage zu befassen haben würde. Kiderlen lenkte meine Aufmerksamkeit auf einen Artikel der Kölnischen Zeitung, der heute abend erscheinen wird und dessen Ton, wie ich verstanden habe, bedeutend von dem abweicht, was in letzter Zeit selbst von der offiziösen Presse über unsere Politik geschrieben worden ist. Diese Wendung zum Besseren ist augenscheinlich das Resultat Ihrer Verhandlungen mit Pourtalès. Der in Frage kommende Artikel erwähnt in keiner Weise die vorhergehenden Verhandlungen, die Kiderlen nicht in der Presse erörtert zu sehen wünscht.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Berlin vom 13./26. März 1909. — Nr. 425.

Mitgeteilt von der französischen Botschaft in Petersburg. Telegramm Pichons: Radolin hat mir die von der russischen Regierung getroffene Entscheidung, die Annullierung des Artikels 25 bedingungslos anzunehmen, mitgeteilt. Er hat mich gefragt, ob wir bereit wären, eine österreichische Anfrage in derselben Weise zu beantworten; er hat hinzugefügt, die deutsche Regierung betrachte den Entschluß des russischen Außenministers als einen wichtigen Schritt zur friedlichen Lösung der Krise und er glaube, daß die vorgeschlagene Handlungsweise die in Belgrad in Aussicht genommenen Schritte aufs wirksamste unterstützen würde. Ich habe geantwortet, daß wir kein Bedenken haben zu erklären, daß, wenn Österreich uns bitten würde, unsere bedingungslose Zustimmung zu geben, ebenso wie es Rußland getan hat, wir eine bejahende Antwort geben würden. Aber da diese Antwort unserm Wunsche entspringt, die höheren Interessen des allgemeinen Friedens zu wahren, so bitten wir unsererseits die österreichische Regierung inständigst, diese Anfrage nur dann an uns zu richten, wenn die Verhandlungen, die soeben in Wien zur Beilegung des Konfliktes mit Serbien geführt werden, Er-

folg gehabt haben werden. Soweit wir wissen, ist das Projekt der serbischen Note, welches von dem österreichischen Außenminister vorbereitet worden ist, von Iswolsky mit sehr leichten Veränderungen angenommen worden. Es handelt sich folglich nur um einen ganz kurzen Aufschub, und es würde uns zur Befriedigung gereichen, dies Zugeständnis von der österreichischen Regierung zu erhalten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. März 1909. — Nr. 24.

Man hat in Berlin die Antworten erhalten, wie London, Paris und Rom die von Deutschland vorgeschlagene österreichische Anfrage aufnehmen würden. Die römische Antwort wird hier als befriedigend betrachtet. Die aus Paris ist es weniger, aber schließt die Möglichkeit einer Zustimmung nicht aus. Die Antwort aus London hat in der Wilhelmstraße Enttäuschung hervorgerufen. Man nimmt an, daß die deutschen Botschafter in Paris und London den Gedanken, welcher dem deutschen Vorschlage zugrunde liegt, nicht deutlich genug erklärt haben, nämlich, daß die Anerkennung der Annexion durch die Mächte ihnen die gemeinsame Aktion in Belgrad erleichtern würde. Erläuternde Instruktionen sind an Radolin und Metternich abgegangen. Baron Schön hat mir seine Enttäuschung nicht verhehlt, daß der deutsche Schritt in London keinen Erfolg gehabt, da Grey darauf besteht, daß der Schritt der Mächte in Belgrad der Anerkennung der österreichisch-türkischen Übereinkunft vorhergehen müsse.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Berlin vom 13./26. März 1909. — Nr. 429.

Ich lasse Ihnen die Antworten der Kabinette von Paris und London auf den deutschen Vorschlag zukommen. Wir folgern aus ihnen, daß England und Frankreich die Bülowsche Redaktion annehmen, mit einigen Vorbehalten, die aber den Grund der Frage nicht betreffen. Da die Nachrichten über kriegerische Vorbereitungen Österreichs nach wie vor beunruhigend sind, so scheint es uns notwendig, die Verhandlungen, die in Wien über die Form der serbischen Erklärung geführt werden, möglichst schnell zum Abschluß zu bringen. Wir hoffen, daß Aehrenthal die leichten

Veränderungen, die nur die Form betreffen, annehmen wird. Ich habe nach Wien telegraphiert, daß wir bereit sind, die Redaktion anzunehmen, die Aehrenthal mit Cartwright vereinbaren wird. Bitten Sie Baron Schön, auf Wien einzuwirken, damit die beiden schwebenden Fragen, d. h. die serbische Erklärung und Artikel 25 des Berliner Traktates, möglichst schnell abgeschlossen werden. Um die öffentliche Meinung zu orientieren, haben wir ein Communiqué veröffentlicht, ohne aber, wie Kiderlen wünscht, die Verhandlungen mit Pourtalès zu erwähnen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. März 1909. — Nr. 19.

Sehr vertraulich. Cartwright hat gestern telegraphiert, Aehrenthal bäte die englische Regierung inständigst, von Entgegnungen auf seine Redaktion zur serbischen Note abzusehen, da er schon von Ihnen die Zusicherung erhalten hat, Rußland nähme jeden Text an, der zwischen Wien und London vereinbart wird. Diese Versicherung Aehrenthals hat hier einen außerordentlich unangenehmen Eindruck hervorgerufen. Hardinge glaubt, daß, wenn diese Erklärung richtig ist, die englischen Anstrengungen, eine günstigere Redaktion der serbischen Note herbeizuführen, von Anfang an ohne Erfolg bleiben mußten. Ich habe gesagt, daß mir nichts Derartiges bekannt sei und daß ich nur den Auftrag habe, die Instruktionen mitzuteilen, die unserm Geschäftsträger in Wien hinsichtlich der endgültigen Redaktion der Note gegeben worden sind.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 22. März / 4. April 1909. — Nr. 503.

Es will uns scheinen, daß die zustimmende Antwort auf die österreichische Anfrage hinsichtlich des Artikels 25 des Berliner Traktates von jeder Macht einzeln gegeben werden muß. Wir haben folglich die Absicht, dem österreichisch-ungarischen Botschafter die folgende Antwortnote zu übergeben: „Der Unterzeichnete hat die Ehre, Seine Exzellenz den Grafen Berchtold, österreichisch-ungarischen Botschafter, zu benachrichtigen, in Beantwortung der Note vom 21. März/3. April d. J., daß die russische Regierung ihre Zustimmung zur Annullierung des Ar-

tikels 25 des Berliner Traktates gibt." Telegraphieren Sie uns bitte, ob die englische Regierung derselben Ansicht ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 24. März / 6. April 1909. — Nr. 30.

Persönlich und sehr vertraulich. Ich habe im hiesigen Publikum gewisse Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen Orientierung der russischen Politik England gegenüber gefunden, und diese Befürchtungen scheinen mir sogar gewisse Kreise der Regierung ergriffen zu haben. Ich habe gestern eine günstige Gelegenheit benutzt, die sich mir infolge der freundschaftlichen Gesinnung Greys darbot, um ihm zu sagen, allerdings vertraulich und in meinem eignen Namen, daß ich zwar zugebe, daß die Gerüchte im Publikum und in den Zeitungen über den deutschen Schritt in Petersburg übertrieben sein können, daß aber alles, was ich von diesem Schritt wüßte, in mir die feste Überzeugung hervorrufe, daß dieser Schritt eine Handlungsweise darstelle, welche Rußland nicht leicht vergessen werde, und daß, wenn die indirekte Absicht vorgelegen habe, Zwietracht zwischen Rußland einerseits und Frankreich und England andererseits zu säen, dieser Zweck sicherlich nicht erreicht worden ist. Ich habe hinzugefügt, daß, ohne über Dinge urteilen zu wollen, die außerhalb meiner Kompetenz liegen, meiner unmaßgeblichen Ansicht nach die Pressenachrichten hinsichtlich Ihrer Demission jeder Grundlage entbehren müssen.

Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 28.

Der Telegraphistenstreik hat, abgesehen von den Störungen des täglichen Lebens in Frankreich, auch auf die schwebenden politischen Verhandlungen einen außerordentlich ungünstigen Einfluß ausgeübt. Das Telegramm Eurer Exzellenz vom 4./17. März, welches den Bülowschen Vorschlag enthielt und die Grundlage für unsere spätere Anerkennung der Annexion bildete, habe ich erst nach einer Woche erhalten, zusammen mit einigen andern Telegrammen vom 3., 4. und 8. März. Ich habe nur ein Telegramm rechtzeitig erhalten, ohne Nummer, welches das Projekt

Ihrer Antwort auf den Bülowschen Vorschlag enthielt. Ich habe den Inhalt sofort dem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, aber die ganze Angelegenheit und der Entschluß, der gefaßt werden mußte, waren so wichtig, daß Pichon, der hierüber keine Mitteilung, weder aus Berlin noch aus Petersburg, erhalten hatte, keine bestimmte Ansicht äußern konnte, ohne die Einzelheiten vorher zu kennen. Trotzdem habe ich Ihnen sofort telegraphiert, daß Pichon Ihre Erwägungen hinsichtlich des Bülowschen Vorschlages vollkommen teilt. Als die telegraphischen Verbindungen wiederhergestellt waren, hatte die ganze Frage unter dem Drucke der deutschen Regierung eine nicht mehr zu ändernde Richtung genommen.

Obgleich Ihr Entschluß, die österreichisch-türkische Übereinkunft durch einen Notenaustausch anzuerkennen, von dem zwischen Rußland, England und Frankreich getroffenen Abkommen, diese Frage auf einer Konferenz zu erörtern, abweicht, so war die französische Regierung hiermit im großen und ganzen zufrieden, da dieser Entschluß zur friedlichen Lösung einer Krise beitrug, welche zu einem bewaffneten Konflikte zu führen drohte, dessen Ursache, wie ich Ihnen schon berichtet habe, in der Bevölkerung keinen Widerhall fand.

Hier hat man die Größe unseres Opfers vollkommen verstanden, und die öffentliche Meinung dankt Ihnen für den tapfern Entschluß, mit diesem hohen Preise die Erhaltung des europäischen Friedens zu erkaufen. Im hiesigen Auswärtigen Amt war man jedoch unangenehm berührt, daß die russische Regierung, die bisher im Einvernehmen mit London und Paris gehandelt hatte, ihre Zustimmung nicht auch von derjenigen der andern Mächte abhängig machte, und daß die Anerkennung der Annexion Bosniens nicht durch die Zustimmung Österreichs zu den Serbien betreffenden Vorschlägen der drei Mächte bedingt wurde. Auf diese Weise bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes weiter, und nur infolge der Hartnäckigkeit der englischen Regierung hat das Wiener Kabinett die vorhergehende Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes zugestanden.

Alle diese Umstände, welche in der Presse einen lebhaften Widerhall gefunden haben, mußten das allgemeine Urteil über unsere Handlungsweise ungünstig beeinflussen. Im Zusammen-

hang damit haben deutsche und österreichische Zeitungen den Erfolg der österreichischen Diplomatie unterstrichen und die vorherrschende Stellung der Doppelmonarchie auf dem Balkan betont. Infolgedessen verlangt die öffentliche Meinung in Frankreich, wie auch England, immer mehr eine größere Annäherung zwischen Rußland, Frankreich und England, wie sie bereits im österreichisch-serbischen Konflikt gemeinsam gehandelt haben. Die weitere Entwicklung der europäischen Lage voraussehend, kommen viele Zeitungsorgane zu dem Schlusse, daß, ähnlich wie Deutschland und Österreich jetzt einen glänzenden Sieg davongetragen hätten, auch die beiden Westmächte, zusammen mit Rußland, darauf bedacht sein müßten, ihre Kräfte planmäßig zu entwickeln, um, wenn sie in der Lage sein werden, eine Herausforderung des Dreibundes nicht zu fürchten — und in diesem Falle würde Italien sich vom Dreibunde absondern —, ihrerseits Forderungen aufzustellen, welche das politische Gleichgewicht wiederherstellen würden, nachdem es jetzt zugunsten Deutschlands und Österreichs verschoben worden ist.

Die Erfahrung der letzten fünf Jahre hat gezeigt, daß eine derartige Politik nicht notwendigerweise zum Kriege führen muß. Während der Marokkokrise hat das enge Zusammenhalten des Zweibundes mit England die deutschen Versuche zum Stehen gebracht. Auch jetzt ist das Übergewicht der einen Seite ohne Blutvergießen erreicht worden. Es handelt sich nur darum, ein enges Einvernehmen zwischen den Mächten herzustellen und fest entschlossen zu sein, weitere Übergriffe des Dreibundes nicht zuzulassen, wobei man über genügend starke Kräfte verfügen muß, um Widerstand leisten zu können.

Dies ist die Richtung, welche sowohl das Pariser als anscheinend auch das Londoner Kabinett ihrer Politik geben wollen, in der festen Überzeugung, daß auch die russische Politik dieses Ziel erstrebt, da die Verschiebung des europäischen Gleichgewichts Rußland am nächsten berührt.

Die öffentliche Meinung Frankreichs ist mit einem solchen Plane völlig einverstanden und wird die Regierung unterstützen, obwohl der Wunsch besteht, mit Deutschland in Frieden zu leben und die gegenseitigen kommerziellen und finanziellen Beziehungen zu entwickeln.

Auszug aus einem vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 30.

..... Das Streben der mitteleuropäischen Staaten zum Mittelmeer widerspricht sowohl unsern eignen Absichten als auch den Interessen unserer Bundesgenossen und Freunde, der Franzosen und Engländer. Hauptsächlich die letzteren sind darauf bedacht, den Weg zum Kanal von Suez nach Indien zu schützen, und halten es für nötig, jedem Versuche, diesen Weg abzuschneiden, entgegenzutreten. So z. B. hatte das im vorigen Jahre abgeschlossene Übereinkommen mit Spanien hinsichtlich der Erhaltung des status quo in den spanischen Gewässern seinen Ursprung in den nach London gelangten Nachrichten, Deutschland beabsichtige, eine der spanischen Inseln im Mittelmeer zu erwerben, um daselbst eine Kohlenstation zu errichten. Für Frankreich wäre es auch unbequem, wenn deutsche Seestreitkräfte in der Nähe seiner Küste erscheinen würden. Für Rußland wäre in Anbetracht der Stellung Deutschlands in Konstantinopel die Anwesenheit einer deutschen Flotte im Mittelmeere ebenso gefährlich, wie es die vorherrschende Stellung Englands in der Türkei war, bis das von Ihnen mit London getroffene Übereinkommen die Ursachen etwaiger Zusammenstöße zwischen Rußland und England beseitigt hat. Alle diese Umstände weisen darauf hin, wie nötig es für uns ist, uns noch enger mit Frankreich und England zu verbinden, um gemeinsam dem weiteren deutsch-österreichischen Vordringen auf dem Balkan entgegenzutreten.

Ein solcher Widerstand wird nicht unter allen Umständen zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Dreibund führen müssen. Ebenso wie Österreich, von Deutschland unterstützt, seine Streitkräfte zusammengezogen und Serbien bedroht hat, ohne auf die berechtigten Forderungen Europas zu hören, könnten auch wir, nachdem unsere militärische Macht wiederhergestellt, im Einvernehmen mit Frankreich und England, Österreich-Ungarn im günstigen Augenblicke zwingen, seinen Balkanplänen zu entsagen und den jetzt unterworfenen Serben die Handlungsfreiheit wiederzugeben. Die Erfahrung der letzten Krise hat bewiesen, daß, wenn die militärischen Maßnahmen schon in

Friedenszeiten vorbereitet sind, diplomatische Fragen bereits durch Drohungen und Ausübung eines starken Druckes gelöst werden können. Die Kunst der Diplomatie besteht darin, den günstigen Augenblick auszuwählen und die günstige allgemeine Lage zu benutzen, um, im Bewußtsein der eignen Kraft, bis zum Ende durchzuhalten. Auf diese Weise werden wir unbedingt den schweren Eindruck abschwächen können, den unser Mißerfolg jetzt hervorgerufen hat, und auf diese Weise wird es uns allmählich gelingen, die uns verwandten Balkanstaaten von dem österreichisch-deutschen Einflusse zu befreien.

Im jetzigen kritischen Augenblick halte ich es für meine Pflicht, auf die Richtung unserer Politik hinzuweisen, welche meiner festen Überzeugung nach allein unsern Interessen entspricht und welche gleichzeitig sowohl von der französischen als auch, wie ich glaube, von der englischen Regierung unterstützt werden wird.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909.

In der Presse sind in diesen Tagen für die Regierung äußerst beleidigende Beschuldigungen erhoben worden, Frankreich habe seine Verpflichtungen Rußland gegenüber nicht erfüllt und habe letzteres auf diese Weise gezwungen, den Forderungen des Wiener Kabinetts, das von Deutschland unterstützt wurde, nachzugeben. Pichon hält diese Anschuldigung für völlig grundlos, hat sie durch Havas dementieren lassen und hat hierbei hervorgehoben, daß sowohl Frankreich als auch England, zusammen mit Rußland, die von Anfang an beschlossene Politik befolgt haben. Der „Temps" hat diesen Gedanken in dem beigefügten Leitartikel weiter entwickelt. Wie ich schon seinerzeit an Eure Exzellenz berichtet habe, hatte die französische Regierung sich nicht bloß auf diplomatische Maßnahmen beschränkt. Der französische Botschafter in Berlin hat die Aufmerksamkeit Pichons darauf gelenkt, daß Deutschland und Österreich so entschieden vorgehen, weil sie überzeugt sind, daß Rußland sich auf keinen Fall zum Kriege entschließen und daß aller Wahrscheinlichkeit nach England und Frankreich sich einer Teilnahme am Kriege enthalten würden, selbst wenn Rußland in denselben hinein-

gezogen werden sollte. Jules Cambon hat hinzugefügt, es wäre notwendig, irgendwelche militärische Maßnahmen zu treffen, welche zeigen würden, daß Frankreich entschlossen ist, seinen Bündnisvertrag mit Rußland zu erfüllen. Außerdem wies er auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Worte eines englischen Ministers hervorgerufen hätten, England habe nicht die Absicht, Serbiens wegen Krieg zu führen. Diese Betrachtungen sind hier beim Ausbrechen des Telegraphenstreiks erhalten und sind sofort dem Ministerpräsidenten und mit einem speziellen Kurier auch nach London weitergegeben worden.

Infolgedessen wurde hier sofort die Verfügung getroffen, keine Urlaubsbewilligungen in den östlichen Armeekorps zu erteilen, und es wurden verschiedene Truppenbewegungen und andere Maßregeln zur Vorbereitung der Mobilisation durchgeführt.

In London hat man diese Erwägungen auch beherzigt, und man hat mit der französischen Regierung vereinbart, eine Eskader zusammenzustellen, welche sich bei Malta zu versammeln hätte. Die englische Admiralität hat auch noch andere Maßregeln getroffen. Inzwischen haben aber die Telegraphenagenturen ganz Europa von einer geheimen Sitzung des Ministerrats in Tsarskoe Selo benachrichtigt, in der die Minister der Finanzen, des Handels und des Krieges bewiesen hätten, daß es für Rußland unmöglich sei, Krieg zu führen.

Eine derartige öffentliche Bloßstellung unserer völligen Machtlosigkeit hat auf unsere Freunde einen niederschmetternden Eindruck gemacht und mußte unsere Gegner ermutigen, an Rußland die unmöglichsten Forderungen zu stellen, in der festen Überzeugung, daß wir nachgeben werden. Die Kabinette von Paris und London haben hieraus den Schluß gezogen, daß Rußland, Frankreich und England mehr denn je auf gemeinsames Handeln bedacht sein und gleichzeitig militärisch rüsten müssen, um ihren Gegnern die Überzeugung beizubringen, daß sie es mit einer politischen Kombination zu tun haben, die sich Achtung zu verschaffen weiß und ihre Forderungen durchsetzen wird.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, das zugunsten des Dreibundes gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen, und nur auf diese Weise wird es Rußland vermögen,

seinen Einfluß auf die Balkanstaaten, den es zeitweilig verloren, wiederzugewinnen. Nur auf diese Weise endlich wird Rußland seine große, ihm von der Vorsehung vorgezeichnete historische Mission erfüllen können.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 26. März / 8. April 1909.

Persönlich und streng vertraulich. Hardinge hat mir vertraulich ein Telegramm des englischen Botschafters in Petersburg gezeigt, das über die Unterredung mit Ihnen berichtet. Der Eindruck ist sehr stark. Ihre Absicht zu demissionieren bedauert man außerordentlich, ebenso wie die Zweifel, die Sie über die weiteren Absichten der englischen Politik geäußert haben. In dieser Hinsicht kann ich bezeugen, daß die englische Politik nie eine bestimmtere und deutlichere Grundlage gehabt hat. Dies zeigt sich nicht nur in der Regierung, sondern auch im Publikum. Der Zwischenfall, von dem Sie sprechen, im Laufe dessen die englische Regierung vielleicht mit zu wenig Umsicht gehandelt hat, kann doch in keinem Falle als ein Anzeichen einer Kursänderung betrachtet werden. Der Gedanke, der Grey geleitet hat, war sicherlich nicht der, die montenegrinische Frage dem Entschlusse der Mächte zu entziehen. Da Italien zusammen mit England die einzige Macht gewesen ist, die bestimmte Bedingungen hinsichtlich Montenegros gestellt hat, so hat Grey zusammen mit Italien gehandelt. Dies mag ein Mangel an Umsicht gewesen sein, aber ich meine, man müsse deswegen nicht die sehr energische Unterstützung vergessen, die England uns in schwierigen Verhältnissen stets gezeigt hat. Ich telegraphiere Ihnen dies in der Absicht, Ihren letzten Eindruck von der englischen Politik richtigzustellen. Meiner Ansicht nach kann dies in keinem Falle ein Grund Ihrer Demission sein. In diesem Zwischenfall kann ich keine wirkliche, prinzipielle Divergenz erblicken. Übrigens hat die englische Unterstützung in Cettinje bereits aufgehört, was meiner Ansicht nach dem Zwischenfalle seine richtige Bedeutung wiedergibt. Zum Schlusse kann ich nicht anders als Sie beschwören, Ihre Folgerungen und Entschlüsse nochmals genau zu prüfen, denn diese könnten äußerst unglückliche Folgen für unsere politische Lage nach sich ziehen.

Zweites Kapitel.

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland.

Telegramm des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 9./22. November 1909.

Ich habe soeben Aehrenthal gesprochen. Er hat mir wiederholt, was ich Ihnen am 31. Oktober über seinen Wunsch geschrieben habe, der Pressepolemik über die Beziehungen zwischen den Kabinetten von Petersburg und Wien ein Ende zu setzen. Er wiederholte auf das entschiedenste seinen Protest gegen die Berchtold zugeschriebene Rolle, und er wird durch das Preßbureau alle diesbezüglichen Gerüchte dementieren lassen. Der Minister ist gegen die Veröffentlichung von Dokumenten, und ich habe diesem Standpunkt meinerseits zugestimmt. Die ganze Frage ist also erledigt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. Januar 1910.

Anläßlich der von der ganzen österreichischen und auch ausländischen Presse wiedergegebenen Gerüchte über die Möglichkeit einer Entspannung und Annäherung zwischen unsern beiden Kabinetten hat Aehrenthal mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, daß er dieser Pressekampagne fernsteht, ebenso wie er nie gezweifelt hat, daß diese Gerüchte nicht in Petersburger Regierungskreisen entstanden sind. Wie er Ihnen bereits mitgeteilt, glaubt der Minister, es wäre erst dann ratsam, die öffentliche Meinung aufzuklären, wenn die Frage festere Gestalt angenommen haben wird, und auf alle Fälle könnte die Orientierung der öffentlichen

Meinung nur gemeinsam vorgenommen werden. Ich habe mit Bedauern konstatiert, daß die Zeitungen sich dieser ganzen Frage in ihrem ersten Stadium bemächtigt haben, und ich glaube, daß die Unzufriedenheit auf die Unterredung Wesselitzki — Aehrenthal zurückzuführen ist. Der Minister sagte mir, er hoffe Ihnen Sonnabend eine Antwort geben zu können.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Januar / 3. Februar 1910.

Sie haben die Güte gehabt, mich über die letzte Phase unserer Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu unterrichten. Ich verdanke Ihnen diese Mitteilungen und ich stelle mit der größten Genugtuung fest, daß Ahrenthal, sein früheres Unrecht und die daraus entspringenden politischen Nachteile einsehend, jetzt danach strebt, mit Ihnen wieder normale Beziehungen anzuknüpfen. Ich schätze Ihre Antwort auf die letzten Eröffnungen des Grafen Berchtold um so höher, als Sie in derselben, die persönliche Seite außer acht lassend, sich ausschließlich auf das Terrain der politischen Interessen begeben; denn es wäre ohne Zweifel vorteilhaft, zwischen uns und Österreich ein Einvernehmen in Balkanfragen herzustellen.

Ich wünsche aufrichtig, daß diese Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, was für mich übrigens außer Zweifel steht; aber ich kann nicht umhin, an der Aufrichtigkeit der Erklärungen des Wiener Kabinetts und an seiner Absicht, diesen Erklärungen unter allen Umständen nachzukommen, ernstlich zu zweifeln. Zu viele Beispiele älteren und neueren Datums verpflichten uns zu der größten Vorsicht, und wir müssen alle möglichen Maßregeln treffen, um den Folgen der bei den Staatsmännern der Habsburger Monarchie traditionellen Treulosigkeit vorzubeugen. Es will mir scheinen, daß es in diesem Falle nur ein einziges Mittel gibt, das Kabinett von Wien an die Verpflichtungen, welche es uns gegenüber übernommen haben wird, zu binden, nämlich durch den internationalen Charakter, der diesen Verpflichtungen gegeben werden müßte, indem die beiden Kabinette die getroffenen Vereinbarungen den anderen Großmächten, welche die Integrität der Türkei garantiert haben, durch eine offizielle Mitteilung zur Kenntnis bringen.

Was die Sache selbst anbelangt, so ist sowohl für uns als auch für den allgemeinen Frieden das Prinzip der Erhaltung des status quo in der Balkanpolitik das Wichtigste. Ist dieses Prinzip einmal klar aufgestellt und von den anderen Großmächten anerkannt worden, so würde dadurch dem Ehrgeiz der kleinen Balkanstaaten ein Hemmschuh angelegt; sie würden gleichzeitig ihrer Zukunft sicher sein, aber damit würden auch die österreichischen Pläne auf dem Balkan in wirksamer Weise eingedämmt.

Wenn unvorhergesehene Umstände die Ruhe plötzlich stören sollten, so könnten die Mächte übereinkommen, nichts zu unternehmen, ohne sich vorher über die einzuschlagende Politik zu verständigen.

Eine derartige Übereinkunft, für eine bestimmte Anzahl von Jahren geschlossen, ließe den Balkanstaaten vollkommene Freiheit, sowohl was ihre innere Entwicklung als auch ihre gegenseitigen Beziehungen anbelangt, welch letztere sie in jeder Weise weiter ausbauen könnten. Gleichzeitig wäre Rußland in den Stand gesetzt, in aller Sicherheit seine militärischen Kräfte auszubilden und sich für Ereignisse vorzubereiten, die nicht vermieden werden können. Unterdessen würde die weitere Entwicklung des ottomanischen Reiches klarer zutage treten, die dortigen Probleme würden reifen, und wir könnten den vorauszusehenden Ereignissen besser gerüstet entgegentreten.

Man wird natürlich sowohl in Konstantinopel als auch in den Balkanhauptstädten auf der Hut sein müssen, vor allem aber in Wien, und es wird die Aufgabe unserer dortigen Diplomatie sein, ganz besonders umsichtig und vorausssehend zu handeln.

Ich beglückwünsche Eure Exzellenz auf das aufrichtigste zu dem glücklichen Anfang der begonnenen Verhandlungen, und ich glaube erwähnen zu müssen, daß Pichon, durch den französischen Botschafter in Petersburg auf dem laufenden gehalten, den Gang der Verhandlungen mit lebhaftem Interesse verfolgt.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Wien vom 23. Januar / 5. Februar 1910.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir am 19. Januar/1. Februar im Auftrage seiner Regierung eine mündliche

Mitteilung gemacht, deren Inhalt von mir sofort niedergeschrieben und von Berchtold bestätigt worden ist. Diese Mitteilung lautet folgendermaßen:

„Wie Sie wissen, habe ich meiner Regierung über unsere letzte Unterredung berichtet. Vor allem habe ich Ihren Standpunkt hinsichtlich der Veröffentlichung der Fortnightly Review erklärt und zur Geltung gebracht, daß Sie das Recht zu haben glauben, zu verlangen, daß dieser Artikel richtiggestellt wird insofern, als er falsche und verleumderische Angaben enthält; gleichzeitig erkennen Sie aber an, daß man vermeiden muß, die Polemik in der Presse wieder aufleben zu lassen, und Sie seien bereit, die persönliche Seite im Interesse der Sache selbst beiseite zu lassen. Aehrenthal ist gleichfalls der Ansicht, daß es unzeitgemäß, ja sogar gefährlich sei, in den Zeitungen auf diesen Artikel zurückzukommen, und erklärt sich bereit, sich mit Ihnen zu verständigen, wie etwaige Interpellationen in der Duma und in den Delegationen zu beantworten wären. Ganz abgesehen von dieser persönlichen Seite der Frage hatte ich auch meinem Minister über Ihre Eröffnung hinsichtlich der Wiederherstellung des Kontaktes zwischen den beiden Regierungen zu berichten. Aehrenthal ist ganz Ihrer Ansicht, daß die normale und friedliche Entwicklung der Orientfragen durch die Wiederherstellung eines Meinungsaustausches zwischen unsern beiden Staaten nur gewinnen könne. Ein derartiger Kontakt könnte um so leichter wiederhergestellt werden, als wir noch immer uns zu den Prinzipien der Übereinkunft des Jahres 1897 bekennen, — Prinzipien, die uns erlauben werden, jederzeit einen Meinungsaustausch mit dem Petersburger Kabinett zu beginnen. Diese prinzipiellen Grundsätze sind folgende: 1. Erhaltung des status quo in der Türkei, solange die Umstände dies erlauben, 2. gegenseitiges Desinteressement, im Falle der status quo nicht mehr aufrechterhalten werden könnte, und 3. Politik der Nichteinmischung in diesem letzteren Falle."

Ich habe Berchtold erwidert, daß ich nicht verfehlen werde, seine Erklärung dem Kaiser zu unterbreiten, und ihm dann die Antwort der russischen Regierung mitzuteilen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 20. Januar / 2. Februar 1910.

Die aus dem Ausland kommenden Nachrichten über eine bevorstehende Annäherung zwischen Rußland und Österreich haben hier ungeheures Aufsehen erregt. Die Agitation verschärft sich mit jedem Tage und ruft in politischen, administrativen und sozialen Kreisen große Beunruhigung hervor. In Zeitungsartikeln, sogar offiziellen, wird die Ansicht vertreten, daß im Falle einer Versöhnung der beiden Monarchien Serbien das Opfer sein wird, da es Österreich zur vollen Versklavung überlassen werden würde. Aus diesem Anlaß ist ein besonderer Ministerrat einberufen worden, und man wendet sich an mich von allen Seiten mit ängstlichen Fragen. Ich glaube, es wäre nötig, einige beruhigende Erklärungen abzugeben, wenn Sie dies für möglich halten. In diesem Falle bitte ich mich zu benachrichtigen, in welchem Sinne ich mich hier aussprechen kann.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Januar / 4. Februar 1910.

Ihr Telegramm vom 20. Januar erhalten. Unsere Verhandlungen mit Österreich müssen der serbischen Regierung gar keine Besorgnisse einflößen. Es handelt sich weder um eine Teilung in Interessensphären, noch in der einen oder andern Form um die Rückkehr zum früheren Einverständnis, sondern nur um die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten. Unser hauptsächlichstes Ziel: die bestmögliche Erhaltung des status quo auf dem Balkan und die friedliche Entwicklung und Unabhängigkeit der Balkanstaaten. Sie können dies dem Belgrader Kabinett vertraulich mitteilen. Ich habe in diesem Sinne schon mit dem serbischen Gesandten gesprochen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister Iswolsky vom 22. Januar / 4. Februar 1910. — Nr. 37.

Da der österreichische Botschafter schon mit dem türkischen Außenminister über die zu erwartende Annäherung zwischen

Österreich und Rußland auf dem Boden der Balkanfragen gesprochen hat, wobei er den Standpunkt vertreten hat, wie Österreich ihn der Pforte darzustellen versucht, halten Sie es nicht für nötig, daß wir der türkischen Regierung mitteilen, auf welchen Standpunkt Rußland sich in dieser Frage stellt? Die Türken befürchten infolge der österreichischen Andeutungen, daß es sich wieder um ein Übereinkommen zum Zwecke der Aufteilung der Türkei handelt. Aber ebenso, wie wir sie hinsichtlich der in Racconigi getroffenen Abmachungen haben beruhigen können, so müßten wir sie jetzt mit dem Gedanken normaler Beziehungen zwischen Petersburg und Wien aussöhnen. Zu diesem Zweck müssen wir ihnen zu verstehen geben, daß es sich nicht um die Erneuerung des Mürzsteger Programms handelt, sondern daß Österreich die Nachteile gespannter Beziehungen zum Petersburger Kabinett fühlt und sich gezwungen gesehen hat, das russische Balkanprogramm anzunehmen; dieses letztere, dem Italien auch schon beigetreten ist, beruht wie bekannt auf guten Beziehungen zur Türkei und auf dem Streben, allen türkischen Untertanen Gleichberechtigung zu sichern; endlich auch auf der Erhaltung des status quo auf dem Balkan.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 24. Januar / 6. Februar 1910. — Nr. 136.

Ihr Telegramm Nr. 37 erhalten. Wir teilen vollkommen Ihre Ansicht über den Meinungsaustausch, der augenblicklich zwischen uns und Wien stattfindet. Unsere Verhandlungen mit Österreich sind durchaus nicht gegen die Türkei gerichtet, zu der wir nach wie vor freundschaftliche Gefühle hegen. Es handelt sich nicht um eine Aufteilung der Türkei oder um die Abgrenzung von Interessensphären, noch um eine Erneuerung des früheren Übereinkommens, sondern nur um die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Kabinetten, wobei unser hauptsächlichstes Ziel eine möglichst deutlich formulierte Garantie des status quo auf dem Balkan ist. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne der türkischen Regierung gegenüber zu äußern.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Wien vom 27. Januar / 9. Februar 1910.

Ich habe Sie zu benachrichtigen, daß ich heute im Auftrage des Kaisers die Mitteilung des österreichischen Botschafters vom 19. Januar beantwortet habe. Trotzdem ich diese Antwort mündlich erteilt, um die Ausdrücke genau präzisieren zu können, habe ich gleichzeitig ein aide-mémoire folgenden Inhalts überreicht.

„Obwohl der Ansicht, daß es vorzuziehen sei, nicht mehr auf den Artikel der Fortnightly Review zurückzukommen, sind wir bereit, uns mit Aehrenthal zu verständigen, falls öffentliche Erklärungen in dieser Frage nötig werden sollten.

Die Kaiserliche Regierung stimmt gern der Idee eines Gedankenaustausches zwischen den beiden Regierungen über die leitenden Grundsätze ihrer Balkanpolitik zu; sie erachtet jedoch, daß unter den obwaltenden Umständen dieser Gedankenaustausch nicht mehr den Charakter der Abmachungen des Jahres 1897 haben könne und im Gegenteil eine Form annehmen müsse, die es allen interessierten Mächten möglich machen würde, an diesem Meinungsaustausche teilzunehmen; andererseits muß man bei der Formulierung der in Frage kommenden Grundsätze die neuerlichen Veränderungen in der politischen Lage der Türkei in Betracht ziehen.

Die Kaiserliche Regierung schlägt deshalb dem Wiener Kabinette vor, folgende Punkte anzunehmen, die entweder durch einen Notenaustausch festgelegt oder aber in einem einzigen Dokument niedergelegt und dann zur Kenntnis der anderen Mächte gebracht werden könnten:

1. Erhaltung des status quo auf der Balkan-Halbinsel. 2. Da das neue Regime der Türkei auf der Gleichberechtigung aller die Türkei bewohnenden Völkerschaften beruht, — Erhaltung und Konsolidierung dieser neuen Lage der Dinge. 3. Unabhängigkeit, Konsolidierung und friedliche Entwicklung der kleineren Balkanstaaten."

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Februar 1910. — Nr. 245.

Berchtold hat mir am 7. Februar die Antwort des Wiener Kabinetts auf unsere letzte Mitteilung übergeben. Diese Ant-

wort erhebt keinen Widerspruch gegen unsere drei Punkte, die Ihnen bereits bekannt sind. Andererseits möchte das Wiener Kabinett augenscheinlich eine Mitteilung an die anderen Mächte vermeiden und schlägt uns vor, uns mit einer Veröffentlichung zu begnügen, in der einfach erklärt wird, daß der Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen zu einem befriedigenden Resultate geführt hat. Ich habe heute Berchtold mit einem Memorandum geantwortet, in dem ich feststelle, daß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn in Balkanfragen vollkommene Einheit der politischen Prinzipien besteht und daß folglich die normalen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Kabinetten wieder aufgenommen werden können. Ich füge gleichzeitig hinzu, daß unserer Ansicht nach unter den obwaltenden Umständen eine derartige einfache Mitteilung nicht genügen würde, und daß es im Interesse des allgemeinen Friedens liege, schon jetzt die anderen Kabinette zum Beitritt der von Rußland und Österreich anerkannten Grundsätze zu bewegen, damit, falls irgendwelche Ereignisse den status quo bedrohen, ein Meinungsaustausch sofort zwischen den interessierten Mächten stattfinden könne. Ich wiederhole also unsern Vorschlag, die Punkte, über die wir uns geeinigt haben, zur Kenntnis der anderen Mächte zu bringen.

Teilen Sie obiges dem Außenminister vertraulich mit und drücken Sie die Hoffnung aus, er werde uns seine moralische Unterstützung in Wien zuteil werden lassen, um die Abneigung Aehrenthals gegen unsern Vorschlag zu überwinden, da wir diesem Vorschlag eine sehr große Bedeutung beimessen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1910. — Nr. 40.

Ihr Telegramm Nr. 245 erhalten. Den Inhalt habe ich heute morgen vertraulich mitgeteilt. Grey ist sehr dankbar und ist bereit, in Wien zu handeln. Nicolson ist beauftragt, Sie zu fragen, in welcher Form Sie dies getan zu sehen wünschen, da ja unsere Mitteilung an das Londoner Kabinett eine sehr vertrauliche ist und Wien von diesem Schritte keine Kenntnis besitzt.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 14./27. Februar 1910. — Nr. 256.

Ihr Telegramm Nr. 40 erhalten. Auf Nicolsons Frage habe geantwortet, daß Cartwright, ohne zu zeigen, daß er den Inhalt unseres letzten aide-mémoire kenne, vielleicht Aehrenthal in allgemeinen Ausdrücken sagen könne, das Londoner Kabinett wünsche, daß die austrorussischen Verhandlungen zu einem Resultate führen, und halte es vor allem für sehr nützlich, daß alle andern Mächte an diesem Resultate teilnehmen.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Januar / 12. Februar 1910.

Da ich unwohl, habe ich Korff gebeten, dem Außenminister Ihre Mitteilung zu machen. Der Minister hat mit dem größten Interesse von der Erklärung Kenntnis genommen und ist sehr dankbar, auf dem laufenden gehalten zu werden. Er ist bereit, in Wien alles zu tun, um Ihren Vorschlag zur Annahme zu bringen. Er hat jedoch hinzugefügt, daß er persönlich daran zweifle, daß Aehrenthal ihm zustimmen werde.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Januar / 12. Februar 1910.

Heute morgen hat Bollati in einer vertraulichen Unterredung Korff erklärt, die italienische Regierung beglückwünsche sich zu den von Eurer Exzellenz dem Wiener Kabinett gemachten Vorschlägen, da sie in diesen Vorschlägen die Bekräftigung ihrer eignen Politik erblickt. Aber in Anbetracht der speziellen Interessen Italiens in der Adria und folglich der besonderen Beziehungen zu der Türkei muß das Kabinett von Rom sich fragen, ob der Gedankenaustausch zwischen Petersburg und Wien nicht zu einem zweiseitigen Einvernehmen unter Ausschluß Italiens führen könne. Korff bemerkte, diese Befürchtung sei grundlos, da Ihr Memorandum deutlich betont, daß eine Rückkehr zu dem Einvernehmen von 1897 ausgeschlossen sei, und daß, wenn eine neue Abmachung getroffen würde, diese derart sein müßte, daß alle interessierten Mächte ihr beitreten könnten. Der beste Beweis sei die gestrige vertrauliche Mitteilung. Bollati

hat dann gefragt, wie und unter welchen Bedingungen die andern Mächte aufgefordert werden würden, ihren Beitritt zu erklären.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. Februar 1910.

Ich statte Eurer Exzellenz meinen besten Dank ab für den Brief, durch den ich über die mit dem österreichischen Botschafter stattgefundene Unterredung informiert werde. Wie verabredet, ging ich Montag abend zu Aehrenthal, um von ihm zu erfahren, welchen Eindruck die letzten Berichte Berchtolds auf ihn gemacht hätten. Mein Telegramm vom 1. Februar hat Ihnen einen kurzen Bericht über meine Unterredung mit Aehrenthal erstattet; diese Unterredung war sehr freundschaftlich, und ich habe meinem Telegramm nicht mehr viel beizufügen.

Aehrenthal fing damit an, daß er mir mitteilte, wie zufrieden er sei, daß unsere beiden Kabinette in den Hauptpunkten übereinstimmten. Die drei Punkte, die Sie an Stelle der drei österreichischen vorgeschlagen haben, haben bei Aehrenthal keine Erwiderung hervorgerufen; er sagte mir, die Veränderungen schienen ihm unbedeutend, die Grundprinzipien unserer Balkanpolitik seien identisch und er betrachte sie als endgültig festgelegt.

Indem er sodann zur Frage überging, in welcher Weise unsere Übereinkunft zum Ausdruck gebracht werden sollte, verweilte der Minister längere Zeit auf dieser Seite der Frage und sagte mir, er sei von Anfang an der Ansicht gewesen, man müsse sich auf einen Kontakt zwischen den beiden Regierungen beschränken; dieser Kontakt sei notwendig, um einer gefahrvollen Situation auf dem Balkan vorzubeugen; der Notenaustausch oder irgendein anderes derartiges Dokument, wie Sie es vorschlagen, würde seiner Ansicht nach unserer Annäherung den Charakter eines „Übereinkommens" geben; diese Übereinkunft müsse man für den Zeitpunkt aufbewahren, wenn die Ereignisse auf dem Balkan eine solche nötig machen sollten.

Aehrenthal hatte die Absicht, Ihnen durch Berchtold gleichzeitig mit seiner mündlichen Antwort ein kurzes Schriftstück zu übergeben, das eine Antwort auf Ihr Memorandum darstellen

würde, welches Ihre Mitteilung begleitete, und er glaubt, daß diese beiden kurzen Schriftstücke oder aide-mémoires für den Augenblick genügen sollten.

Wie ich in meinem Telegramm vom 1./14. Februar erwähnte, hat es mir geschienen, ohne daß es ausdrücklich erwähnt wurde, daß Aehrenthal eine Mitteilung unserer Abmachung an die andern Mächte vermeiden wolle.

Wenn ich mich nicht täusche, so schließt der Mangel eines Notenaustausches oder irgendeines anderen diplomatischen Instrumentes, in dem unsere Abmachung zum Ausdruck kommt, die Möglichkeit einer derartigen Mitteilung nicht aus, da ja die beiden Kabinette kurze Schriftstücke bereits ausgetauscht haben. Augenscheinlich müßte Aehrenthals Mitteilung genau dem entsprechen, was er mir während unserer letzten Unterredung zu verstehen gegeben hat.

Am Ende unserer Unterredung erwähnte Aehrenthal die Antworten, die er den anderen Mächten geben würde, im Falle er von ihnen über die Punkte, über die wir jetzt verhandelten, gefragt werden sollte, wie dies die italienische Regierung schon getan hat. Er glaubt, er müsse letzterer eine ausführlichere Antwort geben, da das Kabinett von Rom sozusagen von Eurer Exzellenz schon von den Grundlagen der Unterhandlungen unterrichtet worden ist. Was die anderen Kabinette anbelangt, so würde Aehrenthal sich darauf beschränken, ihnen zu sagen, daß, solange die Verhandlungen noch fortgesetzt würden, es ihm nicht möglich sei, genauere Erklärungen abzugeben.

Ich schätze mich glücklich, Ihnen mitteilen zu können, wie gut Ihr Vorschlag im Prinzip von Aehrenthal aufgenommen worden ist; dies läßt der Hoffnung Raum, daß es nicht bloß möglich sein wird, unsern gespannten Beziehungen ein Ende zu setzen, sondern daß auch unsere beiden Regierungen sich verständigen werden, auf welche Weise am besten der Gefahr jederzeit möglicher Verwicklungen auf dem Balkan vorzubeugen wäre.

Der italienische Botschafter hat mich einen Augenblick Montag abend, vor meinem Besuche bei Aehrenthal, gesprochen; er wollte wissen, was Aehrenthal auf unsere letzten Mitteilungen geantwortet habe, und er schien ziemlich pessimistisch zu sein, was den Erfolg unserer Verhandlungen mit Österreich anbe-

langt. Avarna schien über die Grundlagen unserer Verhandlungen unterrichtet, und gerade der dritte Punkt „friedliche Entwicklung der kleineren Balkanstaaten" schien ihm Bedenken einzuflößen. Da das Wort „friedlich" beigefügt ist, antwortete ich, ist Argwohn nicht am Platz.

Der französische Botschafter hatte am Anfang dieselben Zweifel, da er befürchtet, daß Aehrenthal hierin etwas Verdächtiges erblicken könne.

Eure Exzellenz wollen mich benachrichtigen, ob ich mich nötigenfalls an den französischen Botschafter wenden soll, der mir im Auftrage seiner Regierung seine Unterstützung im Falle von auftretenden Schwierigkeiten zugesagt hat. Solange die Verhandlungen sich so glatt abwickeln, wie sie begonnen haben, scheint mir jede Unterstützung unnütz. Während die ganze österreichische Presse mit sehr wenigen Ausnahmen die Verhandlungen zwischen unsern beiden Kabinetten mit Genugtuung verfolgt, scheinen die deutschen Zeitungen Aehrenthal immer heftiger anzugreifen, indem sie ihm Mangel an Loyalität dem Dreibunde gegenüber vorwerfen. Wenn man gewissen Zeitungen Glauben schenken darf, wird Aehrenthal anläßlich seines nächsten Besuches in Berlin nicht der liebenswürdigste Empfang zuteil werden.

Von Berlin will der Minister nach München gehen, und man fragt sich hier, welchen Zweck er dabei verfolgt. Dieser Besuch scheint in ein tiefes Geheimnis gehüllt, und man wünscht sozusagen am Ballplatz nicht, daß die Zeitungen hierüber sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1910.

Der Außenminister will überlegen, wie er Ihrem Wunsche gemäß Ihre Vorschläge in Wien unterstützen kann. Er dankt für die Mitteilung und würde gerne wissen, ob Sie die gleiche Anfrage an die andern Mächte gerichtet haben.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1910.

Pichon dankt für die vertrauliche Mitteilung, ist ganz Ihrer Ansicht und hat dem französischen Botschafter in Wien bereits

Instruktionen gegeben, Sie in allem zu unterstützen, um Ihren Vorschlägen zum Triumph zu verhelfen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Rom vom 14./27. Februar 1910.

Ihr Telegramm vom 13./26. Februar erhalten. Wir halten über unsere Verhandlungen mit Österreich die Kabinette von Rom, Paris und London auf dem laufenden und, weniger ausführlich, auch Berlin.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 16. Februar / 1. März 1910.

Ich habe Ihr Telegramm vom 11./24. Februar über unsere Verhandlungen mit Österreich Sonnabend morgen bekommen und habe an diesem Tage weder Sir Edward Grey, noch Sir Charles Hardinge im Auswärtigen Amt treffen können; ich habe diese wichtige Mitteilung daher Herrn Tyrell gemacht, dem Privatsekretär Greys, der dessen ganz besonderes Vertrauen genießt. Ohne die Kompetenz zu haben, mir eine endgültige Antwort zu geben, sagte Tyrell, daß der Standpunkt des Londoner Kabinetts in dieser Frage von Anfang an so klar gewesen sei, daß er keinen Augenblick zweifle, Sir Edward werde alles tun, um uns nützlich zu sein. Jedoch, fuhr er fort, wie sollen wir es tun und was sollen wir in Wien sagen, ohne eine Indiskretion zu begehen und ohne uns auf ungenügende Allgemeinheiten zu beschränken? Er schlug mir vor, man solle Nicolson beauftragen, diese Frage der diplomatischen Technik mit Ihnen zu besprechen. Ich nahm diesen Vorschlag an. Nachdem ich Ihr Telegramm erhalten hatte, welches eine sehr glückliche Formel enthält, die Sir F. Cartwright in seinem Gespräche benutzen könnte, suchte ich Hardinge auf. Dieser bestätigte mir die Absicht des Londoner Kabinetts, uns zu unterstützen. Auch er sagte mir, daß dieser Schritt in Wien sehr delikater Natur sei und daß Aehrenthal in demselben, wenn nicht Mißtrauen, so doch eine Einmischung und eine nicht ganz gerechtfertigte Neugierde erblicken könne.

Sir Charles sagte mir dann, Grey hätte sich entschlossen, einen andern Vorwand zu benutzen, um den österreichischen

Botschafter in London zu bitten, zu ihm zu kommen, und mit ihm zu sprechen, nachdem irgendeine andere Angelegenheit ihre Erledigung gefunden habe. Ich nahm es auf mich zu antworten, ich glaube, Euere Exzellenz wäre mit diesem Vorgehen zufrieden, da es den Vorzug habe, dem Wiener Kabinett weniger unangenehm zu sein, und doch denselben Zweck erreiche. Dies hätte auch den Vorzug, daß Mensdorff, zu dem ich enge Beziehungen unterhalte, mit mir über diese Angelegenheit sprechen wird. Dies wird mir die Gelegenheit geben, ihm zu sagen, ich wäre sehr froh zu ersehen, daß das Londoner Kabinett zum selben Schlusse gekommen ist wie unsere Regierung; ich wüßte, daß man in London seit langem die Wiederaufnahme des Kontaktes zwischen Petersburg und Wien wünsche, und es scheine mir, wovon ich übrigens ganz überzeugt bin, daß eine Mitteilung an die andern Mächte bezüglich der drei vereinbarten Punkte nicht nur nützlich, sondern durchaus notwendig sei.

Die von Aehrenthal vorgeschlagene lakonische Formel einer eventuellen Veröffentlichung, die beinahe geheimnisvoll wirke, würde weder die andern Mächte, noch die öffentliche Meinung und Presse in Europa befriedigen. Sie würde beunruhigen und nichts würde die andern Mächte hindern, andere Vereinbarungen zu treffen, die uns unbekannt bleiben und Aehrenthals Absicht, eine ausführlichere Mitteilung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, zunichte machen würden; es wäre falsch, mit dem Schleier des Geheimnisses zu bedecken, was man nicht zu verbergen brauche, und nach dem, wasvorgefallen, zweifle ich, daß die öffentliche Meinung in Rußland einer Mitteilung zustimmen würde, die eigentlich nichts sage und die fast den Eindruck eines geheimen Abkommens zwischen Rußland und Österreich-Ungarn erwecke.

Ich hoffe, daß Euere Exzellenz einverstanden sind, daß ich in diesem Sinne mit meinem österreichischen Kollegen spreche.

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 16. Februar / 1. März 1910. — Nr. 17.

In seiner Antwort auf unsere letzte Mitteilung hat Schön seinen Standpunkt bezüglich Ihres Wunsches, allen Großmächten die Resultate unserer Verhandlungen mit Österreich mitzuteilen,

verändert. Das frühere Gefühl der Befriedigung scheint einem gewissen Mißtrauen Platz gemacht zu haben. Er betont, wie das erstemal, die Zurückhaltung Aehrenthals in dieser Frage und die persönliche Empfindsamkeit, die jede deutsche Einwirkung schwierig mache, und er gab mir zu verstehen, daß er im Grunde genommen die österreichische Meinung teile, es sei unzweckmäßig, in diesem Augenblicke eine Mitteilung an die andern Mächte gelangen zu lassen. Er meine, man könne dies später tun, wenn der status quo auf dem Balkan in der einen oder andern Weise bedroht wäre. Diese Antwort ist augenscheinlich erfolgt, nachdem der Staatssekretär dem Kaiser seinen Bericht erstattet hat.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 16. Februar / 1. März 1910. — Nr. 19.

Ich habe soeben Aehrenthal die vorgeschriebene mündliche Mitteilung über die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Mächten gemacht. Der Minister hat mir geantwortet, er wäre glücklich feststellen zu können, daß die politischen Prinzipien der beiden Kabinette in Balkanfragen identisch seien, und hinzugefügt, daß er dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg die nötigen Instruktionen zukommen lassen werde, die normalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Was den zweiten Teil des aide-mémoire anbelangt, so sagte Aehrenthal, er wolle die Frage nochmals prüfen, glaube aber nicht, er könne seinen früheren Standpunkt verändern, nämlich, daß es unangebracht wäre, die anderen Kabinette zum Beitritt zur österreichisch-russischen Abmachung zu bewegen. Die Wiederaufnahme des Kontaktes, welche uns erlaubt in einen Meinungsaustausch über alle politischen Tagesfragen zu treten, erscheine ihm für den Augenblick genügend, da die Lage auf dem Balkan eine ruhige sei. Ich bemerkte, es wäre vielleicht doch besser, dies schon jetzt zu tun, da man nach Ansicht des Ministers zu diesem Mittel greifen müsse, wenn der status quo auf dem Balkan bedroht werde, und augenblicklich eine Gefahr in Griechenland nicht ganz ausgeschlossen erscheine. Aehrenthal erwiderte, er werde Ihren Vorschlag nochmals prüfen. Ich weiß

nicht, ob die englischen und italienischen Botschafter beauftragt worden sind, uns moralisch zu unterstützen, um die Abneigung Aehrenthals zu überwinden. Sowie ich mich hiervon überzeugt haben werde, werde ich Ihnen telegraphieren.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 17. Februar / 2. März 1910.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 19. Der englische Botschafter sagte mir gestern, Grey habe beschlossen, persönlich auf Mensdorff in dieser Frage einzuwirken. Er fügte hinzu, daß, wenn es ihm im Laufe seiner Unterredung mit Aehrenthal möglich sein werde, etwas zugunsten Ihres Vorschlages zu sagen, er dies tun würde, ohne zu zeigen, daß er über den Gang der Unterhandlungen unterrichtet sei. Was den italienischen Botschafter anbelangt, so vermeidet er, wie mir die französischen und englischen Vertreter sagen, jede Unterredung über unsere Annäherung an Österreich. Ich würde deshalb vorziehen, mit ihm einstweilen nicht darüber zu sprechen. Aehrenthal fährt heute auf mehrere Tage nach Abazzia.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1910.

Infolge der Krankheit meines Vorgesetzten habe ich in letzter Zeit öfters Gelegenheit gehabt mit Pichon zu sprechen. Wie ich Ihnen schon telegraphierte, teilt der Minister vollkommen Ihre Ansicht und wird alles was in seinen Kräften tun, um in Wien eine Mitteilung an die andern Mächte zu erreichen, welche nicht den geringsten Zweifel über die Natur und den Zweck unserer Versöhnung mit dem Wiener Kabinett läßt, und welche in gewisser Hinsicht die österreichische Politik auf der Balkan-Halbinsel bindet. Pichon ist mit den drei Punkten, auf die Sie diese Mitteilung beschränken wollen, ganz einverstanden. Seiner Ansicht nach umschreiben dieselben die gegenseitigen Beziehungen der beiden Mächte in der Balkanpolitik und werden einen Meinungsaustausch aller Mächte im Falle von plötzlichen Verwicklungen erleichtern.

Pichon hat mir jedoch nicht verheimlicht, er befürchte, daß im jetzigen Augenblicke, wo die normalen Beziehungen mit

Wien wieder aufgenommen worden sind, Aehrenthal nur sehr ungern seine Zustimmung zu einer Veröffentlichung geben werde, welche Österreich hinsichtlich der andern Kabinette und der öffentlichen Meinung Europas allzusehr binden würde. „Um so mehr sind wir bereit," fügte Pichon hinzu, „Herrn Iswolsky jedesmal zu unterstützen, wenn er so wichtige und nützliche Forderungen durchsetzen will."

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 25. Februar / 10. März 1910. — Nr. 22.

..... Die österreichisch-ungarische Antwort wird Ihnen morgen mit dem Kurier zugeschickt werden; da die Lage sich nicht verändert hat, sagte mir Aehrenthal, sehe er keinen Grund, seine Meinung zu ändern, daß es unzweckmäßig sei, die von beiden Staaten angenommenen Prinzipien ihrer Balkanpolitik den andern Mächten mitzuteilen. Die beiden Länder, fügte er hinzu, haben den Kontakt wieder aufgenommen; die diplomatischen Beziehungen sind wieder normal. Aber da kein Übereinkommen getroffen worden ist, und die Grundlagen der Politik der beiden Regierungen nicht verändert worden und den andern Kabinetten schon bekannt sind, so ist es unnütz, sie ihnen mitzuteilen. Aehrenthal glaubt, eine solche Mitteilung würde die aufgestellten Grundlagen eher abschwächen als stärken. Ich bemerkte, daß auf alle Fälle das Prinzip der Erhaltung und der Konsolidierung des neuen türkischen Regimes etwas Neues sei. Der Minister erwähnte hierauf ein kleines Mißverständnis zwischen Ihnen und dem deutschen Botschafter hinsichtlich eines „angeblichen geheimen Abkommens", welches Rußland mit Österreich-Ungarn habe abschließen wollen. Er sagte mir, daß dieses Mißverständnis aufgeklärt worden sei. Es scheine ihm jedoch, Sie wären der Ansicht, daß Wien dadurch, daß es den andern Mächten keine Mitteilung machen wolle, dem politischen Kontakt zwischen Rußland und Österreich den Charakter eines Abkommens geben wolle. Dies, sagte Aehrenthal, ist kaum richtig. Er betrachtet unsern Meinungsaustausch als beendet; das Resultat ist ein sehr glückliches und es sei wünschenswert, die öffentliche Meinung der beiden Länder zu orientieren. Der Minister schloß die Unterredung, indem er mir sagte, die Lage

auf dem Balkan beunruhige ihn nicht und auch in Konstantinopel scheine alles ruhig zu sein.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 6./19. März 1910.

Aehrenthal hat mir soeben den Wortlaut der Mitteilung übergeben, die zur Orientierung der öffentlichen Meinung bestimmt ist. Berchtold wird Ihnen diesen Text übergeben. Die Veröffentlichung soll Montag in der politischen Korrespondenz erfolgen. Aehrenthal hält es nicht für nötig, daß die beiden Regierungen eine identische und gleichzeitige Veröffentlichung machen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 7./20. März 1910. — Nr. 362.

Nachdem unsere Verhandlungen mit Wien die Übereinstimmung der Prinzipien der russischen und österreichischen Balkanpolitik ergeben haben und normale diplomatische Beziehungen zwischen beiden Regierungen wiederhergestellt worden sind, habe ich dieses heute den Botschaftern von Deutschland, Frankreich, England, Italien und der Türkei durch ein aide-mémoire mitgeteilt, dem ich die diplomatische Korrespondenz, die sich auf diese Verhandlungen bezieht, beigefügt habe. Ein kurzes Resumé wird morgen durch die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht werden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 9./22. März 1910. — Nr. 27.

Ihr Telegramm Nr. 362 ist in der Nacht von Sonntag auf Montag erhalten worden und ich habe es nicht für nötig gehalten, den Inhalt Aehrenthal mitzuteilen, da das Telegramm keinen diesbezüglichen Auftrag enthielt. Als ich heute Aehrenthal aufsuchte, der am Abend nach Abazzia abreist, sagte er mir, er erwarte, daß ich ihm eine Mitteilung über das russische Communiqué machen werde, da Berchtold dies nicht habe tun können. Es blieb mir nichts anderes übrig als ihm zu sagen, ich hätte keinen derartigen Auftrag erhalten und wäre auch nicht im

Besitze des Wortlautes dieses Communiqués. Sodann berührte er die Tatsache, daß Euere Exzellenz den Wunsch des Wiener Kabinetts in bezug auf die Unzweckmäßigkeit, die andern Mächte an unserer Übereinkunft teilnehmen zu lassen, nicht berücksichtigt hätten. Endlich sprach Aehrenthal von dem Artikel in der Fortnightly Review und fügte hinzu, es wäre wünschenswert gewesen, sich, wie er vorgeschlagen, über die Antworten auf eventuelle Interpellationen in der Duma und in den Delegationen zu einigen. Zum Schlusse sagte mir Aehrenthal in warmen Ausdrücken, wie zufrieden er sei, daß unsere Verhandlungen zur Aufrechterhaltung des Friedens zu einem glücklichen Abschluß gebracht worden sind.

Sehr vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Wien Urussow an den russischen Außenminister Iswolsky vom 26. Oktober / 8. November 1910.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit Kaiser Wilhelm hat in allen hiesigen Kreisen einen freudigen Widerhall gefunden. Man sieht in dieser Zusammenkunft ein weiteres Pfand zur Erhaltung des Friedens, obwohl, wie die Wiener Zeitungen bemerken, der Friede nicht direkt bedroht war. Es ist bemerkenswert, daß die deutsch-österreichische Presse von der Potsdamer Entrevue in einer Weise spricht, als ob Österreich-Ungarn selbst daran beteiligt wäre. Auch aus den Worten Aehrenthals könnte man schließen, daß diese Zusammenkunft direkt die österreichische Politik betrifft.

Wir brauchen uns darüber natürlich nicht zu wundern oder damit unzufrieden zu sein. Im Gegenteil: wenn das Wiener Kabinett, obwohl es im geheimen sich von der Abhängigkeit von Berlin zu befreien sucht, Deutschland auf diesem Wege folgt, so ist dies ein Beweis seines aufrichtigen Wunsches, sich Rußland zu nähern. Wahrscheinlich würde man hier vorziehen, letzteres Resultat direkt zu erreichen, aber man würde sich mit dem Gedanken aussöhnen, zu diesem Zwecke auch unsere besseren Beziehungen zu Deutschland zu benutzen. Diese Erwägung veranlaßt mich, noch einmal auf den Gedanken zurückzukommen, den ich schon öfters zum Ausdruck gebracht habe: es wäre wün-

schenswert, uns bis zu einem gewissen Grade mit dem Wiener Kabinett für den Fall von Verwicklungen auf dem Balkan zu verständigen und die in Wien vorhandene Neigung zu einer solchen Verständigung zu benutzen.

Es steht meiner Ansicht nach fest, daß man versuchen müßte, eine derartige präventive Übereinkunft durch direkte Verhandlungen zu erzielen, ohne fremde Vermittlung. Der jetzige Augenblick scheint mir günstig. Selbst wenn von österreichischer Seite unerwartete und unüberwindbare Schwierigkeiten erhoben würden, so wäre auch ein erfolgloser Versuch nützlich, da die unüberwindbaren Widerstände des Wiener Kabinetts uns seine wirklichen Pläne und Absichten enthüllen würden.

Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 2./15. Februar 1911.

Nachdem ich mit größter Aufmerksamkeit und Objektivität die Berichte unserer Vertreter in Sofia und Belgrad und auch unseres Geschäftsträgers in Konstantinopel gelesen habe, komme ich zu dem Schluß, daß alle aus geheimen Quellen geschöpften Nachrichten der serbischen Regierung nur unter Vorbehalt angenommen werden können. Die schwache Seite der Serben ist ihr beständiges Bedürfnis politischer Intrigen, eine Unmenge der allerunwahrscheinlichsten Nachrichten, die ausschließlich den Zweck verfolgen, keine guten Beziehungen Rußlands zu denjenigen Mächten zuzulassen, mit denen Serbien selbst in schlechten Beziehungen ist. Die ganze Atmosphäre Belgrads ist mit ungerechtfertigter Empfindlichkeit und Erregung gesättigt. Die serbische Regierung will nicht zulassen, daß Rußland auf irgendeiner Grundlage ein Übereinkommen mit Österreich abschließt; wenn nicht die serbische Regierung, so lenkt der serbische Generalstab unsere Aufmerksamkeit auf die allerverräterischsten Absichten Österreichs. In diesem Augenblicke, da die Beziehungen Serbiens zur Türkei lange nicht befriedigend sind, besteht in den Augen der Serben kein Zweifel, daß die Türkei ein Abkommen mit Österreich geschlossen hat.

Ich teile vollkommen die Ansicht unseres Geschäftsträgers in Konstantinopel, daß Österreich-Ungarn zur Zeit keine Ab-

sichten auf den Sandschak hat. Zu diesem Schluß komme ich sowohl infolge der wiederholten Erklärungen des österreichischen Außenministers in den Delegationen, daß Österreich nicht die Absicht hat, die Politik territorialer Erwerbungen auf dem Balkan fortzusetzen, als auch auf Grund der Erwägung, daß nur auf diese Weise eine Übereinstimmung mit Rußland erzielt werden kann, welche für Österreich ein direktes politisches Bedürfnis ist.

Die für Österreich wünschenswerte Annäherung an Frankreich ist auch nur unter diesen Bedingungen möglich.

Die Vereinigung aller slawischen Nationalitäten muß natürlich das Ziel der russischen Politik sein, aber man fragt sich, wie soll man es erreichen, jetzt, da König und Regierung in Bulgarien ein solches Mißtrauen Serbien gegenüber an den Tag legen.

Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, daß ich ganz wie unser Geschäftsträger in Konstantinopel der Ansicht bin, wir müssen die Notwendigkeit, ein neues Abkommen mit Wien zu treffen, ernstlich ins Auge fassen, um soweit als möglich auf friedliche Weise unsere Interessen zu schützen. Es liegt ausschließlich der Kaiserlichen Regierung ob zu beurteilen, wann der günstige Augenblick für ein solches neues Balkanübereinkommen eingetreten sein wird. Ich habe nur die Verpflichtung, die Balkanintrigen unwirksam zu machen, die gegen ein solches Abkommen gerichtet sind und die uns leicht und gegen unsern Willen zu einem völligen Bruche mit Österreich führen könnten.

Drittes Kapitel.

Bildung des Balkanblockes[1]).

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 28. Februar / 13. März 1909.

Wie mir der serbische Geschäftsträger mitteilte, ist der serbische Außenminister Milowanovitch mit seinem zweitägigen Aufenthalt in Sofia sehr zufrieden. Aus seinen Unterredungen mit dem Zaren, den Ministern und andern politischen Persönlichkeiten hat er den Eindruck gewonnen, daß beide Staaten gemeinsame politische Interessen haben, die auf die Notwendigkeit einer engeren Verbindung hinweisen. Der Zar erwähnte ihm gegenüber den unauslöschlichen Eindruck, den ihm seine Petersburger Reise gemacht habe, und wies darauf hin, daß die militärische Kraft und das lebhafte Interesse für die slawischen Volksstaaten in Petersburg wieder auflebe.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 3./16. April 1909.

Der serbische Gesandte hat heute dem Ministerpräsidenten erklärt, das Belgrader Kabinett halte es für wünschenswert, in einen Meinungsaustausch mit Bulgarien hinsichtlich der türkischen Ereignisse zu treten, um eine gemeinsame Aktion zum Schutze der gegenseitigen Interessen einzuleiten. Dieselbe Mitteilung hat Milowanovitch dem bulgarischen Vertreter in Belgrad gemacht. Malinow hat geantwortet, es sei schwierig, zur Zeit in dieser Hinsicht einen Beschluß zu fassen, da die ganze Auf-

[1]) Siehe auch Kapitel XIII und XIV.

merksamkeit der bulgarischen Regierung augenblicklich auf die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit gerichtet sei. Trotzdem würde er gerne weitere Erklärungen haben und bäte Milowanovitch, er solle ihm seine Ansicht über die türkischen Ereignisse und seine Auffassung von einer gemeinsamen Handlungsweise mitteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Sofia vom 5./18. April 1909.

Die serbische Regierung hat uns gebeten, ihre Anstrengungen zu unterstützen, mit Bulgarien Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen in der türkischen Krise einzuleiten. Unsern Standpunkt ersehen Sie aus meinem Telegramm an unsern Belgrader Gesandten. Ihrerseits bitte ich Sie, diesen Standpunkt im Auge zu behalten, wenn weitere Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien stattfinden. Obwohl ich aus den Worten des hiesigen bulgarischen Gesandten schließen kann, daß seine Regierung bereit ist, die Frage engerer Beziehungen zu Serbien ernstlich in Erwägung zu ziehen, so müssen wir dennoch an dem Erfolge derartiger Verhandlungen bis zu einem gewissen Grade zweifeln, wie uns die frühere Erfahrung gelehrt hat. Jedoch haben wir Grund, dieses Mal größeren Erfolg zu erwarten, da man in Bulgarien die volle Unterwerfung Serbiens unter Österreich fürchtet, was für Bulgarien die unmittelbare Nachbarschaft mit Österreich-Ungarn zur Folge haben würde; andererseits hat mir der bulgarische Gesandte die Überzeugung ausgedrückt, daß Bulgarien jetzt ein volles Einverständnis in der mazedonischen Frage mit Serbien erreichen könne. Aus allem diesem geht hervor, wie vorsichtig die Verhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien geführt werden müssen, wobei auch wir nicht allzu aktiv hervortreten dürfen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 5./18. April 1909.

Wir haben stets den Gedanken einer Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien mit dem größten Wohlwollen verfolgt und eine gemeinsame Handlungsweise dieser beiden Mächte ge-

wünscht, um auf diese Weise Mißverständnissen vorzubeugen, die den gemeinsamen slawischen Interessen gefährlich werden könnten.

Ich habe in diesem Sinne mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten gesprochen, der mir versichert hat, daß auch Bulgarien solidarisch mit Serbien zu handeln wünscht. Ich teile dies unserm Gesandten in Sofia mit, da Paprikow die Absicht hat, sich mit dieser Frage nach seiner Rückkehr nach Sofia zu beschäftigen. Es ist wünschenswert, daß Serbien in der türkischen Krise die Selbstbeherrschung bewahrt und vor allem durch seine Handlungen oder unvorsichtigen Verhandlungen mit Bulgarien Österreich-Ungarn nicht den Vorwand gibt, sich aktiv in die türkische Frage einzumischen. Sprechen Sie in diesem Sinne vertraulich mit Milowanovitch.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 14./27. April 1909. — Nr. 34.

Die serbischen Sympathien für Bulgarien treten seit der Beendigung des serbisch-österreichischen Konfliktes immer stärker zutage. Die Presse spricht immer lauter von der Notwendigkeit einer Annäherung der beiden Länder auf der Grundlage der allgemeinen slawischen Interessen. Dieser Standpunkt wird auch von der serbischen Regierung geteilt. Die Eröffnungen, die in diesem Sinne von dem bulgarischen Vertreter in Belgrad gemacht worden sind, sind sehr beifällig aufgenommen worden. Trotzdem haben die schon begonnenen Verhandlungen noch zu keinem positiven Resultat geführt — nicht einmal der Umriß eines Abkommens zwischen den beiden slawischen Staaten ist festgestellt worden. Es wäre am natürlichsten, das frühere Abkommen als Grundlage zu benutzen, welches schon vollkommen ausgearbeitet war, schließlich aber infolge österreichischer Einwirkung nicht durchgeführt wurde. Auf alle Fälle erscheint es wünschenswert, die Annäherung ganz allmählich durchzuführen, indem man jetzt mit weniger wichtigen Fragen anfängt, z. B. der Verbesserung der Eisenbahnverbindungen, der Geldeinheit usw. Fragen politischer Art würden die ersten Verhandlungen erschweren und das endgültige Resultat unnötigerweise in Frage stellen.

Aus meinen Unterredungen mit Milowanovitch ersehe ich, daß die serbische Regierung befürchtet, daß man bei den Verhandlungen gefährliche und schwierige Besprechungen über Mazedonien und die dort herrschende Feindschaft zwischen serbischen und bulgarischen Elementen nicht wird vermeiden können.

Der Außenminister versicherte mir jedoch, daß den serbischen Konsuln in Mazedonien der Befehl gegeben worden ist, sich jeder Einmischung in die dortigen Unruhen zu enthalten und nötigenfalls im Einvernehmen mit den bulgarischen Agenten zu handeln.

Dieser Standpunkt der serbischen Regierung ist in der Erwägung begründet, daß es augenblicklich unzweckmäßig wäre, in Mazedonien nationale Fragen aufzuwerfen. Serbien hat die Absicht, sich aller aktiven Maßnahmen zu enthalten. Das Kabinett Novakovitch will jetzt ganz korrekt handeln.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 21. April / 4. Mai 1909.

In feierlicher Audienz habe ich heute als erster der hiesigen ausländischen Vertreter König Ferdinand mein Beglaubigungsschreiben übergeben. In einer darauffolgenden einstündigen Unterredung hat der König in den wärmsten Ausdrücken von der Unterstützung gesprochen, die Bulgarien in unserm Souverän gefunden hat, und wies hierbei auf die bulgarische Bereitschaft hin, die zwischen Rußland und Bulgarien bestehenden herzlichen Beziehungen weiter zu entwickeln. Der Gedanke einer weiteren Annäherung zwischen beiden Ländern werde jetzt in Sofia besprochen und der König hoffe, daß auch ich mich hieran beteiligen werde. Da ich keine Instruktionen in dieser Hinsicht bekommen habe, ich aber aus den Worten des bulgarischen Außenministers schließe, daß die Frage eines politischen Abkommens zwischen Rußland und Bulgarien im Prinzip beschlossen sei, so antwortete ich dem König in allgemeinen Ausdrücken und wies darauf hin, daß es wünschenswert sei, daß Paprikow konkrete Vorschläge ausarbeite. Auf diese Weise, scheint es mir, würden wir bei Verhandlungen in einer günstigen Position sein.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Sofia vom 29. April / 12. Mai 1909.

Ihr Telegramm vom 21. April erhalten. Alles, was Sie König Ferdinand hinsichtlich des in Aussicht genommenen politischen Abkommens gesagt haben, findet unsere Zustimmung. Sie können weiter sagen, daß die russische Regierung mit Vergnügen konkrete Vorschläge von seiten Bulgariens prüfen und in Betracht ziehen wird.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 12./25. Mai 1909. — Nr. 38.

Soviel ich erfahre, hat die bulgarische Regierung ausweichend auf den serbischen Vorschlag geantwortet, man solle den Text des alten Handelsvertrages zwischen Serbien und Bulgarien zum Ausgangspunkte der bevorstehenden Verhandlungen machen. Ohne eine direkte Absage zu geben, hat die bulgarische Regierung angedeutet, sie ziehe es vor, diese ganze Frage einstweilen noch aufzuschieben. Es ist jedoch zu bemerken, daß gerade auf dieser konkreten Grundlage eine erste Annäherung hätte stattfinden können, welche dann realere Formen anzunehmen hätte. Die Serben wünschen die Verhandlungen gleichberechtigt zu führen, während Bulgarien augenscheinlich die serbischen Vorschläge bloß anzuhören wünscht und selbst keine Vorschläge macht, was in hiesigen Regierungskreisen verletzt. Deshalb erscheint die Möglichkeit einer Annäherung, trotzdem in der jetzigen politischen Lage die günstigsten Vorbedingungen gegeben sind, recht problematisch, wenigstens was die nächste Zukunft anbelangt.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 26. Mai / 8. Juni 1909. — Nr. 44.

Die serbisch-bulgarischen Verhandlungen sind immer noch auf einem toten Punkte. In serbischen Regierungskreisen schreibt man diese bedauerliche Verzögerung nicht so sehr der ablehnenden Haltung der bulgarischen Regierung zu, als der persönlichen Einwirkung König Ferdinands.

Diese Ansicht wird durch den Umstand bekräftigt, daß der bulgarische König bei einer ganzen Reihe von Anlässen deutlich

gezeigt hat, daß er den serbischen Bestrebungen nicht entgegenkommen will. So z. B. hat er bei seiner Durchreise durch Belgrad nach Venedig seine Zustimmung zu einem offiziellen Empfange in Serbien nicht gegeben und statt in Belgrad den königlichen Zug in dem ungarischen Grenzstädtchen Semlin anhalten lassen. Ferner, als der serbische Vertreter in Sofia sein Beglaubigungsschreiben übergeben sollte, befanden sich in dem letzteren die Worte: „Die slawische Solidarität, die Stimme des Blutes, die gemeinsamen Leiden und Hoffnungen und mehr als alles das — der unerschütterliche Glaube an unsere gemeinsame Zukunft veranlaßt uns, den bulgarischen Erfolg als eine wichtige Unterlage unserer gemeinsamen Zukunft zu begrüßen." Das bulgarische Kabinett hat gegen diese Worte Einwand erhoben und deren Veränderung verlangt. Der serbische Vertreter hat sich deshalb mit einer Begrüßung in allgemein gehaltenen Ausdrücken begnügt.

Diese Ereignisse veranlassen die serbische Regierung zur Annahme, daß Bulgarien die Rücksichtnahme Österreich gegenüber übertreibt und dadurch die Annäherung zwischen den beiden Brudervölkern, die augenblicklich so wünschenswert ist, unmöglich macht.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in Sofia vom 3./16. August 1909. — Nr. 759.

Ich habe Ihre letzten politischen Berichte erhalten, die die wichtige Frage der jetzigen Richtung der bulgarischen Außenpolitik erörtern. Ihre Nachrichten stimmen mit dem überein, was mir auch von serbischer Seite mitgeteilt worden ist. Von beiden Seiten ist auf den bedeutungsvollen Umstand hingewiesen worden, daß die bulgarische Regierung den Wunsch geäußert hat, aus dem Beglaubigungsschreiben des serbischen Gesandten in Sofia sollten die Worte ausgelassen werden, welche die engen Beziehungen zwischen den beiden slawischen Völkern erwähnen.

Sehr bedeutsam ist die Erwähnung von Verhandlungen zwischen Bulgarien und Österreich, deren Charakter uns bisher noch nicht bekannt ist. Man muß annehmen, daß außer rein kommerziellen Fragen auch solche politischer Natur besprochen

wurden, und zwar wohl kaum in einem für Rußland sehr freundschaftlichen Sinne.

Was jedoch Ihren Hinweis auf die Möglichkeit einer Aufteilung Serbiens anbelangt, so erscheint uns eine solche Annahme unwahrscheinlich, da Bulgarien wohl kaum wünscht, der direkte Nachbarstaat Österreich-Ungarns zu werden.

In Anbetracht all dieser Umstände kann die russische Regierung der neuen Richtung der bulgarischen Politik nicht teilnahmlos gegenüberstehen und ich bitte Sie, einen diesbezüglichen vertraulichen Meinungsaustausch mit dem bulgarischen Außenminister herbeizuführen. Sie können das Ihnen hiermit zur Verfügung gestellte Material benutzen, ohne jedoch zu erkennen zu geben, aus welcher Quelle es stammt, um dem Minister in freundschaftlicher Weise zu erklären, einen wie ungünstigen Eindruck auf uns einerseits die geheimnisvollen Beziehungen zu Wien machen und andererseits die unliebenswürdige Haltung dem benachbarten slawischen Staate gegenüber. Wir lassen natürlich nicht die Möglichkeit zu, daß während des Bestehens der bekannten gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Rußland und Bulgarien letzteres wirklich die Absicht habe, Österreich gegenüber Verpflichtungen einzugehen; doch finden wir, daß die russische Regierung, ohne sich in die inneren Angelegenheiten des Königreichs einmischen zu wollen, das Recht hat zu verlangen, daß Bulgarien, dem Rußland soeben einen so wichtigen Dienst erwiesen hat, größere Offenheit an den Tag legt.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 21. Oktober / 3. November 1909.

Ich habe Ihnen telegraphisch über den Eindruck berichtet, den der serbische Außenminister während seines Londoner Besuches aus seinen Unterredungen mit Grey und Hardinge über die Stellung Italiens in der internationalen Politik empfangen hat. Im allgemeinen ist ihm dasselbe gesagt worden wie mir von seiten Hardinges. Aber Milowanovitch gegenüber scheint Grey ganz besonders auf die Möglichkeit hingewiesen zu haben, daß von seiten Österreichs ein Schritt erfolgen könne, um den nachhaltigen und günstigen Eindruck abzuschwächen, den der

Besuch des russischen Kaisers an dem italienischen Hofe überall hervorgerufen hat.

Diese Befürchtungen scheinen Milowanovitch übertrieben; es scheint ihm unwahrscheinlich, daß Aehrenthal sich zu irgendeinem aktiven Schritt entschließen wird.

Der serbische Minister hat mir nicht gesagt, weshalb er nach London gekommen ist; Hardinge jedoch, den ich gestern gesehen habe, erklärte mir, er und auch Grey fänden Milowanovitch zu unruhig, vielleicht auch ein bißchen zu unternehmend. Es wäre ihm unverständlich gewesen, weshalb er hier in London die Frage aufgeworfen habe, daß der Endpunkt der zukünftigen adriatischen Eisenbahn mehr nach Süden verlegt werden solle. Es ist ihm geantwortet worden, daß England kein direktes Interesse in dieser Angelegenheit habe, die eher Rumänien interessiere, mit dem sich also Serbien verständigen solle. Außerdem hat der serbische Minister den Wunsch geäußert, man solle die zukünftige Lage des Sandschaks von Nowibasar genau bestimmn, um die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Besitzergreifung von seiten Österreichs zu verhindern. Hardinge hat mir nicht gesagt, was Grey erwidert hat, doch scheint die Antwort negativer Natur gewesen zu sein, da er mir gleichzeitig mitgeteilt hat, daß Tittoni sich mit einem ähnlichen Ersuchen an den englischen Botschafter in Rom gewandt hat. Tittoni, unter Berufung auf das zwischen Italien und Rußland in Racconigi getroffene Abkommen über die Erhaltung des status quo auf dem Balkan, welchem Abkommen England und Frankreich beigetreten seien, scheint es für möglich zu halten, auch die anderen Staaten, d. h. Österreich und Deutschland, aufzufordern, diesem Abkommen beizutreten.

Hardinge nannte Tittoni einen „äußerst nervösen" Menschen und gab mir zu verstehen, daß die Anregung einer solchen Frage hier für unzeitgemäß und gefährlich gehalten wird.

Es will mir scheinen, daß man hier mit dem Milowanovitch gemachten Hinweis auf die Stellung Italiens und die möglichen Absichten Österreichs nicht nur bezweckte, Serbien von einem unbedachten Schritte zurückzuhalten, sondern auch Italien darauf hinweisen wollte, aus der abwartenden Stellung nicht herauszutreten. In Wirklichkeit hält man wohl auch hier irgendeinen

Schritt Aehrenthals im Hinblick auf die Zusammenkunft in Racconigi für kaum wahrscheinlich.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 2./15. November 1909.

Während einer Unterhaltung mit dem englischen Botschafter hat Tittoni der Meinung Ausdruck gegeben, daß, da in Racconigi zwischen Rußland und Italien ein Einvernehmen hinsichtlich der Erhaltung des status quo auf dem Balkan erzielt worden sei und auch Österreich sich zu diesem Standpunkt bekenne, es im Grunde genommen gelingen müsse, dieses Prinzip in der Praxis durchzuführen. Tittoni hat weder von einem Schritt bei den Großmächten noch von einer gegenseitigen schriftlichen Verpflichtung gesprochen. Da von derartigen Gerüchten auch im französischen Ministerium des Auswärtigen gesprochen worden ist, so soll diese Nachricht außer in London und Petersburg auch in Paris dementiert werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Sofia vom 15./28. September 1910.

Sie haben recht getan, Malinow in Anbetracht der zwischen der Türkei und Rumänien abgeschlossenen Militärkonvention auf die Notwendigkeit einer Annäherung mit Serbien hinzuweisen. In demselben Sinne habe ich mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten gesprochen und hinzugefügt, daß derartige Gerüchte beweisen, wie vorsichtig die bulgarische Politik in den jetzigen unruhigen Zeiten sein muß. Meinerseits muß ich hervorheben, daß man in Paris, trotz der Behauptung Paléologues, das Bestehen einer türkisch-rumänischen Militärkonvention nicht als erwiesen erachtet. Ich teile diese Ansicht der französischen Regierung, halte aber die Lage für Bulgarien trotzdem nicht für minder gefährlich. Die Haltung der rumänischen Regierung in Balkanfragen ist deutlich hervorgetreten und das schwache Dementi, das der Militärkonvention entgegengesetzt wird, bestärkt uns in unserer Ansicht über die Absichten Rumäniens im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Bulgarien und der Türkei.

Geheimer Bericht des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1910. — Nr. 52.

Der geheime Brief Eurer Exzellenz vom 4. Oktober d. J. — Nr. 848 —, der bestimmte Instruktionen enthält, den jetzigen Augenblick zu benutzen, um die bulgarische Regierung zu einer Annäherung an Serbien zu veranlassen, ist hier gleichzeitig mit meiner Rückkehr aus dem Urlaube erhalten worden. Deshalb hat unser Geschäftsträger diesen Brief nicht beantworten können und diese Aufgabe fällt naturgemäß mir zu. Nach genauer Prüfung der hiesigen Situation erlaube ich mir, Eurer Exzellenz die folgenden Erwägungen zu unterbreiten.

Aus der langen Reihe meiner Berichte weiß die Kaiserliche Regierung, daß ich während meiner dreijährigen Tätigkeit in Sofia nichts unterlassen habe, um aufrichtige und dauerhafte Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien herbeizuführen. Im Laufe der zahlreichen Unterredungen, die ich nicht nur mit Mitgliedern der Regierung, sondern auch mit dem König selbst und verschiedenen Parteiführern gehabt habe, habe ich alle diejenigen Beweisgründe vorgebracht, welche auf die Notwendigkeit einer Annäherung der beiden slawischen Staaten hinweisen. Abgesehen von dieser, von mir persönlich ausgehenden Einwirkung, hat auch der Ministerpräsident Malinow während seiner Anwesenheit in Petersburg vom Außenminister selbst eine deutliche und erschöpfende Darlegung unseres Standpunktes gehört. Alle diese Versuche haben jedoch bis jetzt zu keinem praktischen Ergebnis geführt und man kann mit Sicherheit sagen, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen auch jetzt keinen Erfolg in dieser Hinsicht werden erzielen können.

Man muß nicht vergessen, daß die Bulgaren praktisch veranlagte Leute sind, und dem Ministerium wird es bekannt sein, daß der jetzige bulgarische Ministerpräsident sich in der Politik als einen Realisten bezeichnet hat. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, so muß ein Übereinkommen mit Serbien unnütz erscheinen: es kann Bulgarien nichts geben, denn an und für sich kann es nicht dazu beitragen, Bulgarien die Verwirklichung seiner nationalen Aspirationen zu erleichtern. Dann muß man im Auge behalten, daß der bestimmende Faktor der

bulgarischen auswärtigen Politik König Ferdinand ist, der sich vor allem von persönlichen Erwägungen leiten läßt. Dieser Umstand hat die beständigen Schwankungen hervorgerufen, die sich in letzter Zeit ganz besonders deutlich in den bulgarisch-serbischen Beziehungen gezeigt haben.

Unter solchen Umständen wird es nötig sein, die Politik Bulgariens sozusagen zu kanalisieren, wobei wir natürlich darauf Bedacht haben müssen, daß die Richtung, die wir der bulgarischen Politik zu geben suchen, im allgemeinen der serbischen entspricht. Soviel ich weiß, haben sich die serbischen politischen Führer endgültig auf Rußlands Seite gestellt und befinden sie sich folglich auch auf dem Wege einer Annäherung an Frankreich und England. Diese Formel müßte auch von Bulgarien angenommen werden. Zu diesem Zwecke wird es nötig sein, letzteres zu überzeugen, daß, indem es diese Formel annimmt, es sich damit auch die restlose Verwirklichung des nationalen Ideals zusichert. Unter solchen Umständen wird es auch König Ferdinand schwer werden, von diesem Wege abzuweichen, ohne befürchten zu müssen, daß ein solches Abweichen als Verrat ausgelegt werden wird, für den er sich persönlich wird verantworten müssen; und diese Furcht wird ihn zurückhalten. Sein ganzer früherer Standpunkt der mazedonischen Bewegung gegenüber ist der beste Beweis. Aber um der Entwicklung der Dinge diese Richtung zu geben, ist es notwendig, daß auch wir die von uns zu verfolgenden Ziele genau umschreiben und die Mittel hierzu vorbereiten, unter der Bedingung natürlich, daß unsere Politik, wie ich schon früher betont habe, einen „nationalen und slawischen" Charakter trägt. Wenn wir auf die eine oder andere Weise hier bewiesen haben werden, daß Rußland sich endgültig auf diesen Standpunkt gestellt hat, dann wird es leicht sein, eine Vereinigung der slawischen Balkanstaaten herbeizuführen, denn dann werden sie alle ein allgemeines, grundsätzliches Interesse daran haben. Aus diesem Grunde habe ich öfters darauf hingewiesen, daß die Einigung der Balkanvölker nur möglich ist, wenn Rußland die ganze Angelegenheit in seine eigenen Hände nimmt; im andern Falle werden alle Bestrebungen zu keinem Ergebnis führen.

Dies ist meine prinzipielle Ansicht. Zu Einzelheiten übergehend muß ich offen sagen, daß ich, unter Berücksichtigung der

augenblicklichen Lage, die Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten nach Belgrad nicht für wünschenswert halte. Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Reise als eine Antwort auf die türkisch-rumänische Verständigung ausgelegt und dazu benutzt werden wird, das Mißtrauen zu Bulgarien von seiten seiner nächsten Nachbarn, der Türkei und Rumänien, und dann auch das Mißtrauen zu Serbien von seiten Österreichs und der Türkei zu verschärfen. Öl ins Feuer zu gießen haben wir keinen Grund und entspricht nicht unsern Wünschen. In dieser Hinsicht wird schon genug gearbeitet. Die Frage der Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien müssen wir vorsichtig anfassen, ohne Lärm und ohne Demonstrationen. Die Reise Malinows wäre gerade eine solche Demonstration und könnte nur Schaden anrichten. Natürlich äußere ich diese Ansicht nur als eine der augenblicklichen Lage angepaßte Erwägung, prinzipiell habe ich nichts gegen sie, halte sie aber nur dann für möglich, wenn sie nichts anderes bedeutet, als einen einfachen Höflichkeitsakt. Ich kann außerdem nicht umhin zu bemerken, daß, abgesehen von allen seinen guten Eigenschaften, der jetzige bulgarische Ministerpräsident mir nicht als die geeignete Persönlichkeit erscheint, so heikle Verhandlungen zu führen.

Ich habe meine erste Unterredung mit dem Ministerpräsidenten dazu benutzt, die Frage der bulgarisch-serbischen Beziehungen zu berühren. Malinow versuchte mich zu überzeugen, daß diese Beziehungen „freundschaftliche" seien; aber es wollte mir scheinen, daß er selbst dieses kaum glaubt. Außerdem habe ich in demselben Sinne mit dem Chef des Geheimkabinetts gesprochen, der den Inhalt unserer Unterredung dem König mitgeteilt hat. Auf diese Weise habe ich alles augenblicklich Notwendige getan; aber wie gesagt, man muß den Dingen auf den Grund gehen, und der Grund sind jene allgemein radikalen Erwägungen, welche ich ganz offen oben dargelegt habe und welche das Resultat meiner dreijährigen hiesigen Tätigkeit sind.

Geheimer Bericht des russischen Gesandten in Griechenland an den russischen Außenminister vom 2./15. Januar 1911. — Nr. 1.

Mein bulgarischer Kollege hat mir vertraulich folgendes mitgeteilt: Nach einer kurzen Unterredung, die sich auf eine der

schwebenden Fragen bezog, hat der griechische Außenminister ihm gesagt, er hoffe, daß er in nächster Zukunft mit Hadjimischew „ernstere Fragen" besprechen wird, worauf letzterer geantwortet hat, er wäre vollkommen bereit, mit Griparis einen Meinungsaustausch zu beginnen. Es handelt sich augenscheinlich um Verhandlungen, die eine Annäherung zwischen Griechenland und Bulgarien herbeiführen sollen. Da aber der bulgarische Gesandte bisher keine diesbezüglichen Instruktionen erhalten hat, so hat er die Erklärungen von Griparis sofort zur Kenntnis seiner Regierung gebracht. Hadjimischew beteuert, man wolle in Sofia freundschaftliche Beziehungen zu Griechenland herstellen. Ein Beweis ist seine Ernennung nach Athen, wo Bulgarien bis jetzt nur einen Geschäftsträger hatte. Aber „ein Übereinkommen mit dem Athener Kabinett (er benutzte sogar den Ausdruck Allianz) entspricht durchaus nicht den Interessen Bulgariens. Einerseits," sagte er, „weil schriftliche Abmachungen oft zum entgegengesetzten Resultat führen, und andererseits, weil Bulgarien mit allen Balkanstaaten in Frieden zu leben wünscht und hauptsächlich danach trachtet, seine Beziehungen zur Türkei zu verbessern. Obwohl die letzteren durchaus normal, so sind sie doch nicht derartig, wie die bulgarische Regierung sie zu sehen wünscht." Zur Frage der griechisch-bulgarischen Beziehungen übergehend sagte mir Hadjimischew, er sehe nicht ein, auf welcher Grundlage ein solches Übereinkommen abgeschlossen werden könne, um so mehr als Bulgarien erst dann ein Handelsabkommen mit Griechenland abschließen wolle, nachdem es seine Handelsbeziehungen zu den Großmächten geordnet haben werde. Was die jahrhundertelangen Kämpfe zwischen griechischen und bulgarischen Elementen in Mazedonien anbelangt, so erscheint die Beendigung derselben seiner Ansicht nach die Folge der gleichen Bedrückungen zu sein, denen die Griechen und Bulgaren von seiten der Türken ausgesetzt sind.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 26. Februar / 11. März 1911.

Der hiesige bulgarische Gesandte hat seinen Monarchen auf dessen Rückreise aus Wien begrüßt und hat mir vertraulich mit-

geteilt, er habe aus seiner Unterredung mit König Ferdinand die feste Überzeugung gewonnen, daß Seine Majestät von seiner Zusammenkunft mit dem österreichischen Kaiser sehr wenig befriedigt sei, da dieselbe zu keinem Resultate geführt habe. Der Ansicht des bulgarischen Gesandten nach wird dieses dazu beitragen, die Beziehungen zwischen beiden Staaten erkalten zu lassen und eine russophile Strömung zu erleichtern. Die Richtigkeit meiner Folgerungen, sagte Tochew, wird sich vielleicht schon in nächster Zeit erweisen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 19. März / 1. April 1911. — Nr. 110.

Der bulgarische Gesandte hat mir mitgeteilt, daß die Bildung eines Ministeriums Tochew unter Teilnahme von Parteigängern Danews in türkischen Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen hat. Der türkische Außenminister hat vertraulich mitgeteilt, türkischerseits würden alle Maßregeln getroffen werden, um die guten Beziehungen zu Bulgarien zu kräftigen, indem der bulgarischen Bevölkerung Mazedoniens Ruhe, persönliche Sicherung und Gleichberechtigung zugestanden werden sollen, was, wie wir glauben, die bulgarische Regierung interessieren dürfte.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 20. März / 2. April 1911.

Der König von Montenegro hat hierher mitteilen lassen, daß er den Standpunkt der serbischen Regierung teile — sowohl was die allgemeine politische Lage anbelange, als auch was die Ziele der gemeinsamen serbischen und montenegrinischen Politik betreffe. Der König zieht die serbische Antwort in Betracht; diese Antwort soll zur Grundlage eines Abkommens zwischen beiden Staaten dienen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 26. März / 8. April 1911.

In einer langen und aufrichtigen Unterredung sagte mir Danew, daß er die Meinung Geschows über die bulgarisch-serbi-

schen Beziehungen nicht ganz teilen könne. Seiner festen Überzeugung nach muß Bulgarien mit Serbien mit unlöslichen Banden verknüpft sein — es ist für Bulgarien im eignen Interesse außerordentlich wichtig, Serbien von einem möglichen Hinneigen zu Österreich abzuziehen und auf diese Weise einen Damm gegen österreichische Aspirationen auf dem Balkan zu ziehen, hauptsächlich in der Richtung Salonikis, welches auch für Bulgarien ein langersehntes Ziel ist. Der Abschluß eines Zollbundes soll der erste Schritt in dieser Richtung sein. Der kategorische Ton dieser Erklärungen und die Stellung, die Danew in der von ihm ins Leben gerufenen Koalition einnimmt, lassen mich glauben, daß die bulgarische Politik jetzt diese Richtung endgültig einschlagen wird.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 14./27. Mai 1911. — Nr. 80.

Wenn Sie nichts dagegen haben, beabsichtige ich nach Sofia zu fahren, um daselbst zusammen mit unserm Gesandten in einen Meinungsaustausch mit den bulgarischen Mimstern und Danew zu treten, die ich schon seit langem kenne. Dies würde hier einen guten Eindruck hervorrufen und würde vielleicht die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien weiter fördern.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Gesandten in Sofia vom 25. Juni / 8. Juli 1911.

Wenn Sie es aus örtlichen Erwägungen für nötig halten, so haben wir keine Einwendungen, daß Sie im Einvernehmen mit der bulgarischen Regierung durch die Presse die Gerüchte von einer Militärkonvention des Jahres 1902 als apokryph bezeichnen[1]).

[1]) Daß die Militärkonvention tatsächlich bestanden hat, geht aus folgendem Telegramm hervor: Telegramm Sasonows an den russischen Botschafter in London. Petersburg, den 16./29. Januar 1913 Nr. 136. Identisches Telegramm nach Paris. Sehr geheim und ganz vertraulich. Ich bitte Sie, in vertraulicher Weise den Außenminister von Folgendem zu verständigen: Da seinerzeit das Bestehen einer Militärkonvention zwischen Österreich und Rumänien festgestellt wurde, haben Rußland und Bulgarien im Jahre 1902 einen Ver-

Telegramm des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 25. September / 8. Oktober 1911. — Nr. 42.

Sehr vertraulich. Der bulgarische Ministerpräsident Geschow war heute bei mir und teilte mir die Unterredung mit, die er mit den Außenministern Frankreichs und Österreichs gehabt hat. Beide schienen ihm optimistisch und haben ihm angeblich gesagt, daß Italien, um die tripolitanische Frage schnell zu liquidieren, darauf eingehen wird, die nominelle Souveränität der Türkei in Tripolis anzuerkennen und ihr eine Entschädigung zu zahlen. Sodann sagte mir Geschow, daß unsere Gesandten in Sofia und Belgrad energisch auf dem Abschluß eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien unter dem Protektorate Rußlands bestehen. Geschow gibt sich vollkommen Rechenschaft, daß ein derartiger Balkanblock, in diesen unruhigen Zeiten gebildet, Österreich gegen Bulgarien und Serbien aufbringen muß, und hinter Österreich würden in diesem Falle Rumänien und die Türkei stehen. Ehe er sich zu einem solchen Schritt entschließt, möchte Geschow wissen, auf welche Garantie von seiten Rußlands Bulgarien rechnen könne. Geschow fügte hinzu, es sei ihm bekannt, unser Gesandter in Sofia sei nach Davos zu Sasonow gefahren, um ihm die Lage darzulegen. Ich habe Geschow geantwortet, daß eine Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien von uns nur begrüßt werden kann. Die Vereinigung des griechisch-orthodoxen-slawischen Elementes stelle eine große Kraft dar, aber ich könne ihm nichts über die Garantien eines solchen Bundes sagen, da die unsern Gesandten in Sofia und Belgrad zu diesem Zwecke gegebenen Instruktionen mir

---

trag geschlossen, auf Grund dessen Bulgarien sich verpflichtet, uns im Falle eines Krieges mit einer der Dreibundmächte zu Hilfe zu kommen, während wir uns unsererseits verpflichteten, Bulgarien die territoriale Integrität zu garantieren. Dieser Vertrag nützte bis jetzt ausschließlich uns, da Bulgarien durch ihn gebunden war. Von uns wurde weiter nichts verlangt, als das was wir Bulgarien aus politischen und ökonomischen Gründen nicht hätten verweigern können, selbst wenn kein Vertrag bestanden hätte. Heute jedoch, in Anbetracht der drohenden Haltung Rumäniens, haben wir es für nötig erachtet, in Bukarest durch unsern dortigen Gesandten eine freundschaftliche Warnung zu erteilen, über die Sie ebenfalls dem Minister in vertraulicher Weise evrichten können. Wir halten es unsererseits für sehr wünschenswert, daß die Kabinette von Paris und London ihrerseits auf Bukarest einwirken.

unbekannt seien. Unsere Vertreter auf dem Balkan seien die einzigen kompetenten Organe für solche Verhandlungen. Ich könne ihm nur raten, die Rückkehr unseres Gesandten nach Sofia abzuwarten. Außerdem sei heutzutage unser allgemeines Interesse — die Beobachtung der strengsten Neutralität. „Dies ist möglich," erwiderte mir Geschow, „auf der Balkan-Halbinsel werden wir jedenfalls nichts tun, ohne Rußland vorher in Kenntnis zu setzen."

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 29. November / 12. Dezember 1911. — Nr. 98.

König Ferdinand hat bis gestern Geschow nichts über seine Unterredungen in Wien gesagt. Danew dagegen hat er gesagt, daß er mit dem „alten und kranken" Kaiser über Politik nicht gesprochen hat. Mit Aehrenthal hat er lange gesprochen, wobei Aehrenthal die Absichten Bulgariens zu erkennen suchte und dem König angeblich erklärt hat, im Prinzip und unter gewissen Bedingungen wäre Österreich nicht abgeneigt, wenn Bulgarien seine Grenzen in der Richtung Mazedoniens erweitern würde. Der König hat hierauf ausweichend geantwortet. Er hat bemerkt, daß Aehrenthal und die Wiener politischen Kreise beunruhigt und unsicher sind. König Ferdinand hat in den letzten Monaten beständige und aufrichtige Beziehungen zu Danew unterhalten und hat damit seine Zurückhaltung Geschow gegenüber sozusagen unterstreichen wollen. Danew teilte mir mit, daß, soviel er hat beobachten können, König Ferdinand sich in den letzten Wochen immer mehr davon überzeugt hat, daß zwischen Rußland, Frankreich und England dauernde, enge und sich gegenseitig stützende Beziehungen unterhalten werden, und er ist überzeugt, daß die Kräfte dieser drei Mächte denen Deutschlands und Österreichs überlegen sind. Diese Erkenntnis, wie Danew und Geschow hoffen, können den König veranlassen, sich endgültig einem Abkommen mit Serbien und Rußland zuzuwenden; und dann wird es für ihn und Bulgarien kein Zurück mehr geben. Ich hege dieselbe Hoffnung, fürchte aber immer noch, daß die sozusagen organische Unentschiedenheit des unbedingt neurasthenischen Monarchen schließlich doch die Ober-

hand gewinnt; auch fürchte ich, daß die außergewöhnlichen Gunstbezeigungen, die dem überzeugtesten Russophilen Danew vom König erwiesen werden, schließlich damit enden, daß Geschow sich zurückziehen muß und daß dadurch die augenblicklich außerordentlich starke Koalition der Zankowisten und Narodniki geschwächt wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 17./30. März 1912. — Nr. 580.

Identisches Telegramm nach Paris. Persönlich. Zwischen Serbien und Bulgarien ist mit unserm Wissen ein Bündnis abgeschlossen worden zu gegenseitiger Verteidigung und zum Schutze der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderung des status quo auf dem Balkan oder des Angriffes einer dritten Macht auf eine der vertragschließenden Parteien. Geschow und der serbische Gesandte in Sofia Spalaikovitch haben das Zustandekommen dieses Vertrages dem englischen Gesandten in Bulgarien Ironside mitgeteilt. Ich bitte Sie, einen Ihrer Ansicht nach richtigen Zeitpunkt zu benutzen, um Poincaré obiges mündlich zu seiner persönlichen Information mitzuteilen, indem Sie ihn auf die allerernsteste Weise darauf aufmerksam machen, daß der Abschluß des Bündnisses unbedingt geheimgehalten werden muß. Sie können hinzufügen, daß, da eine besondere Geheimklausel beide Seiten verpflichtet, die Ansicht Rußlands einzuholen, ehe sie zu aktiven Maßnahmen schreiten, — wir der Ansicht sind, daß wir auf diese Weise ein Mittel in Händen haben, auf beide Staaten einzuwirken, und daß wir gleichzeitig eine Schutzmaßregel getroffen haben, um uns der Erweiterung des Einflusses einer größeren Macht auf dem Balkan zu widersetzen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. März / 1. April 1912. — Nr. 91.

Ihr Telegramm Nr. 580 erhalten. Da Ironside auf dem laufenden ist, halte ich es für nötig, Grey gegenüber diese Frage in vertraulicher Weise zu erwähnen. Wenn ich keine anderen Instruktionen erhalte, will ich es in einigen Tagen tun.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 22. März / 4. April 1912. — Nr. 33.

Die bulgarische Regierung bedarf dringend einer Anleihe von 160 bis 180 Millionen Franken, um die Konversion der 82 Millionen der 6 % igen Anleihe zu Ende zu führen und um die Eisenbahnlinie Jamboli—Kisil—Agatch und Kaspian—Silistria in Angriff zu nehmen. Die Anleihe soll in Frankreich abgeschlossen werden, dessen hiesiger Vertreter Geschow in letzter Zeit immer wieder darauf hingewiesen hat, daß die erste Bedingung des französischen Kabinettes, diese Finanzoperation zu gestatten, die kategorische Erklärung der bulgarischen Regierung sei, daß von jetzt an Bulgarien sich dem Kreislaufe der Politik der drei Ententemächte anschließe. Infolgedessen hat sich Geschow mit Zustimmung des Königs an mich gewandt, um Sie zu bitten, Bulgarien in dieser Frage zu unterstützen und das Pariser Kabinett von der von Bulgarien gewählten politischen Richtung zu verständigen. Geschow fügte hinzu, die bulgarische Regierung gebe formale Garantien, daß die Anleihe nicht zu Rüstungszwecken verwendet werden wird, sondern zur Konversion und zu Eisenbahnbauten. Geschow wird dem französischen Gesandten mitteilen, daß die bulgarische Regierung die Absicht habe, eine derartige Anleihe aufzunehmen; der bulgarische Vertreter in Paris hat schon diesbezügliche Instruktionen erhalten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 3./16. April 1912. — Nr. 34.

Der französische Gesandte hat Geschow mitgeteilt, seine Regierung gebe ihre prinzipielle Zustimmung zu der bulgarischen Anleihe in Paris. Die Verhandlungen über die Summe und über die Einzelheiten werden sofort beginnen.

Bericht des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912. — Nr. 16.

Geschow, nach Sofia zurückgekehrt, hat mir mitgeteilt, daß das Abkommen zwischen Bulgarien und Griechenland unterzeichnet ist. Der ungefähre Inhalt dieser Übereinkunft ist in meinem Telegramm vom 1. Mai mitgeteilt worden. Die bul-

garische Regierung hat diejenigen Ausdrücke nicht verändert, auf deren Unzulänglichkeit und Gefahr ich in Ihrem Auftrage Geschows Aufmerksamkeit gelenkt hatte. Wie Sie wissen, hat Geschow auf unsere Bemerkungen Entgegnungen geäußert, denen eine gewisse Bedeutung nicht abzusprechen ist. Aber ich weiß, daß der bulgarische Außenminister, selbst wenn er gewollt hätte, die Veränderungen im Texte nicht hätte vornehmen können, da dies die Unterzeichnung des Abkommens verzögert hätte: inzwischen verlangte aber König Ferdinand aufs energischste die möglichst schnelle Unterzeichnung und seine Ansicht wurde von einigen Kabinettsmitgliedern und von allen höheren Militärs geteilt.

Trotzdem glaube ich nicht, daß dieses Abkommen zu ernsten Verwicklungen auf dem Balkan führen wird. Das alte Mißtrauen, das zwischen Bulgaren und Griechen besteht, wird durch einen einzelnen diplomatischen Akt nicht beseitigt und jede Seite ist vor allem darauf bedacht, durch die andere nicht in ein gefährliches Abenteuer hineingezogen zu werden, ohne Gewißheit eines reichen Gewinnes im Falle des Erfolges.

Andererseits ist das griechisch-bulgarische Abkommen ein günstiger Faktor, welcher nicht allein die entsetzlichen blutigen Zusammenstöße zwischen den beiden orthodoxen Nationalitäten in Mazedonien verhindert, sondern zur Herstellung eines gewissen Einvernehmens und sogar einer gemeinsamen Handlungsweise dienen kann. Dies ist jedenfalls ein großer Schritt vorwärts.

Viertes Kapitel.

Die russisch-englische Konvention von 1907 und Persien.

Memorandum des englischen Ministeriums des Auswärtigen vom 9. Oktober 1908.

Die englische Regierung hat das russische Memorandum, welches am 2./15. August dem britischen Botschafter in Petersburg über Eisenbahnbauten in Persien mitgeteilt worden ist, mit vielem Interesse und großer Aufmerksamkeit geprüft.

In bezug auf die wahre Natur der englischen Vorschläge scheint ein Mißverständnis entstanden zu sein. Indem das Londoner Kabinett sich an die russische Regierung wandte, hatte es nicht die Absicht, Eisenbahnbauten zu unternehmen, sondern beabsichtigte, ein Einvernehmen zu erzielen, um Eisenbahnkonzessionen für sich zu reservieren, welche sonst zum Nachteile von England und Rußland hätten ausgebeutet werden können.

Die englische Regierung legt einem vollkommenen Einvernehmen mit der russischen Regierung in dieser Frage die größte Bedeutung bei; sie ist jedoch der Ansicht, daß eine Übereinkunft, die jetzt von den beiden Mächten mit Persien getroffen werden könnte, vorbeugender Natur sein sollte; die beiden Mächte müßten darauf ausgehen, sich derjenigen Unternehmungen zu versichern, die politische Bedeutung annehmen könnten, und zum Bau der Bahnen erst schreiten, wenn der richtige Augenblick hierfür gekommen.

Abgesehen von der Unsicherheit der politischen Situation, gibt es noch mehrere andere unbekannte Faktoren, welche unter den obwaltenden Umständen ein definitives Eisenbahnprogramm in Persien unzeitgemäß erscheinen lassen, so z. B. das Fehlen

von vorbereitenden Arbeiten, in Südpersien wenigstens, ferner die endgültige Zusammensetzung der Bagdadbahn-Gesellschaft und auch die Ungewißheit, ob eine Zweiglinie von Bagdad nach Khanekin gebaut werden wird. Alle diese Erwägungen müssen abgewartet werden, bevor eine Bahn von Julfa nach Mohammera mit Aussicht auf Rentabilität gebaut werden kann.

. . . . . .

Die englische Regierung ist der Ansicht, daß in Anbetracht wichtiger politischer Erwägungen England und Rußland vollkommen berechtigt sind, zur Kenntnis der persischen Regierung zu bringen, daß sie, wenn Bahnen in Persien gebaut werden, das Vorzugsrecht für alle in Aussicht genommenen Konzessionen für sich beanspruchen, und zwar unter denselben Bedingungen wie diejenigen, welche der persischen Regierung von dritter Seite angeboten werden.

. . . . . .

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 9./22. Mai 1909.

Die Nachrichten, die ich über die innere Situation in Persien von allen mir zugänglichen Seiten erhalte, sind nicht erschöpfend genug, um mir ein positives Urteil zu erlauben, wie lange noch unsere Truppen auf persischem Territorium verweilen werden. Diese Nachrichten genügen jedoch, um mich zu veranlassen, Ihre Aufmerksamkeit auf die wichtige politische Seite dieser Frage zu lenken. Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Erscheinen unserer bewaffneten Macht in Täbriz im gewollten Augenblick, nicht zu früh und nicht zu spät, nicht bloß seinen Zweck erreicht hat, nämlich die Ordnung und Sicherheit in der Stadt wiederherzustellen, sondern daß dadurch auch unser Prestige erhöht und die letzten Bedenken über unsere wahren Absichten zerstreut worden sind, indem die Ratschläge, die wir zusammen mit England dem Schah gegeben haben, dadurch eine Bekräftigung erfahren haben.

Ich fürchte und glaube jedoch, daß dieser gute Eindruck abgeschwächt wird, wenn unsere Truppen länger als durchaus

nötig in Persien gelassen werden. Im Lande selbst würden alle politischen Parteien unseren weiteren Maßnahmen mit Argwohn gegenüberstehen; dieser Argwohn würde unsern moralischen Einfluß erschüttern und wir würden uns in eine schwer entwirrbare Lage begeben: eine energische Aktion zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die durchaus gerechtfertigt da, wo unsere Interessen im Spiele sind, würde, wenn sie länger als notwendig dauern sollte, die Aufgabe, die wir, mehr noch als England, uns gesetzt haben — nämlich die Beruhigung des Landes und die Wiederherstellung einer normalen Situation in Teheran —, außerordentlich erschweren.

Es ist augenscheinlich, daß die Anwesenheit unserer Truppen in Teheran eine antieuropäische Stimmung hervorrufen wird, deren Entwicklung unsere diplomatische Aktion ungünstig beeinflussen könnte. Das Ganze scheint mir eine Frage von Maßhaltung zu sein. Eine russische militärische Aktion im Norden und eine englische im Süden, örtlich und zeitlich begrenzt, ist sicherlich von Nutzen. Die Bedingungen, unter denen England in Buschir hat handeln müssen, sind augenscheinlich viel leichter, aber der Befehl, wieder zurückzugehen, ist, wie Sir Charles Hardinge mir sagte, bereits gegeben worden. Um meinen Gedanken zusammenzufassen: wir müßten unsere Truppen in Täbriz nur so lange lassen, als die Truppe dort notwendig ist, und uns streng an unser bisheriges Prinzip halten, militärisch nur dort zu intervenieren, wo dies durchaus erforderlich.

Ich weiß nicht, ob der Augenblick bereits gekommen ist, aber es will mir scheinen, daß eine plötzliche und vollständige Evakuation nachteilige Folgen nach sich ziehen könnte. Das beste Mittel, in Persien einen guten Eindruck hervorzurufen und über unsere weiteren Absichten zu beruhigen, wäre meiner Ansicht nach der Entschluß, einen kleinen Teil unserer Truppen zurückzuziehen, sobald die nötige Ordnung wiederhergestellt, und bis zur Bildung einer örtlichen Regierung nur eine Abteilung zurückzulassen, die den Charakter einer Sicherheitswache hätte. Die vollständige Evakuation müßte dann sobald als möglich folgen, schon um den Parallelismus zwischen England und Rußland herzustellen — denn dieser erscheint mir durchaus notwendig, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen,

welche nichts anderes bezwecken, als die Ruhe in Persien wiederherzustellen und die englisch-russische Kooperation zu erhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 21. Mai/3. Juni 1909. — Nr. 77.

Hardinge sehr beunruhigt durch die scharfen Maßregeln, die wir in Täbriz ergriffen haben, so z. B. Zerstörung der Häuser. Er macht sich auf Interpellationen im Parlament gefaßt, die für die Regierung sehr peinlich sein dürften.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 23. Mai / 5. Juni 1909. — Nr. 969.

Der englische Botschafter Nicolson hat mir vertraulich den Inhalt von zwei von Grey erhaltenen Telegrammen mitgeteilt. Der Minister weist auf die Beunruhigung hin, die durch die unsern Truppen in Täbriz zugeschriebenen Handlungen in London hervorgerufen worden ist. Er fürchtet, daß das politische Einvernehmen, welches so glücklich zwischen den beiden Regierungen besteht, darunter leidet, da die britischen Behörden gezwungen werden könnten, gegen den Schah aufzutreten, wenn die russischen militärischen Behörden gegen die Nationalisten Partei ergreifen würden. Es erscheint ihm wünschenswert, die dem russischen General gegebenen Instruktionen nochmals zu bestätigen. Es wäre nützlich, einen Teil der russischen Truppen aus Täbriz zurückzuziehen. Grey ist von dem Wunsche beseelt, die engste Kooperation mit Rußland in persischen Fragen aufrechtzuerhalten. Er weiß sehr gut, daß dies auch der Wunsch der russischen Regierung ist. Er würde lebhaft bedauern, wenn er auf eventuelle Fragen im Parlament nicht antworten könnte, daß der russische General seine Instruktionen überschritten hat, und wenn er zugeben müßte, daß die beiden Regierungen nicht mehr im Einvernehmen handeln. Er hofft, daß die ausführlichen Berichte, welche die beiden Gesandtschaften aus Täbriz verlangt haben, die Lage klären werden.

Ich habe nicht verfehlt, dem Botschafter beruhigende Erklärungen abzugeben. Die russischen Truppen ergreifen nicht

Partei gegen die Nationalisten. Es hat einen Zwischenfall gegeben; man muß aber seine Bedeutung nicht übertreiben. Es ist wahr, daß der russische General es für seine Pflicht gehalten hat, energische Maßregeln gegen Gewalttaten, Räubereien und Provokationen unserer Truppen zu ergreifen. Sonntag abend wird eine besondere Beratung stattfinden, in deren Laufe dieser Zwischenfall geprüft werden wird, mit dem Wunsche, jedes Mißverständnis mit England zu vermeiden. Wenn nötig, werden die Instruktionen General Snarskis nochmals bestätigt werden. Ich selbst bin der Ansicht, und werde versuchen dieser Ansicht Geltung zu verschaffen, daß die Zahl unserer Truppen vermindert werden kann, sobald der neue persische Generalgouverneur, von Rußland und England empfohlen, an Stelle des unzulänglichen Vizegouverneurs nach Täbriz ernannt worden und sobald dieser die Möglichkeit gehabt haben wird, die Ordnung und die persönliche Sicherheit der russischen Untertanen und der Ausländer zu gewährleisten. Was den „Bast" von Sattar und Baghir im türkischen Konsulat anbelangt, so hat dies nichts mit unsern Truppen zu tun. Die freiwillige Abreise dieser beiden Persönlichkeiten würde viel zur Wiederherstellung der Ruhe beitragen. Ich nehme mit Befriedigung von der Erklärung Greys Kenntnis, daß er überzeugt sei, die russische Regierung wünsche, das engste Einvernehmen mit England in persischen Fragen aufrechtzuerhalten.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 25. Mai/7. Juni 1909.

Sowie ich heute bei Grey eintrat, kam der Minister sofort auf die persische Frage zu sprechen. Er sagte mir, er habe von Nicolson Telegramme erhalten, die über die mit Euerer Exzellenz stattgefundene Unterredung berichten — ich nehme an, es ist dieselbe Unterredung, deren Inhalt Sie mir telegraphisch mitgeteilt haben. Sir Edward sagte mir, er wolle klar betonen, daß, wenn die lange Anwesenheit unserer Truppen in Täbriz ihn beunruhige, dies durchaus nicht bedeute, daß die englische Regierung die Erstarkung unseres Einflusses in Nordpersien befürchte; daß dieser natürliche Einfluß in der Konvention vor-

ausgesetzt wurde; daß er schon früher bestand; daß England sich ihm durchaus nicht widersetzen wolle. Er sagte mir, er habe die letzten Ereignisse hauptsächlich vom parlamentarischen Standpunkte aus betrachten müssen, d. h. es sei wichtig für ihn, in der Lage zu sein, bestimmte Fragen im Unterhause durch ebenso bestimmte Erklärungen zu beantworten: er müsse erklären können, daß die Handlungsweise nicht bloß der russischen Diplomatie, über die ja kein Zweifel bestehe, sondern auch die Maßnahmen unserer Truppen genau mit dem von beiden Regierungen festgesetzten Programm übereinstimmten, — daß folglich die beiden Regierungen in völligem Einvernehmen handelten.

Dies ist der Fall gewesen, als die russischen Truppen persisches Territorium betraten, um einer Niedermetzelung von Europäern vorzubeugen. Aber er fügte hinzu, daß seine Stellung sehr schwierig würde, wenn die russische Abteilung nach Wiederherstellung der Ordnung an Ort und Stelle bliebe; daß ein solcher Fall durch unser Abkommen nicht vorhergesehen sei; er könne nicht das Gegenteil behaupten und erklären, daß die dauernde russische Okkupation das Resultat eines Übereinkommens sei.

Ich habe geantwortet, daß mir die letzten Zwischenfälle noch nicht genügend geklärt scheinen und daß ich hoffe, daß die Berichte der beiden Konsuln in Täbriz neues Licht auf die Ereignisse werfen würden. Sir Edward erwähnte keine Einzelheiten und ich glaubte dasselbe tun zu müssen. Ich fügte jedoch hinzu, daß mit Bedauern festgestellt werden müsse, daß die türkische Diplomatie in dieser Frage mitgespielt habe. Sir Edward leugnete dies nicht, sagte jedoch, daß nach Zurückziehung unserer Truppen es viel leichter sein würde, von der Türkei zu verlangen, sie solle sich nicht in die persischen Fragen einmischen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1909. — Nr. 114.

Grey sagte mir heute, er gebe sich völlig Rechenschaft, wie sehr die allgemeine Lage durch das drohende Vorgehen der Bakhtiari erschwert sei, und daß er nicht die Absicht habe, die Möglichkeit einer bewaffneten Intervention Rußlands in Teheran zu besprechen; er wolle nur unsere Aufmerksamkeit darauf lenken,

daß, wenn unsere Truppen die Ordnung in Teheran wiederherstellen, der letzte Rest des Ansehens der persischen Regierung, selbst nach Einführung von Reformen, schwinden müsse, denn alle unzufriedenen Elemente im Lande würden behaupten, daß der Schah in der Hand von Ausländern ist. Die Folge würde sein, daß die Unruhen nicht aufhören würden, und in den Provinzen würde vielleicht die örtliche Unabhängigkeit erklärt werden, was den Interessen der beiden Mächte außerordentlich schaden würde. Ich antwortete mit zwei Argumenten: 1. die Lage des Schahs müsse jetzt, da er die Ratschläge unserer Vertreter angenommen habe, anders beurteilt werden als zur Zeit, da er sich weigerte, unsern Ratschlägen zu folgen, oder seinen Verpflichtungen nicht nachkam; und 2. daß Rußland als Nachbarstaat ganz besondere Verpflichtungen habe. Aufs erste Argument erwiderte Grey, daß das Zutrauen zum Schah bereits erschüttert sei, da man wisse, daß er sich nur unter unserm Druck zu Reformen entschlossen habe, und daß die Anwesenheit von fremden Truppen den letzten Rest seines Prestige untergrabe; was unsere besondere Lage als Nachbarstaat anbetreffe, so leugnet er die Wichtigkeit dieses Argumentes nicht, hofft aber, daß die Anwesenheit unserer Truppen in Täbriz genüge, um die Ordnung nördlich von Teheran aufrechtzuerhalten, während in Teheran selbst die Kosakenbrigade gegen die Bakhtiari genügen müßte. Er wiederholte, er teile mir nur seine persönlichen Erwägungen mit. Ich glaube jedoch, daß die Möglichkeit einer Besetzung Teherans ihm viel größere Beunruhigung einflößt, als er mir gegenüber hat zugeben wollen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni / 2. Juli 1909. — Nr. 1149.

Der englische Geschäftsträger hat mir ein Telegramm Greys mitgeteilt, in dem der Beunruhigung, die durch die Entsendung der russischen Truppen nach Persien hervorgerufen, Ausdruck gegeben wird. Er vertritt die Ansicht Barclays, daß diese Truppen eine antirussische und sogar antieuropäische Bewegung auslösen könnten und daß die persische Kosakenbrigade, von russischen Offizieren befehligt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung

in Teheran genügt. Er deutet auch an, wie gefährlich es für uns sei, den Schah mit bewaffneter Hand zu unterstützen, was den Volksunwillen gegen Rußland richten und dieses veranlassen würde, eine größere Anzahl von Truppen nach Persien zu schicken. Dies würde England notwendigerweise zwingen, auf die Politik der Entente mit Rußland in Persien zu verzichten. Wenn wir im Gegenteil den Ereignissen freien Lauf lassen und uns darauf beschränken, wenn nötig das Leben des Schahs zu beschützen, so könnte Rußland später eine günstigere Stellung in Persien einnehmen. Ich habe O'Beirne geantwortet, daß wir gar nicht daran denken, den Schah mit Waffengewalt zu unterstützen, noch in irgendeiner Form uns in die inneren persischen Angelegenheiten einmischen wollen; daß wir aber andererseits beunruhigende Nachrichten aus Teheran erhalten, und daß der von den Bakhtiari und den Kaswinschen Revolutionären gegen Teheran gerichtete Angriff schwere Unruhen voraussehen läßt, denen die Kosakenbrigade, die im Augenblick sehr geschwächt, nicht gewachsen wäre, wodurch für die Gesandtschaften und die russischen und ausländischen Untertanen und Unternehmungen eine große Gefahr entstände. Unter diesen Bedingungen ist es unsere Pflicht, Schutzmaßregeln ins Auge zu fassen, und wir übernehmen eine schwere Verantwortung, wenn wir dies nicht tun. Zum Schlusse habe ich dem Geschäftsträger versichert, daß die Entsendung unserer Truppen in der Richtung Resht-Kaswin nur zum Schutze unserer Interessen erfolgt und nicht um dem Schah zu Hilfe zu kommen, dessen Geschick wahrscheinlich entschieden sein wird, ehe unsere Truppen an ihren Bestimmungsort gelangen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1909. — Nr. 125.

Ihr Telegramm Nr. 1149 erhalten. In dem Auszuge, der mir von Grey mitgeteilt worden ist, befindet sich nicht die Phrase „auf die Politik der Entente mit Rußland in Persien zu verzichten". Es sind die Worte angeführt: in diesem Falle „wird es uns unmöglich sein zu behaupten, daß die Politik der Nichteinmischung aufrechterhalten werden kann, und die ganze

Richtung der Politik in bezug auf Persien wird ernstlich geändert werden müssen". Die Bedeutung dieses Satzes ist nicht ganz klar; ich bin vorsichtigerweise während unserer gestrigen Unterhaltung auf dieselbe nicht zurückgekommen. Aber die ganze Unterhaltung läßt mich annehmen, daß die Auslegung, die der englische Geschäftsträger der Phrase gegeben hat, verfrüht ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Juni/13. Juli 1909. — Nr. 146.

Nr. 1. Grey hat zwei Telegramme von dem englischen Gesandten in Teheran erhalten. Das erste teilt mit, daß Teheran von den Fidais besetzt und daß die Ordnung in der Stadt wenig gestört sei, drückt aber die Befürchtung aus, daß unser Geschäftsträger Sablin daran denke, die russische Kavallerie zu rufen. Grey hat O'Beirne telegraphiert und mir das Telegramm gezeigt. Er ist außerordentlich beunruhigt und sagt, daß das Erscheinen von russischen Truppen in Teheran in jedem Falle als eine militärische Intervention zugunsten des Schahs aufgefaßt werden würde, während gerade das allgemeine Mißtrauen dem Schah gegenüber die Ereignisse hervorgerufen hat. Die Folge würde sein, daß der Schah durch unsere Truppen allein gerettet würde. Grey meint, dies bedeute den Anfang des Zusammenbruches des Landes mit allen seinen Folgen. Er fragte mich, ob es wahr sei, daß wir noch weitere Truppen in Persien landeten. Er fürchtet, daß eine so große russische Armee das muselmännische Gefühl im ganzen Lande entfacht, das schon jetzt außerordentlich erregt sei. Ich erwiderte, daß meiner Überzeugung nach Sablin die russische Kavallerie nur zum Schutze der Gesandtschaften und der europäischen Institutionen herbeirufe, durchaus nicht zum Schutze der Regierung des Schahs. Nach meinem Besuch hat Grey noch ein weiteres Telegramm erhalten, das er mir mit einem Begleitschreiben zuschickt, dessen Wortlaut ich Ihnen sub 2 telegraphiere. Das Telegramm teilt einzelne Einzelheiten mit, fürchtet keine Gefahr für die Ausländer, sagt, daß keine Plünderungen vorgekommen seien und daß Sablin jetzt beruhigt sei. Grey sagt, er glaube, wir sind am kritischen

Augenblicke angekommen, von dem die Zukunft des Landes und unsere Rolle in demselben abhängen. Die Lage scheint mir ernst genug, um neuerdings die Erklärung abzugeben, daß unsere Truppen sich jeder Einmischung enthalten und sich darauf beschränken werden, die Gesandtschaften und die Europäer zu beschützen, daß die Zahl der nach Teheran beorderten Truppen das allernotwendigste Maß nicht überschreiten werden. Überhaupt müssen wir mit Klarheit feststellen, worin die Aufgabe unserer Truppen besteht und unter welchen Bedingungen sie wieder zurückbeordert werden. Dieser Punkt muß meiner Ansicht nach geklärt werden; denn sonst wird das Zutrauen, ich will nicht sagen zu unserer Regierung, aber zur Wirksamkeit unserer Politik und ihrer Resultate erschüttert werden. Grey hat mir wiederholt, daß eine Verstärkung der Gesandtschafts- oder Konsulatswachen durchaus gerechtfertigt sei. Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns dem kritischen Stadium nähern, und daß jede Maßregel, welche als eine Einmischung zugunsten des Schahs ausgelegt werden könnte, uns eine schwere Verantwortung aufbürdet.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Juni/13. Juli 1909.— Nr. 147.

Nr. 2. Beifolgend der Wortlaut des Begleitbriefes: Dies Telegramm ist von Barclay erhalten worden, seitdem ich Sie gesehen habe. Es bestätigt, was ich sagte. Ich fühle mehr denn je, daß der jetzige Augenblick in Persien kritisch ist. Mäßigung und Geduld, um den rivalisierenden inneren Parteien die Möglichkeit zu geben, den Lauf der Dinge selbst zu bestimmen, sind durchaus notwendig, um die Möglichkeit zu haben, zu normalen Bedingungen in Persien zurückzukommen, in welchem Falle der russische Einfluß in Nordpersien nicht gelitten haben wird, ohne weitere Verantwortung und Opfer zu übernehmen, und ohne den Zusammenbruch in Persien. Die Einmischung in den inneren Streit der Parteien in diesem Augenblicke muß zum Zusammenbruch von Persien führen.

Telegramm des englischen Botschafters in Konstantinopel an das englische Außenministerium vom 1./14. Juli 1909.

Der britische Generalkonsul in Bagdad teilt telegraphisch mit, daß er heute als Vertreter der Ulemas, Mullah—Mohammed—Khorassani, den Schwiegersohn von Seyid Abdullah und Behbihani empfangen hat. Diese versprechen, daß sie, sobald die russischen Truppen aus Persien zurückgezogen sind, die Ordnung in diesem Lande wiederherstellen können und wollen, und sie bitten inständig, daß England all seinen Einfluß aufbietet, um dies zu errreichen. Sie behaupten, daß die russischen Truppen die reaktionäre Partei unterstützen und das Volk mißhandeln, das jetzt durch diese Maßregeln so erregt worden ist, daß es friedlichen Rat nicht mehr annehmen will. Die öffentlichen Gebete in Kerbela und Nejaf sind unterbrochen worden und bei allen religiösen Zeremonien macht sich eine außerordentliche Erregung bemerkbar. Ulemas haben davon gesprochen, nach Persien zu gehen, um das Volk zur Erhebung aufzurufen, aber bis jetzt ist dies nicht geschehen. Soweit ich von hier aus urteilen kann, beginnt die Situation kritisch zu werden und eine Lösung kann nur nach der Zurückziehung der russischen Truppen gefunden werden.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 7./20. Juli 1909.

Sonnabend morgen brachten die Telegramme der Times die Nachricht von der plötzlichen und friedlichen Lösung der Krise in Teheran. Die Telegramme Euerer Exzellenz haben mich gestern nachmittag erreicht, nachdem Grey und Hardinge die Stadt bereits verlassen. Ich mußte übrigens dies selbst tun, um den Sonntag bei Lord Clarendon auf dem Lande zuzubringen, wo ich dem König begegnen sollte.

Meine ersten Eindrücke wurden folglich durch die Worte des Königs beeinflußt. Seine Majestät sagte mir, daß die Dinge sich nicht besser hätten entwickeln können und daß er hoffe, daß der Valiagd zum Schah ausgerufen werden würde, wie wir es verabredet, und daß dies auch das natürlichste wäre. Der König

drückte die Hoffnung aus, daß der Regierungswechsel sich möglichst friedlich vollziehen würde.

Gestern habe ich Grey gesehen. Er sagte mir, wie zufrieden er sei. Bis jetzt ginge alles gut; nichts Stabiles hätte unter dem abgedankten Schah errichtet werden können; er hatte das allgemeine Zutrauen verloren, und nicht zu Unrecht. Sir Edward sagte mir, er schätze die Mäßigung und Voraussicht der russischen Regierung in der Frage der Truppensendungen; er wisse, ein wie starker Druck in Teheran auf Sablin ausgeübt worden wäre, und er sprach von Sablin in anerkennungsvoller Weise. Ich wiederhole, sagte er, daß es unsern Interessen widerspricht, wenn Rußland im Norden Persiens unpopulär ist. Es wäre jedenfalls so geworden und sein Prestige hätte nur auf der Macht der Waffen beruht, was eine große Gefahr bedeute.

Sir Edward hofft, daß der Schah bald die russische Grenze überschreiten werde, selbst wenn man zu diesem Zwecke zur Überredung schreiten müsse; er meint, daß die Anwesenheit des abgedankten Schahs die Geister nur beunruhigen und Intrigen hervorrufen würde, die im Anfang einer Regierung stets sehr gefährlich. . . . . Zum Schlusse wiederholte mir Grey, daß er zu seiner großen Zufriedenheit feststellen könne, daß die Lösung der Krise, wenn die Lage sich nicht verändere, der ganzen Welt und auch besonders einigen politischen Kreisen in London bewiesen habe, daß unsere Zusammenarbeit in Persien wirksam sei und daß die englisch-russische Konvention aus dieser Krise gestärkt hervorginge. Die gemeinsamen Anstrengungen der beiden Regierungen und die Gewandtheit unserer beiden Vertreter in Teheran, sagte er, haben denjenigen den Boden unter den Füßen entzogen, die unsere Konventionen wieder anzugreifen begannen unter dem Vorwand, die englisch-russische Konvention entspräche nicht den englischen Interessen, — eine sehr wenig zahlreiche, aber sehr lärmende Gruppe.

Ich antwortete, es wäre Zeit, die Legende von russischen annexionistischen Absichten zu zerstören und zu verstehen, daß alle ernsten Leute in Rußland einen solchen Gedanken zurückweisen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 3./16. August 1909.

Euere Exzellenz kennen bereits die sehr zufriedenstellenden Resultate, die die Unterredungen Iswolskys mit den englischen Ministern während der Anwesenheit Ihrer Majestäten in Cowes gezeitigt haben.

Abgesehen von Fragen mehr allgemeiner Natur hat ein prinzipielles Einvernehmen über die kretische Frage und über die Beziehungen zur Türkei ohne Schwierigkeit erzielt werden können. Ich will mich hier nur darauf beschränken, einige Einzelheiten über die persischen Angelegenheiten mitzuteilen.

Auch hier herrschte im Prinzip völliges Einvernehmen. Es handelte sich jedoch darum, die schwierige Frage zu lösen, unter welchen Bedingungen unsere Truppen zurückgezogen werden könnten. Um diese Maßregel zu beschleunigen, brachte das Londoner Kabinett Gründe vor, denen gewisse Bedeutung nicht abzusprechen war, doch zeigte es dabei nicht mehr die frühere Hartnäckigkeit. Die öffentliche Meinung in England begann zu fürchten, daß, trotz der guten Absichten der russischen Regierung, die zeitweilige Anwesenheit der russischen Truppen de facto zu einer ständigen Besetzung Persiens führen könne, was die Frage der strategischen Sicherung der indischen Grenze aufgeworfen und die Wirkung der Konventionen gelähmt hätte. Die Anwesenheit unserer Truppen hätte weit über die Gegenden hinaus, in denen sie sich befanden, eine geistige Bewegung auslösen können, die sich im Orient und hauptsächlich in der Türkei verbreitet und sowohl die unsrigen wie auch die englischen Interessen bedroht hätte. Außerdem hätte dies in Persien selbst Feindseligkeiten gegen Rußland hervorgerufen, was zu weiteren Unterdrückungsmaßregeln unsererseits geführt hätte.

Ohne diesen Erwägungen Berechtigung abzusprechen, ist es unserm Minister gelungen, den logischen Beweis zu erbringen, daß, selbst wenn wir jetzt unsere Truppen zurückziehen könnten, sie vielleicht zum zweiten Male in Persien eindringen müßten und daß eine zweite Evakuation viel schwieriger vor sich gehen würde als die erste. Grey hat übrigens zugegeben, daß die englischen Befürchtungen durch den Beweis der Uninteressiertheit

entwaffnet wurden, den wir dadurch erbrachten, daß wir unsere Truppen vor den Toren Teherans während des Regimewechsels zurückhielten. Dieser Teil der Unterredung, der Asquith, Sir A. Nicolson und ich beiwohnten, diente nur sozusagen als Einleitung zur Aufstellung unseres weiteren gemeinsamen Programms. Grey begann mit dem Hinweis darauf, daß England natürlich daran liege, sein Ansehen in seiner Interessensphäre zu erhalten, daß es aber durchaus nicht beabsichtige, daß der russische Einfluß im Norden durch die jetzigen Ereignisse in irgendeiner Weise geschwächt werde; daß es im englischen Interesse liege, daß das russische Ansehen, das berechtigterweise immer bestanden habe, selbst vor Abschluß der Konvention, erhalten bleibe; daß folglich die russische Regierung in allen Fragen, in denen die russischen Interessen auf dem Spiele stehen, auf die Unterstützung Englands rechnen könne.

Sir Edward führte drei Beispiele an: er gibt zu, daß die ausländischen Offiziere in persischen Diensten nur Russen sein könnten; daß der russische Erzieher des jungen Schahs nicht durch einen englischen Erzieher, weder durch Lindley noch einen anderen, ersetzt werden dürfe; daß England uns helfen werde, die Absichten Zillis, den Thron zu ergreifen, zu durchkreuzen. Als Iswolsky auf die Anomalie hinwies, daß ein kaukasischer Revolutionär, der russischer Untertan sei, als persischer Polizeiminister amtiere, pflichtete Grey dieser Ansicht bei.

Man besprach verschiedene Fragen, u. a. auch die Nationalität der finanziellen Beiräte und der Zollbeamten. Aber die Lösung dieser verwickelten Frage ist auf später verschoben worden, nachdem Erwägungen mehr negativer Natur die vollkommene Übereinstimmung unserer Auffassung bestätigt hatten.

Was die Zollverwaltung anbelangt, so meinte Grey, es wäre am einfachsten, wenn die im Norden hypothekierten Zollämter von Russen und die im Süden von Engländern verwaltet würden. Aber er selbst führte dagegen an, daß eine derartige Handlungsweise zu sehr einer Aufteilung Persiens ähneln würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 8./21. Januar 1910. — Nr. 38.

Der deutsche Botschafter hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, die deutsche Gesandtschaft in Teheran habe erfahren, Rußland und England hätten verabredet, außer russischen und englischen nur französische Untertanen als Beiräte in persischen Diensten zuzulassen. Graf Pourtalès ist beauftragt zu erklären, daß die deutsche Regierung durchaus bereit ist, die Vorzugsstellung Rußlands und Englands in Persien anzuerkennen, daß es aber andererseits darauf bestehen müsse, daß den Untertanen einer dritten Macht deutschen Untertanen gegenüber keine privilegierte Stellung eingeräumt werden könne. Ich habe geantwortet, daß ich die nötigen Erkundigungen einziehen und dem Botschafter eine genaue Antwort geben werde. Ich halte es für nötig, ehe ich diese Frage mit Pourtalès weiter erörtere, mit dem Londoner Kabinett, an welches wahrscheinlich eine ähnliche Anfrage gerichtet worden ist, ein genaues Einvernehmen zu erzielen, und bitte Sie, Grey zu fragen, welche Antwort wir der deutschen Regierung geben sollten. Unsererseits halten wir es für nötig, folgendes zu antworten: „Die deutsche Anfrage ist wahrscheinlich dadurch hervorgerufen, daß die persische Regierung die Absicht hat, einige Franzosen als Gehilfen Bizots anzustellen. Diese Frage ist noch im Januar vorigen Jahres angeregt worden, als die persische Regierung, ohne Rußland und England zu befragen, sich direkt an die französische Regierung mit der Bitte wandte, Franzosen als Gehilfen des genannten finanziellen Beirates nach Persien einzuladen. Auf Anfrage der französischen Regierung haben Rußland und England geantwortet, sie haben gegen diese Bitte der persischen Regierung nichts einzuwenden, da es ganz natürlich sei, daß Bizot sich Landsleute auswählt. Augenblicklich handelt es sich wahrscheinlich um dieselbe Maßregel. Es handelt sich jetzt nicht um die Anstellung irgendwelcher anderer Ausländer und von einem zwischen Rußland und England getroffenen Abkommen, auf welches Graf Pourtalès hinwies, nur Franzosen als Beiräte anzustellen, ist nicht die Rede gewesen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die politische Vorzugsstellung Rußlands und Eng-

lands in Persien von der deutschen Regierung anerkannt wird, und können nur erklären, daß im Falle der Anstellung von Ausländern in Persien, außer Russen und Engländern, wir nicht die Absicht haben, den Untertanen einer dritten Macht irgendwelche Vorrechte einzuräumen. Da man jedoch in Betracht ziehen muß, daß die Anstellung von Beiräten eine politische Frage ist, weil sie sich auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und da zudem Rußland und England die einzigen und sehr bedeutenden Gläubiger dieses Landes sind, so haben diese beiden Staaten das unbedingte Recht zu verlangen, daß die persische Regierung ausländische Beiräte nur nach vorheriger Vereinbarung mit Rußland und England anstellt." Benachrichtigen Sie mich bitte von der Antwort Greys.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Januar 1910. — Nr. 6.

Ihr Telegramm Nr. 38 erhalten. In Beantwortung meiner Mitteilung übergibt mir Grey folgendes Memorandum: Es ist richtig, daß die Bitte, Beiräte zu bezeichnen, im Januar 1909 von der persischen Regierung direkt an die französische Regierung gerichtet worden ist, und daß unsere beiden Regierungen sich darauf beschränkt haben, letztere zu benachrichtigen, daß sie keine Einwände erheben. Es wäre hingegen schwierig zu behaupten, wie es im russischen Projekt gesagt ist, daß die Frage der Ernennung anderer Ausländer nicht aufgeworfen worden ist, denn eine der Bedingungen der 10-Millionen-Franken-Anleihe bestimmt, daß die persische Regierung unverzüglich die französische Regierung bitten müsse, sieben weitere Beamte zu ernennen.

Die deutsche Regierung würde diese Ernennungen ohne Zweifel erfahren, ebenso den Druck, der bei dieser Gelegenheit von den beiden Regierungen ausgeübt worden ist, und Deutschland würde auf diese Weise Grund haben, sich zu beklagen, daß die ihm gegebenen Versicherungen nicht eingehalten worden sind. Grey unterbreitet folglich Euerer Exzellenz folgendes Antwortprojekt: „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung

Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung bei ihrer Anfrage die Ernennung eines französischen Generalschatzmeisters und eines Finanzinspektors im Jahre 1909 im Auge hatte. Die russische Regierung möchte bemerken, daß diese Ernennungen durch die persische Regierung auf Empfehlung von Bizot, dem finanziellen Beirat, erfolgt und von russischer und englischer Seite bloß bestätigt worden sind. Es ist natürlich, daß Bizot französische Mitarbeiter vorzieht, aber es besteht kein Einvernehmen zwischen Rußland und England bezüglich einer Einschränkung der Ernennung von ausländischen Beiräten, wenn diese weder Russen noch Engländer sind. Das Recht der persischen Regierung, die ihm genehmen Persönlichkeiten zu Ämtern in seiner eignen Administration zu ernennen, ist unleugbar, aber Rußland und England als Nachbarstaaten Persiens und als seine Gläubiger haben spezielle Interessen, die ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihnen zuerst unterbreitet würden." Grey sagt, er habe noch keine analoge Anfrage von seiten der deutschen Regierung erhalten; wenn eine solche stattfindet, so werde er im obigen Sinne antworten, falls dies Ihre Zustimmung findet.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 98.

Ihr Telegramm Nr. 6 erhalten. Nr. 1. Das Greysche Projekt erwähnt nicht den sehr wichtigen Punkt des politischen Charakters der ausländischen Beiräte. Wir messen diesem Punkte deshalb so große Bedeutung bei, weil die deutsche Regierung uns formell erklärt hatte, daß es in Persien nur ökonomische und nicht politische Ziele verfolge. Außerdem hebt dieses Projekt nicht genügend den Unterschied hervor, der zwischen Beamten an der Spitze von verschiedenen Ressorts — dies meint augenscheinlich der deutsche Ausdruck „Beirat" — und den sieben Franzosen besteht, die man als Gehilfen Bizots anzustellen beabsichtigt. Wir haben folglich einige Änderungen in dem von Grey vorgeschlagenen Texte vorgenommen. Sie erhalten unser Konterprojekt unter Nr. 2.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 99.

Nr. 2. „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung die beabsichtigte Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Bizots im Auge hat. Es ist zu beachten, daß im Januar 1909 die persische Regierung auf Anraten Bizots sich direkt an die französische Regierung gewandt hat, um die Ernennung von zwei Franzosen als Gehilfen des finanziellen Beirates zu erbitten, und daß Rußland und England, von Frankreich befragt, ihre Zustimmung gegeben haben, da es natürlich sei, daß Bizot Landsleute als seine Gehilfen vorziehe. Augenblicklich handelt es sich nur darum, die Zahl der Gehilfen des finanziellen Beirates auf sieben zu erhöhen. Was die Frage anbelangt, andere Ausländer als Beiräte in den verschiedenen persischen Administrationen anzustellen, so ist diese Frage noch nicht aufgeworfen worden. Auf alle Fälle ist es noch zu keinem Einvernehmen zwischen Rußland und England gekommen, welches die Ernennung von Ausländern beschränkt, wenn es sich weder um Russen noch um Engländer handelt. Das Recht der persischen Regierung, sich selbst die anzustellenden Persönlichkeiten auszuwählen, ist unbestreitbar, aber man muß in Betracht ziehen, daß die Frage der Beiräte eine durchaus politische ist, da sie sich direkt auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und daß Rußland und England als Nachbarstaaten und Hauptgläubiger spezielle Interessen besitzen, welche ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihrer Zustimmung unterbreitet werden."

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 20. Januar/2. Februar 1910.

In Abwesenheit Greys habe ich ihm ein Memorandum zugestellt, welches die Antwort enthält, welche Sie gemäß Ihrem Telegramm Nr. 98 dem Grafen Pourtalès zu geben gedenken. Sir Charles Hardinge war überdies vom deutschen Schritt ziem-

lich betroffen und hat mir später gesagt, daß ihm persönlich die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort durchaus zweckmäßig erscheint.

Als ich Grey sah, wiederholte er mir ungefähr dasselbe, fügte jedoch hinzu, daß, wenn die Erklärung des Grafen Pourtalès insofern mit Befriedigung aufgenommen werden könne, als sie die speziellen Interessen Rußlands und Englands in Persien anerkenne, die Frage jedoch andererseits auf ein äußerst schwieriges Terrain versetzt werde, und daß eine Argumentation schwierig würde. Er meint, die Worte des deutschen Botschafters bedeuten im Grunde genommen: „Wir erkennen den Russen und den Engländern eine privilegierte Stellung zu, handelt es sich aber um andere Nationalitäten, so müssen alle auf gleiche Weise behandelt werden." Dies Prinzip, sagt Sir Edward, ist leicht zu verteidigen, weil es nicht unberechtigt ist, und es ist schwer anzugreifen, obwohl die Verhandlungen, die sich auf die Anleihe und selbst auf den Vorschuß von 400 000 Pfund beziehen, uns beweisen, daß wir dies Prinzip nicht aufrechterhalten können.

Er überreichte mir gleichzeitig einen Gegenvorschlag und bemerkte, es scheine ihm sicherer, nicht behaupten zu wollen, daß die Frage der Ernennung von neuen ausländischen Angestellten noch nicht aufgeworfen worden wäre.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 25. Februar/10. März 1910.— Nr. 171.

Aus beiliegender Kopie eines Telegrammes unseres Gesandten in Teheran ersehen Sie, daß die Berufung von sieben Franzosen in das persische Finanzministerium den deutschen Gesandten in Teheran beunruhigt, welcher einen derartigen Schritt der persischen Regierung als mit den deutschen Interessen unvereinbar betrachtet. Aus einer anderen, sehr geheimen Quelle ist mir bekannt, daß Graf Quadt in dieser Ernennung eine direkte Bedrohung des Grundsatzes der offenen Tür zuungunsten Deutschlands und anderer mit Persien Handel treibender Nationen erblickt, und daß er außerdem auch einige andere Bedingungen, die wir und England der persischen Re-

gierung anläßlich des Vorschusses von 10 Millionen Franken gestellt haben, als eine Verletzung der Unabhängigkeit Persiens betrachtet, ohne irgendwelche Kompensation zugunsten Deutschlands zu bieten. Er hat deshalb dem Berliner Kabinett geraten, von uns und England zu verlangen, daß die von uns gestellten Bedingungen einer Kontrolle der persischen Finanzen beseitigt und der Inhalt aller übrigen Bedingungen mitgeteilt wird. Ich muß hierzu bemerken, daß, seitdem wir dem Grafen Pourtalès die gemäß meinem Telegramm Nr. 99 redigierte Antwort gegeben haben, keine weitere Mitteilung von seiten des Berliner Kabinetts erfolgt ist. Wenn dies der Fall sein sollte, so habe ich die Absicht, die frühere Antwort zu wiederholen und darauf hinzuweisen, daß schon jetzt außer Franzosen noch andere Ausländer in persischen Diensten stehen, z. B. Belgier, welche die ganze Zollverwaltung unter sich haben, und ich werde kategorisch in Abrede stellen, daß wir das Prinzip der offenen Tür in Persien nicht beobachten wollen. Wenn sodann die deutsche Regierung auf die übrigen Bedingungen des Vorschusses zu sprechen käme, so habe ich nichts dagegen, der deutschen Regierung deren Inhalt vertraulich mitzuteilen; ich werde dabei den politischen Charakter betonen und behaupten, daß sie den ökonomischen Interessen der übrigen Staaten in Persien keinen Schaden zufügen, welche ihrerseits nicht umhin können, die besondere Stellung und die Vorzugsrechte Rußlands und Englands in diesem Lande anzuerkennen.

Es scheint mir jedoch notwendig, zuerst ein Einvernehmen mit England zu erzielen, und ich bitte Sie deshalb, den Inhalt dieses Briefes zum Gegenstand einer Unterredung mit Sir Edward Grey zu machen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 2./15. März 1910. — Nr. 51.

Ihr Brief Nr. 171 erhalten. Der Inhalt desselben ist schon telegraphisch erörtert worden und ich will daher Greys Ansicht nur kurz zusammenfassen. Er glaubt, man müsse den Abschluß der Anleihe beschleunigen, um eine deutsche Einmischung zu verhindern. Er glaubt, daß unsere Argumente zugunsten der

Anstellung von Franzosen einer soliden Grundlage entbehren, da es sich weder um Engländer noch um Russen handelt. Grey glaubt daher, man solle auf eine derartige Bedingung verzichten. Bizot könnte seine Gehilfen in anderen Ländern, die nicht Großstaaten sind, wählen. Grey befürchtet in hohem Grade, daß die Ankunft von russischen Verstärkungen in Persien einen Eindruck hervorrufen wird, der den Abschluß der Anleihe außerordentlich erschweren könnte. Er wiederholte, er sähe keinen andern Ausweg, als unsere Kaswiner Abteilung zurückzurufen, da Teheran nicht bedroht sei. Was die Frage der Mitteilung der Bedingungen der Anleihe anbelangt, so will Grey bis morgen überlegen. Er sagte, ihm wäre es gleichgültig, wenn Deutschland diese Bedingungen erführe, aber er befürchtet, daß Deutschland diese Bedingungen auf diplomatischem Wege erfahren will, um dann andere Fragen aufzuwerfen, so z. B. die der Eisenbahnen. Die Form beunruhigt ihn mehr als die Sache selbst. Grey berichtete mir über einen Schritt des hiesigen deutschen Botschafters. Die Einzelheiten hierüber brieflich.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910. — Nr. 52.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 51. Grey hat im Prinzip keine Einwendungen dagegen, daß wir die Bedingungen der persischen Anleihe dem Berliner Kabinett vertraulich mitteilen. Aber seiner Ansicht nach wäre eine solche Mitteilung nicht ohne Gefahr. Eine derartige deutsche Anfrage würde darauf hinweisen, daß das Berliner Kabinett die Absicht hat, Einsprüche gegen die eine oder andere Bedingung zu erheben, die sie wahrscheinlich schon durch die persische Regierung kennt, und daß ein derartiger deutscher Schritt nur den Anfang einer weiteren Entwicklung bedeutet. Er hält es für sehr möglich, daß die deutsche Regierung die Frage der Eisenbahnbauten in Persien aufwerfen wird, und Grey hält gerade diese Frage im Sinne unserer Konvention für außerordentlich wichtig. Grey bittet mich, Ihnen diese Erwägungen mitzuteilen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910.

Grey hat mir folgende Einzelheiten über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Metternich mitgeteilt. Die Sprache Metternichs war viel zögernder, als es beim Grafen Pourtalès gewesen zu sein scheint. Im Auftrage seiner Regierung sprechend erklärte er zuerst, daß Persien Deutschland 10 000 Pfund Sterling schuldet, und es wäre nur billig, wenn der Vorschuß dazu verwendet würde, diese Schuld zu begleichen. Er berief sich dabei auf den Umstand, daß die englische Regierung Persien Zahlungen leiste und daß es auf diese Weise die ihr geschuldeten Summen zurückerhalte, während Deutschland über kein derartiges Mittel verfüge. Grey erwiderte, der Botschafter irre sich. England leiste keinerlei Zahlungen und sein Guthaben und selbst die Zinsen desselben würden durch die Gewährung eines Vorschusses nicht berührt, da letzterer ausschließlich dazu dienen solle, die dringendsten Bedürfnisse der persischen Verwaltung zu befriedigen; bei einer größeren Anleihe würde dies vielleicht anders sein, aber nicht heute. Sodann erwähnte Metternich den Umstand, daß die Gewährung eines Vorschusses die Anstellung von Ausländern nach sich ziehen würde, und daß in diesem Falle Deutschland auf Grund des Prinzips der offenen Tür nicht zulassen könne, daß deutsche Untertanen umgangen würden. Grey antwortete, es handele sich in Wirklichkeit nicht um neue ausländische Beamte, die es bereits in Persien gäbe, sondern man wolle Bizot einige Gehilfen geben, welche natürlich Franzosen wie er sein würden, was ganz natürlich sei. Metternich sagte, die deutsche Regierung habe gerade diese Berufung von Franzosen im Auge, da dadurch die persischen Finanzen in ausschließlich französische Hände geraten würden. Grey erwiderte, das Prinzip der offenen Tür scheine ihm aber in keinem Falle verletzt. Grey teilte mir sodann die persönlichen Erwägungen mit, die den Gegenstand meines gestrigen Telegrammes bilden. Er meint, wir sollten auf dieser Bedingung nicht länger bestehen. Würde es sich um Russen oder Engländer handeln, so ständen wir auf sicherem Boden. Die politische Lage und englisches Kapital würden uns berechtigen, dies Privileg zu beanspruchen.

Anders liegen die Dinge, wenn es sich um Franzosen handelt, eine Wahl, die die Deutschen in Wirklichkeit ausschließt, denen also nicht die gleiche Behandlung wie den Angehörigen anderer Nationalitäten zuteil wird. Grey findet unsere Argumente nicht stichhaltig. Seiner Ansicht nach kann die Lage in Teheran kritisch werden und es sei notwendig, die Anleiheverhandlungen zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Das Haupthindernis sieht er in der Anwesenheit unserer Truppen in Kaswin. Wenigstens scheint es ihm zweifelhaft, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, solange unsere Truppen dort bleiben, ohne daß ihre Anwesenheit durch die Möglichkeit von Unruhen in Kaswin oder in Teheran begründet ist. Ich bemerkte dem Minister, es würde schwer sein, diese Frage während der Verhandlungen zu berühren. Sir Edward gab dies zu, meinte aber, man könnte dies durch eine gewisse „Gewandtheit" in Teheran erreichen: unsere gemeinsamen Interessen seien wichtiger als alles andere.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910.

Im Laufe der gestrigen vertraulichen Unterredung sagte ich Grey, Sie hielten es für möglich, daß die deutsche Regierung den Wunsch äußern würde, die Bedingungen kennenzulernen, die Rußland und England an die Gewährung einer Anleihe geknüpft hätten. Sir Edward antwortete mir einigermaßen zögernd, er habe im Grunde genommen keine Einwendungen zu machen, wolle sich aber die Sache noch überlegen, und bat mich, ihn heute wieder aufzusuchen. Er hat mir soeben erklärt, daß er im Prinzip keine Einwendungen habe, da er es für mehr als wahrscheinlich hält, daß Deutschland diese Bedingungen von den Persern bereits erfahren hat. Aber gerade diese Annahme ruft in ihm folgende Erwägungen wach. Wenn Deutschland die Bedingungen kennt, so hat es augenscheinlich den Wunsch, gegen die eine oder andere Einwendungen zu erheben, und zu diesem Zwecke muß es sie auf offiziellem Wege in Erfahrung bringen. Dies ist wahrscheinlich die deutsche Absicht, und die Bedingung, gegen die Deutschland, wie Grey glaubt, protestieren

wird, ist wahrscheinlich die Frage der Eisenbahnbauten in Persien. „Sie werden die große Wichtigkeit dieser Frage zugeben," sagte mir der Minister, „wir haben so große Sorgfalt auf den Abschluß unserer Konventionen verwandt, um unsere eigenen Interessen und nicht die Interessen Deutschlands zu wahren; deutsche Eisenbahnen in Persien würden die Bedeutung unserer Konvention in Frage stellen." Sir Edward machte keine anderen Andeutungen, aber der Sinn seiner Worte ist klar. Dies wurde mir übrigens durch Hardinge bestätigt, den ich nach Grey aufsuchte. Sir Charles sagte mir: „Ich glaube, es ist sehr gefährlich." Bevor ich sein Kabinett verließ, sagte Sir Edward, er müsse wiederholen, es sei dringend notwendig, die Verhandlungen in Teheran so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Seinen Informationen zufolge wären unsere Truppen, die auf Täbriz vorrückten, bereits nach Julfa zurückgekehrt. Aber Kaswin ist der gefährliche Punkt, von dem der Erfolg der Verhandlungen abhängt.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. März 1910. — Nr. 339.

Ich teile Ihnen den Text eines von Deutschland erhaltenen Memorandums mit und bitte Sie, Grey zu fragen, ob in London ein ähnlicher Schritt erfolgt ist. Unsererseits erblicken wir in der deutschen Mitteilung eher einen Versuch, uns zur Erneuerung der Verhandlungen wegen der Bagdadbahn zu bewegen, als eine ernstliche Absicht der deutschen Regierung, in der persischen Frage zu intervenieren. Trotzdem werden wir dem Berliner Kabinett weitere Erklärungen über die Anstellung von sieben Franzosen geben müssen. Wir haben die Absicht, außer den in meinem Brief Nr. 171 angeführten Argumenten darauf hinzuweisen, daß die von uns gestellte Anleihebedingung mehr die Anzahl der europäischen Gehilfen als deren Nationalität im Auge hat, und daß die Franzosen geeigneter erscheinen, weil sie Bizots Landsleute sind. Wenn wir späterhin gezwungen sein sollten, Deutschland in diesem Punkte nachzugeben, so müßte man die Franzosen durch Belgier, Schweizer oder Untertanen eines neu-

tralen Landes ersetzen. Was die Bagdadbahn anbetrifft, so haben wir die Absicht dem Berliner Kabinett zu antworten, daß wir bereit sind über diese Frage gemeinschaftlich mit England und Frankreich zu verhandeln, daß wir uns aber auch direkten Verhandlungen mit Deutschland nicht entziehen wollen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. März 1910. — Nr. 340.

Der Wortlaut des mir von Pourtalès übergebenen Memorandums: Die Zurückhaltung, die Deutschland die letzte Zeit in Persien beobachtet hat, soll nicht so ausgelegt werden, als ob die deutsche Regierung aufgehört hat, Persien als ein unabhängiges Land zu betrachten, in dem Deutschland das Recht hat, seine Interessen zu regeln, ohne andere Mächte vorher befragen zu müssen. Die russische Regierung hat seinerzeit Deutschland ein Übereinkommen über die persische Frage und die Bagdadbahn vorgeschlagen. Deutschland war bereit, in einen Meinungsaustausch einzutreten. Jedoch seit Ende 1907 hat die russische Regierung keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit unternommen. Im Gegenteil, es hat bei mehreren Gelegenheiten gehandelt, ohne die deutschen Interessen genügend in Betracht zu ziehen. Die Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Bizots scheint eine der hauptsächlichsten Bedingungen für das Zustandekommen der Anleihe zu sein. Würde diese Bedingung angenommen, so wäre Deutschland damit aus einem der wichtigsten Teile der inneren Administration Persiens ausgeschlossen, während Frankreich zugelassen würde, was in Deutschland gewiß befremden würde. Die persische Regierung wäre ihrerseits gewiß geneigt, verschiedene deutsche Beamte anzustellen. Was die Bagdadbahn anbelangt, so scheint die russische Regierung immer noch die Ansicht zu vertreten, daß die Verhandlungen zu vieren geführt werden müssen, was Deutschland im Prinzip nicht annehmen zu können erklärt hat. Diese Haltung Rußlands scheint kaum das Wohlwollen zu zeigen, auf das Deutschland rechnen zu können glaubte, nachdem es in Persien eine so loyale Zurückhaltung gezeigt hat. Die deutsche Regierung muß bemerken, daß diese Zurückhaltung nicht so weit gehen kann,

daß es kommerziellen und finanziellen Kreisen in Deutschland überhaupt unmöglich gemacht wird, in Persien ein Betätigungsgebiet zu finden. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung zu der Reise eines Vertrauensmannes der Deutschen Bank, Said Ruete, ihre Zustimmung gegeben, der sich in nächster Zeit aus Persien über Khanekin nach Bagdad begeben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 54.

Ihr Telegramm Nr. 339 erhalten. Nr. 1. Habe Grey gestern die entsprechende Mitteilung gemacht. Zwischen den Schritten Pourtalès und Metternichs besteht ein großer Unterschied. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Wortlaut eines Memorandums, welches die Antwort enthält, welche Grey zu machen beabsichtigt. Auf meine Frage erklärte Grey, er glaube nicht, daß es die deutsche Absicht sei, mit uns die Bagdadbahn-Verhandlungen wieder aufzunehmen. Er meint, die ganze Angelegenheit erinnere an Marokko. Aber er hat Zutrauen zur Ruhe und zur Mäßigung Bethmann Hollwegs. Immerhin befürchtet er deutsche Absichten auf Eisenbahnen in Persien und hat mir wiederholt, er sei der Ansicht, daß in dieser Frage Rußland und England besonders festbleiben müßten. Grey benachrichtigte mich, daß die Bagdadverhandlungen zwischen englischen und deutschen Finanzleuten zu keinem Resultat geführt haben. Hinsichtlich dieser Frage enthält das Memorandum folgenden Satz: Grey hat nichts zu sagen, außer aber, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort mit der Haltung übereinstimmt, die das Londoner Kabinett Rußland und Frankreich gegenüber einnehmen wollte, als die Verhandlungen Cassel-Gwinner stattfanden. Dies will bedeuten, daß England sich vorbehielt, mit Deutschland zu verhandeln, aber nicht abzuschließen, ohne Frankreich und Rußland zu benachrichtigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 55.

Nr. 2. Inhalt des in Nr. 1 erwähnten Memorandums. Grey hält es für nützlich, sich auf die erste Antwort zu berufen, bemerkt aber, daß unsere Erklärung, wir hätten mehr die An-

zahl der Angestellten als deren Nationalität im Auge gehabt, Deutschland die Möglichkeit gäbe, die Anstellung von deutschen Beamten zu verlangen. Grey meint, man könne vielleicht dem Bedauern Ausdruck verleihen, daß die früheren Erklärungen nicht genügt haben, und hinzufügen, daß im Jahre 1909 die persische Regierung selbst sich an Frankreich gewendet hat. Sodann könnte man hinzufügen, es sei natürlich, daß Bizot Franzosen vorziehe, daß aber weder England noch Frankreich die Anstellung von Gehilfen für durchaus notwendig erachten. Was den deutschen Hinweis auf die Verletzung der deutschen Interessen und die russischen Versuche, deutsche finanzielle und kommerzielle Interessen aus Persien auszuschließen, und was endlich die Eisenbahn anbelangt, so glaubt Grey, man müsse abwarten, bis die persischen Finanzen geordnet seien, was ja die Grundbedingung der Erhaltung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit Persiens ebenso wie des Prinzipes der offenen Tür sei, und daß daher der deutsche und ausländische Handel hieraus nur Nutzen ziehen würden. Andererseits könne man aus dem Umstande, daß Deutschland die privilegierte Stellung der beiden Nachbarstaaten anerkannt habe, folgern, daß diese Staaten durch die Anarchie mehr als die anderen in Mitleidenschaft gezogen werden und daß sie deshalb Persien in Sachen der Finanzreform beistehen müssen, was ja die Grundlage der anderen Reformen sei. Grey legt dem Umstande Bedeutung bei, daß Belgier in der Zollverwaltung angestellt werden: und vielleicht würde dann Deutschland seine Einwendungen zurückziehen und die Anstellung von Angehörigen eines neutralen Landes könnte vielleicht einen guten Ausweg bieten. Grey möchte Ihre Antwort so bald wie möglich erhalten, um ihr seine Antwort an Metternich anpassen zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 56.

Nr. 3. Hardinge sagte mir gestern vertraulich, man könne vielleicht der persischen Regierung zu verstehen geben, daß man in der Frage der Anstellung der Franzosen Nachgiebigkeit zeigen werde, wobei dies auf Grund einer persischen Bitte erfolgen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 7./20. März 1910. — Nr. 57.

Da Bizot in seinem Reformprojekt vorschlägt, die Funktionen eines finanziellen Beirates abzuschaffen, sobald die drei Räte und vier französischen Gehilfen ernannt sein werden, meint Grey, man müsse seine Worte „es ist natürlich, daß Bizot Franzosen vorzieht", folgendermaßen abändern: „da Bizot der Urheber des Projektes der Finanzreformen ist, so ist es natürlich, daß er die Ausführung dieser Reform Franzosen anvertrauen will".

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 62.

Nachdem Grey seine Mitteilung an Metternich beendigt hatte, sagte ihm der Botschafter, daß das Berliner Kabinett Einwendungen gegen folgende Bedingungen erheben müsse, die den deutschen Informationen zufolge während der Anleiheverhandlungen gestellt worden wären: 1. In der russischen Sphäre würden keine Konzessionen an Ausländer, sondern nur an Russen erteilt und dieselbe Bedingung wäre für die englische Einflußsphäre aufgestellt worden. Grey will morgen antworten, daß eine derartige Bedingung nicht gestellt worden sei. 2. Die Bedingung bezüglich des Sees Urmia. Grey wird antworten, daß diese Bedingung die russischen Interessen beträfe und daß er sich hierüber nicht zu äußern habe. 3. Bedingung bezüglich der Eisenbahnen in den beiden Interessensphären. Grey wird sich auf den Standpunkt der politischen Interessen der Nachbarstaaten stellen und sich auf die Unmöglichkeit berufen, ausländischen Gesellschaften Konzessionen zu gewähren, die für Rußland oder England in strategischer Hinsicht gefährlich wären. 4. Die Bedingung, welche Perser von der Erhaltung von Konzessionen ausschließt, wenn sie nicht den Beweis erbringen, daß das Kapital nicht ausländischen Ursprungs ist. Grey wird antworten, daß eine Bedingung in dieser Form nicht gestellt worden ist, daß aber Rußland und England Maßregeln ergreifen müssen, um die Erteilung von Konzessionen an Perser zu verhindern, die dieselben Nachteile wie die Erteilung von Eisenbahnkonzessionen haben würden. In einer Unterredung mit Hardinge habe

ich bemerken können, daß dieser weitere Schritt des Berliner Kabinetts hier sehr mißfallen hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 63.

Fortsetzung meines Telegramms 62. Grey schreibt mir heute abend, Metternich habe ihm erklärt, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß die Bedingungen der persischen Anleihe dem ausländischen Handel die Türe schließen und die Unabhängigkeit Persiens illusorisch machen, wobei der Botschafter die Bedingungen nicht richtig angeführt habe. Grey wird morgen antworten und teilt mir seine Absicht mit, die wirklichen Bedingungen zur Kenntnis Metternichs zu bringen. Ihren Standpunkt kennend, erhebe ich keinen Einspruch. Grey hat die Absicht, Metternich zu sagen, daß der Zweck der von uns gestellten Bedingungen nicht darin besteht, ausländisches Kapital von Eisenbahnbauten in Persien notwendigerweise auszuschließen, daß Rußland und England aber auf dieser Bedingung bestehen müßten, um der Möglichkeit des Baues einer Eisenbahnlinie vorzubeugen, die ihre Grenzen bedroht und unter ausländischer Kontrolle steht. Grey hält die Mitteilung der wirklichen Bedingungen für notwendig, um auf die Einwendungen bezüglich der Konzessionen an persische Untertanen und russischer und englischer Privilegien in den Interessensphären antworten zu können.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in London vom 9./22. März 1910. — Nr. 372.

Der deutsche Botschafter hat mir erklärt, daß den Informationen der deutschen Regierung zufolge Rußland und England anläßlich der Anleiheverhandlungen folgende Bedingungen gestellt haben: Verbot, Eisenbahnen ohne ihre Zustimmung zu bauen, Monopol der Schiffahrt auf dem See Urmiah zugunsten Rußlands, Monopol aller kommerziellen und industriellen Konzessionen zugunsten Rußlands und Englands unter Ausschluß ausländischer Unternehmungen. Wenn diese Informationen richtig sind, so hält sie die deutsche Regierung für unvereinbar mit dem Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Nationen,

welches Prinzip in der englisch-russischen Konvention anerkannt worden sei und dessen Verletzung die Unabhängigkeit Persiens bedrohe. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß diese Informationen nicht der Wirklichkeit entsprächen. Die von Rußland und England gestellten Bedingungen halten das Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Mächte aufrecht, und die beiden Staaten haben nie den Gedanken gehabt, irgend jemand von allen kommerziellen und industriellen Unternehmungen auszuschließen. Was die Eisenbahnen und andere Unternehmungen anbelangt, die eine politische Seite und für Rußland strategische Bedeutung haben können, so haben wir von jeher erklärt, nicht zugeben zu können, daß derartige Konzessionen in die Hände von Ausländern gelangen. In diesem Sinne haben wir mit Deutschland im Jahre 1907 Verhandlungen begonnen, welche dann zeitweise unterbrochen wurden und welche wir jetzt bereit sind wiederaufzunehmen. Pourtalès schien mir von diesen Erklärungen befriedigt und bestätigte mir noch einmal, daß Deutschland die besondere politische Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkenne, daß es nur die Absicht habe, die Freiheit deutscher kommerzieller Unternehmungen sicherzustellen, und daß es an keine Eisenbahnbauten in Persien denke. Ich bitte die erste Gelegenheit zu benutzen, obiges mündlich zur Kenntnis Greys zu bringen und mir seinen Eindruck mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 10./23. März 1910. — Nr. 380.

Unsere der deutschen Regierung gegebene Antwort stimmt in allgemeinen Zügen mit der englischen Antwort überein. Nicolson schreibt mir heute, das Londoner Kabinett habe keine Einwendungen zu machen, wenn wir Pourtalès mitteilen, daß in allen Fragen, die die anglorussische Konvention betreffen, wir es für nötig erachten, uns zuerst mit der englischen Regierung zu beraten; Nicolson fügte hinzu, daß wir hierbei auf die völlige Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen können. Wir werden diesen Vorschlag benutzen, wenn das Berliner Kabinett mit einer neuen Erklärung an uns herantreten sollte.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 11./24. März 1910. — Nr. 383.

Wir haben aus ganz geheimer Quelle erfahren, daß das persische Parlament bei Quadt angefragt hat, ob Deutschland auf Grund des persisch-deutschen Vertrages Rußland hinsichtlich der Anleihe und der Abberufung der russischen Truppen aus Persien Vorstellungen machen wird. Wir haben den Persern zu verstehen gegeben, daß der Eingriff einer dritten Macht in unsere Beziehungen zu Persien die Lage noch verschlimmern und uns veranlassen könnte, unsere Truppen nicht abzuberufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. März 1910. — Nr. 65.

Ihr Telegramm 383 erhalten. Hier sind ähnliche Nachrichten erhalten worden. Hardinge ist der Ansicht, Deutschland werde sich nicht auf den deutsch-persischen Vertrag vom Jahre 1873 berufen können, da ein Eingriff nur im Falle der Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit einer andern Macht vorgesehen ist.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. März 1910. — Nr. 406.

Da unser Protest gegen den Abschluß einer persischen Anleihe außerhalb Rußlands und Englands ungünstig beantwortet worden ist, schlägt die englische Regierung vor, Persien alle rückständigen Forderungen aufzuzählen und zu erklären, daß wir auf die Begleichung nicht bloß dieser Forderungen, sondern auch aller anderen Vorschüsse dringen werden, wenn Persien darauf bestehen sollte, die Einnahmen des Landes als Garantie einer Anleihe einer dritten Macht zu verpfänden. Unserer Ansicht nach müssen wir eine solche Erklärung zu vermeiden suchen, da man uns beschuldigen könnte, daß wir Persien daran verhindern, sich in andern Ländern Kredit zu verschaffen, und wir haben heute dem englischen Botschafter vorgeschlagen, der persischen Regierung folgende Erklärung abzugeben: Rußland und England sind bereit, das Recht Persiens anzuerkennen, in andern

Ländern Anleihen abzuschließen, aber nur unter folgenden Bedingungen: 1. Die Zoll- und sonstigen Einnahmen, welche die russischen und englischen Anleihen garantieren, dürfen nicht verpfändet werden. 2. Alle früheren finanziellen Verpflichtungen Rußland und England gegenüber müssen zusammen mit den rückständigen Zinsen genau festgesetzt und diejenigen Einnahmequellen bezeichnet werden, die zur Abzahlung unserer rückständigen Forderungen dienen werden. 3. In der russischen und englischen Einflußsphäre dürfen andern Ausländern keine Konzessionen erteilt werden, die politische und strategische Bedeutung haben, nämlich Verkehrswege, Telegraphen, die Schiffahrt auf dem See Urmia und ähnliche.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister Iswolsky vom 10./23. März 1910.

Wenn wir darauf verzichten, Franzosen im persischen Finanzressort anzustellen, so wird dies die Zusammenarbeit des finanziellen Beirats mit den übrigen Fachleuten anderer Nationalitäten sehr erschweren. Nur die Kaiserliche Regierung ist in der Lage, ein Urteil zu fällen, ob Deutschland, nachdem es in dieser Frage sein Ziel erreicht, nicht auch andere Vorwände benutzen wird, um auf das Zusammenhalten Englands und Rußlands in Persien einen Druck auszuüben. Besteht eine solche Möglichkeit, so wäre es vielleicht besser, wenn wir jetzt auf der Ernennung der Franzosen bestehen würden. Auf alle Fälle scheint es mir, daß ein eventueller Verzicht unsererseits als eine Konzession Persien und nicht Deutschland gegenüber dargestellt werden müsse. Gleichzeitig müßten wir den Grundsatz aufstellen, daß als ausländische Beiräte und andere Beamte entweder nur Russen und Engländer oder nur die Angehörigen kleinerer Staaten angestellt werden können.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 492.

Ich telegraphiere unserm Gesandten in Teheran. Nr. 1. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Auszug aus einem Memorandum des englischen Botschafters mit Bezug auf deutsche Forderungen

in Persien. Auch wir haben den Vorschlag des Berliner Kabinetts erhalten, die Verhandlungen des Jahres 1907 wiederaufzunehmen, und der deutsche Botschafter hat uns zu verstehen gegeben, daß es außer der englischen und russischen Zone in Persien auch noch eine neutrale gäbe, die allen übrigen Staaten offen sei. Die Bedingungen Deutschlands erscheinen uns in mancher Hinsicht unannehmbar, und deshalb müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß wir auf Persien einen starken Druck auszuüben haben werden, um zu verhindern, daß Ausländern uns mißliebige Konzessionen erteilt werden. Wenn wir dies erreicht haben werden, so werden wir uns weiter mit dem Berliner Kabinett verständigen können; letzteres scheint uns natürlich wünschenswert. Wenn die endgültige Bestätigung von Konzessionen vom Regenten abhängt, so kann man ihm erklären, daß die Gewährung von Konzessionen an Ausländer ohne vorherigen Meinungsaustausch mit Rußland und England von uns als eine feindselige Handlung betrachtet werden und für Persien die schwersten Folgen nach sich ziehen wird. Gleichzeitig beauftragen wir Benckendorff, das Londoner Kabinett zu veranlassen, in dieser Frage gemeinsam mit uns vorzugehen. Was die Zwangsmaßregeln anbelangt, die wir nötigenfalls Persien gegenüber anzuwenden hätten, so sollen dieselben in diesen Tagen Gegenstand einer besonderen Beratung bilden und werden wir uns dann über dieselben mit London verständigen müssen. Telegraphieren Sie uns dringend, welche Maßregeln Sie Ihrerseits vorschlagen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 493.

Ich telegraphiere nach Teheran sub Nr. 2. Der deutsche Reichskanzler hat dem englischen Botschafter in Berlin gegenüber die deutschen Wünsche hinsichtlich Persiens folgendermaßen formuliert. Die ganze Frage sollte einen Teil eines allgemeinen politischen Abkommens zwischen Deutschland und England bilden. Rußland und England hätten das Prinzip der offenen Tür zu bestätigen. Als Gegenwert für den deutschen Verzicht auf Eisenbahn-, Telegraphen- und andere Konzessionen in der englischen Einflußsphäre hätte England Deutschland einen angemesse-

nen Anteil an der Lieferung der Materialien usw. zu gewähren. Deutschland beansprucht bei persischen Anleihen denselben Anteil wie dritte Staaten; dasselbe bezieht sich auf die Anstellung von Ausländern. Deutschland verzichtet auf ähnliche Konzessionen in der russischen Zone; Rußland dagegen räumt Deutschland Gleichberechtigung in allen kommerziellen Fragen ein, wird seine Eisenbahnen in Nordpersien mit der Bagdadlinie vereinigen und verpflichtet sich, den internationalen Handel auf dieser Linie nicht zu hindern und die Verbindung der deutschen Linie mit Teheran zu ermöglichen. Bethmann Hollweg wies auf die Behinderung des ausländischen Handels durch das Verbot des Transitverkehrs durch den Kaukasus hin und fügte hinzu, daß, nachdem die russischen Eisenbahnen in Nordpersien fertiggestellt sind und die Weigerung aufrechterhalten würde, eine Bahn Teheran—Khanekin zu bauen, Rußland ein Monopol für den Handel in Nordpersien erhalten würde — was auch den englischen Interessen kaum entspräche.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 494.

Ich beziehe mich auf meine Telegramme nach Teheran Nr. 1 und 2. Aus der Mitteilung Bethmann Hollwegs kann man ersehen, daß Deutschland entschlossen ist, eine Stellung in Persien zu beanspruchen, welche den russischen und englischen Interessen in diesem Lande zuwiderläuft. Die Hoffnung, uns mit Deutschland zu verständigen, indem wir ihm in der Bagdadfrage Zugeständnisse machen, läßt sich augenscheinlich nicht verwirklichen. Unter diesen Umständen scheint es uns nur einen Ausweg zu geben, nämlich einen energischen Druck auf Persien auszuüben, um es zu verhindern, den Deutschen Konzessionen zu erteilen, die unsern Interessen nicht entsprechen. Rußland und England müßten also auch vor äußersten Maßregeln nicht zurückschrecken und schlagen wir vor, in die Beratung dieser Maßregeln einzutreten. Einstweilen können die Vertreter der beiden Regierungen dem persischen Regenten die in meinem Telegramm nach Teheran erwähnte Erklärung abgeben. Dies alles schließt natürlich nicht die Möglichkeit aus, zu einem annehmbaren Einvernehmen mit Berlin zu kommen, was um so leichter sein wird, je weniger

Chancen das Berliner Kabinett haben wird, sich direkt mit der persischen Regierung zu verständigen. Wir beraten augenblicklich, wie wir die deutschen Vorschläge beantworten sollen, und wir werden nicht verfehlen, uns vorher mit dem Londoner Kabinett zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 10./23. April 1910. — Nr. 531.

Unser Gesandter in Teheran telegraphiert am 6./19. April — Nr. 175: Ich bin der Ansicht, daß wir, bevor irgendwelche weitere Schritte unternommen werden, das Resultat der Ministerkrise abwarten müssen. Wenn ein Kabinett aus radikalen Elementen gebildet wird, welches Rußland und England kein Vertrauen einflößt und von dem zu erwarten steht, daß es trotzdem Verhandungen führen wird, die mit den Forderungen unserer letzten gemeinsamen Note nicht übereinstimmen, so müßte man der persischen Regierung erklären, daß Rußland und England vor nichts zurückschrecken werden, um die Perser zu zwingen, ihre Politik mit den Forderungen der genannten Note in Einklang zu bringen. Es ist für uns vorteilhafter, uns an diese gemeinsame Note zu halten, da sie unsere Interessen vollkommen schützt und Deutschland in ihr nicht erwähnt wird. Wenn wir einen solchen Schritt tun, so müssen wir bereit sein, nötigenfalls die letzten Konsequenzen zu ziehen, da die geringste Nachgiebigkeit unsererseits unser Ansehen hier auf lange erschüttern würde. Folgende Zwangsmaßregeln könnten Persien gegenüber angewandt werden: 1. Die Weigerung der beiden Gesandtschaften, irgendwelche Beziehungen zum Kabinett zu unterhalten, das uns kein Vertrauen einflößt. 2. Die Erklärung, daß unsere Truppen aus Persien nicht abberufen, sondern im Gegenteil auf ihren Normalbestand verstärkt werden. 3. Die Forderung der sofortigen Bezahlung der persischen Schulden und die darauffolgende Besetzung der Zollämter. 4. Die Drohung, Truppen nach Teheran zu schicken. Letztere Maßregel ist nicht wünschenswert und kann Unruhen hervorrufen, aber ich glaube, daß die Drohung allein genügen würde und daß man sie nicht auszuführen haben wird.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 13./26. April 1910.

In Abwesenheit Sir Edward Greys habe ich gestern Hardinge eine Übersetzung Ihres Telegramms Nr. 531 zukommen lassen. Der Unterstaatssekretär sagte mir, er werde dieselbe dem Minister unverzüglich mitteilen. Er sagte, er teile vollkommen die Ansicht Poklewskis, daß man vor allem den Ausgang der persischen Ministerkrise abwarten und sich nicht beeilen müsse, Schritte zu tun, die, wenn das jetzige Ministerium sich halten könne, nur die Autorität der uns günstig gesinnten Minister untergraben und eine neue Krise hervorrufen könnten.

Man verfügt hier in dieser Hinsicht über keine neuen Informationen.

Was den Gegenstand selbst und die in Aussicht genommenen Maßregeln anbelangt, so hat Sir Charles sich nicht geäußert und überläßt dies Grey. Er schien mir jedoch optimistischer als das letzte Mal und scheint eine Beratung über derartige Maßregeln als verfrüht zu betrachten. Ich weiß, daß er nötigenfalls energische Maßregeln billigt; das letzte Mal hat er jedoch als seine persönliche Ansicht geäußert, man müsse in Teheran eine Erklärung abgeben, daß jede Handlung der persischen Regierung, die den Interessen der beiden Staaten schaden könnte, von letzteren als ein feindseliger Akt betrachtet und für Persien die schlimmsten Folgen nach sich ziehen würde, — ohne jedoch bestimmte Drohungen hinzuzufügen. Er hoffe, daß dies genügen würde, ohne daß wir uns von Anfang an durch die Ankündigung von Zwangsmaßregeln zu kompromittieren hätten.

Ich selbst glaube, daß wir die Sache reiflich überlegen müssen, namentlich was die äußerste Maßregel einer eventuellen Besetzung Teherans anbelangt.

Es besteht für mich kein Zweifel, daß letztere die Natur unserer bisherigen militärischen Aktion völlig verändern würde.

Die Besetzung von Täbriz und von Kaswin war eine Intervention, keine Einmischung, und hatte den Charakter einer der persischen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung geleisteten Hilfe.

Teheran zu besetzen und die persische Regierung zu zwingen, uns das zu bewilligen, was es uns auf diplomatischem Wege

verweigert, ist nichts anderes als eine kriegerische Aktion, die einen Wechsel im Ministerium und die Bildung einer von uns aufgedrängten Regierung zur Folge haben würde; eine solche Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich nur so lange halten können, als die Okkupation dauert. Diese neue Regierung würde Bedingungen anzunehmen haben, die das Resultat einer direkten Einmischung sind und in einem diplomatischen Schriftstück Ausdruck gefunden haben, das einem aufgezwungenen Vertrage gleichkommt. Dies ist meiner Ansicht nach die wichtigste Erwägung. Eine derartige Tatsache müßte von dritten Staaten einen ausdrücklichen Protest hervorrufen. Wir sind gewarnt, daß dieser dritte Staat Deutschland sein wird, welcher zur Theorie der offenen Tür zurückkehren wird, als ob nichts vorgefallen wäre.

Der Konflikt würde auf diese Weise seinen Charakter verändern und aus einer russisch-persischen eine allgemein europäische Frage machen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 1./14. April 1910.

Ich habe heute eine Beschwerde Schünemanns erhalten. Die Verwaltung der Chaussee Julfa-Täbriz weigert sich eine von ihm gekaufte Lokomobile durchzulassen, unter dem Vorwand, das Gewicht sei zu groß. Schünemann weist darauf hin, daß Lokomobilen, die von der Verwaltung der Chaussee und von einem persischen Untertan gekauft worden sind, viel schwerer wiegen. Ich halte es nicht für wünschenswert, der deutschen Einfuhr nach Persien so offen künstliche Hindernisse in den Weg zu legen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 29. April / 12. Mai 1910. Nr. 631.

Nicolson teilt mir das Projekt unserer gemeinsamen Erklärung an die persische Regierung mit. Dies Projekt ist vom englischen Geschäftsträger in Teheran ausgearbeitet worden. Der englische Botschafter teilt mir mit, Grey sei nicht mit dem letzten

Teile einverstanden und schlägt folgende Redaktion vor: „In Anbetracht der Schwierigkeit, diejenigen Konzessionen anzuführen, die ihren politischen oder strategischen Interessen schaden könnten, erwarten die beiden Regierungen, daß die persische Regierung, ehe sie einem Ausländer irgendwelche Konzessionen hinsichtlich der Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen erteilt, mit Rußland und England in einen Meinungsaustausch eintritt, um festzustellen, auf welche Weise die politischen oder strategischen Interessen dieser beiden Staaten genügend geschützt werden könnten." Ich teile Greys Ansicht, was den letzten Teil des in Teheran ausgearbeiteten Projektes anbelangt. Was aber den ersten Teil anbelangt, so halte ich es für vorsichtiger, die von Grey vorgeschlagenen Worte „Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen" wegzulassen, denn es kann noch andere Konzessionen geben, die uns schädlich sind. Man muß nicht außer acht lassen, daß, wenn wir von der persischen Regierung eine formelle Verpflichtung im Sinne der identischen Note vom 25. März verlangen, dies einen deutschen Protest in Teheran hervorrufen könnte. Wir würden es deshalb vorziehen, für den Augenblick nicht darauf zu bestehen, daß die persische Regierung eine derartige Verpflichtung eingeht. Man könnte hingegen der in Aussicht genommenen Mitteilung die Worte beifügen: „Wenn die persische Regierung den Wunsch der beiden Mächte nicht erfüllt, so werden letztere diejenigen Maßregeln ergreifen, die sie für nötig halten werden, um ihre Interessen zu schützen."

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 12./25. April 1910.

Der französische Gesandte hat von seiner Regierung gehört, daß ein gewisser Cohen aus Teheran in Paris angekommen ist, welcher von einem der persischen Minister das Vorzugsrecht zum Abschluß einer Anleihe von 200 Millionen Franken unter Garantie der Zoll- und Telegrapheneinnahmen erhalten habe. Der Zweck der Anleihe besteht darin, daß Persien den Regierungen Rußlands und Englands und den beiden Teheraner Banken seine Schulden abzahlt. An dieser Finanzoperation sind vier große französische Banken interessiert, u. a. Crédit Lyonnais und

Banque de Paris. Zum 7. Mai soll eine besondere persische Kommission zu Verhandlungen nach Paris kommen und das Vorzugsrecht ist vier Monate gültig, vom Tage der Ankunft der Kommission an gerechnet. Cohen ist nach Teheran zusammen mit dem Juwelier gekommen, der die persischen Kronjuwelen schätzen sollte; er sagte, er wäre sein Begleiter, und hat dem hiesigen französischen Gesandten von dem wirklichen Zweck seiner Ankunft nichts gesagt. Auf die Frage meines französischen Kollegen, wie die russische Regierung einem solchen Projekt gegenüberstehe, sagte ich, daß die Bezahlung der uns geschuldeten Summen unseren Interessen durchaus nicht entsprechen kann, da auf diese Weise dem politischen Einflusse von Ausländern die Türe geöffnet wird. Aus demselben Grunde können wir auch keine ausländische Kontrolle irgendwelcher persischer Einnahmen in unserer Zone zulassen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 15./28. April 1910. — Nr. 25.

Aus Teheran zurückgekehrt, hat Cohen niemandem nähere Mitteilungen gemacht und hat nur die Unterstützung der französischen Regierung nachgesucht. Diese ist ihm verweigert worden und man hat ihm erklärt, man wird hier nur solche finanzielle Operationen zulassen, die von Rußland und England begutachtet werden. Den andern wird man die Kotierung an der Börse verweigern. Übrigens nehmen die hauptsächlichsten Kreditinstitutionen an diesem internationalen Syndikate kaum teil. Der Außenminister hat mir die Versicherung gegeben, daß in persischen Fragen Frankreich nichts zulassen wird, was Rußland und England unangenehm sein könnte. Die finanziellen Kreise sind hiervon benachrichtigt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. April / 13. Mai 1910. — Nr. 102.

Ihr Telegramm Nr. 631 erhalten. Persönlich. Der erste Eindruck von Hardinge ist der, daß die von Ihnen vorgeschlagene Formel, die nicht erwähnt, um welche Konzessionen es sich han-

delt, sehr radikaler Natur sei und schwerlich von der persischen Regierung angenommen werden könne. Er findet auch die letzte Drohung sehr stark. Ich glaube, man wird Ihnen eine mäßigere Redaktion vorschlagen. Dies ist noch keine offizielle englische Antwort.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. Mai 1910. — Nr. 104.

Nicolson wird Ihnen mitteilen, was Grey Metternich gesagt hat. Er hat erklärt, daß, da die persische Regierung Erklärungen über die letzte Note verlangt hat, diese Erklärungen erfolgen müssen. Grey hat dem Botschafter nicht verheimlicht, daß, wenn die persische Regierung Rußland und England vor die vollendete Tatsache einer Eisenbahnkonzession, die strategischen und politischen Charakter hat, stellt, diese beiden Mächte gezwungen sein würden, energische Maßnahmen gegen Persien zu ergreifen. Grey hat erklärt, er habe durchaus nicht die Absicht irgendwelchen deutschen Konzessionen zu schaden, die keinen politischen oder strategischen Charakter haben. Deshalb könne ein deutscher Protest nur erfolgen, wenn ein gerechtfertigtes Gesuch einer deutschen Konzession von Persien verweigert worden sei. Grey hat hinzugefügt, daß ein deutsch-englisches Übereinkommen über Persien nur im Zusammenhang mit der Bagdadbahnfrage abgeschlossen werden könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. Mai 1910. — Nr. 109.

Mit Bezug auf Ihre Unterredung mit Pourtalès sagt mir Grey, daß Ihre Worte und die seinigen übereinstimmen, mit dem Unterschiede, daß Sie betont haben, daß wir von der persischen Regierung keine Antwort verlangen werden, was er nicht erwähnt hat. Was unsere zukünftigen Verhandlungen mit Deutschland anbelangt, so hat Grey angefragt, ob sie außer Persien auch die Bagdadbahn betreffen. Ich habe geantwortet, daß ich dies nicht wüßte, da wir während unserer früheren Ver-

handlungen hauptsächlich unsere Stellung in Persien haben sichern wollen. Grey bemerkte, daß die Bagdadfrage schwerlich werde ausgeschlossen werden können, da es sich auch um die Zweiglinie Khanekin handle. Ich habe ihn gefragt, was für einen modus procedendi er für möglich halte; er antwortete, daß Deutschland sich weigere, zu vieren zu verhandeln, und daß er deshalb glaube, daß die drei interessierten Mächte getrennt verhandeln, sich aber den Gang der Verhandlungen gegenseitig mitteilen sollten; der Abschluß müsse jedoch gemeinsam zu vieren erfolgen. Grey hat mir mitgeteilt, er habe in seiner Unterredung mit Metternich die Möglichkeit einer Übereinkunft mit Deutschland nicht von der Hand gewiesen, nur habe er darauf hingezeigt, daß es ihm unmöglich sei, eine Übereinkunft zu schließen oder dem Parlament vorzulegen, welche Deutschland in Persien Zugeständnisse macht, ohne daß England in der Bagdadfrage entsprechend entschädigt wird, was für England von vitaler Bedeutung sei.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 9./22. Mai 1910. — Nr. 695.

Ehe ich Poklewski Instruktionen gebe, möchte ich wissen, wie Grey über die letzte von Schön unserm Berliner Botschafter gemachte Erklärung denkt, welche die formelle Versicherung enthält, daß Deutschland nie versucht hat, in Persien Konzessionen zu erhalten, welche Rußland und England unbequem sein könnten, und daß es auch in Zukunft dies nicht zu tun beabsichtigt. Andererseits besteht Schön darauf, daß der gemeinsame russisch-englische Schritt in Teheran aufgeschoben wird, um eine freundschaftliche Lösung zu finden. Fragen Sie bitte Grey, ob er glaubt, daß man letzteren Antrag nicht zu beachten braucht, was jedoch dem Berliner Kabinett den offenbaren Vorwand geben würde, sich im Laufe der Verhandlungen unnachgiebiger zu zeigen, oder ob man dem Schönschen Vorschlage Folge leisten soll. Im ersten Falle muß man daran denken, welchen Eindruck eine solche Verzögerung in Teheran hervorrufen würde. Es scheint mir, daß unter den gegebenen Verhältnissen unsere Vertreter in Teheran sich darauf beschränken könnten, der persischen Regierung zu erklären, daß sie fürs erste keine Antwort auf ihre Mitteilung

erwarten; sollte aber die persische Regierung Rußland und England vor eine vollendete Tatsache stellen, die ihren politischen oder strategischen Interessen nicht entspricht, so würde dies als eine Unfreundlichkeit von seiten Persiens aufgefaßt werden und könnte die beiden Staaten veranlassen, die nötigen Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen zu ergreifen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. Mai 1910. — Nr. 113.

Sehr vertraulich. P. Cambon hat mir eine Unterredung mitgeteilt, die in der letzten Woche zwischen Pichon, Grey und ihm stattgefunden hat. Unter anderm hat Grey über seine Unterredung mit Metternich berichtet. Dieser Bericht stimmt vollkommen mit dem überein, was wir aus den englischen Mitteilungen wissen. Es findet sich jedoch ein Passus, den Grey uns gegenüber nicht erwähnt hat, und Cambon hat mich gebeten, von demselben einstweilen keinen Gebrauch zu machen: ich bitte Sie also inständig, den Wunsch meines französischen Kollegen zu berücksichtigen.

Metternich hat dem Londoner Kabinett ein politisches Abkommen bezüglich Persiens vorgeschlagen und hinzugefügt, daß, wenn ein solches abgeschlossen würde, es keine Schwierigkeiten mehr in der Bagdadbahnfrage gäbe. Grey hat geantwortet, die englische Regierung habe mit Rußland eine politische Entente in Persien abgeschlossen, daß sie folglich kein Abkommen mit einer andern Macht abschließen könne; England sei in diesem Falle mit Rußland verbunden, wie mit Frankreich in der Marokkofrage.

Ich kann die Zurückhaltung Greys uns gegenüber nur einem übertriebenen Gefühl von Diskretion zuschreiben. Dies erklärt die Worte, daß das Londoner Kabinett in dem deutschen Vorschlage keine Verhandlungsbasis erblicke, was Ihnen seinerzeit nicht klar genug schien. Dies erklärt auch Sir Edward Greys Worte, die Verhandungen über Persien von den Bagdadbahn-Verhandlungen nicht trennen zu können. Endlich erklärt sich so auch Greys Ansicht, daß Verhandlungen mit Deutschland in

bezug auf Persien von Rußland und England gemeinsam geführt werden müssen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. Mai 1910. — Nr. 717.

Ich telegraphiere unserem Botschafter nach Berlin: Der englische Geschäftsträger hat mir den Inhalt eines aus Berlin erhaltenen Telegrammes mitgeteilt, aus dem ersichtlich ist, daß Schön dem englischen Geschäftsträger erklärt hat, der deutsche Vertreter in London habe den Auftrag erhalten, auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, da auf Grund der von der deutschen Regierung erhaltenen Erklärung diese Frage ihren akuten Charakter eingebüßt habe. Meinerseits kann ich bestätigen, daß seit meiner letzten Unterredung mit dem Grafen Pourtalès er die persische Frage nicht mehr berührt und überhaupt größere Nachgiebigkeit gezeigt hat.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18./31. Mai 1910.

Hardinge hat mir den Bericht des englischen Geschäftsträgers in Berlin über seine letzte Unterredung mit Schön vorgelesen. Der deutsche Minister sagte zuerst, er habe den Grafen Metternich beauftragt, einstweilen auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, und erklärte diese Instruktion damit, daß ein Mißverständnis zwischen Deutschland, Rußland und England in dieser Frage vorgelegen habe. Er schilderte darauf den Gang der letzten Verhandlungen. Er sagte, zuerst hätte man in Petersburg geglaubt, die deutsche Regierung beabsichtige mit Persien zu verhandeln, um verschiedene spezielle Vorteile zu erhalten und eine Anleihe abzuschließen. Dieses Mißverständnis sei bald aufgeklärt worden. Sodann hatte die deutsche Regierung Nachrichten erhalten, welche bei ihr die Meinung hervorriefen, daß Rußland und England durch einen Druck auf Persien Vorzüge beanspruchten, die mit den Rechten Deutschlands kaum hätten in Einklang gebracht werden können. Die von beiden Seiten abgegebenen offenen Erklärungen hatten auch diese Schwierig-

keit beseitigt. Es blieb nur noch die Erwägung, daß die deutsche Regierung dem Wunsche Ausdruck verlieh, England und Rußland sollten Persien gegenüber nicht zu Mitteln greifen, die die öffentliche Meinung in Deutschland beunruhigt hätten. Schön fügte hinzu, man hätte ihn in gewissen Kreisen beschuldigt, er habe in Persien Schwierigkeiten hervorrufen wollen, die mit denen Ähnlichkeit gehabt hätten, die später zu der Konferenz von Algeciras geführt. Nichts sei ihm ferner gelegen.

Ich kann hier den genauen Inhalt dieses ausführlichen Berichtes aus dem Gedächtnis nicht genau wiedergeben. Aber die erwähnten Äußerungen sind mir genau in Erinnerung geblieben und das Wort „Mißverständnis" wird öfters gebraucht.

Der englische Geschäftsträger sieht in dieser Unterredung eine deutliche Änderung der Haltung des Berliner Kabinetts. Er meint, daß einer der Gründe der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in London gewesen sei und daß die Eindrücke, die er daselbst empfangen, einen entschiedenen Einfluß auf die Haltung des Berliner Kabinetts ausgeübt haben. Er glaubt auch, daß der Mangel an Unterstützung von seiten des Wiener Kabinetts zu dieser Haltung der Berliner Regierung beigetragen habe. Wenn die Eindrücke des englischen Geschäftsträgers durch die weiteren Ereignisse bestätigt werden, so kann ich nicht umhin zu glauben, daß das Berliner Kabinett hauptsächlich dadurch beeinflußt worden ist, daß Rußland und England, ohne sich zu weigern Deutschland diejenigen Erklärungen zu geben, auf die es ein Recht hatte, sich der Form nach nachgiebig gezeigt haben, ohne jedoch hierbei irgend etwas von ihren politischen Rechten abzutreten, die sie auf Grund der geographischen Lage und der auf dem Spiele stehenden Interessen beanspruchen können.

Auszug aus dem Berichte des russischen Außenministers Sasonow an den Zaren über seinen Besuch in Balmoral im Oktober 1912.

. . . . . Hinsichtlich der neutralen Zone sagte ich, daß wir wahrscheinlich früher oder später genötigt sein würden, unser gegenseitiges Verhältnis zu ihr im Sinne einer Annullierung zu revidieren, da bei der jetzigen Sachlage der Zugang zur neutralen Zone allen offen stehe und sie vor Anschlägen von dritter Seite

nicht geschützt sei. Natürlich müßten wir bemüht sein, zu einem jeden derartigen Abschluß die Anerkennung Persiens zu erlangen, da ein Abschluß ohne Anerkennung keine praktische Bedeutung haben würde. Grey äußerte dazu sein prinzipielles Einverständnis. Dabei regte er den Gedanken an, es zu ermöglichen, ein für allemal die uns unerwünschten Anschläge Deutschlands auf die neutrale Zone auszuschalten, indem Rußland von der persischen Regierung die Option zum Bau der Eisenbahnlinie Teheran-Ispahan erhält und England und Rußland gemeinsam für die Strecke Ispahan-Mohammera. Es ist selbstverständlich, daß die Erlangung des Vorzugsrechts zum Bau dieser Linien weder den einen noch den anderen Staat verpflichtet, dieses Unternehmen unbedingt zu verwirklichen, sondern nur im Auge haben würde, Deutschland aus der neutralen Zone zu verdrängen, wo nach einem solchen Abschluß keine einzige für die Deutschen irgendwie verlockende Konzession übrigbleiben würde. — Ich erwiderte, daß ich bereit sei, unseren Gesandten in Teheran anzuweisen, eine solche Option von Persien durch alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu erlangen, wenn es möglich sei, eine solche Option, die alle Bemühungen anderer Mächte in der neutralen Zone tatsächlich ausschließen würde, von der persischen Regierung zu erhalten, wovon ich nicht völlig überzeugt sei.

Auszug aus einem persönlichen Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. August 1910.

..... Die Gefahr besteht, daß England und Rußland durch den Gang der Ereignisse gezwungen werden, gerade das in Persien zu tun, was sie im Grunde vermeiden wollen. In dieser Hinsicht halte ich es für meine Pflicht, Sie genau über den Standpunkt der englischen Regierung zu unterrichten.

Genau wie bei uns, so macht sich auch hier eine gewisse Enttäuschung über den Gang der Ereignisse in Teheran bemerkbar; diese Enttäuschung wird verstärkt durch den absoluten Mangel an fähigen Leuten in Persien und durch die Hoffnungslosigkeit,

normale Zustände wiederhergestellt zu sehen. Ich glaube jedoch, daß man das augenblickliche persische Ministerium für fähiger als seine Vorgänger hält.

Aber die beiden Vertreter in Teheran sehen früher oder später die Möglichkeit einer Einmischung voraus, die bis zu einer Teilung Persiens oder wenigstens bis zu einer Art Kondominium gehen könnte. Dies ist eine Folgerung, der sich die englische Regierung auf das entschiedenste widersetzen wird.

Erstens will England keine Annexion mehr, es weiß aus Erfahrung, wie man zu einer solchen gezwungen werden kann. Es will Persien nicht besetzen, weil es überzeugt ist, daß dies ohne Krieg nicht möglich ist. Dann will ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß der englische Standpunkt negativer Natur ist. England hat weniger Interesse daran, was in Persien vor sich geht, als daran, daß es jede andere Macht außer Rußland und England daran verhindern will, in Persien eine Rolle zu spielen. Dies bezieht sich vor allem auf Deutschland und die Türkei — natürlich aus politischen Gründen. Aus diesem Grunde ist England so vorsichtig gewesen, wenn es sich um den Schutz seiner kommerziellen Interessen gehandelt hat. Aber in dieser Hinsicht hat es in letzter Zeit seinen Standpunkt verändern müssen. Die Unruhen im Süden sind größer, als man zuerst annahm; die Unzufriedenheit der englischen Handelskreise wird immer lauter und die Regierung kann sich im Parlament dem Vorwurf nicht aussetzen, im Süden für den Schutz der englischen Interessen weniger zu tun, als es im Norden von seiten Rußlands geschieht; dies der Grund einer Landung im Süden. Aber gerade in diesem Umstande sieht die englische Regierung einen gefährlichen Anfang und aus diesem Grunde ist England stets einer militärischen Okkupation abgeneigt gewesen. Das politische Interesse stimmt mit dem kommerziellen nicht überein. In den Augen der englischen Regierung ist ersteres der bestimmende Faktor. Was die englische Regierung am meisten fürchtet, ist die Notwendigkeit, uns oder vielmehr der von unsern Vertretern in Teheran vorgeschlagenen Richtung folgen zu müssen. Man muß hieraus durchaus nicht den Schluß ziehen, daß England überhaupt abgeneigt ist, die Ordnung in Persien zu stützen; aber es will nicht zu Mitteln greifen, die den orientalischen Fa-

natismus gegen England oder gegen Rußland entfachen könnten. Soweit ich mir über den englischen Standpunkt Rechenschaft geben kann, fürchtet man hier, durch einen auf Persien ausgeübten Druck das Land in die Arme von andern zu werfen, mit andern Worten, von Deutschland und der Türkei. Ich brauche die Frage nicht zu erörtern, in welcher Richtung unser politisches Interesse liegt, aber ich kann mich nicht enthalten zu sagen, daß das, was für England wahr ist, noch mehr für uns gilt. Der Norden Persiens ist eine neue Mandschurei und kann ohne Krieg von uns nicht absorbiert werden — und was für ein Krieg! Wenn ich diese Frage so ausführlich behandle, so tue ich es nur, weil ich den Augenblick für sehr gefährlich halte. Eine militärische Intervention unsererseits muß eine ähnliche Maßregel von seiten Englands hervorrufen; wir können nicht verlangen, daß es von einer solchen absieht, und in diesem Augenblick würde das gefährliche Kondominium beginnen. Erlauben Sie mir zu wiederholen, was ich Ihnen bereits geschrieben habe: dadurch, daß wir unsere Besetzung Kaswins zum Gegenstand von Verhandlungen mit der persischen Regierung gemacht haben, haben die vielen politischen Intriganten in Teheran eine für uns gefährliche Waffe in die Hand bekommen, denn diese Leute müssen ja im Grunde genommen einsehen, daß die Besetzung von Kaswin ihrer Sache nur nützt. Sie haben alles Interesse daran, daß der gegen uns gerichtete wilde und blinde Fanatismus der Massen sich noch verstärkt. Die persische Regierung verfügt dadurch über ein Argument, das es bald im persischen Parlament, bald bei den andern Mächten benutzt. Und wenn man ihr entgegnet, daß die Anwesenheit der russischen Truppen nur dazu dient, die allgemeine Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, so kann sie jetzt antworten, daß dies nicht wahr ist, denn Rußland benutzt die Verhandlungen über die Zurückziehung der Truppen, um Vorteile für sich auszubedingen.

Die Absicht, Angehörige von Großmächten in persischen Diensten anzustellen, ist ein deutlicher Beweis, wie sehr Persien bereits nach auswärts blickt. Italien wird sich vielleicht weigern. Dieses Land liebt nicht direkte Konflikte. Aber kann man dasselbe von allen Mächten sagen? Ehe man sich zu dem einen oder andern Mittel entschließt, muß man sich fragen, ob der Gang der

Ereignisse uns nicht zu einer direkten und durchgreifenden Einmischung in die persischen Angelegenheiten führen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Geschäftsträger in London vom 13./26. September 1910. — Nr. 1420.

Ich habe in diesen Tagen dem englischen Geschäftsträger erklärt, daß in Anbetracht der Ungeneigtheit der Perser, unsere berechtigten Ansprüche zu erfüllen, und der Unmöglichkeit, selbst unwichtige laufende Fragen zu erledigen, ich voraussehe, daß wir auf Persien einen Druck ausüben werden müssen, und ich habe ihn gefragt, ob das Londoner Kabinett unsere Ansicht teile. O'Beirne hat bei Grey angefragt und mir geantwortet, letzterer stehe einem Plane eines gemeinsamen Druckes eher ablehnend gegenüber. Ich habe erwidert, daß ich nicht auf meiner Ansicht bestehen werde, um unser Einvernehmen in persischen Fragen nicht zu stören, daß ich aber wahrscheinlich gezwungen sein werde, selbständig zu Zwangsmaßregeln zu greifen, so z. B. würden wir uns weigern, den Persern eine Ausnahme von der allgemeinen Regel des Verbotes des Transites durch den Kaukasus zu gestatten usw. usw.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 15./28. September 1910. — Nr. 242.

Ihr Telegramm Nr. 1420 erhalten. Von der Erwägung ausgehend, daß eine Störung des englisch-russischen Einvernehmens in Persien unzulässig ist, hat Grey dem englischen Gesandten in Teheran telegraphiert, er solle seinen russischen Kollegen bei den Verhandlungen mit der persischen Regierung unterstützen, unter der Voraussetzung, daß unsere Truppen in nächster Zeit abberufen werden. Da England auf diese Weise wahrscheinlich zu energischeren Maßnahmen in Persien greifen wird, so wird es seine Bewachungstruppen in Südpersien verstärken müssen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 16./29. September 1910.

Der englische Geschäftsträger hat mir gestern gesagt, Grey könne keine Meinungsverschiedenheit in persischen Fragen zu-

lassen und habe die Absicht, sich streng an unser Einvernehmen zu halten. Er ist zu einem gemeinsamen Druck auf die Perser bereit und erwartet, daß wir ihn unsererseits in der Frage des Schutzes der südpersischen Straßen unterstützen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister Sasonow vom 18. Sept. / 1. Oktober 1910.

Der englische Gesandte hat kategorische Weisungen erhalten, unsere Forderungen zu unterstützen. Grey fügt hinzu, die Solidarität der beiden Gesandtschaften wäre wichtiger als alle Erwägungen bezüglich der Erhaltung des jetzigen persischen Ministeriums.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 25. Sept. / 8. Okt. 1910. — Nr. 884.

Wie Ihnen bereits bekannt, ist es uns geglückt, das Londoner Kabinett dazu zu bewegen, einen gemeinsamen Druck auf die persische Regierung auszuüben, um letztere zu veranlassen, die Bedingungen anzunehmen, unter denen wir unsere Truppen aus Kaswin abberufen werden, und auch um möglichst schnell die Frage der Konversion und Unifikation der unserer Bank geschuldeten Summe zu erledigen.

Sir Edward Grey hat dem englischen Gesandten in Teheran die nötigen Instruktionen zukommen lassen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich dem Geiste des russisch-englischen Abkommens anzupassen und keine Meinungsverschiedenheit in bezug auf grundsätzliche Fragen der persischen Politik zuzulassen.

Ich stütze mich auf Erwägungen, die einer sicheren Grundlage nicht entbehren, wenn ich sage, daß das Londoner Kabinett die englisch-russische Konvention vom Jahre 1907 als bedeutsam für die asiatischen Interessen Englands betrachtet; daß dieses Abkommen für England im Sinne der englischen europäischen Politik jedoch noch eine viel größere Bedeutung hat. Infolgedessen brauchen wir keinen Zweifel zu haben, daß die englischen politischen Kreise wirklich den Wunsch haben, das englisch-russische Abkommen genau einzuhalten.

Diese Erwägungen haben für uns eine große Bedeutung, da wir überzeugt sein können, daß die Engländer, in Europa politische Ziele vitaler Bedeutung verfolgend, im Notfall auf einige Interessen in Asien verzichten werden, nur um die für sie so wichtige Konvention mit uns zu erhalten. Aus diesem Umstande können wir natürlich Nutzen für uns ziehen, so z. B. in der persischen Politik.

Wir müssen augenblicklich abwarten, welche Resultate die gemeinsamen Schritte, welche Sie mit Ihrem englischen Kollegen unternehmen, zeitigen werden. Wenn die Perser unsere Bedingungen annehmen, wollen wir unsere Truppen aus Persien abberufen. Vielleicht wird dies endlich eine grundsätzliche Änderung in der persischen Politik hervorrufen und wir werden dann jene Unmenge von unerledigten Fragen, die sich im Laufe der letzten Jahre angehäuft haben, in normaler Weise erledigen können. Ich muß jedoch sagen, daß ich wenig Hoffnung habe, die Perser werden sich nachgiebig zeigen, da sie augenscheinlich die Fähigkeit verloren haben, sich der veränderten politischen Lage anzupassen. Wenn wir trotzdem einen letzten Versuch machen, so geschieht es aus dem Wunsche, einer unnormalen Situation ein Ende zu setzen, welche uns zwingt, unsere Truppen ohne irgendwelchen Nutzen in Persien zu halten, und auch um alle Mittel einer friedlichen Beilegung der Frage zu erschöpfen, ehe wir zu energischen Maßnahmen schreiten. Auf alle Fälle können wir nicht zulassen, daß die Dinge so weitergehen wie bisher. Wir können nicht länger eine Lage der Dinge zulassen, bei der nicht nur die Interessen, sondern auch die Autorität und das Prestige Rußlands leiden. Aus diesem Grunde werden wir zu Zwangsmaßregeln greifen müssen, wie ich dies bereits in meinem Telegramm Nr. 1420 erwähnt habe, wenn dieser unser letzter Versuch nicht zu einem Ergebnis führt.

Wie gesagt, glaube ich nicht, daß es ohne einen Druck auf die persische Regierung abgehen wird. Auf alle Fälle muß der genaue Plan dieser Maßregeln genau ausgearbeitet werden, um sie nötigenfalls sofort zur Anwendung zu bringen. Vor allem werden wir hierbei im Auge haben müssen, daß diese Maßregeln nicht dazu dienen sollen, uns in bestimmten konkreten Fragen Genugtuung zu verschaffen, sondern sie sollen die Perser über-

zeugen, daß man sich unsern Wünschen nicht beständig widersetzen darf und daß sie ihre demonstrative unfreundliche Politik uns gegenüber in Zukunft aufzugeben haben. Deshalb müssen unsere Maßregeln nicht den Charakter einer Übereinkunft mit den Persern annehmen. Wir müssen mit ihnen nicht zu handeln anfangen, sondern wir müssen sie davon überzeugen, daß wir unser freundschaftliches Verhältnis zu Persien nicht wiederherstellen werden, wenn sie uns diese oder jene Konzession erteilen, sondern nur, wenn ihre ganze Politik uns gegenüber grundsätzlich geändert wird.

Ich gehe auch von der Erwägung aus, daß Persien unser viel mehr bedarf als wir seiner, und wir haben genug Mittel, den Persern diese Erkenntnis beizubringen. Ich nehme an, wir könnten zu diesem Zwecke mit einem System kleinerer Unannehmlichkeiten anfangen, z. B. indem wir uns weigern, ihre beständigen Bitten um zollfreie Einfuhr verschiedener Gegenstände für den Hof und die Regierung zu erfüllen; indem wir systematisch die Anerkennung der neuernannten persischen Konsuln verweigern; indem wir persischen Beamten keine russischen Orden mehr verleihen; indem wir von der hiesigen persischen Gesandtschaft energischer als bisher verlangen, daß sie die Miete für das Gesandtschaftsgebäude und die Auslagen für Telegraphengebühren bezahlt; indem die Ausgabe von Einfuhrbewilligungen von Häuten usw. nach Rußland verweigert wird. Sodann könnte man zu wichtigeren Maßnahmen greifen, indem man der persischen Regierung den Verkauf oder den Transit der für Persien jetzt so wichtigen Waffen und Munition verweigert; Schwierigkeiten bei der Einfuhr persischer Gegenstände nach Rußland unter dem Vorwande sanitärer Maßnahmen; die Entsendung von kleinen Abteilungen zum Schutze der Liegenschaften unserer Untertanen in Persien; keine Darlehen und andere finanzielle Operationen im Einvernehmen mit unserm Finanzministerium, was für die Perser ganz besonders empfindlich sein wird. Dies bezieht sich natürlich nicht auf Zahlungen, die durch die Bedürfnisse der Kosakenbrigade hervorgerufen werden; letztere müssen wir nicht schwächen, sondern im Gegenteil stärken. Endlich, wenn dies alles nicht wirkt, können wir zu denjenigen äußersten Maßnahmen schreiten, die in Ihrem Telegramm Nr. 177

erwähnt sind, d. h. uns weigern, irgendwelche Beziehungen zum Ministerium zu unterhalten; erklären, daß unsere Truppen nicht nur nicht abberufen, sondern im Gegenteil verstärkt werden; die Bezahlung der Schulden verlangen, die Zollämter besetzen und schließlich drohen, daß wir in Teheran einrücken werden. Natürlich ist es wünschenswert, diese äußersten Maßnahmen womöglich zu vermeiden. Ich teile aber Ihre Ansicht, daß es nicht so weit kommen wird und daß der Widerstand der Perser gebrochen sein wird, ehe wir diese ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen erschöpft haben werden.

Die von mir in Vorschlag gebrachten Maßnahmen sollen natürlich nur zum Beispiel dienen und ich überlasse es völlig Ihnen, einen genauen Plan vorzuschlagen, da Sie mit den örtlichen Verhältnissen besser bekannt sind. Ich bitte Sie daher, uns Ihre Ansicht so bald wie möglich mitzuteilen, wenn nötig auf telegraphischem Wege, wenn der Augenblick der Anwendung der Zwangsmaßregeln Ihnen nahe bevorstehend erscheint. Man muß dabei im Auge behalten, daß einige von den in Aussicht genommenen Maßnahmen längere Zeit in Anspruch nehmen werden, da man sich betreffs ihrer Ausführung an die verschiedenen dabei beteiligten Ressorts wird wenden müssen. Auch bitte ich Sie, von solchen Maßnahmen abzusehen, die unserm Handel mit Persien schaden würden, und wenn möglich auch von solchen, die hauptsächlich die ärmere persische Bevölkerung treffen würden, z. B. die periodisch nach Rußland kommenden Arbeiter, da es ungerecht wäre, die Vergehen der persischen Regierung solchen Leuten fühlbar zu machen. Diese Erwägung hat mich auch veranlaßt von Zwangsmaßregeln abzusehen, die an und für sich sehr wirksam wären, nämlich die Wiederherstellung der Paßgebühren zugunsten des Roten Kreuzes und die Weigerung, persische Pässe überhaupt zu visieren.

Natürlich könnten wir viel eher auf einen Erfolg rechnen, wenn der Druck auf Persien nicht von uns allein, sondern auch von England ausgeübt werden würde. Ich sehe jedoch keine Möglichkeit, England in der jetzigen Zeitlage zu veranlassen, an unserm System von Zwangsmaßregeln teilzunehmen. Andererseits bin ich überzeugt, daß die jetzige Handlungsweise der Perser nicht nur uns, sondern auch den Engländern schadet, da sie

Persien uns beiden entfremdet und dem Eindringen deutschen Einflusses Vorschub leistet, was ebensowenig den unsrigen wie den englischen Interessen entspricht. Wenn es Ihnen gelingen würde, den englischen Gesandten in Teheran zu überzeugen, so würden dessen Berichte nach London Grey vielleicht bewegen, sich uns anzuschließen. Dies ist aber bloß ein Gedanke, und ich weiß nicht, ob Sie ihn werden ausführen können. Aber ich halte es natürlich nicht für nötig, daß Sie Ihrem englischen Kollegen alle Einzelheiten unseres Planes mitteilen, noch weniger, daß Sie die Einzelheiten mit ihm zusammen ausarbeiten, da dieses nur zur Folge haben könnte, ihn in seinem Widerstande gegen unser System zu bestärken.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 13./26. Oktober 1910.

Ihren Brief Nr. 884 erhalten. Meine bisherigen Einwirkungen, wobei ich bis jetzt vom englischen Gesandten unterstützt worden bin, haben noch kein Resultat ergeben. Gestern hat mir das Ministerium einen Vorschlag gemacht, der zwar einen Schritt vorwärts bedeutet, aber doch nicht annehmbar ist, so daß ich mich geweigert habe, denselben Ihnen zu unterbreiten, obwohl ich es natürlich per Post tun werde. Immerhin scheint man in hiesigen politischen Kreisen die Notwendigkeit einzusehen, normale Beziehungen zu uns herzustellen, um so mehr als im ganzen Lande Unruhen ausbrechen und man glaubt, daß diese Unruhen von uns unterstützt würden. Erfreulicher sind die Verhandlungen über die Konversion, die Hoffnung auf den baldigen Fall des Ministeriums und die Ankunft des Regenten. Um die persische Regierung zur Nachgiebigkeit zu zwingen, halte ich es für nötig, auf meinen jetzigen Vorstellungen zu bestehen und mich gleichzeitig einer Besprechung aller anderen laufenden Fragen zu enthalten. Die von Ihnen genannten Zwangsmaßnahmen erster und zweiter Kategorie können nicht auf einmal eine starke Wirkung hervorbringen, da man eine günstige Gelegenheit abwarten muß, um sie anzuwenden. Es ist aber wünschenswert, den Persern den Transit aller Gegenstände und auch der Waffen und Patronen zu verweigern; ferner müssen wir nicht nur die persi-

schen Konsuln, sondern auch die uns nicht genehmen Gouverneure und andere Beamte nicht anerkennen, Bezahlung von der persischen Gesandschaft in Petersburg verlangen, im Kampfe zwischen Regierung und Revolutionären eine neutrale Haltung einnehmen und endlich Persien keinerlei finanzielle Hilfe erweisen. Ferner könnten wir Mukhbir völlig ignorieren und ich könnte in einzelnen Fällen selbständig handeln, um die verletzten Rechte russischer Untertanen wiederherzustellen. Die Maßnahmen hinsichtlich der Häute sind nicht wünschenswert, da sie nur die persischen Kaufleute und nicht die Regierung treffen würden; auch Repressalien gegen die persische Einfuhr nach Rußland wären nur unserm Handel schädlich. Falls unsere Beziehungen zu Persien sich zuspitzen und wenn die Regierung des Schahs fortfahren würde, unsere Rechte zu verletzen, so wäre das wirksamste Mittel, um der großen Masse der Bevölkerung die Situation fühlbar zu machen, unsere Grenze völlig zu schließen. Die von Ihnen erwähnten äußersten Maßnahmen ergeben sich dann als logische Folge. Meine persönliche Ansicht ist jedoch, daß die Perser schon früher nachgeben werden, und die möglichst baldige Ankunft des Regenten würde die Lage erleichtern.

Fünftes Kapitel.

Rußland und die Tätigkeit Morgan Shusters in Persien.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 5./18. August 1910.

Die persische Regierung hat in das Parlament eine Gesetzesvorlage über die Anstellung von Ausländern eingebracht, ohne die beiden Gesandtschaften vorher gefragt zu haben, und eine Zurücknahme der Gesetzesvorlage kann man ohne starken Druck nicht erreichen. Da unser Ziel hauptsächlich darin besteht, die Anstellung von deutschen oder österreichischen Instrukteuren in der persischen Armee nicht zuzulassen, so würde es vielleicht genügen zu erklären, daß die Anstellung von Angehörigen einer Großmacht als Instrukteure Rußland und England veranlassen könnte, ihre eigenen Untertanen in persische Dienste zu stellen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 24. Aug. / 6. Sept. 1910.

In diesen Tagen wird die Entscheidung des Parlaments hinsichtlich der Anstellung von Ausländern erfolgen. Man glaubt, daß im Finanzministerium entweder Schweizer oder Amerikaner angestellt werden. Der Anstellung von Belgiern ist das Parlament abgeneigt. Was die Schweizer anbelangt, so hat der englische Gesandte im Auftrage seiner Regierung die Hoffnung ausgedrückt, daß diese nicht zu den deutschschweizerischen Kantonen gehören werden, da sie sich sonst unter dem Schutze der deutschen Gesandtschaft befinden würden. Am meisten Aussichten scheinen die Amerikaner zu haben, zu denen man jetzt um so größere Sympathien hegt, als der hiesige amerikanische Gesandte sich geweigert hat, die Protestnote des diplomatischen Korps gegen das Monopol des Handels mit Häuten zu unterzeichnen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 26. Aug. / 8. Sept. 1910.

Wir glauben an und für sich, daß die Anstellung von Amerikanern als finanzielle Beiräte unsere Interessen nicht bedroht, aber die Tatsache, daß die Angehörigen einer Großmacht angestellt werden, beweist, daß die Perser den Ratschlägen Rußlands und Englands nicht haben folgen wollen. Außerdem bildet die Anstellung von Amerikanern ein Präzedens, nach dem es schwer sein wird, der Anstellung von Angehörigen anderer Großmächte und folglich auch der Ausbreitung des Einflusses der letzteren, vorzubeugen. Ich habe in diesem Sinne mit O'Beirne gesprochen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 28. August / 10. Sept. 1910. — Nr. 564.

Ich teile Ihre Ansicht, daß die Anstellung von Amerikanern unsern Interessen nicht schadet, und zweifle, daß dies ein Präzedens sein könnte, da die Vereinigten Staaten keine europäische Großmacht sind und in Persien keine politischen Interessen verfolgen. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die persische Regierung unsere Ratschläge in dieser Frage nicht befolgt hat. Wir werden aber die getroffene Entscheidung nicht mehr rückgängig machen können, ohne zu äußersten Maßnahmen zu greifen. Wenn unsere beiden Regierungen dies vermeiden wollen, so wäre es besser, diese Frage der persischen Regierung gegenüber zu ignorieren und uns an die Regierungen derjenigen Länder zu wenden, aus denen die persische Regierung die ausländischen Beiräte zu erhalten wünscht. Hier beständig Ratschläge geben, die doch nicht befolgt werden, schadet nur unserem Ansehen.

Telegramm des russischen Botschafters in Washington an den russischen Außenminister vom 20. Sept. / 3. Okt. 1910.

Ich habe vom Staatsdepartement ein Memorandum erhalten, welches in der Übersetzung lautet: „Das Staatsdepartement schätzt die Erklärungen der russischen und englischen Regierungen, daß die Vereinigten Staaten in Persien nicht interessiert seien. In Beantwortung einer Anfrage hat England

die Föderale Regierung durch die amerikanische Botschaft in London benachrichtigt, daß ‚beide Regierungen übereingekommen sind, diese Frage in Persien überhaupt nicht aufzuwerfen'. Bis jetzt hat das Staatsdepartement keine Anfrage von seiten Persiens hinsichtlich der Ernennung von amerikanischen Beiräten erhalten und das Departement erwartet nicht einen derartigen Schritt. Es besteht infolgedessen auch kein Grund, irgendwelche Maßnahmen in dieser Hinsicht zu treffen."

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 15./28. Jan. 1911. — Nr. 62.

Die Anstellung von amerikanischen Experten in Persien widerspricht unserm Übereinkommen mit England, daß die persische Regierung keine Angehörigen von Großmächten anzustellen hat; auch würde dadurch Deutschland die Möglichkeit gegeben, auf der Anstellung von deutschen Experten zu bestehen. Der hierdurch sehr beunruhigte französische Botschafter ist der Ansicht, daß die deutsche Regierung diese sich ihm darbietende Gelegenheit gewiß benutzen wird. Ich bitte Sie, baldmöglichst in Erfahrung zu bringen, inwieweit die Amerikaner berechtigt sind zu behaupten, daß die Engländer keine Einwendungen gegen die Anstellung von Amerikanern erheben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 9. Jan. / 1. Febr. 1911. — Nr. 13.

Ihr Telegramm 62 erhalten. Grey schreibt mir in privater Form, daß, nachdem die russische und englische Regierung diese Frage im September letzten Jahres besprochen haben, sie übereingekommen wären, daß die Anstellung von Amerikanern keine Schwierigkeiten hervorrufen dürfte. Die Vereinigten Staaten seien keine europäische Großmacht, und infolge dieser Entscheidung hätten die Gesandten in Teheran die persische Regierung am 29. September hiervon in Kenntnis gesetzt. Wenn Sie es wünschen, wird Grey offiziös Erkundigungen einziehen, ob die Vereinigten Staaten auf dieser Angelegenheit bestehen. Grey glaubt aber, es wird schwer sein, unsere im September beschlossene Stellungnahme zu ändern. Er glaubt nicht, daß die Perser

andere Ausländer als Amerikaner anstellen werden, wenn England und Rußland erklären, daß sie in einem solchen Falle auf der Anstellung von Russen und Engländern bestehen werden. Buchanan ist beauftragt, mit Ihnen hierüber zu sprechen. Er selbst war im September in Urlaub und hatte von diesen Verhandlungen keine Kenntnis.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 28. Juni / 11. Juli 1911. — Nr. 871.

Unser Gesandter in Teheran telegraphiert unter Nr. 1524: Es stellt sich heraus, daß einer von den neuen Amerikanern ein Offizier sein soll, der eine spezielle Gendarmerie beim Generalschatzmeister zur Erhebung der Steuern zu organisieren haben wird. Der englische Gesandte hat mir als Geheimnis mitgeteilt, daß Shuster diesen Posten Stokes angetragen hat, der im Oktober seinen Posten als Militärattaché bei der englischen Gesandtschaft in Teheran verläßt. In dem Briefe wird darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit Stokes' hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, im Süden Persiens liegen wird. Ich erlaube mir zu bemerken, daß die Ernennung Stokes' dem Grundsatze widersprechen würde, daß nur die Angehörigen kleiner Staaten derartige Posten einnehmen dürfen. Auch scheint es mir, wir könnten zur Ernennung Stokes' nur in dem Falle die Zustimmung geben, wenn ein russischer Offizier ähnliche Funktionen in unserer Interessensphäre zu erfüllen hätte, oder wenn die Organisation der persischen Streitkräfte uns übertragen würde. Doch halte ich letzteres beim Bestehen des jetzigen Parlamentes kaum für möglich.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 4./17. Juli 1911. — Nr. 903.

Die Ernennung Stokes' würde auf unsere öffentliche Meinung einen sehr nachteiligen Eindruck machen und würde Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und England in Persien aufkommen lassen. Befragen Sie das Londoner Kabinett, ob es nicht auf Stokes einwirken will, um

diesen zu veranlassen, den ihm angebotenen Posten auszuschlagen. Wir befürchten, daß wir sonst in die Lage kommen würden, auf Kompensationen bestehen zu müssen, so z. B. der Reorganisation der persischen Streitkräfte durch russische Offiziere.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 4./17. Juli 1911. — Nr. 149.

Man bedauert hier den Zwischenfall Stokes außerordentlich und befürchtet um so mehr Verwicklungen, als, wenn Stokes wirklich seinen Abschied nimmt, es sehr schwer sein wird, auf ihn einzuwirken; auch Shuster scheint einen sehr schweren Charakter zu haben.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Gesandten in Teheran vom 4./17. Juli 1911. — Nr. 150.

Vertraulich. Nicolson teilt mir vertraulich die Möglichkeit der Demission Stokes' und selbst Shusters mit. Man legt hier dem Zwischenfall große Bedeutung bei.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 13./26. Juli 1911. — Nr. 160.

Grey sagte mir heute, man hätte Stokes nahegelegt, den englischen Dienst zu verlassen. Er meint, dies sei deutlich genug. Grey will nicht weitere Schritte tun, da dies den Rücktritt Shusters zur Folge haben könnte, und es könnte ihm, Grey, dann der Vorwurf gemacht werden, daß er der finanziellen Reorganisation Persiens Schwierigkeiten in den Weg legt, da er Shuster sonst für die geeignete Persönlichkeit hält. Aber Grey versteht auch Ihren Standpunkt und hat keine Einwendung zu machen, wenn wir Kompensationen verlangen und uns auf die Tatsache berufen, daß Stokes ein Engländer ist. Grey wird diesem Standpunkt in Teheran nicht entgegentreten, wodurch bewiesen werden wird, daß beide Regierungen im Einvernehmen handeln.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 4./17. August 1911. — Nr. 189.

Grey hat mich gebeten, ihn aufzusuchen. Er sagte mir, aus den aus Petersburg erhaltenen Nachrichten ersehen zu müssen, daß Sie seinen Anstrengungen nicht ganz Gerechtigkeit widerfahren lassen. Der Abschied ist Stokes verweigert worden, bis der ganze Zwischenfall beigelegt ist. Folglich spielen die persönlichen Interessen Stokes' keine Rolle; er, Grey, habe die persische Antwort ungenügend gefunden; er habe Shuster sofort benachrichtigt, daß der Angehörige einer kleineren Macht an Stelle von Stokes ernannt werden müßte; er habe alle unsere Proteste in Teheran unterstützt. Grey erinnerte mich an seine öffentlichen Erklärungen im Parlamente und fügte hinzu, er hätte gehofft, sie würden in Rußland einen besseren Eindruck machen. Ich erwiderte Grey, daß ich von Ihnen ein Telegramm erhalten hätte, das mich beauftragte, ihm nochmals den ganzen Ernst der Lage darzustellen. Ich fügte hinzu, daß es scheine, der englische Botschafter in Petersburg hätte Sie nicht davon benachrichtigt, daß die persische Antwort in London als ungenügend betrachtet würde, noch daß er Sie von den seither bei Shuster unternommenen Schritten in Kenntnis gesetzt habe.

Zum Schlusse sagte Grey, man könne ihm im Parlament den Vorwurf machen, daß er sich mehr um die russischen Interessen im Norden als um die englischen im Süden kümmere, wo die Lage sich beständig verschlimmere. Deshalb bäte er Sie, jetzt die Initiative zu ergreifen, und er würde Sie seinerseits in Teheran unterstützen.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 6./19. August 1911. — Nr. 1101.

Wir erfahren, daß dem englischen Gesandten in Teheran vorgeschrieben worden ist, der persischen Regierung zu erklären, daß, wenn sie auf der Ernennung Stokes' besteht, die englische Regierung diesem Offizier den Austritt aus englischen Diensten verweigert. Diese Mitteilung erledigt die ganze Frage, und ich erblicke in diesem Entschlusse Greys einen weiteren Beweis der Einheitlichkeit unserer Handlungen in Persien.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 9./22. August 1911. — Nr. 703.

Shuster hat mich gestern aufgesucht und mir mitgeteilt, im Hinblick auf die letzten Schritte der beiden Regierungen in der Angelegenheit Stokes bleibe ihm kein anderer Ausweg übrig, als eine Mitteilung zu veröffentlichen, welche die Gründe darlegen wird, die seine Tätigkeit in Persien lähmen. Der Hauptgrund ist die Veränderung der Haltung Englands, die unter unserm Einfluß erfolgt ist, und dieser Umstand veranlasse ihn, Shuster, seinen Abschied zu nehmen. Zur Frage Stokes zurückkehrend, erklärte er, daß es in Persien durchaus keine passenden Persönlichkeiten gäbe, die die Reorganisation der finanziellen Gendarmerie übernehmen könnten, da sogar die soeben eingetroffenen schwedischen Offiziere erklären, sie würden kaum vor einem Jahre irgendeinen Nutzen bringen können, weil ihnen die örtlichen Verhältnisse und die Sprache unbekannt seien. Aber jede Verzögerung der Zolleinnahmen droht Persien mit völligem Ruin und macht selbst den Anfang irgendeiner Finanzreform unmöglich. Shuster weist darauf hin, daß Großmut in dieser Frage Rußlands Prestige nur erhöhen könne, und er seinerseits sei bereit, die Verpflichtung einzugehen, daß Stokes nur sechs Monate in Teheran bleiben und dann in den Süden geschickt werden wird, während die Verwaltung der Gendarmerie in Nordpersien Offizieren einer kleineren Macht oder sogar Rußlands anvertraut werden wird, falls die russische Regierung dies wünscht. In Anbetracht des Mißtrauens der Perser sei es ihm, Shuster, schwer, eine formelle Verpflichtung in dieser Hinsicht zu übernehmen, aber er hegt die Hoffnung, daß es ihm gelingen wird, selbst dieses von den Persern zu erreichen. Er erwähnte seine Verhandlungen bezüglich einer Anleihe mit dem Hause Seligmann und erklärte sich bereit, den Abschluß der Konversions-Anleihe mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern, unter der Bedingung, daß die persische Regierung über eine Million Pfund Sterling verfügen könne. Zum Schluß beteuerte mir Shuster, daß seine zukünftige Tätigkeit in Persien die russischen und englischen Interessen berücksichtigen wird, und er bat mich, die russische Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen.

Ich sagte ihm dies zu, gab ihm aber keine Hoffnung, daß sein Vorschlag vollauf Berücksichtigung finden würde.

Ich muß zugestehen, daß meine Unterredung mit Shuster auf mich Eindruck gemacht hat; es ist wohl kein Zweifel möglich, daß der Rücktritt Shusters der englischen Regierung viel Schwierigkeiten bereiten würde, sowohl in der englischen, als auch namentlich in der amerikanischen Presse. Vielleicht hält es unsere Regierung für möglich, da wir in der Angelegenheit Stokes völlige Genugtuung erhalten haben, den Vorschlag Shusters anzunehmen; in diesem Falle könnten wir von letzterem schriftlich verlangen, daß er die Bedingungen hinsichtlich Stokes' und des Abschlusses der Anleihe erfüllen wird. Auch wäre es besser, Stokes in englischen Diensten zu belassen, um es der englische Regierung zu ermöglichen, auf ihn auch in Zukunft einwirken zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 10./23. August 1911. — Nr. 193.

Während der Verhandlungen über Stokes haben Grey und Nicolson mir wiederholt ihre Besorgnis ausgedrückt, daß ein möglicher Rücktritt Shusters noch einmal eine ernstliche Reform der persischen Finanzen in Frage stellen würde; dies wäre an und für sich sehr bedauerlich und würde eine starke Opposition hervorrufen. Ich glaube, es liegt in unserem Interesse, dies zu berücksichtigen, nachdem unser prinzipieller Standpunkt durchgesetzt worden ist und die Erklärungen Shusters unserm Gesandten gegenüber bezeugen, daß seine Haltung sich verändert und daß er sich nun an uns als an die letzte Instanz wendet. Wenn Eure Exzellenz meine Ansicht teilen, so scheint es mir wünschenswert, einen diesbezüglichen Entschluß so bald wie möglich zu fassen, um demselben den Charakter eines großmütigen, im Interesse Persiens gemachten Zugeständnisses zu geben, ehe hier und in Teheran neue Agitation einsetzt.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 7./20. Okt. 1911.

Ich habe Ihnen einen Artikel der Times über die von Shuster veröffentlichten Anschuldigungen zugestellt. Letzterer be-

hauptet, daß Rußland und England die Unabhängigkeit und Integrität Persiens verletzen. Den Beweis für diese Behauptung sieht er in dem Abbruch seiner Verhandlungen mit unserm Gesandten über die Schaffung einer besonderen Gendarmerie und die temporäre Rolle, die er dabei Major Stokes zugedacht hatte. Die Times weist diese Anschuldigung zurück, sowohl was Rußland als auch England anbelangt. Während Sir A. Nicolson mir gestern sehr beunruhigt mitteilte, er habe schlechte Nachrichten aus Persien erhalten, machte er keine Anspielung auf diese Angelegenheit, über die ich keine anderen als die in der Times veröffentlichten Informationen habe. Nicolson sprach nur von der Möglichkeit einer ministeriellen Krise, der Wahrscheinlichkeit der Bildung eines radikalen nationalistischen Kabinettes und der Demission des persischen Regenten.

Ich würde es nicht für nötig halten, auf den Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen hinzuweisen, wenn ich nicht glaubte, daß der Artikel der Times — der augenscheinlich die Absicht verfolgt, Schwierigkeiten zwischen Rußland und England zu vermeiden und das englische Publikum vorzubereiten — genau die Auffassung der ganzen Angelegenheit in England wiedergibt und nur eine indirekte Anspielung auf die äußerst schwierige Lage macht, in der sich Grey beim Zusammentritt des Parlaments befinden wird.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die englische Regierung der Frage Stokes von Anfang an zu wenig Bedeutung beigemessen hat. Aber es muß beachtet werden, daß, sobald ihre Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Angelegenheit gelenkt worden ist, Grey sofort die Konsequenzen gezogen hat. Er ist so weit gegangen, daß er ein Mittel angewandt hat — die Weigerung, Stokes den Abschied zu bewilligen —, dessen Legalität angefochten werden kann. Ich zweifle nicht, daß eine derartige Handlungsweise bei ihm durch den Wunsch bedingt worden ist, unsere Entente in Persien auf das genaueste aufrechtzuhalten, wobei er sich kaum Illusionen über die ihm hierbei erwachsenden Schwierigkeiten gemacht haben dürfte. Denn ich glaube, daß er in seinem Innersten den von unserm Gesandten in Teheran gemachten Vorschlag für annehmbar hielt.

Denn abgesehen von der Frage der englisch-russischen Kon-

vention mußte er notwendigerweise die unmöglichen Zustände in Persien im Auge behalten, die den englischen Interessen im Süden mehr schaden als den unsrigen im Norden.

In dieser Hinsicht ist es leicht, Grey im Parlament anzugreifen, wo die Anklagen Shusters einen größeren Widerhall gefunden haben, als für uns wünschenswert ist. Die englische öffentliche Meinung wird in dem jetzigen Zustande in Persien den wenn auch nicht beabsichtigten, so doch tatsächlich nötig werdenden Anfang einer bewaffneten Intervention erblicken, der man hier in England durchaus abgeneigt ist.

Ich möchte nicht noch einmal von den Erwägungen sprechen, die ich in meinen früheren Berichten geltend zu machen suchte. Die Hauptstadt und der Regierungssitz Persiens befinden sich in unserer Zone. Ich meine, wir dürfen nicht behaupten, daß aus diesem Grunde die Handlungen der persischen Regierung hauptsächlich Rußland angehen. Dies würde ein russisches Protektorat bedeuten, wobei den englischen Interessen im Süden eine gewisse Interessensphäre zugestanden würde, analog dem, was in Marokko zwischen Frankreich und Spanien stattfindet. Es besteht eine ganze Reihe von Fragen, die Persien im ganzen betreffen, die unsere beiden Regierungen in gleicher Weise interessieren und über die man sich verständigen muß. Die öffentliche Ordnung und die Finanzen gehören zu diesen Fragen.

Ich gestehe, ich sehe nur die Möglichkeit von Kompromissen, wenn es sich darum handelt, eine so schwierige Lage der Dinge aufrechtzuerhalten. Kompromisse zuerst zwischen England und Rußland und dann zwischen ihnen und Persien. Dies ist meiner Ansicht nach wenn nicht der Wortlaut, so doch der Sinn der englisch-russischen Konvention. Sonst könnte man letztere nicht anwenden, wie übrigens ein jedes internationale Abkommen schwer anwendbar wird, wenn es nicht die Möglichkeit von Kompromissen in sich schließt. Unter Kompromissen verstehe ich Mittel und Auswege aus Schwierigkeiten in der Art der Zugeständnisse, die unser Ministerpräsident in der Angelegenheit der Seligmannschen Anleihe gemacht hat. Es scheint mir dringend, daß ein derartiger Ausweg auch für die Bildung der Gendarmerie in Persien gefunden wird. Wenn ich auf diesen Erwägungen bestehe, so tue ich es ausschließlich, weil ich befürchte, daß man

unsere beiden Regierungen beschuldigen wird, sich nicht einigen zu können, um der Anarchie in Persien ein Ende zu setzen, und nichts Wirksames in dieser Hinsicht zu versuchen. Ich fürchte, diese Beschuldigung wird immer festere Gestalt annehmen und hauptsächlich gegen Rußland gerichtet sein.

Dies wäre der Anfang von großen und ernsten Schwierigkeiten in einem Augenblicke, da alles mich glauben läßt, daß ein enges Einvernehmen mit England für uns wichtiger und nötiger denn je ist.

P. S. Dieser Brief war schon geschrieben, als heute morgen in der Times der beigefügte Brief Lynchs veröffentlicht wurde. Dieser Abgeordnete, Mitglied des persischen Komitees, besitzt keinen großen Einfluß. Aber das Ende dieses Briefes berührt den Kern der ganzen Schwierigkeit — die Erhaltung der englisch-russischen Entente im Falle einer Aufteilung Persiens. Dieser Gedanke kann äußerst gefährlich werden und es gibt nur ein Mittel ihm entgegenzutreten, nämlich ein Einvernehmen mit der englischen Regierung zwecks Wiederherstellung der Ordnung und eines gewissen Wohlstandes in Persien.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 11./24. Okt. 1911. — Nr. 246.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen. Er teilte mir zuerst mit, daß man Major Stokes den Abschied definitiv verweigert habe, so daß diese ganze Angelegenheit nun erledigt sei. Sodann sagte mir Grey, er sei außerordentlich beunruhigt von O'Beirne zu erfahren, die russische Regierung rechne mit der Möglichkeit einer militärischen Expedition oder der Besetzung Nordpersiens. Er legte mir die außerordentlich schwerwiegenden Folgen eines derartigen Schrittes dar: die Unabhängigkeit Persiens wäre verletzt; die englisch-russische Konvention würde ungültig und man müßte eine Revision der letzteren unter sehr schwierigen Bedingungen ins Auge fassen. Er wies darauf hin, daß, welches auch immer die Haltung Shusters sei, es sich immer noch um gewisse Tendenzen und nicht um schon getroffene Maßregeln, wie gegen uns gerichtete Konzessionen oder Anleihen, handle. Shuster habe ja in Wirklichkeit noch nichts getan, was die Not-

wendigkeit einer militärischen Expedition rechtfertigen könnte. Was die Anarchie anbelange, so hält er die Lage im Süden für viel schlimmer als im Norden, wo wir über zahlreichere Truppen verfügen als die paar hundert Engländer, die nach Ispahan, Shiraz und Buschir geschickt worden sind. Übrigens hat Grey der persischen Regierung mitgeteilt, daß, wenn letztere den Schutz der Verbindungswege im Süden wirksam übernehmen könne, die englischen Truppen nur als Konsulatswache verwendet werden würden. Grey teilte mir sodann seine persönliche Ansicht mit, daß Shuster nicht werde bleiben können. Er sei der Situation nicht gewachsen; er kenne bis jetzt nur die von Shuster gegen die beiden Regierungen gerichteten Anklagen aus den Zeitungen. Er hält es unter der Würde der beiden Regierungen, auf diese Anklagen offiziell zu antworten, und er wird diesen Standpunkt im Parlament energisch vertreten.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 11./24. Okt. 1911.

. . . . . Sir Edward sagte mir sodann, daß man sich keinen Illusionen hingeben dürfe, daß eine neue militärische Besetzung das Prinzip der Integrität und Unabhängigkeit Persiens verletzen und daß die englisch-russische Konvention auf diesem Prinzip beruhe und folglich hinfällig werden würde. Sir Edward bestand in durchaus freundschaftlicher aber dringlicher Weise auf seiner Hoffnung, die russische Regierung werde diese ernsten Folgen berücksichtigen, und er erwähnte nochmals den Umstand, daß Shuster, der wohl antirussische Gefühle an den Tag lege, bis jetzt noch nichts Konkretes gegen Rußland unternommen habe. Er sagte mir sodann: „Wenn die Konvention hinfällig ist, urteilen Sie selbst über die Folgen. Es gäbe keinen andern Ausweg, als zur Revision der Konvention zu schreiten, aber unter äußerst schwierigen Umständen und auf einer Grundlage, die jetzt noch viel schwerer zu finden wäre."

Ich habe Grey von der Notwendigkeit, unsere Konvention so wie sie ist aufrechtzuerhalten, überzeugt gefunden; er widersetzt sich jedoch jedem Schritt, der die Unabhängigkeit Persiens in Frage stellen würde.

Erlauben Sie mir, auf einen Passus Ihres Privatbriefes zurückzukommen. Sie sagen: „England fährt in seiner Politik der friedlichen Penetration mit beneidenswerter Beharrlichkeit fort, indem es die Sympathien Shusters England gegenüber ausnützt." Diese Worte mögen berechtigt sein, entsprechen jedoch nicht ganz der wirklichen Lage der Dinge, wenn man hierin eine beabsichtigte Wirkung der englischen Politik erblicken will.

Erstens hat die englische Regierung im Grunde genommen noch nichts erreicht. Es handelt sich nicht so sehr um Penetration, als um Erhaltung des blühenden Handels, der bis jetzt bestand. Tatsächlich verfügt England entschieden über weniger wirksame Mittel als wir im Norden. Und ich werde mir erlauben nochmals zu sagen, daß unsere Politik in Teheran, welche ausschließlich unsere eigenen Interessen im Auge hat, die englische Politik im Süden erschwert und auf unsere gemeinsamen Interessen zurückgewirkt hat. Diese Politik der Penetration, bis jetzt noch sehr unwirksam, ist daher eher ein Resultat als eine beabsichtigte Tendenz.

Was die Eisenbahnkonzessionen anbelangt — übrigens ist bis jetzt noch keine erhalten worden und wird wohl auch nie erhalten werden —, so behalten Sie wohl im Auge, daß die englischen Pläne sozusagen die notwendige kommerzielle und strategische Folge des von uns angenommenen Projektes sind, Bagdad mit Teheran über Khanekin zu verbinden, ohne daß Gewißheit besteht, daß die Bahn in Persien in russischen Händen bleibt. Die englischen Projekte in Südpersien sind in Wirklichkeit mit dem sehr verwickelten Problem der ganzen Bagdadbahn aufs engste verbunden. Ich erlaube mir deshalb zu wiederholen, daß, wenn wir uns an den Wortlaut der englisch-russischen Konvention bis zu seinen letzten Konsequenzen halten, die englisch-russische Konvention, die schon auf jedem Schritt den schlechten Willen und die Unfähigkeit der Perser zu überwinden hat, sehr schwer durchzuführen ist und daß wir deshalb zu Kompromissen und Bezeigung gegenseitigen Zutrauens greifen müssen. Vor allem muß man nicht vergessen, daß, wenn die Wirkung der russischen Entente mit England sich heute immer weiter auszubreiten trachtet, die Basis unseres Einvernehmens mit England Persien bleibt. Dies ist ein Umstand, der von der allergrößten Bedeutung ist.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 26. Okt. / 8. Nov. 1911. — Nr. 1730.

Ich telegraphiere unserem Gesandten in Teheran: Der persische Geschäftsträger hat uns anläßlich des Zwischenfalls Shoa-es-Saltaneh gebeten, uns damit zu begnügen, die Gendarmen durch Kosaken zu ersetzen und nicht auf Entschuldigungen wegen Beleidigung der Konsulatsbeamten zu bestehen. Er bat, dieses Ansuchen Persiens dem Kaiser zu unterbreiten. Wir haben dem persischen Vertreter geantwortet, daß der Kaiser bereits seine Direktiven gegeben hat und daß die russische Regierung alle ihre Forderungen aufrechterhält. Deshalb solle sich Persien beeilen, die gestellten Bedingungen zu erfüllen, um weiteren Folgen vorzubeugen. Was die Entschuldigungen anbelangt, so betreffen diese die Handlungsweise der Gendarmen persönlich den Konsulatsbeamten gegenüber, so daß unsere Forderung für die persische Regierung nicht erniedrigend sein könne.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 26. Okt. / 8. Nov. 1911. — Nr. 1732.

Ihr Telegramm erhalten. Wir sind überzeugt, daß die englische Regierung unter ähnlichen Umständen niemals zulassen würde, daß die Handlungsweise englischer Beamter den Gegenstand einer Untersuchung bilde, zu der Perser hinzugezogen würden. Wir sind unsererseits der Ansicht, daß wir allein das Recht haben, über die Handlungsweise unserer Beamten ein Urteil zu fällen. Die in der englischen Presse erwähnten Maßnahmen sind von uns bis jetzt noch nicht in Erwägung gezogen worden; sollte aber die persische Regierung hartnäckig bleiben, so müssen wir ein Mittel finden, um unsere Interessen zu schützen. Die Expeditionen nach Gilan und Talysch waren von uns schon vor diesem Zwischenfall ins Auge gefaßt worden, da die Lage in diesen Gegenden sehr unsicher ist, unseren Interessen ernstlich schadet und die persische Regierung die Ordnung daselbst nicht wiederherstellen kann. Diese Maßregel soll jedoch den Charakter einer Strafexpedition haben, nicht den einer ständigen Okkupation.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 29. Okt. /11. Nov. 1911. — Nr. 278.

Persönlich. Ich würde es an der nötigen Offenheit fehlen lassen, wenn ich den peinlichen Eindruck für mich behielte, daß Ihr Telegramm Nr. 1732 eine indirekte Kritik meiner selbst enthält. Erlauben Sie mir folgende Bemerkungen. Man kann unmöglich behaupten, daß zwei Großmächte wie Rußland und England, die in einem Lande wie Persien sich zu einer gemeinsamen Aktion verbinden, dies tun können, ohne daß einzelne Schwierigkeiten bei der Ausführung entstehen. Dies macht unsere gemeinsame Tätigkeit in Persien, die die Basis unserer Entente ist, so schwierig. Vor allem ist gegenseitige Unterstützung notwendig, aber der Norden Persiens mit der Hauptstadt gibt zu öfteren Zwischenfällen Anlaß als der Süden. Wir haben deshalb öfters Veranlassung, uns an England, als letzteres, sich an uns zu wenden. Dies schadet immer in gewisser Hinsicht den Interessen Englands. Ich gestehe, daß diese gegenseitige Unterstützung, welche weniger zur Lösung der Fragen selbst, als wegen des Eindruckes in Persien notwendig ist, nur durch einen beständigen Meinungsaustausch über entstehende Zwischenfälle möglich wird. Im entgegengesetzten Falle wird der obenerwähnte Unterschied der Lage der beiden Länder das Prinzip der Zusammenarbeit in Frage stellen. Wenn jemals unsere Zusammenarbeit mit England ein Ende nimmt, so würden die Folgen ernster Natur sein. Sie verstehen daher, welche Verantwortung in diesem Falle auf mich fallen würde, und ich muß daher meine Ansicht dem Ministerium stets mit völliger Offenheit darlegen. Es ist wahr, Grey hat mir wiederholt beteuert, er werde das Prinzip der Entente den Schwierigkeiten in Persien nicht zum Opfer bringen. Dies ist Greys Richtlinie in schwierigen Lagen gewesen, namentlich als er gegen englische Untertanen handeln mußte — die undankbarste Aufgabe für einen Außenminister. Aber Grey ist nicht allein Herr der Ereignisse, und auf diesen Standpunkt habe ich mich in meinem Berichte stellen müssen. Sie wollen die Länge dieses persönlichen Telegramms entschuldigen, aber ich halte es für durchaus notwendig, diese Erklärung abzugeben.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. November 1911. — Nr. 1798.

Ich bitte Sie, dem Londoner Kabinett folgende Mitteilung zu machen: Wie bekannt, ist in letzter Zeit die Haltung der persischen Regierung uns gegenüber nichts weniger als freundschaftlich gewesen und die Verantwortung hierfür fällt hauptsächlich auf den finanziellen Beirat Morgan Shuster, welcher vom ersten Augenblicke seiner Ankunft in Persien die russischen Interessen unberücksichtigt gelassen hat. Dieser Ausländer hat im Parlament und unter den persischen Nationalisten einen starken Rückhalt gefunden, so daß das Teheraner Kabinett ihm gegenüber nicht die nötige Autorität besessen hat. Neulich hat in Teheran ein Zwischenfall stattgefunden, als die persische Regierung die Absicht äußerte, die Besitzungen der Parteigänger des früheren Schahs, unter anderm auch des Shoa-es-Saltaneh zu konfiszieren; mit der Besitzung des letzteren verbanden sich auch russische Interessen. Shuster hatte den Auftrag, diese Maßregeln auszuführen, und hat sich auch in diesem Falle uns gegenüber herausfordernd benommen. Die ihm unterstellten Gendarmen haben nicht nur mit Gewalt von der Liegenschaft des Prinzen Besitz ergriffen, ehe noch die Verhandlungen zwischen den Vertretern Shusters und unserm Generalkonsul zu einem Ergebnis geführt hatten, und dabei die Kosaken der persischen Brigade aus dem Hause des Shoa getrieben, sondern sie haben auch die Gewehre auf die Angestellten unseres Generalkonsulats angelegt und zu schießen gedroht. Ihrerseits hat die persische Regierung allen Traditionen zum Trotz in zwei Noten die Abberufung unseres Generalkonsuls verlangt. Wir betrachten eine derartige Handlungsweise als mit der Würde und den Interessen Rußlands unvereinbar und wir haben unsern Gesandten beauftragt, der persischen Regierung die beiden erwähnten Noten zurückzuschicken und mündlich zu verlangen: 1. die Gendarmen im Hause des Shoa durch Kosaken zu ersetzen, bis die in Frage stehenden russischen Interessen am Besitze des Shoa festgestellt sein werden, und 2. durch den persischen Außenminister Entschuldigungen für die Handlungsweise der persischen Gendarmen auszudrücken.

Entgegen aller Erwartung ist diese maßvolle Forderung von der persischen Regierung abgelehnt worden. Wir haben deshalb unsern Gesandten beauftragt, die Forderung schriftlich zu wiederholen und hinzuzufügen, daß er im Falle der Ablehnung seine Beziehungen zur persischen Regierung abbrechen wird und wir uns vorbehalten, die uns nötig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen. Da wir bisher noch keine Antwort erhalten haben, so wird jetzt der Gesandte die Beziehungen abbrechen. Außerdem hat die russische Regierung beschlossen, eine russische Abteilung verschiedener Waffengattungen nach Kaswin vorrücken zu lassen, wobei es dem Gesandten überlassen bleibt, im Notfalle Truppen nach Teheran kommen zu lassen, um die persischen Gendarmen aus der Besitzung des Shoa mit Gewalt zu entfernen. Diese Maßregel hat natürlich nur temporären Charakter, und sowie der Zwischenfall erledigt sein wird und wir die nötigen Garantien erhalten haben werden, daß die Haltung der persischen Regierung uns gegenüber in Zukunft korrekt sein wird, werden unsere Truppen zurückbeordert werden.

Aus den telegraphischen Berichten über die von Grey dem englischen Parlament abgegebenen Erklärungen ersehen wir mit Befriedigung, daß er die Lage richtig einschätzt, und wir sind unsererseits der Überzeugung, daß unser Schritt den Grundsätzen unseres Einvernehmens mit England nicht widerspricht; wir haben nach wie vor die Absicht, in der persischen Frage in völligem Einvernehmen mit England zu handeln.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 4./17. Nov. 1911. — Nr. 1810.

Der soeben nach Petersburg zurückgekehrte Botschafter Buchanan hat mir ausführlich Greys Standpunkt dargelegt, wobei er darauf hinwies, daß sich seine Worte nur bis zum Zeitpunkte unseres Entschlusses, unsere Truppen in Persien einrücken zu lassen, beziehen. Grey findet unsere Forderung verständlich; an unserer Stelle hätte er sich jedoch mit einer anderen Maßregel, etwa der Besetzung der persischen Zollämter, begnügt. Die Entsendung von Truppen hält er für gefährlich, sowohl

was die persischen Angelegenheiten selbst anbelangt als auch hinsichtlich der Rückwirkung auf das englisch-russische Übereinkommen. Grey hat Buchanan beauftragt, mir und Kokowtzew zu sagen, ihm wäre an der Erhaltung der guten Beziehungen zu uns viel gelegen und er habe unsern Standpunkt nicht nur in Persien, sondern auch in England vertreten. Er betonte, daß es keine einzige Weltfrage gäbe, in der Rußland und England nicht Hand in Hand vorgingen. Es wäre nun sehr bedauerlich, wenn Persiens wegen ein Mißverständnis entstünde. Die öffentliche Meinung ist in persischen Fragen äußerst empfindlich, und die englische Regierung muß diesem Umstande Rechnung tragen. Die Entsendung von russischen Truppen wirkt in England beunruhigend, um so mehr als unser Vorgehen mit der Anwesenheit König Georgs in Indien zusammenfällt, wo das muselmännische Element in einer für England und den Monarchen unliebsamen Weise seine Mißbilligung über das Einvernehmen mit Rußland zum Ausdruck bringen könnte. Grey hofft daher, daß wir Mäßigung an den Tag legen werden.

Persönlich fügte Buchanan hinzu, daß seit zwei Tagen die Lage sich verändert habe. Die Entsendung unserer Truppen wirft jetzt die Frage unserer weiteren Handlungsweise auf. Er fragte mich, welches unsere Absichten hinsichtlich des Verbleibens unserer Truppen in Persien seien, welches unser Standpunkt dem Abkommen mit England gegenüber sei und welche Wirkung die jetzigen Ereignisse auf die Verwaltung Persiens haben würden, indem er die Hoffnung ausdrückte, wir würden noch zuwarten, unsere Truppen in Teheran einrücken zu lassen, um den Persern Zeit zu lassen, sich zu bedenken und unsere Forderungen zu erfüllen. Indem er sodann auf die Sympathien Englands zum jetzigen Regenten hinwies, fügte er hinzu, daß die Wiedereinsetzung des alten Schahs Mohammed Ali in England Widerstand hervorrufen würde und daß die englische Regierung eine solche Restauration nicht anerkennen könne, um so mehr als letztere die Folge einer militärischen Intervention wäre. Endlich erwähnte er das Benehmen unseres Generalkonsuls und seiner Beamten und äußerte Zweifel, daß deren Handlungsweise gerechtfertigt werden könne. Ich erwiderte dem Botschafter, daß wir unsererseits die guten Beziehungen zu England außerordent-

lich schätzen. Die Frage, welche Maßregeln ergriffen werden müßten, um Genugtuung zu erhalten, ist bei uns reiflich erwogen worden. Die Besetzung der Zollämter hätte keinen Erfolg gehabt. Die Einnahmen fließen sowieso in unsere Kasse und die persische Regierung hätte in einem solchen Schritte bloß ein gewisses Zögern erblickt, während es unserer Ansicht nach nötig ist, einen starken Schlag zu führen, um den gewollten Eindruck hervorzurufen. Wie dem immer auch sei, der Befehl, in Kaswin einzurücken, ist unseren Truppen gegeben worden und das Weitere wird von dem Gang der Ereignisse abhängen. Die Perser haben Zeit zur Überlegung, ehe wir in Teheran einrücken. Dies enthält auch unsere Antwort auf die Frage, wie lange unsere Truppen in Persien bleiben werden. Wir bedauern, daß unser Entschluß die englische öffentliche Meinung beunruhigt hat. Wir glauben aber, daß dieselbe unter ähnlichen Verhältnissen ihrer eigenen Regierung die Zustimmung nicht verweigert haben würde. Man muß in Betracht ziehen, daß unsere eigene öffentliche Meinung sich schon längst über die schwankende Haltung der russischen Regierung beklagt und von uns energische Maßnahmen fordert. Selbstverständlich bleibt unser Abkommen mit England bestehen und wir werden im weiteren Verlauf der Dinge alles zu vermeiden suchen, was die englische Regierung in eine schwierige Lage versetzen könnte. Was die Zukunft Persiens anbelangt, so bleibt das Prinzip der Unabhängigkeit und Integrität dieses Landes die Grundlage unserer Politik. Den jetzigen Regenten werden wir gern unterstützen, wenn er in Zukunft mehr Energie zeigt und ihm die Möglichkeit gegeben wird, einen größeren Anteil an der Regierung des Landes zu nehmen. Je länger unsere Truppen in Persien bleiben müssen, je größer werden natürlich auch unsere Forderungen sein. Wir schließen hierbei auch nicht die Möglichkeit aus, daß wir auf der Entfernung Shusters bestehen werden, obwohl wir zugeben, daß wir ihm als einem Ausländer gegenüber die in Persien üblichen Mittel nicht anwenden können. Auf die Frage Buchanans, ob wir nicht den Persern zu verstehen geben könnten, daß sie durch die Erfüllung unserer Forderungen der Ankunft unserer Truppen in Persien vorbeugen könnten, antwortete ich, daß dies an und für sich klar sei und daß irgendwelche weitere Erklärungen un-

serseits bloß den Eindruck von Schwäche hervorrufen würden. Wir könnten nur die eigene Initiative der Perser zulassen, der gegenüber wir uns großmütig zeigen würden. Was das Benehmen unserer Beamten während des Zwischenfalles Shoa anbelangt, so erklärte ich Buchanan, daß unser Generalkonsul die ganze Zeit sich auf unsere Rechte und die Gewohnheiten des Landes gestützt habe, die ihm infolge seiner langjährigen Tätigkeit in Persien gut bekannt seien. Ein ähnlicher Vorfall hat im vorigen Sommer stattgefunden und hat keinerlei Verwicklungen hervorgerufen. Wenn einer der Unterbeamten des Generalkonsuls auch zu viel Eifer an den Tag gelegt hat, so kann dies einen Verweis auf disziplinarischem Wege zur Folge haben, berührt aber in keiner Weise die internationale Seite des Zwischenfalls. Ich fügte hinzu, daß auch die englischen Subalternbeamten nicht immer ihren Verpflichtungen in ganz korrekter Weise nachgekommen wären, wie z. B. Major Stokes.

Ich gebe die Zuvorkommenheit Greys uns gegenüber in persischen Fragen zu; ich brachte aber dem Botschafter in Erinnerung, daß auch wir englische Handlungen zugelassen haben, die unsern Interessen nicht entsprechen, so z. B. die Ernennung eines Finanzagenten in Ispahan. Was endlich die Wiederherstellung Mohammed Alis betreffe, so hätten wir diese Frage beim Ergreifen von militärischen Maßnahmen nicht im Auge gehabt. Indem Sie obiges zur Kenntnis Greys bringen, bitte ich Sie ihm zu wiederholen, daß wir unsererseits den herzlichen Wunsch hegen, die guten Beziehungen mit ihm aufrechtzuerhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 5./18. Nov. 1911. — Nr. 280.

Infolge einer leichten Erkrankung habe ich nicht ins Auswärtige Amt gehen können. Nicolson ist zu mir gekommen und hat mir vertraulich von einem langen Telegramm Buchanans über seine letzte und wichtige Unterredung mit Ihnen Kenntnis gegeben. Nicolson hat keine Bemerkung hinzugefügt, außer der Versicherung, daß das Kabinett alles tun wird, um die Entente mit uns aufrechtzuerhalten, an der ihm mehr denn je gelegen ist. Er hat mir die schwierige parlamentarische Situation Greys

dargelegt, da Grey seine Haltung in Persien, aber nicht nur in Persien allein, verteidigen muß. Ich glaube, die Schwierigkeit besteht darin, daß Grey alle möglichen Folgen der Ereignisse in Persien nicht überblicken und für dieselben nicht einstehen kann. Nun fußt aber die Opposition gegen Grey hauptsächlich auf der Ungewißheit, welches das endgültige Resultat der englisch-russischen Politik in Persien sein wird. Diese Opposition wächst ohne Frage. Ein russisches Protektorat kann nicht zugelassen werden, ebenso nicht die Wiederherstellung der Regierung Mohammed Alis. Wenn dieser wieder auf den Thron gelange oder im Lande Fortschritte mache, solange die Besetzung unserer Truppen dauere, so würden diese beiden Ereignisse in Verbindung gebracht werden und denjenigen recht geben, die behaupten, daß dies der Hintergedanke der russischen Regierung sei, den sie jetzt verwirklichen wolle. Jedes Zutrauen zu der englisch-russischen Konvention wird gestört. Die Konvention selbst würde dies nicht überleben. Grey und Nicolson verstehen, daß die hauptsächlichste Schwierigkeit augenblicklich die Persönlichkeit Shusters ist. Das Londoner Kabinett wäre zufrieden, wenn er verschwinden würde. Aber es fragt sich, wie soll seine Entfernung vor sich gehen, da während der Anwesenheit unserer Truppen es in Teheran keine Regierung gibt, die sich dem Parlament gegenüber zur Geltung bringen könnte, welch letzteres allein Autorität zu besitzen scheint und Shuster unterstützt. Es will mir scheinen, daß Sie Grey Ihre Ansicht in dieser Frage mitteilen und daß die beiden Regierungen gemeinsam vorgehen müßten. Grey hat Donnerstag im Parlament zu sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Gesandten in Teheran vom 6./19. Nov. 1911. — Nr. 281.

Persönlich. Man ist hier der Ansicht, daß der wirkliche Zweck unseres Vorgehens die Entfernung Shusters ist. Man würde ihn hier ohne Bedauern gehen sehen und keine Einwendungen erheben. Man wird aber nie eine Restauration Mohammed Alis zulassen, dagegen wünscht man den jetzigen Regenten zu erhalten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Gesandten in Teheran vom 7./20. Nov. 1911. — Nr. 1833.

Wir teilen vollkommen Ihre Ansicht, daß Sie den Außenminister nur in dem Falle empfangen müssen, wenn er Sie davon benachrichtigt, daß die persische Regierung bereit ist, unsere Forderungen zu erfüllen. Es ist jedoch wünschenswert, schon jetzt den Persern auf irgendeine Weise zu verstehen zu geben, daß wir uns jetzt nicht mehr mit der Erfüllung unserer früheren Forderungen zufrieden geben werden, sondern daß wir die Absicht haben, noch einige andere Fragen aufzuwerfen, deren Erledigung wir für nötig halten, um in Zukunft die beständigen Reibungen zu vermeiden und eine Grundlage für dauernde freundschaftliche Beziehungen zu schaffen. Wir haben die Londoner Regierung bereits davon benachrichtigt, daß wir die Zurückberufung unserer Truppen von Garantien eines zukünftigen korrekten Benehmens der Perser uns gegenüber abhängig machen. In London teilt man übrigens unsere Ansicht über die Entfernung Shusters. Was die übrigen Garantien anbelangt, so halten wir, abgesehen von den schon früher in Aussicht genommenen, es für wünschenswert, die Frage der weiteren Entwicklung der persischen Armee aufzuwerfen, welche in unserer Zone unserer Kontrolle unterworfen werden müßte. Um aber diese heikle Frage nicht in ihrem ganzen Umfange aufzuwerfen und uns der Beschuldigung auszusetzen, daß wir die Reorganisation der ganzen persischen Armee beanspruchen, die ja eventuell auch im Süden Persiens vorzugehen hätte, ziehen wir es vor, fürs erste auf der Bildung einer besonderen Abteilung für Azerbeidjan, analog der schon bestehenden Kosakenbrigade, zu bestehen, wobei wir darauf hinweisen könnten, daß wir dann unsere Abteilung aus Täbriz abberufen könnten, was für die persische Regierung wünschenswert ist. Außerdem könnten wir die Frage der Erweiterung der Konzessionsrechte der Gesellschaften Julfa-Täbriz und Enzeli-Teheran anregen, in dem Sinne, daß diesen beiden Gesellschaften in ihrer Interessensphäre das Vorrecht für Eisenbahnbauten eingeräumt wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 8./21. Nov. 1911. — Nr. 283.

Der persische Gesandte hat Grey gestern erklärt, seine Regierung sei bereit, die beiden russischen Forderungen, d. h. Entschuldigungen und Ersetzung der Gendarmen durch Kosaken anzunehmen, wonach die russischen Truppen zurückgezogen würden. Grey hat geantwortet, er billige die persische Haltung, könne es aber nicht übernehmen, in Petersburg für Persien einzutreten. Grey möchte wissen, ob Sie es wünschen, offiziell von diesem persischen Schritte in Kenntnis gesetzt zu werden, was natürlich dann eine günstige Antwort auf den persischen Vorschlag bedingen und den ganzen Zwischenfall erledigen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 8./21. Nov. 1911. — Nr. 284.

Die in meinem Telegramm 283 erwähnte Erklärung ist unserem Botschaftsrat gemacht worden. Ich selbst kann das Haus noch nicht verlassen und habe Grey nicht gesprochen. Ich möchte Ihnen jedoch folgendes mitteilen: Der persische Schritt, obwohl spät gekommen, stellt die Initiative dar, von der Sie Buchanan gesprochen haben. Ich selbst habe mehrfach Grey und Nicolson auf die sich beständig steigernden Forderungen unserer öffentlichen Meinung hingewiesen. Sie geben dies zu. Ihr Standpunkt hinsichtlich Shusters hat sich bereits verändert, aber es besteht ein Unterschied zwischen den Äußerungen der öffentlichen Meinung in beiden Ländern. In England kann sie in einem Votum des Parlaments Ausdruck finden. Grey ist einer Majorität sicher. Aber eine allzu große Verminderung derselben könnte schaden. Die Debatte wird Montag stattfinden. Sie wird lebhafter und länger als gewöhnlich sein. Was die persischen Fragen anbelangt, so wird Grey von der gewöhnlichen Gruppe, die keine große Bedeutung hat, angegriffen werden. Immerhin wird es ihm schwer fallen, unsere jetzige militärische Expedition zu rechtfertigen, da es nicht bewiesen ist, daß in dem Zwischenfall, der unsere militärischen Maßnahmen zur Folge

gehabt hat, das Recht ganz auf unserer Seite ist. Ich sage dies, weil ich nicht glaube, daß Grey Beweise in Händen hat, daß die Perser in allem schuld sind. Ich selbst habe nicht die Möglichkeit, ihn zur Annahme unseres Standpunktes zu zwingen. Dieser Umstand wird die Diskussion beeinflussen und auch diejenigen Mitglieder des Parlamentes erregen, die sich gewöhnlich mit den persischen Fragen nicht beschäftigen. Diese Seite der Frage sollte meiner Ansicht nach die russische Regierung aus politischen Erwägungen allgemeiner Natur im Auge behalten. Dieses Mal wird Grey nicht bloß wegen der persischen Frage, sondern auch wegen der marokkanischen Angelegenheit und der Italien gegenüber allzu freundlichen Haltung in Tripolis angegriffen werden. Das Votum kann dadurch beeinflußt werden. Sollte es gelingen, den jetzigen Zwischenfall beizulegen, so könnte uns Grey um so energischer in der Frage Shuster unterstützen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 10./23. Nov. 1911. — Nr. 286.

Ich glaube, Ihnen die hiesige Lage genau beschreiben zu müssen. Es wird immer klarer, daß nächsten Montag Grey in der persischen Frage viel heftiger angegriffen werden wird, als vorauszusehen war. Die Angriffe werden sich auf die Tatsache stützen, daß die persische Regierung sich bereit erklärt hat, die in unserm Ultimatum gestellten Forderungen zu befriedigen. Grey hat keine andere Möglichkeit, als unsere Handlungsweise vollständig zu rechtfertigen. Er ist fest dazu entschlossen, aber er wird sich nicht mit unserer Absicht solidarisch erklären können, die militärische Okkupation zu benutzen, um noch neue Forderungen an Persien zu stellen. Der ganze Zwischenfall und das Ultimatum werden als ein von uns in Szene gesetzter Vorwand dargestellt werden und man wird Grey beschuldigen, sich von uns weit über unsere früheren Erklärungen hinaus haben mitziehen zu lassen. Um uns die weitere Unterstützung Englands in der Frage Shuster zu sichern, müssen wir Grey die Möglichkeit geben, seine Politik dem Parlament gegenüber zu rechtfertigen. Dazu sehe ich keinen anderen Ausweg, als unsere Truppen zurückzuziehen, sobald uns Genugtuung gegeben ist; selbstverständ-

lich hätte Persien die Verantwortung zu tragen, wenn unsere Truppen gezwungen wären, ein zweites Mal in Persien einzurücken. Eine schnelle Entscheidung der Kaiserlichen Regierung ist um so notwendiger, als die Debatten am nächsten Montag von der höchsten politischen Bedeutung für die Entente sein werden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 10./23. Nov. 1911. — Nr. 1861.

Wir erfahren, daß Shuster im Volke eine Broschüre verteilt hat, die heftige Angriffe gegen uns enthält. Wir sind der Ansicht, daß die Handlungsweise eines in persischen Diensten stehenden Ausländers, die deutlich gegen uns gerichtet ist, zusammen mit dem Umstande, daß die persische Regierung uns zu so einem ernsten Schritte als der Entsendung eines Expeditionskorps gezwungen hat, eine derartige Lage schafft, daß wir neue Forderungen stellen müssen und bis zu deren Erfüllung unsere Truppen nicht zurückrufen können. Die Handlungsweise Shusters wird von mir unserem Ministerrate unterbreitet werden und ich nehme an, daß beschlossen werden wird, die Entfernung dieses Ausländers und seiner Kreaturen zu verlangen; wenn diese Forderung nicht erfüllt werden wird, werden wir gezwungen sein, mit Gewalt vorzugehen, ohne natürlich uns von England absondern zu wollen.

Unser Gesandter in Teheran hat noch keine diesbezüglichen Instruktionen erhalten. Ich halte es aber für nötig, daß Sie schon jetzt mit Grey darüber sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 10./23. Nov. 1911. — Nr. 287.

Ihr Telegramm 1861 erhalten. In der Buchanan gegebenen Antwort wiederholt Grey seinen Entschluß, uns zu unterstützen, wenn wir die Entfernung von Shuster verlangen. Aber er glaubt, daß diese Frage den Gegenstand von neuen energischen gemeinsamen Schritten der beiden Gesandtschaften bilden müsse,

nachdem die direkten Beziehungen zwischen unserem Gesandten und der persischen Regierung wiederaufgenommen sein werden. Er besteht darauf, daß es notwendig sei, das weitere Vorrücken unserer Truppen aufzuhalten, nachdem die persische Regierung unsere beiden ersten Forderungen erfüllt haben wird, die wir allein durch eine militärische Demonstration unterstützen zu wollen erklärt haben.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 11./24. Nov. 1911. — Nr. 288.

Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß die ernstliche Gefahr einer englischen Ministerkrise besteht. Sie wird wahrscheinlich nicht Montag ausbrechen, sondern an dem Tage, an dem unsere Truppen in Teheran einziehen. Dies würde den Fall von Grey zur Folge haben, den einige seiner Kollegen verlassen würden. Was seine allgemeine Politik anbelangt, so ist Grey der Zustimmung des Parlamentes sicher; nicht aber in der persischen Frage. Was ihm fehlt, ist eine Argumentation, die sich auf eine mit uns vereinbarte gemeinsame diplomatische Aktion mit fest umrissenen Zielen stützt. Aus diesem Grunde besteht Grey darauf, daß der Zwischenfall Shoa unabhängig von der Frage Shuster behandelt und daß letztere nicht zum Vorwand unserer militärischen Expedition gemacht wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 11./24. November 1911. — Nr. 289.

Aus derselben Quelle erfahre ich, daß das persische Parlament und Shuster hauptsächlich bezwecken, das englisch-russische Einvernehmen zu sprengen; aus diesem Grunde befürchten sie die russische Besetzung Teherans nicht. Da in der Tat unser Einzug in Teheran zur Bildung einer neuen Regierung führen würde, die mit Waffengewalt aufrechterhalten werden müßte, wird die Okkupation Persiens eine dauernde sein müssen, um die von uns auferlegten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Die englischen Kreise, die gegen die Entente mit uns sind, und das

persische Parlament würden gemeinsame Sache machen, was in nächster Zeit zu einem Bruche zwischen uns und England führen würde.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. Nov. 1911. — Nr. 1877.

Ich telegraphiere unserem Gesandten in Teheran: Der englische Botschafter hat mir gestern mitgeteilt, Grey erkenne unser Recht an, den Persern noch weitere Forderungen zu stellen, und sei der Ansicht, daß einige von ihnen von der englischen Gesandtschaft in Teheran unterstützt werden könnten. Er hält es für wünschenswert, daß wir unsere diplomatischen Beziehungen zu Persien wiederaufnehmen und unsere Truppen in Rescht zurückhalten. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß in Anbetracht der Erfüllung unserer ersten Forderungen von seiten der Perser Sie die Beziehungen zum persischen Außenminister bereits aufgenommen hätten und daß das Programm unserer neuen Forderungen vom Ministerrate festgesetzt werden wird; hierauf würden Sie gemeinsam mit dem englischen Gesandten feststellen können, inwieweit die englische Gesandtschaft uns unterstützen könnte.

Zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme: Wir haben durchaus nicht die Absicht, die Forderungen, die wir an die Perser stellen werden, von der Zustimmung des englischen Gesandten abhängig zu machen. Was Ihre Beziehungen zu dem persischen Außenminister anbelangt, so sollten dieselben, da wir im Begriff stehen, neue Forderungen zu stellen, einen rein geschäftsmäßigen Charakter haben und nicht die Wiederaufnahme normaler Beziehungen bedeuten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. November 1911. — Nr. 1881.

Der Ministerrat ist von der Erwägung ausgegangen, daß unser Konflikt mit Persien durch unkorrekte Handlungen der persischen Regierung und ihrer Agenten in einem speziellen

Falle hervorgerufen worden ist; daß aus diesem Grunde die von uns jetzt gestellten Forderungen den Rahmen des Zwischenfalles nicht verlassen sollten und daß nur ein solcher Standpunkt von der öffentlichen Meinung in Rußland und im Auslande verstanden werden würde. Wir sehen deshalb davon ab, Forderungen zu stellen, die sich nicht auf den Zwischenfall beziehen, und verlangen von der persischen Regierung: 1. die Entlassung Shusters und Lecoffres; die Lage der übrigen von Shuster angestellten Beamten ergibt sich aus Punkt 2; 2. die Verpflichtung der persischen Regierung, keine Ausländer anzustellen, ohne die vorherige Zustimmung der russischen und englischen Gesandtschaften in Teheran eingeholt zu haben; 3. die Ersetzung der durch die Expedition hervorgerufenen Kosten durch die persische Regierung. Die allgemeine Summe und die Bezahlungsart werden später festgesetzt werden. Indem Sie diese Forderungen schriftlich stellen, werden Sie in Ihrer Note darauf hinweisen, daß wir zu diesem Schritt genötigt sind, um Genugtuung für die uns aufgezwungene militärische Expedition und für die herausfordernden Handlungen Shusters zu erhalten; daß wir den sehnlichsten Wunsch haben, die Ursachen, die bisher zu Konflikten geführt haben, zu beseitigen, um in Zukunft zwischen beiden Regierungen ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen und die vielen noch nicht gelösten Fragen zu erledigen. Ich bitte Sie außerdem hinzuzufügen, daß wir eine Erfüllung unserer Forderungen binnen 48 Stunden erwarten, während unsere Truppen in Rescht zurückgehalten werden. Wenn nach Ablauf dieser Zeit keine Antwort erfolgt sein wird, oder diese Antwort unbefriedigend sein sollte, so werden unsere Truppen vorrücken, was natürlich u. a. auch die Kosten vergrößern wird, die uns die persische Regierung zu ersetzen hat.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 16./29. November 1911. — Nr. 1901.

Der Kaiser hat geruht, die Instruktion an unsern Gesandten in Teheran zu bestätigen. Letzterer ist beauftragt worden, der persischen Regierung die betreffende Note zu übergeben.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 18. Nov. / 1. Dez. 1911. — Nr. 302.

Grey schickt mir einen kurzen eigenhändigen Brief, den ich wörtlich übersetze: „Ich bin sehr glücklich, daß Herr Neratow meine Rede im Parlament billigt. Gleichzeitig bin ich aber durch die weitere Entwicklung der Dinge in Persien sehr beunruhigt. Es handelt sich, wie es scheint, noch um weitere Forderungen. Wenn Rußland gezwungen wäre, Gewalt anzuwenden, um die Annahme der soeben gestellten drei Forderungen zu erzwingen — so wäre dies ein großes Unglück."

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 19. Nov. /2. Dez. 1911. — Nr. 305.

In einem besonderen Telegramm berichte ich Ihnen über meine heutige Unterredung mit Grey. Ich will hier Ihre besondere Aufmerksamkeit auf die allgemeinen Folgerungen Greys lenken.

Wenn die Gemeinsamkeit unseres Handelns in Persien aufhört, so würde dies notwendigerweise den Bruch der Entente bedeuten. Dies würde in kürzerer Zeit, als man allgemein annimmt, eine neue Orientierung der englischen Politik nach sich ziehen, über die Grey sich weiter nicht geäußert hat. Dies Ereignis würde an dem Tage eintreten, an dem er im Parlamente erklären müßte, daß zwischen England und Rußland nicht mehr völliges Einvernehmen herrscht. In einem solchen Falle würde er zurücktreten, da, wie er sagte, es den Interessen Englands nicht entsprechen würde, wenn er eine andere Politik weiterführen würde als die, welche er bis jetzt mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vertreten hat, da er ein überzeugter Anhänger einer solchen Politik ist. Ich glaube, daß dies vollkommen der allgemeinen Stimmung hier entsprechen würde, welche über die Schnelligkeit unserer Entschlüsse bestürzt ist. Diese Schnelligkeit scheint die Möglichkeit eines befriedigenden Ausganges auszuschließen und muß zu Resultaten führen, mit denen man sich hier nicht abfinden könnte.

Noch nie habe ich Grey so beunruhigt gesehen, und Cambon hat mir diesen Eindruck bestätigt. Der italienische Botschafter hat mich gefragt, ob ich die Demission Greys für möglich halte. Grey hat allein mit mir gesprochen, nicht einmal mit Cambon.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 19. Nov. /2. Dez. 1911. — Nr. 307.

Folgendes ist die Übersetzung des von Grey dem englischen Botschafter in Petersburg mitgeteilten Resumés unserer heutigen Unterredung: „Ich sprach heute mit Benckendorff in den ernstesten Ausdrücken über die beunruhigende Lage in Persien. Ich sagte ihm, es wäre zu bedauern, daß das russische Ultimatum sich auf die Frage der Liegenschaft des Shoa-es-Saltaneh stützte: diese ganze Frage wäre etwas trivial, und der russische Standpunkt ist nicht ganz zu rechtfertigen. Es sei außerdem bedauerlich, daß, nachdem Rußland erklärt hatte — in der Tat haben wir eine formelle diesbezügliche Zusicherung von Kokowzew erhalten —, daß die russischen Truppen zurückgezogen werden würden, sobald die beiden auf den Zwischenfall bezüglichen Forderungen erfüllt wären, und nachdem der englische Gesandte die persische Regierung bewogen hatte, diese Forderungen anzunehmen, die russischen Truppen nicht zurückgezogen, sondern neue Bedingungen gestellt worden sind. Es ist richtig, daß die Forderungen mit ein paar Tagen Verspätung angenommen wurden, aber die Umstände, unter denen Rußland gehandelt hat, sind nicht sehr glücklich gewesen.

Drei neue Forderungen sind gestellt worden. Was die beiden ersteren anbelangt, so kann ich keine Einwendungen erheben. Shuster hat den ihm von uns erteilten Rat nicht befolgt; er hat uns in eine sehr schwierige Lage gebracht; und wir müssen uns mit der persischen Regierung in der Frage der ausländischen Beiräte in irgendeiner Weise verständigen, um nicht wieder in eine solche Lage gebracht zu werden. Ich meine, es wäre besser gewesen, wenn wir von der persischen Regierung das Versprechen verlangt hätten, keine ausländischen Beiräte anzustellen, ohne sich vorher mit der russischen und englischen Gesandtschaft zu be-

raten, anstatt sie zu zwingen, deren Einwilligung einzuholen: im Grunde genommen ist dies aber eine Frage der Form.

Ich bedaure, daß eine Entschädigung verlangt worden ist. Der englische Handel hat mehr gelitten als der russische. Ich glaube sogar, der russische Handel im Norden hat infolge des Umstandes, daß die englischen Interessen im Süden gelitten haben, nur gewonnen. Geld ist nötig, um die Ordnung im Süden wiederherzustellen, und die russischen Entschädigungsforderungen würden hier als eine Schädigung der englischen Interessen betrachtet werden. Da die Forderung gestellt worden ist, so muß die persische Regierung ja sagen; aber ich hoffe, daß russischerseits auf der Bezahlung nicht bestanden oder später in der einen oder andern Form eine Kompensation gefunden werden wird.

Ich wies den Botschafter ernstlich darauf hin, daß die russischen Truppen nur im äußersten Notfalle Teheran besetzen und daß keine weitergehenden Forderungen erhoben werden sollten, ohne sich vorher mit uns zu verständigen. Ich befürchte, das Petersburger Kabinett gibt sich nicht genügend Rechenschaft darüber, wie unerwartet die persische Frage, wenn nicht richtig behandelt, die ganze Frage der äußeren Politik zur Diskussion stellen kann. Wenn Forderungen erhoben werden, von denen wir nicht behaupten können, daß sie sich mit der englisch-russischen Konvention decken, so würde die persische Frage verschwinden und an deren Stelle die ausländische Politik überhaupt, sowohl Rußlands als auch Englands, treten. Dies wäre bedauernswert, und ich hege die größten Besorgnisse.

Wenn andererseits die russische Regierung sich auf ihre jetzigen Forderungen beschränken und nur im äußersten Notfall nach Teheran gehen würde, so hoffe ich die jetzigen Schwierigkeiten überwinden zu können. Wir können vielleicht eine persische Regierung bilden, welche einsehen würde, daß sie den russischen Interessen entgegenkommen muß, statt beständig Opposition zu machen. Wir würden eine solche Regierung durch die Anstellung von ausländischen Beiräten und die Gewährung einer Anleihe durch Seligmann oder ein anderes Bankhaus unterstützen. Die Lage in Persien würde besser werden, als sie bisher gewesen.

Aber augenblicklich haben wir noch große Schwierigkeiten zu

überwinden, und ich fürchte, die russische Regierung gibt sich nicht Rechenschaft, um einen wie großen Einsatz es sich handelt und wie große Anstrengungen wir machen müssen, um zu vermeiden, daß unsere Politik sich trennt."

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 21. Nov./ 4. Dez. 1911.

Es ist nicht leicht, Ihnen ein vollständiges Bild der Lage in London zu geben. Die Rede Sir Edward Greys, in der er die ganze politische Situation, wie sie sich aus den letzten Ereignissen in Europa und in Persien ergibt, mit der seiner Beredsamkeit eigenen Klarheit dargelegt hatte, hat großen Eindruck gemacht.

Im allgemeinen ist er von der Mehrzahl im Lande unterstützt worden, und die Presse nimmt ziemlich einstimmig seine Partei. Die großen Zeitungen enthalten keinen einzigen Angriff.

Allein schon während der Sitzung konnte man sich nicht der Einsicht verschließen, daß die Rede des Ministers nur bei der konservativen Opposition völlige Zustimmung fand, während auf der Seite der ministeriellen Partei der Eindruck kein einheitlicher war.

Die liberale Partei hat von jeher Tendenzen gezeigt, eine Annäherung zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Man hat in diesen Kreisen gefunden, daß die Rede Sir Edward Greys ihre Wünsche zu wenig berücksichtigt, und von hier aus macht sich gegen Grey eine Opposition fühlbar, die fürs erste noch schwer zu unterscheiden ist, die aber in der Tat besteht und sich weiter entwickelt.

Die Autorität Greys im Parlament ist so groß, daß diese Opposition nicht weiter gefährlich wäre, wenn nicht die persische Frage hinzukäme.

Die kleine Fraktion der ultraradikalen Partei, die sich speziell für persische Fragen interessiert, ist durch Greys Erklärungen über den russischen Standpunkt in Persien zum Äußersten getrieben worden. Dieser Teil der Rede Greys hat in der Tat einen großen Eindruck hervorgerufen. Man hatte zwar geglaubt, daß er sich auf unsere Seite stellen würde, doch erwartete man

nicht, daß er den russischen Standpunkt zu erklären versuchen würde. Seitdem wird Grey beständig von Mitgliedern des Parlamentes angegriffen, auf deren Votum das jetzige Kabinett angewiesen ist. An diese wenig zahlreiche, aber heftige Opposition schließen sich die gemäßigteren, aber auch gefährlicheren Angriffe derjenigen Parlamentsmitglieder an — und zwar gehören sie nicht alle zur liberalen Partei —, welche ihm den Vorwurf machen, er nähme Deutschland gegenüber eine allzu ablehnende Haltung ein.

In Wirklichkeit ist Grey, wie er es in seiner Rede erklärt hat, nicht gegen eine Besserung der Beziehungen zu Deutschland. Eine solche erscheint ihm sogar wünschenswert. Aber er will ihr nicht die beiden Ententen zum Opfer bringen, und er ist überzeugt, daß eine ernstliche Annäherung an Deutschland nur unter dieser Bedingung möglich ist. Wie er mir gestern vertraulich erklärt hat, steht und fällt er mit dieser Politik. Aus diesem Grunde, sagte er, muß die russische Politik England gegenüber ganz klar sein. Er fügte hinzu, daß, wenn unser Einvernehmen die jetzige Krise überlebt, England darin den Triumph der gemeinsamen persischen Politik erblicken wird, was zur Kräftigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern führen muß.

Aber um die Opposition zum Schweigen zu bringen, genügt es nicht, die russische Politik von Tag zu Tag erklären zu können.

Im Laufe unserer Unterredung sind wir auf viele Einzelheiten zu sprechen gekommen, und Greys vertrauliche Mitteilung an Buchanan enthält eine kurze Darlegung der ganzen politischen Lage.

Der Gedanke, daß die russische Regierung die Integrität oder die Unabhängigkeit Persiens — sowenig faktische Bedeutung diese Begriffe auch den beiden Mächten gegenüber haben mögen — verletzen wolle, kommt bei Sir Edward Grey nicht in Betracht. Dies ist aber sicherlich der Ausgangspunkt der Opposition.

Mehrfach hatte Grey darauf hingewiesen, daß die beständige Steigerung unserer Ansprüche die Opposition stärkt. Er gibt sich Rechenschaft, daß seine Demission mit Bestimmtheit zu einem völligen Wechsel der englischen Politik führen muß.

. . . . . .

Um die Entente mit England aufrechterhalten zu können, müssen wir meiner Ansicht nach der englischen Regierung erklären, daß wir uns in Teheran an die Abmachungen der englisch-russischen Konvention halten werden und daß die Integrität und Unabhängigkeit Persiens, so wie sie von den beiden Mächten verstanden werden, nicht verletzt werden sollen. Sonst ist es sicher, daß Grey zurücktreten muß, was immer er auch sagen oder tun möge.

Wenn wir in ihm nur einen Staatsmann von großem Verdienste verlieren würden, so müßte diese Erwägung vielleicht den Interessen Rußlands untergeordnet werden und könnte die Entschließungen der Kaiserlichen Regierung nicht beeinflussen. Aber ich glaube wiederholen zu müssen, der Rücktritt Greys zieht die Neuorientierung der englischen Politik nach sich.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, was dann folgen würde. Gerade jetzt bereitet sich eine allmähliche Annäherung an Deutschland vor. Im Anfang mag diese Annäherung eine teilweise sein, später wird sie jedenfalls allgemein und alles andere ausschließend werden. Dies wenigstens ist meine feste Überzeugung — allen Anzeichen zum Trotz, da es sich ja nicht leugnen läßt, daß die Erbitterung sowohl in London als auch in Berlin noch andauert. Ich glaube jedoch, daß, wenn einmal Rußland von England getrennt ist, sich auch die jetzige Stimmung sehr schnell ändern wird. Es ist klar, daß für diejenigen, die einen Bruch der russisch-englischen Entente herbeiführen wollen, die ganze Angelegenheit Shuster ein wirksamer Hebel ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 22. Nov. / 5. Dez. 1911. — Nr. 313.

Nicolson teilt mir mit, Major Stokes werde wiederholten Befehlen gehorchen und nach England zurückkehren. Er wird Persien in zehn Tagen verlassen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 17./30. Nov. 1911. — Nr. 1173.

Nach langen geheimen Beratungen mit dem Ministerrate hat das persische Parlament über die Antwort auf unser Ultimatum in offener Sitzung abgestimmt und mit erdrückender Mehrheit beschlossen, unsere Forderungen abzulehnen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 18. Nov. / 1. Dez. 1911. — Nr. 1923.

Wir haben unsern Gesandten in Teheran beauftragt, dem Kommandanten unseres Expeditionskorps vorzuschlagen, in der Richtung auf Kaswin vorzurücken, mit der Berechnung, aus Rescht nicht früher als am Nachmittage des morgigen Tages aufzubrechen, wie ich dies Buchanan versprochen habe.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 20. Nov. / 3. Dez. 1911. — Nr. 1938.

Der englische Gesandte hat im Auftrage des Londoner Kabinetts den Persern mitgeteilt, daß beide Regierungen über die Lage in Teheran beraten, daß man aber in Teheran sich nicht der Hoffnung hingeben solle, daß irgendeine von den russischen Forderungen zurückgenommen werden würde. Die Nichterfüllung des russischen Ultimatums werde das Vorrücken unserer Truppen zur Folge haben. Diese Mitteilung hat in den Augen der Perser und der hiesigen Engländer die Solidarität der beiden Regierungen wiederhergestellt, hinsichtlich welcher hier nach unserm letzten Ultimatum mannigfach Bedenken geäußert wurden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 21. Nov. / 4. Dez. 1911. — Nr. 1951.

Wir geben uns nicht Rechenschaft, aus welchen Gründen Grey über unsere Handlungsweise in Persien so beunruhigt ist, da dieselbe unserem Abkommen mit England nicht wider-

spricht. Wir haben nicht die Absicht, auf der unmittelbaren Ersetzung unserer Kosten zu bestehen. Wir haben darauf hingewiesen, daß diese Frage den Gegenstand weiterer Beratungen bilden wird. Unsere Truppen werden wahrscheinlich am 30. November in Kaswin konzentriert sein, und der kommandierende General wird dort weitere Instruktionen abwarten. Ich habe hierbei Buchanan darauf hingewiesen, daß das Stehenbleiben unserer Truppen in Kaswin von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängen wird; vielleicht wird eine Beschleunigung unseres Einzuges in Teheran nötig sein. Was neue Forderungen anbelangt, falls solche z. B. infolge bewaffneten Widerstandes und Blutvergießens nötig sein werden, so werden sie sich nur auf speziell russische Interessen in unserer Zone beziehen, so z. B. Eisenbahnen in Nordpersien, die Organisation einer bewaffneten Truppe in Täbriz unter russischer Kontrolle, um unsere dortigen Truppen abberufen zu können usw. Es versteht sich von selbst, daß wir Forderungen allgemeiner politischer Natur ohne ein vorheriges Einvernehmen mit England nicht stellen werden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 25. Nov. / 8. Dez. 1911. — Nr. 315.

Der englische Gesandte telegraphiert aus Teheran, daß er zur Annahme berechtigt ist, die persische Regierung werde unsere Forderungen erfüllen. Aus der Unterredung des hiesigen persischen Gesandten mit Grey ergibt sich, daß die Forderung einer vorherigen Zustimmung von seiten Rußlands und Englands zur Ernennung von ausländischen Beiräten am meisten Widerstand hervorruft. Grey meint, man sollte für diese Forderung eine Form finden, die die Eigenliebe der Perser weniger verletzt. Dieses Zugeständnis müsse man natürlich erst machen, nachdem die Bedingung der Entfernung Shusters erfüllt worden ist.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 27. Nov. / 10. Dez. 1911. — Nr. 2009.

Ihr Telegramm Nr. 315 erhalten. Wir haben unserem

Gesandten bereits Instruktionen erteilt, dem zweiten Punkt unseres Ultimatums eine für die Eigenliebe der Perser weniger verletzende Form zu geben und die Worte „ohne die vorherige Zustimmung der beiden Gesandtschaften" durch „ohne ein vorheriges Übereinkommen mit den beiden Gesandtschaften" zu ersetzen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 9./22. Dez. 1911. — Nr. 2109.

Ich telegraphiere unserem Gesandten in Teheran: Der persische Geschäftsträger hat uns heute mitgeteilt, daß seine Regierung alle unsere Forderungen annimmt, wobei Punkt 2 in der von uns zugelassenen Fassung beantwortet werden wird. Gleichzeitig hat der persische Vertreter der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß unsere Truppen sofort aus Kaswin zurückgezogen werden werden. Wir haben ihm erklärt, daß wir seine Mitteilung mit Vergnügen zur Kenntnis nehmen und daß natürlich unsere Truppen zurückgerufen werden sollen, daß wir aber hoffen, daß zu diesem Zeitpunkte unsere Forderungen faktisch erfüllt und Shuster entfernt sein wird. Gleichzeitig hoffen wir, daß die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Persien die Bereitwilligkeit der persischen Regierung zur Folge haben wird, auf diplomatischem Wege eine ganze Reihe von Fragen zu regeln, die im Laufe der letzten Jahre keine Lösung gefunden haben und die in keinem Zusammenhang mit dem soeben glücklich beendeten Zwischenfalle stehen.

Sodann teilte der Geschäftsträger mit, in Rescht und Täbriz sei es zu Zusammenstößen mit unseren Truppen gekommen; die Schuld falle auf letztere. Wir haben ihm geantwortet, daß nach unseren Informationen die Perser angegriffen hätten, daß wir noch keine genauen Informationen besäßen, daß aber auf alle Fälle die weitere Handlungsweise unserer Truppen in diesen beiden Städten nicht von Befehlen der zentralen Institutionen, sondern von den militärischen Befehlshabern abhänge.

Telegramm des russischen Statthalters im Kaukasus an den russischen Außenminister vom 10./23. Dez. 1911. — Nr. 7637.

Bis zum heutigen Tage habe ich keine Befehle hinsichtlich

der Handlungsweise unserer Truppen in Persien erlassen. Die Befehlshaber der einzelnen Abteilungen haben im Einvernehmen mit unseren Konsuln gehandelt. Ich halte jedoch eine solche Lage der Dinge für unrichtig und bei den zugespitzten Verhältnissen für unhaltbar. Man muß den Befehlshabern Instruktionen geben, die das Ziel der Expedition genau umschreiben und ihnen zur Erreichung desselben volle Handlungsfreiheit lassen. Die Instruktionen müssen meiner Ansicht nach folgende sein: ohne anzuhalten auf Teheran vorzurücken, diese Stadt zu besetzen und sich zur Verfügung unseres dortigen Gesandten zu halten; den ganzen Weg bis Teheran zu sichern und in Enzeli, Rescht und Kaswin die nötigen Etappen zu belassen; energisch gegen Arbeitsniederlegung, Boykott und Räubereien vorzugehen; die Fidai müssen gefangengesetzt, falls sie Widerstand leisten, vernichtet werden. Die Ansichten der Konsuln können in Erwägung gezogen werden, aber die Befehlshaber müssen selbständig handeln und bloß die Befehle des Gesandten berücksichtigen. Das lange Stehenbleiben unserer Truppen in Kaswin hat den Revolutionären bewiesen, daß ein bestimmter ausländischer Einfluß unsere Handlungsfreiheit einschränkt. Dies hat den Mut der Fidai erhöht und zu Kämpfen mit unserer Abteilung in Täbriz geführt.

Telegramm des russischen Statthalters im Kaukasus an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1911. — Nr. 7785.

Die Angriffe auf unsere Truppen und die Verstümmelung unserer Verwundeten machen strenge Vergeltung notwendig, und ich finde es wünschenswert, General Woropanow zu beauftragen, die Zitadelle von Täbriz in die Luft zu sprengen und Kriegsgerichte einzusetzen, welche alle Urheber des Angriffes abzuurteilen hätten, ebenso diejenigen, die unsere Verwundeten verstümmelt haben, und endlich auch alle russischen Untertanen, die sich nach Persien geflüchtet und an den Angriffen auf unsere Truppen teilgenommen haben. Die Urteile müssen sofort vollstreckt werden. Außerdem muß man von der Bevölkerung von Täbriz eine bedeutende Entschädigung für die Familien der Getöteten und Verwundeten verlangen. Ähnliche Maßregeln sind in Enzeli und Rescht und in anderen persischen Städten zu ergreifen, in denen Zusammenstöße stattgefunden haben.

Telegramm des russischen Statthalters im Kaukasus an den russischen Außenminister vom 11./24. Dez. 1911. — Nr. 7786.

Alle Schuldigen sollten vor den Kriegsgerichten an Ort und Stelle in Persien selbst abgeurteilt und nicht nach Rußland in die kaukasischen Gefängnisse geschickt werden, da letztere überfüllt sind und die Verurteilung sich lange hinziehen und die Strafe im Verhältnis zur Schuld nicht streng genug sein würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 19. Dez. 1911/1. Jan. 1912. — Nr. 337.

Mallet und verschiedene Redakteure der großen englischen Zeitungen, die für die Entente eintreten, u. a. auch der Times, haben mir gesagt, daß sie die Maßlosigkeit der Nowoje Wremja hinsichtlich der blutigen Unterdrückung der Unruhen in Persien bedauern. Dies sei um so mehr zu bedauern, als es sich um die friedliche örtliche Bevölkerung handelt, die sich im großen und ganzen Rußland gegenüber entgegenkommend gezeigt hat. Ich habe Mallet erwidert, ich sei überzeugt, daß die militärischen Befehlshaber Befehle haben, jede ungerechte Maßnahme zu vermeiden; daß der Einfluß des Statthalters und der Konsuln im selben Sinne tätig sei; daß die Regierung für die Artikel der Nowoje Wremja nicht verantwortlich gehalten werden könne; daß ich aber bereit sei, diese Erwägungen zu Ihrer Kenntnis zu bringen, um eine Pressekampagne zu vermeiden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 21. Dez. 1911/3. Jan. 1912. — Nr. 341.

Mallet hat mir vertraulich ein Telegramm des englischen Gesandten in Teheran über die Hinrichtung des Sikat ül Islam gezeigt. Barclay drückt seine Bestürzung aus. Dieser Geistliche sei in einem großen Teile Persiens ganz besonders verehrt worden. Seine Hinrichtung sei eine Katastrophe und könne unberechenbare Folgen nach sich ziehen. Er hält den Sturz des persischen Kabinetts für möglich. Die Nachricht ist heute hier veröffentlicht worden. Die Times widmet der ganzen Lage in

Täbriz einen Leitartikel. Der Artikel ist für uns im großen ganzen günstig, mit Ausnahme dieser Hinrichtung. Ich befürchte einen sehr ungünstigen Eindruck in der hiesigen öffentlichen Meinung. Man befürchtet vor allem ein Aufflackern des religiösen Fanatismus.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 23. Dez. 1911/5. Jan. 1912. — Nr. 343.

Die Hinrichtung des Sikat muß unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden. Zuerst die Wahl des Tages. Diese Wahl scheint mir ein bedauerlicher Irrtum unserer Behörden gewesen zu sein. Die von uns ergriffenen Maßregeln hatten den einzigen Zweck, die Urheber der Unruhen exemplarisch zu bestrafen. Wenn sich unter diesen Geistliche befinden, so hätte man augenscheinlich nicht einen religiösen Festtag für ihre Bestrafung wählen sollen, um klar zu zeigen, daß diese Bestrafung mit dem religiösen Gefühl und der islamischen Religion nichts zu tun hat. Dadurch, daß die Hinrichtung gerade an dem Tage der religiösen Gebete vollzogen worden ist, hat die ganze Angelegenheit einen antimuselmanischen Charakter angenommen. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß der durch die Hinrichtung des Sikat hervorgerufene Eindruck so außerordentlich groß ist, daß die russische Regierung allen weiteren Hinrichtungen ein Ende setzen sollte.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Dez. 1911/6. Jan. 1912. — Nr. 346.

..... Die Ereignisse können nicht verfehlen, den Eindruck hervorzurufen, daß unsere ganze Politik in Persien zwischen zwei Polen zu schwanken scheint: die eine, geheime Strömung, scheint immer die andere, die unser offizielles Programm bildet, mit sich fortzureißen. Diese Ansicht gewinnt immer mehr Boden. Sie schadet ganz außerordentlich der Autorität und dem Ansehen der offiziellen Äußerungen unserer Regierung. Ich würde mir einen Vorwurf machen, Sie nicht auf diese Gefahr hinzuweisen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 5./18. Jan. 1912. — Nr. 38.

Wir haben mit Vergnügen davon Kenntnis genommen, daß die persische Regierung energische Maßnahmen gegen die Demokraten zu ergreifen gedenkt. Wir sind überzeugt, daß nur auf diese Weise die Ordnung im Lande wiederhergestellt werden kann. Teilen Sie dem Kabinett mit, daß man in dieser Frage auf unsere volle Unterstützung rechnen könne.

Auszug aus einem persönlichen Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 15./28. Jan. 1912.

.....Ich habe bis jetzt keinen Gebrauch von dem letzten Satze Ihres Telegramms Nr. 13 gemacht: „Wir machen jetzt einen neuen entscheidenden Versuch, mit der persischen Regierung freundschaftliche Beziehungen herzustellen, und wenn sie sich wieder als unseres Vertrauens unwürdig erweist, so werden wir in einen ernsten Meinungsaustausch mit dem Londoner Kabinett über die bestehende Lage eintreten müssen."

Solche Erwägungen scheinen mir verfrüht zu sein. Wenn ich sie dem Londoner Kabinett mitteilen würde, so könnte letzteres sie so auffassen, als ob wir selbst kein Zutrauen zu dem Erfolge unserer jetzigen Anstrengungen haben und schon jetzt mehr an ihre eventuellen Folgen denken. Was folgt, kann nur eine mehr oder weniger offene Aufteilung Persiens sein. Dies würde den Zusammenbruch der Greyschen Politik bedeuten, in deren Namen er bis jetzt alle Gegner der Entente zum Schweigen gebracht hat. Es ist augenscheinlich, daß wir versuchen müssen, eine neue Situation in Teheran zu schaffen, aber ich möchte nicht von einem endgültigen Versuche sprechen — dies erinnert zu sehr an einen letzten Versuch. Wir haben bereits konkrete Resultate erreicht. Shuster ist verschwunden und das persische Parlament ist aufgelöst. Der neue Geist braucht Zeit, um sich durchzusetzen. Es wird mir nicht schwer fallen, Grey gegenüber die von uns an den Tag gelegte Nachgiebigkeit zur Geltung zu bringen: die Abdankung Mohammed Alis und die persische Anleihe. Was ich vermeiden möchte, ist unsere Entente mit

England, unsere Beziehungen zu diesem Lande von dem Verhalten der persischen Regierung abhängig zu machen und dadurch sozusagen den Schlüssel der englisch-russischen Beziehungen in die Hände der persischen Regierung zu legen. Es scheint mir illusorisch zu glauben, daß die gemeinsame Prüfung eines vollkommen neuen Programms zu einem Ergebnis führen könne. Weder Grey noch die jetzige Regierung kann die Aufteilung oder ein gemeinsames Protektorat über Persien zugeben. Nicht nur die liberale, sondern auch die ganze konservative Partei in England würde sich dem widersetzen.

Ich glaube, die Konservativen werden es vermeiden, selbst wenn sie es könnten, die Regierung in einer Frage der äußeren Politik zu stürzen. Sie ziehen es vor, ans Ruder zu gelangen, ohne in einer bestimmten Frage gebunden zu sein. Ich glaube auch nicht, daß Grey wird zurücktreten müssen, es sei denn, es tritt ein unvorhergesehenes Ereignis ein. Aber andererseits kann ein Außenminister nicht lange auf seinem Posten bleiben, wenn er von seiner Partei angegriffen und nur von der Opposition gestützt wird. Dies muß aber eintreten, wenn wir erklären, daß wir in Persien zu weiteren Maßregeln greifen müssen. Man darf sich nicht verheimlichen, daß die Opposition in England wächst. Die persische Frage fällt am meisten in die Augen; sie ist aber nicht die einzige. In Wirklichkeit handelt es sich um die Beziehungen zu Deutschland; man findet sie zu gespannt, und man macht Grey dafür verantwortlich — meiner Ansicht nach zu Unrecht. Bonar Law hat in seiner Rede der auswärtigen Politik nur ein paar Worte gewidmet. Er hat jedoch mit der Äußerung geschlossen, daß die Greysche Politik logischerweise dazu hat führen müssen, die ganze Verstimmung (ill will) in Deutschland auf England zurückfallen zu lassen. Dies ist das Hauptthema der Opposition, sosehr es auch geleugnet werden mag.

Wenn es sich nur um die Angriffe des persischen Komitees handeln würde, so wäre die Sache nicht gefährlich. Man macht jedoch Grey den Vorwurf, die Angelegenheiten des nicht sehr dankbaren Frankreichs besorgt zu haben und nun die Interessen Italiens und Rußlands zu vertreten. Frankreich und Italien gehören schon der Vergangenheit an, die persische Frage bezieht

sich jedoch auf die Gegenwart, und die Opposition wird zu beweisen suchen, daß Grey die Interessen Englands in Südpersien und in Indien zugunsten Rußlands vernachlässigt.

Nicolson hat mir gesagt, der englische Vizekönig in Indien habe geschrieben, daß die Ereignisse in Persien einen großen Widerhall in der muselmanischen Bevölkerung gefunden haben.

Der deutsche Botschafter war soeben bei mir. „Die öffentliche Meinung in England fängt an, sich wieder uns zuzuwenden", hat er mir gesagt. Dies ist richtig. Man muß nur vermeiden, daß sie sich in demselben Maße von uns abwendet. Und doch ist dies der Fall. Man kann diese Entwicklung noch aufhalten; sie kann aber auch schnelle Fortschritte machen, wie Grey selbst mir vor einigen Wochen gesagt hat. An jenem Tage war Grey sehr ernst.

Ich habe Bedenken, immer wieder die Kassandra zu spielen, aber wer hätte die Pflicht, wenn nicht ich, Ihnen zu schreiben, was ich voraussehe und was ich beobachte?

Die Beziehungen von Regierung zu Regierung sind nicht getrübt, da keine Unklarheit besteht. Die englische Regierung weiß, woran sie ist. Dies ist jedoch nicht der Fall, soweit es sich um Beziehungen der beiden öffentlichen Meinungen zueinander handelt. Und doch werden diese die weitere Entwicklung der Dinge bestimmen.

Sechstes Kapitel.

Rußland und Japan in China.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 2./15. Okt. 1909.

Die Nachricht von der Ankunft des Prinzen Ito zum Besuch unseres Finanzministers scheint in hiesigen Regierungskreisen starke Beunruhigung hervorgerufen zu haben, da man eine Annäherung zwischen Rußland und Japan zum Schaden Chinas befürchtet. Man spricht wieder von der Möglichkeit, daß wir den südlichen Abschnitt der mandschurischen Eisenbahn verkaufen und ein Abkommen über Mandschurien unterzeichnen. Es will mir scheinen, daß die chinesische Regierung befürchten muß, daß die ablehnende Haltung einiger Mächte, besonders Rußlands, zu den chinesisch-japanischen Abmachungen im Zusammenhang mit den Protesten der Ausländer in der Kharbinschen Frage zu einem engen Einvernehmen zwischen Rußland und Japan führen könne, um die gegenseitigen Interessen in der Mandschurei gegen China und die übrigen Mächte zu schützen. Das Mißtrauen der Chinesen wird wohl noch durch die Erkenntnis bestärkt, daß sie die uns gegenüber am 27. April übernommenen Verpflichtungen nicht einhalten und einen Widerstand an den Tag legen, welcher uns leicht veranlassen kann, uns die Unterstützung Japans zur Lösung der schwebenden Fragen zu sichern. Falls die Chinesen mir irgendwelche diesbezügliche Fragen stellen, habe ich die Absicht, ausweichend zu antworten und sie nicht zu beruhigen, um sie hierdurch vielleicht zu einer nachgiebigeren Haltung uns gegenüber zu veranlassen.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 29. Sept./12. Okt. 1909.

Prinz Ito fährt nach Kharbin, um unsern Finanzminister zu sprechen. Er hat dabei die Absicht, beruhigende Erklärungen über das letzte japanisch-chinesische Abkommen abzugeben, und er wird vielleicht den Versuch machen, eine Annäherung zum Schutze der russisch-japanischen Interessen vorzubereiten. Auch wird er die Frage eines endgültigen Abkommens zwischen der ostchinesischen und der südmandschurischen Eisenbahngesellschaft berühren. Obwohl Ito nicht zur jetzigen Regierung gehört und seine Mission keine offizielle ist, so hat er doch mit den Mitgliedern des Kabinetts Fühlung genommen. Jedenfalls wird die japanische Regierung seine große Autorität und seinen Ruf eines überzeugten Russenfreundes dazu benutzen, in der russischen öffentlichen Meinung eine möglichst günstige Stimmung hervorzurufen. Einige Zeitungen weisen schon darauf hin, man könne vielleicht ein russisch-japanisch-chinesisches Übereinkommen in mandschurischen Fragen erzielen und dadurch ein Gegengewicht gegen amerikanische Absichten in der Mandschurei schaffen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 5./18. Oktober 1909.

Ihr Telegramm vom 2. Oktober erhalten. Ich teile Ihre Ansicht, daß es nützlich ist, den Chinesen anläßlich der Reise des Prinzen Ito und der Möglichkeit einer Annäherung zwischen Rußland und Japan keine beruhigenden Erklärungen abzugeben.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 2./15. Dezember 1909.

Goto hat mir versprochen, mir die Ansicht Katsuras über das in Aussicht genommene Vorgehen Rußlands und Japans in der Mandschurei mitzuteilen. Er persönlich ist der Ansicht, daß es äußerst wünschenswert ist, nichts in der Mandschurei zu unternehmen, ohne ein vorheriges Einvernehmen zwischen Rußland und Japan erzielt zu haben. Er wies hierbei auf unser Übereinkommen mit China in Kharbin und auf das japanisch-chinesische Übereinkommen hinsichtlich des Territoriums Kanto

hin. Diese beiden Fragen sollten nur gemeinsam geregelt werden. Die Solidarität der beiden Mächte soll nicht bloß China, sondern auch den andern Mächten gegenüber zum Ausdruck gebracht werden. Dann wird kein Zweifel bestehen, daß Rußland und Japan imstande sind, die mandschurische Frage in gegenseitigem Einverständnis selbständig zu lösen. Die in Aussicht genommenen Eisenbahn- und Tarif-Abkommen würden Europa und Amerika die stattgefundene politische Annäherung zwischen Rußland und Japan beweisen. Ganz im Vertrauen teilte er mir mit, der Mikado habe den Willen geäußert, seine Regierung solle die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland fördern. Die Reise des Prinzen Ito hat dazu gedient, eine Einigung in der mandschurischen Frage zu erzielen.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1909.

Goto hat mir den Standpunkt des japanischen Ministerpräsidenten in der mandschurischen Frage mitgeteilt. Katsura glaubt, daß die politische Seite große Schwierigkeiten biete und reiflich erwogen werden müsse, da man andere Mächte zu berücksichtigen habe. Er meint, man müsse mit ökonomischen Fragen anfangen, und zwar könnten diese Eisenbahn-, Tarif- und Telegraphen-Fragen betreffen. Die politische Seite würde sich dann auf administrative Maßregeln in der enteigneten Zone beziehen, und zwar hätten die beiden Regierungen sich untereinander zu verständigen, ehe sie sich in diesen Fragen an China wenden. Im übrigen würde man in Tokio gern unsern Standpunkt kennenlernen.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1909.

Anläßlich des amerikanischen Vorschlages sagte mir der Minister, er halte es für zeitgemäß, daß Rußland und Japan, die im Jahre 1907 den ersten Schritt einer Annäherung gemacht haben, sich nun zum zweiten Schritt entschließen. Als Grundlage der weiteren Entwicklung der politischen Beziehungen sollten die gemeinsamen Interessen in der Mandschurei dienen.

Er gibt sich noch nicht Rechenschaft, welche Form ein derartiges Übereinkommen annehmen und welche konkreten Fragen darin behandelt werden sollen, hält es aber für dringend notwendig, in einen sofortigen Meinungsaustausch einzutreten. Komura fragte mich, ob ich diesbezügliche Instruktionen erhalten habe. Ich erwiderte, daß ich zwar keinerlei Instruktionen besitze, jedoch an Ihrer Zustimmung nicht zweifle.

Telegramm des russischen Botschafters in Washington an den russischen Außenminister vom 15./28. Dezember 1909.

Das in dem Ihnen übergebenen Memorandum enthaltene Projekt ist, wie mir Knox mitteilt, Deutschland und England zugestellt worden, deren prinzipielle Zustimmung erfolgt ist. Man ist noch ohne Nachricht über den japanischen Standpunkt. Das Projekt von Knox bezweckt, wie er mir mitteilte, die Mandschurei unter der Kontrolle der Großmächte zu neutralisieren, die Rechte Chinas in diesem Lande sicherzustellen und einen Puffer zwischen Rußland und Japan zu errichten, wodurch der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen diesen beiden Staaten vorgebeugt würde.

Die Haltung Japans in dieser Frage wird meiner Ansicht nach beweisen, ob die Pläne dieses Landes auf die Mandschurei oder auf das ussurische Gebiet zielen. Daß solche Absichten bestehen, beweist meiner Ansicht nach die beständige Entwicklung der Landstreitkräfte, wenn man nicht annehmen will, daß Japan wirklich ausschließlich defensive Zwecke verfolgt, um in der Lage zu sein, seine Eroberungen in Korea gegen alle Zufälligkeiten verteidigen zu können.

Brief des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910.

Ich habe soeben eine zweistündige Unterredung mit Motono gehabt. Wir sprachen natürlich über das berüchtigte amerikanische Projekt. Komura hat dem Botschafter die zwischen beiden Staaten stattfindenden Verhandlungen hinsichtlich dieses Projektes mitgeteilt. Motono ist äußerst zufrieden, daß unsere beiden Regierungen in dieser Frage gemeinsam vorgehen. Er hält es

für beachtenswert, daß das Projekt der japanischen Antwort uns zuerst mitgeteilt worden ist und daß Sie ein ähnliches Versprechen hinsichtlich der den Amerikanern zu erteilenden russischen Antwort gemacht haben. In diesem gegenseitigen Zutrauen erblickt der Botschafter nicht nur ein Anzeichen gegenseitigen Vertrauens, sondern auch eine beständig fortschreitende Gemeinsamkeit der Politik in der Mandschurei.

Was die Vervollständigung des Abkommens vom Jahre 1907 anbelangt, so erblickt der Botschafter in dem amerikanischen Vorschlage einen deutlichen Beweis, daß die Notwendigkeit vorliegt, eine Annäherung zwischen Rußland und Japan in der mandschurischen Frage herbeizuführen.

Auf meinen Hinweis, wie schwer es sein würde, eine Formel für diese Annäherung zu finden, wies der Botschafter darauf hin, daß die Verträge mit China hinsichtlich der ostchinesischen und südmandschurischen Eisenbahnen zeitlich begrenzt seien. „Hat die russische Regierung wirklich die Absicht, ihre Linie China zurückzugeben, wenn der für den Rückkauf festgesetzte Zeitpunkt eintritt?", fragte der Botschafter. Ich habe natürlich eine ausweichende Antwort gegeben und nur darauf hingewiesen, daß dieser Zeitpunkt erst 36 Jahre nach Beginn der Exploitation der Eisenbahnlinie eintritt und daß es daher schwer sei, so fernliegende Ereignisse vorauszusehen. Die Bemerkung des Botschafters führt mich jedoch auf die Vermutung, daß man in Japan weitergehende Absichten hegt, als ich zuerst annehmen zu können glaubte. Ich glaube nicht, daß der sonst so vorsichtige Vertreter Japans in Petersburg diese schwierige Frage angeregt hätte, wenn er hierzu nicht besonders beauftragt worden wäre. Sollte die japanische Regierung sich entschließen, diese Frage in den bevorstehenden Verhandlungen zu berühren, so würde dies deutlich beweisen, wie sehr Japan an der Erhaltung des status quo in der Mandschurei und an unserer Unterstützung interessiert ist.

Zu dem Gedanken eines neuen politischen Abkommens mit uns zurückkehrend, betonte Motono den Umstand, daß das Abkommen des Jahres 1907 ausschließlich negativen Charakter hat, während der neue Vertrag positive Seiten enthalten müsse. Es liegt ihm offenbar daran, solange er noch in Japan ist, d. h. bis

Mitte Februar, den allgemeinen Umriß der bevorstehenden Verhandlungen festzusetzen. Ich wäre Ihnen daher für möglichst baldige Instruktionen dankbar.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910. — Nr. 2291.

Sub Nr. 2 erhalten Sie einen kurzen Auszug aus der Antwort, die wir der amerikanischen Regierung auf das Neutralisierungsprojekt der mandschurischen Eisenbahn zu geben beabsichtigen. Ich bitte Sie, den Inhalt dieser Antwort Grey vertraulich mitzuteilen und hinzuzufügen, daß wir in dieser Frage im Einvernehmen mit Japan handeln.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910. — Nr. 2291.

Nr. 2. In unserer Antwort auf den amerikanischen Vorschlag stellen wir fest, daß unserer Ansicht nach die Lage in der Mandschurei nichts enthält, was Chinas Integrität und das Prinzip der offenen Tür in Frage stellen könne, und wir weigern uns, dem amerikanischen Projekt der Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahnen zuzustimmen. Wir begründen diesen Standpunkt einerseits mit nachteiligen Folgen für die Eisenbahngesellschaft und die zahlreichen privaten Interessen, und andererseits weisen wir auf die Rolle hin, die die in Frage kommende Linie für unsere ostasiatischen Verbindungslinien spielt, so daß eine jede Änderung der Lage in jenen Gebieten von uns kaum zugelassen werden könnte. Indem wir uns im Prinzip bereit erklären, das Projekt einer Eisenbahnlinie Chinchow—Aigun zu erörtern, bitten wir um weitere Mitteilungen von Einzelheiten. Was die Möglichkeit des Baues von anderen Eisenbahnlinien in der Mandschurei durch das internationale Syndikat der Bahn Chinchow—Aigun anbetrifft, so behalten wir uns vor, in das Studium dieser Frage vom Standpunkte unserer Interessen aus einzutreten.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910.

Beiliegend erhalten Sie ein Resumé der Verhandlungen über den amerikanischen Vorschlag.

Sowie der neue amerikanische Botschafter Rockhill auf seinen neuen Posten in Petersburg angelangt war, begann er uns auf einen ziemlich unbestimmten Plan eines gemeinsamen Vorgehens im fernen Osten vorzubereiten. In einzelnen Unterredungen wies der Botschafter bald auf die japanisch-chinesischen Abmachungen, bald auf die Mißverständnisse hinsichtlich der Administration der enteigneten Zone der mandschurischen Eisenbahnen hin und versuchte uns von der Notwendigkeit zu überzeugen, Rußland und Amerika müßten in mandschurischen Fragen gemeinsam handeln und das Prinzip der offenen Tür und der chinesischen Unabhängigkeit zu wahren suchen. Gleichzeitig machte sich in Japan der Wunsch bemerkbar — obwohl gerade in jener Zeit in der Presse immer wieder Gerüchte über aggressive Absichten Japans Rußland gegenüber auftraten —, mit uns eine Einigung in mandschurischen Fragen zu erzielen. Hinsichtlich der Abmachungen mit China versuchte der japanische Botschafter zu beweisen, daß das wahre Objekt der japanischen Politik nicht Rußland, sondern China sei; indem er auf die Schwierigkeiten hinwies, die unsere Politik in der Mandschurei zu überwinden habe, suchte er darzulegen, daß in den Augen der ganzen Welt die Übereinstimmung der russischen und japanischen Interessen in China bewiesen werden müßte. Gleicherweise hat die Reise des Prinzen Ito den Zweck verfolgt, eine ganze Reihe von zwischen Rußland und Japan schwebenden Fragen ökonomischer Natur einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Was China anbelangt, welches natürlich seine Souveränitätsrechte in der Mandschurei schützen wollte, so machte sich in Peking das Bestreben bemerkbar, die anderen Mächte, die an der Handelsfreiheit in der Mandschurei interessiert sind, Rußland und Japan entgegenzustellen.

Alles dies wies deutlich darauf hin, daß wir an einem Wendepunkt der ostasiatischen Politik angekommen sind und daß der bestehende status quo den Interessen von drei Mächten, nämlich Amerika, Japan und China, nicht mehr entspricht.

In der Tat, würde das amerikanische Projekt verwirklicht, so wäre damit die ganze politische Lage der Mandschurei einer durchgreifenden Veränderung unterzogen worden.

Rockhill hat zuerst in persönlichen Gesprächen und dann im Auftrage seiner Regierung einen Plan entwickelt, den er als „kommerzielle Neutralisierung" der Mandschurei bezeichnet hat. Auf Grund dieses Planes sollten alle Eisenbahnen in der Mandschurei, sowohl die bestehenden als die in Aussicht genommenen, China gehören und gleichzeitig von den Mächten garantiert werden, die gleichzeitig China eine Anleihe gewähren würden, um schon bestehende Linien aufzukaufen und neue zu bauen. Da unser Standpunkt dem Japans analog ist und eine Ablehnung oder Annahme des amerikanischen Projektes unsere Beziehungen zu Japan beeinflussen müßte, so ergab sich von selbst die Notwendigkeit, uns mit letzterem in ein Einvernehmen zu setzen. Der Kaiser hat dem Außenminister diesbezügliche Instruktionen gegeben, und die ganze Frage ist von einem besonderen Ministerrate geprüft worden. Hierauf haben wir uns mit dem Kabinett von Tokio ins Einvernehmen gesetzt und dem amerikanischen Botschafter nur mitgeteilt, daß der amerikanische Vorschlag in allen Einzelheiten erwogen werden würde.

Unsere Eröffnungen sind in Tokio sehr gut aufgenommen worden. Komura hat es für möglich gefunden, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Japan in keinem Falle zugeben wird, daß die südmandschurische Eisenbahn in fremde Hände übergeht. Im Laufe der Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß aus irgendwelchen Gründen uns ein nicht vollständiger Text des amerikanischen Vorschlages übergeben worden ist, da in den in Tokio übergebenen Vorschlägen darauf hingewiesen wird, daß die Mächte, die die kommerzielle Neutralität schützen wollen, der amerikanisch-englisch-chinesischen Abmachung beitreten könnten, wenn das amerikanische Projekt nicht in seinem ganzen Umfange durchgeführt werden kann. Später haben auch wir von Rockhill den vollständigen Text erhalten. Außer Rußland und Japan ist ein derartiger Vorschlag auch England, Frankreich und Deutschland gemacht worden.

Wie es scheint, ist die chinesische Zustimmung zum Bau der Linie Chinchow—Aigun noch nicht endgültig, da die Bestätigung

der Pekinger Regierung noch nicht erfolgt ist. Im großen und ganzen ist jedoch das amerikanische Projekt in China sehr beifällig aufgenommen worden; es besteht sogar die Annahme, daß es von Amerika und China gemeinsam ausgearbeitet worden ist. Was die übrigen Mächte anbelangt, so hält Frankreich den amerikanischen Vorschlag für undurchführbar. Amerikanischen Nachrichten zufolge hat Deutschland im Prinzip seine Zustimmung erklärt, ebenso England, doch unterstützt es bis jetzt das amerikanische Projekt in keiner Weise. Auf unsern Hinweis, daß die Teilnahme Englands unserm Abkommen vom Jahre 1899 widersprechen würde, hat das Londoner Kabinett geantwortet, daß wir in formeller Hinsicht recht haben, daß aber andererseits es sich nicht um die Konzession einer Eisenbahnlinie, sondern um die Finanzierung eines chinesischen Unternehmens handelt, und daß die russische Regierung einen ähnlichen Standpunkt eingenommen hat, als sie sich um die Beteiligung der russisch-chinesischen Bank an der Erbauung der Bahnlinie Hankow—Setchuan bemühte.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 23. Februar/8. März 1910.

Komura sagte mir, er teile unsere Ansicht über den Zweck des in Aussicht genommenen politischen Übereinkommens zwischen Rußland und Japan. Die Grundlage müßte die Erhaltung des status quo in der Mandschurei und die endgültige Abgrenzung der speziellen russischen und japanischen Interessen und deren Schutz vor jeglichen Eingriffen einer dritten Macht bilden. Er ist bereit, in die Beratung der Einzelheiten einzutreten. Er fragt an, ob die russische Regierung mich beauftragt hat, die betreffenden Verhandlungen zu führen. Ich erwiderte, ich hätte Vollmachten, mich mit ihm über die allgemeinen Grundlagen des in Aussicht genommenen Übereinkommens zu verständigen.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 24. April/7. Mai 1910.

Die hiesigen Zeitungen verbreiten die Nachricht, daß die

Unterzeichnung des russisch-japanischen Vertrages bereits erfolgt sei oder in diesen Tagen erfolgen wird. Da Komura befürchtet, daß ein vorzeitiges Bekanntwerden unserer Absichten schädlich sein könne, wird er morgen in den Zeitungen ein offizielles Dementi veröffentlichen lassen. Gleichzeitig bittet er mich, Ihnen mitzuteilen, daß er eine mögliche Beschleunigung unserer Verhandlungen für wünschenswert hält.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 29. April/12. Mai 1910.

China ist durch die Nachricht vom Abschluß eines russisch-japanischen Übereinkommens stark beunruhigt. Wenn möglich, bitte ich Sie, mir Einzelheiten mitzuteilen, um auf etwaige an mich gestellte Fragen antworten zu können.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Juni 1910. — Nr. 760.

Zwischen den Kabinetten von Petersburg und Tokio finden schon seit längerer Zeit Verhandlungen statt, um ihre gemeinsamen Interessen in der Mandschurei genau festzustellen und in Übereinstimmung zu bringen, wodurch der Friede im fernen Osten eine weitere Sicherung erfahren würde.

Eine dreijährige Erfahrung hat die Zweckmäßigkeit des russisch-japanischen Vertrages vom 17./30. Juli 1907 bewiesen, und die beiden Regierungen haben jetzt einmütig anerkannt, daß das obengenannte Ziel am besten durch eine weitere Entwicklung dieses Abkommens erreicht werden kann.

Heute ist zwischen beiden Kabinetten ein völliges Einvernehmen erzielt worden, und sie stehen im Begriff, ein öffentliches und ein geheimes Abkommen zu unterzeichnen. Das erstere stellt zwischen Rußland und Japan eine engere gemeinsame Handlungsweise hinsichtlich der mandschurischen Eisenbahnen dar und bestätigt von neuem den festen Willen der beiden Regierungen, den status quo in diesen Gegenden aufrechtzuerhalten. In dem geheimen Abkommen werden die beiden Interessensphären genauer bestimmt, ebenso die Beschränkungen, die sie sich auferlegen, um ihre gegenseitigen Beziehungen zu befestigen und

die ihnen in der Mandschurei zukommende Stellung vor allen Eingriffen anderer Mächte zu bewahren.

Die russische Regierung ist überzeugt, daß die beiden Abkommen, die ausschließlich den Zweck verfolgen, die friedlichen Beziehungen zu Japan sicherzustellen, nichts enthalten, was den englischen Interessen schaden könnte. In Anbetracht der herzlichen Beziehungen, die zwischen Rußland und England bestehen, bitte ich Sie, obiges zur Kenntnis Sir Edward Greys zu bringen und ihm vertraulich die beiden Projekte mitzuteilen, indem Sie gleichzeitig die Hoffnung ausdrücken, daß er in diesen beiden diplomatischen Dokumenten eine neue Garantie des Friedens und der Ruhe im fernen Osten erblicken wird.

Projekt eines öffentlichen Abkommens zwischen Rußland und Japan.

Die russische und die japanische Regierung, den im Abkommen vom 17./30. Juli 1907 festgestellten Grundsätzen treu bleibend und eine weitere Entwicklung dieses Abkommens zur Erhaltung des Friedens im fernen Osten wünschend, haben beschlossen, obengenanntes Abkommen durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:

Artikel 1. Zur Erleichterung des Verkehrs und zur Entwicklung des internationalen Handels verpflichten sich beide Seiten, sich gegenseitig bei der Verbesserung ihrer Eisenbahnverbindungen in der Mandschurei zu unterstützen und sich jeder Konkurrenz, die dem in Aussicht genommenen Ziele schaden könnte, zu enthalten.

Artikel 2. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich zur Erhaltung und Beobachtung des status quo in der Mandschurei, so wie er sich aus allen Traktaten, Konventionen und anderen Abkommen ergibt, die bis jetzt zwischen Rußland und Japan, oder zwischen diesen Staaten und China, abgeschlossen worden sind. Die Abschriften der diesbezüglichen Verträge sind zwischen Rußland und Japan ausgewechselt worden.

Artikel 3. Wenn der oben bezeichnete status quo in irgendeiner Weise bedroht wäre, werden die beiden vertragschließenden Parteien in einen Meinungsaustausch eintreten, um sich über die Mittel zu verständigen, die zur Erhaltung des status quo zu ergreifen wären.

Projekt eines Geheimvertrages zwischen Rußland und Japan.

Um die Bestimmungen des geheimen Abkommens vom 17./30. Juli 1907 zu bestätigen und weiter zu entwickeln, haben die russische und japanische Regierung sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1. Rußland und Japan erkennen als Grenze ihrer speziellen Interessensphären in der Mandschurei die Demarkationslinie an, die im Zusatzartikel des geheimen Abkommens vom Jahre 1907 festgelegt worden ist.

Artikel 2. Die beiden vertragschließenden Parteien verpflichten sich gegenseitig, ihre speziellen Interessen in den oben angeführten Gebieten anzuerkennen. Jede von ihnen kann also, eine jede in ihrer Interessensphäre, diejenigen Maßnahmen ergreifen, die für die Wahrung und Verteidigung dieser Interessen nötig werden sollten.

Artikel 3. Jede Seite verpflichtet sich, die Bestätigung und weitere Entwicklung der speziellen Interessen der andern Seite in den Grenzen der genannten Interessensphären in keiner Weise zu hindern.

Artikel 4. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, sich aller politischen Handlungen in der Interessensphäre der anderen Partei in der Mandschurei zu enthalten. Es wird außerdem bestimmt, daß Rußland in der japanischen Zone — und Japan in der russischen Zone — keinerlei Privilegien oder Konzessionen erstreben wird, welche den gegenseitigen speziellen Interessen schaden könnten, und daß die beiden Regierungen die in ihren Interessensphären erworbenen Rechte, wie sie in Artikel 2 des öffentlichen Vertrages vom heutigen Datum dargelegt worden sind, beachten werden.

Artikel 5. Um die Wirkung der gegenseitigen Verpflichtungen sicherzustellen, werden beide Parteien jederzeit in einen offenen und freundschaftlichen Meinungsaustausch über alles, was ihre speziellen Interessen in der Mandschurei betrifft, eintreten.

Im Falle der Bedrohung dieser speziellen Interessen werden sich die beiden Regierungen über die Maßnahmen verständigen, die im Hinblick auf eine gemeinsame Handlungsweise oder eine gegenseitige Unterstützung zum Schutze dieser Interessen nötig werden sollten.

Artikel 6. Das vorliegende Abkommen wird von beiden Regierungen streng geheimgehalten werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Juni 1910 — Nr. 889.

Mit einem besonderen Kurier erhalten Sie Instruktionen über eine Sir Edward Grey zu machende Erklärung, die ein politisches Abkommen betrifft, welches wir soeben mit Japan abzuschließen im Begriffe stehen. Ich bitte Sie, diesen Schritt, wenn möglich, nicht später als Mittwoch zu tun und mich sofort telegraphisch zu verständigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Juni 1910. — Nr. 157.

Ihren Brief Nr. 760 erhalten. Ich bitte, mich zu benachrichtigen, ob die japanische Regierung von unserer Mitteilung in London Kenntnis hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Juni 1910 — Nr. 160.

Ihren Brief Nr. 760 erhalten. Ich habe soeben die mir erteilten Instruktionen ausgeführt. Grey ist von dem Schritte der russischen Regierung sehr befriedigt und bittet mich, Ihnen seinen besten Dank zu übermitteln. Er habe stets mit Genugtuung die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Rußland und Japan im Laufe der letzten drei Jahre verfolgt und sei von der Bestätigung seiner Beobachtung, die ich ihm gebracht habe, außerordentlich befriedigt. Das politische Interesse Englands im fernen Osten bestehe in der Erhaltung des Friedens, wie seine Handelsinteressen auf dem Grundsatze der offenen Tür begründet seien. Grey hat mich gebeten, seinen Erklärungen den herzlichsten und freundschaftlichsten Ausdruck zu verleihen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 16./29. Juni 1910 — Nr. 911.

Ihr Telegramm Nr. 157 erhalten. Die Mitteilungen an die

englische und französische Regierung ergehen im Einverständnis mit dem Kabinett von Tokio, und Ihr japanischer Kollege wird dieselben Instruktionen wie Sie erhalten haben.

Auszug aus dem Bericht des russischen Geschäftsträgers in Peking vom 1./14. Juli 1910 an den russischen Außenminister.

. . . . . Das einzige friedliche Mittel, um auf China einen Druck auszuüben, ist augenblicklich die Errichtung eines zweiten Geleises unserer sibirischen Bahn. Nur diese Maßregel fürchten die Chinesen, da sie deren Folgen voraussehen und dadurch unsere allgemeinen Beziehungen zu dem chinesischen Reich bestimmt werden können. Alle anderen ähnlichen Maßregeln, welche bereits in Anbetracht der wenig freundschaftlichen Haltung der chinesischen Regierung uns gegenüber ins Auge gefaßt worden sind, wie z. B. ein Ausfuhrverbot für Getreide, haben entweder keine entscheidende Bedeutung oder sie sind für uns selbst im Hinblick auf unsere Handelsbeziehungen zu China schädlich und gefährlich.

Wenn man kriegerische Maßnahmen, soweit man sie vorbereitet und mit Vorbedacht anwendet, nicht bloß als ein Mittel, sondern als das Ziel der Politik betrachtet, so braucht man eine diplomatische Aktion nur insofern in Rechnung zu stellen, als diese diplomatische Einwirkung den Charakter einer direkten Drohung annimmt. Dies letztere Mittel kann sich jetzt, da wir dank Ihren Bemühungen ein enges Einvernehmen mit Japan erzielt haben, auf eine außerordentlich große moralische Wirkung stützen; es fragt sich nur, wie soll man dieses Mittel am besten ausnutzen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Chinesen von einer diplomatischen Aktion so nachhaltig beeinflußt werden könnten, daß sie auf einmal, restlos und für lange, Nachgiebigkeit an den Tag legen. In der Praxis also wird man in jeder einzelnen Frage Druck ausüben müssen. Es ist möglich, daß man auf diese Weise Zugeständnisse von seiten Chinas erreichen könnte, aber jedesmal, wenn die chinesische Regierung unsere Forderungen als allzu schwer oder als ihre Rechte verletzend empfinden sollte, wird sie versuchen, uns möglichst lange Widerstand zu leisten. . . . . Es ist für uns um so wichtiger, die chinesischen Fragen

in richtiger Perspektive zu sehen, als wir, wenn man das System von Kompromissen zwischen uns und China zuläßt, den Charakter unserer Politik in China ändern und immer mehr ökonomische, und nicht territoriale Erwerbungen ins Auge fassen müßten. Diese letzteren haben bis jetzt direkt oder indirekt im Vordergrund unserer Bestrebungen gestanden. Wenn wir ökonomisch genügend stark sind, so ist es einfacher, alle unsere Anstrengungen auf den Abschluß eines Handelsvertrages zu richten. Wenn wir aber, wie ich fürchte, auf diese Weise nur den Ausländern nützen werden und für uns selbst aus dem Erreichten keinen Nutzen ziehen können (so z. B. haben wir in den letzten 30 Jahren im Grunde genommen keinen Nutzen aus den außerordentlichen Vorteilen des Handelsvertrages von 1881 ziehen können), so besteht meiner Ansicht nach kein Grund, die Grundlinie unserer bisherigen Politik, die der territorialen Erwerbungen, zu verlassen. Wir müßten nur unsere Absichten genau umschreiben und bestimmen, was für uns am vorteilhaftesten und am leichtesten zu erreichen ist. Vielleicht werden uns die vorauszusehenden Konflikte und die Erlöschung des Handelsvertrages des Jahres 1881 die Möglichkeit geben, das Gebiet von Ili, das wir im Jahre 1881 abgetreten haben, wieder in unseren Besitz zu bringen.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Finanzminister vom 6./19. November 1910.

Aus den Telegrammen unserer Auslandsvertreter sind Sie über die Frage einer chinesischen Anleihe unterrichtet. Wir haben am 3. November d. J. eine Anfrage des hiesigen amerikanischen Botschafters erhalten. Herr Rockhill hat sich jedoch darauf beschränkt, uns mitzuteilen, daß die chinesische Regierung beabsichtigt, eine Anleihe von 50 Millionen Dollar in Amerika aufzunehmen und diese Summe für eine Reform des Geldumlaufs in China und die kommerzielle Entwicklung der Mandschurei zu benutzen; er hat dabei weder von irgendwelchen Garantien, noch von der Anstellung eines Amerikaners im chinesischen Finanzministerium gesprochen. Späterhin hat er mir jedoch mitgeteilt, daß die amerikanischen Bankhäuser auf reale Garantien von seiten Chinas und auf der Anstellung eines Ame-

rikaners bestehen. Der Botschafter versicherte mir, seine Regierung würde es gern sehen, wenn sich russisches Kapital an der Anleihe beteiligen würde.

Aus allem diesem geht hervor, daß die amerikanische Regierung ausländisches, nicht amerikanisches Geld benutzen will, um einen doppelten Gewinn zu erzielen: erstens eine Provision für die amerikanischen Banken und zweitens die Anstellung eines Amerikaners, welcher wahrscheinlich versuchen wird, nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen politischen Einfluß auszuüben.

Zu derselben Folgerung ist auch der hiesige japanische Botschafter gekommen, der mir offen seine Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Frage des Eindringens fremden Kapitals in China mitgeteilt hat. Als persönliche Ansicht sprach Motono den Gedanken aus, Rußland und Japan könnten eine Anleihe gemeinsam garantieren. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es unwahrscheinlich sei, daß die chinesische Regierung, die schon jetzt den russischen und japanischen Einfluß in allen chinesischen Angelegenheiten lästig empfinde, sich dazu bereit erklären werde, ihre Abhängigkeit von Rußland und Japan noch zu verstärken. Ich wies darauf hin, daß, wenn die Amerikaner sich auf die im chinesisch-amerikanischen Vertrage des Jahres 1903 enthaltene Verpflichtung Chinas berufen, die Reform des Geldumlaufes in Angriff zu nehmen, eine ähnliche Verpflichtung auch in den Verträgen Englands und Japans mit China der Jahre 1902 und 1903 bestände. Diese beiden Regierungen haben folglich das volle Recht, einen Anteil an der Kontrolle über das Geldwesen in China zu verlangen. Dieses Verlangen Japans, namentlich wenn England folgen würde, wird die Chinesen und die Amerikaner veranlassen, darauf zu verzichten, die chinesischen Finanzen einer amerikanischen Kontrolle zu unterstellen. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, so würde die Anwesenheit eines japanischen und englischen Finanzrates den ausschließlichen politischen Einfluß lähmen, den die Amerikaner jetzt in China augenscheinlich erstreben.

Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1910.

Der hiesige französische Botschafter hat mir gesagt, daß in einer Unterredung mit Knox letzterer in seiner Erregung zugegeben hätte, daß die Summe von 50 Millionen Dollar an und für sich zu gering für die Reform des Geldwesens und anderer administrativer Maßnahmen in China sei, und daß die Amerikaner in Wirklichkeit diese Summe zu Eisenbahnbauten und zum Eindringen in die Mandschurei benutzen wollen. Knox beabsichtigt, hauptsächlich Rußland und Japan und deren Verbündeten, Frankreich und England, in der Mandschurei Widerstand zu leisten.

Die französische Regierung hält es nicht für möglich, ein Unternehmen finanziell zu unterstützen, welches gegen Rußland gerichtet ist. Cambon hat dies auch Sir A. Nicolson gegenüber geäußert und ihn gefragt, ob die englische Regierung es nicht für möglich halten werde, den gegen Rußland und Japan gerichteten amerikanischen Bestrebungen keinen Vorschub zu leisten. Sir A. Nicolson entgegnete, daß Grey wahrscheinlich einverstanden sein würde, in Washington anzufragen, ob die in Aussicht genommene Anleihe wirklich für die Reform des Geldwesens in China bestimmt sei; im entgegengesetzten Falle würde England sich an der Anleihe kaum beteiligen. Auf alle Fälle hält er ausschließlich amerikanische Verhandlungen mit der chinesischen Regierung für unzweckmäßig.

Soweit Cambon unterrichtet ist, verfolgen die Amerikaner politische Ziele — sie wollen die Vermittlerrolle zwischen China und den europäischen Mächten übernehmen, da sie beabsichtigen, den ihnen zukommenden vierten Teil der Anleihe nicht in Amerika unterzubringen, sondern zwischen England, Frankreich und Deutschland zu verteilen.

Cambon neigt zu der Ansicht hin, daß die amerikanische Regierung aus Mißvergnügen über das Fehlschlagen ihrer vorjährigen Pläne nun neue Verwicklungen in China hervorzurufen und gleichzeitig ihre großmütige Haltung diesem Lande gegenüber zu beweisen sucht.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1910. — Nr. 1369.

Sie erhalten eine Abschrift des sehr vertraulichen Berichtes unseres Gesandten in Peking Nr. 104, in dem der Plan eines auf China auszuübenden Druckes entwickelt ist, um China die Verpflichtung aufzuerlegen, den status quo in der Mongolei nicht zu ändern und dort keine militärischen Maßnahmen zu treffen.

Die ganze Frage ist eine sehr verwickelte, und die Lösung derselben in der einen oder andern Richtung wird den Kern unserer Beziehungen zu China berühren. Ebenso wichtig ist dieses Projekt aber auch in internationaler Hinsicht: seine Ausführung hängt, wie schon der Gesandte bemerkt, von einem vorherigen Einverständnis mit den andern Mächten, hauptsächlich mit England und Japan ab.

Ehe wir die Frage in ihrem ganzen Umfang erörtern, möchte ich wissen, wie weit wir auf die Unterstützung oder wenigstens auf die Zustimmung der beiden genannten Mächte rechnen können. Ich bitte Sie daher, ohne der englischen Regierung etwas von unserem Plane mitzuteilen, mir Ihre Beobachtungen über die allgemeine Entwicklung der englischen Politik in ostasiatischen Fragen mitteilen zu wollen: Können wir überhaupt und unter welchen Bedingungen auf englische Unterstützung rechnen, wenn der von unserem Gesandten in Vorschlag gebrachte Plan wirklich zur Ausführung kommen sollte?

Was die Bemerkung unseres Gesandten anbelangt, die Verpflichtung, keine wissenschaftlichen Expeditionen nach Tibet zuzulassen, aufzuheben und dies zum Ausgangspunkt unserer Verhandlungen mit dem Londoner Kabinett zu machen, so teile ich mit, daß die russische Regierung keine Einwendungen erhebt. Doch bitte ich Sie mir mitzuteilen, ob wir nicht doch mit der Erteilung unserer Zustimmung zu dem englischen Vorschlage warten sollten, bis wir den Standpunkt Englands in der von mir angeregten Angelegenheit kennengelernt haben.

Protokoll einer besonderen Ministerratssitzung in Petersburg vom 19. November/2. Dezember 1910.

Der Außenminister berichtet, daß die Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages mit China wahrscheinlich große Schwierigkeiten hervorrufen werden, da die chinesische Regierung die Absicht an den Tag legt, neben rein kommerziellen auch eine ganze Reihe politischer Fragen aufzuwerfen. Dies hat das Außenministerium veranlaßt, die rein politischen Fragen auszuschalten und sie zum Gegenstand besonderer, dem eigentlichen Handelsvertrag vorhergehender Besprechungen zu machen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer möglichst raschen Lösung der politischen Fragen; es wird hierbei nötig sein, die Forderungen an China in ein Ultimatum zu kleiden, was seinerseits die Notwendigkeit hervorrufen wird, die russischen Forderungen mit Waffengewalt zu unterstützen. Der Außenminister wünscht die Meinung des Ministerrates zu kennen, ob ein solches Programm in militärischer und finanzieller Hinsicht gebilligt wird und ob die zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen militärischen Maßnahmen an der chinesischen Grenze die Zustimmung der Regierung finden.

Der Ministerpräsident weist auf den Unterschied hin, der zwischen dem Standpunkt des Kriegsministeriums und dem Außenministerium besteht; während letzteres von der Wahrung nur unserer vertraglichen Rechte spricht, weist der Kriegsminister aus strategischen Gründen auf die Notwendigkeit einer Annexion der Nord-Mandschurei durch Rußland hin. Sollte der Standpunkt des Kriegsministers angenommen werden, so muß man ohne weiteren Zeitverlust alle vorbereitenden Maßregeln zur Annexion dieses Landes treffen. Vom allgemeinen Standpunkt aus findet eine solche Handlungsweise nicht die Zustimmung des Ministerpräsidenten; wenn jedoch der Kriegsminister recht hat, daß wir Gefahr laufen, falls wir den jetzigen günstigen Zeitpunkt nicht benutzen, zuerst aus der Mandschurei und dann auch aus dem Ussurigebiet verdrängt zu werden, so muß uns diese Erwägung veranlassen, alle Maßregeln zur Annexion der nördlichen Mandschurei zu treffen, da der Besitz dieses Gebietes uns zur Verteidigung unserer ostasiatischen Besitzungen unumgänglich notwendig ist.

Der Kriegsminister bestätigt, daß nach seinen Informationen die Lage Rußlands in der Mandschurei eine äußerst schwierige sei. Japan trifft offen Maßnahmen zur Besitzergreifung der südlichen Mandschurei. China hat die Reorganisation seiner Streitkräfte in der Mandschurei begonnen, mit der Absicht, unsere Eisenbahnverbindungen in diesem Lande unterbrechen zu können, ehe wir imstande sind, sie durch schnelle Verstärkung unseres längs der ganzen Linie verteilten Grenzkorps zu schützen. Die fortschreitende Kolonisation der Mandschurei durch die Chinesen verfolgt gleicherweise strategische Ziele. Unter diesen Umständen ist die Konzentration unserer Armee nur westlich von den Khinganischen Bergen möglich, von wo unsere Truppen den Kriegsschauplatz nur nach einer sehr schwierigen Überschreitung der Hügelkette erreichen können. Der Kriegsminister ist der Ansicht, daß der jetzige Augenblick für uns um so günstiger ist, uns im Einvernehmen mit Japan in den Besitz der Mandschurei zu setzen, als die Japaner offensichtlich die Annexion der südlichen Mandschurei vorbereiten. Auf diese Weise würde der Anwesenheit chinesischer Streitkräfte in der Nähe unserer Eisenbahnverbindungen und auch der chinesischen Kolonisation ein Ende gesetzt werden. Ist die Annexion der nördlichen Mandschurei jetzt unmöglich, so wäre es für uns besser, uns freiwillig aus diesem Gebiete zurückzuziehen, ehe wir durch Gewalt dazu gezwungen werden.

Der Außenminister erklärte, er wäre vollkommen damit einverstanden, daß die Annexion der nördlichen Mandschurei für uns eine Notwendigkeit darstellt, doch hält er den jetzigen Augenblick für ungünstig, da Amerika, England und vielleicht sogar Japan sich unserm Plane widersetzen würden und wir von keiner Seite Unterstützung zu erwarten hätten. Er halte unsere strategische Lage im fernen Osten für nicht gefährlich: ein Angriff Japans sei nicht vorauszusehen, da wir mit diesem Lande soeben ein politisches Abkommen geschlossen haben und Japan andererseits mit der Absorbierung Koreas vollauf beschäftigt sei. Was die chinesischen Streitkräfte anbelangt, so sind sie in der Mandschurei wenigstens noch nicht entwickelt, und finanzielle Erwägungen hindern China an der schnellen Reorganisation seiner Armee. Endlich sind wir von den in Chili konzentrierten chine-

sischen Hauptstreitkräften durch die südliche Mandschurei getrennt: natürlich würden die Japaner den Durchzug der chinesischen Armee durch ihre Interessensphäre nicht zulassen. Viele Jahre werden vergehen, ehe China uns gefährlich werden könnte.

Der Handelsminister wies darauf hin, daß die Annexion der nördlichen Mandschurei mit dem Risiko eines großen Krieges verbunden sei. Zu einem solchen ist jedoch Rußland im gegenwärtigen Augenblick nicht vorbereitet.

Der Finanzminister weist auf die beständige Nervosität in unsern ostasiatischen Grenzgebieten hin. Vor drei Jahren hielt der Generalgouverneur des Amurgebietes einen Krieg mit Japan für unvermeidlich: jetzt befinden wir uns jedoch in durchaus normalen Beziehungen zu diesem Staate. Man muß sich Rechenschaft geben, wer uns im fernen Osten bedrohen kann. Durch den Abschluß des Vertrages vom 21. Juni haben wir unser Zutrauen zur japanischen Politik bezeugt, und wir brauchen in nächster Zeit nicht mit einem Kriege mit diesem Lande zu rechnen. Aus demselben Grund ist auch die Möglichkeit eines gemeinsamen japanisch-chinesischen Angriffs auf uns ausgeschlossen. Bleibt nur China allein, jedoch gegen die unbedeutenden chinesischen Streitkräfte genügen die 29 000 Mann des Grenzkorps, die sich auf die Militärbezirke Irkutsk und Amurgebiet stützen, um die ostchinesische Bahn vor einer plötzlichen Unterbrechung zu schützen. Kokowzew ist um so mehr mit dem Standpunkt des Außenministers einverstanden, als derselbe seiner eigenen Politik während der letzten vier Jahre entspricht. Wir müssen natürlich unsere vertraglichen Rechte in China mit allen Kräften schützen. Wenn nötig, müssen wir zur gewaltsamen Einsetzung unserer Konsuln oder zu anderen derartigen energischen Maßnahmen greifen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß China jedesmal nachgegeben hat, wenn wir im Bewußtsein unseres Rechtes ihm kategorische Forderungen gestellt haben. Eine solche Politik wird stets von der öffentlichen Meinung in Rußland gebilligt werden, und wird auch von seiten der anderen Großmächte keinen offenen Widerspruch hervorrufen. Die Losreißung einer Provinz von China kann durch juristische Erwägungen nicht gerechtfertigt werden. Wir wissen, wie teuer derartige Annexionen zu stehen kommen und zu welchen internationalen Verwicklungen sie führen. Der

Zweck einer solchen Annexion wird in Rußland nicht verstanden werden. Man kann natürlich nicht behaupten, daß die nördliche Mandschurei niemals von Rußland annektiert werden wird: die künftigen politischen Ereignisse können uns hierzu nötigen, wenn gleichzeitig eine günstige politische Konjunktur eintritt. Aber indem wir jetzt alle unsere vertraglichen Rechte in der Mandschurei verteidigen, können wir die soeben erwähnte Möglichkeit am besten vorbereiten. Wir müssen uns nicht aus der Mandschurei zurückziehen, sondern unsere Stellung in diesem Lande zu befestigen suchen, um im gegebenen Augenblick unsere dortigen Aufgaben den Umständen gemäß erfüllen zu können. Indem Kokowzew auf diese Weise für die Annahme des politischen Programms des Außenministers eintritt, ist er jedoch der Ansicht, daß es uns nicht gelingen wird, einen Zollkrieg mit China zu vermeiden, welches bei der Revision des Petersburger Handelsvertrages für uns unannehmbare Forderungen stellen wird, bis wir ihm die Überzeugung beibringen, daß seine Hartnäckigkeit zu keinem Resultat führen kann.

Der Handelsminister berichtet über die vorbereitenden Arbeiten der ihm unterstellten Kommission zur Revision des Handelsvertrages. Diese Kommission hält einen Zollkrieg wenn nicht für wahrscheinlich, so doch für möglich. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, alle politischen Fragen abzusondern und auf einer schnellen Erledigung derselben zu bestehen.

Unter Berücksichtigung aller dieser Erwägungen nimmt der Ministerrat den Vorschlag des Außenministers an. Was die nördliche Mandschurei anbelangt, so hält der Ministerrat eine Annexion im jetzigen Zeitpunkt für gefährlich, ist jedoch der Ansicht, daß der Gang der Ereignisse uns zu einer solchen zwingen kann. Alle Ministerien müssen daher von der Erwägung ausgehen, daß unsere vertraglichen Rechte in der nördlichen Mandschurei voll gewahrt werden müssen, um gegebenenfalls zur Annexion in einem späteren Zeitpunkte schreiten zu können.

Der Ministerrat billigt die vom Außenminister vorgeschlagenen Maßnahmen, um auf China einen Druck auszuüben. Aber nötigenfalls muß man auch vor Zwangsmaßregeln nicht zurückschrecken. Außerdem wies der Ministerrat darauf hin, daß gegen den Verkauf von billigem Spiritus an den Ufern des Amur vorzugehen

sei, da dieser Handel einen demoralisierenden Einfluß auf die russische Bevölkerung ausübt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Tokio vom 27. November/10. Dezember 1910. — Nr. 1742.

Mit dem nächsten Kurier erhalten Sie Mitteilung über einen besonderen Ministerrat, in dem beschlossen worden ist, unsere vertraglichen Rechte in China zu wahren und zu diesem Zwecke selbst solche Mittel der chinesischen Regierung gegenüber anzuwenden, wie militärische Demonstrationen an der Grenze und gewaltsame Einsetzung unserer Konsuln in denjenigen Gebieten, in denen die Chinesen sie nicht zulassen wollen. Ich habe gestern den japanischen Botschafter benachrichtigt, daß der Augenblick gekommen ist, von Japan die Erfüllung der uns anläßlich der Annexion Koreas gemachten Versprechungen zu verlangen. Der japanische Botschafter hat uns versichert, daß seine Regierung unser Recht, alle uns nötig erscheinenden Maßnahmen zu treffen, anerkennt, und daß uns jegliche Unterstützung zuteil werden wird. Ich bitte Sie, dem Außenminister eine ähnliche mündliche Erklärung abzugeben und mir über das Resultat Ihrer Unterredung telegraphisch zu berichten.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 4./17. Dezember 1910. — Nr. 206.

Ihr Telegramm Nr. 1742 erhalten. Nachdem Komura meine Mitteilung entgegengenommen hatte, erklärte er mir, der japanische Botschafter in Petersburg hätte ihm seine Unterredung mit Ihnen nur in allgemeinen Zügen mitgeteilt, ohne die von ihm gegebene Antwort zu erwähnen. Komuras Standpunkt ist folgender: Nach Abschluß des letzten Vertrages zwischen Rußland und Japan haben sich die chinesische Regierung und die chinesische Nation diesen beiden Staaten gegenüber sehr argwöhnisch gezeigt. Deshalb könnte ein starker von uns auf China ausgeübter Druck eine Schwenkung der Politik Chinas zur Folge haben und dieses Land in die Arme Amerikas und Deutschlands treiben. Gerade die Schwäche Chinas sei gefährlich, und obwohl es zweifelhaft sei, daß Amerika und Deutschland mit China ein

politisches Abkommen schließen werden, so muß man doch voraussehen, daß unser Druck auf China den beiden genannten Mächten die Möglichkeit geben wird, sich materielle Vorteile und eine Vorzugsstellung in Peking zu sichern. Infolgedessen hofft Komura, daß Rußland die Möglichkeit dieser gefährlichen Folgen im Auge behalten wird. Auch Japan hat noch verschiedene Fragen in der Mandschurei zu regeln, aber es bemüht sich, das chinesische Mißtrauen zu zerstreuen und möglichst maßvoll aufzutreten. Da Komura von der Solidarität der russischen und japanischen Interessen im fernen Osten überzeugt ist, so wünscht er unsere Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die jetzige Lage Chinas große Geduld und Vorsicht von unserer Seite nötig macht. Auf meine Frage, ob Rußland auf die Unterstützung Japans in Peking rechnen könne, wie dies der japanische Botschafter in Petersburg in Aussicht gestellt hat, erwiderte Komura, Japan sei prinzipiell bereit, uns in jedem einzelnen Falle zu unterstützen, nachdem wir es mit den Einzelheiten desselben bekannt gemacht haben würden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in China vom 10./23. Dezember 1910. — Nr. 1793.

Die jetzige Lage der Dinge läßt es nicht wünschenswert erscheinen, ein Kompromiß mit China zuzulassen. Ich bitte Sie, dem chinesischen Minister mündlich zu verstehen zu geben, daß die chinesische Antwort uns nicht befriedigen kann und daß wir zu weitergehenden Mitteln greifen müssen. Wir brauchen jedoch die Versuche Chinas, uns wenigstens teilweise entgegenzukommen, nicht direkt zurückzuweisen. Zu Ihrer persönlichen Information teile ich Ihnen mit, daß wir zusammen mit dem Kriegsministerium die Zusammenziehung unserer Truppen in Djarkend und Ussin begonnen haben.

Telegramm des russischen Gesandten in China an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1910. — Nr. 645.

Wenn wir der japanischen Regierung Einzelheiten über strittige Fragen in China mitteilen, so würde dies zur unmittelbaren Einmischung Japans in Fragen führen, die wir bisher

vor jeder fremden Einmischung bewahrt haben. Ich sehe voraus, daß dies unsere Politik in China stark beeinträchtigen würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in China vom 24. Jan. / 6. Februar 1911.

Wenn China unser Ultimatum ablehnt, so beabsichtigen wir eine militärische Demonstration in Ili und sehen von der Besetzung des Gebietes von Uriankhai ab. Die hierzu nötigen Truppenbestände werden erst zum 1. März bereit sein. Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint es nicht wünschenswert, unsere Truppen über die chinesische Grenze in Ili vorrücken zu lassen, da man die Möglichkeit eines Mißerfolges bei der Stadt Suidun in Betracht ziehen muß.

Wir haben deshalb die Absicht, das Ultimatum ohne Bestimmung einer Frist in den ersten Tagen des Februar an China zu richten, das heißt, ehe man die Kündigung des Petersburger Handelstraktates durch China erwarten kann, um nicht den Anschein zu erwecken, daß unser Ultimatum die Antwort auf die chinesische Kündigung ist. Wird das Ultimatum abgelehnt, so werden wir es wiederholen und als Termin seiner Erfüllung den 1. März bezeichnen. Wenn die Chinesen trotzdem den Handelsvertrag kündigen werden, so werden wir uns einer Revision desselben widersetzen, bis China die von uns gestellten Forderungen angenommen haben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 7./20. Februar 1911. — Nr. 43.

Bis jetzt hat die öffentliche Meinung in England unsern Schwierigkeiten in China nur geringe Beachtung geschenkt, und es besteht hier keine Beunruhigung. Abgesehen von dem ersten Artikel in der Times, haben sich die Zeitungen mit dieser Frage nicht weiter befaßt. Ein heute in der Times erschienener Artikel drückt die Erwartung aus, daß die chinesische Antwort, so wie sie vom englischen Korrespondenten nach London telegraphisch mitgeteilt worden ist, der Hoffnung Raum läßt, daß ein friedlicher Ausgleich gefunden werden wird. Grey hat mit mir über diese Frage nicht gesprochen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 8./21. Februar 1911. — Nr. 172.

Unser Gesandter in Peking hat uns die Antwort der chinesischen Regierung auf unser Ultimatum mitgeteilt. Diese Antwort kommt unsern Forderungen entgegen und kann im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, obwohl noch einige Unklarheiten vorhanden sind, die den Gegenstand von weiteren Verhandlungen bilden werden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 19. März/1. April 1911. — Nr. 368.

Der soeben beigelegte scharfe Konflikt zwischen uns und China hat aufs neue die Fragen der Sicherung unserer ostchinesischen Eisenbahn und unserer Lage in der Mandschurei selbst aufgeworfen. Obwohl die Mitteilungen des Generals Khorwat auf die Übertriebenheit der in der Presse geäußerten Befürchtungen hinweisen und den Umstand betonen, daß sich nur schwache chinesische Kräfte in nächster Nähe unserer Eisenbahn befinden, hält das Kriegsministerium es für notwendig, unsere Truppen in der enteigneten Zone zu verstärken und starke Abteilungen in Tsitsikar und Echo zusammenzuziehen.

Unsere Verhandlungen mit der japanischen Regierung berechtigen uns zu der Hoffnung, daß Japan keine Einwendungen gegen die Pläne unseres Kriegsministeriums erheben wird.

Diese Maßregeln werden den Gegenstand einer besonderen Beratung der Minister bilden, und ich bitte Sie, mich telegraphisch von Ihrer Ansicht zu verständigen. Es wäre für uns besonders wünschenswert, genaue Nachrichten über chinesische und vor allem japanische militärische Maßnahmen in der Mandschurei zu erhalten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Tokio vom 16./29. April 1911. — Nr. 518.

Ich habe den hiesigen japanischen Botschafter auf die Befürchtungen hingewiesen, die die Tätigkeit Chinas in der Mandschurei bei uns hervorruft, namentlich die chinesische Kolonisation, die Aufnahme einer Anleihe und die Verstärkung der chinesischen Streitkräfte in dieser Provinz. Unsere militärischen

Kreise sind der Ansicht, daß letztere schon jetzt genügend stark sind, um unsere Eisenbahnverbindungen zu zerstören. Ich fragte den Botschafter, wie sich seine Regierung zu den militärischen Maßnahmen Chinas stellt.

Motono hat mir geantwortet, daß die chinesischen Truppen in der Mandschurei quantitativ und qualitativ keine Gefahr bedeuten. Er hält es für ausgeschlossen, daß die Chinesen uns oder die Japaner angreifen würden. Eine Gefahr sieht er nur von seiten Amerikas voraus, dessen Flotte nach Fertigstellung des Kanals von Panama im Stillen Ozean so stark sein wird, daß die japanische Flotte wohl eine Verteidigung, aber keinen Angriff zu führen imstande sei. Der Botschafter glaubt, daß Rußland und Japan ihre Lage in China endgültig vor dem Eintritt dieses Zeitpunktes regeln müssen. Er ist bereit, als Vermittler zu dienen, um unsere Wünsche der japanischen Regierung gegenüber zu vertreten, ist jedoch der Ansicht, daß die Verhandlungen über die zum Schutze unserer Interessen in der Mandschurei zu treffenden Maßnahmen in Tokio geführt werden müssen. Ich bitte Sie, den Außenminister mit unsern Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der chinesischen Armee bekannt zu machen und die japanische Regierung zu fragen, wie sie sich zu unserm Gedanken eines Abkommens zwischen Rußland, Japan und China stellt, um die Zahl und die Verteilung der chinesischen Truppen im Gebiete der mandschurischen Eisenbahnen genau festzustellen und auf diese Weise die in unserem Abkommen vom 21. Juni 1910 in Aussicht genommene Wahrung des status quo in der Mandschurei weiterzuentwickeln.

Da meine Besprechungen mit dem japanischen Botschafter nur vorbereitenden Charakter hatten, so bitte ich Sie, sich Ihrerseits konkreter Vorschläge zu enthalten. Ich bitte Sie hauptsächlich feststellen zu wollen, welche Ziele die Instruktionen verfolgen, welche dem soeben nach Peking zurückgekehrten japanischen Vertreter gegeben worden sind.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1911.

Ich habe soeben mit Sir A. Nicolson eine sehr vertrauliche Unterredung über die Erneuerung der englisch-japanischen Allianz

gehabt. Ich sagte ihm, daß wir uns über den veränderten Text des Vertrages nicht wundern, da dies augenscheinlich eine Folge des beabsichtigten Schiedsgerichtsvertrages mit den Vereinigten Staaten sei. Was jedoch die Verlängerung des Vertrages selbst anbelange, so könne man in Rußland nicht vergessen, daß der ursprüngliche Allianzvertrag eine Vorsichtsmaßregel gegen einen eventuellen Konflikt zwischen Rußland und England bedeutete, wie mir dies Lord Lansdowne selbst einmal in einem Privatbriefe mitgeteilt hat.

Sir Arthur entgegnete, daß in England niemand an die Möglichkeit einer Rückkehr zu den früheren Beziehungen zwischen Rußland und England glaube und daß solche Erwägungen bei der Erneuerung des Bündnisses mit Japan nicht mitgespielt haben. In Wirklichkeit handele es sich um eine sehr heikle Frage, die speziell die Kolonien, d. h. Australien, betreffe. In Anbetracht des Umstandes, daß die Gesetze in den englischen Kolonien der gelben Rasse wenig Entgegenkommen zeigen, hätte ein Erlöschen des Vertrages zu ernsten Reibungen führen können, die für England wenn nicht eine direkte Kriegsgefahr, so doch eine beständige Unruhe bedeutet hätten.

Der soeben erneuerte Vertrag ist eine Garantie gegen alle möglichen Zufälligkeiten, und in diesem Sinne findet die Erneuerung in England lebhafte Zustimmung. Es ist, sagte er, eine Garantie gegen die schlechte Laune Japans, welche durch die schlechte Behandlung der Japaner, vor allem in Australien, hervorgerufen wird.

Sir Arthur fügte hinzu, auch eine andere Erwägung habe mitgesprochen. Seit Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses habe England seine Seestreitkräfte im fernen Osten bedeutend vermindern und seine Flotte in europäischen Gewässern in demselben Maße verstärken können. Auf diese Weise besitze England eine wichtige Garantie für die Erhaltung des Friedens im fernen Osten und sei in die Lage versetzt worden, seine Seestreitkräfte dort zu stärken, wo man sie gegebenenfalls brauchen werde.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Januar 1912. — Nr. 33.

Der bevorstehende Regierungswechsel in China führt uns zu der Erwägung, daß wir diesen günstigen Augenblick benutzen müssen, um eine ganze Reihe zwischen Rußland und China schwebender Fragen zu erledigen.

Ich habe diesen Gedanken in einem Memorandum niedergelegt und Seiner Majestät unterbreitet. Der Kaiser hat meine Erwägungen zu bestätigen geruht. Ich bringe dies zu Ihrer persönlichen Kenntnis, füge jedoch hinzu, daß die konkreten Entschließungen der russischen Regierung erst dann erfolgen können, wenn wir ein Einvernehmen mit dem Kabinett von Tokio erzielt haben werden.

Memorandum des russischen Außenministers vom 10./23. Januar 1912.

Die Nachrichten aus Peking lassen die bevorstehende Abdankung der herrschenden Dynastie und die Übernahme der Regierung durch Juanshikai voraussehen. Auf diese Weise entsteht die Frage der Anerkennung der neuen Regierung von seiten der übrigen Mächte. Unser Geschäftsträger hat bereits feststellen können, daß die Vertreter der in China am meisten interessierten Staaten es für nötig halten, die Anerkennung der Regierung Juanshikais von der Sicherstellung der Rechte der Ausländer in China abhängig zu machen. Man muß annehmen, daß Juanshikai gezwungen sein wird, in der einen oder andern Weise diesen Wünschen Rechnung zu tragen, da seine Regierung, die nicht in allen Teilen Chinas Zustimmung findet, ausländischer Hilfe in der Form der Gewährung von Anleihen zur Unterdrückung der Unruhen dringend bedarf. Besondere Bedeutung für Juanshikai haben Rußland und Japan, welche als Nachbarstaaten Chinas in diesem Lande größere politische Interessen besitzen als alle anderen Mächte. Rußland und Japan müssen daher den gegenwärtigen günstigen Augenblick dazu benutzen, ihre Stellung in China zu kräftigen und auf diese Weise die chinesische Regierung daran verhindern, sich, wie in den letzten Jahren, den russischen und japanischen politischen Interessen beständig zu widersetzen.

Dieser Widerstand von seiten Chinas hat seinerzeit die russische Regierung auf den Gedanken gebracht, die Stellung Rußlands im fernen Osten durch die Gewalt der Waffen und durch die Annexion einzelner chinesischer Gebiete so weit zu stärken, daß Rußland Verwicklungen in Ostasien nicht weiter zu befürchten braucht, wenn es genötigt wäre, seine Kräfte an andern Punkten anzusetzen. Die Lostrennung und Annexion weiter Gebiete wurde jedoch von uns stets als eine äußerste Maßnahme angesehen. Der jetzige Zeitpunkt erscheint aber geeignet, das gewünschte Resultat auf diplomatischem Wege ohne gewaltsame Annexion chinesischer Gebiete zu erreichen.

Die mandschurische Frage nimmt die erste Stelle ein. Hier mußten wir ganz besonders den Widerstand Chinas befürchten. Wir müssen deshalb jetzt versuchen, uns gegen ein feindliches Vorgehen Chinas in der Mandschurei zu schützen. Da unsere Interessen in der Mandschurei mit denen Japans übereinstimmen und wir mit letzterem in den Jahren 1907 und 1910 politische Verträge abgeschlossen haben, so wird unsere Aufgabe durch ein Zusammengehen mit Japan entschieden erleichtert. Man muß in Betracht ziehen, daß sowohl Juanshikai als auch die revolutionäre Partei in China angedeutet haben, daß sie eventuell unsere Stellung in der Mandschurei anzuerkennen bereit wären.

Zu diesem Zwecke müssen wir uns mit Japan über unsere gegenseitigen Wünsche einigen. Unsererseits müssen wir versuchen, von China die Zusicherung zu erhalten, in folgenden Fragen ein Einvernehmen mit uns herzustellen: 1. Eisenbahnbauten in der Mandschurei und in der benachbarten inneren Mongolei; 2. die Zahl und die Verteilung der chinesischen Streitkräfte in der Mandschurei; 3. die Anerkennung von seiten der chinesischen Regierung, daß der ostchinesischen Eisenbahn das Recht zusteht, nicht nur in rein technischen Eisenbahnfragen selbständig zu handeln, sondern auch die ganze Administration in der enteigneten Zone zu übernehmen.

Diese drei Punkte müssen, genau umschrieben, China vorgelegt werden.

Von diesen drei Punkten kann nur die Eisenbahnfrage die Japaner direkt interessieren: die chinesischen Rüstungen können bei ihnen keine Beunruhigung hervorrufen; auch haben sie keinen

Grund, mit der Lage der Dinge in der enteigneten Zone der südmandschurischen Eisenbahn unzufrieden zu sein. Man muß voraussehen, daß die Japaner die Anerkennung der Regierung Juanshikais mit der für sie sehr wichtigen Frage der Pachtdauer der Halbinsel von Kwantung in Verbindung bringen werden. Sie werden versuchen, einen längeren Termin als 25 Jahre auszubedingen. Eine solche Forderung widerspricht nicht unsern Interessen, und wir hätten keinen Grund, ihr entgegenzutreten.

Eine andere Frage, die wir anläßlich der Anerkennung der neuen chinesischen Regierung zu regeln versuchen müssen, ist die Revision des Petersburger Handelsvertrages. Wenn es uns gelingt, bei Erneuerung desselben seine Grundzüge beizubehalten, die die Basis unserer politischen Tätigkeit im äußern China bilden, so werden wir damit nicht bloß die Sicherung unserer handelspolitischen Interessen erreichen, sondern auch der weiteren Entwicklung der mongolischen Frage im Sinne des Fortbestehens der Mongolei als eines autonomen Bestandteiles des chinesischen Reiches Vorschub leisten. Die endgültige Regelung dieser verwickelten und speziell russische Interessen berührenden Frage muß auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, denn wir müssen hierbei unsere politischen Interessen in Erwägung ziehen, die dem Prinzip der Erhaltung der territorialen Integrität Chinas direkt zuwiderlaufen. Auf diese Weise werden die Chinesen daran verhindert werden, ihre Gewalt über diese Gebiete wiederherzustellen. Wenn wir im Einvernehmen mit Japan vorgehen, so werden wir um so eher auf die Erfüllung unserer Wünsche rechnen können, als es uns gelingen wird, uns der Unterstützung des uns verbündeten Frankreichs zu vergewissern, ebenso wie England seine Unterstützung Japan zuteil werden lassen könnte.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 14./27. Dezember 1911. — Nr. 1331.

Während meiner letzten Anwesenheit in Paris haben die Direktoren der Banque Indo-Chine und des Comptoir National d'Escompte darauf hingewiesen, wie wünschenswert es sei, wenn eine russische und eine japanische Finanzgruppe dem „Vierersyndikat" beitreten würde. Unsere beiden Gruppen könnten

einen gleichen Anteil wie die übrigen erhalten. Sowohl der französische Außenminister als auch die genannten Direktoren erklärten, daß wir auf diese Weise den Haupteinfluß im Syndikat erhalten würden, da die russische Gruppe mit der französischen und japanischen und oft auch mit der englischen solidarisch vorgehen würde.

Ich habe keine endgültige Antwort gegeben und mir vorbehalten, diese Frage mit unserem Finanzminister zu besprechen. Aber schon in meiner Unterredung mit dem französischen Außenminister habe ich ihm gesagt, daß ich keinen Nutzen in unserm Beitritt zum Syndikat fände, da wir vielleicht nur mit der französischen Gruppe vollkommen solidarisch wären, während die Japaner und Engländer oft unabhängig von uns handeln würden und die Deutschen und hauptsächlich die Amerikaner eine uns feindliche Haltung einnehmen könnten. Ich glaube auch, habe es aber dem französischen Minister nicht gesagt, daß die französische Gruppe hauptsächlich bestrebt ist, finanzielle Vorteile zu erzielen, und uns nicht helfen würde, Projekte zu Falle zu bringen, die für uns zwar unangenehm wären, ihnen aber finanzielle Vorteile versprechen würden. Außerdem habe ich dem Minister gegenüber Zweifel geäußert, daß wir und die Amerikaner uns an ein und derselben finanziellen Aktion in China beteiligen könnten, da die amerikanischen Bankhäuser uns direkt feindliche politische Ziele im fernen Osten verfolgen.

Aus der vorhergehenden Korrespondenz ist Ihnen die ablehnende Haltung der russischen Regierung gegenüber dem englisch-französisch-deutsch-amerikanischen Syndikat bekannt. Wir versuchen dieses Syndikat aufzulösen, indem wir die französische Gruppe zum Austritt bewegen, und wären nur in dem Falle bereit, uns an dem Syndikate zu beteiligen, wenn letzteres in der Weise umgebildet würde, daß uns in den Unternehmungen im Norden der großen chinesischen Mauer eine Vorzugsstellung eingeräumt würde. Die mir vom französischen Außenminister gemachten Vorschläge würden dies Ziel in keiner Weise erreichen, da wir unsere Einflußsphäre in China vor dem Eindringen uns feindlicher finanzpolitischer Einflüsse nicht schützen könnten und sogar unsere Stimme bei Entscheidungen des Syndikats keinen entscheidenden Einfluß haben würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 5./18. März 1912. — Nr. 475.

Wenn wir dem Internationalen Syndikat gestatten, China schon jetzt eine Anleihe zu gewähren, bevor die Regierung Juanshikais von den Mächten offiziell anerkannt worden ist, so ist die Frage der Anerkennung in positivem Sinne entschieden, ehe wir die Möglichkeit haben, die in Aussicht genommenen politischen Vorbedingungen zu stellen. Auf diese Weise werden staatliche Interessen den privaten Interessen von Bankhäusern untergeordnet. Eine solche Tätigkeit des Syndikates wird militärische Rüstungen des asiatischen Reiches gegen europäische Staaten möglich machen. Rußland, als die nächste Nachbarin Chinas, wird dies zuallererst zu fühlen bekommen und wird infolgedessen gezwungen sein, seine ganze Aufmerksamkeit auf den fernen Osten zu lenken. Wir müssen uns deshalb fragen, ob es für uns nicht vorteilhafter sei, uns in dieser Frage abzusondern und von China zu verlangen, daß es auf finanzielle Operationen verzichtet, die wir für schädlich halten, und im Falle einer chinesischen Weigerung unsere Forderung mit Gewalt zu unterstützen..... Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Grey auszusprechen und ihm zu bedenken zu geben, ob es den Interessen der Mächte der Tripelentente entspricht, daß Rußland seine Aufmerksamkeit und seine Kraft nach dem fernen Osten ablenken muß.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 9./22. März 1912. — Nr. 508.

In meinem Telegramm Nr. 475 habe ich nicht einen unmittelbaren Konflikt mit China im Auge gehabt. Ich sehe bloß die Möglichkeit einer militärischen Aktion voraus, wenn die chinesische Regierung unter Nichtbeachtung unseres Protestes auf der Verwirklichung einer finanziellen Operation besteht, die ihr vom internationalen Syndikat vorgeschlagen wird. Wir weigern uns indessen nicht, uns offiziell dem Syndikate anzuschließen. Wir können dies aber nur unter Bedingungen tun, die uns erlauben würden, nicht unsere Aufmerksamkeit von unseren Interessen in Europa und der Balkanhalbinsel abzulenken, um sie

der Verteidigung unserer Stellung im fernen Osten zuzuwenden. Wir sind der Ansicht, daß dies ein gemeinsames Interesse der Mächte des Dreiverbandes ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 7./20. April 1912. — Nr. 716.

Anläßlich der Anerkennung unserer speziellen Interessen in China von seiten Englands hat Lord Morley dieselben insofern eingeschränkt, als er von unseren Interessen jenseits der großen Mauer spricht, die sich aus unseren Verträgen mit China ergeben. Diese Einschränkung entspricht nicht unserem Standpunkte. Geographische Lage und ökonomische Entwicklung ziehen diese Gegenden immer mehr zu Rußland hin; daraus ergibt sich für uns eine besondere Stellung, und unsere politischen Interessen haben nicht immer Ausdruck in unseren Abkommen mit China gefunden. Ich bitte Sie, dieses zur Kenntnis der englischen Regierung zu bringen, damit kein Mißverständnis hinsichtlich der Unterstützung entsteht, die wir vom Londoner Kabinett erwarten, wenn wir uns am chinesischen Reorganisationskonsortium beteiligen.

Bericht des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 1./14. Mai 1912. — Nr. 32.

In meinen früheren Telegrammen habe ich die Meinung vertreten, daß es uns nicht möglich sein wird, die mongolische Frage auf rein diplomatischem Wege zu lösen, sondern daß wir unseren Forderungen militärischen Nachdruck werden verleihen müssen.

In Fortsetzung meiner früheren Berichte glaube ich Ihnen heute mitteilen zu können, daß ich mich aus meinen Gesprächen mit meinen ausländischen Kollegen davon habe überzeugen können, daß wir augenblicklich keinen Widerstand von seiten der ausländischen Mächte zu befürchten haben, wenn wir es für nötig erachten sollten, die genannten militärischen Maßnahmen in der nördlichen Mandschurei, in der Mongolei und in Westchina zu ergreifen.

In seinem Brief vom 30. März hat unser Geschäftsträger

Ihnen mitgeteilt, der amerikanische Vertreter habe ihm kategorisch erklärt, daß in seinen Instruktionen nichts enthalten sei, was ihn veranlassen könne, unsere Tätigkeit in der Mongolei und in der Mandschurei zu durchkreuzen. In diesem Sinne hat sich der amerikanische Vertreter auch dem englischen Gesandten gegenüber geäußert. Aus diesem Anlaß hat mir Sir John Jordan mitgeteilt, daß auch keine andere Macht es versuchen würde, sich unsern Maßnahmen zu widersetzen. „Sie können jetzt ohne Zweifel vollkommen unbesorgt in Westchina und in der äußeren Mongolei vorgehen," sagte mir mein englischer Kollege, „und nur in der Mandschurei werden Sie den japanischen Interessen und Wünschen Rechnung tragen müssen." Dies ist auch die Ansicht der Mehrzahl meiner andern Kollegen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni/2. Juli 1912. — Nr. 1233.

Persönlich. Vertraulich. Es besteht die Absicht, mit Japan ein geheimes Abkommen über unsere Interessensphären in der inneren Mongolei zu unterzeichnen. Im Einvernehmen mit der japanischen Regierung teilen wir den Wortlaut der in Aussicht genommenen Redaktion dem französischen und englischen Vertreter mit. Die japanische Regierung wird eine ähnliche Mitteilung in Paris und London machen.

Projekt einer geheimen Konvention zwischen Rußland und Japan hinsichtlich der Mongolei.

Um die Bestimmungen der geheimen Verträge vom 17./30. Juli 1907 und vom 21. Juni/4. Juli 1910 genauer festzulegen und zu vervollständigen und um die Möglichkeit jeden Mißverständnisses hinsichtlich ihrer speziellen Interessen in der Mandschurei und in der Mongolei zu verhindern, haben die russische und die japanische Regierung beschlossen, die in dem Zusatzartikel des Abkommens vom 17./30. Juli 1907 festgesetzte Demarkationslinie zu verlängern und die Sphären ihrer speziellen Interessen in der inneren Mongolei abzugrenzen. Es ist deshalb folgendes vereinbart worden. Artikel 1. Ausgehend von dem Überschneidungspunkt des Flusses Tola-Ho und des 122.

Meridians östlich Greenwich folgt die Demarkationslinie dem Laufe der Flüsse Oulountchourh und Mouſhiſha bis zur Waſſerſcheide der Flüsse Mouſhiſha und Haldaitai; von da folgt ſie der Grenze der Provinz Hei-loung-Chiang mit der innern Mongolei, um den äußerſten Grenzpunkt der innern und äußern Mongolei zu erreichen. Artikel 2. Die innere Mongolei zerfällt in zwei Teile: den einen im Oſten, den anderen im Weſten vom Pekinger Meridian. Die japaniſche Regierung verpflichtet ſich, die ſpeziellen Intereſſen Rußlands in der inneren Mongolei im Weſten von genanntem Meridian anzuerkennen und zu beobachten; die ruſſiſche Regierung übernimmt die gleiche Verpflichtung hinſichtlich der japaniſchen Intereſſen im Oſten des genannten Meridians. Artikel 3. Die vorliegende Konvention wird zwiſchen den beiden vertragſchließenden Seiten ſtreng geheim bleiben.

Telegramm des ruſſiſchen Außenminiſters an den ruſſiſchen Generalkonſul in Ourga vom 18./31. Auguſt 1912. — Nr. 1694.

Der Kriegsminiſter hält es für nötig, die Mongolen mit modernen Gewehren gegen entſprechende Bezahlung auszurüſten. Indem Sie den mongoliſchen Miniſtern dieſe Mitteilung zukommen laſſen, bitte ich Sie, auf ſie einzuwirken, um ſie zu verhindern, Waffen aus dem Auslande zu beziehen. Machen Sie ſie auch darauf aufmerkſam, daß die ruſſiſchen Gewehre nicht zur Bewaffnung der inneren Mongolei dienen ſollen, da dies zwecklos wäre, weil die Chineſen die unbedingte militäriſche Übermacht in dieſem Teile der Mongolei haben. Die Waffen dienen zum Schutze von Khalkha und der angrenzenden Gebiete der weſtlichen Mongolei, wobei die Mongolen von unſerer Seite auf Unterſtützung rechnen können.

Telegramm des ruſſiſchen Außenminiſteriums an den ruſſiſchen diplomatiſchen Agenten in der Mongolei vom 8./21. Nov. 1913. — Nr. 3179.

Um die Ausfuhr von ausländiſchen Waren aus China in die Mongolei möglichſt zu erſchweren, haben wir unſern Konſuln in dieſem Gebiete den Auftrag gegeben, keine Erlaubnis mehr zum Transport von Waren auf der Karawanenſtraße zu

erteilen, indem wir diese Maßnahme damit begründen, daß durch die Deklaration vom 23. Oktober eine autonome Mongolei geschaffen worden ist, hinsichtlich deren der Handelstransport noch nicht geregelt werden konnte.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 200.

Aus einer langen Unterredung mit Motono habe ich die Überzeugung gewonnen, daß Japan nicht beabsichtigt, uns konkrete Vorschläge hinsichtlich Chinas zu machen. Seine Erklärungen bedeuten, daß Rußland und Japan der chinesischen Regierung und den anderen Mächten deutlich zu verstehen geben müssen, daß sie beide in der Mandschurei und der Mongolei spezielle Interessen haben, auf die sie in keinem Falle verzichten werden. Motono ist der Ansicht, man müsse sich gemeinsam der Aufnahme weiterer Anleihen widersetzen und sich auf alle Fälle an diesen Anleihen nicht beteiligen — womöglich auch Frankreich hierzu veranlassen. Möge China sich selbst überlassen bleiben. In den übrigen China betreffenden Fragen müssen Rußland und Japan gemeinsam mit Frankreich und England vorgehen, doch müßten die beiden erstgenannten Mächte ein engeres Einvernehmen unter sich herstellen, um immer genau über die gegenseitigen Ansichten und Absichten unterrichtet zu sein. Motono glaubt nicht, daß die neue Regierungsform in Peking von Dauer sein werde. Auf meine Frage, welches die Absichten Japans in der innern Mongolei und der südlichen Mandschurei seien, erwiderte er, daß die Annexion der südlichen Mandschurei mit der Zeit von selbst erfolgen werde, man brauche sich deshalb damit nicht zu beeilen; was die Mongolei anbelangt, so ist, wie er glaubt, in Tokio noch kein fester Plan gefaßt worden. Im großen und ganzen finde ich den Botschafter sehr maßvoll, was vielleicht damit zu erklären ist, daß das Projekt der Vergrößerung der japanischen Armee nicht hat verwirklicht werden können, wodurch der militärischen Partei ein großer Schlag versetzt worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 24. Februar/9. März 1914. — Nr. 417.

Die englische Regierung regte die Frage über eine Revision

unseres Abkommens über Tibet an, und zwar im Sinne der Aufhebung der England beschränkenden Bestimmungen und der Gewährung von Aktionsfreiheit in jenen Gegenden. Ich antwortete, daß wir bereit seien, in eine Prüfung dieser Frage einzutreten, allerdings müßten wir dann andere Zugeständnisse zu unsern Gunsten verlangen. Ich bitte Sie mir zu telegraphieren, ob Sie es für möglich halten, von England irgendeine Kompensation in unserer Interessensphäre zu fordern. Behalten Sie im Auge, daß England sich zuerst auf die Basis der gegenseitigen Anerkennung der Vorzugsstellung Rußlands in der Mongolei und Englands in China stellte. Wir lehnten jedoch eine solche Verhandlungsbasis ab, indem wir darauf hinwiesen, daß Rußland in der Mongolei bereits Aktionsfreiheit besaß, als wir im Jahre 1907 mit England das Abkommen über Tibet abschlossen.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 26. Februar/11. März 1914. — Nr. 104.

Die einzige Kompensation von seiten Englands für unsere Anerkennung seiner Aktionsfreiheit und seiner Sonderstellung in Tibet, auf die ich hinweisen könnte, wäre seine Anerkennung unserer ausschließlichen Einflußsphäre in der nördlichen Mandschurei, der Mongolei und dem westlichen China außer Kaschgar, sowie die Verpflichtung, uns nicht an der Ausführung unserer Pläne in diesen Gebieten zu hindern und selbst keine Ziele zu verfolgen, welche von uns als mit unseren Interessen unvereinbar angesehen werden müssen. Wenn dies eine annehmbare Kompensationsbasis darstellen würde, so könnten die Engländer vielleicht außerdem noch eine ähnliche Verpflichtung bezüglich des Tales von Jansda eingehen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 1./14. März 1914. — Nr. 471.

Nach Prüfung der Frage unserer Eisenbahnpolitik in der Mandschurei halten wir es für notwendig, von der chinesischen Regierung das Versprechen zu erhalten, Rußland das Vorzugsrecht zum Bau folgender Linien zu gewähren: 1. Blagoweſch-

tschensk—Kharbin mit einer Zweiglinie nach Tsitsikar; 2. Kharbin—Boduno; 3. Imjanowpo—Nan—Tjan—Mun an dem untern Laufe des Sungari; 4. Tsitsikar—Boduno; 5. Zuführungslinien zu der chinesischen Ostbahn in Barga. Über die Mittel zum Bau dieser Linien ist noch kein Beschluß gefaßt worden; doch schließt dies nicht die Möglichkeit aus, eine besondere Gesellschaft nach dem Muster Englands, Frankreichs und Belgiens zu bilden und den Bau unter denselben Bedingungen auszuführen, wie in der letzten Zeit die Eisenbahnen im Innern Chinas von Ausländern gebaut worden sind.

Da die Vertreter der Großmächte sich bei Eisenbahnkonzessionen gleichzeitig das Recht der Ausbeutung der Naturschätze Chinas gesichert haben, so hat der Ministerrat es für wünschenswert erachtet, von der chinesischen Regierung das prinzipielle Einverständnis zu erlangen, daß den russischen Konzessionären das Recht der Ausbeutung der Berg-, Wald- und übrigen Reichtümer im Bereiche der genannten Linien zugestanden wird.

Ich bitte Sie, mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in entsprechende Verhandlungen zu treten, indem Sie darauf hinweisen, daß wir einstweilen nur ein prinzipielles Versprechen der chinesischen Regierung in obigem Sinne zu erhalten wünschen.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 3./16. März 1914. — Nr. 116.

Ihr Telegramm Nr. 471 erhalten. Ich habe mit dem auswärtigen Minister in dem mir vorgeschriebenen Sinne wegen der Frage unserer Eisenbahnbauten in der Mandschurei gesprochen. Er versprach mir, nach Beratung der Angelegenheit im Ministerrat Antwort zu geben; einstweilen beschränkte er sich auf die Bemerkung, daß in den andern Übereinkommen bezüglich Eisenbahnbauten von einer Ausbeutung der Naturschätze nicht die Rede sei, mit Ausnahme des Übereinkommens über die Schantung-Eisenbahn mit den Deutschen, die jedoch jetzt auf ihre diesbezüglichen Rechte verzichtet hätten.

Siebentes Kapitel.

Russische Politik in der Türkei 1909—1912.

Bericht des russischen Botschafters in Paris Nelidow an den russischen Außenminister vom 2./15. April 1909.

Die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes wegen der Annexion Bosniens und der Erklärung der bulgarischen Unabhängigkeit scheint beseitigt zu sein. Die hauptsächlichsten internationalen Fragen, die durch das einseitige Vorgehen des Wiener Kabinetts und der bulgarischen Regierung aufgeworfen worden sind, scheinen geregelt. Es bleibt nur noch die Erfüllung der diplomatischen Formalitäten, die wohl kaum zu ernsten Verwicklungen führen werden. Die allgemeine Nervosität, die den Gang der Ereignisse in Europa beeinflußt hat, ist vom Gefühl einer gewissen Erleichterung abgelöst worden, das auch auf Börsen- und Finanzfragen zurückgewirkt hat. Die Mehrzahl der Minister haben die Osterferien dazu benutzt, Paris zu verlassen. Auch der Außenminister hat sich in den Jura begeben und wollte am 11./24. April den Präsidenten der Republik in Nizza treffen, wo die feierliche Enthüllung des Denkmales von Gambetta stattfinden soll. Aber das plötzliche Aufflackern von gefährlichen Unruhen in Konstantinopel hat den Ministerpräsidenten veranlaßt, Pichon nach Paris zurückzurufen. Die beunruhigenden Nachrichten aus der Türkei haben natürlich die öffentliche Meinung sehr beschäftigt. Man befürchtet hier die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung des Aufruhrs und infolgedessen auch von bewaffneten Zusammenstößen und Christenverfolgungen auf dem Balkan, was der Aufrollung der orientalischen Frage in ihrem ganzen furchtbaren Umfange gleichkommen würde.

Ich kann nicht umhin, meinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß dieser Augenblick uns unvorbereitet findet, nicht nur, um die orientalische Frage in einem uns günstigen Sinne zu lösen, sondern sogar, um uns in wirksamer Weise an der Regelung dieser Frage zu beteiligen, denn die Erfahrung der Geschichte und das Beispiel der letzten Ereignisse haben wiederum bewiesen, daß derartige Weltfragen ohne Anwendung von Gewalt nicht gelöst werden können. In Erkennung dieser Wahrheit habe ich während meiner 15jährigen Tätigkeit als Botschafter in Konstantinopel nicht aufgehört, darauf zu bestehen, daß Rußland für Ereignisse bereit sein müsse, die zwar, was den Zeitpunkt anbelangt, unbestimmbar, aber in jedem Falle unabwendbar sind. Kurz vor meiner Abreise aus der Türkei schien diese Frage endgültig geregelt. Von seiten unseres Kriegsministeriums und des Admiralstabes waren alle Vorbereitungen getroffen, um auf die Dinge in der türkischen Hauptstadt einwirken zu können, wenn dort Unruhen ausbrechen sollten. Leider haben wir uns im letzten Sommer während der unter Ihrem Vorsitz abgehaltenen geheimen Beratungen davon überzeugen können, daß von diesen Maßregeln nichts mehr übrigbleibt.

Erlauben Sie mir jetzt der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß dank Ihren Anstrengungen Maßnahmen getroffen werden oder wenigstens deren Notwendigkeit anerkannt wird, die es Rußland ermöglichen werden, seine historische Mission zu erfüllen und nicht zuzulassen, daß eine Weltfrage nicht im Einvernehmen mit unseren Interessen geregelt wird.

Auszug aus einem Privatbrief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. April 1910.

Das türkische Marineministerium hat im letzten Jahre eine energische und zielbewußte Tätigkeit entfaltet. Wir selbst bauen im Schwarzen Meer keine neuen Schiffe und ersetzen nicht einmal die alten. Während die Türkei sich angeblich gegen Griechenland rüstet, steht sie im Begriff, uns bald zu überholen, wenn wir auf unserm jetzigen Standpunkte stehenbleiben. Jedenfalls haben uns die Türken hinsichtlich der Hochsee-Torpedoboote übertroffen. Die in Deutschland gekauften Schiffe laufen 35 Knoten, während die unsrigen es nur auf 25 bringen.

Sollten die Türken jene Schiffe des Dreadnought-Typus käuflich erwerben, über die unser Marineagent in Paris berichtet, so wird die Herrschaft im Schwarzen Meere zur Türkei übergehen. Dies können wir aber nicht zulassen.

Denn dies wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung des nützlichen Werkes Alexanders III. Gleichzeitig würde dadurch die Grundlage der russisch-türkischen Beziehungen zu unsern Ungunsten verschoben. Solange wir im Schwarzen Meere stärker sind, können wir auf die eine oder andere Weise den Bosporus und die ganze türkische Küste bedrohen. Die Türken fürchten uns, schätzen unsere guten Beziehungen und müssen mit unsern speziellen Interessen in Kleinasien und Persien rechnen, trotz aller Einflüsterungen Deutschlands.

Sobald aber die Türken, den jetzigen Augenblick benutzend, die Vorherrschaft im Schwarzen Meere an sich reißen würden, was seit der Zeit Peters des Großen nicht vorgekommen ist, wird in einem ganz andern Tone verhandelt werden müssen, und wir werden gezwungen sein, entweder den Türken in diesen wichtigen Fragen nachzugeben oder den Fehdehandschuh aufzunehmen, wobei wir aber in maritimer Hinsicht von Anfang an entwaffnet wären. Was ist vorzuziehen?

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 14./27. April 1910. — Nr. 200.

Ich habe heute mit dem Großwesir vertraulich über die türkischen Flottenrüstungen Rücksprache genommen. Zu dieser Unterredung durch unsern ersten Dragoman vorbereitet, hat mir Haki Pascha gesagt, daß die besagten Rüstungen nichts anderes bezwecken, als Feindseligkeiten Griechenlands entgegentreten zu können. Auch muß die Türkei in Betracht ziehen, daß Bulgarien eine kleine Minenflotte besitzt. Weder mit Rußland noch mit Frankreich und England oder mit Österreich kann die Türkei den Kampf aufnehmen, beabsichtigt dies auch gar nicht zu tun, da sie durch das Landheer und durch Bündnisse geschützt ist. Die Ausgaben für die Flotte sind auf 5 Millionen türkische Pfund, auf 10 Jahre verteilt, beschränkt. Hiervon müssen noch die freiwilligen Beiträge und andere Prozente abgezogen werden. Der Marineminister hat in der Tat die Absicht, einen Kreuzer von

15 000 Tonnen zu erwerben. Aber das ganze Programm wird vom Ministerrate neuerdings nachgeprüft werden, da man nur über geringere Geldmittel verfügt, als man anfänglich glaubte. Der Großwesir persönlich hält das Programm des Marineministers für zu weitgehend. Die türkische Regierung beabsichtigt keineswegs in einen Wettbewerb mit uns einzutreten, da sie ja unser Flottenprogramm kennt und außerdem von unseren freundschaftlichen Gefühlen überzeugt ist.

Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 2./15. April 1911.

Wie ich Ihnen telegraphisch berichtete, hat die türkische Regierung nach langwierigen Verhandlungen, die beinahe $1^1/_2$ Jahre gedauert haben, zwei Dreadnoughts bestellt. Auf diese Weise werden im Anfang des Jahres 1913 türkische Schiffe im Schwarzen Meere erscheinen, die die unsrigen weit übertreffen, und wenn Rußland zu jenem Zeitpunkt im Schwarzen Meere nicht eine bestimmte Anzahl größerer Panzerschiffe besitzt, so wird die Seeherrschaft im Schwarzen Meer von Rußland zur Türkei übergehen. Die politische Wirkung dieses Ereignisses ist schon lange klar erkannt worden. Wir haben es jetzt mit der Tatsache einer türkischen Bestellung zu tun und, wie schwer es uns auch fallen mag, wir müssen jetzt ohne Zögern die nötigen Gegenmaßregeln ergreifen. Sonst müssen wir schon jetzt unsere Flagge im Schwarzen Meere vor dem türkischen Halbmond herabholen. Allerdings beteuert mir der Großwesir, daß die türkische Maßregel nicht gegen uns gerichtet sei, und er ist bereit, uns alle möglichen Garantien zu geben, daß die Türkei keine fremden Kriegsschiffe in das Schwarze Meer durchlassen wird. Aber selbst wenn diese Zusicherungen vertraglich festgelegt werden, so würden derartige Erklärungen für uns nur insofern Bedeutung haben, als sie sich auf die Tatsache der absoluten Überlegenheit der russischen Flotte im Schwarzen Meer stützen würden. Ich füge hinzu, daß die Bestellung der türkischen Dreadnoughts darauf berechnet ist, daß Rußland ähnliche Schiffe im Laufe von 20 Monaten nicht herstellen kann, wie dies bei den türkischen Bestellungen in England und Deutschland möglich ist. Diese Berechnung stützt sich auf die veröffentlichten Debatten in der Duma und

auf einige höchst unpatriotische Äußerungen in der russischen Presse. Wir können aber nicht zulassen, daß ein solches Ereignis eintritt, wenn nur Rußland alle nötigen Opfer zu bringen bereit ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 15./28. Juni 1910. — Nr. 905.

Da man in nächster Zeit in Paris die Ankunft des türkischen Finanzministers oder von Delegierten der türkischen Regierung zu Anleiheverhandlungen erwartet, so halte ich es für nötig, Ihnen unsern Standpunkt in dieser Frage mitzuteilen.

Handelt es sich bloß um eine Anleihe von 250 Millionen Franken zur Deckung des diesjährigen türkischen Budgets, so wird eine Einmischung unsererseits kaum möglich sein. In diesem Falle könnten wir uns damit begnügen, daß Frankreich die Anleihe von der Gewährung der Eisenbahnkonzession Samsun—Siwas an ein russisch-französisches Konsortium abhängig macht.

Sollten sich die Verhandlungen auf eine größere Anleihe beziehen, welche nach Deckung des Budgetdefizits bedeutende Mittel in den Händen der türkischen Regierung lassen würde, so könnten wir nicht umhin, der französischen Regierung unsere Erwägungen mitzuteilen, die auch für Frankreich von Bedeutung sind.

Frankreich ist daran interessiert, daß wir in militärischer Hinsicht der Türkei überlegen sind. Jede Stärkung der militärischen Stellung der Türkei, namentlich an der kaukasischen Grenze, müßte entsprechende Gegenmaßnahmen unsererseits hervorrufen; dies müßte aber notwendigerweise auf unsere Westgrenze Einfluß haben. Wir sind daher der Ansicht, daß es sowohl unsern als auch den französischen Interessen entspricht, wenn wir den Geldmangel in Konstantinopel im Einvernehmen mit dem Pariser Kabinett dazu benutzen, um von der Türkei Verpflichtungen zu erhalten, die die weitere militärische Erstarkung der Türkei einschränken. In militärischer Hinsicht hat die Frage der türkischen Eisenbahnbauten im Kaukasusgebiet und in Nordpersien und ebenso der Ankauf von Kriegsschiffen ganz besondere Bedeutung.

Die türkische Aktionsfreiheit in diesem Sinne einzuschränken, ist ganz besonders wichtig. Teilt die französische Regierung im

Prinzip unsere Ansicht, so müssen wir versuchen, eine Form zu finden, die für die Türkei annehmbar wäre. Unsererseits wären wir bereit, in diesem Falle auf unsere Anrechte an der Samsun—Siwasschen Linie zugunsten der französischen Mitglieder des Syndikats zu verzichten.

Ich bitte Sie, mit Pichon vertraulich Rücksprache zu nehmen, indem Sie Ihren Erklärungen den Charakter eines vorbereitenden Meinungsaustausches geben. Die weiteren Verhandlungen werden von der Antwort Pichons abhängen, die wir in allernächster Zeit zu erhalten hoffen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1910.

Djavid Bei wird Sonnabend in Paris erwartet. Pichon hat noch keine Nachrichten über die Höhe der türkischen Anleihe. Aus Berechnungen des ersten Finanzrates Laurent ergibt es sich, daß die Türkei etwa 600 Millionen braucht. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird Djavid fürs erste versuchen, nur die Hälfte dieser Summe zu erhalten. Ich habe Pichon den Standpunkt unserer Regierung mitgeteilt, ebenso die in Ihrem Telegramm enthaltene Beweisführung. Er hat mir geantwortet, daß es für die französische Regierung im Prinzip unmöglich sei, die Anleihe zu verweigern oder von der Türkei die Zusicherung zu verlangen, daß die sich aus der Anleihe ergebenden Mittel weder zur Verstärkung der Flotte, noch zur Vergrößerung der Armee verwandt werden. Aber die französische Regierung ist fest entschlossen, die Anleihe dazu zu benutzen, um von der Türkei Garantien zu erhalten, die Frankreich, England und Rußland befriedigen werden. Es ist vielleicht auch möglich, bei dieser Gelegenheit die Erbauung neuer strategischer Linien zum Schaden Rußlands zu verhindern. Auf alle Fälle ist aber die Aufnahme einer Anleihe nicht möglich, ohne daß die Großmächte ihre Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Zolltarifs geben. Dies wird Zeit gebrauchen und langwierige Verhandlungen verursachen. Ich habe den Eindruck, daß Pichon durch Ihre Erwägungen sehr beunruhigt ist.

Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Juni/7. Juli 1910.

In Fortsetzung meines Telegramms vom 17./30. Juni halte ich es für meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß meine Erklärungen auf Pichon einen starken Eindruck gemacht haben. Ganz besonders beunruhigt schien er mir durch Ihren Hinweis, daß die Verstärkung der türkischen Streitkräfte an der persischen und kaukasischen Grenze eine unmittelbare Verminderung unserer militärischen Machtstellung an der Westgrenze Rußlands zur Folge haben würde. Trotzdem hielt er es für nötig, darauf hinzuweisen, daß Frankreich bei den Verhandlungen unmöglich türkische Garantien verlangen kann, daß die in Paris erhaltenen Mittel nicht auf militärische Rüstungen verwendet werden sollen. Eine derartige Bedingung wäre mit der Würde des ottomanischen Reiches unvereinbar, sie würde abgelehnt werden und nur dazu dienen, die Türkei Deutschland zuzutreiben, um mit diesem in ein enges Einvernehmen zu treten und das Geld irgendwo anders zu finden.

Viel leichter würde es jedoch sein, die neue türkische Anleihe davon abhängig zu machen, daß aus dem türkischen Eisenbahnprogramm alle Linien ausgeschaltet würden, die für Rußland in strategischer Hinsicht unerwünscht sind; dies um so mehr, als derartige Linien keine Einnahmen versprechen und die türkischen Finanzen schwer belasten würden.

Pichon hat mir mitgeteilt, daß er überhaupt die Absicht habe, die Anleihe dazu zu benutzen, um von der Türkei fühlbare politische Zugeständnisse zu verlangen, die für die drei Mächte des Dreiverbandes in gleicher Weise befriedigend wären.

Pichon hat es vermieden, diesen Gedanken weiterzuentwickeln; soviel ich aber aus dieser und meiner vorhergehenden Unterredung mit ihm beurteilen kann, besteht beim Pariser Kabinett die Absicht, der Pforte das Versprechen und die Versicherung abzunehmen, die türkische Politik unabhängig von der Deutschlands zu machen und die immer noch bestehenden Beziehungen zwischen Konstantinopel und Berlin hinsichtlich militärischer Instrukteure, Munitionslieferungen und Eisenbahnbauten soweit wie möglich zu lockern.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. Juli/3. August 1910. — Nr. 1139.

Vor einigen Tagen habe ich in einer persönlichen und freundschaftlichen Aussprache mit dem türkischen Botschafter diesen gefragt, ob es wahr sei, wie die Zeitungen immer wieder behaupten, daß die Türkei die Absicht habe, dem Dreibunde offiziell beizutreten, und daß Haki Pascha diesbezügliche Verhandlungen mit Aehrenthal in Marienbad führen wird.

Ich habe hierbei bemerkt, daß derartige Gerüchte mir unwahrscheinlich erscheinen, da die Türkei wohl kaum die Rolle Österreichs bei der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung so schnell vergessen haben wird und umgekehrt sich der Anstrengungen Rußlands erinnert, Verwicklungen von der Türkei abzuwenden. Immerhin müssen derartige Gerüchte bei uns einige Beunruhigung hervorrufen, und wenn sie auch nur teilweise wahr wären, so müßte dies einen entscheidenden Einfluß auf unsere weiteren Beziehungen zur Türkei ausüben.

Turkhan Pascha hat diese Unterredung nach Konstantinopel mitgeteilt, und heute hat er mir ein langes Antworttelegramm vorgelesen, in dem Rifaat diese Gerüchte aufs entschiedenste widerlegt und die Absicht der türkischen Regierung bekräftigt, sich volle Handlungsfreiheit zu wahren und die allerbesten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, von dessen Seite die Türkei so viele freundschaftliche Beweise erhalten habe.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1910.

Der Finanzminister hat mir mitgeteilt, daß er von dem Abbruch der Anleiheverhandlungen in Paris außerordentlich enttäuscht sei. Die von der französischen Regierung gestellten Forderungen hält man hier mit der weiteren staatlichen Unabhängigkeit der Türkei für unvereinbar; außerdem entsprechen sie keineswegs der bescheidenen Summe der in Aussicht genommenen Finanzoperation. Besonders peinlich ist es für den Minister, daß Frankreich sich auch einem Abschluß der Anleihe in England, die schon gesichert war, widersetzt hat. Die Türkei braucht jetzt so sehr Geld, daß sie gezwungen sein wird, nicht nur deutsche

Geldmittel, sondern auch die deutschen politischen Bedingungen anzunehmen, obwohl einigen Informationen zufolge letztere gegen Rußland und England gerichtet sind. Die Lage ist eine sehr ernste. Ich nehme an, daß, selbst wenn Frankreich es nicht für möglich hält, zum Schutze unserer Interessen leichtere Bedingungen zu stellen, es sich wenigstens nicht dem Abschluß der Verhandlungen zwischen Djavid und Cassel widersetzen sollte. Dies würde nicht nur in türkischen Kreisen gefallen, sondern gefährlichen Verwicklungen vorbeugen, die ein Erfolg Deutschlands und Österreichs in der Anleihefrage für uns nach sich ziehen würde.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. September 1910.

Dank den energischen Vorstellungen Hardinges und Mallets, die sie Cassel gemacht haben, ist der Abschluß einer türkischen Anleihe in London einstweilen unmöglich gemacht. Das Londoner Kabinett hat Pichon seine weitere Unterstützung in dieser Frage zugesagt, obwohl die englische Regierung leider nicht das dem Pariser Kabinett zur Verfügung stehende Mittel besitzt, das heißt die Quotierung der Anleihe an der Börse verbieten kann.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1910.

Man kann nur bedauern, daß die französische Regierung es nicht für nötig befunden hat, unsere wichtigen Interessen in der Frage der kleinasiatischen Eisenbahnbauten zu wahren, indem sie diese Frage mit den türkischen Anleiheverhandlungen in Verbindung bringt. Wenn daher diese Verhandlungen uns nicht nützen können, so sollten sie wenigstens unseren Interessen nicht direkt schaden. Aber es stellt sich jetzt heraus, daß die Türken die ihnen gemachten Schwierigkeiten nicht so sehr finanziellen Verhältnissen in Paris, als vielmehr unserer feindseligen Haltung zuschreiben. Der Großwesir hat dies dem französischen Botschafter direkt erklärt; dies ist auch die Ansicht der übrigen Minister, und diese Meinung hat schon auf den Gang der Verhandlungen der russischen Botschaft mit der Pforte zurückgewirkt.

Wie der hiesige französische Botschafter richtig bemerkt, wenn die Türken die nötigen 150 Millionen nicht in Paris erhalten, so werden sie sie in Deutschland finden. Für die Franzosen hat die Erstarkung des deutschen Einflusses in Konstantinopel keine besondere Bedeutung, für uns ergeben sich aber sehr unzeitgemäße Verwicklungen politischer, militärischer und ökonomischer Natur. Es erscheint mir daher wünschenswert, die französische Regierung zu veranlassen, nicht so schwere Bedingungen zu stellen und einstweilen die Verhandlungen nicht zu unterbrechen, deren Gang durch allerlei persönliche Einflüsse erschwert wird. Die Franzosen selbst halten eine 150-Millionen-Anleihe durch die Konstantinopeler Zolleinnahmen völlig gesichert. Deshalb wird auch Deutschland die Summe gerne vorstrecken. Schwierigkeiten entstehen nur infolge der französischen Forderungen, die sich auf die zukünftige Verwaltung der türkischen Finanzen beziehen. Aber in dieser weitläufigen Frage müßte Frankreich aus Freundschaft zu uns sich damit begnügen, nur allmählich vorzugehen, und zu einem Einvernehmen mit der Türkei zu kommen suchen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 15./28. Februar 1911.

Der türkische Außenminister ist heute in einen ausführlichen Gedankenaustausch mit mir eingetreten, der bezwecken soll, das russische Mißtrauen zur türkischen Politik zu beseitigen. Seine Erklärungen, die ich weiter unten kurz wiedergebe, beziehen sich auf drei Fragen: 1. den Panislamismus; 2. Persien; 3. die kleinasiatischen Eisenbahnen. Rifaat Pascha berührte auch kurz die Grundlosigkeit der russischen Befürchtungen hinsichtlich türkischer Rüstungen.

1. Der Minister erklärte, daß weder die türkische Regierung noch das Komitee von Saloniki den Panislamismus zu fördern suchen, da sie sich deutlich Rechenschaft darüber geben, daß eine derartige Politik zu gefährlichen Verwicklungen mit Rußland, England und Frankreich führen müßte.

2. Der Grundsatz der türkischen Politik hinsichtlich Persiens besteht in der Anerkennung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität dieses Landes, wobei die Türkei besondere kommerzielle

und nachbarliche Interessen besitzt. Die Türkei wünscht die endgültige Grenze mit Persien so bald als möglich festzustellen, indem die gegenseitigen territorialen Forderungen und dokumentarischen Beweise einer besonderen Grenzkommission unterbreitet werden sollen. Diese Verhandlungen sollen von seiten der Türkei in möglichst versöhnlichem Sinne geführt werden. Alle neuen Besitzergreifungen sollen vermieden werden, und der Minister gibt augenscheinlich die Rückkehr zur Lage vor der Besetzung der „neuen Kreise" zu. Man hat hier eine leichte Besserung der persischen Angelegenheiten festgestellt und ist bereit, die Verhandlungen mit der persischen Regierung so bald wie möglich zu beginnen. Der Minister ist überzeugt, daß die Festsetzung der endgültigen Grenzen zwischen Persien und der Türkei auch dazu beitragen wird, das russische Mißtrauen zu entkräften, welches durch die jetzige Lage der Dinge in strategischer Hinsicht hervorgerufen worden ist.

3. Nachdem Rifaat die vertrauliche Mitteilung vom 31. Oktober 1909 bezüglich der Ersetzung des Abkommens des Jahres 1900 durch ein neues erwähnt hatte, sagte er mir, er wolle mir in nächster Zeit diesbezügliche vertrauliche Vorschläge zukommen lassen.

Ich habe dem Minister für seine Mitteilungen gedankt und hinzugefügt, daß man auch in Rußland Klarheit in die russisch-türkischen Beziehungen zu bringen wünscht. Ich habe den Eindruck, daß die türkische Regierung sich von der Notwendigkeit Rechenschaft gibt, sich mit uns in den oben angeführten Fragen zu verständigen, und wirklich ein Abkommen zu treffen wünscht, welches uns Befriedigung geben könnte.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 1./14. Oktober 1911. — Nr. 631.

Nach der Zeremonie im Parlament hat der neue Außenminister Assim Bei mich in einer langen Unterredung gebeten, ihm in seinen Bestrebungen beizustehen, eine Annäherung an Rußland herbeizuführen, worin er sich von seinem Vorgänger unterscheidet. Der Minister verständigte mich auch von dem Wunsche des Sultans, eine besondere Abordnung zur Begrüßung des russischen Kaisers in die Krim zu senden. Ich verständigte

Assim Bei von der Absicht unseres Außenministers, einige Zeit in der Krim zu verbringen. Der Minister beklagte sich über die Behinderung, die der Zufuhr von Lebensmitteln für die Bevölkerung des Yemen und des Hedschas durch englische Kreuzer in den Weg gelegt würde, und bat um Ihre Vermittlung im Interesse der russischen und muselmännischen Pilger. Es scheint mir, daß wir in dem neuen Minister eine gute Stütze finden können.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 2./15. Oktober 1911. — Nr. 634.

Der bulgarische Minister hat mir heute folgendes mitgeteilt: Der neue türkische Außenminister Assim Bei hat ihm zu verstehen gegeben, daß er den Posten nur unter der Bedingung angenommen habe, daß die türkische Regierung versuchen wird, ein besonderes Abkommen mit Bulgarien abzuschließen, und daß der Großwesir diese Bedingung mit ganz besonderer Bereitwilligkeit angenommen habe. Der Gesandte hat bis jetzt aus Sofia keine Antwort erhalten. Dieser Standpunkt scheint auch in Komiteekreisen vorzuherrschen, wobei jedoch der frühere Finanzminister Djavid Bei Zweifel geäußert hat, ob Österreich und Rußland Bulgarien erlauben werden, sich der Türkei zu nähern. Der Gesandte ist über die türkische Mobilisation vollkommen beruhigt; seine Informationen stimmen genau mit denen unseres Militäragenten überein. Assim Bei hofft, daß Bulgarien nicht durch irgendeinen unbedachten Schritt in Konstantinopel Enttäuschung hervorrufen wird. Ich sagte dem Gesandten, daß wir eine bulgarisch-türkische Annäherung begrüßen würden, wenn sie die Erhaltung des status quo bezweckt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an das russische Außenministerium vom 21. Oktober/3. November 1911. — Nr. 257.

Vertraulich. Grey hat mir mitgeteilt, der hiesige türkische Botschafter habe ihm im Auftrage seiner Regierung eine ernstliche Annäherung zwischen England und der Türkei vorgeschlagen und habe hinzugefügt, die Pforte wende sich zuerst an England, um dann das Einvernehmen auf Rußland und Frankreich aus-

zudehnen, unter der Bedingung, daß der Türkei tatkräftige Unterstützung zur Wahrung ihrer Souveränitätsrechte in Tripolis zuteil wird. Grey hat mir gesagt, daß er in Anbetracht der augenblicklichen Verhandlungen unseres Botschafters mit der Pforte[1]) in der freundschaftlichsten Weise geantwortet habe, indem er hervorhob, daß er natürlich den Gedanken einer endgültigen und dauernden Annäherung zwischen der Türkei und den Mächten des Dreiverbandes begrüße; er halte jedoch den jetzigen Augenblick für Verhandlungen nicht für besonders günstig, da die von der Türkei gestellte Bedingung mit dem Prinzip der Neutralität Englands kaum in Einklang gebracht werden könnte. Grey hält es für nötig, mich und den französischen Botschafter von den türkischen Eröffnungen in Kenntnis zu setzen. Er hat dem türkischen Botschafter gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß eine eventuelle Annäherung zwischen England und der Türkei die Regelung verschiedener offener Fragen, so z. B. der Bagdadbahn, in sich schließen müßte.

Privatbrief des russischen Botschafters in Konstantinopel Tscharykoff an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Januar 1912.

Mit den besten Wünschen zum Jahreswechsel will ich auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihre Tätigkeit uns noch lange Jahre zum Wohle Rußlands erhalten bleibt. Meinerseits will ich versuchen, daß die äußeren und inneren Ereignisse in der Türkei Ihre Tätigkeit möglichst wenig erschweren — eine Tätigkeit, die die ganze noch nicht völlig gefestigte Front Rußlands vom Gelben Meere bis zur preußischen Grenze umfaßt.

Ich hoffe, daß wir auch im kommenden Jahre hier über diplomatische Tätigkeit nicht hinauszugehen brauchen. Ganz sicher können wir dessen nicht sein, und zwar aus drei Gründen: 1. der lange Krieg zwischen Italien und der Türkei; 2. die Zuspitzung der Ereignisse in Persien und 3. die verdächtige kriegerische Stimmung in Montenegro.

1. Die Auflösung des türkischen Parlamentes ist jetzt beschlossen, und die Neuwahlen werden in nächster Zeit stattfinden. Vorher wird die Pforte nicht von Frieden sprechen. Ich schicke

[1]) Siehe Kapitel über die Meerengen.

Ihnen einige kulturstatistische Angaben über die italienisch-türkischen Beziehungen. Ich glaube jedoch, es wäre für uns nicht vorteilhaft, wenn es zum Frieden käme, ehe wir die persische Frage geregelt haben.

2. Gestern habe ich Ihre telegraphische Anfrage über türkische militärische Maßnahmen an der persischen Grenze erhalten und habe ich mich an unsern hiesigen Militäragenten gewandt, um Aufklärung zu erhalten. Sowie ich den von Ihnen versprochenen Bericht unseres Kriegsministers erhalten haben werde, werde ich Ihnen telegraphisch antworten. Aber schon jetzt ersehe ich, daß das russische Militärprogramm in der „strittigen Zone" sich immer mehr erweitert. Noch im Frühjahr hielt unser Generalstab eine militärische Besetzung von Khoi und Maku für genügend, um unsere strategischen Interessen zu schützen. Seitdem sind noch andere Desiderata hinzugekommen, die teilweise schon verwirklicht worden sind: 1. die Beherrschung der Straße Khoi—Urmia; 2. die Besetzung einiger Punkte auf diesem Verbindungswege und vielleicht auch westlich von demselben und 3. Entsendung eines Teiles unserer Abteilung in Khoi nach Urmia. Augenscheinlich ist die ständige Erweiterung unseres Programms nicht einem systematischen Plane zuzuschreiben, sondern unter dem Einfluß von örtlichen Erwägungen und vor allem den Wünschen des kaukasischen Militärkommandos gemäß erfolgt.

Dies muß meiner Ansicht nach zur Richtlinie bei der Lösung dieser Frage genommen werden. Wir müssen endgültig feststellen, was uns in der strittigen Zone nötig ist, und diese Frage nicht vom Standpunkt örtlicher, sondern allgemeinpolitischer Gesichtspunkte lösen. Was uns nötig erscheint, müssen wir nehmen und halten, selbst wenn es zu einem Kriege mit der Türkei kommt. Lassen wir es zu, daß örtliche Erwägungen uns immer weiter in die strittige Zone hineinziehen, so wird es doch zu einem Kriege mit der Türkei kommen, ohne daß ein solcher durch allgemeinpolitische Erwägungen gerechtfertigt würde.

Die bestehende Unklarheit der Lage führt automatisch zur ständigen Verstärkung der russischen und türkischen Streitkräfte in der strittigen Zone, aber auch auf unseren beiderseitigen Grenzen, was zu einem ungewollten Zusammenstoße führen könnte.

Die jetzige türkische Regierung wünscht keinen Krieg mit uns und fürchtet einen solchen. Aber sie steht unter dem Einfluß von unsern inneren und äußeren Feinden, die auf unser systematisches Vordringen hinweisen. Sobald wir selbst genau wissen werden, was uns nötig ist, wird auch die Spannung in unseren Beziehungen zur Türkei nachlassen.

3. Ich habe Ihnen heute über das merkwürdige Benehmen des hiesigen montenegrinischen Vertreters telegraphiert. Es geht hier etwas vor, das ich von hier aus nicht erklären kann. Pallavicini ist durchaus korrekt, kennt aber die montenegrinisch-türkischen Verhandlungen, wenigstens das Abgrenzungsprotokoll. Die Anleihe in Wien weist auf Unterstützung Montenegros von seiten Österreichs hin. Vielleicht erwecken unsere Sorgen in China und in Persien in Wien den Gedanken, daß jetzt der geeignete Augenblick gekommen sei, wieder aktiv auf dem Balkan aufzutreten. Wie dem aber auch sei, die unmittelbare Gefahr muß man in der kriegerischen Stimmung Montenegros erblicken.

Aus Erwägungen der inneren Politik sucht die Pforte eine Versöhnung mit den Albanern anzubahnen, was für Montenegro unvorteilhaft ist. Wenn letzteres wirklich ein Einvernehmen mit der Türkei und nicht einen Vorwand zu einem Bruche sucht, warum wendet man sich in Cettinje nicht an Rußland, um von uns in der Frage des Abgrenzungsprotokolls des Jahres 1908 unterstützt zu werden — wie dies anläßlich der Verhandlungen über den See von Skutari, über die Eisenbahn Antivari—Skutari und die Malissoren im vorigen Sommer geschehen ist?

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1912. — Nr. 17.

Poincaré teilt mir soeben schriftlich mit, daß der französische Botschafter in Konstantinopel beauftragt worden ist, sich im Einvernehmen mit Tcharykoff mit der türkischen Regierung über eine Modifikation des Abkommens vom Jahre 1900 auszusprechen[1]). Poincaré fügt hinzu, die französische Regierung sei sehr befriedigt, uns in dieser Frage unterstützen zu können, und

[1]) Siehe Kapitel über Meerengen.

er bittet Sie, ihn über unsere Verhandlungen mit der Türkei auf dem laufenden zu halten.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 42.

Bei dem heutigen diplomatischen Empfange hat mir der Außenminister folgende Mitteilung gemacht, die er mich bittet als streng persönlich und vertraulich zu betrachten. Obwohl unserem Wunsche gemäß die Erörterung einiger Fragen, u. a. auch der kleinasiatischen Eisenbahnen, verschoben worden ist, so fragte er bei mir an, ob wir in Anbetracht des Umstandes, daß die französischen Vorarbeiten auf den in Aussicht genommenen Strecken bald beendet sein werden, der türkischen Regierung nicht mitteilen wollen, an welchen Punkten wir eine Verbindung zwischen dem russischen und türkischen Eisenbahnnetz herzustellen wünschen und welches unsere Ansicht hinsichtlich der mit diesen Bahnen verbundenen kommerziellen Fragen ist. Dabei wies der Minister darauf hin, daß es für die Türkei wünschenswert sei, unsere Zustimmung zu der Erhöhung der türkischen Zollgebühren bis zu 15 % und zur Steuer Temetu zu erhalten. Eine solche Erklärung unsererseits würde es der Türkei erleichtern, ein Einvernehmen mit uns herzustellen, welches der endgültigen Regelung der französischen Projekte vorherzugehen hat. Ich habe erwidert, daß ich beauftragt sei, die persönlichen und vertraulichen Erklärungen des Ministers entgegenzunehmen, daß ich aber hinsichtlich meiner Antwort um Instruktionen meiner Regierung einkommen muß. Ich erinnerte daran, daß die durch Rußland im Jahre 1900 erworbenen Rechte der Deutschland gewährten Konzession der Bagdadbahn entsprechen. Wir wollen unsern Nachbar nicht in der gleichen Weise ausnützen, wir könnten jedoch auf unsere Rechte nicht verzichten, ohne unsere mit den kleinasiatischen Bahnen verbundenen kommerziellen Interessen zu wahren, hauptsächlich in Nordpersien und im Hinblick auf die neue Konzession des Hafens von Alexandrette zugunsten der Bagdadbahngesellschaft.

Ich halte es für günstig, daß der Minister die Initiative in dieser Frage ergriffen hat und die Notwendigkeit einsieht, sich mit uns zu verständigen, ehe die französischen Projekte an-

genommen werden. Ich halte es für angebracht, dem Minister das Maximum unserer Forderungen bezüglich der kleinasiatischen Eisenbahnen mitzuteilen; wir müssen ihm jedoch nicht direkt erklären, daß wir uns dem Bau von Eisenbahnen in der bekannten Zone widersetzen werden, sondern wir müssen derartige Bauten von Bedingungen abhängig machen, die unsere Interessen völlig sicherstellen würden. Unter anderem kann man fordern, daß die Linie Kars—Erzerum gleichzeitig mit der Linie Siwas—Erfingian gebaut wird, was den Türken Bedenken gegen die letztere Linie einflößen dürfte. Die Erbauung der Linie Trapezunt—Erzerum—Bajasid könnte man erst zulassen, wenn unsere kommerzielle Vorherrschaft in Nordpersien gesichert sein wird. Unsere Zustimmung zur Erhöhung der Zollgebühren und zum Temetu könnte die Pforte veranlassen, uns in Eisenbahnfragen entgegenzukommen. Die Türken werden entschieden versuchen, mit uns zu handeln, aber unter den obwaltenden Umständen und vom Pariser Kabinett unterstützt werden wir zweifelsohne die stärkere Seite sein.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 3./16. Februar 1912. — Nr. 230.

Ehe Sie dem Außenminister eine sachliche Antwort auf seine Eröffnung machen, geben Sie der Pforte folgendes zu verstehen: 1. Den Ausgangspunkt von Verhandlungen kann bloß die durch das Abkommen des Jahres 1900 geschaffene Lage bilden; von einer Verbindung der Eisenbahnnetze in Kleinasien kann folglich erst gesprochen werden, nachdem die hauptsächlichsten Grundlagen hinsichtlich der Richtung und der Erbauung dieser Linien festgelegt sein werden. Diese Fragen haben in dem dritten Absatze des Abkommens von 1900 Ausdruck gefunden: „Beim Bau der Linien wird man von beiden Seiten die gemeinsamen kommerziellen Interessen der beiden Staaten in Betracht ziehen müssen."

2. Was die vierprozentige Zollerhöhung anbelangt, so sind alle Staaten an ihr interessiert, und wir können uns nicht einseitig der Türkei gegenüber binden, um so weniger, als wir nicht wissen, welchem Zwecke die überschüssigen Mittel dienen werden. Dies wäre eine so große Konzession unsererseits, daß wir auf

einer besonderen Kompensation zu unseren Gunsten bestehen müssen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 6./19. Februar 1912. — Nr. 53.

Ihr Telegramm Nr. 230 erhalten. Ich habe heute dem auswärtigen Minister gesagt, ich sei beauftragt worden, ihm zu erklären, daß wir den Grundsatz „der Berücksichtigung der gemeinsamen kommerziellen Interessen der beiden Staaten" festgelegt zu sehen wünschen, ehe wir uns einverstanden erklären, mit der Pforte Verhandlungen über die kleinasiatischen Bahnen aufzunehmen. Deshalb handelt es sich jetzt darum, die Linien und ihre Erbauungsart festzustellen. Nach einigem Zögern hat der Minister diesen Standpunkt angenommen. Er wird den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlassen, die französischen Unternehmer um Mitteilung von Einzelheiten zu ersuchen, und diese dann zu unserer Kenntnis bringen. Wir haben mit Assim Bei verabredet, daß unser Meinungsaustausch jetzt privater Natur ist und daß erst später offizielle Verhandlungen geführt werden sollen. Es stellte sich heraus, daß Assim Bei diesen Gedankenaustausch infolge des Drängens der französischen Unternehmer begonnen hat. Die Vorarbeiten werden in zwei Wochen nach Paris dem dortigen Syndikate mitgeteilt werden. Letzteres wird dann das Weitere beschließen und das Projekt entweder zurückbehalten oder der hiesigen Regierung unterbreiten. Es erscheint mir nötig, auf die französischen Unternehmer einzuwirken, damit sie ihre Antwort unsern Wünschen anpassen, denn es wäre vorteilhaft, wenn das französische Syndikat selbst einen ungünstigen Bericht über diejenigen Linien erstatten würde, die für uns unvorteilhaft sind. Besonders große technische Schwierigkeiten bietet die Linie Trapezunt—Erzerum. Der Direktor der Ottomanischen Bank, Révoil, hilft uns in jeglicher Hinsicht. Lamornet hat mir mitgeteilt, daß der ursprüngliche Kostenanschlag des Syndikates um 22 % erhöht werden wird, da die Arbeitskräfte viel teurer geworden sind. Die Ernennung Djavid Beis, der uns geneigt ist und die Gunst der Franzosen zu gewinnen sucht, ist uns sehr günstig. Es ist wünschenswert, daß der französische Botschafter möglichst bald hierher zurückkehrt.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Februar 1912. — Nr. 54.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 53. Ich habe von mir aus dem Minister erklärt, wie sehr wir darauf bestehen müssen, daß unsere ökonomische Vorherrschaft in Nordpersien gesichert wird, und zwar nicht gegen türkische, sondern gegen ausländische Konkurrenz; für letztere würde die Erbauung einer Eisenbahn durch türkisches Territorium in der Richtung der kaukasischen Grenze und nach Persien eine große Erleichterung bedeuten. Auf die Frage des Ministers, ob wir mit dem französischen Tracé einverstanden sind, erwiderte ich, daß meine Regierung diese Frage zur rechten Zeit beantworten wird. Ich bin überzeugt, daß die Türken sich keine Illusionen über die Art unserer Forderungen machen und daß es sich bei den neuen Verhandlungen hauptsächlich darum handeln wird, eine Formel zu finden, welche es den Türken ermöglicht, uns zu befriedigen und gleichzeitig ihre eigne Ehre zu retten. Da der Minister nicht mehr auf die Zollerhöhung zurückkam, ist diese Frage aus den Verhandlungen gänzlich ausgeschaltet, und wir bewahren vollkommene Handlungsfreiheit. Assim Bei teilt dem französischen Vertreter unsere Verhandlungen mit, welche dieser telegraphisch nach Paris weitergibt. Auf diese Weise ermöglichen es die Türken der französischen Regierung, uns in dieser Frage ihre tatkräftige Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. Februar 1912. — Nr. 58.

Der französische Geschäftsträger hat aus seiner Unterredung mit dem Außenminister den Eindruck gewonnen, daß die türkische Regierung die von uns vorgeschlagene Verhandlungsweise anzunehmen bereit ist. Außerdem scheint Assim Bei verstanden zu haben, daß wir unsere Vorherrschaft in Nordpersien sichern müssen; deshalb scheint er geneigt zuzugeben, daß die in Frage kommenden französischen Linien erst gebaut werden, nachdem unser Eisenbahnnetz in Nordpersien fertiggestellt sein wird. Es scheint mir, daß, statt die Erörterung der Richtung und Erbauungsart der Eisenbahnen in der verbotenen Zone noch lange hinaus-

zuschieben, die Türken es vorziehen würden, jetzt schon auf die Erbauung einiger uns nicht genehmen Linien zu verzichten, so z. B. auf die Linie Erzerum—Bajasid, und die Erbauung von andern Linien aufzuschieben, wie z. B. Trapezunt—Erzerum oder sogar Erzerum—Ersingian. Die Franzosen glauben, die Türken müssen auf der schleunigen Erbauung der Linie bis Erzerum und von Diarbekir nach Bitlis bestehen. Auf eine eventuelle Frage Djavid Beis werden die Franzosen antworten, daß die Resultate der Vorarbeiten der Pforte bald mitgeteilt werden, d. h. nach Empfang der erbetenen Instruktionen aus Paris. Aus technischen Gründen wird die Bahn Erzerum erst 10 Jahre nach Beginn der Arbeiten auf der Linie Samsun—Siwas erreichen können.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. März 1912. — Nr. 46.

Graf Vitali hat mir mitgeteilt, daß infolge der dringenden Anfrage der Pforte das Syndikat genötigt ist, Montag seine Projekte mitzuteilen. Aus diesen werden absichtlich wichtige Einzelheiten und Zahlen weggelassen werden, um die Verhandlungen möglichst hinausschieben zu können.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 21. Februar/5. März 1912. — Nr. 88.

Ich bin überzeugt, daß der Wunsch des jetzigen türkischen Kabinetts, ein Einvernehmen mit uns zu erzielen, so groß ist, daß es die Mitteilung des Ergebnisses der französischen Vorarbeiten nicht abgewartet hat, und daß die uns jetzt mitgeteilten Desiderata das Maximum der türkischen Forderungen darstellen. Diese Handlungsweise gibt uns die Möglichkeit, auf unserem Grundsatze der Berücksichtigung der gemeinsamen kommerziellen Interessen zu bestehen. Unsere Zustimmung zur Vereinigung der Linien zwischen Kars und Erzerum, was die Türken befürchten, gibt uns ein neues Mittel, jetzt auf sie einen Druck auszuüben und in Zukunft unser kommerzielles Übergewicht im östlichen Teile von Anatolien sicherzustellen. Die Verhandlungen

mit französischen Unternehmern bestätigen die Absicht der Türkei, die Konzessionen ihnen und nicht jemand anderem zu erteilen. Hierzu werden die Türken durch ihre finanzielle Lage und durch die Notwendigkeit, bei den Dreiverbandmächten Unterstützung zu suchen, gezwungen. Der Bericht der französischen Unternehmer wird dank der Unterstützung Révoils, der in streng vertraulicher Weise auf die Entschließungen des Syndikates einwirkt, sehr pessimistisch sein, hauptsächlich in finanzieller Hinsicht, und wird der türkischen Regierung zu beweisen suchen, daß man die Erbauung des Eisenbahnnetzes in verschiedene Sektionen teilen muß; von der Erbauung der Linie östlich der Bahn Samsun—Siwas—Kharput oder wenigstens östlich von Erzingian müsse man einstweilen absehen und vor allem müsse man nicht eher die Linie Trapezunt—Erzerum bauen, bis die genannte Hauptlinie ertragreich sein wird. Diese Berichte sollen in 14 Tagen erstattet werden. Ich denke, wir warten dessen gute Wirkung ab, ehe wir dem türkischen Außenminister eine Antwort auf seine gestrige Mitteilung geben.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel Giers an den russischen Außenminister vom 17./30. April 1912. — Nr. 189.

Assim Bei hat mir gestern über seine Verhandlungen mit meinem Vorgänger Erklärungen abgegeben. Letzterer hat sich auf den Standpunkt der gegenseitigen kommerziellen Interessen gestellt und bewiesen, daß Rußland, welches mit Mühe die nordpersischen Märkte erobert habe, nicht zulassen könne, daß seine ausländischen Konkurrenten die persischen Eisenbahnen dazu benutzen, um es aus Persien zu verdrängen. Auf Grund dieser Erwägungen hat Assim Bei Tcharykoff mitgeteilt, welche Linien die Türkei im Laufe von acht Jahren zu bauen beabsichtige, und hat auf unsere Antwort gewartet.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich die Ansicht meines Vorgängers vollkommen teile. Die Unterredungen zwischen ihm und dem türkischen Außenminister hätten, wie verabredet, einen persönlichen, vorbereitenden Charakter gehabt; jetzt aber habe die Pforte, ohne uns davon zu verständigen, in der Thronrede diese Verhandlungen offiziell erwähnt. Ich fragte den Minister, von welchen Verhandlungen eigentlich in der Thronrede ge-

sprochen werde. Assim Bei antwortete mir sehr verwirrt, er habe geglaubt, es handle sich um vorbereitende Verhandlungen. Ich lenkte wieder seine Aufmerksamkeit auf den durchaus vertraulichen Charakter derartiger Gespräche und fügte hinzu, ich wäre bereit, den Meinungsaustausch wiederaufzunehmen, doch müsse die türkische Regierung im Auge behalten, daß die Erbauung der Eisenbahnen von früher festgelegten Bedingungen abhängt; letztere sind aber auch jetzt noch in Kraft. Den türkischen Wünschen entsprechend seien wir bereit, diese Bedingungen zu modifizieren, doch möchten wir wissen, welche Garantien wir als Kompensation für unser Entgegenkommen erhalten werden. Wir erwarteten diesbezügliche schriftliche Vorschläge. Assim Bei erwiderte, er müsse diese Frage zuerst mit dem Großwesir und dem Verkehrsminister besprechen. Was die verbotene Zone anbelangt, so habe ich diese Frage gar nicht berührt.

Ich glaube in dieser ersten Unterredung erreicht zu haben, daß wir aufs neue die Gültigkeit des Übereinkommens des Jahres 1900 bestätigt haben und daß im Laufe der weiteren Verhandlungen die Türkei von uns nicht mehr eine Antwort hinsichtlich der von ihr in Vorschlag gebrachten Eisenbahnlinien erwarten kann; ich habe mich über diese Linien gar nicht geäußert, und wir sind berechtigt, von der Türkei Vorschläge einer Revision des Abkommens von 1900 zu erwarten.

Achtes Kapitel.

Die Ententemächte und die Bagdadbahn.

Protokoll der Sitzung des russischen Ministerrats vom 1. Februar 1907 bezüglich des Abschlusses eines Vertrages mit England über persische Fragen, unter besonderer Berücksichtigung der Bagdadbahn.

Bei Eröffnung der Sitzung brachte der Außenminister in Erinnerung, daß die Frage eines Übereinkommens mit England über persische Fragen bereits erörtert worden ist, aber ausschließlich aus Anlaß eines Darlehens, das der persischen Regierung gewährt werden sollte. Diesmal handle es sich darum, sich über den Vorschlag der englischen Regierung, Persien in Interessensphären zu teilen, schlüssig zu werden. Bis in die letzte Zeit hat dieser Gedanke in der russischen öffentlichen Meinung keine Zustimmung gefunden, und in Regierungskreisen war man sogar überzeugt, daß Persien ganz unter russischen Einfluß fallen und Rußland bis zum Persischen Meerbusen vordringen müsse, wobei es nötig werden würde, eine transpersische Eisenbahn zu bauen und an den Ufern des genannten Meerbusens eine befestigte Kopfstation zu errichten. Die Ereignisse der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, daß dieser Plan unerfüllbar sei, und haben bewiesen, daß alles vermieden werden muß, was zu einem Konflikt mit England führen könne. Das beste Mittel hierzu sei eine Abgrenzung der Interessensphären in Persien. Der Außenminister erklärt sich für einen überzeugten Anhänger dieses Standpunktes und möchte die Meinung der anwesenden Minister über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Politik kennen, ehe die Versammlung in die Beratung der von England gemachten Vorschläge eintritt. Der Ministerrat nahm das Prinzip der Interessen-

sphären als einzig mögliche Grundlage für ein Abkommen mit England an, worauf der Außenminister auf den engen Zusammenhang dieser Frage mit der Bagdadbahn hinwies. Ein Vertrag mit England kann zu den erwarteten Resultaten nur dann führen, wenn dieses Abkommen keine Einwendungen von seiten Deutschlands hervorruft. Wie die Ereignisse in Marokko bewiesen haben, mißtraut Deutschland allen Vereinbarungen, die ohne sein Wissen abgeschlossen werden und die in irgendeiner Weise seine Lage als Weltmacht berühren können. Derartige Befürchtungen unsererseits sind um so mehr begründet, als Deutschland bereits seine Aufmerksamkeit auf Persien gelenkt hat und augenscheinlich beabsichtigt, sich daselbst wichtige Interessen zu schaffen. Dies wird ferner durch den Umstand bestätigt, daß die Möglichkeit eines Abkommens zwischen Rußland und England in Deutschland lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat. Letztere ist durch Erklärungen der russischen Regierung in Berlin beigelegt worden. Wir haben zu verstehen gegeben, daß Rußland keine Verpflichtungen übernehmen wird, ohne sich vorher mit Deutschland verständigt zu haben, wenn das in Aussicht genommene Abkommen die deutschen Interessen in irgendeiner Weise berühren sollte. Um sich aber vollständig zu sichern, wird es nötig sein, sich mit unserem westlichen Nachbar endgültig zu verständigen und bis zu einem gewissen Grade unsere gegenseitigen Interessen abzugrenzen. Eine solche Verhandlungsbasis bietet die Bagdadbahn, die Rußland bis jetzt auf alle mögliche Weise zu verhindern gesucht hat, wobei es sich auf Frankreich und England stützte. Deshalb muß der Ministerrat jetzt beschließen, ob es für Rußland vorteilhaft sei, von jetzt ab auf eine derartige Politik zu verzichten.

Der Finanzminister wies darauf hin, daß die Gerüchte über weitgehende ökonomische Absichten Deutschlands in Persien stark übertrieben seien. Seinen Informationen zufolge sind die deutschen Banken, die speziell die deutschen Unternehmungen in Asien finanzieren, derart in Anspruch genommen, daß sie kaum imstande sind, sich neuen Unternehmungen in Persien zuzuwenden, um so weniger, als die beständigen Unruhen im Iran kaum günstige Vorbedingungen für Handel und Industrie schaffen. Zwar haben sich einige deutsche Großbanken zu einem neuen Institut, der „Orientalischen Bank", zusammengeschlossen und be-

absichtigen eine Filiale in Teheran zu eröffnen, aber soweit bekannt, hat die Tätigkeit dieses Institutes in Persien eher informatorischen Charakter, um festzustellen, welche persischen Märkte in Zukunft für Deutschland in Betracht kommen könnten. Immerhin kann die Tatsache deutscher Interessen in Persien nicht geleugnet werden, und das vom Außenminister erwähnte Einverständnis mit Deutschland ist daher entschieden wünschenswert. Was die Bagdadbahn anbelangt, so wiederholt Kokowzew, daß alle seine früheren Einwendungen gegen diese Bahn auch jetzt noch Gültigkeit haben. Als wichtige Transitlinie zwischen Westeuropa und Indien, welche teilweise die Seeverbindungen ersetzen soll, umgeht diese Bahn unser Gebiet und läßt uns folglich an den Vorteilen des Transitverkehrs nicht teilnehmen. Außerdem wird die Bagdadbahn die Fruchtbarkeit der von ihr durchschnittenen Gebiete Kleinasiens und Mesopotamiens unbedingt erhöhen und auf diese Weise eine neue Konkurrenz für den russischen Getreideexport bedeuten. Eine besondere Gefahr für unsere Herrschaft in Nordpersien bedeuten die Zweiglinien in der Richtung der persischen Grenze, welche deutschen und englischen Industrieprodukten den Zugang zu unserer ökonomischen Interessensphäre ermöglichen werden.

Man kann sich jedoch nicht verhehlen, daß wir nicht die Möglichkeit haben, die Erbauung der Bagdadbahn zu verhindern oder sie lange hinauszuschieben. Das einzige uns zur Verfügung stehende Mittel — die Einwirkung auf Frankreich — ist nicht verläßlich, und es würde uns kaum gelingen, das französische Kapital von der Teilnahme an diesem Unternehmen zurückzuhalten.

Ebenso muß man den Gedanken aufgeben, mit der Bagdadbahn durch die Erbauung einer neuen Linie konkurrieren zu können, die die russischen Eisenbahnen mit Indien durch Afghanistan verbindet. England wird ohne Zweifel eine solche Linie für gefährlicher als die Bagdadbahn halten. Wir müssen uns folglich mit dem Gedanken der Bagdadbahn aussöhnen und von Deutschland Kompensationen zu erlangen versuchen. Auf alle Fälle hält es der Minister nicht für wünschenswert, daß Rußland sich an der Bagdadbahn beteiligt. Unsere finanzielle Lage erlaubt uns nicht, uns aktiv zu beteiligen; eine fiktive Beteiligung jedoch durch ein privates Kreditinstitut oder durch eine französische

Kapitalistengruppe gibt uns keine Vorteile. Hierauf bemerkte der russische Botschafter in London, daß England bisher bei der Internationalisierung der Bagdadbahn stets an eine russische Beteiligung gedacht hat; unser Verzicht könne dieser ganzen Frage eine andere Wendung geben.

Der Handelsminister glaubt, daß eine russische Obstruktion in der Bagdadbahnfrage nur dann von Bedeutung sei, wenn man die Herstellung der Bahn auf mehrere Jahrzehnte hinausschieben könne. Da dies nicht erreichbar, so sei es wünschenswert, möglichst vorteilhafte Kompensationen für unsere Zustimmung zu erhalten.

Die Bagdadbahn ist den russischen Interessen so schädlich, daß man kaum hoffen darf, Kompensationen zu erhalten, die für uns von realer Bedeutung wären. Man muß sich daher damit begnügen, den uns zugefügten Schaden nach Möglichkeit zu verringern. In dieser Hinsicht muß man zwischen der Hauptlinie und den Zweigbahnen unterscheiden, die sich der persischen Grenze nähern. Für die russischen Interessen bedeutet die Hauptlinie die Konzentrierung des Transites aus Europa zum Persischen Meerbusen. Dieser Transit berührt, seitdem der Kaukasus im Jahre 1883 geschlossen worden ist, auch jetzt nicht Rußland, so daß unsere Verluste jetzt nur indirekte sein würden. Die erwähnten Zweiglinien jedoch, besonders die persisches Territorium berühren, bedeuten für uns eine direkte Bedrohung, da sie die nordpersischen Märkte, wo wir bis jetzt geherrscht haben, für ausländische Waren öffnen würden. Deshalb müßten in den bevorstehenden Verhandlungen mit England und Deutschland folgende Bedingungen zugunsten Rußlands festgesetzt werden:

1. Deutschland garantiert, daß in der Richtung der persischen Grenze, z. B. Khanekin, keine Zweiglinien gebaut werden sollen.

2. England und Deutschland müßten uns unterstützen, um die von der persischen Regierung bis zum Jahre 1910 übernommene Verpflichtung zu erneuern, daß Persien im Norden keine Bahnen bauen wird oder daß solche nur mit unserer Zustimmung, folglich auch unter Wahrung unserer Interessen, gebaut werden sollen.

3. Das Abkommen des Jahres 1900 mit der Türkei über Eisenbahnbauten in Kleinasien muß zu unseren Gunsten weiter ausgebaut werden.

Die Vertreter des Kriegsministeriums und des Generalstabes bestätigen einstimmig die Unvereinbarkeit der Bagdadbahn mit russischen strategischen Interessen; die Vorteile, die der Türkei durch diese Bahn erwachsen würden, können nur durch eine entsprechende Entwicklung unseres kaukasischen Eisenbahnsystems und eine entsprechende Verstärkung unserer Truppen in den Grenzgebieten aufgehoben werden. Von andern Staaten können wir in militärischer Hinsicht keine Kompensationen erhalten. Immerhin sind sie der Ansicht, daß wir unter gewissen Bedingungen unsere Zustimmung zur Bagdadbahn geben können.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 6./19. Dezember 1907.

Ich habe mit lebhaftem Interesse Ihre beiden Briefe vom 6./19. November gelesen, in denen Sie über den Gedankenaustausch über die Bagdadbahn berichten, der neulich in Windsor zwischen Kaiser Wilhelm und Baron Schön einerseits und der englischen Regierung andererseits stattgefunden hat. Ich schätze ganz außerordentlich die Haltung Sir Edward Greys und die liebenswürdige Mitteilung, die er Ihnen hat zukommen lassen.

Ich bitte Sie, dem Minister meinen besten Dank zu übermitteln, und benutze diese Gelegenheit, um Ihnen in einigen Worten den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung in der Bagdadbahnfrage darzulegen.

[1] Wie in England und Frankreich, so hat auch in Rußland das deutsche Projekt keine Sympathien gefunden. Ohne von der strategischen Bedeutung dieses Unternehmens zu sprechen, betrachten wir mit Unruhe den Einfluß, den eine solche Bahn in den türkischen Nachbarprovinzen des Kaukasus, des Schwarzen Meeres und Persiens ausüben würde. Hauptsächlich jedoch hat uns der Einfluß auf Persien beunruhigt, denn wir können nicht den geringsten Zweifel haben, daß die Erbauung der Bagdadbahn und eine eventuelle Verbindung mit zukünftigen Eisenbahnen in Persien dieses Land dem deutschen politischen Einfluß und seinen kommerziellen Unternehmungen eröffnen würde.

Wenn England und Frankreich in dieser Frage eine völlige Handlungsfreiheit bewahrt haben, so ist Rußlands Stellung nicht ganz die gleiche, da das Petersburger Kabinett bei Beginn der russisch-englischen Verhandlungen Berlin die Zusicherung gegeben hat, keine Verpflichtung zu übernehmen, ohne sich vorher mit Berlin in freundschaftlicher Weise verständigt zu haben.

Es ist ganz natürlich, daß unsere spezielle Stellung zu Deutschland zu einem Meinungsaustausch geführt hat, der ausschließlich den Zweck verfolgte, unsere vitalen Interessen in Persien sicherzustellen; hat doch selbst England diese Interessen in der mit uns abgeschlossenen Konvention als berechtigt anerkannt. Was Deutschland anbelangt, so wollte es uns von unserem grundsätzlichen Widerstand gegen diese Unternehmung abbringen, und in der Tat haben die finanziellen und technischen Seiten dieser Frage nie den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Petersburg und Berlin gebildet.

Ich beeile mich hinzuzufügen, daß die Verhandlungen zu keinem Resultat geführt haben und daß Rußland keine Verpflichtung übernommen hat, außer der obenerwähnten, die ja den Kabinetten von London und Paris bereits bekannt ist.

Dies war die Lage, als wir Sir Edward Greys Mitteilung vom 5./18. November erhalten haben. Sie gibt uns die Hoffnung, daß das Berliner Kabinett in allernächster Zeit mit den drei am meisten interessierten Mächten in Verhandlungen über den Bau der Bagdadlinie eintreten wird; dadurch wird eine neue Lage geschaffen, die von der Kaiserlichen Regierung ernstlich geprüft werden muß.

Ich will hinzufügen, daß wir das Resultat dieser Prüfung dem Londoner Kabinett mitteilen werden und daß die freundschaftliche Haltung, die letzteres uns gegenüber eingenommen hat, einen wirksamen Einfluß auf unsere Entschließungen haben wird.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in London vom 5./18. November 1909.

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, haben zwischen der Türkei und Deutschland neue Verhandlungen über die Bagdadbahn stattgefunden. Der englische Minister Churchill, der mit

Mahmud Pascha auf den Manövern in Deutschland zusammengetroffen war, hat diesem mitgeteilt, daß eine englische Gruppe die Absicht habe, von der Pforte eine Konzession für den Bau einer Bahn Bagdad—Koweit zu erbitten, und zwar ohne jegliche Garantie. Eine ähnliche Mitteilung scheint gleichzeitig auch dem türkischen Botschafter gemacht worden zu sein. Die türkische Regierung hat aus politischen Erwägungen die Zustimmung zu diesem Vorschlage schwierig gefunden; in der Annahme jedoch, daß England auf seinem Vorschlag bestehen und im türkischen Parlament Unterstützung finden wird, hat sie Deutschland um Rat gefragt. Hierbei will man dem Berliner Kabinett zu verstehen geben, daß die Pforte der englischen Regierung zu erklären beabsichtige, daß die deutsche Bagdadbahn-Gesellschaft eine derartige Konzession bereits erhalten habe, daß aber die Türkei bereit sei, Mittel und Wege zu finden, um England und sogar Frankreich die Teilnahme an dem Bahnbau Persischer Golf—Bagdad zu ermöglichen, und zwar unter denselben Bedingungen wie Deutschland, und ebenso um diesen drei Mächten eine Kontrolle über diese Linie einzuräumen. Deutscherseits hat man sich bereit erklärt, in diesem Sinne auf die Bagdadbahn-Gesellschaft einzuwirken, aber unter der Bedingung, daß die Abmachungen hinsichtlich der Zweiglinie Bulgurlu—Halif und ebenso die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen genau eingehalten werden. Augenscheinlich macht die türkische Regierung keine Einwendungen.

Memorandum der englischen Botschaft in Petersburg vom 6./19. November 1909.

Die russische Regierung hat davon Kenntnis, daß vor einigen Wochen Sir G. Lowther die Pforte um eine Eisenbahnkonzession gebeten hat, die den Persischen Golf mit Bagdad durch das Tal des Tigris verbinden würde; gleichzeitig hat man um ein Vorzugsrecht gebeten, das Mittelmeer mit Bagdad durch die Verlängerung der genannten Linie längs des Euphrats zu verbinden.

Es wird der russischen Regierung in gleicher Weise bekannt sein, daß die englische Regierung der vierprozentigen Erhöhung der türkischen Zölle unter gewissen Bedingungen zugestimmt hat, unter anderm unter dem Vorbehalt, daß keine Kilometer-Garan-

tien aus der Einnahme dieser Erhöhung bestritten werden sollten, und daß eine schriftliche Verpflichtung in diesem Sinne von Deutschland durch die türkische Regierung verlangt werden wird. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß eine derartige Versicherung gegeben werden kann, denn die Bagdadbahn-Gesellschaft ist sich dessen bewußt, daß keine Kilometer-Garantien bezahlt werden können, wenn die Mächte nicht ihre Zustimmung zu der Erhöhung geben und wenn nicht wenigstens ein Teil dieser Einnahmen für die Kilometer-Garantien verwandt wird.

Vor ein paar Tagen benachrichtigte Herr Gwinner Mr. Babington Smith, daß er jetzt bereit ist, folgende Bedingungen anzunehmen:

1. Englische Kontrolle über den Sektor Bagdad—Persischer Golf.

2. Dieser Sektor wird mit englischem Material und durch englische Unternehmer erbaut.

3. Nichtenglische Interessen nehmen an diesem Sektor nur in unbedeutendem Maße teil.

4. Die Eisenbahn nördlich von Bagdad hängt in keiner Weise von der britischen Gruppe ab.

Sir Edward Grey hat Graf Metternich benachrichtigt, daß die englische Regierung ihre Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Zolles nicht geben könne, wenn man nicht zu einem Übereinkommen hinsichtlich der Bagdadbahn gelangt; er wies auch darauf hin, daß die Notwendigkeit, Rußland und Frankreich zu einer Beteiligung aufzufordern, es für die englische Regierung schwierig mache, sich an der Eisenbahn zu beteiligen. Grey hat jedoch soeben erfahren, daß die deutsche Regierung möglicherweise auf alle ihre Rechte, die Bahn südlich von Bagdad fortzusetzen, zugunsten Englands verzichten wolle, welch letzteres in diesem Falle ein Übereinkommen mit der Türkei hinsichtlich der Bahn Bagdad—Persischer Golf treffen könne. Dies ist für die englischen Interessen in Mesopotamien außerordentlich wichtig und ist eine Erwägung, auf welcher die englische Regierung stets bestanden hat. Die anderen Mächte, auch Rußland, sind augenscheinlich geneigt, der Erhöhung der türkischen Zölle bedingungslos zuzustimmen; die englische Regierung wird wahrschein-

lich dasselbe tun, wenn Deutschland in den eben erwähnten Punkten nachgibt.

Eine deutsche Linie nördlich von Bagdad interessiert die englische Regierung viel weniger als eine Bahn in einer anderen Richtung von Bagdad nach dem Westen.

Ein Entschluß in dieser Frage muß gefaßt werden, da es sich um die Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle handelt. Die englische Regierung kann sich nicht allein der Zollerhöhung widersetzen, und wenn diese einmal zugestanden ist, so wird es kein Hindernis mehr für den Bau der Bagdadbahn durch Deutschland geben.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 10./23. November 1909.

Streng vertraulich. Der englische Botschafter hat mir ein Memorandum überreicht, aus dem zu ersehen ist, daß sich zwischen England und Deutschland ein Einvernehmen bezüglich der Bagdadlinie anbahnt, welches uns veranlaßt, diese Frage einer erneuten Prüfung zu unterwerfen. Deutschland überläßt England alle seine Rechte hinsichtlich der Linie Bagdad—Persischer Golf, unter der Bedingung, daß England auf die Linie nördlich von Bagdad verzichtet.

Die englische Regierung ist augenscheinlich bereit, den deutschen Vorschlag anzunehmen und ihrerseits der türkischen Zollerhöhung zuzustimmen; dadurch erteilt England seine Zustimmung zur Kilometer-Garantie aus den durch die Zollerhöhung flüssig werdenden Mitteln.

Aus dem englischen Memorandum ist nicht genau ersichtlich, ob England seinem früher gegebenen Versprechen, über diese Frage gemeinsam zu vieren zu verhandeln, jetzt auszuweichen sucht.

Immerhin muß man im Auge behalten, daß diese Frage im Falle der englisch-deutschen Verhandlungen eine ganz neue Richtung einnehmen kann, und dieser Umstand veranlaßt uns, was die Bagdadbahn, die Kilometer-Garantie und die Zollerhöhung anbelangt, zu ganz besonderer Vorsicht.

Ich beabsichtige, diese Frage einer Ministerberatung zu unterbreiten, und bitte Sie, mich von Ihren Erwägungen und Vorschlägen in Kenntnis zu setzen.

Brief des englischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister vom 11./24 November 1909.

Nach unserer Unterredung am letzten Freitag habe ich meiner Regierung einige Ihrer Bemerkungen mitgeteilt, die Sie selbst nur als Ihre ersten Eindrücke, nicht als Ihre endgültige Ansicht bezeichnet haben. Ich habe nun von Sir Edward Grey weitere Erklärungen erhalten, die, wie ich hoffe, alle Unklarheiten aufklären werden. Vor allem wünsche ich zu betonen, daß mit der deutschen Regierung nichts abgemacht worden ist und noch keine Verhandlungen stattgefunden haben. Meine Regierung hat Deutschland nicht freie Hand gelassen; eine solche freie Hand hat es übrigens schon auf Grund der Konzession gehabt. Deutschland hofft die nötigen Mittel durch eine Zollerhöhung zu erhalten, und alle Mächte mit Ausnahme Englands sind augenscheinlich bereit gewesen, dieser Erhöhung zuzustimmen, ohne irgendeine Bedingung hinsichtlich der Bagdadbahn zu stellen. Meine Regierung mußte überlegen, welche Bedingungen zur Wahrung der englischen Interessen gestellt werden müßten. Dem deutschen Botschafter ist nichts weiter gesagt worden als das, was ich in meinem Memorandum vom 6./19. November mitgeteilt habe. Wie ich Ihnen in meinem Privatbrief vor 2 oder 3 Tagen sagte, hat meine Regierung, sowie sie die Vorschläge Gwinners erhielt, sie Ihnen mitgeteilt, und unsere Ansicht über die Bedingungen, die für Deutschland annehmbar wären, gründete sich auf die Äußerungen Gwinners und nicht auf irgendwelche Verhandlungen mit der deutschen Regierung, denn keine Verhandlungen haben stattgefunden. Es liegt meiner Regierung viel daran zu erfahren, unter welchen Bedingungen die russische Regierung sich an der Eisenbahn nördlich Bagdads beteiligen würde. Wir haben stets die Kontrolle und die Erbauung der Linie südlich von Bagdad beansprucht und können uns nicht mit weniger begnügen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bahn einmal gebaut werden wird, ob England oder Rußland sich daran beteiligt oder nicht; und aus diesem Grunde muß England

die jetzige Lage und die Gwinnerschen Vorschläge ernstlich prüfen: bevor aber etwas Weiteres geschieht, möchte Grey die Ansicht Rußlands kennen. Aus einem Grunde ist die Frage des südlichen Sektors der Bahn eine äußerst dringende. Die türkische Regierung beginnt Bewässerungsarbeiten südlich von Bagdad, und es ist wahrscheinlich, daß die Flüsse infolge Wassermangels unschiffbar werden. Der Flußtransport des englisch-indischen Handels, welcher mehr als 50 Jahre in englischen Händen gewesen ist, würde auf diese Weise völlig verlorengehen, ohne die Möglichkeit eines Ersatzes, bis die Eisenbahn gebaut ist.

Sie ersehen aus Obigem, daß meine Regierung Sie ohne Zeitverlust von den Gwinnerschen Vorschlägen in Kenntnis gesetzt hat; und daß sie keine Verhandlungen mit Deutschland begonnen und nichts abgeschlossen hat. Meine Regierung wünscht so bald wie möglich Ihre Ansicht über die Möglichkeit einer russischen Teilnahme an der Bahn nördlich von Bagdad zu kennen und ebenso die Bedingungen, unter denen Sie einer Zollerhöhung zustimmen würden.

Brief des englischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister vom 14./27. November 1909.

Um die Ihnen schon gemachten Mitteilungen zu vervollständigen, möchte ich noch sagen, daß die englische Regierung nichts weiter getan hat, als Sie und Paris von dem Inhalt der Gwinnerschen Vorschläge zu benachrichtigen, und letztere bisher noch nicht beantwortet hat. Diese Vorschläge stellen das Minimum dessen dar, was die englische öffentliche Meinung und englische Interessen befriedigen könnte, und um den südlichen Sektor zu erhalten, wäre meine Regierung bereit, auf ihre Interessen an der Bahn nördlich von Bagdad zu verzichten. Die britische Gruppe wünscht eine Konzession für eine Zweiglinie von Bagdad nach Khanekin zu erhalten, und obwohl meiner Regierung daran liegt, eine solche Konzession zu erhalten oder zusammen mit Rußland die betreffende Linie zu bauen, so hat sie sich doch jeglicher Schritte in dieser Frage enthalten und wird in dieser Hinsicht ohne Rußland nichts tun. Meine Regierung sieht ein, daß eine Bahnlinie, die zu einem Punkt an der Grenze der russischen Interessensphäre in Persien führt, russische Interessen berührt.

Die deutsche Regierung weiß, daß Gwinner bestimmte Vorschläge gemacht hat, aber meine Regierung will, daß die Verhandlungen auch weiter rein privater Natur bleiben. Wir möchten die Ansicht Rußlands kennen, die uns bisher durchaus unbekannt ist, da eine Entschließung hinsichtlich der türkischen Zollerhöhung nicht lange hinausgeschoben werden kann. Wir haben natürlich nichts dagegen, daß Deutschland die russischen Interessen in der russischen Einflußzone in Persien anerkennt; aber es könnte uns nicht gleich sein, wenn Rußland hierfür Deutschland Zugeständnisse in der neutralen Zone machen würde. Meine Regierung hat natürlich nichts gegen Verhandlungen zwischen Rußland und Deutschland hinsichtlich der Teilnahme Rußlands an der Bahn nördlich von Bagdad, aber die englische Regierung hofft, daß Rußland sie über die Verhandlungen auf dem laufenden halten wird.

Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 13./26. November 1909.

Ich habe Ihnen am 10./23. November über das mir vom hiesigen englischen Botschafter übergebene Memorandum Mitteilung gemacht. Beiliegend erhalten Sie eine Abschrift dieses Dokumentes, welches außer den Angaben über das in Aussicht genommene Abkommen zwischen England und Deutschland auch einige nicht ganz klare Hinweise enthält, aus welchen Gründen England und Deutschland ein Abkommen schließen müßten.

Ich will jedoch nicht auf Einzelheiten eingehen, die vielleicht richtiggestellt werden müßten, sondern halte es für nötig, auf die Grundlinien der ganzen Frage und die sich kreuzenden Einzelinteressen einzugehen.

Ihnen ist wohl erinnerlich, daß die Frage der Bagdadbahn, soweit diese unsere direkten Interessen berührt, im Jahre 1907 vom Ministerrat geprüft worden ist, da damals die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht zwischen uns und Deutschland ein besonderes Abkommen getroffen werden solle, welches nicht nur die eigentliche Frage der Bagdadbahn, sondern auch deren mögliche Entwicklung mit Bezug auf Eisenbahnbauten in Kleinasien überhaupt umfassen sollte. Die von uns ausgearbeiteten Gegenvorschläge sind damals der deutschen Regierung nicht mitgeteilt

worden, da es sich aus dem Gange der damaligen allgemeinen Verhandlungen ergeben hat, daß die außer Rußland am meisten interessierten Mächte, England und Frankreich, auf den Vorschlag des Londoner Kabinettes hin, die Ansicht vertraten, daß diese Frage von allen vier Mächten gemeinsam geprüft werden müsse. Für uns war diese Stellungnahme äußerst vorteilhaft, da damit die Wahrscheinlichkeit der Erbauung der Bagdadbahn in weite Ferne gerückt schien, und seitdem ist diese Frage in der Tat in unsern Verhandlungen mit Deutschland nicht weiter berührt worden.

Die mir in diesen Tagen von Nicolson übergebenen Schriftstücke enthalten keinen direkten Hinweis darauf, daß England sich jetzt entschlossen hat, seine Haltung der Bagdadbahn-Unternehmung gegenüber unabhängig von den Ansichten und Interessen Rußlands und Frankreichs festzulegen. Die Tatsache einer solchen Mitteilung beweist eher das Gegenteil, aber auf alle Fälle müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß England und Deutschland sich in dieser Frage verhältnismäßig leicht einigen werden. Und diese Erwägung veranlaßt auch uns, unsere eigenen Aufgaben ernstlich zu prüfen und unverzüglich Maßnahmen zum Schutze unserer Interessen zu ergreifen. Die Frage, ob wir auch in Zukunft den Gedanken von gemeinsamen Verhandlungen zu vieren beibehalten oder mit Deutschland einzeln verhandeln sollen — diese Frage wird wahrscheinlich schon in nächster Zeit beantwortet werden, nachdem wir uns hierüber mit dem Londoner Kabinett verständigt haben werden. Wenn ich Ihnen in meinem Telegramm besondere Vorsicht und Zurückhaltung anempfahl, so geschah dies in der Erwägung, daß wir uns völlige Handlungsfreiheit wahren wollen.

Was nun die Frage selbst anbelangt, so kreuzen sich in ihr drei verschiedene Interessen: die Bedeutung der Bahnlinie für uns, die Möglichkeit ihrer Erbauung mit Hilfe der Kilometergarantie und die Überlassung der durch die vierprozentige Zollerhöhung flüssig werdenden Mittel zu diesem Zwecke.

Die Bedeutung der Bagdadbahn in politischer, strategischer und ökonomischer Hinsicht, soweit Rußland in Betracht kommt, ist bereits erschöpfend geprüft worden. Unser Standpunkt bleibt derselbe: die Erbauung dieser Bahn wird für uns schädliche

Folgen haben, und wir müssen Maßnahmen treffen, um diese Wirkung abzuschwächen. Es wird kaum möglich sein, die Ausführung des deutschen Planes zu vereiteln, erstens, weil Deutschland schon so große Auslagen in diesem Unternehmen gemacht hat, zweitens, weil im Grunde genommen die französischen finanziellen Kreise dem Unternehmen wohlwollend gegenüberstehen, und drittens, weil England jetzt geneigt zu sein scheint, unter gewissen Bedingungen seine Zustimmung zu erteilen. Folglich handelt es sich jetzt hauptsächlich darum, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen wir uns bereit erklären können, uns dem deutschen Unternehmen nicht länger zu widersetzen. Dabei muß man bemerken, daß Deutschland jetzt augenscheinlich darauf verzichtet, seinen ursprünglichen Plan in seinem ganzen Umfange auszuführen, und wie jetzt England, so werden auch wir die Grenzen der deutschen Handlungsfreiheit bestimmen müssen, um unsere Interessen in der Türkei und in Persien zu schützen. Was die Kilometergarantie anbelangt, so wird ohne eine solche die Bahn kaum gebaut werden können. Auch wird es kaum möglich sein, eine andere Einnahmequelle der türkischen Regierung für diese Garantie heranzuziehen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die vierprozentige Zollerhöhung zu diesem Zwecke zu gebrauchen. Der Widerstand der Mächte in dieser Frage hat das deutsche Unternehmen vor unüberwindbare Schwierigkeiten gestellt. Unser weiterer Widerstand könnte die deutschen Absichten weiterhin hemmen. Eine Veränderung unseres Standpunktes in dieser Hinsicht kann von uns von der Nachgiebigkeit abhängig gemacht werden, die Deutschland in der Frage der Abgrenzung der gegenseitigen Interessen in Verbindung mit der Erbauung der Bagdadbahn an den Tag legen würde.

Auf diese Weise ergibt sich die Möglichkeit, die von der Türkei in Vorschlag gebrachte Maßnahme dazu zu benutzen, um bei Verhandlungen über die Bagdadbahn unsere eigenen sehr wichtigen Interessen in den östlichen Gebieten der Türkei zu fördern. Natürlich können diese Verhandlungen auch unabhängig von der Bagdadbahn geführt werden. Selbst wenn wir mit der Pforte ein Einvernehmen hinsichtlich der Zollerhöhung erzielen würden, so würde dies noch nicht die Frage der Kilometergarantie lösen: hier müssen noch weitere Verhandlungen mit uns hinzukommen.

Wenn wir uns andererseits mit Deutschland über die Bagdadbahn einigen, so wäre das Berliner Kabinett daran interessiert, unsere Verhandlungen mit der Türkei möglichst bald zu einem Abschlusse zu bringen, und es würde uns vielleicht helfen, einen Druck auf die Türkei auszuüben.

Dies sind die allgemeinen Erwägungen. Es ist Ihre Aufgabe, alle Seiten der aufgeworfenen Frage ernstlich zu prüfen und sie vom örtlichen Standpunkt aus gesehen zu beleuchten. Ich bitte Sie daher, uns Ihre Ansicht möglichst umgehend mitzuteilen.

Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 14./27. November 1909.

Um meinen Brief vom 13./26. November zu vervollständigen, erhalten Sie anbei die Abschrift einer neuen Mitteilung des hiesigen englischen Botschafters. Wie Sie sehen, gibt uns auch England jetzt keine deutliche Antwort, ob die Verhandlungen hinsichtlich der Bagdadbahn gemeinschaftlich geführt oder ob zwischen Deutschland und den übrigen Mächten Einzelverhandlungen stattfinden sollen. Ich habe nach Erhalt des englischen Schreibens dem Botschafter sofort geantwortet, daß die Konzession der Linie Bagdad—Khanekin der deutschen Gesellschaft bereits gewährt worden ist und daß deshalb kaum neue Verhandlungen mit der Pforte geführt werden können. Was die englischen Wünsche hinsichtlich der neutralen Zone anbelangt, so habe ich in durchaus freundschaftlicher Form die Aufmerksamkeit des Botschafters auf den Umstand gelenkt, daß wir bei etwaigen Verhandlungen mit Deutschland ziemlich große Handlungsfreiheit haben müssen, da Deutschland augenscheinlich auf Zugeständnissen von unserer Seite bestehen wird — ebenso wie England die Absicht hat, auf seine Anteilnahme an der Bahn im Norden von Bagdad zu verzichten. Was endlich Mitteilungen über unsere Verhandlungen mit Deutschland an England anbelangt, so habe ich dies natürlich versprochen, ebenso wie wir auch bisher alle diesbezüglichen Verhandlungen mit Deutschland England gegenüber nicht verheimlicht haben.

Brief des englischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister vom 18. November/1. Dezember 1909.

Unter Bezugnahme auf unsere früheren Unterredungen betreffend die Bagdadbahn beeile ich mich Ihnen mitzuteilen, daß keine Verhandlungen mit der deutschen Regierung stattfinden, sondern daß Gwinner einer englischen Finanzgruppe Eröffnungen gemacht hat. Es steht noch nicht fest, welche definitiven Vorschläge das Ergebnis dieser Unterredungen sein werden, und bis diese Vorschläge mit Zustimmung der deutschen Regierung dem Londoner Kabinett unterbreitet sein werden, kann man nicht wissen, ob die Vorschläge für uns annehmbar sind. Ist dies der Fall, so werden sie doch nicht von uns angenommen werden, bis wir uns mit Rußland und Frankreich verständigt haben, so daß ein endgültiger Entschluß stets zu vieren gefaßt werden wird.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 25. November/8. Dezember 1909.

Ich beeile mich Ihnen mitzuteilen, was mir der hiesige französische Botschafter vertraulich über das in Aussicht genommene englisch-deutsche Bagdadbahn-Abkommen gesagt hat.

Bompard hat mir einen vom französischen Außenminister erhaltenen Erlaß vorgelesen, der den Ihnen von Nicolson gemachten Mitteilungen entspricht.

Die englischen Mitteilungen haben auf das Pariser Kabinett einen peinlichen Eindruck gemacht. Man gibt natürlich zu, daß England in dieser Frage loyal gehandelt hat und das Versprechen einlöst, ein mögliches Einvernehmen mit Deutschland über die Bagdadbahn zusammen mit Rußland und Frankreich zu prüfen. Man kann jedoch zwischen den Zeilen der englischen Mitteilung lesen, daß England viel daran liegt, die deutschen Vorschläge anzunehmen, obwohl letztere den französischen Interessen durchaus nicht entsprechen und auch den unsrigen kaum gerecht werden. Dem Inhalt nach hat das in Aussicht genommene Abkommen die größte Bedeutung: es bedeutet die Teilung der Türkei in eine englische und eine deutsche Interessensphäre, wobei England Deutschland in der europäischen Türkei und in Kleinasien Hand-

lungsfreiheit überläßt und für sich eine solche nur in den türkischen Gebieten in der Nähe des Persischen Golfes beansprucht.

Der französische Botschafter ist der Ansicht, daß England immer mehr und mehr alle seine Anstrengungen auf die Beherrschung der nach Indien führenden Verkehrswege konzentriert: auf den Persischen Golf und die indische Ebene, und immer weniger scheint England sich für Konstantinopel und die eigentlich türkischen Fragen zu interessieren. Durch seine Konventionen mit Rußland hat das Londoner Kabinett sich gegen die Ausbreitung des russischen Einflusses im Persischen Golfe geschützt. Das mit Deutschland in Aussicht genommene Abkommen vervollständigt die Herrschaft Englands im Persischen Meerbusen. Sodann wird England versuchen, sich hinsichtlich Ägyptens von der Verpflichtung zu befreien, die Zustimmung der Türkei in gewissen politischen und finanziellen Fragen einholen zu müssen, und ist dies Ziel einmal erreicht, so wird England sich an den übrigen Fragen nicht mehr aktiv beteiligen. Dies kann aber für Frankreich nicht wünschenswert sein. Obwohl einige Franzosen sich an der Bagdadbahn beteiligen, so ist dies Unternehmen doch ein ausschließlich deutsches, und Frankreich besitzt weder eine Stimme noch irgendwelche Rechte. Die Anzahl von Aktien in französischen Händen ist nicht genügend.

Bompard ist durch die Hartnäckigkeit überrascht, mit der Deutschland auf der Zollerhöhung besteht. Diese Hartnäckigkeit beweist die Richtigkeit der Annahme, daß die für die Garantie der Bahn von Eregli bis El-Halif bestimmten Einnahmequellen für eine zweimalige Ausgabe von Obligationen nicht genügen. Der Botschafter ist der Ansicht, daß die Mächte darauf bestehen sollten, daß die Mehreinnahmen aus den Zöllen nicht zur Bezahlung der Kilometergarantie der Bagdadbahn verwendet werden dürfen. Frankreich wenigstens kann nicht zugeben, daß sein Handel durch eine Erhöhung der Zolleinnahmen zugunsten eines ausländischen Unternehmens gehemmt würde.

Ich bin meinerseits der Ansicht, daß, ähnlich wie seinerzeit zwischen Rußland und England eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in Persien stattgefunden hat, jetzt eine solche zwischen England und Deutschland hinsichtlich der Türkei in Aussicht genommen ist, mit dem Unterschiede, daß

Deutschland ein ungeheures Übergewicht erhält. Andererseits enthalten die Worte des Botschafters einen deutlichen Hinweis auf das Wünschenswerte eines deutsch-englischen Abkommens vom englischen Standpunkte aus. Auch ich muß bestätigen, daß England sich immer weniger in Konstantinopel und den rein türkischen Fragen interessiert zeigt, zum Unterschiede seiner früheren aktiven Politik im nahen Osten; dies entspricht jedoch vollkommen dem allgemeinen Bestreben der englischen Politik, die jetzigen englischen Besitzungen durch diplomatische Konventionen zu sichern, sich in andern Fragen aller aktiven, sogar rein diplomatischen Handlungen enthaltend.

Den deutschen Vorschlag einfach jetzt schon annehmen kann England nur deshalb nicht, weil es früher selbst vorgeschlagen hat, diese Frage zum Gegenstand von Beratungen zu vieren zu machen. Aber die Form der jetzt stattfindenden Verhandlungen, nämlich zwischen Privatgruppen, genügt, ein Übereinkommen zu erzielen, und erschwert für uns und für Frankreich das Zustandekommen der Konferenz zu vieren. Sollte ferner ein Einvernehmen zwischen England und Deutschland erzielt werden, so würden zwei sich gegenüberstehende Gruppen das Resultat sein, Frankreich und Rußland würden allein stehen, was in politischer Hinsicht vermieden werden muß. Es bleibt also nur übrig, direkte aber parallele Verhandlungen zwischen Deutschland und England, Deutschland und Rußland und Deutschland und Frankreich zu führen. Ich bin der Ansicht, daß wir zur Ausführung unseres Planes vom Jahre 1907 schreiten müssen, wobei zu beachten ist, daß sich die Lage jetzt für uns in mancher Beziehung günstiger gestaltet hat. Erstens weist uns England selbst auf die Notwendigkeit direkter Verhandlungen mit Deutschland hin, zweitens haben wir jetzt ein Mittel, auf Deutschland einzuwirken, nämlich unsere Zustimmung zu der Zollerhöhung, drittens wird jetzt unsere Zustimmung zur Zollerhöhung den Gegenstand von Verhandlungen mit dem Berliner Kabinett bilden, und der Pforte gegenüber brauchen wir keine neuen kommerziellen Forderungen zu stellen. Deutschland muß aber von uns das kategorische Versprechen zu erhalten suchen, daß wir die in der türkischen Zirkularnote vom 5. September erwähnte Klausel hinsichtlich der Verwendung der Überschüsse der

Zollerhöhung nicht auf die Kilometergarantie anwenden werden; dies gibt uns die Möglichkeit, auch in Zukunft das deutsche Unternehmen zu hemmen; geben wir unsere Zustimmung, so werden wir entsprechende Zugeständnisse erlangen können. Sollte das Pariser Kabinett diese Klausel auf die Bagdadbahn anwenden wollen, so werden wir hierbei nur gewinnen können. Augenscheinlich werden wir bei den Verhandlungen mit Deutschland versuchen müssen, uns gegen das Eindringen des deutschen Einflusses in die uns selbst interessierenden Gebiete der Türkei und Persiens zu schützen. Zu diesem Zwecke wird Deutschland sich verpflichten müssen, die Linie Bagdad—Khanekin nicht ohne unsere Zustimmung zu bauen. Erreichen wir dies, so wird es uns leichter werden, eine Konzession zur Erbauung der Bahn Samsun—Siwas zu erhalten. Auch ist es wichtig, daß die Initiative einer Teilung der Türkei in bestimmte Interessensphären von Deutschland ergriffen wird, was den deutschen Interessen in der Türkei gewiß schaden muß.

Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1909.

England hat in Paris ähnliche Erklärungen wie in Petersburg über die von Gwinner eingeleiteten Verhandlungen gegeben. Ich muß jedoch bemerken, daß der französische Außenminister sich abfällig über die Absicht der Engländer geäußert hat, die England unmittelbar interessierende Linie zum Persischen Golfe mit der internationalen Frage der türkischen Zollerhöhung in Verbindung zu bringen.

Ich will aus diesem Anlasse erwähnen, daß man hier in Frankreich den Kampf zwischen den englischen politischen Parteien und zwischen dem Ober- und dem Unterhause mit dem größten Interesse verfolgt. Die französischen Sympathien stehen natürlich auf der Seite der jetzigen Regierungspartei, die die Jahrhunderte alten Privilegien der englischen Lords zu bekämpfen sucht. Aber in politischer Hinsicht ist Pichon durch den inneren politischen Kampf in England beunruhigt, welcher die Aufmerksamkeit der englischen Regierung von den Fragen der auswärtigen Politik ablenkt. Es ist aber bei der jetzigen Lage der Dinge für Frankreich äußerst wichtig, daß England in europäischen Fra-

gen seine frühere wichtige Rolle weiterspielt und Deutschland zurückhält; sollte England in den Hintergrund treten, so könnten in Deutschland wieder kriegerische Absichten entstehen, die für Frankreich gefährlich werden könnten.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 9./22. Dezember 1909.

Der hiesige französische Botschafter teilt mir mit, Hilmi Pascha habe kategorisch erklärt, die Türkei werde in keinem Falle einer Lösung der Bagdadbahnfrage zustimmen, welche die Aufteilung dieser Bahn zwischen den interessierten Mächten nach sich ziehen würde; die Türkei kann die Teilnahme der genannten Mächte nur in gleichem Maße auf der ganzen Linie zulassen. Louis ist der Ansicht, daß diese Mitteilung nicht bloß der Ansicht der türkischen Regierung, sondern auch den Wünschen in jungtürkischen Kreisen entspricht. Diese Stellungnahme der Türkei kann die Ausführung des englisch-deutschen Abkommens ernstlich in Frage stellen und zeigt uns einen Ausweg aus der jetzigen schwierigen Lage.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 6./19. Dezember 1909.

In Abwesenheit Greys habe ich den Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die letzten englisch-deutschen Verhandlungen über die Bagdadbahn hervorgerufen haben. Sir Charles wiederholte mir, daß es sich bis jetzt nur um Verhandlungen zwischen Finanzgruppen handele und daß noch nichts über die endgültigen Vorschläge bestimmt worden sei.

Obwohl er einige Zweifel über die Möglichkeit, die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis zu führen, äußerte, verheimlichte mir Sir Charles nicht, daß ein unerwarteter Vorschlag, der den politischen Interessen Englands genau entspricht, es dem Londoner Kabinett kaum möglich macht, an demselben achtlos vorbeizugehen. Er fügte jedoch hinzu, daß die russischen Interessen dabei gewahrt werden müssen und daß uns deshalb die englische Regierung sofort von den Verhandlungen in Kennt-

nis gesetzt habe. Ich wies darauf hin, wie unvorteilhaft es für uns sei, daß so etwas wie eine deutsche Interessensphäre im Norden Kleinasiens geschaffen werde. Sir Charles gab dies zu und sprach sofort von der Linie Samsun—Siwas und der Zweigbahn Bagdad—Khanekin, die beide geeignet wären, dieser Gefahr vorzubeugen; in diesen beiden Fragen habe England bereits das Interesse Rußlands anerkannt. Ich ging auf diese Bemerkung weiter nicht ein und begnügte mich zu erklären, daß wir auf die Unterstützung Englands rechneten, wenn Euere Exzellenz noch besondere Fragen zur Erörterung bringen werde. Ich wies jedoch Sir Charles darauf hin, daß unsere Antwort auf die Eröffnungen der englischen Regierung nur in allgemeinen Zügen gehalten sein werde und daß übrigens das Londoner Kabinett sich irre, wenn es behaupte, daß wir der türkischen Zollerhöhung bedingungslos zugestimmt hätten. Sir Charles gab zu, daß in der Tat die englischen Informationen nicht richtig gewesen seien.

Im Laufe der Unterredung gab ich mir davon Rechenschaft, daß Sir Charles Hardinge sich über die Schwierigkeiten der Verhandlungen, die noch nötig sein werden, genau Rechenschaft gibt.

Auf meine Frage, welches die politischen Folgen einer Regelung der Bagdadbahnfrage sein könnten, erwiderte er mir: „Es wird eine wichtige Frage weniger zwischen England und Deutschland geben, die einzige konkrete Frage.“ Ich habe es nicht für nötig gehalten, im Laufe dieser ersten Unterredung die Frage der Verhandlungen zu vieren aufzuwerfen, denn ich wußte, daß Sir Ernest Cassel noch nicht aus Berlin zurückgekehrt war.

Mein Eindruck ist der, daß die englische Regierung nur eine Lösung der Bagdadbahnfrage, wenn die Linie bis zum Persischen Golf geführt wird, zulassen wird, nämlich eine solche, die den letzten Sektor England überläßt; übrigens hat die englische Regierung es nicht eilig, ist zu weiteren Zugeständnissen an Deutschland nicht geneigt und würde dem Abbruch der jetzigen Verhandlungen mit philosophischer Ruhe gegenüberstehen. Die englischen Interessen können nur durch die Erhaltung des status quo oder durch die heute vorgeschlagene Lösung gewahrt werden.

Immerhin wünscht die englische Regierung die Lösung einer dornigen Frage, die vielleicht die Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch weiter vergiften kann.

Dies, glaube ich, ist der Geist, in dem England die Verhandlungen führt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Dezember 1909. — Nr. 240.

Hardinge teilt mir mit, daß Cassel aus Berlin zurückgekehrt ist, ohne daß bisher eine Einigung erzielt wurde. Cambon hat mir den Inhalt eines Berichtes des französischen Botschafters in Konstantinopel mitgeteilt, der die Nachricht enthält, daß Hilmi Pascha einer Teilung der Bahn in drei verschiedene Sektoren ernstliche Schwierigkeiten bereitet. Cambon hat diesen Bericht Hardinge mitgeteilt. Dieser sagt mir, er halte die Nachricht für richtig.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1909. — Nr. 243.

Grey hat mir folgendes hinsichtlich der Bagdadbahn mitgeteilt. Da die englische Regierung davon Kenntnis hatte, daß die Überschüsse aus den Zolleinnahmen im voraus der deutschen Bagdadbahn-Gesellschaft zugesagt worden sind und daß in diesem Falle die Bahn unter für England unvorteilhaften Bedingungen gebaut worden wäre, hat das Londoner Kabinett seine Zustimmung zur erbetenen Zollerhöhung verweigert, wenn die türkische Regierung sich nicht verpflichtet, daß die Überschüsse dem deutschen Unternehmen nicht zugute kämen, und wenn nicht außerdem eine offizielle deutsche Erklärung in diesem Sinne erfolge. Diese letzte Erklärung hat nicht gegeben werden können. In diesem Zeitpunkte hat Gwinner auf indirektem Wege ein Mittel vorgeschlagen, welches vom englischen Standpunkte aus die bestehenden Schwierigkeiten hätte beheben können. Die russische Regierung ist hiervon sofort verständigt worden. Hierauf hat Sir Ernest Cassel seine Dienste angeboten, um die Verhandlungen mit Gwinner in Berlin fortzusetzen. Er ist hierzu ermächtigt worden, unter der Bedingung jedoch, daß das Resultat dieser

Verhandlungen in keiner Weise die Entschließungen der englischen Regierung binden könne, da Rußland und Frankreich an dem Resultate einer deutsch-englischen Übereinkunft interessiert sind. Cassel ist aus Berlin mit ziemlich verwickelten Vorschlägen zurückgekehrt, die das Londoner Kabinett nicht zu befriedigen scheinen. Wenn später zwischen den Finanzgruppen eine für die englischen Interessen befriedigende Lösung gefunden werden sollte, so wird das Londoner Kabinett, ehe es seine Antwort erteilt, Petersburg und Paris benachrichtigen. Diese beiden Kabinette würden dann zu beschließen haben, ob und unter welchen Bedingungen sie ihre Zustimmung zu der Zollerhöhung erteilen.

Vor seiner Abreise nach Berlin hat Cassel gefragt, ob die englische Regierung etwas dagegen hat, wenn er auch über die Linie Bagdad—Khanekin mit Gwinner spricht. Es ist ihm geantwortet worden, daß die englische Regierung ihn hierzu nicht beauftragen könne, da es sich um russische Interessen handele.

Auszug aus einem Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1909.

..... Der hiesige französische Botschafter ist der Ansicht, daß die französische Regierung der Pforte nicht nur wie bisher mündlich, sondern schriftlich mitteilen müsse, daß sie die Erhöhung des Zolles auf französische Waren zugunsten eines Unternehmens, an dem Frankreich sich nicht beteiligt, nicht zulassen kann und daß, wenn die Pforte Deutschland geraten hat, sich mit England hinsichtlich der Bagdadbahn zu verständigen, Deutschland auch mit Frankreich in Verhandlungen eintreten sollte.

Was die Verhandlungen selbst anbelangt, so legt ihnen Bompard nicht nur eine örtliche, rein türkische Bedeutung bei, sondern vielmehr eine große, allgemein europäische. Er erblickt in diesen Verhandlungen den ausdrücklichen Wunsch Englands und Deutschlands, eine Entspannung ihrer jetzigen Beziehungen herbeizuführen, wozu die Bagdadbahn eine gute Gelegenheit bietet. Für Frankreich und Rußland ist die Möglichkeit einer englisch-deutschen Annäherung unvorteilhaft und schädlich. Auf alle Fälle werden die beiden Mächte der englischen Unterstützung in Konstantinopel verlustig gehen, auf die sie bis jetzt zählen konnten.

Ich selbst gehe noch weiter als mein französischer Kollege und rechne mit der Möglichkeit eines deutsch-französischen Einvernehmens über die Bagdadbahn, welches im Grunde genommen, soweit französisches Kapital in Betracht kommt, bereits besteht. Wir dürfen kaum darauf rechnen, daß die Pforte dem beabsichtigten Übereinkommen Schwierigkeiten in den Weg legen wird und daß uns dadurch ein Ausweg aus der schwierigen Lage geboten würde. In diesem Falle droht uns eine unvorteilhafte Isolierung, wenn wir nicht bis dahin ein Einvernehmen mit Deutschland und der Türkei erzielt haben werden.

Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. Januar 1910.

In diesen Tagen haben zwischen der französischen und türkischen Regierung Verhandlungen über die Bagdadbahn stattgefunden. Die Türkei hat bei dem Kabinett von Paris angefragt, ob letzteres seine Zustimmung zu einer vierprozentigen Erhöhung der Einfuhrzölle geben würde. Der französische Außenminister hat geantwortet, daß im Hinblicke darauf, daß England und Deutschland in Eisenbahnfragen Konzessionen verlangt haben, auch die französische Regierung sich für berechtigt hält, die Konzession für eine Eisenbahn von Bagdad nach der Stadt Choms in Syrien zu verlangen, von wo eine französische Bahn zum Mittelmeer und nach den übrigen syrischen Städten führt.

Auf diese Anfrage ist aus Konstantinopel die Antwort erteilt worden, daß die Türkei unter keinen Umständen die Errichtung von ausländischen Interessensphären und dadurch bedingten Eisenbahnlinien zulassen wird.

Auf diese Weise erscheint auch das beabsichtigte Übereinkommen zwischen England und Deutschland undurchführbar, und die ganze Frage der Bagdadbahn scheint auf unbestimmte Zeit vertagt zu sein. Man muß folglich irgendein neues Ereignis abwarten, welches diese Angelegenheit wieder in Fluß bringen würde.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 20. Januar/2. Februar 1910.

Wie unser Botschafter in Konstantinopel beschränke auch ich mich jetzt auf persönliche Unterredungen mit meinen Kollegen,

hauptsächlich mit Cambon. Dieser teilte mir mit, daß er Grey gestern gefragt habe, wie es mit der Bagdadbahn stehe. Der Minister hat sich darauf beschränkt, ihm französisch zu antworten: „Es geht gar nicht."

Bei seiner Rückkehr aus Paris hat mir Cambon von einem Besuche Gwinners in der französischen Hauptstadt gesprochen, der auch zu keinem Resultat geführt hat.

Gwinner hätte sich äußerst kategorisch geäußert und behauptet, die ganze Angelegenheit habe keine politische Bedeutung und Rußland sei nicht direkt interessiert. Er hätte darauf hingewiesen, daß Deutschland im Notfalle für die Erbauung der 840 Kilometer auf die vierprozentige Zollerhöhung verzichten könne, da der Überschuß der öffentlichen Schuld frei werde und zur Finanzierung des Bagdadbahn-Unternehmens herangezogen werden könne.

Cambon hält diese Annahme für eine leere Drohung, da das türkische Budget 1910 mit einem Defizit von 100 Millionen Franken abschließt. Um es zu decken, müßte man zu einer Anleihe greifen, die ihrerseits den obenerwähnten Überschuß als Deckung in Anspruch nimmt.

Grey erwähnte auch die von Gwinner geäußerte Ansicht, es würde genügen, daß die Finanzgruppen sich untereinander verständigen, und die Zustimmung der Regierung sei unnötig. Cambon glaubt jedoch, daß dies, soweit England in Betracht kommt, eine ausschließlich finanzielle Kontrolle des südlichen Sektors bedeuten würde. Es ist kaum anzunehmen, daß die englische Regierung sich hiermit begnügen würde. England besteht augenscheinlich auf einer vollkommenen Kontrolle, d. h. England wünscht den ihm zugesprochenen Teil der Bagdadbahn mit eigenen Mitteln zu bauen und den Betrieb durch englische Beamte zu leiten. Eine Teilnahme der Regierung erscheint also durchaus notwendig.

Was die französischen Forderungen anbelangt, so scheint Cambon offener mit mir gewesen zu sein als mit unserem Botschafter in Paris. Abgesehen von Zweiglinien, die in Syrien zum Mittelmeer führen, besteht die französische Regierung auf einer besonderen Linie, die von Bagdad ausgehend sich fast direkt nach Westen wendet und nach der Durchquerung von Syrien in

Homs-Tripoli endet. Dies bedeutet, wenn ich mich nicht irre, einen rein obstruktiven Plan.

Ohne mich über die Zukunft äußern zu wollen, habe ich den Eindruck, daß die Verhandlungen der Finanzgruppen in Berlin, London und Paris bis jetzt zu keinem Resultat geführt haben.

Der hiesige türkische Botschafter ist der festen Überzeugung, daß die Türkei das Prinzip der einzelnen Sektoren nie zugeben wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 24. März/6. April 1910. — Nr. 457.

Ich telegraphiere nach Konstantinopel: Der französische Botschafter berichtet, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei über die Bagdadbahn in Konstantinopel wiederaufgenommen worden sind, wobei beabsichtigt wird, statt der Zollerhöhung den Überschuß der Zehntenabgaben zur Kilometergarantie zu verwenden. Louis fügt hinzu, daß den Informationen der französischen Regierung zufolge diese Verhandlungen binnen kurzem zu einem für Deutschland günstigen Resultat führen werden.

Ich bitte Sie, diese Informationen nachzuprüfen und mich zu benachrichtigen, wie derartige Verhandlungen auf die gegenseitigen Beziehungen Englands, Frankreichs, Deutschlands und der Türkei zurückwirken können.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 26. März/8. April 1910. — Nr. 75.

Ihr Telegramm Nr. 457 erhalten. Eine ähnliche Mitteilung ist gestern hier vom französischen Geschäftsträger gemacht worden, dem geantwortet worden ist, daß vor einigen Tagen ein Telegramm vom englischen Botschafter in Konstantinopel erhalten worden sei, demzufolge ein baldiger und für Deutschland günstiger Abschluß der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei hinsichtlich der Ersetzung der Zollerhöhung durch die Zehntensteuer zu erwarten sei. Sir G. Lowther ist beauftragt worden, in Konstantinopel einen Protest einzureichen, da man hier der Ansicht ist, daß eine derartige Kombination unzulässig

ist und nur dazu dient, der Pforte die Möglichkeit zu geben, den Ausfall in der Zehntensteuer durch die Mehreinnahme aus den Zöllen zu decken. Soviel man weiß, ist der Überschuß der Zehntensteuer fürs erste noch nicht frei und wird die türkische Regierung über denselben erst in einigen Monaten verfügen können. Mallet fügte hinzu, man habe gleichzeitig bei der Pforte angefragt, welche Vorteile England erwarten könne, wenn das deutsch-türkische Abkommen abgeschlossen werden sollte.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 27. März/9. April 1910.

Der hiesige französische Botschafter hat mir mitgeteilt, daß er selbst die Nachricht über neue Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei nach Paris weitergegeben habe. Der Widerstand des Londoner Kabinetts und die Erneuerung seiner Ansprüche auf den Sektor Bagdad—Basra hat die ganze Angelegenheit wieder zum Stillstand gebracht, zum großen Mißvergnügen Deutschlands und der Türkei, und dies hat auch in Frankreich eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 6./19. April 1910. — Nr. 79.

Hardinge sagt mir, daß er infolge der deutschen Ansprüche ein Einvernehmen zwischen England und Deutschland nicht mehr für möglich hält. Auch sei die englische Regierung fest entschlossen, von der Türkei eine englische Konzession für die zum Meere führende Linie zu verlangen.

Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. April 1910.

Der englische Botschafter hat mir den Wortlaut seiner Mitteilung an die türkische Regierung vorgelesen, welche in dem Telegramm unseres Londoner Geschäftsträgers vom 26. März erwähnt wird.

Diese Mitteilung entspricht dem Inhalt des genannten Telegrammes, nur mit dem Unterschied, daß Lowther nicht anfragt, welche Vorteile England erhalten könne, sondern direkt darauf

hinweist, daß England mit Deutschland am Sektor Bagdad—Basra zusammen beteiligt sein müßte.

Es ist mir aufgefallen, daß diese Forderung weit geringer ist als die von England bisher gestellte Bedingung, nämlich daß „der Sektor Bagdad—Basra den Engländern überlassen werden müßte".

Auf meine Frage, was man unter „gemeinsamer Beteiligung" verstehen müsse, antwortete der Botschafter, daß dies mit der Wahrung der englischen Interessen gleichbedeutend sei Augenscheinlich hält die englische Regierung es nicht mehr für möglich, die ganze Linie Bagdad—Basra in eigenen Besitz zu bringen, und ist bereit, sie mit Deutschland zu teilen, wobei es jedoch das Übergewicht in der Frage der Erbauung und der Exploitation dieser Linie für sich beansprucht. Mein englischer Kollege hat mir zu verstehen gegeben, daß er insofern die ganze Sache als einen Mißerfolg betrachtet, als es Deutschland gelingen wird, mit Hilfe der Zehntensteuer die Bahn bis nach Bagdad zu führen, unabhängig davon, ob die anderen Mächte der Erhöhung des türkischen Zolles zustimmen werden oder nicht.

Mir scheint, er hat recht, und besonders recht hat Baron Marschall, der noch neulich behauptet hat, daß die Deutschen die anatolische Bahn bis nach Bagdad führen werden, da nur sie allein diese „erstklassige" Linie erstellen können, deren die Türkei bedarf. Andererseits sind die letzten bedeutend bescheideneren Forderungen der Engländer für die Türkei viel annehmbarer als die früheren, die einer Aufteilung der Türkei in Interessensphären gleichkamen.

Da bei den letzten Berliner Verhandlungen die Deutschen augenscheinlich bereit waren, den Engländern den Sektor Bagdad—Basra zu überlassen, so muß man mit der Möglichkeit der Beilegung des Bagdad-Konfliktes zwischen England, Deutschland und der Türkei rechnen.

Für die Franzosen wird dies nicht angenehm sein, doch finden sie eine Kompensation in der Teilnahme ihres Kapitals am Unternehmen El Halifa—Bagdad, wobei die Zehntensteuer eine gute Sicherheit bietet.

Es erübrigt nun festzustellen, welche Kompensation wir verlangen könnten.

Deutschland und England müssen uns doch irgendwelche Zugeständnisse machen schon in Anbetracht des Umstandes, daß die englisch-deutschen Verhandlungen, wenn auch nicht unter unserer direkten Beteiligung, so doch mit unserem Wissen geführt werden, wobei das Londoner Kabinett kaum das Recht hat, eine Vereinbarung mit Deutschland abzuschließen, bevor die russischen Interessen geschützt sind.

Aus dem obigen Telegramm unseres Geschäftsträgers muß man schließen, daß England uns mitteilen wird, welche Vorteile es für sich beansprucht. Dann wäre auch für uns der Zeitpunkt gekommen, unsere Wünsche geltend zu machen, z. B. hinsichtlich des Verzichtes Deutschlands auf die Linie Bagdad—Khanekin oder hinsichtlich des Verlangens einer russischen Konzession für eine Bahn von Khanekin nach Teheran.

Wenn die letzten Schritte Deutschlands in Persien wirklich mit der Bagdadbahn zusammenhängen und nicht die ernstliche Absicht Deutschlands bedeuten, sich aktiv an den persischen Angelegenheiten zu beteiligen, so darf man annehmen, daß Deutschland zu einem Kompromiß nicht nur mit England, sondern auch mit uns bereit ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 9./22. April 1910. — Nr. 523

Ihr Telegramm Nr. 79 erhalten. Da die Bagdadbahn-Verhandlungen äußerst verwickelt sind, möchten wir gerne wissen, was Hardinge meinte, als er auf die Unmöglichkeit eines englisch-deutschen Übereinkommens in der Bagdadbahnfrage hinwies, und was für eine Linie zum Meere gemeint ist, für die England eine Konzession von der türkischen Regierung verlangt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. April 1910. — Nr. 86.

Ihr Telegramm 523 erhalten. Es wird schwer sein, eine Antwort zu geben, ehe Grey am nächsten Freitag zurückkehrt. Hardinge hat mir gesagt, daß die im Laufe einer Unterredung zwischen Bethmann und Goschen gestellten Forderungen keinen Raum für eine Hoffnung ließen, daß ein englisch-deutsches Über-

einkommen erzielt werden wird; daß die englische Regierung fürs erste der deutschen keine Antwort zu geben beabsichtige und sich darauf beschränken werde, in Konstantinopel die Konzession für eine zum Meere führende Bahn zu verlangen — wie ich annehme in Verbindung mit dem französischen Projekt Tripolis—Homs—Bagdad.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 12./25. April 1910. — Nr. 82.

In Beantwortung Ihres Telegramms 523. England verlangt die Konzession zu einer Eisenbahn, die Bagdad mit dem Persischen Golf verbindet. Das Londoner Kabinett wird diese Konzession auf alle Fälle verlangen, unabhängig davon, ob die französische Forderung einer Konzession Homs—Bagdad zu einem Resultat führt oder nicht, um auf diese Weise eine vollendete Tatsache zu schaffen.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1910.

Ich habe Ihr Telegramm Nr. 523 über den augenblicklichen Stand der Bagdadbahnfrage erhalten und auf demselben Wege geantwortet.

In meiner Unterredung mit Sir Charles Hardinge hat dieser nicht weiter ausgeführt, warum er nicht an einen Erfolg der deutsch-englischen Verhandlungen glaubt. Er beschränkte sich darauf zu sagen, daß, weit entfernt, zu den zwischen Cassel und Gwinner in Aussicht genommenen Bedingungen zurückzukehren, die ja schon von England als unannehmbar erklärt wurden, das Berliner Kabinett heute noch viel größere Forderungen gestellt habe; er sagte mir, die englische Regierung habe nicht die Absicht, eine direkte Antwort auf die Eröffnung, die Bethmann Hollweg Goschen gemacht hat, zu geben, sondern Deutschland vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Ich glaube jedoch nicht, daß man diese Worte so verstehen muß, daß die Wiederaufnahme der englisch-deutschen Verhandlungen in Zukunft prinzipiell ausgeschlossen ist. England beabsichtigt, ehe es im geeigneten Zeitpunkte die Verhandlungen

wiederaufnimmt, ein sicheres Pfand in der Hand zu haben; schon lange denkt es an dasselbe — heute scheint es sich entschlossen zu haben.

Dies ist übrigens ein Verfahren, das Hardinge schon öfters angedeutet hat, indem er darauf hinwies, wie vorteilhaft es für uns wäre, uns rechtzeitig ein Pfand zu sichern, so z. B. die Konzession einer Bahnlinie Teheran—Khanekin oder sogar Samsun—Siwas.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 21. April/4. Mai 1910. — Nr. 85.

Ihr Telegramm 523 erhalten. Grey hat mir bestätigt, daß er fürs erste nicht die Absicht habe, den Eröffnungen des Deutschen Reichskanzlers Goschen gegenüber Folge zu leisten. Nach seiner Ansicht erfordert diese Unterredung keine direkte Antwort; vor allem aber erblickt Grey in dieser Unterredung keine Verhandlungsbasis, weder für ein politisches Abkommen, noch für eine Lösung der Bagdadfrage. Grey hält es für unzulässig, daß die englische Regierung, welche noch verschiedene Pfeile in ihrem Köcher habe, ihre Beteiligung von Zugeständnissen in Persien abhängig macht. Grey sagt mir, er beabsichtige nicht, der Bagdadbahn systematische Opposition zu machen, aber das Londoner Kabinett widersetzt sich dem Monopol einer andern Macht bezüglich einer Eisenbahnlinie, die für die politischen und ökonomischen Interessen Englands von der größten Bedeutung ist. Hieraus muß gefolgert werden, daß die englische Regierung es entweder erreichen wird, daß sie sich an der Bahn unter den für nötig befundenen Bedingungen beteiligt, und zwar ohne Zugeständnisse in Persien zu machen, oder aber die englischen Interessen gewahrt werden, indem England den letzten Sektor ganz allein baut. Grey hat der türkischen Regierung zu verstehen gegeben, daß er unter den jetzigen Umständen seine Zustimmung zur 4prozentigen Zollerhöhung nicht geben wird. Er glaubt, daß die Absicht, die Zehntenüberschüsse für die Bagdadbahn zu verwenden, nur dann möglich ist, wenn die türkische Regierung die Zustimmung der Mächte zur Zollerhöhung erhält. Grey glaubt, es handelt sich hier nur um ein finanzielles Manöver. Die Erklärungen Greys waren durchaus nicht pessimistisch.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1910.

Der hiesige englische Botschafter hat mir gesagt, er habe mit dem Außenminister und dem Großwesir ausführlich über Greys Forderung einer Konzession Bagdad—Persischer Golf gesprochen. Die Türken haben erklärt, daß sie Deutschland gegenüber juristische und moralische Verpflichtungen hinsichtlich der ganzen Bagdadlinie bis zum Persischen Golfe hätten. Der Botschafter hat entgegnet, wenn auch eine moralische Verpflichtung Deutschland gegenüber bestehe, so gäbe es keine juristische. England kann seine Zustimmung zur Zollerhöhung nicht geben, wenn es nicht entsprechende Vorteile für die englischen Kaufleute erhält. Über eine „Interessensphäre" haben die Türken nicht gesprochen. Die Unterredung ist resultatlos geblieben.

Augenscheinlich wird Rifaat Pascha die ganze Angelegenheit in London zur Sprache bringen, wohin er morgen mit dem Thronfolger zum Begräbnis König Eduards abreist. Soviel Lowther weiß, ist die Frage der neuen Richtung der Bagdadbahn nach Alexandrette immer noch nicht entschieden, obwohl der deutsche Botschafter in diesen Tagen eine günstige Antwort erwartete.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1910. — Nr. 107.

Ich habe Hardinge gefragt, wie es um die englische Konzession bis zum Persischen Golf stände. Hardinge antwortete, diese Frage werde mit Rifaat Pascha anläßlich seiner Anwesenheit in London besprochen werden, und das Londoner Kabinett habe die Absicht, die Verhandlungen in sehr energischer Weise zu führen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 27. Mai/9. Juni 1910. — Nr. 122.

Es bestätigt sich, daß die englisch-türkischen Verhandlungen keinen günstigen Verlauf nehmen. Unter diesen Bedingungen ist es sehr unvorteilhaft, mit Deutschland zu unterhandeln, und es ist unwahrscheinlich, daß das Londoner Kabinett die Ver-

handlungen mit Berlin aufnimmt. Ich glaube, auch wir sind in der gleichen unvorteilhaften Lage. Es scheint mir, wir müssen uns erst über eine gemeinsame Basis verständigen und dann einen günstigeren Augenblick abwarten. Hier wird man jedenfalls vorziehen, daß Deutschland die Initiative ergreift.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 10./23. Februar 1911. — Nr. 182.

Der hiesige englische Botschafter hat mir mitgeteilt, England beabsichtige eine Bahn von Mohamerra nach Khoremabad in der Nähe der Grenze unserer persischen Interessensphäre zu bauen. Ich erwiderte, daß eine solche Bahn unseren ökonomischen Interessen direkt schaden und starke Beunruhigung bei uns hervorrufen würde.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. Februar 1911.

Ich habe Ihr Telegramm Nr. 182 erhalten, und Sir G. Buchanan hat seinerseits über seine Unterredung mit Ihnen hierher berichtet. Ich werde meinerseits nicht verfehlen, die Worte zu meiner Richtlinie zu machen, die Sie dem englischen Botschafter gegenüber gebraucht haben. Ich weiß nicht, ob die englische Regierung bereits einen definitiven Entschluß in dieser Angelegenheit gefaßt hat. Ich glaube, viel wird vom Resultate der bevorstehenden Verhandlungen zwischen England und der Türkei und später auch wahrscheinlich zwischen England und Deutschland hinsichtlich des Golf-Sektors der Bagdadbahn abhängen. Auch unser Abkommen mit Deutschland über die Linie Khanekin—Teheran wird ins Gewicht fallen — mit andern Worten, es handelt sich um die ganze Linie Bagdad—Teheran. Ich neige zur Ansicht hin, daß England versuchen wird, sich Konzessionen im Süden Persiens zu sichern, um, wie Sir Edward sagt, zu verhindern, daß diese später irgendeiner andern Macht zufallen — der Bau selbst wird von den Umständen abhängen.

Ich muß jedoch bemerken, daß der Druck der öffentlichen Meinung auf die englische Regierung immer stärker wird, um einen wirksameren Schutz der englischen Handelsinteressen in diesen Gegenden zu erreichen.

Solange Persien ein verschlossenes Land war, wurde die Frage nicht aufgeworfen, aber das Zeitalter der Konzessionen und der Unternehmungen ist angebrochen. Es erscheint mir kaum möglich, daß England mit seinen vielfachen Interessen Zurückhaltung zeigt. Dies war auch mein Eindruck, als ich das Telegramm unseres Generalkonsuls in Kalkutta las. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Eisenbahnlinie im Norden, welche früher oder später ein ausgedehnteres Eisenbahnnetz nach sich ziehen muß, den Beginn der Aufteilung Persiens bedeutet und notwendigerweise zur Erbauung von englischen Linien in Südpersien führen muß: ich stelle mir vor, daß diese Bahnen an der indischen Grenze in englische Hände übergehen werden und später vielleicht mit unseren Bahnen an einem noch zu bestimmenden Punkte verbunden werden werden. Aus diesem Grunde verstehe ich nicht, warum derartige Bahnbauten bei uns so wenig Beifall finden, obwohl ich die Richtigkeit der finanziellen Erwägungen zulasse. Ich fürchte, wir verlieren Zeit, und ich glaube, wir müssen uns wenigstens die Konzessionen sichern.

Unter diesen Umständen glaube ich auch nicht, daß es uns gelingen wird, die englische Regierung zu veranlassen, auf ihre Absichten zu verzichten.

Ich sage dies, weil ich es für meine Pflicht halte, Sie über den englischen Standpunkt genau zu unterrichten.

Ich glaube, wir wären nicht gerechtfertigt, auf Grund der englisch-russischen Konvention Einspruch gegen den englischen Plan zu erheben, ebenso wie England nicht gegen unsere Linie, die nach Teheran führt, protestieren könnte.

Die englisch-russische Konvention, deren Wortlaut absichtlich so gefaßt war, daß Proteste anderer Mächte unmöglich gemacht wurden, verfolgte aber — ich glaube nicht, daß man dies bestreiten kann — den Zweck, der öfters zutage getreten ist, nämlich unsere Anstrengungen zu vereinigen, um Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen; Deutschland sollte sich dort nicht Interessen schaffen, die politischen Charakter annehmen könnten. Dieses Einvernehmen ist bald auf die ganze Frage der Bagdadbahn ausgedehnt worden.

Indem wir von der Freiheit, die uns die Konvention gelassen hat, Gebrauch machen, haben wir mit Deutschland ein

Übereinkommen abgeschlossen und einige Zugeständnisse ökonomischer Natur gemacht und dafür politische Vorteile erhalten. Jedenfalls haben wir aber nur in unserem eigenen Interesse gehandelt.

England hat jedoch keinerlei Zugeständnisse von seiten Deutschlands erhalten. Es handelt sich vor allem darum, ökonomische Erwägungen zu berücksichtigen. Der Bau der Bahn von Bagdad nach Khanekin gibt deutschen Waren die Möglichkeit, auf einer deutschen Eisenbahn in Gegenden einzudringen, deren Markt England bisher beherrschte. Ferner muß auch England die politische Seite der Frage berücksichtigen, wenn eines Tages Verhandlungen mit Deutschland aufgenommen werden. Es erscheint mir kaum möglich, daß England diese doppelten Interessen opfern wird, um russische ökonomische Interessen zu fördern. Was uns Grey anläßlich der Verbindung Khanekins mit Teheran gesagt hat, berührt eine Frage, die mir ganz besonders wichtig erscheint — er hat uns gesagt, daß das russische Abkommen mit Deutschland seine Stellung geschwächt habe, wenn er mit Deutschland über die Bagdadbahn verhandeln muß. Er behauptet, daß das deutsche Unternehmen sich einen Ausgang gesichert hat, der es nun von der englischen Zustimmung unabhängig macht; außerdem kann sich England nicht mehr auf den prinzipiellen Widerstand Rußlands gegen die Bagdad bahn stützen. Der Widerstand Frankreichs ist von jeher nicht sehr kategorisch gewesen. Sir Edward Grey findet also, England sei jetzt in dieser Frage viel isolierter als früher.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.

Grey hat mich heute ersucht, ihn aufzusuchen. Er sagte mir, daß er in der letzten Zeit infolge der Abwesenheit Asquiths so beschäftigt gewesen sei, daß er mich nicht habe sehen können; er beeile sich jedoch, mich davon in Kenntnis zu setzen, daß die englische Regierung aus Konstantinopel formelle Vorschläge hinsichtlich der Bahnlinie zwischen Bagdad und dem Persischen Golfe erhalten habe.

Diese Vorschläge zielen darauf ab, diesen Teil der Bagdadbahn zu internationalisieren, wobei Deutschland, England und

Frankreich sich mit je 20 % und die Türkei mit 40 % beteiligen würden. Der Endpunkt der Linie wäre Koweit, welches als türkisches Territorium zu gelten hätte.

Sir Edward sagte mir sofort, daß die englische Regierung diesen Vorschlag nicht annehmen werde; er habe sich jedoch damit begnügt, vorerst zu erklären, daß die türkischen Vorschläge in Erwägung gezogen werden würden. Mir gegenüber hat der Minister weiter nichts hinzugefügt. Nur hinsichtlich Koweits erklärte er, daß England durch seine Verträge mit dem Scheich gebunden sei, welche es zur Aufrechterhaltung der jetzigen Lage verpflichteten.

Sir Edward ersuchte mich, obige Mitteilungen als vertraulich zu betrachten; dem französischen Botschafter hat er die gleiche Erklärung abgegeben.

Ich brauche nicht erst zu bemerken, daß die neuen türkischen Eröffnungen die Lösung der Frage nicht fördern werden und daß die vom englischen Staatssekretär in Aussicht gestellte Erwägung der türkischen Vorschläge nur eine Sache der Form ist, um die Verhandlungen nicht durch eine direkte Absage abzubrechen.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London vom 3./16. März 1911. — Nr. 271.

Ich telegraphiere nach Teheran: Der englische Botschafter ist auf die Frage der Konzession für eine englische Bahn von Mohammera nach Khoremabad zurückgekommen. Er bemerkte, daß England viel daran gelegen sei, sich eine derartige Konzession zu sichern, obwohl es nicht die Absicht habe, die Bahn zu bauen, ohne sich mit uns verständigt zu haben. Später werde man diese Linie bis Julfa verlängern können, um sie mit unseren kaukasischen Linien zu verbinden, wie dies im russischen Vorschlage des Jahres 1908 hinsichtlich einer persischen Eisenbahn vom Kaspischen Meere über Teheran nach Mohammera vorgesehen war. Augenscheinlich braucht die englische Regierung eine solche Konzession hauptsächlich, um die öffentliche Meinung in England zu beruhigen, und vielleicht auch, um auf Deutschland in der Frage des südlichen Endes der Bagdadbahn einen Druck ausüben zu können. Ich habe den Botschafter wieder darauf hin-

gewiesen, wie schädlich eine solche Bahn für unsere Handelsinteressen sein würde, worauf er wiederholte, daß es sich vorerst nur um eine Konzession handele.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. März 1911.

Die Verhandlungen der Pforte mit der Bagdadbahn-Gesellschaft sind beinahe beendet, und die Unterzeichnung soll in diesen Tagen erfolgen. Gleichzeitig hat die türkische Regierung dem englischen Botschafter mitgeteilt, daß sie nur die Unterzeichnung des deutschen Verzichtes auf die Linie Bagdad—Persischer Golf erwarte, um mit England in Verhandlungen über diesen Teil der Bagdadlinie einzutreten. Die Verhandlungen mit den Franzosen über die adriatische Eisenbahn und die Linie Samsun—Siwas nehmen einen günstigen Verlauf, wobei die Türken den Franzosen augenscheinlich entgegenzukommen wünschen. Die Verhandlungen mit Chester hingegen ziehen sich in die Länge, was letzteren von uns abhängig macht; diesen Umstand werden wir wahrscheinlich in nächster Zeit ausnutzen können.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London vom 11./24. März 1911. — Nr. 312.

Unser Gesandter in Teheran telegraphiert: In diesen Tagen ist aus Südpersien einer der Direktoren der Anglopersischen Petroleumgesellschaft und der persischen Banken, Greenway, eingetroffen. Er hat von sich aus persönlich den Ministern und dem Regenten vorgeschlagen, eine Eisenbahn von Mohammera nach Smirenabad zu finanzieren, wenn die englische und russische Regierung hiermit einverstanden sind.

Die Minister haben diesen Vorschlag beifällig aufgenommen, befürchten jedoch Widerstand von seiten des persischen Parlamentes. Der Regent wünscht, daß die Eisenbahnen in Persien möglichst bald gebaut werden, wobei seiner Ansicht nach Rußland und England einen gemeinsamen Plan ausarbeiten und ihn allmählich, je nach der Wichtigkeit der einzelnen Linien, zur Ausführung bringen müßten.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London vom 14./27. März 1911. — Nr. 330.

Wir beantworten die Mitteilung des englischen Botschafters hinsichtlich der Linie Mohammera—Khoremabad mit folgendem Memorandum: „Die in Aussicht genommene Bahn befindet sich in der neutralen Zone, und auf Grund von Artikel 3 der Konvention von 1907 können wir England das Recht nicht absprechen, eine derartige Konzession für sich zu beanspruchen. Der Endpunkt dieser Linie befindet sich jedoch in nächster Nähe unserer Einflußzone, die Linie würde unsere ökonomischen Interessen schädigen und würde deshalb von unserer öffentlichen Meinung sehr ungünstig aufgenommen werden. Wir nehmen infolgedessen mit Vergnügen davon Kenntnis, daß es sich fürs erste nur darum handelt, diese Konzession für England zu sichern, und daß alle Fragen, die sich auf die Ausführung dieses Unternehmens beziehen, später gemeinschaftlich mit uns geregelt werden sollen. Endlich danken wir dem Botschafter für seine Mitteilung, daß man in London keine Einwendungen dagegen erhebt, daß sich englisches Kapital an dem Bau der russischen Linien in Nordpersien beteiligt."

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 19. März/1. April 1911. — Nr. 221.

Der hiesige englische Gesandte ist beauftragt worden, die persische Regierung offiziell zu bitten, England eine Konzession für die Erbauung eines Hafens in Ormusieh zu gewähren, ebenso für eine Eisenbahn von diesem Punkte bis Khoremabad und eine Zweiglinie nach Mohammera. Es wird bestimmt darauf hingewiesen, daß es sich fürs erste nur um ein Vorzugsrecht handelt.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 21. März/3. April 1911. — Nr. 224.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 221. Streng vertraulich. Sofort nach Empfang der Note des englischen Gesandten bat ihn der Außenminister, die Note zeitweilig zurückzunehmen, angeblich weil die persische öffentliche Meinung diese Konzession mit dem Bestreben Englands in Verbindung bringen werde,

bessere Beziehungen zur persischen Regierung zu unterhalten. Auf Grund erhaltener Instruktionen hat der englische Gesandte diese Bitte abgelehnt.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1911.

Die persische Regierung hat die Bitte Englands um eine Eisenbahnkonzession von Mohammera nach Khoremabad unter dem Vorwande abgelehnt, daß die Eisenbahnen in Persien rein kommerzielle Unternehmungen sein müssen. Der Außenminister hat dem Gesandten mündlich erklärt, die Perser erblicken in dieser Linie insofern ein politisches Ziel, als die Bahn nicht in die russische Einflußsphäre einführen soll, wodurch sozusagen die Teilung Persiens in Interessensphären bestätigt würde. Der Regent hat die Meinung geäußert, daß eine Konzession für eine Eisenbahn von der russischen Grenze nach Mohammera wahrscheinlich einem internationalen oder englisch-russisch-französischen Syndikate erteilt werden würde. Letzteres könnte dann die Kontrolle der einzelnen Teile der Linie gemäß den Interessensphären unter sich verteilen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 26. April/9. Mai 1911. — Nr. 576.

Die Verhandlungen über die Eisenbahn von Bagdad zum Persischen Golf scheinen sich in die Länge zu ziehen und bitte ich Sie, folgende Fragen zu beantworten:

1. Inwieweit kann die Türkei über diese Linie wieder frei verfügen und welche Rechte hat Deutschland für sich ausbedungen?

2. Ist die Deutschland gewährte Konzession für eine Bahn von Bagdad nach Alexandrette und die Erbauung des dortigen Hafens eine Kompensation für den Verzicht auf die Linie Bagdad—Persischer Golf?

3. Sind die entsprechenden Abmachungen dokumentarisch niedergelegt, und zwar in welcher Form und in einem oder mehreren Dokumenten?

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1911. — Nr. 229.

Ihr Telegramm 576 erhalten. Die Verzögerung des Abschlusses der Verhandlungen beunruhigt die Türken und ist damit zu erklären, daß England immer noch keine Antwort auf den türkischen Vorschlag über die Internationalisierung der Bahn Bagdad—Persischer Golf gegeben hat.

1. Den Informationen des englischen und französischen Botschafters zufolge hat Deutschland sich nur folgendes Recht ausbedungen: Der Anteil Deutschlands muß ebenso groß sein wie der irgendeiner anderen Macht. Im übrigen scheinen die Türken wieder frei über diesen Sektor verfügen zu können.

2. Die Konzession für die Bahn und den Hafen in Alexandrette ist anläßlich der letztjährigen Anleihe in Berlin und Wien gewährt worden. Um sich aber diese wichtige Konzession endgültig zu sichern, hat Deutschland wahrscheinlich bei seinem Verzicht auf die Linie Bagdad—Persischer Golf weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

3. Die formale Seite der Abmachungen ist geheim, doch werde ich versuchen, Ihnen möglichst genaue Mitteilungen hierüber zu machen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 2./15. Mai 1911. — Nr. 610.

Aus meiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter schließe ich, daß Deutschland noch nicht endgültig auf die Linie Bagdad—Persischer Golf verzichtet hat. Eine endgültige Entscheidung wird erst erfolgen, nachdem einige andere Deutschland interessierende Fragen geregelt sein werden. Wir würden gern wissen, welcher Zusammenhang zwischen der Konzession Alexandrette und dem Verzichte Deutschlands auf die Linie Bagdad—Persischer Golf besteht und ob die Ausführung des ersten Unternehmens von letzterem abhängt.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 4./17. Mai 1911. — Nr. 264.

Unter Nr. 265 erhalten Sie den Wortlaut der dem englischen und französischen Botschafter gemachten türkischen Mit-

teilungen über den deutschen Verzicht auf die Linie Bagdad—Persischer Golf. Der Wortlaut der deutschen Deklaration selbst ist den Botschaftern unbekannt. Beide halten die Deklaration für absichtlich unklar und wie alle Abmachungen Deutschlands mit der Türkei unvorteilhaft für letztere, wozu gewöhnlich Bestechungen beitragen. Die Konzession Alexandrette ist endgültig und hängt von der deutschen Teilnahme an der Bahn Bagdad—Persischer Golf nicht ab. Die englische Regierung hat immer noch nicht geantwortet.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 4./17. Mai 1911. — Nr. 265.

„8. März 1911. Deklaration. Die Bagdadgesellschaft ist bereit, von ihrer Konzession der 4- oder 500-Kilometer-Eisenbahn vom Persischen Golfe abzusehen, ebenso von der Konzession eines Hafens in Basra und im Persischen Golf zugunsten einer neuen türkischen Gesellschaft, in welcher die Bagdadbahn-Gesellschaft hinsichtlich des türkischen Kapitals in der Minderheit zu sein bereit ist. Immerhin wünscht sie sich in gleichem Maße wie das Kapital einer dritten nichttürkischen Macht zu beteiligen. Gleichzeitig behält sich die Bagdadbahn-Gesellschaft vor, sich mit der neuen Gesellschaft oder dem türkischen Staat zu verständigen, um eine Kompensation für den für sie aus dem Verzicht auf die obenerwähnten 500 Kilometer erwachsenden Schaden zu erhalten: um so mehr, als die Erbauung der erwähnten Strecke leichter und weniger kostspielig ist als der übrige Teil der Bagdadlinie." Dieser Wortlaut ist den beiden Botschaften am 11./24. März mitgeteilt worden. In dem Lowther übergebenen Exemplar sind die Worte „ist bereit abzusehen" von Rifaat Pascha in „sieht ab" verändert, und das Wort „Kompensation" ersetzt das Wort „Entschädigung", welches durchgestrichen ist. Die Botschafter erklären sich nicht diesen Unterschied.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Juli/1. August 1911.

Sir Edward Grey hat mir vor einigen Tagen versprochen, mir die Antwort Englands auf die Vorschläge der Türkei hin-

sichtlich der Bahn Bagdad—Persischer Golf und der türkischen Zollerhöhung mitzuteilen. Der türkische Vorschlag sah, wie Ihnen bereits bekannt, eine neue Gesellschaft vor, an der die Türkei sich mit 40, und Deutschland, Frankreich und England mit je 20 % beteiligen sollten. Auf diese Weise hätte Deutschland indirekt über 60 % verfügen können.

Der englische Gegenvorschlag ersetzt diese Kombination durch eine gleiche Anteilnahme der genannten vier Mächte und einen fünften Teil für Rußland, wie wir es seinerzeit gewünscht haben.

Ich glaube nicht, daß die Türkei oder Deutschland diese neuen englischen Vorschläge annehmen können.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 16./29. Dezember 1911. — Nr. 762.

Der englische Botschafter hat mir gestern vertraulich mitgeteilt, er habe energisch, wenn auch nicht offiziell, gegen die der deutschen Bagdadbahn-Gesellschaft zugeschriebene Absicht protestiert, die Richtung der Linie zwischen Mossul und Bagdad im Sinne einer Annäherung an Khanekin zu verändern. Eine derartige Veränderung der Hauptlinie könne nicht zugelassen werden, solange zwischen London und Konstantinopel Verhandlungen über die Linie Bagdad—Persischer Golf geführt werden, die auf der Voraussetzung beruhen, daß der übrige Teil der Bagdadbahn keiner Veränderung unterworfen wird. Der Großwesir hat ihm geantwortet, ihm sei von einer derartigen Absicht der Bagdadbahn-Gesellschaft nichts bekannt, er halte jedoch die vom Botschafter angeführten Gründe für stichhaltig. Der stellvertretende Außenminister erklärte gleichfalls, von einem derartigen Vorhaben der deutschen Gesellschaft nichts zu wissen. Er bestätigte dem Botschafter, daß das türkisch-persische Protokoll über die gegenseitige Abgrenzung in Teheran unterschrieben worden ist und daß die türkischen Mitglieder der gemischten Kommission bereits ernannt sind und sich in Konstantinopel befinden. Aus Zeitungsnachrichten ist ersichtlich, daß der Ministerrat den türkischen Truppen in persischen Gebieten befohlen hat, alle Zusammenstöße mit russischen Truppen zu vermeiden.

Telegramm des russischen Konsuls in Bagdad an die russische Botschaft in Konstantinopel vom 30. Januar/12. Februar 1912.

Die Vorarbeiten der Strecke Mossul—Bagdad sind beendet und werden zur Bestätigung nach Frankfurt und dann nach Konstantinopel geschickt. Meisner sagt, daß ein neuer Rekord der Schnelligkeit erzielt worden sei, da man im Durchschnitt täglich einen Kilometer im Plan eingetragen hat, trotz mancher technischen Schwierigkeiten. Nach einer wöchentlichen Pause werden die Ingenieure die Arbeiten auf der Strecke Sadidja—Khanekin beginnen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 10./23. April 1912. — Nr. 177.

Unser Konsul in Bagdad telegraphiert: Die Pläne der Linie Bagdad—Mossul sind vom Verkehrsminister bestätigt worden. Meisner ist nach Basra gefahren, um dort Depots zu organisieren.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 19. Mai/1. Juni 1912. — Nr. 92.

Sicheren Informationen zufolge braucht die Deutsche Bank weitere Mittel für die Bagdadbahn und hat von der Ottomanischen Bank verlangt, den noch nicht eingelösten Teil der Obligationen für ungefähr 60 Millionen Franken zu bezahlen, andernfalls auf diesen Teil zu verzichten, ebenso wie auf die Teilnahme an weiteren Emissionen. Da die Ottomanische Bank über keine flüssigen Mittel verfügt, hat sie die französische Regierung gebeten, ihr zu erlauben, die genannte Summe mit Hilfe von französischen Banken zu realisieren. Die französische Regierung befürchtet einerseits, daß Frankreich im Falle einer Absage vollständig aus dem Bagdadunternehmen ausgeschlossen sein wird, und andererseits, daß eine derartige, wenn auch nicht öffentliche Realisation als erster Schritt zur Zulassung deutscher Werte an der Pariser Börse aufgefaßt werden kann. Man beabsichtigt sich an englische Banken zu wenden. Über diese Frage ist vom Ministerrate besonders beraten worden. Ich werde die weitere Entwicklung verfolgen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Juni 1912. — Nr. 170.

Nicolson hat mich gebeten, Sie ganz vertraulich zu fragen, inwieweit es der russischen Regierung wirklich daran liegt, sich mit einem Fünftel an dem Golfsektor der Bagdadbahn zu beteiligen. Er sagt, er habe dieselbe Frage Cambon gestellt. Bis jetzt wären die Verhandlungen zwischen England und der Türkei davon ausgegangen, daß die fünf Mächte gleiche Teile erhalten, wobei Deutschland nur darauf bestanden habe, daß sein Anteil ebenso groß sei wie der irgendeiner andern nichttürkischen Macht. Nicolson sagte, daß in Wirklichkeit Deutschland anfangs mehr verlangt habe, daß diese Forderungen aber keinen Erfolg gehabt und daß die Türkei sich heute fünf gleichen Teilen widersetze; andererseits sei es jetzt möglich, eine Lösung zu finden, die England 50 % geben würde, wenn Rußland und Frankreich eine Beteiligung ihrerseits nicht für durchaus notwendig halten.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 4./17. Juni 1912. — Nr. 1131.

Ich beziehe mich auf das Telegramm Benckendorffs Nr. 170. Die Frage unserer Teilnahme an dem südlichen Ende der Bagdadbahn hat für uns wenig Bedeutung, obwohl wir auf diese Weise die Möglichkeit hätten, über die Lage der Dinge in diesem Sektor der Bagdadbahn besser unterrichtet zu sein. Seinerzeit haben wir uns bereit erklärt, einen fünften Teil zu übernehmen, hauptsächlich um das Prinzip des gemeinsamen Vorgehens mit England und Frankreich in dieser Frage aufrechtzuerhalten und um unsere Stimme zugunsten dieser beiden Staaten abgeben zu können. Jetzt sind wir bereit, auf diese Beteiligung zu verzichten, möchten aber gerne vorher die Ansicht der französischen Regierung kennen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912. — Nr. 113.

Ihr Telegramm Nr. 1131 erhalten. Poincaré hat eine ähnliche Anfrage aus London erhalten, dieselbe jedoch noch nicht

beantwortet, da in Berlin augenblicklich Verhandlungen zwischen der Deutschen Bank und den französischen Teilnehmern des Bagdadbahn-Unternehmens stattfinden. Vom Ausgange dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Franzosen in diesem Unternehmen bleiben, was Poincaré sehr wünscht, und dieses muß andererseits auf die Stellungnahme Frankreichs in der obenerwähnten Frage zurückwirken. Poincaré dankt für unsere freundschaftliche Anfrage, bittet uns jedoch noch zuzuwarten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. Juni 1912. — Nr. 122.

Poincaré hat mir erklärt, daß der Zusammenhang zwischen der von den Engländern aufgeworfenen Frage und den französischen Verhandlungen mit der Deutschen Bank rein finanzieller Natur ist. Wenn die Deutschen auf der Realisation eines Teiles der Anleihe bestehen, welche sich im Portefeuille der Ottomanischen Bank befindet, wird letztere sich wahrscheinlich an englische Banken wenden und dies könnte zu einem Übereinkommen hinsichtlich des südlichen Teiles der Bagdadbahn führen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 1./14. August 1912. — Nr. 145.

Die Zeitungen haben die vom Echo de Paris gebrachte Nachricht nicht beachtet. Unser Finanzagent jedoch legt der Nachricht über die Gründung einer neuen Gesellschaft große Bedeutung bei. Dies würde seiner Ansicht nach beweisen, daß die Bagdadbahn-Gesellschaft beschlossen hat, den Bau der Bahn von Bagdad zu beginnen und eine Linie nach Sadidje und eine Zweiglinie nach Khanekin zu führen, um uns auf diese Weise zu zwingen, die Linie Khanekin—Teheran zu bauen. Aus der Zeitung ist nicht ersichtlich, ob die neue Gesellschaft von der türkischen Regierung anerkannt worden ist.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Geschäftsträger in London vom 8./21. August 1912. — Nr. 1591.

In der französischen Zeitung Echo de Paris vom 12. August wird mitgeteilt, daß zwischen Lynch und der Deutschen Bank

ein Übereinkommen getroffen worden ist, eine Gesellschaft unter dem Namen „Gesellschaft orientalischer Flußtransporte" zu gründen, um auf dem Tigris und Euphrat Baumaterialien, Arbeiter und auch sonstige Waren für die Bagdadbahn zu befördern. Auch die türkische Dampfschiffgesellschaft soll diesem Unternehmen beitreten. Ich bitte Sie, uns zu telegraphieren, ob die Nachricht über die Bildung einer solchen Gesellschaft richtig ist — sie wäre das erste englisch-deutsche Unternehmen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 10./23. August 1912. — Nr. 214.

Ihr Telegramm Nr. 1591 erhalten. Ich erfahre von Mallet, daß in der Tat ein Abkommen zwischen Lynch und der Deutschen Bank unterzeichnet worden ist. Einzelheiten sind mir unbekannt. Die Verhandlungen wurden von Lynch selbständig geführt, und erst nach deren Abschluß hat er angefragt, ob die englische Regierung Einspruch erhebe. Da diese dem Unternehmen keine politische Bedeutung beimißt, hat sie ihre Zustimmung gegeben.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 25 August/7. September 1912. — Nr. 186.

Der aus der Schweiz zurückgekehrte N. Rafalowitch bittet mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Nach Abschluß des Übereinkommens mit Lynch hat Gwinner der Ottomanischen Bank in Paris als der Vertreterin der französischen Gruppe an der Bagdadbahn mitgeteilt, daß man beabsichtigt, den nächsten Abschnitt nicht von Westen aus, sondern von Bagdad aus zu bauen, um auf diese Weise Khanekin im Jahre 1916 zu erreichen. Die Mitwirkung der französischen Gruppe ist wichtig, da sie ihre Teilnahme bei der Realisation der Obligationen für den neuen Abschnitt von Westen aus versprochen hat. Gwinner wünscht diese Zustimmung zu dem Abschnitt Bagdad—Sadidje zu erhalten. Die Ottomanische Bank hat diesen Vorschlag günstig aufgenommen. Es ist durchaus notwendig, auf dieselbe mit Hilfe der französischen Regierung einzuwirken. Das beste Mittel, die Haltung der Franzosen in dieser Frage zu verändern, würde darin bestehen, daß wir sie zur Beteiligung an der transpersischen

Bahn heranziehen und möglichst schnell die Bahnlinie Baku—Teheran in Angriff nehmen. Die Franzosen werden anscheinend gern mit uns in Verhandlungen eintreten, doch darf man nicht Zeit verlieren, da sie ihre Beteiligung an der Bagdadbahn nur einem andern realen Unternehmen zum Opfer bringen werden. Das letzte Vorgehen der Deutschen ist sehr entschieden und erfolgreich gewesen und zwingt uns, unverzüglich zu handeln.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 29. August/11. September 1912. — Nr. 1790.

Unser Generalkonsul in Bagdad telegraphiert, das Übereinkommen mit den Türken ist am 3. September unterzeichnet worden. Lynch stellt die Dampfschiffe, die Deutsche Bank die Flußkähne, die Türken geben ein Drittel des nötigen Kapitales. Da Lynch das ganze Unternehmen leiten wird, so wird es von der öffentlichen Meinung nur als eine Ausdehnung der Dampfschiffahrtgesellschaft Lynch betrachtet. Man kennt hier noch keine Einzelheiten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 31. August/13. September 1912. — Nr. 230.

Das Projekt, die Zweiglinie Bagdad—Khanekin zu bauen, ehe die Hauptlinie fertiggestellt ist, widerspricht der Ansicht Greys nach den Interessen Deutschlands und wäre nur für England vorteilhaft, da dieses dann den ganzen Handel über den Persischen Golf in seine Hände bekommen würde. Grey zweifelt daher, daß die südliche Zweiglinie im Jahre 1916 fertiggestellt sein wird, es sei denn, daß Khanekin mit der schon bereits erbauten Hauptlinie verbunden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. April/9. Mai 1913. — Nr. 433.

Nicolson benachrichtigt mich, daß sich der frühere Standpunkt der englischen Regierung geändert habe, und daß das Kabinett von London keinen Einspruch mehr gegen den Bau der Bahn Bagdad—Basra erhebe, jedoch unter der Bedingung, daß zwei der Direktoren Engländer sein müssen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 3./16. Mai 1913. — Nr. 1266.

Die Zeitungen berichten über den Abschluß des folgenden englisch-türkischen Übereinkommens: Koweit befindet sich in der englischen Einflußsphäre. Die Engländer bauen einen Hafen in Basra, sie übernehmen die Leitung der Linie Basra—Koweit und gewähren eine Anleihe von 3 Millionen Pfund Sterling für Reformen in Ostanatolien und Syrien. Ich bitte Sie, uns zu benachrichtigen, wieweit diese Nachrichten richtig sind. Wenn andere Staaten im Zusammenhang mit der Lösung der Frage Kompensationen erhalten, so müssen auch wir auf solche Anspruch erheben.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1913. — Nr. 354.

Ihr Telegramm 1266 erhalten. Soviel ich weiß, sind die von dem Korrespondenten der Zeitung Matin mitgeteilten Nachrichten übertrieben. Der englische Botschafter behauptet, nicht auf dem laufenden der Verhandlungen zu sein, da diese in London geführt werden. Der Großwesir erklärt ziemlich unbestimmt, daß die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen, daß jedoch über zwei Punkte noch kein Einvernehmen erzielt sei. Ich nehme an, daß es sich nicht um eine offizielle Anerkennung des englischen Protektorates über Koweit handelt, sondern um die türkische Anerkennung der erblichen Rechte des Scheichs von Koweit, den die Pforte bis jetzt als einen einfachen Kaimakam betrachtete. Eine derartige Anerkennung stärkt natürlich den englischen Einfluß.

Was die Bedingungen der Erbauung der Bagdadbahn anbelangt, so sind diese aus meinen früheren Berichten bekannt, und ich habe keine Informationen, daß eine Änderung eingetreten ist. Die Dreimillionen-Anleihe scheint mir unwahrscheinlich, bis die Pariser Kommission ihre Arbeiten beendet haben wird. Ich nehme an, daß genauere Nachrichten aus London zu erhalten sein werden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 6./19. Mai 1913. — Nr. 452.

Nicolson bestätigt, daß die Nachrichten der Times vom 4. Mai den Tatsachen entsprechen. Die Verhandlungen mit der Türkei wurden hier mit Haki Pascha geführt, welcher, wie es sich jetzt herausstellt, die hiesige deutsche Botschaft über diese Verhandlungen systematisch unterrichtet hat. Nach der Rückkehr Lichnowskys erwartet man auch die Ankunft Gwinners, und dann wird wahrscheinlich der Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung beginnen. Da es in der Türkei kaum gelingen wird, eine besondere Gesellschaft zum Bau des letzten Abschnittes zu bilden, so glaubt Nicolson, daß dieser letzten Endes der Bagdadbahn-Gesellschaft überlassen werden wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Mai 1913. — Nr. 461.

Grey hat Cambon und mich gebeten, ihn aufzusuchen, und uns mitgeteilt, er habe mit uns über die Bagdadbahn zu sprechen, erstens weil England durch die russische und französische Zustimmung zu der vierprozentigen Zollerhöhung gebunden sei, und zweitens, weil diese Frage von der Pariser Kommission besprochen werden müßte. Grey sagte uns, die englische Regierung halte es nicht mehr für möglich, sich der Bagdadbahn prinzipiell noch länger zu widersetzen, doch müsse sie ihre eigenen Interessen beim Bau der Linie bis zum Persischen Golf wahren. Deshalb sei die englische Regierung im Begriff, mit der Türkei ein Abkommen zu treffen, dem zufolge gewisse Fragen im Persischen Golf, wie Koweit, die Insel Bahrin und die Schiffahrt, geregelt werden würden, während andererseits die Türkei die Möglichkeit erhalte, die Bahn von Bagdad nach Basra zu bauen, unter der Bedingung, daß dieselbe über Basra nicht hinausgehe, jedenfalls nicht ohne englische Zustimmung, und daß zwei der Direktoren der Bahn Engländer seien, ohne daß sich England sonst an der Unternehmung beteilige, da alle Versuche, diese Bahnlinie zu internationalisieren, erfolglos geblieben wären. Diese Direktoren hätten keine andere Aufgabe, als die englischen Interessen in Tariffragen zu vertreten. Diese beiden Bedingun-

gen seien vorbeugender Natur, und England erwerbe auf diese Weise nur ein negatives Recht. Unter diesen Bedingungen sei England bereit, im Falle der Zustimmung Rußlands und Frankreichs, seine Einwilligung zur vierprozentigen Zollerhöhung zu geben. Grey bat Cambon und mich, dies zur Kenntnis unserer Regierungen zu bringen. Unterdessen hat Kühlmann, der mit einem Beamten des englischen Außenministeriums, Parker, diese Frage behandelt, erklärt, daß diese Angelegenheit zwar die deutschen Interessen direkt berühre, da die deutsche Konzession sich nicht nur bis Basra, sondern auch bis zum Persischen Golf erstrecke, daß aber Deutschland trotzdem keine Einwendungen gegen ein englisch-türkisches Abkommen erheben werde, unter der Bedingung jedoch, daß für die finanziellen Mittel zum Bau der Linie bis Bagdad und bis Basra ein Äquivalent gefunden werde, da ein Teil der zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen Mittel aus der europäischen Türkei, die ja jetzt nicht mehr einen Bestandteil des Türkischen Reiches bildet, herstamme. Dieses der Stand der Verhandlungen mit Deutschland.

Grey wies uns darauf hin, daß Englands Zustimmung zur Zollerhöhung nur den Zweck hat, seine Interessen zu wahren, soweit sie durch das Unternehmen Bagdad—Basra in Frage gestellt werden. Diese Garantien konnten auf keine andere Weise gesichert werden. Auf meine Frage, ob im Laufe der Verhandlungen auch von der Linie Bagdad—Khanekin die Rede gewesen sei, erwiderte Grey, daß, abgesehen von nicht autorisierten finanziellen Kreisen, die Frage dieser Linie nicht berührt worden sei und daß die englische Regierung keine Verhandlungen über eine Bahnlinie führen werde, an der Rußland unmittelbar interessiert sei.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. Mai 1913. — Nr. 260.

Hinsichtlich der englisch-türkischen Verhandlungen verfügt man hier ungefähr über dieselben Informationen wie unsere Botschafter in Konstantinopel und London. England verzichtet auf den Bau der Linie Bagdad—Basra, ernennt aber zwei Mitglieder der Verwaltung. Die Strecke Basra—Koweit wird überhaupt nicht gebaut werden. Die Türkei erkennt die Stellung

Englands in Kowcit und im Persischen Golfe an. Diese Frage ist nunmehr endgültig erledigt. Hinsichtlich der Verhandlungen Englands mit Deutschland glaubt Pichon, daß die Deutschen die englische Zustimmung dazu erhalten wollen, daß alle Überschüsse der „öffentlichen Schuld" zur Sicherstellung des Bagdadunternehmens verwandt werden. Grey hat versprochen, keinen Beschluß zu fassen, ohne sich mit Frankreich verständigt zu haben. Das Pariser Kabinett berät, wie es sich zu dieser neuen Lage der Dinge stellen solle. Hiermit in Verbindung steht die Frage der Realisation der 8 Millionen Franken, die den französischen Anteil an den beiden letzten Abschnitten der Bagdadbahn darstellen. Die Deutsche Bank besteht auf dieser Realisation, während die französische Regierung einer solchen Emission auf dem französischen Markte immer noch abgeneigt ist. Die Frage wird wahrscheinlich durch die Errichtung eines „Omnium" für die französischen Eisenbahnunternehmungen in der Türkei gelöst werden. Was die Linie Bagdad—Basra anbelangt, so wird Frankreich wahrscheinlich auch für sich zwei Stellen in der Verwaltung beanspruchen. Auf alle Fälle werden Verhandlungen Frankreichs mit der Türkei und auch Deutschland nötig werden, und letzteres wird wahrscheinlich versuchen, auch Frankreichs Zustimmung zu der Verwendung der Überschüsse der „öffentlichen Schuld" zu erhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1913. — Nr. 264.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 260. Ich ersehe aus einer Unterredung mit Pichon, daß meine Mitteilung, Frankreich beanspruche zwei Stellen im Verwaltungsrate, auf einem Irrtum beruht. Pichon erklärt, die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland bezwecken hauptsächlich, Frankreich die Erbauung und Entwicklung eines Eisenbahnnetzes in Syrien und Anatolien zu sichern. Pichon beabsichtigt die Anwesenheit der zur Pariser Finanzkonferenz eingetroffenen deutschen finanziellen Vertreter zu benutzen, um mit ihnen in einen Meinungsaustausch einzutreten. Auf alle Fälle wird er uns von dem Gange der Verhandlungen benachrichtigen.

Neuntes Kapitel.

Frankreichs und Englands Stellungnahme zu den durch die Potsdamer Kaiserbegegnung bedingten deutsch-russischen Verhandlungen über eine Bahn Bagdad-Khanekin-Teheran.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. November/7. Dezember 1910.

Am Tage nach meiner Rückkehr nach London begab ich mich zu Sir A. Nicolson, da Grey in der Provinz mit den Wahlen beschäftigt war. Unsere Unterhaltung nahm einen allgemeinen Charakter an. Sir Arthur sagte mir, die englische Regierung hätte die offenen und befriedigenden Erklärungen außerordentlich geschätzt, die Sie O'Beirne anläßlich der letzten Kaiserzusammenkunft in Potsdam gemacht haben. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Unterstaatssekretär zu sagen, Euere Exzellenz wäre von dem Resultate dieser Zusammenkunft sehr befriedigt, im Laufe derselben wäre von seiten Deutschlands kein Versuch gemacht worden, eine Bresche in unser Abkommen und in unsere Beziehungen zu Frankreich und zu England zu schlagen, und, abgesehen von den sehr wichtigen Versicherungen hinsichtlich der deutschen Politik in Persien, habe die Zusammenkunft die nötige Entspannung herbeigeführt, so daß wir jetzt wieder normale Beziehungen zu Berlin aufgenommen hätten, die es erlaubten, Verhandlungen zu führen und sich, wenn nötig, offen auszusprechen. Sir Arthur antwortete mir, daß dieses der englischen Regierung nur zusagen könne, da sie völliges Zutrauen zu uns habe und in dem Vorgefallenen nur eine neue Garantie für die Beruhigung der allgemeinen politischen Situation er-

blicke. Zu Persien übergehend, sagte mir Sir Arthur, daß er zufrieden sei, daß der durch die Beleidigung unserer Flagge in Kaschan hervorgerufene Zwischenfall friedlich beigelegt werden konnte; er erwarte mit Ungeduld weitere Nachrichten über die Konversion der Anleihe; der englische Gesandte habe eine baldige Antwort versprochen, bis jetzt sei jedoch in London noch nichts erhalten worden. Überhaupt drückte er mir eine gewisse Besorgnis wegen der Lage der Dinge in Persien aus. Er habe den neuen Regenten gesehen, der ihm von seiner Absicht gesprochen, sich nach Teheran zu begeben, doch hätten ihn diese Erklärungen durchaus nicht beruhigt.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Dezember 1910.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen, und sagte, er wolle mit mir verschiedene politische Fragen besprechen, die ich Sir A. Nicolson gegenüber während seiner Abwesenheit erwähnt hatte.

Es handele sich zuerst um eine Verbindung der russischen und der indischen Eisenbahnen in Persien. Ich sagte, ich hätte nicht den offiziellen Auftrag, dieses Projekt mit der englischen Regierung zu besprechen, aber ich kenne die Ansicht Euerer Exzellenz, die dieses Projekt billige, sowohl hinsichtlich der ökonomischen Vorteile als auch namentlich wegen der politischen Wirkung, da ein solches Unternehmen nur dann möglich sei, wenn das gegenseitige Mißtrauen der vergangenen Jahre endgültig geschwunden sei; besser als durch irgendein anderes Mittel würde die Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen zwischen England und Rußland hierin eine neue Bestätigung finden. Ich fügte hinzu, daß später, wenn das Projekt eine bestimmtere Gestalt angenommen habe, wir einen offiziellen Vorschlag machen würden. Sir Edward antwortete: „Ich befinde mich ungefähr in derselben Lage wie Sasonow. Die Frage wird geprüft werden. Der Staatssekretär für Indien hat sich bereits mit derselben befaßt und die Regierung wird bald einen Beschluß hinsichtlich ihrer Stellungnahme fassen müssen. Meinerseits werde ich darauf hinweisen, daß die Zeit gekommen ist, da alle aus dem früheren Mißtrauen zwischen England und Rußland entspringenden Einwendungen zum Schweigen gebracht werden müssen.

Dies schließt nicht die Notwendigkeit der Prüfung einer Frage durch die Regierung aus, da wir die Kommission der Nationalen Verteidigung befragen müssen."

Sodann wies der Minister darauf hin, daß diese Angelegenheit jetzt noch von einem anderen Standpunkte aus betrachtet werden müsse. Es handelt sich um die Bagdadbahn. Wenn die Furcht einer Invasion Indiens durch Rußland jetzt geschwunden ist, so bietet eine zu nahe Verbindung der Bagdadbahn mit dem indischen Bahnnetz durch Persien nicht geringe Schwierigkeiten. Es würde eine strategische Hauptlinie geschaffen, die in der Türkei beginnt: in diesen Zeiten, da der Islam überall zu erwachen scheint, muß dieser Umstand ernstlich in Erwägung gezogen werden.

Ich unterbrach den Minister mit der Bemerkung, daß Sie sich bereits dagegen ausgesprochen hätten, daß die transpersische Bahn Ispahan berühre, da sich diese Stadt zu nahe von Khanekin befindet; dies scheine mir die Befürchtungen des Ministers zu entkräften. Grey gab dies zu, sagte jedoch, daß auch Teheran nicht sehr weit sei.

Ich antwortete ihm, daß sein Standpunkt nur dann gerechtfertigt sei, wenn alle Schwierigkeiten, die sich dem Bau der Bagdadbahn entgegenstellen, behoben werden, mit andern Worten, wenn ein Einvernehmen zwischen den Regierungen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und der Türkei erzielt worden wäre.

Hierauf fragte mich Sir Edward, ob die letzten Abmachungen zwischen Rußland und Deutschland, über deren allgemeinen Inhalt er durch Sie in liebenswürdiger Weise unterrichtet worden sei, nicht auf die weitere Entwicklung der Bagdadbahnfrage Einfluß haben könnten. Ich entgegnete, daß ich von Ihnen selbst erfahren habe, daß die genannten Abmachungen, soweit sie eine Verbindung der Eisenbahnlinien betreffen, nur dann in Wirkung treten würden, wenn zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits ein Übereinkommen erzielt worden sei: dies sei Ihr Standpunkt dem deutschen Minister gegenüber gewesen.

In diesem Falle, sagte Sir Edward, ist die Lage der Dinge genau dieselbe, wie sie es gewesen wäre, wenn im vorigen Jahre

zwischen den englischen, französischen und deutschen Finanzgruppen ein Einvernehmen hätte erzielt werden können. Ein solches Einvernehmen hätte nur bestätigt werden können, wenn die vier Regierungen ihre Zustimmung gegeben hätten. In diesem Falle hätte England die ihm wünschenswerten Bedingungen erzielt, wie dies heute mit Rußland der Fall ist.

Ich antwortete, daß ich die Sache ganz ebenso auffasse. Wir hätten die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen wir gegen das Bagdadbahnprojekt weiter keine systematische Opposition machen würden, denn in Fragen der Verkehrspolitik ist eine rein negative Politik nicht länger möglich. Sir Edward teilt diese Ansicht.

Ich fügte hinzu, es könne keine Rede davon sein, daß wir die Linien in Khanekin verbinden, bevor die ganze Frage der Bagdadbahn in internationaler Hinsicht geregelt ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 7./20. Dezember 1910. — Nr. 1779.

Ihren Brief vom 2. Dezember erhalten. Ihre Grey gegebene Antwort enthält einen wichtigen Irrtum. Unsere Zustimmung zur Verbindung der Bahn in Khanekin hängt nicht von dem vorherigen Übereinkommen der vier Mächte in der Bagdadfrage ab. Letzteres bezieht sich nur auf unsern Wunsch, daß im Falle der Teilung der Bahn in einzelne Abschnitte uns die Zweiglinie Seidje—Khanekin überlassen wird. Wir hatten hierbei im Auge, daß die Deutschen in jedem Falle die Bahn Bagdad—Khanekin bauen werden und daß wir nur darauf bedacht sein müssen, unsere eigenen Interessen in Persien zu schützen. In diesem Sinne habe ich mit O'Beirne vor meiner Reise nach Potsdam und nach meiner Rückkehr mit Buchanan gesprochen. Denselben Standpunkt habe ich auch in meinen Gesprächen mit Ihnen vertreten. Ich bitte Sie, Grey ohne Verzug hiervon zu benachrichtigen, um das entstandene Mißverständnis zu beseitigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Dezember 1910. — Nr. 279.

Ihr Telegramm Nr. 1779 erhalten. In Abwesenheit von Grey habe ich Nicolson aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß ich

einen bei meiner letzten Unterredung mit Grey unterlaufenen Irrtum zu berichtigen habe. Ich erklärte ihm, daß unabhängig von einem Einvernehmen der vier Mächte Rußland sich verpflichtet habe, die Eisenbahnen, die es im Norden Persiens bauen würde, mit Khanekin zu verbinden, sobald Deutschland die Abschnitte Konia—Bagdad und Bagdad—Khanekin fertiggestellt haben würde. Ich fügte hinzu, daß wir von der Erwägung geleitet worden sind, daß selbst ohne Einvernehmen der vier Mächte die Herstellung der genannten Abschnitte durch Deutschland gesichert sei und daß wir daher Maßregeln zum Schutze unserer Interessen in unserer persischen Einflußsphäre treffen müssen. Ich fügte hinzu, daß in dem mit Deutschland in Aussicht genommenen Übereinkommen uns vollkommene Freiheit in bezug auf die Richtung unserer Eisenbahnen in Persien gelassen worden sei und daß wir erklärt hätten, daß Deutschland unsererseits auf kein Zugeständnis finanzieller oder ökonomischer Natur in der Bagdadbahnfrage rechnen könne. Dies gebe uns im Falle von Verhandlungen Deutschlands mit England oder Frankreich vollkommene Freiheit, mit andern Worten, wir hätten uns in keiner Weise hinsichtlich der vierprozentigen Zollerhöhung verpflichtet.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 21. Dezember/3. Januar 1911.

Ich suchte heute Sir Arthur Nicolson auf und fragte ihn, ob er mir vor der Abreise unseres Kuriers nichts Besonderes mitzuteilen habe.

Sir Arthur erwiderte, daß keine besonderen Fragen vorliegen; er bedauere jedoch eine gewisse Nervosität in Paris, wenigstens in der Presse und im Publikum. Er erzählte mir, der italienische Botschafter habe ihn soeben aufgesucht und scheine einigen Artikeln in der Daily News große Bedeutung beizulegen. Diese Artikel scheinen sehr deutschfreundlich oder vielmehr franzosenfeindlich zu sein. Sir Arthur hat dem Botschafter geantwortet, daß die Daily News ein Organ der radikalen Partei sei, welche die Regierung allerdings unterstütze, jedoch keine Verbindung mit dem Kabinett habe, dessen Ansichten mit denen der genannten Partei durchaus nicht übereinstimmen. Wenn ein Teil der ra-

dikalen Partei aus dem einen oder andern Grunde gegen die französische Regierung opponieren zu müssen glaube, so habe diese Tendenz auch nicht den Schatten eines Einflusses auf die Haltung der englischen Regierung; die Beziehungen zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs seien ebenso intim wie früher; in dieser Hinsicht habe sich nichts geändert, wie sich auch nichts in den Beziehungen vollkommenen Vertrauens zwischen England und Rußland geändert habe; er glaube im Gegenteil, daß diese Entente immer festere Formen annähme, was natürlich eine Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland nicht ausschließe, und er wenigstens wäre zufrieden, wenn dasselbe von England und Deutschland gesagt werden könne; mit einem Wort, es gäbe nichts als gewöhnliche Nervosität des Pariser Publikums und Intrigen in der französischen Presse.

Das Gespräch vertraulich fortsetzend, sagte mir Sir Arthur, daß er allerdings die Tendenzen der Daily News und einiger anderer Blätter als von der deutschen Presse inspiriert ansehe.

Diese, sagte mir Sir Arthur, versucht leider heute die Sache so darzustellen, als ob sich jetzt die ganze politische Situation auf die zwischen Rußland und Deutschland getroffenen Abmachungen stütze und ebenso auf diejenigen, welche angeblich bald zwischen England und Deutschland abgeschlossen werden sollen, wobei Deutschland die Hauptrolle zugeschrieben und Frankreich gänzlich beiseite gelassen wird. Dies beunruhigt in Paris und ist vielleicht nicht ganz unbeabsichtigt.

In London, schloß Sir Arthur, ist man ruhiger; aber ich wünsche, der Petersburger Korrespondent der Times wäre etwas vorsichtiger. Er hat der ganzen Welt mitgeteilt, daß die russische Regierung eine deutsche Note des Jahres 1907 zu beantworten beabsichtige. Ich weiß nichts davon, aber in einer ernsten Zeitung muß man entweder mehr oder weniger sagen.

Sir Arthur fügte hinzu, daß die augenblicklichen Tendenzen der radikalen Partei in England nicht von Bestand sein werden und daß man ihnen keine Bedeutung beimessen kann. Ich selbst bin hinsichtlich der Stimmung in London nicht ganz so optimistisch wie Sir Arthur; ich muß jedoch betonen, daß, ganz abgesehen von dem Vertrauen der Regierung zur Festigkeit der

englisch-russischen Beziehungen, die tiefe Wurzeln gefaßt haben, ich in dieser Hinsicht nirgends Zweifeln begegnet bin und daß das bisher noch unbestimmte Projekt einer transpersischen Bahn schon jetzt sich als ein wirksames Bindemittel erwiesen hat.

Um diesen Stand der Dinge auch weiter zu erhalten, ist es natürlich notwendig, daß die englische Regierung keine Zweifel über unsere Beziehungen zum Berliner Kabinett hegt. Es handelt sich bei jeder passenden Gelegenheit um ganz offene Erklärungen.

Was die Beziehungen zwischen Berlin und London anbelangt, so gibt es, glaube ich, nichts Neues; bis jetzt sind noch keine Eröffnungen hinsichtlich der Bagdadbahn gemacht worden.

Zum Schlusse der Unterredung sagte Sir Arthur, er habe mit Vergnügen gehört, daß Sie mit dem Gange der Verhandlungen in Teheran jetzt zufrieden scheinen. Er glaubt in der Tat, daß man in Konstantinopel einen Augenblick den Eindruck gehabt hat, namentlich nach der letzten englischen Note, daß Rußland und England an eine Aufteilung Persiens denken. Diese Befürchtungen scheinen sich gelegt zu haben — Sir Arthur glaubt, daß die deutsche Diplomatie, wenigstens im Anfang, ihre Hand im Spiele gehabt hat.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. Dezember/9. Januar 1911.

Da in der hiesigen Presse immer wieder Gerüchte auftauchen, die sich auf angebliche Folgen der Potsdamer Zusammenkunft beziehen, hat Pichon sich entschlossen, seine Rede im Parlament nicht länger aufzuschieben. Er wird die Beziehungen Frankreichs zu allen Mächten berühren, vor allem aber will er die Unerschütterlichkeit des frankorussischen Bündnisses betonen, ebenso das volle Zutrauen zu unserer Politik und die Befriedigung, mit der Frankreich den Umstand begrüßen würde, wenn der Möglichkeit von Reibungen zwischen Rußland und Deutschland vorgebeugt würde. Pichon ist überzeugt, daß er auf diese Weise die erwähnten Gerüchte wird widerlegen können.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Dezember 1910/7. Januar 1911. — Nr. 286.

Die Evening Times hat gestern ein Telegramm aus Petersburg veröffentlicht, welches den Wortlaut Ihres Projektes unseres Abkommens mit Deutschland über Persien und die Bagdadbahn enthält.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. Dezember 1910/10. Januar 1911. — Nr. 1880.

Wir haben jetzt die betreffende Nummer der Evening Times erhalten. Ich bitte Sie, Nicolson das Ansuchen der russischen Regierung zu übermitteln, eine sorgfältige Untersuchung einzuleiten, aus welcher Quelle die Redaktion diesen Text hat erhalten können. Wir legen dieser Frage, die die russischen und englischen Interessen berührt, die allergrößte Bedeutung bei.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 29. Dezember 1910/11. Januar 1911. — Nr. 289.

Ihr Telegramm Nr. 1880 erhalten. Nicolson ist ganz Ihrer Ansicht, es sei außerordentlich wichtig, den Ursprung der Indiskretion zu entdecken. Das Auswärtige Amt beschäftigt sich mit dieser Frage und wird uns das Resultat mitteilen. Nicolson glaubt nicht, daß diese Indiskretion in London begangen worden ist, da der hier veröffentlichte Wortlaut einen kleinen Zusatz zu dem von Ihnen dem englischen Botschafter mitgeteilten Texte enthält.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Januar 1911.

Letzten Freitag ist Nicolson auf die Indiskretion der Evening Times zurückgekommen. Er sagte mir, daß das Auswärtige Amt Nachforschungen anstelle; er glaube mir schon jetzt versichern zu können, daß im Ministerium kein Vertrauensbruch begangen worden sei. Er stellte keine Vermutungen auf.

Cambon sagte mir heute morgen, er habe mit einem Journalisten gesprochen, der über alle Vorgänge in der Presse gut unterrichtet sei. Alle großen Blätter versuchen das Geheimnis aufzuklären, haben aber bisher das Rätsel noch nicht lösen können.

Die Evening Times ist eine ganz junge Gründung. Sie erscheint erst seit letztem Sommer. Der Redakteur ist ein gewisser Herr Whatney, früherer Mitarbeiter der Daily Mail und des Standard. Es ist erwiesen, daß dieses Blatt keine eigenen Korrespondenten im Auslande besitzt. Dies führt zur Annahme, daß die Mitteilung in London erfolgt ist. Dies ist auch die Annahme des Gewährsmannes von Cambon. Es handelt sich entweder um eine Indiskretion im Auswärtigen Amt oder aber in einer der Botschaften Rußlands, Frankreichs oder Deutschlands.

Cambon teilt diese Ansicht nicht. Er folgert logischerweise, daß wir alle im Besitze desselben Textes sind, während die englische Übersetzung am Ende der ersten Zeile des vierten Artikels einen Zusatz enthält. Man müßte also annehmen, daß man in Petersburg in den Besitz eines später veränderten Wortlautes gelangt ist, oder aber in Berlin einer vorzuschlagenden Verbesserung.

Viele nehmen in London an, daß die deutsche Regierung die Urheberin der Indiskretion ist, namentlich in Anbetracht ihres beständigen Kontaktes mit der Presse.

Weder ich noch Cambon halten dies für möglich. Ich sehe nicht ein, was Deutschland hierbei gewinnen könnte. Ich finde, daß die deutsche Presse wenigstens ein wenig enttäuscht ist — sie findet dieses Resultat der Potsdamer Zusammenkunft zu bescheiden, wenn man es mit dem weiten Horizont vergleicht, welcher durch die Rede Bethmann Hollwegs eröffnet schien.

Wenn man diese Rede Punkt für Punkt prüft, so ist die Darlegung, soviel ich weiß, genau. Der allgemeine Eindruck jedoch hat im Publikum den Glauben an eine radikale Änderung in der politischen Lage hervorgerufen, und in diesem Sinne hatte Bethmanns Rede dazu beigetragen, in Paris und selbst in London zu beunruhigen.

Cambon neigt zur Ansicht, daß sogar die Rede Pichons nicht völlig genügen wird, um die Gemüter zu beruhigen. Er hat auf gewisse Unterbrechungen von Jaurès nicht antworten können,

der übrigens gestern, wie es scheint, eine gefährliche Rede gehalten hat, deren Text bis heute, Sonntag, in London nicht veröffentlicht worden ist.

Cambon sagt mir, Jaurès sei, wie alle Sozialisten und extremen Radikalen, ein Gegner der Allianz mit Rußland und sei offen für eine Annäherung an Deutschland. In London gilt dasselbe von der ultraradikalen Partei, auf deren Organe, wie z. B. die Daily News, sich der deutsche Einfluß erstreckt. Auf diesem Boden wirken gewisse Agenten — zugunsten Deutschlands und gegen Rußland. Ich beeile mich hinzuzufügen, daß sie auf die Regierung keinen Einfluß haben; diese weiß besser denn alle anderen, daß die in London auftauchenden Gerüchte über angebliche Verhandlungen zwischen dem Londoner und dem Berliner Kabinett — man spricht sogar von einem schon getroffenen Übereinkommen — jeglicher Grundlage entbehren.

Ich fürchte, daß der Zusatz in dem in englischer Übersetzung in der Evening Times veröffentlichten Dokumente hier mehr, als gut ist, überrascht hat. Man hat mir kein Wort gesagt, aber der Unterschied in den beiden Texten ist sofort bemerkt worden. Ich frage mich, ob nicht diese Ungewißheit den Wert des von uns den beiden Regierungen mitgeteilten Dokumentes bis zu einem gewissen Grade in Frage stellt, und ob es nicht nützlich wäre, in dieser Hinsicht Erklärungen abzugeben. Man muß nur ja nicht den Zweifel aufkommen lassen, als ob wir ein unvollständiges Dokument mitgeteilt haben.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Januar 1911.

Ich glaube Euerer Exzellenz mitteilen zu müssen, wie die öffentliche Meinung in England sich zurzeit zu den Beziehungen zwischen Rußland und England verhält.

Der „Observer", das einflußreichste Sonntagsblatt, hat einen langen, ein wenig unklaren und ziemlich pessimistischen Artikel über Englands Lage veröffentlicht. Die Hauptthese, die immer wiederkehrt, ist folgende: Der Dreiverband besteht; er hat nicht aufgehört zu wirken, aber ihm ist ein Schlag versetzt worden. Der Artikel behauptet, Rußland keinen Vorwurf machen zu wollen, sich mit Deutschland über die Bagdadbahn verständigt

zu haben, da die englisch-russische Konvention keine Bestimmung enthält, die ihm dies verbietet, aber der Artikel stellt fest, daß England in einer vitalen Frage seiner Politik einen Verteidiger weniger hat.

Die maßvolleren Artikel der Times, ohne so weit zu gehen, rufen im allgemeinen denselben Eindruck hervor. Der Scharfsinn des Publikums, selbst der am besten unterrichteten Kreise, hat sich nicht Rechenschaft geben können, daß im Grunde genommen zwischen Rußland und Deutschland kein Abkommen über die Bagdadbahn getroffen worden ist — ein Ausdruck, der die ganze deutsche Konzession umfaßt — und daß in dem in Frage stehenden Übereinkommen, welches die russische Einflußsphäre in Persien betrifft, die Eisenbahnfragen nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Ich glaube, daß dieser Irrtum der wirkliche Grund der Beunruhigung ist. Und unglücklicherweise werfen die bisherigen Ministerreden, sowohl die Bethmann Hollwegs als auch die Pichons, kein Licht auf diese Frage; sie übergehen sie mit Stillschweigen.

Ich wollte Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Umstand lenken; ich glaube, es wäre gut, diese Lücke auszufüllen.

Ich bin in dieser meiner Ansicht durch meine heutige Unterredung mit Cambon bestärkt worden, der vor zwei Tagen aus Paris zurückgekehrt ist.

Er, der gewöhnlich über türkische und kleinasiatische Fragen so gut unterrichtet ist, schien mir diesmal ganz im unklaren zu sein.

Wie alle Welt sprach auch er über das russisch-deutsche Abkommen, über die Bagdadbahn, erwähnte, daß Frankreich und England in Zukunft gänzlich isoliert seien usw.

Wie ich ihn aufzuklären suchte, fragte er mich: „Was verstehen Sie eigentlich unter Bagdadbahn?"

Ich teilte ihm Ihre Definition mit: „bis nach Bagdad". Er schien darüber erstaunt und sagte nur: „Aber dies ist doch äußerst wichtig." Das Postskriptum Ihres Privatbriefes vom 1./14. Dezember kam mir in Erinnerung, und ich las ihm diejenigen Sätze vor, die sich auf diesen Gegenstand beziehen. Er schien sehr überrascht: „Niemand scheint hiervon eine Idee zu

haben, und wenn man das veröffentlichte Dokument in diesem Sinne liest, so nimmt es eine ganz andere Bedeutung an."

Ich antwortete ihm, daß Sir Arthur Nicolson auf alle Fälle den Inhalt dieses höchst vertraulichen Briefes kenne. „Deshalb", sagte mir Cambon, „habe ich ihn auch viel ruhiger gefunden; ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß er dies vor meiner Abreise nach Paris nicht war."

Cambon hat ebenfalls Chiroll von der Times gesprochen; er ist auch beunruhigt, sieht nicht klar und fürchtet die Arbeit der radikalen Partei zugunsten Deutschlands.

Ich hoffe, daß Grey bei Eröffnung des Parlaments Gelegenheit finden wird, diese Frage so klar wie möglich zu beleuchten. Ich glaube, wir müssen ihm in dieser Hinsicht möglichst viel Material zur Verfügung stellen.

Das Parlament wird sich in der ersten Hälfte des Februar versammeln.

Der Umschwung in der öffentlichen Meinung in England hat niemals denselben ursprünglichen und plötzlichen Charakter wie in Frankreich. Ein Umschwung ist hier immer langsam, aber vielleicht geht er tiefer. Ich fürchte vor allem den sich hartnäckig haltenden Eindruck, daß die Übereinstimmung der drei Mächte in der Bagdadbahnfrage — eine Übereinstimmung, der England im vorigen Jahre gewisse Opfer gebracht hat — nicht mehr völlig besteht. Dies ist für England ein äußerst wichtiger Umstand.

Ich war überrascht, daß Cambon, der übrigens Iswolsky nicht gesehen hat, in dieser Frage nicht besser unterrichtet war. Selbstverständlich spreche ich in diesem Briefe nur von der öffentlichen Meinung. Ich hoffe Sir Edward Grey vor der Abreise unseres Kuriers zu sehen und werde Ihnen über unsere Unterredung berichten.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Januar 1911.

Nach einer ziemlich langen Abwesenheit bat mich Sir Edward Grey heute morgen, ihn aufzusuchen. Er fing mit der Erklärung an, daß er mir den Standpunkt Englands in der Frage der zwischen Euerer Exzellenz und der deutschen Re-

gierung in Potsdam stattgefundenen Verhandlungen klar darlegen wolle.

Er fürchtet, daß Englands Stellung bei etwaigen zukünftigen Verhandlungen über die Bagdadbahn jetzt bedeutend geschwächt sei.

Mit einigen Worten schilderte er den Gang der Verhandlungen und erinnerte mich an die „Verhandlungen zu vieren", auf die wir uns vor der Ankunft Kaiser Wilhelms in Windsor geeinigt hatten. Diese Formel wurde in Windsor bestätigt, wobei Baron Schön sie weder angenommen noch abgelehnt hatte, die aber bald darauf in Berlin zurückgewiesen worden ist. Infolgedessen entstand der Gedanke an Einzelverhandlungen, wobei jedoch das endgültige Resultat „zu vieren" festgesetzt werden sollte.

Auf diese Weise sind im vorigen Jahre die Verhandlungen zwischen Cassel und Gwinner geführt worden. Aus mehreren Gründen sind die Ergebnisse dieser Verhandlungen zwischen Finanzleuten von der englischen Regierung nicht bestätigt worden, aber in dem Briefe, in dem Grey den Entschluß des Londoner Kabinetts dem Vertreter Cassels mitteilt, findet sich der Hinweis darauf, daß die englische Regierung auf alle Fälle keinen endgültigen Beschluß fassen könne, ohne Rußland und Frankreich vorher befragt zu haben. Grey zeigte mir diesen Brief. Der letzte Absatz bestätigte, was er mir sagte.

Ich entgegnete, daß mir eine derartige Mitteilung seinerzeit nicht gemacht worden ist und ich deshalb die russische Regierung davon nicht habe benachrichtigen können. Ich fügte hinzu, daß ich den Gedanken, den Euere Exzellenz unsern jetzigen Verhandlungen mit Deutschland zugrunde legten, genau kenne. In Wirklichkeit haben wir verhandelt, um unsere Interessen in unserer Einflußsphäre in Persien zu schützen, und um dies zu erreichen, haben wir in der Tat Deutschland positive Versprechen gegeben. Aber das deutsche Projekt in seinem ganzen Umfange hat nicht den Gegenstand besonderer Verhandlungen gebildet: die Benennung „Bagdadbahn" in dem der englischen Regierung mitgeteilten Projekt umfaßt nur die Linie von Konia bis nach Bagdad — eine Linie, die, wenn auch noch nicht ganz, so doch schon teilweise fertiggestellt ist.

Sir Edward nahm die Unterredung wieder auf und sagte, daß die kurze Schilderung, die er mir soeben gegeben habe, keinen andern Zweck verfolge, als seinen Gedanken klar zu formulieren; daß er mir aber schon jetzt sagen wolle, daß unsere Deutung des Ausdruckes „Bagdadbahn" von größter Bedeutung sei und daß es wichtig wäre, daß unsere Interpretation von Deutschland deutlich verstanden und angenommen, wenn möglich auch im Texte des Übereinkommens zum Ausdruck gebracht werde.

Sodann erklärte Grey, daß Englands Stellung in seinen zukünftigen Verhandlungen mit Deutschland auf alle Fälle geschwächt sei, da letzteres von Rußland zwei äußerst wichtige Zugeständnisse erreicht habe:

1. Die Bagdadbahn hat in Nordpersien einen Ausgang gefunden, was bedeutende ökonomische und finanzielle Vorteile biete und dann auch von unbestreitbarer politischer Wichtigkeit für Deutschland sei.

2. Deutschland hat erreicht, daß Rußland seinen prinzipiellen Widerstand gegen das Bagdadprojekt aufgegeben hat. Sir Edward findet dieses Resultat für Deutschland um so wichtiger, als bisher das Gegenteil der Fall gewesen ist; Rußland hat in der Tat dazu beigetragen, die Anstrengungen Deutschlands zu lähmen, indem das Petersburger Kabinett lange Zeit auf dem Standpunkt beharrt hat, daß das deutsche Projekt den russischen Interessen schadet; London hat diesen Standpunkt nicht so klar vertreten, so daß es mehrfach gerade das Londoner Kabinett gewesen ist, welches uns darauf hingewiesen hat, daß wir einen derartigen prinzipiellen Widerstand der ganzen Natur der Dinge nach nicht immer werden aufrechterhalten können.

Diese beiden Punkte bedeuten, wie Sir Edward glaubt, eine große Erleichterung für Deutschland und erschwert Englands Stellung in demselben Maße.

Nach einer Pause sagte Sir Edward: Wenn ich unseren Standpunkt deutlich erklärt habe, so bitte ich Sie zu glauben, daß ich eine ganz offene Aussprache zwischen unseren beiden Regierungen für notwendig halte; aber indem ich es tue, will ich weder Vorwürfe machen, noch mich beklagen. Im Gegenteil, ich will unsere Beziehungen im ganzen Umfange des bisherigen Zutrauens und der bisherigen Aufrichtigkeit erhalten.

Ich sage sogar mehr, ich will durch meine Worte nicht das Resultat Ihrer Verhandlungen mit Deutschland beeinträchtigen; ich wünsche, daß diese Verhandlungen zu einem Resultate führen, und ich fürchte, daß, wenn dies nicht der Fall sein sollte, die Lage zu unser beider Schaden eine noch gefährlichere werden wird.

Sodann faßte Sir Edward Grey seine Darlegung zusammen und bat mich, Ihre Aufmerksamkeit auf drei Punkte zu lenken:

Die Wichtigkeit für Deutschland, von uns Zusicherungen bezüglich einer Verbindung der Eisenbahnen in Persien erhalten zu haben.

Sodann hält er es für äußerst wichtig, daß, wenn wir Khanekin mit einem Punkte in Nordpersien verbinden, welches immer auch die Beteiligung Deutschlands sei, die Kontrolle und die Betriebsleitung dieser Zweiglinie in unserer persischen Interessensphäre ausschließlich in russischen Händen bleibt, unter Ausschluß jeglicher deutschen Einmischung. Sir Edward begründete diese Ansicht. Er sagte, wir dürfen die panislamitische Bewegung nicht vergessen; Persien ist mohammedanisch, ebenso Afghanistan, und da sowohl Rußland als auch England zahlreiche mohammedanische Untertanen haben, so wäre eine türkische Armee unter deutschen Offizieren, die über eine Eisenbahn in Persien verfügt, die sich unter deutschem Einfluß befindet — so wäre eine solche Armee eine ständige Gefahr, deren Bedeutung man nicht unterschätzen dürfe.

Die dritte Bemerkung Greys betrifft die Grenzlinie, die wir für deutsche Unternehmungen gezogen haben. Er befürchtet, daß die deutsche Regierung hieraus den Schluß ziehen könne, daß die Erwähnung der uns interessierenden Gebietsteile Persiens ein Interesse unsererseits an den übrigen Gebieten Persiens ausschließt; dies wäre für England äußerst unvorteilhaft.

Sir Edward hofft, daß Sie diese drei Punkte bei Ihren Unterhandlungen mit Deutschland im Auge behalten werden.

Zum Schlusse sagte er mir, es wäre nicht ausgeschlossen, daß Deutschland dem Londoner Kabinett Vorschläge machen und die Türkei um die Zustimmung der Mächte zur vierprozentigen Zollerhöhung bitten wird; er hoffe annehmen zu können, daß Rußland in dieser Hinsicht vollkommene Handlungsfreiheit bewahrt hat.

Ich habe geantwortet, daß wir im Falle von Verhandlungen über die ganze Bagdadlinie mit Zweiglinien zum Mittelmeer und zum Persischen Golf unsern Verpflichtungen England und Frankreich gegenüber treu bleiben würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 8./21. Januar 1911. — Nr. 4.

Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß man hier im Falle von Veränderungen im Projekte des von uns hier mitgeteilten deutsch-russischen Abkommens eine vorherige Mitteilung erwartet, um, wenn nötig, auf eine Benachteiligung der englischen Interessen im Sinne meines Briefes vom 4./17. Januar aufmerksam machen zu können.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 14./27. Januar 1911. — Nr. 21.

In Beantwortung Ihres Telegrammes Nr. 4 bitte ich Sie, Grey mitzuteilen, daß ich nicht verfehlen werde, ihn über den Gang unserer Verhandlungen mit Deutschland zu benachrichtigen. Ich halte es jedoch für durchaus notwendig, diesen Verhandlungen den Charakter eines strengen Geheimnisses zu wahren. Um die Möglichkeit so unangenehmer Indiskretionen wie die der Veröffentlichung des Wortlautes des in Aussicht genommenen Abkommens mit Deutschland zu vermeiden, werde ich mich in Zukunft auf mündliche Mitteilungen beschränken und mich jeder Übergabe von Schriftstücken enthalten.

Persönlicher und vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 14./27. Januar 1911.

Gestern hat mich der König in Windsor mit einer sehr vertraulichen Unterredung beehrt und über zwei Fragen gesprochen, die für unsere beiden Länder gleich wichtig sind: die Bagdadbahn und das Projekt einer Verbindung der kaukasischen mit den indischen Bahnen.

In der ersten Frage stimmt der König mit der Ansicht Greys überein, und ich werde mich nur auf einige Bemerkungen beschränken.

Unter Zuhilfenahme einer kleinen Karte zeigte mir der König, daß die Bagdadbahn nur von Konia bis Bulgurlu fertiggestellt sei und daß darüber hinaus wohl einige Strecken in Angriff genommen worden seien, daß aber der Taurus große technische und finanzielle Schwierigkeiten biete und daß das ganze Unternehmen bis jetzt wahrscheinlich nicht über El Hahlil mit genügenden Mitteln versehen sei.

Der König folgerte hieraus, daß das ganze Unternehmen noch nicht so weit fortgeschritten sei, wie man behauptet, und daß wir genügend Zeit vor uns hätten. Dieser Umstand macht es seiner Ansicht nach um so notwendiger, den Wortlaut des beabsichtigten Übereinkommens zwischen Deutschland und uns so klar wie möglich zu fassen, namentlich was die Bedeutung anbelangt, die wir den Worten „Bagdadlinie", d. h. bis nach Bagdad, geben. Ich bemerkte dem Könige, daß wir zweifelsohne dieses klar betonen würden.

Der König erwiderte, daß diese Frage vielleicht erst in einigen Jahren aufgeworfen werden würde, und wenn man dann zwischen einem wenig deutlichen offiziellen Dokumente und ganz klaren Erklärungen wählen müsse, so stehe zu befürchten, daß das Dokument und nicht die Erklärungen Gültigkeit haben werden; wenigstens könnte das Dokument zu einer Deutung Anlaß geben, die eine für alle Mächte gefährliche Situation hervorzurufen imstande wäre.

Der König sagte, er spreche mit aller Offenheit im Sinne und im Interesse unserer Entente, an der er mehr denn je festhalten will und welche er für die Grundlage des Weltfriedens hält; er sei entschlossen, in allen diesen Fragen den Interessen Rußlands Rechnung zu tragen, und sei überzeugt, daß unser Kaiser dieselben Gefühle hege.

Der König betonte die außerordentliche Wichtigkeit dieser Frage für England.

Sodann besprach der König unsere Verpflichtung, Khanekin mit Teheran oder einem anderen Punkte in Nordpersien zu verbinden. Er stellte mir folgende Fragen:

Wenn Rußland eine Bahn in der Richtung des Kaspischen Meeres baut mit der Absicht, die russische Linie mit den indischen zu verbinden, ist Rußland verpflichtet, diese Linie auch mit

Khanekin zu verbinden? Ich erwiderte, ich könne keine direkte Antwort geben, hielte es jedoch für wahrscheinlich; im übrigen seien die Verhandlungen noch nicht beendet.

Der König entgegnete, daß dieser Umstand von der größten Wichtigkeit sei; es handele sich allerdings um eine Bahn in der russischen Einflußsphäre; aber diese Frage habe für England außerordentliche strategische Bedeutung und vor allem, sagte er, handelt es sich um die Kontrolle der Eisenbahn nach Teheran oder nach einem andern Punkte in Nordpersien. Die Kontrolle Rußlands ist eine Sicherheit für England — die Kontrolle Deutschlands ist eine Gefahr.

Der König führte diese Erwägungen weiter aus. Mehr als je denke er an die wichtigen Folgen, die eine Verbindung der russischen und indischen Eisenbahnen haben müsse; er trete für dieses Projekt mit seinem ganzen Einflusse ein und er erblicke hierin eine Lösung mancher Schwierigkeiten, die durch die Bagdadbahn hervorgerufen würden — namentlich wenn man die Frage einer raschen Lösung entgegenführen könne.

Der König sagte mir, er glaube zu wissen, daß man in Berlin hinsichtlich des Projektes einer transpersischen Bahn außerordentlich skeptisch sei: man glaubt, daß das gegenseitige Vertrauen zwischen Rußland und England nicht so weit gehen wird. Dies ist ein Irrtum, sagte der König, und wir müssen es beweisen.

Ich antwortete, daß unser Kaiser ebenso wie der König unser Projekt befürworte, daß auch er hierin eine Kräftigung unserer Entente erblicke; ich fügte jedoch hinzu, man dürfe sich nicht verheimlichen, daß das Projekt große finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden haben werde.

Hierauf erwiderte der König mit einiger Lebhaftigkeit, daß, wenn Rußland und England die Bahn wirklich bauen wollen, das Geld gefunden werden muß.

Wie Sir Edward Grey, so schloß auch der König diese Unterredung mit der Bemerkung, daß er, trotz der Bedenken, die er mir anvertraut habe, den Abschluß unserer Verhandlungen mit Deutschland nicht nur lebhaft wünsche, sondern sogar davon überzeugt sei, daß ein Abschluß selbst im englischen Interesse liege.

Ich fragte den König, ob ich Ihnen diese Unterredung mitteilen könne. Er erwiderte, daß er mich hierzu ermächtige.

Privatbrief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 1./14. Februar 1911.

Als ich Ihren privaten Brief vom 12./25. Januar erhielt, war mein Brief vom 14./27. Januar über meinen Aufenthalt in Windsor bereits geschrieben, und er soll Ihnen als Einleitung zu diesem Schreiben dienen. Ich will Ihren Brief Punkt für Punkt beantworten, mit dem letzten aber anfangen:

Buchanan hat Ihnen vertraulich von der hiesigen Tätigkeit Kühlmanns erzählt. Die Mitteilung ist eine vertrauliche — bis zu einem gewissen Grade. Herr v. Kühlmann hat in der Tat beständige Beziehungen zu den hiesigen Zeitungsredaktionen; dabei gibt er aber unumwunden zu, daß er die öffentliche Meinung für die in nächster Zeit zu erwartenden deutschen Vorschläge vorbereiten wolle. Ich persönlich habe keine Zweifel, daß es sich um eine „Entente générale" handelt, mit Persien anfangend.

Was die englische Regierung anbelangt, so erwartet sie diese Vorschläge seit Ihrer Rückkehr aus Potsdam und Ihren Gesprächen mit O'Beirne und Buchanan. Bei meinen ersten Zusammenkünften mit Grey und Nicolson wurde mir gleich gesagt: „Es ist noch nichts gekommen, wir haben noch nichts erhalten."

Übrigens war das Londoner Kabinett schon lange vorbereitet. Die Tendenz der deutschen Politik war mir seit den Entrevuen in London und Kronberg klar geworden. Noch zur Zeit Ihres Aufenthaltes in Rom habe ich in meinen Berichten beständig hierauf hingewiesen. Die Grundidee dieser Politik ist in den von Kaiser Wilhelm an Hardinge gerichteten Worten zu sehen: Die beiden ausschlaggebenden Faktoren in dieser Welt sind die deutsche Armee und die englische Flotte. Windsor, Highcliffe sind weitere Etappen. Ich will hier nicht versuchen, das Geheimnis des Daily Telegraph aufzuklären. Es läßt sich jedoch nicht leugnen — es ist der Appell eines mächtigen Souveräns an die britische Nation. Die Form des Verfahrens mag nicht glücklich gewesen sein — das Wesen der Sache liegt aber klar zutage.

Und was ist die Antwort Englands gewesen: „Wir sind gebunden und können nur zu vieren verhandeln.“ Dasselbe ist noch neuerdings Cassel und Gwinner gesagt worden.

Ich persönlich bin fest überzeugt, daß das Londoner Kabinett auch in Zukunft auf diesem Standpunkte verharren wird — so lange, als die angloruſſische Entente bestehen wird, — aber in ihrem ganzen Umfange bestehen. Sie muß die Basis der gesamten englischen Politik sein — von Marokko bis China. Dies glauben der König, Grey, Asquith, Balfour, Lansdowne, Nicolson und Hardinge. Nichts weniger jedoch: die Sicherung des Friedens zwischen den beiden großen Nationen in Asien und der Schutz der gemeinsamen Interessen. So wie die Entente auf bestimmte Fragen beschränkt wird, muß England sich gezwungen sehen, die deutschen Wünsche in bezug auf Konzessionen und Teilung von Einflußsphären zu berücksichtigen — dies wird unsere Entente schrittweise ausschalten und dann wird das englisch-deutsche Abkommen einen allgemeinen Charakter annehmen, denn eine solche Kombination hat für England eine verlockende Seite: die Möglichkeit, die Rüstungen einzuschränken. Eine derartige Entente wird gewiß viele Schwierigkeiten zu überwinden haben — vor allem der Anfang wird schwer sein, aber einmal im Flusse, wird sie nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Und die Isolierung Rußlands ist die unausbleibliche Folge. Ich weiß wohl, daß ich mich wiederhole, aber der Ernst der Lage zwingt mich, meine Ansicht offen und unumwunden auszusprechen.

Sie sagen in Ihrem Briefe: „Argwohn, der unsere Beziehungen zu Frankreich und England umgibt“. Was Frankreich anbelangt, so sind Sie natürlich besser orientiert als ich. Ich möchte jedoch bemerken, daß die Rede Pichons eine Lücke enthält: er hat von den Beziehungen Frankreichs zu Rußland, von den Beziehungen Frankreichs zu England gesprochen, aber nicht von einer Kombination der drei Mächte. Dies hat hier äußerst peinlich berührt, während es in Deutschland, wie ich aus den Zeitungen ersehe, gefallen hat.

Was nun London anbelangt, so hat man hier vollkommenes Vertrauen in die Loyalität unseres Kaisers und folglich auch seiner Minister. Man fürchtet jedoch, daß die Stellung Deutsch-

lands eine so starke ist, daß es aus den Verhandlungen mit uns die größten Vorteile für sich wird ziehen können — Vorteile, welche die englisch-russische Entente in der Wurzel treffen werden; die Stärke Deutschlands beruht darin, daß die russischen Verhandlungen mit ihm jetzt notwendigerweise zu einem Abschluß geführt werden müssen, im Hinblick nämlich auf die zukünftigen friedlichen Beziehungen der Mächte zueinander. Auch der König und Grey haben mir dies gesagt, und sie waren ganz ehrlich, als sie behaupteten, sie wünschten einen Abschluß unserer Verhandlungen. Grey befürchtet einen Mißerfolg, aber er fragt sich, welcher Preis gezahlt werden muß.

Die Offenheit, mit der Sie mit O'Beirne und Buchanan vor und nach Potsdam gesprochen haben, ist hier vollkommen gewürdigt worden. Seitdem jedoch fürchtet man — entschuldigen Sie den Ausdruck —, daß Sie hart bedrängt sind. Man erwartete zwar, daß Deutschland auf einem gewissen Termin für die Bahnbauten bestehen würde, aber die Forderung ist erst nachträglich erhoben worden. Man hoffte, daß die deutsche Beteiligung nicht über deutsche Lieferungen von Material und ähnliche finanzielle Unterstützungen hinausgehen würde. Hoffte man hier doch sogar, daß die Linie Seidje-Khanekin ganz in unsere Hände übergehen würde. Man hat es mit einer gewissen Modifizierung des persischen Eisenbahnprojektes zu tun. Und dies beunruhigt.

Was Artikel 3 anbelangt, so muß Buchanan Sie falsch verstanden haben. Er hat hierher berichtet, daß der Artikel in der Weise modifiziert werden würde, daß Deutschland die von ihm übernommenen Verpflichtungen werde einschränken können. In diesem Sinne hat Grey mit mir gesprochen. Ich glaube, man muß ihn aufklären, denn man hat hier den Eindruck von allzu großer Nachgiebigkeit unsererseits.

Sie wenden sich an mich mit der Aufforderung, ich solle Grey und Nicolson den Kernpunkt der ganzen Sache darlegen, sie auf das eigentliche Terrain zurückführen — die vierprozentige Zollerhöhung.

Dies habe ich bereits getan, und zwar mit Erfolg, wie aus meinen Berichten ersichtlich. Denn Grey selbst gibt zu, daß dies der eine Punkt sei, in dem er auf unsere Unterstützung rechnet;

der Rest seien freundschaftliche Kommentare. Aber sein Ton drückte mehr als seine Worte sein Bedauern aus.

Erlauben Sie mir, Ihnen meinen Gedankengang zu entwickeln. Sie wünschen, ich solle es verhindern, daß unser Abkommen mit England über Persien eine Einschränkung erfahre. Dies würde unbedingt die Folge nach sich ziehen, die ich im Anfang dieses Briefes erwähnte. Ich folge Ihnen aber nicht, wenn Sie sagen: „Das übrige ist im Grunde genommen Worte und Phrasen." Beim Abschlusse des persischen Abkommens garantierten wir uns gegenseitig unsere Interessen in diesem Lande, und ohne die wirtschaftlichen Interessen der andern Staaten direkt ausschließen zu wollen, wollten wir doch außer den russischen und englischen keine anderen politischen Interessen gelten lassen; auch nicht zulassen, daß ein anderer Staat sich solche politische Interessen schafft. Deutschland wird aber jetzt die Möglichkeit haben, dies zu tun — dazu kann es die Frage der Bahnbauten benutzen. Und deshalb ist es für England angebracht, sich seinerseits mit Deutschland über Persien zu verständigen. England hat nicht die Möglichkeit, mit dem anglorussischen Abkommen in der Hand und sich auf dasselbe berufend gegen unsere Verhandlungen mit Deutschland Einspruch zu erheben. Die Freiheit, die das Abkommen uns läßt, wird es aber auch seinerseits ausnutzen. Es wird nicht mehr möglich sein, sich noch auf denselben Standpunkt wie neulich zu stellen, um gemeinsam gegen die Tätigkeit des deutschen Gesandten in Teheran Front zu machen.

Ihr Brief gibt mir die Möglichkeit, Grey in bezug auf die Zollerhöhung vollkommen zu beruhigen — aber auch nichts mehr. Und ich brauche mehr, um glauben zu können, daß die bevorstehenden anglodeutschen Verhandlungen uns nicht schaden werden.

Ich will kurz resümieren: Bisher sind von deutscher Seite keine Vorschläge gemacht worden. In hiesigen Pressekreisen glaubt man nicht, daß sie in allernächster Zeit erfolgen werden. Deutschland beabsichtigt augenscheinlich, zuerst die Verhandlungen mit uns zum Abschluß zu bringen, um dann England sagen zu können: So stehen wir mit Rußland. Die englischen Minister haben Zutrauen zu Ihren Absichten, aber letztere entsprechen

nicht dem englischen Standpunkte. Es handelt sich — entschuldigen Sie — um den Grad des Solidaritätsgefühles.

Meine Verantwortung vor Kaiser und Reich zwingen mich, so offen über diese wichtige Frage zu sprechen. Zum Schlusse noch eine Angelegenheit, die nicht so weittragende Bedeutung hat: es handelt sich um Ihren Brief Nr. 21. Eine derartige Mitteilung meinerseits würde hier anstoßen und unsere guten Beziehungen trüben. Ich werde deshalb weitere Instruktionen abwarten. Der Umstand, daß die hier veröffentlichte Version nicht genau mit dem mir mitgeteilten Texte übereinstimmt, müßte das Foreign Office von jedem Verdachte befreien. Der König und Grey würden sich schwer gekränkt fühlen. Ich glaube, es ist angebracht, daß Sie Buchanan über unsere Verhandlungen stets ausführlich auf dem laufenden halten; dies um so mehr, als wir nur in diesem Falle auf eine gleiche Offenheit von seiten Englands bei seinen Verhandlungen mit Deutschland rechnen können.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Januar/4. Februar 1911. — Nr. 93.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Paris Nr. 6. Der hiesige englische Botschafter hat mir hier ungefähr dasselbe wie Pichon gesagt, wobei er darauf hinwies, daß England bereit sei, uns beim Bau der Linie Khanekin—Teheran finanzielle Unterstützung zu gewähren, um zu verhindern, daß wir diese Bahn gemeinsam mit Deutschland bauen. In Potsdam und auch aus meinen Unterredungen mit dem hiesigen deutschen Botschafter habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Linie Khanekin—Teheran von Deutschland für durchaus notwendig gehalten und daß es in der einen oder andern Weise auf der Herstellung dieser Linie bestehen wird. Ich persönlich glaube, daß Deutschland vielleicht den unüberwindlichen Widerstand Englands voraussieht und deshalb darauf verzichtet, die Bagdadbahn bis zum Persischen Golfe fortzusetzen, und statt dessen die Hauptlinie nach Persien lenken will.

Unter diesen Umständen ist es für uns besonders wichtig, die Linie Khanekin—Teheran in unsern Händen zu behalten. Für diesen Fall müssen wir englisches und französisches Kapital

heranziehen, und die Vorschläge Pichons und Buchanans sind für uns vorteilhaft. Ich bitte Sie, feststellen zu wollen, unter welchen Bedingungen sich das englische Kapital beteiligen würde.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Januar/4. Februar 1911. — Nr. 94.

Unser Botschafter in Paris telegraphiert unter Nr. 6: Pichon ist durch einen Bericht Louis' außerordentlich beunruhigt, daß aus einer Unterredung mit Ihnen hervorzugehen scheine, daß eine wichtige Veränderung des ursprünglichen russisch-deutschen Projektes ins Auge gefaßt worden sei: Sie seien geneigt, die Bahn Teheran—Khanekin gemeinsam mit Deutschland zu bauen, unter der Bedingung, daß uns die Kontrolle und 60 % Beteiligung zugesichert werden.

Pichon ist überzeugt, daß die Zulassung Deutschlands in unsere persische Interessensphäre, während Frankreich uns zuliebe auf jede Tätigkeit in diesem Lande verzichtet, wie z. B. in der Frage der ausländischen Beiräte, in Frankreich heftige Angriffe auf seine Politik hervorrufen wird und als unsere Absonderung vom Dreiverband ausgelegt werden kann. Außerdem ist er überzeugt, daß dieser Plan für England sehr unangenehm sein wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Januar/4. Februar 1911. — Nr. 95.

Unser Botschafter in Paris telegraphiert in Fortsetzung seines Telegrammes Nr. 6: Pichon hat als persönliche Meinung geäußert, man könne, um den angeführten Schwierigkeiten zu begegnen, der Linie Teheran—Khanekin vielleicht statt eines russisch-deutschen einen internationalen Charakter geben, wobei Rußland sich gemeinsam mit England, Frankreich und Deutschland an dem Unternehmen beteiligt — ersteres hätte dabei eine Vorzugsstellung. Dieser Vorschlag scheint ihm um so natürlicher, als es auf alle Fälle nötig sein wird, zu französischem und englischem Kapital zu greifen. Pichon glaubt kaum, daß von seiten Deutschlands Einwendungen erhoben werden würden. Der Standpunkt des englischen Kabinetts ist ihm unbekannt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 24. Januar/6. Februar 1911. — Nr. 16.

Ihre Telegramme 93, 94 und 95 erhalten. In Beantwortung Ihrer Frage am Schlusse des Telegramms Nr. 93 sagt mir Nicolson, daß die Mitteilung Buchanans als ein fester Vorschlag der englischen Regierung betrachtet werden müsse, sich mit englischem Kapital an dem Bau der Linie Khanekin—Teheran zu beteiligen; und zwar entweder Rußland und England allein, in welchem Falle jedoch England nicht das ganze Kapital aufbringen könne; oder aber gemeinsam Rußland, England, Frankreich und Deutschland, wie es Pichon vorgeschlagen hat, und natürlich unter ausschließlicher russischer Kontrolle. Nicolson sagt mir, es gäbe noch eine dritte Lösung, die die englische Regierung vorgezogen haben würde, nämlich daß Rußland in seiner Interessensphäre das Unternehmen allein übernimmt, eine Lösung jedoch, die im Laufe Ihrer Unterredung mit Buchanan leider abgelehnt worden zu sein scheint. Nicolson fügte hinzu, daß es ihm heute unmöglich sei, die Höhe und die Bedingungen der englischen Beteiligung mitzuteilen, da er über kein ziffernmäßiges Material verfüge.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Januar/6. Februar 1911. — Nr. 17.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 16. Nicolson setzte die Unterredung vertraulich fort und kam auf die Formel zurück, die in Ihrer Unterredung mit Buchanan erwähnt worden ist: Rußland verpflichtet sich, die Linie Teheran—Khanekin zu bauen, behält sich jedoch vor, allein die Kontrolle auszuüben und die Teilnahme anderer Mächte an diesem Unternehmen zu bestimmen. Er hält diese Fassung für besonders glücklich. Er verheimlichte mir nicht, für wie bedenklich das Londoner Kabinett die Zulassung von deutschen Interessen in unserer Zone halte, aber er gibt zu, daß die Teilnahme Frankreichs auch diejenige Deutschlands nach sich ziehen müsse. Was die Überlassung der Linie an Deutschland allein anbelange, so erklärte Nicolson, daß die englische Nation das Kabinett hierfür verantwortlich machen würde; England habe, um die englisch-russische Konvention zu

ermöglichen, für sich selbst auf alle Vorteile in der russischen Interessensphäre verzichtet und könne jetzt nicht zugeben, daß wir jetzt Deutschland ein Zugeständnis machen, welches für die Lebensinteressen Englands hier für gefährlich gehalten wird. Nicolson ist sehr beunruhigt, und ich glaube nicht, daß er sich irrt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Januar/6. Februar 1911. — Nr. 19.

Ich habe zufällig eine kurze Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter gehabt, in deren Verlauf er mir sagte, er halte die Anspielungen in der Rede Pichons auf vertrauliche Mitteilungen, die von der russischen Regierung gemacht worden seien, für eine einfache Prahlerei; eine neue Demonstration jedoch von seiten der Tripelentente würde ernste Schwierigkeiten hervorrufen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Januar/7. Februar 1911. — Nr. 20.

Gestern hat Cambon Nicolson unmittelbar nach mir aufgesucht. Er sagte mir, er sei überrascht gewesen, wie beunruhigt Nicolson sei, der immer wieder auf die außerordentliche Bedeutung der Linie Teheran—Khanekin für die Entente hingewiesen habe, da die Entente hauptsächlich auf einer gemeinsamen Politik in Persien beruhe. Er kam wieder auf die in meinem Telegramm Nr. 17 erwähnte Formel zurück. Eine Kombination zu vieren, welche auch Deutschland einschließt, wird auch hier erwogen, aber nur im schlimmsten Falle. Es besteht für mich kein Zweifel, daß diese Frage die Achse der politischen Situation geworden ist und daß England ihr eine so große Bedeutung beilegt, daß, im Falle wir die Linie Deutschland überlassen, England seine ganze Politik ändern wird. Die Beunruhigung Nicolsons hat eine persönliche Seite, da sowohl Grey als auch er im Augenblicke der allgemeinen Beunruhigung der öffentlichen Meinung nach der Potsdamer Zusammenkunft dafür gebürgt haben, daß Sie in Potsdam nichts versprochen haben, was den englischen Interessen zuwiderlaufe. Nicolson hat Cambon erklärt, daß, wenn kein Ausweg gefunden werden könne,

dies den Zusammenbruch der ganzen englischen Politik seit sechs Jahren bedeute. Immerhin gibt er zu, daß unsere Verhandlungen mit Deutschland zu einem Resultate führen müssen, und er hofft immer noch, daß dies erreicht werden kann, ohne daß die Entente Schaden nimmt; was er befürchtet, ist nicht so sehr der Ausgangspunkt, als die weitere Entwicklung unserer Verhandlungen mit Deutschland.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1911. — Nr. 22.

In einer persönlichen Unterredung bin ich gestern mit Tyrell auf die Frage einer englischen Beteiligung am Bau der Linie Teheran—Khanekin zurückgekommen. Er sagte mir, daß, wenn die deutsche Regierung auf den Vorschlag eingehe, es für ihn keinen Zweifel gebe, daß das nötige englische Kapital gefunden werden könne. Englische Finanzgruppen sind über ihren Standpunkt hinsichtlich einer Verlängerung der Bagdadbahn nach Norden befragt worden. Eine derartige Linie wird für ertragreicher als irgendein anderer Teil des ganzen Eisenbahnnetzes gehalten, sowohl wegen der kommerziellen Bedeutung als wegen der Pilgerzüge, die die Bahn benutzen würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1911. — Nr. 23.

Persönlich. Sehr vertraulich. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß, wenn der Tod seines Bruders für Grey natürlich ein schwerer Schlag war, dieses Unglück nicht der einzige Grund seiner augenblicklichen Abwesenheit ist. Unsere letzten Beschlüsse hinsichtlich Persiens haben viel dazu beigetragen, und es hat große Anstrengungen gekostet, ihn von seinem ursprünglichen Vorhaben abzubringen, seine Entlassung zu nehmen und sich vom politischen Leben zurückzuziehen. Unsere Haltung in der Eisenbahnfrage hat seine innere Überzeugung erschüttert, daß Rußland noch volle Handlungsfreiheit in seiner Interessensphäre besitzt, und er glaubt, daß England in einer so wichtigen Frage zuerst hätte befragt werden müssen. Da er kein Dokument besitzt, auf das er sich offiziell hätte stützen können, hatte er in

seinem Rücktritte den einzigen Ausweg gesehen. Jetzt hat er auf diesen Gedanken verzichtet, aber der auf Grey gemachte Eindruck beweist die große Bedeutung, die England den Fortschritten Deutschlands in diesen Gegenden, hauptsächlich aus strategischen Erwägungen, beilegt. Hiervon ist weder im großen Publikum noch in der Presse etwas bekannt geworden. Aber es steht fest, daß die englische öffentliche Meinung, weniger auf dem Wortlaut als auf dem Geist unserer späteren Übereinkommen und Abmachungen über die Bagdadbahn fußend, unsere Interessen in diesem Teile des Ostens für noch solidarischer als anläßlich der Annexionskrise auf der Balkanhalbinsel hielt. Wenn wir einer derartigen Enttäuschung nicht vorbeugen können, so müßte dies schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Vor kurzer Zeit hat Grey den lebhaften Wunsch geäußert, Sie persönlich zu sprechen. Ich habe ihm gesagt, daß ich glaube, Sie würden im Frühling hierher kommen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 28. Januar/10. Februar 1911. — Nr. 128.

Ihre Telegramme Nr. 22 und 23 erhalten. Die Nervosität der Engländer ist überraschend. Schon im Oktober wußte das Londoner Kabinett, daß in den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland vor allem die Rede von einer Bahn Khanekin—Teheran sein wird. Diesbezügliche Verhandlungen finden noch jetzt statt, aber keine Entschlüsse sind gefaßt worden. Wir haben durchaus nicht die Absicht, diese Linie Deutschland zu überlassen, und glauben auch nicht, daß es zu einer Beteiligung deutschen Kapitals oder selbst zu einer Internationalisierung des Unternehmens kommen wird. Wir beraten bloß die Frage, ob und unter welchen Bedingungen französisches und englisches Kapital sich beteiligen können, wobei natürlich die Kontrolle über das ganze Unternehmen uns vorbehalten bliebe. In diesem Sinne will ich mit Buchanan sprechen, der bis jetzt alle meine Mitteilungen ruhig aufgenommen hat, und ich hoffe, daß seine Berichte auch in London eine beruhigende Wirkung haben werden. Wir müssen vermeiden, allzuhäufig auf diese Frage zurückzukommen, ehe nicht ein endgültiger Entschluß gefaßt worden ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 29. Januar/11. Februar 1911. — Nr. 25.

Ihr Telegramm Nr. 128 erhalten. Ich habe Nicolson seit unserer letzten Zusammenkunft nicht mehr gesehen. Ich sprach jedoch soeben Cambon, der mir sagte, das letzte Telegramm Buchanans habe Nicolson in der Tat umgestimmt, und dasselbe sei in Paris der Fall. Man sei hauptsächlich durch Ihre dem französischen Geschäftsträger in Petersburg gemachte Erklärung beruhigt, daß Sie Deutschland gegenüber freie Hand besitzen und daß Sie im Falle englischer und französischer Beteiligung die Situation beherrschen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 29. Januar/11. Februar 1911. — Nr. 133.

Ihre Telegramme 16 und 17 erhalten. Ein besonderer Ministerrat hat die Frage der Beteiligung englischen und französischen Kapitales am Bau der Linie Khanekin—Teheran geprüft, und es ist festgestellt worden, daß, um den schädlichen Einfluß dieser Linie auf unsern Handel zu verhindern, es notwendig sei, eine neue Linie bis zum Zentrum Persiens zu bauen, indem Teheran entweder mit dem russischen Eisenbahnnetze oder mit einem persischen Hafen des Kaspischen Meeres verbunden wird. Dies kann nur mit Hilfe ausländischen Kapitales geschehen, und wir möchten deshalb wissen, ob wir auf eine französische und englische Finanzierung dieser neuen Eisenbahn rechnen können. Wir müssen unsere öffentliche Meinung berücksichtigen, welche darauf besteht, daß wir bis Teheran vorrücken, ehe die uns schädliche Bahn Teheran—Khanekin fertiggestellt wird; man hält es sogar für besser, letztere nötigenfalls Deutschland zu überlassen. Ich bitte Sie, uns wenn möglich vor nächstem Dienstag eine Antwort zukommen zu lassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 30. Januar/12. Februar 1911. — Nr. 26.

Ihr Telegramm 133 erhalten. Ich werde Nicolson erst Montag sprechen können und glaube daher nicht, daß eine offizielle Antwort der englischen Regierung rechtzeitig erfolgen

kann. Ich sehe keine prinzipiellen Einwendungen voraus. Man darf aber nicht vergessen, daß der Einfluß der Regierung auf Finanzkreise hier noch indirekter als in Paris ist. Die Regierung hat augenscheinlich Erkundigungen über die Linie Khanekin—Teheran eingezogen. Durch unsere neue Anfrage wird die Regierung überrascht: zwei Umstände, die es dem Londoner Kabinett kaum möglich machen werden, eine unverzügliche Verpflichtung zu übernehmen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1911. — Nr. 27.

Nicolson sagt mir, er sei mit dem letzten Telegramme Buchanans sehr zufrieden, das eine Klärung der Lage herbeigeführt hätte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Februar 1911. — Nr. 32.

Grey gibt sich vollkommen Rechenschaft, wie wichtig für Rußland eine Bahn von Teheran nach dem Norden sei, glaubt aber nicht, daß englisches Kapital sich an diesem Unternehmen ohne eine Garantie der russischen Regierung beteiligen wird. Sobald die Erbauung der Linie Khanekin—Teheran gesichert zu sein schien, habe das Auswärtige Amt die Bedeutung derselben für den englischen Handel im Süden geprüft, und es sei davon die Rede gewesen, eine Bahn vom Persischen Golf aus zu bauen, deren Richtung jedoch nicht näher bezeichnet worden ist. Bei dieser Gelegenheit habe er die Überzeugung gewonnen, man werde für eine solche Linie kein englisches Kapital ohne Regierungsgarantie finden können, und er habe in parlamentarischen Kreisen dieselbe Abneigung wie Sie in der Duma gefunden. Grey zieht hieraus den Schluß, daß, wenn englisches Kapital nicht geneigt ist, sich für englische Interessen im Süden zu verwenden, dies noch weniger für russische Interessen im Norden der Fall sein dürfte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Februar 1911. — Nr. 37.

Grey hat mir vertraulich die Abschrift eines Telegrammes von Buchanan vom 16. Februar und den Inhalt seiner Antwort mitgeteilt. 1. Die englische Regierung teilt die Ansicht, daß ein Abbruch unserer Verhandlungen mit Deutschland im jetzigen Stadium in politischer Hinsicht unheilvoll wäre. 2. Die russische Regierung kann besser als alle anderen selbst beurteilen, wie unvorteilhaft es wäre, die Linie Khanekin—Teheran Deutschland zu überlassen. Glaubt Rußland, daß dieses seinen Interessen nicht widerspricht, so könne England auf seinen Einwendungen nicht bestehen, wenn nur die russische Regierung Handlungsfreiheit hinsichtlich der anderen mit der englisch-russischen Konvention zusammenhängenden Fragen behält. 3. Ohne Regierungsgarantie wird die Beteiligung englischen Kapitals an persischen Eisenbahnen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. 4. Was eine englische Linie in Südpersien betrifft, so sind die englischen Absichten hinsichtlich des Golfsektors der Bagdadbahn bis jetzt noch unbestimmt. Selbst wenn aber diese Bahn gebaut würde, müßten die englischen Handelsinteressen in Abhängigkeit von dem Einflusse Deutschlands auf die Bahn Bagdad—Khanekin geraten, um so mehr, als der deutsche Einfluß sich bis Teheran werde ausdehnen können. Dies zwingt die englische Regierung, an andere Verkehrswege zu denken, welche eine Gleichheit der Vorteile gewährleisten könnten. Auf alle Fälle nimmt England die Frage einer Bahn in Südpersien auf, um zu verhindern, daß sie in andere Hände falle.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Februar 1911. — Nr. 38.

Persönlich. Der in doppelter Hinsicht negative Beschluß unseres Ministerrates, wie er von Buchanan in seinem Telegramm dargestellt wird, muß uns zu einem toten Punkte führen, da sich die Interessen unserer Politik und unseres Schatzamtes widersprechen. Auf die Eisenbahn und jeden politischen Einfluß im Norden Persiens zugunsten Deutschlands zu verzichten, scheint mir jedenfalls unannehmbar, aber um dies zu verhin-

dern, läßt der Ministerrat nur ein einziges Mittel zur Wahrung unserer Interessen zu — eine Garantie von seiten unserer Regierung durch eine Garantie Englands zu ersetzen. Eine derartige Stellungnahme scheint mir die Möglichkeit einer befriedigenden Lösung auszuschließen. Wäre es nicht möglich, daß der Ministerrat in Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der in Frage stehenden politischen Interessen seinen Beschluß ändert und uns für die Zukunft eine Möglichkeit offen läßt, was uns erlauben würde, um beide Konzessionen in Teheran einzukommen, ohne die Frage der Beteiligung der andern Mächte zu berühren? Die finanzielle Seite der Frage kann dann später gelöst werden. Ein derartiges Vorgehen entspräche unseren Deutschland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und würde gleichzeitig die Wünsche der russischen öffentlichen Meinung hinsichtlich unseres Einflusses im Norden Persiens befriedigen. Es erscheint mir unwiderleglich, daß das Versprechen, Khanekin mit Teheran zu verbinden, notwendigerweise eine Regierungsgarantie, wenn nicht direkte russische Beteiligung zur Voraussetzung hat.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 4./17. Februar 1911. — Nr. 155.

Ich bitte Sie, uns dringend wissen zu lassen, ob die Engländer nur für die Linie von Teheran nach dem Norden keine Mittel ohne russische Regierungsgarantie geben wollen, oder ob sich dies auch auf die Linie Teheran—Khanekin bezieht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1911. — Nr. 39.

Ihr Telegramm Nr. 155 erhalten. Ich habe Grey heute morgen gesehen. Ohne eine Garantie der russischen Regierung wird sich englisches Kapital weder an der Linie Teheran—Khanekin, noch Teheran—Nordpersien beteiligen. Eine Garantie der englischen Regierung ist ausgeschlossen; das Parlament würde seine Zustimmung verweigern. Übrigens läßt Greys Telegramm an Buchanan in dieser Hinsicht keinen Zweifel.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1911. — Nr. 40.

Es will mir immer noch scheinen, daß, wenn wir in Teheran eine Konzession für die Linie Khanekin—Teheran erbitten und Deutschland in diesem Sinne antworten, der Beschluß unseres Ministerrates ausgeführt wäre. Wir sichern uns ja nur ein Vorzugsrecht, welches die Schwierigkeit auf eine ganze Reihe von Jahren hinausschiebt, ohne daß wir finanzielle Verpflichtungen übernehmen. Bis dahin müßte sich eine internationale Kombination finden lassen. Im Notfalle bliebe immer noch unser Verzicht zugunsten Deutschlands, aber nur im allerletzten Notfall, nicht jetzt. Diese Erwägungen beziehen sich auch auf die Linie Teheran nach dem Norden. In letzterem Falle erscheint jedoch eine russische Beteiligung geboten, da russische Interessen im Spiele stehen. Wir hätten aber Zeit gewonnen.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 3./16. März 1911.

Der neue französische Außenminister Cruppi hat sich immer noch nicht mit den laufenden Geschäften genügend bekannt gemacht, um mit mir in einen Meinungsaustausch über die uns interessierenden Fragen treten zu können. Im besonderen sieht er noch nicht in der Frage der Bagdadbahn und überhaupt der Eisenbahnbauten in Kleinasien völlig klar. In diesen Tagen ist Bompard hier eingetroffen, um einen ausführlichen Bericht über diese Fragen zu erstatten. Außerdem hat Cruppi die beiden Brüder Cambon nach Paris berufen, und erst nach einem Meinungsaustausch mit letzteren hält es der neue Minister für möglich, die Besprechungen mit mir zu beginnen. Meinerseits habe ich Cruppi in Erinnerung gebracht, daß sein Vorgänger mir versprochen habe, mich stets auf dem laufenden zu halten und nichts ohne einen vorhergehenden Meinungsaustausch mit uns zu unternehmen. Cruppi erneuerte dieses Versprechen mit der größten Bereitwilligkeit und erklärte, er wolle mit mir zusammentreffen, sobald er mit den beiden Brüdern Cambon Rücksprache genommen haben werde.

Trotz des augenscheinlichen Wunsches Cruppis, auf die von

mir berührten Fragen nicht näher einzugehen, benutzte ich die Gelegenheit, um den Eindruck richtigzustellen, den er aus verschiedenen Zeitungen, hauptsächlich englischen, über die Zusammenkunft in Potsdam gewonnen zu haben scheint. Diese Zeitungen stellen dies Ereignis so dar, als ob Rußland England und Frankreich in der Bagdadfrage verlassen und hierfür Zugeständnisse von seiten Deutschlands in Persien erhalten habe — dadurch sei die Lage des Londoner und Pariser Kabinetts eine viel schwierigere geworden. Ich habe Cruppi erklärt, daß unser beabsichtigtes Abkommen mit Deutschland über Persien in keiner Weise der Lösung der Frage Bagdad—Khanekin vorausgreift, ebensowenig wie allen anderen Fragen, die mit dem Bagdadunternehmen zusammenhängen. Unser Versprechen, uns der Beteiligung ausländischen Kapitals am Bagdadunternehmen nicht länger zu widersetzen, bedeutet nicht bloß keine Schwächung der englischen und französischen Position, sondern trägt im Gegenteil den beständigen Klagen englischer und französischer Finanzkreise über uns Rechnung. Zum Schlusse habe ich nochmals die lebhafte Hoffnung betont, daß das Pariser Kabinett keine Schritte tun wird, ohne uns vorher zu verständigen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 9./22. März 1911. — Nr. 31.

Ich beziehe mich auf meinen Brief vom 3. März. Nach seiner Unterredung mit den Brüdern Cambon hat Cruppi eine Zusammenkunft mit mir auf nächsten Sonnabend bestimmt. Wahrscheinlich wird die Frage der Bagdadbahn erörtert werden. Ich bitte dringend um Instruktionen, ob ich offiziell den in meinem Briefe erwähnten Gedanken bestätigen kann, daß wir uns durch den Abschluß einer Übereinkunft mit Deutschland durchaus nicht von Frankreich und England absondern und daß wir keinen wichtigen Entscheidungen vorausgegriffen haben. Kann ich im besonderen erklären, daß wir in der Frage der vierprozentigen Zollerhöhung freie Hand behalten haben und daß wir unsere Zustimmung von diesen oder jenen Bedingungen, je nach Übereinkunft mit Frankreich und England, abhängig machen können? Endlich, wenn wir von einer eventuellen In-

ternationalisierung der Bahn Bagdad—Persischer Golf sprechen werden, kann ich auf unserer Beteiligung bestehen, selbst wenn sie nur eine fiktive wäre, da wir auf diese Weise der Gruppe der drei Ententemächte das Übergewicht sichern würden?

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 10./23. März 1911. — Nr. 308.

Ihr Telegramm Nr. 31 erhalten. Wir haben nichts dagegen, daß Sie dem Außenminister die beabsichtigte Erklärung abgeben. Wir haben nichts unternommen, was die Bagdadbahn oder die Khanekinsche Zweiglinie betrifft. Wir haben bloß auf unseren Widerstand gegen die Teilnahme ausländischen Kapitals im Unternehmen verzichtet und haben den Wunsch geäußert, die Linie Seidje—Khanekin zu übernehmen, wenn eine Teilung der Bahn zwischen den interessierten Mächten erfolgen würde. In der Frage der vierprozentigen Zollerhöhung haben wir uns in keiner Weise gebunden. Hinsichtlich der Bahn Bagdad—Persischer Golf halten wir es für richtig, daß wir uns als eine der vier interessierten Mächte an diesem Unternehmen beteiligen, wenn außer England auch Deutschland und die Türkei es tun — aber nur unter der Bedingung, daß von uns keine finanziellen Opfer verlangt werden. Unsere Beteiligung kann England und Frankreich nützen. Es wäre uns angenehm, den Verlauf der weiteren Verhandlungen in dieser Frage zu kennen.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 13./26 März 1911.

Nachdem wir die Frage der Eisenbahnen in Kleinasien in der Nähe des Schwarzen Meeres besprochen hatten, gingen wir mit Cruppi zur Erörterung der Bagdadbahn über.

Auch hier versuchte Cruppi sich im Hintergrunde zu halten und teilte mir nichts Bestimmtes über den Standpunkt der französischen Regierung hinsichtlich der letzten Phase, die sich mit dem Verzicht Deutschlands auf die Strecke Bagdad—Persischer Golf eröffnet, mit, noch über die Absichten Frankreichs in Zukunft. Er sagte nur, daß meine Darlegung der Stellung Rußlands in der Bagdadbahnfrage, wie ich sie in unserer privaten

Unterredung entwickelt habe, ihm äußerst interessant erscheine und daß er meine Mitteilung P. Cambon weitergegeben habe, der diese Frage in London aufmerksam verfolge.

Auf Grund Ihres Telegrammes vom 10./23. März erklärte ich dem Minister, daß ich jetzt diese Mitteilungen im Namen der Kaiserlichen Regierung bestätige. Cruppi entgegnete mir, daß er dieser Eröffnung die größte Bedeutung beilege und versprechе, uns auf dem laufenden zu halten. Auf meine Frage, welche Lösung Frankreich vorziehe — eine Teilung in einzelne Abschnitte oder eine Internationalisierung der ganzen Linie —, hat Cruppi keine bestimmte Antwort gegeben.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 11./24. Mai 1911.

Ich habe Ihren persönlichen Brief vom 5./18. Mai erhalten. Gestern morgen suchte ich Sir Arthur Nicolson auf, der mir mitteilte, Buchanan habe ihn davon benachrichtigt, daß ich beauftragt sei, mit ihm sehr vertraulich über die Bagdadbahn und den Stand unserer Verhandlungen mit Deutschland zu sprechen. Er gab mir das Telegramm Buchanans zu lesen, welches sehr genau den Inhalt Ihres Briefes wiedergibt und Ihre Unterredung mit dem Botschafter vervollständigt.

Sir Arthur verstand sofort die Schwierigkeit der ganzen Lage. Er bemerkte, es sei unmöglich, eine Meinung zu äußern, ohne alle Gegenvorschläge Deutschlands zu kennen. Er ist überzeugt, daß ein Abbruch unserer Verhandlungen mit Deutschland unheilvoll sein würde. Wenn es sich darum handelt, wie der deutsche Botschafter Ihnen gesagt hat, eine Verpflichtung zu übernehmen, „welche sich auf das ganze Bagdadbahn-System bezieht und den Golfsektor einschließt, dessen Herstellung später noch zu erörtern sein wird", so muß man Nicolson zufolge dieser Erklärung eine Klausel hinzufügen, die zwar unseren prinzipiellen Widerstand ausschließt, uns aber die Möglichkeit läßt, uns an dem Unternehmen zu beteiligen, ohne finanzielle Opfer zu bringen. Letzteres wäre der Fall, wenn wir unabhängig von den andern Mächten dem Wunsche Deutschlands gemäß unsere Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Einfuhrzolles geben

würden. Im übrigen sagte er mir, daß dies seine persönliche Ansicht sei und daß ich mich an Sir Edward Grey selbst werde wenden müssen.

Ich habe den Minister soeben gesprochen. Aber ehe ich Ihnen über meine Unterredung mit ihm berichte, möchte ich auf einige Behauptungen zurückkommen, die Graf Pourtalès Ihnen gegenüber gemacht hat. Er erklärt, Deutschland verfüge über genügend Mittel, um ohne jegliche Hilfe die Bahn von Konia bis nach Bagdad zu erbauen. Dies ist wahrscheinlich, jedoch nicht erwiesen. Deutsche offizielle und finanzielle Kreise behaupten es. Die englische und die französische Finanz ist skeptischer, namentlich letztere glaubt, daß Deutschland zur Unterstützung der Pariser Börse wird greifen müssen. Auf alle Fälle scheint sich die Berechnung auf den Mehrertrag der türkischen öffentlichen Schuld zu stützen. Aber das türkische Schatzamt kann ohne diese Mehrerträge nicht auskommen, es sei denn, es stehen ihm andere Einnahmequellen zur Verfügung, und dies kann nichts anderes als die Zollerhöhung sein. Graf Pourtalès behauptet, Deutschland läge so viel an einem Übereinkommen mit Rußland, weil alle Versuche, mit England und der Türkei zu einem Einvernehmen zu kommen, resultatlos geblieben sind. Was die Türkei anbelangt, so scheint der Verzicht der deutschen Konzessionäre auf den Golfsektor eine vollendete Tatsache zu sein. In dieser Hinsicht sind die Verhandlungen nicht resultatlos verlaufen; im Gegenteil, die Türkei scheint sich noch mehr den deutschen Interessen unterworfen zu haben. Was England anbelangt, so ist der Ausdruck „resultatlos" verfrüht; die Verhandlungen nehmen einen langsamen Verlauf, ganz wie die unsrigen.

Natürlich würde Deutschland eine große Erleichterung finden, wenn Rußland seine Interessen von denen Englands und Frankreichs absondert und seine hauptsächlichste Waffe ausliefert: seine Zustimmung zur Zollerhöhung.

In dieser Hinsicht müssen wir unsere direkten Interessen in Persien im Auge behalten, und wir müssen genau prüfen, auf welche Weise wir dieselben wahren können. Unsere letzte und wirksamste Waffe würden wir aus den Händen gegeben haben und gleichzeitig der Unterstützung Englands hauptsächlich,

und auch Frankreichs, verlustig gehen. England wird sich genötigt sehen, die Verhandlungen in einem ganz andern Geiste zu führen, und es scheint mir wahrscheinlich, daß Deutschland, wenn es nur noch mit England zu tun hat, und da es den Frieden zu erhalten wünscht, England sehr weit entgegenkommen wird.

Andererseits wird Deutschland ein gewaltiges Eisenbahnnetz beherrschen, gleich wichtig in ökonomischer, politischer und strategischer Hinsicht, welches sich über ganz Kleinasien ausbreitet und alle Meere verbindet: es wird so sehr mit den Interessen der Türkei verbunden sein, daß es sich in der Notlage befinden wird, die türkischen Interessen fast ebensosehr wie seine eigenen zu wahren, und es wird für Deutschland schwer, ich möchte fast sagen, unmöglich sein, alle Verpflichtungen einzuhalten, die es uns gegenüber einzugehen bereit ist. Das Interesse Deutschlands wird das Interesse der Türkei sein und nicht die Wahrung der russischen Interessen in Persien.

Ich kann mich nicht enthalten hinzuzufügen, daß, wenn wir das Anerbieten deutschen Kapitals zur Erbauung von Eisenbahnen in Persien, selbst wenn es sich nur um die Linie Khanekin—Teheran handelt, annehmen, unser politischer Einfluß in Nordpersien schwinden muß. Indem wir diese Linie bauen, welche an und für sich für unsern Handel schädlich ist, und in Wirklichkeit ein Deutschland gemachtes Zugeständnis bedeutet, werden wir nur dazu beigetragen haben, für Deutschland erstklassige politische Interessen in Persien zu schaffen. Ich sehe keine Sicherheit für unsere Interessen und ich halte das Opfer, das Deutschland von uns zu verlangen scheint, für viel weitgehender als alles, was in Potsdam und seither besprochen worden ist.

Jetzt komme ich zu meiner Unterredung mit Sir Edward Grey. Der Minister findet die Lage ernst, aber er bleibt ruhig. Er erinnerte mich an seine Worte im englischen Parlament, deren Sinn etwa folgender war: „Solange die Türkei auf ihrem eigenen Territorium Konzessionen für Eisenbahnen, Hafenanlagen oder sonstige Unternehmen erteilt, die von niemand den Verzicht auf ein erworbenes Recht zur Voraussetzung haben, ist ein prinzipieller Widerstand unmöglich und ungesetzlich — andererseits steht es aber den Mächten frei, derartige Unternehmungen zu erleichtern oder nicht zu erleichtern, wenn sie über legale Mittel hierzu verfügen."

Dies bezieht sich, sagte Sir Edward, auf die Zollerhöhung. Hierin erblickt er den Kernpunkt der ganzen Frage. Er sagt, es wäre vorzuziehen, wenn sich unsere Erklärung bloß auf den Abschnitt Konia—Bagdad bezieht; ist dies aber unmöglich, so müssen wir wenigstens in der Frage der Zollerhöhung keine Verpflichtungen übernehmen, und solange dies der Fall ist, könne er keine kategorischen Einwände erheben.

Auf meine Frage antwortend, erklärte er, daß das Übereinkommen der drei Mächte hinsichtlich der Bagdadbahn, welchem das Londoner Kabinett treu bleibe, nicht beabsichtige, der Herstellung des ganzen Systems der Bagdadbahn bedingungslose Opposition zu machen, sondern nur bezwecke, an dem Tage, an dem die Zustimmung zur Zollerhöhung nötig werden wird, sie gemeinsam und in vollem Einvernehmen zu geben. Wenn wir uns daher in der Zwangslage befinden, einer Klausel zustimmen zu müssen, die den Artikel 1 des Projektes vom 29. November auf das ganze Eisenbahnnetz ausdehnt, so muß doch der letzte Satz seinen bisherigen Sinn behalten, d. h. Rußland ist nach wie vor in der Frage der Zollerhöhung nicht gebunden, da eine Zustimmung seinerseits ein finanzielles Opfer bedingt.

Im entgegengesetzten Falle, sagte der Minister, wäre die ganze Situation verändert.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 8./21. Juni 1911.

Ihre Annahme, daß es mir in diesen Tagen nicht möglich sein wird, mit Grey oder Nicolson zu sprechen, ist richtig. Was aber die in Ihrem Briefe vom 2. Juni berührte Frage anbelangt, so ist eine derartige Aussprache gar nicht nötig. Wie Sie wissen, hat Sir Edward Grey seinen Standpunkt hinsichtlich der Linie Khanekin—Teheran mit der größten Klarheit formuliert, und dieser Standpunkt ist seither vom König in einer wichtigen Unterredung bestätigt worden. Englands Haltung in dieser Frage kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Die englisch-russische Konvention bildet keine Basis, auf der ein englischer Protest gegen eine deutsche Kontrolle der genannten Linie erhoben werden könnte; aber England befürchtet eine derartige Kontrolle so sehr, daß im Falle des Zustande-

kommens der deutschen Kontrolle unsere Konvention mit England erschüttert und ihre politische Wirkung in Frage gestellt wäre, weil dem ganzen Geiste der Konvention des Jahres 1907 zufolge der russische politische Einfluß im Norden Persiens allein maßgebend sein soll, ganz wie der englische im Süden. Eine Eisenbahnlinie unter deutscher Kontrolle gibt dieser Macht ein erstklassiges politisches Interesse in Persien. Also wird England in Teheran auch mit Deutschland rechnen müssen, was Verhandlungen zur Folge haben würde, welche, wie man hier glaubt, Deutschland sehr erwünscht wären. Es ist augenscheinlich, daß sich die ganze Situation zum Schaden unserer Interessen und unserer Stellung in Persien verändern würde. Dies bezieht sich auf die Ausübung der finanziellen Kontrolle von seiten Deutschlands; die soeben geschilderten Folgen müßten um so mehr eintreten, wenn wir auf die Herstellung der Bahn verzichten. Ein derartiger Verzicht würde, man darf daran nicht zweifeln, der englisch-russischen Politik in Persien den Gnadenstoß versetzen, und eine englisch-deutsche Kombination würde an die Stelle der englisch-russischen Konvention von 1907 treten.

Auf Grund dieser Erwägungen, deren politische Folgen übrigens nie so klar ausgedrückt worden sind, wie ich es jetzt tue, hat Sir Edward uns geraten, die finanzielle Seite einstweilen gänzlich beiseite zu lassen.

Dies ist meine direkte Antwort auf die in Ihrem Briefe gestellte Frage.

Eine deutsche Kontrolle würde in England eine starke prinzipielle Opposition hervorrufen, aber eine derartige Möglichkeit ist nicht zu befürchten, da Sir G. Buchanan uns bereits den Einfluß der englischen Regierung auf den Londoner Geldmarkt angeboten hat.

Da weder russisches privates Kapital, noch die Mittel des Reichsschatzamtes zu diesem Zwecke verwendet werden können, scheint eine englische Anleihe, allerdings mit der Garantie der russischen Regierung, zugesichert.

Ich glaube, Sir Edward betont diesen Umstand, um es uns unmöglich zu machen, zu erklären, daß wir die Kontrolle dieser Linie nicht in unsern Händen behalten können. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, wird man uns die nötigen

Mittel anbieten, und diese Anleihe ausschlagen oder die betreffende Garantie verweigern, würde bedeuten, nicht daß wir die betreffende Kontrolle nicht behalten können, sondern nicht behalten wollen.

Diese rein finanzielle Erwägung scheint mir aus politischen Gründen in einem bestimmten Sinne gelöst werden zu müssen. Einerseits haben wir uns Deutschland gegenüber verpflichtet, diese Linie zu bauen, andererseits können wir uns über die englischen Einwendungen gegen einen Verzicht zugunsten Deutschlands nicht einfach hinwegsetzen, ohne eine radikale Änderung unserer Beziehungen zu England herbeizuführen.

Die Anleihe wird nötig sein mit oder ohne Regierungsgarantie, je nach den Bedürfnissen des Geldmarktes. Man wird dies bestimmen müssen, wenn der richtige Zeitpunkt kommt, und das beste wäre, wie Grey und auch ich glauben, diese Frage bei unsern Abmachungen mit Deutschland gar nicht zu berühren.

Aber Ihr Brief wirft noch eine andere Frage auf, die in meinen Augen eine ganz besondere Bedeutung annimmt.

Können wir Deutschland versprechen, diese Linie zu einem Zeitpunkte zu bauen, der von Deutschland, nicht von Rußland bestimmt wird, ohne daß wir von der persischen Regierung eine Option für den Bau erhalten haben? Ich glaube, daß man in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten vorauszusehen braucht, selbst wenn Deutschland sich enthalten sollte, in Teheran irgendeinen Druck zugunsten Rußlands auszuüben. Ich glaube, daß energische Schritte Englands und Rußlands etwaige Schwierigkeiten von seiten Persiens leicht überwinden könnten.

Ich werde diese Frage später Sir A. Nicolson gegenüber erwähnen, habe aber keine Zweifel in dieser Hinsicht, denn die englischen Interessen werden durch diese Erwägungen berührt. Als ich ihn darauf hinwies, daß Deutschland im Falle des Abbruches unserer Verhandlungen eine derartige Konzession für sich selbst verlangen würde, gab Sir Arthur dies zu, fügte jedoch hinzu, daß in diesem Falle Rußland und England nichts übrigbleiben würde, als sich zusammen einer derartigen Konzession in Teheran aufs energischste zu widersetzen. Ich halte es nicht für wahrscheinlich daß die persische Regierung ihre Weigerung aufrechterhalten würde. Es ist aber immer gefährlich, etwas

zu versprechen, was man noch nicht hat, und es wäre vielleicht angebracht, sich mit Deutschland zu verständigen, um es eventuell zu einer Intervention zu unsern Gunsten in Teheran zu bewegen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen stellvertretenden Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. August/7. September 1911. — Nr. 643.

Mit dem heutigen Kurier wird Ihnen der Wortlaut des deutsch-russischen Abkommens vom 6./19. August übermittelt.

Zu Ihrer persönlichen Information füge ich hinzu, daß wir das Versprechen Deutschlands erlangt haben, keine Zweiglinien der Bagdadbahn in dem Gebiete zwischen dieser und der russischen und persischen Grenze im Norden von Khanekin zu bauen, ebenso derartigen Unternehmungen keine Unterstützung zuteil werden zu lassen, mit Ausnahme der uns schon bekannten Zweiglinien, für die bereits eine Konzession erteilt ist, nämlich: Mossul—Erbil, Diala—Tuskurmatly und Halif—Mardin—Diarbekir—Kharput. Dies Versprechen ist mir vom deutschen Botschafter mündlich gemacht worden und dem Kaiser in der Form eines Berichtes unterbreitet worden, dessen Wortlaut von mir gemeinschaftlich mit dem Grafen Pourtalès verfaßt worden ist.

Von dieser Verpflichtung habe ich Sir G. Buchanan vertraulich Kenntnis gegeben. Sie ist nicht in den Text unseres Abkommens mit Deutschland, auf dessen Wunsch, aufgenommen worden, da sich das Berliner Kabinett in dieser Hinsicht der türkischen Regierung gegenüber offiziell dazu verpflichtet hatte.

Zehntes Kapitel.

Agadir.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Januar/10. Februar 1909.

Seiner Gewohnheit gemäß hat mir der hiesige französische Botschafter die Abschriften der zwischen Frankreich und Deutschland über Marokko ausgetauschten Schriftstücke mitgeteilt, speziell die Briefe, die nicht veröffentlicht werden sollen. Im letzten Augenblicke hat die französische Regierung den Wunsch ausgedrückt, daß der Brief Baron Schöns, welcher ursprünglich nur den Empfang des französischen Briefes bestätigen sollte, außerdem noch eine Wiederholung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen enthalten sollte; diesem Verlangen hat Baron Schön ohne Zögern nachgegeben.

Cambon erzählte mir, daß in den ersten Tagen der letzten Woche die deutsche Regierung das Pariser Kabinett zu dem Abschluß eines Zusatzvertrages zur Algeciras-Akte drängte; daß die französische Regierung über letztere ursprünglich nicht hinausgehen wollte, da sie der Ansicht war, daß es sich um ein Abkommen mit gegenseitigen Zugeständnissen handele; daß übrigens Pichon Jules Cambon in dieser Frage vollkommene Freiheit gelassen habe.

J. Cambon hat die betreffenden Dokumente abgefaßt, die dann von der deutschen Regierung ohne jegliche Diskussion angenommen worden sind. Jules Cambon hat sich hierauf nach Paris begeben, und die Unterschriften wurden ausgetauscht — wie mir mein französischer Kollege sagte, zum großen Erstaunen der französischen Regierung, welcher plötzlich eine privilegierte

Stellung in Marokko von seiten Deutschlands zugestanden wurde, nachdem gegen eine solche früher zu wiederholten Malen von Deutschland Einwendungen erhoben worden waren, welche sogar den Frieden zu bedrohen schienen.

Cambon sagt mir, daß man sich jetzt noch in Paris fragte, wie man sich die deutsche Haltung erklären solle. Man glaubt zwei Antworten finden zu können.

Die erste ist die, daß Deutschlands Politik in dieser Frage die persönliche Stellung des Fürsten Bülow in Berlin erleichtert. Für mich ist dies keine sehr überzeugende Erklärung, denn ich kann nicht einsehen, wie derartige bedeutende Zugeständnisse dem Fürsten Bülow nützen könnten.

Die zweite Antwort scheint mir stichhaltiger. Deutschland verzichtet darauf, Frankreich durch Drohungen willfährig zu machen, und entschließt sich zu einem anderen Mittel; um den gewünschten Eindruck um so vollständiger zu machen, mußte das Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen sein, noch ehe der englische König in Berlin eintraf. Aus diesem Grunde ist das Abkommen am Vorabend des englischen Besuches unterzeichnet worden.

Wie Cambon und die politischen Kreise in Paris annehmen, wünscht Deutschland in hohem Grade, mit England in der einen oder andern Frage, so z. B. bezüglich der Bagdadbahn, ein Übereinkommen zu erzielen. In dieser Hinsicht schien es dem Berliner Kabinett angezeigt, mit Frankreich zu beginnen, um dann England sagen zu können: „Sie sehen, wir haben uns sogar mit Frankreich verständigen können, der mit England am engsten verbundenen Macht; wollen wir nun dasselbe tun?“

Ich antwortete Cambon, daß ich nicht glaube, daß Rußland irgendwelche Einwendungen gegen ein Abkommen erheben würde, welches sich zwar nur auf eine weniger wichtige Frage beziehe, immerhin aber einen möglichen Vorwand zur Bedrohung des Friedens beseitige; ich glaube jedoch, daß die deutsche Regierung noch den Hintergedanken verfolgt, Frankreich die engen Beziehungen zu England weniger nötig zu machen; in dieser Beziehung seien die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin für uns nicht ohne Bedeutung.

Cambon erwiderte mir, daß Grey denselben Gedanken geäußert habe; er habe ihm gesagt, daß das neue Abkommen eine neue Garantie für den Frieden darstelle und in dieser Hinsicht gewiß zu begrüßen sei; daß er aber nicht glaube, daß die französisch-deutsche Verständigung eine sehr tiefgehende sei und deshalb wohl ein „Fassadenabkommen" bleiben werde.

Cambon fügte hinzu, daß man in Paris dieselbe Auffassung habe, da die marokkanische Frage, so wichtig sie auch habe werden können, im Grunde genommen nur sekundäre und koloniale Bedeutung habe, daß aber die wahren Ursachen der Unmöglichkeit, ein wirkliches Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, viel zu tief lägen, als daß es möglich wäre, sie durch diplomatische Dokumente zu beseitigen.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 15./28. März 1911.

Ich habe Ihr vertrauliches Telegramm vom 6. März erhalten, das mich beauftragte, dem hiesigen spanischen Botschafter bei der Beilegung des Mißverständnisses zwischen Spanien und Frankreich in der Marokkofrage nach Kräften beizustehen. Nach Empfang dieses Telegramms hat auch Perez Caballero mich aufgesucht und die gleiche Bitte an mich gerichtet.

Die Ausführung dieses Auftrages wurde mir dadurch erleichtert, daß der französische Außenminister mich schon selbst vor einiger Zeit mit den Einzelheiten dieser Frage bekannt gemacht hat. Ich konnte infolgedessen in meinem Gespräche mit Cruppi leicht auf diese Frage zurückkommen, ohne meinen Worten den Anschein einer direkten Einmischung zu geben.

Obwohl die Mißverständnisse zwischen Spanien und Frankreich für uns kein direktes Interesse haben, halte ich es doch für nötig, Sie ganz kurz über diese Frage zu orientieren.

Auf Grund der Bestimmungen der Algeciras-Akte, aber noch mehr auf Grund des halb öffentlichen, halb geheimen französisch-spanischen Abkommens aus dem Jahre 1904 erhebt jetzt das Madrider Kabinett Protest gegen die Bestrebungen Frankreichs, Spanien nicht nur von den allgemeinen Marokkofragen auszuschließen, sondern teilweise Spanien sogar in der eigenen Zone Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Diese Bestrebungen

machen sich hauptsächlich hinsichtlich der Finanzkontrolle, der militärischen Organisation und der Erbauung der Eisenbahn von Tanger nach Fez geltend. Wie der spanische Botschafter mir sagte, strebt Frankreich immer deutlicher danach, sich Marokko endgültig zu unterwerfen, entgegen dem Geiste der Algeciras-Akte und auch der einzelnen französisch-spanischen Verträge. Französischerseits wird entgegnet, daß die von Frankreich getroffenen Maßnahmen nur den Zweck verfolgen, in Marokko derartige Bedingungen zu schaffen, welche für alle europäischen Nationen in gleicher Weise vorteilhaft wären und die deshalb den Bestimmungen der Algeciras-Akte vollauf entsprechen. Die französische Regierung neigt dazu, sich den Spaniern gegenüber, wie Cruppi selbst sagte, wie armen Verwandten gegenüber zu benehmen, und man erhebt in Paris sogar Gegenklagen gegen Spanien, indem man es beschuldigt, eine unnötig große Truppenmenge in der spanischen Zone zu halten und das Prinzip der offenen Tür nicht zu beachten.

Es ist sehr schwer zu sagen, wer recht und wer unrecht hat. Immerhin habe ich mich in meinem Gespräch mit Cruppi enthalten, irgendein Urteil auszudrücken, und nur darauf hingewiesen, wie wichtig es für die allgemeinpolitischen Interessen Frankreichs und Rußlands sei, die spanischen Forderungen zu befriedigen, damit sich dieses Land nicht Deutschland und dem Dreibunde in die Arme wirft. Seit Algeciras sind die Beziehungen Deutschlands zu Spanien sehr kalt und zurückhaltend. Das Madrider Kabinett neigt jetzt eher zum Dreiverband hin, und es wäre bedauerlich, wenn es jetzt bei Deutschland Unterstützung suchen würde. Cruppi erklärte sich mit mir einverstanden und will den spanischen Forderungen möglichst entgegenkommen. Mehr als diese allgemeinen Erklärungen hat er jedoch nicht sagen wollen und vermeidet es augenscheinlich, sich über die einzelnen Punkte der spanischen Note zu äußern. Perez Caballero beklagt sich gerade über diese Unbestimmtheiten der Erklärungen Cruppis, und in diesen Tagen wird er mit dem französischen Außenminister eine Unterredung haben, um von ihm eine bestimmte Antwort zu erlangen. Über das Resultat dieser Unterredung werde ich Ihnen berichten. Wir haben uns mit Perez Caballero geeinigt, daß unsere Anteilnahme an den französisch-spanischen Verhandlungen streng geheimgehalten werden soll.

Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 31. März/13. April 1911.

Cambon ist soeben aus Paris zurückgekehrt, wohin er seiner Gewohnheit gemäß gefahren war, um mit den Leitern der französischen Politik Rücksprache über die schwebenden Fragen zu nehmen. Wie er mir vertraulich mitteilte, verfolgte er hierbei noch einen andern Zweck, nämlich die Bekanntschaft Cruppis zu machen, den er bisher persönlich nicht kannte. Der neue Minister hat auf den Botschafter den Eindruck eines tüchtigen Advokaten gemacht, der den Wunsch hegt, sich so schnell wie möglich mit allen schwierigen Fragen seines Ressorts bekannt zu machen, der sich aber noch nicht eine bestimmte Meinung gebildet hat.

Cambon ist auch zu den Beratungen über die jetzige Lage in Marokko hinzugezogen worden und ist beauftragt worden, die Zustimmung des Berliner Kabinetts zu einer militärischen Intervention Frankreichs zu erlangen, wenn den in Fez lebenden Europäern eine Gefahr drohen sollte. Bei der ersten Unterredung mit dem deutschen Staatssekretär ist Cambon ein sehr unliebenswürdiger Empfang zuteil geworden, und er ist auf die kategorische Weigerung gestoßen, in irgendeine Beratung einer über die Algeciras-Akte hinausgehenden militärischen Intervention Frankreichs einzutreten. Die Verhandlungen haben sich mehrere Tage hingezogen und waren, wie mir der Botschafter sagte, recht schwierig; zu wiederholten Malen hat er darauf hinweisen müssen, eine wie schwere Verantwortung Deutschland übernehme, wenn die Europäer in Fez niedergemetzelt würden.

Nach langem Sträuben hat ihm der deutsche Staatssekretär, wie Cambon behauptet, eine Antwort übergeben, der zufolge Deutschland im Falle absoluter Notwendigkeit eine militärische Intervention Frankreichs, die Besetzung von Rabat und den Einmarsch französischer Truppen in Fez zuläßt.

Die hiesigen alldeutschen Kreise sind gegen Frankreich sehr erregt und beschuldigen es, die Algeciras-Akte zu verletzen und unter dem Vorwand des Schutzes der europäischen Bevölkerung ein Protektorat über Marokko zu erstreben.

Mir scheint es, daß die Antwort der deutschen Regierung

nicht so günstig war, wie der französische Botschafter es behauptet. Der den Staatssekretär vertretende Unterstaatssekretär Zimmermann sagte mir heute, daß Deutschland dem Pariser Kabinett keine endgültige Antwort hinsichtlich der Möglichkeit einer militärischen Intervention gegeben habe und daß man in Berlin hoffe, daß die Besserung der Lage in Marokko, über die der deutsche Botschafter in Paris und der Konsul in Fez berichten, eine Verletzung der Algeciras-Akte unnötig machen werde.

Es besteht kein Zweifel, daß, wenn Deutschland jemals seine Zustimmung zu einer solchen Verletzung geben sollte, es von Frankreich einen hohen Preis verlangen wird.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 15./28. April 1911.

Die Marokko-Frage wird von den Zeitungen der alldeutschen Partei stark geschürt und droht die sich dank den Bestrebungen des hiesigen französischen Botschafters bessernden Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aufs neue zu gefährden. Obwohl in hiesigen gemäßigten Kreisen die alldeutschen Zeitungsartikel, welche die Aufteilung Marokkos zwischen Deutschland und Frankreich fordern und im Falle einer Weigerung Frankreichs mit energischen Maßnahmen drohen, abgelehnt werden, so kann man sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß hier augenblicklich eine allgemeine Erregung gegen Frankreich herrscht.

Die Regierung selbst nimmt eine abwartende Haltung ein und vermeidet es, sich in der offiziösen Presse über die Marokko-Frage zu äußern. Eine derartige Zurückhaltung bezeugt augenscheinlich die Unzufriedenheit der Wilhelmstraße mit dem Vorgehen Frankreichs.

Denselben Eindruck habe ich aus meiner Unterredung mit Cambon gewonnen, welcher soeben mit dem Reichskanzler gesprochen hat.

Der Botschafter war beauftragt worden, Deutschland von den in Frankreich in Aussicht genommenen Maßnahmen Kenntnis zu geben; gleichzeitig hat er mitgeteilt, daß Frankreich beabsichtige, die Souveränität des Scherifs und die Integrität Marokkos unter Beobachtung des Prinzips der offenen Tür aufrechtzuerhalten.

Wie mir Cambon sagte, sind seine Erklärungen sehr kalt aufgenommen worden, und man hat ihm zu verstehen gegeben, daß eine Okkupation Fez' durch die Franzosen von Deutschland als eine Verletzung der Algeciras-Akte und des Abkommens vom Jahre 1909 aufgefaßt werden müßte, wodurch das Berliner Kabinett seinerseits freie Hand bekommen würde. Cambon ist über die hiesige Stimmung beunruhigt und beabsichtigt morgen nach Paris zu fahren, um sich mit Cruppi persönlich auszusprechen. Er glaubt, daß die lange Abwesenheit Kiderlens mit dem Wunsche zusammenhängt, offizielle Erklärungen über Marokko möglichst lange hinauszuschieben.

Am Ende der Unterredung hat mir Cambon erklärt, daß in Anbetracht der Unnachgiebigkeit des Berliner Kabinetts eine für Frankreich günstige Lösung der Marokko-Frage von der Unterstützung abhängen wird, die das Pariser Kabinett in seiner jetzigen schwierigen Lage bei seinen Freunden in Petersburg und London finden wird.

Ich kann nicht umhin zu erwähnen, daß in einigen deutschen Zeitungen Delcassé als der eigentliche Urheber der französischen Marokko-Politik angesehen wird.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 26. April/9. Mai 1911.

Sir A. Nicolson hat mir gegenüber nicht verheimlicht, daß die Marokko-Frage das Londoner Kabinett beunruhige. Er glaubt, daß Frankreich gezwungen sein wird, Fez zu besetzen; daß die Lage in der Stadt gefahrdrohend zu sein scheint; daß eine einfache Expedition zum Schutze der Europäer kein besonders beunruhigendes Unternehmen sei, daß aber die Erfahrung aller europäischen Staaten, angefangen mit England, beweise, daß es leichter sei, eine Stadt zu besetzen, als sich wieder zurückzuziehen; daß im Falle einer längeren Dauer der Besetzung von Fez politische Komplikationen entstehen könnten; daß bis jetzt die offiziellen Erklärungen der deutschen Regierung in durchaus ruhigem Tone gehalten seien, daß es aber schwer sei, sich ein Urteil über die Zukunft zu bilden.

Der spanische Botschafter hat andererseits erklärt, daß im

Falle einer französischen Aktion auch Spanien in gewissen Gebieten Marokkos werde vorrücken müssen.

Sir Arthur hat mir gesagt, er habe den Botschafter darauf hingewiesen, wie unbegründet eine solche Annahme ihm erscheine: wenn Frankreich sich zu einer Expedition mit dem bestimmten Zwecke des Schutzes der Europäer entschließe, so ergebe sich hieraus für Spanien keine Berechtigung, in anderen Gebietsteilen Marokkos aktiv vorzugehen, wo die Anwesenheit seiner Truppen durchaus nicht notwendig sei.

Sir Arthur glaubt, daß seine Erklärungen in Madrid gewissen Eindruck gemacht haben, und zwar um so mehr, als er bei dieser Gelegenheit nicht verheimlicht hat, daß, ganz wie anläßlich der letzten Krise die eingegangenen Verpflichtungen das Londoner Kabinett zu einer freundschaftlichen Haltung Frankreich gegenüber veranlaßt hatten, diese Haltung auch im gegebenen Falle die gleiche bleiben werde.

Nicolson hat zu seiner großen Befriedigung erfahren, daß die russische Regierung sich in demselben Sinne geäußert hat. Er erblickt hierin eine ernste Garantie gegen etwaige zukünftige Verwicklungen.

Auszug aus einem vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1911.

. . . . . Was die diplomatische Seite der Marokko-Angelegenheit anbelangt, so fürchte ich, daß Cruppi, welcher durchaus keine diplomatische Erfahrung hat, sich einem gefährlichen und durch nichts gerechtfertigten Optimismus hingibt. Wie Sie bemerkt haben, erwidert er auf alle meine Fragen über den Gang der Verhandlungen in Berlin, daß die deutsche Regierung keine Neigung zeige, sich der Handlungsweise Frankreichs zu widersetzen oder irgendwelche Kompensationen zu verlangen. Ebenso optimistisch, wenn auch viel unzufriedener verhält er sich Spanien gegenüber. Dieser Optimismus scheint sich darauf zu gründen, daß, wenn die französische Regierung fest entschlossen ist, über die Algeciras-Akte nicht hinauszugehen und nicht zu einer beständigen oder auch lange andauernden Okkupation von Fez zu schreiten, weder Deutschland noch Spanien

irgendeinen Grund zu Protesten oder aktiven Maßnahmen hätten. In Wirklichkeit scheint mir jedoch die Lage eine ganz andere zu sein: nach allem, was ich höre, hat das Berliner Kabinett eine sehr gewandte und vorteilhafte Position eingenommen: ohne einstweilen gegen das Vorgehen Frankreichs zu protestieren, behält es sich jederzeit vor, die Algeciras-Akte für verletzt zu erklären. Es ist wahrscheinlich, daß auch Spanien von Deutschland aufgereizt wird. Auf diese Weise bleibt die deutsche Diplomatie die Herrin der Lage und kann die Lage plötzlich verschärfen, je nach der Entwicklung der Ereignisse in Marokko oder sogar je nach den Bedürfnissen seiner innern und äußern Politik. In dieser Hinsicht besteht eine Gefahr, die Cruppi wohl kaum genügend beachtet. Diese Gefahr ist um so größer, als Cruppi, soviel ich beurteilen kann, kein festes Programm in der Marokko-Frage hat und sich unter dem Einflusse verschiedener Strömungen und Umstände befindet. In dieser Hinsicht kann man den Rücktritt Pichons nur bedauern, welcher zwar augenblicklich scharf kritisiert wird, welcher aber genau wußte, was er in Marokko wollte, und sich nicht von den hier wie überall bestehenden chauvinistischen Kreisen beeinflussen ließ.

Zum Schluß will ich bemerken, daß meine Befürchtungen auch von denjenigen der hiesigen Botschafter geteilt werden, welche mit mir am aufrichtigsten sind, nämlich den Vertretern Englands und Italiens. Es ist erwähnenswert, daß Bertie persönlich glaubt, Deutschland warte nur den günstigen Augenblick ab, um die Algeciras-Akte als nicht mehr bestehend zu erklären und um dann ein oder zwei Häfen, u. a. Mogador, zu besetzen. Dadurch wäre den englischen Interessen ein schwerer Schlag versetzt, durch den die englischen Verbindungswege mit Südafrika bedroht wären.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1911.

Cambon hat mir gestern einige Einzelheiten über den hiesigen Aufenthalt Kaiser Wilhelms mitgeteilt. Er hat mir die Worte Sir Arthur Nicolsons bestätigt — nämlich, daß Seine Majestät sich jeder politischen Unterredung mit den englischen Staatsmännern enthalten habe.

Nur der deutsche Botschafter Graf Metternich ist zu Grey gekommen und hat ihn gefragt, welches die Haltung Englands in der Marokko-Frage sei und sein werde und was das Londoner Kabinett von dem Vormarsch der Franzosen auf Fez halte. Sir Edward hat geantwortet, daß die Abmachungen zwischen England und Frankreich ersterem die Verpflichtung auferlegen, Frankreich zu unterstützen; daß die englische Regierung die Ansicht habe, daß Frankreich nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei, die Interessen der Franzosen, Engländer und anderer Ausländer in der marokkanischen Hauptstadt zu schützen; daß die Lage in Fez sich täglich verschlimmere und daß infolgedessen die Intervention Frankreichs für die ganze Welt von Nutzen sei.

Der deutsche Botschafter, dessen Sprache übrigens Vertrauen und durchaus freundschaftliche Gefühle ausdrückte, stellte diese Erwägungen nicht in Abrede und beschränkte seine Erklärungen auf den Fall, daß die französische Okkupation von Fez längere Dauer haben sollte. Sir Edward erwiderte, daß selbst in diesem Falle der englische Standpunkt der gleiche bleiben würde und daß er nicht glaube, daß die deutschen Interessen dadurch verletzt würden, da auf Grund des zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Abkommens Deutschland auf jeden politischen Einfluß unter der Bedingung verzichtet habe, daß seine ökonomischen Interessen in Marokko gegen alle politischen Verwicklungen geschützt würden. Graf Metternich hat hierauf die versöhnlichen und friedliebenden Absichten der deutschen Regierung beteuert, jedoch der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß irgendwelche unerwartete Ereignisse die Lage gefährden könnten. Sir Edward hat hierauf erwidert, daß England in jedem Falle und unter allen Umständen seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachkommen werde.

Cambon sagt mir, daß Sir Edward, der einen Augenblick durch die Marokko-Frage sehr beunruhigt gewesen sei, nach dieser Unterredung mit größerer Zuversicht in die Zukunft blicke. Es ist unnötig, darauf hinzuweisen, daß die Anwesenheit des deutschen Monarchen in London den Erklärungen des Grafen Metternich eine besondere Bedeutung verleiht.

Die Haltung Spaniens hat hier und in Paris beunruhigt.

Einerseits findet man es ziemlich natürlich, daß die spanische öffentliche Meinung durch die Ereignisse in Marokko erregt ist. Man fragt sich aber immerhin, ob die energische Haltung des Madrider Kabinetts, welche die Möglichkeit von Komplikationen mit Frankreich nicht ausschließt, eine ganz unabhängige sei. Die Okkupation von Fez durch die Franzosen und von Tetuan durch die Spanier öffne einer Aufteilung Marokkos die Tür, was gefährliche Folgen haben könne. Immerhin scheinen die letzten Nachrichten aus Madrid besser zu sein, und der König selbst hat erklärt, daß die spanischen Truppen Tetuan nicht besetzen werden.

Cambon sagte mir, daß diese Unterredung des deutschen Botschafters mit Grey das einzige politische Gespräch zwischen den englischen und deutschen Staatsmännern anläßlich der Anwesenheit des Deutschen Kaisers in London gebildet habe.

Ich fragte heute Nicolson, ob die Bagdadfrage in irgendeiner Weise erörtert worden wäre. Er antwortete mir, daß sie mit keinem Wort berührt worden sei.

Es ist wahr, daß Kaiser Wilhelm eine lange Unterredung mit Asquith gehabt hat. Der König hat den Premierminister hierüber befragt und die Antwort erhalten, daß das Gespräch an und für sich ein sehr interessantes gewesen sei, aber eher einen historischen und wissenschaftlichen Charakter gehabt habe: man habe sich über den wechselseitigen Einfluß der menschlichen Rassen aufeinander und die Überlegenheit einzelner derselben unterhalten.

Die hiesige Presse hat der Person des Monarchen und der Kaiserlichen Familie einen sehr warmen Empfang bereitet, sich jedoch in politischer Hinsicht zurückhaltend gezeigt.

Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in London ist entschieden ein großer Erfolg gewesen. Mehr als je hat der Kaiser es verstanden, sich die Sympathien des englischen Publikums zu gewinnen, und in dieser Hinsicht hat seine Anwesenheit entschieden dazu beigetragen, nationale Antipathien zu überwinden und die gemeinsamen Anstrengungen, bessere Beziehungen herzustellen, zu ermutigen; was aber die realen politischen Tagesfragen anbelangt, so glaube ich nicht, daß irgendwelche positive Resultate erzielt worden sind.

P. S. Ich habe Sir Edward Grey gesprochen, nachdem dieser Brief bereits geschrieben war. Er hat mir bestätigt, was mir Cambon über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter gesagt hatte, und hat dabei ein Wort wiederholt, welches Cambon mir gegenüber erwähnt hat, welches ich jedoch in diesem Briefe zu gebrauchen zögerte, weil ich nicht ganz sicher bin, daß Cambon einen englischen Ausdruck richtig anwendet: Graf Metternich hat gefragt, welches die Folgen sein würden, wenn die marokkanische Regierung unter französischen Einfluß falle und die Algeciras-Akte verletzt würde. Sir Edward hat erwidert, daß im Falle von Verwicklungen alle englischen Verpflichtungen „operative" (in Kraft treten) werden würden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 22. April/5. Mai 1911. — Nr. 559.

Ich bitte Sie, der französischen Regierung gegenüber zu betonen, daß unsere freundschaftlichen Vorstellungen in Berlin zu einem günstigen Resultate geführt und wir von Deutschland eine sehr zufriedenstellende Antwort erhalten haben. Drücken Sie bei diesem Anlasse die Hoffnung aus, daß wir, wenn nötig, von Frankreich in ähnlicher Weise unterstützt werden werden.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1911.

Ihr Telegramm Nr. 559 erhalten. Da Cruppi im Begriff steht, nach Brüssel abzureisen, und unsere Mitteilung einen möglichst großen Eindruck auf das Pariser Kabinett machen soll, habe ich mich entschlossen, Cruppi schriftlich von den von uns in Berlin unternommenen Schritten zu benachrichtigen. Der Minister hat mir soeben mit einem Briefe geantwortet, aus dessen Wortlaut hervorgeht, daß Frankreich der ihm zuteil gewordenen Unterstützung volle Anerkennung zollt.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 7./20. Mai 1911.

Ich halte es für nötig, Ihnen zwei Artikel aus der Kölnischen Zeitung vom 13. und 15. Mai zuzuschicken, welche offi-

ziöse Mitteilungen über die Verhandlungen in der Marokko-Frage enthalten. Der erste Artikel ist durch die Bestrebungen einiger politischer Kreise in Paris, London und sogar Wien hervorgerufen, welche den Meinungsaustausch zwischen uns und Berlin hinsichtlich Marokkos so darzustellen versuchen, als ob Rußland auf Deutschland einen Druck ausgeübt hat, um es zu verhindern, der französischen Politik in Marokko Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Diese Andeutungen, die von einigen Wiener Blättern gemacht worden sind, werden hier auf französischen und englischen Einfluß zurückgeführt. Sie verfolgen augenscheinlich die Absicht, die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung und besonders alldeutscher Kreise zu erregen und die deutsche Regierung zu beschuldigen, Rußland gegenüber allzu große Nachgiebigkeit und Schwäche gezeigt zu haben. Auf diese Weise hoffte man die sich bessernden Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland durch eine Zeitungspolemik zu stören.

Die Zeitungen der Alldeutschen Partei haben in der Tat die führenden Persönlichkeiten der deutschen Politik aufs heftigste angegriffen, und zum ersten Male seit Übernahme des Auswärtigen Amtes ist Kiderlen-Wächter nicht nur wegen der Marokko-Frage, sondern auch wegen der Potsdamer Zusammenkunft, die zu keinen positiven Resultaten geführt habe, heftigen Beschuldigungen ausgesetzt gewesen.

Das Berliner Kabinett hat den gefährlichen Weg einer Pressekampagne nicht betreten wollen, und in der zweiten Mitteilung, welche eine Antwort auf den Artikel der „Rossia" enthält, wird es vermieden, irgendeine Meinungsverschiedenheit zwischen Petersburg und Berlin hinsichtlich der französischen Politik in Marokko zu betonen. Aus meiner Unterredung mit Bethmann Hollweg habe ich jedoch ersehen, daß in Wirklichkeit der Reichskanzler sich zu den Erklärungen unseres offiziösen Organs anders stellt. Er sagte mir, er habe auf unsere Mitteilung keine Entgegnung machen wollen, doch könne er mir nicht verheimlichen, daß der in einer offiziösen Mitteilung erwähnte Zusammenhang zwischen zwei Fragen, die in Wirklichkeit nichts gemein haben, wie Marokko und unsere persischen Verhandlungen, auf ihn einen äußerst unangenehmen Eindruck gemacht

habe; auch scheine es ihm, daß die Erwähnung von noch nicht abgeschlossenen vertraulichen Verhandlungen zwischen zwei Regierungen nur dann den Gegenstand von offiziösen Mitteilungen machen könne, wenn vorher ein Einvernehmen über eine derartige Mitteilung erzielt worden ist.

Ich halte es für angebracht, Ihnen diesen persönlichen Standpunkt des Reichskanzlers nicht zu verheimlichen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 9./22. Mai 1911. — Nr. 635.

Ich teile vollkommen Ihre Ansicht, daß es wünschenswert ist, Spanien von einem energischen Vorgehen in der Marokko-Frage abzuhalten. Ich halte es jedoch für besser, wenn Frankreich und Spanien sich direkt verständigen, wie Cruppi dies vorgeschlagen hat, und ehe wir daher unsererseits irgendwelche Schritte unternehmen, sollten wir das Ergebnis der französisch-spanischen Verhandlungen in Madrid abwarten.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 11./24. Mai 1911.

Ich habe Ihnen heute morgen telegraphiert, daß die französischen Truppen unter General Mouanier vorigen Sonntag in Fez eingerückt sind. Sie haben unter den Mauern von Fez keinen Widerstand gefunden, und die europäischen Kolonien sind unversehrt.

Ich habe Cruppi soeben gesprochen und ihm zu dem guten Ausgange der Expedition gratuliert. Ich fand ihn in freudiger Stimmung; er sprach in begeisterten Ausdrücken über den französischen General, dem die Zeitungen und die öffentliche Meinung allzu große Langsamkeit vorgeworfen hatten, der aber in Wirklichkeit große Voraussicht und Energie an den Tag gelegt hat.

Auf meine Frage, welches nun das weitere Programm der französischen Regierung in Marokko sei, gab mir Cruppi folgende Erklärung:

„Die französische Regierung hat den Mächten erklärt, daß sie sich im Rahmen der Algeciras-Akte halten werde und daß

die französischen Truppen Fez nur ‚so lange als durchaus nötig' besetzen werden; von dieser Erklärung wird Frankreich nicht abgehen; die Okkupation von Fez wird so lange dauern, als es nötig sein wird, um die Stellung des Sultans Mulei-Hafid und des Maghzen zu stärken. Zu diesem Zwecke verfügt Frankreich über ein Mittel — nämlich die auf Grund früherer Abmachungen in Marokko bereits bestehende französische Militärmission unter Oberst Mangin. Mit Hilfe dieser Mission wird eine genügend starke marokkanische Armee geschaffen werden; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach der glänzenden französischen Expedition nach Fez das Ansehen des französischen Vertreters und der französischen Regierung sehr gestiegen sein wird, und dies ist eine Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Sobald dies Ziel erreicht sein wird, wird die französische Regierung die Truppen nach Casablanca zurückrufen, und das Pariser Kabinett zweifelt nicht, daß alle Mächte ohne Ausnahme sich von seiner Aufrichtigkeit und Loyalität überzeugen werden."

In der weiteren Unterredung berührte ich Spanien und fragte, wie weit die Verhandlungen mit der Madrider Regierung geführt hätten. Der Minister sagte, er habe es nicht für nötig gehalten, die letzten spanischen Vorschläge zu beantworten, um nicht ihre Unannehmbarkeit zu betonen. Er habe jedoch dem französischen Botschafter in Madrid Instruktionen zukommen lassen, die eine ganze Reihe praktischer Zugeständnisse enthalten, welche seiner Ansicht nach Spanien befriedigen müßten. „Ich versichere Sie," sagte mir Cruppi, „daß ich bereit bin, für Spanien alles Mögliche und Unmögliche zu tun; aber eins können wir nicht tun — die uns in verschleierter Form angebotene Teilung Marokkos annehmen, da eine solche einer dritten Macht das Recht geben würde, auch für sich einen Teil Marokkos zu beanspruchen. Die Spanier haben die Manie der Nachahmung: jedes Vorgehen unsererseits in Marokko ruft ein ähnliches Vorgehen der Spanier hervor, selbst wenn dazu gar kein Grund vorliegt. So haben z. B. die spanischen Truppen soeben Stellungen in der Entfernung einiger Kilometer von Tetuan bezogen. Wenn sie sodann Tetuan selbst besetzen sollten, so wird dies einen Protest Frankreichs und auch der andern Staaten, d. h. vor allem

Englands, hervorrufen. Immerhin bin ich überzeugt, daß wir uns mit Spanien einigen müssen."

Ich habe keinen Grund, die Wahrhaftigkeit Cruppis zu bezweifeln, doch bin ich immer noch nicht überzeugt, daß sein Optimismus berechtigt ist. Auf meine Frage, ob er mir, wenn auch nur annähernd, sagen könne, wie lange die Franzosen Fez besetzen werden, antwortete er mir ausweichend, und ich glaube, er gibt sich nicht Rechenschaft darüber, wie schwer das von ihm in Aussicht genommene Programm ausführbar ist.

Wie dem auch sei, der erste Akt des Marokko-„Schauspiels" ist jedenfalls glücklich zu Ende geführt; nun beginnt aber das zweite und viel gefährlichere Stadium. Wie ich es schon in meinem letzten Briefe sagte, würde eine gleichzeitige innerpolitische Krise in Frankreich eine große Gefahr bedeuten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni/2. Juli 1911.—Nr. 811.

Dringend. Der französische Botschafter ist im Auftrage seiner Regierung mit uns in einen Meinungsaustausch über die Lage getreten, die durch den Entschluß der deutschen Regierung geschaffen worden ist, ein Kriegsschiff in den marokkanischen Hafen Agadir zum Schutze der deutschen Untertanen zu schicken.

Die französische Regierung gibt sich Rechenschaft über den Ernst des angewandten Mittels und scheint deswegen zu zögern. Ich habe einige Seiten der Frage betont, welche reifliche Überlegung erfordern. Da Deutschland seinen Entschluß zur Kenntnis aller Mächte gebracht hat, so kann man nicht damit rechnen, daß es ihn nicht ausführen wird. Wir haben es also mit einer Tatsache zu tun. Die militärische Seite hat untergeordnete Bedeutung; der Zweck ist ein diplomatischer — die politischen Interessen Deutschlands zu schützen, da die formalen Bestimmungen der Algeciras-Akte schon früher verletzt worden sind. Wahrscheinlich wünscht Deutschland mit Frankreich neue Verhandlungen über Marokko zu führen und will sich hierbei auf eine vollendete Tatsache stützen. Aus den Erklärungen des hiesigen französischen Botschafters geht hervor, daß Frankreich vielleicht ein Kriegsschiff nach Mogador schicken wird, um die deutsche mili-

tärische Maßnahme mit einer gleichen zu beantworten, und zwar unter dem einfachen Vorwande, die Polizei in Mogador auf Grund der Algeciras-Akte verstärken zu wollen. Was die diplomatische Seite anbelangt, so hat sich der französische Botschafter zugunsten internationaler Verhandlungen ausgesprochen, worin ich beistimme, und will nicht direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland führen, da dies einerseits einen friedlichen Ausgang mehr in Frage stellen könnte und andererseits hinsichtlich unserer Beteiligung an den Verhandlungen nicht zweckmäßig wäre. Deshalb muß man annehmen, daß die französische Regierung in ihrer Antwort an das Berliner Kabinett sich auf internationale Akte stützen und dieselbe allen Teilnehmern der Algeciras-Konferenz mitteilen wird. Dem Gedanken einer Konferenz steht der französische Botschafter ablehnend gegenüber.

Da diese ganze Angelegenheit das Londoner Kabinett noch mehr als uns berührt, so möchten wir unsere Haltung der englischen genau anpassen. Ich bitte Sie daher, uns die Ansichten der englischen Regierung umgehend mitzuteilen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 135.

Ihr Telegramm 811 erhalten. Habe dessen Inhalt Nicolson mitgeteilt. Er antwortet, daß die Frage so ernst sei, daß sie morgen vom Ministerrat geprüft werden wird. Er will mir das Resultat morgen mitteilen. Cambon und Metternich hat er dieselbe Antwort wie mir gegeben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 136.

Metternich hat hier die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir zum Schutze der deutschen Interessen angekündigt, und zwar hätten die deutschen Untertanen der Umgebung hierum gebeten. Er hat versichert, daß das Schiff zurückgerufen werden wird, sobald die Sicherheit in Marokko wiederhergestellt ist. Nicolson hat den Botschafter darauf hingewiesen,

daß Agadir kein offener Hafen sei und daß er keine Kenntnis davon habe, daß Ausländer in der Umgebung wohnen. Metternich sagt, daß eine ähnliche Mitteilung in Paris und Madrid erfolgt ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 137.

Im Auftrage seiner Regierung hat Metternich obiger Erklärung folgendes hinzugefügt: Die deutschen Informationen bestätigen nicht die Ereignisse, die das Vorgehen Frankreichs und Spaniens hervorgerufen haben. Die Handlungsweise dieser beiden Mächte macht die Algeciras-Akte illusorisch. Das deutsche Kriegsschiff wird zurückberufen werden, sobald die französischen und spanischen Streitkräfte sich zurückgezogen haben werden. Deutschland ist bereit, mit Frankreich, Spanien und auch England neue Verhandlungen über Marokko aufzunehmen. Die deutsche Regierung gibt zu, daß diese Verhandlungen schwierig sein werden, doch halte sie die Schwierigkeiten nicht für unüberwindlich.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 138.

Wegen der deutschen Zusatzerklärung hält Nicolson die Lage wenn nicht für beunruhigend, so doch für sehr ernst. Die gesamte Londoner Presse hebt den Ernst der Lage hervor und zeigt Sympathien für Frankreich. Allein die Westminster Gazette bemüht sich, die Bedeutung des Zwischenfalles abzuschwächen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 22. Juni/5. Juli 1911. — Nr. 139.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 135. Grey hat gestern dem Grafen Metternich mündlich geantwortet, daß England sich auf keinen Fall an den Marokko-Fragen desinteressieren könne, da die englischen Interessen in Marokko bedeu-

tender als diejenigen Deutschlands seien und England außerdem Frankreich gegenüber Verpflichtungen übernommen habe, die es in jedem Falle erfüllen werde. Das Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes in Agadir schaffe eine neue Lage, und England könne keiner Lösung zustimmen, an der es nicht selbst teilgenommen habe. Der Wortlaut dieser Antwort ist gestern vom Kabinett festgesetzt worden.

In Beantwortung meiner Frage, ob es seiner Ansicht nach vorzuziehen sei, alle Signatarmächte der Algeciras-Akte mit der Lage zu befassen oder aber zu Verhandlungen zwischen den am meisten interessierten Mächten zu schreiten, erwiderte Grey, daß Frankreich die am meisten interessierte Macht sei, daß er ihm die Initiative überlasse und die französische Ansicht unterstützen werde. Persönlich glaubt er, daß augenblicklich direkte Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich, Spanien und England vorzuziehen seien und eine Konferenz erst im Notfall einberufen werden müsse. Grey bittet Sie, diese Mitteilung als ganz vertraulich zu betrachten.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 22. Juni/5. Juli 1911.

Ich habe meinem Telegramm Nr. 139 nur weniges hinzuzufügen. Die vom Ministerrate beschlossene Antwort ist ernst, schließt jedoch weitere Verhandlungen nicht aus, unter der Bedingung jedoch, daß England sich an denselben im Hinblick sowohl auf seine eigenen Interessen als auch auf sein Abkommen mit Frankreich beteiligt.

Grey ist von der Art und Weise des deutschen Vorgehens wenig erbaut, faßt jedoch die Lage nicht tragisch auf. Er sagte mir, er gebe sich nicht genau Rechenschaft, welches die Beweggründe Deutschlands gewesen seien. Der Vorwand, deutsche Interessen in einem geschlossenen Hafen schützen zu wollen, kann nicht ernst genommen werden. Er hat dies dem deutschen Botschafter gegenüber hervorgehoben und gesagt, die englischen Interessen seien größer als die deutschen. Metternich hat auf dieser Erwägung nicht weiter bestanden. Im übrigen, sagte der Minister, wenn es sich um den Schutz von deutschen Interessen handelt, so würde ja nach der Wiederherstellung der Ord-

nung die Zurückberufung der französischen und spanischen Truppen auch die Entfernung des deutschen Kriegsschiffes nach sich ziehen — und dann wäre der status quo ante wiederhergestellt.

Es ist möglich, sagte der Minister, daß Deutschland einfach etwas erhalten will. In diesem Falle muß man sehen, ob es sich um eine Kompensation handelt, gegen die weder Frankreich noch England etwas einzuwenden hat, denn die Zustimmung beider Länder müsse erhalten werden, da ihre Interessen nicht die gleichen sind. Ich glaube, der Minister spielt auf die Möglichkeit der Abtretung eines Hafens zugunsten Deutschlands an; dies würde in England Schwierigkeiten hervorrufen und würde wohl kaum zugelassen werden, selbst wenn die Interessen Frankreichs dadurch nicht direkt in Mitleidenschaft gezogen würden.

Ich fragte Sir Edward, wie er sich den weiteren Gang der Verhandlungen vorstelle. Er sagte mir, er würde einen französischen Vorschlag annehmen; persönlich bevorzuge er jedoch direkte Verhandlungen zwischen Frankreich, Deutschland, Spanien und England. Graf Metternich hat nichts gesagt, was eine Ablehnung der Beteiligung Englands an diesen Verhandlungen bedeuten könne. Dies ist aber eine in der englischen Antwort klargestellte Bedingung.

Seit dem Entstehen des Zwischenfalles hat die englische Presse eine entschiedene, aber nicht aggressive Haltung angenommen. Nur die Daily News ist offen antifranzösisch, und die Westminster Gazette hat einen Artikel veröffentlicht, der von Deutschland inspiriert scheint.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 23. Juni/6. Juli 1911. — Nr. 142.

Die Erklärungen von Pourtalès, über die Sie mir berichten, beschränken sich auf die offizielle Mitteilung, die das Berliner Kabinett verschiedenen Mächten gemacht hat. Pourtalès verliert die zweite Erklärung aus den Augen, die hier in London abgegeben worden ist und von der er vielleicht keine Kenntnis hat. Diese zweite Erklärung stellt die Lage ganz anders dar. Der Schutz der deutschen Untertanen ist gar nicht mehr erwähnt. Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir ist

mit der französischen und spanischen militärischen Einmischung begründet, die die Algeciras-Akte verletzt und illusorisch gemacht hat. Metternich hat erklärt, daß eine Rückkehr zum status quo ante ihm schwierig erscheine. Die unvollständigen Erklärungen des Grafen Pourtalès verfolgen vielleicht den Zweck, unsere Haltung und unsere diplomatische Aktion zu beeinflussen. Nicolson bittet uns, die Mitteilung, die er mir gemacht hat, geheimzuhalten. Ich wiederhole, daß man hier die Lage für ernst hält, aber nicht beunruhigt ist. Was vor allem beunruhigt, ist das Ausbleiben von allen Nachrichten über die Ereignisse in Agadir.

Persönlicher und sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 6./19. Juli 1911.

Was Marokko anbelangt, so verfügen Berlin und Paris über bessere Informationen als ich. Ich möchte jedoch immerhin einige Punkte hervorheben. Grey ist optimistisch; Nicolson sieht alles ziemlich grau. Offen gesagt hat dieser niemals geglaubt, daß Deutschland zu einem so folgenschweren und unerwarteten Vorgehen greifen werde, wenn es nicht irgendein großes Ziel im Auge habe. Auch glaubt er, und ich teile diese Ansicht, daß man in Berlin die Entspannung in der öffentlichen Meinung Englands und Deutschlands allzu oberflächlich beurteilt hat. Der Anschein mochte eine derartige Annahme als berechtigt erscheinen lassen, wenn man aber in Berlin mit der Möglichkeit einer beinahe neutralen Haltung Englands rechnen zu können glaubte, so hat man sich geirrt und in der Tat hat die Antwort Greys und die Erklärung Asquiths überrascht. Die deutsche Demonstration hat nach all den deutschen Besuchen, in deren Verlauf, abgesehen von einer Anfrage des Grafen Metternich, von Politik niemals die Rede gewesen ist, die Fortschritte, welche der deutsche Einfluß hier gemacht hatte, wieder weggewischt.

Aber die deutsche Fahne ist in Agadir. Daß sie wegen einer einfachen Grenzverbesserung oder der Wiederaufnahme irgendwelcher sekundärer Verhandlungen wieder zurückgezogen werden wird, ist kaum wahrscheinlich. Dies würde eigentlich einen Mißerfolg bedeuten.

Nicolson hat mir unter dem Siegel des größten Geheimnisses mitgeteilt, daß Metternich, der nicht mit ihm zu verhandeln liebt und fast niemals zu ihm kommt, ihn vor ein paar Tagen wegen einer geringfügigen Sache aufgesucht und ihm dann plötzlich (Nicolson ist fest überzeugt, daß der Botschafter sozusagen eine Warnung aussprechen wollte) folgende Rede gehalten hat: Zwischen 1866 und 1870 ist Deutschland ein großer Staat geworden, siegreich über all seine Feinde, aber gerade das besiegte Frankreich und England haben sich seither die Welt geteilt, während Deutschland nur Brocken erhalten hat; der Augenblick ist jetzt für Deutschland gekommen, berechtigte Ansprüche zu stellen.

Sie kennen gewiß besser als ich die Unterredung zwischen Kiderlen und Cambon. Nach dem, was mir Nicolson und der hiesige französische Geschäftsträger sagen, stellt es sich heraus, daß Deutschland wenn nicht den ganzen, so doch einen sehr großen Teil des französischen Kongos beansprucht, und zwar sind die deutschen Ansprüche so groß, daß ein Übereinkommen schwierig erscheint. Ich habe alle beide gefragt, was die unmittelbare Folge eines Abbruches der Verhandlungen sein würde. Beide haben mir geantwortet: Zuallererst wird Deutschland in Agadir bleiben, was es vielleicht in Wirklichkeit bezweckt.

Ist dies richtig, so kann die Lage gefährlich werden. Man darf sich hierüber keine Illusionen machen. Es ist wahr, daß Deutschland seine Karten nur zögernd zeigt, und alles kann sich noch ändern. Die Ankunft Gwinners in Paris hat bei vielen den Glauben erweckt, daß es sich im Grunde genommen um Bagdad handelt. Vielleicht als sekundäre Erwägung, aber ich glaube nicht, als eigentlicher Grund. Übrigens scheint es, daß der Besuch Gwinners nur von kurzer Dauer gewesen ist.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 19. Juli/1. August 1911.

Ich habe in der letzten Woche eine Reihe von Telegrammen an Sie abgeschickt, aus denen Sie ersehen, daß das Berliner Kabinett in London mehrere Erklärungen abgegeben hat, von denen die letzte so verschieden von allen vorhergehenden ist, daß man annehmen müßte, die deutsche Regierung habe im

letzten Augenblicke eingesehen, daß sie zu weit gegangen ist und daß nur ein versöhnlicher Ton der Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes mit England vorbeugen kann. In der Tat hat die englische Regierung unter dem Eindrucke der Sprache des Grafen Metternich die Lage als sehr ernst betrachtet, ohne daß ich in London das geringste Zaudern bemerkt hätte. Immerhin wollte es die englische Regierung vermeiden, eine an und für sich schon gespannte Lage noch zu verschärfen, und hat deshalb auf den Plan verzichtet, englische Kriegsschiffe in die atlantischen Häfen Marokkos zu entsenden. Am 12./25. Juli hat Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen, und mir die Erklärung mitgeteilt, die ihm der deutsche Botschafter am Tage vorher gemacht hatte. Euere Exzellenz kennt den Wortlaut dieser Erklärung, welche ein verschleiertes Ultimatum an die Adresse Frankreichs zu sein schien, welche aber, in London mitgeteilt, augenscheinlich bezweckte, die englische Regierung in der einen oder anderen Weise verantwortlich zu machen.

Sir Edward sagte mir, daß wir als Bundesgenossen Frankreichs ein Recht hätten, über die wahre Lage genau orientiert zu sein. Er sprach anfangs von verschiedenen wenig freundschaftlichen Unterredungen mit dem deutschen Botschafter, ohne irgendwelche Einzelheiten anzugeben und ohne mehr zu sagen, als daß seine eigenen Antworten den Umständen und der Sprache des deutschen Botschafters angepaßt gewesen seien. Erst am Tage nach der ministeriellen Erklärung Asquiths im Unterhause erzählte mir Sir Edward, daß die erste stürmische Unterredung stattgefunden habe, als Graf Metternich in außerordentlich schroffen Ausdrücken eine Erklärung über die Rede Lloyd Georges verlangt habe. Diesmal fragte ich ihn, was er geantwortet habe. Nach einigem Zögern sagte er, er wolle mir seine Antwort nicht verheimlichen, doch läge ihm daran, daß diese Antwort nicht bekannt würde und daß er mir ein Geheimnis anvertraue. Er hat nämlich dem deutschen Botschafter geantwortet, seine, des Botschafters, Worte seien derart, daß das Gefühl der nationalen Würde es ihm unmöglich mache, zu antworten oder eine Erklärung abzugeben. Der Botschafter hat sich hierauf zurückgezogen.

Obwohl ich am Tage der von Asquith abgegebenen Er-

klärung die soeben geschilderten Einzelheiten noch nicht kannte, war ich doch über die Mäßigung des Asquithschen Tones sehr erstaunt.

England vereinfachte die ganze Frage, indem es seine Interessen genau umschrieb, alle feindlichen Absichten in Abrede stellte und die Hoffnung auf eine friedliche Lösung ausdrückte.

Asquith brachte denselben Abend in meinem Hause zu. Er schien von der Zustimmung, die seine Erklärungen in allen Teilen des Parlamentes gefunden hatten, sehr bewegt, und die Demonstration im Unterhause hatte um so mehr Eindruck gemacht, als sie am Tage nach einer Sitzung stattfand, die in ihrem stürmischen Verlaufe alles übertroffen hatte, was das englische Parlament im letzten Jahrhundert gesehen.

Asquith löste das Geheimnis, indem er mir erzählte, daß der Text seiner Erklärung vom Ministerrate im letzten Augenblicke festgesetzt worden war, und zwar als Folge und unter dem Eindrucke von Erklärungen, die diesmal nicht Graf Metternich, sondern Kühlmann Grey gemacht hatte.

Nichts konnte erstaunlicher sein, sagte der Erste Minister, als der vollständige Wechsel der Sprache und der Haltung.

Kühlmann hatte ohne jede Erwähnung der früheren Unterredungen einfach die versöhnlichen und friedliebenden Absichten des Berliner Kabinetts bekundet und bat die englische Regierung, Deutschland bei diesen Bestrebungen zu unterstützen. Asquith sagte mir, die englische Regierung habe diesem Ersuchen Rechnung tragen müssen, und seine Erklärungen im Parlamente wären die Folge gewesen. In Wirklichkeit hatten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nur wenig geändert, und Englands Standpunkt war genau der gleiche geblieben, aber die plötzlich entstandene Spannung zwischen England und Deutschland war verschwunden. Denn man darf sich nicht verhehlen — noch ein Schritt weiter, und ein Krieg zwischen England und Deutschland wäre ausgebrochen, zwar als Folge des deutsch-französischen Zwistes, aber unabhängig von demselben.

Dies ist auch heute noch die Lage: der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland besteht weiter, die Haltung Englands hat sich nicht verändert, aber ein unmittelbarer Konflikt zwischen

England und Deutschland ist infolge der Erklärungen Deutschlands vermieden. Man hat hier den Eindruck, daß Deutschland auch Frankreich gegenüber versöhnlichere Saiten angeschlagen hat. Man hat die Überzeugung gewonnen, daß, wenn Deutschland auch nicht beabsichtigt, auf ernstliche Zugeständnisse von seiten Frankreichs zu verzichten, Deutschland doch auf alle Fälle keinen Krieg wünscht.

Es ist außerordentlich schwer, eine Erklärung sowohl für die frühere Haltung Deutschlands als auch für die spätere Änderung derselben zu finden. Ich gestehe, ich sehe nur einen Grund: Deutschland hat sich in seiner Einschätzung der englischen Haltung völlig geirrt. Die Fortschritte der Popularität Deutschlands in England, die allerdings unbestreitbar vorhanden, aber bis jetzt doch noch oberflächlich sind, mußten, wie man in Berlin zu glauben schien, das Übergewicht über die Popularität der Entente cordiale erlangen.

Eine derartige Annahme konnte auf der Sprache eines Teiles der englischen Presse und einiger politischer, sogar konservativer Persönlichkeiten beruhen, auf dem Einfluß der hohen jüdischen Finanz, auf der Herzlichkeit des Empfanges Kaiser Wilhelms, dessen Einbildungskraft sein politisches Urteil getrübt haben mag, auf der Tatsache, daß die liberale Partei, die stets friedliebender als die konservative ist, sich am Ruder befindet, selbst auf einer gewissen Spaltung innerhalb des Kabinetts.

Diese letzte Hoffnung ist durch die Rede Lloyd Georges, des Führers der radikalen Gruppe des Kabinetts, zunichte gemacht worden. Aus diesem Grunde hat diese Rede einen solchen Eindruck in Berlin hervorgerufen und zur Anfrage des Grafen Metternich geführt.

Wenn dem so ist, so ist das Ganze ein ungeheurer Urteilsfehler gewesen.

Abgesehen von dieser Erklärung kann man nur die Annahme zulassen, daß man in Berlin geglaubt hat, England, unter Führung der liberalen Partei, werde auf seine Großmachtstellung in Weltfragen verzichten und sich passiv verhalten, wenn seine direkten Interessen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Soweit ich die Ideen Kiderlen-Wächters von früher kenne, kann dies bis zu einem gewissen Grade zutreffend sein.

In der Tat hat man in Berlin mit England erst an zweiter Stelle gerechnet. Da das Londoner Kabinett in den Vordergrund trat, ging man in Berlin zur Drohung über. Da diese zu keinem Resultate führte, haben Vorsicht und Mäßigung die Oberhand gewonnen.

Während meiner gestrigen Unterredung mit Nicolson sagte mir dieser, er glaube an eine Entspannung; die Gefahr scheine ihm beschworen, aber der Kern der Frage bleibe derselbe. Die letzte Unterredung zwischen Kiderlen und Cambon habe seinen Informationen zufolge nicht zu dem erhofften Resultate geführt; dieses werde von der heutigen Zusammenkunft abhängen, die Cambon mit Kiderlen nach seiner Rückkehr aus Swinemünde haben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 3./16. August 1911.

Ich habe soeben eine lange Unterredung mit Kiderlen gehabt, deren Inhalt ich kurz zusammenfassen will. Der deutsche Minister trägt mir auf, Ihnen zu sagen, wie korrekt die Haltung Rußlands bis jetzt in der Marokko-Frage gewesen sei. Wenn England dem russischen Beispiele gefolgt wäre, sagte er, so wären unsere Verhandlungen mit Frankreich weiter vorgeschritten. Der Staatssekretär würde keinen Zweifel über das endgültige Resultat dieser Verhandlungen hegen, wenn Frankreich davon absehen wollte, Deutschland mit seinen Bündnissen zu bedrohen, und wenn es das verabredete Geheimnis der Verhandlungen besser wahren würde. Es wäre wünschenswert, daß Frankreich dies einsieht oder daß seine Freunde ihm dies zu verstehen geben. Was den Stand der Verhandlungen anbetrifft, so habe ich nicht verfehlt, Kiderlen Ihre Erwägungen zu übermitteln. Er antwortete mir, daß die Verhandlungen sich noch immer in der Phase von vorgeschlagenen, verweigerten und neuerdings vorgeschlagenen Kompensationen bewegten. Gestern ist Cambon mit neuen Projekten zu ihm gekommen. Der von Eurer Exzellenz erwähnte Vorschlag, auf deutsche Ansprüche in Marokko gegen Zugeständnisse im französischen Kongo zu verzichten, ist vom Berliner Kabinett beschlossen worden, um ein für allemal den Reibungen mit Frankreich in Marokko ein Ende zu setzen.

Frankreich scheint das System des Handelns vorzuziehen, was, wie Kiderlen sagt, die Verhandlungen äußerst unangenehm macht. Die Gefahr liegt darin, daß Frankreich in den Augen der öffentlichen Meinung die Lage so darzustellen versucht, daß Deutschland der Drohung Frankreichs, die Hilfe seiner Bundesgenossen anrufen zu wollen, nachzugeben gezwungen ist.

Die Unterredung des Staatssekretärs mit dem Kaiser in Swinemünde läßt keinen Zweifel zu, daß der Kaiser nicht gewillt ist, die beständigen Provokationen der französischen Presse gleichmütig hinzunehmen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 3./16. August 1911.

Nachdem wir die persischen Fragen besprochen hatten, fragte ich Grey, ob er Nachrichten über den Stand der Berliner Verhandlungen habe. Er antwortete mir: „Ich bin nicht ganz zufrieden. Die Verhandlungen ziehen sich hin, und diese unnatürliche Verzögerung gefällt mir nicht."

Er fügte hinzu, viel würde davon abhängen, was man in Berlin von einer eventuellen Haltung Rußlands denke, und er fragte mich: „Was würden Sie im Falle von Komplikationen tun?" Ich erwiderte Sir Edward, ich hätte nicht das Recht, eine offizielle Antwort zu geben; der Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Rußland bestehe in seinem vollen Umfange; der Krieg wäre gewiß ein großes Unglück für Rußland, persönlich hätte ich aber nicht den geringsten Zweifel, daß die Bestimmungen des Vertrages genau ausgeführt werden würden.

Auf meine heutige Frage antwortete Sir Edward: „Ich habe eher das Gefühl, daß man sich nähert, aber im Grunde genommen gibt es nichts Neues und es wird kein Fortschritt gemacht."

Ich sagte ihm, daß ich die Kampagne eines Teiles der deutschen Presse für bedauerlich und gefährlich halte, da sie Kaiser Wilhelm in schamlosen Ausdrücken beschuldigt, zu große Mäßigung zu zeigen. Sir Edward erwiderte, daß er meine Meinung teile, doch daß er hoffe, daß diese Pressefehde bald ein Ende nehmen wird.

Dann kam er plötzlich auf die mir vor ein paar Tagen gestellte Frage zurück: Was wird Rußland im Falle von Komplikationen tun? Ich wiederholte meine Antwort. Darauf sagte Sir Edward: „Ich will Ihnen sagen, warum ich glaube, daß man dies wissen muß. Im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich wird England sich beteiligen müssen. Wenn dieser Krieg auch einen Krieg mit Rußland nach sich zieht, so wird auch Österreich mit hineingezogen werden, welches gar keine Lust hat, sich in diese Frage einzumischen, welches aber durch die Umstände dazu gezwungen werden wird. Es ist kein Zweifel, daß in einem solchen Falle sich die Lage auch in Albanien verschärfen wird. Es ist also nicht mehr ein Duell zwischen Frankreich und Deutschland — es ist der allgemeine Krieg."

Dann sagte mir Sir Edward: „Ich glaube nicht, daß Kaiser Wilhelm den Krieg gewollt hat, als dieser Zwischenfall entstand; ich glaube auch nicht, daß er den Krieg heute will. Es erscheint mir ausgeschlossen, daß er — selbst in der obenerwähnten schwierigen Lage — sich zu einem Kriege wegen einer derartigen Frage entschließen würde, wenn er die furchtbaren Folgen des allgemeinen Zusammenstoßes vor Augen hat, den er hervorrufen würde."

Ich kann nicht leugnen, daß die Weitherzigkeit dieses Urteils mir begründet scheint. Ich will hervorheben, daß diese Unterredung eine streng vertrauliche gewesen ist.

Brief des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 5./18. August 1911.

Die begeisterte Stimmung, die in gewissen alldeutschen Kreisen durch die Nachricht der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir hervorgerufen worden ist, hat jetzt bitterer Enttäuschung Platz gemacht. Die sich hinziehenden Verhandlungen mit Frankreich und die Möglichkeit, nur außerhalb Marokkos Kompensationen für Deutschland zu erhalten, hat die deutschen Chauvinisten erbittert. Einzelne freikonservative Blätter, an deren Spitze „Die Post", können ihrem Unmut keine Grenzen setzen. Ohne zugeben zu wollen, daß Kiderlen die Hoffnung der Nationalisten hat täuschen können, hat die genannte Zeitung in einem scharfen Artikel sich zu äußern er-

laubt, daß der Staatssekretär auf seine Pläne hat verzichten und sich dem Willen des Kaisers hat unterordnen müssen, der in dieser Frage allzuviel Mäßigung und Nachgiebigkeit gezeigt habe. Trotz der sofortigen Dementis in der offiziösen Presse, welche die Post nicht nur der Taktlosigkeit, sondern des Mangels an Patriotismus beschuldigt, hat die öffentliche Meinung dem Gefühle der Enttäuschung des genannten Blattes ein gewisses Verständnis entgegengebracht.

Welches immer auch der Ausgang der jetzigen Verhandlungen sein mag, in der Seele des deutschen Volkes wird noch lange der Stachel des beleidigten Selbstgefühles bleiben, daß Deutschland wieder vor dem erfolgreichen Einspruche Englands zurückgewichen ist.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 16./29. August 1911.

Der Brief unseres Berliner Botschafters vom 5./18. August scheint mir die durch die Marokko-Krise in Deutschland hervorgerufenen Strömungen ganz besonders deutlich zu beleuchten. Die von ihm geschilderte Stimmung kann Folgen haben, die ich für gefährlich halte.

Wie unser Botschafter bemerkt, richtet sich die Stimmung hauptsächlich gegen England. Dies ist durch die Enttäuschung in chauvinistischen Kreisen hervorgerufen, aber unter ähnlichen Umständen behält der Chauvinismus in allen Ländern gewöhnlich die Oberhand. Das Berliner Kabinett hat es für gut befunden, eine diplomatische Aktion mit einer Demonstration in Agadir einzuleiten, die Marokko offen als Ziel der deutschen Politik bezeichnete. Die Enttäuschung machte sich an dem Tage fühlbar, als infolge einer Reihe bedauerlicher Indiskretionen in der Presse das Publikum einsah, daß sich die Verhandlungen nicht auf Marokko, sondern auf den Kongo bezogen. Diese Enttäuschung, die die ganze Lage erschwert, scheint mir das unausbleibliche Resultat der Erscheinung des „Panther" in Agadir zu sein. Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes mußte eine Folge nach sich ziehen, die in Deutschland nicht vorhergesehen worden zu sein scheint: die ganz klare Darlegung des englischen Standpunktes.

Das Londoner Kabinett erklärte sich an dem Resultate der deutsch-französischen Verhandlungen über außermarokkanische Gebiete Afrikas für nicht interessiert, behauptete aber, daß es in Marokko selbst spezielle Interessen besäße und daß ohne seine Zustimmung kein Beschluß über Marokko gefaßt werden könne. Dies bedeutete, daß Marokko aus der allgemeinen kolonialen Neuordnung, die Deutschland erstrebte, ausgeschaltet wurde.

Ich glaube, daß diese allzu unerwartete Haltung des Londoner Kabinetts die England feindliche Stimmung in Deutschland hat auslösen müssen.

Warum man in Berlin geglaubt hat, daß Frankreich isoliert bleiben würde, scheint mir nicht ganz klar. Was die von Deutschland aufgeworfene Frage selbst anbelangt, so hat Deutschland gewiß rechtliche Gründe auf seiner Seite gehabt. Aber ich kann mir nicht erklären, wie man in Berlin hat hoffen können, daß Frankreich, selbst wenn es diplomatisch isoliert wäre, sich entschließen würde, unter einer Drohung auf eine wichtige Kolonie gegen von Deutschland in Marokko übernommene Verpflichtungen zu verzichten — Verpflichtungen, die viel eher abgeändert werden können, als eine territoriale Abtretung.

Es wäre interessant zu wissen, welche Kompensationen Deutschland im Anfange im Auge hatte. Dachte es nur an den Kongo oder wenigstens auch an das Gebiet von Souffe? Ich weiß nicht, welches die Ansicht unseres Botschafters in Berlin ist. Ich glaube, die Frage ist wichtig nicht nur in bezug auf die Vergangenheit, sondern auch in Anbetracht der noch schwebenden Verhandlungen. In dieser Hinsicht sehe ich noch die größte Gefahr für den Frieden.

Meinerseits kann ich nur durch einige indirekte Andeutungen versuchen, diese Frage zu klären.

An dem Tage, als wir die Nachricht des Erscheinens des „Panther" in Agadir erhielten, traf ich Kühlmann im Auswärtigen Amte. Ich fragte ihn, was er glaube. Er antwortete mir, er glaube, man werde verhandeln müssen. Ich fragte ihn, ob Marokko oder ein marokkanischer Hafen in Frage käme. Er antwortete: „Weder das eine noch das andere. In Deutschland hält man einen Hafen für eine große Ausgabe und für eine Gefahr. Man wird wahrscheinlich wohl anderswo Kompensatio-

nen für das beständige Vorrücken Frankreichs in Marokko finden müssen." Der Wert dieses Urteils beruht darin, daß es mir von Anfang an von einem klugen und gut unterrichteten Diplomaten mitgeteilt wurde. Vor ein paar Tagen brachte ich den Abend mit Metternich zu. Wir haben diese Seite der Frage nicht berührt. Ich wollte nur wissen, ob die ziemlich allgemein verbreitete Behauptung, daß mein deutscher Kollege seine Regierung schlecht unterrichtet habe, begründet sei oder nicht. Ich habe immer daran gezweifelt und ich zweifle heute mehr denn je. Ich glaube vielmehr, daß man in Berlin seine Warnung nicht beachtet hat. Gegen meine etwas aufdringlichen Hinweise auf die Gefahren und die Unbequemlichkeiten eines so demonstrativen Vorgehens verteidigte sich Metternich, aber nur schwach. Er schien fest davon überzeugt, daß das Recht in diesem Falle auf seiten Deutschlands sei, doch schien er mir von der Art und Weise des diplomatischen Vorgehens seiner Regierung wenig erbaut, ohne dies jedoch ganz offen zugeben zu wollen. Er schloß mit den Worten: „Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich die ganze Sache von Anfang an für sehr gefährlich gehalten habe" — und wir sprachen eher von England als von Frankreich. Ich fragte ihn, was er von der Rolle Englands halte. Er antwortete: „Die englische Regierung will keinen Krieg, sie glaubt auch gar nicht, daß Deutschland ihn will. In Marokko ist England französischer als Frankreich gewesen; anderswo nicht; am Kongo ist England nicht interessiert, sogar noch weiter als am Kongo, und es würde eine Lösung der Krise, die in diesen Gebieten gefunden werden könnte, mit Befriedigung begrüßen."

Ich sagte ihm, daß dies ganz meine Ansicht sei, und fügte hinzu, es wäre vielleicht gut, wenn Deutschland sich über Marokko und über die Rolle, die es Frankreich in diesem Lande zugestehen wolle, klar aussprechen würde. Er begnügte sich, auf taktische Nachteile solcher Erklärungen hinzuweisen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 24. August/6. September 1911. — Nr. 1180.

Iswolsky teilt uns mit, daß Spanien beabsichtige, Ifni in Südmarokko zu besetzen, und daß diese Nachricht in Paris

große Entrüstung hervorgerufen habe. Der hiesige französische Botschafter teilt mir mit, man habe ein derartiges Vorgehen Spaniens erwartet und sei nicht beunruhigt. Wir würden gerne wissen, ob sich die französische Regierung aus diesem Anlasse an das Londoner Kabinett gewandt hat, und ob letzteres irgendwelche Schritte zu unternehmen beabsichtigt, um Spanien zu bewegen, sein Vorhaben bis zur allgemeinen Klärung der Lage in Marokko aufzuschieben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 25. August/7. Sept. 1911. — Nr. 198.

Ihr Telegramm Nr. 1180 erhalten. Nach seiner Rückkehr aus Paris sagte mir Cambon, man verstehe dort um so weniger die Handlungsweise Spaniens, als Frankreich bereit sei, ihm alle möglichen Zugeständnisse zu machen. Man habe dem Madrider Kabinett sehr weitgehende Vorschläge gemacht. Der hiesige spanische Botschafter sagte mir, daß diese Vorschläge in Madrid für unannehmbar gehalten werden. Auch habe Spanien infolge der englischen Vorstellung auf die Besetzung Ifnis zeitweilig verzichtet; übrigens seien die spanischen Rechte auf diesen Hafen vertraglich gesichert. Grey hat dem Botschafter in diesen Tagen mitgeteilt, daß er Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich nicht für zeitgemäß halte, solange zwischen Frankreich und Deutschland keine Einigung erzielt sei. Er hat den Botschafter vor allen übereilten Schritten gewarnt. Dieser hat mir jedoch erklärt, daß die Besetzung Ifnis nur um einige Tage verschoben sei, da die Besetzung im Herbste wegen der ungünstigen Schiffahrtsverhältnisse unmöglich werden würde. Cambon scheint mir über die Politik Spaniens ziemlich beunruhigt zu sein.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. August/7. Sept. 1911. — Nr. 1187.

Unser Botschafter in Madrid telegraphiert: Der Außenminister hat mir erklärt, daß sich seit unserer gestrigen Unterredung die Lage vollkommen geändert habe. Der französische Botschafter hat ihm im Auftrage seiner Regierung folgende

mündliche offizielle Erklärungen gemacht: Frankreich erklärt Spanien, daß kein Übereinkommen möglich sein wird, wenn Spanien nicht ein für allemal darauf verzichtet, Ifni oder irgendeinen andern Punkt im Süden zu besetzen. Der Minister sagte mir, der König sei über diese Forderung empört und erkläre, es sei für Spanien unmöglich, auf Ifni zu verzichten, da dieser Hafen vertragmäßig schon lange Spanien zugestanden worden sei. Die Antwort wird Frankreich nach einem Ministerrate gegeben werden, aber Garcia Prieto hat mir vertraulich seine persönliche Meinung mitgeteilt, daß Spanien Frankreich entschädigen könne, indem es letzterem erlaubt, sich an irgendeinem andern Punkt an der Südküste festzusetzen, unter der Bedingung, daß dies nicht in der nächsten Nähe der Kanarischen Inseln geschehe. Man ist hier von dem schroffen Tone der französischen Mitteilung verletzt, und der Außenminister hat ausgerufen: „Aber das ist ja ein Ultimatum", worauf der Botschafter erwiderte: „Keineswegs, wir wollen nur Mißverständnisse vermeiden."

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. August/8. Sept. 1911. — Nr. 200.

Ich fragte Grey, was er von der politischen Situation zwischen Frankreich und Spanien halte. Er antwortete, der König und die Regierung Spaniens hätten die Erklärung Geoffrays zuerst als Ultimatum aufgefaßt. Dies sei ein Mißverständnis, welches, wie er hoffe, jetzt beigelegt sei, und Frankreich erwarte jetzt die spanischen Gegenvorschläge. Grey hat hinzugefügt, man müsse im Auge behalten, daß, wenn die Verhandlungen in Berlin zu einem Resultate führen, Frankreich, wenn es die Zustimmung auch der andern Mächte erhält, die Anerkennung seiner Stellung in Marokko nur um den Preis sehr beträchtlicher, von ihm gemachter Zugeständnisse erreicht haben wird; daß folglich Spanien, welches immer seine historischen Rechte seien, nicht beanspruchen dürfe, daß diese Rechte gewahrt werden, ohne daß es seinerseits ein Opfer bringt. Grey hat hinzugefügt, er glaube, daß Geoffray selbst sehr friedlich gestimmt sei. Ich glaube, daß die Haltung Englands in dieser Frage durch die englisch-französische Entente bestimmt werden wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. August/8. Sept. 1911. — Nr. 202.

Cambon hat mir Mittwoch vertraulich mitgeteilt, daß sein Bruder mit Iswolsky die Möglichkeit eines österreichischen Vermittlungsvorschlages besprochen habe. Mein Kollege betonte mit Nachdruck, daß er nicht glaube, daß die französische Regierung einen derartigen Vorschlag annehmen könne. Heute erwähnte Grey diesbezügliche Informationen, die er aus Paris erhalten hat. Er wies darauf hin, daß seine Worte seine persönliche Meinung darstellen und nicht den Charakter einer offiziellen Erklärung haben, und sagte, daß er letzten Endes jeden Vorschlag annehmen werde, welcher erstens zur Erhaltung des Friedens führe, und zweitens, wenn nötig, Frankreich von dem Vorwurfe entlaste, eine aggressive Politik zu treiben. Er denke an eine Konferenz, aber im Prinzip wolle er weder Vermittlung noch Schiedsgericht ausschließen. Es sei noch zu früh, hiervon zu sprechen, doch glaube er nicht, daß Frankreich die Vermittlung eines Deutschland verbündeten Souveräns annehmen könne. Dieser Gedanke sei praktisch nicht durchführbar. Ich sagte Grey, ich hätte keine diesbezüglichen Informationen, aber eine Unterredung zwischen unsern Botschaftern in Paris scheine zu beweisen, daß ein derartiges Projekt bestehe. Ich fügte hinzu, daß man nicht vergessen dürfe, daß Rußlands Stellung in dieser Krise eine ganz besonders schwere sei. Einerseits sei Rußland durch einen Bündnisvertrag gebunden, dem es sich natürlich nicht zu entziehen gedenke; andererseits würde Rußland durch einen Krieg mitten in seiner friedlichen Arbeit überrascht werden, und es müßte aus einem Grunde zu den Waffen greifen, der seine Interessen kaum berühre; Rußland müßte dann aus Erwägungen hoher Politik Krieg führen, was für die öffentliche Meinung unverständlich bleiben würde. Infolgedessen müßte Rußland in diesem Falle mehr als in allen andern alle möglichen Vorschläge in Erwägung ziehen und nichts unterlassen, um die Erhaltung eines gerechten Friedens zu ermöglichen. Ich fügte hinzu, daß ich die Unterredung in Paris in diesem Sinne auffasse.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. August/7. Sept. 1911. — Nr. 1189.

Unser Geschäftsträger in Berlin telegraphiert am 24. August: Kiderlen sagte mir heute, daß die französischen Gesichtspunkte hinsichtlich territorialer Zugeständnisse im Kongo keine Einwendungen hervorrufen würden; was Marokko anbelangt, so muß man diejenigen Garantien genau bestimmen, welche Frankreich für die zukünftige freie Entwicklung der ökonomischen Tätigkeit Deutschlands zuzugestehen bereit ist. Die Antwort der deutschen Regierung wird wahrscheinlich Donnerstag dem französischen Botschafter übergeben werden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 27. August/9. Sept. 1911. — Nr. 203.

Cambon sagte mir, Greys Ansicht über die Unterredung Kiderlen-Cambon gehe dahin, daß die Verhandlungen lang und schwierig sein werden, daß jedoch eine friedliche Lösung in keiner Weise bedroht sei. Cambon hofft, daß der endgültige Text der deutschen Gegenvorschläge den bisherigen Meinungsaustausch berücksichtigen wird, indem vor allem eine ganze Reihe kleiner bureaukratischer Einzelheiten in Fortfall kommen. Ich habe den Eindruck, daß die Frage wird gelöst werden können, doch fürchte ich, daß die öffentlichen Meinungen ungeduldig werden, wenn die Verhandlungen sich allzusehr in die Länge ziehen. Es ist nötig, daß auch unsere Presse Mäßigung und Zurückhaltung zeigt.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 1./14. September 1911. — Nr. 1239.

Ich telegraphiere nach Paris: Der deutsche Geschäftsträger hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß die von der Presse verbreiteten Gerüchte, Deutschland erstrebe in seiner Antwort auf die französischen Vorschläge hinsichtlich Marokkos eine privilegierte ökonomische Stellung, vollständig unbegründet seien. Deutschland wünscht nur Garantien zu erhalten, daß der

Handel und die Industrie Deutschlands, und damit auch Europas, dieselbe Stellung einnehmen wie die Frankreichs. Diese Deutung wird es vielleicht Frankreich erleichtern, seine Gegenvorschläge zu formulieren.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 4./17. September 1911. — Nr. 1258.

Unser Geschäftsträger in Berlin telegraphiert am 3. September: Der französische Botschafter hat gestern Kiderlen die französische Antwort übergeben. Der Staatssekretär hat keine sachliche Antwort gegeben und eine solche für Montag in Aussicht gestellt. Cambon hat aus dieser Unterredung einen im großen ganzen günstigen Eindruck gewonnen. Seiner Ansicht nach wünscht man hier eine Einigung, doch will man nicht ohne Handeln nachgeben. Eine gewisse Gefahr besteht in der kriegerischen Stimmung, die in einigen politischen Kreisen von Paris und London herrscht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 7./20. September 1911. — Nr. 209.

Nicolson sagt mir, daß den letzten Nachrichten aus Paris zufolge die Unterredung zwischen Kiderlen und Cambon einen großen Fortschritt bedeutet und der Hoffnung Raum läßt, daß bald eine günstige Lösung gefunden sein wird. Vor Nicolson hatte ich meinen französischen Kollegen gesprochen, der dieselbe Meinung geäußert hat. Beide hegen jedoch Zweifel, daß die in Aussicht genommene Lösung die öffentliche Meinung in Deutschland und Frankreich vollkommen befriedigen wird, und sie befürchten, daß sich noch längere Zeit eine gewisse Spannung fühlbar machen wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 6./19. September 1911.

Sowohl Kiderlen als auch Cambon haben mir heute morgen gesagt, daß sie nach der gestrigen Unterredung der Ansicht sind,

daß eine prinzipielle Einigung erzielt worden sei, da die noch bestehende Meinungsverschiedenheit sich nur auf einige unbedeutende Einzelheiten beziehe. Deutschland verzichtet auf die Forderung ökonomischer Vorteile in Marokko und betrachtet die von Frankreich gegebenen Garantien als genügend. Betreffs des Kongos ist auch eine prinzipielle Einigung erzielt worden, und Cambon hält die gestern abend gegebene deutsche Antwort für durchaus befriedigend und annehmbar. Der französische Botschafter hat mir gegenüber jedoch streng vertraulich Befürchtungen geäußert, das Pariser Kabinett könne unter dem Einfluß gewisser Kreise, die im französischen Kongo spezielle Interessen besitzen, in diesem kritischen Augenblicke Unnachgiebigkeit zeigen, welche das mit so großer Mühe erzielte Übereinkommen wieder zunichte machen könne. Dieser Einfluß kommt in dem äußerst scharfen Tone einiger französischer Zeitungen zum Ausdrucke, die darauf hinweisen, es sei unmöglich, Deutschland irgendeinen Teil französischen Territoriums abzutreten. Cambon hat mich daher ganz vertraulich gebeten, wir möchten durch den französischen Botschafter in Petersburg und durch unsern Botschafter in Paris auf das Pariser Kabinett einwirken, um es zur Annahme der deutschen Vorschläge zu bewegen, die von ihm für durchaus annehmbar und den französischen Interessen entsprechend gehalten werden. Cambon hat hierbei die Hoffnung ausgedrückt, daß unsere Schritte von Erfolg gekrönt sein werden. Die deutsche Antwort ist der französischen Regierung bereits mitgeteilt worden. Kiderlen hat mir gegenüber seine Befriedigung über die baldige Beendigung der langwierigen Verhandlungen ausgedrückt und hinzugefügt, daß die Verhandlungen durch den herausfordernden Ton der französischen Presse sehr erschwert werden. In den letzten Tagen haben einige französische Zeitungen heftige Angriffe gegen Deutschland veröffentlicht, die hier große Erregung hervorgerufen haben und die Regierung veranlassen können, im letzten Augenblicke auf den Abschluß des Übereinkommens mit Frankreich zu verzichten.

Meinerseits halte ich es im Interesse des allgemeinen Friedens für sehr wichtig, daß im jetzigen Stadium der Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland alles vermieden

wird, was einem günstigen Ausgang derselben hinderlich sein könnte; darunter verstehe ich die herausfordernden Zeitungsartikel, welche in der französischen und teilweise auch in unserer eigenen Presse erscheinen und jedes politischen Taktes entbehren.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 12./25. Oktober 1911. — Nr. 153.

Die Verhandlungen über den Kongo nähern sich ihrem Ende. In den hauptsächlichsten Punkten ist eine Einigung erzielt worden. Dank einer sehr umsichtigen Kombination erhält Deutschland Zutritt zu den Flüssen Kongo und Ubangi, ohne daß die Verbindungen zwischen den nördlichen und südlichen Gebietsteilen Frankreichs unterbrochen werden. Eine leichte Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Umfanges des von Deutschland im Norden abzutretenden Territoriums hat keine Bedeutung und wird bald beigelegt werden. Der französische Außenminister läßt der Mäßigung, die Deutschland in der zweiten Phase der Verhandlungen an den Tag gelegt hat, Gerechtigkeit widerfahren.

Brief des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 30. September/13. Oktober 1911.

Nach dreimonatigen langwierigen Verhandlungen, in deren Laufe sich die Lage mehrmals so weit zuspitzte, daß es fast zu einem Bruch gekommen wäre, ist endlich ein Einvernehmen über Marokko erzielt worden, und zwar ist dies hauptsächlich zwei Umständen zuzuschreiben: erstens hat Kaiser Wilhelm beim ersten Ausbrechen der Krise beschlossen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, und zweitens hat der hiesige Vertreter der französischen Republik ganz außergewöhnliche Gewandtheit und Geschicklichkeit an den Tag gelegt: er hat gleichzeitig mit einem äußerst starken Gegner in Berlin kämpfen müssen, dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, und einem sehr starken Gegner in Paris — der Einwirkung jener politischen Kreise, die das Ziel verfolgen, eine Einigung mit Deutschland zu hintertreiben.

Man muß hoffen, daß die beiden genannten Faktoren auch eine befriedigende Lösung der Verhandlungen über den Kongo herbeiführen werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 8./21. November 1911.

Wenn es im Augenblicke der marokkanischen Krise unmöglich gewesen ist, in England auch nur den geringsten Widerstand gegen den von der Regierung vertretenen Standpunkt zu entdecken, daß England gegebenenfalls Frankreich mit der Gewalt seiner Waffen unterstützen müsse, so kann man nicht leugnen, daß seit der Wiederherstellung der Ruhe sich in verschiedenen Kreisen eine gewisse Reaktion geltend macht — in pazifistischen Kreisen, die über alle Parteien verteilt sind, sich aber vor allem im linken radikalen Flügel befinden.

Ich will dieser Bewegung keinerlei besondere Bedeutung beimessen. Ich glaube vielmehr, es handelt sich um eine Reaktion nach einer außergewöhnlich großen Spannung, und ich glaube nicht, daß diese Bewegung von Dauer sein wird. Die großen Regierungsparteien, die im Parlamente vertreten sind, sowohl die konservativen Unionisten als auch die Liberalen, geben hierzu keinen Anlaß.

Die Argumentation der oben geschilderten Bewegung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: In zwei Jahren hat England zweimal fast zu den Waffen greifen müssen, und zwar für Fragen, die seine eigenen Interessen nicht direkt berühren. Dies hätte als Resultat der Entente zu zwei Kriegen führen können. Eine politische Isolierung wäre vorteilhafter gewesen.

Ein vom Standard veröffentlichter Brief, von Stead gezeichnet, beleuchtet diese Frage, und ich füge diesen Brief in Abschrift bei. Ich berichte über diese neue Orientierung hauptsächlich der Vollständigkeit halber, aber auch, weil hier eine Tendenz vorliegt, aus der die deutsche Politik gewiß Nutzen zu ziehen versuchen wird, indem sie vor allem die Bedeutung dieser Tendenz übertreiben wird.

Ich muß hinzufügen, daß diese Opposition, die sich darauf beruft, daß die Regierung dem Parlamente zu wenig Infor-

mationen über die auswärtige Politik zukommen läßt, die Angriffe auf Sir Edward Greys persische Politik zu verschärfen geeignet ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 17./30. November 1911. — Nr. 289.

Wenn nach der letzten Rede Greys im Unterhause jeder ernste Widerstand gegen seine auswärtige Politik überwunden zu sein schien, so hat die Opposition jetzt wieder das Haupt erhoben. Sie findet sich hauptsächlich in der äußersten Linken. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß von dieser Seite der konservativen Partei der Vorschlag gemacht worden ist, Grey zu stürzen. Dieser Vorschlag ist kategorisch abgelehnt worden, aber er ist symptomatisch. Diese Opposition greift vor allem die Rede Lloyd Georges an, welche auf Grund der von der französischen Regierung mitgeteilten Informationen gehalten worden war, und ohne eine Indiskretion zu begehen, hat Grey diesen Umstand im Parlamente nicht mitteilen können. Grey hat in seiner Rede mit Betonung gesagt, daß er bereit sei, neue Ententen einzugehen, aber nicht zum Schaden der schon bestehenden. Dieser Ausspruch wird auch angegriffen. Es stellt sich heraus, daß die Opposition, von der ich spreche, hauptsächlich deutschfreundlich ist und zu Deutschland hinneigt. Die Opposition gegen die gemeinsame englisch-russische Politik in Persien kommt noch hinzu. Das Ganze ist nicht wirklich gefährlich, und eine Ministerkrise ist nicht vorauszusehen, aber die erwähnten Umstände zwingen Grey zu großer Vorsicht. Ich telegraphiere Ihnen hierüber, weil ich weiß, daß Grey besorgt ist, und auch um Ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst die Situation zu beurteilen, die sich aus jeder Krise in den englisch-russischen Beziehungen ergeben würde.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1911.

Nach einer allgemeinen Schilderung der deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko schließt der Brief: Endlich haben

die geschilderten Ereignisse noch einige politische Wahrheiten bezeugt, hinsichtlich deren man bis jetzt in Zweifel sein konnte. Die Krise des Jahres 1908 wegen Bosniens hat in der öffentlichen Meinung Europas einen gewissen Mangel an Zutrauen zu der Festigkeit und Wirksamkeit des Dreiverbandes gelassen. Jetzt aber hat diese Vereinigung, unter dem Einflusse historischer Notwendigkeiten entstanden, nicht nur ihre ganze innere Festigkeit bewiesen, sondern auch gezeigt, daß sie zugunsten der Erhaltung des allgemeinen Friedens zu handeln imstande ist. In dieser Hinsicht ist es äußerst bemerkenswert, daß in den verhängnisvollen Sommertagen England, ohne mit Frankreich durch einen formellen Akt gebunden zu sein, bereit war, nicht nur seine ganze Flotte, sondern auch seine ganze Expeditionsarmee gegen Deutschland in Bewegung zu setzen. Sollte man es nicht dieser Entschlossenheit der drei Ententemächte zuschreiben, daß Deutschland die Nachgiebigkeit gezeigt hat, die endlich zu der Unterzeichnung des Abkommens vom 4. November geführt hat?

Indem ich dem gemeinsamen Vorgehen der drei Mächte das Verdienst der Erhaltung des Friedens zuschreibe, will ich mich hinsichtlich der Zukunft keinem Optimismus hingeben. Nach der soeben durchlebten Krise ist die politische Lage Europas noch weniger gefestigt. Es besteht kein Zweifel, daß ein jeder lokale Zusammenstoß zwischen den Mächten unbedingt zu einem allgemeinen europäischen Konflikte führen muß, an dem sich sowohl Rußland als auch eine jede andere europäische Macht wird beteiligen müssen. Mit Gottes Hilfe kann der Eintritt dieses Konfliktes hinausgeschoben werden, daß er aber jederzeit eintreten kann, müssen wir stündlich bedenken und uns stündlich hierzu rüsten.

Elftes Kapitel.

Italiens Stellung im Dreibund und sein Verhältnis zu den drei Ententemächten.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 9./22. Juni 1909.

Seit der Abreise unseres Botschafters habe ich nicht mehr Gelegenheit gehabt, Tittoni zu sprechen, der diese ganze Zeit über im Parlamente beschäftigt gewesen ist. Dagegen habe ich mich mit Bollati über verschiedene Fragen unterhalten, über die ich mich verpflichtet halte einen Bericht zu erstatten, wenn auch die von uns besprochenen Ereignisse schon der Vergangenheit angehören.

Vor allem muß ich Ihnen das Bedauern Tittonis übermitteln, Sie nicht in Venedig gesprochen zu haben, wohin Sie, wie er glaubte, nach Ihrem Münchener Aufenthalt kommen würden. Als er sich in Mailand befand, hatte er alle seine Anordnungen getroffen, um Ihnen ganz privatim in Venedig zu begegnen, da die Presse sonst Ihr Zusammentreffen zu allen möglichen Kommentaren benutzt hätte.

Man hat mir weiter nicht angedeutet, worüber er sich mit Ihnen besprechen wollte. Ich glaube mich nicht zu irren, daß es sich um seine Verhandlungen mit Aehrenthal hinsichtlich des Artikels 29 des Berliner Traktates und um Ihre diesbezüglichen Versicherungen handelte.

Ich zweifle auch nicht, daß Tittoni Ihnen genaue Einzelheiten über die letzte Zusammenkunft der Könige von Italien und England in Bajä gemacht hätte. Wie mir Sir Renell Rodd selbst mitgeteilt hatte, war die Abmachung getroffen worden,

daß im Laufe dieser Begegnung keine politischen Fragen besprochen werden sollten. König Eduard hat anders entschieden und hat zwei Unterredungen, die eine mit König Viktor Emanuel, die andere mit Tittoni gehabt und hierbei jedesmal über dasselbe Thema gesprochen, nämlich über das Gleichgewicht in der Adria und über die Haltung Italiens im Falle eines englisch-deutschen Krieges. Der englische Botschafter hat mir versichert, daß sowohl der König als auch Tittoni keine Antwort auf die ihnen gestellten Fragen gegeben haben, daß aber die besagte Unterredung auf beide augenscheinlich einen großen Eindruck gemacht hat. König Viktor Emanuel hat hieraus kein Geheimnis vor Sir Renell gemacht, als er ihn acht Tage nach der Abreise König Eduards im Quirinal gesprochen hat. Sir Renell war seinerseits erstaunt, daß der König diese Gelegenheit nicht benutzt hat, um irgendwelchen Bedenken Ausdruck zu verleihen, die die Zusammenkunft in Bajä bei ihm hervorgerufen haben könnte, und um in einen Meinungsaustausch einzutreten. Was den Eindruck Tittonis anbelangt, so hat mir der französische Botschafter gestern erzählt, der Minister scheine vor allem erstaunt gewesen zu sein, daß König Eduard von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Konfliktes zwischen England und Deutschland gesprochen habe, einer Wahrscheinlichkeit, die Tittoni bis jetzt als eine rein theoretische Frage betrachtet habe und die ihm plötzlich als unmittelbar bevorstehend erschienen sei. Gegenüber Barrère hat er sich aller Kommentare enthalten; hat ihm aber zu verstehen gegeben, wie schwer es für Italien sein werde, in einem Konflikte Partei zu ergreifen, da es nicht einfacher Zuschauer werde bleiben können.

Wenn Tittoni vor einem Monate derartige Bedenken gehabt hat, so scheinen sie sich beim Empfange der Nachricht, daß die Kaiser Rußlands und Deutschlands sich in den finnischen Gewässern treffen werden, erneuert zu haben, denn in Abwesenheit Barrères hat er Legrand gefragt, ob das Pariser Kabinett nicht befürchte, daß die Politik Rußlands eine neue Richtung einschlagen könne. Legrand hat mit einer einfachen Verneinung geantwortet.

Ich habe mit Bollati nicht über alle diese Einzelheiten gesprochen. Er schloß die Unterredung ungefähr mit den Wor-

ten: „Wir stehen in ständiger Fühlung mit den Engländern. Hauptsächlich anläßlich der Verhandlungen über Artikel 29 des Berliner Traktates; so ist es auch jetzt, und nach Bajä sprechen wir mit ihnen ebenso wie vorher." Diese Erklärung weicht von der Schilderung Sir Renells bedeutend ab, doch habe ich keinen Grund, an der Aufrichtigkeit des letzteren zu zweifeln.

Bericht des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 14./27. Oktober 1909.

Die Begegnung unseres Kaisers mit dem italienischen König und der Umstand, daß Seine Majestät einen Umweg gemacht hat, um nicht österreichisch-ungarisches Territorium zu berühren, hat in hiesigen Kreisen außerordentlich verstimmt. Die Regierung hat jedoch, einem Gefühl von Eigenliebe nachgebend, ihrer Enttäuschung keinen Ausdruck verliehen und auch auf die Presse eingewirkt, welche anläßlich der Monarchenzusammenkunft mehr Mäßigung und Takt gezeigt hat, als man hätte erwarten können. Immerhin ist in den Gesprächen mit politischen Führern und Vertretern der Presse dieses Gefühl des Gekränktseins deutlich fühlbar.

Die offiziösen Organe mit dem Fremdenblatt an der Spitze sprechen dem Ereignis politische Bedeutung ab, andere, mehr oder weniger unter der Kontrolle des Ministeriums des Auswärtigen, betonen sogar, daß dies Ereignis ein günstiges sei, da die Annäherung zwischen Rußland und Italien eine diplomatische Garantie für die Erhaltung des allgemeinen Friedens bedeute.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 14./27. Oktober 1909.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat mir von der großen Befriedigung gesprochen, mit der die Nachricht von dem Besuche unseres Kaisers in Racconigi von der Regierung und der öffentlichen Meinung in England begrüßt worden ist. Diese Reise sei außerordentlich zeitgemäß gewesen und ist sowohl für Rußland als auch für England und Frankreich, aber ganz besonders für Italien ein bedeutsames Ereignis, da die Beziehungen

Italiens zu Österreich sich merklich verschlechtern. In der Abberufung des österreichischen Botschafters, des Grafen Lützow, der angeblich mit den politischen Ansichten Aehrenthals nicht übereinstimmt, erblickt man hier einen weiteren Beweis der Trübung in den österreichisch-italienischen Beziehungen.

Einzelheiten über die Zusammenkunft in Racconigi sind natürlich in London noch nicht bekannt, doch nach den begeisterten Presseberichten glaubt man mit einem günstigen Resultate rechnen zu können.

Hardinge hat mir erklärt, er teile die Ansicht eines Teiles der europäischen Presse über die merkwürdige Lage, die Italien hinsichtlich der Mächtegruppierung eingenommen hat. Hauptsächlich im Falle von Verwicklungen im nahen Osten müßte Italien entweder seinen Bundesgenossen untreu werden oder gegen seine eigenen nationalen Interessen handeln. Diese Worte bestätigen den großen Eindruck, den die Zusammenkunft in Racconigi auf hiesige Regierungskreise gemacht hat, welche der Ansicht zuzuneigen scheinen, daß Italien in Zukunft der Entente näher steht als dem Dreibunde.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 16./29. Oktober 1909.

Die Urteile der russischen und italienischen Presse, die in der Zusammenkunft von Racconigi eine gegen den Dreibund und hauptsächlich gegen Österreich gerichtete Manifestation erblicken, sind hier nicht unbemerkt geblieben. Sowohl Regierung als auch offizielle Presse schlagen jedoch bis jetzt einen ruhigen und gemäßigten Ton an.

Baron Schön hat erklärt, daß das Berliner Kabinett keine Beunruhigung wegen der russisch-italienischen Freundschaft empfinde. Sowohl die Reden als auch alle Einzelheiten des Besuches in Racconigi bekräftigen ihn in dieser Ansicht. Ebenso äußert sich auch die Kölnische Zeitung, wobei jedoch ein leichter Unmut zutage tritt, daß die italienische Presse anläßlich dieses Besuches vieles geschrieben hat, was besser ungesagt geblieben wäre.

Aber trotz aller dieser Erklärungen scheint in den Regierungskreisen Deutschlands doch eine gewisse Sorge zu herrschen, da

man nicht weiß, wie die neuen russisch-italienischen Beziehungen auf die Stellung Italiens im Dreibunde und auf den allgemeinen Gang der europäischen Politik zurückwirken werden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 17./30. Okt. 1909. — Nr. 213.

Mich hat soeben der serbische Minister des Auswärtigen Milowanovitch besucht. Er rechnet bestimmt damit, daß der Besuch in Racconigi für Serbien günstige Folgen haben werde. Aus seinen Unterredungen mit Grey und Hardinge hat er denselben Eindruck gewonnen, über den ich in meinem Briefe vom 14. Oktober hinsichtlich der zukünftigen Haltung Italiens dem Dreibund gegenüber berichtet habe. Milowanovitch zweifelt, daß Österreich-Ungarn sich zu irgendeinem neuen Schritte entschließen wird, um die Bedeutung der Zusammenkunft in Racconigi abzuschwächen, wie Grey zu befürchten scheint.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.—Nr. 218.

Im hiesigen Auswärtigen Amte sind aus Rom Nachrichten erhalten worden, denen zufolge Tittoni beabsichtige, allen Großmächten vorzuschlagen, eine formelle Deklaration über die Erhaltung des status quo auf dem Balkan zu unterzeichnen. Auf die Frage Hardinges, ob ein derartiges Projekt in Racconigi erörtert worden sei, habe ich auf Grund Ihres Briefes an unseren Botschafter in Berlin vom 22. Oktober geantwortet, daß das genannte Prinzip gewiß festgelegt worden sei, daß ich aber von dem Projekt einer Erklärung nichts gehört habe. Hardinge fügte hinzu, daß ein derartiger Schritt hier für unzeitgemäß, unnütz und sogar herausfordernd gehalten werde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 1./14. November 1909. — Nr. 1946.

Ihr Telegramm 218 erhalten. Sie können kategorisch erklären, daß in Racconigi von einem derartigen Schritte keine Rede gewesen ist; wir halten ihn unsererseits für durchaus unzeitgemäß.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Berlin vom 22. Oktober/4. November 1909.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem König von Italien in Racconigi hat zu verschiedenen Kommentaren Anlaß gegeben, von denen einige geeignet sind, den Charakter der Zusammenkunft zu entstellen und Argwohn hinsichtlich unserer Politik hervorzurufen. Ich halte es für nützlich, Ihnen einige Einzelheiten mitzuteilen, von denen Sie in Ihren Gesprächen mit Herrn v. Bethmann Hollweg und Baron Schön Gebrauch machen können.

Es ist bekannt, daß die Reise Seiner Majestät eine Antwortvisite auf den Besuch des Königs von Italien in Peterhof im Jahre 1902 ist. Es ist immerhin klar, daß die Zusammenkunft in Racconigi keine einfache Etikettenfrage ist und daß sie aus den heutigen Umständen eine wichtige politische Bedeutung schöpft. Diese Bedeutung geht schon aus den gewechselten Reden und aus der offiziösen Mitteilung hervor, die ich im Einverständnis mit Tittoni in der Presse veröffentlicht habe. Der Kaiser von Rußland und der König von Italien haben nicht nur ihre persönliche Freundschaft beteuert, sondern auch die vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten und Interessen der beiderseitigen Regierungen. Die Mitteilung in der Presse vervollständigt und ergänzt diesen Gedanken, indem in derselben festgestellt wird, daß Rußland und Italien in ihrer Balkanpolitik dasselbe Ziel verfolgen, d. h. die Kräftigung des politischen status quo der Türkei, ebenso wie die Unabhängigkeit und die normale und friedliche Entwicklung der Balkanstaaten.

Ernste und gemäßigte Organe der europäischen Presse haben nicht gezögert zuzugeben, daß die russisch-italienische Annäherung, so dargestellt, niemanden beunruhigen kann und als eine weitere Garantie der Erhaltung des Friedens betrachtet werden muß. Unglücklicherweise haben einige andere, weniger gemäßigte Zeitungen in dieser Annäherung eine gegen Österreich-Ungarn oder gegen den ganzen Dreibund gerichtete Spitze erblicken wollen.

Eine derartige Interpretation muß aufs entschiedenste zurückgewiesen werden.

Der Gedanke einer Gemeinsamkeit der Ansichten und der Interessen Rußlands und Italiens in Balkanfragen ist nicht neu. Er hat schon vor zwei Jahren in politischen Reden, die von Tittoni und mir gehalten wurden, Ausdruck gefunden und niemand hat damals daran gedacht, eine derartige Auffassung für unvereinbar mit den Verpflichtungen Rußlands und Italiens ihren Bundesgenossen gegenüber zu halten. In der Tat könnten sowohl Rußland als auch Italien sich nur in einem einzigen Falle im Gegensatze zu einer dritten Macht befinden: in dem Falle nämlich, wenn sie es mit Bestrebungen zu tun hätten, die den beiden zwischen ihnen vereinbarten Grundsätzen widersprechen, nämlich der Kräftigung des jetzigen politischen status quo in der Türkei und der normalen und friedlichen Entwicklung der Balkanstaaten.

Diese beiden Punkte bilden jedoch einen wichtigen Bestandteil des gemeinsamen politischen Programmes aller Mächte und wir sind überzeugt, daß auch Deutschland und Österreich ebenso bereit wie Rußland und Italien sind, diesen Grundsatz mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen.

Indem ich also bestreite, daß unsere Annäherung an Italien eine gegen Deutschland oder Österreich-Ungarn gerichtete Spitze enthält, drücke ich den Gedanken des Petersburger Kabinetts noch nicht vollkommen aus: ich gehe noch weiter und zögere nicht zu erklären, daß unserer Ansicht nach jeglicher Versuch, das System der Allianzen, auf denen der Friede Europas so lange geruht hat, zu stürzen, eine ernste Bedrohung dieses Friedens bedeuten müßte.

Dies ist eine Überzeugung, die ich dem Deutschen Reichskanzler und Baron Schön gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, und ich kann diesen Punkt nicht stark genug betonen. Ich bin aber auch fest überzeugt, daß das in Frage kommende System uns nicht daran hindern soll, zu den Mächten des Dreibundes die allerfreundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten. Wir bestätigen mit Befriedigung, daß die zweifache Zusammenkunft zwischen unserem Kaiser und Kaiser Wilhelm dazu beigetragen hat, alle Mißverständnisse zwischen uns und Deutschland zu beseitigen. Leider können wir nicht dasselbe von Österreich-Ungarn sagen, da nicht wir es sind, die diese Beziehungen ge-

stört haben. Wenn wir die sich uns heute bietende Gelegenheit benutzen, um uns Italien zu nähern, so will es uns scheinen, daß die Sache des Friedens und der allgemeinen Harmonie nur gewinnen kann, und wir sind der festen Überzeugung, daß dies auch die Ansicht des Berliner Kabinettes sein wird.

Zwei Worte will ich noch hinzufügen. Man hat viel über die Reiseroute des Kaisers gesprochen. Seine Majestät hat in der Tat österreichisch-ungarischen Boden vermeiden wollen. Sie werden hierüber nicht erstaunt sein, wenn ich Ihnen sage, daß Österreich-Ungarn bis jetzt keinen Versuch gemacht hat, den Eindruck seiner Politik während der letzten Krise Rußland gegenüber abzuschwächen.

Instruktionen des russischen Außenministers Iswolsky an die Vertreter Rußlands in Sofia, Belgrad und Cettinje anläßlich der Monarchenbegegnung in Racconigi vom 22. Oktober/4. November 1909.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem König von Italien hat als ein bedeutsames Ereignis die Aufmerksamkeit der ganzen politischen Welt auf sich gelenkt und dies ganz besonders im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den Regierungen Europas, wie sie von der Politik der letzten Jahre bestimmt worden sind.

Da es keinem Zweifel unterliegt, daß die Balkanstaaten in dieser Zusammenkunft einen wichtigen Faktor der weiteren Entwicklung der Balkanpolitik erblicken werden, halte ich es für nötig, Ihnen einige erklärende Instruktionen zukommen zu lassen.

Der Kaiser hat es für nötig erachtet, im vergangenen Herbst seine Absicht auszuführen, dem italienischen Hof einen Gegenbesuch zu machen, nachdem König Viktor Emanuel ihn vor einigen Jahren in Peterhof aufgesucht hatte. Die Bande aufrichtiger Freundschaft, welche die beiden Höfe und die beiden Regierungen verbinden, sind in dem Empfange, der unserem Kaiser zuteil geworden ist, deutlich zum Ausdruck gekommen. Aus dem Wortlaut der Reden, die in Racconigi gewechselt worden sind, werden Sie ersehen, daß die immer enger werdenden Beziehungen zwischen beiden Ländern sowohl vom König von Italien als auch vom Kaiser hervorgehoben worden sind, wobei gleich-

zeitig auf die beiderseitigen Bestrebungen hingewiesen wurde, den allgemeinen Frieden zu erhalten.

Dieser Grundgedanke, auf Balkanfragen angewandt, soll Ihnen zur Richtlinie in allen Ihren Gesprächen mit den örtlichen politischen Führern dienen. Hierbei werden Sie nicht aus dem Auge lassen, daß während der Beratungen in Racconigi über Balkanfragen sowohl Rußland als auch Italien auf das bestimmteste erklärt haben, daß sie es für durchaus nötig halten, den augenblicklichen status quo in der Türkei und die Unabhängigkeit und die normale friedliche Entwicklung der übrigen Balkanstaaten zu schützen. Beide Regierungen werden alle ihre Anstrengungen auf die Erreichung dieses Zieles richten.

Sie geben sich wohl vollkommen Rechenschaft, wie wichtig die soeben angeführte Erklärung ist. Die Balkanstaaten müssen davon überzeugt sein, daß eine Verletzung der augenblicklichen politischen Lage auf dem Balkan weder die Zustimmung noch die Unterstützung Rußlands oder Italiens finden wird, aber daß gleichzeitig die Politik der beiden Großmächte das Ziel verfolgt, das künftige Schicksal der Balkanstaaten und ihre unabhängige Existenz zu sichern. Dies kann natürlich die genannten Balkanstaaten nur in dem Bewußtsein bekräftigen, daß sie vor irgendwelchen äußern Angriffen sicher sind und daß sie alle ihre Kräfte auf die ruhige Entwicklung ihres staatlichen Lebens konzentrieren können.

Als Beschützer aller slawischen Interessen auf dem Balkan hat Rußland stets versucht, in den Balkanvölkern das Bewußtsein zu wecken, daß sie sich zum allgemeinen Wohl so eng wie möglich zusammenschließen müssen. Dies wird auch in Zukunft unser Bestreben sein; doch kann dies in vollem Maße nur dann erreicht werden, wenn die Balkanstaaten selbst uns in diesen Bestrebungen unterstützen, und deshalb begrüßen wir mit der größten Befriedigung jeden Beweis einer Annäherung zwischen ihnen. Die Zusammenkunft in Racconigi ist diesen Bestrebungen unbedingt günstig und wird zur weiteren Entwicklung des Grundprinzipes unserer Politik im nahen Osten beitragen. Dies Prinzip kann kurz ausgedrückt werden: „Der Balkan für die Balkanstaaten."

Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1909.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem König von Italien ist zuerst von der türkischen Regierung und der öffentlichen Meinung als ein für die Türkei günstiges Ereignis aufgefaßt worden. Die offiziöse Zeitung Tanin hatte in Erfahrung gebracht, daß die Basis der Einigung zwischen Rußland und Italien die Erhaltung des status quo auf dem Balkan sei, und hat in einem Artikel vom 19. Oktober die Meinung ausgedrückt, daß in diesem Falle die Türkei in der genannten Zusammenkunft ein wichtiges Ereignis erblicken könne.

Diese Ansicht entspricht vollkommen der Mitteilung, die der hiesige italienische Botschafter im Auftrage Tittonis gemacht hat, ebenso meinen Gesprächen mit türkischen politischen Persönlichkeiten. In einem Gespräche mit dem Großwesir sagte mir dieser mit offensichtlicher Befriedigung, daß die Zusammenkunft in Racconigi ein bedeutender Erfolg sei, den die russische Diplomatie über Österreich-Ungarn davongetragen habe.

In diesen Tagen werden jedoch auch andere Betrachtungen laut. Aus irgendeiner vertraulichen Quelle, wahrscheinlich einer österreichisch-ungarischen, hat die türkische Regierung in Erfahrung gebracht, daß man in Racconigi auch den Fall ins Auge gefaßt habe, wenn es unmöglich werden sollte, den status quo auf dem Balkan zu erhalten, und daß in diesem Falle Rußland und Italien sich Kompensationen auf Kosten der Türkei zugesichert hätten. In diesem für die Türkei ungünstigen Sinne soll man in Racconigi auch über Kreta gesprochen haben. Der gleichzeitige Besuch des bulgarischen Königs in Serbien und Gerüchte über die Nichterneuerung des Dreibundes haben diese Beunruhigung nur gesteigert. . . . Ich bin der Ansicht, man müßte dem hiesigen Großwesir einige Mitteilungen über die Unterhandlungen in Racconigi machen und ihn zu überzeugen suchen, daß das Wort „Kompensation" in Racconigi nicht gefallen ist und daß überhaupt keine für die Türkei ungünstigen Beschlüsse gefaßt wurden. Auch scheint es mir, daß einige den türkischen Botschaftern in Rom und Petersburg gemachten vertraulichen Mitteilungen hier einen günstigen Eindruck hervor-

rufen würden. Der italienische Botschafter ist der Ansicht, daß derartige Mitteilungen um so beruhigender wirken würden, wenn sie durch Vermittlung des Londoner Kabinetts erfolgen könnten. Ich schließe mich dieser Ansicht vollkommen an.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1909.

Ich will Rom nicht verlassen, ohne Ihnen einige Eindrücke mitzuteilen, die ich bei meiner Rückkehr hierher empfangen habe. Es handelt sich allerdings nur um Andeutungen, doch werden sie vielleicht dazu beitragen, Ihnen ein Bild von der Stimmung in hiesigen Kreisen zu geben. Der so glückliche Eindruck, den der Besuch unseres Kaisers in Italien hervorgerufen hat, wirkt immer weiter. Dieser Eindruck hat die Erwartung, ich möchte sagen die Hoffnung Tittonis weit übertroffen. In der politischen Welt betont man immer wieder die Freude über die Annäherung an Rußland. Jetzt wünscht man hier einen direkten Kontakt zwischen Rußland und Italien ohne die Vermittlung Frankreichs, welche man früher als einen wichtigen Faktor betrachtete.

Als die französische Flotte in Neapel ankam, empfand der italienische Außenminister eine gewisse Beunruhigung, daß das Zusammentreffen der beiden Ereignisse in Österreich und in Deutschland einen ungünstigen Eindruck hervorrufen könne. Da Tittoni vermeiden will, den Argwohn dieser beiden Mächte zu wecken, forderte er die Vertreter der Presse auf, sich aller Kommentare über die Anwesenheit der französischen Flotte in Neapel zu enthalten. Es scheint, daß ähnliche Instruktionen auch den Vertretern der ausländischen Presse in Rom gegeben worden sind. Die italienischen Zeitungen sind diesen Anweisungen gefolgt und haben nur ganz kurze Berichte über die Festlichkeiten in Neapel gebracht.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 9./22. Juli 1911.

Persönlich. Ich ersehe aus Ihrem Telegramm Nr. 921, daß zwischen uns und Österreich-Ungarn ein Meinungsaustausch

über Albanien begonnen hat. Aus diesem Anlasse richte ich Ihre besondere Aufmerksamkeit auf meinen vertraulichen Brief über meine Unterredung mit dem hiesigen italienischen Botschafter, welchen Sie morgen erhalten werden. Dieser Brief wird Ihnen in Erinnerung bringen, daß Tittoni und ich uns in Racconigi gegenseitig verpflichtet haben, kein neues Übereinkommen über Albanien abzuschließen, ohne uns vorher verständigt zu haben. Ich bitte Sie, mir Instruktionen für den Fall zukommen zu lassen, daß der italienische Botschafter sich mit einer neuen Anfrage an mich wendet.

Schluß eines Briefes des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 14./27. September 1911[1]).

Ich habe meine Unterredung mit Tittoni dazu benutzt, um ihn daran zu erinnern, unter welchen Bedingungen wir unsererseits versprochen hatten, die Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis anzuerkennen. Ich fragte ihn von mir aus persönlich, ob er nicht glaube, daß Italien, welches augenblicklich zur Ausführung seines Programmes in Tripolis schreitet, uns jetzt Garantien geben solle, daß es in Zukunft nicht vergessen wird, die übernommenen parallelen Verpflichtungen hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen. Tittoni hat bejahend geantwortet und geäußert, es werde leicht sein, die diesbezüglichen Verpflichtungen in einer passenden Formel niederzulegen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. Oktober/7. November 1911. — Nr. 1724.

Ich telegraphiere nach Konstantinopel: Der hiesige italienische Botschafter hat mich gefragt, wie wir uns zu den Mitteilungen der „Reichspost" über die in Racconigi getroffenen Abmachungen verhalten. Da es möglich ist, daß an Sie in dieser Beziehung Fragen gestellt werden, teile ich Ihnen den Sinn

[1]) Der vollständige Text des Briefes befindet sich in dem Kapitel über Tripolis.

meiner dem italienischen Botschafter gegebenen Antwort mit: Ich sehe keinen Grund, in Abrede zu stellen, daß in Racconigi bei der Erörterung der allgemeinen europäischen Lage auch die uns, wie allgemein und selbst den Türken bekannt, interessierende Frage der türkischen Meerengen und der speziellen Interessen Italiens in Tripolis besprochen worden ist. Es liegt jedoch keine Veranlassung vor, diesem Gedankenaustausch den Charakter eines absichtlichen, gegen die Türkei gerichteten agressiven Vertrages beizulegen. Ich bitte Sie, obiges zur Richtlinie zu nehmen, da der Artikel der Reichspost wahrscheinlich den Zweck verfolgt, in der Türkei Mißtrauen gegen uns hervorzurufen.

Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1910.

Unser Ministerium hat mir Mitteilungen zukommen lassen, die uns von seiten Deutschlands und Österreichs in der persischen Frage gemacht worden sind. Da hierbei ein gewisser Unterschied in der Handlungsweise des italienischen Botschafters in Petersburg und des italienischen Geschäftsträgers in London zutage getreten ist, so habe ich Bollati gefragt, welcher von den beiden italienischen Vertretern die wirkliche Ansicht seiner Regierung zum Ausdrucke gebracht hat. Bollati stellt auf das entschiedenste in Abrede, daß die italienischen Vertreter beauftragt worden seien, uns irgendeine Mitteilung hinsichtlich der persischen Anleihe zu machen, sondern daß sie der italienischen Regierung nur Informationen über die Bedingungen der geplanten Finanzoperation zukommen lassen sollten. . . . . .

Daß die Anfrage des italienischen Geschäftsträgers in London mit den Mitteilungen des deutschen und österreichischen Botschafters zeitlich zusammenfiel, ist einem bloßen Zufalle zuzuschreiben und die italienische Regierung besteht darauf, daß wir in diesem Zusammentreffen nicht eine Verabredung zwischen den Mitgliedern des Dreibundes erblicken sollen. Der Wirkungskreis des Dreibundes ist geographisch genau umschrieben. Wie mir Bollati sagte, hat man während der hiesigen Anwesenheit des Deutschen Reichskanzlers über Persien und die persische Anleihe gar nicht gesprochen. Ich glaube, man kann die Erklärung Bol-

latis für um so befriedigender halten, als sie sich auf eine Frage bezieht, die vor dem Amtsantritt San Giulianos entstanden ist. Der hiesige englische Botschafter hat es immerhin für nötig befunden, in seiner ersten Unterredung mit dem neuen Minister auf die persische Frage zurückzukommen. San Giuliano hat ihm auf das bestimmteste erklärt, daß Italien durch den Dreibundvertrag nur in genau festgesetzten Fragen gebunden sei, und daß es in allen übrigen vollkommene Handlungsfreiheit besitzt, wobei es ausschließlich seine eigenen nationalen Interessen in Berücksichtigung zieht.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 25. August/7. September 1910.

San Giuliano ist soeben aus Österreich zurückgekehrt, nachdem er, wie festgesetzt, zuerst Salzburg und dann Ischl aufgesucht hat. Der ihm zuteil gewordene Empfang hat ihn durchaus befriedigt und er hat von seiner Reise den allerbesten Eindruck gewonnen. Was die politischen Resultate anbelangt, so sagte der Minister, daß sie seinen Erwartungen durchaus entsprechen. Er hat sich überzeugen können, daß das Wiener Kabinett aufrichtig nur das eine Ziel verfolgt, den Frieden und die jetzige Lage auf dem Balkan zu erhalten. Anders könne dies augenblicklich auch gar nicht sein, da die Interessen einer jeden Macht am besten durch den jetzigen Zustand auf dem Balkan geschützt werden und da sich nur auf diese Weise das neue Regime in der Türkei entwickeln könne. Auf meine Bemerkung, daß das Journal des Débats die Sympathien Österreichs zu den Balkanstaaten sehr geistreich als „bis zur Annexion gehend" bezeichnet hat, erwiderte der Minister, daß er für die nächste Zukunft keine Befürchtungen hege und daß man über entferntliegende Ereignisse jetzt noch nicht sprechen könne.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 12./25. März 1912.

Ich habe in letzter Zeit öfters auf die in hiesigen Kreisen herrschende Unzufriedenheit mit Frankreich hingewiesen. Die Zwischenfälle der „Carthage" und „Manuba" und eine ganze Reihe von Reden im französischen Parlamente haben die hiesige

öffentliche Meinung ganz außerordentlich erregt. Ganz besonders beleidigt der hochtrabende Ton der französischen Presse Italien gegenüber. Der jetzige Krieg hat in den Italienern das Gefühl des nationalen Selbstbewußtseins ganz besonders erhöht und, wie sie sagen, werden sie keinerlei ausländische Bevormundung zulassen.

Unglücklicherweise scheint die französische Presse nur Öl ins Feuer zu schütten. Wie mir der hiesige französische Botschafter mitgeteilt hat, steht sie im Dienste der französischen Versicherungsgesellschaften, welche gegen 300 Millionen in hiesigen Lebensversicherungen angelegt haben und die einen Verlust zu erleiden fürchten, wenn in Italien ein Staatsmonopol für Lebensversicherungen eingeführt wird. Der deutsche Botschafter nützt die Fehler der Nebenbuhler Deutschlands geschickt aus und hat den deutschen Journalisten Mühling beauftragt, die deutsche Presse zugunsten Italiens umzustimmen.

Im Ministerium des Auswärtigen sieht man wohl ein, daß die gespannten Beziehungen zwischen Italien und der benachbarten Republik die internationale Stellung des Königreiches sehr ungünstig beeinflussen, da Italien hierdurch seinen Bundesgenossen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wird. Dies sehen sogar die hiesigen Anhänger des Dreibundes ein. Die wirklichen Bedürfnisse Italiens weisen auf die drei Ententemächte hin, da diese politische Kombination eher die Möglichkeit hat, die italienischen Interessen zu befriedigen. Die Abhängigkeit Italiens von Frankreich und England ist durch seine Festsetzung in Libyen nur noch erhöht worden. Zwischen den genannten Mächten an der nordafrikanischen Küste eingezwängt, braucht Italien mehr denn je offene freundschaftliche Beziehungen zu ihnen. Die Verlängerung seiner Seeküste wird ihm weniger denn je erlauben, die starken englisch-französischen Streitkräfte im Mittelmeere unbeachtet zu lassen. Die Hoffnung, ihnen seine eigne Flotte, vielleicht im Bunde mit Österreich, entgegenstellen zu können, müßte zu einer großen Enttäuschung führen. Die Gemeinsamkeit oder wenigstens die Ähnlichkeit der italienischen Bestrebungen mit denen der Entenhängern des Dreibundes nicht in Abrede gestellt werden. Antemächte auf dem Balkan kann selbst von den überzeugtesten

Die Ereignisse haben sich jedoch so gestaltet, daß man hier keinen Ausweg aus der jetzt geschaffenen Lage sieht. Im Auswärtigen Amte hat man mir die Hoffnung ausgedrückt, daß, nachdem es Ihnen gelungen sein wird, Italien mit der Türkei zu versöhnen, Sie versuchen werden, die Beziehungen zwischen den beiden lateinischen Nationen zu bessern, denn, wie man mir gesagt hat, „der Weg von Rom nach Paris führt über Petersburg".

Sehr vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 8./21. Mai 1912.

Die Erkaltung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich ist ein für unsere Interessen außerordentlich bedauerliches Ereignis. Seit den Zwischenfällen „Manuba" und „Carthage" werden diese Beziehungen zusehends schlechter. Im Auswärtigen Amte sagte man mir, daß die italienische Regierung durchaus berechtigt sei, sich über Frankreich zu beklagen, welches keine Maßregeln ergreift, um die Durchfuhr von Kriegskonterbande durch Tunis nach Tripolis zu verhindern.

Der hiesige französische Botschafter hat seinerseits sehr abfällig über die Politik des jetzigen italienischen Kabinettes gesprochen, vor allem über die Besetzung der Ägäischen Inseln durch die Italiener. Er ist der Ansicht, daß diese Besetzung nur als eine vorübergehende Maßregel geduldet werden kann und daß eine endgültige Besitzergreifung den Interessen Frankreichs im Mittelmeere direkt zuwiderläuft. Die französische Republik habe seit Jahren die größten Anstrengungen gemacht, um ihre Interessen in diesem Meere zu wahren und sicherzustellen. Diese Worte beziehen sich direkt auf das im Jahre 1902 zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Abkommen, dessen Wortlaut uns nie mitgeteilt worden ist, dessen Inhalt wir aber kennen, da es Barrère seinerzeit für nötig gehalten hat, unsern damaligen Botschafter Nelidow von dem Abschlusse dieses Vertrages in Kenntnis zu setzen. Auch jetzt hat Barrère mir gegenüber das Abkommen vom Jahre 1902 erwähnt und ich schließe aus seinen Worten, daß die zehnjährige Dauer dieses Vertrages den französischen Botschafter veranlaßt hat, der italienischen Regierung vorzuschlagen, durch einen Notenaustausch zu erklären, daß dieser Vertrag seine Gültigkeit auch weiter beibehält. Augen-

scheinlich hat die italienische Regierung formell keine Einwendungen gegen die Erneuerung des Vertrages erhoben, stellt jedoch einzelne Bedingungen, die den Botschafter sehr zu erregen scheinen. Letzterer verhehlt seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des italienischen Botschafters in Paris Tittoni nicht länger, da dieser angeblich den jetzigen Augenblick für die Erneuerung des Vertrages des Jahres 1902 in seiner jetzigen Form und Fassung nicht für wünschenswert hält.

Außerdem beschuldigt die öffentliche Meinung Italiens eine französische Finanzgruppe, der Türkei eine bedeutende Anleihe gegen die Garantie der Seezölle von Smyrna und Beirut gewähren zu wollen. Sollte dieses Gerücht sich bewahrheiten, so würde man hierin eine Verletzung der Neutralität erblicken. Alle obigen Umstände schaffen hier eine Atmosphäre, die Deutschland und Österreich leicht zu ihren Gunsten ausnutzen können, und diese Möglichkeit beunruhigt vor allem den hiesigen französischen Botschafter.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 17./30. Mai 1912.

Die in letzter Zeit bemerkbare Verschlechterung in den französisch-italienischen Beziehungen kann uns nicht gleichgültig lassen. Wie Ihnen gut bekannt, halten wir es nicht für nützlich, auf den formalen Austritt Italiens aus dem Bestande des Dreibundes hinzuarbeiten, aber indem die jetzige Lage der Dinge äußerlich weiterbestehen bleibt, halten wir es für sehr wünschenswert, die Beziehungen des Königreiches zu uns und zu Frankreich in Wirklichkeit möglichst eng zu gestalten.

Da wir selbst augenblicklich in dieser Hinsicht eine besonders günstige Position einnehmen, sind wir natürlich bereit, diese günstige Lage zu benutzen, um, wenn Frankreich dies wünschen sollte, ihm unsere tatkräftige Unterstützung zur Beilegung seiner Schwierigkeiten mit Italien zuteil werden zu lassen. Eine dieser Schwierigkeiten ist augenscheinlich das weitere Schicksal des französisch-italienischen Abkommens vom Jahre 1902.

Dieses Abkommen ist uns nie mitgeteilt worden und bezog sich, soweit bekannt, hauptsächlich auf eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeere und müßte

daher eigentlich zeitlich unbegrenzt sein. Da es aber immerhin möglich ist, daß dieses Abkommen auch andere Bestimmungen enthält, die an einen gewissen Termin gebunden sind, so wird vielleicht jetzt nach zehnjähriger Dauer die Frage der Erneuerung dieses Abkommens aufgeworfen. Soviel wir wissen, wünschen die Franzosen die Erneuerung des Abkommens, während die Italiener, wohl unter dem Einflusse ihres Botschafters in Paris, der für Handlungsfreiheit eintritt, sich nicht beeilen wollen, sich durch neue Verpflichtungen zu binden, ehe die jetzige verworrene politische Lage eine Klärung erfahren hat.

In England fängt man an sich zu beunruhigen, da man dort die Befürchtung hegt, daß im Falle einer Vereinigung Italiens und Frankreichs ersteres sich wieder enger an den Dreibund anschließen wird: in diesem Falle könnte Tripolis in italienischen Händen eine bequeme maritime Operationsbasis für den Dreibund im Mittelmeere werden.

Ich richte daher an Sie die vertrauliche Bitte, die soeben erwähnten Informationen nachzuprüfen und wenn möglich festzustellen, ob jetzt wirklich die Rede von der Erneuerung des Abkommens vom Jahre 1902 ist, welches seine Bestimmungen sind und wie sich die französische Regierung zu dieser Frage stellt. Endlich möchten wir auch wissen, ob Frankreich unserer Vermittlung zur Verbesserung seiner Beziehungen zu Italien bedarf.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 22. Mai/4. Juni 1912.

In den französisch-italienischen Beziehungen scheint in letzter Zeit eine gewisse Besserung eingetreten zu sein. San Giuliano und Barrère haben mir fast gleichzeitig mitgeteilt, daß Tittoni eine erschöpfende Aussprache mit Poincaré gehabt hat. Ich begrüßte diese Mitteilung und drückte die Hoffnung aus, daß weitere Reibungen und Mißverständnisse zwischen den beiden Staaten, die für unser aller Interessen so schädlich wären, in Zukunft vermieden werden würden.

Im hiesigen Ministerium des Auswärtigen scheint man in dieser neuen Wendung der Dinge etwas wie einen italienischen Sieg erblicken zu wollen und man glaubt, daß nun ein für allemal alle Mißverständnisse ausgeschlossen seien. Der weitsichtigere

und ruhigere französische Botschafter ist etwas anderer Meinung und hat kein besonderes Zutrauen zu dem Meinungsaustausch zwischen Tittoni und Poincaré. Er betrachtet dies Ereignis vom Standpunkte der realen Politik aus und sagte mir, er werde erst dann ganz ruhig sein, wenn das Abkommen vom Jahre 1902 ohne jegliche Einschränkung verlängert sein wird. Die Verzögerung dieser Erneuerung schreibt er der Nervosität der öffentlichen Meinung zu, welche dazu führt, daß die italienische Regierung sich blindlings nach allen Seiten wendet, um einen Ausweg aus ihrer jetzigen schwierigen Lage zu finden.

Sodann erblickt Barrère ein weiteres Hindernis für die Erneuerung der früheren vertrauensvollen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien in der Persönlichkeit Tittonis, des jetzigen Botschafters in Paris, der sich durch kleine politische Intrigen kompromittiert habe.

Ich kann nicht beurteilen, ob diese Meinung die persönliche Ansicht Barrères ist oder den Standpunkt der französischen Regierung zum Ausdruck bringt. Ich weiß nur aus sicherer Quelle, daß er in seinen Unterredungen mit San Giuliano ziemlich deutlich auf die Unbeliebtheit Tittonis in Paris angespielt hat. Mir gegenüber hat Barrère offen erklärt, daß erst nach der Abberufung Tittonis die früheren herzlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen wiederhergestellt werden können.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Nach Empfang Ihres vertraulichen Briefes vom 17./30. Mai habe ich Poincaré zu einer Aussprache über die französisch-italienischen Beziehungen veranlaßt. Ich habe versucht festzustellen, ob das Gerücht, daß das Abkommen vom Jahre 1902 abgelaufen ist und zwischen Frankreich und Italien Schwierigkeiten hinsichtlich der Erneuerung dieses Abkommens entstanden sind, der Wirklichkeit entspricht. Ich habe hierbei darauf hingewiesen, wie wenig eine Erkaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien und die Rückkehr des letzteren zum Dreibund den Interessen der drei Ententemächte entspricht, und auch angedeutet, daß wir bereit wären, Frankreich unsere guten Dienste anzubieten.

Poincaré hat auf das bestimmteste erklärt, daß das Abkommen des Jahres 1902 an keine Frist gebunden ist. Wenn uns der Wortlaut dieses Abkommens nicht mitgeteilt worden ist, so ist es nur deshalb nicht geschehen, weil Frankreich es ohne Einwilligung Italiens nicht tun kann. Aber der Inhalt des Abkommens sei uns bekannt. Es enthält eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeere. Seiner Natur nach ist also das Abkommen ein unbefristetes. Eine praktische Folge dieses Abkommens ist ferner der Verzicht der Konzentrierung der französischen und italienischen Armee an der französisch-italienischen Grenze. Sollte Italien aus irgendeinem Anlasse eine Änderung in der bestehenden Lage herbeiführen wollen, so würde dies einen unfreundlichen Akt Italiens Frankreich gegenüber bedeuten. Aber glücklicherweise ist hier von keine Rede. Sodann zum allgemeinen Charakter der jetzigen Beziehungen zwischen Italien und Frankreich übergehend, hat Poincaré auf das bestimmteste betont, daß die Regierungen beider Länder durchaus nicht von der öffentlichen Meinung beeinflußt wären und daß die letzten Ereignisse das gute Einvernehmen zwischen ihnen in keiner Weise gestört hätten. Barrère habe in letzter Zeit diesbezügliche Zusicherungen von seiten der italienischen Regierung erhalten. Dies gelte auch für die französische Regierung, und wenn Frankreich, durch die Pflichten der Neutralität gebunden, nicht immer die Möglichkeit habe seine freundschaftlichen Gefühle Italien gegenüber zum Ausdruck zu bringen, so werde es doch nicht verfehlen, Italien die tatkräftigste Unterstützung zuteil werden zu lassen, sobald die Friedenskonferenz zusammengetreten sein wird.

„Übrigens", fügte er hinzu, „habe ich Grund zur Annahme, daß Italien von der Freundschaft Frankreichs fest überzeugt ist und daß gerade jetzt die italienische Regierung Rußland und Frankreich für seine besten Freunde hält und von ihnen viel mehr als von seinen Bundesgenossen Hilfe erwartet."

Was die Frage des formalen Austrittes Italiens aus dem Dreibund anbelangt, so ist Poincaré mit Ihnen ganz einverstanden, daß kein Grund vorliege, ein solches Resultat zu erstreben, da dieses nur gefährliche Verwicklungen hervorrufen könne. Am besten wäre es, die jetzige Lage beizubehalten, da

Italien ein hemmendes Element im Dreibunde sei. Immerhin dürfe Frankreich nicht vergessen, daß Italien der uns gegenüberstehenden politischen Kombination angehört. Deshalb müsse die französische Regierung darauf bedacht sein, daß Italien im Mittelmeere nicht die Vorherrschaft zufällt. Bei dem jetzigen Kräfteverhältnis der Flotte genügt eine einfache Mobilisation der französischen Seestreitkräfte, um einen jeglichen feindlichen Versuch von seiten Italiens unmöglich zu machen. „Sie können überzeugt sein," sagte er mir mit besonderer Betonung, „daß Frankreich fest entschlossen ist, auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeere zu behaupten." Diese Erklärungen Poincarés entsprechen nicht ganz den von unserem Geschäftsträger in Rom mitgeteilten Informationen. Ich habe aber keinen Grund, an der Aufrichtigkeit Poincarés zu zweifeln, welcher, wenn er auch oft eine unnötige Schroffheit und Geradlinigkeit an den Tag legt, mir jedoch niemals Anlaß gegeben hat, an seiner Wahrheitsliebe zu zweifeln. Außerdem scheint mir, daß in letzter Zeit sich die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, und persönlich zwischen Poincaré und Tittoni, bedeutend gebessert haben.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Juli 1912.

Im Laufe einer Unterredung mit Paléologue fragte ich ihn, ob das von einer englischen Zeitung erwähnte Gerücht von Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Italien über ein Einvernehmen hinsichtlich des Mittelmeeres der Wirklichkeit entspreche oder nicht. Er erklärte mir, daß dieses Gerücht jeder Begründung entbehre. Wahrscheinlich habe ein zufälliges Gespräch zwischen Cambon und Grey zu diesen Mutmaßungen Anlaß gegeben. Auf die Frage Cambons, was die englische Regierung über die neue Lage im Mittelmeere denke, die sich aus dem italienisch-türkischen Kriege ergeben könne, antwortete Grey, daß diese Frage von ihm noch nicht ernstlich geprüft worden sei, daß sie in Zukunft Bedeutung erlangen könne und daß man sich mit ihr wahrscheinlich werde ernstlich befassen müssen. Der Bericht Cambons über dieses Gespräch ist den französischen Botschaftern in gewöhnlicher Weise mitgeteilt worden und aus

diesem Anlaß ist ein rein akademischer Meinungsaustausch zwischen Cambon, Barrère und Bompard erfolgt. Seinerseits teilt das französische Außenministerium die Ansicht Greys, daß es verfrüht sei, vor Beendigung des Krieges an diese Frage heranzutreten. Was Italien anbelangt, so hat mir Paléologue nochmals bestätigt, daß das französisch-italienische Abkommen unbefristet sei und daß kein Grund zu seiner Erneuerung oder zu irgendwelchen Modifikationen vorliege. Er erklärte mir, daß im Grunde genommen das Abkommen auf folgender gegenseitiger Erklärung beruhe: „Italien hat keine Einwendungen gegen das französische Vorgehen in Marokko, wie Frankreich keine Einwendungen gegen das italienische Vorgehen in Tripolis und Cyrenaika." Das Abkommen enthält keine anderen nennenswerten Bestimmungen. Es stellt sogar nicht fest, daß Frankreich und Italien sich gegenseitig zur Erreichung ihrer Ziele unterstützen müssen. Die durch die englische Zeitung hervorgerufene Polemik kann der französischen Regierung nur unangenehm sein, da sie Verstimmung bei den Dreibundmächten hervorruft und die Ausübung eines Druckes ihrerseits auf Italien nach sich ziehen könne.

Auszug aus einem vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 31. Juli/13. August 1912.

. . . Im Laufe dieser Unterredung erklärte Contarini, daß das französisch-italienische Abkommen des Jahres 1902 in keiner Weise dem Dreibundvertrage widerspricht, daß aber in den zwischen Frankreich und Italien im Jahre 1902 gewechselten Noten der Satz enthalten ist, daß alle zwischen Italien und Frankreich das Mittelmeer betreffenden Streitfragen nicht mit den Waffen, sondern auf diplomatischem Wege geregelt werden sollen. „Diese Redaktion", sagte mir Contarini, „erlaubt vielleicht Personen, die sich nicht deutlich ausdrücken, von einer Verpflichtung Italiens, mit Frankreich nicht Krieg zu führen, zu sprechen."

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 31. Juli/13. August 1912.

Unser Botschafter in Paris berichtet in seinem interessanten Briefe vom 5./18. Juli, daß die Gerüchte von Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Italien über Mittelmeerfragen jeglicher Grundlage entbehren. Dieselbe Zusicherung ist mir auch im hiesigen Ministerium des Auswärtigen gemacht worden, wobei jedoch Befürchtungen geäußert wurden, daß zwischen Frankreich und England diesbezügliche Verhandlungen stattfinden, die u. a. auch bezwecken, die Handlungsfreiheit Italiens im Ägäischen Meere einzuschränken. Bollati hat deshalb den französischen Geschäftsträger über diese Angelegenheit direkt befragt. Laroche hat derartige Verhandlungen in Abrede gestellt; es besteht jedoch kein Zweifel, daß die italienische Regierung nicht mit einer uneigennützigen Haltung Englands und Frankreichs in der Mittelmeerfrage rechnet. Deutschland und Österreich wissen wahrscheinlich von diesen Zweifeln Italiens und werden diesen Umstand gewiß zu ihren Gunsten ausnutzen.

Laroche erzählte mir, der deutsche und österreichische Vertreter in Paris hätten im Auftrage ihrer Regierungen Fragen über folgende zwei Punkte gestellt: erstens über ein Übereinkommen der drei Ententemächte hinsichtlich des türkisch-italienischen Krieges und der Lage der Türkei überhaupt, und zweitens über die russisch-französische Marinekonvention.

Auf die erste Frage ist ihnen geantwortet worden, „daß zwischen den drei Ententemächten ein Meinungsaustausch über Balkanfragen stattgefunden haben kann, daß aber von einem besonderen Abkommen nicht die Rede war". Was die Marinekonvention anbelangt, so hat Paléologue in allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken ausweichend geantwortet, daß das augenblickliche Verhältnis der Land- und Seestreitkräfte der verbündeten Staaten einen persönlichen Meinungsaustausch zwischen den leitenden Persönlichkeiten notwendig mache, besonders wenn sie zusammentreffen.

Ich kann nicht umhin zu bemerken, daß die Bedeutung der italienischen Verpflichtungen Frankreich gegenüber immer übertrieben worden ist, was hauptsächlich der großen Einbildungs-

kraft meines hiesigen französischen Kollegen zuzuschreiben ist, obwohl ich seinen großen Fähigkeiten und seiner erfolgreichen Tätigkeit durchaus Gerechtigkeit widerfahren lassen muß. Unser Botschaftsrat hat mir einen Brief unseres früheren Botschafters Muraview vom 11./24. November 1908 gezeigt, in dem direkt behauptet wird, Italien habe sich verpflichtet, „erstens, im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und anderen nicht genannten Mächten neutral zu bleiben, wenn Frankreich angegriffen wird, und zweitens, ebenfalls neutral zu bleiben, wenn Frankreich sich in der Zwangslage befindet, zur Wahrung seiner Ehre und Würde einer dritten Macht den Krieg zu erklären". Ich glaube nicht, daß ein derartiges Dokument besteht. Es würde den Bestimmungen des Dreibundes direkt widersprechen und mit dem allgemeinen Charakter der italienischen Politik überhaupt nicht in Einklang zu bringen sein. Ich will jedoch durchaus nicht behaupten, daß Italien Frankreich mündlich nicht sehr beruhigende Erklärungen abgegeben hat, und es ist auch sehr möglich, daß die Leiter der italienischen Politik dem französischen Botschafter und seiner Regierung die Möglichkeit gegeben haben, mit der italienischen Neutralität im Falle eines unprovozierten Angriffes von seiten Deutschlands auf Frankreich zu rechnen, um so mehr als eine neue Schwächung Frankreichs für Italien sehr unvorteilhaft wäre.

Nicht nur jetzt, sondern auch während meiner Tätigkeit als Botschaftsrat habe ich bemerkt, daß, wenn es den Anschein hat, als ob Italien sich der einen oder andern Macht nähern will, es sich immer wieder zurückzieht, wenn man von einem bestimmten Abkommen spricht. So z. B. habe ich nach meiner Ankunft in Rom öfters Gelegenheit gehabt zu glauben, daß die italienische Regierung das Übereinkommen von Racconigi zu erweitern wünscht. Dies ist jedoch bis jetzt nicht der Fall gewesen und ich muß mich darauf beschränken, die platonische Liebenswürdigkeit der hiesigen leitenden Persönlichkeiten über mich ergehen zu lassen. Es ist mir sogar nicht geglückt, den Wortlaut des italienisch-österreichischen Abkommens über Albanien und des italienisch-französischen Vertrages vom Jahre 1902 kennenzulernen. Allerdings hat auch die uns verbündete fran-

zösische Regierung sich darauf beschränkt, unserem Botschafter den allgemeinen Inhalt dieses Abkommens mitzuteilen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912. — Nr. 376[1]).

Ich habe den Inhalt Ihres Telegrammes Poincaré mitgeteilt, der hierauf über denselben Gegenstand mit den Botschaftern von Italien, Deutschland und Österreich Unterredungen hatte. Tittoni bestätigte ihm den in den Telegrammen 374 und 375 dargelegten Plan und ergänzte ihn dadurch, daß Diakowo, Ipek und Prisren den Serben bleiben müssen. Tittoni sagte ihm auch, daß infolge der erregten öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt wären, ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und daß Sie die Forderungen Serbiens, einen territorialen Ausgang zum Adriatischen Meer zu erhalten, unterstützen müssen. Das macht ihm, Tittoni, Sorgen, denn Italien hat sich verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und im Falle eines Krieges wegen dieser Frage muß Italien Österreich bewaffnete Unterstützung leisten. Poincaré bemerkte, das stehe schwerlich im Einklang mit dem, was ihm über das russisch-italienische Abkommen in Racconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus dem französisch-italienischen Abkommen von 1902, kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

Tittoni antwortete, daß das Abkommen mit Österreich über Albanien der Verständigung mit Frankreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Das bringt Italien in eine äußerst schwierige Lage und deshalb sucht es mit allen Kräften eine friedliche Lösung der Lage zu erreichen. Im Laufe des Gespräches sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland auf bewaffnete Hilfe von seiten Frankreichs vollkommen rechnen könne. Das machte, sagt Poincaré, auf Tittoni einen sichtbaren Eindruck.

[1]) Siehe dasselbe Telegramm S. 589.

Auszug aus einem streng vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1911.

Die Ereignisse des letzten Sommers müssen überall ernste Sorge hervorrufen. Ein anscheinend unbedeutendes Ereignis, wie das Erscheinen des „Panthers" in Agadir, hat den europäischen Frieden in Frage stellen können. Wenn es Frankreich und Deutschland gelungen ist, den Frieden zu erhalten, so ist in Italien die öffentliche Meinung stärker als die Regierung gewesen und wer kann dafür bürgen, daß in Zukunft das Erscheinen eines Kanonenbootes in irgendwelchen strittigen Gewässern nicht ein Ereignis nach sich zieht, dessen Eintreten hinauszuschieben alle Mächte, wenn auch nicht immer ganz aufrichtig, bemüht sind.

Das Bestreben Deutschlands, sich für den Fall eines Krieges ein möglichst günstiges Terrain zu schaffen, verdient entschieden Nachahmung. Ich habe in diesen Tagen mit Barrère über dieses Thema gesprochen. Er hat mir Mitteilung über die Pläne gemacht, die jetzt im französischen Generalstabe ausgearbeitet werden und deren technische Einzelheiten uns wahrscheinlich bereits bekannt sind. Er behauptet, daß Deutschland aus Mangel an Zutrauen zu der „wohlwollenden Neutralität Belgiens" sich eine Umgehung des rechten französischen Flügels von Schweizer Seite her zu sichern sucht. In dem Bestreben, die Schweiz zum Kampfe heranzuziehen, muß man eine Enttäuschung über die von Italien zu erwartende Hilfe erblicken. Die von Italien mit Frankreich abgeschlossenen Verträge bleiben nach wie vor ein Geheimnis. Doch ist man immerhin über deren Inhalt unterrichtet. Es hat der Aufmerksamkeit der Bundesgenossen Italiens nicht entgehen können, daß die nach Tripolis aus dem Norden Italiens geschickten Regimenter von der französischen und nicht von der schweizerischen oder österreichischen Grenze genommen worden sind. . . . Um die gegenüberstehende Seite zu schwächen, werden Frankreich und England ein Mittel finden müssen, um Italien zu einem aktiveren Übereinkommen zu bewegen. Sowohl Barrère als auch Rodd sehen diese Notwendigkeit ein und suchen nach einem Mittel, dies zu erreichen. Die veränderte geographische Lage Italiens, die Sorgfalt, mit der die Vorbereitungen zur Expedition nach Tripolis getroffen

worden sind, die Deutschland nicht wohlgesinnte öffentliche Meinung, die Befürchtungen, die die Politik der Schweiz erregt — alles dieses läßt es England und Frankreich ganz besonders wünschenswert erscheinen, sich den Beistand Italiens für den Fall eines Krieges zu sichern.

Wenn nach Beendigung des tripolitanischen Krieges Frankreich und England die erwähnten Abmachungen getroffen haben werden, werden auch wir erwägen müssen, welche Vorteile wir aus einer Annäherung an Italien ziehen könnten. Der Sinn unserer Abmachungen mit Italien müßte folgender sein: man muß versuchen, von unserer Grenze einen Teil der österreichischen Kräfte abzulenken, die sonst gegen uns Verwendung finden würden.

Wie ich bereits in meinen Berichten erwähnt habe, ist das heutige Italien nicht mehr jener Faktor, dessen Verbleiben im Dreibund uns als ein totes Gewicht für seine Bundesgenossen wünschenswert erscheint.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 12./25. März 1912.

Ihre beständigen Bemühungen, den italienisch-türkischen Konflikt zu beendigen, sind hier vollauf gewürdigt worden und ich beobachte das Bestreben der italienischen Regierung, mit uns möglichst enge Beziehungen herzustellen, wie dies schon im Jahre 1908 und im vorigen Herbste der Fall war. Sie wissen, welche Eröffnungen meinem Vorgänger unmittelbar vor dessen Ableben gemacht worden sind. Damals war der Grund der italienischen Annäherungsversuche in dem Gefühl der Mißstimmung zu suchen, die die Annexion Bosniens in Rom hervorgerufen hatte. Im vorigen Herbste waren die Italiener mit Österreich unzufrieden, weil dieses seine militärischen Maßnahmen im Adriatischen und Jonischen Meer einzuschränken versuchte. In diesem Falle haben wir es nicht mit den Folgen irgendeiner Unzufriedenheit zu tun, sondern mit dem Wunsche, uns zu beweisen, daß das Gefühl der Dankbarkeit den Italienern zum Bewußtsein gebracht hat, daß unsere Bestrebungen und Ziele viel Gemeinsames haben.

Der Minister des Auswärtigen hat mir mitgeteilt, daß die

italienischen Vertreter in Peking und Teheran beauftragt worden sind, unsere Gesandtschaften, und zwar nicht nur bei offiziellen Schritten, in jeder Weise zu unterstützen. Er betonte hierbei, er habe diese beiden Städte gewählt, weil unsere Aufmerksamkeit augenblicklich durch chinesische und persische Fragen in Anspruch genommen sei. In einer ganzen Reihe von Unterredungen hat man mich zu überzeugen versucht, daß die italienische Regierung bereit sei, Ihren Wünschen entgegenzukommen, und daß man die allgemeine Richtung der auswärtigen Politik beider Staaten möglichst in Einklang zu bringen sucht, soweit diese nicht durch bestehende Verträge gebunden sind. In China und Persien, sagte man mir vertraulich, besitzt Italien völlige Handlungsfreiheit. Obwohl ich diesen Erklärungen keine übertriebene Bedeutung beilegen will, so halte ich es doch für nötig, dies zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Wir wissen nicht, welche Bedingungen Italien bei der Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1914 gestellt werden sollen. Infolge der Ihnen bekannten Rückversicherungen kann Deutschland im Falle eines Konfliktes zwischen den beiden feindlichen Lagern Europas nicht mehr ganz auf Italien zählen, und muß man nicht annehmen, daß es versuchen wird, sich in andern Ländern Kompensationen zu schaffen, in denen es bis jetzt nur untergeordnete Interessen besaß? Die jetzige Stimmung des italienischen Ministeriums gibt uns die Möglichkeit, aus den italienischen Sympathien Vorteil zu ziehen, wenn dies Ihren Plänen und Berechnungen entspricht.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912.

Ich habe heute dem Könige mein Beglaubigungsschreiben überreicht und es ist mir hierbei ein äußerst liebenswürdiger Empfang zuteil geworden. Der König ging auf politische Fragen über und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Italien so ausgezeichnete seien; nur bedauerte er, daß die Herzlichkeit der Beziehungen, welche zwischen Italien und Frankreich geherrscht haben, infolge des mangelnden Wohlwollens der öffentlichen Meinung Frankreichs stark gelitten habe. Der König gab immerhin zu, daß jetzt in dieser

Hinsicht eine gewisse Besserung eingetreten sei. Er betonte mehrere Male den großen Patriotismus, den alle Parteien Italiens seit Beginn des Krieges bekundeten, und dieser Umstand erlaube der Regierung, das begonnene Werk ohne Bedenken zu Ende zu führen.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 5./18. Juni 1912.

San Giuliano hat mich eben aufgesucht. Im Laufe einer einstündigen Unterredung sagte ich dem Minister, ich hätte gehört, daß er die Absicht habe, den Meinungsaustausch mit uns im Sinne der in Racconigi übernommenen Verpflichtungen weiter fortzusetzen. Der Minister erwiderte, daß er in Anbetracht der ausgezeichneten Beziehungen zwischen Rußland und Italien stets bereit sei, einen Meinungsaustausch zu beginnen, daß er selbst aber bis jetzt diesen Gedanken noch nicht gehabt habe. „Aber", sagte er, „ich freue mich stets, mit Ihnen zu sprechen." Ich habe hierauf meinerseits dieses Thema fallen lassen und nur hinzugefügt, daß, wenn er uns irgendeine Mitteilung machen wolle, er keinen besseren Vermittler als Torretta wählen könne, der sowohl in Rom als auch in Petersburg völliges Vertrauen genießt. Was den Dreibund anbelangt, dessen Erneuerung der Minister für sehr wahrscheinlich hält, sagte ich, daß wir das Verbleiben Italiens im Dreibunde für eine ernste Garantie des Friedens halten, aber nur unter der Bedingung, daß die von Italien hierbei übernommenen Verpflichtungen sich nicht gegen uns richten, wie dies wahrscheinlich früher der Fall war. Der Minister erwiderte, er hätte niemals gehört, daß Italien jemals mit irgend jemand ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis eingegangen sei, und er gäbe mir jetzt sein Ehrenwort, daß auf alle Fälle jetzt weder in den Bestimmungen des Dreibundes noch in dem besonderen Abkommen zwischen Österreich und Italien sich irgendeine Bestimmung finde, die gegen uns gerichtet sei, und daß die genannten Verträge sich bloß auf die Erhaltung des status quo beziehen. Er könne mir diese Akten nicht zeigen, da die Kabinette sich gegenseitig verpflichtet hätten, sie geheimzuhalten — er persönlich bedauere

dieses, da die Veröffentlichung der Akten zur Beruhigung der Gemüter und zur Erhaltung des Friedens beitragen würde.

Bericht des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 19. Juni/2. Juli 1912. — Nr. 19.

Seit ich Ihnen zuletzt geschrieben habe, hatte ich öfters Gelegenheit, den Ministerpräsidenten Giolitti und auch den Außenminister San Giuliano zu sprechen. Beide Minister bestätigen mir den patriotischen Aufschwung, der alle Kreise der Bevölkerung ergriffen habe und welcher der Regierung nicht erlauben würde, mit der Türkei unter anderen Bedingungen Frieden zu schließen, als der Anerkennung der vollen und unbedingten Souveränität Italiens über Libyen. Beide Minister drückten wiederholt ihre Sympathien zu Rußland aus, welches allein Italien habe zu Hilfe kommen wollen. Ich benutzte diese Gelegenheit, um die beiden Minister daran zu erinnern, daß wir unsere Versprechungen selbstlos gehalten hätten, daß aber Italien bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt hätte, uns den entsprechenden Gegendienst zu erweisen. „Wir haben keine Geheimnisse für Sie; wir kennen aber nicht nur nicht den Dreibundvertrag, sondern auch nicht das französisch-italienische Abkommen des Jahres 1902 und das italienisch-österreichische Abkommen hinsichtlich Albaniens. Wir sind sogar nicht einmal sicher, daß Italien seinen Vertrag mit Frankreich erneuern wird." Alle beide antworteten mir, daß das Abkommen des Jahres 1902 nicht erneuert zu werden brauche; es sei zeitlich unbegrenzt und kann, wie in dem Vertrage bestimmt wird, nur dann erlöschen, wenn in den Akten des Dreibundes sehr bedeutende Veränderungen vorgenommen werden und zwar erst, nachdem die französische Regierung von der italienischen hiervon offiziell in Kenntnis gesetzt worden sein wird. Folglich kann man nicht von einer Erneuerung des Abkommens des Jahres 1902 sprechen und Frankreich, dem dies sehr gut bekannt sei, brauche keine Befürchtungen zu hegen.

Was das Abkommen mit Österreich anbelangt, so sagte mir Giolitti, er könne sich dessen Wortlautes nicht genau entsinnen und wisse nicht, ob Italien und Österreich sich verpflichtet hätten, dieses Abkommen geheimzuhalten. Wenn eine solche Bestim-

mung nicht getroffen worden ist, so werde mir der Text mitgeteilt werden. Übrigens sei dies Abkommen nichts anderes als ein acte de désintéressement und verfolge keine geheimen Ziele. San Giuliano hat mir direkt gesagt: „Wir sind zur Geheimhaltung verpflichtet und würden unser Wort brechen, wenn wir den Text mitteilten. Ich bedauere außerordentlich dies nicht tun zu können, denn es ist ein Übereinkommen, welches die Erhaltung des status quo in Albanien garantiert und unsere gegenseitige Selbstlosigkeit feststellt. Sonst enthält der Vertrag nichts und abgesehen von Interpunktionszeichen ist dieses Übereinkommen der ganzen Welt bekannt." Wir brauchen Albanien nicht, sagte der Minister, und wenn man es uns anbieten würde, würden wir ein derartiges Geschenk zurückweisen. Wir wünschen bloß, uns mit Italienern zu vereinigen, die bisher noch nicht zum Bestande des Königreichs gehören, und dann wünschen wir koloniale Erwerbungen: eine Vergrößerung unseres Staates auf Kosten anderer Völker ist uns durchaus unerwünscht.

Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 29. Juni/11. Juli 1912.

Der mir von allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung erwiesene Empfang, angefangen vom Könige bis zum letzten Staatsbürger, von der Regierung bis zur Presse, hat nicht nur alle meine Erwartungen übertroffen, sondern flößt mir sogar eine gewisse Furcht ein. Obwohl mir gesagt wird, daß man sich über meine Rückkehr nach Italien freue, so weiß ich sehr wohl, daß diese Demonstrationen auf die freundschaftliche Politik Rußlands im türkisch-italienischen Konflikte zurückzuführen sind. Das leicht beeinflußbare Italien ist uns aufrichtig dankbar und erwartet von uns noch andere Dienste. So z. B. erwartet man, daß meine Ernennung nach Rom einen neuen Versuch Rußlands bedeutet, den Frieden mit der Türkei zu vermitteln. Von uns und von mir persönlich erwartet man das Unmögliche. Jedes politische Ereignis in Europa wird von der hiesigen öffentlichen Meinung mit dem Kriege in Verbindung gebracht. So ist man hier überzeugt, daß während der bevorstehenden Zusammenkunft der Monarchen Rußlands und Deutschlands unser Kaiser versuchen wird, den deutschen Souverän von der

Notwendigkeit zu überzeugen, einen Druck auf die Türkei auszuüben. Den besetzten Ägäischen Inseln legt man hier jeden Tag immer größere Bedeutung bei und schon jetzt hält es die italienische Presse und vielleicht auch die Regierung für unmöglich, die Sporadischen Inseln der Türkei bedingungslos zurückzuerstatten, und man bringt die verschiedenen Fermane, angefangen vom Jahre 1552 bis zum 23. Juni 1908, in Erinnerung, welche diesen Inseln eine gewisse Autonomie verliehen haben. Selbst wenn Italien die Inseln den Türken zurückgeben könnte, müßten alle diese Rechte sichergestellt werden. Man hofft auch auf die Wirkung der Meutereien in der türkischen Armee, welche angeblich bedeutenden Umfang angenommen hätten. Aus allem diesem ziehe ich den Schluß, daß man hier den Frieden wünscht, selbst wenn man es nicht zugeben will.

Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 17./30. Juli 1912.

Ich habe die kurze Anwesenheit San Giulianos in Rom dazu benutzt, um ihm mitzuteilen, daß „die russische Regierung mit dem römischen Kabinett in einen Meinungsaustausch über Balkanfragen zu treten wünscht und seine Aufmerksamkeit auf die kriegerische Stimmung in Montenegro lenkt". Ich habe dem Minister vertraulich mitgeteilt, wir hätten sichere Informationen, die montenegrinische Regierung sei der Ansicht, „es werde ihr unter den obwaltenden politischen Verhältnissen in nächster Zeit schwer sein, den Frieden mit der Türkei zu halten". Ich habe hinzugefügt, daß unserer Ansicht nach Italien die montenegrinische Regierung darauf hinweisen könnte, wie unerwünscht irgendwelche Verwicklungen auf dem Balkan seien. Endlich habe ich noch gesagt, daß „nach unseren Informationen auch Österreich-Ungarn in Cettinje zur Mäßigung geraten hat".

San Giuliano antwortete, er werde sofort in dem gewünschten Sinne nach Cettinje telegraphieren. Übrigens habe er stets den König Nikolaus vor unbesonnenen Schritten gewarnt. Er glaube nicht besonders an kriegerische Absichten des Königs. Nur einmal, während der Annexionskrise, habe er einen verzweifelten Schritt befürchtet, aber damals habe der König ein

direktes Übereinkommen mit Österreich-Ungarn auf finanzieller Grundlage getroffen . . .

Ich entgegnete dem Minister, daß nicht nur in Montenegro, sondern auch in Bulgarien und Serbien die kriegerische Stimmung zunehme, daß die Versuchung, die jetzigen Schwierigkeiten und die Schwäche des türkischen Reiches auszunutzen, groß sei, und daß nur ein gemeinsamer Druck der Mächte das Großfeuer auf der Balkanhalbinsel verhindern könne. Der Minister entgegnete, daß wir auf den beruhigenden Einfluß Italiens auf die Balkanstaaten zählen könnten.

Hinsichtlich unseres Wunsches, mit dem römischen Kabinette in enger Fühlung zu bleiben, sagte er mir: „Sie können Ihrem Minister versichern, daß ich seinen Wunsch teile und ihn erfüllen werde."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 351.

Fortsetzung meiner Telegramme Nr. 349 und 350. Im Laufe der Unterredung berührte Poincaré die Frage, welche Stellung Italien im Falle eines österreichisch-serbischen Konfliktes einnehmen werde, und fragte mich, ob ich ihm den genauen Inhalt unserer Abmachungen mit Italien mitteilen könne. Ich erwiderte ihm, ich könne ihm nur in allgemeinen Umrissen sagen, daß in Racconigi festgestellt worden ist, daß sich sowohl Rußland als auch Italien der Ausbreitung einer dritten Macht auf dem Balkan widersetzen werden, daß aber hierbei nur diplomatische Schritte in Aussicht genommen wurden, und daß keine Verpflichtungen hinsichtlich eines aktiven Eingreifens eingegangen worden sind. Ich bemerkte meinerseits, daß auch wir den genauen Inhalt der zwischen Frankreich und Italien gültigen Abmachungen nicht kennen. Poincaré beeilte sich zu sagen, daß für die beiden Bundesgenossen der Augenblick gekommen sei, sich mit voller Offenheit über die gegenseitigen Beziehungen zu Italien zu unterrichten; Italien sei berufen, bei den jetzigen Ereignissen eine große Rolle zu spielen, und diese müsse im voraus klargestellt werden. Er fügte hinzu, daß, wenn Sie seine Ansicht teilen, man vielleicht bei Italien anfragen und seine Zustimmung erhalten könnte.

Auszug aus einem vertraulichen Briefe des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 22. Mai/4. Juni 1912.

. . . Contarini, mit dem ich im italienischen Auswärtigen Amte öfters über die Beziehungen Italiens zu Österreich gesprochen habe, bedauerte, mir nicht den Wortlaut des italienisch-österreichischen Abkommens über Albanien mitteilen zu können; jedoch gab er mir in allgemeinen Zügen Kenntnis von diesem keiner anderen Macht mitgeteilten und auch uns noch völlig unbekannten Dokumente. Der Inhalt ist folgender: 1. Gegenseitige Anerkennung der Interessen Österreichs und Italiens in Albanien. 2. Gegenseitige Verpflichtung, den bestehenden status quo in Albanien aufrechtzuerhalten. 3. Gegenseitige Verpflichtung, sich den Eroberungsplänen irgendeiner anderen Macht zu widersetzen. 4. Gegenseitige Verpflichtung, im Falle der Liquidierung des türkischen Reiches keine Einwendungen gegen die Bildung eines autonomen albanischen Staates zu erheben.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Rom vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 676.

Im Auftrage seiner Regierung hat mir der hiesige italienische Geschäftsträger Mitteilungen über den Meinungsaustausch zwischen San Giuliano und Berchtold in San Rossore gemacht.

Der italienische Minister hat sich von der friedlichen Stimmung des Wiener Kabinettes anläßlich der jetzigen Balkankrise überzeugen können.

Beide Minister haben beschlossen, den Dreibund ohne jegliche Änderung zu erneuern.

In der Albanischen Frage hat man gleicherweise beschlossen, auf dem Boden des früheren Abkommens zu bleiben, nämlich die gegenseitigen Interessen anzuerkennen und auf einseitige Schritte Italiens oder Österreichs in dieser Frage zu verzichten.

Ich habe dem italienischen Geschäftsträger meine Befriedigung über diese Mitteilung geäußert.

Was Albanien anbelangt, so halte ich es für nötig, Ihnen mitzuteilen, daß ich aus gut informierter Quelle gehört habe,

Berchtold habe die Absicht gehabt, San Giuliano vorzuschlagen, Österreich und Italien sollten sich über eine Abgrenzung ihrer Interessensphären in Albanien einigen und ein gemeinsames Reformprogramm ausarbeiten.

Aus einer anderen, sehr geheimen Quelle habe ich erfahren, daß der englische Botschafter in Wien aus einer Unterredung mit Berchtold den Eindruck gewonnen hat, daß der österreichische Minister den Gedanken einer Bildung eines kleineren oder größeren autonomen albanischen Staates unter türkischer Souveränität nicht von sich weist. Berchtold hat hierbei erklärt, daß sowohl Griechenland als auch Montenegro nach Beendigung des Krieges eine Gebietserweiterung auf Kosten Albaniens zugestanden werden könne.

Auf die Frage, ob Österreich der Annexion Skutaris durch Montenegro und einer Angliederung des Sandschaks an ein autonomes Albanien zustimmen werde, hat Berchtold eine ausweichende Antwort gegeben.

Indem ich obiges nur zu Ihrer eignen Information mitteile, möchte ich hinzufügen, daß es für uns sehr wünschenswert ist, ohne den sehr geheimen Charakter dieser Informationen preiszugeben, mehr über den wahren Charakter der Beziehungen zwischen Wien und Rom anläßlich der jetzigen Balkankrise und der albanischen Frage zu erfahren.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1913.

. . . Pichon hat nicht geleugnet, daß der französische Botschafter in Rom Barrère von ihm nach Paris gerufen worden ist, um die zwischen Frankreich und Italien bestehende Lage und die weitere Politik Frankreichs diesem Lande gegenüber zu besprechen. Ich weiß, daß man sich im französischen Ministerium des Auswärtigen ernstlich gefragt hat, ob nicht der Augenblick gekommen sei, von Italien eine kategorische Antwort zu verlangen, ob die Bestimmungen des Dreibundes, in seiner neuesten Form, mit den besonderen Abmachungen zwischen Frankreich und Italien vereinbar sind. Ich habe Grund anzunehmen, daß Barrère, obwohl er die Abschwenkung Italiens zum Dreibunde nicht leugnet, doch in beruhigendem Sinne

auf die französische Regierung einwirkt; er glaubt, daß in kurzer Zeit das jetzige Kabinett zurücktreten und durch eine neue Regierung ersetzt werden wird, welche nicht so sehr unter dem Einfluß Berlins und Wiens stehen dürfte.

Auf meine Frage, wie er den Widerspruch erkläre, daß Italien einerseits Verhandlungen über ein neues Abkommen mit Frankreich führen wolle und seine Politik andererseits sich so geändert habe, erwiderte Pichon, daß dieser Widerspruch ihm durchaus unverständlich sei und nur durch die traditionelle Zwiespaltigkeit der italienischen Diplomatie erklärt werden könne. „Auf alle Fälle", sagte er, „werden wir aus unserer abwartenden Stellung nicht heraustreten."

Da ich keine direkten Informationen über die italienische Politik besitze, kann ich natürlich über die objektive Richtigkeit der Ansicht Pichons und seiner Kollegen nicht urteilen; ich weiß, daß unser Botschafter in Rom, der sich augenblicklich in Paris befindet, das römische Kabinett entschuldigt und seine Politik damit erklärt, daß Italien Österreich fürchtet und es für nötig hält, gemeinsam mit ihm zu handeln, um ein gefährliches einseitiges österreichisches Vorgehen auf dem Balkan zu verhindern. Wie dem auch sei, ich muß Ihre ernste Aufmerksamkeit auf das unbefriedigende Verhältnis zwischen Frankreich und Italien lenken. Dieser Umstand ist für uns von großer Bedeutung: er ist ein weiteres Element von Unbeständigkeit in der allgemeinen europäischen Lage und kann zu Verwicklungen führen; außerdem könnte sich die französische Regierung veranlaßt sehen, eine Annäherung an Österreich, als die geheime Rivalin Italiens, zu suchen. Sie kennen die Versuche Österreichs, das Wohlwollen der französischen Regierung und hauptsächlich der französischen finanziellen Kreise zu gewinnen. Diese Versuche werden immer wieder fortgesetzt und es steht zu befürchten, daß sie jetzt einen günstigeren Boden finden könnten.

P. S. Bei meiner letzten Begegnung mit Pichon habe ich ihn in bezug auf Italien viel optimistischer gefunden. „Barrère ist der Ansicht," sagte er, „daß wir die jetzige Strömung mit Geduld und Kaltblütigkeit überwinden werden; ich teile seine Hoffnung."

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 21. November/4. Dezember 1913.

Ich habe die hiesige Anwesenheit unseres Botschafters beim Quirinal dazu benutzt, um ihm den Inhalt meines Briefes vom 7./20. November mitzuteilen. Wie Ihnen bekannt, bestreitet A. N. Krupensky die Richtigkeit des französischen Urteils über die auswärtige Politik Italiens und gibt im besonderen nicht zu, daß bei der letzten Erneuerung des Dreibundes irgendwelche Veränderungen oder Zusätze, die sich auf das Gleichgewicht im Mittelmeere beziehen, gemacht worden sind. Seine Entgegnungen hat A. N. Krupensky in einem beigefügten Berichte niedergelegt; in demselben wird auf die von Giolitti und San Giuliano abgegebenen kategorischen Erklärungen hingewiesen, daß der genannte Vertrag ohne jede Veränderungen — die Interpunktionszeichen inbegriffen — erneuert worden ist und daß alle gegenteiligen Gerüchte der Grundlage entbehren.

Bei einer meiner letzten Unterredungen mit Pichon habe ich ihm von der Meinung unseres Botschafters Mitteilung gemacht. Pichon antwortete mir, ebensolche kategorische Erklärungen seien von den italienischen Ministern auch dem französischen Botschafter gegeben worden. Nichtsdestoweniger, fügte Pichon hinzu, haben wir sichere Informationen, die wir nicht aus italienischen, sondern aus deutschen Quellen geschöpft haben, denen zufolge bei Erneuerung des Dreibundes ein besonderes Protokoll oder eine besondere Marinekonvention, das Mittelmeer betreffend, unterzeichnet worden ist. Aus den Worten Pichons habe ich nicht ganz deutlich verstehen können, von welcher Informationsquelle er spricht, und ich muß annehmen, daß es sich hier wieder um jene „geheime" Art der Information handelt, über die die französische Regierung verfügen will und die ich bereits in meinen Briefen erwähnt habe. Wie dem auch sei, für mich besteht kein Zweifel, daß Pichon von dem Bestehen eines besonderen Mittelmeerabkommens zwischen Italien, Deutschland und Österreich fest überzeugt ist; dieser Umstand ist an und für sich wichtig, denn er wird entscheidenden Einfluß auf die Stellungnahme Frankreichs zur italienischen Politik ausüben.

Im Laufe der Unterredung gab Pichon zu, daß in letzter Zeit der Ton der italienischen Presse sich gebessert habe und daß die italienische Regierung augenscheinlich bestrebt ist, ihre Beziehungen zu Frankreich freundschaftlicher zu gestalten.

Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 8./21. April 1914.

Der französische Botschafter in Rom leidet, wie Ihnen bekannt, seit mehr als einem Jahre an den Folgen eines Automobilunfalles, welcher eine Gehirnerschütterung hervorgerufen und eine bedeutende Verminderung seiner Arbeitsfähigkeit nach sich gezogen hat. Er gibt sich daher viel weniger mit Geschäften ab und trifft den italienischen Außenminister viel seltener; er hat mich daher schon öfters gebeten, ihm alles mitzuteilen, was San Giuliano mir über die italienisch-französischen Beziehungen sagen würde.

Ich habe Ihnen seinerzeit ausführlich über meine Unterredungen mit dem italienischen Minister berichtet und, dem Ersuchen San Giulianos selbst Folge leistend, habe ich diese Unterredungen auch Barrère mitgeteilt.

Am Tage seiner Abreise nach Paris versuchte Barrère mich zu sprechen, traf mich jedoch nicht zu Hause an und wir verabredeten telephonisch, uns auf dem Bahnhofe zu treffen. Hier hat mich der französische Botschafter gebeten, ihm noch einmal alles zu sagen, was mir San Giuliano mitgeteilt habe, da ihn sein Gedächtnis im Stiche lasse. Da wir nur wenige Minuten bis zum Abgange des Zuges hatten und es schwer war, eine so wichtige Frage kurz darzulegen, so zog ich es vor, Barrère ein kurzes vertrauliches Memorandum nach Viareggio zu schicken, wo er ein paar Tage bleiben wollte. Eine Abschrift dieser kleinen Denkschrift erlaube ich mir Ihnen zuzustellen.

Beilage zu obigem Briefe vom 8./21. April 1914.

San Giuliano hat dem russischen Botschafter erklärt, daß die französische Regierung vorschlägt, die Meistbegünstigungsklausel nicht nur auf ökonomische, sondern auch auf alle politischen Fragen anzuwenden. Das römische Kabinett erhebt keine

Einwendungen, jedoch unter der Bedingung absoluter Gegenseitigkeit. Dies scheint jedoch nicht die Absicht der französischen Regierung zu sein: denn das Pariser Kabinett beruft sich jedesmal auf diese Formel, wenn deren Anwendung für Frankreich günstig ist, und lehnt sie ab, wenn sie Italien nützen könnte.

Von dem Wunsche beseelt, die vertraulichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien wiederherzustellen, tut San Giuliano alles in seinen Kräften Stehende, um dieses Ziel zu erreichen. Aus politischer Überzeugung und aus Freundschaft für Barrère, dessen Stellung er kräftigen wolle, ist der italienische Außenminister bereit, den gerechten Wünschen Frankreichs entgegenzukommen und ihm sogar gewisse Zugeständnisse zu machen, welche eine Annäherung zwischen den beiden Regierungen und den beiden Ländern erleichtern würden. Aber er wirft Frankreich vor, zu vergessen, daß das heutige Italien nicht mehr dasselbe wie vor 50 Jahren ist. Vor einem halben Jahrhundert, als Frankreich eine sehr große Macht und Italien fast eine quantité négligeable war, hatte man sich in Paris daran gewöhnt, Italien nicht als gleichberechtigt anzusehen. Heute nimmt das Königreich eine andere Stelle in der Welt ein und spielt eine andere Rolle im Mittelmeere. Diese Tatsache allein genügt, um den Abstand zwischen den beiden Ländern zu verkürzen und um Italien zu erlauben, mit Frankreich als gleichberechtigt zu sprechen. San Giuliano behauptet, daß die französische öffentliche Meinung sich diese Veränderung noch nicht zu eigen gemacht habe, und solange sie nicht anerkannt sein wird, werden die aufrichtigen Bestrebungen der italienischen Regierung, die herzlichen Beziehungen zu Frankreich wiederherzustellen, resultatlos bleiben müssen.

Aber der Minister ist überzeugt, daß an dem Tage, an dem Frankreich anerkennt, daß die Großmacht Italien aufgehört hat, eine Frankreich untergeordnete Stellung einzunehmen, die Hindernisse zu einer Annäherung der beiden Nationen beseitigt sein werden. Was die beiden schwebenden Fragen anbelangt, die Gerichtsbarkeit in Tunis und die Kapitulationen in Marokko, so sei die erstere beinahe gelöst, und die zweite, obwohl recht schwierig, habe jetzt ebenfalls eine gute Wendung genommen.

Diese Gelegenheit benützend, hat der russische Botschafter,

obwohl er natürlich nicht kompetent ist, auf die von San Giuliano angeführten Erwägungen näher einzugehen, die Aufmerksamkeit des italienischen Ministers darauf gelenkt, daß, wenn man in Frankreich nicht mehr dasselbe Vertrauen zu Italien hegt, dieses seine Ursache darin hat, daß das Pariser Kabinett den Verdacht hegt, der Dreibundvertrag sei verändert worden oder enthalte neue, gegen Frankreich und seine Stellung im Mittelmeere gerichtete Bestimmungen. Der Minister hat erwidert, daß er im Parlament und Barrère selbst erklärt habe — auch Tittoni sei beauftragt worden, dieselbe Erklärung in Paris abzugeben —, der Dreibund sei erneuert worden, ohne daß auch nur ein Komma verändert worden sei. Keine Zusatzbestimmung sei zwischen Italien und seinen Bundesgenossen verabredet worden und die Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien hätten noch immer dieselbe Gültigkeit. Der Minister hat hinzugefügt, daß der französische Verdacht sich auf gewisse Beweise berufe, die man in Händen zu haben glaube. Diese sogenannten Beweise können aber nichts anderes als ganz gewöhnliche Fälschungen sein. Wenn diese Erklärungen nicht genügten und wenn die französische Regierung es wünsche, so sei der Minister bereit, sie im Parlamente zu wiederholen und eine Interpellation zu diesem Zwecke zu veranlassen.

Der russische Botschafter hat sich darauf beschränkt zu erwidern, daß man dies alles in Paris augenscheinlich schon wisse, daß man aber die Erklärungen des italienischen Außenministers nicht für kategorisch genug halte.

Vertrauliches Schreiben des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 11./24. Februar 1914.

Bei einem gesellschaftlichen Zusammentreffen mit dem Generalsekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten di Martino hatte ich Gelegenheit, eine sehr interessante Unterhaltung mit ihm zu führen. Unser Gespräch behandelte die Politik Italiens Österreich und Rußland gegenüber. Ich verhehlte ihm nicht, daß meine persönliche Ansicht seit meiner Ankunft in Italien leider eine andere Wendung genommen hat, als ich es gewünscht hätte. Hier angekommen, hatte ich gehofft, daß in der Frage der Annäherung zwischen Rußland und Italien

der erste Schritt schon getan sei, und daß ich nur brauche, den im Jahre 1908 eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die in Racconigi erreichte Verständigung bezüglich der Haltung Rußlands im Falle eines Krieges Italiens mit der Türkei war wohlwollend aufgenommen worden und ich wurde in meiner Hoffnung durch verschiedene Äußerungen der öffentlichen Meinung bestärkt. Meine Erwartungen haben sich aber nicht erfüllt und fast in allen Fragen politischer Natur hat sich Italien nicht auf Rußlands Seite gestellt, sondern beständig Österreich unterstützt. Dies konnte natürlich in Petersburg nicht unbemerkt bleiben, wo man mit Recht eine ausgesprochen freundliche Haltung uns gegenüber erwartet hatte und zwar besonders in den Fällen, in denen die italienischen Interessen nicht direkt berührt wurden.

Martino erwiderte, daß in der Tat, zum großen Leidwesen auch des römischen Kabinetts, in den Beziehungen zwischen Rußland und Italien eine Änderung wahrgenommen worden sei. Dies könnte jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Er wies auf die Beziehungen Italiens zu England hin und zweifelt nicht — diese Überzeugung teilt auch San Giuliano —, daß, wenn einmal die Frage der albanischen Grenzen und der albanischen Anleihe geregelt sein wird, eine noch größere Annäherung Italiens an Rußland stattfinden wird — und zwar besonders im Falle eines Krieges. Wir konnten, fuhr Martino fort, Valona und die Meerenge von Korfu nicht Griechenland überlassen. Wenn auch gegen unsern Wunsch und ungern, so mußten wir doch gemeinsam mit Österreich vorgehen, sowohl wegen unseres Bündnisses, als auch vor allem deshalb, weil Italien Österreich unmöglich völlige Handlungsfreiheit überlassen konnte. Wir verfolgten das Ziel, durch eine mäßigende Einwirkung auf Österreich-Ungarn einen Bruch mit diesem und dadurch einen Krieg zu vermeiden, welcher für uns die größte Gefahr bedeutet hätte, ganz unabhängig davon, ob wir in einen solchen eingetreten wären oder nicht. Unser Krieg mit der Türkei und die sich aus demselben ergebenden Fragen haben unsere Aufmerksamkeit völlig in Anspruch genommen und zwar um so mehr, als wir wußten, daß Österreich sich zu einem Kriege entschlossen hätte, wenn seine Wünsche hinsichtlich der Grenzen Montenegros, Albaniens und Serbiens nicht erfüllt worden

wären. Unsere ganze Politik verfolgte das Ziel, auf Österreich mäßigend einzuwirken und dadurch einen Krieg zu vermeiden.

Aber Sie wissen, daß wir in vielen Fragen nicht mit Österreich übereinstimmen. Wir wünschten eine Internationalisierung Albaniens. Dies ist eigentlich auch heute noch der Fall und ich wiederhole, daß, nachdem die albanische Frage endgültig geregelt ist, auch unser Verhältnis zu Rußland einen andern Charakter annehmen wird. Auf meine Bemerkung, ich müsse mir Vorwürfe machen, Italien auf den Weg gewiesen zu haben, den es in Racconigi beschritten habe, erwiderte er, es läge für mich kein Grund vor, mich zu entschuldigen; nicht ich, sondern die Verhältnisse seien hieran schuld; im Grunde genommen habe Italien seine Politik nicht geändert und wünsche nach wie vor aufrichtig eine Annäherung an uns; wie San Giuliano, könne auch er nur wiederholen, daß nach der Lösung der albanischen Frage sich von selbst ein innigeres Zusammengehen zwischen Rußland und Italien in allen politischen Fragen ergeben wird.

Di Martino, ein äußerst vorsichtiger Mensch, spricht im allgemeinen sehr wenig und ich habe gewöhnlich mehr durch San Giuliano als durch ihn etwas über italienische Politik erfahren können. Um so mehr war ich über seine Gesprächigkeit bei dieser Gelegenheit erstaunt und ich glaube deshalb Eurer Exzellenz den Inhalt unserer Unterredung mitteilen zu müssen.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 19. Juni/2. Juli 1914.

Der hiesige italienische Botschafter Tittoni, den ich im Laufe des letzten Jahres nur selten gesehen habe, hat mich aufgesucht und folgende Mitteilung gemacht:

Als Teilnehmer des russisch-italienischen Abkommens von 1909 in Racconigi sei er, Tittoni, allerdings von der Notwendigkeit überzeugt, daß Italien im Verbande des Dreibundes bleiben müsse; aber gleichzeitig sei er auch überzeugt, daß dies kein Hindernis für enge Beziehungen zwischen Italien und Rußland sein müsse, da ihre Balkaninteressen völlig übereinstimmten; deshalb habe er anläßlich der letzten Verwicklungen auf dem Balkan nicht immer der Politik San Giulianos beistimmen können, da der Minister seiner Politik eine allzu große öster-

reichisch-deutsche Orientierung gegeben habe. Tittoni sei überzeugt, daß Italien richtig gehandelt habe, der Bildung eines unabhängigen Albaniens zuzustimmen, da nur auf diese Weise Österreich-Ungarn von einem aktiven Vorgehen gegen Belgrad und Saloniki hat zurückgehalten werden können; in der jetzigen Phase wäre es jedoch nicht gerechtfertigt, die italienischen Interessen in Albanien mit denen Österreich-Ungarns zu identifizieren: Tittoni glaubt, daß in albanischen Fragen die italienische Regierung einerseits eine Internationalisierung anstreben und andererseits möglichst viele Berührungspunkte mit Rußland suchen müsse. Während seines letzten Aufenthaltes in Rom hat Tittoni die Möglichkeit gehabt, diese Ansicht dem neuen Ministerpräsidenten, seinem Freunde und politischen Gesinnungsgenossen Salandra, mitzuteilen, und er hat feststellen können, daß der italienische Ministerpräsident seine Ansicht vollkommen teilt. Tittoni überlegt sich, welche Berührungspunkte zwischen Italien und Rußland in der albanischen Frage gefunden werden könnten, und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die adriatische Eisenbahn ein solcher Berührungspunkt sei. Diese Frage, von der Londoner Konferenz im Prinzip beschlossen, ist unter dem Einfluß der albanischen Wirren in Vergessenheit geraten. Tittoni glaubt, Rußland und Italien könnten eine neue Initiative ergreifen und auf diese Weise ihre Solidarität in albanischen Fragen betonen. Dies ist Tittonis persönlicher Gedanke, den er in Rom noch nicht zur Sprache gebracht hat; sollte er aber in Petersburg gebilligt werden, so habe er keinen Zweifel, daß Salandra ihm gerne entgegenkommen wird.

In meiner Antwort bin ich absichtlich möglichst vorsichtig gewesen und habe Tittoni keinerlei Urteil über die italienische Politik und die Annehmbarkeit seines Vorschlages geäußert. Ich habe mich darauf beschränkt, ihm zu versprechen, Sie von obigem zu verständigen.

Zwölftes Kapitel.

Tripolis.

Sehr vertraulicher Brief des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in Rom vom 13./26. August 1911. — Nr. 550.

Der italienische Botschafter hat mir vertraulich mitgeteilt, seine Regierung beabsichtige den beständigen Unannehmlichkeiten, die von der Türkei in Tripolis hervorgerufen werden, ein Ende zu setzen. Aus dieser Erwägung und hauptsächlich unter dem Drucke der öffentlichen Meinung beabsichtige San Giuliano die allerentschiedensten Maßregeln zu ergreifen, um die normale Ordnung in Tripolis wiederherzustellen und die Türkei zu zwingen, die italienischen Interessen in Berücksichtigung zu ziehen.

Auf meine Frage, wie die italienische Regierung ein solches Resultat erzielen wolle und ob sie nicht den Widerstand der Pforte befürchte, sagte mir Melegari, alles sei vorhergesehen und Italien für alle Ereignisse gerüstet.

Im Laufe der Unterredung habe ich erfahren, daß sowohl Frankreich und England als auch Deutschland und Österreich-Ungarn nicht nur über die Absichten Italiens unterrichtet sind, sondern keine Einwendungen gegen dieselben erheben.

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, der italienischen Regierung für diese Mitteilung zu danken und dem Gedanken Ausdruck zu verleihen, daß der Umstand, daß Melegari uns gegenüber keine neuen Abmachungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn hinsichtlich der Balkanfrage erwähnt hat, uns annehmen läßt, die tripolitanische Frage habe keinerlei Veränderung in der gegenwärtigen Lage nach sich gezogen.

Auszug aus einem vertraulichen Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 30. August/12. September 1911.

. . . . . Torretta teilte mir vertraulich mit, daß Aehrenthal die Mitteilung des Herzogs von Avarna entgegengenommen habe und keinerlei Verhandlungen über diese Frage erfolgt seien. Des weiteren erfuhr ich, daß Italien die tripolitanische Frage überhaupt ganz getrennt behandelt und absichtlich mit der allgemeinen politischen Lage nicht in Verbindung bringt; deshalb ist die Handlungsfreiheit Italiens weder durch irgendwelche Bedingungen, noch durch irgendwelche Verpflichtungen eingeschränkt. Dies ist Italiens Stellung allen Mächten gegenüber, ganz besonders aber gegenüber Österreich-Ungarn. Noch vertraulicher fügte Torretta hinzu, daß das römische Kabinett sich zur endgültigen Regelung der tripolitanischen Frage im jetzigen Augenblicke deshalb entschlossen habe, weil es, ehe eine Änderung der jetzigen Lage auf dem Balkan eintritt, die afrikanische Frage lösen will, um später die Möglichkeit zu haben, die italienischen Interessen jenseits des Adriatischen Meeres zu wahren.

Kann ich aus Ihren Worten schließen, fragte ich, daß Sie uns offen von Ihren weiteren Absichten Kenntnis geben werden, wenn der Zeitpunkt hierfür eintritt? Er erwiderte, daß das von mir soeben Gehörte eine kurze Zusammenfassung seiner Unterredungen mit dem Minister sei: bei Erörterung der tripolitanischen und der Balkanfragen werde Italien nie seine Abmachungen und Übereinkommen mit Rußland aus dem Auge verlieren.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 31. August/13. September 1911. — Nr. 843.

San Giuliano hat mir gestern die in meinem Briefe vom 30. d. M. wiedergegebenen Äußerungen Torrettas bestätigt und kategorisch erklärt, daß die tripolitanische Frage unabhängig von allen andern geregelt wird. Auf weitere Einzelheiten ist der Minister nicht eingegangen.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 13./26. September 1911.

Ich habe öfters mit Tittoni über Tripolis gesprochen, da seine Ansicht ein um so größeres Interesse bietet, als er mit der italienischen Politik genau bekannt ist und auf Viktor Emanuel einen unbestreitbaren Einfluß ausübt. Er sagte mir, er persönlich halte die Aufrollung dieser Frage nicht für zeitgemäß, doch glaube er, daß die Regierung unter dem Drucke der öffentlichen Meinung genötigt sei, aktive Maßnahmen zu ergreifen. Auf meine Frage, welches die Haltung der beiden Bundesgenossen Italiens sein würde, antwortete mir Tittoni, daß, wie er mir schon vertraulich vor drei Jahren in Racconigi mitgeteilt habe, die Akten des Dreibundes eine besondere Bestimmung, oder besser gesagt, einen besonderen Zusatz enthielten, dem zufolge Deutschland und Österreich verpflichtet sind, Italien Handlungsfreiheit in Tripolis zu lassen. Diese Bestimmung ist von Italien bei der letzten Erneuerung des Dreibundes verlangt worden. Deshalb wird Italien von dieser Seite kein Widerstand geleistet werden. Was speziell Österreich anbelange, so glaube Tittoni nicht, daß es irgendeine Kompensation, z. B. in der albanischen Frage verlangen könne, da über Albanien ein besonderes Abkommen zwischen Italien und Österreich besteht, welches die tripolitanische Frage nicht berühre. Meinerseits habe ich Tittoni meine Befürchtungen nicht verhehlt, daß militärische Maßnahmen Italiens in Tripolis auf die allgemeine Lage im nahen Osten zurückwirken werden. Im besonderen müsse man befürchten, daß sich das jetzige Regime in Konstantinopel nicht werde halten können und daß der eine oder andere Balkanstaat eingreifen werde — was zu einem neuen Schritt vorwärts von seiten Österreich-Ungarns führen könne. Tittoni erwiderte, das jungtürkische Regime habe sich als so unzulänglich erwiesen, daß man sein Verschwinden kaum bedauern könne — übrigens würde dies wahrscheinlich auch ohne Tripolis eintreten. Was die Balkanstaaten anbelangt, so ist Serbien an der Unterstützung der Türkei interessiert; Montenegro würde man immer zurückhalten können; es bleibe also nur Bulgarien. Es sei ihm jedoch bekannt, daß Rumänien sich verpflichtet habe, einen bulgarischen

Angriff auf die Türkei nicht zuzulassen. Übrigens, fügte er hinzu, ist die italienische Flotte stark genug, um die Entsendung türkischer Truppen nach Tripolis zu verhindern. Deshalb wird die Türkei ihre militärische Stellung auf dem Balkan nicht schwächen und in dieser Hinsicht wird keine Veränderung der allgemeinen Lage eintreten. Was endlich Österreich anbelangt, so wird es kaum selbständig vorgehen und ein Vordringen von dieser Seite könne nur im Zusammenhang mit den allgemeinen Ereignissen auf dem Balkan stattfinden. Deshalb hält es Tittoni für wünschenswert, daß unter den obwaltenden Verhältnissen ein beständiger Meinungsaustausch zwischen Rom, Petersburg und Wien stattfindet, da man nur auf diese Weise ein unvorhergesehenes Vorgehen Österreichs vermeiden könne.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 14./27. September 1911.

Der vorhergehende Brief war schon geschrieben, als ich von Tittoni erfuhr, daß der italienische Geschäftsträger in Konstantinopel beauftragt worden wäre, der Türkei zu erklären, daß Italien zur Besetzung Tripolis schreiten müsse, und daß von der Konstantinopeler Regierung eine Antwort binnen 24 Stunden erwartet werde. Hierbei hat Tittoni zugegeben, im Widerspruch zu seinen früheren Erklärungen, daß der König und Giolitti, ehe sie den diesbezüglichen Entschluß gefaßt haben, ihn um seine Ansicht befragt hätten und daß er, Tittoni, nach reiflicher Prüfung seine Zustimmung zu diesem Schritte gegeben habe.

Seinen Worten zufolge ist der Schritt Italiens die direkte und unausbleibliche Folge der Politik Kiderlens. Wenn Deutschland, unter Verzicht auf die Algeciras-Akte, die Erklärung des französischen Protektorates über Marokko beschleunigt und hierbei für sich selbst Kompensationen verlangt hat, so blieb Italien nichts anderes übrig, als die von ihm ausbedungenen Rechte auf Tripolis jetzt zu verwirklichen, da es befürchten mußte, daß in Zukunft und bei einem etwaigen Regierungswechsel in Frankreich die Rechte Italiens in Vergessenheit geraten oder als erloschen erklärt werden könnten. Ich habe meine Unterredung mit Tittoni dazu benutzt, ihn daran zu erinnern, unter welchen

Bedingungen wir unsererseits versprochen haben, die Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis anzuerkennen. Ich fragte ihn von mir aus persönlich, ob er nicht glaube, daß Italien, welches augenblicklich zur Ausführung seines Programmes in Tripolis schreitet, uns jetzt Garantien geben solle, daß es in Zukunft nicht vergessen wird, die von ihm übernommenen parallelen Verpflichtungen hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen. Tittoni hat bejahend geantwortet und geäußert, es werde leicht sein, die diesbezüglichen Verpflichtungen in einer passenden Formel niederzulegen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18. September/1. Oktober 1911. — Nr. 1357.

Ich telegraphiere nach Rom: Der hiesige türkische Botschafter hat mir die Bitte seiner Regierung übermittelt, wir sollten Italien zur Annahme der türkischen Vorschläge, die in Beantwortung des italienischen Ultimatums erfolgt sind, zu bewegen suchen. Ich entgegnete, daß als Grundlage etwaiger Verhandlungen zwischen den beiden Kriegführenden nur die durch die Kriegserklärung geschaffene Lage dienen könne, d. h. die Okkupation von Tripolis durch Italien.

Wenn in Konstantinopel eine Formel gefunden wird, die diesem Umstande Rechnung trägt, so sind wir bereit, einen Meinungsaustausch zu vermitteln, ebenso auch jede Maßregel zu erörtern, die dazu beitragen könnte, den Konflikt auf Tripolis zu beschränken. Ein solches Programm entspricht auch den Interessen der Türkei und die Bemühungen der Mächte werden augenscheinlich auf dieses Ziel gerichtet sein. Wir sind überzeugt, daß dies auch den Interessen Italiens entspricht.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 17./30. September 1911.

Wenn bis zum Augenblicke der Besetzung von Tripolis durch die Italiener die kleinste Anspielung auf eine Vermittlung hier die entschiedenste Ablehnung hervorrufen muß und uns nur die Unzufriedenheit Italiens zuziehen kann, so scheint

es mir, daß ein Angebot unserer guten Dienste nach der Festsetzung Italiens in Nordafrika durchaus möglich ist. Es ist wünschenswert, daß unsere diesbezüglichen freundschaftlichen Schritte Deutschland zuvorkommen, um dieses zu verhindern, eine gute Gelegenheit zu benutzen, um seinen Einfluß in Konstantinopel noch zu kräftigen. Ich bitte um Instruktionen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 25. September/8. Oktober 1911.

Der französische Außenminister ist mit Ihnen ganz einverstanden, daß eine Vermittlung erst möglich sein wird, wenn man in Konstantinopel die Notwendigkeit, sich auf den Standpunkt des italienischen Ultimatums zu stellen, erkannt haben wird, d. h. wenn die Türkei dem Prinzip der Okkupation von Tripolis zustimmt. Andererseits glaubt er, daß es nicht im Interesse Rußlands, Frankreichs und Englands sei, Deutschland die Vermittlerrolle zu überlassen, und daß die drei Ententemächte die erste Gelegenheit benutzen müssen, um gemeinsam in der genannten Rolle aufzutreten. Aus den Berichten Bompards ist jedoch zu ersehen, daß unser Botschafter einseitig Friedensverhandlungen vorgeschlagen hat, wobei die Möglichkeit der Erhaltung türkischer Garnisonen in Tripolis ins Auge gefaßt wird. In Paris ist man überzeugt, daß Italien einen derartigen Vorschlag unbedingt ablehnen wird. Der französische Außenminister schlägt vor, daß der russische, französische und englische Botschafter in Konstantinopel beauftragt werden, sich stets gemeinsam zu beraten und ohne vorheriges Einvernehmen keine Schritte zu unternehmen. Ich bitte um Instruktionen, um de Selves eine Antwort geben zu können.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Rom vom 9./22. Oktober 1911. — Nr. 1557.

Der deutsche Geschäftsträger hat mir den Inhalt eines Telegrammes des deutschen Botschafters in Konstantinopel an Kiderlen mitgeteilt, in dem Baron Marschall, anscheinend in vollem Einvernehmen mit Pallavicini, sich über die innere Lage der Türkei sehr pessimistisch äußert und einen unabwendbaren

Krieg auf dem Balkan vorhersagt, „wenn der italienisch-türkische Krieg noch einige Monate oder Wochen dauern sollte". Auf meine Frage, wer denn den Krieg auf dem Balkan beginnen sollte, da Italien versprochen habe, keine kriegerische Aktion auf der Halbinsel zu unternehmen, erwiderte Lucius, die Regierung Said Paschas werde kaum imstande sein, die Ausweisung der Italiener aus der Türkei zu verhindern, was die Italiener zwingen würde, entweder Albanien anzugreifen oder eine Insel des Archipels zu besetzen. Der italienische Botschafter hat mir mitgeteilt, seine Regierung habe aus den slawischen Balkanstaaten beunruhigende Nachrichten erhalten, und er betonte, daß Ratschläge zur Besonnenheit angebracht erscheinen. Auf meine Frage, wie Italien die Ausweisung der Italiener beantworten würde, antwortete er, als persönliche Ansicht, daß Italien sich wahrscheinlich darauf beschränken würde, eine Insel zu besetzen, daß es aber schon jetzt bereit sei, unter der Bedingung eines religiösen Bandes zwischen Tripolis und dem Kalifat und einer materiellen Entschädigung der Türkei Frieden zu schließen. Die Erklärung Melegaris zusammen mit den Befürchtungen Marschalls lassen die Besetzung einer Insel nicht unmöglich erscheinen und wir müssen die weiteren Schritte der Türkei genau überwachen, um sie von einer Provokation, wie es die Ausweisung der Italiener wäre, zurückzuhalten.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1911.

Ich habe seinerzeit Ihre Aufmerksamkeit auf die öffentliche Stimmung in England anläßlich des plötzlichen Entschlusses Italiens, Tripolis zu besetzen, gelenkt. Diese Stimmung, ebenso wie die Presseäußerungen, war im ganzen für Italien nicht günstig. Die bedeutendsten Zeitungen, mit der Times an der Spitze, haben in dem italienischen Vorgehen einen Mißbrauch der brutalen Gewalt gesehen und nicht ohne Ironie betont, daß die italienischen Klagen gegen die türkische Administration zur rechten Zeit mitten in der Marokkokrise zur Reife gekommen seien.

Die öffentliche Meinung ging noch weiter als die Zeitungen und diese Tendenz ist stets zum Ausdruck gekommen.

Die politischen Tendenzen der Regierung und der einflußreichsten Kreise haben sich jedoch eher in der entgegengesetzten Richtung bewegt. Die Türkei und die jungtürkische Partei haben ihre frühere Popularität in England eingebüßt und der Regierung ist daran gelegen, zukünftigen guten Beziehungen zu Italien kein Hindernis in den Weg zu legen.

In der Tat hat sich die erste Kritik, die sich eher gegen das italienische Vorgehen richtete, als daß sie türkenfreundlich gewesen wäre, in der Presse bald beruhigt. Seit der letzten Woche jedoch ist das erste Gefühl wieder erwacht; es gründet sich auf Zeitungsmitteilungen über sogenannte Greueltaten, die während und nach den letzten Kämpfen von den Italienern verübt worden sein sollen. Wenn auch die Berichte der Zeitungen, wie ich gerne annehmen möchte, übertrieben sind, so handelt es sich hier um eine Frage, die das englische Publikum stets in Erregung versetzt. Man braucht sich nur daran zu erinnern, was für eine Rolle die „bulgarischen Greuel" anläßlich der Christenverfolgungen durch die Türken vor unserem letzten Balkankriege gespielt haben.

Wenn die Wahrheit durchdringt, so wird sich wohl auch die Erregung der öffentlichen Meinung beruhigen. Heute unterbreite ich Ihnen eine Berichtigung, die der hiesige italienische Botschafter, vielleicht in nicht sehr glücklicher Weise, zu veröffentlichen für nötig gefunden hat, und gleichzeitig eine Kampfansage von seiten des Korrespondenten der Times aus Malta. Dieser Korrespondent hatte Tripolis verlassen, da die italienischen Behörden seine Berichte allzu streng zensuriert hatten. Ich glaube, daß die italienische Regierung in ihren Bemühungen, die Pressefreiheit einzuschränken, zu weit gegangen ist. Gewiß können Korrespondenten in Kriegszeiten gefährlich werden. Aber ein völliges Schweigen ist auch schädlich. Die Türken werden in allen diesen Gerüchten eine neue Quelle des Widerstandes finden und hierzu werden gewiß auch die Gerüchte über italienische Niederlagen beitragen. Dadurch wird namentlich im Osten die Aufgabe Italiens nicht erleichtert werden, um so weniger da letztere viel schwieriger ist, als man in Rom ursprünglich angenommen zu haben scheint.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 19. Oktober/1. November 1911. — Nr. 158.

Tittoni zufolge ist Italien der vollen und unbedingten Unterstützung Frankreichs sicher; doch schwankten die Sympathien Englands zwischen Italien und der Türkei. Er glaubt, es liegt im Interesse der Wiederherstellung des Friedens, daß Rußland, Frankreich und England gemeinsam in Konstantinopel zu verstehen geben, daß sie keinen andern Ausweg als die Annexion sehen. Auf seine inständige Bitte, Ihnen dies mitzuteilen, erklärte ich mich hierzu bereit, fügte jedoch hinzu, daß ich nicht glaubte, Sie würden sich entschließen, im jetzigen Augenblicke eine derartige Initiative zu ergreifen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 22. Oktober/4. November 1911.

Alle Nachrichten aus Rom lassen darauf schließen, daß Italien sich entschlossen hat, die kriegerischen Maßnahmen ins Rote oder Ägäische Meer zu tragen, wodurch vielleicht der Wunsch Italiens erklärlich wird, uns, Frankreich und England zu energischeren Schritten in Konstantinopel zu veranlassen. Man muß jedoch nicht vergessen, daß ein derartiger Schritt der drei genannten Mächte für Deutschland und Österreich sehr vorteilhaft wäre, da das Gefühl der Enttäuschung und Entrüstung in der Türkei sich gegen die drei Ententemächte richten würde. Sollen wir nicht in den Worten Tittonis den Wunsch Italiens erblicken, möglichst schnell Frieden zu schließen? In diesem Falle könnten wir vielleicht durch Tittoni erfahren, zu welchen Abmachungen Italien zur Erreichung dieses Zieles bereit sei. Eine derartige Lösung der Frage könnten die drei Ententemächte mit Erfolg versuchen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 17./30. April 1912. — Nr. 111.

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir gesagt, er habe Grey über die Ereignisse in Konstantinopel sehr besorgt gefunden und zwar sei er dies ganz besonders

in Anbetracht der langen Dauer des Krieges. Grey sagt, er halte einen Meinungsaustausch der Mächte für nötig, um so bald wie möglich einen neuen Schritt zu unternehmen. Ich glaube, Imperiali will den Frieden mehr denn je und seine persönliche Ansicht geht dahin, daß er das Zugeständnis der religiösen Suprematie des Sultans für möglich halte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 17./30. April 1912. — Nr. 112.

Nachdem ich aus den Zeitungen erfahren hatte, daß die türkische Regierung sich weigere, die Meerengen zu öffnen, habe ich Greys besondere Aufmerksamkeit auf die Bedeutung dieser Weigerung für Rußland gelenkt. Ich sagte ihm, die russische Regierung könne eine Verlängerung des jetzigen Zustandes nicht zulassen; die russische öffentliche Meinung werde nicht über die Verantwortlichkeit der Türkei oder Italiens oder über vertragliche Rechte streiten, sondern werde einfach einstimmig verlangen, daß die Meerengen dem russischen Handel wieder geöffnet werden, und die Regierung werde diesem Gefühl sicher nachgeben müssen. Ich sagte außerdem, daß es sich im jetzigen Augenblicke weniger um eine Rechtsfrage als um eine Tatsache handele und daß eine weitere Entwicklung der Streitfrage ungeahnte Größe annehmen könne. Grey antwortete mir, er habe soeben eine Abordnung englischer Kaufleute empfangen; ungefähr eine Million Tonnen Weizen sei auf englischen Schiffen zurückgehalten und er sei ganz meiner Ansicht, daß die Lage unhaltbar geworden sei. Er sagte mir, er werde Lowther telegraphieren, um die sofortige Öffnung der Meerengen für 15 Tage zu verlangen. Ich entgegnete, daß dies nur eine provisorische Maßregel sei. Er antwortete mir, daß wir dann jedenfalls 15 Tage für Verhandlungen hätten, daß diese Frist auch Italien annehmbar erscheine und daß wir auf diese Weise der Gefahr eines sofortigen Krieges vorbeugten. Auf diese Weise könnte keine der beiden Regierungen sich darüber beklagen, daß die Rechte der Kriegführenden verletzt worden wären, und die Neutralität würde durch dieses Mittel aufrechterhalten werden. Grey sagte mir, er denke an einen parallelen Schritt in Rom, um zu verlangen, daß die italienische Flotte während

dieser 15 Tage sich jeden Angriffes enthalten solle. Er habe sich jedoch zu diesem Schritte noch nicht entschlossen. Ich antwortete, daß Rußland ebenso wie England den Frieden erhalten wolle; daß ich nicht sagen könne, welchen Eindruck die Lowther gegebenen Instruktionen in Petersburg machen würden und daß ich nicht wüßte, ob unser Botschafter beauftragt werden würde, diesen Schritt zu unterstützen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18. April/1. Mai 1912. — Nr. 790.

Der englische Botschafter hat mich gefragt, ob wir uns an Italien wenden wollen, um von diesem das Versprechen zu erhalten, wenigstens während eines bestimmten Zeitraumes keine kriegerischen Aktionen gegen die Dardanellen zu unternehmen, damit die neutralen Schiffe während dieser Zeit die Meerengen passieren könnten. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich einem solchen Schritte in Rom nicht zustimmen kann, da ich auf Grund offizieller Informationen weiß, daß Italien sich entschieden weigern wird, ein derartiges Versprechen zu geben. Der in Aussicht genommene Schritt würde daher von vornherein ein Mißerfolg sein und eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten nicht herbeiführen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. April/2. Mai 1912. — Nr. 115.

Nicolson sagte mir, Lowther habe telegraphiert, die türkische Regierung sei entschlossen, die Dardanellen zu öffnen, sobald die Minen entfernt sein würden, behalte sich jedoch das Recht vor, die Meerengen im Falle militärischer Notwendigkeit wieder zu schließen. Grey hat angefragt, wie lange es dauern wird, bis die Minen entfernt sein werden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. April/2. Mai 1912. — Nr. 116.

Nr. 2. Nachdem Nicolson mir die in meinem Telegramm Nr. 115 enthaltene Mitteilung gemacht hatte, fügte er als persönliche Beobachtung hinzu, daß es schwer sein werde zu be-

stimmen, in welchem Augenblicke eine militärische Notwendigkeit eintrete, da die Türkei über keine Beobachtungsschiffe verfüge. Auch erinnert er daran, daß der englische Standpunkt bezüglich des Meerengenvertrages mit dem unserigen nicht ganz identisch sei. Auf diese letzte Bemerkung antwortete ich, gleichfalls persönlich, daß wir der Türkei nicht das absolute Recht absprechen, die Meerengen zu schließen; stillschweigend scheint dies Recht anerkannt zu werden, aber nur im Falle einer absoluten Notwendigkeit und unter der Bedingung, daß die freie Durchfahrt gestattet wird, sobald die Gefahr abgewendet ist. Nicolson sagte mir, daß die Möglichkeit eines neuen Vordringens der italienischen Flotte ernste Schwierigkeiten hervorrufen werde; wenn z. B. Italien Mytilene besetze, so werde es schwer sein zu behaupten, daß der Türkei keine Gefahr drohe. Nicolson bat mich, diese Unterredung als persönlich zu betrachten.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 26. April/9. Mai 1912.

Ich halte es für nötig, meine Telegramme, in denen ich Ihnen über die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Schließung der Dardanellen berichtet habe, durch einige Einzelheiten zu ergänzen. Ich habe aus diesem Anlasse mehrere Unterredungen mit Poincaré gehabt, sowohl vor als nach dem Entschlusse der Pforte, die Meerengen für den internationalen Handel zu öffnen. Aus diesen Unterredungen habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Poincaré einerseits alles getan hat, um eine faktische Lösung dieser Frage zu unsern Gunsten durchzusetzen, daß er aber andererseits von der Berechtigung der von uns aufgestellten juristischen These nicht ganz überzeugt ist, daß nämlich die Türkei verpflichtet ist, die neutrale Schiffahrt durch die Meerengen sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten zuzulassen. Poincaré hat mir nicht verheimlicht, daß in seinen Unterredungen mit dem türkischen Botschafter und in seinen Instruktionen an Bompard die Seite der praktischen Notwendigkeit, nicht die rechtliche Seite der Frage betont worden ist. Auch hat er mir gestanden, daß er nach einem aufmerksamen Studium der Texte zu einer Verneinung der juristischen Berechtigung hinneigt; doch habe er

sich nicht mit dem persönlichen Studium dieser wichtigen Frage begnügt und habe die Absicht gehabt, sie dem Urteil internationaler Rechtsgelehrter zu unterbreiten, als die Nachricht eintraf, daß die Pforte sich entschlossen habe, unsere Forderung zu erfüllen. Poincaré will nicht leugnen, daß die Meerengen durch die bestehenden Verträge sich in einer besonderen Lage befinden und daß auf der Türkei ein gewisses Servitut zugunsten des internationalen Handels liegt. Aber da keine direkten Bestimmungen über die Internationalisierung der Meerengen vorliegen, wie dies z. B. beim Kanal von Suez der Fall ist, so kann man kaum der türkischen Regierung das Recht absprechen, im Falle einer unmittelbaren militärischen Gefahr die nötigen Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen. Auf meine Bemerkung, daß unserer Ansicht nach die Verteidigung der Dardanellen auch ohne deren völlige Schließung möglich ist, erwiderte er, daß er meine Ansicht teile, doch handle es sich hier wieder um eine Tatsache, nicht um eine Rechtsfrage. Im weiteren Gespräche hat Poincaré sozusagen flüchtig einen Gedanken angedeutet, auf den ich Ihre besondere Aufmerksamkeit lenken will, daß nämlich, wenn unsere Ansicht die Oberhand gewinnen sollte, daß die Türkei verpflichtet sei, die Meerengen sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten für den neutralen Handel offen zu halten, dies letzten Endes zu einer formalen Neutralisierung der Meerengen führen müsse, um so mehr, als ein solcher Standpunkt der allgemeinen Entwicklung des modernen Völkerrechtes entsprechen würde. Diesen Umstand müßten wir seiner Ansicht nach im Auge behalten, um nicht einmal später selbst in Widerspruch mit unseren eigenen politischen Interessen und Bestrebungen zu geraten.

Was die spezielle Frage anbelangt, Entschädigung für die neutrale Schiffahrt zu verlangen, so hängt dies von der prinzipiellen Frage der Berechtigung der Türkei, die Meerengen zu schließen, ab.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Mai 1912. — Nr. 126.

Grey hat mir vertraulich mitgeteilt, er habe guten Grund zu glauben, daß Italien den Frieden wünsche und daß es be-

reit sei, nicht nur die religiöse Suprematie des Kalifen anzuerkennen, sondern auch als äußern Ausdruck dieser Suprematie dem Scheich ul Islam eine jährliche Rente auszusetzen. Grey fügte jedoch hinzu, er wolle nicht die Initiative eines neuen Vorschlages ergreifen. Er hält das obige Zugeständnis für ungenügend, doch wolle er Sie avon verständigen, damit Sie von diesem Umstande Gebrauch machen können, wenn die Mächte es möglich finden werden, ihre Anstrengungen zur Herbeiführung des Friedens zu erneuern.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1912. — Nr. 58.

In einer langen Unterredung hat der hiesige französische Botschafter darauf hingewiesen, daß die Ententemächte sich ernstlich mit der Frage einer Vermittlung beschäftigen müssen, um Deutschland und Österreich zuvorzukommen, welche eine passende Formel zu finden suchen. Barrère hat mir nicht verheimlicht, daß seine Regierung durch die Stimmung unter den mohammedanischen Untertanen Frankreichs sehr beunruhigt sei und eine möglichst schnelle Beendigung des Krieges wünsche.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1912.

In meinem gestrigen Telegramm, das sich auf Samos bezieht, habe ich Ihnen über die Beunruhigung berichtet, die in hiesigen Kreisen durch die italienische Besetzung so vieler Inseln des Ägäischen Meeres hervorgerufen worden ist. Im Anfange des Krieges hat Poincaré eine derartige Besetzung stets als ein geeignetes Mittel bezeichnet, um auf die Türkei einen Druck auszuüben. In den letzten Tagen jedoch, unter dem Eindruck der italienischen Operationen im Archipel und vielleicht auch unter dem Einflusse Londons, scheint Poincaré seine Ansicht geändert zu haben. Er gibt zu, daß die Besetzung der Inseln ein Mittel sei, die Türkei zum Nachgeben zu zwingen, aber andererseits befürchtet er, daß, wenn auch Italien nicht die Absicht hat, sich auf ihnen endgültig festzusetzen, bei der Rückerstattung dieser Inseln an die Türkei die Frage ihrer Au-

tonomie und der Sicherstellung der örtlichen Bevölkerung gegen türkische Grausamkeiten aufgeworfen werden wird. Wie mir bekannt, hat Tittoni Poincaré versichert, daß Italien durchaus nicht die Absicht habe, sich auf den Inseln festzusetzen, doch hat er nicht geleugnet, daß die italienische Regierung verschiedene Reformen und Verbesserungen auf diesen Inseln einzuführen gedenke und daß dieses in der Tat geeignet ist, die Frage des weiteren Schicksales der Bevölkerung unter türkischer Herrschaft zur Diskussion zu stellen. Gestern teilte Poincaré mir mit, daß der Gedanke einer Konferenz sowohl in Rom als auch in Konstantinopel die Gemüter beschäftigt. Türkischerseits scheint man zu befürchten, daß auf einer solchen Konferenz außer Tripolis auch andere Fragen erörtert werden könnten. Poincaré glaubt persönlich, daß es möglich sein werde, der Türkei in dieser Hinsicht gewisse Versprechungen zu machen. Er hat hierbei nochmals dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß, wenn die tripolitanische Frage einer Konferenz unterbreitet werden sollte, Frankreich in diesem Falle durch die Verpflichtungen der Neutralität viel weniger gebunden wäre und auf Grund des Abkommens des Jahres 1902 die italienischen Forderungen aufs entschiedenste unterstützen wird.

In Bestätigung des oben Gesagten füge ich zwei Artikel des Temps bei. Der Verfasser dieser Artikel ist der bekannte Tardieu, der eine zeitlang, unter Pichon, sich mit dem französischen Außenministerium entzweit, sich ihm jetzt aber wieder genähert hat und dessen Artikel die Anschauungen Poincarés wiedergeben. Während des Zwischenfalles mit dem französischen Botschafter in Petersburg George Louis hatte er sich beeilt, mir seine Feder zur Verfügung zu stellen. In beiden Artikeln finden die Befürchtungen Poincarés hinsichtlich der Besetzung der Inseln durch Italien, als auch seine Gedanken über die Bedingungen einer Konferenz deutlich Ausdruck.

P. S. Aus Wien wird den hiesigen Zeitungen die tendenziöse Nachricht mitgeteilt, als ob Rußland im Falle des Zusammenkommens der Konferenz die Frage der Dardanellen und die persische Grenzfrage aufwerfen wolle. Mir scheint es notwendig, diese Gerüchte so schnell wie möglich zu widerlegen, da sie geeignet sind, hier und in London Mißtrauen gegen uns hervorzurufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 15./28. Mai 1912. — Nr. 69.

Der Außenminister hat mir erklärt, daß Italien augenblicklich nicht beabsichtige, Mytilene zu besetzen, daß es sich aber für die Zukunft nicht binden könne, namentlich wenn der Krieg noch lange dauern würde. Ich bat den Minister, mir das bestimmte Versprechen zu geben, daß wir rechtzeitig benachrichtigt werden würden, wenn der italienische Generalstab es für nötig halten sollte, Operationen gegen diese Insel zu unternehmen. San Giuliano hat mir diese Zusicherung gegeben.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 15./28. Mai 1912. — Nr. 70.

Der Außenminister hat mir mit Bestimmtheit erklärt, daß er Tittoni nicht beauftragt hat, mit Poincaré über eine Konferenz zu sprechen. Wenn sich das römische Kabinett zu einem solchen Schritt entschlossen hätte, so wären wir hiervon zuerst verständigt worden. Wenn Tittoni hierüber mit Poincaré gesprochen hat, so hat er nur seine persönliche Ansicht geäußert. Er glaubt, daß Frankreich diese Frage selbst aufgeworfen hat. Sodann hat der Minister die italienischen Vertreter im Auslande telegraphisch benachrichtigt, daß Italien den Gedanken einer Konferenz weder direkt noch indirekt angeregt habe. Italien könne sich an einer derartigen Konferenz nur beteiligen, wenn ihr Programm vorher festgestellt wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 16./29. Mai 1912. — Nr. 1013.

Ich erfahre aus ganz sicherer Quelle, Sir R. Rodd habe nach einer Unterredung mit Grey Imperiali erklärt, die englische Regierung werde keine Initiative zur Beendigung des Krieges ergreifen, doch sei sie sehr geneigt, sich mit Deutschland zu verständigen, wenn ein solcher Schritt von Berlin aus erfolgen sollte. Ich bitte Sie, ganz vertraulich feststellen zu wollen, ob diese Nachricht richtig ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1912. — Nr. 143.

Ihr Telegramm 1013 erhalten. Ich werde versuchen, das Gewünschte in Erfahrung zu bringen. Mein Eindruck ist folgender: Grey wünscht immer mehr, daß der Friede bald geschlossen wird. Wie er mir aber schon gesagt hat, will er keine Initiative ergreifen. Andererseits nimmt man hier allgemein an, daß Baron Marschall diese Frage anregen und vielleicht eine Verhandlungsbasis in Vorschlag bringen wird. Grey hat vielleicht Rodd gesagt, daß er nicht die Initiative ergreifen wird, um diese Frage mit dem deutschen Botschafter zu besprechen, daß er aber etwaige Eröffnungen des letzteren gern entgegennehmen wird. Ich glaube, daß die Mittelsperson, deren sich Rodd bedient hat, den Worten Greys größere Bestimmtheit beigelegt hat, als sie in Wirklichkeit besaßen. Unter den englischen Botschaftern ist Rodd nicht einer derjenigen, die Einfluß haben. Meine Ansicht ist die, daß man damit rechnen muß, daß das Berliner Kabinett diese Frage erwähnen und vielleicht eine Initiative ergreifen wird. Wie Sie wissen, hat Grey mir gesagt, er zweifle an der Möglichkeit einer Konferenz, da es schwer sein werde, deren Programm einzuschränken.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1912. — Nr. 90.

Poincaré hat mir gesagt, daß man aus den Telegrammen Barrères und den Worten Tittonis schließen kann, daß die italienische Regierung sich zwar nicht zugunsten einer Konferenz ausspricht, die Möglichkeit einer solchen jedoch nicht ausschließt. Bompard telegraphiert aus Konstantinopel, der türkische Ministerrat habe beschlossen, nur dann seine Zustimmung zu einer Konferenz zu geben, wenn deren Ergebnis im voraus festgelegt sein wird, wobei die Türkei die Zurückerstattung von Cyrenaika fordern und in Tripolis nur ein Zivilprotektorat Italiens zulassen wird. Poincaré glaubt, daß man unter diesen Umständen nicht einen formellen Vorschlag machen könne. Immerhin ist er der Ansicht, daß Rußland, Frankreich und England diese Frage untereinander besprechen müssen, um sich über alle Einzel-

heiten zu einigen und bereit zu sein, im günstigen Augenblicke mit ihrem Konferenzvorschlag hervorzutreten, da er vor allem befürchtet, daß Kaiser Wilhelm eine solche Initiative unerwartet ergreifen wird. Er persönlich glaubt, daß das Programm der Konferenz sich auf den italienisch-türkischen Konflikt beschränken müßte und daß sogar die Inselfrage ausgeschaltet werden sollte. Er gibt die gefährlichen Seiten des Zusammentritts einer Konferenz zu, sieht jedoch keinen anderen Ausweg. Er ist sehr besorgt, daß Italien in nächster Zeit Mytilene und Chios besetzen wird, was die ganze Lage erschweren und die Türkei veranlassen würde, die Dardanellen wieder zu schließen. Er hat deshalb Tittoni gesagt, Italien sollte in einem solchen Falle von sich aus den Mächten erklären, daß es keine Aktion gegen die Dardanellen beabsichtige, um auf diese Weise der Türkei jeden Vorwand zu nehmen, die Meerengen zu schließen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 18./31. Mai 1912. — Nr. 144.

Die Botschafter Italiens und der Türkei haben mir gegenüber nie einen Wunsch ihrer Regierung angedeutet, eine Konferenz zusammenzuberufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 18./31. Mai 1912.

Barrère hat nicht geleugnet, daß der Gedanke einer Konferenz von Frankreich selbst ausgegangen ist. Seiner Ansicht nach liegt es im Interesse Frankreichs und Rußlands, dem Kriege möglichst bald ein Ende zu setzen. Infolge des Versagens einer Vermittlung kann nur die Konferenz Ersatz bieten. Es ist nun durchaus notwendig, daß die Ententemächte Italien und die Türkei zur Teilnahme an der Konferenz bewegen, was nicht schwer fallen dürfte, wenn man den Grundsatz aufstellt, daß der politische Status von Tripolis nicht erörtert werden wird. Nachdem die italienische und türkische Einwilligung erfolgt sein wird, muß ein Waffenstillstand vorgeschlagen werden; dies wird den Frieden erleichtern. Über die Souveränität Italiens in Tripolis braucht man gar nicht zu sprechen, ebenso

wie die Pforte bis jetzt die Souveränität Frankreichs in Algier noch nicht anerkannt hat.

Auszug aus einem Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

. . . Wie ich Ihnen bereits telegraphisch berichtet habe, hat Georges Louis hierher mitgeteilt, daß Sie dem Konferenzgedanken nicht zustimmen. Dies hat wahrscheinlich auf Poincaré einen ungünstigen Eindruck gemacht. Ich habe deshalb alles versucht, um ihm Ihren Standpunkt in dieser Frage zu erklären. Ich habe hierbei besonders betont, Sie befürchteten, auf der Konferenz könnten auch noch andere Fragen aufgeworfen werden, und habe ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß Sie dem türkischen Botschafter in Petersburg erklärt haben, es läge durchaus nicht in den Absichten Rußlands, die jetzigen Umstände zu benutzen, um die Meerengenfrage aufzuwerfen.

Was diesen letzten Punkt anbelangt, so will ich Ihnen mitteilen, was mir der französische Botschafter in London, der auf ein paar Tage nach Paris gekommen war, gesagt hat.

Paul Cambon glaubt, daß die Konferenz, wenn sie zusammentritt, sich unbedingt mit der allgemeinen Lage der Dinge auf dem Balkan wird befassen müssen. In diesem Falle müßten Frankreich und England sich nicht nur der Erörterung der Meerengenfrage nicht widersetzen, sondern müßten in ihrem eigenen Interesse diese Frage zur Diskussion bringen und sie zugunsten Rußlands lösen. Diese Ansicht begründet Cambon damit, daß man nur auf diese Weise das Gleichgewicht der Kräfte im Mittelmeere wiederherstellen könne, welches als Resultat dieses Krieges zugunsten Italiens und folglich auch des Dreibundes verschoben worden sein wird. Diesen Gedanken hat Cambon Poincaré entwickelt, welcher jedoch die Ansicht des französischen Botschafters nicht zu teilen scheint, da er nach wie vor glaubt, die Konferenz müsse sich nur mit dem türkisch-italienischen Konflikte befassen. Hierbei hat mir jedoch Poincaré gesagt, daß er vom Standpunkt der allgemeinen Politik aus und in Anbetracht der neuen Lage im Mittelmeer es für durchaus wünschenswert hält, daß Frankreich und England den russischen Seestreitkräften den Ausgang aus dem Schwarzen Meere öffnen, und daß er

bereit ist, bei sich bietender Gelegenheit uns bei der Lösung dieser Frage mit allen seinen Kräften beizustehen.

Ihnen ist bereits bekannt, daß Poincaré seine Beunruhigung hinsichtlich der italienischen Operationen im Ägäischen Meere nicht verheimlicht. Trotz der Erklärungen Tittonis, Italien beabsichtige nicht, sich auf diesen Inseln endgültig festzusetzen, befürchtet er, daß die öffentliche Meinung in Italien der Regierung nicht erlauben wird, der Türkei die Inseln zurückzuerstatten. Die Möglichkeit der Besetzung von Mytilene, Lemnos und Chios beunruhigt ihn ebenfalls. Nach seinen Informationen widersetzen sich auch Deutschland und Österreich einer derartigen Besetzung und dies beruhigt ihn bis zu einem gewissen Grade.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. Mai/9. Juni 1912.

Poincaré schlägt vor, Rußland, Frankreich und England sollten sich über ein gemeinsames Vorgehen zwecks Beendigung des italienisch-türkischen Krieges einigen. Ich habe geantwortet, daß ich diesem Gedanken zustimme.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Mai/10. Juni 1912. — Nr. 158.

Ihr Telegramm vom 27. Mai erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Cambon hat den Auftrag, hier eine ähnliche Erklärung abzugeben. Grey hat geantwortet, daß, wenn es sich darum handele, in einen Meinungsaustausch einzutreten, um die Frage gemeinsam zu prüfen, er hierzu bereit sei. Er glaubt jedoch, daß eine Aktion, die den Zweck verfolgt, dem Kriege ein Ende zu setzen, von allen fünf Mächten unternommen werden muß, da ein Vorgehen von drei Mächten den Nachteil einer Gruppierung der Mächte des Dreiverbandes und der zwei Mächte des Dreibundes zur Folge haben wird; dies könnte nur dazu dienen, die Bande Italiens mit Deutschland und Österreich enger zu knüpfen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Mai/10. Juni 1912. — Nr. 159.

Nachdem ich Grey gesprochen, setzte ich die Unterredung vertraulich mit Nicolson fort. Dieser sprach in demselben Sinne wie Grey. Seiner Ansicht nach ist es wichtig, daß, wenn Deutschland, sei es durch Kaiser Wilhelm, sei es durch Baron Marschall, Vorschläge macht, die russische und englische Regierung antworten, daß sie sich untereinander und mit Frankreich beraten wollen, ehe sie eine Antwort erteilen. Ich fragte ihn, warum er glaube, daß von deutscher Seite Vorschläge erfolgen werden. Er antwortete, daß die Sache an und für sich sehr wahrscheinlich sei und daß man folglich mit einer solchen Möglichkeit rechnen müsse. Wir kamen dann auf die Fragen zu sprechen, die anläßlich des Friedensschlusses aufgeworfen werden könnten. Er erwähnte die schwierige Frage der Zurückerstattung der Inseln an die Türkei und die Meerengen. Was letztere anbelangt, so erklärte er, daß England dem von Grey im Jahre 1908 gegebenen Versprechen treu bleibe. Ich sagte ihm, daß mir nicht bekannt sei, daß die russische Regierung diese Frage zur Diskussion stellen werde, daß ich aber glaubte, daß die Frage der Schließung der Meerengen durch eine Minensperre für den neutralen Handel in Kriegszeiten gelöst werden müsse. Nicolson teilt diese Ansicht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1912. — Nr. 160.

Vertraulich. Cambon hat mir vertraulich einige Einzelheiten über seine gestrige Unterredung mit Grey hinsichtlich des Poincaréschen Vorschlages mitgeteilt, die Grey mir gegenüber nicht erwähnt hatte. Unter anderem ist ein sogenanntes „Protocole de désintéressement" erwähnt worden. Grey hat hiergegen Einwendungen erhoben, indem er erklärte, Rußland sei die am meisten interessierte Macht; es sei durchaus unwahrscheinlich, daß irgendeine Macht an territoriale Erwerbungen denke; man könne jedoch nicht von Rußland verlangen, sich im voraus zu binden, keine Frage zur Diskussion zu stellen, wie z. B. die Schließung der Meerengen für den neutralen Handel

in Kriegszeiten oder sogar die Frage der Meerengen selbst, hinsichtlich deren das Londoner Kabinett im Jahre 1908 gewisse Verpflichtungen übernommen hat, durch die es sich auch jetzt noch gebunden betrachtet. Der zweite Einwand Greys ist der von mir schon erwähnte.

Cambon sagte mir, er teile die Ansicht Greys und werde sie Poincaré gegenüber vertreten. Er meint, daß der Umschwung in England zugunsten Italiens deutlich erkennbar sei; auch in Frankreich mache sich ein solcher fühlbar; es sei außerordentlich wichtig, Folgen eines Schrittes der drei Ententemächte zu vermeiden, die zu einer Annäherung Italiens an den Dreibund führen könnten, hauptsächlich wenn es sich darum handelt, die Wirkung des Dreibundes auf das Mittelmeer auszudehnen; diese Frage habe nicht nur für Frankreich und England besonderes Interesse, sondern, wie er annähme, auch für Rußland; und es sei endlich sehr wünschenswert, Rußlands Einfluß auf die Mittelmeerfragen zuzulassen. Cambon glaubt persönlich, daß Frankreich und Italien sich über diese letzte Frage verständigen müssen, was durch eine Ausdehnung des Dreibundes auf das Mittelmeer unmöglich gemacht werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 1./14. Juni 1912. — Nr. 102.

Um alle Mißverständnisse zu vermeiden, glaube ich erklären zu müssen, daß Poincaré keine Besorgnisse hinsichtlich der Beständigkeit der russisch-französischen Beziehungen geäußert hat, von deren Unerschütterlichkeit er überzeugt ist, sondern er befürchtet nur den Eindruck, den die bevorstehende Zusammenkunft zwischen den Monarchen Rußlands und Deutschlands auf die öffentliche Meinung in Frankreich machen kann; auch befürchtet er Versuche von seiten Deutschlands, diesen Eindruck zu seinen Gunsten auszunutzen. Vor allem befürchtet er einen unerwarteten Schritt Kaiser Wilhelms in der tripolitanischen Frage, um den Frieden wiederherzustellen. Das beste Mittel, diesem vorzubeugen, erblickt er in einem vorhergehenden Einvernehmen zwischen Rußland, Frankreich und England. Hierbei legt er dem Umstande besondere Bedeutung bei, daß die Möglichkeit der Erweiterung des Konferenzprogramms im

voraus ausgeschlossen wird. Deshalb haben Ihre Einwendungen gegen die in Frage kommenden Worte hier einen außerordentlich unangenehmen Eindruck gemacht. Sollten Sie diese Worte für unannehmbar halten, so würden Sie vielleicht eine andere Redaktion vorschlagen, aber unter Beibehaltung der Grundidee Poincarés. Ihre Ansicht, man müsse die Trennung der drei Ententemächte von den beiden anderen nicht noch besonders unterstreichen, entspricht auch der Meinung Poincarés. Dies ist in dem heutigen inspirierten Artikel des Temps deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 31. Mai/13. Juni 1912.

Ich beeile mich, Ihnen einige Erwägungen hinsichtlich des Vorschlages zukommen zu lassen, den mir der französische Botschafter gemacht hat. Wir finden die von Poincaré vorgeschlagene Formel annehmbar mit Ausnahme der Worte: „Die Mächte müssen vor allem . . . ihre Uneigennützigkeit schriftlich bestätigen". Dies ist kaum praktisch durchführbar und könnte von Deutschland und Österreich als ein beleidigendes Mißtrauen ihnen gegenüber aufgefaßt werden. Wir finden überhaupt, daß Rußland, Frankreich und England natürlich gemeinsam vorgehen müssen, daß sie aber ihre Absonderung von den beiden genannten Mächten nicht betonen sollten, da wir uns doch an ihre Mitwirkung werden wenden müssen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 4./17. Juni 1912. — Nr. 174.

Ihr Standpunkt stimmt mit dem Greys überein. Da Marschall Dienstag oder Mittwoch hier ankommt, bitte ich Sie, mich zu benachrichtigen, ob Sie mit der Antwort einverstanden sind, die Grey auf einen eventuellen deutschen Vorschlag zu geben gedenkt: „Ehe ein Beschluß gefaßt wird, muß er die andern Mächte befragen, damit eine Einigung zwischen den fünf Mächten behufs einer gemeinsamen Aktion hergestellt wird."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 4./17. Juni 1912. — Nr. 107.

Das Londoner Kabinett hat bereits die von Poincaré vorgeschlagene Formel mit einigen unbedeutenden Änderungen angenommen. Poincaré ist mit ihnen einverstanden und schlägt jetzt folgenden endgültigen Text vor: „Die Regierungen Frankreichs, Rußlands und Englands sind über die Bedingungen einig, unter denen sie im gegebenen Zeitpunkte eine wirksame Aktion zugunsten des Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei unternehmen können, und sind der Ansicht, daß eine freundschaftliche Intervention der Mächte nur dann Erfolg haben kann, wenn diese Intervention nur die Streitfrage zum Gegenstand hat, die den jetzigen Konflikt hervorgerufen hat. Die vermittelnden Mächte sollten daher, ehe sie in eine Beratung eintreten, ihre Uneigennützigkeit schriftlich bekräftigen. Außerdem geben die drei Regierungen der Meinung Ausdruck, daß, um ihr friedliches Ziel zu erreichen, die fünf Mächte sich verständigen müssen, ehe ein gemeinsamer Schritt unternommen wird."

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 5./18. Juni 1912. — Nr. 1146.

Der französische Botschafter hat mir die neue Formel Poincarés mitgeteilt. Ich habe geantwortet, daß ich nach wie vor die Worte, die sich auf die Uneigennützigkeit beziehen, nicht annehmen kann. Rußland hat bereits in der Tat bewiesen, daß es den jetzigen Krieg nicht zur Erreichung irgendwelcher eigennütziger Ziele benutzen will, aber die Unterzeichnung eines internationalen Aktes würde sowohl von der russischen öffentlichen Meinung, als auch in den slawischen Staaten so aufgefaßt werden, als ob Rußland in Zukunft auf seine jahrhundertealte Politik auf dem Balkan verzichtet. Außerdem verstehe ich nicht, weshalb der französische Außenminister glaubt, daß ein derartiges Vorgehen einen Friedensschluß erleichtern wird. Mir scheint im Gegenteil, daß die Mächte durch einen solchen Schritt in zwei entgegengesetzte Gruppen gespalten werden, während es durchaus wünschenswert erscheint, daß sich alle

fünf Mächte an der Versöhnung Italiens mit der Türkei beteiligen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 10./23. Juni 1912. — Nr. 1177.

Ich habe soeben gemeinsam mit dem hiesigen französischen Botschafter folgende Änderungen in der Poincaréschen Formel ausgearbeitet: Der erste Absatz bleibt unverändert; der zweite wird durch folgende Redaktion ersetzt: „. . . sind der Ansicht, daß die Mächte, welche nur die allgemeinen Interessen Europas im Auge haben und ausschließlich vom Wunsche beseelt sind, den Frieden wiederherzustellen, sich bereit erklären müssen, zu einer freundschaftlichen Intervention zu schreiten, deren Gegenstand ausschließlich die Streitfrage, welche den Konflikt hervorgerufen hat, bildet." Der dritte Absatz bleibt ohne Veränderung. Georges Louis hofft, daß seine Regierung diese Redaktion annehmen wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Juni 1912. — Nr. 176.

Grey nimmt die von Ihnen vorgeschlagenen Modifikationen an. Seiner Ansicht nach ist es unnütz, die Formel zum Gegenstand eines formellen Notenaustausches zu machen. Es genügt, wenn die drei Kabinette sie mündlich annehmen. Grey hat sich namentlich gegen jede Veröffentlichung geäußert, da das Bekanntwerden dieser Übereinkunft zu dritt das gewünschte Vorgehen der fünf Mächte in Frage stellen könnte.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Juni 1912.

. . . Grey hat mir sofort gesagt, daß er keine Einwendungen gegen Ihre Redaktion erhebe. Was die Worte anbelangt „. . . . sind der Ansicht, daß die Mächte . . .", so glaubt er, daß es sich hierbei um die fünf Mächte handelt. Ich erwiderte, daß auch ich diese Ansicht teile.

. . . . . .

Er sagte mir, es läge in unserem gemeinsamen Interesse,

daß die gemeinsame Aktion von allen fünf Mächten ausginge; dies sei das Ziel, das wir im Auge hätten; unter diesen Bedingungen sei ein unzeitgemäßes Bekanntwerden des von den drei Mächten getroffenen Übereinkommens nur geeignet, von Anfang an eine Mächtegruppe der andern entgegenzusetzen, was zum entgegengesetzten Resultat führen würde. Ich erwiderte, daß ich persönlich glaube, daß die russische Regierung diese Ansicht teilt.

Wenn Grey darauf hinweist, daß es seiner Ansicht nach unnötig ist, zu einem formellen Notenaustausch zu schreiten, so wird er hierbei wahrscheinlich von dem Gedanken geleitet, daß offizielle Noten in England stets Schwierigkeiten wegen ihrer Veröffentlichung in den Blue Books hervorrufen.

Im Laufe der Unterredung kam Sir Edward auf die französische Klausel der Uneigennützigkeit zurück. Er sagte mir, er habe geglaubt, sich ihr widersetzen zu müssen: Rußland wäre im Besitz einer englischen Erklärung hinsichtlich der Meerengen; diese Erklärung hat sich damals auf die Zukunft bezogen, wenn die Umstände sich geändert haben würden. Sir Edward fügte hinzu, daß die Umstände sich heute geändert haben und daß er daher keiner Formel habe zustimmen wollen, durch die wir gebunden worden wären. Sir Edward sagte, er wolle nicht den Wunsch ausdrücken, Rußland solle diese Frage zur Diskussion stellen, er wolle uns nicht hierzu veranlassen, er wolle aber auch keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn wir dies zu tun beabsichtigten.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Juni/13. Juli 1912. — Nr. 34.

Die Zeitungen haben in diesen Tagen eine ganz kurze Mitteilung veröffentlicht, der zufolge man in nächster Zeit die Beendigung des italienisch-türkischen Krieges erwarten könne. Ich habe den stellvertretenden Staatssekretär gefragt, inwieweit diese Gerüchte begründet seien.

Zimmermann hat mir geantwortet, es wäre verfrüht, von einem nahen Friedensschlusse zu sprechen, aber nach vorhandenen Informationen bemühten sich die beiden Kriegführenden in unoffizieller Weise, direkte Verhandlungen miteinander zu

führen; dieser beiderseitige Wunsch, sich zu verständigen, sei an und für sich ein beruhigendes Symptom. Auf meine Frage, wer die Persönlichkeiten seien, die mit einem solchen Meinungsaustausch beauftragt worden wären, sagte mir Zimmermann nur, es handle sich wahrscheinlich um Bank- und Finanzleute, so z. B. von italienischer Seite Volpi, der sogar neulich nach Konstantinopel gekommen sei.

Näheres konnte oder wollte mir Zimmermann nicht mitteilen. Ich will nur hinzufügen, daß aus seinen Worten deutlich hervorging, daß er den „direkten Meinungsaustausch zwischen den Kriegführenden" einem Vermittlungsvorschlage dritter Mächte entschieden vorzieht.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 5./18. August 1912. — Nr. 583.

Persönlich. Die Mitteilung der ottomanischen Agentur über die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen ist mit Zustimmung der italienischen Regierung von Noradungian und dem Ingenieur Nogara ausgearbeitet worden. Die Italiener haben auf Bitte der Türkei die kriegerischen Maßnahmen im Ägäischen Meere während der Verhandlungen eingestellt. Sollten diese in ungefähr 10 Tagen zu keinem Resultat geführt haben, so werden die Italiener den Großmächten ihre der Türkei gestellten Bedingungen mitteilen. Wenn die Großmächte sich weigern werden, die Türkei zur Annahme der italienischen Bedingungen zu bewegen, so wird der Krieg seinen Fortgang nehmen, wobei Italien sich keinerlei weitere Einschränkungen gefallen lassen wird. Ich habe diese Nachricht aus italienischer Quelle und bitte Sie, aus diesem Grunde obiges streng geheimzuhalten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 20. August/2. September 1912. — Nr. 222.

Grey glaubt, daß der Gedanke einer Konferenz, über den Buchanan telegraphiert, jetzt vor Beendigung des Krieges unzeitgemäß sei und unliebsame Folgen in Konstantinopel haben könne, da die dortigen politischen Parteien die Einmischung Europas bereits in ihre Berechnungen einstellen.

Grey hält das Zustandekommen der Konferenz nur dann für möglich, wenn zwischen allen Mächten und besonders zwischen Rußland und Österreich völliges Einvernehmen hinsichtlich des Programmes und der Ziele der Konferenz herrscht, da die Konferenz sonst die Beziehungen der Mächte zueinander nur noch schwieriger gestalten würde.

Die Türkei und Italien sind einem Konferenzgedanken augenscheinlich abgeneigt: die Türkei, weil sie befürchtet, ganz vom Balkan verdrängt zu werden; Italien, weil es augenscheinlich wünscht, allein über das Los der von ihm besetzten Inseln zu bestimmen, was man hier übrigens für unzulässig hält.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 90.

Der Außenminister hat mir gesagt, daß die Friedensverhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen und daß der freundschaftliche Rat einer oder mehrerer Mächte in Konstantinopel zu einem unmittelbaren Abschlusse derselben führen könnte. Die italienischen Delegierten sind noch einmal beauftragt worden, kategorisch zu erklären, daß Italien in der Frage der Souveränität keine Zugeständnisse machen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Oktober 1912. — Nr. 262.

Der hiesige italienische Botschafter hat angefragt, ob die Mächte die Annexion von Tripolis und der Cyrenaika anerkennen würden, sobald die Türkei diese Gebiete evakuiert haben würde. Nicolson hat mir vertraulich mitgeteilt, Grey habe noch keine endgültige Antwort gegeben, da er es für nötig halte, die vorherige Zustimmung des Ministerpräsidenten einzuholen. In Anbetracht der äußersten Wichtigkeit, den Frieden so bald wie möglich abzuschließen, glaubt Nicolson, daß England seine Zustimmung geben wird, aber unter gewissen Vorbehalten hinsichtlich der Handelsrechte ähnlich wie in Tunis und Marokko, und daß außerdem erklärt werden wird, daß die Frage der Inseln des Ägäischen Meeres von den Mächten entschieden werden wird.

Dreizehntes Kapitel.

Die Lage auf dem Balkan vor Ausbruch des ersten Balkankrieges*).

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1912. — Nr. 54.

Die in meinen früheren Berichten erwähnten Gerüchte über Vorbereitungen eines albanischen Aufstandes bestätigen sich. Nach hiesigen Informationen findet die Bewegung in Montenegro Unterstützung und von dort aus werden viel Waffen und Geld verteilt. Die serbische Regierung hat die Bitte der arnautischen Führer um Hilfe zurückgewiesen und ist sehr beunruhigt, daß dieses Mal der Aufstand im Wilajet von Kossovo, in nächster Nähe der serbischen Einflußsphäre, organisiert wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 24. Juli/6. August 1912. — Nr. 536.

Der Außenminister hat mir mitgeteilt, daß die Angriffe der Montenegriner hier starke Erregung hervorgerufen haben, und daß es ihm schwerfällt, seine Kollegen im Ministerium von scharfen Gegenmaßregeln zurückzuhalten. Ich habe dem Minister entgegnet, daß unsere Informationen aus Montenegro seiner Behauptung zuwiderlaufen, daß die Montenegriner und nicht die Türken die Grenze überschreiten und daß er daher die Mitteilungen der türkischen Grenzbehörden genau nachprüfen möge. Ich fügte hinzu, daß bei der jetzigen inneren Lage der Türkei die Pforte alle Zwischenfälle an der mon-

*) Siehe auch Kapitel III u. XIV.

tenegrinischen Grenze vermeiden müsse. Es läge im türkischen Interesse, auch den letzten Zwischenfall auf diplomatischem Wege zu regeln. Zu diesem Zwecke müßten sofortige Verhandlungen mit Montenegro aufgenommen werden, um weiteren Verwicklungen vorzubeugen. Der Minister gab mir von einem an den türkischen Vertreter in Cettinje gesandten Telegramm Kenntnis, in dem die Pforte versichert, sie sei überzeugt, die Regierung König Nikolaus' sei an dem Zwischenfall nicht schuld, und vorgeschlagen wird, eine gemeinsame Untersuchung einzuleiten, um weiteren Verwicklungen vorzubeugen.

Telegramm des russischen Gesandten in Cettinje an den russischen Außenminister vom 6./19. August 1912. — Nr. 125.

Der Zwischenfall von Berana droht zu Verwicklungen zu führen. Unser hiesiger Militäragent telegraphiert heute an den Generalstab, daß Montenegro die Aufständischen mit Waffen, Patronen und Soldaten unterstützt. Dieselben Nachrichten habe ich von dem österreichischen Gesandten Giesl, der befürchtet, daß Montenegro noch zu weiteren aktiven Maßnahmen greifen wird. Ich teile diese Befürchtungen, da Montenegro in den letzten Tagen unbestreitbar militärisch rüstet und der montenegrinische Thronfolger mir neulich unzweideutige Anspielungen auf die kriegerische Stimmung der montenegrinischen Regierung gemacht hat. In einer persönlichen vertraulichen Aussprache hat Giesl der Meinung Ausdruck verliehen, daß nur eine sofortige gleichzeitige Einwirkung Rußlands und Österreichs auf König Nikolaus, der sich völlig unter dem Einfluß einiger seiner Minister befindet, ihn von einem unbedachten Schritt zurückhalten kann. Giesl teilte mir mit, daß er heute um diesbezügliche Instruktionen gebeten habe. Ich eile, dies zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. September/8. Oktober 1912. — Nr. 2102.

Ich telegraphiere nach Sofia, Belgrad und Athen: Privaten Informationen zufolge hat der montenegrinische Ver-

treter Konstantinopel verlassen, nachdem er der Pforte eine Kriegserklärung übergeben hat. Wenn dieser Schritt nicht im Einvernehmen und mit der Zustimmung der andern Balkanstaaten erfolgt ist, so nehmen wir an, daß letztere nicht verpflichtet sind diesem Beispiele zu folgen, um so mehr als der Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht als ein unabwendbarer Ausbruch des Krieges zwischen der Türkei und Montenegro aufgefaßt zu werden braucht. Sogar kriegerische Zusammenstöße zwischen beiden Staaten können durch die Einwirkung der Mächte auf beide Seiten zum Stehen gebracht werden, ohne daß hierbei für die vitalen Interessen Montenegros und der Türkei eine ernste Gefahr entsteht. Wenn es sich bewahrheitet, daß Montenegro selbständig vorgegangen ist, weisen Sie die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, auf die große Verantwortung hin, welche auf sie fallen würde, wenn sie entgegen den Vorstellungen der Mächte handeln würde, welche sich ja bereit erklären, die Frage der Reformen in der Türkei in ihre eigenen Hände zu nehmen. Gleichzeitig beauftragen wir unseren Botschafter in Konstantinopel, auf die Türkei in beruhigendem Sinne einzuwirken.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Sofia vom 17./30. Mai 1912.

Die Ankunft einer besonderen bulgarischen Mission, an deren Spitze sich Danew befand, nach Jalta hat mir die Möglichkeit gegeben, mich mit ihm über die hauptsächlichsten internationalen, Bulgarien berührenden Fragen auszusprechen.

Danew hat die Unterredung mit ziemlich unversöhnlichen Ausführungen begonnen. Er wies darauf hin, wie schwer es die große Finanzlast für Bulgarien mache, sich in beständiger Kriegsbereitschaft zu befinden, ohne die Möglichkeit zu haben, die jetzigen Schwierigkeiten der Türkei auf diplomatischem Wege auszunutzen. Um so nötiger wird für Bulgarien die sofortige Lösung der mazedonischen Frage. Als Folge der türkischen Verwaltung dieses Gebietes verliert das bulgarische Element an Boden. Diese Lage führt viele Kreise in Bulgarien zu dem Glauben, man müsse die zu Bulgarien strebenden türkischen

Gebietsteile mit Waffengewalt an sich bringen. Es ist mir nicht schwergefallen, Danew zu beweisen, wie wenig ein aktives Vorgehen Bulgariens und die sich hieraus ergebenden Verwicklungen auf dem Balkan der russischen öffentlichen Meinung und unserer Regierung gefallen würden und wie unwahrscheinlich es sei, daß die Ereignisse im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes eine für Bulgarien günstige Wendung nehmen. In den folgenden Unterredungen habe ich Danew in dieser Beziehung beruhigt gefunden.

Was die unmittelbaren russisch-bulgarischen Beziehungen anbelangt, speziell den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Rußland und Bulgarien, so versuchte Danew mich davon zu überzeugen, wie wünschenswert es sei, das Wilajet von Adrianopel in die Bulgarien zugewiesene Interessensphäre mit einzubeziehen. Ich erwiderte, daß Adrianopel nicht zum Gebiet Bulgariens, wie es im Vertrage von San Stefano bestimmt wurde, gehöre und daß außerdem im Falle der Verwirklichung der bulgarischen nationalen Bestrebungen Adrianopel seine jetzige Bedeutung eines türkischen Vorpostens verlieren werde, da in diesem Falle die Türkei selbst zu einer Macht zweiten Ranges hinabsinken werde.

Sodann bat Danew, wir sollten möglichst bald unsere Zustimmung zur Abänderung der Kapitulationen geben, wobei es wünschenswert wäre, daß Österreich uns in dieser Frage nicht zuvorkomme. Ich habe mich enthalten, eine bestimmte Antwort zu geben, und habe nur angedeutet, daß eine günstige Lösung dieser Frage teilweise von Bulgarien selbst abhängt.

Sodann hat Danew gebeten, wir sollten den Abschluß eines Zollverbandes mit Serbien begünstigen; ebenso eine enge Verbindung zwischen den Offizieren der russischen und bulgarischen Armee zulassen. Ich habe die Erfüllung dieser beiden Wünsche in Aussicht gestellt. Danew beklagte sich über angebliche Unaufrichtigkeit französischer Regierungs- und Finanzkreise in der Frage einer bulgarischen Anleihe in Paris. Ich habe versprochen, die bulgarischen Bestrebungen durch unseren Botschafter in Paris unterstützen zu lassen, und seither haben in der Tat die Erklärungen Iswolskys günstige Resultate für Bulgarien gezeitigt. Sodann besprachen wir die Beziehungen

Bulgariens zu den andern Balkanstaaten. Hinsichtlich Rumäniens betonte Danew mit Unwillen, daß alle Versuche, die gegenseitigen Beziehungen freundschaftlicher zu gestalten, erfolglos geblieben sind, und daß Bulgarien zu zweifeln anfange, ob es je möglich sein wird, ein solches Resultat zu erzielen. Immerhin werden zwischen beiden Königreichen Verhandlungen in der speziellen Frage der Schiffahrt auf der Donau geführt, um zu versuchen, den beständigen österreichischen Einmischungen vorzubeugen. Übrigens erwähnte Danew, daß Österreich bereit sei, einen bulgarischen Vertreter in die Donaukommission zuzulassen, der Zulassung eines serbischen Vertreters jedoch seine Einwilligung verweigere.

Mit Griechenland führt Bulgarien schon seit einiger Zeit Verhandlungen über den Abschluß eines defensiven Bündnisses, welches sich jedoch nicht auf die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Griechenland und der Türkei, Kretas wegen, bezieht. Danew gab zu, daß es außerordentlich schwerfalle, sich auf eine Teilung der gegenseitigen Interessensphären in Mazedonien zu einigen; ebenso biete die Kirchenfrage Schwierigkeiten. Er fügte hinzu, daß Bulgarien diese Verhandlungen geheimhält und daß Griechenland seinerseits keine Kenntnis von dem Bestehen eines serbisch-bulgarischen Bündnisses hat. Ich habe natürlich diese Zurückhaltung unter den obwaltenden Verhältnissen gebilligt.

Hinsichtlich Montenegros besprachen wir die Möglichkeit, dieses Land an dem serbisch-bulgarischen Bündnisse teilnehmen zu lassen. Ich betonte, daß ich ein solches Vorgehen für einen Fehler halten würde, da zwischen Montenegro und Serbien offene Feindschaft besteht und ein jeder politische Vertrag unaufrichtig sein würde, abgesehen davon, daß ein derartiges Bündnis sofort Österreich bekannt werden würde.

Sehr interessant war für mich die kategorische Behauptung Danews, daß Österreich im Jahre 1908 versucht habe, Bulgarien auf seine Seite hinüberzuziehen und zwar durch das Versprechen der Überlassung Mazedoniens und die Hoffnung einer Teilung Serbiens. Die Bulgaren hätten diese Eröffnungen zurückgewiesen und in dieser Beziehung sei das bulgarische Volk mit dem König durchaus einig. Überhaupt hätte König Ferdinand

in letzter Zeit seine Gefühle zu Serbien und König Peter verändert.

Auszug aus einem sehr vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Der bulgarische Finanzminister Todorow hat hier einige Tage zugebracht, um mit der französischen Regierung und den französischen Banken über die bevorstehende Anleihe zu verhandeln. Auf Grund der von mir erhaltenen Instruktionen habe ich ihn hierbei tatkräftig unterstützt und hat Todorow Paris, über die erzielten Resultate sehr befriedigt, verlassen. . . .

Todorow ist überzeugt, und diese Überzeugung wird auch von den übrigen Mitgliedern der bulgarischen Regierung geteilt, daß eine schnelle Beendigung des italienisch-türkischen Krieges durchaus nicht im Interesse Bulgariens liege. Der jetzige Kampf muß letzten Endes alle beiden Staaten aufs äußerste schwächen und diese beiden Staaten gehören zu denjenigen Mächten, die dem Slawentum und den slawischen Balkanstaaten im Prinzip feindlich gegenüberstehen. Die Führer aller politischen Parteien in Bulgarien sind der Ansicht, daß eine derartige Konjunktur sich lange nicht mehr wiederholen wird, und daß deshalb Bulgarien einen unverzeihlichen Fehler begehen würde, wenn es nicht den Versuch machte, dieselbe zur Erreichung seiner historischen Bestrebungen auszunützen. Von diesem Standpunkte aus steht die bulgarische Regierung dem Gedanken einer Konferenz zur Beendigung des italienisch-türkischen Konfliktes in seinem jetzigen Stadium ablehnend gegenüber. Eine Konferenz wird nötig werden, aber erst wenn die Ereignisse sich weiter entwickelt haben werden und Fragen entstehen, deren Lösung von Europa abhängt. Eine derartige Stellungnahme Bulgariens zum Kriege müsse, wie Todorow sagt, in Rußland keine Beunruhigung hervorrufen. Die Regierung Geschows ist stark genug, um in ihrer abwartenden Haltung zu verharren, bis der günstige Augenblick eintritt. Ihre nächste Aufgabe erblicke die bulgarische Regierung in der Feststellung eines gemeinsamen Aktionsplanes mit den andern Balkanstaaten. Das Bündnis mit Serbien ist der erste günstige

Schritt in dieser Richtung. Nun muß man alles daran wenden, um Rumänien zu veranlassen, sich nicht dem Vordringen Bulgariens nach dem Süden zu widersetzen, und Todorow glaubt, daß dies um den Preis einer Grenzberichtigung bei Silistria möglich sein wird.

Endlich finden jetzt Verhandlungen mit Griechenland statt, welche wahrscheinlich zur Gemeinsamkeit der Interessen Bulgariens und Griechenlands führen werden. Die bulgarische Regierung ist fest entschlossen, keine Versuche zu machen, die russische Regierung gegen ihren Willen in aktive militärische Maßnahmen hineinzuziehen, aber andererseits müsse Rußland Bulgarien freie Hand lassen, je nach dem Gang der Ereignisse und dem Eintreten günstiger Bedingungen den einen oder andern Entschluß zu fassen, wobei die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Italien nicht ausgeschlossen sei, welch letzteres angeblich bereits Andeutungen in diesem Sinne gemacht habe.

Bulgarien gibt zu, daß Konstantinopel und die Meerengen die spezielle Sphäre der russischen Interessen bilden, und rechnet mit der Möglichkeit, daß wir uns abseits halten werden, bis diese Interessen berührt werden. Dies wäre für Bulgarien sogar insofern vorteilhaft, als eine Zurückhaltung Rußlands Österreich an einer Einmischung verhindern wird, und die allgemeine Liquidierung wird dann von Europa vorgenommen werden, wahrscheinlich auf einem Kongreß oder einer Konferenz, wobei Rußland nicht nur von Frankreich und England, sondern auch von Italien unterstützt werden würde.

Obiges gibt die langen Erklärungen Todorows möglichst genau wieder. Nachdem ich ihm aufmerksam zugehört, erwiderte ich, daß ich mich eines sachlichen Urteiles enthalte, daß ich ihn aber darauf aufmerksam machen müsse, wie schwer es fallen würde, seinen Plan auszuführen, namentlich was Österreich anbelangt, welches selbst im Falle unserer Passivität sich kaum einer aktiven Einmischung enthalten wird. Auf meine Frage, was König Ferdinand von diesem Plane halte, erwiderte Todorow, daß der König in letzter Zeit die wirklichen historischen Aufgaben Bulgariens verstehe und mit seinem Volk und seiner Regierung solidarisch sei. Ein Beweis sei seine Zustimmung

zu dem bulgarisch-serbischen Bündnis. Andererseits müssen wir im Auge behalten, daß er im kritischen Augenblicke jede Hand, die ihm Hilfe anbietet, ergreifen wird.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912.

Poincaré hat mit mir über den Besuch des bulgarischen Königs in Wien und Berlin gesprochen und seine Beunruhigung über die Ziele und den Charakter dieser Besuche geäußert. Die dem Könige erwiesenen Ehrenbezeigungen haben ihn überrascht und er hegt unwillkürlich den Verdacht, daß dieselben auf irgendwelche geheime, von König Ferdinand Österreich und Deutschland gegenüber übernommene Verpflichtungen hinweisen. „Sie wissen," sagte er, „daß die französische Regierung nur deshalb bereit gewesen ist, die bulgarische Anleihe in Paris zu erleichtern, weil die russische Regierung ihr erklärt hat, daß Bulgarien nach Abschluß eines geheimen Bündnisses mit Serbien fest entschlossen ist, sich auf die Seite der drei Ententemächte zu stellen. In Anbetracht des entscheidenden Einflusses, den König Ferdinand auf die bulgarische Politik, hauptsächlich die ausländische, ausübt, glauben Sie nicht, daß, ehe wir Bulgarien bedeutende Mittel zur Verfügung stellen, wir die wirklichen Absichten des Königs genau feststellen und von ihm in der einen oder andern Form eine Garantie verlangen sollten, daß er den obenerwähnten Entschluß der bulgarischen Regierung seinerseits gutheißt?" Sodann lenkte Poincaré meine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß das Gerücht von der Unterzeichnung eines geheimen bulgarisch-serbischen Abkommens bereits in die Presse gelangt sei. Er weiß nichts über die Quelle dieser Gerüchte. Der „Temps" behauptet, daß er diese Nachricht von seinem Petersburger Korrespondenten erhalten habe. In anderen Redaktionen behauptet man, daß ein französischer Korrespondent den Wortlaut des Abkommens in Petersburg gesehen habe. Der frühere französische Gesandte in Sofia Paléologue nimmt an, daß dieses Gerücht aus dem Palais ausgehe und irgendwelchen verwickelten Plänen König Ferdinands dienen solle.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. Juni/8. Juli 1912. — Nr. 1266.

Nr. 1. Wir erhalten aus Sofia Nachrichten über die kriegerische Stimmung, die in einigen bulgarischen Kreisen zutage tritt. Wir erteilen unserem Gesandten in Sofia die Ihnen unter Nr. 2 mitgeteilten Instruktionen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Sofia vom 25. Juni/8. Juli 1912.

Nr. 2. Alles von Ihnen Mitgeteilte wird in unsere Berechnung eingestellt werden. Ich bitte Sie, Ihre Aufmerksamkeit nach wie vor der Entwicklung der kriegerischen Stimmung in Sofia zuzuwenden. Es erscheint jedoch wünschenswert, den Bulgaren zu verstehen zu geben, daß nach unsern sehr geheimen Informationen die Möglichkeit unmittelbarer Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei nicht ausgeschlossen ist. Dieser Umstand würde einem bulgarischen Vorgehen die praktische Grundlage entziehen und müßte die jetzige Konjunktur sehr zuungunsten Bulgariens verändern: Bulgarien würde sich der Türkei gegenüber allein sehen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 115.

Auf meine Frage über das Bestehen einer Militärkonvention zwischen Bulgarien und Montenegro hat Geschow ausweichend geantwortet, daß „die bulgarische Regierung bestimmte Vorschläge von König Nikolaus erhalten hat", daß sie aber noch nicht endgültig geantwortet habe. Ich bin jedoch überzeugt, daß die Militärkonvention fertiggestellt, wenn auch noch nicht unterzeichnet ist. Der sich ausbreitende Aufstand der Malissoren ist ein Beweis, daß Bulgarien sich die Möglichkeit geschaffen hat, in allerkürzester Zeit einzugreifen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Juli 1912. — Nr. 494.

Der hiesige englische Geschäftsträger ist von Grey benachrichtigt worden, der serbische Geschäftstäger in Berlin habe

dem deutschen Unterstaatssekretär kriegerische Erklärungen abgegeben, worauf ihm zu Ruhe und Besonnenheit geraten worden ist. Ich habe dem englischen Geschäftsträger gesagt, daß mir über kriegerische Absichten Serbiens nichts bekannt sei.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 8./21. Juli 1912. — Nr. 89.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 494. Der serbische Vertreter in Berlin hat augenscheinlich nur seiner persönlichen Ansicht Ausdruck verliehen, denn, wie aus meinen Berichten ersichtlich, ist Serbien irgendwelchen kriegerischen Plänen durchaus abgeneigt. Der beste Beweis: der König ist nach Koseiljatch zur Kur gefahren; Pasitch hat das Übergangsministerium beibehalten, ist in die Provinz gefahren und begibt sich sodann nach Marienbad; der Ministerpräsident Trifkovitch fährt Mittwoch nach Deutschland zur Kur. Bei alledem muß ich jedoch zugeben, daß die allgemeine Beunruhigung sich hier nicht gelegt hat, sondern im Gegenteil noch gewachsen ist, da von allen Seiten beunruhigende Nachrichten eintreffen. In England scheint man die Ansicht zu haben, daß eine Revolution und Blutvergießen in der Türkei unausbleiblich sind. Bulgarische und andere Informationen bestätigen diese Gerüchte. Österreich veranstaltet ganz offen Angriffsmanöver bei Ostrowa gegen die Morawa, in der Gegend der Matchva und der Drina. Ohne Zweifel werden die Serben gezwungen sein, einige Vorsichtsmaßregeln zu treffen, um durch die Ereignisse nicht überrascht zu werden und um wenigstens teilweise ernsten politischen Verwicklungen auf dem Balkan vorbeugen zu können.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 10./23. Juli 1912. — Nr. 91.

Der serbische Außenminister ist von den Erklärungen des serbischen Vertreters in Berlin sehr überrascht, da sie durch nichts hervorgerufen worden seien. Er hat alles bestätigt, was ich Ihnen gestern telegraphiert habe, und hinzugefügt, daß auch der Kriegsminister seiner Gesundheit wegen ins Ausland ge-

fahren sei. Heute hat man hier sehr beunruhigende Nachrichten aus Konstantinopel erhalten, denen zufolge die Entthronung des Sultans am Jahrestage des 10. Juli geplant sei.

Telegramm des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 16./29. Juli 1912. — Nr. 54.

Der österreichisch-ungarische Außenminister stellt aufs entschiedenste die Richtigkeit der Mitteilung des serbischen Konsuls in Budapest in Abrede. Bis jetzt hat Österreich keine eigentlichen militärischen Maßnahmen getroffen, man weiß aber wohl, welche Nervosität in Belgrad herrscht.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Belgrad an das russische Außenministerium vom 7./20. August 1912. — Nr. 108.

Der serbische Außenminister hält den Vorschlag Österreichs, soweit er sich auf eine Dezentralisierung der türkischen Gewalt bezieht, für eine Fortsetzung der Politik Aehrenthals, der bestrebt war, ein autonomes Albanien aus den Wilajets von Kossovo, Monastir, Janina und Skutari zu schaffen, welche sich zu den vier Nachbarstaaten hingezogen fühlen. Deshalb können letztere dem Vorschlage Berchtolds nicht zustimmen, welcher gegen ihre albanischen Interessen gerichtet und kaum geeignet ist, eine Beruhigung herbeizuführen. In diesem Sinne hat sich der Außenminister dem österreichischen Geschäftsträger gegenüber ausgesprochen. Er hofft in dieser Frage eine Einigung mit den Bulgaren zu erzielen. Ich bitte um Instruktionen. Ich begnüge mich fürs erste darauf hinzuweisen, daß Rußland nach wie vor der Beschützer der Slawen überhaupt ist und die ihm so nahen Interessen und Bedürfnisse Serbiens genau kennt. Presse und öffentliche Meinung drücken ihr völliges Mißtrauen zu den angeblich selbstlosen Absichten Österreichs aus, welches durch sein jetziges Auftreten einen neuen Beweis liefert, daß es an der Erhaltung der Wirren auf dem Balkan Interesse findet.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 14./27. September 1912. — Nr. 141.

Die türkische Mobilisation ruft immer noch Erregung hervor. Die Erklärung der Türkei, bestimmte Truppenteile seien

wegen der schon früher in Aussicht genommenen Manöver zu den Fahnen gerufen worden, findet hier natürlich gar keinen Glauben, denn es werden fast alle Truppen der europäischen Türkei zusammengezogen, was aus verschiedenen Quellen bestätigt wird. Meine Aufgabe war es, die hiesige Regierung zu bewegen, sich nicht mit Repressivmaßregeln zu beeilen. Pasitch hat meinem Standpunkt beigepflichtet und hat der bulgarischen Regierung, die eine sofortige serbisch-bulgarische Mobilisation verlangte, telegraphiert, man solle den Beginn und die Ausführung dieser Maßnahme so lange als möglich hinausschieben. Augenscheinlich haben Serbien und Bulgarien verabredet, daß ihre allgemeine Mobilisation am 16. September beginnen und bis zum 25. oder 26. September dauern wird, wobei Serbien Manöver als Vorwand gebrauchen wird. Auf diese Weise haben wir 20 Tage vor uns, während deren es uns vielleicht möglich sein wird, die Türken zu zwingen, von der Mobilisation abzusehen; denn stehen sich einmal beide Armeen gegenüber, so wird ein Gewehrschuß genügen, um den Brand zu entfachen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 17./30. September 1912. — Nr. 731.

Dringend. Der hiesige serbische Gesandte hat mir mitgeteilt, er sei von Pasitch beauftragt worden, von der Pforte Erklärungen über die Einberufung der Reservedivision von Üsküb und Mitrovitza zu verlangen; ebenso die Freigabe des zurückgehaltenen Kriegsmaterials oder dessen Rücksendung nach Marseille. Der serbische Vertreter hat der Pforte erklärt, daß er zwei Tage auf eine Antwort warten werde, worauf er werde abreisen müssen. Die Festsetzung einer zweitägigen Frist wird bei der jetzigen erregten Stimmung der Türken die allgemeine Erbitterung nur noch steigern.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 17./30. September 1912. — Nr. 734.

Der serbische Vertreter teilt mir über seine Verhandlungen hinsichtlich des zurückgehaltenen Kriegsmaterials folgendes mit:

In Beantwortung seines Protestes und der Erklärung, daß die Politik Serbiens der Türkei gegenüber freundschaftlich geblieben sei, hat der türkische Außenminister geantwortet, daß, sobald die Erklärungen des serbischen Vertreters in schriftlicher Form wiederholt werden, das Kriegsmaterial durchgelassen werden wird. Sonnabend hat der Gesandte der Pforte mitgeteilt, daß er eine derartige schriftliche Erklärung nicht geben könne, worauf der türkische Außenminister ihn nochmals gebeten hat, Pasitch telegraphisch um die Ermächtigung zu einer solchen Erklärung zu bitten. Bis jetzt ist keine Rede davon gewesen, das Kriegsmaterial nach Marseille zurückzuschicken.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1912.

Ich habe mit Berchtold eine lange Unterredung gehabt, in deren Verlauf er sich bemüht hat, seine freundschaftlichsten Gefühle Rußland gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Er ist mit dem Gespräch des österreichischen Botschafters mit Ihnen über die Kaiserzusammenkunft in Baltischport außerordentlich zufrieden, sowie mit dem mit dem Deutschen Reichskanzler stattgefundenen Meinungsaustausche über alle laufenden Fragen. Auch Bethmann Hollweg hat ihm vertraulich über die verschiedenen politischen Unterredungen Mitteilung gemacht. Wie mir Berchtold sagte, wünscht auch Österreich das Seinige zur Erhaltung des Friedens beizutragen.

Die Nachrichten von einer republikanischen Bewegung auf dem Balkan, über die unser Gesandter in Sofia angeblich berichtet, sind auch bis zu ihm gedrungen, aber Berchtold hofft, daß diese Nachrichten übertrieben sind. Immerhin hält er die Lage in der Türkei und in Albanien für sehr gefahrdrohend. Alles wird davon abhängen, wie weit die türkische Armee dem Sultan treu bleiben und nicht zu Albanien übergehen wird. Die letzten Berichte der österreichischen Agenten in Albanien sind beunruhigend. Berchtold denkt, man müßte auf die Regierungen Bulgariens und Serbiens einwirken, um ihnen jede Lust zu einer Einmischung zu nehmen; sollte aber der Brand entfacht werden, so müßten die Mächte sich bemühen, den Kampf zu lokalisieren, und sich jeder Einmischung enthalten. Aus diesen Worten schließe

ich, daß Berchtold seine Regierung gegen den Vorwurf eines Vordringens auf dem Balkan hat rechtfertigen wollen, da wahrscheinlich das Berliner Kabinett ihm von unseren Befürchtungen vertraulich Mitteilung gemacht hat. Der Minister verläßt in diesen Tagen Wien, behält aber die Leitung des Ministeriums bei.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in Wien vom 5./18. August 1912.— Nr. 1566.

Wird den russischen Vertretern in Paris, London, Berlin, Rom und Konstantinopel mitgeteilt. Der österreichisch-ungarische Botschafter hat uns ein Memorandum überreicht, in dem das Wiener Kabinett den Mächten vorschlägt, in einen Meinungsaustausch über die Lage auf dem Balkan einzutreten. Die österreichische Regierung begrüßt die Absicht der Pforte, den Albaniern gewisse Privilegien zuzugestehen, und findet, daß die übrigen Nationalitäten der europäischen Türkei mit diesem ersten Schritte zu einer administrativen Dezentralisation sehr zufrieden sein müßten, da sie in Zukunft dieselben Vorteile für sich verlangen könnten. Bulgarien, Griechenland und sogar Serbien sind aber geneigt, in den den Albaniern gemachten Zugeständnissen eine Bedrohung der Interessen der anderen Nationalitäten zu erblicken, und die Stimmung in Bulgarien scheint derart zu sein, daß für die friedliche Politik des Ministeriums Geschow ernstliche Schwierigkeiten entstehen könnten.

Die österreichisch-ungarische Regierung schlägt deshalb vor, einerseits die neue Richtung der inneren Politik in Konstantinopel zu unterstützen und andererseits bei den Balkanstaaten Vorstellungen zu erheben, um ihnen zu zeigen, daß die jetzige Politik der Türkei den Interessen der ihnen verwandten Nationalitäten in der Türkei entspricht und daß sie sich daher aller Schritte zu enthalten haben, die die Ruhe auf dem Balkan bedrohen könnten.

Der Minister Sasonow hat dem Botschafter geantwortet, daß er mit Ratschlägen in Konstantinopel einverstanden ist, solange sie sich nicht auf allzu weitgehende Autonomie beziehen, doch müssen diese Ratschläge nicht den Charakter von kollektiven Vorstellungen annehmen, da diese der türkischen Regierung unangenehm sein könnten. Was jedoch die Schritte bei den

Balkanstaaten anbelangt, so hätten sie unserer Ansicht nach, nachdem wir bereits zur Ruhe und Besonnenheit geraten haben, keine praktische Bedeutung und könnten unter gewissen Bedingungen sogar das entgegengesetzte Resultat haben, indem sie die Stellung der Regierung schwächen würden. Deshalb muß dieser Teil des österreichischen Vorschlages sehr reiflich erwogen werden. Zum Schluß hat der Minister mit Befriedigung festgestellt, daß das Wiener Kabinett in Balkanfragen auf dem im Jahre 1910 vereinbarten Standpunkte steht, d. h. der Beruhigung auf dem Balkan, der Erhaltung des status quo und des Prinzips der friedlichen Entwicklung der Balkanstaaten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an die russischen Vertreter in Paris und London vom 5./18. August 1912. — Nr. 1564.

Der bulgarische und serbische Vertreter haben uns im Auftrage ihrer Regierungen gebeten, die Initiative zu ergreifen, um der christlichen Bevölkerung der europäischen Türkei dieselben Rechte zu sichern, wie sie jetzt die Albanier als Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Türkei erhalten sollen. Diese Bitte ist durch die schwierige Lage ihrer Regierungen infolge der in diesen Ländern herrschenden Erregung an uns gerichtet worden. Diese Erregung würde noch zunehmen, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Albanier, nachdem sie zu den Waffen gegriffen, bedeutende Resultate erzielt haben, während die übrigen Nationalitäten dem Willen der Mächte nachgebend unter den früheren unleidlichen Bedingungen weiterleben müssen.

Unsererseits glauben wir, daß der Schritt Bulgariens und Serbiens in Petersburg in Anbetracht der Vorschläge des Grafen Berchtold nicht ohne Beachtung bleiben darf. Obwohl dieser annimmt, daß die Reformen in Albanien natürlicherweise auch auf die andern Nationalitäten ausgedehnt werden, so steht doch zu befürchten, daß Ansichten und Ratschläge nicht genügen werden, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Wir glauben, es wäre das richtigste, die Wünsche der bulgarischen und serbischen Regierung bis zu einem gewissen Grade zu erfüllen. Zu diesem Zwecke muß man die den Albaniern gewährten Vorrechte nach Möglichkeit einschränken und von der

türkischen Regierung das Versprechen erhalten, dieselben Vorrechte auch den übrigen Nationalitäten zu bewilligen. Die Initiative in letzterer Hinsicht könnte den Türken überlassen bleiben, nachdem die Botschafter in Konstantinopel ein Einvernehmen mit der Türkei erzielt haben werden.

Diese unsere Meinung befindet sich, wie uns scheint, nicht im Widerspruch mit den Vorschlägen Berchtolds.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. August 1912. — Nr. 152.

In Beantwortung des österreichischen Vorschlages hat Poincaré an den französischen Botschafter in Wien ein Telegramm folgenden Inhaltes gerichtet: Frankreich würde der Türkei gerne raten, die Vorrechte, die sie den Albaniern zugestehen will, auch auf die anderen christlichen Nationalitäten auszudehnen. Frankreich kann es jedoch nicht auf sich nehmen, eine Veränderung des status quo herbeizuführen. Unter dieser Bedingung ist es bereit, in einen Meinungsaustausch einzutreten. Selbstverständlich wird es keinen Beschluß fassen, ohne sich vorher mit Rußland und England verständigt zu haben.

Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister vom 2./15. August 1912.

Ich habe es nicht unterlassen, Berchtold so bald wie möglich über seine Ansicht über die Vorgänge auf dem Balkan zu befragen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß er nicht weniger als wir den Konflikt zu lokalisieren wünscht. Die Gefahr dieses Konfliktes erblickt er nicht nur in dem letzten montenegrinischen Grenzzwischenfall, sondern in Ereignissen in der Art der Metzeleien von Kotschan, welche ein aktives Eingreifen Bulgariens hervorrufen könnten. Den Schlüssel zu der politischen Lage erblickt er in Konstantinopel: gelingt es der Regierung sich zu halten, so besteht Hoffnung, den Konflikt zu lokalisieren, während es unmöglich ist, die Folgen einer Anarchie oder sogar längerer Wirren vorherzusehen.

Zu obigem erlaube ich mir folgende Erwägungen hinzuzufügen: Obwohl hier ohne Zweifel eine unruhige Militär-

partei besteht und obwohl Österreich vorbereitende Maßregeln getroffen hat, über die ich in meinem Bericht Nr. 29 Einzelheiten mitteile, so bin ich doch überzeugt, daß kein ernster Grund zur Befürchtung vorliegt, daß Österreich im jetzigen Zeitpunkte agressive Ziele auf dem Balkan verfolgt. Man weiß hier wohl, zu welchen Folgen eine solche Politik führen kann: sie wäre das Signal zum europäischen Kriege. Und ein solcher Krieg ist für Österreich zu gefährlich, als daß es, ebenso wie irgendein anderes Land, mit vollem Bewußtsein eine solche Katastrophe hervorrufen würde.

Für Österreich ist der Krieg vielleicht noch weniger wünschenswert als für eine andere Großmacht, in Anbetracht sowohl seiner finanziellen als auch seiner militärischen Unvorbereitetheit.

Obwohl ich überzeugt bin, daß Österreich augenblicklich keine aggressiven Ziele verfolgt, so bin ich nicht weniger überzeugt, daß Österreich, trotz seiner jetzigen militärischen Schwäche, der Versuchung nicht widerstehen wird, sich aktiv zur Verteidigung derjenigen Ziele einzumischen, welche es als seine historische Mission auf dem Balkan betrachtet, wenn diese Ziele bedroht sein sollten. Eine solche Bedrohung würde man in jeder Veränderung des status quo auf dem Balkan erblicken. Ich kann nicht beurteilen, wie die hiesige Regierung eine Verletzung des status quo in den türkischen Meerengen betrachten würde, aber ich kann nicht leugnen, daß, als die Nachricht von dem Abschlusse der russisch-französischen Marinekonvention bekannt und die Meerengenfrage hiermit in Verbindung gebracht wurde, die hiesige Presse deutlich von einer Bedrohung des berüchtigten status quo zu sprechen anfing. Für den Fall, daß Österreich in die Balkanwirren hineingezogen würde, was aber, wie gesagt, nicht gewünscht wird, trifft man gewisse militärische Maßnahmen, allerdings in bescheidenem Umfange, wie dies der friedlichen Stimmung der Regierung entspricht. Aber diese Maßnahmen werden immerhin getroffen. In Verbindung mit ihnen steht wahrscheinlich auch die Reise Berchtolds nach Rumänien und seine bevorstehende Zusammenkunft mit dem Deutschen Reichskanzler in Buchlau, wo wahrscheinlich über das Maß und die Art der gegenseitigen Unterstützung gesprochen werden

wird, falls die Entwicklung auf dem Balkan eine solche nötig machen sollte.

Zum Schlusse will ich bemerken, daß der allgemeine Ton der hiesigen Presse den Gedanken kaum zuzulassen scheint, daß die Bevölkerung sich in jener erhöhten Stimmung befindet, in der allein man zu einem Angriffsfeldzuge rüsten kann.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 16./29. August 1912.

Wie mir Paléologue mitteilt, habe Georges Louis telegraphiert, in Petersburg gehe das Gerücht, Berchtold wolle eine Konferenz vorschlagen und Sie hätten den Wunsch geäußert, daß die Entente ihm zuvorkomme. Sie wären der Ansicht, daß Frankreich die Initiative ergreifen solle. Dieser Gedanke hat ihm augenscheinlich sehr gefallen. Während ich bei Paléologue war, beriet Poincaré über diese Frage mit dem englischen Botschafter.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 8./21. August 1912.

Bollati erblickt in dem österreichischen Vorschlage den bemerkenswerten Umstand, daß das Wiener Kabinett sich auf den Standpunkt der Vereinbarung des Jahres 1910 gestellt hat, d. h. der Erhaltung des status quo und des Grundsatzes der friedlichen Entwicklung. Im Prinzip dem österreichischen Vorschlage oder vielmehr dessen zweitem Teile zustimmend, da ja der erste Italien nicht betrifft, glaubt die italienische Regierung ebenso wie wir, daß die von Österreich vorgeschlagenen Schritte in den Balkanhauptstädten gefährlich werden könnten. Er ist der Ansicht, daß die österreichische Initiative ein toter Buchstabe bleiben wird. Heute haben mich die Vertreter der Balkanstaaten besucht und mir erklärt, daß ihre Regierungen durch den österreichischen Vorschlag außerordentlich beunruhigt worden seien. Ich habe sie zu beruhigen versucht, indem ich erklärte, daß die russische Regierung auf ihre politische Klugheit zählt und kaum neue Ratschläge erteilen wird. Der bulgarische Gesandte erklärte, daß, wenn die Türkei sich weigert, augenblick-

lich Reformen in Mazedonien einzuführen und einen christlichen Gouverneur zu ernennen, seine Regierung gezwungen sein wird, der Türkei sofort den Krieg zu erklären, da sonst eine Revolution in Bulgarien ausbrechen würde.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 19. August/1. September 1912.

Paléologue hat mir vertraulich mitgeteilt, daß die englische Regierung mit einem Meinungsaustausche unter den Ententemächten einverstanden sei, daß sie aber darauf bestehe, daß etwaige Schritte zusammen von allen fünf Mächten unternommen werden. England denkt an das europäische Konzert und fürchtet alles, was eine Rivalität zwischen den beiden Mächtegruppen hervorrufen könne, vor allem eine neue Verschärfung der österreichisch-russischen Beziehungen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 16./29. August 1912.

Ich brauche nicht mehr auf die gefahrdrohenden Nachrichten hinzuweisen, die aus den Balkanstaaten hierher dringen. Durch den geheimen Abschluß von Bündnissen ermutigt und von ihrer Übermacht überzeugt, haben die Balkanstaaten nur den einen Gedanken, den günstigen Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen und so bald als möglich sich in den Kampf zu stürzen. Diese Bestrebungen haben unter meinen Augen fast stündlich in der immer größer werdenden Nervosität meiner hiesigen Balkankollegen Bestätigung gefunden. Sie alle, und besonders der bulgarische Gesandte, richten beständig die Frage an mich: „Wann wird Rußland endlich zu handeln anfangen?“ Sie werden zugeben, daß eine derartige Stimmung äußerst gefährlich ist. Unter diesen Umständen können die kleinsten Unruhen in Konstantinopel kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan nach sich ziehen. Andererseits sind solche Unruhen um so wahrscheinlicher, als der Kampf der politischen Parteien in Konstantinopel wieder eingesetzt hat. Es ist möglich, daß die allgemeine Spannung so groß werden wird, daß man sich nicht mehr die Frage stellen wird, ob sich auch Rußland in Bewegung

setzt, und daß man wider dessen Willen zu den Waffen greift. Ich glaube, daß das Eintreten dieses Augenblickes von Zufälligkeiten abhängt, nicht von irgendwelchen vorher bestimmten Terminen, und wir müssen daher unverzüglich unsere Maßnahmen treffen. Dies um so mehr, als wir, soviel ich weiß, keine Garantien haben, daß die Ansprüche der Bulgaren sich mit der Errichtung eines Groß-Bulgarischen Reiches in den Grenzen des Vertrages von San Stefano begnügen werden. Ich persönlich bin der Ansicht, daß sie bei den geringsten Hoffnungen auf Erfolg sich nicht nach Süden, sondern nach Osten gegen die Hauptstadt des türkischen Reiches wenden werden. Ich glaube, daß der Umstand, daß wir unvorbereitet sind, nur ein weiterer Beweggrund für sie sein wird, dieses längst ersehnte Ziel zu erreichen, in der Überzeugung, daß wir nicht die Möglichkeit haben, sie daran zu hindern.

Die Möglichkeit, daß wir in so unzeitgemäße Verwicklungen hineingezogen werden können, sowie die Bedrohung unserer historischen Ideale veranlassen mich zu wiederholen, daß wir gerüstet sein müssen, da die von uns befürchteten Ereignisse nur abgewendet werden können, wenn bei uns und bei den Balkanvölkern kein Zweifel darüber besteht, daß wir uns durch dieselben nicht überraschen werden lassen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 114.

Da ein bewaffnetes Vorgehen Bulgariens in allernächster Zeit nicht mehr abzuwenden ist, so erlaube ich mir, Ihnen folgende Erwägung zu unterbreiten: Wenn wir in unserem Interesse nicht zulassen wollen, daß Varna und Burgas von der türkischen Flotte beschossen, türkische Truppen längs des ganzen Ufers Bulgariens gelandet, die Kabelverbindung Odessa-Varna und unser Handel mit Bulgarien unterbrochen werden — so muß unsere Schwarzmeer-Flotte in weniger als zwei Wochen zum Auslaufen bereit sein. Ich wiederhole den in meinem Briefe vom 24. August ausgedrückten Gedanken, Rußland müsse erklären, daß es keine Störung auf dem ganzen Westufer des Schwarzen Meeres zulassen werde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Pforte nachgeben und sich verpflichten wird, ihre Flotte

nicht in das Schwarze Meer zu schicken; aber um dies zu erreichen, muß sowohl die Türkei als auch Europa wissen, daß unsere Flotte bereit ist und ein Landungskorps an Bord nehmen kann.

Sehr geheimes Schreiben des stellvertretenden russischen Außenministers an den Vorsitzenden des Ministerrats Staatssekretär Kokowzew vom 10./23. Oktober 1912.

Vor einiger Zeit regte das Kriegsministerium die allgemeine Frage darüber an, welche Aufgaben das Ministerium des Auswärtigen dem Militärressort mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage seinerseits als zweckmäßig zuerkennen würde.

Da diese Frage mit der Festsetzung allgemeiner, von der Regierung zu lösender Aufgaben eng zusammenhängt, halte ich es für meine Pflicht, folgende Erwägungen zu Ihrer Kenntnis zu bringen, die das Ministerium des Auswärtigen bei ihrer Beurteilung für notwendig halten würde.

In dem soeben begonnenen Balkankriege müssen folgende zwei Umstände beachtet werden: erstens die Beschränktheit der Hilfsmittel der beiden kriegführenden Teile, insbesondere der Balkanstaaten, und zweitens die Notwendigkeit, mit dem möglichen Erfolge sowohl der Balkanstaaten wie auch der Türkei zu rechnen.

Diese beiden Bedingungen müssen bei der Bestimmung unserer nächstliegenden politischen Aufgaben und militärischen Möglichkeiten notwendig im Auge behalten werden. Das Ministerium des Auswärtigen setzt sich zum Ziele, wenn es möglich erscheint die Mächte zu dem Zwecke zu vereinigen, sich nach den ersten entscheidenden Aktionen in den Krieg einzumischen, bevor die Kräfte der Gegner erschöpft sind. Die Möglichkeit einer solchen Wendung des Krieges in nächster Zukunft ist vorauszusehen.

Da zweierlei Ergebnisse der kriegerischen Aktionen möglich sind, so müssen wir zweierlei für uns gefährliche Schwierigkeiten in Erwägung ziehen.

Falls die Balkanstaaten die Oberhand gewinnen und durch das Ergebnis des Krieges die Unverletzlichkeit des territorialen

status quo in der Türkei bedroht werden sollte, ist sowohl ein diplomatisches wie auch militärisches aktives Vorgehen Österreichs und Rumäniens nicht ausgeschlossen. Auf diese Möglichkeit deuten die kriegerischen Vorbereitungen beider Staaten hin, die geräuschlos und vorsichtig ausgeführt werden und von denen die Berichte unserer militärischen Agenten in Wien und Bukarest zeugen. Vom politischen Standpunkt aus erscheint es zweckmäßig, diesen Maßnahmen unsererseits ebensolche gegenüberzustellen, die ebenfalls mit größter Vorsicht und möglichst geräuschlos durchzuführen sind.

Über den seitens des Militärressorts erfolgten Beschluß, solche Maßnahmen zu treffen, hat das Kriegsministerium bereits am 4. d. M. in der Sitzung des Ministerrats Mitteilung gemacht.

Es muß aber auch die zweite Möglichkeit vorausgesehen werden, nämlich, daß die türkische Armee das Übergewicht erhält, oder jedenfalls, daß die Türkei auf eine Verschleppung des Krieges rechnen wird, wodurch die Balkanstaaten in eine kritische Lage kommen würden. Darauf, daß die Türkei nur dem diplomatischen Druck der Mächte nachgeben und auf Bedingungen, die für ihre Gegner annehmbar sind, eingehen würde, ist kaum zu rechnen, ganz abgesehen von der Schwierigkeit, die Mächte zu einem gemeinsamen Druck zu vereinigen.

Die Vorstellungen unserer Diplomatie werden insoweit ins Gewicht fallen, als sie sich auf eine reale Kraft stützen werden. Es muß als wesentlich erachtet werden, daß es uns möglich ist, im nötigen Moment an unserer kaukasischen Grenze über eine solche Kraft zu verfügen, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Türken einen Teil ihrer Truppen von unserer Grenze auf den Kriegsschauplatz zu bringen scheinen.

Es dürften daher, um vorzubeugen, daß wir von den Ereignissen überrascht werden, auch in unseren an die Türkei grenzenden Gebieten vorsichtige, aber planmäßige Vorbereitungen zur Zeit ebenso zweckmäßig erscheinen wie die obenerwähnten Maßnahmen gegenüber Österreich und Rumänien.

Ich fühle mich verpflichtet hinzuzufügen, daß, wenn jede unnötige Verlautbarung und jeder Lärm äußerst unerwünscht sind, es noch in größerem Maße für unsere Aufgabe der Wahrung

der Interessen Rußlands bei Erhaltung des Friedens als wesentlich erscheint, daß wir und unsere Rivalen das Bewußtsein haben, daß unsere diplomatischen Vorstellungen in gehöriger Weise durch militärische Kräfte unterstützt werden können.

In gleicher Weise dürfen wir auf eine reale Unterstützung Frankreichs und Englands höchstwahrscheinlich nur in dem Maße rechnen, als diese beiden Mächte mit dem Grade unserer Bereitschaft zur Übernahme von Risikos rechnen können.

Zur persönlichen Kenntnisnahme Eurer Exzellenz füge ich eine Abschrift des Telegramms unseres Gesandten in Sofia vom 4. Oktober d. J. — Nr. 175 — bei.

Bericht des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an das russische Außenministerium vom 10./23. Oktober 1912.

Indem ich bei Tag und bei Nacht verschiedene Eventualitäten, die eintreten könnten, in Erwägung ziehe, bleibe ich unwillkürlich bei folgenden drei Möglichkeiten stehen: ein entscheidender Sieg der Balkanstaaten; ein ebensolcher Sieg der Türkei; eine Verschleppung der kriegerischen Aktionen und als deren Folge Unruhen und Gemetzel der Christen in Konstantinopel oder anderen Orten des türkischen Reiches.

Die erstere von diesen Möglichkeiten, die meines Erachtens am wenigsten wahrscheinlich ist, wäre zugleich in ihren Folgen am bedrohlichsten für den allgemeinen Frieden; sie würde die Frage über den Kampf des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanismus sofort in ihrer ganzen historischen Größe in den Vordergrund rücken. In diesem Falle kann man kaum Hoffnung auf irgendwelche Palliativmittel setzen und man muß sich auf einen großen und entscheidenden allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten.

Etwas weniger gefährlich, vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus, jedoch äußerst beschwerlich für uns würde ein entscheidender Sieg der Türkei sein. Ein solcher Sieg würde eine starke Erregung unserer öffentlichen Meinung hervorrufen und uns die Pflicht auferlegen, den slawischen Staaten zu Hilfe zu kommen. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich, daß zur Zeit meiner Verwaltung des Ministeriums des Auswärtigen die damals nicht zustande gekommene Militärkonvention mit

Bulgarien beraten wurde (ob sie später zustande kam, weiß ich nicht). Die Bulgaren erklärten, daß sie, im Falle eines Krieges mit der Türkei allein, von uns keine andere Hilfe verlangten, als die Mobilmachung des kaukasischen Militärbezirks. Ich erinnere mich auch, daß Ende 1906 oder Anfang 1907 der damalige Chef des Generalstabes General Palizyn aus eigenem Antriebe fast einen Krieg mit der Türkei an unserer kaukasischen Grenze angestiftet hätte. Er glaubte naiv, daß ein solcher „kleiner Krieg" lokalisiert bleiben könnte. Mit Hilfe des verstorbenen Stolypin gebot ich diesen Versuchen schroff Einhalt, wobei ich als Hauptargument darauf hinwies, daß jeder Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei, selbst an der kaukasischen Grenze, sofort als Signal zum Vorgehen der Balkanstaaten gegen die Türkei dienen würde. Zur Zeit fällt dieses Argument fort und mir scheint, daß schon jetzt notwendigerweise vorauszusehen ist, daß die Ereignisse uns veranlassen können, zu dem obengenannten verhältnismäßig gefahrlosen, aber gleichzeitig wirksamen Mittel eines Druckes auf die Türkei zu greifen. Da ich fast täglich mit Poincaré zusammenkomme und in vertraulichen Unterredungen mit ihm die verschiedensten Gegenstände berühre, hielt ich es für möglich, auch diese Frage anzurühren mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich lediglich meine persönlichen Ansichten zum Ausdruck bringe und sozusagen laut denke. Zunächst erschreckte ihn mein Gedanke sichtlich. Er erwiderte mir, daß ein solch einseitiges Vorgehen Rußlands die einheitliche Art der Tätigkeit der Mächte verletzen und Österreich zu einem parallelen Vorgehen veranlassen würde. Dieses würde nach seiner Überzeugung eine starke Erregung in England gegen Rußland erwecken und zur Spaltung des Dreiverbandes führen. Ich erwiderte ihm, daß ich nur den Fall eines entscheidenden Erfolges der Türkei im Auge hätte. Österreich sei nicht an der Verstärkung des türkischen Reiches interessiert, sondern nur an der Schwächung der slawischen Staaten; es werde daher im Falle einer Niederlage der letzteren kaum einen Grund zur Einmischung suchen und werde sich zu den Verwickelungen zwischen uns und der Türkei auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wahrscheinlich ruhig verhalten. Für Deutschland seien solche Verwickelungen, die uns von unseren westlichen Grenzen abziehen,

nur vorteilhaft und wünschenswert. Was England betreffe, so liege es in seinem Interesse, keinen Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei zuzulassen und als Vermittler und Friedensstifter aufzutreten. Heute konnte ich mich davon überzeugen, daß meine Unterredung nicht umsonst gewesen war und daß Poincaré sich zu meiner Idee nicht allein mit großer Ruhe, sondern mit einem gewissen Interesse (ich will nicht sagen, mit einiger Sympathie) verhält, als zu einer solchen Form unserer uns aufgezwungenen Einmischung, die für den allgemeinen Frieden am wenigsten gefährlich sein würde.

Ich hoffe, daß Sie mich nicht tadeln werden, weil ich eine so wichtige und heikle Frage eigenmächtig Poincaré gegenüber berührt habe. Es erscheint mir für uns günstig, ihm die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit unserer unter gewissen Umständen notwendigen aktiven Einmischung beizubringen. Wenn wir uns einer solchen Einmischung enthalten werden, machen wir uns dadurch der Dankbarkeit Frankreichs verdient. Tritt aber die Einmischung ein, so wird Poincaré darauf vorbereitet sein und uns eine wertvolle diplomatische Mitwirkung zu ihrer Lokalisierung gewähren können. Ich erlaube mir zu bemerken, daß, wenn wir uns je nach dem Gang der Ereignisse entweder zur Mobilmachung oder auch nur zur Translozierung unserer kaukasischen Truppen entschließen werden müssen, es notwendig erscheint, Poincaré davon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit er uns in entsprechender Weise helfen kann, die Wege in London zu ebnen.

Die dritte Möglichkeit, die Verschleppung der kriegerischen Aktionen ohne entscheidende Erfolge auf der einen oder anderen Seite, dürfte für eine kollektive Vermittlung der Mächte besonders günstig sein und wird uns wahrscheinlich von der Notwendigkeit einer einseitigen aktiven Einmischung befreien. Andererseits kann eine solche Konjunktur entweder in Konstantinopel oder in anderen Orten des türkischen Reiches innere Unruhen und ein Gemetzel der Christen hervorrufen. Es ist sehr schwer, Umfang und Charakter solcher Ereignisse vorauszusehen und die etwa notwendig erscheinenden Maßnahmen vorher zu bestimmen. Ich halte es jedoch für nützlich, Sie bei dieser Gelegenheit an die Verhandlungen zu erinnern, die im Jahre 1896 anläßlich

des armenischen Gemetzels und der in Konstantinopel erwarteten Unruhen zwischen den Mächten stattfanden.

Auf Initiative des französischen Ministers des Auswärtigen Hanotaux wurde der Vorschlag gemacht, in der Nähe der Dardanellen eine Anzahl Kriegsschiffe, mir scheint je zwei von jeder Macht, zu konzentrieren. Die Antwort der russischen Regierung wurde in Form einer sehr geheimen Denkschrift dem französischen Botschafter in Petersburg ausgehändigt und dem Baron Mohrenheim in Paris streng geheim zur persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt. Leider konnte ich diese Denkschrift im Archiv der Botschaft nicht finden, und bisher ist sie auch in dem französischen Ministerium des Auswärtigen nicht aufgefunden worden. Ich erinnere mich, daß, indem wir uns mit dem Vorschlage Hanotaux's einverstanden erklärten, wir einen Vorbehalt bezüglich etwa notwendig erscheinender besonderer Aktionen unserer Schwarzmeer-Flotte machten, wobei, wenn ich nicht irre, die Möglichkeit einer von uns zu erfolgenden Besetzung einiger Punkte des Bosporus vorgesehen wurde. Auf diesen Präzedenzfall habe ich zur Zeit der Konstantinopeler Revolution im Jahre 1908, als dort ebenfalls Unruhen erwartet wurden, aufmerksam gemacht.

Glauben Sie nicht, daß es auch heute nützlich wäre, jenen Präzedenzfall ins Gedächtnis zurückzurufen? In den Gesprächen mit mir erkannte Poincaré wiederholt die Möglichkeit an, unter gewissen Umständen nicht nur rein diplomatische Aktionen vorzunehmen, sondern auch kollektive Demonstrationen entweder aller Mächte oder auch einzelner Gruppen zu veranstalten. Es ist sehr wünschenswert, die Art und Weise solcher Schritte vorher festzustellen und die Kabinette für den Fall ihrer plötzlichen Notwendigkeit darauf vorzubereiten.

Indem ich von einer ruhigen Beurteilung, sogar von einem gewissen Interesse schrieb, das Poincaré für den Gedanken der Möglichkeit eines Druckes Rußlands auf die Türkei durch Mobilmachung oder Translozierung der Truppen im Kaukasus zeigte, habe ich vergessen hinzuzufügen, daß Poincaré mich dennoch sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinwies, vor Beschlußfassung derartiger Maßnahmen alle Mittel einer kollektiven Einwirkung der Mächte auf die Türkei im Falle

ihres siegreichen Vorgehens gegen die Balkanstaaten zu erschöpfen. Poincaré drückte mir dabei die Zuversicht aus, daß eine solche Einwirkung, wenn sie mit der nötigen Einmütigkeit durchgeführt werde, sich wirksam erweisen müsse. Er glaubt auch nach wie vor, daß die Mächte im Falle des Erfolges der türkischen Waffen ihre Vorstellungen bei der Pforte zugunsten ernstlicher Reformen in Mazedonien mit Erfolg fortsetzen könnten. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich an eine solche Möglichkeit sehr wenig glaube, und daß nur eine besiegte und erschöpfte Türkei eine Einmischung der Mächte in diese Frage zulassen würde.

Auszug aus dem Berichte des russischen Außenministers Sasonow an den Zaren über seine Auslandsreise im September—Oktober 1912.

. . . Die Lage auf dem Balkan, die schon seit einiger Zeit sehr unbefriedigend war, hat sich während meines Aufenthalts im Auslande weiter zugespitzt. Demgemäß sind die damit verbundenen Fragen an die erste Stelle gerückt und haben in meinen Verhandlungen mit den Staatsmännern in England, Frankreich und Deutschland den bedeutendsten Platz eingenommen.

Allen war es klar, daß die Verhältnisse auf dem Balkan, wenn man sie sich auswachsen ließe, eine so bedrohliche Wendung annehmen könnten, daß auch die Großmächte unvermeidlich in äußerst gefahrvolle Verwicklungen verstrickt werden würden. In gleicher Weise war es auch klar, daß man die anrückende Gefahr nur durch gemeinsame schnelle Einwirkung aller Großmächte abwenden könne.

In dieser Beziehung erschien meine Anwesenheit in den wichtigsten europäischen Residenzen in einem so ernsten Augenblick äußerst zeitgemäß, da der persönliche Meinungsaustausch mit den Leitern der auswärtigen Politik Englands, Frankreichs und Deutschlands diejenigen Verhandlungen erleichterte und beschleunigte, die auf die Einigung der Mächte hinzielten und ihr Vorgehen in Einklang bringen sollten.

Noch während meiner Anwesenheit in Balmoral erfolgte der Euerer Majestät bekannte Vorschlag Poincarés, der vier Punkte enthielt, zu deren Annahme Rußland, Frankreich und England, nach der Meinung des Verfassers des Projekts, Österreich und Deutschland bewegen sollten. Der dritte der bezeich-

neten Punkte, der die Möglichkeit von Zwangsmaßnahmen gegenüber der Türkei erwähnte, fand nicht die Billigung des Kabinetts von St. James, das sogar eine Anspielung auf eine solche Möglichkeit nicht wünschte.

Unterdessen gelang es unserem Botschafter in Paris, in meinem Auftrage Poincaré klarzumachen, daß sich der Schlüssel zur Lage in Wien befinde, da das Vorgehen der übrigen Mächte erfolglos bleiben würde, wenn Österreich sich behufs friedlicher Beilegung der Unruhen den Mächten nicht anschließen sollte und irgendwelche einseitige Schritte unternehmen würde und wir selbst gezwungen werden könnten, die Politik des Nichteinmischens, an der wir aufrichtig festhalten wollen, zu verlassen. In Anbetracht dessen trat die französische Regierung mit einem neuen Vorschlage hervor, die Mächte sollten Rußland und Österreich beauftragen, als die an der Aufrechterhaltung der Ruhe auf dem Balkan am meisten interessierten Staaten, im Namen der Großmächte in den Balkanresidenzen Erklärungen abzugeben, die die Eröffnung der Feindseligkeiten verhindern sollen. Dieser Vorschlag wurde bekanntlich mit der von England eingebrachten dahingehenden Korrektur von allen angenommen, daß die entsprechende Erklärung in Konstantinopel von den Vertretern aller fünf Großmächte gemacht werden sollte.

Meinerseits habe ich, noch bevor die Antwort aus Wien eintraf, eine Zusammenkunft mit dem österreichischen Botschafter bei meiner Rückreise in London benutzt, um ihn zu bitten, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die Bedeutung zu richten, die wir der Mitarbeit Österreichs zusammen mit den anderen Mächten im gegenwärtigen beunruhigenden Augenblick beimessen. Dabei gab ich dem Grafen Mensdorff zu verstehen, daß die Nichteinmischung Rußlands in die Balkanwirren durch ein ebensolches Verhalten Österreich-Ungarns bedingt sei. Was den Vorschlag Poincarés über das gemeinsame Vorgehen Rußlands und Österreichs im Auftrage der übrigen Mächte betrifft, so erachte ich es für angängig, mich dazu wohlwollend zu verhalten, da er in gewissem Maße die Handlungsfreiheit Österreichs bindet und gleichzeitig uns einen Anlaß zu lebhaftem Meinungsaustausch mit dem Wiener Kabinett bietet, ohne daß die Initiative dazu von uns ausgeht.

Während meines dreitägigen Aufenthalts in Paris bildeten die Balkanangelegenheiten die größte Sorge der europäischen Kabinette und umfaßten den größten Teil meiner Verhandlungen mit Poincaré.

Nachdem der französische Minister des Auswärtigen sich mit mir beraten hatte, arbeitete er die Formel für die Erklärung in den Balkanresidenzen aus und bemühte sich, dazu das Einverständnis der Mächte schnellstens zu erlangen.

Während ich in London, Paris und Berlin die Vertreter der Pforte und der Balkanstaaten empfing, erteilte ich ihnen eindringliche Mahnungen zur Einsicht. In Paris haben Poincaré und ich einmal sogar zusammen die Vertreter Bulgariens, Serbiens und Griechenlands empfangen, um unseren Vorhaltungen mehr Gewicht beizulegen.

Den türkischen Botschafter in London Tewfik Pascha wies ich wiederholt darauf hin, daß es für die Pforte wünschenswert sei, mit Italien Frieden zu schließen, da Hoffnung vorhanden sei, daß dies den Eifer der übrigen Gegner der Pforte mäßigen werde und die Eröffnung der Feindseligkeiten dadurch verhindert werden könnte. Tatsächlich ist der Einfluß des italienisch-türkischen Krieges im Sinne der Begünstigung der Balkanvölker, ihre chronischen Streitigkeiten durch Waffengewalt zu lösen, jetzt für alle unbezweifelbar geworden und ich mußte unter dem Ausdruck des Bedauerns anhören, daß die Mächte seinerzeit sich nicht genügend aufmerksam zur Aufforderung Rußlands verhalten hatten, dem Krieg um Tripolis ein Ende zu machen, bevor die Feuersbrunst auf dem Balkan entstand.

Die durch die dargelegten Umstände verursachten nacheinanderfolgenden Verhandlungen in England, Paris und Berlin ermöglichen es mir, auf Grund persönlicher Eindrücke eine ziemlich klare Vorstellung über das unterschiedliche Verhalten der drei Großmächte in den Balkanfragen zu bilden.

Alle Handlungen Englands sind gegenwärtig von einer wichtigsten Sorge beherrscht, nämlich sich nicht den Unwillen der muselmanischen Welt zuzuziehen, um zur notwendigen Sicherung der englischen Herrschaft in Indien sich dort auf den mohammedanischen Teil der Bevölkerung stützen zu können. Daher resultiert die scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber dem

Schicksal der unter der Botmäßigkeit der Türkei befindlichen Christen, die dem früheren Verhalten Englands widerspricht, daher die unentschlossene Politik in Persien und in Zentralasien.

Abgesehen davon wird England von dem Wunsch geleitet, die jetzige ottomanische Regierung nicht zu schwächen, in der ein Parteigänger Englands, Kiamil Pascha, eine bedeutende Rolle spielt, sowie zu verhindern, daß die Jungtürken mit Ferid Pascha an die Regierung kommen, der als Anhänger Deutschlands betrachtet wird.

Diese Erwägungen erklären es, daß England bei allem Verlangen, gemeinsam mit den anderen Mächten zur Beruhigung des Balkans beizutragen, nicht weniger oft die gemeinsame Sache verhindert hat, indem es aus Befürchtungen vor dem Eindruck, den dieses Verhalten in Konstantinopel machen könnte, schwankte, dieser oder jener Maßnahme zuzustimmen.

Indem man das oben Gesagte in Betracht zieht, kann man mit Bestimmtheit erklären, daß man auf die Unterstützung Englands nicht rechnen darf, wenn die weitere Zuspitzung der Ereignisse irgendeinen energischen Druck auf die Pforte erforderlich machen sollte.

In Frankreich erweckten die Verwickelungen auf dem Balkan zweierlei Arten von Besorgnissen, durch die das Verhalten unseres Verbündeten zu den gegenwärtigen Ereignissen bestimmt wird.

Erstens flößt Frankreich der Gedanke Besorgnisse ein, daß die Balkanereignisse auf diese oder jene Art die Einmischung der meistinteressierten Mächte, nämlich Rußlands und Österreichs, hervorrufen könnten und dadurch wiederum Frankreich in den Krieg verwickeln könnten. Eine derartige Befürchtung hat insbesondere Poincaré bewogen, uns im vergangenen Sommer durchaus freundschaftlich und vertraulich daran zu erinnern, daß nach dem Buchstaben des Bündnisvertrages nur ein Angriff Deutschlands auf Rußland als Anlaß zur Verwirklichung der Verpflichtungen Frankreichs uns gegenüber dienen könnte.

Zweitens hat Frankreich in verschiedenen Unternehmungen auf dem Balkan bedeutende Kapitalien investiert und kann infolgedessen den sich dort entwickelnden Wirren, durch die es materielle Verluste erleidet, nicht gleichgültig zuschauen.

Darum erstrebt die französische Regierung mit solchen Anstrengungen eine friedliche Lösung der entstandenen Zusammenstöße und hat zu einer Reihe von Vorschlägen, die auf dieses Ziel gerichtet waren, die Initiative ergriffen.

Wie es mir in Berlin gelang festzustellen, erregt der Krieg unter den Balkanstaaten an und für sich Deutschland wenig, aber nach dem Beispiel Frankreichs fürchtet Deutschland infolge seiner Bündnisverpflichtungen in einen europäischen Krieg verwickelt zu werden und ist darum bereit, alles mögliche zur Lokalisierung eines Balkankrieges zu tun, falls ein solcher sich nicht vermeiden lassen sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde der Vorschlag Poincarés, Rußland und Österreich mit der Verkündigung des Willens Europas in Sofia, Belgrad, Cettinje und Athen zu beauftragen, in Berlin sehr sympathisch begrüßt, um so mehr, als man jetzt dort anscheinend an der Neigung des Wiener Kabinetts, auf die Ratschläge des nördlichen Verbündeten zu hören, zweifelt und man daher vorzieht, seinen Einfluß in Wien nicht einer Belastungsprobe zu unterwerfen, weil man befürchtet, dort den früheren gehorsamen Widerhall nicht mehr zu finden. Eine solche Sachlage erklärt sich, wie es mir scheint, in gewissem Maße dadurch, daß Österreich nicht abgeneigt ist, seine Unabhängigkeit von Deutschland hervorzuheben, indem es die Notwendigkeit für Deutschland, am Bündnis mit Österreich festzuhalten, und seine Furcht, von allen Großmächten isoliert dazustehen, ausnutzt.

Jedenfalls hat man mir in Berlin mehrfach wiederholt, daß man im voraus bereit sei, alle Maßnahmen gutzuheißen, über die eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich erfolgt sei.

Dieselben Schattierungen, die im Verhalten der erwähnten Mächte gegenüber der allgemeinen Lage auf dem Balkan vorhanden sind, machen sich auch in ihren Ansichten über die einzelnen Fragen, die mit dem nahen Orient verknüpft sind, bemerkbar.

Vierzehntes Kapitel.

Die Großmächte während des Balkankrieges*).

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 267.

Persönlich. Sehr vertraulich. Man fürchtet hier immer mehr den Krieg und die Möglichkeit von Komplikationen; zu dem durch die Poincaréschen Formeln eingeschränkten Programm hat man nur wenig Zutrauen. Die Aufmerksamkeit lenkt sich auf die österreichisch-russischen Beziehungen. Immer mehr macht sich die Meinung geltend, daß, wenn ein Einvernehmen zwischen Wien und uns erzielt werden könnte, dieses überall mit Befriedigung aufgenommen werden würde. Die Rolle der am meisten interessierten Mächte würde als gerechtfertigt anerkannt werden und außerdem würde das Zusammengehen Rußlands mit Österreich eine absolute Garantie der Uneigennützigkeit bieten, welche vielleicht allein geeignet wäre, den Versuchen, Zwietracht zu säen, zu begegnen. Das vollkommene Zutrauen der englischen Regierung zu der unsrigen würde nicht genügen. Immerhin ist dies Zutrauen so groß, daß jede russische Initiative im angedeuteten Sinne eine tatkräftige Unterstützung Englands finden würde. Vielleicht könnte eine derartige Initiative das französische Programm folgendermaßen ersetzen: Rußland und Österreich würden von Europa ein neues Mandat erhalten, um im geeigneten Augenblicke bei den Balkanstaaten zu intervenieren, und dieser Schritt würde sofort von allen Mächten in Konstantinopel unterstützt werden. Folgendes wären ungefähr die Grundlagen der Friedensbedingungen, die den Kriegführenden im Augenblicke der Intervention mitzuteilen wären:

*) Siehe auch Kapitel III und XIII.

Vollkommene Erhaltung der Türkei in Konstantinopel und dessen Distrikt. Nominale türkische Souveränität in allen übrigen Provinzen der europäischen Türkei mit Einführung organischer Reformen unter der gemeinsamen Kontrolle und Garantie der Großmächte. Keine territorialen Veränderungen für die Kriegführenden.

Meiner Ansicht nach hat dieser Plan folgende Vorzüge: die wirklichen Interessen Rußlands werden geschützt; sein internationales Prestige und seine Autorität für die Zukunft werden gestärkt; eine Garantie der Erhaltung des Friedens zwischen Rußland und Österreich; alle Intrigen, welche die jetzige Lage vergiften, werden gelähmt; endlich ein viel wirksameres und schnelleres Programm als das der Franzosen.

Ich kann nicht beurteilen, ob ein so festes Einvernehmen zwischen uns und Österreich möglich ist. Immerhin scheint mir die jetzige Haltung Österreichs hierzu günstig, vor allem, wenn das Wort Autonomie nicht ausgesprochen wird. Ich weiß auch nicht, ob Schwierigkeiten ganz anderer Art in Rußland erhoben werden würden, aber ich glaube, die Unterstützung Englands wäre Ihnen gesichert. Ich habe guten Grund, dies anzunehmen.

Um die Empfindlichkeit der Franzosen nicht zu verletzen, glaube ich, daß es richtig wäre, Grey zuerst ganz vertraulich zu befragen. Sind Sie damit einverstanden, so kann ich es von mir aus persönlich tun. Seiner Verschwiegenheit sind wir sicher. Ich bitte um Antwort.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 268.

Ich habe seinerzeit Nicolson ganz vertraulich von dem Abschlusse des serbisch-bulgarischen Bündnisses Kenntnis gegeben. Nicolson wußte bereits davon, wahrscheinlich durch das Pariser Kabinett. Er hat damals diese Konvention als gegen die Möglichkeit österreichischer Übergriffe gerichtet betrachtet. Er hat keine Bemerkung hinzugefügt und nur gesagt, daß er kein Zutrauen zu der Diskretion König Ferdinands habe und nicht erstaunt sein würde, wenn letzterer im geheimen dem Wiener Kabinett irgendwelche Mitteilungen hierüber zukommen ließe.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 269.

Grey hat mir das Telegramm Buchanans zu lesen gegeben, in dem dieser über sein Gespräch mit Ihnen vom 5./18. Oktober berichtet. Sie haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Mächte, und vor allem Rußland, England und Frankreich, sich möglichst genau über diejenigen Vorschläge verständigen, welche bei sich bietender Gelegenheit die Grundlage für eine Intervention bilden könnten. Grey teilt vollkommen Ihren Standpunkt. Er will heute auf diese Vorschläge nicht weiter eingehen und nur eine Bemerkung machen: er ist der Ansicht, daß in jedem Falle, selbst wenn die Türkei einen entscheidenden Sieg davontragen sollte, die Ordnung in den von Christen bewohnten türkischen Provinzen von Grund aus geändert werden muß; daß radikale Reformen mit direkter Einmischung der Mächte notwendig geworden sind; wenn das türkische nationale Gefühl hierdurch verletzt würde, so gäbe es kein anderes Mittel, als so gut wie möglich eine rein nominale türkische Souveränität aufrechtzuerhalten; er stimmt für die Erhaltung des territorialen status quo; und endlich dürfe die Türkei in keinem Falle einen Vorteil gewinnen. Grey hat gewisse Zweifel hinsichtlich Kretas. Er glaubt, daß das Schicksal dieser Insel gemeinsam von allen Großmächten, die Türkei inbegriffen, bestimmt werden muß. Er persönlich werde sich nur der Besitzergreifung Kretas durch eine andere Großmacht widersetzen, dasselbe beziehe sich auch auf die griechischen Inseln, die von Italien besetzt worden sind. Ich schaltete ein, daß ich wohl anzunehmen berechtigt sei, daß England selbst kein Auge auf diese Inseln geworfen habe. Grey hat mir geantwortet: „Keineswegs", und hinzugefügt, daß die Cartwright zugeschriebenen Worte eine reine Erfindung seien. Ich fragte Grey vertraulich, ob er dagegen sei, daß diese Insel einfach von Griechenland annektiert werde. Er antwortete, daß er keine Einwendungen erheben werde, wenn die Mächte ihre Zustimmung geben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 270.

Ich beziehe mich auf das Telegramm Nr. 269. Grey setzte hierauf die Unterredung ganz vertraulich fort und sagte, er habe zu seinem Bedauern gehört, die russische Presse beschuldige ihn, Obstruktion gegen die russische Politik in der Türkei zu machen, um die mohammedanischen Gefühle zu schonen. Grey sagte mir, er halte diesen Vorwurf für ungerechtfertigt und er habe nur hinsichtlich Persiens anläßlich solcher Zwischenfälle wie z. B. in Meschhed darauf hingewiesen, daß es für England von Wichtigkeit sei, diese Gefühle zu schonen. Das, was er mir soeben über das Resultat dieses Krieges, soweit die Türkei in Betracht kommt, gesagt habe, müsse beweisen, daß die Schonung dieser Gefühle nur eine ganz untergeordnete Rolle spiele. Er hofft, daß die russische Regierung ihm dafür in Persien Erleichterungen schaffen wird, da die türkischen Fragen ihm, Grey, gewiß Schwierigkeiten bereiten werden; sie würden jedoch die Haltung Englands gewiß nicht beeinflussen.

Die ganze Unterredung mit Grey ist ein Beweis, daß bei ihm im Interesse der Erhaltung der Entente ein Meinungsumschwung stattgefunden hat und daß er entschlossen ist, der Entente zuliebe viel größere Zugeständnisse auf Kosten der Türkei zuzulassen als die, zu denen er bis jetzt bereit war. Ich halte diese Unterredung mit Grey für sehr wichtig.

Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 9./22. Oktober 1912.

Ich habe Ihnen gestern mehrere Telegramme von besonderer Bedeutung geschickt, vor allem dasjenige, in dem Grey Ihren Vorschlag bezüglich eines sofortigen Meinungsaustausches annimmt. Ich habe ihn hierauf gefragt, ob er irgendwelche Vorschläge zu machen habe. Grey ist zuerst auf den Vorwurf zu sprechen gekommen, daß er den Kalifen zu sehr schone. Sodann besprach er die Punkte, die in Paris festgelegt worden sind: Verbleiben des Sultans in Konstantinopel, Reformen, territoriale Integrität. Über den ersten Punkt hat er nichts gesagt;

sein Schweigen läßt aber voraussetzen, daß er ihn aufrechterhält. Ganz besonders ausführlich hat er über die Reformen gesprochen. Er will, daß sie durchaus radikal seien, unter Kontrolle und Garantie der Mächte, wobei selbst ein endgültiger türkischer Sieg der Türkei keinen Vorteil bringen dürfe. Ich will keine voreiligen Schlüsse hinsichtlich des dritten Punktes der Integrität ziehen. Grey hatte schon territoriale Vorteile zugunsten der Türkei ausgeschlossen; im umgekehrten Sinne schien er weniger bestimmt zu sein. Dies ist alles, was ich sagen kann. Was die nominale türkische Souveränität anbelangt, so bedeuteten seine Worte, daß er ein Minimum zulassen werde: „so viele Formen einer türkischen Souveränität sind bereits gefunden worden, daß es leicht sein sollte, sich zu verständigen". Wie Sie sehen, er hat eigentlich nichts hinzugefügt, aber er hat die Frage in einem proslawischen oder vielmehr prochristlichen Sinne umschrieben und die ganze Situation geklärt. Dies wäre in jedem Falle wichtig gewesen, ist es um so mehr, als Greys Standpunkt wohl überlegt war. Ich habe manches über die geistige Arbeit innerhalb des Kabinettes gehört. Der Einfluß und der scharfe Verstand Nicolsons haben viel dazu beigetragen; wahrscheinlich auch der eine oder andere Brief Buchanans; manche behaupten auch, ohne daß ich dessen gewiß bin — der König. Sie können sich vorstellen, daß ich mich dem Auswärtigen Amte gegenüber nicht zum Verteidiger der russischen Presse aufgeworfen habe. Immerhin habe ich auf die vielen Fragen, die mir von parlamentarischer Seite gestellt worden sind: „Handelt es sich wirklich um eine sehr starke Strömung in Rußland, stärker als man erwartete?", bejahend geantwortet. Ich habe klar gesehen, daß folgendes Dilemma gelöst werden mußte: weitere Schonung des Kalifen in einem Maße, das mit der Entente mit Rußland unvereinbar war, oder aber Erhaltung der Entente und nur ein Minimum an Schonung des Kalifen, d. h. Verbleib des Sultans in Konstantinopel. Die Entente hat den Sieg davongetragen.

Dies wußte ich vor meiner Unterredung mit Grey und deshalb habe ich Ihnen mein vertrauliches Telegramm Nr. 267 geschickt.

Ich bin Grey dankbar, daß er heute endgültig Stellung

genommen hat, während der Kampf in seiner eigenen Partei noch andauert und während die Sache des Sultans hier noch starke Sympathien hat. Diese Evolution Greys beweist Mut.

Zum Schlusse — solange der Sultan in Konstantinopel bleibt, wird Grey allem zustimmen, was den Frieden erhalten wird, folglich wird jede Lösung, die für uns und Österreich annehmbar ist, auch für ihn annehmbar sein. Er hat aber keine Sympathie mit den österreichischen Absichten auf dem Balkan und in dem soeben angedeuteten Maße wird unser Programm und nicht dasjenige Österreichs, wenn es ein solches gibt, von ihm im Interesse der Entente unterstützt werden. Was mich nun vor allem beschäftigt, ist die Frage: Werden wir uns mit Österreich über radikale und dauerhafte Reformen verständigen können? Man kann jetzt voraussehen, daß bestimmte Reformen Österreich den Weg mehr noch als ein großserbisches Königreich verlegen werden. Ich sage Österreich, da ich wirklich keine andere Gefahr erblicke, denn es erscheint mir erwiesen, daß keine andere Macht den Krieg wünschen kann.

Wenn in persönlicher Hinsicht zwischen Grey und Ihnen das Ergebnis Ihres Besuches ein sehr befriedigendes gewesen ist, so steht zwischen Paris und London nicht alles zum besten. Es hat keine besondere Bedeutung, aber es steht nicht zum besten. Ich kenne nicht Paléologue. Man liebt ihn hier nicht besonders und man schreibt ihm eine bedeutende Rolle zu.

Die Ernennung Lichnowskys ist gut aufgenommen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 275.

Vertraulich. Cambon teilt mir mit, Nicolson habe die Meinung geäußert, daß eine der Großmächte ein Reformprojekt ausarbeiten müsse, und wenn es auch nicht vollständig sei, so sollte es doch in den Hauptlinien fest umrissen sein, um den andern Mächten vorgeschlagen zu werden. Nicolson glaubt, daß Rußland am besten hierzu geeignet sei. Und zwar wäre es am besten, wenn Rußland, ehe es seine Vorschläge den andern Mächten unterbreitet, sich zuerst mit Österreich verständigt.

Mein Eindruck ist der, daß man Formeln, die beständig ergänzt werden, hier nicht für praktisch hält.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 2314.

Ihr Telegramm Nr. 267 erhalten. Die in demselben enthaltenen Grundlagen halten wir für durchaus annehmbar und haben wir nach Paris zu einer redaktionellen Umarbeitung mitgeteilt. Wir würden es für möglich halten, die Garantie der Reformen durch die Mächte nicht zu erwähnen, da der Begriff einer Konferenz auch eine Garantie bedeutet. Gleichzeitig wollen wir uns mit der Ausarbeitung eines konkreten Reformprogramms befassen, über welches wir jederzeit verfügen könnten, selbst wenn, je nach den Ereignissen des Krieges, bedeutende Veränderungen in demselben vorgenommen werden müßten.

Wir würden gerne wissen, ob die von Ihnen angeführten Grundlagen von Grey formuliert worden sind oder ob sie sich aus Ihren allgemeinen Beobachtungen an Ort und Stelle ergeben. Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß ein gemeinsames Vorgehen Rußlands mit Österreich allein, selbst wenn dies im Namen aller andern Mächte geschehen sollte, in keinem Falle stattfinden kann. Die Besserung in unseren Beziehungen zu Wien hat uns die Möglichkeit gegeben, den Krieg zu lokalisieren, aber wenn es sich um positive Aufgaben handelt, sowohl bei der Intervention als auch bei der Liquidierung des Krieges, so rechnen wir auf ein möglichst enges Einvernehmen mit Frankreich, England und Italien.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Oktober 1912. — Nr. 282.

Nicolson hat mir gestern mit bezug auf Ihr Reformprogramm gesagt, daß, wenn der Erfolg der Alliierten anhält und sich weiter entwickelt, Ihr Projekt den neuen Bedingungen nicht mehr entsprechen dürfte. Als persönliche Ansicht wiederholte er mir, daß es schwer sein würde, das Prinzip der territorialen Integrität aufrechtzuerhalten. Er wies auf die Meinung hin, die fast in der ganzen englischen Presse zum Ausdruck gebracht wird. Ich versicherte ihm, Sie hätten sich die Möglichkeit vorbehalten, das Programm je nach den Bedürfnissen des

Augenblickes umzuändern, und deshalb seien territoriale Erwerbungen zugunsten der Alliierten nicht ausgeschlossen. Ich glaube, daß die Worte Nicolsons die Ansicht der englischen Regierung wiedergeben. Ich kann nur bestätigen, was Nicolson über die englische Presse sagt. Die Evolution ist ebenso schnell wie deutlich. In militärischen Kreisen schließt man jedoch noch nicht die Möglichkeit völlig aus, daß eine bei Konstantinopel konzentrierte türkische Armee eine Änderung in der Lage herbeiführe — wenn nur diese Armee nicht völlig demoralisiert ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 16./29. Oktober 1912. — Nr. 283.

Meine heutige Unterredung mit Nicolson bezog sich wieder auf Ihr Reformprojekt. Ich fragte ihn, ob er es kenne. Er antwortete: Nicht vollkommen. Ich habe es für nötig gehalten, ihm den Inhalt Ihres Telegrammes 2358 mitzuteilen. Nicolson antwortete ungefähr dasselbe wie gestern und zeigte ein besonderes Interesse, als ich ihm die für den Sultan reservierte Zone beschrieb. Ferner sagte ich ihm, ich könne ihm auch vertraulich Ihre Ansicht über die Erhaltung des status quo mitteilen. Ich sagte ihm, Sie gäben sich völlig Rechenschaft, daß für uns die Erhaltung des status quo ante nicht als Prinzip gelten könne, so daß, wenn die eine oder andere Macht sich für eine Veränderung desselben zugunsten der Alliierten aussprechen würde, es für Rußland psychologisch unmöglich sein würde, Einwendungen zu erheben. Nicolson sagte, daß er dies vollkommen verstünde. Ich teilte ihm mit, daß Sie sich deshalb so vorsichtig in dieser Hinsicht ausgesprochen hätten, weil Sie befürchteten, daß territoriale Vergrößerungen der Balkanländer entsprechende Kompensationsforderungen von seiten anderer Mächte hervorrufen könnten. Ich nannte zuerst Rumänien. Ich wolle in keiner Weise eine Meinung über die Absichten Österreichs äußern, doch seien Sie durch den plötzlichen und unerwarteten Umschwung in Wien überrascht worden; man müsse nicht zulassen, daß die Frage des Sandschaks aufgeworfen werde; übrigens braucht es sich nicht um territoriale Kompensationen zu handeln — irgendein anderes Projekt, als Be-

dingung auferlegt, könnte Österreich einen vorherrschenden Einfluß auf dem Balkan sichern. Dies wäre für uns unannehmbar. Ich sagte Nicolson, daß Rußland sich im Falle einer Vermittlung gegen eine derartige Möglichkeit schützen müsse. Nicolson sagte mir, das eben Gehörte habe auf ihn einen großen Eindruck gemacht. Er fragte, ob er die gesamte Lage folgendermaßen zusammenfassen könne: Unser Reformprojekt hängt von Ereignissen ab, die territoriale Veränderungen notwendig machen können.

Notwendigkeit einer Uneigennützigkeits-Erklärung von seiten der vermittelnden Mächte.

Die Maritza als Grenze der der unverminderten Autorität des Sultans unterstellten Zone.

Ich antwortete, daß ich mit dieser Darlegung einverstanden sei, und fügte hinzu, Sie glaubten, es wäre nötig, die Vermittlung unter französischer Initiative zu beschleunigen.

Nicolson sagte, er werde mit niemand als mit Grey über das eben Gehörte sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 17./30. Oktober 1912. — Nr. 284.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 283. In meiner Unterredung mit Nicolson habe ich absichtlich nicht gesagt, welche Art Abmachungen oder Vertrag zwischen Österreich und Serbien von uns befürchtet werde. Meine Beweisführung ging dahin, daß eine Uneigennützigkeits-Erklärung in jedem Falle nötig sei, vor allem aber, weil der Umschwung des Standpunktes Österreichs hinsichtlich des territorialen status quo darauf hindeuten könne, daß Österreich eine Kompensation anderer Art suche und zwar mittels eines Abkommens oder eines Bündnisses oder eines Handelsvertrages, und zwar als Bedingung auferlegt — was eine sehr bedeutende und mit russischen Interessen unzuvereinbarende Kompensation wäre. In diesem Falle würde Österreich nicht eine uneigennützige, sondern eine bedingte Haltung einnehmen, indem es vor allem seine eignen Interessen im Auge behalten würde. Ich glaube, dies ist wichtig, denn wenn wir schon heute voraussehen lassen würden, daß wir in Zukunft zu verhindern suchen werden, daß Öster-

reich sich in ökonomischer Hinsicht mit den vergrößerten Balkanstaaten verständigt, wären die Rollen ausgewechselt. Ich zweifle, daß wir in diesem Falle eine wirkliche Unterstützung bei den Westmächten finden würden. Denn wenn eine ökonomische Verständigung zwischen souveränen Staaten und entsprechend ihren gegenseitigen Interessen in Zukunft der Gefahr eines europäischen Krieges vorbeugen kann, so scheint mir, daß eine derartige Verständigung sowohl von der öffentlichen Meinung, als auch von den Regierungen der Westmächte gebilligt werden wird. Andererseits jedoch kann man uns nicht verwehren, uns jeder Verständigung, wenn sie von Österreich im voraus als eine aufzuerlegende Bedingung aufgefaßt wird, zu widersetzen. Dies ist meiner Ansicht nach ein unanfechtbares Prinzip, ganz ebenso wie es nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den territorialen Erwerbungen der kriegführenden Balkanstaaten, besonders zwischen Bulgarien und Serbien herzustellen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 675.

In letzter Zeit hat der französische Außenminister in seinen Gesprächen mit Iswolsky wiederholt darauf hingewiesen, daß es ihm durchaus wünschenswert erscheine, Grey ausführlichere Mitteilungen über den Inhalt des serbisch-bulgarischen Bündnisses und über die Haltung Rußlands in dieser Frage zu machen. In Anbetracht des Umstandes, daß die in Aussicht genommene Vermittlung der Mächte ein möglichst enges Einvernehmen zwischen Petersburg, Paris und London nötig macht, halten wir es für wünschenswert, daß Sie mit Grey auf diese Fragen, die Sie schon im Frühling mit ihm besprochen haben, jetzt nochmals zurückkommen.

Sie können ihm sagen, die russische Reigerung habe gewußt, daß Geschow seinerzeit durch Vermittlung des englischen Gesandten in Sofia dem Londoner Kabinett hierüber Mitteilung gemacht habe; es habe deshalb für Sie nicht die Notwendigkeit bestanden, mit Grey ausführlich über diesen Vertrag zu sprechen, um so weniger als der letztere auf Wunsch der beiden interessierten Regierungen sehr geheim gehalten werden sollte.

Was nun den Vertrag zwischen Bulgarien und Serbien selbst anbelangt, so lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Standpunkt, den Rußland von Anfang an in dieser Angelegenheit eingenommen hat.

Die Kaiserliche Regierung ist seinerzeit über den Gang der Verhanolungen zwischen Sofia und Belgrad unterrichtet worden. Diese Verhandlungen sind von der Erwägung ausgegangen, daß dem Bruderkriege zwischen ihnen dadurch ein Ende gesetzt werden muß, daß ihre gegenseitigen Interessen abgegrenzt und die Sphäre ihres Einflusses in den Gebieten der europäischen Türkei genau bestimmt werden.

Unter dieser Bedingung hat das Abkommen zwischen den beiden Staaten unsere völlige Billigung gefunden. Denn in dem Zwiespalt zwischen Serbien und Bulgarien haben wir stets ein Hindernis zur Beruhigung des Balkans erblickt. Es bestand infolge des gegenseitigen Mißtrauens eine ungesunde und schwere Atmosphäre von Intrigen und Politisieren, die es unmöglich machte, die wirklichen nationalen Interessen beider Staaten zu vertreten. Alles, was dazu beitragen konnte, diese Atmosphäre zu reinigen, wurde von uns lebhaft begrüßt.

Da wir annahmen, daß die neuen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien um so dauerhafter sein werden, als von dritter Seite kein Druck ausgeübt wird, haben wir uns in die direkten Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Sofia und Belgrad nicht eingemischt. Als der Vertrag unterschrieben war und uns mitgeteilt wurde, haben wir vieles in ihm gesehen, was über die oben beschriebenen Ziele hinausging und was uns ernstliche Bedenken einflößen mußte. Aber das hauptsächlichste Ziel, den unnormalen Beziehungen zwischen zwei benachbarten und blutsverwandten Völkern ein Ende zu setzen, war erreicht. Dieses Resultat wollten wir durch Entgegnungen und Proteste nicht in Frage stellen. In diesem Vertrage war auch die Rolle Rußlands als des höchsten Schiedsrichters im Falle von Meinungsverschiedenheiten festgelegt worden. Man hat uns nicht gefragt, ob wir damit einverstanden sind, daß Rußland in einem bulgarisch-serbischen Vertrage erwähnt wird, aber wenn wir einen derartigen Vorschlag ablehnten, so mußten wir befürchten, die weitere Entwicklung der Politik der beiden

Länder in einem unerwünschten Sinne zu beeinflussen. Diese Erwägungen haben uns veranlaßt, uns aller Entgegnungen zu enthalten.

Dies ist von Anfang an unser Standpunkt hinsichtlich des bulgarisch-serbischen Abkommens gewesen. Im jetzigen Augenblicke ist derjenige Teil des Vertrages von besonderer praktischer Bedeutung, welcher sich auf eine bestimmte Abgrenzung im Falle eines siegreichen Krieges mit der Türkei bezieht.

Auf Grund dieses Vertrages werden alle Gebiete, die gemeinsam erobert worden sind, den beiden vertragschließenden Mächten als Kondominium gehören und diese Eroberungen werden sofort und nicht später als innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß folgendermaßen verteilt werden: (es folgt hier eine genaue Bestimmung der geographischen Grenzen zwischen Serbien und Bulgarien).

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß die genaue Abgrenzung dieser Territorien in unseren Augen nicht eine endgültige Festsetzung der Grenzen bedeutet, sondern bloß einen Hinweis auf das gegenseitige Verhältnis der Interessen beider Staaten; dieses Verhältnis ist also von ihnen beiden anerkannt worden und innerhalb desselben wollen wir das richtige Gleichgewicht anläßlich eventuell nötig werdender Kompensationen hergestellt sehen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 2403.

Ich telegraphiere nach Sofia: Man muß in nächster Zeit mit neuen Erfolgen Bulgariens rechnen und durch eine Belagerung der Linie von Chataldja würde eine gefährliche Lage geschaffen werden. Wir befürchten in diesem Falle einen für Bulgarien ungünstigen Umschwung in der öffentlichen Meinung Europas und die Möglichkeit einer internationalen Besetzung der türkischen Hauptstadt, um der Gefahr großer Unruhen daselbst vorzubeugen und die Interessen der Gläubiger der Türkei zu schützen. Unter letzteren nehmen Frankreich und England

die erste Stellung ein. Man kann nicht annehmen, daß diese beiden Staaten ihre Interessen zum Opfer bringen werden, selbst wenn Rußland versuchen sollte, sie von irgendwelchen Handlungen zurückzuhalten. Wenn nun in Paris und London ein für den Balkanblock ungünstiger Umschwung eintreten sollte, so besteht kein Zweifel, daß dies in Wien und Bukarest benutzt werden würde, und wir haben wenig Hoffnung, daß es uns dann wie bisher gelingen würde, Österreich und Rumänien von einem Eingreifen zurückzuhalten. Alle diese Erwägungen veranlassen uns, der bulgarischen Regierung freundschaftlich aber ernstlich zu raten, die Notwendigkeit der Besonnenheit einzusehen und rechtzeitig stehenzubleiben. Wir nehmen an, daß in diesem Falle, und ehe ein möglicher Mißerfolg vor Chataldja eintritt, die Balkanstaaten auf territoriale Erwerbungen rechnen können. Auf alle Fälle ist ihnen die volle Unterstützung unserer Diplomatie zugesichert, unter der Bulgarien gut bekannten Bedingung, daß alle Kompensationen in der Gestalt von Reformen oder territorialen Erwerbungen durch eine Linie, die von der Mündung der Maritza über Adrianopel nach dem Schwarzen Meer führt, begrenzt werden. Von dieser Linie an muß das ganze Territorium, das zu Konstantinopel gehört, unter der wirklichen Souveränität des Sultans bleiben. In dieser Frage sind keinerlei Kompromisse möglich. Wir hoffen, daß Bulgarien sich und Rußland nicht in die schwierige Lage versetzen wird, daß wir dies in Sofia mit größerem Nachdruck betonen müssen. Ich bitte Sie, uns das Resultat Ihrer Unterredung mit Geschow mitteilen zu wollen.

Telegramm des russischen Außenministers an die russischen Botschafter in Paris und London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 2405.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 2403. Persönlich. Freundschaftliche aber ernstliche Vorstellungen Frankreichs und Englands in Sofia und Belgrad wären uns sehr erwünscht, doch müßten dieselben nicht den Charakter eines vereinbarten Schrittes haben und von unserer Initiative nichts merken lassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Oktober/1. November 1912. — Nr. 290.

Ihr Telegramm 2405 erhalten. Persönlich. Ich bitte Sie zu beachten, daß die letzten Ereignisse hier einen so starken Eindruck hervorgerufen haben, daß jedes Interesse für die Sache der Türkei geschwunden ist. Ich kann noch nicht beurteilen, wie weit diese Stimmung gehen wird, aber es kann sehr weit sein. Grey wird im Parlament starkem Widerstand gegen die Erhaltung der Türkei auf dem Balkan, außer Konstantinopel, begegnen. Ich will mich jedoch nicht äußern, welchen Eindruck hier die Besetzung Konstantinopels durch die Bulgaren hervorrufen würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1912.

Wir haben die folgenden Vorschläge Frankreichs angenommen: 1. Die Mächte werden einen Kollektivschritt bei den kriegführenden Staaten unternehmen, um die Feindseligkeiten einzustellen. 2. Die Souveränität des Sultans wird in Konstantinopel und dem angrenzenden Bezirke ohne Einschränkung aufrechterhalten. 3. In den anderen Teilen der europäischen Türkei wird die nationale, politische und administrative Ordnung je nach den entsprechenden Gebieten verändert werden, und zwar in der Art, daß die Interessen aller interessierten Staaten in das richtige Gleichgewicht gebracht werden. 4. Um diese verschiedenen Fragen gemeinschaftlich zu lösen, werden sich die Mächte zu einer Konferenz versammeln, zu der auch die kriegführenden Staaten und Rumänien eingeladen werden sollen. Unsern Standpunkt entwickle ich in dem Telegramm Nr. 2423.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1912. — Nr. 2423.

Unserer Ansicht nach kann ein Eingreifen der Mächte in den Krieg nur Erfolg haben, wenn dieser Schritt sofort geschieht. Das allgemeine Interesse der Sicherung Konstantinopels erfordert die Schaffung einer Verteidigungszone, die der wirklichen Souveränität des Sultans unterstellt sein würde. Die Grenze dieses Gebietes wird durch die Ihnen schon bekannte

Linie von der Mündung der Maritza unter Einschluß von Adrianopel bis zum Schwarzen Meere bestimmt. Der ganze übrige Teil der europäischen Türkei muß unserer Ansicht nach auf Grund des Rechtes der faktischen Besitzergreifung zwischen den Alliierten geteilt werden. In dieser Hinsicht sind wir bereit, das Höchstmaß des Erreichbaren zu vertreten. Auf diese Weise würde auf dem Balkan ein dauerhafter Friede gesichert und das schwierige Verfahren einer Vermittlung vereinfacht werden. Nur eine schnelle und einmütige Zustimmung der Mächte zu diesen Bedingungen kann der Gefahr einer Besetzung Konstantinopels durch die Balkan-Alliierten vorbeugen, was europäische Verwicklungen zur Folge haben könnte, denn wenn die Alliierten nicht eine bestimmte Zusage hinsichtlich der Erfüllung ihrer Wünsche von den Mächten erhalten, so werden sie nicht imstande sein, noch länger zuzuwarten, und sie können zur Besetzung Konstantinopels schreiten, um sich ein Faustpfand zu sichern. Natürlich müßte man gleichzeitig auch verschiedene andere Nebenfragen prüfen. Im Prinzip halten wir es für möglich, die Bildung eines autonomen Albaniens unter der Souveränität des Sultans zuzulassen, wobei die Notwendigkeit nicht vergessen werden darf, Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meere zu geben. Zwischen Bulgarien und Rumänien muß eine Grenzverbesserung vorgenommen werden, um letzteres für seine loyale Haltung während des Krieges zu belohnen. Wir sind bereit, diesbezügliche Schritte in Sofia zu unterstützen. Wir würden es zulassen, daß zwischen Österreich und Serbien ein Abkommen getroffen wird, um ersterem einige Erleichterungen für den freien Transit der österreichischen Waren durch das neue serbische Territorium zu geben. Rußland, als orthodoxe Großmacht, hält sich für berechtigt, für die unabhängige Stellung des ökumenischen Patriarchen einzutreten.

Sie können diesen Standpunkt der englischen Regierung gegenüber vertreten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 20. Oktober/2. November 1912. — Nr. 295.

Ihre Telegramme 2403 und 2405 erhalten. Ich habe mit Grey gesprochen. Er sagt, es wäre unmöglich, von den Bul-

garen zu verlangen, vor den Linien von Chataldja stehenzubleiben, da dies ein Opfer bedeuten könnte, welches vielleicht den Türken die Möglichkeit gäbe, sich zu sammeln und das bisherige Ergebnis des Krieges umzustoßen. Er sagt, daß die öffentliche Meinung in England sich so kategorisch zugunsten Bulgariens äußern würde, daß er eine derartige Forderung nicht stellen könne. Er glaubt annehmen zu können, daß Ihr Telegramm abgeschickt worden ist, bevor die Nachricht von dem letzten Siege der Bulgaren, der entscheidend zu sein scheint, eingetroffen war. Grey las mir ein Telegramm des englischen Gesandten in Sofia vor. Es enthielt die Nachricht von dem völligen Zusammenbruch der türkischen Armee und dem bulgarischen Vormarsch auf Chataldja mit der Absicht, bis Konstantinopel vorzudringen. Grey glaubt, daß es jetzt zu spät sei, und fragt sich, ob Sie jetzt nicht derselben Ansicht wären. Ich erwiderte, daß ich, was Konstantinopel anbelangt, Ihrer Meinung sicher sei, und ich berief mich auf die vitale Bedeutung, die die Frage Konstantinopels für Rußland habe. Grey sagte mir, er sehe das Schwierige der Lage ein und werde mir seinen Entschluß später mitteilen.

Heute morgen zeigte mir Grey eine autorisierte bulgarische Mitteilung in der Times. Dieselbe besagt: „Wenn die bulgarischen Truppen in Konstantinopel eindringen, so geschieht es, um dort den Frieden zu diktieren und sich dann sofort aus der Hauptstadt zurückzuziehen.“ Grey sagte, er werde diese Mitteilung zum Ausgangspunkt einer Unterredung mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten nehmen. Nachdem letztere stattgefunden hatte, erzählte mir Grey folgendes: Er habe den Gesandten zuerst gefragt, welches der Ursprung dieser Mitteilung sei. Madjarow erwiderte, daß sie von ihm stamme und seine persönliche Ansicht wiedergäbe. Grey antwortete, daß er als ein Freund Bulgariens spreche und sich auf die Sympathiebezeigungen der Engländer für die bulgarische Sache berufe; er brauche an die Sympathien Rußlands nicht zu erinnern; er könne aber nur sagen, daß seit Beginn der Krise Rußland seinen Standpunkt hinsichtlich Konstantinopels festgelegt habe. Es sei deshalb von äußerster Wichtigkeit, daß Bulgarien die russische Regierung so bald wie möglich hinsichtlich seiner Ab-

sichten auf Konstantinopel beruhige, denn im entgegengesetzten Falle könnte Bulgarien, bereits durch einen Druck von seiten Rumäniens und vielleicht auch Österreichs bedroht, auch die Sympathien Rußlands verlieren und in eine äußerst schwierige Lage geraten. Madjarow versprach, obiges sofort nach Sofia zu telegraphieren.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 2455.

Unserer Meinung nach kann man die Alliierten nur dann von der Besetzung Konstantinopels zurückhalten, wenn die Mächte den Balkanstaaten einmütig erklären, daß die ganze europäische Türkei bis zu der ihnen bekannten Linie über Adrianopel zum Schwarzen Meere zwischen ihnen aufgeteilt werden wird, und wenn die Großmächte den in meinem Telegramm 2423 dargelegten Standpunkt annehmen, d. h. wenn die ökonomischen Interessen Österreichs in Berücksichtigung gezogen werden. Wir halten es für sehr wünschenswert, daß Frankreich unverzüglich den Mächten einen derartigen Vorschlag macht. Wir glauben, daß der Schlüssel zur ganzen Lage sich in Berlin befindet, und von der Einwirkung der deutschen Regierung auf Wien wird der Erfolg des französischen Vorschlages in hohem Maße abhängen.

Ich bitte Sie, Poincaré vertraulich mitzuteilen, daß die Besetzung Konstantinopels durch die Balkan-Alliierten zu dem gleichzeitigen Erscheinen unserer ganzen Schwarzmeer-Flotte in der türkischen Hauptstadt führen würde. Um die große Gefahr allgemeineuropäischer Verwicklungen, die mit einem solchen Schritte verbunden wäre, zu vermeiden, ist es wichtig, daß Frankreich seinen ganzen ihm in Berlin und Wien zur Verfügung stehenden Einfluß aufbietet. Wir lenken die Aufmerksamkeit unseres Bundesgenossen darauf, daß die russische öffentliche Meinung, die die Ereignisse auf dem Balkan mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, die Regierung in eine äußerst schwierige Lage versetzen kann. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich hinzu, daß unsere militärischen Behörden es jetzt für möglich halten, ihren ursprünglichen Standpunkt zu verändern, und

einige Zugeständnisse, wie z. B. Adrianopel, zugunsten Bulgariens zu machen bereit sind.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 298.

Ihr Telegramm 2423 erhalten. Als ich den Inhalt Grey mitteilen wollte, las er mir ein sehr ausführliches Telegramm Buchanans über denselben Gegenstand vor. Ich sagte ihm hierauf, ich hätte nichts hinzuzufügen, da das Telegramm Buchanans noch größere Einzelheiten enthalte. Grey sagte, er habe keine Einwendungen zu erheben; er halte die Information über den Sandschak für sehr wichtig [1]). Er erblicke hierin einen wertvollen Hinweis auf die österreichischen Absichten. Serbien werde vielleicht Schwierigkeiten machen, die aber nicht unüberwindlich sein dürften; überhaupt sähe er keine Einwendungen von irgendeiner Seite voraus, jedoch sei die Frage eines serbischen Zuganges zum Meere recht heikel. Er billigt ganz besonders das Projekt hinsichtlich Salonikis. Er ist Ihrer Ansicht, daß man sehr schnell handeln muß, denn es sei schwer, die bulgarische Armee zum Stehen zu bringen, ohne den Alliierten ernstliche Garantien zu geben.

Er kam auf seinen Gedanken zurück, daß, um handeln zu können, man die österreichischen Bedingungen kennen müsse. Er überläßt es Ihnen, den besten Weg hierzu zu wählen. Er sieht nicht ein, warum Österreich nicht ebenso wie Rußland seine Wünsche deutlich ausdrücken könnte. Ich zweifle nicht, daß Buchanan Ihre weiteren Erwägungen, mit denen Grey einverstanden ist, richtig wiedergegeben hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 299.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 298. Sodann sagte mir Grey vertraulich, daß weder das Telegramm von Buchanan noch das an mich adressierte Telegramm die durch Griechenland im Ägäischen Meere besetzten Inseln erwähne.

[1]) Das Wiener Kabinett hatte einer eventuellen Aufteilung des Sandschaks von Nowibasar unter Serbien und Montenegro zugestimmt.

Er meine, daß, wenn Griechenland diese Inseln behalten würde, dies nur unter ganz bestimmten Bedingungen der Fall sein könne. Es würde den allgemeinen Interessen entsprechen, wenn eine Macht zweiten Ranges nicht die Möglichkeit hätte, die Meerengen nach ihrem Gutdünken schließen zu können. Diese Frage berühre die russischen Interessen mehr noch als die englischen, und wenn er von russischen Interessen sprechen zu können glaube, so geschähe es, weil die englische Regierung ihren Standpunkt in der Meerengenfrage nicht geändert habe und weil diese Frage eine für Rußland günstige Lösung finden müsse, sobald wir es für nötig finden, diese Frage zur Diskussion zu stellen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 24. Oktober/6. November 1912. — Nr. 2474.

Wir wünschen nicht, uns der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten zu widersetzen. Aber wir wollen die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie schwierig weitere Verhandlungen in diesem Falle werden würden. Wenn die türkische Regierung Konstantinopel verläßt und sich nach Kleinasien zurückzieht, so würde sie keine weiteren Verluste zu befürchten haben, die türkische Armee würde sich von den letzten Schlägen erholen können, und für die Pforte würde keine Notwendigkeit vorliegen, Nachgiebigkeit zu zeigen, da die Lage sich nicht noch mehr verschlimmern könnte. Ähnliches hat sich im Jahre 1900 in Peking ereignet, als die Flucht der Regierung die Verhandlungen nach der Besetzung der chinesischen Hauptstadt in die Länge zog. Aber eine Verzögerung der Friedensverhandlungen könnte jetzt, da die Balkan-Alliierten nur über ungenügende Mittel verfügen und in Europa kein absolutes Einvernehmen herrscht, die Interessen der ersteren schädigen und den europäischen Frieden auf eine harte Probe stellen. Andererseits kann eine längere Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten uns zwingen, unsere Flotte ebenfalls dorthin zu schicken, und würde dieselbe ebensolange dort bleiben wie die Alliierten. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Mächte jetzt beschließen müssen, ob sie der Bitte der Türkei Folge leisten und die nötigen Maßnahmen zu einer Vermittlung ergreifen wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 307.

Ihr Telegramm 2474 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Er sagt, daß, wenn auch der Entschluß der russischen Regierung überraschend komme, er wohl wisse, was Konstantinopel für Rußland bedeute, und daß er sich deshalb über unseren Entschluß nicht wundere. Da ich das Wort „Eskader" gebraucht hatte, fragte mich Grey, ob dies bloß die Flotte bedeute. Ich erwiderte, daß Ihr Telegramm keine weiteren Andeutungen enthielte. Er gab mir hierauf Kenntnis von einem Telegramm von Lowther, das von einer gewissen Beruhigung in Konstantinopel spricht; die Pforte scheine wieder die Oberhand gewonnen zu haben, und die Ansicht mehrerer ausländischer Militäragenten, u. a. auch des deutschen, geht dahin, daß die Truppen von Konstantinopel, besser ausgerüstet, in der Lage wären, die Linie von Chataldja längere Zeit zu halten. Lowther fügt hinzu, daß die Militäragenten übrigens nicht alle derselben Ansicht seien. Ich erwiderte Grey, daß der Zeitpunkt und auch die Umstände, unter denen unsere Flotte erscheinen würde, von uns deutlich bestimmt worden seien.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 308.

Persönlich. Grey denkt, daß die Lage bedeutend entspannt wäre, wenn das Telegramm Lowthers richtig vorausgesehen habe. Das Verbleiben des Sultans in Konstantinopel sei die einzige befriedigende Lösung. Wenn er aber die Hauptstadt verlasse, so würde seine Rückkehr ernsten Schwierigkeiten begegnen, u. a. würde die öffentliche Meinung in mehreren Ländern, ganz besonders in England, Einwendungen erheben. Da eine Lösung zugunsten Bulgariens augenscheinlich nicht zugelassen werden könne, hauptsächlich wegen Rußlands, so habe er an eine besondere Kombination — Neutralisierung und freie Stadt — als das geringste von andern Übeln gedacht, doch wolle er Sie zuerst über Ihre Ansicht befragen. Ich erwiderte, daß ich sehr daran zweifele, daß ein derartiges Projekt Ihre Zustimmung finden könne, da sich zu große internationale, ethnologische, religiöse und geographische Schwierigkeiten er-

geben würden. Grey sagte, er gäbe sich natürlich hierüber Rechenschaft, auch habe er diesen Gedanken nur für den Fall geäußert, daß es unmöglich werden sollte, die türkische Herrschaft über Konstantinopel aufrechtzuerhalten. Ich sagte ihm, daß ich meinen Standpunkt nicht verändern könne, daß ich ihm jedoch dankbar sei, daß er dieses Projekt Ihnen gegenüber zuerst erwähnt habe, da keine andere Macht in demselben Maße wie Rußland in dieser Frage interessiert sei. Ich fügte hinzu, daß ich den einzigen Vorzug seines Vorschlages darin erblicke, daß er weniger als irgendein anderer die nationalen und religiösen Gefühle verletzen würde; es gäbe hierbei zwei Fragen zu beachten, den Bosporus und die Dardanellen, und in dieser doppelten Hinsicht müsse Rußland ganz besondere Garantien erhalten — denn eine einfache Veränderung des Pariser Traktates würde in diesem Falle nicht genügen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 276.

Aus allen von mir erhaltenen und sorgfältig geprüften Informationen ergibt sich folgendes: Zwischen den vier Verbündeten ist ein Übereinkommen erzielt — sozusagen ein Block gebildet — worden, um die Annexion der eroberten Gebiete auf alle Fälle durchzusetzen. Was Serbien und Bulgarien anbelangt, ist das Übereinkommen ein festes, gegenseitiges und vollständiges. Aber beide Staaten beargwöhnen Griechenland, welches hauptsächlich den Besitz von Saloniki und sogar Bitoli im Auge hat. Diesem werden sich die Bulgaren widersetzen, wobei sie von den Serben unterstützt werden werden. Die Haltung Montenegros, die wenig Vertrauen erweckt, beunruhigt hauptsächlich die Serben. Einen besonders unangenehmen Eindruck macht das Streben Montenegros, den Serben die Erreichung ihrer historischen Ansprüche zu erschweren. Ein Beweis hierfür: die unerwartete Besitzergreifung des unbefestigten Klosters von Detchan; das Einrücken in das von serbischen Truppen bereits besetzte Prizrend und das offene Streben, den Serben in San Giovanni zuvorzukommen. Die Verbündeten sind jedoch geneigt, alle diese Reibungen zu verheimlichen, um

den Vermittlungsversuchen der Mächte gegenüber einig zu erscheinen. Die Forderungen der Verbündeten, welche mit den Waffen in der Hand bis zum äußersten zu verteidigen sie sich geeinigt haben, sind die folgenden: 1. Alle die durch ihre Heere eroberten Gebiete bilden ein Kondominium, welches später nach gegenseitiger Vereinbarung geteilt werden soll. 2. Die Verbündeten lassen nicht einmal den Gedanken eines autonomen Albaniens oder Mazedoniens zu und werden sich einem solchen Plane gemeinsam widersetzen. 3. Mazedonien wird zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland geteilt; Albanien zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland. 4. Die besonderen Forderungen Bulgariens erstrecken sich in der Richtung von Konstantinopel bis zu einer Linie von der Mündung der Maritza nach Lüle-Burgas—Bunar-Hissar bis zum Schwarzen Meere. Es kann keine Rede davon sein, Adrianopel und Kirk-Kilisse, die so viele Opfer gekostet haben, wieder zurückzugeben. 5. Die besonderen Forderungen Serbiens: der Sandschak von Nowibasar, wobei ein schmaler Streifen Montenegro überlassen werden soll; ganz Alt-Serbien und der nördliche Teil Albaniens mit dem Ufer von Medua bis Sameni oder Skumbia, je nach dem Übereinkommen mit Griechenland, dem der übrige Teil dieser Provinz zufällt. Die Verbündeten haben beschlossen, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. Oktober/5. November 1912. — Nr. 2461.

Ich telegraphiere nach Paris: Heute hat mir der österreichische Botschafter erklärt, daß seine Regierung von jedem Gedanken einer territorialen Kompensation zu ihren Gunsten absieht. Auf meine Frage, warum in diesem Falle das Wiener Kabinett die französische Formel der Uneigennützigkeit nicht angenommen hat, erwiderte Thurn, daß in derselben nicht bestimmt wird, daß die Uneigennützigkeit sich nur auf territoriale Erwerbungen bezieht. Ich nehme an, daß Frankreich eine diesbezügliche Berichtigung Wien zukommen lassen könnte. Ich wies Thurn darauf hin, daß man mit dem Lebensinteresse Serbiens, einen Zugang zum Adriatischen Meere zu erhalten, rechnen müsse und daß Österreich sich diesem nicht widersetzen

solle, um ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Serbien herstellen zu können. Der Botschafter antwortete, daß er meine Antwort nach Wien weitergeben wird, daß seine Regierung aber die öffentliche Meinung berücksichtigen müsse. Sich auf ökonomische Interessen beziehend, wies Thurn darauf hin, daß es wünschenswert sei, sie durch mehr als einen einfachen Handelsvertrag mit Serbien zu schützen, worauf ich erwiderte, daß es meiner Ansicht nach nichts gäbe, was diesem Zwecke besser dienen könne, als ein Handelsvertrag. Aus meiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter habe ich den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus der Versuch gemacht werden wird, Wien zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ich nehme an, daß die Anstrengungen der französischen und englischen Diplomatie sich einstweilen parallel mit unseren Schritten auf ein freundschaftliches Einwirken in diesem Sinne in Wien richten müssen, ohne irgendwelche kategorische Erklärungen abzugeben, die den Charakter einer Drohung haben könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1912. — Nr. 302.

Der französische Geschäftsträger hat mir von einem Telegramm Kenntnis gegeben, in dem der französische Botschafter in Berlin über eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister berichtet. Letzterer hat als seine persönliche Ansicht geäußert, daß die Dreibundmächte durchaus einig seien und daß deshalb keine Bedrohung des Friedens zu erwarten sei. Im Laufe dieser Unterredung hat San Giuliano, trotz der Einwendungen Cambons, darauf bestanden, daß Italien und Österreich, welche die Schaffung eines albanischen Staates wünschen, auf dem Ausschluß Serbiens von der adriatischen Küste bestehen, und er hat zu verstehen gegeben, daß die Wünsche Serbiens, einen Zugang zum Meere zu erhalten, im Ägäischen Meere Befriedigung finden könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 306.

Ihr Telegramm 2461 erhalten. Grey sagt mir, daß er sich vollkommen Rechenschaft gibt, wie ernst diese beiden Öster-

reich und Serbien betreffenden Fragen sind. Er befürchtet, daß der serbische Zugang zur Adria leichter einen akuten Charakter annehmen könne als die Frage der österreichischen ökonomischen Interessen, für die man seiner Ansicht nach leichter eine befriedigende Lösung finden können wird. Ich erwiderte, daß man auch diese Frage nicht allzu leicht einschätzen dürfe, sie könne sich in eine Absorption verwandeln, was die österreichische Hartnäckigkeit, Serbien vom Meere auszuschließen, erklären würde. Ich sagte ihm, daß Serbien mit der größten Energie Widerstand leisten würde, so daß Österreich wieder das Projekt einer Annexion in Erwägung ziehen könnte. Grey sagte, daß der serbische Gesandte gestern in der Tat von einer sehr energischen Erklärung gesprochen habe. Dies rufe seine Befürchtung wach, daß es jetzt vielleicht nicht mehr möglich sein werde, die Wünsche der beiden Länder in Einklang zu bringen, und deshalb halte er es für zweckmäßiger, die Lösung dieser Frage bis zur allgemeinen Regelung aufzuschieben.

Aus diesem Grunde sollten auch die Mächte die Balkan-Alliierten fragen, ob sie geneigt wären, eine Vermittlung anzunehmen und selbst ihre Wünsche zu formulieren. Da Österreich sich heute außerhalb des europäischen Konzertes befindet, wird man von ihm nicht erreichen können, daß es einem Schritte der Mächte beitritt, welcher einen Versöhnungsversuch auf der von Ihnen angegebenen Basis darstellt; es liege aber kein Grund vor, daß Österreich sich an dem von ihm in Aussicht genommenen Schritte nicht beteiligt. Ich erfahre durch Mensdorff, daß Grey ihm gegenüber die Notwendigkeit betont hat, die österreichischen Wünsche zu mäßigen, deren Berechtigung er vom ökonomischen Standpunkte aus durchaus anerkennt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Rom vom 26. Oktober/8. November 1912. — Nr. 2500.

Weisen Sie den italienischen Außenminister darauf hin, daß es äußerst wünschenswert sei, daß Österreich in der Frage der Zulassung Serbiens zum Adriatischen Meere nachgibt. Es ist gefährlich, Tatsachen keine Rechnung tragen zu wollen. Serbien wird sich mit nichts anderem zufrieden geben und rechnet auf die gemeinsame Unterstützung des Balkanblockes, was der

kriegerischen Stimmung der betreffenden Völker durchaus entspricht. Eine serbische Seemacht braucht Österreich keine Bedenken einzuflößen. Wir sind bereit, die ökonomischen Interessen Österreichs ebenso wie die Wünsche Österreichs und Italiens hinsichtlich der Gründung eines autonomen Albaniens in ernstliche Erwägung zu ziehen. Wir wollen, daß auf dem Balkan ein dauernder Friede gesichert sei. Dies ist unmöglich, wenn die gerechten Interessen Serbiens nicht befriedigt werden. Ich nehme an, daß es auch den Interessen Italiens entspricht, seine zukünftigen Beziehungen zu Rußland und den mit ihm solidarischen Mächten genau zu regeln, und daß es deshalb jetzt auf seinen Bundesgenossen einwirken wird. Auf diese Weise würde Italien auch seine Stellung in den Balkan-Hauptstädten wieder befestigen, welche durch den Friedensschluß mit der Türkei, der im Augenblicke der Kriegserklärung auf finanzieller Basis erfolgt ist, stark erschüttert erscheint. Indem Sie diese Fragen mit dem italienischen Außenminister besprechen, müssen Sie versuchen, Ihre Erklärungen in eine möglichst freundschaftliche Form zu kleiden, um das Selbstgefühl der Italiener nicht zu verletzen.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Oktober/7. November 1912.

Was den Vorschlag Poincarés anbelangt, der Möglichkeit territorialer Erwerbungen von seiten Österreichs auf dem Balkan vorzubeugen, so halte ich es für nötig, Ihnen den genauen Wortlaut der Mitteilung Poincarés zu übersenden, da ich die Möglichkeit von Fehlern in meinem chiffrierten Telegramm befürchte. Ich habe Ihnen soeben telegraphiert, daß ich es für wünschenswert halte, diese Mitteilung sachlich und in schriftlicher Form zu beantworten. Der französische Vorschlag ist erfolgt, nachdem die Frage vom Kabinett beraten worden war, und in ihm wird ein ganz neuer Standpunkt Frankreichs in der Frage der territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht. Während bis jetzt Frankreich erklärt hatte, daß örtliche, sozusagen rein balkanische Ereignisse es zu keinem aktiven Handeln veranlassen könnten, scheint die

französische Regierung jetzt zuzugeben, daß eine territoriale Erwerbung von seiten Österreichs auf dem Balkan das allgemeine europäische Gleichgewicht und folglich auch die eigentlichen Interessen Frankreichs berührt. Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Erwerbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Übereinkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann. Einstweilen unterbreitet er diese Frage natürlich nur unserer Beratung, aber in einem Gespräche mit mir hat Paléologue deutlich zugegeben, daß das vorgeschlagene Übereinkommen zu diesen oder jenen aktiven Schritten führen kann. Er hat mir gesagt, daß bei Erwägung der verschiedenen möglichen Folgen er seinen Vorgesetzten auf das Beispiel des Jahres 1832 hingewiesen habe, als Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona eingenommen und dieses erst evakuiert hat, nachdem die Österreicher sich aus der erstgenannten Stadt zurückgezogen hatten. Es scheint mir, daß wir alles oben Dargelegte ernstlich prüfen und diese Gelegenheit benutzen müssen, um den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle einer möglichen Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan festzulegen und für die Zukunft eine gemeinsame Aktion Rußlands, Frankreichs und Englands vorzubereiten, wenn Österreich im Laufe der weiteren Entwicklung seinen jetzigen Standpunkt des Verzichtes auf alle territoriale Kompensationen aufgeben sollte.

Eigenhändiger Brief Poincarés an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 22. Oktober/4. November 1912.

Wie ich Ihnen soeben gesagt habe, flößt die rätselhafte Haltung Österreichs der französischen Regierung ebensolche Bedenken ein wie der russischen. In Übereinstimmung mit dem Ministerrate halte ich es für zweckmäßig, uns schon jetzt auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wenn Österreich versuchen sollte, eine territoriale Vergrößerung zu verwirklichen. Sie

haben die Güte gehabt mir zu sagen, daß ein solcher Fall in den in Racconigi getroffenen Abmachunggen vorhergesehen worden ist und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen. Auch die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen allen möglichen Bestrebungen Zugang verschaffen würde. Ich möchte deshalb wissen, ob die Kaiserlich russische Regierung ebenso wie die unserige eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 2513.

Die Frage eines Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meere hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die uns ernstliche Bedenken einflößt. Wie früher, sind wir auch jetzt bereit, zusammen mit Frankreich und England Serbien unsere tatkräftige diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Verläßlichen Informationen zufolge sind Deutschland und Italien bereit, sich zusammen mit Österreich territorialen Erwerbungen Serbiens im Adriatischen Meere zu widersetzen. Man kann den Konflikt aus diesem Anlasse nicht bis zur Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges verschärfen. Um so unangebrachter erscheint uns die Haltung einiger serbischer Vertreter im Auslande. Wir erfahren, daß der serbische Vertreter in Berlin Kiderlen erklärt hat, die Alliierten hätten bereits die ganze adriatische Küste unter sich geteilt, und Serbien sei der Unterstützung nicht nur Bulgariens, sondern auch Rußlands sicher. Was uns betrifft, halten wir eine solche Erklärung für unzulässig. Der Bündnisvertrag gibt Serbien kein Recht, auf die militärische Unterstützung Bulgariens in der Frage des serbischen Zuganges zum Meere zu rechnen. Die Verluste Serbiens und Bulgariens während des letzten Krieges lassen ihren Zusammenstoß mit Österreich von Anfang an als hoffnungslos erscheinen. Die Entsendung von serbischen Truppen in der Richtung Durazzo, mit dessen Besetzung Österreich sich nicht

einverstanden erklären wird, ist auch ein Zeichen, daß sich Serbien hinreißen läßt. Sagen Sie Pasitch, daß die Serben uns unsere Rolle ihres Advokaten nicht erschweren dürfen. In der Frage des Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meer unterscheiden wir das Ziel und die Mittel. Das Ziel ist die möglichst volle Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit dieses Landes; die Mittel der Zugang zum Adriatischen Meere, entweder als Folge einer territorialen Festsetzung am Ufer oder mittels einer Eisenbahnverbindung mit dem einen oder anderen Hafen unter denselben Bedingungen, die Österreich eventuell für den Transit seiner Waren nach Saloniki zugestanden werden würden. Ein Nachgeben Serbiens in der Frage der Erwerbung eines eigenen adriatischen Hafens wird es möglich machen, auf den andern Bedingungen, wie z. B. der territorialen Ausdehnung Serbiens nach Süden oder einer größtmöglichen Verringerung des albanischen Territoriums, zu bestehen. Wenn Österreich nicht versteht, daß es in seinem Interesse liegt, einen dauernden Frieden auf dem Balkan zu sichern, so nehmen wir an, daß Serbien, welches aus dem kurzen Kriege mit Eroberungen hervorgeht, auf die es früher kaum hoffen durfte, jetzt verstehen muß, daß es durch allzu große Forderungen das Erreichte nur in Frage stellen kann. Es liegt im Interesse Serbiens, seine Forderungen nicht zu hoch zu spannen, da deren Nichterfüllung die serbische Eigenliebe dann um so fühlbarer verletzen wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2526.

Der Beschluß Österreichs, sich der Erwerbung eines adriatischen Hafens durch Serbien zu widersetzen, ist unseren Informationen zufolge unumstößlich und wird von den Bundesgenossen Österreichs gebilligt. Andererseits erklären Frankreich und England ganz offen, daß sie nicht gesonnen sind, den Konflikt mit dem Dreibunde aus diesem Anlasse zu verschärfen. Unsererseits warnen wir Serbien, darauf zu rechnen, uns nach sich ziehen zu können. Wir werden mit dem Dreibunde wegen der Frage eines serbischen Hafens an der Adria nicht Krieg führen. Was den angeblichen Entschluß der Alliierten anbe-

langt, die ganze europäische Türkei unter sich aufzuteilen, ohne die Interessen Österreichs und Italiens zu berücksichtigen, so warnen wir gleicherweise vor den Folgen, zu denen eine derartig unbesonnene Politik führen kann, da Serbien auf diese Weise die Sympathien Frankreichs und Englands verlieren würde. Es ist gefährlich, nicht mit Tatsachen zu rechnen. Deshalb kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß es nötig sein wird, einen Uferstaat Albanien zu bilden. Wenn die Serben mehr Nachgiebigkeit zeigen, wird es leichter sein, bei der Bestimmung der Grenzen und der Organisation dieses albanischen Staates auf für Serbien günstige Bedingungen zu bestehen und ökonomische Vorteile zu erzielen. Je schroffer die Haltung Serbiens ist, um so größer die Gefahr, isoliert zu werden. Ich bitte Sie, mit Pasitch offen Rücksprache zu nehmen und ihn vor einer Expedition nach Durazzo zu warnen. Die Serben sollten uns nicht in die Notlage versetzen, uns von ihnen loszusagen, wenn wir offen zugeben müssen, daß sie in dieser Frage zu weit gegangen sind.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2540.

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß Österreich fest entschlossen ist, Serbien zur Adria nicht zuzulassen, und daß es sich die Unterstützung seiner Bundesgenossen gesichert hat. In Anbetracht dieser Solidarität der Dreibundmächte ist es für uns sehr wichtig zu wissen, wie Frankreich und England sich verhalten würden, wenn es nicht gelingen sollte, einem aktiven Vorgehen Österreichs vorzubeugen.

Ich habe versucht, den österreichischen Botschafter davon zu überzeugen, daß ein derartiger Schritt gefährlich und unzweckmäßig wäre. Ich habe Thurn gebeten, in Wien telegraphisch anzufragen, ob man es für möglich halten würde, Serbien einen Hafen an der Adria zu überlassen, wobei dieser einen ausschließlich kommerziellen Charakter erhalten würde. Der Botschafter zweifelt, daß dies möglich sein werde, und weist andererseits auf die Bereitwilligkeit seiner Regierung hin, einer völlig gleichwertigen Sicherung der serbischen ökonomischen Interessen und des Eisenbahntransites nach der Adria und nach Saloniki zuzu-

stimmen. Ich nehme an, daß es in allernächster Zeit nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Bestrebungen Österreichs und den Interessen Serbiens, sowohl ökonomischer als politischer Natur, herzustellen. Sehr wichtig ist es, das albanische Territorium möglichst zu verkleinern und gewisse Garantien hinsichtlich der zukünftigen Organisation dieses Landes zu erhalten. Diese Fragen können den Gegenstand eines vorbereitenden Meinungsaustausches bilden, aber ein endgültiger Entschluß kann nur von den Mächten gemeinsam nach reiflicher Prüfung aller einschlägigen Fragen gefaßt werden. Deshalb erscheint es uns unrichtig, daß Österreich jetzt die Frage des serbischen Zuganges zur Adria in endgültiger Weise lösen will.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 315.

. . . Ich fragte Grey, ob er in der serbischen Frage diese oder jene Lösung vorziehe. Er antwortete, daß er die Interessen Österreichs und diejenigen Serbiens für analog halte und daß sowohl für Serbien als auch für Österreich eine Eisenbahn unter serbischer Verwaltung und Kontrolle zu einem näher zu bestimmenden Hafen führend den berechtigten Forderungen Serbiens entsprechen dürfte, ebenso wie dadurch den Forderungen der allgemeinen internationalen Lage Genüge geleistet werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1912. — Nr. 316.

Paul Cambon hat mir sehr vertraulich zwei Telegramme Jules Cambons an Poincaré über die bekannte Unterredung zwischen Kiderlen und dem serbischen Geschäftsträger vorgelesen. Das eine enthält die Version Kiderlens, das andere die des serbischen Vertreters. In letzterer ersehe ich eine wichtige Auslassung. Da ich nicht weiß, ob Poincaré unserem Botschafter in Paris beide Telegramme mitgeteilt hat, will ich dies nachholen. Der serbische Geschäftsträger hat gefragt, ob Deutschland gegebenenfalls einen Krieg zwischen Rußland und Öster-

reich wegen des jetzigen österreichisch-serbischen Konfliktes als casus foederis auffassen würde, und nachdem hierauf eine bejahende Antwort erfolgt war, hat er gefragt, ob der casus foederis auch eintreten würde, wenn Frankreich sich an dem Kriege nicht beteiligen sollte. Kiderlen hat geantwortet, daß selbst in diesem Falle Deutschland zu den Waffen greifen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 319.

Grey hat mir folgende Mitteilung über seine Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Mensdorff gemacht. Letzterer hat ihm zuerst im Auftrage Berchtolds erklärt, daß der Minister ganz wie Sir Edward militärische Operationen Serbiens in Albanien als kriegerische Maßnahmen betrachten würde, deren Berechtigung nicht bestritten werden könne; doch teile er nicht die Ansicht Sir Edwards, daß ein Meinungsaustausch zwischen Österreich und Serbien hätte vermieden werden können: erstens, weil Serbien die Initiative ergriffen hat, und zweitens, weil Österreich es hat verhindern wollen, daß Serbien mit Waffengewalt sich ein Faustpfand sichert, welches die Frage des territorialen Umfanges Albaniens zu beeinflussen geeignet wäre. Grey las Mensdorff das von ihm nach Belgrad geschickte Telegramm vor und fügte hinzu, er wisse, daß Rußland in Belgrad ebenso deutliche Ratschläge erteilt habe; er nähme mit lebhafter Befriedigung von dem österreichischen Standpunkt hinsichtlich der serbischen Operationen Kenntnis, und er glaube hieraus folgern zu können, daß das Wiener Kabinett sich jeder Drohung enthalten werde. Mensdorff antwortete, daß dies ganz seine Ansicht sei. Grey hat die Gefahr und das Unzweckmäßige einer derartigen Drohung Mensdorff gegenüber ganz besonders betont.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 320.

Ihr Telegramm 2540 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Er bleibt auf seinem Standpunkte hinsichtlich der serbischen Bestrebungen in Albanien und der Gefahr einer öster-

reichischen militärischen Aktion gegen Serbien. Diese beiden Punkte hat er in seiner Unterredung mit Mensdorff berührt, über die ich in meinem Telegramm Nr. 319 berichte. Ihrem Wunsche gemäß hat er in Belgrad zur Mäßigung geraten. Als ich Grey auf die Solidarität des Dreibundes hinwies und ihn fragte, ob er mir etwas über die Haltung Englands sagen könne, im Falle unsere Anstrengungen, eine österreichische Aktion zu verhindern, keinen Erfolg haben sollten, erwiderte Grey nach einiger Überlegung, daß es ihm unmöglich sei, auf eine Frage eine direkte Antwort zu geben, welche eine Möglichkeit betrifft, deren Eintreten ihm seit seiner Unterredung mit Mensdorff nicht mehr wahrscheinlich scheint, und auch weil die Haltung Englands vor allem von der Haltung der andern Mächte abhängen werde. Die solidarische Haltung gibt uns in dieser Hinsicht wertvolle Hinweise, aber keine positiven Tatsachen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 321.

Zur Vervollständigung meines Telegramms Nr. 320. Persönlich. Ich habe die Frage einer eventuellen englischen Haltung mit einer gewissen Vorsicht behandelt und habe mich aus verschiedenen Gründen nicht näher ausgesprochen. Erstens, weil Cambon diesen Punkt mit Grey bereits besprochen hatte. Grey hat ihm gesagt, daß uns die diplomatische Unterstützung Englands zugesichert sei, daß ihn aber heute eine direkte Frage hinsichtlich der Eröffnung von Feindseligkeiten in eine schwierige Lage versetzen würde. Meiner Ansicht nach wird es von den Ereignissen abhängen, wie diese Frage gelöst werden wird. Übrigens ist heute die öffentliche Meinung mit den für die slawische Sache erreichten Resultaten zufrieden und denkt nicht an Krieg. Hierzu kommt leider der Umstand einer Ministerkrise, die zwar wahrscheinlich vertagt ist, aber die Stellung des Kabinetts erschüttert hat. In dieser Hinsicht hat Bonar Law immerhin bei Eröffnung der gestrigen Debatten noch einmal wiederholt, daß er zu der auswärtigen Politik des Kabinetts Vertrauen habe und daß dieses Vertrauen auch in Krisenzeiten aufrechterhalten werden würde. Grey selbst hat mir von der Ministerkrise gesprochen und gesagt, sie würde keine Wirkung

auf die ausländische Politik haben. Ganz vertraulich hat er hinzugefügt, daß er sich in dieser Hinsicht in beständigem Kontakt mit Lansdowne befindet. Es muß bemerkt werden, daß Grey nichts gesagt hat, was darauf hindeuten könne, daß England sich eines Eingreifens enthalten wird. Unter diesen Umständen ist Greys Antwort alles, was ich erwarten konnte. Die Erwähnung der Rolle der andern Mächte bringt die Antwort Greys in Verbindung mit der Erklärung, die Nicolson Cambon gemacht hat und die ich sonst nicht erwähnt hätte, da Nicolson nur seine persönliche Antwort geäußert hat und nicht die Kompetenz besitzt, eine derartige Frage zu beantworten: Nicolson hat Cambon mit allem Vorbehalt gesagt, daß, wenn der Dreibund im Kampfe gegen den Zweibund stände, seiner Ansicht nach England sich am Kriege beteiligen würde. Ich muß jedoch hinzufügen, daß die Ansicht Nicolsons nicht immer die Ansichten Greys genau wiedergibt. Ich glaube, Grey hält den Augenblick nicht für gekommen, diese Frage dem Ministerrate zu unterbreiten.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 1./14. November 1912.

In Anbetracht der Bedeutung der Erklärungen, die Ihnen vom französischen Außenminister gemacht worden und in Ihrem Briefe vom 25. Oktober/7. November enthalten sind, bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß es wünschenswert ist, den neuen Standpunkt der Regierung der französischen Republik hinsichtlich einer eventuellen Ausbreitung Österreichs auf dem Balkan festzulegen. Ich bin daher damit einverstanden, daß der Brief Poincarés von uns ebenfalls schriftlich beantwortet wird, und da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, so wäre es am besten, wenn auch unsere Antwort durch Ihre Vermittlung erfolgen würde. Beiliegend das Projekt eines solchen Briefes, und ich halte es nur für nötig, folgende Erwägungen hinzuzufügen:

Alle uns zur Verfügung stehenden Informationen weisen darauf hin, daß wenigstens im jetzigen Zeitpunkt Österreich nach keinen territorialen Erwerbungen auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Österreich je nach Entwicklung der Dinge und vor allem in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen

des Zuganges zur Adria zur Annexion türkischen oder sogar serbischen Territoriums entschließen. In beiden Fällen wäre es für uns sehr wichtig, die Gewißheit zu haben, daß im Falle einer Einmischung von unserer Seite Frankreich nicht teilnahmlos bleiben wird. Andererseits muß man in Betracht ziehen, daß die Lage auf dem Balkan sich sehr schnell verändert und wir nicht alle Zufälligkeiten voraussehen können, die uns zu der Ergreifung dieser oder jener Maßregeln veranlassen könnten, und ich halte es deshalb für notwendig, in unsern Verhandlungen mit den ausländischen Kabinetten alles zu vermeiden, was unsere Aktionsfreiheit in Zukunft einschränken könnte. In dieser Hinsicht scheint es mir wünschenswert, in Ihrer in Aussicht genommenen schriftlichen Erklärung an Poincaré allzu kategorische Erklärungen zu vermeiden, wie sie sich z. B. aus den Worten des französischen Ministers ergeben: „sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen". Denn dieses könnte sich auch auf Rußland im Gebiete der Meerengen beziehen. Letztere Erwägung teile ich natürlich ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information mit.

Projekt eines Briefes des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den französischen Außenminister Poincaré.

Ich habe nicht verfehlt, dem russischen Außenminister den Inhalt Ihres Briefes vom 4. November zu unterbreiten. Herr Sasonow ermächtigt mich, Ihnen zu erklären, daß ebenso wie Frankreich auch Rußland einer territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Er nimmt mit Vergnügen von der Ansicht der französischen Regierung Kenntnis, daß Frankreichs Interesse durch eine solche Möglichkeit berührt werden würde. Die russische Regierung ist in dieser Hinsicht bereit, sich gemeinsam mit den Kabinetten von Paris und London über die Handlungsweise zu verständigen, die in einem solchen Falle nötig werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. November 1912. — Nr. 323.

Wie mir Grey vertraulich mitteilt, hat der italienische Botschafter erklärt, daß, wenn es sich um eine Garantie für Albanien

handeln werde, er glaube, daß seine Regierung eine Garantie aller Mächte der Garantie Österreichs und Italiens allein vorziehen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 324.

Nicolson hat mir ein Telegramm Buchanans vorgelesen, welches über Ihre letzten Unterredungen mit den Vertretern Deutschlands und Österreichs berichtet. Er hat mir den Inhalt der Antwort mitgeteilt, die Grey Buchanan zu geben gedenkt. Grey legt der prinzipiellen Klärung der albanischen Frage die größte Bedeutung bei. Nicolson hat diesen Punkt betont, da er glaubt, es wäre nicht möglich, mit Erfolg auf Österreich einzuwirken, wenn man ihm nicht gleichzeitig beruhigende Erklärungen über den Standpunkt der Mächte, Rußland einbegriffen, in der albanischen Frage geben könne. Ich habe geantwortet, daß Sie bereits die Möglichkeit eines albanischen autonomen Uferstaates zugegeben hätten. Nicolson antwortete, man müsse dies in Wien erklären und er hoffe, daß Sie keine Einwendungen dagegen erheben würden. Ich glaube in der Tat, daß dieses im Hinblick auf Ihr Telegramm 2540 sehr wünschenswert ist. Der Standpunkt: „Der Balkan für die Balkanvölker" wird sicherlich auch den Albaniern gegenüber angewandt werden. Die Unnachgiebigkeit der Serben macht hier keinen guten Eindruck. In Anbetracht der schweren Folgen, die die jetzige Lage nach sich ziehen kann, ist der wichtigste, vielleicht der entscheidende Punkt, was England anbelangt, der, daß, abgesehen von der größten Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen, alles vermieden wird, was als eine serbische Provokation ausgelegt werden könnte, und daß unsere Unterstützung nur unter dieser Bedingung erfolgt; auf diese Weise würden wir die Verantwortlichkeit für eine aggressive Politik ausschließlich auf Österreich zurückfallen lassen. Der Ton Serbiens und Montenegros ruft schon den Eindruck hervor, daß die österreichische Regierung sich ruhig, sogar geduldig zeigt. Diesem Umstande lege ich die größte Bedeutung bei. Diese Erwägung wird in meinem Briefe, den Sie mit dem Kurier erhalten werden, weiter entwickelt.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 4./17. November 1912. — Nr. 369.

Im Laufe einer Unterredung bezüglich der Antwort Frankreichs auf meine den österreichisch-serbischen Konflikt betreffenden Mitteilungen hat mir Poincaré erklärt, es sei ihm unmöglich, selbst privatim, die Richtlinien der französischen Politik im Falle einer aktiven Einmischung Österreichs festzulegen, bevor die russische Regierung ihm nicht ihre eigenen Absichten mitgeteilt haben wird. Es ist Sache Rußlands, sagte er mir, die Initiative in einer Frage zu ergreifen, an welcher es in erster Linie interessiert ist; Frankreichs Aufgabe ist es, ihm in tatkräftigster Weise beizustehen; wenn die französische Regierung die Initiative selbst ergreifen würde, so würde sie Gefahr laufen, entweder über die Absichten ihres Verbündeten hinauszugehen oder ihnen nicht gerecht zu werden. Um die Möglichkeit jeden Zweifels auszuschließen, wie weit wir in unserer Unterstützung Serbiens gehen würden, hielt ich es für nötig, eine Stelle aus den Instruktionen des Außenministers an unsern Gesandten in Belgrad hervorzuheben, in der es heißt, Frankreich und England hätten offen erklärt, sie seien keineswegs gesonnen, eine Zuspitzung des Konfliktes mit dem Dreibunde zuzulassen.

Alles in allem, fügte Poincaré hinzu, bedeutet dies, daß, wenn Rußland Krieg führt, auch Frankreich Krieg führen wird, da wir wissen, daß Deutschland in dieser Frage hinter Österreich stehen wird. Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der gegenwärtigen Angelegenheit kenne, antwortete mir Poincaré, daß nach seinen Informationen das Londoner Kabinett sich für den Augenblick darauf beschränken würde, Rußland seine ganze diplomatische Unterstützung zu versprechen, aber daß dies gegebenenfalls einen tatkräftigeren Beistand nicht ausschlösse.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 372.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden und in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Frage habe ich mein Telegramm 369 Poincaré vorgelesen, der mit dem Text vollkommen ein-

verstanden ist. Er hat mich nur gebeten, seinen Gedanken hinsichtlich eines Punktes näher zu entwickeln, nämlich was die Bedingungen anbelangt, unter denen Frankreich Krieg führen würde. „Es muß wohl verstanden sein, sagte er, daß Frankreich in dem bestimmten Falle Krieg führen würde, wenn der in dem Bündnis vorhergesehene casus foederis eintritt, nämlich wenn Deutschland Österreich mit den Waffen gegen Rußland unterstützen würde."

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912.

Meine in den letzten 14 Tagen abgeschickten Telegramme haben Ihnen über meine verschiedenen Unterredungen mit Grey berichtet und ich halte es heute für notwendig, ganz besonders auf Ihr Telegramm 2540 zurückzukommen, durch welches ich beauftragt wurde, Grey zu fragen: Welches wird die Haltung Englands sein, wenn Österreich zu militärischen Maßnahmen gegen Serbien schreitet?

Wie ich Ihnen bereits telegraphiert habe, hat Grey erwidert, er könne mir keine bestimmte Antwort geben, ehe er nicht wisse, was die andern Mächte tun würden. Sie werden bemerken, daß der Minister, ohne bei der bestimmten Form meiner Frage zu bleiben, ohne weiteren Übergang die letzte Folge in Betracht gezogen hat. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß, indem Grey von der Haltung der andern Mächte sprach, er damit nicht meinte, daß er wissen wolle, welches unser Programm sein würde. Er stellte sich auf den Standpunkt eines konkreten Konfliktes. Es handelt sich also darum, festzustellen, welches die Haltung Frankreichs, Deutschlands und auch Italiens sein würde.

Sie werden sich erinnern, daß während der bosnischen Krise Grey mir gegenüber erwähnt hatte, daß die Möglichkeit einer deutschen Hegemonie den Frieden bedrohen würde. In letzter Zeit, nämlich während der Verhandlungen zwischen England und Deutschland, zu denen der Besuch Lord Haldanes geführt hatte, waren diese Verhandlungen infolge der Formel gescheitert, daß England, obwohl es an keiner Gruppierung der Mächte teilnahm oder teilzunehmen gedachte, welche aggressive Ziele

gegen Deutschland verfolgte, sich dennoch seine Handlungsfreiheit im Falle einer aggressiven Politik Deutschlands wahren wollte. Ich glaube, daß auch jetzt die englische Regierung sich auf diese beiden Prinzipien stützen wird.

Euere Exzellenz hat aus meinem Telegramm ersehen, daß ich auf dieser Frage weiter nicht bestanden habe. Ich glaube, es wäre unnütz gewesen. Er hatte mir genug gesagt, um uns zu beweisen, daß unter gewissen speziellen Bedingungen England in den Krieg eintreten würde. Meiner Ansicht nach sind hierzu zwei Bedingungen nötig: erstens, daß durch ein aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen wird; zweitens ist es durchaus notwendig, daß die Verantwortung für den Angriff auf unsere Gegner falle. Ich glaube, es ist für uns dringend notwendig, diese letzte Bedingung im Auge zu behalten. Sie zieht vor allem die Notwendigkeit der bedingungslosen Aufrechterhaltung des Prinzips unserer Uneigennützigkeit nach sich.

Durch dieses Prinzip erlangen wir einen Einfluß, der gegebenenfalls entscheidend sein kann. Wenn wir Fragen aufwerfen, wie z. B. die der Dardanellen oder andere in Kleinasien, wo die Interessen Rußlands allein auf dem Spiele stehen, so würden wir uns gewiß dieses Einflusses berauben. Ganz wie Euere Exzellenz bin ich mir der ungeheuren Wichtigkeit bewußt, die für uns im Falle eines Krieges die Teilnahme Englands bedeutet, und wenn es sich um ein Opfer unsererseits handelt, so glaube ich, daß wir dies Opfer bringen müssen. Ich wiederhole, in den Augen der öffentlichen Meinung Englands und folglich auch in den Augen der englischen Regierung wird bei der jetzigen Stimmung dieses Landes der Angreifer unrecht haben. Es wird nötig sein, diesen aggressiven Charakter der österreichischen oder deutschen Politik möglichst klar hervortreten zu lassen. Dies wird uns um so leichter fallen, wenn wir dem Standpunkte, auf den wir uns seit Beginn der Krise gestellt haben, treu bleiben. Wir müssen nur konsequent mit uns selber handeln.

Was die englische öffentliche Meinung anbelangt, so hat sich während der letzten 14 Tage keine Änderung vollzogen. Immerhin ist das Publikum, welches den Frieden wünscht,

hinsichtlich der Zukunft der Balkanvölker beruhigt. Man zweifelt in England nicht, daß sie die Sieger sind. Die lebhaften Sympathien Englands für diese Völker sind befriedigt. Daraus ergibt sich ein Optimismus, der für uns nicht ganz vorteilhaft ist.

Da das genannte Ziel erreicht ist, wird die öffentliche Meinung Englands nur schwer einsehen, daß Ursachen, die in ihren Augen nur nebensächliche Bedeutung haben, wie z. B. ein serbischer Hafen an der Adria oder die Größe des albanischen Territoriums, schrittweise zu einem Kriege führen können. Dasselbe, wenn auch unter gewissen Einschränkungen, will ich von der Zukunft Konstantinopels sagen.

Aber dieser Optimismus und diese Zuversicht haben noch eine andere Folge. Die öffentliche Meinung Englands läßt die unbestreitbare Tatsache zu, daß Österreich infolge seiner geographischen Lage sehr wichtige ökonomische Interessen auf dem Balkan besitzt, und das Recht, letztere zu verteidigen, wird ihm zugestanden. Die öffentliche Meinung geht nicht weiter und kümmert sich nicht um die verborgenen Ursachen. Aber auch hier, glaube ich, wird die Frage, wer der Angreifer ist, von der größten Bedeutung sein. Nur in diesem Falle wird die englische Regierung die Unterstützung der öffentlichen Meinung finden, deren sie bedarf, um energisch handeln zu können. Derartige Erwägungen beschäftigen gewiß Grey und seine Ministerkollegen. Ich sehe den Widerhall in der Antwort, die er auf die von mir gestellte Frage gegeben hat.

Ich werde nicht verfehlen, ihn bei passender Gelegenheit auf diese Frage nochmals zurückzubringen und Ihnen möglichst ausführlich zu berichten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912. — Nr. 376[1]).

Ich habe den Inhalt Ihres Telegramms Poincaré mitgeteilt, der hierauf über denselben Gegenstand mit den Botschaftern von Italien, Deutschland und Österreich Unterredungen

[1]) Siehe dasselbe Telegramm S. 473.

hatte. Tittoni bestätigte ihm den in den Telegrammen 374 und 377 dargelegten Plan und ergänzte ihn dadurch, daß Diakowo, Ipek und Prizrend den Serben bleiben müssen. Tittoni sagte ihm auch, daß infolge der erregten öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt wären, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und daß Sie die Forderung Serbiens, einen Ausgang zum Adriatischen Meere zu erhalten, unterstützen müssen. Das macht ihm, Tittoni, Sorgen, denn Italien hat sich verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und im Falle eines Krieges wegen dieser Frage muß Italien Österreich bewaffnete Unterstützung leisten. Poincaré bemerkte, das stehe schwerlich im Einklang mit dem, was ihm über das russisch-italienische Abkommen von Racconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus dem französisch-italienischen Abkommen von 1902, kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

Tittoni antwortete, daß das Abkommen mit Österreich über Albanien der Verständigung mit Österreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Das bringt Italien in eine äußerst schwierige Lage und deshalb sucht es mit allen Kräften eine friedliche Lösung der Lage zu erreichen. Im Laufe des Gespräches sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland auf bewaffnete Hilfe von seiten Frankreichs vollkommen rechnen könne. Das machte, sagte Poincaré, auf Tittoni einen sichtbaren Eindruck.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 383.

Poincaré hat mir ein Telegramm aus Wien vorgelesen, in dem der französische Botschafter berichtet, daß die Stimmung in Wien eine äußerst gespannte sei und daß die österreichische Regierung erfahren habe, Sie hätten in den letzten Tagen Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert und wären jetzt bereit, diese Forderungen zu unterstützen.

Außerdem habe das Wiener Kabinett erfahren, daß wir umfangreiche militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze treffen. Seinerseits mobilisiert Österreich drei Armeekorps in Galizien und hat seine militärischen Vorbereitungen gegen Serbien beendigt. Der französische Geschäftsträger fügt hinzu, der deutsche Botschafter erkläre offen, daß Deutschland Österreich unterstützen wird, daß Deutschland im Falle eines Krieges nur eine geringe Truppenmacht gegen Rußland stellen und seine Hauptkräfte gegen Frankreich richten werde und daß „Deutschland Rußland erst in Paris unterwerfen wird". Andererseits erwartet Poincaré, daß Ismail Kemal Pascha, der augenscheinlich schon in Durazzo eingetroffen ist, in diesen Tagen die Unabhängigkeit Albaniens ausrufen und von der österreichischen Flotte unterstützt werden wird. Deshalb droht der serbische Vormarsch nach Durazzo, Verwicklungen nicht nur mit den Albaniern, sondern auch mit den Österreichern herbeizuführen, was seinerseits den Einfall der Österreicher in Serbien zur Folge haben würde. Dies alles beunruhigt die französische Regierung, und Poincaré fragt, ob Sie noch immer auf dem Standpunkt der von Ihnen unserm Gesandten in Belgrad gegebenen Instruktionen stehen, oder ob in dieser Hinsicht wirklich eine Änderung eingetreten ist. Poincaré ist überzeugt, daß sowohl Österreich wie Italien fest entschlossen sind, die Serben nicht nach Durazzo zuzulassen, und wenn Sie daher wirklich beschlossen haben, das Vordringen Serbiens bis zu diesem Hafen zu unterstützen, so muß dieses zu einem Konflikte zwischen Rußland und Österreich mit allen seinen Folgen führen. Als Antwort habe ich Poincaré mit dem Inhalt Ihres Telegramms 2687 bekannt gemacht, aus welchem hervorgeht, daß Sie bestrebt sind, Mittel zu einer friedlichen Lösung dieser Frage zu finden, und daß deshalb kein Grund zur Annahme vorliegt, daß wir die Serben zu irgendwelchen gefährlichen Schritten zu veranlassen suchen. Auf seine Bemerkung, daß von verschiedenen Seiten behauptet wird, unser Gesandter in Belgrad, Hartwig, fahre fort, die Serben aufzustacheln, erwiderte ich, daß mir aus der Erfahrung des Jahres 1908 gut bekannt sei, wie leicht ungerechtfertigte Anklagen gegen Rußland und die russischen Diplomaten erhoben würden. Zum Schlusse betonte Poincaré,

daß es im jetzigen kritischen Augenblicke äußerst wichtig sei, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von seiten Rußlands berufen könne, und daß es für alle klar sein müsse, daß Serbien, wenn es auf seinem Marsche nach Durazzo besteht, auf seine eigne Gefahr hin handelt. Poincaré bittet, obiges zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Fünfzehntes Kapitel.

Die Londoner Botschafterkonferenz 1912.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 332.

Persönlich. Nicolson ist ziemlich skeptisch hinsichtlich der Aufnahme, die der Poincarésche Vorschlag bezüglich eines serbischen Hafens an der Adria in Deutschland und Österreich finden wird. Er glaubt, daß Österreich entschlossen ist, sich nicht dem Zugange Serbiens zum Mittelmeere, wohl aber einer territorialen Erwerbung zu widersetzen. Er glaubt, daß der Ausdruck „neutraler Hafen" näher bestimmt werden muß. Er glaubt auch, daß viel von der Zusammenkunft des Erzherzogs mit Kaiser Wilhelm abhängen wird. Die Reise Schemuas nach Berlin macht auf ihn Eindruck, ebenso Nachrichten über eine russische Mobilisation, die aus der Wiener Reichspost geschöpft sind. Man fürchtet hier, daß die von uns getroffenen militärischen Maßnahmen größeren Umfang als die österreichischen haben. Man gibt zu, daß dies nötig sein kann. Aber dieser Eindruck ist bedauerlich, wie ich Ihnen in meinem letzten Brief berichtete. Wenn, wie ich glaube, die Haltung Englands hauptsächlich von der Handlungsweise Deutschlands abhängen wird, so urteilt man über die Politik Österreichs in dieser Krise nicht so streng wie bei uns. Man vergleicht, was man über seine jetzigen Forderungen weiß, mit seinen Plänen vor dem Kriege. Die Folgerung fällt zugunsten Österreichs aus. Man findet auch, daß Serbien zu viel von der Unterstützung der Mächte verlangt, die ihrer Sympathie mit diesem Lande Ausdruck verliehen haben. Ich teile dies alles zu Ihrer Information mit.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. November 1912. — Nr. 333.

Aus meinen während der letzten Tage gemachten Beobachtungen ergibt sich, daß Österreich kein territoriales Zugeständnis zugunsten Serbiens in Albanien machen wird. Ich glaube, daß das äußerst Erreichbare ein neutraler Hafen auf dem Territorium eines autonomen Albaniens sein würde. Welches immer die Stellungnahme Frankreichs sein mag, welche durch unsern Bündnisvertrag bedingt wird, so glaube ich, daß, wenn wir Serbien noch weiter gehende Unterstützung zuteil werden lassen, wir die moralische Unterstützung nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs verlieren würden. Wenn ich mich nicht irre, so will mir scheinen, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich vor allem von dem Gedanken einer Revanche für 1909 leiten läßt; ich selbst hege dies Gefühl zu sehr, als daß es mir erlaubt wäre, ein derartiges Gefühl in Rußland abfällig zu beurteilen. Aber es scheint mir auch, daß wir diese Revanche schon in weitgehendem Maße erreicht haben, und zwar dank der Politik des Kaisers, dessen berufener Vertreter Sie sind. Nicht die Befürchtung eines Konfliktes mit den Balkan-Alliierten und ihren Armeen hält Österreich im jetzigen Zeitpunkte zurück. Rußland allein und die Stellung, die es einnimmt, haben Österreich veranlaßt, auf sein Programm, wie es nach 1909 bestand, zu verzichten: auf jede territoriale Ausdehnung, auf den Sandschak und auf Saloniki; auch ist Österreich gleichzeitig veranlaßt worden, der Aufteilung des Balkans zwischen den Alliierten und der Schaffung eines albanischen Staates unter dem Protektorate aller Mächte zuzustimmen. Es ist mir wenigstens nicht bewußt, daß Österreich gegen einen solchen Gedanken Einspruch erhoben hat. Im Grunde genommen bedeutet dies einen völligen Umschwung der österreichischen Politik. Außerdem hat, dank der weisen und uneigennützigen Politik Rußlands, die ganze Balkanfrage eine unerhoffte Lösung gefunden, ohne daß es zu einem europäischen Kriege gekommen wäre. Ich glaube, daß, wenn die russische öffentliche Meinung eines Tages die Dinge in diesem Lichte erblicken wird, keine einzige Epoche der neueren Geschichte Rußlands ruhm-

voller erscheinen wird. Unsere weise und uneigennützige Politik hat uns die Unterstützung Frankreichs und Englands und im Anfang auch Italiens gewonnen. Dieses Resultat in Frage zu stellen, und zwar wegen einer sekundären Erwägung, die mehr den Ehrgeiz als das berechtigte Interesse Serbiens betrifft, bedeutet meiner Ansicht nach, den bis jetzt so erfolgreich betretenen Weg zu verlassen. Und wir würden vielleicht auf diese Weise unserem Gegner eine günstige Gelegenheit zum Angriff bieten, wenn sich die internationale Situation durch eine letzte Forderung unsererseits, deren absolute Notwendigkeit wir nicht beweisen können, zu unsern Ungunsten verändert haben wird.

Ich bitte Sie, die Offenheit dieses Telegramms zu entschuldigen. Was ich Ihnen sage, ist das Resultat der Beobachtungen, die ich hier jeden Tag machen kann. Ich glaube, daß eines Tages die öffentliche Meinung in Rußland sich zu den erzielten Resultaten wird beglückwünschen müssen, und zwar sind diese Resultate ohne Krieg, nur infolge der Autorität und des Prestiges Rußland, erzielt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 385.

Heute hat der hiesige österreichische Botschafter Poincaré mitgeteilt, daß das Wiener Kabinett einen territorialen Zugang Serbiens nach San Giovanni di Medua, selbst wenn dieser Hafen neutralisiert werden sollte, nicht zulassen könne. Er hat hinzugefügt, daß Österreich auf alle Forderungen außergewöhnlicher kommerzieller Vorzüge für sich selbst verzichtet und bereit ist, Serbien eine Eisenbahnverbindung mit einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium zuzugestehen, mit der Berechtigung, durch diesen Hafen in Friedenszeiten Waffen und Munition einzuführen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 386.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 376. Im Gespräche mit mir hat Tittoni seine Erklärungen Poincaré gegenüber

einigermaßen abgeschwächt. Er erklärt, daß Italien verpflichtet sei, Österreich nur in den genau umschriebenen Grenzen Albaniens zu unterstützen. Wenn daher Serbien auf der Besitzergreifung eines Teiles Albaniens besteht, so ist Italien verpflichtet, gemeinsam mit Österreich zu handeln und sogar zu einer gemeinsamen Besetzung Albaniens zu schreiten. Seiner Ansicht nach würde dies zu keinen ernstlichen Verwicklungen führen, da alle Mächte zugeben, daß die albanische Frage allgemeineuropäische und nicht serbische Bedeutung hat. Ich erwiderte Tittoni, daß Serbien trotz der beruhigenden Ratschläge Rußlands vielleicht einen Zusammenstoß mit Österreich in der albanischen Frage herbeiführen könne. Wenn Österreich dies mit einem Einfall in Serbien beantworten würde, so könne ein allgemeiner Krieg entstehen, im Laufe dessen, wie aus den von ihm Poincaré abgegebenen Erklärungen ersichtlich, Italien sich in der Reihe der bewaffneten Gegner Rußlands und Frankreichs befinden würde. Tittoni erwiderte, daß seiner persönlichen Meinung nach kriegerische Maßnahmen Österreichs gegen Serbien außerhalb Albaniens Italien nicht zu einer Unterstützung Österreichs verpflichten; er wolle jedoch San Giuliano hierüber befragen. Tittoni erklärt, Berchtold habe Italien die kategorische Zusicherung gegeben, daß er im jetzigen Zeitpunkte nicht beabsichtigt, irgendwelche Forderungen an Serbien zu stellen, daß Österreich auf alle ökonomischen Vorrechte für sich selbst verzichtet und mit einer doppelgleisigen Eisenbahnverbindung Serbiens mit Antivari und einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium einverstanden ist; daß Österreich sich aber einem territorialen Ausgange Serbiens zur Adria widersetzen wird. Im allgemeinen habe ich aus meiner Unterredung mit Tittoni den Eindruck gewonnen, daß ein Mittel, einer weiteren Verschärfung des Konfliktes vorzubeugen, darin bestehen würde, daß Österreich und Italien Albanien zeitweilig gemeinsam besetzen und daß die endgültige Regelung der albanischen Frage hierauf in die Hände Europas gelegt wird, da Italien durchaus nicht ein beständiges Kondominium mit Österreich wünscht. Ich habe den Inhalt dieser Unterredung Poincaré mitgeteilt, welcher dieser Frage das größte Interesse entgegenbringt.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 388.

Persönlich. Ich lenke Ihre besondere Aufmerksamkeit auf Tittonis Gedanken einer zeitweiligen österreichisch-italienischen Besetzung Albaniens. Ein solcher Plan könnte, wie mir scheint, weiter entwickelt werden und zu einer kollektiven Besetzung Albaniens durch die europäischen Staaten führen, wobei wir dem Beispiel Deutschlands in der kretischen Frage folgen und uns der Teilnahme an einer solchen Okkupation enthalten könnten, unsere Teilnahme an der endgültigen Regelung der albanischen Frage vorbehaltend. Auf diese Weise würde die albanische Frage sofort aus dem österreichisch-serbischen oder österreichisch-balkanischen Konflikte ausgeschaltet, und für Serbien wäre es leichter, sich vor Kollektivschritten Europas als vor einer alleinigen Einmischung Österreichs zu beugen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 390.

Der französische Botschafter telegraphiert aus Rom, San Giuliano halte sich zur Annahme berechtigt, daß Österreich von allen aktiven Maßnahmen gegen die Serben absehen wird, selbst wenn sie Durazzo besetzen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 342.

Obwohl Grey mich niemals gefragt hat, ob Sie Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert haben, so wußte ich, daß die in Paris gehegten Zweifel auch bis zu ihm gedrungen waren, obwohl die Telegramme Buchanans das Gegenteil beweisen. Ich habe es deshalb für nötig gefunden, Grey Ihre Antwort an Iswolsky mitzuteilen. Er hat nur geantwortet, daß seiner Ansicht nach alle diese Mißverständnisse zum großen Teil infolge der Haltung und namentlich der Sprache, wenn nicht von Pasitch selbst, so doch der serbischen politischen Führer entstanden sind und daß diese Sprache in Wien Nervosität hervorrufen müsse.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 345.

Grey hat Buchanan beauftragt, Ihnen seine Ansicht über die Veröffentlichung Pasitchs in der Times mitzuteilen und Ihre Zustimmung zu seiner beabsichtigten Erklärung in Belgrad zu erbitten. Grey ist von Lichnowsky und Mensdorff über diese Mitteilung befragt worden, und er hat sich darauf beschränkt, ihnen zu erklären, daß er diese Veröffentlichung unzeitgemäß und bedauerlich finde, da die Lösung dieser Frage von den Mächten abhänge. Er fügte mir gegenüber hinzu, er wolle mir nicht verheimlichen, daß diese Veröffentlichung der Form und dem Inhalt nach sehr verhängnisvoll sei und so sehr geeignet, den Dingen eine schlimme Wendung zu geben, daß er es für nötig halte, seine Ansicht in Belgrad deutlich zum Ausdruck zu bringen. Grey hat weiter nichts gesagt, aber er hofft augenscheinlich, daß Sie diesen Zwischenfall Ihrerseits nicht unbemerkt vorübergehen lassen werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 14./27. November 1912. — Nr. 2738.

Ich habe Hartwig am 7./20. November sub Nr. 2659 folgendes telegraphiert: Die Regierung neigt immer mehr einer friedlichen Lösung der Frage des serbischen Zuganges zur Adria zu, da diese Frage in unsern Augen rein örtliche Bedeutung hat. Die jetzige Haltung Serbiens schließt jedoch einen friedlichen Ausgang aus. Unser Eindruck ist der, daß die Serben nicht ernstlich auf eine Unterstützung von seiten der Balkan-Alliierten rechnen können, da deren Kräfte durch den noch nicht beendeten Krieg erschöpft sind.

Infolgedessen ist Ihr Interview und die Erklärung Pasitchs eine Herausforderung, und sie können den Serben nur schaden und uns eine weitere Unterstützung bei der allgemeinen Liquidation des Krieges nur erschweren. Ich bitte Sie, Pasitch unter Beobachtung der nötigen Vorsicht zu ernüchtern und Interviews zu vermeiden, welche zu ungerechtfertigten Kommentaren und Anschuldigungen gegen Ihre Tätigkeit führen, die angeblich nicht im Einklang mit unserer allgemeinen Politik steht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 330.

Da Kiderlen die Meinung geäußert hat, es sei zweckmäßig, daß die Mächte ohne Verzug erklären, welche Fragen sie bei Friedensschluß zur Diskussion gestellt sehen wollen, so hat sich zwischen der von Jules Cambon nach Paris übermittelten Version und dem hier von Lichnowsky gemachten Schritte ein Mißverständnis ergeben. Die Zahl der von Kiderlen erwähnten Punkte ist nicht dieselbe, noch ist ihr Inhalt der gleiche.

Aus diesem Grunde und auch um die Verhandlungen selbst möglichst zu beschleunigen, hat Poincaré bei Grey angefragt, ob es nicht nützlich wäre, den telegraphischen Meinungsaustausch durch eine Konferenz der Botschafter zu ersetzen, die bevollmächtigt wären, die von Kiderlen aufgeworfenen Fragen zu regeln. Grey hat geantwortet, daß er diesem Vorschlage zustimme und mit der Wahl von Paris einverstanden sei.

Grey zufolge müßten die Mächte sich die Lösung folgender Fragen vorbehalten: 1. Albanien, 2. Zugang Serbiens zur Adria, 3. die griechischen Inseln.

Jede der Mächte könnte diejenige Frage zur Sprache bringen, an der sie besonders interessiert sei.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 392.

Poincaré teilt Ihre Ansicht. Der Gedanke einer Konferenz ist von Poincaré mehrere Male London, Berlin und Wien gegenüber erwähnt worden. Poincaré erinnert daran, daß er schon am 15. Oktober eine derartige Konferenz in Vorschlag gebracht hat. Dieser Vorschlag bestehe auch jetzt noch und mache daher eine neue Initiative unnötig. Da Deutschland und Österreich erklärt haben, daß sie sich an einer Konferenz nur beteiligen werden, wenn zwischen den Mächten ein Einvernehmen über die wichtigsten Punkte des Programms erzielt sein wird, glaubt Poincaré, daß die von Ihnen in Vorschlag gebrachten Vorberatungen der Botschafter das einzige praktische Mittel seien, um einer langen Verzögerung, die bei telegraphischen Verhandlungen zwischen den Kabinetten unvermeidlich ist, vorzu-

beugen. Andererseits fällt es Poincaré schwer, eine Initiative zu ergreifen, da diese Vorberatungen wahrscheinlich in Paris stattfinden werden. Er fragt daher, ob Sie es nicht für möglich halten, daß das Londoner Kabinett eine derartige Initiative ergreift, da Grey das Zustandekommen einer Konferenz für nützlich hält.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 393.

Im Gespräch mit dem französischen Botschafter hat Kiderlen die Meinung geäußert, daß nur die Großmächte an der Konferenz teilnehmen sollten. Poincaré hat Cambon beauftragt, Kiderlen daran zu erinnern, daß in dem Vorschlage des 15. Oktober von der Teilnahme der Balkanstaaten und Rumäniens die Rede war und daß die französische Regierung auch heute auf diesem Standpunkte stehe. Poincaré glaubt, daß Ihr Vorschlag die Frage insofern vereinfacht, als an den Vorberatungen sich nur die sechs Botschafter der Großmächte beteiligen werden, während die Balkanstaaten unter gewissen Bedingungen an der Schlußkonferenz teilnehmen könnten. In London denkt man an die Ernennung von besonders bevollmächtigten Botschaftern, doch wäre dies Poincarés Ansicht zufolge nicht notwendig.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 348.

Grey gibt mir von einem Telegramm Buchanans Kenntnis, dem zufolge Sie auf Ihren Gedanken einer Alternative für den Zugang Serbiens zur Adria zurückzukommen scheinen. Grey glaubt nicht, daß Österreich das Projekt selbst eines neutralisierten Hafens, dessen Territorium serbisch wäre, annehmen werde. Grey zufolge würde eine solche Entscheidung den Erfolg der in Aussicht genommenen Konferenz in Frage stellen. Grey hält es für sehr wünschenswert, daß diese Frage auf Grund einer Initiative Rußlands in einer für Österreich annehmbaren Form gelöst wird. Grey gibt sich vollkommen Rechenschaft, wie schwer dies sein wird; andererseits erinnert er vertraulich an die Ereignisse des Jahres 1909, als die diplomatische Unter-

stützung von seiten Rußlands und Englands Serbien keine Kompensationen für die Annexion Bosniens verschaffen konnte; heute hätte dagegen die moralische und diplomatische Unterstützung Rußlands die Annexion des Sandschaks durch Serbien ermöglicht. Grey folgert hieraus, daß Serbien heute nicht das Recht hätte, mehr von Rußland zu verlangen als Unterstützung, um die serbischen ökonomischen Interessen in der Adria unter für Österreich annehmbaren Bedingungen zu wahren. Grey hat mich gebeten, diese Unterredung als vertraulich zu betrachten. Ich fragte Grey, ob diese Erwägung eine Bedingung bedeute, unter der allein er eine Konferenz einberufen wolle. Grey hat geantwortet, daß es keine Bedingung sei, daß er aber eine derartige Regelung der Frage für sehr wünschenswert halte, da auf diese Weise vielleicht das Ergebnis der Konferenz im voraus bestimmt werde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 347.

Grey wäre bereit, die Initiative zu ergreifen, will aber zuerst Kiderlen bitten, Berchtolds Ansicht einzuholen. Er hält dies für vorsichtiger, da er nicht weiß, ob Österreich annehmen wird, und da eine Absage oder selbst eine bedingte Annahme von seiten Österreichs den Erfolg der Konferenz in Frage stellen könnte. Grey wird Paris vorschlagen, glaubt jedoch, daß das Berliner Kabinett vielleicht eine ganz neutrale Hauptstadt, wie z. B. den Haag, vorziehen wird. Grey bleibt bei seiner Ansicht, daß diese Versammlung sich nur mit Fragen, die mit der Liquidation des Balkankrieges zusammenhängen, zu befassen haben wird. Er hat bereits mit den Botschaftern Italiens und Deutschlands gesprochen. Diesem letzteren gegenüber hat er eine wichtige Bemerkung gemacht: er hat ihm gesagt, daß wenn augenblicklich alle Mächte ernstliche Anstrengungen machten, um den Frieden zu erhalten, England und Deutschland diejenigen Staaten seien, welche in Balkanfragen am wenigsten und deshalb an der Erhaltung des Friedens am meisten interessiert seien, denn wenn der Krieg ausbräche, so läge der wahre Grund so viel tiefer als die sekundären Ursachen, die den Krieg hervorrufen könnten, daß er keine ernstliche Garantie erblicke,

daß England und Deutschland nicht auch alle beide in den Krieg hineingezogen werden würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 349.

Paul Cambon hat Grey mitgeteilt, Kiderlen habe Jules Cambon erklärt, es wäre gut, wenn die Mächte ohne Verzug mitteilten, welche Punkte sie bei Friedensschluß erörtert zu sehen wünschten. Kiderlen hat Jules Cambon gegenüber folgende Fragen erwähnt: Albanien, Konstantinopel — in dieser Frage sei Deutschland nicht sehr interessiert —, Adrianopel, Berg Athos, Kompensationen für Rumänien, Ägäische Inseln.

Gleichzeitig hat Lichnowsky einen ähnlichen, aber doch nicht ganz identischen Schritt gemacht. Was Albanien anbelangt, so erklärt die deutsche Regierung, daß sie die militärische Okkupation von seiten Serbiens nicht als eine definitive politische Lösung betrachte. Was den Zugang Serbiens zur Adria betrifft, schlägt Deutschland eine Eisenbahn und einen Hafen vor, aber nicht auf serbischem Territorium. Konstantinopel, Adrianopel und Berg Athos werden nur als weitere Beispiele, die Ägäischen Inseln gar nicht erwähnt.

Grey findet, daß diese beiden Schritte nicht genügend übereinstimmen, und zieht daraus den Schluß, daß telegraphische Verhandlungen Mißverständnisse herbeiführen könnten. Diese Erwägung hat ihn zur Annahme des Poincaréschen Vorschlages geführt, eine Konferenz einzuberufen, auf der jede Macht die sie interessierenden Fragen angeben würde. Was ihn anbelangt, so schlägt Grey die drei in meinem Telegramm 330 erwähnten Punkte vor. Auf meine Frage hat er erklärt, daß noch andere Punkte dem Programm beigefügt werden könnten, wie z. B. die türkische öffentliche Schuld.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 16./29. November 1912. — Nr. 351.

Nicolson hat mir gestern abend gesagt, daß die von Grey kürzlich Lichnowsky gemachte Mitteilung in einem Telegramm an den englischen Botschafter in Berlin wiederholt worden ist.

Die versöhnliche und freundschaftliche Form, die Grey dieser Mitteilung gegeben hat, ändert nichts an der Wichtigkeit dieser Warnung.

Ich muß jedoch hinzufügen, daß Grey mir gegenüber seinen Worten nicht den Sinn einer bestimmten Verpflichtung uns gegenüber gegeben hat. Ich glaube, Grey wollte vor allem verhindern, daß das Berliner Kabinett die Lage so beurteile, als ob es auf alle Fälle auf die Neutralität Englands rechnen könne. Ich hatte Grey darauf hingewiesen, wie gefährlich eine derartige Annahme in Berlin werden könne. Grey hat meiner Anregung Folge geleistet.

Obwohl meine Zuversicht bedeutend gestärkt worden ist, so bin ich doch überzeugt, daß die Umstände, die die Eröffnung der Feindseligkeiten begleiten würden, einen besonderen Einfluß auf den endgültigen Beschluß der englischen Regierung ausüben werden. Ich halte es für durchaus notwendig, daß an dem Tage, an dem Rußland zu den Waffen greifen würde, es für die öffentliche Meinung ganz klar sein müßte, daß Rußland nicht anders handeln kann und daß es im Interesse des Friedens zu allen andern Mitteln gegriffen hat — unter anderm auch in der heute so bedeutsamen Frage eines serbischen Zuganges zur Adria.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 17./30. November 1912. — Nr. 2762.

Der hiesige englische Botschafter hat mir ein Memorandum überreicht, in dem im Auftrage Greys vorgeschlagen wird, Rußland solle im Laufe der Pariser Vorberatungen mit einer eigenen Initiative hervortreten und Serbien und Montenegro überreden, sich mit der Aufteilung des Sandschaks von Nowibasar zu begnügen und nicht auf einer territorialen Erwerbung an der Adria zu bestehen. Wir haben den Botschafter darauf hingewiesen, daß ein derartiges Vorgehen Rußlands eine entschiedene Ablehnung von seiten unserer öffentlichen Meinung finden und für Serbien eine ungünstige Lage schaffen würde, indem das Zugeständnis, zu dem Österreich sich schon im Anfange des Krieges gezwungen sah, jetzt den Charakter eines neuen von uns erzielten Erfolges annehmen würde. Überhaupt kann man das

Jahr 1909 mit den jetzigen Ereignissen nicht vergleichen, denn sowohl die allgemeinen Bedingungen als auch das Verhältnis der gegenseitigen Interessen und Kräfte sind andere als früher. Wir tun alles mögliche, um die Serben zur Nachgiebigkeit zu bewegen, aber unsere Anstrengungen können nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die Serben überzeugt sind, daß wir unsererseits alles tun, um auf friedlichem Wege ihre Interessen zu schützen, und daß unsere diesbezüglichen Bemühungen von Frankreich und England unterstützt werden. Anläßlich der in Aussicht genommenen Vorberatung in Paris ziehen wir es vor, keine Initiative zu ergreifen, sondern Berichtigungen in den von andern Mächten gemachten Vorschlägen anzubringen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 18. November/1. Dezember 1912. — Nr. 355.

Ihr Telegramm Nr. 2762 erhalten. Persönlich. Ihre Einwendungen gegen den Greyschen Vorschlag sind durchaus berechtigt, und ich habe hier von ihnen bereits Gebrauch gemacht. Grey wird uns verstehen.

Ich bitte Sie aber, im Auge zu behalten, daß Grey vor allem an die Möglichkeit eines Krieges denkt. In dieser Hinsicht bitte ich Sie, zu beachten, daß es äußerst wichtig ist, daß der Vorwurf der Unnachgiebigkeit in der schwierigsten Frage auf der Konferenz ganz allein auf Österreich fällt. Dies zu erreichen, wird nicht leicht sein, und doch kann alles davon abhängen. Im kritischen Augenblicke wird Grey nur in dem Falle die öffentliche Meinung auf seiner Seite haben, wenn Rußland, soweit es seine Stellung zuläßt, alles getan haben wird, um den Frieden zu erhalten. Grey hält die Möglichkeit eines Hafens auf serbischem Territorium für ausgeschlossen. Es widersteht ihm, dieser Forderung in einer in England nicht populären Weise seine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Anders steht er der Lösung der Frage eines Hafens auf albanischem Territorium gegenüber: er ist vollkommen bereit, uns seine diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Ich halte es nicht für nötig, alle speziellen Punkte aufzuzählen, die wir der Konferenz unterbreiten möchten, indem wir uns darauf beschränken, die von andern Mächten aufge-

worfenen Fragen zu prüfen. Immerhin glaube ich, daß, wenn wir unseren endgültigen Entschluß in der wichtigsten Frage im dunkeln lassen, sich hieraus für den englischen und vielleicht auch französischen Vertreter eine unklare und unbestimmte Haltung ergeben wird, während die Vertreter des Dreibundes solidarisch sein werden. Ich höre hier, daß man befürchtet, daß Sie in dieser Hinsicht Ihre ursprüngliche Ansicht geändert haben. Ohne den serbischen Interessen oder dem Frieden zu dienen, könnte dies die eigenen Interessen Rußlands später ernstlich gefährden.

Greys Vergleich der jetzigen Lage mit dem Jahre 1909 soll nichts anderes als ein Argument sein, welches man in Belgrad benutzen könnte, wie auch der öffentlichen Meinung Rußlands und Englands gegenüber. Dies Argument ist folgendes: wenn Rußland nicht seine jetzige Haltung eingenommen und keine Sympathien für die slawische Sache bekundet hätte, wäre der Sieg der Alliierten nicht möglich gewesen. Dies ist übrigens ganz richtig.

Es scheint mir nicht erwiesen, daß Österreich einer Konferenz zustimmen wird, wenn diese Frage nicht genügend geklärt ist. Wenn aus diesem Grunde eine österreichische Weigerung erfolgen sollte, so würde dies für uns unvorteilhafte Folgen nach sich ziehen. Auf alle Fälle scheint es mir nötig, wenigstens in Frankreich und England unsere äußersten Zugeständnisse bekanntzugeben. Ich sehe kein anderes Mittel, um die Haltung dieser beiden Mächte zu beeinflussen. Im entgegengesetzten Falle könnte die Konferenz statt eines Ausweges nur eine Gefahr für unsere eigenen Interessen bedeuten.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 2781.

Wir haben im Prinzip keine Einwendungen dagegen, London statt Paris für die in Aussicht genommenen Vorberatungen zu wählen. Wir erfahren jedoch, Grey wäre der Wahl Londons nicht günstig gestimmt, da er das Französische nicht genügend beherrscht. Andererseits fürchten wir, daß die Eigenliebe Poincarés verletzt würde, was ungünstig auf den Grad der Unterstützung zurückwirken könnte, welche wir während der Verhandlungen von unseren Bundesgenossen erwarten.

Ich bitte Sie, sich mit Grey hierüber auszusprechen, und wenn Sie bemerken, daß er persönlich Paris vorzieht, bitten Sie ihn, auf der Wahl von Paris zu bestehen, da andernfalls das Zustandekommen der Vorberatungen in Frage gestellt werden könnte.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 2791.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 2781. Persönlich. Die Österreicher fürchten augenscheinlich Iswolsky, und Kiderlen hat kein besonderes Zutrauen zu Schön. Diese Erwägungen persönlichen Charakters werden unserer Ansicht nach durch den Umstand aufgewogen, daß die Initiative der Teilnehmer an den Vorberatungen durch genaue Instruktionen ihrer Regierungen bestimmt werden wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 412.

Persönlich. Im Gespräche mit mir hat Poincaré erklärt, der Wunsch der Österreicher, die Vorberatungen der Botschafter sollten in London stattfinden, sei ihm persönlich gegenüber nicht sehr liebenswürdig. Er gab aber gleichzeitig zu verstehen, daß er die Wahl Londons nicht bedauern würde, da das Resultat der Beratungen im besten Fall „Stückwerk" sein würde. Meinerseits muß ich erklären, daß das tiefe Mißtrauen und der Mangel an Wohlwollen zu mir von seiten Berlins und Wiens, im Falle meiner Teilnahme an der Konferenz, ein für uns ungünstiger Faktor wäre. In London werden der farblose Mensdorff und Lichnowsky, der noch nicht Zeit gehabt hat, sich eine Stellung zu schaffen, natürlich nicht gegen den Einfluß Benckendorffs und Cambons aufkommen können. Es scheint mir daher, daß es uns keinen besonderen Vorteil bieten würde, auf der Wahl von Paris zu bestehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. November/5. Dezember 1912. — Nr. 365.

Ihr Telegramm 2781 erhalten. Ich werde Grey erst morgen sprechen können. Das Londoner Kabinett hat noch keinerlei

Antwort hinsichtlich der Botschafterkonferenz erhalten. Kiderlen hat Goschen geantwortet, daß er dem Vorschlage sympathisch gegenüberstehe und die Ansicht des Wiener Kabinettes einholen werde. Berchtold hat nur gesagt, er werde den Vorschlag prüfen und seine Antwort durch die Vermittlung von Mensdorff geben. Letzterer gibt als persönliche Ansicht zu verstehen, daß Berchtold einige Bedingungen stellen wird. Kiderlen und Berchtold haben London als Sitz einer eventuellen Konferenz bezeichnet. Sie haben ganz recht, was Sie über Greys Haltung sagen. Er würde London sehr ungern annehmen und nur, wenn sich kein anderer Ausweg finden ließe. Ganz wie Sie will er Poincaré auf keinen Fall verletzen; aus diesem Grunde zieht er Paris vor. Er kennt die Schwierigkeiten; er wird aber allen Ihren Erwägungen Rechnung tragen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. November/5. Dezember 1912. — Nr. 366.

Ihr Telegramm 2791 erhalten. Persönlich. Wie man mir sagt, nehmen Lichnowsky und Mensdorff sehr energisch Stellung gegen Paris, und zwar aus demselben Grunde, wobei man auch noch Tittoni nennen muß. Der italienische Botschafter Imperiali teilt diese Ansicht, aber ich glaube aus persönlichen Gründen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 368.

Der österreichische Botschafter hat heute morgen Grey eine mündliche Antwort bezüglich der Konferenz gegeben. Sie enthält die Zustimmung der österreichischen Regierung zu einer Botschafterkonferenz, bezeichnet London als Versammlungsort und stellt eine Bedingung hinsichtlich eines serbischen Hafens. Da Mensdorff sagt, daß ein ähnlicher Schritt in Petersburg und Paris erfolgt ist, glaube ich auf diese Bedingung nicht weiter eingehen zu brauchen. Grey wünscht Ihre Ansicht möglichst bald zu erhalten. Er hat Mensdorff nur in allgemeinen Ausdrücken geantwortet.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 369.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 368. Nicolson hat mir anvertraut, Grey habe Mensdorff geantwortet, es wäre seiner Ansicht nach besser gewesen, wenn die Frage eines serbischen Hafens an der Adria den Gegenstand der Instruktionen des österreichischen Vertreters auf der Konferenz gebildet hätte, statt wie jetzt eine besondere Bedingung darzustellen, unter der Österreich an der Konferenz teilnehmen wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. November/8. Dezember 1912. — Nr. 2829.

Der österreichische Botschafter hat mir von der Zustimmung seiner Regierung zu der Botschafterkonferenz in London Mitteilung gemacht und hinzugefügt, daß in der albanischen Frage das italienisch-österreichische Abkommen zum Ausgangspunkte der Beratungen gemacht werden sollte. Ich habe entgegnet, daß das geheime italienisch-österreichische Abkommen nur für die beiden vertragschließenden Mächte Bedeutung habe und die völlige Freiheit der übrigen Mächte in keiner Weise binden könne. Hinsichtlich eines serbischen Hafens hat der Botschafter keinerlei einschränkende Bedingungen gestellt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2836.

Wir halten es für äußerst wünschenswert, daß die Frage der Botschafterkonferenz möglichst bald einer Lösung zugeführt wird. Dies würde die jetzige Lage entspannen, welche für den europäischen Frieden eine große Gefahr bedeutet. Wenn es daher Grey schwerfallen sollte, Österreich und Deutschland zu veranlassen, ihren Standpunkt aufzugeben, so halten wir es unsererseits nicht für richtig, auf der Wahl von Paris zu bestehen. In diesem Sinne habe ich mich dem französischen Botschafter gegenüber geäußert und hinzugefügt, daß wir lebhaft bedauern, daß die Konferenz nicht in Paris stattfinden wird, daß ich aber andererseits überzeugt sei, daß Poincaré unsere Ansicht teilen und die Notwendigkeit eines möglichst baldigen Zusammentrittes

der Konferenz einsehen wird. Auf die Frage des Botschafters, wie ich mir erkläre, daß London vorgezogen wird, antwortete ich, daß ich hierin nicht so sehr den Widerstand Österreichs erblicke, als einen Versuch Deutschlands, sich England zu nähern, in der Hoffnung, letzteres von dem befreundeten Rußland und Frankreich zu trennen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2838.

Von der Meinung ausgehend, daß die Botschafterkonferenz einen vorbereitenden Meinungsaustausch der Großmächte hinsichtlich der Liquidierung des Krieges bedeutet, sind wir der Ansicht, daß der Vertreter Rumäniens, wie Berlin vorschlägt, nur in den Fällen zugelassen werden kann, wenn die zur Beratung stehenden Fragen die Interessen Rumäniens direkt berühren. Der Vertreter Rumäniens kann in allen diesen Fällen auf einstimmigen Beschluß der Botschafter zur Abgabe von Erklärungen und Darlegung seiner Wünsche aufgefordert, aber nicht zur Teilnahme an der allgemeinen Beratung zugelassen werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2837.

Wir halten es für notwendig, unverzüglich in einen Meinungsaustausch mit Paris und London einzutreten, um ein möglichst volles Einvernehmen mit ihnen über die auf der Botschafterkonferenz zu erörternden Fragen zu erzielen. Die allerwichtigsten Fragen sind Albanien und der Zugang Serbiens zur Adria.

Wie Ihnen bekannt, besteht unser Hauptziel darin, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu gewährleisten. Gleichzeitig streben wir danach, dieser Frage den ihr irrtümlich zugeschriebenen Charakter eines österreichisch-serbischen oder sogar österreichisch-russischen Gegensatzes zu nehmen.

Der beste Ausweg aus dieser Schwierigkeit würde unserer Ansicht nach darin bestehen, daß zuallererst über die Organisation Albaniens beraten wird, wobei die Grenzen dieses Staates erst später festzusetzen wären. Albanien sollte unserer Ansicht

nach eine autonome Provinz unter der Souveräniät des Sultans bilden, wobei die Türkei das Recht hätte, eine bestimmte Truppenanzahl daselbst zu unterhalten. Nähere Erwägungen erhalten Sie mit der Post.

Das allgemeine Prinzip, das wir angenommen zu sehen wünschen, besteht darin, daß Albanien und seine Küsten neutralisiert werden in dem Sinne, daß keine andere Macht das Recht hätte, sich daselbst einen besonderen Einfluß zu verschaffen. Serbien muß das Recht haben, eine direkte und zollfreie Verbindung durch Albanien mit dem Meere zu besitzen, und zwar auf allen den Eisenbahnen, die Serbien mit den albanischen Häfen verbinden werden. Auch die militärischen Güter Serbiens müssen diese Freiheit genießen. Die Verbindung der serbischen Eisenbahnen mit den albanischen Häfen, welche von einem internationalen Syndikat erstellt werden kann, muß alle Garantien der Sicherheit und Ungestörtheit des Verkehrs durch Albanien gewährleisten. Wir sind der Ansicht, daß die Verhandlungen über die Grenzen Albaniens von der Bereitschaft Österreichs abhängig gemacht werden müssen, die berechtigten Interessen Serbiens zu erfüllen. Unserer Ansicht nach würden die Grenzen dieses Gebietes im Norden durch eine Linie vom Adriatischen Meere den Fluß Drin entlang bis zu seiner Mündung mit dem Weißen Drin gebildet werden, im Osten von diesem Punkt den Drin entlang bis zum See von Okhrida und weiter am Westufer dieses Sees direkt nach Süden, etwas östlicher als Onitza, von wo aus die südliche Grenze in gerader Linie nach Delvinjo zum Meere führen würde. Sie werden aus dem Laufe der Verhandlungen und im Einvernehmen mit den Vertretern Frankreichs und Englands ersehen, ob es nicht zweckmäßig ist, Österreich die Initiative bei der Abgrenzung Albaniens zu überlassen und unsere Berichtigungen anläßlich der österreichischen Vorschläge vorzubringen. Ich bitte Sie, sich hierüber mit Grey zu beraten, um eine gemeinsame Handlungsweise zu erzielen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 2845.

Identisch nach Paris. Ich telegraphiere an unsern Gesandten in Belgrad: Der serbische Gesandte hat mir im Auf-

trage seiner Regierung mitgeteilt, man müsse befürchten, Österreich werde im Laufe einer Woche einen entscheidenden Schritt tun, um Serbien zu zwingen, auf einen adriatischen Hafen zur verzichten. Die militärischen Maßnahmen Österreichs sind, wie das Belgrader Kabinett glaubt, hierauf zurückzuführen. Auch wünsche Österreich einen Vorwand zur Einmischung zu haben, um die Grenzen der territorialen Neuerwerbungen Serbiens so weit als möglich nach Osten zurückzudrängen und um Prizrend Albanien einzuverleiben. Der Gesandte behauptet, Österreich beabsichtige die ökonomische und politische Unterwerfung Serbiens. Die Erklärungen des serbischen Gesandten in Verbindung mit der unzweifelhaft ernsten allgemeinen politischen Lage veranlassen uns, die Politik, welche wir auch in Zukunft zu verfolgen gedenken, deutlich zu präzisieren.

Alle Mächte, Österreich inbegriffen, haben beschlossen, die sich aus dem Kriege ergebenden Fragen gemeinsam zu prüfen. In Belgrad ist unser Standpunkt hinsichtlich der Serbien interessierenden Fragen bekannt. Wir sind bereit, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu unterstützen, ebenso seinen Zugang zum Adriatischen Meer durch albanisches Territorium, wobei ihm reale Garantien für die freie Durchfuhr militärischer und kaufmännischer Güter gegeben werden müssen; ebenso sind wir bereit, darauf zu bestehen, daß die Grenze Albaniens so weit wie möglich nach Westen verlegt wird; aber wir sind der Ansicht, daß es nicht möglich ist, für Serbien souveräne Rechte auf einen Teil der adriatischen Küste zu erlangen. Wir haben einem Meinungsaustausch der Botschafter zugestimmt mit dem Wunsche, Serbien in dem soeben geschilderten Umfange alle mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Im Interesse Serbiens teilen wir dem Wiener Kabinett unser Programm nicht mit, sondern erklären nur, daß die unserem Vertreter erteilten Instruktionen versöhnlich seien und die Interessen Österreichs berücksichtigen.

Wir müssen aber die Gewißheit haben, daß Serbien sich einem Beschlusse, der gemeinsam von Rußland, Frankreich und England getroffen werden wird, unterwerfen will, denn im entgegengesetzten Falle kann Serbien nicht auf unsere Unterstützung zählen, da weder Frankreich noch England es in dieser

Frage unterstützen werden. Weder wir noch die uns befreundeten Mächte können zulassen, daß die Entscheidung bezüglich eines europäischen Krieges der serbischen Regierung überlassen bleibt. Wir glauben daher, daß das beste Mittel, Verwicklungen zu vermeiden, eine möglichst baldige Erklärung von seiten Serbiens wäre — diese Erklärung könnte z. B. dem englischen Vertreter in Belgrad gemacht werden —, daß Serbien sich in der Frage des Zuganges zum Adriatischen Meere der Entscheidung und den Ratschlägen der Ententemächte unterwerfen wird. Auf diese Weise würde Serbien der Gefahr eines österreichischen Ultimatums vorbeugen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 429.

Ihr Telegramm 2838 erhalten. Poincaré ist nach wie vor der Ansicht, daß kein Grund vorliegt, den Vertreter Rumäniens, selbst unter den von Ihnen bezeichneten Bedingungen, zu den Beratungen der Botschafter zuzulassen, da die Vertreter der übrigen Balkanstaaten sich nicht beteiligen werden. Dies um so mehr, als seinen Informationen zufolge Rumänien diese Gelegenheit benutzen wird, um den österreichischen Standpunkt in der albanischen Frage aufs energischste zu unterstützen. Ihnen ist bekannt, daß Grey Österreich und Deutschland in diesem Sinne geantwortet hat.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 431.

Ihr Telegramm 2837 erhalten. Poincaré ist im allgemeinen mit Ihnen einverstanden, möchte jedoch folgendes hervorheben: Albanien unter der direkten Souveränität des Sultans ohne Kontrolle von seiten der Mächte zu lassen, ist seiner Ansicht nach unvorteilhaft. Poincaré zieht entweder die völlige Unabhängigkeit Albaniens vor oder suzeräne Rechte des Sultans wie in Ägypten. Besondere Bedeutung legt er aber einer allgemeinen europäischen Kontrolle bei, da im entgegengesetzten Falle Albanien unvermeidlich unter den Einfluß Österreichs fallen würde. Er ist mit Ihrem Gedanken einer Neutralisierung Albaniens und seiner Küsten einverstanden, glaubt aber, man müsse noch

ganz besonders auf der Neutralisierung der Eisenbahnlinien zwischen Serbien und den albanischen Häfen bestehen. Was die Grenzen Albaniens anbelangt, so will er sie möglichst eingeengt sehen und glaubt, daß die von Ihnen vorgeschlagene Linie ungefähr mit der von Italien zugelassenen Grenze übereinstimmt. Poincaré wird sich noch näher äußern, sobald er die von Ihnen versprochenen Einzelheiten erhalten haben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. November/11. Dezember 1912. — Nr. 384.

Ihr Telegramm 2837 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt und hinzugefügt, ich sei überzeugt, daß auf dieser Grundlage nicht bloß die drei Ententemächte sich gegenseitig unterstützen könnten, sondern daß auf derselben auch ein Einvernehmen aller Mächte erzielt werden müßte. Grey sagte mir, er müsse sich über die geographischen Grenzen Albaniens auf einer Karte Rechenschaft geben, finde aber auf alle Fälle unsere Vorschläge „ausgezeichnet". Er sagte mir, daß, wenn wir uns auf dieser Grundlage mit Österreich nicht einigen könnten, dieses seinen bisherigen Standpunkt geändert haben müsse; Ihre Vorschläge zögen die österreichischen Bedingungen in Erwägung und enthielten sogar teilweise die österreichischen Wünsche. Hinsichtlich der Ausschaltung des vorherrschenden Einflusses einer einzelnen Macht in Albanien sagte mir Grey vertraulich, er habe Grund zur Annahme, daß Italien diese Ansicht teile. Grey sagte mir ferner, daß er mehr denn je glaube, daß die Organisation Albaniens zuallererst von der Botschafterkonferenz beraten werden müsse, und daß, wenn einmal dieses Problem sowie der serbische Zugang zur Adria gelöst worden wäre, man das erreichte Resultat vielleicht veröffentlichen könne. Er glaubt, daß hierdurch eine allgemeine Entspannung erzielt werden würde und daß dann über die andern Fragen in aller Ruhe beraten werden könnte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. November/12. Dezember 1912. — Nr. 387.

Ich erfahre von Cambon, daß Grey Mensdorff und Imperiali gesagt hat, er sei gegen die direkte Zulassung des ru-

mänischen Vertreters zur Botschafterkonferenz. Man ist allgemein der Ansicht, es wäre unmöglich, eine derartige Begünstigung Rumäniens zuzulassen, ohne auch Bulgarien desselben Vorteils teilhaftig werden zu lassen, was den ganzen Charakter der Konferenz verändern würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1912. — Nr. 393.

Grey nimmt Ihren Vorschlag hinsichtlich Rumäniens an, doch ist er der Ansicht, daß die Botschafter sich nur dann mit dieser Frage zu befassen hätten, wenn ein direktes Einvernehmen zwischen Rumänien und Bulgarien unmöglich ist. Grey hat die Kabinette benachrichtigt, daß er seinen ursprünglichen Standpunkt geändert habe.

Sechzehntes Kapitel.

Die Lage auf dem Balkan Anfang 1914.

Sehr geheimer Brief des russischen Gesandten in Bukarest Poklewski-Koziell an den russischen Außenminister vom 11./24. Januar 1914.

Nachdem ich mit den hervorragendsten politischen Führern Rumäniens Fühlung genommen habe, möchte ich in vorliegendem Schreiben meine ersten Eindrücke zusammenfassen und gewisse Folgerungen ziehen, wobei ich mich im voraus wegen einer gewissen Flüchtigkeit entschuldigen muß, die sich aus dem Umstande ergibt, daß ich nur kurze Zeit in Bukarest bin.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, ist mir in hiesigen Regierungskreisen ein äußerst warmer Empfang zuteil geworden, und man hat mir gegenüber immer wieder die Gefühle aufrichtiger Freundschaft zu Rußland hervorgehoben. Denselben Empfang habe ich auch in der hiesigen Gesellschaft gefunden; ich habe mit früheren Ministern, Senatoren, Deputierten und verschiedenen Führern der rumänischen Armee gesprochen, wobei die Unverantwortlichkeit all dieser Personen es ihnen möglich gemacht hat, ihren Gedanken und ihren Gefühlen noch deutlicher Ausdruck zu verleihen.

Dies alles bestätigt meiner Ansicht nach die von meinem Vorgänger hervorgehobene und auch von meinen französischen und englischen Kollegen betonte Tatsache, daß in der hiesigen öffentlichen Meinung ein bedeutender, ja vielleicht ein entscheidender Umschwung zugunsten Rußlands eingetreten ist.

Außerdem muß man beachten, daß die Ereignisse des letzten Jahres, welche den Rumänen, hauptsächlich den militärischen Führern, das Gefühl des Vertrauens in ihre eigne Kraft ge-

geben haben, gleichzeitig auch die irredentistischen Bestrebungen gestärkt haben. Diese letzteren richten sich natürlich nicht so sehr gegen Rußland als auf Transsylvanien mit seinen drei Millionen Rumänen. Dieser letztere Umstand erhöht natürlich auch die Sympathien Rumäniens zu Rußland.

Wenn man in Betracht zieht, daß Rumänien schon längst als Teilnehmer am Dreibunde gilt, so haben die Erklärungen der hiesigen Minister, daß Rumänien völlige Aktionsfreiheit in seiner auswärtigen Politik besitzt und diese in Zukunft nur rumänische Interessen verfolgen wird, für uns eine entschieden günstige Bedeutung.

Man muß sich jedoch fragen: Sind derartige Erklärungen aufrichtig und ist Rumänien wirklich Österreich gegenüber durch keinerlei Vertrag gebunden? Es will mir scheinen, daß man bei der Beantwortung dieser Frage folgende Gesichtspunkte im Auge behalten muß: 1. Die alte und sehr herzliche Freundschaft zwischen dem österreichischen Monarchen und König Karl. 2. Der große Einfluß Deutschlands auf den König und die rumänische Regierung. Diese Großmacht wird hier von vielen als ein selbstloser Freund Rumäniens betrachtet. Zu ihr wendet man sich um Rat in schwierigen Augenblicken, und sie läßt immer die nötigen Informationen und Ratschläge hierher gelangen. So ist es z. B. bekannt, daß Kiderlen bis zu seinem Tode in einem privaten Briefverkehr mit König Karl gestanden hat, welcher durch ihn schon im April 1912 den Abschluß des Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien erfahren hat. Man kann nicht daran zweifeln, daß ein derartiger Einfluß Deutschlands auf die rumänische Regierung besteht, und dieser Einfluß wird entschieden dazu benutzt, um Rumänien im Fahrwasser der österreichischen Politik zu erhalten. 3. Obgleich die rumänische Regierung stets geleugnet hat, daß ein Bündnis mit Österreich besteht, so darf man doch kaum zweifeln, daß ein solches seinerzeit wirklich abgeschlossen worden ist, und viele geben diese Tatsache hier zu. Wenn dem aber so ist, so fragt man sich, zu welchem Zeitpunkte ein derartiges Bündnis zu bestehen aufgehört hat, und es ist außerordentlich schwierig, diese Frage zu beantworten, denn man kann in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf keine Periode hinweisen, in der eine gegenseitige Entfrem-

dung zu bemerken ist, welche zweifelsohne die Folge des Erlöschens des Bündnisses gewesen wäre. 4. Mir ist von mehreren Mitgliedern der hiesigen Regierung gesagt worden, Rumänien müsse gute Beziehungen zu Österreich unterhalten, da von letzterem das Schicksal der transsylvanischen Rumänen abhängt. Wir sehen andererseits, daß auf den Posten eines österreichischen Gesandten in Bukarest Graf Czernin berufen worden ist, kein Diplomat, sondern der Vertrauensmann des Erzherzogs Franz Ferdinand, welcher während des letzten Besuches in Rumänien mit den hiesigen Vertretern der transsylvanischen Rumänen gesprochen und, sich nach ihren Wünschen erkundigend, die ungarische Regierung offen wegen ihrer jetzigen Politik den Rumänen gegenüber kritisiert hat. Graf Czernin selbst hat vor einigen Jahren eine Schrift verfaßt, in der er für die Rechte der von den Ungarn unterdrückten Nationalitäten eintrat, und neulich hat er in einem Zeitungsinterview der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die ungarische Regierung den Rumänen Zugeständnisse machen wird.

Wenn man noch in Betracht zieht, daß die österreichischen und ungarischen Zeitungen das Lob König Karls und Majorescus singen und auch dem neuen Ministerpräsidenten Bratianu sympathisch gegenüberstehen, so kann man kaum von einer Entfremdung zwischen diesen beiden Staaten sprechen. Es wäre meiner Ansicht nach daher richtiger, anzunehmen, daß Österreich alles versucht, Rumänien davon abzuhalten, den Bündnisvertrag zu kündigen, was von seiten der rumänischen Regierung bloß eine Bestätigung des vollzogenen Umschwunges der öffentlichen Meinung bedeuten würde.

Alles Obige, zusammen mit einigen persönlichen Eindrücken und Beobachtungen, führt mich zu dem Schlusse, daß die rumänische Regierung einstweilen den Vertrag mit Österreich nicht kündigen will oder kann und daß das Bündnis daher auch jetzt noch besteht. Diese meine persönliche Ansicht habe ich einem Rumänen mitgeteilt, mit dem ich schon seit Jahren in freundschaftlichen Beziehungen stehe. Diese Persönlichkeit hat lange Zeit eine führende Stellung in der rumänischen Diplomatie eingenommen und ist stets ein überzeugter Freund Rußlands gewesen. Bei meiner Ankunft in Bukarest hat sie mir viel nütz-

liche Hinweise geben können und meine ersten Schritte bedeutend erleichtert.

Die genannte Persönlichkeit hat mir geantwortet, daß sie mit Bestimmtheit wisse, daß in früheren Zeiten ein Bündnis zwischen Österreich und Rumänien bestanden hat, und daß sie annimmt, daß dieser Vertrag bis jetzt nicht abgeändert worden ist. Gleichzeitig versprach sie, möglichst genaue Erkundigungen einziehen zu wollen. Nach einigen Tagen teilte mir mein Freund mit, daß der Vertrag in der Tat seine frühere Kraft besitzt und daß er in allgemeinen Zügen darin besteht, daß jede Seite sich verpflichtet, seinem Bundesgenossen im Falle eines Angriffes von seiten Rußlands mit allen militärischen Kräften zu Hilfe zu eilen. Dieser Vertrag ist von dem verstorbenen Bratianu auf zehn Jahre geschlossen worden, wurde darauf für eine gleiche Dauer erneuert, aber während eines der Ministerien Karps wurde die Erwähnung einer Frist weggelassen und die Bestimmung hinzugefügt, daß der Vertrag ein Jahr nach der offiziellen Kündigung der einen Seite erlischt.

Indem mir mein Freund diese Mitteilungen machte, gab er seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß schon jetzt das rumänische Volk in keinem Falle einen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland zulassen würde, und er drückte die Hoffnung aus, daß es der russischen Diplomatie bald gelingen wird, die rumänische Regierung zu einer Kündigung des Bündnisses mit Österreich zu bewegen.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Bukarest an den russischen Außenminister vom 4./17. Februar 1914. — Nr. 9.

Wie ich die Ehre hatte, Euerer Exzellenz in meinem geheimen Telegramm Nr. 24 zu berichten, hat der Präsident des rumänischen Ministerrates Bratianu den hiesigen türkischen Gesandten gebeten, seiner Regierung mitzuteilen, daß Rumänien im Falle eines kriegerischen Vorgehens der Türkei gegen Griechenland, welches zur Zeit nicht anders als zu Lande erfolgen könnte, d. h. mit aktiver oder passiver Hilfe Bulgariens, nicht teilnahmloser Zuschauer bleiben könne, sondern einen solchen Schritt für eine Verletzung des Bukarester Friedensvertrages

ansehen müßte, dessen Unverletzlichkeit zu schützen es nicht vor den äußersten Mitteln zurückschrecken wird.

In dieser Weise hat die rumänische Regierung, nachdem sie lange unentschlossen war, ihre Haltung in einem etwaigen griechisch-türkischen Konflikte jetzt unter dem ständigen Einfluß Griechenlands und Serbiens in eindrucksvoller Weise präzisiert, was ohne Zweifel in der Türkei ernüchtern und jedenfalls die Gefahr neuer Erschütterungen auf dem Balkan abwenden wird.

Der auswärtige Minister hat, indem er den obenerwähnten Schritt Rumäniens mitteilte, mir gegenüber bemerkt, daß das Bukarester Kabinett sich hierzu wegen des völligen Mangels an Vertrauen zu der Aufrichtigkeit der friedlichen Versicherungen Bulgariens entschlossen habe, welches, nach der dort herrschenden Stimmung zu urteilen, schwerlich die günstige Gelegenheit eines türkischen Überfalles auf Griechenland versäumen wird, um auf die eine oder andere Weise seine Revanchegelüste zu verwirklichen.

„In einem Zweikampfe zwischen Griechenland, mit welchem wir kein Bündnis haben, und der Türkei, die den Bukarester Frieden nicht unterzeichnet hat," fuhr Parumbaro fort, „können wir unbeteiligt bleiben, wenn er sich zur See abspielen würde. Aber jetzt, da die Türkei die Bestellungen für ihre Flotte aus England noch nicht erhalten hat, kann ein Krieg nur zu Lande geführt werden, d. h. unter der Bedingung, daß die türkische Armee durch bulgarisches Gebiet vordringt. Wenn wir die Überzeugung hätten, daß Bulgarien seine militärischen Kräfte dem Einmarsch der türkischen Armee entgegenstellen würde, brauchten wir uns in keiner Weise in diese Frage einzumischen, aber diese Überzeugung haben wir nicht. Im Gegenteil, wir haben alle Ursache, anzunehmen, daß Bulgarien im Falle des Einmarsches der türkischen Truppen in griechisches Territorium seine Armee auch mobilisieren wird — nicht um den türkischen Einfall abzuwehren, sondern im Gegenteil, um auf türkische Seite überzugehen, was unvermeidlich eine Störung des Gleichgewichtes auf dem Balkan nach sich ziehen würde, welches durch die Bukarester Konferenz mit so großen Schwierigkeiten hergestellt worden ist. Die Bestimmungen dieser Konferenz sind auf unsere allgemeine Politik gegründet. Ein Ab-

gehen davon ist mit unseren Gesichtspunkten unvereinbar, und wir hoffen, daß die der türkischen Regierung erteilte Warnung den gewünschten Erfolg haben wird."

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 11./24. Februar 1914. — Nr. 7.

Während des Aufenthaltes Venizelos' und Pasitchs in Bukarest waren in der Balkanpresse und in den europäischen Zeitungen Nachrichten über den erfolgten Beitritt Rumäniens zum serbisch-griechisch-montenegrinischen Bunde verbreitet worden.

Wie mir Pasitch ganz offen mitteilt, sind diese Nachrichten völlig unzutreffend. Weder ist ein formales Bündnis noch irgendeine schriftliche Vereinbarung in Bukarest unterzeichnet worden. Dagegen ist in den freundschaftlichen Erklärungen, sowohl der rumänischen Staatsmänner, als auch der Vertreter Griechenlands und Serbiens, zweifellos die ernste Neigung zum Abschlusse eines Vertrages zutage getreten; Rumänien ist fest entschlossen, die Bestimmungen des Bukarester Friedensvertrages vom 28. Juli 1913 aufrechtzuerhalten, und wird in keinem Falle eine Änderung zulassen, ebenso jeden Versuch, den status quo zu ändern, zurückweisen. Diese Absicht wird auch von allen politischen Führern und dem jetzigen Kabinette Bratianu unterstützt.

Nach den Worten des serbischen Ministerpräsidenten hat in Bukarest niemand eine so richtige Auffassung der politischen Lage auf dem Balkan als König Karl selbst, welcher während der Pasitch gewährten Audienz, das sinnlose Beginnen der Türkei und Bulgariens verurteilend, mit dem Ausrufe schloß: „Wer sollte noch jetzt glauben, daß Rumänien in die Notwendigkeit versetzt werden könnte, dafür einzutreten, daß gewisse ägäische Inseln dem Besitzstande der Türkei erhalten bleiben mögen?" Dieser Ausruf des ehrwürdigen Königs hat auf Pasitch großen Eindruck gemacht, welcher daraus den Schluß zog, daß der König im Ernstfalle seine Armee zum Schutze der griechischen Interessen in Bewegung setzen wird.

Ohne Zweifel ist ein solcher Ausspruch aus dem Munde des Königs ein Beweis dafür, daß sich in den politischen An-

sichten des Monarchen ein bedeutender Wechsel vollzogen hat, da er bisher stets die Anweisungen aus Berlin und Wien befolgt hatte.

Aus den Unterhandlungen mit den rumänischen Ministern zieht Pasitch den Schluß, daß die Verhandlungen beider Staaten über Handels- und wirtschaftliche Fragen gute Fortschritte machen und daß der Abschluß derselben zu politischen Vorteilen für Serbien und Rumänien führen wird.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Sofia vom 17. Februar/2. März 1914. — Nr. 129.

Die von Ihnen nach Ihrer Ankunft in Sofia erhaltenen Briefe und Berichte schildern die schweren Verhältnisse, die seit dem letzten Kriege in Bulgarien herrschen und die zu überwinden ihm bis jetzt noch nicht gelungen ist. Seine Geschicklichkeit macht es König Ferdinand möglich, zwischen den zahlreichen schwierigen Verwicklungen der inneren Lage und dem Wunsche zu lavieren, zu Rußland in ein möglichst günstiges Verhältnis zu gelangen, ohne sich Österreich gegenüber zu kompromittieren, auf dessen Sympathien seine Regierung gegenwärtig angewiesen ist.

Bei dieser verwickelten politischen Lage kann die Rolle des russischen Vertreters im wesentlichen nur eine abwartende sein. Dies schließt natürlich einen wohlwollenden Meinungsaustausch mit dem Könige oder den leitenden Persönlichkeiten nicht aus. Aber diese Aussprachen können, wie Sie in Ihrem Briefe vom 5. Februar erwähnten, bei uns kein besonderes Vertrauen erwecken. Sie geben uns keine Gewähr für die Zukunft, denn selbst Danew ist seinerzeit, obwohl die Losung „Russophil" gegeben wurde, nicht daran verhindert worden, mit Österreich zu spielen, statt sich auf unsere Seite zu stellen. Ich darf infolgedessen Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß das gegenwärtige Kabinett bei uns kein Vertrauen genießt, um so weniger als der Ruf der einzelnen Persönlichkeiten, die es bilden, ein sehr zweifelhafter ist.

Die bevorstehenden Wahlen werden vielleicht dem Kabinette Radoslawow eine Majorität bringen. Wie würden

Sie sich in diesem Falle verhalten? Vielleicht könnten wir Bulgarien in einigen konkreten Fällen unterstützen, wenn wir die Sicherheit erhalten, daß Bulgarien unabhängig von den einzelnen Persönlichkeiten des jetzigen oder eventuellen zukünftigen Kabinetts handelt. Es ist aber schwierig, eine Annäherung Rußlands an Bulgarien und Bulgariens unter russischer Vermittlung an Serbien herbeizuführen, wenn nicht ein völliger Umschwung in der öffentlichen Meinung und ein Wechsel in der bulgarischen Regierung eintritt. Denn solange die jetzigen Minister am Ruder bleiben, ist für uns Zurückhaltung und äußerste Vorsicht geboten. Wie wenig zuverlässig die gegenwärtige Regierung ist, ergibt sich aus einer uns aus ganz geheimer Quelle zugegangenen Mitteilung, daß die bulgarischen Minister ausländischen Vertretern gegenüber erklärt haben, Ihre langen Unterredungen mit dem Könige machen den Eindruck, als wenn der König hinter dem Rücken seiner Minister Politik treiben wolle, doch werde seine persönliche Politik nicht ausgeführt werden.

Wenn das jetzige Kabinett durch ein Koalitionsministerium mit Malinow an der Spitze ersetzt werden würde, so würden wir ein derartiges Ereignis mit dem Bewußtsein begrüßen, Bulgarien vor dem Verfalle bewahren zu können. Ein derartiger Ministerwechsel würde zu tatkräftiger Unterstützung von unserer Seite führen. Es würde uns z. B. möglich sein, den Abschluß der bulgarischen Anleihe in Paris zu fördern und eine Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien in die Wege zu leiten. Aber auch dann werden wir äußerste Vorsicht beobachten und nur ganz allmählich vorgehen können, weil wir sonst Gefahr laufen würden, das Vertrauen Serbiens zu uns zu erschüttern und uns Rumänien zu entfremden, wenn es uns nicht gelingen sollte, Bulgarien gleichzeitig ganz fest an uns zu binden.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 21. März/3. April 1914.

. . . . . .

So beklagenswert auch der zweite Balkankrieg vom Standpunkte des Slawentums gewesen ist, so kann man doch nicht

leugnen, daß das Resultat dieses Krieges, soweit die speziellen russischen Interessen in Frage kommen, für uns vorteilhaft gewesen ist.

In der Tat — was wäre geschehen, wenn in Sofia beim Abschlusse des Waffenstillstandes mit der Türkei die Stimme der Vernunft gesiegt hätte und die bulgarische Regierung bereit gewesen wäre, die berechtigten Forderungen Serbiens hinsichtlich der Abänderung des zwischen ihnen bestehenden Vertrages und die völlig unberechtigten, aber verhältnismäßig bescheidenen Forderungen Rumäniens anzunehmen? Bulgarien wäre, was Ausdehnung seines Territoriums und Stärke seiner Bevölkerung anbelangt, der größte Balkanstaat geworden; Rumänien hätte sich beeilt, sich ihm zu nähern, wahrscheinlich auch die Türkei; und wenn schließlich auch noch eine Annäherung mit Österreich stattgefunden hätte — was ich stets für möglich gehalten habe, sogar noch vor dem Kriege mit Serbien —, so würde sich auf dem Balkan ein uns feindlicher Block gebildet haben, der aus Österreich, Bulgarien, Rumänien und der Türkei bestanden hätte.

Jetzt aber ist unter den obwaltenden politischen Bedingungen Österreich auf dem Balkan völlig isoliert, und jeder Versuch seinerseits, den status quo zu ändern, würde einen entschiedenen Widerstand von seiten des Blockes Rumänien, Serbien und Griechenland auslösen.

Aus diesem Anlasse muß man alles vermeiden, was Rumänien mit Serbien und Griechenland entzweien könnte, was zu erreichen die österreichische Diplomatie wahrscheinlich versuchen wird. In dieser Hinsicht besitzt Österreich in Albanien ein wirksames Mittel. In Belgrad und Athen muß man verstehen, daß jede Unvorsichtigkeit ihrerseits Österreich nur nützen kann, da hierdurch die Unzufriedenheit Rumäniens hervorgerufen werden würde, während Österreich und Italien, sich selbst in Albanien überlassen, sich letzten Endes entzweien werden.

Diese Lage und die Erkenntnis, daß das Wiener Kabinett einen Fehler begangen hat, indem es Bulgarien während der letzten Krise unterstützt hat, rufen in Österreich-Ungarn jene allgemeine Nervosität hervor, die sich in letzter Zeit bemerkbar macht.

Zum Schluß möchte ich mein Bedauern aussprechen, daß unsere und besonders die französischen Zeitungen ihrer Freude anläßlich der neuen Richtung der rumänischen Politik so geräuschvoll Ausdruck verleihen. Dieser Lärm ist ganz unnütz; denn für uns ist die Tatsache bedeutsam, daß wir Rumänien von der uns gegenüberstehenden Koalition losgelöst haben, nicht aber der errungene diplomatische Erfolg. Dieser Lärm regt aber unsere Gegner auf und veranlaßt sie, alles zu tun, um das Verlorene wieder gutzumachen. In Rumänien wird dieser Umstand von den uns feindlich gesinnten Elementen dazu benutzt werden, um die Sache so darzustellen, als ob die Ententemächte Rumänien kompromittieren und jeden Rückzug abschneiden wollen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cettinje an den russischen Außenminister vom 13./26. März 1914. — Nr. 17.

König Nikolaus hat in diesen Tagen nach langem Zögern den Befehl erteilt, sein schon vor einiger Zeit nach Belgrad gesandtes eigenhändiges Schreiben König Peter zu übergeben. In diesem Schreiben wird Serbien eingeladen, unverzüglich mit Montenegro eine Abmachung über die Vereinigung beider Nationen auf militärischem, diplomatischem und finanziellem Gebiete zu treffen, unter „dem Vorbehalte der Unabhängigkeit und Eigenart beider Staaten und ihrer Dynastien". Am Schlusse des Schreibens hebt König Nikolaus hervor, daß eine derartige Vereinbarung „für das noch nicht befreite Serbentum sehr nützlich sein werde" und im Sinne des ewigen Beschützers der Slawen — Rußlands — sei.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cettinje an den russischen Außenminister vom 13./26. März 1914. — Nr. 18.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 17. Da wir die wirkliche Stimmung des Königs von Montenegro kennen und wir andererseits den Standpunkt Italiens und Österreichs in dieser Frage in Betracht zu ziehen haben, von denen letzteres sich gegenüber einer sofortigen Verschmelzung der beiden serbischen Reiche unverhohlen besorgt und feindselig verhält, könnte meiner

Ansicht nach ein Einigungsvertrag zwischen den beiden Brudervölkern nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die erwähnten Bedingungen des Königs von Montenegro berücksichtigt werden, d. h. wenn die Selbständigkeit Montenegros gewährleistet wird. Das beste Mittel, die friedliche Entwicklung der serbischen und montenegrinischen Verschmelzung zu fördern, ist meiner Ansicht nach die Wiederaufnahme der Tätigkeit unserer Militärinstrukteure in Montenegro, und zwar im Rahmen des serbischen Militärprogramms. Hierbei kann man jedoch keine serbischen Instrukteure zu einer Tätigkeit in Montenegro zulassen, da eine solche Maßnahme zu einer vorzeitigen, auf Verschmelzung gerichteten Agitation Anlaß geben würde, welche ihrerseits zu gefährlichen Verwicklungen bis zur Besetzung des Sandschaks durch Österreich und einem bewaffneten Konflikte zwischen Serbien und Österreich führen könnte.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 16./29. März 1914. — Nr. 602.

Ich beziehe mich auf die Telegramme aus Cettinje Nr. 17 und 18. Der Versuch Serbiens, militärische Instrukteure nach Montenegro zu schicken, scheint augenblicklich politischen Schwierigkeiten zu begegnen. Ich bitte Sie, Pasitch hiervon vertraulich in Kenntnis zu setzen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 17./30. März 1914. — Nr. 104.

Ihr Telegramm Nr. 602 erhalten. Von der Sendung serbischer militärischer Instrukteure nach Montenegro ist nach der Meinung Miuschkovitchs nicht die Rede, und Pasitch hält diesen Plan unter den gegenwärtigen Umständen für unausführbar. Er ist der Ansicht, daß, wenn derartige Erwägungen in Cettinje in Betracht gezogen worden sind, dies ausschließlich den Zweck verfolge, die Frage der Entsendung russischer Instrukteure in Verbindung mit der Bewilligung von weiteren Subsidien nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 17./30. März 1914. — Nr. 104.

Ich beziehe mich auf die Telegramme aus Cettinje Nr. 17 und 18. Das in Frage kommende Schreiben des Königs von Montenegro ist mir von Pasitch vorgelesen worden, welcher mich in diesen Tagen zusammen mit Miuschkovitch besucht hat. Aus den klaren und aufrichtigen Äußerungen des ersteren ersehe ich, daß das Anerbieten des Königs von Montenegro schon längst erwartet und als ein weiterer Schritt zur herzlichen Versöhnung und Annäherung beider Staaten betrachtet wird, jedoch keine Verschmelzung bedeutet, an welche man unter den jetzigen Verhältnissen hier gar nicht denkt. Die Erhaltung der Dynastie und der vollen staatlichen Unabhängigkeit ist eine Grundbedingung. Das Abkommen soll kulturellen Charakter tragen und die Finanz-, Handels-, Zoll-, Verkehrs-, diplomatischen und teilweise auch die militärischen Behörden betreffen, lediglich vom Gedanken eines gegenseitigen Schutzes der beiden Staaten ausgehend. Die Frage der Instrukteure wird nicht berührt. Die Euerer Exzellenz bekannte staatsmännische Erfahrung und Vorsicht Pasitchs sind eine Bürgschaft, daß kein unvorsichtiger Schritt getan werden wird und daß das beabsichtigte Übereinkommen, von dem wir rechtzeitig Nachricht erhalten haben, nicht die von unserem Geschäftsträger in Cettinje befürchteten Verwicklungen nach sich ziehen wird. Die in Aussicht genommene Antwort an König Nikolaus ist in friedlichem Sinne gehalten. Ich erwarte die Abreise unseres Kuriers, um Ihnen eine Abschrift dieser beiden Dokumente und einen ausführlicheren Bericht zuzustellen.

Geheimer Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Belgrad vom 20. Februar/5. März 1914. — Nr. 130.

Ich halte es für nützlich, Sie von dem Inhalte einer Unterredung in Kenntnis zu setzen, welche ich unlängst mit dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Czapari hatte. Das Gespräch betraf die Folgen, die im Falle einer Störung des europäischen Friedens eintreten könnten. Mit der Bemerkung,

daß er von seiner Regierung zu diesem Meinungsaustausche nicht beauftragt worden sei, erwähnte Czapari, daß die in Montenegro und Serbien bemerkbare Neigung zu einer beiderseitigen Annäherung oder Vereinigung überall die größte Beunruhigung hervorrufe. „Wenn eine solche Vereinigung stattfindet, so würde Österreich nicht stiller Zuschauer bleiben können. Die Interessen der Monarchie im Adriatischen Meere lassen keine Verschiebung des Gleichgewichtes zu. Das Adriatische Meer bedeutet für Österreich-Ungarn dasselbe, was das Schwarze Meer für Rußland." Ich erwiderte meinem Besucher, daß die von ihm geschilderten Ereignisse in nächster Zukunft kaum eintreffen würden. Zu Lebzeiten des alten Königs wird niemand ernstlich daran denken, daß er seinen Thron jemals aufgeben wird. Was Rußland anbelangt, bemerkte ich, so können wir kaum in den Verdacht kommen, eine Beeinträchtigung des monarchischen Prinzips in Montenegro zu begünstigen. Trotzdem verschließen wir uns nicht der Möglichkeit, daß nach dem Tode des Königs Nikolaus sein Nachfolger kaum dasselbe Ansehen im Lande genießen wird wie sein Vater. Da wir uns aber in die inneren Angelegenheiten Montenegros nicht einmischen wollen, so können wir die einen oder andern Bestrebungen nicht begünstigen, obwohl es den Anschein hat, daß diese Ansicht sich in Österreich-Ungarn verbreitet. Es ist schwer, auf ein aufgeregtes Volk einzuwirken, wenn man des Erfolges nicht sicher ist. Andererseits kann ich nicht einsehen, warum man mit solcher Bestimmtheit annimmt, daß eine Vereinigung Montenegros mit Serbien die Interessen Österreich-Ungarns in Mitleidenschaft ziehen würde. Man kann die Zukunft nicht voraussehen, doch kann man darüber sprechen, was unter gewissen Bedingungen eintreten könnte. So z. B. galt noch vor einigen Jahren in der österreichischen Monarchie das Axiom, daß Österreich-Ungarn auf den Sandschak nicht verzichten könne. Aehrenthal hat es jedoch getan, als andere Ereignisse an den benachbarten Grenzen zugunsten Serbiens und Montenegros eingetreten waren. Ist hierdurch für die Monarchie irgendein Nachteil entstanden? Der Hinweis auf die Analogie der Interessen Österreichs und Rußlands im Adriatischen und im Schwarzen Meere ist für mich nicht überzeugend. Bis jetzt war man der Ansicht, daß es

nur eine russische und eine türkische Seemacht im Schwarzen Meere geben könne; heute sehen wir, daß die Küstenstaaten Rumänien und Bulgarien ebenfalls danach streben, eine Flotte zu haben. Und was geschieht: Rußland bekämpft in keiner Weise diese Bestrebungen und ersieht in ihnen auch keine Nachteile für seine eigenen Interessen. Könnte es in Österreich irgendwie beunruhigen, wenn es in Zukunft in der Adria anstatt montenegrinischer Häfen serbische Häfen gäbe? Alle diese Betrachtungen, so schloß ich, beweisen, daß man zukünftige Ereignisse nicht im voraus bestimmen kann, sondern daß man sich mit der Lage, so wie sie sich von selbst ergibt, in der einen oder andern Weise abfinden muß.

Damit war unsere Unterhaltung beendigt. Ich kann nicht beurteilen, ob die Behauptung des Botschafters, er spreche aus eigener Initiative, zutrifft oder nicht. Ich nehme aber wohl mit Recht an, daß die von Czapari erwähnte Beunruhigung tatsächlich in Österreich besteht.

Ich teile obiges nur zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme mit. Sollten Sie mit Pasitch über diese Frage sprechen, so bitte ich Sie, den ganz vertraulichen Charakter meines Gespräches mit dem Botschafter zu betonen und ihm zur äußersten Vorsicht in der für Serbien so wichtigen Frage zu raten.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 25. März/7. April 1914. — Nr. 18.

Ich erlaube mir, Ihnen meinen besten Dank für die Mitteilung Ihres Gespräches mit dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter auszusprechen, welches sich auf die vitale Frage einer engen Vereinigung zwischen Serbien und Montenegro bezieht. Ich habe die erste Gelegenheit benutzt, um Pasitch Ihren Standpunkt in dieser Frage mitzuteilen, und habe mich hierbei überzeugen können, daß er die Gefahr einer künstlichen Beschleunigung einer normalen Entwicklung vollkommen einsieht und von der Notwendigkeit, die größte Vorsicht zu beobachten, durchdrungen ist.

Natürlich sieht man sowohl in Serbien als auch in Montenegro allerseits deutlich ein, daß nach den letzten Ereignissen auf dem Balkan eine Vereinigung beider Staaten früher oder

später stattfinden muß. Es steht zu wünschen, daß diese Vereinigung erst später erfolgt, damit beide Regierungen Zeit haben, die nötigen vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Und dann kann man wohl annehmen, daß es in der ganzen Welt keine Macht geben wird, welche diese historische Entwicklung hemmen kann. Das jetzt in Aussicht genommene serbisch-montenegrinische Übereinkommen wird die nötige Grundlage bilden, und man kann im voraus behaupten, daß die serbische Regierung keinen einzigen unvorsichtigen Schritt unternehmen wird.

Ich will zu Ihrer Information folgendes hinzufügen: Ich hatte unlängst eine ähnliche Unterredung mit dem hiesigen österreichischen Vertreter über die Möglichkeit einer Verschmelzung Montenegros mit Serbien. Ich bemerkte, daß ich einstweilen keine derartigen Anzeichen erblicke und daß ihm, der so lange Jahre in Cettinje gewesen sei, das Gefühl des Mißtrauens, das der König von Montenegro zu Serbien hegt, wohl bekannt sein müßte und daß daher herzliche Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgeschlossen erscheinen. Giesl erwiderte hierauf, daß dies in der Tat zutreffe, daß es sich aber nicht um den König handele, denn dieser sei alt und ernstlich krank; seine Söhne seien im Volke nicht beliebt und würden wahrscheinlich mit einer guten Abfindungssumme ins Ausland abreisen; und dann würde die psychologische Minute eintreten und die Frage einer Vereinigung Montenegros mit Serbien von selbst aufgeworfen werden. Giesl fügte hinzu, daß er dieses nicht im Auftrage seiner Regierung, sondern nur als seine persönliche Ansicht mir gegenüber erwähnt habe. Die völlige Analogie der Erklärungen der beiden österreichischen Vertreter ist so deutlich, daß man wohl mit Recht annehmen darf, daß sie im Auftrage ihrer Regierung gehandelt haben.

Streng vertraulicher Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 6./19. Mai 1914. — Nr. 26.

Nachdem die Monarchen Serbiens und Montenegros rührende eigenhändige Briefe gewechselt hatten, schien die Frage der Vereinigung der beiden verwandten Länder ganz in Vergessenheit zu geraten. Da er längere Zeit ohne jegliche Nachricht aus Cettinje geblieben war, begann der hiesige Vertreter Mon-

tenegros sich ernstlich zu beunruhigen und befürchtete, daß König Nikolaus seine Haltung Serbien gegenüber wieder geändert habe.

Entgegen allen Erwartungen hat jedoch Miuschkovitch vor zwei Wochen den dringenden Auftrag erhalten, sobald als möglich in einen endgültigen Meinungsaustausch mit Pasitch über das in Aussicht genommene Übereinkommen zu treten und mit einem fertigen Programm nach Cettinje zu kommen.

Natürlich hat sich Pasitch wohlweislich enthalten, ein Programm auszuarbeiten, aber mit Vergnügen dem montenegrinischen Vertreter mündlich bestätigt, daß er zu den von mir schon früher erwähnten Grundlagen eines Übereinkommens bereit sei, nämlich: Erhaltung der Dynastie und der Unabhängigkeit beider Staaten; Verschmelzung der beiden Armeen, wobei die beiden Monarchen die Kommandogewalt über die in den Grenzen eines jeden Königreiches befindlichen Truppen beibehalten; Gründung eines gemeinsamen Generalstabes, welcher gemeinsam die militärischen Pläne ausarbeiten wird; gemeinsame Orientierung der auswärtigen Politik und gemeinsame Auslandsvertretung; gleichartige gerichtliche und administrative Behörden; Vereinigung der Finanzen, der Zölle, der Post und Telegraphen.

Miuschkovitch hat von diesen Wünschen Kenntnis genommen und sich nach Cettinje begeben. Man besitzt hier keine offiziellen Nachrichten über den Erfolg seiner Mission, aber aus geheimen Informationen geht hervor, daß König Nikolaus seinem Gesandten einen sehr ungnädigen Empfang bereitet hat und in eine nähere Besprechung über den ihm gegebenen Auftrag nicht eingetreten ist. Ebenso ablehnend ist der Empfang von seiten der Minister gewesen. Unter diesen Bedingungen ist schwer damit zu rechnen, daß die serbischen und montenegrinischen Verhandlungen in nächster Zeit zu einem günstigen Resultate führen werden.

Unterdessen habe ich den geheimen Brief des Unterstaatssekretärs Neratow vom 17. April Nr. 289 erhalten, durch den ich beauftragt werde, mit dem serbischen Ministerpräsidenten über die militärische Lage in Montenegro in Verbindung mit der innern und finanziellen Politik zu sprechen.

Nachdem Pasitch von mir erfahren hatte, daß wir prinzipiell bereit seien, die Frage der russischen Militärinstrukteure

im Einklange mit den serbischen Plänen in Montenegro zu lösen, bat mich Pasitch, Ihnen seine aufrichtigste Dankbarkeit für unser beständiges Interesse für Serbien auszudrücken. Er bittet mich, Sie zu versichern, daß in dem in Aussicht genommenen serbisch-montenegrinischen Übereinkommen die russischen Wünsche hinsichtlich der militärischen Fragen berücksichtigt werden sollen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 24. Juni/7. Juli 1914. — Nr. 1351.

Vertraulich. Die letzten Ereignisse in Serajewo, die zu einer Verschärfung der antiserbischen Stimmung in Wien geführt haben, veranlassen uns, der serbischen Regierung zu raten, alle Fragen, die diese Stimmung noch verschärfen und eine gefährliche Lage hervorrufen können, mit der größten Vorsicht zu behandeln. Infolgedessen sind wir der Ansicht, daß es ratsam wäre, die Verhandlungen über die serbisch-montenegrinische Annäherung etwas hinauszuschieben, denn diese Verhandlungen haben bereits die Aufmerksamkeit Österreich-Ungarns und selbst Deutschlands auf sich gezogen. Ich bitte Sie, diese Ansicht Pasitch vertraulich mitzuteilen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 9./22. April 1914. — Nr. 69.

Verschiedenen Nachrichten zufolge verhandelt man in Berlin über eine bulgarische Anleihe von ungefähr 250 Millionen Franken. Die deutsche Regierung hat bis jetzt angeblich infolge rumänischer Einwendungen ihre Einwilligung nicht gegeben. Jetzt ist es augenscheinlich gelungen, Rumänien zur Aufgabe seiner ablehnenden Haltung zu bewegen, und man nimmt in Sofia an, daß die Anleihe unter der Bedingung abgeschlossen werden wird, daß keine Ausgaben für militärische Rüstungen gemacht werden. Für das Kabinett Radoslawow ist es eine Lebensfrage, eine solche Anleihe im Laufe des nächsten Monates zu erhalten, und es wird daher auf alle Bedingungen eingehen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1914. — Nr. 72.

Es erscheint immer wahrscheinlicher, daß die Anleihe zustande kommen wird. Zusammen mit dem hiesigen französischen Gesandten bemühe ich mich, dem Könige und der hiesigen öffentlichen Meinung zu beweisen, daß die Finanzpolitik der jetzigen bulgarischen Regierung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für das Land verhängnisvoll ist. Meinen Nachrichten zufolge steht anzunehmen, daß englisches und belgisches Geld zur Anleihe verwandt werden wird. Halten Sie es nicht für möglich, dies zu verhindern? Der französische Gesandte behauptet, seine Regierung tue alles mögliche, um das französische Kapital nicht nach Bulgarien zuzulassen. Der hiesige Finanzminister hat dem französischen Gesandten gegenüber offen zugegeben, daß diese Anleihe unbedingt notwendig sei, um die Stellung des jetzigen Kabinetts zu befestigen. Um letzteres zu vermeiden, müssen wir die größten Anstrengungen machen und die Pläne von Radoslawow und Tontschew hintertreiben.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 16./29. April 1914. — Nr. 106.

Doumergue hat mir soeben bestätigt, daß er den französischen Banken die kategorische Weisung erteilt hat, Bulgarien keine Mittel in der Form einer bulgarischen Anleihe in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Den Informationen der französischen Regierung aus Berlin zufolge sind die Verhandlungen in Berlin ergebnislos verlaufen, was Doumergue der Weigerung der französischen Banken zuschreibt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. April/6. Mai 1914.

Ich halte es für äußerst wichtig, die Absicht Bulgariens, eine Anleihe in Deutschland aufzunehmen, zu vereiteln, und bitte die englische Regierung, ihrem Vertreter in Sofia vorzuschreiben, unsern Gesandten bei der Erfüllung des Auftrages zu unterstützen, Bulgarien von einer unvorteilhaften finanziellen Operation zurückzuhalten, welche zur vollen wirtschaftlichen

Unterwerfung Bulgariens unter Deutschland führen müßte. Der französische Gesandte in Sofia hat bereits mit Erfolg Schritte in dieser Hinsicht unternommen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 30. April/13. Mai 1914. — Nr. 84.

Dringend. Nach den in Paris und London unternommenen Schritten haben wir alle Mittel, das Zustandekommen der Anleihe zu verhindern, erschöpft. Aber die Notwendigkeit einer Anleihe macht sich hier immer mehr fühlbar. Infolge dieser Erwägung und um der Erstarkung des hiesigen österreichisch-deutschen Einflusses vorzubeugen, entschließe ich mich, Ihnen ein letztes Mittel vorzuschlagen, nachdem ich mich heute ausführlich mit meinem französischen Kollegen und den Vertretern der französischen Banken ausgesprochen habe: Wir könnten zur Kenntnis des Königs bringen, daß Rußland, welches zwar der jetzigen Regierung nicht traut, aber nach wie vor um Bulgarien und seine politische und finanzielle Unabhängigkeit besorgt ist, ihm jetzt folgenden Vorschlag macht: Frankreich wird veranlaßt werden, den für das Land notwendigen Vorschuß, ungefähr 100 Millionen, dem Könige persönlich vorzustrecken, ohne die schweren Bedingungen zu stellen, über die jetzt in Berlin beraten wird. Gleichzeitig muß man erklären, daß bis zum Abschlusse einer Anleihe Frankreich auf die Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine und Rußland auf 45 Millionen Schatzscheine für militärische Lieferungen verzichtet. Der Vertreter der französischen finanziellen Interessen in Sofia ist überzeugt, daß eine derartige Operation der Realisation der Anleihe gleichkommt und es den Berliner Banken unmöglich machen wird, die Anleihe zu erhalten. Abgesehen davon, daß wir Bulgarien dem österreichischen Einflusse in Zukunft entziehen, wird auf diese Weise auch der hiesige Einfluß Österreichs und Deutschlands geschwächt, und früher oder später wird auch der Sturz des jetzigen Kabinettes eintreten, während eine unmittelbare Entfernung der uns mißliebigen Minister große Schwierigkeiten nach sich ziehen würde. Hiervon habe ich mir völlig Rechenschaft gegeben, als ich gestern durch die Vermittlung von Dobrovitch dem König riet, das Ministerium zu wechseln, und

ich habe deshalb die Möglichkeit eines Kompromisses und die Bildung eines Koalitionsministeriums angedeutet. Ich darf annehmen, daß die französische Regierung wie früher, so auch diesmal auf unsere Wünsche eingehen wird, wobei man natürlich im Auge behalten muß, daß Paris viel günstigere Bedingungen als Berlin für eine eventuelle Anleihe stellen muß, wovon übrigens der hiesige Vertreter der französischen Banken überzeugt ist. Es ist dies ein sehr erfahrener Mensch, der jederzeit alle Einzelheiten nach Paris übermitteln kann. Wenn dieser, ich gebe allerdings zu, nicht ganz gewöhnliche Plan Ihre Billigung findet, so müssen wir uns ohne Verzug mit Paris verständigen, da der Finanzminister die Anleihe jeden Tag unterzeichnen kann und dann die ganze Frage wegen der deutschen Regierung verwickelter werden würde. Ich habe mir diesen Schritt lange überlegt, bin aber zur Einsicht gekommen, daß uns kein anderer Ausweg bleibt, wenn wir die Interessen sowohl Bulgariens als auch Rußlands wahren wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1914. — Nr. 122.

Die französische Regierung ist der Ansicht, daß es im Interesse sowohl Rußlands als auch Frankreichs liegt, nicht zuzulassen, daß Bulgarien sich dem finanziellen und folglich auch politischen Einflusse Deutschlands und Österreichs unterwirft; deshalb ist sie bereit, dem von unserem Gesandten in Sofia vorgeschlagenen Plane zuzustimmen. Man nimmt an, daß ein Kompromiß durch die Bildung eines Koalitionskabinetts Malinow-Gennadiew gefunden werden könne. Die unverzügliche Gewährung eines Vorschusses schließt die Möglichkeit einer Anleihe an einem anderen Orte aus; die Gewährung einer Anleihe kann dann von der Änderung des politischen Kurses abhängig gemacht werden. Wenn Rußland hiermit einverstanden ist und sein Veto zurückzieht, glaubt die französische Regierung die französischen Banken bewegen zu können, Bulgarien einen Vorschuß von 80 oder 90 Millionen Franken zu gewähren und auf der Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine nicht weiter zu bestehen. Die Anleihe kann dann gegen Ende des Jahres erfolgen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1914. — Nr. 125.

Margerie hat mir soeben gesagt, daß die Kreditinstitute, die bis jetzt die bulgarischen Anleihen übernommen haben, nämlich Banque de Paris et des Pays Bas, Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir National d'Escompte und andere, sich hartnäckig weigern, Bulgarien einen Vorschuß zu gewähren, indem sie sich auf den unbefriedigenden Zustand des Geldmarktes berufen. Margerie hat die Absicht, sich noch heute an andere Finanzgruppen zu wenden, die zu Creuzot und der Regie Générale Beziehungen haben und die an bulgarischen Lieferungen und Eisenbahnbauten interessiert sind; er hofft, mir morgen eine Antwort geben zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. Mai 1914. — Nr. 126.

Die Verhandlungen des französischen Außenministeriums mit den Banken stoßen immer noch auf Hindernisse. Margerie sagte mir, daß eine gewisse Beteiligung der russischen Banken an dem Bulgarien zu gewährenden Vorschusse die Verhandlungen erleichtern könnte. Ich bitte um dringende Instruktionen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 134.

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet. Margerie hofft auf einen günstigen Ausgang, wird aber die Antwort kaum vor Dienstag erhalten, da Montag ein Pfingstfeiertag ist. Was den Text der dem Könige zu machenden Mitteilung anbelangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß diese Mitteilung einen durchaus freundschaftlichen Charakter haben muß und die traditionellen Gefühle Rußlands zu Bulgarien zum Ausdruck bringen soll. Deshalb glaubt man hier, es wäre unzweckmäßig, jetzt schon, namentlich ehe die deutsche Anleihe endgültig ausgeschlossen ist, vom Könige eine bestimmte Verpflichtung zu verlangen, das Ministerium Radoslawow durch ein anderes zu ersetzen. Die französische Regierung schlägt folgenden Text vor, welchen unser

Gesandter dem Könige mitteilen könnte: „Eure Majestät wissen, daß die bulgarische Regierung auf Grund privater Informationen es nicht für nötig gehalten hat, sich an die französische Regierung zu wenden, um den Pariser Geldmarkt zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse Bulgariens zu benutzen. Die bulgarische Regierung hat sich an deutsche Banken gewandt, und man ist im Begriffe, ein Übereinkommen unter für Bulgarien besonders schweren Bedingungen abzuschließen. Ein derartiges Übereinkommen droht die ökonomische und bis zu einem gewissen Grade auch die politische Unabhängigkeit des Landes für eine ziemlich lange Zeit in Frage zu stellen. Die Regierungen Rußlands und Frankreichs, vom Wunsche beseelt, Bulgarien den Beweis ihrer uneigennützigen Freundschaft zu geben, haben sich an Pariser und Petersburger Banken gewandt, um sich zu vergewissern, ob es nicht möglich sei, der bulgarischen Regierung diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie augenblicklich bedarf, bis günstigere Umstände es nach Ablauf einiger Monate erlauben werden, eine definitive Anleihe abzuschließen. Die französischen und russischen Banken sind diesem Ansuchen entgegengekommen und sind bereit, unverzüglich ungefähr 60 Millionen Franken vorzustrecken. Außerdem sind sie damit einverstanden, daß die Einlösung der Schatzscheine bis zum Abschlusse der Anleihe aufgeschoben wird. Ich bin beauftragt, Euerer Majestät diese Mitteilung zu machen, die die Teilnahme Rußlands und Frankreichs für Bulgarien beweist. Meine Regierung hofft, daß Euere Majestät die Bedeutung dieses Schrittes richtig einschätzen wird."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 135.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 134. Die französische Regierung ist überzeugt, daß eine derartige Mitteilung die von Rußland und Frankreich beabsichtigte Wirkung haben und dem König die Möglichkeit geben würde, einen Wechsel des Ministeriums vorzubereiten. Solange wir uns auf einen Vorschuß beschränken und die Anleihe nicht abgeschlossen ist, werden Rußland und Frankreich die Möglichkeit haben, in wirksamer Weise auf die Richtung der bulgarischen Politik einzuwirken;

was das definitive Verlangen anbelangt, der König solle sich verpflichten, ein anderes Kabinett zu ernennen, so können wir dieses später vorbringen, nachdem Bulgarien, nach Empfang eines bedeutenden Vorschusses, nicht mehr die Möglichkeit haben wird, sich in finanzieller Beziehung freizumachen, und nur in dem Falle, wenn der König bis Ende des Jahres, d. h. bis zum Abschlusse der Anleihe, keine günstige Gelegenheit gefunden haben wird, die Regierung andern Ministern zu übergeben. Margerie fügt hinzu, daß ein schrofferes Vorgehen im jetzigen Augenblicke den König beleidigen und das entgegengesetzte Resultat hervorrufen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1914. — Nr. 143.

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet, doch hofft Margerie, morgen eine endgültige und zwar günstige Antwort zu erhalten. Hier ist man auch der Ansicht, daß es nicht gelingen wird, die Unterzeichnung der Anleihe in Berlin zu verhindern, daß es einstweilen zwecklos sein würde, dem Könige den genannten Vorschlag zu machen, und daß alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen, zu verhindern, daß das Parlament die Anleihe annimmt. Margerie ist mit der Meinung unseres Gesandten in Sofia einverstanden, daß die Nachricht, Frankreich habe sich geweigert, Bulgarien Geld zu leihen, kategorisch dementiert werden müsse.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 6./19. Juni 1914. — Nr. 163.

Eine Finanzgruppe, an deren Spitze die Bank Périer steht, hat die Absicht, Bulgarien nicht einen Vorschuß, sondern eine sofortige Anleihe von 200 Millionen Franken zu gewähren. Sie rechnet hierbei auf die Teilnahme der russischen Banken, und zwar würde diese darin bestehen, daß unsere Banken ihre bulgarischen Schatzscheine gegen Obligationen der neuen Anleihe eintauschen, so daß sie keine neuen Auslagen haben werden. Ich bitte Sie, mich zu benachrichtigen, ob ein derartiger Plan von der russischen Regierung gebilligt wird.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 16./29. Juni 1914. — Nr. 121.

Die Katastrophe in Serajewo hat natürlich nicht bloß auf der Wiener und Berliner, sondern auch auf der Pariser Börse einen großen Eindruck gemacht. Infolgedessen hat mir Bauer, der hiesige Vertreter der Bank Périer, gesagt, daß er an die Pariser und belgischen Banken, die sich an der Anleihe beteiligen, telegraphieren müsse. Infolgedessen sind die Einzelheiten, die ich Ihnen heute mitteilen kann, nicht endgültig.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1914. — Nr. 122.

Bauer hat heute Radoslawow gesehen, und obgleich er infolge der letzten Ereignisse keine bestimmten Vorschläge hat machen können, ist er mit der Unterredung zufrieden. Radoslawow hat ihm zu verstehen gegeben, daß nach der Ermordung des Erzherzogs wenig Aussicht vorhanden sei, die Anleihe in Berlin abzuschließen, und daß die bulgarische Regierung sich an Périer wenden wird, daß dies aber erst nach einiger Zeit wird erfolgen können. Bauer fährt morgen nach Konstantinopel und von da nach Paris. Er ist bereit, hierher zurückzukehren, sobald dies nötig sein sollte. Er hat mir aufs entschiedenste wiederholt, daß ohne die Beteiligung der russischen Staatsbank sein Plan keinen Erfolg haben kann, und obwohl er im Einvernehmen mit der französischen Regierung handelt, würde er zu seinem großen Leidwesen in einem solchen Falle lieber auf die ganze Operation verzichten. Abgesehen von allen anderen nicht wünschenswerten Folgen wird man dann die Berechtigung haben, uns den Vorwurf zu machen, daß es uns nur daran liegt, die Verhandlungen in Berlin zum Scheitern zu bringen, daß wir selbst aber keine Anleihe gewähren wollen. In Anbetracht dieser Erwägung ist es durchaus notwendig, uns der moralischen Beteiligung der russischen Staatsbank zu versichern; Périer erblickt hierin eine Beruhigung für das französische Publikum insofern, als es Aussichten auf die Erhaltung des Friedens erwecken würde; unsere materielle Beteiligung braucht nur eine minimale zu sein.

Siebzehntes Kapitel.

Rußland und die Militärmission General Liman von Sanders.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 8./21. November 1913.

Meine Telegramme Nr. 264 und 271 enthalten einen kurzen Bericht über die hiesigen Verhandlungen des Staatssekretärs Kokowzew hinsichtlich der Entsendung deutscher militärischer Instrukteure in die Türkei. Ich erlaube mir, Einzelheiten hinzuzufügen, die ich in meinen Telegrammen nicht habe erwähnen können.

Kaiser Wilhelm hat dem Staatssekretär die sich aus den letzten Ereignissen auf dem Balkan ergebende politische Lage ausführlich geschildert, welche der Ansicht Seiner Majestät nach noch zu weiteren Verwicklungen namentlich von seiten Bulgariens — und der Staatssekretär hat hinzugefügt „und Griechenlands" — führen könne. Der Kaiser bestand auf der Notwendigkeit, das türkische Reich in seinem jetzigen Bestande zu erhalten, womit sowohl der Kaiser von Rußland als auch der König von England während ihrer letzten Anwesenheit in Berlin einverstanden gewesen wären. Sodann erwähnte Kaiser Wilhelm die an Deutschland und England gerichtete Bitte der türkischen Regierung, die nötigen Beamten und Instrukteure in die Türkei zu entsenden, um die Verwaltung zu reorganisieren.

König Georg hat eine derartige Bitte abgelehnt und nur eingewilligt, englische Marineoffiziere nach Konstantinopel zu schicken, „während ich", sagte der Kaiser, „gezwungen gewesen bin, meine Zustimmung zur Entsendung von Armee-Instrukteuren zu geben. Anders habe ich nicht handeln können, schon aus dem Grunde nicht, weil unsere frühere zwanzigjährige Tätigkeit

keinen Erfolg gehabt und Deutschland viele Vorwürfe zugezogen hat, auch schon deshalb nicht, weil die Türkei sich sonst an eine andere Macht gewandt hätte, welche ohne Zweifel die Bitte der türkischen Regierung erfüllt haben würde".

Der Kaiser fügte hinzu, daß es für Rußland vielleicht vorteilhafter gewesen wäre, wenn französische Offiziere diese Aufgabe übernommen hätten, für Deutschland hätte dies jedoch eine allzu deutliche moralische Niederlage bedeutet. Hierauf erwiderte Kokowzew, daß eine derartige moralische Niederlage Deutschlands den Interessen Rußlands nicht entsprochen hätte, da es mit Deutschland durch Bande traditioneller Freundschaft verbunden sei. Der Kaiser hat für diese Worte seinen aufrichtigsten Dank ausgesprochen.

Sodann hat Staatssekretär Kokowzew versucht, den Kaiser davon zu überzeugen, daß der beste Ausweg aus der jetzigen schwierigen Lage der wäre, daß man zum früheren Gedanken einfacher Instrukteure zurückgreife, worauf der Kaiser lebhaft erwiderte, daß dies schon deshalb unmöglich sei, weil derartige frühere Versuche vollkommen erfolglos gewesen wären. Im jetzigen Zeitpunkte müßten die Instrukteure die nötige Macht haben, um die türkischen Offiziere umzuerziehen und sie aus dem politischen Sumpfe zu reißen, in dem sie ihre Dienstpflichten vergessen und sich nur mit Politik beschäftigen. Dies kann aber nur eine Kommandogewalt. Ihnen sind bereits die Argumente unseres Staatssekretärs gegen die Konzentrierung eines vorbildlichen Truppenteiles in Konstantinopel bekannt, ebenso auch die ganz aufrichtige Erklärung des Kaisers, daß er diese ganze Frage von einem völlig anderen Standpunkte aus aufgefaßt habe und daß ihm nichts ferner liege, als Rußland irgendwelche Schwierigkeiten bereiten zu wollen.

Als Staatssekretär Kokowzew erwähnte, daß die deutsche Militärmission sich vielleicht in Adrianopel niederlassen könne, erlaubte ich mir, ihn darauf hinzuweisen, daß dieses wahrscheinlich große Erregung in Bulgarien hervorrufen und uns dieses Land noch mehr entfremden würde; deshalb wäre Smyrna oder irgendeine andere Stadt in Kleinasien in einer gewissen Entfernung von der armenischen Grenze ein passender Aufenthaltsort für die deutschen Offiziere.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Geschäftsträger in London vom 12./25. November 1913. — Nr. 3220.

Da wir die Nachricht erhalten haben, daß Deutschland darauf besteht, daß dem deutschen Generalinstrukteur in der Türkei das Kommando über ein Armeekorps und eine Division in Konstantinopel übertragen wird, haben wir die ernstliche Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf gelenkt, wie schwer es für uns sein würde, zuzulassen, daß unsere Botschaft sich in einer Hauptstadt befindet, in der sozusagen eine deutsche Garnison untergebracht ist. Gleichzeitig haben wir darauf hingewiesen, daß wir keine Einwendungen erheben würden, wenn die deutschen Offiziere in andern Gebieten Kleinasiens, nicht zu nahe von unserer Grenze, Kommandogewalt hätten. Auf unsere freundschaftliche Anregung hat das Berliner Kabinett bis jetzt ausweichend geantwortet. Infolgedessen halten wir es für sehr wünschenswert, festzustellen, ob die französische und englische Regierung eine derartige Lage mit ihren Interessen für vereinbar halten. Wenn es unangebracht erscheint, in Berlin weitere Vorstellungen zu erheben, so könnte man vielleicht einen gemeinsamen Schritt in Konstantinopel unternehmen und die Pforte darauf hinweisen, daß die Deutschland gemachten Zugeständnisse die Frage gleichwertiger Kompensationen für die andern Mächte aufwerfen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1913. — Nr. 790.

Ihr Telegramm Nr. 3220 erhalten. Nicolson persönlich ist ebenfalls der Ansicht, daß die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht wünschenswert sei. Die Antwort der englischen Regierung wird Ihnen morgen nach Rückkehr Greys mitgeteilt werden.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1913. — Nr. 555.

Ihr Telegramm Nr. 3220 erhalten. Habe den Inhalt Pichon mitgeteilt, der ganz Ihrer Ansicht ist und bereits die nötigen Vorstellungen in Konstantinopel erhoben hat. Er hat

Rifaat Pascha gesagt, daß, wenn die Pforte nicht auf die Verwirklichung dieses Planes verzichtet, Frankreich für sich außerordentliche Kompensationen sowohl moralischer als auch politischer Natur verlangen wird. Im Gespräche mit mir hat Pichon nochmals betont, daß Frankreich nicht damit einverstanden sein könne, daß die Deutschen in Smyrna oder Beirut befehlen und daß er der Pforte gegenüber Adrianopel erwähnt habe. Pichon sagt, seine Erklärung habe augenscheinlich großen Eindruck auf Rifaat gemacht, der seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck verliehen habe, daß diese Frage werde geregelt werden können.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1913. — Nr. 795.

Ihr Telegramm 3220 und das aus Paris 555 erhalten. Grey hat gestern O'Beirne telegraphiert, daß er Ihre Ansicht teile, wir könnten die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht zulassen. Aus den Worten Nicolsons und Cambons habe ich geschlossen, daß der Minister im Prinzip die Möglichkeit von Kompensationen für uns zugibt, daß es aber in Wirklichkeit schwer sein dürfte, derartige Kompensationen zu finden. Den ersten Vorschlag Pichons, auch die Offiziere anderer Staaten sollten derartige Kommandostellen erhalten, hält er für undurchführbar und unseren Interessen nicht entsprechend, denn unser Hauptziel — die Deutschen aus Konstantinopel zu entfernen — wäre dadurch nicht erreicht. Außerdem würde dies den ersten Schritt zur Aufteilung der Türkei bedeuten. Cambon ist derselben Ansicht. Beide bezweifeln, daß ein gemeinsamer Druck auf die Pforte ein Ergebnis haben wird, denn letztere ist augenscheinlich durch Versprechungen Kaiser Wilhelm gegenüber gebunden, dessen Eigenliebe man in Betracht ziehen müsse. Grey hält es für das beste, die freundschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, um es zu einer Änderung des ursprünglichen Planes zu bewegen, z. B. einem deutschen Offizier die Leitung der Kriegsschule zu übertragen, worauf ein heutiges Agenturtelegramm aus Berlin anspielt. Grey glaubt, daß sowohl Kaiser Wilhelm als auch der Reichskanzler nach einem

Vorwand suchen, um aus dieser nicht reiflich überlegten Lage herauszukommen, daß aber ein Kommando außerhalb Konstantinopels, z. B. Adrianopel, keinen Ausweg bedeuten würde. Hier befürchtet man, daß der feindselige Ton der russischen Presse, z. B. der Nowoje Wremja, zum entgegengesetzten Resultat führen müsse, da Kaiser Wilhelm sich verletzt fühlen könne und augenscheinlich den Wunsch hege, sich wegen der gegen von der Goltz Pascha gerichteten Kritik zu rechtfertigen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 19. November/2. Dezember 1913. — Nr. 798.

Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Paris haben dahin geführt, daß beide Regierungen beschlossen haben, ihre Vertreter in Konstantinopel zu beauftragen, bei der Pforte offiziell anzufragen, ob tatsächlich die Absicht besteht, das Kommando über die türkischen Truppen in Konstantinopel deutschen Offizieren zu übertragen. Alles Weitere wird von der Antwort der Pforte abhängen. Grey und Asquith teilen die Ansicht Pichons, daß ein derartiges Kommando die Botschaften in eine ungebührende Lage stellen würde und daß die souveränen Rechte des Sultans und die Unabhängigkeit der Türkei in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Sie sind der Ansicht, daß Rußland sich darauf beschränken müßte, die freundschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung fortzusetzen, besonders aber mit dem deutschen Hofe, wobei die Eigenliebe und Empfindlichkeit des letzteren ganz besonders zu berücksichtigen wären.

Falls dies zu keinem Resultate führen sollte, geben Frankreich und England die Notwendigkeit von Garantien für alle Mächte zu, ganz besonders für Rußland hinsichtlich der Dardanellen, der Einfahrt und der Ausfahrt in den Bosporus. Man sieht hier voraus, daß Deutschland sich der Gewährung von Kompensationen an die anderen Mächte nicht widersetzen wird; doch hält man es für richtiger, diese Frage einstweilen noch nicht aufzuwerfen, da es fast unmöglich ist, derartige Kompensationen zu finden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 19. November/2. Dezember 1913. — Nr. 799.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 798. Beim Telegrammwechsel zwischen Paris und London ist ein Mißverständnis entstanden. Grey ist mit Pichon einverstanden, daß die betreffende Anfrage in Konstantinopel von allen drei Botschaftern Rußlands, Englands und Frankreichs an die Pforte gerichtet wird. Grey glaubt, die Noten müssen identisch sein, aber nicht gleichzeitig übergeben werden. Grey glaubt, daß es besser sei, wenn die Verhandlungen in Berlin einstweilen von uns allein geführt werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 24. November/7. Dezember 1913. — Nr. 3309.

Dringend. Identisch nach Paris. Wir halten es für wünschenswert, daß die drei Botschafter sich unverzüglich mit folgender identischer Note, die auf Grund des englischen Vorschlages abgefaßt worden ist, an die türkische Regierung wenden. Wir haben davon abgesehen, die Meerengen zu erwähnen, da aus dem Irade hervorgeht, daß sie dem deutschen General nicht unterstellt sind. Was die Kompensationen anbelangt, so wollen wir sie erst anläßlich weiterer Schritte erwähnen, nachdem wir uns über deren Natur geeinigt haben werden. Bitten Sie den Minister, dem Botschafter in Konstantinopel die nötigen Instruktionen zukommen zu lassen. Text der Note: „Die Tatsache, daß das Kommando über das türkische Armeekorps in Konstantinopel einem deutschen General anvertraut wird, würde diesem eine Stellung geben, welche bis jetzt weder ein deutscher noch ein anderer Offizier in Konstantinopel jemals eingenommen hat. Die Folge würde sein, daß das ganze diplomatische Korps sich in der Gewalt Deutschlands befinden würde. Außerdem wäre der deutsche General in der Lage, militärische Maßnahmen zu ergreifen, welche die Souveränität des Sultans in Frage stellen könnten. Die wirkliche Garantie der Integrität des türkischen Reiches, welche in dem Gleichgewicht der Mächte besteht, wäre verschwunden. In der Tat, wenn Deutschland eine solche Vormachtstellung in Konstanti-

novel erlangen sollte, würden die andern Mächte sich gezwungen sehen, ihre eignen Interessen in der Türkei wahrzunehmen."

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 802.

Grey ist der Ansicht, daß die in Ihrem Telegramm 3309 vorgeschlagene gemeinsame Note verfrüht sei und gewisse Nachteile zur Folge haben würde; er glaubt, man müsse auf das erste Projekt zurückkommen, ohne zum Schluß irgendwelchen Drohungen Ausdruck zu geben. Die drei Botschafter müßten sich über eine gemeinsame Erklärung verständigen, welche ihre Übereinstimmung zum Ausdruck bringt, und dann einer nach dem andern eine mündliche Vorstellung machen, um den Inhalt des Irades kennenzulernen; sie könnten bei dieser Gelegenheit ernstliche Erwägungen hinsichtlich der Erhaltung der Souveränität des Sultans, des Regimes der Meerengen und der ganzen Lage in Konstantinopel hinzufügen, doch müßten sie sich fürs erste auf einen derartigen Schritt beschränken, welcher die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen läßt. Grey hat versprochen, mir den Inhalt eines derartigen Telegramms mitzuteilen. Ich habe Grey gesagt, daß die russische Regierung dieser Frage die allergrößte Bedeutung beilegt, daß sie auf die feste Unterstützung Englands rechne, daß es aber auch ihre Absicht sei, nur mit der größten Vorsicht zu handeln, um eine Sackgasse zu vermeiden und der deutschen Regierung einen Rückzug zu ermöglichen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 803.

Grey sagt mir, Kühlmann habe heute morgen die Initiative ergriffen, um ihm zu erklären, daß ein deutsches Kommando über das Konstantinopler Armeekorps nur deshalb ins Auge gefaßt worden sei, weil von der Goltz Pascha nicht die Möglichkeit gehabt habe, seine Anordnungen zur Ausführung bringen zu lassen, da die türkische Gleichgültigkeit alle seine Anstrengungen zunichte gemacht habe. Ihm zufolge handelt es sich vor allem darum, die richtige Schulung der Truppen zu

gewährleisten, und das Konstantinopler Armeekorps ist deshalb gewählt worden, weil sich alle Militärschulen in der Hauptstadt und ihrer Umgebung befinden; es handele sich um eine Mission, die der des englischen Admirals analog sei. Kühlmann hat hinzugefügt, er sei beauftragt worden, die ganze Sache aufzuklären, weil die Zeitungen die wahre Sachlage entstellt und eine sehr bedauerliche Preßfehde hervorgerufen hätten. Grey hat geantwortet, daß letzteres nicht zutreffe; es handle sich um mehr als eine Preßfehde; daß alles, was Konstantinopel anbelange, die Mächte interessiere und daß das in Frage kommende Irade, dessen Einzelheiten er nicht kenne, die souveränen Rechte des Sultans verletzten und die Lage der Meerengen und Konstantinopels selbst in Frage stellen könne. Was den englischen Admiral anbelangt, so erklärte Grey, daß dies eine andere Frage sei, da dieser ein Nichtkombattant wäre. Grey wolle den Kontrakt zwischen dem Admiral und der türkischen Regierung nachprüfen, und deshalb könne er jetzt nichts mehr hinzufügen. Grey sagte mir, Kühlmann sei über die Mitteilung des beabsichtigten Schrittes in Konstantinopel nicht erstaunt gewesen und habe nur hinzugefügt, er sei überzeugt, daß auch der deutsche General, ebenso wie der englische Admiral, Nichtkombattant sei.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 804.

Vertraulich. Cambon hat Grey mitgeteilt, seine Regierung habe Ihren Vorschlag angenommen. Persönlich ist Cambon der Ansicht, daß Greys Standpunkt der richtige sei, da dieser die Stellung der türkischen Regierung erleichtere, um so mehr, als das deutsche Projekt in Konstantinopel nichts weniger als populär sei. Das deutsche Projekt sei in Berliner militärischen Kreisen entstanden, die eine Wiederholung der Stellung, die von der Goltz Pascha innegehabt hat, für unmöglich halten. Cambon befürchtet im jetzigen Augenblicke die Wirkung einer drohenden Note. Er sagt mir, daß der erste Vorschlag von Frankreich ausgegangen und dann von Grey angenommen worden sei. Der englische Ausdruck war „Mitteilung". Es will mir scheinen, daß wir den Greyschen Vorschlag annehmen sollten,

da er gewisse Vorteile bietet und Grey sich nicht entschließen wird, jetzt darüber hinauszugehen.

Paraphrase eines Telegramms Sir E. Grey's an den englischen Botschafter in Konstantinopel vom 9. Dezember 1913.

Ich habe den russischen Botschafter gesehen, der mir mitteilt, Sasonow wünsche an die Pforte eine Mitteilung über das deutsche Militärkommando gelangen zu lassen. Ich bin der Ansicht, daß jeder Botschafter diese Mitteilung getrennt und mündlich machen und daß diese Mitteilung folgenden Inhalt haben sollte: „Wir haben gehört, daß ein deutscher General ein sehr wirksames und weitgehendes Kommando in Konstantinopel erhalten hat; wir hören, daß dieses Kommando ihm eine Stellung geben würde, die bis jetzt kein einziger ausländischer Offizier in der Türkei innegehabt hat. Wir nehmen an, daß die Türkei nichts tun würde, wodurch die Unabhängigkeit der türkischen Regierung oder die Sicherheit der Meerengen und Konstantinopels in Frage gestellt werden würde. Andere Mächte sind jedoch in dieser Frage sehr interessiert, und wir würden gern sehen, daß uns die Pforte Mitteilungen über den mit dem deutschen General abgeschlossenen Vertrag zukommen läßt, um bestimmen zu können, welche Funktionen er erfüllen und welche Stellung er einnehmen wird."

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1913. — Nr. 3334.

Dringend. Ihr Telegramm 802 erhalten. Der englische Geschäftsträger hat uns das neue Projekt mitgeteilt, welches von dem ersten englischen Vorschlage bedeutend abweicht. Letzteres hatten wir zur Grundlage unserer Note gemacht, ohne die Möglichkeit von Kompensationen und die Frage der Meerengen zu erwähnen. Dieser Wechsel in der Haltung Englands in einer für uns so wichtigen Frage berührt uns um so unangenehmer, als gerade wir es sind, die zur Vorsicht geraten haben. Die Folge ist ein sehr bedauerlicher Zeitverlust. Der Vorschlag eines identischen Schrittes der drei Mächte in Konstantinopel ist ebenfalls von England ausgegangen. Was uns anbelangt,

so können wir dem neuen englischen Vorschlage nicht zustimmen; denn unserer Ansicht nach wäre eine derartige nichtssagende Mitteilung eher schädlich als nützlich. Teilen Sie Grey diese Erwägungen mit und fragen Sie ihn, ob er zu folgenden Veränderungen des in meinem Telegramm Nr. 3309 wiedergegebenen Textes bereit ist: Der letzte Satz, der mit den Worten anfängt: „In der Tat, wenn Deutschland", käme in Wegfall und würde durch einen andern Satz ersetzt, der gleichfalls dem ersten englischen Projekte entnommen ist: „Die Türkei muß zugeben, wie wichtig die obigen Erwägungen für seine eigenen Interessen sind, Erwägungen, die auch mehr oder weniger alle andern Mächte betreffen, welche in dem türkischen Reiche Interessen besitzen." Ich bitte Sie, Grey gegenüber zu bemerken, daß unserer Ansicht nach ein derartiger Schritt in Konstantinopel nicht als gegen Deutschland gerichtet betrachtet werden kann, da letzteres von demselben verständigt worden ist und keinerlei Einwendungen erhoben hat. Andererseits würde jede neue Verzögerung einen Erfolg des Schrittes in Frage stellen, namentlich nachdem der Wortlaut gemildert worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 27. November/10. Dezember 1913. — Nr. 3335.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 3334. Wenn die englische Regierung darauf besteht, daß eine mündliche Mitteilung einer schriftlichen vorzuziehen sei, können Sie sich einem derartigen Schritte anschließen und den Wortlaut der mündlichen Erklärung der Pforte vorlesen. Auf alle Fälle ist es jedoch wünschenswert, sich auf einen identischen Text zu einigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. November/11. Dezember 1913. — Nr. 806.

Ihr Telegramm 3334 erhalten. Nach einer erschöpfenden Prüfung der Frage hat mir Grey gesagt, er werde uns seine Antwort so bald wie möglich zukommen lassen. Ich glaube jedoch nicht, daß sie anders ausfallen wird. Seiner Ansicht nach wäre ein Schritt zu dreien ein so wichtiges Ereignis und würde solches Aufsehen hervorrufen, daß, ganz abgesehen von dem

Wortlaut der Mitteilung, die ganze Lage sehr zugespitzt werden würde, ohne daß sich die drei Mächte darüber verständigt hätten, welches die weitere Handlungsweise sein müßte. Deshalb besteht er darauf, daß der erste Schritt vor allem eine Anfrage ist, dazu bestimmt, den Kontrakt zwischen der türkischen Regierung und dem deutschen General kennenzulernen, damit die drei Mächte sich auf diese Weise Rechenschaft geben können, welches der Unterschied der Stellung dieses Generals in der türkischen Armee und der früheren Stellung von der Goltz Paschas sein werde. Grey glaubt, daß eine derartige Anfrage an und für sich eine ernste Sache sei und eine Warnung bedeute. Je nach der Antwort werden die drei Mächte beschließen müssen, was weiter zu tun ist. Allein eine türkische Antwort könne den Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen bieten. Dies war übrigens durchaus der erste Gedanke Greys, wie er in den Telegrammen 798 und 799 zum Ausdruck kommt und dann teilweise durch die französischen Vorschläge abgeändert worden ist. Grey kommt nun auf diesen Gedanken zurück und wird fürs erste nicht weitergehen. Cambon sagt mir, er sei hiervon überzeugt. Frankreich hat den letzten Vorschlag Greys angenommen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1913. — Nr. 1039.

Es ist schwer zu sagen, welche Kompensationen uns befriedigen könnten, denn unser eigentlicher Zweck besteht ausdrücklich darin, den deutschen General aus Konstantinopel zu entfernen, und keine Kompensation könnte den Schaden ersetzen, der aus einem Kommando in der Hauptstadt erwächst. In einer persönlichen Aussprache hat der deutsche Botschafter der Ansicht Ausdruck verliehen, daß wir vielleicht damit einverstanden sein werden, daß der deutsche Offizier nicht die in Konstantinopel stehende Division des ersten Armeekorps befehlige, sondern die zweite, außerhalb stehende; ich glaube jedoch, dies hätte für uns keine Bedeutung, da die Konstantinopeler Division sich dennoch unter dem deutschen Armeekorpskommandanten befinden würde. Wangenheim betont, es sei Deutschland unangenehm, einen deutschen Armeekorpskommandanten

aus der Hauptstadt zu entfernen, während sich in derselben ein englischer Admiral, dem die ganze türkische Flotte unterstellt ist, aufhalten darf. Dies ist allerdings ein schwieriger Umstand, der vielleicht beseitigt werden könnte, wenn England damit einverstanden ist, daß der englische Admiral aus Konstantinopel nach Ismid übergeführt wird, wo man augenblicklich das Dock baut, wobei dieser Admiral an der Spitze der ganzen türkischen Flotte bleiben würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. November/11. Dezember 1913. — Nr. 3346.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 1039. Wir teilen die Ansicht unseres Botschafters, daß England eine Lösung der Frage erleichtern könnte, indem es in Berlin erklärt, daß es bereit sei, seinen Admiral aus Konstantinopel nach Ismid überzuführen, wenn Deutschland seinerseits einwilligt, General Sanders nach Adrianopel zu berufen. Damit würde der Eigenliebe Deutschlands Genüge geleistet. Ich bitte Sie, diese Frage mit Grey zu besprechen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 29. November/12. Dezember 1913. — Nr. 3349.

Abschrift nach Paris. Sehr vertraulich. Ich erfahre aus einer sehr geheimen Quelle, daß Grey dem französischen Botschafter erklärt hat, er wolle in Konstantinopel nicht zu weit gehen, da er eine Änderung meiner Haltung befürchtet, was zu einem diplomatischen Mißerfolge führen könne. Ich möchte bemerken, daß es sich in der Frage des Instrukteurs nicht um einen Wechsel unserer Haltung, sondern um einen bedauernswerten Wechsel in der Haltung Englands handelt. Denn Grey hat sich von einer Note losgesagt, die einem Telegramm Greys an den englischen Botschafter entnommen worden war. Wenn wir nun letzten Endes gezwungen sind, unsere Haltung in dieser wie in schon mehreren andern Fragen zu ändern, so ist dies nur dem Mangel an Zutrauen zu der Wirksamkeit der englischen Unterstützung zuzuschreiben, und zwar wird dieses Zutrauen durch derartige Handlungen Englands nur noch mehr erschüttert.

Dieser Mangel an Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen den drei Mächten der Entente erregt unsere ernstliche Besorgnis, denn er bildet einen organischen Fehler der Tripelentente, welcher uns dem festen Blocke des Dreibundes gegenüber stets in Nachteil versetzen wird. Eine derartige Sachlage kann gegebenenfalls schwerwiegende Folgen nach sich ziehen und vitale Interessen einer jeden Macht der Tripelentente aufs ernstlichste gefährden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 29. November/12. Dezember 1913. — Nr. 3353.

Da Grey seinen Standpunkt verändert hat und wir gezwungen sind, unsere Schritte mit dem Maße von Unterstützung in Einklang zu bringen, auf das wir von seiten unserer Freunde und Bundesgenossen rechnen können, so müssen wir uns mit dem Greyschen Standpunkte einverstanden erklären. Nachdem Sie sich mit Ihrem französischen und englischen Kollegen verständigt haben, bitte ich Sie, den in Frage kommenden Schritt zu unternehmen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. November/12. Dezember 1913. — Nr. 807.

Grey kannte bis jetzt nicht genau die Einzelheiten des Kontraktes des englischen Admirals. Er sagte mir gestern, daß der Kontrakt vor ein paar Jahren abgeschlossen worden sei und die Stellung der verschiedenen englischen Admirale, auch des jetzigen, bestimme. Dieser ist jetzt in der Tat der Befehlshaber der ganzen Flotte, aber unter der Autorität des Marineministers; auch ist er Nichtkombattant. Die Stellung des englischen Admirals ist in der Tat ein Argument Deutschlands, das hier Schwierigkeiten bereitet. Nicolson hat mit mir mehrere Male hierüber gesprochen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 30. November/13. Dezember 1913. — Nr. 1050.

Ich habe heute um 5 Uhr nachmittags dem Großwesir die vorgeschriebene Mitteilung gemacht. Nach einigem Zögern

und dem sichtlichen Bestreben, den Vertrag mit einem deutschen General als eine innere türkische Angelegenheit darzustellen, erwiderte der Großwesir, daß er mir Montag die erbetene Auskunft zukommen lassen wird; er könne mir früher keine Antwort geben, da er zuerst über möglichst genaue Informationen verfügen will. Nach mir ist der französische und dann der englische Botschafter zum Großwesir gekommen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1913. — Nr. 813.

Persönlich. Nicolson hat mir ein langes Telegramm vorgelesen, in dem O'Beirne über seine Unterredung mit Ihnen berichtet. Ich glaube, daß dies Telegramm Grey sehr schmerzlich berührt hat und ihn allzu sehr entmutigen könne. Ich habe Nicolson gefragt, aus welchem Grunde Grey seinen ursprünglichen Standpunkt verändert habe. Er hat mir geantwortet, daß man inzwischen von dem englischen Botschafter in Konstantinopel Einzelheiten über die Stellung des englischen Admirals in Konstantinopel erhalten habe, was Grey jede Möglichkeit, der von Ihnen vorgeschlagenen Redaktion zuzustimmen, genommen habe.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1913. — Nr. 814.

Nicolson hat mir ein Telegramm des englischen Botschafters in Konstantinopel über seine Unterredung mit dem Großwesir vorgelesen. Dieser erhebt Einwendungen gegen unsere Befürchtungen hinsichtlich der souveränen Rechte des Sultans, deren Wahrung ihm, dem Großwesir, obliege. Er vergleicht die Stellung des deutschen Generals, der der türkischen Regierung unterstellt sei, mit derjenigen des englischen Admirals. Zum Schlusse hat der Großwesir dasselbe wie auch Giers gesagt.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1913. — Nr. 1054.

Es ist für uns natürlich durchaus notwendig, jederzeit zu einem bewaffneten Konflikte mit der Türkei bereit zu sein,

in den wir gegen unsern Willen hineingezogen werden können. Doch halte ich es nicht für zweckmäßig, augenblicklich unsere Truppen an der Grenze zu konzentrieren, um dadurch einer Drohung Ausdruck zu verleihen, ohne daß wir fest entschlossen sind, zu kriegerischen Handlungen überzugehen, wenn die Drohung allein nicht genügt. Denn im entgegengesetzten Falle würde unser Ansehen hier sehr erschüttert werden. Andererseits kann man nicht sicher sein, daß eine Drohung genügen wird, denn das Selbstgefühl der Türken hat nach der für sie günstigen Lösung der Adrianopler Frage stark zugenommen. Ich sehe jedoch keinen Einwand gegen andere Maßregeln militärischen Charakters, wobei man den Türken keinerlei Erklärungen abzugeben braucht, die leicht den Charakter einer derartigen Drohung annehmen könnten. Andererseits bin ich ganz der Ansicht Eurer Exzellenz und des Statthalters, daß es nicht in unserm Interesse liegt, unter den Armeniern den Eindruck hervorzurufen, daß wir ihnen in ihrem Kampfe gegen die Türken helfen, was sie nur aufregen würde. Deshalb müßte es genügen, wenn wir fortfahren, durch die gerichtlichen Institutionen Waffen über die Grenze zu schaffen, und dies nur in dem Falle auf administrativem Wege tun, wenn die Waffen in großen Mengen hinübergebracht werden und dies als eine Provokation der Türkei ausgelegt werden könnte. Wir müssen hierbei den Führern der armenischen Bewegung klarmachen, daß unsere Haltung nicht so aufgefaßt werden muß, als ob wir sie zu einem Aufstande ermutigen, der für uns sehr ungelegen wäre und den Türken nur den Vorwand liefern würde, die Armenier mit bewaffneter Gewalt niederzuhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 2./15. Dezember 1913. — Nr. 1055.

Der Großwesir hat mir heute folgende Antwort gegeben: General Liman ist als Chef der Militärmission, Mitglied des Kriegsrates mit dem Recht bloß auf eine Stimme, als Inspektor der Schulen und Kommandeur des I. Armeekorps angestellt worden. Das I. Armeekorps ist gewählt worden, weil der Kriegsminister in demselben vorbildliche Truppenkörper schaffen will, zu denen die Offiziere der andern Armeekorps kommandiert

werden sollen; unter diesen Bedingungen ist es bequemer, diese Schulabteilungen in der Hauptstadt zu vereinigen. Das Kommando über das Armeekorps wird ein rein technisches sein. Die Meerengen, die Befestigungen und die Sicherung der Ordnung in der Hauptstadt gehören nicht zur Kompetenz des Generals. Diese, wie auch die Verhängung des Belagerungszustandes, hängen unmittelbar vom Kriegsminister ab. In dem Kontrakt des Generals wird nicht bestimmt, daß er im Falle der Verhängung des Kriegszustandes zum Kommandanten der Stadt ernannt wird. Eine solche Ernennung wird vom Kriegsminister abhängen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. Dezember 1913. — Nr. 818.

Nicolson hat mir von der gestrigen Unterredung zwischen Grey und Lichnowsky gesprochen, über die Sie Einzelheiten durch O'Beirne erfahren werden. Grey hat versucht Lichnowsky darzulegen, wie wichtig die ganze Angelegenheit sei. Seitdem er im Amte sei, habe kein anderes Ereignis einen so ernsten Eindruck in Rußland hervorgerufen. Er hat den Botschafter daran erinnert, eine wie bedeutende Rolle Konstantinopel in den Beziehungen zwischen England und Rußland gespielt hat zur Zeit, als diese Beziehungen noch schlechte waren. Er hat betont, wie sehr England daran gelegen sei, die jetzigen guten Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten. Da man von dem Standpunkte ausgehen muß, daß der Kontrakt nicht zwischen den Regierungen Deutschlands und der Türkei abgeschlossen worden ist, sondern zwischen der Pforte und den deutschen Generalen, kommt es der türkischen Regierung zu, die nötigen Erklärungen zu liefern, die man kennen muß, ehe man über die Frage urteilen kann.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. Dezember 1913. — Nr. 819.

Persönlich. Der allgemeine Eindruck des Schrittes der drei Mächte in Konstantinopel ist so groß, daß die Stellung der deutschen Regierung eine schwierige werden kann. Dies bestärkt mich in meiner Ansicht, daß es nötig ist, die Verhand-

lungen nach Berlin zu verlegen. Alles hängt letzten Endes von der deutschen Regierung ab, und es erscheint mir angebracht, dem Berliner Kabinett möglichst große Aktionsfreiheit zu lassen, welche durch einen Druck der Mächte auf die türkische Regierung beeinträchtigt werden würde. Die Erklärungen, die Grey Lichnowsky über den Grund unseres Schrittes in Konstantinopel gegeben hat, scheinen mir dies bedeutend zu erleichtern.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 4./17. Dezember 1913. — Nr. 3388.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 1055. Ich bitte Sie, Grey von der Antwort des Großwesirs in Kenntnis zu setzen und ihm zu sagen, daß, da wir den Schritt in Konstantinopel den Wünschen der englischen Regierung angepaßt haben, wir jetzt von letzterer eine weitere Initiative erwarten, da die Antwort der türkischen Regierung nichts Neues enthält. Ich bitte Sie, in Erfahrung zu bringen, ob die englische Regierung irgendwelche Schritte unternimmt, um sich mit Deutschland hinsichtlich der Abänderung der Kontrakte des englischen Admirals und des deutschen Generals zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 4./17. Dezember 1913. — Nr. 3404.

Ihr Telegramm 819 erhalten. Persönlich. Ich würde gern eine weitere Erläuterung Ihres Gedankens erhalten, da derselbe wahrscheinlich infolge der Übergabe auf chiffriertem Wege entstellt worden ist. Was den Vorschlag anbelangt, die Verhandlungen nach Berlin zu verlegen, so halte ich es nicht für möglich, dieselben fortzusetzen, nachdem alle unsere Anstrengungen, zu einer freundschaftlichen Verständigung zu gelangen, erfolglos geblieben sind. Es scheint mir, daß die englische Regierung mehr Erfolg in Berlin haben könnte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 4./17. Dezember 1913. — Nr. 821.

Ihr Telegramm Nr. 3388 erhalten. Nicolson meint, daß verschiedene Punkte der türkischen Antwort noch unklar seien,

u. a. der Unterschied zwischen von der Goltz und Liman und auch zwischen der Stellung von Liman und Admiral Limpus. Nicolson hält die dem englischen Botschafter gegebene Antwort als vorbereitend. Man denkt hier natürlich daran, die Stellung des englischen Admirals zu modifizieren, um diesen Umstand bei den Verhandlungen in Berlin benutzen zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. Dezember 1913. — Nr. 822.

Ihr Telegramm 3404 erhalten. Grey und Nicolson sind heute abwesend. Wie Sie, glaube auch ich, daß die englische Regierung in Berlin mehr Erfolg haben kann. Grey hat die Verhandlungen mit Lichnowsky bereits aufgenommen, und er hat ohne Zweifel die Absicht, diese fortzusetzen, um so mehr, als er allein eine Modifikation der Stellung des englischen Admirals in Vorschlag bringen kann. Es handelt sich nur darum, ob er allein verhandeln kann, während wir abseits bleiben. Das beste wäre, wenn Sie sich hierüber mit Buchanan verständigen würden. Der letzte Schritt der drei Mächte in Konstantinopel hat einen großen Eindruck gemacht; eine Wiederholung in Konstantinopel würde sicherlich einem Zwange der deutschen Regierung gegenüber gleichkommen, was man jetzt, wie auch im Anfange der Verhandlungen, vermeiden muß.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Dezember 1913. — Nr. 591.

Persönlich. Die französischen Minister, die Führer der politischen Parteien und die Vertreter der Presse fragen mich stündlich und mit Nachdruck, was Rußland in der Frage der deutschen Instrukteure weiter zu tun gedenke, da man uns in dieser Angelegenheit für am meisten interessiert hält. Der Außenminister versichert uns seiner vollen Solidarität und erklärt sich bereit, uns energisch zu unterstützen. Ich habe keinen Grund, an seiner Aufrichtigkeit zu zweifeln, aber das jetzige Kabinett ist seiner ganzen Natur nach zu einer aktiven Politik wenig geneigt, und seine Tätigkeit muß von uns sorgfältig geleitet und belebt werden. Man fürchtet ganz besonders, daß wir uns auf

den Standpunkt von Kompensationen stellen werden, da dies leicht zur Liquidierung der asiatischen Türkei führen könnte. Im großen und ganzen ist uns die Presse bis jetzt günstig; nur einige Organe beginnen unter dem Einfluß von Finanzgruppen eine Pressekampagne gegen uns, und zwar wegen des Zwischenfalles mit der Bank Périer und unserer Einwendungen gegen die Finanzierung der Türkei durch Frankreich. Die uns ergebenen Zeitungen, wie der „Matin", verlangen von mir Instruktionen, und wenn wir Ihnen keine Richtlinien angeben, könnten sie vielleicht auf einen falschen Weg geraten. Infolgedessen ist es für mich ganz besonders wichtig, möglichst bald und ausführlich über Ihre Pläne und Absichten unterrichtet zu sein.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 3426.

Identisch nach Paris. Ich beziehe mich auf die Telegramme unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 1069 und 1072. Vertraulich. Ich bitte Sie, den Inhalt dieser Telegramme sehr vertraulich zur Kenntnis der englischen Regierung zu bringen. Wir nehmen an, daß wir vor Empfang weiterer Erklärungen von seiten des deutschen Botschafters in Konstantinopel eines günstigen Ausganges dieser Angelegenheit nicht sicher sein können. Jedenfalls ist es sehr wünschenswert, daß keine unzeitgemäßen Gerüchte in die Presse dringen. Irgendeine Indiskretion wie die, welche in Deutschland so große Unzufriedenheit hervorgerufen hat, könnte alles verderben.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 1069.

Wangenheim hat mir gestern abend sehr vertraulich mitgeteilt, er habe gestern abend in Berlin angefragt, ob er mir folgenden Vorschlag machen könne. Da er aber noch keine Antwort erhalten habe, bitte er mich, von dieser Mitteilung einstweilen noch keinen Gebrauch zu machen. Infolgedessen bitte ich Sie inständigst, dieses Telegramm als streng persönlich und vertraulich zu betrachten. Nach Beratung über die geschaffene Lage sind Wangenheim und Liman zu der Überzeugung ge-

kommen, daß keine Notwendigkeit vorliegt, daß der General das Armeekorps befehligt, wenn er nur eine genügende Anzahl Truppen zu seiner Verfügung hat, um den Kriegsschulen Gelegenheit zu praktischen Übungen zu geben; ein deutscher General würde das Armeekorps in Adrianopel befehligen. Die technischen Einzelheiten eines derartigen Kompromisses könnten vom russischen Militäragenten zusammen mit seinem deutschen Kollegen oder dem Stabschef General Limans geregelt werden. Wangenheim bittet nur, ihm eine gewisse Zeit zu lassen, ungefähr einen Monat, damit die öffentliche Meinung in Deutschland und in der Türkei nicht den Eindruck gewinnt, als ob Deutschland uns nachgeben müsse. Er behauptet außerdem, den Türken einen solchen Kompromiß zweimal vorgeschlagen zu haben, doch wäre er auf eine türkische Weigerung gestoßen und es werde eine gewisse Zeit vergehen, bis es ihm gelingen werde, sie umzustimmen. Ich entgegnete dem deutschen Botschafter, daß man versuchen müsse, möglichst schnell zu einer Lösung zu kommen, da sonst die Erregung der öffentlichen Meinung noch wachsen und zu neuen Verwicklungen führen könne. Ich glaube nicht, was der Botschafter über die zweimalige Weigerung der Türken sagt. Persönlich halte ich den vorgeschlagenen Ausweg für annehmbar, wenn die Zahl der Liman zur Verfügung gestellten Truppen möglichst eingeschränkt wird. Wenn Wangenheim ermächtigt werden sollte, uns einen derartigen Vorschlag zu machen, halte ich es für wünschenswert, daß unsere Presse sich während der Verhandlungen allzu heftiger Angriffe auf Deutschland enthält.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 1072.

Wangenheim hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, daß er keine Antwort von seiner Regierung erhalten habe, daß er sich aber für ermächtigt halte, mit mir im Sinne seiner gestrigen Erklärungen zu sprechen, um so mehr, als ihm die Absichten des Berliner Kabinetts gut bekannt seien, welches bestrebt ist, das zwischen Rußland und Deutschland entstandene Mißverständnis beizulegen. Er hat mir die zwei von ihm nach Berlin

geschickten Telegramme vorgelesen. In dem ersten Telegramme berichtet er, daß Liman nach seiner Ankunft dem türkischen Kriegsminister erklärt hat, er sei, wenn sein Kommando über das I. Armeekorps Schwierigkeiten für die Türkei hervorruft, damit einverstanden, daß ein deutscher Offizier das Armeekorps von Adrianopel befehligt. Izzet Pascha hat eine Antwort versprochen. Im zweiten Telegramm berichtet Wangenheim, daß Liman zum zweitenmal eine derartige Anfrage an den Kriegsminister gerichtet hat, wobei er bloß die Bedingung stellte, daß er eine genügende Anzahl Linientruppen zu seiner Verfügung in Konstantinopel haben muß, um praktische Übungen für die Zöglinge der Kriegsschulen und die jungen Offiziere des Generalstabs veranstalten zu können. Izzet Pascha hat abgelehnt und erklärt, er ziehe es vor, wenn Liman das Kommando über das I. Armeekorps beibehält, wie dies in dem von ihm unterschriebenen Kontrakte ausbedungen ist. Wangenheim bittet seine Regierung, ihn zu ermächtigen, mir die Erklärung abzugeben, daß er und Liman alles tun, um den türkischen Kriegsminister zu veranlassen, Limans Vorschlag anzunehmen, daß aber hierzu Zeit nötig sein wird. Ich nehme an, daß die Türken, wenn sie einsehen, daß zwischen uns und den Deutschen ein Einvernehmen erzielt worden ist, auf ihrer Weigerung nicht weiter bestehen werden. Einstweilen werden sie wahrscheinlich nur versuchen, das zwischen uns und Deutschland bestehende Mißverständnis auszubeuten.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 1073.

Ich erfahre aus einer privaten aber sicheren Quelle, daß der deutsche Botschafter soeben die Nachricht aus Berlin erhalten hat, Kaiser Wilhelm habe seinen Vorschlag gebilligt und ermächtige ihn, sich mit mir in diesem Sinne auszusprechen um zu einem Übereinkommen zu gelangen. Wangenheim wird mir wahrscheinlich den Inhalt des Telegrammes mitteilen. Ich bitte Sie dringend, mir Instruktionen zukommen zu lassen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 8./21. Dezember 1913. — Nr. 3436.

Wir halten es für zulässig, daß unser Militäragent sich mit dem deutschen Militäragenten in Verbindung setzt, um ein Abkommen auszuarbeiten. Wenn die einfache Tätigkeit der Instrukteure nicht genügt, so wären wir einverstanden, daß ein deutscher Offizier ein Armeekorps in Adrianopel befehligt. Wir verstehen nicht, warum es der deutsche General für nötig befindet, eine bestimmte Anzahl Linientruppen in Konstantinopel zu befehligen. Es scheint uns, daß sowohl die Zöglinge der Militärschule als auch die Offiziere des Generalstabes zu Lagerübungen nach Adrianopel hinüberfahren könnten. Wir überlassen es jedoch Ihnen, zusammen mit dem Militäragenten an Ort und Stelle annehmbare Bedingungen zu erreichen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 16./29. Dezember 1913. — Nr. 833.

Grey kehrt erst am 5. Januar nach London zurück, und ich habe heute mit Crowe gesprochen. Goschen telegraphiert am 27. Dezember, daß er mit Jagow eine Unterredung gehabt habe, wobei letzterer der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß es möglich sein werde, ein Kompromiß zu finden, doch werde dies mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden sein. Er fügte hinzu, daß er die Ankunft Wangenheims erwartet, um die Lage mit ihm ausführlicher zu besprechen. Crowe glaubt, daß man auf alle Fälle das Resultat dieser Besprechung abwarten müsse, ehe man weitere Schritte in Berlin unternimmt. Was einen weiteren Schritt in Konstantinopel anbetrifft, so glaubt Crowe, daß Grey es für nötig halten wird, zuerst folgende Punkte aufzuklären: 1. Worin werden unsere minimalen Forderungen bestehen, Abänderung des deutsch-türkischen Kontraktes oder Kompensation? 2. Welche Zwangsmaßregeln haben wir in Aussicht genommen, wenn die Türkei sich unsern Forderungen nicht unterwirft? 3. Zu welchen äußersten Mitteln sind wir zu greifen bereit, wenn die Türkei sich hartnäckig weigert und hierbei von Deutschland unterstützt wird?

Crowe hat mir dies ganz persönlich mitgeteilt. Grey hätte sich vielleicht nicht so deutlich ausgedrückt, doch ist es wahrschein-

lich, daß die Worte Crowes der wirklichen Meinung Greys entsprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Dezember 1913. — Nr. 607.

Dringend. Ich habe gestern abend den Inhalt Ihrer Telegramme dem Außenminister mitgeteilt und, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, ihm den Sachverhalt auf Grund der früheren Telegramme von Giers dargelegt. Heute hat mir der Minister folgende schriftliche Antwort gegeben: „Der Minister des Auswärtigen hat die Note des russischen Botschafters vom 29. Dezember mit der größten Aufmerksamkeit geprüft. Herr Doumergue versichert Herrn Iswolsky, daß die Regierung der Republik fest entschlossen ist, allen Schritten beizutreten, die die russische Regierung anläßlich der Mission des deutschen Generals Sanders in Konstantinopel unternommen hat. Es scheint der französischen Regierung, daß augenblicklich die Dinge so liegen: Es geht aus der oben angeführten Note hervor, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel sich augenblicklich in Berlin befindet, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den berechtigten Forderungen der russischen Regierung und der russischen öffentlichen Meinung nachzugeben. Andererseits geht aus einem Telegramm, das gestern abend vom französischen Botschafter in Petersburg erhalten worden ist, hervor, daß Herr Sasonow gewisse Erklärungen von der deutschen Regierung verlangt hat. Glaubt die russische Regierung nicht, daß es zweckmäßiger wäre, abzuwarten, bis auf Grund der auf diese Weise erhaltenen Erklärungen eine weitere Beurteilung der Lage möglich sein wird? Befürchtet sie nicht, daß eine sofortige Intervention der Ententemächte trotz ihres freundschaftlichen Charakters dem direkten Meinungsaustausche schaden könnte, der augenblicklich noch zwischen Petersburg und Berlin stattfindet? Die französische Regierung ist trotzdem bereit, schon jetzt zusammen mit der russischen Regierung die diplomatischen Schritte zu erwägen, zu denen die Ententemächte eventuell sich entschließen müßten, um in Berlin oder in Konstantinopel mit ihrer Ansicht durchzudringen. Infolgedessen bittet der Außenminister den russischen Botschafter, ihm mitzuteilen, welches

die Ansicht der russischen Regierung über die in Frage kommende Intervention ist, worauf sich die Reklamationen der drei Mächte beziehen sollen, endlich welche Entschlüsse Rußland der französischen und englischen Regierung vorschlagen zu müssen glaube, falls ihre gemeinsame Aktion in Berlin und Konstantinopel nicht die versöhnliche Lösung gefunden haben sollte, die sie herbeizuführen wünschen."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Dezember 1913. — Nr. 608.

Dringend. Fortsetzung meines Telegramms Nr. 607. Doumergue hat seine Antwort gegeben, nachdem er die Lage mit den beiden sich gerade in Paris befindlichen Brüdern Cambon besprochen und ein Telegramm des französischen Geschäftsträgers in London über seine Unterredung mit Crowe erhalten hatte. Aus den persönlichen Gesprächen mit Doumergue konnte ich schließen, daß man hier befürchtet, daß eine Anfrage von seiten der drei Ententemächte in Berlin, selbst wenn sie in ganz freundschaftlicher Form erfolgt, die Lage noch weiter verschärfen würde, und daß ganz besonders die Beteiligung Frankreichs an einem solchen Schritte die Eigenliebe Deutschlands verletzen könnte. In Anbetracht des Telegramms von Delcassé, unser Botschafter in Berlin sei beauftragt worden, die Verhandlungen mit Jagow wiederaufzunehmen, glaubt man sowohl hier als auch in London, daß man das Resultat dieses Meinungsaustausches und des Berichtes Wangenheims nach seiner Ankunft in Berlin abwarten sollte. Doumergue betont ganz besonders die Notwendigkeit, daß Petersburg, Paris und London sich über alle möglichen Folgen verständigen und die Maßnahmen beraten, zu denen man greifen müsse, wenn die Schritte in Berlin und Konstantinopel zu keinem Ergebnis führen sollten.

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 17./30. Dezember 1913. — Nr. 308.

Heute besuchte mich der hier auf Urlaub angekommene Wangenheim, und wir besprachen in freundschaftlicher Unterhaltung die Möglichkeit, wie aus der gegenwärtigen schwierigen Lage hinsichtlich der Militärmission herauszukommen sei. Der

deutsche Botschafter, welchen ich friedliebend und nachgiebig fand, sagte mir, daß das Berliner Kabinett aufrichtig wünsche, mit uns zu einem annehmbaren Kompromiß zu kommen, und ein hierzu geeignetes Mittel suche. Er selbst, Wangenheim, sei immer bereit, in diesem Sinne in Konstantinopel zu arbeiten. Rußland müsse aber Deutschland seine Aufgabe erleichtern, indem es ihm kein Ultimatum stelle und nicht die Festsetzung irgendwelcher Fristen verlange. Nach Ansicht Wangenheims ist es ferner notwendig, die Frage bezüglich des Limanschen Kommandos nicht in Zusammenhang mit der Stellung des englischen Admirals zu bringen, da eine solche Behandlung der Sache, wie auch jeder Druck auf das Berliner Kabinett, eine für Rußland günstige Entscheidung der Frage nicht nur nicht erleichtern, sondern umgekehrt sehr erschweren würde, weil in diesem Falle die deutsche Presse einen zu großen Lärm erheben und verlangen würde, daß man überhaupt nicht nachgibt, und auf ihrer Seite ganz Deutschland stehen würde. Die Lage, die dann entstehen würde, verglich Wangenheim sogar mit der Kandidatur des Hohenzollern in den 70er Jahren. Hierauf entgegnete ich, daß das Berliner Kabinett dennoch etwas zur Beruhigung unserer öffentlichen Meinung tun müsse, womit er sich ganz einverstanden erklärte. Er versprach, eine Formel vorzuschlagen, um das von uns gewünschte Resultat zu erreichen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 18./31. Dezember 1913. — Nr. 837.

Ihr Telegramm 3489 erhalten. Grey hat durchaus nicht die Absicht, die Verhandlungen mit Berlin abzubrechen, und hat noch gestern Goschen beauftragt, auf der Notwendigkeit zu bestehen, „zu einem Einvernehmen zu gelangen, um ernstliche Verwicklungen zu vermeiden, da diese Frage hauptsächlich für Rußland ganz besondere Bedeutung besitze".

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 18./31. Dezember 1913. — Nr. 838.

Fortsetzung meines Telegramms 833. In einem an Crowe gerichteten Briefe bestätigt Grey den Inhalt meines obigen Telegramms.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914.

Nachdem das neue französische Ministerium mehrere Wochen die Regierung geführt hat, kann man mit ziemlicher Sicherheit folgern, daß das Kabinett Doumergue und Cailleaux, so schädlich es vom Standpunkte der innern Politik Frankreichs sein mag, keinen Vorwurf verdient, soweit unsere direkten Interessen in Frage kommen. In der Frage der kleinasiatischen Eisenbahnbauten ist uns das Kabinett weit entgegengekommen, wozu einiger Mut gehört, denn die Opposition hat es gerade in dieser Frage von Anfang an angegriffen. In der Frage der türkischen Schatzscheine ist die frühere Regierung schuld gewesen, da sie die Operation der Bank Perrier nicht rechtzeitig beachtet hat: die Presse beschuldigt in dieser Hinsicht die französische Botschaft in Konstantinopel. Man versichert mir jedoch, daß Bompard hierüber rechtzeitig berichtet hatte, daß aber dieser Bericht noch vor Ausbruch der Ministerkrise absichtlich durch den Ihnen seit der internationalen Finanzkommission bekannten Herrn Hou verlegt worden ist. Was Cailleaux anbelangt, so hat er in dieser Frage eine allerdings verspätete, aber hier immerhin ungewöhnliche Energie an den Tag gelegt.

In der wichtigsten Frage, die die deutschen Offiziere in Konstantinopel betrifft, kann ich mich ebenfalls bis jetzt über Doumergue nicht beklagen; er versichert uns augenscheinlich ganz aufrichtig seiner vollen Unterstützung. Immerhin sehe ich voraus, daß wir in dieser Frage nicht nur mit seiner Unerfahrenheit und diplomatischen Ungeschultheit rechnen müssen, sondern auch mit der Furcht des jetzigen Ministeriums vor Verwicklungen. In allen meinen Beziehungen mit Doumergue greife ich, um Mißverständnissen und Ungenauigkeiten vorzubeugen, zum Schriftwechsel; ich erhalte nie anders eine Antwort, als nachdem über dieselbe im Ministerrate beraten worden ist, und in der Mehrzahl der Fälle setzt man sich zuerst mit London in Verbindung. Dies alles hemmt die Verhandlungen. Außerdem gelangen auf diese Weise untergeordnete Stellen des Ministeriums zu ausschlaggebender Bedeutung, und zwar führen diese ihre eigene und uns oft feindliche Politik. Endlich kann

man von Persönlichkeiten wie Doumergue und Cailleaux noch weniger als von ihren Vorgängern die Wahrung des diplomatischen Geheimnisses erwarten.

Wie ich Ihnen telegraphiert habe, hat mich Doumergue nachdrücklich gefragt, welche Zwangsmaßregeln wir in Vorschlag zu bringen gedenken, wenn die Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel zu keinem Resultate führen. In Verbindung hiermit will ich Ihnen über ein interessantes Gespräch mit Paléologue berichten. Der augenblicklich in Paris anwesende Bompard hat ihm als seine persönliche Meinung gesagt, daß, wenn wir unser Ziel nicht auf friedlichem Wege erreichen, wir vom Sultan einen Ferman zur Durchfahrt eines Panzerschiffes unserer Schwarzmeer-Flotte durch die Meerengen verlangen, dasselbe in den Bosporus schicken und dann erklären sollten, daß unser Kriegsschiff nur zurückgezogen werden soll, nachdem der Kontrakt mit General Liman und seinen Offizieren abgeändert sein wird. Auf meine Frage, ob ich dieses nach Petersburg mitteilen könne, antwortete Paléologue, daß er nichts dagegen habe, daß es sich aber natürlich nur um eine persönliche Meinung Bompards handele und die Initiative eines solchen Schrittes nicht Frankreich zugeschrieben werden solle. Als ich bemerkte, daß der Sultan kaum einen derartigen Ferman bewilligen würde, sagte Paléologue, daß das russische Kriegsschiff auch ohne einen solchen in den Bosporus einfahren könne und daß die türkischen Batterien sich kaum entschließen würden, das Feuer zu eröffnen.

Ich will mich nicht darüber äußern, wie weit wir eine derartige Ansicht in Betracht ziehen können, aber es erscheint mir bedeutsam, daß man im hiesigen Ministerium des Auswärtigen die Möglichkeit einer solchen scharfen Wendung der Dinge zuläßt. Ich will auch hinzufügen, daß, wenn wir uns zu einem derartigen energischen Handeln entschließen würden, die öffentliche Meinung in Frankreich unsere Partei ergreifen würde, da sie für alles empfänglich ist, was die nationale Würde berührt, und die Unzulässigkeit des deutschen Einflusses in der Türkei lebhaft empfindet.

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914. — Nr. 311.

Ich sah Wangenheim zum zweiten Male und hatte mit ihm eine lange Unterredung. Er reist morgen auf zwei Wochen nach London. Mit Jagow werde ich kaum die Möglichkeit haben, meine Gespräche mit Wangenheim zu erörtern, da der Minister des Auswärtigen ohne die Befehle des Kaisers, die er nicht kennt und den er, wie er sagt, seit seiner Rückkehr aus dem Urlaube nicht gesehen hat, keine Entscheidungen trifft.

Wie der Kanzler, so sagte mir auch der Staatssekretär des Auswärtigen beim Neujahrsempfange, daß sie die Möglichkeit voraussehen, mit uns zu einem befriedigenden Abschluß zu gelangen. Jagow berührte sonst keine politischen Fragen. Ich verabredete mit ihm, morgen, vor der Abreise des Kuriers, zusammenzutreffen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 20. Dezember 1913/2. Januar 1914. — Nr. 3513.

Wir können nicht umhin, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf zu lenken, daß Frankreich der Türkei periodisch finanzielle Unterstützung zuteil werden läßt, entweder als Vorschüsse der Privatbanken oder als Darlehen, die ihr durch die Vermittlung des französischen Delegierten bewilligt werden. Augenblicklich läßt sich ein solches Vorgehen in keiner Weise damit rechtfertigen, daß die Türkei vor dem Bankerott gerettet werden muß, denn die Pforte hat soeben in England ein Panzerschiff gekauft, was bei der jetzigen politischen Lage nicht nur auf die Frage bezüglich der Inseln, sondern auch auf jene Zwangsmaßregeln zurückwirken könnte, die wir eventuell anwenden müssen, wenn die Verhandlungen in Berlin resultatlos verlaufen. Ich bitte Sie, eine günstige Gelegenheit zu benutzen, um die französischen Minister, ohne sie unnützerweise zu erregen, darauf hinzuweisen, daß man jetzt der Pforte keine finanzielle Beihilfe gewähren darf, um die Türken in ihrer Unnachgiebigkeit nicht noch weiter zu bestärken.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 22. Dezember 1913/4. Januar 1914. — Nr. 3541.

Ich nehme an, daß die Reise Wangenheims nach London in Verbindung mit der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel steht. Der deutsche Botschafter verfolgt wahrscheinlich das Ziel, England und Rußland in dieser Frage zu entzweien. Richten Sie hierauf die ernste Aufmerksamkeit Greys und setzen Sie ihm auseinander, wie schädlich derartige Bestrebungen der deutschen Diplomatie das Gleichgewicht in Europa beeinflussen können.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 840.

Nachdem Tyrell sich mit dem Vertreter Armstrongs, Vere, in Verbindung gesetzt hat, teilt er mir mit, daß der Dreadnought „Rio" nicht früher als im Spätherbst zur Ablieferung an die Türkei fertiggestellt sein wird. Er stellt entschieden in Abrede, daß die Türkei die Absicht habe, ein Panzerschiff von der chilenischen Regierung zu kaufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 841.

Ihr Telegramm Nr. 3541 erhalten. Crowe ist nichts über die Absicht Wangenheims bekannt, London zu besuchen. Ich habe ihm immerhin die Hoffnung ausgedrückt, daß, wenn seine Ankunft erfolgen sollte, der durch die Presse verbreitete Eindruck nicht noch weiter verstärkt werden würde, als ob zwischen Rußland, Frankreich und England nicht völliges Einvernehmen besteht. Crowe wird mit Grey hierüber sprechen, der morgen auf der Durchreise in London sein wird. Ein Besuch Wangenheims wäre seiner Ansicht nach eine Taktlosigkeit Lichnowsky gegenüber, und er glaubt nicht, daß er erfolgen wird. Auf alle Fälle würde er zu keinem Resultate führen, weder was die Beziehungen Englands zu Deutschland anbelangt, noch hinsichtlich einer möglichen Wirkung auf die öffentliche Meinung Europas.

Crowe hat mir den Inhalt eines von Goschen erhaltenen

Telegramms mitgeteilt, dem zufolge General Liman die Absicht habe, nach einiger Zeit auf das Kommando über das I. Armeekorps zu verzichten unter dem Vorwand, daß dieser Truppenteil seinem persönlichen hohen Range nicht entspricht. Er würde dann dieselbe Stelle einnehmen wie früher von der Goltz Pascha.

Goschen drückt die Hoffnung aus, daß wir uns jeden Druckes auf die empfindliche deutsche Regierung enthalten werden, bis man wird sehen können, zu welchen Resultaten die jetzigen Verhandlungen, die eine passende Formel finden sollen, geführt haben werden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 843.

Fortsetzung meines Telegramms 841. Gestern spät abends hat mir Crowe telephoniert, es habe sich herausgestellt, daß der englische Botschafter in Konstantinopel in diesen Tagen ganz privat an Tyrell telegraphiert habe, um ihn zu benachrichtigen, daß Wangenheim nach Irland fährt, um dort für sich Pferde zu kaufen, und daß er ihn bittet, ihm Empfehlungsbriefe an Personen zu geben, die Pferdekenner sind. Crowe fügt hinzu, daß die Reise rein privaten Charakter habe. Nicolson kommt Donnerstag zurück; ich werde mit ihm hierüber sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 617.

In einer langen Unterredung bezüglich der Mission Liman von Sanders hat mir der Präsident der Republik gesagt, Cambon habe nach seiner Rückkehr nach Berlin eine sehr freundschaftliche Aussprache mit Jagow gehabt, der ihm erklärte, er wünsche aufrichtig, den Zwischenfall beizulegen; wenn aber dieser Angelegenheit ein „europäischer Charakter" beigelegt wird, so wird Deutschland nicht imstande sein, Nachgiebigkeit zu zeigen. Ähnliches hat Jagow auch dem englischen Botschafter gesagt. Poincaré zieht hieraus den Schluß, daß jeder gemeinsame Schritt Rußlands, Frankreichs und Englands in Berlin auf starken Widerstand stoßen und die Lage bedeutend verschärfen wird;

wenn wir es trotzdem für nötig halten, einen derartigen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, so wird sich Frankreich uns natürlich anschließen, aber in diesem Falle muß man den weitern Gang der Ereignisse voraussehen und sich über die weiteren gemeinsamen Schritte einigen. Aus diesem Anlasse hat Poincaré auf das allerbestimmteste die Erklärung Doumergues, die in meinem Telegramm Nr. 607 enthalten ist, bestätigt, daß nämlich Frankreich fest entschlossen ist, in dieser Angelegenheit zusammen mit uns zu handeln. Aus den Worten Poincarés habe ich schließen können, daß die Ausdrücke der genannten Antwort von ihm selbst und seinen Ministern auf das sorgfältigste erwogen worden sind und daß trotz der aufrichtigen Friedensliebe Frankreichs in diesen Worten mit vollem Vorbedacht die ruhige Entschlossenheit ausgedrückt wird, sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit uns auferlegt. In Anbetracht dieser Tatsache berührt es hier ganz besonders unangenehm, daß einige unserer Zeitungen Frankreich der Passivität in der Frage der deutschen Militärmission beschuldigen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 25. Dezember 1913/7. Januar 1914. — Nr. 847.

Grey hat ein Telegramm von Buchanan erhalten, in dem über seine Unterredung mit Ihnen berichtet wird. Der Minister hat mit Vergnügen von Ihrem Entschlusse gehört, das Projekt eines formellen Schrittes der drei Ententemächte in Berlin um eine Woche aufzuschieben. Grey hat seine Abreise um einen Tag verschoben, um sich noch einmal mit Lichnowsky ernstlich aussprechen zu können und ihn auf die gefährlichen Folgen aufmerksam zu machen, welche eintreten müßten, wenn nicht bald eine Einigung erzielt wird. Im besonderen wird er darauf hinweisen, daß man möglichst bald die Basis eines derartigen Übereinkommens festlegen muß, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Da das Gerücht immer hartnäckiger auftritt, daß diese ganze Frage von Kaiser Wilhelm im Mai in Berlin besprochen worden sei, hat Grey den König gebeten, ihm mitzuteilen, ob dieses Gerücht begründet sei, woran er per-

sönlich zweifele, da Seine Majestät nie eine derartige Unterredung mit Kaiser Wilhelm erwähnt habe. Grey hofft, daß der deutsche Generalstab sich von der Notwendigkeit überzeugen wird, zu einem Übereinkommen mit Rußland zu kommen. Was einen finanziellen Druck auf die Türkei anbelangt, so zweifelt er, daß eine derartige Maßregel für Frankreich praktisch durchführbar wäre, da sie die große Masse der französischen Besitzer türkischer Werte schädigen würde.

Über die Reise Wangenheims nach Irland hat er nur von mir und Buchanan gehört und er glaubt sogar nicht, daß der Botschafter den Wunsch äußern wird, ihn zu sprechen. Lichnowsky war gleichfalls nichts über diese Reise bekannt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 26. Dezember 1913/8 Januar 1914. — Nr. 849.

Fortsetzung meines Telegramms 847. In meinem gestrigen Telegramme habe ich die Bemerkung Greys nicht angeführt, er sei aus dem Grunde früher bereit gewesen, sich zu dritt mit einer Anfrage an die Pforte zu wenden, weil er überzeugt war, daß Liman von Sanders in seiner Eigenschaft als Kommandeur der Garnison von Konstantinopel in seinen Händen auch die Verteidigung des Bosporus und der Dardanellen vereinigt; seiner Ansicht nach habe sich jedoch die ganze Lage verändert, als sich herausstellte, daß die Meerengen außerhalb der Kompetenz der deutschen Offiziere liegen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 30. Dezember 1913/12. Januar 1914. — Nr. 850.

Die Agenturtelegramme berichten, daß General Liman das Kommando über das I. Armeekorps verläßt und nur Inspektor der Armee und Direktor der Militärschulen bleibt. Der englische Botschafter telegraphiert dasselbe aus Konstantinopel. Ich ersehe aus den Worten Nicolsons, daß man hier hofft, wir werden uns mit diesem Zugeständnis zufrieden geben, welches für uns auf jeden Fall eine moralische Genugtuung bedeutet.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 30. Dezember 1913/13. Januar 1914. Nr. 3582.

Ich bitte Sie, uns mitzuteilen, ob wir Sie richtig verstehen, daß die Ernennung des deutschen Generals zum Inspektor der Armee im Grunde bedeutet, daß er oberster Instrukteur wird, und daß Ihnen dieses deshalb annehmbar erscheint, während seine Ernennung zum Inspektor des I. Militärbezirkes das Kommando über die Konstantinopler Truppen faktisch in seine Hände legen würde und Ihnen daher unannehmbar erscheint.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 3./16. Januar 1914.

Wie Ihnen aus meinen letzten Telegrammen bereits ersichtlich, steht die Frage der deutschen Militärmission vor ihrer Lösung, und wenn das von den Abendzeitungen erwähnte Gerücht richtig ist, daß General Sanders zum türkischen Feldmarschall und Generalinspektor der türkischen Armee ernannt worden ist, so ist sein Verzicht auf das Kommando des I. Armeekorps bereits eine vollzogene Tatsache. Jetzt handelt es sich darum, festzustellen, ob wir uns mit diesem Zugeständnis zufrieden geben wollen. Ich habe den Staatssekretär des Auswärtigen gefragt, ob die in Skutari stehende Division von einem türkischen General befehligt werden wird, und auf die Bemerkung Jagows, er habe sich mit dieser Einzelheit nicht beschäftigt, die außerdem eine neue Forderung von seiten Rußlands bedeuten würde, habe ich ihm entgegnet, daß ich ihn schon früher auf die Unmöglichkeit aufmerksam gemacht habe, das Kommando eines so bedeutenden Teiles des Armeekorps, wie es eine Division ist, einem deutschen Offizier zu überlassen, und daß ich wohl nicht fehlgehe, wenn ich sage, daß dies auch die Ansicht der russischen Regierung ist. Der Staatssekretär erwiderte mir mit einiger Lebhaftigkeit, daß, nachdem das Berliner Kabinett so deutlich gezeigt hat, daß es den Forderungen Rußlands entgegenkommen will, und hierbei alle sich ihm entgegenstellenden Schwierigkeiten beseitigt hat, er, Jagow, nicht imstande sei, noch etwas zu dem schon gemachten bedeutenden

Zugeständnis hinzuzufügen. Übrigens sei ihm über die Division in Skutari nichts bekannt.

Es ist möglich, daß mit der Ernennung eines türkischen Korpskommandanten auch die genannte Division von einem türkischen Offizier befehligt werden wird. Vielleicht jedoch will die deutsche Regierung uns in dieser Frage nicht gleich nachgeben, nachdem sie uns in der Frage des Korpskommandanten schon Genugtuung gegeben hat. Auf alle Fälle wird es uns kaum gelingen, hier in Berlin mehr zu erreichen, und wenn die russische Regierung trotzdem darauf bestehen sollte, den deutschen Divisionskommandeur zu entfernen, so wiederhole ich meine Ansicht, daß wir uns einstweilen mit der in Berlin gezeigten Nachgiebigkeit begnügen müßten und später versuchen könnten, unser Ziel in Konstantinopel selbst zu erreichen. Ich kann nicht umhin zu erklären, daß das Berliner Kabinett in der Tat alles ihm Mögliche getan hat, um unsere berechtigten Wünsche zu erfüllen, und daß ihm dies wegen der gegen die Regierung gerichteten Zeitungskampagne nicht leicht gewesen ist. Die Ernennung General Sanders' zum General der Kavallerie ist, wie mir der Staatssekretär sagte, ein ganz ungewöhnliches Ereignis, da er vor Ablauf eines Jahres keinerlei Ansprüche auf eine Rangerhöhung hatte. Jagow bat mich, Ihnen dies streng vertraulich mitzuteilen, da er nicht wünscht, daß seine Erklärungen in die Presse gelangen.

Man muß jedoch nicht aus dem Auge verlieren, daß der Verzicht General Limans auf das Kommando des I. Armeekorps nur ein formelles Zugeständnis ist. Der General behält seinen entscheidenden Einfluß auf die militärischen Fragen der Türkei bei. Doch dies war von Anfang an klar, denn meiner Ansicht nach handelt es sich jetzt darum, daß zur Zeit von der Goltz Paschas niemand in der Türkei ernstliche militärische Reformen wünschte, während jetzt, nach den Mißerfolgen des letzten Krieges, alle die Notwendigkeit erkannt haben, die türkische Armee zu reorganisieren, um die Türkei in Zukunft vor weiteren Eroberungen und dem endgültigen Verfalle zu schützen. Ist dies aber die wirkliche Stimmung der Türkei, so wird es natürlich General Liman gelingen, was immer für eine Stellung er einnimmt, die ganze Militärgewalt in seinen Händen

zu vereinigen. Andererseits muß man, wie mir scheint, mit der Unbeständigkeit der Türken und ihrem angeborenen Haß den Europäern gegenüber rechnen. Alle türkischen Generale und Offiziere, die mit der bevorzugten Stellung der Deutschen unzufrieden sind — und ihre Zahl ist seit Enver Pascha bedeutend gewachsen —, werden sich kaum mit der neuen Lage der Dinge abfinden, und vielleicht in allernächster Zeit schon werden sich in der Türkei Ereignisse abspielen, die nicht nur die Stellung der deutschen Militärmission, sondern das Bestehen des türkischen Reiches aufs Spiel setzen werden.

Achtzehntes Kapitel.

Die Grundzüge der russischen Meerengen-Politik[1]).

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1911. — Nr. 245.

Ihren persönlichen Brief erhalten. Da Cambon den Auftrag erhalten hat, Grey in der Meerengenfrage zu sondieren, und in der Presse Gerüchte über die Verhandlungen in Konstantinopel bekanntgeworden sind, habe ich es für nötig gefunden, von der mir gegebenen Ermächtigung Gebrauch zu machen. Ich habe Grey erklärt, die russische Regierung halte den Augenblick für gekommen, mit der Pforte engere und freundschaftlichere Beziehungen herzustellen, und infolgedessen habe unser Botschafter in ganz persönlicher Weise Said Pascha folgende Eröffnung gemacht: Rußland verpflichtet sich, bei den Balkanstaaten energische Schritte zu unternehmen, um sie zu veranlassen, dauerhafte friedliche Beziehungen mit der Pforte zu unterhalten. Rußland schließt die Möglichkeit einer russischen Garantie für die Stadt Konstantinopel und das umliegende Gebiet nicht aus. Seinerseits würde dann der Sultan aus eigenem Ermessen den russischen Kriegsschiffen freie Durchfahrt durch die Meerengen gewähren. Ich habe diese Bedingung mit den baldigen bedeutenden Veränderungen im Mittelmeere begründet und erklärt, daß die Form, in die wir diese Abmachung kleiden, es unserer Ansicht nach nicht nötig machen würde, zu einer sofortigen Revision der Verträge zu schreiten. Hierzu habe ich Erwägungen über die Vorteile hinzugefügt, die sich

[1]) Siehe auch Kapitel VII, XI, XII und XIV.

in einem solchen Falle für die Mächte der Entente ergeben würden. Ich habe erklärt, daß die Ungewißheit über den Ausgang der Ministerkrisis in Konstantinopel Euere Exzellenz veranlaßt hätte, einstweilen nicht weiterzugehen. Ich habe hinzugefügt, daß die russische Regierung im Interesse der Verwirklichung unseres Planes und aus Erwägungen der allgemeinen Politik hoffe, auf die Unterstützung Frankreichs und Englands in Konstantinopel rechnen zu können.

Ich habe Grey gebeten, meine Mitteilung als streng vertraulich zu betrachten, mit Ausnahme Frankreich gegenüber. Die Möglichkeit irgendwelcher Kompensationen für England habe ich nicht erwähnt. Grey hat mir geantwortet, daß er in der Meerengenfrage bereit sei, die in seinem Memorandum vom 18. Oktober 1908 erwähnte Lösung in Konstantinopel zu unterstützen. Was die neue von uns vorgeschlagene Form anbelangt, so hat er seine Antwort vorbehalten, da er sie vom Standpunkte der Verträge aus prüfen und die ganze Frage der Verträge selbst dem Kabinett unterbreiten müsse. Er sagte mir, er sehe ein, wie wichtig diese Angelegenheit sei, und er müsse sie daher reiflich prüfen. Ich habe nur über diese Frage gesprochen. Grey wird O'Beirne telegraphieren.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1911.

Nach seiner Rückkehr aus Paris hat mir Cambon mit gewohnter Liebenswürdigkeit einen Bericht Bompards mitgeteilt, der Einzelheiten über den Beginn der Verhandlungen unseres Botschafters in Konstantinopel enthält. Er hat mir gleicherweise von einem Berichte des französischen Geschäftsträgers in Petersburg über eine Unterredung mit Eurer Exzellenz Kenntnis gegeben.

Er schien fast ebenso genau wie ich über die Lage der Dinge unterrichtet zu sein. Auch sagte er mir, er sei von dem französischen Außenminister beauftragt worden, die Ansicht der englischen Regierung über diese Frage einzuholen.

Da Grey erst heute zurückgekehrt ist, hat sich Cambon an Nicolson gewandt. Der Unterstaatssekretär hat als seine persönliche Ansicht geäußert, daß der Standpunkt des englischen

Kabinetts sich seit 1908 nicht geändert habe. Er bezweifelt jedoch, daß der Augenblick günstig gewählt sei, namentlich in Anbetracht des Umstandes, daß die Türkei sich in einem Kriege befindet und das Schicksal des türkischen Ministeriums noch nicht entschieden ist.

Da die Zeitungen Telegramme über Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei veröffentlichen, habe ich geglaubt, von der in Ihrem Briefe enthaltenen Ermächtigung Gebrauch machen zu können, um so mehr, als mir Cambon auf Grund des Berichtes des französischen Geschäftsträgers erklärt hat, ich würde Instruktionen erhalten, der Londoner Regierung diesbezügliche Mitteilungen zukommen zu lassen.

Ein längerer Verzug hätte hier überrascht und wäre um so unangebrachter gewesen, als die englische Regierung mit dieser Frage befaßt worden war. Ich glaube jedoch nicht, daß Cambon den Bericht Bompards Nicolson vorgelesen hat.

Sofort nach seiner Rückkehr hat Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen. Er hat mit mir zuerst über persische Fragen gesprochen, und ich habe Ihnen über diesen Teil unserer Unterredung soeben telegraphisch berichtet.

Sodann entschloß ich mich, die Frage der Meerengen anzuschneiden, um so mehr, als ich mich im Laufe unserer Unterhaltung über Persien deutlich davon hatte überzeugen können, wie hoch Sir Edward die Entente einschätzt und wie fest entschlossen er ist, sie zu erhalten und alles zu vermeiden, was ihrem Bestehen hinderlich sein könnte.

Ich habe es für angezeigt gehalten, fürs erste nur die rein politischen Seiten dieser Frage zu berühren und die ökonomischen Fragen einstweilen beiseite zu lassen, da sie die Interessen Englands weniger direkt berühren.

Ich erklärte Sir Edward, ich wäre zu einer vertraulichen Mitteilung ermächtigt worden, ganz ebenso wie unser Botschafter in Paris der französischen Regierung gegenüber. Er werde wahrscheinlich nicht erstaunt sein zu hören, daß die russische Regierung den Augenblick für gekommen hält, zwischen Rußland und der Türkei bessere Beziehungen als bisher herzustellen, daß die allgemeine Lage dies nötig mache und daß übrigens, wenn eine solche Annäherung stattfände, die ersten Mächte,

die hieraus in Konstantinopel Nutzen ziehen würden, England und Frankreich seien. Die russische Regierung sei entschlossen, nur mit der größten Zurückhaltung vorzugehen; Euere Exzellenz sei nicht ganz überzeugt, daß der jetzige Augenblick hierfür geeignet sei, weshalb unser Botschafter einstweilen nur beauftragt worden wäre, Said Pascha in einer ganz persönlichen Weise mit unserem Vorschlage zu befassen.

Ich teilte Sir Edward mit, daß unser Botschafter diesen Auftrag ausgeführt habe, und daß die hauptsächlichsten Bestimmungen des Übereinkommens, bezüglich dessen Tcharykoff die türkische Regierung sondiert hätte, folgende seien:

Energische Schritte Rußlands bei den Balkanstaaten, um auf der Grundlage des jetzigen status quo einen dauernden Friedenszustand zwischen diesen Staaten und der Türkei zu schaffen.

Rußland würde vielleicht so weit gehen, der Türkei die Stadt Konstantinopel und das umliegende Gebiet zu garantieren.

Dafür erwarte Rußland, daß der Sultan aus eigener Autorität ein für allemal die freie Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch den Bosporus gestattet, ohne daß letztere die Möglichkeit haben, sich im Bosporus aufzuhalten. Ich erklärte Sir Edward, daß wir diese Form gewählt hätten, weil eine jede andere eine langwierige Revision der Traktate und die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten nach sich gezogen hätte. Auch fügte ich hinzu, daß wir auf die Zustimmung Englands und seiner Unterstützung in Konstantinopel rechnen zu können hofften; soviel ich wisse, habe die französische Regierung ein ähnliches Ansuchen günstig aufgenommen und uns der vollen Sympathie Frankreichs mit dem russischen Plane versichert.

Sir Edward hat mich mit sichtlichem Interesse angehört. Er erwiderte sofort, daß er bereit sei, das Projekt, so wie es in dem am 18. Oktober 1908 Iswolsky übergebenen Memorandum dargelegt ist, in Konstantinopel zu unterstützen. Dieses Projekt ist seinerzeit vom englischen Kabinett gebilligt worden und er habe infolgedessen die Möglichkeit, sofort zu handeln.

Ohne direkt die Form dieses Memorandums auszuschließen, bemerkte ich Sir Edward, daß das Projekt, von dem ich ihm jetzt spreche, ein anderes sei. Er antwortete, daß er bereit sei, im Sinne des Memorandums zu handeln, daß er mir aber keine

sofortige Antwort auf ein Projekt geben könne, welches vom Standpunkte der bestehenden Traktate aus geprüft und der Billigung des Kabinetts unterbreitet werden müsse.

Sir Edward fügte hinzu, daß die Absicht einer Annäherung an die Türkei an und für sich äußerst wichtig sei und vom Kabinett reiflich erwogen werden müsse. Ich habe ihm für seine Mitteilung gedankt und hinzugefügt, daß ich durchaus nicht die Absicht habe, auf einer schnellen Erledigung dieser Frage zu bestehen; ich sei vor allem beauftragt worden, in Erfahrung zu bringen, welches der heutige Standpunkt der englischen Regierung in der Meerengenfrage sei.

Die einzige persönliche Bemerkung Sir Edwards ging dahin, daß es der englischen Regierung nicht leicht sein werde, der Türkei einen Teil ihres Territoriums zu garantieren.

Ich glaube nicht, daß Sir Edward in irgendeiner Weise für diese Unterhaltung vorbereitet worden war. Er war soeben erst angekommen und hatte vor mir schon verschiedene andere Diplomaten empfangen. Aus seinen Worten kann man den Schluß ziehen, daß, wenn England im Jahre 1908 im Prinzip eine Modifikation der Lage der Meerengen, so wie sie sich aus den Traktaten ergibt, zuließ, aber den Augenblick für ungeeignet hielt, das Londoner Kabinett heute die Einwendungen nicht mehr erhebt, daß unser Vorhaben nicht zeitgemäß sei. Es erklärt sich bereit, im Sinne der damals festgelegten Formel zu handeln, wünscht aber, daß die neue, von der russischen Regierung vorgeschlagene Formel geprüft werde.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1911. — Nr. 655.

Vertraulich. Ich danke Ihnen für die Hinweise, die ich bei meinen weiteren Verhandlungen mit Said Pascha berücksichtigen werde, und werde Ihnen dann ein möglichst vollständiges Tatsachenmaterial mitteilen. Auch bin ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie Grey von unsern Verhandlungen Kenntnis gegeben haben, wovon ich heute durch den englischen Botschafter unterrichtet worden bin. Dieser hat hinzugefügt, daß Grey seine Erklärungen des Jahres 1908 bestätigt hat. Infolgedessen habe ich Lowther in demselben Maße wie Bompard informiert, wo-

bei ich den vertraulichen und privaten Charakter meiner Gespräche mit dem Großwesir betont habe, wodurch der russischen Regierung die volle Freiheit gewährleistet wird, das Programm und den Inhalt eventueller offizieller Verhandlungen später zu bestimmen, ebenso wie den Wortlaut der Vereinbarungen, über die dann beraten werden wird. Augenblicklich ist zwischen den hiesigen Vertretern der drei Ententemächte ein völliges freundschaftliches Einvernehmen hergestellt worden. Lowther hat mir anvertraut, daß bis jetzt von seiten der türkischen Regierung keine Schritte im Sinne einer Annäherung an England unternommen worden sind. Es stellt sich jedoch heraus, daß zum Ausgangspunkte eines derartigen Einvernehmens ein Abkommen zwischen England und der Türkei unter Beitritt Frankreichs und Rußlands dienen könnte, welches für den östlichen Teil des Mittelmeeres eine ähnliche Lage schaffen würde, wie das Abkommen zwischen England, Frankreich und Spanien hinsichtlich des westlichen Teiles. Die lokale Presse bespricht die Möglichkeit einer Annäherung an England und durch letzteres an Rußland. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß Said Pascha jetzt mit Deutschland unterhandelt.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Oktober 1911. — Nr. 1589.

Ihr Telegramm 245 erhalten. Persönlich. Von der ersten Erklärung Greys sind wir im allgemeinen angenehm berührt, doch bitte ich Sie, mir über die Tragweite der von ihm gemachten Einschränkungen Mitteilung zu machen. Was versteht er unter der von uns vorgeschlagenen „neuen" Formel und um welche „Traktate" im besonderen handelt es sich?

Auszug aus einem sehr vertraulichen Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 12./25. Oktober 1911.

. . . . . .

Ich fragte Nicolson, was er über meine Unterredung mit Grey hinsichtlich des Bosporus und der Türkei denke. Er antwortete, es sei sehr interessant, wichtig und an und für sich sehr

gut. Er sagte mir, Grey habe an Lowther telegraphiert, sich mit Tscharykoff zu verständigen, damit die drei Botschafter sich ins Einvernehmen setzen. Nicolson fragte mich, ob in dem von Tscharykoff an Said Pascha gerichteten persönlichen Briefe ein vollständiges Projekt enthalten wäre. Ich sagte, ich wüßte dies nicht genau, und fügte hinzu, daß ich der Klarheit halber in meiner Unterredung mit Grey die weniger wichtigen ökonomischen Fragen nicht erwähnt hätte; ich hielte es jedoch für gut, ihn zu benachrichtigen, daß die 4prozentige Zollerhöhung, über die mit England und Frankreich ein Einvernehmen besteht, nicht den Gegenstand von Verhandlungen bilde. Nicolson war ebenso wie Cambon für diese Mitteilung sehr dankbar, denn der Brief Bompards enthält einen in dieser Hinsicht wenig klaren Satz. Sodann fragte mich Sir Arthur, wie ich mir eine derartige Verhandlung vorstelle, da es sich um eine territoriale Garantie handele, während die Türkei einen Krieg führt; wenn die Verhandlungen zu einem Resultate führen, wann würde das Übereinkommen in Kraft treten? Dies sei vom italienischen Standpunkte aus wichtig und könne zwischen uns und Italien Schwierigkeiten schaffen. Ich antwortete, ihm keinen genauen Bescheid geben zu können, doch sei ich überzeugt, daß unsere augenblicklichen Beziehungen zu Italien jede Möglichkeit irgendwelcher Feindseligkeiten gegen dieses Land ausschlössen.

Nicolson ist nicht überzeugt, daß der jetzige Augenblick gut gewählt sei, und er fürchtet, daß die Türkei unsere Verhandlungen gegen Italien ausspielen wird. Übrigens bestand er nicht auf dieser Ansicht, und ich erwähne sie nur, weil diese Erwägung Berücksichtigung verdient. Dies gilt auch von einer anderen Frage, die nicht Nicolson, aber Cambon erwähnte — die Kapitulationen. Er glaubt nicht, daß Frankreich und England heute ihre Zustimmung zur Abschaffung der Kapitulationen geben könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 13./26. Oktober 1911. — Nr. 250.

Ihr Telegramm Nr. 1589 erhalten. Ich habe den Ausdruck „neue Formel" gebraucht, um die freie Durchfahrt unserer

Schiffe durch die Meerengen zu bezeichnen, so wie sie jetzt von Ihnen beschrieben wird. Grey hat sich bereit erklärt, wenn wir es wünschen sollten, die Durchfahrt, so wie sie in seinem Memorandum beschrieben wird, zu unterstützen. Da unser jetziger Vorschlag von seinem Memorandum abweicht, so bittet er um Zeit, diese Frage vom Standpunkte der Traktate, durch welche die jetzige Lage der Meerengen bestimmt wird, zu prüfen. In diesem Sinne habe ich von „Traktaten" gesprochen.

Privatbrief des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1911. — Nr. 692.

Sowohl aus Ihren als auch aus Iswolskys Berichten ersehen wir mit Befriedigung, daß unsere Absichten in der Meerengenfrage in London und Paris eine günstige Aufnahme gefunden haben; der englische Botschafter in Konstantinopel hat sogar schon die Instruktion erhalten, die Schritte Tcharykoffs zu unterstützen.

Es ist jedoch möglich, daß sich diese Verhandlungen aus örtlichen Gründen hinziehen oder hinausgeschoben werden müssen. Es erscheint uns nun wünschenswert, die jetzige politische Lage zu benutzen, um die französische und englische Regierung zu veranlassen, uns in ganz konkreter und zwar schriftlicher Form ihren Standpunkt in der Meerengenfrage darzulegen und dies ausschließlich uns gegenüber, unabhängig von den Vereinbarungen, die wir eventuell mit der Türkei treffen werden.

Bezüglich Englands wäre noch speziell zu bemerken: Aus Ihren Berichten glauben wir schließen zu dürfen, daß Grey seine Einwilligung von einer „vorhergehenden" Einigung mit der Türkei abhängig machen will. Uns erscheint eine derartige Bedingung nicht recht verständlich, denn ohne daß sie England eine „neue" Garantie bei einem für England vielleicht unbequemen Abkommen bietet, bedeutet sie für die Türkei einen Stützpunkt für etwaige Einwendungen. Wir wollen ja die Meerengenfrage nicht unbedingt „augenblicklich" lösen, sondern die „Bedingungen" feststellen, unter denen diese Frage gelöst werden kann.

Wir hoffen also, daß England im Rahmen dieser Ein-

schränkungen uns seinen Standpunkt in ganz bestimmter schriftlicher Form wird darlegen können; und wenn Sie glauben, daß dies ein Fortschritt gegenüber dem Memorandum des Jahres 1908 sein würde, so bitten wir Sie, mit den englischen Ministern Rücksprache zu nehmen.

Auszug aus einem Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. Oktober/ 8. November 1911.

Ich habe Ihnen telegraphisch über die Eröffnungen Tewfik Paschas berichtet, die er in diesen Tagen im Auftrage seiner Regierung Grey gemacht hat. Sie stellen einen Vorschlag einer Annäherung zwischen der Türkei, England, Rußland und Frankreich dar, unter der Bedingung jedoch, daß diese drei Mächte die Türkei bei den Friedensverhandlungen mit Italien unterstützen. Die Antwort Greys ist dem Gedanken einer Annäherung an und für sich günstig (Grey sagt mir, er habe diesen Gedanken in Anbetracht der von uns in Konstantinopel geführten Verhandlungen ausgedrückt), schließt jedoch das Versprechen einer direkten Unterstützung des türkischen Standpunktes dem römischen Kabinett gegenüber aus.

Ich sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die Türkei, vielleicht in ihren Hoffnungen auf Deutschland und Österreich enttäuscht, ernstlich an eine Annäherung an die Ententemächte denkt. Sie nennt aber gleich ihren Preis. In dieser Hinsicht muß man annehmen, daß der Schritt der Pforte in London durch die Eröffnungen Tscharykoffs in Konstantinopel hervorgerufen worden ist.

Seitdem hat der italienische Botschafter Grey das italienische Annexionsdekret mitgeteilt.

. . . . . .

Die von der Türkei gestellte Bedingung, die bereits vor dem italienischen Dekret unannehmbar war, ist es jetzt in noch größerem Maße geworden. Die Bedingung wird allerdings England gestellt, richtet sich aber wahrscheinlich hauptsächlich an Rußland, und durch diesen Umstand scheinen unsere Verhandlungen in Konstantinopel einstweilen vertagt werden zu sollen.

Die Instruktionen, die Sie mir in Ihrem Briefe Nr. 692 haben zukommen lassen, sind daher um so zeitgemäßer.

Die Unterbrechung unserer Verhandlungen in Konstantinopel gibt mir Gelegenheit, die Meerengenfrage Ihren Instruktionen gemäß in einer andern Form wieder aufzuwerfen, d. h. unabhängig von unseren Verhandlungen in Konstantinopel.

Ich werde mich bemühen, ein Resultat zu erreichen, welches dem Memorandum des Jahres 1908 gegenüber einen Fortschritt bedeutet — obwohl es immer schwierig ist, die englische Regierung zu prinzipiellen Verpflichtungen zu bewegen, die sich auf zukünftige Eventualitäten beziehen.

Ich will aus diesem Anlasse auf einen Gedanken Ihres Briefes 692 zurückkommen. Es ist mir nicht erinnerlich, daß Grey die Bedingung einer vorhergehenden Einwilligung der Pforte gestellt hat. Wie Sie ganz richtig bemerken, wird eine derartige Einwilligung natürlich notwendig werden. Aber soviel ich weiß, ist zwischen Grey und mir hiervon nicht die Rede gewesen. Dies Mißverständnis hat vielleicht dadurch entstehen können, daß ich bis jetzt mit Grey über die abstrakte Frage der Meerengen nicht gesprochen habe. Ich habe dem Minister die Verhandlungen zwischen Tcharykoff und Said Pascha in allgemeinen Umrissen geschildert und hierbei die Frage der freien Durchfahrt unserer Schiffe durch die Meerengen als eine der Bedingungen erwähnt, von denen wir ein Übereinkommen mit der Pforte abhängig machen — eine Bedingung, die ich ganz besonders betont habe und die zu der Frage meinerseits geführt hat, ob die englische Regierung bereit sei, diese Bedingung in Konstantinopel zu unterstützen.

So wie ich die Frage gestellt hatte, handelte es sich um eine Aktion in Konstantinopel, natürlich nachdem England uns das Prinzip zugestanden hatte, aber nicht um eine neue prinzipielle Verpflichtung Englands uns gegenüber.

In diesem neuen Sinne werde ich die Unterredung mit Grey wieder aufnehmen.

Privatbrief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. Oktober/ 8. November 1911.

Seitdem Ihr Brief 692 geschrieben worden ist, haben die Ereignisse Ihre Voraussage über die Verhandlungen in Konstantinopel bestätigt. Ich will Ihnen nicht verheimlichen, daß dies eine Schwierigkeit für eine schnelle Lösung der Meerengenfrage bedeutet. Ich will einen Versuch machen, bin aber nicht sicher, daß ich Erfolg haben werde. Aber selbst dann bedeutet dies keineswegs, daß die Stimmung in England erkaltet. Seit zwei Jahren ist hier ein Fortschritt zu verzeichnen. Solange unsere Beziehungen bleiben, wie sie jetzt sind, wird sich die öffentliche Meinung nicht über etwas aufregen, was eigentlich schon der historischen Vergangenheit angehört. Den Beweis finden Sie in der Antwort Greys. Im Jahre 1908 sagte Grey: „Dies muß und wird eines Tages geschehen, heute ist es zu früh." Er sagt heute nicht mehr, es sei zu früh. Er sagt: Ich bin bereit, zu handeln. Man kann aber nur handeln, wenn die Umstände günstig sind. Er hofft, dies würde der Fall sein. Jetzt ist diese Frage aber aufgeschoben. Es wird schwer sein, ihn von diesem Standpunkte abzubringen — er wird weder die Nützlichkeit noch die praktische Notwendigkeit einsehen. Es ist dies eine Frage einer gewissen traditionellen Methode, die in allem zum Ausdruck kommt.

Es gibt immerhin ein Mittel, um die Frage aufzuwerfen, und ich will es versuchen; man muß aber Einwendungen gegen unsere jetzige Formel voraussehen. Ich glaube, die Einwendungen werden sich in folgender Weise äußern, und zwar weniger von seiten Englands, als von seiten Europas überhaupt. Unser Ziel ist die freie Durchfahrt in beiden Richtungen. In dieser Beziehung erblicke ich kein ernstliches Hindernis. Aber das Schwarze Meer im Kriegsfalle in einen großen Zufluchtshafen für die russische Flotte verwandeln, ist eine andere Frage; in dieser Beziehung würden Schwierigkeiten entstehen.

Wie Sie, so erblicke auch ich häufig Anzeichen, daß die englische Regierung unsere Entente befestigen, ja sie sogar ausdehnen will. Man fühlt, daß in allen europäischen Tagesfragen, besonders im nahen Osten, unsere Ansichten vollkommen über-

einstimmen. Aber wie soll man diese Gemeinsamkeit unserer Aktion noch weiter ausdehnen? Vielmehr, in welche Form soll man sie kleiden? Ich gebe mir hierüber noch nicht ganz Rechenschaft.

Ich höre, daß in meiner Umgebung manchmal von dem Gedanken eines defensiven Bündnisses gesprochen wird. Dies ist eine zu schwerwiegende Frage, als daß ich mich an sie heranwage. Für den Augenblick schließe ich sie aus. Ich glaube, daß Buchanan hieran denkt. Bleibt also ein mehr allgemeines Übereinkommen, welches Konstantinopel, den Balkan, vielleicht Kleinasien betreffen könnte. Es würde sich darum handeln, England zur Annahme unseres Standpunktes zu bewegen, was ich für möglich halte; wir unsererseits würden ihm Ägypten usw. zugestehen.

Aber ein neues Abkommen dieser Art müßte notwendigerweise auch den fernen Osten einbeziehen. Diese Schwierigkeit ist meiner Ansicht nach, wenn nicht unüberwindlich, so doch viel größer. England ist mit Kolonien gesättigt, es will keine Neuerwerbungen; folglich will es keine Teilung und folglich hat es sich das Prinzip der territorialen Integrität zu eigen gemacht. Dies bezieht sich auf China, auf Persien, auf alle Punkte, wo wir uns in Berührung befinden; außerdem liegt England daran, nicht gegen Amerika vorzugehen. Ich will nicht mehr in einem in letzter Stunde improvisierten Briefe sagen.

In Wirklichkeit hat die englisch-russische Konvention unerwartete Resultate gezeitigt. Da unser Übereinkommen Persien zur Grundlage hatte, hat man lange geglaubt, daß, wenn in Persien nicht alles klappt, die Entente verschwinden würde. In Wirklichkeit stellt sich heraus, daß unser Einvernehmen sich immer mehr befestigt — trotz der Schwierigkeiten, die in Persien entstehen. Ich glaube aber, daß man die Folgerungen aus dieser Beobachtung, die ich an und für sich für richtig halte, nicht zu weit treiben darf. Ein ernstes Zerwürfnis in Persien müßte für die Entente verhängnisvoll werden. Die einzige Gefahr jedoch, die ein solches Zerwürfnis herbeiführen könnte, ist diejenige, welche keine andere Lösung als eine Aufteilung Persiens zuläßt. Dies müssen wir im Auge behalten, jedesmal wenn es sich um Besetzung persischen Territoriums handelt. Der-

artige militärische Besetzungen führen direkt zu diesem Ziel; alles andere hat nur nebensächliche Bedeutung. Der Zwischenfall Stokes ist eine Lehre gewesen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. November 1911. — Nr. 1862.

Zu Ihrer persönlichen Information. Unser Botschafter in Berlin telegraphiert am 10./23. November: Das Berliner Kabinett widersetzt sich in keiner Weise unserm Übereinkommen mit der Türkei hinsichtlich der Öffnung der Meerengen. Was die Initiative Kiderlens anbelangt, unsern Standpunkt in Wien zu vertreten, so hat der Staatssekretär den Eindruck gewonnen, daß man in Wien Einzelheiten über unser in Aussicht genommenes Abkommen mit der Türkei kennen möchte. Man scheint in Wien sogar anzunehmen, daß das Übereinkommen bereits mit der Pforte unterzeichnet worden ist, was ich in Abrede gestellt habe.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 13./26. November 1912. — Nr. 394.

Poincaré hat mir ein sehr unklares Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg über die Dardanellenfrage vorgelesen. Georges Louis berichtet, Sie hätten in letzter Zeit Ihren Standpunkt verändert und seien jetzt mit dem ursprünglichen Prinzip „der Neutralisierung der Meerengen" nicht mehr einverstanden. Ich sagte Poincaré, daß, soviel mir bekannt, von „einer Neutralisierung der Meerengen" nie die Rede gewesen sei und daß die von uns im Jahre 1908 vorgeschlagene Lösung einen ganz andern Charakter hatte. Poincaré erklärte mir, daß, wenn wir beabsichtigen diese Frage aufzuwerfen, Frankreich uns hierbei natürlich aufs energischste unterstützen wird, doch muß es uns bitten, ihm unsere Pläne und Absichten rechtzeitig mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 17./30. November 1912. — Nr. 2764.

Der französische Botschafter hat mich, augenscheinlich im Auftrage Poincarés, gefragt, ob wir nicht beabsichtigen, auch die Meerengenfrage den in Aussicht genommenen Pariser Vorberatungen[1]) zu unterbreiten. Ich habe geantwortet, daß wir dieser Frage nicht vorgreifen wollen, und uns vorbehalten, diesen Gegenstand wenn nötig zur Erörterung zu bringen, um so mehr, als wir die Möglichkeit haben, von einer genauen Aufzählung aller Fragen, mit denen sich die Vorberatungen befassen werden, abzusehen. Unsere Erwägungen betreffend die Meerengen sind in einem an Sie adressierten Briefe enthalten, den Sie mit dem nächsten Kurier erhalten werden.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris vom 15./28. November 1912. — Nr. 787.

In Ihrem Briefe vom 7./20. November haben Sie die Frage berührt, ob es nicht zeitgemäß wäre, uns mit Frankreich über diejenigen Veränderungen auseinanderzusetzen, welche wir in das rechtliche und tatsächliche Regime der Meerengen im Zusammenhang mit der jetzigen Krise auf dem Balkan eingeführt zu sehen wünschen. Gleichzeitig hat der französische Botschafter bei uns angefragt, wie wir uns zu irgendwelchen Forderungen von seiten Bulgariens in dieser Frage stellen würden. Infolgedessen halte ich es für meine Pflicht, Sie vor allen Dingen mit jenen Erwägungen bekannt zu machen, von denen unser Ministerium in der letzten Zeit in dieser wichtigen Frage geleitet worden ist.

Vom ersten Anfange der Krise an haben wir nicht aus den Augen gelassen, daß der Krieg eine Veränderung des Regimes der Meerengen nach sich ziehen kann. Gleichzeitig fürchteten wir jedoch diese Frage anzuregen, ehe der Umfang der Erfolge der Balkanstaaten, die Wahrscheinlichkeit der Einnahme von

[1]) Gemeint ist die Londoner Botschafter-Konferenz.

Konstantinopel durch ihre Truppen und der Standpunkt der andern Großmächte bezüglich der Ereignisse auf dem Balkan klar in die Erscheinung getreten wären. Diese Erwägung hat uns eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem englischen Vorschlage auferlegt, die Frage einer eventuellen Internationalisierung Konstantinopels und neuer Garantien für das Regime der Meerengen zu beraten. Unserer Ansicht nach können die Grundinteressen Rußlands in den Meerengen nicht durch irgendwelche vertragliche Garantien und Klauseln geschützt werden, da diese immer umgangen werden könnten, sondern wir müssen stets bedenken, welche tatsächliche Gewalt wirklich imstande ist, ein gegebenes Regime der Meerengen vor irgendwelchen Verletzungen zu bewahren.

Selbstverständlich haben wir uns noch ablehnender gegenüber aus Wien ausgehenden Bestrebungen verhalten, einen gewissen Parallelismus unserer Interessen mit denen der Donaumonarchie herzustellen: Rußland sollte sich hinsichtlich des westlichen Teiles der Balkanhalbinsel uninteressiert erklären, während Österreich uns volle Handlungsfreiheit in Konstantinopel gewähren würde. Von der Annahme ausgehend, daß etwaige Veränderungen im Regime der Meerengen nur nach Beendigung des Krieges zutage treten können und daß andererseits wir uns auf Kompensationen nicht einlassen können, da dies den Interessen der Balkanstaaten schaden würde, haben wir bis jetzt eine abwartende Haltung beobachtet, ohne jedoch den günstigen Zeitpunkt versäumen zu wollen, um unsere Wünsche genau zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl die weitere Entwicklung des Krieges noch nicht vorausgesehen werden kann, so läßt sich doch annehmen, daß das Vordringen der Alliierten augenblicklich bereits seinen Höhepunkt erreicht hat und die Wahrscheinlichkeit der Einnahme Konstantinopels nur noch sehr gering ist. Infolgedessen bleibt unsere ursprüngliche Annahme bestehen, daß Konstantinopel und ein genügend großes Gebiet auf dem europäischen Festlande zum Besitz der Türkei gehören werden. Man kann annehmen, daß, selbst nach einem siegreichen Kriege, Bulgarien ziemlich lange Zeit brauchen wird, um sich von seinen Verlusten zu erholen und sich in den eroberten Gebieten endgültig festzu-

setzen. Nicht weniger schwierige Aufgaben erwarten die geschwächte und besiegte Türkei.

Rußland, welches sich am Kriege nicht beteiligt hat, besitzt nun die Möglichkeit, einerseits seinen Einfluß unter den Balkanstaaten, zu denen wenn möglich auch Rumänien gerechnet werden muß, zu erweitern, und andererseits seine Stellung in der Türkei zu befestigen, welche mehr denn je auf gute Beziehungen zu Rußland bedacht sein muß.

Alles dies veranlaßt uns, augenblicklich mit ganz besonderer Vorsicht an diejenigen Vorschläge heranzutreten, welche uns von andern Staaten in der Meerengenfrage gemacht werden könnten. Wir müssen uns davor hüten, der Errichtung irgendwelcher einengender Garantien zuzustimmen, welche in Zukunft ein Hindernis bilden könnten, die Frage der Meerengen endgültig unsern Interessen gemäß zu lösen. Andererseits können wir den günstigen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne einige weniger radikale, aber immerhin bedeutsame Modifikationen durchzuführen. Am praktischsten scheint es uns, die Meerengenfrage wie im Jahre 1908 zu behandeln, d. h. die Uferstaaten des Schwarzen Meeres in Friedenszeiten unter gewissen Bedingungen, welche die Sicherheit Konstantinopels garantieren, zu ermächtigen, ihre Kriegsschiffe ein- und auslaufen zu lassen.

Natürlich kann augenblicklich nicht die Rede davon sein, zwischen Rußland und der Türkei ein einseitiges Übereinkommen in dieser Frage zu treffen; ein derartiges Übereinkommen würde unsern Beziehungen zu den Balkanstaaten zuwiderlaufen. Es wäre wohl auch kaum notwendig, denn statt freundschaftlicher Versicherungen, welche seinerzeit wegen des Selbstbewußtseins der Türken erfolglos geblieben sind, haben wir jetzt viel wirksamere Mittel in unserer Hand, um auf die Türkei einzuwirken, namentlich augenblicklich, da ein Teil der türkischen Truppen von unserer Grenze nach dem Kriegsschauplatz übergeführt worden ist. Die größte Bedeutung müssen wir natürlich der Haltung der Großmächte beilegen, und wir können nur feststellen, daß in den letzten Jahren der Boden für eine uns günstige Lösung gut vorbereitet worden ist. Wie Ihnen bekannt, können unsere Wünsche für keine einzige europäische Regierung un-

erwartet sein, und eine jede von ihnen hat seinerzeit ihre bedingte Zustimmung ausgedrückt. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, uns Österreich gegenüber auf den Standpunkt eines Übereinkommens oder einer Kompensation zu stellen; wir haben aber von jeher nicht geleugnet, daß man die österreichischen Interessen ökonomischen und politischen Charakters auf dem Balkan in Berechnung ziehen muß. Wir haben infolgedessen dem Prinzip eines autonomen albanischen Uferstaates zugestimmt. In der Frage des Zuganges Serbiens zur Adria haben wir ebenfalls dem Belgrader Kabinett geraten, den Interessen seines Nachbarstaates Rechnung zu tragen. Wir halten uns deshalb für berechtigt, zu erwarten, daß das Wiener Kabinett sich zu unseren Interessen in der Meerengenfrage ähnlich stellen wird. Auf alle Fälle glauben wir, daß der Widerstand der österreichischen Diplomatie in dieser Frage wohl kaum ein ernstliches Hindernis zur Erfüllung unserer mehr als mäßigen Wünsche sein könnte.

Dies sind die allgemeinen Erwägungen, von denen wir uns in der Meerengenfrage leiten lassen. Indem ich sie Ihnen für den Fall einer Aussprache mit Poincaré mitteile, halte ich es für nötig, hinzuzufügen, daß wir es nicht für richtig halten, augenblicklich mit irgendwelchen unabhängigen Vorschlägen hervorzutreten, da, wie oben ausgeführt, der Kompensationsweg nicht in unserem Interesse liegt. Sollten sich jedoch die Verhältnisse ändern und diese Frage von selbst auf die Tagesordnung gestellt werden, so wäre es uns interessant, den Standpunkt der französischen Regierung kennenzulernen, damit wir Zeitpunkt und Mittel zur Erreichung unseres Ziels genau bestimmen können.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 20. November/2. Dezember 1912.

Ich habe mit dem größten Interesse von Ihrem Briefe an unseren Botschafter in Paris vom 15./28. November Nr. 787 Kenntnis genommen. Da dieses wichtige Schriftstück die Meerengenfrage erschöpfend behandelt, glaube ich keine weiteren Bemerkungen hinzufügen zu müssen. Euere Exzellenz kennt den jetzigen Standpunkt des Londoner Kabinetts. Ohne daß

ich diese Frage angeregt habe, hat Grey sich mit vollkommener Offenheit ausgesprochen. Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen des Jahres 1908 hat er mir gesagt, daß das Londoner Kabinett unserer Absicht, das Regime der Meerengen zu verändern, zwar zugestimmt, aber die Einschränkung gemacht hatte, daß er den Boden nicht für genügend vorbereitet und die Umstände nicht für günstig halte. Er hat hinzugefügt, daß sich die Umstände heute verändert hätten. Ebenso hat er angedeutet, daß diese Frage eine von denen sei, die Rußland anläßlich der Beendigung der Balkankrise zur Diskussion vorschlagen könnte. In beiden Fällen dachte Grey an unseren Plan, so wie er damals von Ihnen ausgearbeitet worden war. Sie werden sich erinnern, daß dieser Plan in dem Memorandum enthalten ist, das uns Grey zu jener Zeit übergeben hatte. Diese Verhandlungen setzten damals übrigens ein vorheriges Einvernehmen mit der Türkei voraus. Ich glaube nicht, daß sich diese Voraussetzung verändert hat. In der Tat, wenn das türkische Reich aus der jetzigen Krise so geschwächt hervorgehen wird, wie sich heute voraussehen läßt, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß es in den Augen Englands alle Bedeutung verloren hat.

Von der Berührung mit seinen christlichen Untertanen befreit — der beständigen Ursache aller Unruhen, Schwierigkeiten und Gefahren —, ist die Türkei jetzt ein ausschließlich mohammedanisches und asiatisches Reich geworden und stellt eine für England äußerst wichtige Macht dar.

Wie dem auch sei, wenn die Meerengenfrage, der natürlichen Entwicklung der Ereignisse folgend, auf die Tagesordnung gestellt wird, so können wir auf die Unterstützung Englands zählen. Wir sind hierzu sogar von seiten Englands ermutigt worden, denn, wie gesagt, ich habe diese Frage weder mit Grey noch mit Nicolson aus eigenem Antriebe besprochen. Aber natürlich urteilt der englische Minister von seinem und nicht von unserem Standpunkte.

Was letzteren anbelangt, so teile ich ganz Ihre Ansicht, die in Ihrem Briefe an Iswolsky zum Ausdruck gekommen ist. Es ist natürlich unmöglich vorauszusehen, wie die Balkankrise enden wird, aber ich bin immerhin schon heute überzeugt, daß in einem Augenblicke, wo alle Mächte an der Erhaltung des all-

gemeinen Gleichgewichtes arbeiten und, abgesehen von Österreich, keine andere Macht irgendwelche spezielle Fragen aufzuwerfen gedenkt, wir nicht auf der Lösung einer direkten russischen Frage bestehen können; wir würden eines großen Teiles unseres moralischen Einflusses verlustig gehen und wir würden vor allem der Kompensationstheorie die Tür öffnen, die für uns und für alle Balkanstaaten am gefährlichsten werden kann.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 18. April/1. Mai 1913. — Nr. 381.

In Verbindung mit dem bevorstehenden Beginn der Arbeiten der Pariser Finanzkommission halte ich es für nötig, Ihnen einige Erwägungen mitzuteilen, die sich auf bestimmte Fragen unserer Politik beziehen.

. . . . . .

Soweit wir uns ein Bild von dem Standpunkte der englischen Regierung machen können, welche übrigens unlängst geäußert hat, daß bei Erörterung der Beziehungen der Großmächte zur Türkei Rußland sich als erste zu äußern hat, — vertritt Grey die Ansicht, daß man in Zukunft die türkischen Finanzen einer europäischen Kontrolle unterwerfen muß. Diese würde sich nicht bloß auf die Regelung der Einnahmen, sondern auch auf die Zweckmäßigkeit der Ausgaben erstrecken, wobei man eine Einschränkung der türkischen Rüstungen erzielen und den sich etwa ergebenden Überschuß zur Verbesserung der türkischen Administration verwenden könnte.

Dies Programm hat viel Verlockendes, umgeht aber die Beantwortung einer Frage: Wenn die türkischen Rüstungen eingeschränkt werden, welches ist die Garantie, daß Konstantinopel und die Meerengen wirksam geschützt werden können? Da die Landgrenze zwischen der Türkei und Bulgarien eine sehr lange sein wird, muß nicht die Türkei die größten Anstrengungen machen, um die Hauptstadt verteidigen zu können?

Wenn wir eine derartige Frage stellen, so wird dies wohl diejenigen in Erstaunen versetzen, welche Rußland im Verdacht von Eroberungsplänen haben. Wir wollen natürlich der Zukunft nicht vorgreifen, können aber nicht umhin zu bemerken,

daß, wenn die Verteidigung Konstantinopels und der Meerengen im letzten Augenblick nicht genügend gesichert ist, diese Tatsache, weit entfernt, unseren Interessen zu dienen, nur eine gefährliche Versuchung für die Bulgaren bedeutet, da eine vorzeitige Aufrollung der Meerengenfrage uns in eine äußerst schwierige Lage bringen könnte. Wenn wir also einerseits keinen Grund haben, die Türkei daran zu hindern, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um einem Angriffe auf Konstantinopel und die Meerengen vorzubeugen, so brauchen wir andererseits kaum eine allzu große Erstarkung der Türkei zu befürchten, da ihr ja soeben eine beispiellose Niederlage zugefügt worden ist. Und wenn die Meerengenfrage eine ganze Reihe anderer Probleme nach sich zieht, deren Lösung eine planmäßige Vorbereitung erfordert, so wäre es gefährlich und übereilt, jetzt schon, ehe dieses ganze Programm ausgeführt ist, von einer Verminderung der Verteidigungsmöglichkeiten der an und für sich schwachen Türkei zu sprechen.

Außerdem liegt in jenem Zusammenhange, den die englische Regierung zwischen der ökonomischen Gesundung der Türkei und der Einschränkung ihrer Rüstungen herstellen will, ein gewisser innerer Widerspruch: denn wenn das erste Ziel erreicht ist und die finanzielle Lage der Türkei sich bessern wird, könnte kein von außen ausgeübter Druck die Pforte mehr hindern, militärische Rüstungen vorzunehmen. Dies ist unser erster Einwand gegen die Errichtung einer europäischen Finanzkontrolle in der Türkei. Was die Frage der technischen Gestaltung dieser Kontrolle anbelangt, so haben wir gleichfalls eine ganze Reihe von Bedenken. Die Erfahrung hat bestätigt, daß ein finanzielles oder politisches Kondominium die Staatsgewalt nicht ersetzen kann. Man muß daher befürchten, daß die in Aussicht genommene internationale Kontrolle entweder ihren Zweck nicht erreichen oder zur Hegemonie irgendeiner Macht führen wird, wie z. B. Deutschlands. Die neue Behörde wird nicht nur ausschließlich finanzielle, sondern auch politische Funktionen besitzen und wird daher dieselben Eigentümlichkeiten bieten wie eine jede Konferenz der Vertreter der Großmächte. Wenn es in der Praxis oft sehr schwer fällt, alle Mächte auf eine gemeinsame Formel zu vereinigen, und dies nur dadurch erreicht wird, daß die For-

mel in möglichst unbestimmten Ausdrücken gehalten ist, so läßt sich dies um so mehr von der Tätigkeit des projektierten Kontrollorganes behaupten, wobei in dem letzteren die mannigfaltigsten und oft auch sich widersprechende Interessen der Mächte sich kreuzen müßten.

Andererseits haben wir unwillkürlich Bedenken, die Handlungsfreiheit Rußlands der Türkei gegenüber durch die Errichtung einer europäischen Kontrolle allzusehr einzuschränken. Die Ereignisse gestalten sich derart, daß wir, ohne irgendwelchen nicht zu verwirklichenden Utopien nachzujagen, dennoch damit rechnen dürfen, mit der Türkei bessere Beziehungen herstellen zu können, als sie bis jetzt bestanden haben. Die Türkei muß sich darüber Rechenschaft geben, daß Konstantinopel und die Meerengen in Zukunft ernstlich bedroht sind. Diese Gefahr wird in den Augen der Türken schwerer wiegen als ihr traditionelles Mißtrauen zu Rußland; das uns bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Interesse, zu verhindern, daß die Meerengen unter die Herrschaft einer andern Macht kommen, wird uns der Türkei nähern. Hierbei wird es den Türken zum Bewußtsein kommen, daß das beste Mittel, sich gegen Bulgarien zu schützen, darin besteht, den Einfluß zu benutzen, über den Rußland in Sofia verfügt. Dies setzt durchaus nicht eine feindselige Haltung Rußlands Bulgarien gegenüber voraus. Letzteres weiß sehr gut, daß die Meerengen in die unbestreitbare Interessensphäre Rußlands gehören und daß in dieser Hinsicht kein Nachgeben und kein Zaudern unsererseits möglich ist.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 27. April/10. Mai 1913. — Nr. 341.

Obwohl ich persönlich überzeugt bin, daß die Türkei sich dem allgemeinen Verfalle nähert, muß ich doch betonen, daß die türkischen Politiker die Lage des Reiches durchaus nicht für so hoffnungslos halten, als daß sie eine weitgehende internationale Vormundschaft zulassen würden. Außerdem können sie in dieser Hinsicht auf die Unterstützung einiger Großmächte rechnen. Die Ententemächte müssen dieses im Auge behalten, um nicht mit Vorschlägen hervorzutreten, über die keine Einigung erzielt werden kann. Wenn ich diese Frage vom Stand-

punkte unserer eigenen Interessen betrachte, so kann ich mich der Einsicht nicht verschließen, daß die Einführung eines internationalen Elementes in unsere bisherigen direkten Beziehungen zu der Türkei unser historisches Streben, uns der Meerengen zu bemächtigen, nur hindern und verzögern kann. Soweit die Türkei nicht ein großer Markt für den Absatz unseres Handels ist, sind wir an ihrer Wiedergeburt durchaus nicht interessiert. Das Vorteilhafteste wäre für uns, wenn in der Türkei zeitweilig genügend Ordnung wiederhergestellt würde, um die persönliche und materielle Sicherheit der Einwohner ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität zu ermöglichen. Dies würde uns erlauben, die Liquidation der Türkei bis zum Augenblicke hinauszuschieben, in dem unsere Teilnahme die größten Vorteile versprechen würde. Wie Sie in Ihrem Briefe 381 bemerken, können wir damit rechnen, bessere Beziehungen als bisher zur Türkei herzustellen. Um aber den Widerstand der Türken gegen uns zu schwächen, müssen wir uns bemühen, aus unseren Beziehungen zur Türkei Organisationen auszuschalten, welche es unseren Rivalen ermöglichen würden, darauf hinzuweisen, daß wir den eigenen Interessen der Türkei mit Vorbedacht entgegenarbeiten, wie dies z. B. anläßlich der türkischen Zollerhöhung geschieht.

Neunzehntes Kapitel.

Deutsch-russische Beziehungen 1909—1914.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 20. März/2. April 1909.

In Deutschland herrscht augenblicklich eine gehobene Stimmung, da man allgemein überzeugt ist, daß dank der Energie der deutschen Politik und ihrer unerschütterlichen Treue zum Bundesgenossen die Balkankrise eine friedliche Lösung gefunden hat.

Deutschland atmet frei auf. Österreich ist durch neue Bande der Dankbarkeit verpflichtet. Die Beziehungen zu Frankreich haben sich seit dem Abschlusse des letzten Marokkoabkommens befriedigender gestaltet, und die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten der Französischen Republik schwebt der deutschen Einbildungskraft vor Augen. Die Furcht vor Isolierung beginnt zu weichen. Deutschland fängt an, sich aus der schwierigen Lage zu befreien, in die es sich nach Algeciras gestellt glaubte.

Die Befriedigung ist hier um so größer, als man der Ansicht ist, daß die Stellungnahme Deutschlands während der bosnischen Krise die beste Antwort auf die Bestrebungen seiner Feinde gewesen ist, den deutschen Einfluß im Rate der europäischen Mächte zu untergraben. Um sein Prestige wiederherzustellen, hat Deutschland nicht gezögert, sich auf seiten Österreichs zu stellen mit der Bereitschaft, sich, wenn nötig, auf Waffengewalt zu stützen.

Nachdem die Gefahr beseitigt ist, versucht die offiziöse Presse diese Entschlossenheit nicht weiter zu betonen, obwohl sich in der letzten Kanzlerrede die Andeutung findet, daß Deutschland

vor dem letzten Mittel nicht zurückgeschreckt hätte, wenn seine eigenen Interessen und diejenigen Österreichs es erfordert hätten.

Die Theorie des bewaffneten Friedens ist die Grundlage der deutschen Realpolitik, und dieses Prinzip wendet Deutschland hauptsächlich England gegenüber an, wie dies die Debatten über die Flottenbauten gezeigt haben. Unter dem Schatten friedlicher Erklärungen arbeitet man ohne Unterlaß, die Seebereitschaft zu vergrößern. Diese Arbeit verfolgt jedoch bis jetzt hauptsächlich Verteidigungsziele und soll zur Erhaltung des deutschen Ansehens dienen. Die furchtbare Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes mit allen seinen Folgen einsehend, haben die verantwortlichen Führer der deutschen Politik in letzter Zeit im Grunde genommen große Zurückhaltung bewiesen, und der Versuch des Berliner Kabinetts, seine Vermittlerrolle in den Hintergrund zu rücken und die friedliche Lösung der bosnischen Krise der Initiative der russischen Politik zuzuschreiben, ist in dieser Hinsicht bedeutsam.

Allen Anzeichen nach richtet sich das Hauptstreben der deutschen Regierung darauf, die vertraulichen Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen und gleichzeitig zu beweisen, daß Deutschland ein wichtiger Faktor der Weltpolitik ist.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Berlin Osten-Sacken vom 18. Juni/2. Juli 1909.

Ich will Ihnen in wenigen Worten über den Eindruck berichten, den ich während der letzten Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm in den finnländischen Gewässern empfangen habe.

Vor allem will ich Ihnen sagen, wie sehr mich die große Veränderung in der Haltung des deutschen Monarchen überrascht hat: während der ganzen Zeit hat er es aufs sorgfältigste vermieden, sowohl mit mir als auch mit unserem Ministerpräsidenten über auswärtige Politik zu sprechen; desgleichen in den Gesprächen mit Seiner Majestät; erst im letzten Augenblicke, nach dem Abschiedsfrühstück auf der „Hohenzollern", als unser Monarch ihn fragte, welche politische Frage ihn in diesem Augenblicke am meisten beschäftige, hat Kaiser Wilhelm ausführlich über die Bewegung gesprochen, welche die Araber des Yemen

gegen das Kalifat des Sultans ergriffen hat — was seiner Ansicht nach alle Staaten mit mohammedanischer Bevölkerung interessieren muß. Aber kein Wort über die Beziehungen zwischen England und Deutschland. Und das erstemal haben wir Kaiser Wilhelm einen Toast in französischer Sprache ablesen sehen, der vorbereitet war und beinahe den Inhalt der Ansprache unseres Monarchen wiederholte, um dessen Wortlaut man uns gebeten hatte.

Aber obwohl er sich augenscheinlich zwang, in politischen Fragen die größte Zurückhaltung zu bewahren, hat Kaiser Wilhelm seiner guten Laune und seiner Herzlichkeit freien Lauf gelassen, indem er jeden Augenblick zu beweisen suchte, daß seine persönlichen Gefühle zu unserem Monarchen sich in keiner Weise verändert hätten. Mir war übrigens von General Tatischtschew gesagt worden, daß dies wahrscheinlich die Haltung Kaiser Wilhelms sein würde, da er laut in Gegenwart des Generals Baron Schön unmittelbar vor der Abfahrt aus Berlin gesagt hat: Ich bin ein konstitutioneller Souverän, Ihre Pflicht ist es, die politischen Unterredungen zu führen.

Baron Schön hat in der Tat eine lange Besprechung mit mir gehabt. Wir haben natürlich die durch Österreich-Ungarn hervorgerufene Krise besprochen, ebenso wie die Rolle, die Deutschland dabei gespielt hat, und die Beschwerden Berlins über die Haltung der öffentlichen Meinung und Presse in Rußland.

Wie zu erwarten war, hat Schön versucht, das, was die deutsche Diplomatie die Legende eines deutschen Druckes auf Rußland nennt, zu zerstören, und er hat mich überzeugen wollen, daß im Streite zwischen uns und Österreich Deutschland nur aus freundschaftlichen Gefühlen für uns gehandelt hat. Ohne mich in eine Polemik über diese Frage einzulassen, habe ich versucht, die Aufmerksamkeit des deutschen Ministers auf die Folgen der letzten Krise zu lenken. Wenn Europa, habe ich gesagt, am Vorabende eines allgemeinen Krieges stand, und wenn unsere traditionellen Beziehungen zu Deutschland eine zeitweilige Trübung gefunden haben, so ist ausschließlich Aehrenthal daran schuld. Solange das Wiener Kabinett den mit uns getroffenen Übereinkommen treu blieb, ging alles gut. Unglück-

licherweise hat Aehrenthal es sich in den Kopf gesetzt, die zeitweiligen Schwierigkeiten Rußlands auszunützen, um eine ehrgeizige und, ich zögere nicht es zu sagen, uns gegenüber wenig loyale Politik zu führen. Darf man daher erstaunt sein, daß die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung und der Presse in Rußland sich gegen Deutschland wendet, welches zweimal seine völlige Solidarität mit der österreichischen Politik erklärt und dadurch ihren Erfolg gesichert hat? Was vor allen Dingen beunruhigt, ist die Ungewißheit, ob nicht neue Überraschungen von seiten Aehrenthals zu erwarten sind. Aber jedes weitere Vordringen Österreichs auf dem Balkan kann einen noch schärferen Konflikt als vorigen Winter hervorrufen, und wenn die Donaumonarchie auch dieses Mal von Deutschland unterstützt wird, so wird es schwerfallen, den Frieden Europas zu erhalten.

Baron Schön hat versucht, die Haltung Deutschlands damit zu erklären, daß es einer neuen Gruppierung der Mächte in Europa gegenübersteht und daß es deshalb seine Bande zu Österreich-Ungarn noch enger knüpfen muß. Ich habe die Gelegenheit benutzt, um ihm nochmals positive Zusicherungen hinsichtlich der Natur unseres Übereinkommens mit England zu geben, eines Übereinkommens, welches keinen allgemeinen Charakter und keine gegen Deutschland gerichtete Spitze besitzt. Ich fügte hinzu, daß man sowohl in Petersburg als auch in Paris fest überzeugt ist, daß jeder Versuch, die gegenwärtigen Ententen in Allianzen umzuwandeln, eine ernste Gefahr für den Frieden bedeute, und daß deshalb Deutschland nicht das geringste Mißtrauen zu Rußland oder Frankreich zu hegen brauche. Schön versicherte mir seinerseits, daß Deutschland durchaus nicht wünsche, Österreich-Ungarn zu neuen Unternehmungen auf dem Balkan zu veranlassen, und daß er die persönliche Überzeugung habe, daß Aehrenthal keinen neuen abenteuerlichen Plan hege. Er sagte, mit der größten Befriedigung feststellen zu können, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sich seit dem letzten marokkanischen Abkommen bedeutend gebessert hätten. Die einzige Wolke seien die Beziehungen zu England: in dieser Richtung sei die Atmosphäre mit Elektrizität geladen; Deutschland könne natürlich nicht zu-

lassen, daß eine ausländische Macht den Umfang seiner maritimen Rüstungen vorschreibt; aber auf die Dauer wäre die gegenwärtige Lage gefährlich, und eine freundschaftliche Lösung müsse deshalb gefunden werden.

Diese Unterredung hat beinahe zwei Stunden gedauert, ist aber aus dem Rahmen der Allgemeinheiten nicht herausgetreten, und von keiner Seite ist ein konkreter Vorschlag gemacht worden. Der kurze Bericht, der am nächsten Tage in der Presse erschienen ist, war von mir vorgeschlagen und von Baron Schön angenommen worden. Dieser hatte übrigens selbst eine ganz ähnliche Redaktion vorbereitet.

Ich will noch eine Einzelheit hinzufügen. Ohne Fragen der auswärtigen Politik zu berühren, hat Kaiser Wilhelm sehr ausführlich mit unserem Ministerpräsidenten über verschiedene ökonomische und soziale Fragen gesprochen. Er hat es versucht, die Gerüchte zu entkräften, die ihn als einen Feind der innern Politik Stolypins und als einen Freund der russischen reaktionären Partei hinstellen. Diese Absicht tritt auch deutlich im letzten Satze seiner Ansprache hervor.

Es scheint mir, daß im großen und ganzen das Resultat der Begegnung ein sehr befriedigendes ist. Ich glaube, die Unzufriedenheit, die man in Berlin gegen uns empfand, ist beseitigt worden, und wir haben Europa den Beweis geliefert, daß Deutschland nach wie vor gute Beziehungen zu Rußland unterhält — dies war besonders wichtig in Anbetracht der bevorstehenden Besuche unseres Monarchen in Frankreich und England. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß die beiden Monarchen sich auf der Rückreise aus England noch einmal im Kieler Kanal treffen werden.

Hinsichtlich Persiens hat mir Baron Schön wiederholt, daß Deutschland in diesem Lande nur ökonomische Ziele verfolge und daß der deutsche Gesandte in Teheran beauftragt worden sei, sich jeder Handlung zu enthalten, die uns politische Schwierigkeiten verursachen könnte. Ich habe keinerlei Klagen gegen den Grafen Quadt und seine Untergebenen laut werden lassen und habe mich darauf beschränkt, die Zusicherungen Baron Schöns mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin Osten-Sacken an den russischen Außenminister Iswolsky vom 12./25. Juni 1909. — Nr. 41.

Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen den vollen Text der Rede zu übersenden, die Kaiser Wilhelm Dienstag abend auf der „Deutschland" in der Nähe von Hamburg über seine Begegnung mit dem russischen Kaiser gehalten hat. Die Worte des deutschen Monarchen sind so bedeutsam, daß alle Zeitungsartikel, die in den letzten Wochen erschienen sind, daneben erblassen. Die Ausdrücke, in denen Kaiser Wilhelm von seiner eigenen Friedensliebe und derjenigen des russischen Kaisers gesprochen hat, sind von hohen Gefühlen eingeflößt. Ohne auf die Einzelheiten der jetzigen politischen Lage einzugehen, hat Kaiser Wilhelm erklärt, daß „alle Völker des Friedens bedürfen". Deshalb werden beide Monarchen mit Gottes Hilfe an der Kräftigung und Erhaltung des Friedens arbeiten. Derartige Worte sind schon lange nicht mehr ausgesprochen worden, und das lebhafte Interesse, mit dem sie in allen Schichten der deutschen Bevölkerung aufgenommen worden sind, ist völlig verständlich. Obwohl schon früher die Zeitungen der verschiedenen politischen Parteien ihre Befriedigung mit der letzten Kaiserzusammenkunft ausgedrückt haben, so hat sich dieses Gefühl jetzt bedeutend erhöht, und bei Beurteilung der heutigen politischen Lage macht sich ein allgemeiner Optimismus bemerkbar.

Auszug aus einem vertraulichen Brief des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.

Obwohl der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand einen ausschließlich privaten Charakter trägt, kann man doch nicht leugnen, daß die allgemeine Lage diesem Ereignis eine ernste politische Bedeutung beilegt, welche in der äußerst nervösen Stimmung Kaiser Wilhelms deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

In der allgemeinen Entwicklung der europäischen Politik erblickt Kaiser Wilhelm gewisse Bestrebungen, Deutschland zu isolieren, und er ist immer mehr bemüht, das Bündnis mit Österreich fester zu gestalten und die Macht der habsburgischen Monarchie zu kräftigen.

. . . . . .

Jeder, der die politische Stimmung Kaiser Wilhelms bei seiner Thronbesteigung kannte, nämlich seine Entschlossenheit, das letzte Vermächtnis seines Großvaters auszuführen und die Beziehungen zu Rußland noch enger und freundschaftlicher zu gestalten, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß in den letzten Jahren in dieser Hinsicht eine große Veränderung mit Kaiser Wilhelm vorgegangen ist. Er scheint nicht mehr zu glauben, daß von unserer Seite der Wunsch besteht, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland weiter zu erhalten. Trotz aller beruhigenden Erklärungen gibt er immer mehr den Bestrebungen Österreichs nach, welches das Vertrauen seines Bundesgenossen dazu benutzen will, um die innere und äußere Macht der Donaumonarchie wiederherzustellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Kaiser Wilhelm in seinem Innern noch kämpft, und dies kommt öfters in seiner Haltung General Tatischtschew und unserem Militäragenten gegenüber zum Ausdruck.

Ich halte es für meine Pflicht, Sie von obigem in Kenntnis zu setzen.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 5./18. März 1910.

Obwohl die führenden Kreise Deutschlands wiederholt erklärt haben, daß die deutsche Regierung die Wiederaufnahme nachbarlicher Beziehungen zwischen Österreich und Rußland wünscht, so läßt doch die kalte Zurückhaltung Baron Schöns anläßlich der zwischen Petersburg und Wien schwebenden Verhandlungen auf einen ganz andern Standpunkt der deutschen Regierung schließen.

Den Grund hierzu muß man in jenem Argwohn suchen, den man in letzter Zeit in Deutschland zu unserer äußern Politik hegt, da man immer wieder Bestrebungen der Feinde Deutschlands, dieses zu isolieren, zu befürchten scheint.

Der Abschluß einer ganzen Reihe internationaler Vereinbarungen, an denen Deutschland nicht teilgenommen hat, zusammen mit der Befürchtung eines Konfliktes mit England, welche sich nach der russischen Annäherung an England noch

erhöht hat, haben in Deutschland dieses Mißtrauen hervorgerufen. Dies ist besonders stark nach der Zusammenkunft von Racconigi zutage getreten, da man in Deutschland der Ansicht zu sein scheint, daß wir einen seiner Bundesgenossen von ihm loslösen wollen. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Verhandlungen mit Österreich dasselbe Gefühl des Argwohnes wachrufen. Unser Bestreben, zu diesen Verhandlungen auch die andern Mächte hinzuzuziehen und auf diese Weise Österreich bis zu einem gewissen Grade von neuen Abenteuern Aehrenthals zurückzuhalten, wird in Deutschland als ein von England eingegebener Versuch unsererseits betrachtet, Österreich durch ein formales Abkommen zu binden, dadurch die Bande mit Deutschland zu lockern und dieses seines zweiten Bundesgenossen zu berauben. Dieser Gedanke findet in den Arti eln der Vossischen Zeitung und der Germania deutlichen Ausdruck, in denen der englische Botschafter in Wien beschuldigt wird, alles zu tun, um das deutsch-österreichische Bündnis zu sprengen. Auch die Reisen der Balkansouveräne nach Petersburg und Konstantinopel rufen Beunruhigung hervor. Man erblickt in der demonstrativen Zurückhaltung der bulgarischen und serbischen Minister eine gegen Österreich gerichtete Spitze und befürchtet die Bildung eines Balkanblockes unter türkischer Beteiligung.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 23. Juli/5. August 1910.

Der neue deutsche Staatssekretär ist in Berlin angekommen und hat sein Amt noch am selben Tage übernommen. Auf der Reise aus Bukarest ist Herr von Kiderlen-Wächter nach Marienbad gefahren, um sich mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen zu besprechen. Die hiesige öffentliche Meinung betont die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ministern und begrüßt den Entschluß Kiderlens, mit Aehrenthal persönlich Fühlung zu nehmen, ehe er die ihm anvertrauten Funktionen übernimmt. Eine ähnliche Bedeutung ist seinerzeit der Begegnung zwischen dem österreichischen Außenminister und dem Deutschen Reichskanzler beigelegt worden.

Die Verschärfung der Balkanfragen, als deren genauer Kenner Herr von Kiderlen gilt, die Ankunft des türkischen Groß-

wesirs in Marienbad und die Möglichkeit einer aktiveren Politik Rußlands auf dem Balkan haben, wie man hier annimmt, persönliche Verhandlungen zwischen den beiden Ministern notwendig gemacht.

Gerüchten zufolge sind diese Verhandlungen in eine bestimmte Form gekleidet worden und lassen die Möglichkeit einer gemeinsamen Politik der beiden verbündeten Mächte auf dem Balkan voraussehen.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 29. Oktober/11. November 1910. — Nr. 103 [1]).

Der Besuch unseres Kaisers in Potsdam hat auf alle Kreise der hiesigen öffentlichen Meinung einen großen Eindruck gemacht. Nicht nur in Hof- und Regierungskreisen drückt man seine Freude über dieses Ereignis aus, sondern auch alle Zeitungen legen ihm historische Bedeutung bei.

Infolge der erhaltenen Weisung wurde zuerst der verwandtschaftliche Charakter des Besuches betont. Später jedoch kam eine richtigere Einschätzung dieses Ereignisses zum Ausdruck, und einige Zeitungen, wie z. B. das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung, beeilten sich, den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den ihre unangebrachte Beurteilung russischer Verhältnisse bei uns hervorgerufen hatte. Ohne irgendeine Andeutung hinsichtlich einer bestimmten politischen Frage zu machen, spricht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nur von dem Einflusse, den die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen auf die weitere Erhaltung des Friedens haben werden.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Mai/4. Juni 1912. — Nr. 1062.

Ich telegraphiere nach Paris: Sie können Poincaré vertraulich von der in Aussicht genommenen Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm in den Finnischen Schären Kenntnis geben. Fügen Sie hinzu, daß die Bande, die uns an Frankreich binden, zu fest sind, als daß es noch nötig

[1]) Die politischen Folgen der Kaiserbegegnung in Potsdam werden in Kap. IX behandelt.

wäre, darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung oder die öffentliche Meinung die geringste Beunruhigung anläßlich dieses Ereignisses empfinden könne. Was die Vorbereitung der öffentlichen Meinung Frankreichs anbelangt, so bitte ich Sie, dieses der französischen Regierung zu übertragen, um auf die beste Art und Weise, je nach den örtlichen Verhältnissen, der Presse zu erklären, daß die in Frage kommende Zusammenkunft unsere Beziehungen zu Frankreich in keiner Weise beeinträchtigen könne.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Mai/4. Juni 1912. — Nr. 1061.

Persönlich. Da Ende Juli eine Zusammenkunft zwischen unserm Monarchen und Kaiser Wilhelm in den Finnländischen Schären stattfinden wird, so wäre es nützlich, wenn Sie Grey hiervon rechtzeitig verständigen und ihm erklären würden, daß dieses Ereignis natürlich keine Besorgnis in England hervorzurufen brauche, da wir die in den letzten Jahren mit dem Londoner Kabinett hergestellten herzlichen Beziehungen weiterzuführen fest entschlossen sind. Wenn Sie es aus örtlichen Erwägungen für notwendig halten, die öffentliche Meinung und Presse vorzubereiten, so bitte ich Sie, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Abschrift nach Paris.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 24. Juni/7. Juli 1912. — Nr. 1260.

Ich telegraphiere nach Paris: Die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltischport hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Bei großer Herzlichkeit der gegenseitigen Beziehungen haben offene Erklärungen in politischen Fragen deutlich bewiesen, daß keinerlei Absicht besteht, irgendwelche Veränderung in der Gruppierung der europäischen Staaten vorzunehmen. In der Frage der Beendigung des italienisch-türkischen Krieges sind gleichfalls von deutscher Seite keinerlei Vorschläge erfolgt. Dieses zusammen mit der völlig richtigen offiziösen Veröffentlichung in der Presse ist der beste Beweis, wie recht wir hatten, als wir den Franzosen sagten, daß die von ihnen

gehegten Befürchtungen jeder Begründung entbehren. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Poincaré auszusprechen.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 25. Juni/8. Juli 1912.

Die Zusammenkunft der beiden Monarchen in Baltischport ist in jeder Beziehung befriedigend gewesen. In meinen Unterredungen mit Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler sind natürlich die wichtigsten politischen Fragen berührt worden, und ich habe über die Stimmung und Absichten der höheren Regierungskreise Deutschlands einen günstigen Eindruck empfangen. Sowohl der Kaiser als auch der Kanzler haben dem Wunsche Ausdruck verliehen, die traditionellen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu befestigen, da dieses nicht nur zum Wohle der beiden Länder, sondern auch zur Erhaltung des Friedens in Europa dient. Hierbei hat mir Bethmann Hollweg deutlich erklärt, daß er unter Anerkennung des Nutzens, den die bestehenden internationalen Gruppen der Erhaltung des Friedens gebracht haben, durchaus nicht bestrebt ist, irgendeine Veränderung in dieser Hinsicht hervorzurufen oder irgendeine Macht von derjenigen Gruppe loszulösen, der sie infolge der historischen Notwendigkeit beigetreten ist. Er sagte mir, daß Deutschland nur den Wunsch hegt, daß das Verhältnis der Mächte zueinander sie nicht daran hindert, gute Beziehungen auch zu den Mächten der anderen Gruppe zu unterhalten. Obwohl er also zugibt, daß die bestehenden Gruppierungen, die sich in Wirklichkeit bewährt haben, den Anforderungen der jetzigen Zeit entsprechen und deshalb keine Veränderungen nötig machen, hält Bethmann Hollweg es für wünschenswert, alles zu vermeiden, was unter Betonung der äußeren Scheidung der beiden europäischen Mächtegruppen als ein Verzicht auf jede Möglichkeit einer Umgruppierung in Zukunft ausgelegt werden kann, falls die künftigen Ereignisse eine derartige Revision der gegenwärtig bestehenden Beziehungen nötig machen sollten. Kaiser und Kanzler haben wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland des Friedens bedarf, um die außerordentlich wichtigen Resultate der zehnjährigen Entwicklung der deutschen Industrie und des allgemeinen Wohlstandes zu befestigen. Ich habe dem Kanzler

gesagt, daß ich an der Friedensliebe der deutschen Regierung nicht zweifle, jedoch wissen wolle, ob sie bereit sei, auch dort in diesem Sinne einzuwirken, wo Deutschland gegen seinen Willen in europäische Verwicklungen hineingezogen werden könnte. Im besonderen habe ich ihn gefragt, ob das Berliner Kabinett seinen Einfluß in Wien zur Geltung bringen will, um Österreich, wenn dies nötig sein sollte, von einem weiteren Vordringen auf dem Balkan zurückzuhalten. Bethmann Hollweg hat dies ohne Zögern zugesagt und darauf hingewiesen, daß er seine mir schon in Potsdam gegebenen Zusicherungen bedingungslos erneuern kann. Seinerseits hat er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch wir, wie schon früher, die Bestrebungen der kleinen Balkanstaaten mäßigen werden, indem wir ganz besonders in Sofia zur Ruhe raten.

Hinsichtlich des italienisch-türkischen Krieges hat man von deutscher Seite, entgegen den in Paris und London vor der Zusammenkunft gehegten Befürchtungen, keinerlei Vorschläge gemacht, auf welche Weise dieser Krieg beendigt werden könnte. Sich mit dem Hinweis auf den Schaden begnügend, den der deutsche Handel durch den langen Krieg erleide, hat der Kanzler mir seine Befriedigung ausgesprochen, daß wir versucht haben, mit Hilfe aller europäischen Großstaaten die beiden kriegführenden Parteien zu versöhnen, und er hat mir versichert, daß jeder weitere Schritt unsererseits in dieser Richtung die völlige Zustimmung Deutschlands finde. Ich muß jedoch hinzufügen, daß, obwohl die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, an einem gemeinsamen Schritte zur Beendigung des Krieges teilzunehmen, ich dennoch den Eindruck gewonnen habe, daß man es in Berlin vorziehen würde, wenn der Friede infolge direkter Verhandlungen zwischen den Kriegführenden ohne fremde Einmischung geschlossen würde. Hierbei habe ich den Kanzler darauf aufmerksam gemacht, daß die Mächte sich über das Schicksal der von Italien besetzten Inseln zu äußern haben würden, da man dieselben nach erfolgter Zurückerstattung an die Türkei kaum ihrem eigenen Schicksal überlassen könne. Ich habe darauf hingewiesen, daß diese Frage unbedingt allgemeineuropäische Bedeutung hat und daß deshalb Deutschland dieses Mal sich einer gemeinsamen Beratung mit den andern Mächten nicht

entziehen kann, wie es dies bis jetzt hinsichtlich Kretas getan hat. Bethmann Hollweg hat nichts dagegen erwidert. Hierauf habe ich die Frage der deutsch-englischen Beziehungen und die von beiden Seiten unternommenen Versuche einer Besserung berührt. Nachdem er sich über Lord Haldane sehr lobend geäußert hatte, wies der Kanzler darauf hin, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern augenblicklich weniger gespannt seien, doch gab er zu, daß man in dieser Hinsicht noch viel tun müsse, um ein greifbares Resultat zu erreichen. Hinsichtlich der chinesischen Anleihe hat sich eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und uns herausgestellt. Dieser Unterschied ist die natürliche Folge unseres verschiedenen Standpunktes. Deutschland erblickt in China vor allem einen großen Markt für seine eigenen Waren und ist natürlich daran interessiert, die Kaufkraft dieses Marktes zu erhalten, und muß daher die Möglichkeit eines Zerfalls des chinesischen Reiches befürchten. Deshalb wünscht man in Berlin den Abschluß einer großen chinesischen Anleihe, welche dem Lande die Möglichkeit geben würde, aus der jetzigen schwierigen Lage herauszukommen. Rußland dagegen als Nachbarstaat, und zwar mit einer langen, nicht genügend geschützten Grenze, kann die Erstarkung dieses Nachbars nicht wünschen. Deshalb würde ein Mißerfolg der in Aussicht genommenen Anleihe uns nicht beunruhigen, und wir würden sogar dem erwähnten Zerfalle des jetzigen chinesischen Reiches gleichgültig gegenüberstehen. Ich habe dies Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben.

Was die Meerengen, die Bagdadbahn und Persien anbelangt, so sind diese Fragen nicht besprochen worden. Keinerlei Abkommen in irgendeiner besonderen Frage ist von uns abgeschlossen oder irgendwie in Aussicht genommen worden.

Folglich hat die Zusammenkunft in Baltischport zwar unsere Beziehungen zum Berliner Kabinett befestigt, aber gleichzeitig nichts in unsern Beziehungen zu den andern Mächten geändert, und deshalb liegt auch nicht der geringste Grund zu einer eifersüchtigen Beunruhigung in Paris und London vor.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Juli 1912.

Nachdem ich meine Kur in Contrexeville bereits begonnen hatte, habe ich sie auf ein paar Tage unterbrochen, um Poincaré zu sprechen und um Ihnen über meine Eindrücke mit dem heute abreisenden Kurier zu berichten. Leider ist der Vetter Poincarés gestern plötzlich gestorben, und ich habe den Minister nicht sehen können. Ich habe aber eine lange Unterredung mit Paléologue gehabt, der alle Einzelheiten der schwebenden politischen Fragen gut kennt und der mir folgendes mitgeteilt hat:

Die französische Regierung ist mit den in Baltischport erreichten Resultaten durchaus zufrieden. Sowohl die Mitteilungen in der Presse als auch ganz besonders die von unserem Außenminister und unserm Ministerpräsidenten dem französischen Botschafter abgegebenen Mitteilungen und Erklärungen haben die französischen Minister davon überzeugt, daß die genannte Zusammenkunft die Garantien der Erhaltung des europäischen Friedens erhöht und gleichzeitig die Beziehungen der Mächte zueinander in keiner Weise verändert. Meinerseits habe ich es für möglich gefunden, Paléologue einige Einzelheiten aus dem Briefe Sasonows vom 25. Juni mitzuteilen, wobei ich diejenigen auswählte, welche ganz besonders geeignet sind, den Optimismus der hiesigen Regierung hinsichtlich der stattgefundenen Zusammenkunft zu bestärken. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß dank den rechtzeitigen Erklärungen, die dem französischen Botschafter in Petersburg und durch meine Vermittlung Poincaré gegeben worden sind, die von den französischen Ministern im Anfang gezeigte Nervosität und ihr Mißtrauen vollständig beseitigt sind und daß wir die Wiederholung jener Mißverständnisse nicht zu befürchten brauchen, die sich nach der Potsdamer Zusammenkunft fühlbar gemacht hatten. Dieses Mal ist es auch gelungen, das französische Publikum vor einer falschen Auffassung der Ereignisse zu bewahren. Dies Resultat ist durch meine energische persönliche Einwirkung auf die hauptsächlichsten französischen Zeitungen erreicht worden, wobei von seiten Poincarés ebensolche und natürlich noch wirksamere Schritte erfolgten. Diese Anstrengungen haben um so leichter zu einem

Resultate geführt, als die sofort nach der Zusammenkunft in den Zeitungen veröffentlichte Mitteilung sehr geschickt abgefaßt ist und den hiesigen Zeitungen das nötige Material für ihre Artikel geliefert hat. Sehr wichtig war auch gerade zur Zeit der Kaiserzusammenkunft die Anwesenheit des Chefs unseres Generalstabes und unseres Admiralstabes in Paris, welcher Umstand einen deutlichen Beweis der Dauerhaftigkeit des russisch-französischen Bündnisses lieferte. . . .

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 15./28. Februar 1913. — Nr. 184.

Persönlich und sehr vertraulich. Cambon teilt mir mit, daß Bethmann Hollweg seinem Bruder in privater Weise gesagt hat, die Vermehrung der deutschen Armee habe keine aggressive Bedeutung, sei aber dadurch notwendig geworden, daß das plötzliche Entstehen von sehr bedeutenden Militärstaaten auf dem Balkan dazu geführt habe, daß Österreich, vom Bündnisstandpunkte aus, nicht mehr als derselbe wichtige Faktor wie bisher betrachtet werden könne.

Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 1./14. März 1913.

Mit Telegramm Nr. 37 hatte ich Ihnen über diejenigen außerordentlichen Geldopfer berichtet, welche die deutsche Regierung den privilegierten Klassen zur Verstärkung der deutschen Heeresmacht glaubt auferlegen zu müssen, ferner auch darüber, daß die geplante einmalige Besteuerung, die annähernd eine Milliarde Mark bringen soll, hier anscheinend keine ernste Unzufriedenheit hervorrufen wird.

Gestern hat der Ministerrat ein neues Gesetzprojekt über die Kriegsbedürfnisse und ihre Deckung gutgeheißen; an dem Ministerrat haben unter Vorsitz des Reichskanzlers sämtliche preußische Minister sowie die Finanzminister der Bundesstaaten teilgenommen; das Projekt gelangte sodann zur Begutachtung an entsprechende Kommissionen. Die Ergebnisse der Beurteilung sind bisher allerdings noch in strenges Geheimnis gehüllt.

Die „Kölnische Zeitung" erklärt in einem offiziösen Telegramm aus Berlin die Unaufschiebbarkeit der außerordentlichen militärischen Maßregeln einerseits durch den Umstand, daß infolge des kriegerisch-nationalen Aufschwungs der slawischen Reiche sowie infolge der zeitweiligen Ausschaltung des politischen Einflusses der Türkei auf der Balkanhalbinsel das Kräfteverhältnis sich zugunsten des Slawentums verschoben hat, und — andererseits — durch die bedeutende numerische Verstärkung der französischen und russischen Armee. Das Gespenst oder noch eher das Auftauchen eines möglichen österreichisch-russischen Zusammenpralls hat in Rußland eine starke Bewegung zugunsten einer Verstärkung seiner militärischen Bereitschaft ausgelöst. Wenn auch die österreichisch-ungarische Armee nach wie vor volles Vertrauen verdient, so sind dafür Stärke und Macht ihrer möglichen Feinde erheblich gestiegen. In Anbetracht alles dessen ist die deutsche Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß es ihrerseits ein unverzeihlicher Fehler wäre, nicht die ganze militärische Kraft auszunutzen, über welche sie verfügt, aber da sie in diesem Falle dem Beispiele Frankreichs folgt, so verlieren hierdurch die von der Regierung in Aussicht genommenen Heeresreformen jeden aggressiven Charakter.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, wurde bisher in Deutschland zum tatsächlichen Heeresdienst nur ein gewisser Teil der hierzu aufgerufenen jungen Leute herangezogen, die übrigen in Höhe von 50—60 000 Mann wurden der sogenannten Ersatzreserve überwiesen, wo sie sogar nicht einmal ausgebildet wurden. Jetzt sieht die Regierung vor, ohne Ausnahme alle aufgerufenen jungen Leute zum tatsächlichen Dienst heranzuziehen, wodurch sich der Heeresbestand jährlich um 50—60 000 Mann erhöht und in zwei Jahren, bei der hiesigen zweijährigen aktiven Dienstzeit, um 100 000 oder 120 000.

In einer meiner freundschaftlichen und privaten Unterhaltungen mit dem Staatssekretär habe ich nebenbei die Frage der ungeheuren und anscheinend durch nichts erklärlichen militärischen Maßregeln berührt, zu deren Deckung ein Aufwand von Hunderten von Millionen erforderlich ist.

Jagow antwortete mir, daß die jährliche Heeresvermehrung um 50 000 Mann so teuer kommen wird, daß die gewöhnlichen,

wenngleich bedeutend erhöhten Haushaltsbeträge nicht reichen würden; daher sieht sich die Regierung — ob sie will oder nicht — gezwungen, zu einer einmaligen Besteuerung der vermögenden Bevölkerungsklassen zu greifen. Der Staatssekretär fügte hinzu, daß sich eine ähnliche Maßnahme nicht wiederholen könne. Die neuen jährlichen Kredite für die Heeresbedürfnisse werden nach Jagows Worten nur 200, aber nicht 250 Millionen erfordern.

Die Notwendigkeit der Auffüllung des Heeresbestandes begründet der Staatssekretär damit, daß die gegenwärtige numerische Stärke des französischen Heeres nur wenig hinter der des deutschen Heeres zurückbleibt, sowie mit der äußerst ungünstigen geographischen Lage Deutschlands, die es zwingt, seine westliche und östliche Grenze zu schützen.

Zu den Gründen, die die deutsche Regierung um die Verstärkung ihrer Kampfkraft besorgt sein lassen, muß man nach meiner Ansicht auch das hier ständig wachsende Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn zählen, das seinerseits mit der Unterstützung, die man in Berlin seiner egoistischen Politik zuteil werden läßt, schwerlich völlig zufrieden sein mag. In diesem Gedankengang bin ich mit meinem französischen Kollegen einig, der gleichfalls zu der Überzeugung neigt, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Wien mit jedem Tage kühler — ja man kann sogar sagen: gespannter werden.

In Frankreich steht man in Sachen der nationalen Verteidigung Deutschland sicherlich nicht nach; ohne aber von den Schwierigkeiten zu reden, mit denen dort die Einführung der dreijährigen Dienstzeit verknüpft war, wird eine weitere französische Heeresvermehrung mit Rücksicht auf den Menschenmangel unmöglich. Es steht außer Zweifel, daß die deutschen außerordentlichen militärischen Maßnahmen auch in Rußland einen ernsten Widerhall finden werden, und zwar um so mehr, als doch bei uns das Argument des Menschenmangels zur Ausfüllung unseres Heeres nicht gelten kann. Dabei erhebt sich unwillkürlich die Frage, welches die Lage Europas sein wird, das von Kopf bis zu Fuß mit einer Stahlrüstung gepanzert ist und das unter der unerträglichen Bürde der Kriegslasten stöhnt. Die Spannung wird, scheint's, solchen Umfang erreichen, daß zu guter Letzt der Krieg unvermeidlich wird. Aber wie schrecklich

in seinen Folgen der allgemeine Zusammenstoß auch sein würde, so würden nach meiner Ansicht alle Vorteile auf unserer Seite sein, besonders unter der Bedingung, daß der Bund der Balkanmächte nicht nur die gegenwärtige Krisis überlebt, sondern noch fester wird im Bewußtsein der Bedeutung, welche er in der Frage des europäischen Gleichgewichts erlangen würde, und im Bewußtsein der Kraft, welche er dem Angriff Österreich-Ungarns gegenüberstellen könnte. Und wenn es uns gelänge, Rumänien zum Anschluß an das Bündnis zu bringen, so würde das Übergewicht des Dreiverbandes über den Dreibund noch offensichtlicher werden.

Man darf nicht die Erbitterung übersehen, mit der viele deutsche Preßorgane jetzt auf Frankreich als den Schuldigen an den künftigen kriegerischen Verwickelungen hinweisen. Frankreichs neue Rüstungen werden aus seinem Haß gegen Deutschland und der mit neuer Kraft erwachten Revancheidee abgeleitet. Gewisse Zeitungen beschuldigen auch Rußland aggressiver Absichten gegen Deutschland, aber die Regierung, die all diesen Ausfällen völlig fernsteht, verurteilt sie streng in einem in der gestrigen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten hochoffiziösen Artikel, der im Ausschnitt beiliegt.

Indem ich auf die deutscherseits geplante einmalige Besteuerung der besitzenden Klassen für Heeresbedürfnisse zurückkomme, werde ich kaum fehlgehen, wenn ich sage, daß diese Art einmaliger Abgabe sich sehr nachteilig in der ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes widerspiegeln wird. Die Entziehung einer Milliarde aus dem Nationalvermögen kann bei der gedrängten Lage des Geldmarktes leicht zu einer Störung des regelmäßigen Ganges des deutschen Wirtschaftslebens führen.

Auszug aus einem ganz vertraulichen Berichte des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Februar/12. März 1914.

. . . . . .

Nach mir aus ganz vertraulicher Quelle zugegangenen Nachrichten löst die wachsende militärische Kraft Rußlands in Berlin immer ernstere Befürchtungen aus. Nach der Ansicht

hiesiger Regierungskreise wird im Jahre 1916 die russische Belagerungsartillerie fertiggestellt sein, und von diesem Augenblicke an wird Rußland als furchtbarer Gegner auftreten, mit dem Deutschland den Kampf aufzunehmen haben wird.

Kein Wunder, daß man bei dieser Überzeugung sich in Deutschland mit allen Kräften bestrebt zeigt, für den Kriegsfall mit uns bereit zu sein, und kein Wunder, wenn man versucht, uns einzuschüchtern und damit zugleich den Verdacht abzuwehren, als ob Rußland von Deutschland gefürchtet wird. Nach meiner Überzeugung spricht trotzdem aus allen Zeilen, die in letzter Zeit gedruckt worden und den russisch-deutschen Beziehungen gewidmet sind, einzig und allein nur diese Furcht vor Rußland. Ich erlaube mir zum Schlusse die Hoffnung auszudrücken, daß man sich in Berlin hierin nicht irrt und daß wir tatsächlich alle Maßregeln zur Stärkung unserer Heeresmacht ergreifen, einer Stärkung, die Deutschland zwingen muß, weder Mittel noch Energie zu scheuen, um die vollkommene Kriegsbereitschaft Deutschlands bis zum äußersten zu treiben.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. März/9. April 1914.

Die unfreundliche Haltung Rußland gegenüber, die sich seit Beginn des Zwischenfalles Liman von Sanders bemerkbar machte, hat sich in letzter Zeit bedeutend gebessert. Die Presse hat ihre täglichen Angriffe gegen Rußland eingestellt, obwohl sie nie eine Gelegenheit versäumt, um ihren Lesern die eine oder andere für Rußland ungünstige Tatsache mitzuteilen, wobei der Sachverhalt wenn nicht frei erfunden, so doch wenigstens stark entstellt wird. Diese Haltung der deutschen Presse läßt die Erregung nicht erkalten, die im Laufe des Winters zutage getreten war. Die verhältnismäßige Ruhe ist jedoch, wie ich beständig aus vertrauenswürdiger Quelle höre, nur eine scheinbare und die öffentliche Meinung Deutschlands ist nach wie vor gegen Rußland stark erregt, wobei die Militärs und die preußischen Junker ihre kriegerische Stimmung nicht verheimlichen. Diese Erregung und die kriegerische Stimmung findet ihren Grund augenscheinlich in der Furcht Deutschlands vor dem An-

wachsen unserer militärischen und wirtschaftlichen Macht, wobei man glaubt, daß der jetzige Augenblick, da die von uns getroffenen militärischen Vorbereitungen noch lange nicht beendigt sind, für Deutschland der günstigste Zeitpunkt für einen Zusammenstoß mit seinem östlichen Nachbar ist; daß früher oder später ein solcher Zusammenstoß erfolgen muß, scheint man hier nicht zu bezweifeln.

In Süddeutschland macht sich diese Feindseligkeit Rußland gegenüber, wahrscheinlich unter dem Einflusse Österreichs, noch bemerkbarer, und die hier durchreisenden Landsleute haben mir schon öfters hierüber berichtet. Ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, dies persönlich nachzuprüfen: vielleicht sind diese Erzählungen stark übertrieben, aber einen Kern von Wahrheit müssen sie enthalten, um so mehr, als die deutsche Regierung selbst, wie ich Ihnen in meinem Briefe vom 27. Februar/12. März berichtet habe, meiner festen Überzeugung nach durch die Maßregeln außerordentlich beunruhigt wird, die in Rußland zur zahlenmäßigen Entwicklung der Armee als auch zur Vergrößerung ihrer Kriegsbereitschaft getroffen werden. Es besteht außerdem kein Zweifel, daß die Erneuerung unseres Handelsvertrages im Jahre 1917, wobei für Deutschland vielleicht eine weniger günstige Konjunktur bestehen wird, das Berliner Kabinett stark beschäftigt, welches infolgedessen wahrscheinlich vorziehen würde, den bestehenden Handelsvertrag noch möglichst lange in Kraft zu lassen.

Trotzdem bin ich der Ansicht und werde in derselben durch die Informationen aus obiger geheimer Quelle bestärkt, daß das Berliner Kabinett den Standpunkt der kriegerischen Elemente Deutschlands nicht teilt, welche angeblich einen sofortigen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland hervorrufen wollen, sondern es vorzieht, ehe es den entscheidenden Schritt tut, alle friedlichen Mittel zu versuchen, um eine Versöhnung der beiderseitigen Interessen zu erzielen. Eines der hauptsächlichsten Mittel ist der Handelsvertrag, und man bereitet sich hier mit besonderer Energie und nach einem genau ausgearbeiteten Plane für die diesbezüglichen Verhandlungen vor.

Zwanzigstes Kapitel.

Deutsch-englische Beziehungen 1908 bis 1914.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 12./25. November 1908.

Meinem gestrigen Briefe glaube ich einige persönliche Bemerkungen hinzufügen zu müssen. Euere Exzellenz wird bemerkt haben, daß Sir Edward Grey im Laufe seiner Unterredung über Persien einen Ausweg zu finden bestrebt war, der jede Möglichkeit einer bewaffneten Intervention ausschließt. Eine solche befürchtet er erstens, weil er sie nicht für ein wirksames Mittel hält, und dann vor allem, weil er wegen der Folgen, die eine derartige Intervention für das englisch-russische Übereinkommen haben würde, Besorgnisse hegt.

. . . . . .

Diese Frage einer bewaffneten Intervention in Persien erscheint mir so wichtig, daß ich mir Vorwürfe machen müßte, wenn ich nicht nochmals die Aufmerksamkeit des Kaiserlichen Ministeriums auf die Folgen lenken würde, die sich für uns aus einem Bruche unseres Übereinkommens mit England und einer neuen Orientierung der englischen Politik ergeben würden.

Ich gebrauche absichtlich diese Ausdrucksweise, die, wie ich weiß, in Rußland gewöhnlich nicht angewandt wird. Man stellt sich bei uns gern auf den Standpunkt, daß man zwischen einer Annäherung an England und zwischen einer solchen an Deutschland wählen kann. In Wirklichkeit haben wir zwischen einer Isolierung, die ein deutsch-englisches Übereinkommen hervorrufen wird, und einer Annäherung an England zu wählen. Aus politischen Gründen hat England niemals von einem Über-

einkommen mit Deutschland sprechen wollen und hat seine Sicherheit in den Ententen mit Frankreich und Rußland gesucht.

Andererseits erscheint es mir unmöglich, die deutsche Politik anders als damit zu erklären, daß das Berliner Kabinett jede Gelegenheit benutzt, sie vielleicht erst schafft, um einen Versuch zu machen, die beiden Ententen Englands zu sprengen. Ich komme täglich mehr zu der Überzeugung, daß zwischen dem beständigen Entgegenkommen Deutschlands uns gegenüber und dem immer wieder unterbrochenen und mit Drohungen vermischten Entgegenkommen England gegenüber ein Unterschied besteht, und zwar in der Weise, daß das Entgegenkommen Deutschlands England gegenüber ernsterer Natur ist. Ich brauche nicht davon zu sprechen, was in einem solchen Falle aus den politischen und nationalen Interessen Rußlands werden würde.

Ich glaube, man kann nur in London beurteilen, wie nachdrücklich die Bestrebungen Deutschlands sind, zu einem Einvernehmen mit England zu kommen, namentlich die Bestrebungen Kaiser Wilhelms, welcher einen Fehler nach dem andern begangen hat, hauptsächlich weil seine persönlichen Schritte resultatlos verlaufen sind und er sich in London einer Mauer gegenüber befunden hat. Aber die Fehler des Kaisers bedeuteten ebenso viele neue Schwierigkeiten, die er sich selbst schaffte. Wenn man annimmt, daß die letzten Ereignisse in Berlin dem Kaiser eine größere Zurückhaltung auferlegen werden, so müßte die deutsche Politik, in dieser Richtung gesteuert, uns um so gefährlicher werden.

Man gibt sich hier nicht klar Rechenschaft darüber, was zwischen Österreich und Deutschland vorgeht. Noch neulich hatte Sir Edward die Hoffnung, daß der Besuch des deutschen Monarchen der österreichischen Politik einen versöhnlicheren Geist einflößen würde. In Wirklichkeit hat gerade das Gegenteil stattgefunden. Dieser Umstand hat auf die englischen Minister und auf ihre allgemeine Haltung einen bedeutsamen Einfluß ausgeübt, vielleicht auch auf ihre persönlichen Gefühle.

Es ist aber trotzdem richtig, daß, wenn man die englische Mentalität so nimmt, wie sie tatsächlich ist, Deutschland als Land und als Nation günstiger als früher beurteilt wird. Man hat Achtung vor seiner Kraft, seiner Energie, vor den durch seine

Arbeit erzielten Resultaten. Man mißtraut noch entschieden der deutschen Regierung, dem Lande selbst aber weniger. Und von Zeit zu Zeit lassen sich viele Stimmen hören, die behaupten, daß im Grunde genommen Kaiser Wilhelm England gegenüber aufrichtig zu sein scheint. Derartige Stimmen finden sich in der Presse, und die beiden politischen Parteien enthalten nicht unwichtige Elemente, die sich einem solchen Gedankengange anschließen. Keine einzige dieser Stimmen folgert jedoch die Möglichkeit einer Entente mit Deutschland. Nicht nur weil die schon bestehenden Abkommen, von denen das eine jedoch nicht ebenso populär wie das andere ist, dem Engländer genügen, sondern weil die Flottenfrage eine unüberwindliche Schranke bildet.

Ich kann nicht umhin zu glauben, daß diese Schranke schwächer ist, als man annimmt. Es liegt nicht in meiner Kompetenz, über die Stimmung in Deutschland zu sprechen, aber es will mir scheinen, daß dort etwas Ähnliches wie hier vor sich geht.

Sir Edward hat mir gesagt, er sei betroffen und sehr erstaunt gewesen, als anläßlich der Diskussion im Reichstage, als die Haltung des Monarchen zur Zielscheibe heftiger Angriffe diente, hierbei kein chauvinistischer Ton laut wurde, trotz der außerordentlichen Spannung der Geister in diesem Augenblicke. Sir Edward schließt hieraus auf eine ernste politische Reife.

Der Schluß, den ich aus obigem ziehen will, ist der, daß, wenn aus irgendeinem Grunde unser Übereinkommen mit England gebrochen würde, trotz der hohen Bedeutung, die England seinen Abmachungen mit Frankreich beilegt, der Boden für ein englisch-deutsches Einvernehmen viel besser geebnet wäre, als man gewöhnlich annimmt.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Januar/3. Februar 1909.

Am 8. Februar verläßt König Eduard und die Königin London, um sich nach Berlin zu begeben, von wo Ihre Majestäten wieder direkt hierher zurückkehren. Dieser Besuch gewinnt infolge der jetzigen politischen Lage eine besondere Bedeutung. Indem er auf die Beziehungen zwischen Deutschland

und England zurückwirkt, soll er auch die allgemeine Lage beeinflussen; man muß annehmen, daß dies im Sinne einer Entspannung geschehen wird, wobei ich jedoch den Grad der Entspannung von hier aus nicht beurteilen kann.

Dies ist das Resultat, welches sowohl das Publikum als auch die Presse vor Augen hat und welches sie um so mehr erwarten, als sie haben erkennen müssen, welchen Gefahren der Friede in letzter Zeit ausgesetzt gewesen ist, wobei die Schuld in großem Maße der englisch-deutschen Spannung zugeschrieben wird.

Das Kabinett scheint denselben Wunsch zu hegen, ohne sich jedoch große Illusionen hinsichtlich des erzielbaren Resultates zu machen. Einerseits durch seine Beziehungen zu Frankreich gebunden, die neulich anläßlich des Casablanca-Zwischenfalles eine ernste aber überzeugende Probe bestanden haben, andererseits durch seine Beziehungen zu Rußland, hat England gewiß kein Programm aufgestellt, welches in Berlin zwischen ihm und Deutschland allein zu erörtern wäre. Ich zweifle sogar, daß es beabsichtigt, in eine Diskussion derjenigen Punkte einzutreten, die ihm von seiten Deutschlands unterbreitet werden werden. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht sich dasselbe wiederholen wird, wie in London anläßlich des Besuches Kaiser Wilhelms und in Kronberg anläßlich des Besuches König Eduards.

In einer Hinsicht jedoch ist die Stimmung der englischen Regierung eine andere und eine bessere. Welches immer die Haltung der deutschen Politik beim Ausbruch der jetzigen Balkankrise gewesen sein mag, so hat doch die englische Regierung heute die Überzeugung gewonnen, daß seit einiger Zeit wenigstens das Berliner Kabinett in Wien zu Mäßigung rät. Dem Kabinett von London liegt zuviel daran, daß Deutschland diese Haltung auch in Zukunft beibehält, um diese Frage nicht zu berühren, und ich glaube sogar, daß eine ernstliche Anstrengung in dieser Hinsicht gemacht werden wird.

Dies ist vielleicht die einzige Frage, über die König Eduard persönlich sprechen wird. Ich glaube, Seine Majestät ist wenig geneigt, auf die Frage des „Eisernen Ringes" zurückzukommen, der Deutschland angeblich umgibt, wie übrigens auch nicht auf andere Fragen der allgemeinen Politik. Wie ich die Sache ver-

stehe, geht König Eduard nach Berlin, um die Art und Weise, wie er vom Hofe und von der Bevölkerung in Berlin empfangen werden wird, genau zu beobachten und bei seiner Rückkehr ebenso genau zu beobachten, welchen Eindruck der Berliner Empfang in England hervorgerufen haben wird. Und ich bin geneigt anzunehmen, daß der König hofft, dieser Empfang in Berlin werde besser sein, als man gewöhnlich in England annimmt, und daß folglich auch die moralische Entspannung eine größere sein wird. Aber der König wünscht nicht selbst über Politik zu sprechen. Ich denke, mehr denn je fehlt das gegenseitige Zutrauen, welches für ganz intime politische Gespräche notwendig ist. Und auch der Augenblick scheint ihm für offizielle Unterredungen, was seine eigene Persönlichkeit anbelangt, schlecht gewählt. Daher überläßt er das Wort seinen Ministern.

Ich glaube, ich habe Eurer Exzellenz bereits in privater Weise mitgeteilt, warum König Eduard sich so viel Zurückhaltung auferlegt. Selbst vor der Veröffentlichung im Daily Telegraph und den sich hieraus für die Haltung und Stellung Kaiser Wilhelms ergebenden Folgen hatte man in England, obwohl mit großer Mäßigung, darauf hingewiesen, daß die Rolle des englischen Souveräns zu markant und zu persönlich sei, um mit der Konstitution des Landes in völligem Einklange zu sein. Die Kritik, der Kaiser Wilhelm in Deutschland unterworfen worden ist, hat augenscheinlich auch auf König Eduard gewirkt, und er wird sicherlich alles tun, um derartige oder vielmehr ähnliche Kundgebungen zu verhindern, denn es ist ausgeschlossen, daß solche Kundgebungen hier dieselbe Form wie in Deutschland annehmen könnten.

Die erste Folge ist die, daß der König aus diesem Grunde, und nur aus diesem Grunde, von einem verantwortlichen Mitgliede des Kabinetts begleitet sein wird.

Wenn man die Lage von London aus beurteilt, so erscheint es wichtig, daß dieser Besuch stattfindet. Wenn er aus dem einen oder andern Grunde unmöglich gewesen wäre, so hätte sich die allgemeine Lage sehr wahrscheinlich in viel größerem Maße verschlechtert, als sie sich durch diesen Besuch verbessern wird. In diesem umgekehrten Sinne ist der Besuch gewiß wichtig und unsern Interessen dienlich.

Ohne mir ein Urteil über die Stimmung Kaiser Wilhelms und der deutschen Regierung erlauben zu wollen, scheinen jedoch alle Nachrichten über seinen moralischen Zustand darauf hinzuweisen, daß er diesmal weniger Entschlossenheit und persönliche Tätigkeit zeigen wird, als dies sonst anläßlich von Monarchenbesuchen der Fall gewesen ist. Was mich anbelangt, so hoffe ich es, denn im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn der Kaiser seine frühere Haltung wiederaufnehmen sollte, als er während der drei in England zugebrachten Wochen beständig und fieberhaft eine englisch-deutsche Annäherung auf Kosten der Übereinkommen Englands mit Frankreich und Rußland herbeizuführen sich bemühte — Bemühungen, welche die Veröffentlichung im Daily Telegraph nur teilweise wiedergibt —, so würde die Enttäuschung, die er unabwendbar erleben müßte, nicht zur Beruhigung der Lage beitragen. Dies hängt ausschließlich von der inneren Lage in Deutschland ab, die ich von hier aus nicht beurteilen kann.

Dieser Brief war geschrieben, ehe ich noch einmal mit Sir Charles Hardinge gesprochen hatte. Ich habe ihn soeben gesehen. Ich fragte ihn, was ich Eurer Exzellenz über den Besuch König Eduards in Berlin mitteilen solle. Er antwortete mir, daß dieser Besuch stattfinden würde, weil der König ihn schuldig sei, und daß man hoffen dürfe, daß die Zusammenkunft einen beruhigenden Einfluß auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern ausüben werde; daß der König dieses Mal von einem Mitgliede des Kabinetts begleitet sein würde, da ein derartiger Wunsch in englischen Kreisen ausgesprochen worden ist; daß Lord Crewe die Weisung erhalten habe, nur gewisse afrikanische Fragen zu besprechen und auf die Rüstungsfrage nur einzugehen, wenn sie von den deutschen Ministern erwähnt würde, dies aber nicht selbst zu tun; daß alle andern diplomatischen Fragen, die die deutsche Regierung aufwerfen würde, von ihm, Hardinge, behandelt werden würden: so z. B. die Balkanfrage, die in dem uns bekannten Sinne erörtert werden würde, die Bagdadbahn oder andere; daß dieser Besuch die allgemeine Politik Englands in keiner Weise verändern könne; daß alles beim alten bleiben würde.

Ganz vertraulich fügte Sir Charles hinzu, daß ein Teil

des englischen Publikums Hoffnungen hege, die er für übertrieben hält. Ich kann Ihnen nur erklären, sagte er mir, daß nach unserer Meinung im Foreign Office, solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 28. Januar/10. Februar 1909.

Grey sagt mir, er sähe keine Anzeichen, daß die deutsche Regierung anläßlich des Berliner Besuches auf die Frage der Bagdadbahn zurückzukommen gedenkt. Wenn dies dennoch geschehen sollte, so würde Hardinge bei der schon gegebenen Antwort verharren, daß das Londoner Kabinett bereit ist, zu vieren zu verhandeln, nicht aber zu zweien. Grey hält es jedoch nicht für völlig ausgeschlossen, daß Deutschland diesmal Verhandlungen zu vieren annimmt, was eine Feststellung unseres Standpunktes notwendig macht. Grey hat mir die Instruktionen, die Crewe und Hardinge gegeben worden sind, wiederholt. Er hat Metternich erklärt, daß das Londoner Kabinett die Frage des Flottenbudgets nicht anregen werde, aber bereit sei, über dasselbe zu sprechen, wenn Deutschland die Initiative dazu ergreife. Im Laufe dieser Unterredung mit Metternich ist die Bagdadbahn nicht erwähnt worden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Februar 1909.

Ihr Telegramm Nr. 183 erhalten. Nachdem Grey ein Telegramm ähnlichen Inhaltes vom englischen Botschafter in Petersburg erhalten hatte, hat er mich zu sich gerufen und mir erklärt, er bedaure aufrichtig, daß die russische Regierung die Meinung hegen könne, daß in der Orientierung der englischen Politik im nahen Osten eine Änderung eingetreten sei. Das Pressecommuniqué über die Resultate des Berliner Besuches ist in den gewöhnlichen wohlwollenden Ausdrücken gehalten, aber es wird in demselben direkt darauf hingewiesen, daß die

Gemeinsamkeit der Ansichten der englischen und deutschen Regierung in Balkanfragen sich auf die Erhaltung des Friedens, des status quo und des neuen Regimes in der Türkei bezieht. Grey erklärt auf das entschiedenste, daß die Politik Englands noch immer dieselbe ist wie bei Ihrem letzten Besuche in London, daß England gemeinsam mit Rußland im nahen Osten vorzugehen wünscht und wie früher bereit ist, uns seine diplomatische Unterstützung zugunsten Serbiens zuteil werden zu lassen. Andererseits erblicke ich keine Anzeichen irgendeiner Änderung in der englischen Politik, es sei denn, daß England jetzt mehr denn je die Erhaltung des Friedens wünscht. Mit dem nächsten Kurier schreibe ich Ihnen Einzelheiten über den Berliner Besuch, dessen Hauptergebnis darin besteht, daß England die Überzeugung gewonnen hat, Deutschland wolle keinen Krieg und sei bereit, nach Maßgabe seiner Kräfte der Sache des Friedens zu dienen. Hinsichtlich der Mittel und Wege, einen österreichisch-serbischen Konflikt zu verhindern, hat Grey mir gesagt, er werde mir seine Antwort in der allernächsten Zeit zukommen lassen.

Brief des russischen Geschäftsträgers in London Poklewski-Koziell an den russischen Außenminister vom 3./16. Februar 1909.

Am 31. Januar/13. Februar sind Ihre Majestäten aus Berlin zurückgekehrt, und dieser Besuch ist in der Presse fast der ganzen Welt als sehr befriedigend bezeichnet worden.

Soviel ich gehört habe, hat diese Reise bei dem Könige und der Königin den allerangenehmsten Eindruck hinterlassen, und Sir Charles Hardinge hat mir bestätigt, daß der Empfang sowohl von seiten des deutschen Kaiserpaares als auch der Berliner Bevölkerung ein sehr warmer und herzlicher gewesen ist und daß die wenigen politischen Gespräche, die er mit dem Reichskanzler und Baron Schön geführt hat, einen liebenswürdigen und versöhnlichen Charakter hatten.

Aus meinen weiteren Fragen hat sich jedoch ergeben, daß diese Unterredungen nur einen ganz allgemeinen Charakter hatten, daß man sich sorgsam gehütet hat, solche Fragen zu erwähnen, in denen sich in letzter Zeit ein Gegensatz zwischen

den beiden Regierungen gezeigt hatte, und daß deshalb Sir Charles selbst zugibt, dieser Besuch habe zu keinen greifbaren Resultaten geführt.

Von seiten der deutschen Regierung ist die Frage der Flottenrüstungen und der Bagdadbahn gar nicht erwähnt worden, weshalb sie, wie hier vorher beschlossen worden war, auch von englischer Seite nicht aufgeworfen wurde.

Fürst Bülow hat viel davon gesprochen, daß er niemals die Ansicht des Wiener Kabinetts geteilt habe, England wolle allgemeine Verwicklungen hervorrufen und benutze zu diesem Zwecke die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina hervorgerufene Krise. Er hat hierbei Aehrenthal nicht geschont, hat seine Handlungsweise verurteilt und sich über die schwierige Stellung Deutschlands beklagt, welches verpflichtet sei, seinen Bundesgenossen und dessen Politik, welcher es nicht immer zustimmen könne, zu unterstützen. Der Reichskanzler hat auch seiner lebhaften Freude anläßlich des Marokko-Übereinkommens mit Frankreich Ausdruck verliehen; er beteuerte die Friedensliebe der deutschen Politik und wies darauf hin, daß man von Berlin aus schon oft beruhigende Ratschläge in Wien erteilt habe. Er sprach sich für die Erhaltung des status quo auf dem Balkan aus, und als Sir Charles auf die Sympathien Englands zum neuen türkischen Regime hinwies, beteuerte er, daß Deutschland der neuen Ordnung der Dinge in Konstantinopel ebenso wohlwollend gegenüberstehe. Mit einem Wort, Fürst Bülow sagte solche Dinge, die bei seinen englischen Zuhörern nur das allerangenehmste Echo finden konnten.

Eine beunruhigende Note in den Ergüssen des Deutschen Reichskanzlers war nur die Erwähnung des Umstandes, daß Österreich augenscheinlich Serbien gegenüber die Geduld zu verlieren beginnt. Er drückte hierbei den Gedanken aus, daß, wenn serbische Banden in Bosnien einbrechen sollten und Österreich hierdurch veranlaßt würde, in Serbien einzurücken, die Mächte vom Wiener Kabinett die Zusicherung erhalten müßten, daß die Unabhängigkeit und jetzigen Grenzen des slawischen Königreiches unberührt bleiben würden, was Rußland beruhigen und ihm erlauben würde, neutral zu bleiben.

Ich bemerkte hierauf Hardinge, daß die letzten Worte des

Fürsten Bülow vielleicht den Zweck verfolgten, England auf einen bevorstehenden bewaffneten Zusammenstoß zwischen Serbien und Österreich vorzubereiten; Hardinge war jedoch mit mir nicht einverstanden, indem er mir erklärte, der Reichskanzler sei äußerst besorgt, daß ein derartiges Ereignis, selbst wenn die geeigneten Garantien vorlägen, Rußland zu einer Einmischung veranlassen könne. Fürst Bülow hat gleicherweise erklärt, daß Österreich bereit sein wird, Serbien vorteilhaftere Handelsbedingungen und einen Zugang zur Adria zu gewähren; er bestritt aber die Möglichkeit, z. B. Spizza an Montenegro zu überlassen, da Kaiser Franz Joseph fest entschlossen sei, auch nicht einen Zoll österreichisch-ungarischen Territoriums abzutreten. Den Worten Sir Charles' zufolge ist hiermit der Inhalt seiner politischen Unterredungen mit den Führern der deutschen Politik erschöpft, und das Hauptergebnis besteht darin, daß die englische Regierung die Überzeugung gewonnen hat, daß Deutschland den Frieden wünscht und daß es bereit ist, im kritischen Augenblicke sein ganzes Gewicht auf die Seite derjenigen Mächte zu stellen, die die Erhaltung des europäischen Friedens erstreben. England ist natürlich gewillt, diese Stimmung Deutschlands auszunutzen, und vielleicht schon in allernächster Zeit wird es sich erweisen, ob die Worte des Fürsten Bülow aufrichtig gemeint waren.

Die öffentliche Meinung Englands hat die Berliner Begegnung mit der größten Sympathie verfolgt, und sowohl in der Presse als auch in politischen Kreisen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Beziehungen zu Deutschland sich ernstlich bessern werden. Aber die rauhe Wirklichkeit schont keine Illusionen, und schon heute wird in der englischen Thronrede die Notwendigkeit erwähnt, die Kredite für die Flottenrüstungen zu erhöhen. In kurzer Zeit wird das radikale Kabinett vorschlagen und das friedlich gestimmte Parlament bewilligen, daß die Steuern zur Deckung dieser Ausgabe bedeutend erhöht werden, und dies wird in dem Bewußtsein geschehen, daß die neuen schweren Opfer die Folge der maritimen Rüstungen Deutschlands sind. Derartige Argumente machen tieferen Eindruck auf die öffentliche Meinung als schöne Worte und aufrichtige Liebenswürdigkeiten.

Brief des russischen Botschafters in Berlin Osten-Sacken an den russischen Außenminister Iswolsky vom 6./19. Februar 1909.

In meinem Telegramm vom letzten Dienstag habe ich Euerer Exzellenz einen kurzen Bericht meiner Unterredung mit dem Staatssekretär über die politischen Resultate des Besuches König Eduards in Berlin mitgeteilt.

Sie wissen bereits, daß kein schriftliches Übereinkommen unterzeichnet worden ist. Alles hat sich auf Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und Sir Charles Hardinge beschränkt. Baron Schön hat mir versichert, daß selbst zwischen den beiden Monarchen kein Wort über Politik gesprochen worden ist, und erst im Augenblicke der Abfahrt auf dem Bahnhofe habe König Eduard Kaiser Wilhelm gesagt, er finde die Erregung in der öffentlichen Meinung und der Presse in England anläßlich der progressiven Vermehrung der deutschen Flotte lächerlich. Der König hätte hinzugefügt: Du hast die Zustimmung des Reichstages zu dem Programm erhalten, das du für die Deutschland notwendige Seestreitkraft aufgestellt hast, und du mußt dieses Programm ausführen. Was die Unterredungen zwischen Sir Charles Hardinge und dem Fürsten Bülow anbelangt, so bezogen sie sich ausschließlich auf Balkanfragen.

Baron Schön zufolge ist weder von der Bagdadbahn, noch von Persien, noch von der Erwerbung von Kohlenstationen in afrikanischen oder asiatischen Gewässern die Rede gewesen. Was den Balkan anbelangt, so ist ein völliges Einvernehmen des beiderseitigen Standpunktes festgestellt worden, nämlich die Notwendigkeit, den status quo zu erhalten und vor allem einen Bruch zwischen Österreich, Serbien und Montenegro zu vermeiden. Dies hält Hardinge für die größte Gefahr auf dem Balkan. Nachdem Hardinge sich überzeugt hatte, daß Österreich jede territoriale Kompensation verweigere, hat er auf der Notwendigkeit bestanden, Serbien und Montenegro ökonomische Vorzüge zu gewähren. Er habe sich sogar bereit erklärt, als Vermittler, allerdings nur als offiziöser, zwischen Österreich und Serbien aufzutreten, um von letzterem zu erlangen, daß das Belgrader Kabinett sich jeder Handlung enthält, die von der Donaumonarchie als Provokation betrachtet werden könnte.

Mit einem Worte, alle beide haben sich bereit erklärt, gemeinsam an der Beruhigung des Balkans zu arbeiten.

Hardinge hat den Reichskanzler zum Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko beglückwünscht. Das Londoner Kabinett erblickt hierin ein wertvolles Unterpfand für den Frieden und ist bereit, alle weiteren derartigen Bestrebungen zu unterstützen. Diesen Zweck verfolge auch der Besuch König Eduards in Berlin. Die Anwesenheit Seiner Majestät in der deutschen Hauptstadt sei nicht nur ein Beweis seiner freundschaftlichen Gefühle für Kaiser Wilhelm, sondern sei auch ein Deutschland gegebenes Pfand, daß das englische Volk keine Feindschaft ihm gegenüber hege. England wünsche zwischen den beiden Ländern gutnachbarliche Beziehungen zu unterhalten. Der englische Staatssekretär hat hinzugefügt, daß König Eduard durch die Haltung der Berliner Bevölkerung sehr gerührt sei und an den Empfang im Rathause die beste Erinnerung bewahren werde.

Dies ist der Inhalt der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem englischen Unterstaatssekretär, des einzigen politischen Gespräches während des Besuches.

Die Presse glaubt mehr zu wissen, und ich habe Ihnen bereits einige Beispiele zukommen lassen. Es ist schwer zu bestimmen, ob die Quelle dieser Enthüllungen Zutrauen verdient. Sollte ich später noch irgendeine Einzelheit erfahren, so werde ich sie Ihnen mitteilen.

Die Beziehungen des Fürsten Bülow zum Kaiser bleiben dieselben: eine korrekte und etwas reservierte Haltung von seiten des Monarchen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Januar/10. Februar 1909.

Grey hat mir gegenüber seine Befriedigung mit dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen ausgedrückt. Er ist der Ansicht, daß das Verschwinden dieser Frage aus der Reihe derjenigen, welche den Frieden beständig bedroht haben, ein wichtiges Unterpfand zur Erhaltung des Friedens ist. Dieses unerwartete Übereinkommen scheint ihm eine Änderung in der Art und Weise des deutschen Vorgehens zu bedeuten, was allen

zugute kommen würde. Sein vollständiges Vertrauen in die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und England läßt bei ihm keine Besorgnis wegen eines möglichen Hintergedankens Deutschlands aufkommen. Grey hofft, daß das Gefühl der Isolierung, welches sich in Deutschland immer mehr verbreitete, jetzt nicht mehr so stark sein wird. Er ist damit durchaus zufrieden. Denn obwohl seiner Ansicht nach dieses Gefühl nicht berechtigt war, so hat es doch der deutschen Politik eine Haltung eingeflößt, welche zu einer wirklichen Isolierung hätte führen können. Er sagt mir, der Krieg wäre unvermeidlich geworden erstens, wenn Deutschland wirklich isoliert wäre, und zweitens, wenn es die Hegemonie in Europa erlangt hätte. Da die letzte Gefahr nicht mehr besteht, so begrüßt er alles, was die erstere vermindert.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 15./28. Mai 1909.

Der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien und die Herzlichkeit der Monarchenzusammenkunft wird immer noch von den hiesigen Zeitungen besprochen, welche betonen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn durch neue Bande gekräftigt worden sind. Die Zeitungen sind mit der Festigkeit des Dreibundes zufrieden und weisen auf seine friedlichen Ziele und seine Bedeutung für die Erhaltung des allgemeinen Gleichgewichtes in Europa hin. Das Bestreben, der letzten Monarchenzusammenkunft in Wien besondere politische Bedeutung beizulegen, erklärt sich einerseits aus dem Wunsche der deutschen offiziösen Presse, die Aufmerksamkeit von der ziemlich verwickelten inneren Lage abzulenken, die durch die Durchführung der Finanzreform hervorgerufen worden ist, und andererseits besteht augenscheinlich der Wunsch, in Anbetracht der sich immer schwieriger gestaltenden Beziehungen zu England zu beweisen, daß Deutschland nicht isoliert sei.

Trotz aller Versuche einer Annäherung, wie die Entsendung von Deputationen und Austausch von Begrüßungen und Reden zwischen verschiedenen englischen und deutschen Gesellschaften, wobei die Gemeinsamkeit der kulturellen Interessen beider Länder betont wird, scheint das gegenseitige Mißtrauen zwischen

England und Deutschland nicht zu verschwinden, sondern immer tiefere Wurzeln zu schlagen.

Symptomatisch ist einerseits die englische Furcht eines deutschen Angriffes auf England, wie dies in den phantastischen Gerüchten über deutsche Spione und Luftschiffe zum Ausdruck kommt. Andererseits sind für die deutsche Stimmung die beständigen Hinweise auf die Feindseligkeit der englischen Politik Deutschland gegenüber bedeutsam, ohne von der fieberhaften Tätigkeit der deutschen Behörden zu sprechen, um die Flotte für den Fall eines Zusammenstoßes mit England zu verstärken.

Unter dem Einflusse dieses Gedankens sucht Deutschland seine Beziehungen zu Frankreich zu verbessern und befürchtet die Möglichkeit einer noch weiteren Annäherung der russischen und englischen Politik, nicht nur in den speziell orientalischen Fragen, sondern auch in solchen, die die Weltpolitik betreffen.

Bemerkenswert ist das Urteil der deutschen Presse über unsere Handlungsweise in Persien, denn die Zeitungen suchen zu beweisen, daß die von uns getroffenen Maßnahmen den Wünschen Englands kaum entsprechen dürften.

Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 28. Oktober/10. November 1909.

Einige englische Minister haben gestern während des Bankettes im Guildhall politische Reden gehalten. Nachdem Asquith darauf hingewiesen hatte, daß in einigen Fragen der imperialistischen Politik bedeutende Fortschritte erzielt worden sind, hat er über die allgemeine internationale Lage ein optimistisches Urteil geäußert. Nachdem er die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen England, Japan und Amerika berührt hatte, betonte er die Tatsache, daß das Übereinkommen Englands mit einigen andern Staaten bewiesen hat, daß es keine selbstsüchtigen oder aggressiven Ziele verfolgt, und daß jetzt kein Hindernis besteht, die Beziehungen zu Deutschland zu regeln, was im Interesse beider Staaten liege.

Ohne für die Richtigkeit meiner Angaben bürgen zu können, glaube ich annehmen zu dürfen, daß der sich hier schon zwei Wochen aufhaltende deutsche Kolonialminister Dernburg in seinen Unterredungen mit den hiesigen politischen Führern die

Frage einer Regelung der deutsch-englischen Beziehungen angeregt hat und daß der englische Ministerpräsident nur nach diesem Meinungsaustausche seinem Wunsche, die Beziehungen der beiden Länder gebessert zu sehen, so offen hat Ausdruck geben können.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.

In Deutschland macht sich in letzter Zeit immer mehr das Bestreben bemerkbar, bessere und aufrichtigere Beziehungen zu England herzustellen. Diese Bestrebungen finden sowohl in der Presse als auch in den Reden des deutschen Kolonialministers in England nach seiner Rückkehr aus Afrika Ausdruck.

Man muß annehmen, daß diese neue anglophile Strömung von der Regierung gefördert wird, und sie bildet vielleicht eine Antwort auf die kürzlichen Erklärungen Asquiths, das Londoner Kabinett habe seinerzeit Deutschland einen Vorschlag gemacht, sich über die Einschränkung der Rüstungen zur See zu einigen.

Auf alle Fälle erklärt die Presse einstimmig, daß der Kanzlerwechsel ein Einverständnis mit England erleichtert habe, und daß, seitdem der englandfreundliche Bethmann Hollweg sein Amt angetreten habe, in dieser Hinsicht schon ein großer Schritt vorwärts getan worden sei. Der glänzende Empfang, der Dernburg in England zuteil geworden ist, die deutsch-englischen Verhandlungen über den Kongo, die Reden der Admirale Köster und Seymour anläßlich der Anwesenheit der deutschen und englischen Flotte bei den Hudson-Feierlichkeiten, alle diese Ereignisse beweisen die freundschaftlichen Gefühle, die wieder im deutschen und im englischen Volke zum Ausdrucke kommen.

Die Eile und die Bestimmtheit, mit der die „Enthüllungen" des früheren Diplomaten vom Rath offiziell dementiert worden sind, beweisen, wie sehr man in Berlin das Wohlwollen Englands schätzt und wie sehr man alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen sucht, die eine Verzögerung oder Verlangsamung der Herstellung besserer Beziehungen bedeuten könnten.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1909/5. Januar 1910.

So nahe auch die allgemeinen Wahlen bevorstehen, so schwer ist es, ihr Ergebnis vorauszusehen. Die Reden folgen aufeinander, ohne daß sie ein neues Licht auf die Lage werfen. Alles ist schon gesagt worden, und man beschränkt sich auf Wiederholungen, welche natürlich eine immer schärfere Form annehmen. Die Frage des Oberhauses, vielmehr seine legislative Gewalt, tritt immer deutlicher in den Vordergrund, aber selbst in dieser Hinsicht gibt es weder ein Programm noch eine vorgeschlagene Lösung. . . .

Der jetzige Wahlkampf wird jedoch, abgesehen von diesen rein inneren Fragen, durch das Wiederaufflackern eines unerwarteten Chauvinismus gekennzeichnet. Dies findet seinen Ausdruck in dem Gespenst der deutschen Gefahr, welche ein wenig von allen Parteien betont wird, aber ganz hauptsächlich von den Konservativen. Es handelt sich nicht mehr allein um mehr oder weniger sensationelle Zeitungsartikel, sondern um ernste Redner wie Lord Cromer, Lord Curzon und andere.

Ich habe neulich den deutschen Botschafter gefragt, was er über die Haltung der englischen Parteien während des Wahlkampfes vom Standpunkte der englisch-deutschen Beziehungen aus halte. Er hat mir geantwortet, daß trotz des Deutschland feindlichen Lärmes, den wir um uns hörten, er sich nicht besserer Beziehungen zwischen den beiden Regierungen erinnere; wenn die konservative Partei ans Ruder gelange, so werde man sie zuerst an der Arbeit sehen müssen; eine Versammlungs- und Pressepolemik wie die jetzige habe natürlich sehr schlechte Seiten, er könne ihr aber keine übertriebene Bedeutung beimessen und sei durch sie nicht allzusehr beunruhigt.

Mein deutscher Kollege glaubt, daß die konservative Partei das Land überzeugen will, daß es für alle Ereignisse gerüstet sein muß — und dieser Standpunkt wird vom ganzen Lande geteilt; aber wenn die einflußreichen Persönlichkeiten wirklich ehrgeizige oder sogar aggressive Ziele verfolgten, so würden sie sich hüten, so oft und so laut über dieselben zu sprechen. Dem Grafen Metternich zufolge handelt es sich um ein Wahlmanöver einer Partei, die, abgesehen von der sehr strittigen Frage der

Tarifreform, kein bestimmtes Programm besitzt, was immer eine Schwäche bedeutet.

Was mich anbelangt, so teile ich vollkommen die Ansicht meines deutschen Kollegen. Ich glaube sogar, daß diese ganze Agitation nicht sehr weit geht, da sie vor allem durch die Reden eines glänzenden populären und erfahrenen, aber auch eines unzufriedenen Parteiführers genährt wird — ich meine Admiral Lord Charles Beresford.

Meiner Ansicht nach liegt dieser Agitation der verborgene Wunsch zugrunde, wenn nicht ein Übereinkommen zu erzielen, so doch beruhigt zu werden, und ein greifbarer Beweis einer Entspannung würde von der großen Masse des Publikums mit Freuden begrüßt werden.

Ohne besonders optimistisch zu sein, was das Resultat der Bagdadbahn-Verhandlungen anbelangt, glaube ich dennoch, daß diese Annäherungsbestrebungen sofort nach Beendigung der Wahlen auf die eine oder andere Art und Weise wiederaufgenommen werden werden. Ich glaube, dies ist der Wunsch Englands, und ich glaube mich nicht zu irren, daß dies auch von Deutschland gilt. In dieser Hinsicht kann ich nicht die Meinung Pichons teilen, die in einem Briefe unseres Botschafters in Paris erwähnt wird. Diese Ansicht stützt sich auf das Phänomen, daß auf dem Kontinent die radikalen Parteien und noch mehr die Sozialisten sich für ausländische Politik wenig interessieren und gegen Rüstungen sind. Eine derartige Verallgemeinerung trifft auf dieser Seite des Kanals nicht zu.

Es besteht kaum ein Unterschied zwischen dem Interesse der Konservativen und der Radikalen an der auswärtigen Politik, und was die Notwendigkeit von Rüstungen anbelangt, so stimmen beide Parteien überein. Die Ansicht Pichons trifft jedoch für Wahlperioden zu; die ausländische Politik ist nichts anderes als eine Wahlparole. Dies ist meine Auffassung von der jetzigen antideutschen Agitation.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 18./31. März 1911.

Der englische Außenminister hat dem Gedanken eines englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages zugestimmt, wel-

cher sich nicht in den bisher üblichen Grenzen halten, sondern sich auf alle Fragen erstrecken würde. Diese Erklärung hat sowohl in hiesigen Regierungskreisen, als auch in der öffentlichen Meinung ein gewisses Aufsehen erregt.

In dieser Erklärung Greys ist man geneigt den ersten Schritt zu einer Annäherung zwischen England und Amerika zu erblicken, welch letztere in der deutschen Presse einen für die deutschen Interessen bedrohlichen Charakter annimmt — eine Koalition Englands und Amerikas unter möglicher Beteiligung Frankreichs. Diese Befürchtungen schwächen den Eindruck der Rede Greys ab, welche die Hoffnung auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England erweckt hatte.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.

Grey hat mir erklärt, er habe mir eine sehr vertrauliche Mitteilung zu machen. Die deutsche Regierung hat soeben einen Schritt erneuert, der bereits im Laufe der beiden letzten Jahre erfolgt war, ohne zu irgendwelchen praktischen Folgen zu führen. Es handelt sich um einen Vorschlag, in direkte Verhandlungen über näher zu bestimmende Fragen einzutreten. Das Berliner Kabinett hat hinzugefügt, es würde nützlich sein, eine allgemeine Formel zu finden, um die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten näher zu bestimmen.

Sir Edward hat mir erklärt, daß gewisse Interessen Englands und die Interessen des allgemeinen Friedens eine Verbesserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland wünschenswert erscheinen lassen, indem ein Übereinkommen getroffen wird, welches das deutsch-französische Marokko-Abkommen und die augenblicklichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland ergänzt.

Das Londoner Kabinett hat folglich drei Punkte angedeutet, die die Grundlagen eines Übereinkommens bilden könnten: 1. die Bagdadbahn, 2. die Eisenbahnen in Südpersien, 3. die Rüstungen. Ich fragte den Minister, ob er den Ausdruck Bagdadbahn näher bestimmt habe. Er sagte, er habe die Frage mit diesem einen Worte ohne weitere Erläuterungen bezeichnet.

Dasselbe könne auch von der Eisenbahn in Südpersien gesagt werden, und er fügte hinzu, es handele sich für England hauptsächlich darum, sich gegen die Gefahr deutscher Eisenbahnkonzessionen in diesen Gebieten zu sichern, da England die ausschließliche Kontrolle über diejenigen Linien haben müsse, deren Konzession es in Zukunft für sich verlangen werde. Dies bedeute nicht, daß England sich in rein finanzieller Hinsicht einer deutschen Teilnahme widersetzen werde, ebenso nicht wie einer französischen und russischen Teilnahme, falls dies gewünscht werden sollte.

Sir Edward sagte nichts über die Rüstungen. Seine Ansicht in dieser Hinsicht ist Ihnen bereits bekannt. Ich glaube nicht, daß er an die unmittelbare Verwirklichung dieses Gedankens glaubt, aber es liegt ihm daran, ihn zur Diskussion zu bringen.

Über die Frage einer allgemeinen Formel, die Deutschland vorgeschlagen hat, hat der Minister sich ausführlich geäußert. In seiner ersten Antwort an die deutsche Regierung habe er einen derartigen Gedanken nicht völlig von sich gewiesen, aber bemerkt, daß die Übereinkommen Englands mit Rußland und Frankreich keine derartige allgemeine Formel enthalten, daß auf alle Fälle das Londoner Kabinett keine annehmen könne, welche die jetzigen Beziehungen zu den Kabinetten Petersburgs und Paris beeinträchtigen würde, daß er aber eventuelle Vorschläge der deutschen Regierung prüfen wolle.

Als Erläuterung fügte Sir Edward hinzu, daß er den Nutzen einer derartigen allgemeinen Formel nicht einsehe und daß eine solche nur möglich wäre, wenn sie so abgefaßt würde, daß Rußland und Frankreich ihr beitreten könnten; dies würde zu einem gewissen allgemeinen Abkommen führen, welches jedoch den jetzigen Zustand nicht verändern könnte.

Ich dankte Sir Edward für seine Mitteilungen und fügte hinzu, daß Euere Exzellenz den ganz besonders freundschaftlichen und vertraulichen Charakter derselben schätzen würden.

Die in Aussicht genommenen Verhandlungen beziehen sich also nicht auf drei, sondern auf vier Punkte: die drei von England vorgeschlagenen und die allgemeine Formel des Kabinetts von Berlin.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 15./28. März 1911.

Infolge der Abreise unseres letzten Kuriers habe ich noch nicht Zeit gefunden, Ihnen meine Ansicht über die mir von Grey gemachten Mitteilungen zukommen zu lassen. . . .

Ich brauche nicht ausführlich über die Frage der Rüstungen zu sprechen, die, wie mir scheint, mehr eine Formsache ist; selbst wenn diese nicht gelöst werden könnte, würde es nicht bedeuten, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen zu keinem praktischen Resultate geführt haben. Es bleibt mir nur übrig, den Punkt zu erwähnen, der auf die Initiative Deutschlands zurückzuführen ist — die allgemeine Formel, die die zukünftigen Beziehungen der beiden Mächte umfassen soll. In politischer Hinsicht scheint mir dies der wichtigste Punkt zu sein. Er würde ein englisch-deutsches Übereinkommen über alle uns direkt interessierenden Fragen bedeuten — Türkei, Persien und überhaupt den Osten.

Sie werden bemerkt haben, daß Grey in seiner Antwort seiner festen Absicht Ausdruck verliehen hat, auf dem Boden der Entente der drei Mächte zu bleiben, wodurch also jedes Projekt eines ausschließenden Abkommens zwischen England und Deutschland abgelehnt wird.

Ich kann jedoch nicht leugnen, daß die öffentliche Meinung Englands heute weniger abgeneigt ist, Deutschland Zugeständnisse zu machen und die Beziehungen zwischen beiden Ländern inniger zu gestalten, als dies bis jetzt der Fall war, und ich muß hinzufügen, daß der Schleier, der in den Augen des großen Publikums unsere Verhandlungen mit Deutschland zudeckt, hier wie eine ätzende Lösung wirkt und daß es in unserem Interesse liegt, diesem Zustande so bald wie möglich ein Ende zu machen.

Wie allgemein bekannt, ist aus besonderen Gründen die englisch-russische Entente in den parlamentarischen Kreisen der äußersten Linken nie beliebt gewesen. Die deutschfreundliche Propaganda hat sich zuerst an diese Partei gewandt und hat dann unsere jetzigen Verhandlungen mit Deutschland dazu benutzt, um weitere Kreise der liberalen Partei an sich zu ziehen. Das Ziel ist noch lange nicht erreicht, aber gewisse Blätter, wie

die Westminster Gazette, widersetzen sich nicht mehr systematisch dem Gedanken besserer Beziehungen zu Deutschland. Ich weiß nicht, ob Euere Exzellenz sich eines Berichtes erinnert, den ich vor zwei Jahren über eine Unterredung mit Lord Curzon eingeschickt habe. Dieser Staatsmann hat mir erklärt, daß seiner Ansicht nach die Bedingungen der über Persien abgeschlossenen Konvention für England unvorteilhaft seien, und daß er deshalb gegen die Konvention gewesen sei; prinzipiell jedoch befürworte er so sehr eine Entente zwischen England und Rußland, daß er sich mit diesen Fehlern gern aussöhnen wolle, wenn es gelänge, die Entente während der schwierigen ersten Jahre aufrechtzuerhalten.

Dies ist bis jetzt der Fall gewesen, ist es aber heute nicht mehr ganz. Ich habe nicht gehört, daß die Erhaltung der Entente in Frage gestellt wäre — man spricht jetzt aber weniger von der Entente, trotz der Reden Greys im Parlamente.

Eine derartige Stimmung unterstützt die Annäherungsbestrebungen an Deutschland, und diese werden erst eine Schwächung erfahren, nachdem man sich über die Tragweite unserer Verhandlungen mit Deutschland klar geworden sein wird.

Der wichtigste Punkt ist unsere Aktionsfreiheit in der Frage der türkischen vierprozentigen Zollerhöhung. Steht diese einmal fest, so wird England wissen, bis zu welchem Grade es auf unsere Unterstützung bei den Bagdadbahn-Verhandlungen wird rechnen können, und dadurch wird der Eindruck verhindert werden, daß die russische Politik an den Zugeständnissen schuld sei, die England in dieser Frage wird machen müssen.

Ich glaube nicht, daß es ihm möglich sein wird, alle seine Ansprüche hinsichtlich Koweits und der Linie Bagdad nach dem Persischen Golfe aufrechtzuerhalten. Es wird sich vielmehr darum handeln, den türkischen Vorschlag in einem für England günstigen Sinne abzuändern.

Auch scheint es mir dringend notwendig, im jetzigen Augenblick jeden Gegensatz zwischen russischen und englischen Interessen in den persischen Eisenbahnfragen zurücktreten zu lassen, indem wir uns mit denjenigen Linien einverstanden erklären, deren Bau unabwendbar ist. Auch sollten wir alle andern Fragen im Geiste des größten Entgegenkommens erledigen, wie z. B.

die Frage der Grenze der territorialen Gewässer. Sonst dürfte es für Deutschland allzu vorteilhaft werden, mit uns und mit England getrennt zu verhandeln. Jeder Anschein eines Gegensatzes zwischen uns und England würde Deutschland unmittelbar nützen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 9./22. November 1911.

In einem meiner vorherigen Briefe habe ich Euerer Exzellenz berichtet, daß im Parlamente die Opposition gegen die Politik Sir Edward Greys wächst. Da ich vollkommenes Zutrauen zu seinem Einflusse auf das Parlament habe, würde ich diesem Umstande keine besondere Bedeutung beilegen, wenn ich nicht auch an andern Orten gewisse Beobachtungen gemacht hätte, über die ich Ihnen einige Einzelheiten mitteilen will.

In der öffentlichen Meinung und der Presse sowohl Deutschlands als auch Englands herrscht die bestimmte Ansicht, daß die Beziehungen beider Länder vielleicht noch niemals so gespannt gewesen sind wie soeben, und wie dies bis zu einem gewissen Grade auch jetzt noch der Fall ist. Ich bin der Ansicht, daß man dieser Tatsache keine allzu große Bedeutung beilegen darf, wenigstens was die Zukunft anbelangt.

Es ist allerdings wahr, daß die Annäherungsversuche, von denen ich Euerer Exzellenz gesprochen habe, plötzlich zu einem Stillstand gekommen, vielmehr unterbrochen worden sind; es ist wahr, daß die Leidenschaften sich erhitzt haben und daß die Sprache nicht nur der Presse, sondern auch der Diplomatie eine bis jetzt unbekannte Schärfe angenommen hat. Aber gerade dieses ruft bei mir gewisse Erwägungen hervor.

Denn wenn man in England einerseits unbedingtes Vertrauen in die Zukunft des ungeheuren russischen Reiches hat, was uns hier stärkt, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß England und Deutschland eine gewisse Achtung voreinander haben, so daß sie sich in gewissen Fragen nachahmen und in vielen Punkten bewundern. Um meine Gedanken klarer auszudrücken — weder das eine noch das andere Land hegt diese Bewunderung für Frankreich.

Die letzten Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß sich die beiden Staaten plötzlich einander gegenübergestanden sind. Man konnte nicht weiter gehen. Sie haben sich gegenseitig gemessen. Daß hierbei der Gegensatz verschärft werden mußte, ist klar, doch kann sich dieses leicht ändern. Das öffentliche Leben in England ist schwer zu verstehen und zu beurteilen, aber die vollkommene Freiheit seiner Entwicklung bringt es mit sich, daß gewisse Strömungen schneller als anderswo entstehen.

Ich wäre erstaunt, wenn aus dieser selben Krise nicht eine Reaktion im Sinne einer Annäherung hervorgehen würde, und zwar könnte dies schneller eintreten, als man allgemein glaubt. Ich glaube, daß die parlamentarische Opposition, die ich erwähnt habe, ein gewisses Anzeichen ist. Andererseits haben die Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, ohne Zweifel bereits eingesetzt, und zwar kommen sie aus Deutschland. Ich will keine übertriebenen Folgerungen aus dem Gesagten ziehen. Da die parlamentarische Opposition die Ententepolitik Sir Edward Greys unterstützt, welcher der König ebenso zugetan ist wie sein verstorbener Vater, so bildet dies eine Gewähr für die Dauer der Greyschen Politik. Es besteht für mich aber kein Zweifel, daß, wenn diese Politik aus dem einen oder andern Grunde aufgegeben werden müßte, die Isolierung Englands zu seiner Versöhnung mit Deutschland führen würde.

In diesen Erwägungen ist der Grund zu suchen, weshalb es Grey so sehr daran gelegen ist, alle Interpellationen beantworten und den Erfolg seiner Politik im Interesse des allgemeinen Friedens betonen zu können. Deshalb habe ich auch mit großer Beunruhigung in Persien einen Zwischenfall entstehen sehen, der in einem politisch so ungünstigen Zeitpunkte leider größere Bedeutung angenommen hat.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 26. Januar/8. Februar (?) 1912.

Ich bitte um die Erlaubnis, meine Beobachtungen über die Politik Englands, über die ich Euerer Exzellenz schon oft, aber nur fragmentarisch geschrieben habe, jetzt in einem Briefe zusammenfassen zu dürfen.

Ich kann keinen bessern Ausgangspunkt finden, als Sie an die Worte zu erinnern, die Grey vor ein paar Wochen an mich gerichtet hat.

Den Gedankengang entwickelnd, wie wichtig es sei, unsere Kooperation in Persien aufrechtzuerhalten, fügte der Minister fast wörtlich hinzu: „An dem Tage, an dem unsere Kooperation, eine gegenseitige Unterstützung, schwer aufrechtzuerhalten wäre, würde auch unsere Konvention hinfällig werden. Der Bruch dieser Konvention würde auch den Zusammenbruch der Entente nach sich ziehen. Und verschwindet die Entente, so müßte die englische Politik an eine neue Orientierung denken, und man müßte dabei über die Schnelligkeit des Umschwunges in der öffentlichen Meinung nicht erstaunt sein." Der Minister fügte hinzu: „In diesem Falle würde ich mich zurückziehen, denn es würde nicht wünschenswert sein, daß ich im Amte bliebe."

Diese letzten Worte konnten nur bedeuten, daß er, was seine Person anbelangt, diesen eventuellen Umschwung nicht billige; daß er ihn für die englischen Interessen schädlich halte und denselben nicht unterstützen würde.

Mit der ihm eigentümlichen Klarheit hatte Sir Edward Grey mit wenigen Worten eine Lage charakterisiert, die sich übrigens auf den damaligen Zeitpunkt nicht bezog. Wir haben es noch nicht mit diesem Umschwunge zu tun, und die Konvention und die Entente können nicht nur erhalten bleiben, sondern können noch tiefere Wurzeln fassen unter der Bedingung, daß die jetzige persische Krise in einer Weise gelöst wird, die den beiderseitigen Interessen Rußlands und Englands entspricht, und daß diese Lösung möglichst schnell gefunden wird — eben um die Entente zu erhalten.

Nicht über persische Fragen jedoch will ich heute Euerer Exzellenz schreiben. Ich wiederhole: wir haben es heute noch nicht mit dem Umschwunge zu tun, den Sir Edward befürchtete. Man darf sich jedoch nicht einer Tatsache verschließen, die hier in London in die Augen fällt: die öffentliche Meinung beginnt die politische Bilanz der Ententen zu ziehen. Trotz der politischen Reife und Erfahrung ist das englische Publikum dasselbe wie überall: sein Urteil geht nicht tief, es bleibt auf der Oberfläche. Es handelt sich hier nicht nur um einige Sozialisten und Ra-

dikale, noch um eine beständige Beeinflussung der Presse von der andern Seite des Meeres. Es handelt sich um ein Gefühl, das sich in ganz andern Kreisen bemerkbar macht, selbst in konservativen.

Man sieht nicht mehr klar, was unsere Politik in Persien will; ebenso versteht man nicht ganz unsere Beziehungen zu Deutschland. Diese Ungewißheit läßt manchmal wieder die Frage des Weges nach Indien aufleben. Man denkt an den Islam; man befürchtet den Eindruck einiger von uns getroffener Maßnahmen.

Was Frankreich anbelangt, so haben die Umstände, die den Fall des Kabinetts Cailleaux herbeigeführt haben, obwohl sie übertrieben werden, die englische öffentliche Meinung erstaunt und das bisherige unerschütterliche Zutrauen zu der Loyalität Frankreichs zur Entente einigermaßen in Frage gestellt.

Vor allem aber ist das englische Publikum jetzt, da die europäischen Krisen ein Ende gefunden und die Gemüter sich beruhigt haben, erstaunt, feststellen zu müssen, daß England sich zweimal am Vorabend eines fürchterlichen Krieges befunden hat, und zwar aus Gründen, die es in übrigens kurzsichtiger Weise nur indirekt mit den englischen Interessen in Verbindung bringen kann, während anläßlich der Balkankrise die Rolle Frankreichs etwas zweifelhaft schien, ebenso wie Rußlands Stellung anläßlich der Marokko-Frage nicht ebenso deutlich zutage getreten ist wie die Haltung Englands.

Die Ententen, die man bis jetzt für Friedensgarantien hielt, sind dies nicht mehr in demselben Maße, wie man im Anfange geglaubt hatte. Und der Gedanke: „Wäre ein Übereinkommen mit Deutschland nicht doch vorteilhafter für England?“ dringt zu mir wie ein Echo aus einer Richtung, die ich nie erwartet hätte, und drückt eine Meinung aus, die noch vor sechs oder acht Monaten ganz unmöglich gewesen wäre.

Die von mir angeführten Worte gehen übrigens über den Instinkt des Publikums und vor allem über die öffentlichen Äußerungen hinaus. Es ist wahr, daß sich bereits verschiedene wichtige Komitees gebildet haben, ebenso wie es richtig ist, daß bereits die gesamte liberale und ein Teil der konservativen Presse offen für eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen

eintritt. Diese gewünschte Verbesserung bedeutet natürlich ein gewisses Übereinkommen, ohne jedoch die schon bestehenden Übereinkommen ausschalten zu wollen. In diesem Sinne hat sich Lloyd George in einer öffentlichen Rede ausgesprochen. Dies würde aber gleichzeitig bedeuten, daß, wenn die Entente mit Rußland oder mit Frankreich (und die Entente mit Rußland gilt als entscheidend) versagen sollte, das Übereinkommen mit Deutschland weiter ausgebaut werden würde.

Erlauben Sie mir, hier eine Erwägung einzuschalten. Es kann auf den ersten Anschein merkwürdig erscheinen, daß die Feindseligkeit gegen Deutschland, die vor ein paar Monaten noch so stark war, daß sie im Augenblicke, als der Krieg drohte, fast einstimmig wurde, sich jetzt so schnell beruhigt hat. Die Feindseligkeit besteht, Deutschland ist noch immer, wenn nicht der Feind, so doch die Gefahr. Deutschland ist schuld daran, daß die Flotten beständig verstärkt werden müssen. Die Gemüter haben sich jedoch genügend beruhigt, um die Möglichkeit einer Veränderung zuzugeben, wenigstens in genügendem Maße, um den Bau von überzähligen Dreadnoughts unnötig zu machen. Der Grund, weshalb die Gemüter sich hier schneller als in Deutschland beruhigt haben, wo die antienglische Stimmung noch immer auf dem Höhepunkt steht, ist darin zu suchen, daß man hier in England das Gefühl hat, einen Erfolg errungen zu haben, während in Deutschland eher das Gegenteil der Fall ist. England wird dort beschuldigt, einen Mißerfolg Deutschlands herbeigeführt zu haben, der seither diplomatisch verschleiert worden ist. Der Erfolg beruhigt, der Mißerfolg erregt.

Abgesehen hiervon scheint mir die Erregung in Deutschland dadurch hervorgerufen zu werden, daß England hartnäckig auf dem Boden der Entente mit Rußland und Frankreich geblieben ist. Als Österreich die russischen Interessen auf dem Balkan unter dem Schutze Deutschlands bedrohte, hat England uns unterstützt und hat ebenfalls Deutschland die Zähne gezeigt, als letzteres in der übrigens unbegründeten Hoffnung auf eine englische Neutralität gegen die französischen Interessen in Marokko vorgegangen ist. Man wiederholt immer wieder in Deutschland: „Immer ist England gegen uns.“ Man will nicht zugeben, daß England seine eignen Interessen in Konstantinopel und in

Saloniki, ebenso wie an den marokkanischen Küsten zu verteidigen hatte.

Diese antienglische Stimmung in Deutschland bedeutet natürlich selbst für ein bedingtes Übereinkommen zwischen beiden Staaten eine große Schwierigkeit. Was würde aber geschehen, wenn eine der beiden Ententen, hauptsächlich die mit Rußland, gelöst werden sollte? Die Antwort ergibt sich von selbst. Ich bin überzeugt, daß die Feindseligkeit gegen England verschwinden und sich ebenso schnell in eine versöhnliche Stimmung verwandeln würde, wie dies heutzutage bei einem Teile der englischen öffentlichen Meinung der Fall ist.

Man sagt, daß die persönlichen Gefühle Kaiser Wilhelms ganz besonders verletzt worden sind. Wenn dies der Fall ist, und ich glaube, es trifft zu, so ist dies dem soeben angeführten Grunde zuzuschreiben.

Wenn ein Bruch in einer der englischen Ententen eintreten sollte, so würde die Politik Deutschlands einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen haben, denn dies ist ein Ziel, welches sie seit dem Bestehen dieser Ententen verfolgt. Deutschland sucht die schwache Stelle der Rüstung, und ich bin nicht abgeneigt, anzunehmen, daß es sie in Persien gefunden zu haben glaubt. Wenn mich nicht schon die Art und Weise, in der die deutsche Presse unsere Schwierigkeiten ausbeutet und übertreibt, hiervon überzeugen würde, so beweisen es mir meine Unterredungen mit dem Grafen Metternich und sein Urteil über diese Schwierigkeiten.

Ein offensichtlicher Gegensatz zwischen uns und England in Persien, eine unglückliche Abstimmung im englischen Parlamente, durch den Zufall unserer Verhandlungen hervorgerufen, würde der politischen Karriere Sir Edward Greys ein Ende setzen und gleichzeitig die Erbitterung Kaiser Wilhelms besänftigen. Er könnte dann seine persönliche Aktion in England wiederaufnehmen, die stets der öffentlichen Meinung seines eignen Landes vorausgeeilt ist. Ich glaube mich in dieser Hinsicht nicht zu irren. Dies wäre aber auch die natürlichste Sache der Welt. Deutschland hat sich über den sogenannten aggressiven Zweck der Politik der Entente geirrt. „Der eiserne Ring", der sprichwörtlich geworden ist, beruht auf einem Irrtum. Soviel ich weiß, hat

die russische Regierung nicht versucht, sich berechtigten Interessen Deutschlands, wenn sie nicht auf die unsrigen hinübergreifen, zu widersetzen. Andererseits hat Sir Edward Grey, sowohl öffentlich als auch mir gegenüber, stets in Abrede gestellt, daß er Deutschland isolieren wolle. Jeder Versuch, hat er mir wiederholt, den Dreibund zu zerstören, wäre ein Fehler. Seiner Ansicht nach würde die Isolierung Deutschlands eine tatsächliche Gefahr für den Frieden bedeuten.

Es ist aber trotzdem richtig, daß jedesmal, wenn die deutsche Regierung ihre Interessen in Gebiete tragen wollte, in denen Interessen anderer Mächte bestanden, sie sich nicht der einen oder andern Macht gegenübergestellt sah, sondern einer Mächtegruppe.

Ist diese Gruppe einmal aufgelöst, so verändert sich die ganze Lage. Deutschland könnte dann wählen, und dank seiner geographischen Lage und der ihm innewohnenden Kraft würde dies in Wirklichkeit die Vorherrschaft bedeuten.

Das Vorausgehende genügt, um meinen Zweck zu erreichen, die allgemeine Stimmung in England in der Frage der Ententen und der zukünftigen Beziehungen zu Deutschland so genau wie möglich zu schildern. Um mich zusammenzufassen — es besteht allgemein der Wunsch, die Beziehungen zu verbessern, ohne weiterzugehen. Die Notwendigkeit des Fortbestehens der Ententen wird zugegeben; diejenige mit Rußland, von der man mit weniger Nachdruck spricht, ist jedoch die wirkliche Grundlage. Ich glaube, daß die Entente mit Frankreich für England nicht mehr dieselbe Bedeutung haben würde, wenn die unsrige ausgeschaltet würde.

Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß man allgemein das Gefühl hat, daß diese Ententen bis jetzt nicht zu dem Resultate geführt haben, auf das man gehofft hatte, und vor allen Dingen nicht genug Ruhe und völlige Sicherheit geboten haben.

Wenn ich mich so ausführlich über diesen Gegenstand verbreitet habe, so ist es aus dem Grunde geschehen, weil die englischen Regierungen, so treu sie den von ihnen übernommenen Verpflichtungen nachkommen — und ich glaube, dies gilt von keinem mehr als vom jetzigen Kabinett —, letzten Endes doch von der öffentlichen Meinung abhängen. Die Entscheidung

liegt in den Händen der letzteren. Und wenn auch die öffentliche Meinung in England ihrer Regierung einen höheren Grad von Vertrauen entgegenbringt als in andern Ländern, so muß man diese Tatsache nicht für allzu dehnbar halten. Deshalb habe ich auch immer betont, wie wichtig es ist, Grey stets die Möglichkeit zu geben, die von uns getroffenen Maßregeln öffentlich erklären und beweisen zu können, daß die Interessen Englands in Berücksichtigung gezogen worden sind. Unsere eigene Handlungsfreiheit wird dadurch natürlich durchaus nicht beeinträchtigt, ist aber, wie ich meine, die natürliche Folge einer jeden Entente und einer jeden Konvention.

Ich will diesen Brief nicht schließen, ohne einen Blick auf die Lage zu werfen, die sich für Rußland und seine internationalen Beziehungen ergeben würde, wenn entgegen allen Erwartungen das Abkommen über Persien und die Entente mit England gelöst werden sollte. Es will mir scheinen, daß man sich in Rußland über diese Frage nicht genügend Rechenschaft gibt: ich glaube, man nimmt allzu leicht an, daß wir immer noch Deutschland haben, wenn wir England oder sogar Frankreich verlassen. Ich darf Euerer Exzellenz meine feste Überzeugung nicht verhehlen, daß dies nicht zutreffend ist, was wenigstens die Zukunft anbelangt. Deutschland würde sich endgültig auf die Seite Englands stellen. Für Rußland würde sich eine Isolierung und eine Mächtegruppierung ergeben, deren Kern aus England und Deutschland bestehen würde, was wiederum zur unausbleiblichen Folge führen müßte, daß die russischen Interessen nicht mehr berücksichtigt werden würden.

Ich will nicht übertreiben und niemandem machiavellistische Absichten zuschreiben. Ich habe stets geglaubt, daß übertriebener Argwohn in der Politik ein schlechter Berater ist. Ich glaube nicht, daß England absichtlich seine Lage schwieriger gestalten würde, indem es sofort zur Politik der beständigen Reibungen mit uns zurückkommen würde; dies ist der spezielle Charakter der englischen Politik gewesen, ist es jetzt aber nicht mehr.

Andererseits habe ich Zutrauen zu den traditionellen und persönlichen Gefühlen Kaiser Wilhelms uns gegenüber. Bleiben die Ententen bestehen und werden unsere früheren Beziehungen zu Deutschland bis zu einem gewissen Grade wiederhergestellt,

so könnte es uns nur nützen, wenn zwischen Deutschland und England ein modus vivendi besteht. Selbst im Falle eines völligen Umschwunges, welcher einem Bruch zwischen England und Rußland folgen müßte, würde meiner Ansicht nach Kaiser Wilhelm bestrebt sein, die Beziehungen zu uns aufrechtzuerhalten.

Welches wäre aber unsere wirkliche Lage? Ich kann in diesem schon allzu langen Briefe nur eine allgemein gehaltene Antwort geben:

England befindet sich an der Spitze eines ungeheuren Kolonialreiches, welches seiner Tätigkeit, seinem Unternehmungsgeiste und seinem Kapital genügt; dieses Reich steht mitten in der Umformung und inneren Entwicklung, die oft mit außerordentlicher Geschwindigkeit vor sich geht, wie z. B. in Kanada und in Indien. England ist mit Ländereien gesättigt, so daß es, kaum daß es ein neues Gebiet erworben hat, und wir wissen um den Preis welcher Anstrengungen, sich beeilt, ihm seine Autonomie zurückzugeben. England hat in Wirklichkeit kein anderes Ziel im Auge, als seine Verbindungswege und Handelsstraßen zu sichern, was oft ungeheure Schwierigkeiten bietet. Als Mittel hierzu hat es sehr weise den Frieden mit seinen frühern Rivalen Frankreich und Rußland gewählt. Sollte dieses Mittel versagen, so bleibt ihm nur übrig, mit seinem hauptsächlichsten Nebenbuhler, d. h. Deutschland, ein Übereinkommen zu treffen, sozusagen auf Grund eines Kompromisses mit ihm zu teilen. Wie ich darauf hingewiesen habe, scheint sich die englische öffentliche Stimmung Deutschland zuzuwenden.

Deutschlands Lage ist bis zu einem gewissen Grade derjenigen Englands entgegengesetzt. Als anläßlich der Marokko-Krise der deutsche Botschafter dem englischen Minister erklärte: „Man teilt die Welt, wir sind mehr eingeengt als alle andern, wir haben auch ein Anrecht auf einen Teil der Beute", so war in diesen Worten ein Teil Wahrheit enthalten.

Es ist kein Geheimnis, mit welchem Erfolge Deutschland nach seinen Siegen und der Konsolidierung seiner Macht seine innern Kräfte entwickelt hat. Sehr reich, ist es noch energischer und unternehmender als reich, es braucht Kapital. England kann ihm dieses nur in unzulänglichem Maße zur Verfügung

stellen; aber Frankreich wird es können, und wenn England sich diesem einmal nicht mehr widersetzt, so würde der französische Markt für Deutschland nicht lange mehr verschlossen bleiben. Nicht ohne Ehrgeiz, seine kolonialen Besitzungen zu vergrößern, geht Deutschland doch eher auf dem Wege der Durchdringung vor, indem es sich hauptsächlich großartigen Unternehmungen zuwendet, bei denen es jedoch stets auf den Widerstand Englands stößt. Es ist wahr, daß Rußlands Gewicht außerordentlich bedeutend ist, aber in überseeischen Fragen ist England, selbst allein, das größte Hindernis.

Der schlagendste Beweis scheint mir die Bagdadbahn zu sein. Meiner Ansicht nach ist die Rolle, die dieses Unternehmen in der Weltpolitik spielt, viel bedeutender, als man auf den ersten Blick glauben könnte. Das Interesse, welches es in Deutschland hervorruft, umfaßt das ganze Land. Die Finanz fast ganz Europas, selbst Englands, beteiligt sich an diesem Projekte. Und doch ist es hauptsächlich England, welches Schwierigkeiten in den Weg legt.

Man wiederholt oft in England — und dies ist die Ansicht seiner führenden Politiker, sowohl der konservativen als auch der liberalen Partei, sowohl der jetzigen Machthaber als auch der früheren —, daß eine der größten Schwierigkeiten bei einem englisch-deutschen Übereinkommen in dem Mangel einer Basis, in der Abwesenheit von Verhandlungsgegenständen besteht. Diese Ansicht scheint mir übertrieben; ich glaube, daß die Bagdadbahn leicht eine solche Basis bilden könnte. Es haben bereits verschiedene Ansätze zu Verhandlungen stattgefunden; die internationalen Verpflichtungen Englands, aber vor allem sein Mangel an gutem Willen haben niemals erlaubt, diese Verhandlungen weiter fortzuführen. Es wäre anders, wenn England, unserer Unterstützung beraubt, sich entschließen würde, den nötigen guten Willen zu zeigen und seine jetzigen Ansprüche zu mäßigen, indem und weil es in einem Übereinkommen mit Deutschland eine jener Sicherungen erblicken würde, die es nötig zu haben glaubt.

Dies könnte sich auch ohne einen Bruch der Tripelentente ereignen, aber unter andern Bedingungen und ohne die obengeschilderten Folgen für uns nach sich zu ziehen.

Ist aber einmal die Entente gesprengt, so bedeutet dies für Deutschland, daß das eine Übereinkommen auch noch andere nach sich ziehen wird. Persien wird seinem Kapital und seiner Industrie geöffnet; Kleinasien fällt in seine Einflußsphäre. Es würde notwendigerweise auf den Widerstand Rußlands stoßen, aber diesmal wäre Rußland isoliert, und so mächtig es auch sein mag, so muß man doch zugeben, daß es einstweilen für einen ökonomischen Wettkampf noch schlecht gerüstet ist.

Durch ein Übereinkommen mit England würde der deutsche Einfluß in Konstantinopel einen Zuwachs erfahren; es ist wahr, Deutschland müßte diesen Einfluß mit England teilen, doch würde ihm immerhin der Löwenanteil zufallen, und es wäre erstaunlich, wenn die Türkei sich nicht ganz auf seine Seite stellen würde.

Ich möchte die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz durch eine Weiterführung dieser Parallele nicht ermüden, die man überall dort ziehen kann, wo englischer und deutscher Unternehmungsgeist aufeinanderstoßen und wo Raum für Kompromisse ist.

Man muß endlich auch berücksichtigen, wie wichtig in den Augen der öffentlichen Meinung beider Länder die Frage der beständigen Vergrößerung der beiden Flotten ist. Es ist wahr, es handelt sich um eine rein finanzielle Frage, aber gerade diese finanzielle Seite beschäftigt die deutschen und englischen Steuerzahler beständig und richtet ihre Aufmerksamkeit immer wieder auf denselben Punkt zurück. Ich glaube, daß die Flottenfrage einen großen Einfluß auszuüben berufen ist. Ich glaube, sie kann durch kein diplomatisches Dokument eine direkte Lösung erhalten. Eine Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder zueinander würde nicht genügen. Ich glaube, Sie kann restlos nur als Folge eines vollständigen Einvernehmens gelöst werden.

Dies alles würde einen Vorteil Deutschlands bedeuten; für England ist das Geschäft schlecht. Auch würde es sich nur gezwungenermaßen hierzu entschließen.

Zwei Ursachen bestimmen hauptsächlich in den Augen des vernünftigen Teiles der englischen öffentlichen Meinung den Wert der Entente mit Rußland: ein tiefgewurzeltes Vertrauen in Rußlands Zukunft und der zweifelhafte Vorteil einer Entente mit Deutschland.

Vom deutschen Standpunkte aus ist das Verhältnis ein anderes, und dieser Umstand wird den Gang der Ereignisse bestimmen, wenn die jetzige politische Konstellation sich verschieben sollte.

Dies war stets meine Ansicht, ich bin aber in derselben durch die Beobachtung der öffentlichen Strömungen in beiden Ländern seit den letzten Krisen noch bestärkt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 26. Januar/8. Februar 1912. — Nr. 27.

Infolge eines Unwohlseins habe ich erst heute einer Aufforderung Greys Folge leisten können. Er hat mir ein Telegramm vorgelesen, das er an den englischen Botschafter in Petersburg anläßlich der Reise Haldanes nach Berlin richtet. Grey hat weiter keine Kommentare hinzugefügt. Er hat nur gesagt, er glaube, daß eine Entspannung zwischen England und Deutschland dem allgemeinen Frieden nur dienen könne; daß die große Schwierigkeit, die sich einer solchen Entspannung entgegenstellt, die periodisch anwachsenden Flottenrüstungen seien; daß in dieser Frage schon mehrfach ein Gedankenaustausch zwischen den beiden Regierungen stattgefunden habe, ohne jedoch zu einem praktischen Resultate zu führen. Die letzte Eröffnung Deutschlands ist kurz vor dem Zwischenfalle Agadir nach London gelangt, was notwendigerweise eine längere Verzögerung der englischen Antwort nach sich gezogen hat. Diese Antwort ist im Januar nach Berlin abgegangen. Sie bezog sich auf untergeordnete Fragen. Aber diese gegenseitigen Mitteilungen bedeuteten einen so geringen Fortschritt, daß sich immer noch kein Material für diplomatische Verhandlungen durch die Botschafter finden ließ; er, Grey, mache sich keine Illusionen über die Schwierigkeit einer Lösung, doch habe es dem Londoner Kabinett immerhin geschienen, daß die Stimmung in Berlin derart sei, daß ein privater Meinungsaustausch mit einem der hervorragendsten englischen Staatsmänner anläßlich einer zufälligen Reise nützlich sein und keine Einwendungen hervorrufen könne. Grey sagte mir, Haldane sei beauftragt worden, in Berlin zu erklären, was man in London über die Frage der Rüstungen

denke, und die ihm gegebene Antwort nach London ad referendum mitzuteilen. Ich fragte Grey, ob Haldane nur diese eine Frage berühren würde. Grey erwiderte, daß, wenn Bethmann andere Fragen aufwerfe, Haldane beauftragt sei, ihn anzuhören und dann hierüber zu berichten. Grey fügte hinzu, daß diese Mitteilungen als streng vertraulich betrachtet werden müßten. Er hat in demselben Sinne mit Cambon gesprochen.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1912.

Unser Marineagent begibt sich morgen nach Petersburg. Es fehlt mir die Zeit, Ihnen über den Inhalt meiner gestern abgeschickten Telegramme einen genaueren Bericht zu erstatten. Unter diesen Telegrammen verdient hauptsächlich dasjenige, welches sich auf die Reise Lord Haldanes nach Berlin bezieht, einige erläuternde Bemerkungen.

Zwei Tage nacheinander hatte Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen. Infolge eines Unwohlseins war mir dies unmöglich, und ich habe ihn erst gestern sprechen können.

Der Minister sagte mir sofort, daß er mit mir über diese Reise sprechen wolle, wie er es vor zwei Tagen mit Cambon getan habe. Er las mir hierauf sein Telegramm an Buchanan vor.

Sodann hat er mir über verschiedene Mitteilungen berichtet, die in langen Zwischenräumen mit dem Berliner Kabinette hinsichtlich der Flottenrüstungen gewechselt wurden. Die letzte englische Antwort, durch die Marokko-Krise verzögert, ist vor zwei Wochen abgeschickt worden. Sie betraf, wie mir Sir Arthur Nicolson später sagte, die Frage der „Naval intelligence". Sir Edward sagte mir, die Flottenfrage trete immer wieder in den Vordergrund und errege die öffentliche Meinung sowohl Englands als auch Deutschlands. Die soeben erwähnten Mitteilungen hatten kein Resultat gezeitigt, welches zum Ausgangspunkte diplomatischer Verhandlungen hätte genommen werden können. Außerdem hatte sich in Deutschland eine ganze Legende über die wahren Absichten der englischen Politik gebildet, ebenso wie über die Mittel, zu denen die englische Re-

gierung greifen wolle, wie ein plötzlicher Angriff auf die deutsche Flotte — eine Stimmung, die den gewöhnlichen diplomatischen Weg verlegte.

Andererseits lenkte der Minister meine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es sowohl im englischen Publikum als auch im Parlamente gewisse Einflüsse gäbe, die eine solche Spannung unbegründet und schädlich finden. Um einen Ausweg zu finden, habe man sich an einen berufenen und kompetenten Vermittler halten müssen, der außerhalb der gewöhnlichen Diplomatie stand, um in Berlin die englische Politik in ihrem wahren Lichte zu zeigen und um zu erklären, wie verderblich das beständige Anwachsen der Rüstungen werden könne.

Die letzte englische Mitteilung hatte in Berlin einen ermutigenden Empfang gefunden, und das englische Kabinett hat sich deshalb entschlossen, Lord Haldane, der mit seinem Bruder wegen Unterrichtsfragen nach Berlin zu gehen beabsichtigte, zu beauftragen, sich mit Herrn von Bethmann Hollweg auseinanderzusetzen und ihm die Absichten und Beweggründe der englischen Regierung zu erklären, aber nicht in offizieller Weise.

Lord Haldane, so sagte mir Sir Edward, wird den Standpunkt des Londoner Kabinetts in der Flottenfrage mit aller Offenheit entwickeln und die ihm zuteil werdende Antwort entgegennehmen. Ich fragte Sir Edward, ob es sich dabei um keine andere Frage handeln würde. Der Minister erwiderte, daß, wenn der Reichskanzler eine andere Frage besprechen wolle, Lord Haldane ihn anhören und die deutschen Ansichten ad referendum nach London berichten würde.

Sir Edward fügte hinzu, daß er in Anbetracht der jetzigen Beziehungen zwischen England, Rußland und Frankreich unsere beiden Regierungen genau über die wahre Sachlage unterrichten wolle, um das Ziel, das vom Londoner Kabinett verfolgt wird, deutlich zu erklären — nämlich zu versuchen, einer schädlichen Spannung der beiderseitigen Beziehungen ein Ende zu setzen, und ferner einen Versuch zu machen, neue Beziehungen zu Deutschland herzustellen, ähnlich denen, die zwischen Rußland und Deutschland und zwischen Frankreich und Deutschland bestehen.

Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 28. Januar/10. Februar 1912.

Ich glaube mich nicht mit meinem offiziellen Berichte über die Mission Haldanes begnügen zu müssen, welche natürlich das Tagesereignis bildet. Die Ankunft Sir E. Goschens in London mit Ermutigungen von seiten Deutschlands hat den ersten Anstoß zu dieser Angelegenheit gegeben, noch ehe der König und der erste Minister in die Stadt zurückgekehrt waren. Noch am selben Tage der Rückkehr des Königs und Asquiths, am letzten Montag, hat ein Beschluß gefaßt werden müssen. Dienstag hat Grey Cambon und mich zu sich gebeten. Ich kenne nicht den Inhalt der Mitteilung, die Goschen aus Berlin hierher gebracht hat, aber der Sachverhalt, der in Berlin vielleicht mehr zu Herzen genommen wird als in London und welcher hier ein Echo gefunden hat, ist folgender:

In Wirklichkeit befand man sich zwischen Berlin und London schon seit langem, aber namentlich seit dem letzten Juni, in diplomatischer Hinsicht nicht mehr „on speaking terms". Weder spezielle noch allgemeine Fragen bildeten den Gegenstand von Verhandlungen. Selbst die Bagdad-Frage hat keinen Anlaß zu diplomatischen Verhandlungen gegeben und ist bis jetzt nur von Vermittlern besprochen worden. Eine derartige Spannung hätte ohne unmittelbare Gefahr weiter andauern können, wenn nicht zwei Erwägungen hinzugekommen wären, einmal die England feindliche Stimmung in Deutschland, die sich vielleicht noch gesteigert hatte, hauptsächlich, wie ich glaube, weil Deutschland unter dem Eindrucke eines Mißerfolges steht, für den es England verantwortlich macht. Hier hatte eine ähnliche Stimmung, unter dem Eindrucke des Erfolges, bedeutend abgenommen.

Aber die hauptsächlichste und unmittelbarste Erwägung war die, daß bei Beginn der parlamentarischen Session in London und in Berlin die Frage einer weiteren Vergrößerung der Flotten in äußerst scharfer Form auf die Tagesordnung gestellt werden mußte, wobei die Gefahr nicht ausgeschlossen war, daß eine bedeutende Verstärkung der Flotten bei der jetzigen erregten Stimmung zu ernsten Verwicklungen hätte führen können.

Ich weiß nicht, ob dies der in Deutschland eingenommene Standpunkt ist; dagegen bin ich sicher, daß die Sache so in London aufgefaßt worden ist, nicht anders und nicht darüber hinausgehend. Es ist möglich, daß der neue Reichstag nicht mehr ein so willfähriges Instrument in den Händen der deutschen Regierung ist und daß man doch vielleicht allzusehr mit einer zeitlich unbegrenzten Dauer der persischen Schwierigkeiten gerechnet hatte. Wie dem auch sei, ehe man in Verhandlungen eintrat, schien eine private Aussprache sehr angezeigt und war vielleicht notwendig, um das Terrain zu ebnen. Tatsache ist, daß man sich in Berlin eines noch indirekteren Weges bedient hat, und ich erfahre aus guter Quelle, man habe zu verstehen gegeben, daß Kaiser Wilhelm Lord Haldane gern in Berlin sehen würde. Wie immer diese Wahl zustande gekommen sein mag, es kann nicht geleugnet werden, daß sie ausgezeichnet ist.

Kein Deutscher wäre in England mehr am Platze gewesen als Lord Haldane in Berlin. Alle politischen Parteien Englands haben Zutrauen zu ihm. Man weiß dies in Berlin, und man schätzt ihn seiner persönlichen Eigenschaften wegen, welche Kaiser Wilhelm gut bekannt sind. Dieser Vorteil hat wahrscheinlich in London veranlaßt, sich über eine Schwierigkeit hinwegzusetzen, die übrigens hier nur untergeordnete Bedeutung hat: die Schwierigkeit der Eigenliebe — man nahm den Anschein auf sich, den ersten Schritt getan zu haben.

Ich muß noch hinzufügen, daß Grey zu jener beschränkten Anzahl politischer Führer gehört, die die Ansicht vertreten, daß die Rüstungsfrage durch ein direktes Übereinkommen geregelt werden kann. Bleibt nur zu wissen, auf welche Weise. Ich kann natürlich das Resultat nicht vorhersagen, doch wird vielleicht eine Möglichkeit durch die gestrige Rede Churchills angedeutet. Die Rede bedeutet, daß, wenn England verhandelt, es dies nur auf der Basis desjenigen Verhältnisses zwischen beiden Flotten tun wird, welches es für seine Sicherheit als notwendig bezeichnet hat — auf keiner andern Basis. Ist dieses Verhältnis erzielt und anerkannt, so braucht man keine weiteren Schiffe zu bauen. So aufgefaßt ist die Frage eine außerordentlich verwickelte. Denn in dieser Hinsicht will man in England weder Trinkgelder geben noch annehmen.

Es besteht ein Hindernis recht ernstlicher Natur. Meiner Ansicht nach hat man den Anfang dieser ganzen Angelegenheit zu sehr in die Öffentlichkeit gezerrt, so daß im Falle eines Mißerfolges die Lage schlechter als bisher sein würde. Sollte sie ein Ergebnis zeitigen, so erblicke ich hierin nichts — und dies ist auch die Ansicht Cambons —, was uns beunruhigen könnte. Eher das Gegenteil; die Welt wird ruhiger sein. Wenn ich einen weiteren Beweis brauche, so finde ich ihn in der offensichtlichen Erleichterung, die Grey und Nicolson durch die Wiederherstellung unserer Übereinstimmung in Persien empfinden. Sie haben mir dies ohne Umschweife gesagt und haben Cambon erklärt, sie seien ganz außerordentlich zufrieden. Man muß aber sagen, daß dieses Übereinkommen nicht einen einzigen Tag zu früh erzielt worden ist. Wir dürfen uns keine Illusionen machen. Die öffentliche Meinung würde schwanken und es wäre wichtig, daß sich die Dinge jetzt normal entwickeln.

In dieser Hinsicht wird die der Politik der Regierung gemachte Opposition nur eine Schikane sein und braucht nicht weiter befürchtet zu werden. Die Mission Haldane wird Grey mit seiner eigenen Partei aussöhnen, welche vor allem pazifistisch ist. Dagegen wird diese Mission den Widerstand der konservativen Partei hervorrufen. Sie gefällt ihr nicht. In mäßigen, aber klaren Ausdrücken findet sich dies in der Times zum Ausdruck gebracht.

Aber unter den obwaltenden Verhältnissen werden die Konservativen, selbst wenn sie es könnten, die Regierung aus diesem Grunde nicht zu Falle bringen wollen. Sie werden sich bei ihren entscheidenden Angriffen auf innere Fragen beschränken, deren es nur allzu viele gibt. Eine Ministerkrise, die ich übrigens aus irgendeinem anderen Grunde als dem der auswärtigen Politik nicht für nahe bevorstehend halte, bedeutet für uns keine Gefahr.

Die Frage der Rüstungen zur See ist derartig in den Vordergrund gerückt worden, daß es nicht wahrscheinlich erscheint, daß andere Fragen in Berlin gründlich geprüft werden werden. Ich glaube jedoch, daß man vielleicht über Bagdad sprechen wird, und ich erblicke in der Reise Cassels nach Berlin ein Anzeichen hierfür.

Es ist außerordentlich schwer zu sagen, ob die englische Re-

gierung recht oder unrecht gehabt hat, sich auf diese ganze Angelegenheit einzulassen. Gibt es eine Aussicht auf Erfolg? Fast jedermann zweifelt daran. Die Öffentlichkeit ist in solchen Fällen fast stets ein Nachteil. Man muß unwillkürlich an ein friedliches Agadir denken. Man müßte vielleicht befürchten, daß die ganze Angelegenheit von der öffentlichen Meinung und der Presse in Rußland und Frankreich falsch ausgelegt wird. Cambon hat mir seine Befürchtungen mitgeteilt. Es wäre natürlich sehr unzeitgemäß.

Andererseits ist es vielleicht möglich, Deutschland zu beruhigen und in einem gewollten Maße die chinesische Mauer zwischen England und Deutschland einzureißen, — dies würde vielleicht auch den Frieden zwischen Italien und der Türkei beschleunigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 35.

Ich erfahre von Cambon, daß Haldane seinem Bruder Jules Cambon erzählt hat, gleich bei Beginn der Unterredung mit Kaiser Wilhelm und Bethmann habe er erklärt, es müsse wohl verstanden sein, daß die Entente mit Frankreich und Rußland die Grundlage der englischen Politik bleibe. Hierauf hat Jules Cambon Haldane gesagt: „Es handelt sich folglich um eine Détente, nicht um eine Entente." Haldane erwiderte: „Ganz richtig."

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 36.

Grey hat mich heute gebeten, ihn aufzusuchen. Er hat mir gesagt, daß Haldane, wie abgemacht, keine Vereinbarungen in Berlin getroffen habe und daß sich seine Unterredung mit Bethmann auf drei Fragen bezogen hätte, die später in diplomatischen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht werden könnten. 1. Die Rüstungen zur See. England besteht endgültig auf dem Verhältnis zwischen beiden Flotten, so wie es neulich von Churchill in einer öffentlichen Rede festgelegt worden ist.

Wenn aber später infolge von gegenseitigen Erklärungen die Beziehungen zwischen beiden Ländern gebessert worden wären, könnte das proportionelle Anwachsen der beiden Flotten verlangsamt werden. 2. Bagdadbahn. Man hat ausschließlich von der Linie südlich Bagdad gesprochen. England ist zu Verhandlungen bereit und will über eine Kombination verhandeln, welche ihm eine genügende Anteilnahme sichert, um ihm die Kontrolle über diese Linie zu verschaffen, und welche seinen Standpunkt in der Frage von Koweit und im Persischen Golfe anerkennt. Es ist ausdrücklich betont worden, daß, wenn ein derartiges Übereinkommen zwischen England und Deutschland erzielt wird, ersteres hinsichtlich der vierprozentigen Zollerhöhung gebunden ist und nur mit Zustimmung Rußlands und Frankreichs seine Einwilligung zu dieser Erhöhung geben kann, so daß der Widerstand einer der drei Mächte die beiden anderen an einer Zustimmung verhindern würde. 3. Die Ententen mit Rußland und Frankreich. England bestätigt, daß keine von ihnen einen aggressiven Charakter gegen Deutschland habe. Es würde einer derartigen Entente nicht zustimmen. Wenn dagegen ein aggressiver Schritt Deutschlands gegen Rußland oder Frankreich vorliegt, so behält sich England seine Handlungsfreiheit vor.

Dies sind die Grundlagen, auf denen, wie Haldane gesagt hat, sich die Beziehungen der beiden Länder bessern könnten.

Haldane ist mit dem ihm von Bethmann Hollweg zuteil gewordenen Empfange zufrieden. Er hat nur mit ihm und Herrn von Stumm über politische Fragen verhandelt. Kiderlen hat sich nicht direkt beteiligt.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 37.

Am Ende der Unterredung sagte mir Grey, es sei ihm daran gelegen, daß Sie wüßten, daß die Initiative der Verhandlungen von Berlin ausgegangen ist; nach der prinzipiellen Annahme hatte das Berliner Kabinett den Wunsch geäußert, daß Grey selbst komme, was er aber nicht für möglich gehalten habe. Dann sei die Wahl auf Haldane gefallen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Februar 1912. — Nr. 44.

Nicolson hat mir gesagt, Grey schätze ganz besonders die freundschaftliche und versöhnliche Haltung der russischen Regierung während der letzten Verhandlungen über Persien. Er hat mir eine kurze Inhaltsangabe der Rede gegeben, die Grey am selben Abend in Manchester halten sollte. Ich benutzte diese Gelegenheit, um Nicolson zu fragen, ob seiner Ansicht nach die durch die Mission Haldanes geschaffene Lage irgendeinen Einfluß auf die jetzigen Beziehungen zwischen Rußland und England haben könne. Als Antwort erinnerte er mich an meine Unterredung mit Grey, der er beigewohnt hatte, und an die Erklärung Asquiths im Parlamente. Ich sagte ihm, daß ich von der öffentlichen Meinung in England spreche. Er erwiderte, daß trotz der ziemlich allgemeinen Befriedigung über die Entspannung der Beziehungen zu Deutschland sich die hiesigen Besorgnisse wegen Persiens, abgesehen von einigen unversöhnlichen Kreisen, bereits vollständig beruhigt hätten. Das Foreign Office habe vom persischen Komitee einen in einem ganz andern Tone als bisher verfaßten Brief erhalten. Dies sei symptomatisch.

Nicolson sprach mit Bedauern von den Bedenken, die in Frankreich zum Ausdruck gekommen wären. Er befürchtet, dasselbe könne in Rußland der Fall sein. Er hofft jedoch, daß dies nur von ganz vorübergehender Dauer sei und durch öffentliche Erklärungen berichtigt werden würde. Er fügte hinzu, daß in der öffentlichen Meinung Englands die Ansicht vorherrsche, daß die Reise Lord Haldanes nach Berlin keine Modifikation der englisch-russischen Entente bedeute.

Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1912.

Ich habe Ihnen gestern mit der Post den Wortlaut einer Rede zugeschickt, die Sir Edward Grey in Manchester gehalten hat. Er hat daselbst gestern eine zweite Rede gehalten. Diese

beiden Reden richteten sich an eine Zuhörerschaft, die an dem Handel in Südpersien ganz besonders interessiert ist und für die daher die englisch-russischen Beziehungen große Bedeutung haben. Die beiden Reden beanspruchen auch insofern eine gewisse Beachtung, als sie in einem freieren Tone gehalten werden konnten, als dies im Parlamente möglich ist. Auch finde ich beide insofern bedeutsam, als sie die Mission Lord Haldanes in Berlin in die richtige Perspektive rücken. Denn obwohl mir der Besuch Haldanes keine direkte Beunruhigung eingeflößt hatte, so mußte ich doch die Strömung in der öffentlichen Meinung Englands mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgen.

Ich kann Ihnen nicht verheimlichen, daß die ersten Äußerungen in der Presse und im Publikum mir über das hinauszugehen schienen, was ich erwartet hatte, obwohl ich mir Rechenschaft gab, daß die beständige und zunehmende Spannung mit Deutschland die Stimmung hier in England niederdrückte. Ich wußte und habe es Ihnen auch gesagt, daß dieses Gefühl, mit einer Verminderung des Zutrauens zu Rußland parallel gehend, für uns gefährlich werden konnte.

Es ist richtig, daß die Nachrichten aus Persien eine beruhigende Wirkung ausgeübt hatten. Ebenso ist es richtig, daß die Rückkehr des Hofes und aller andern politischen und publizistisch tätigen Persönlichkeiten aus Indien eine ähnliche Wirkung hervorgerufen hatte, da sie alle von den Vorzügen des Einvernehmens mit Rußland überzeugt sind. Der Hosenbandorden, der Sir Edward Grey verliehen worden ist, sollte nichts anderes bedeuten, als daß der König auf eine möglichst deutliche Art seine Zustimmung zu der Greyschen Politik und seiner Solidarität mit dem Kabinett zum Ausdruck bringen wollte. Ferner ist es richtig, daß während der Debatten über die Thronrede derjenige Teil der Asquithschen Rede, welcher sich auf die ausländische Politik bezog, von der ungeheuren Majorität der Kammer mit Beifall begrüßt wurde, wobei die Worte, die er mit erhöhter Stimme über die Erhaltung der alten Ententen sprach, ganz besondere Beifallsstürme loslösten. Und endlich ist es richtig, daß die Erklärungen Sir Edward Greys, über die ich Ihnen berichtet habe, nichts an Klarheit und Entschiedenheit zu wünschen übrigließen.

Aber um ganz offen zu sein, diese Erklärungen konnten nur dann Wert für uns haben, wenn sie von der öffentlichen Meinung bestätigt wurden. Ich konnte mich der Tatsache nicht verschließen, daß die Mission Haldanes im ganzen Lande keinerlei ernste Opposition gefunden hatte. Publikum und Presse hatten sich eine Zeitlang ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt, und in der Parlamentssitzung, die ich soeben erwähnte, hat man viel mehr von Deutschland als von Rußland und Frankreich gesprochen. Dies alles gab zu Bedenken Anlaß.

In dieser Hinsicht sind die beiden erwähnten Reden Sir Edward Greys in Manchester von hoher Bedeutung. Sehr einfach, sehr klar und sehr bestimmt, sind sie alle beide mit allgemeinem Beifalle aufgenommen worden. Der einfache Sinn dieser Reden ist folgender: Aufrechterhaltung der Ententen und der Rüstungen Englands, Entspannung der Beziehungen zu Deutschland — soweit dies mit den beiden ersten Bedingungen vereinbar ist.

Dies ist der Sinn und dies ist auch der allgemeine Eindruck. Selbst in den Zeitungen und Revuen, die am eifrigsten für eine grundlegende Änderung der deutsch-englischen Beziehungen eingetreten waren, nimmt die Frage der Entente wieder den ihr gebührenden Teil ein; so z. B. in der Westminster Gazette, dem Daily Telegraph, dem Spectator und anderen, heute auch in den Sonntagsblättern. Ganz dasselbe wird mir auch von allen Seiten mündlich wiederholt. Sir Arthur Nicolson hat mir vorgestern ganz dasselbe gesagt, und zwar mit so viel Nachdruck, daß ich Ihnen hierüber telegraphischen Bericht erstatten zu müssen geglaubt habe. Ich gebe zu, die Schnelligkeit dieses Umschwunges, vielmehr diese Rückkehr zur alten Politik Englands, so wie sie in den letzten Jahren gewesen ist, hat mich einigermaßen erstaunt, und doch glaube ich mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß dieser Umschwung ein dauernder sein wird, weil er in Wirklichkeit natürlich und logisch ist. Über die Entente mit Rußland beruhigt, kommt das englische Publikum zu ihr zurück, gleichzeitig auch zu der Entente mit Frankreich. Die Grundlage ist wiederhergestellt.

Man spricht hierüber noch nicht so offen, wie es Sir Edward Grey getan hat, und doch liegt die Sache klar zutage. Sir Ed-

ward hätte nicht zu dieser Steigerung seiner öffentlichen Erklärungen gegriffen, wenn er nicht die innere Überzeugung von dieser Umkehr in der öffentlichen Meinung gehabt hätte.

Es erübrigt nur eine Erklärung der fast allgemeinen Billigung der Mission Haldanes zu finden. Es wird dies nicht besonders schwerfallen: der Besuch Haldanes in Berlin entsprach der wirklichen Lage. Die öffentliche Meinung Englands ließ sich von zwei Erwägungen lenken: über Rußland und Frankreich hingen, wenigstens in der Einbildung, Wolken, und dann hatte man die feste Überzeugung, daß die Erbitterung in Deutschland auf einer falschen Auffassung der englischen Politik beruhte, was nicht nur gefährliche, sondern eingebildete und unnötige Folgen nach sich ziehen konnte.

Dieses erklärt den gemäßigten Ton der englischen Presse Deutschland gegenüber. Aber einen Schritt weiter zu tun, als erster die Hand auszustrecken, war ebenso unmöglich, als es unmöglich war, eine deutsche Initiative zurückzuweisen. Lord Haldane ist unter diesen Bedingungen nach Berlin gegangen, und keine andere Basis hätte besser sein können. Die Öffentlichkeit dieses Ereignisses ist jedoch so groß gewesen, daß die öffentliche Meinung während 10 Tage sich ausschließlich mit diesem Besuche beschäftigt und die Klarheit seines Urteiles eingebüßt hatte.

Die richtige Erkenntnis ist schneller gekommen, als ich ursprünglich glaubte. Dies will nicht bedeuten, daß Grey nicht noch heftigen Angriffen in Parlamemte ausgesetzt sein wird, aber wie die Sachen jetzt liegen, werden diese Angriffe wahrscheinlich nur von einer Seite des Hauses erfolgen, der Ecke der unversöhnlichen Radikalen, und werden sonst kein Echo finden. Die Haltung des persischen Komitees ist bedeutsam; es fühlt, daß ihm der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist.

Lassen Sie mich jetzt noch auf eine früher geäußerte Ansicht zurückkommen, daß ein Mißerfolg der Mission Haldanes eine schlimmere Lage schaffen würde, als sie vorher gewesen ist. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß die Mission zu gar keinem Resultate geführt hat. Wenn die deutsche Regierung beabsichtigte, die Ententen Englands zu sprengen, mit der natürlichen Folge eines allgemeinen englisch-deutschen Abkommens, so handelt es sich allerdings um einen völligen Mißerfolg. So-

weit teile ich die Ansicht meines französischen Kollegen, denn Cambon scheint zu glauben, daß die Mission Haldanes zu gar keinem Resultate führen wird. Letzteres halte ich für übertrieben.

Ist es Lord Haldane gelungen, in Berlin zu überzeugen, daß der englischen Ansicht nach weder die Tripelentente noch irgendeine andere englische Entente einen aggressiven Charakter gegen Deutschland hat? Ist es ihm geglückt zu überzeugen, daß, wenn England im vorigen Sommer sich zum Kriege vorbereitet hat, dies nicht mit aggressiven Zielen geschehen ist, sondern nur um seine eigenen Interessen und diejenigen Frankreichs im Falle eines deutschen Angriffes zu verteidigen? Ich weiß es nicht und kann mir von hier aus kein Urteil erlauben. Alles in allem genommen, neige ich jedoch der Ansicht zu, daß die Bestrebungen des englischen Staatsmannes nicht ganz ergebnislos gewesen sind.

Ein anderer Umstand kommt hinzu. England — allerdings unter Aufrechterhaltung all seiner Bedingungen und auf dem alten Standpunkte verharrend — hat sich bereit gezeigt, die Verhandlungen über die Bagdadbahn wiederaufzunehmen. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu, und ich halte dies für ganz besonders wichtig, weil es sich auf die Beschwerde Deutschlands bezieht, daß England seiner kolonialen Expansion überall Schwierigkeiten in den Weg legt. Wie wir anläßlich der Potsdamer Verhandlungen erklärt haben, daß wir auf unseren prinzipiellen Widerstand gegen die Bagdadbahn verzichten, so hat England jetzt durch Lord Haldane erklärt, daß es sich einer Ausdehnung der deutschen Kolonien im tropischen Afrika nicht widersetzt.

Diese beiden Fragen, die zweite nicht weniger als die erste, erscheinen mir von Bedeutung. Ich erinnere mich, in diesem Sinne während des letzten Sommers, als die Krise ganz besonders akut war, mit einflußreichen Persönlichkeiten in Deutschland gesprochen zu haben, da ich der Ansicht Greys in dieser Frage sicher war. Man ist mir mit völligem Unglauben begegnet. Ich nehme an, daß dieses jetzt in Berlin nicht mehr der Fall sein wird.

Diese beiden Fragen würden genügen, um eine Entspannung herbeizuführen, denn ich halte sie immer noch für möglich. Auf

alle Fälle entspricht sie den Absichten Englands und würde hier mit Befriedigung begrüßt werden. Ich glaube keineswegs, daß unsere Interessen in diesem Falle leiden würden, doch müssen wir diesen Umstand im Auge behalten, wenn wir darangehen, unsere Beziehungen zu England weiterzuentwickeln. Unter dieser Bedingung, glaube ich, wird man diese Beziehungen enger gestalten können, als sie es bis jetzt gewesen sind. Wenn ich so ausführlich über diesen Gegenstand geschrieben habe, so werden Sie hoffentlich in der außerordentlich wichtigen politischen Bedeutung dieser Frage eine Entschuldigung erblicken. Vielleicht werden Sie meine Schlußfolgerungen für übereilt halten. Aber die Anzeichen sind deutlich, und wenn mich nicht alles täuscht, so sind sie auch richtig.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 16. Februar/1. März 1912.

Obwohl die Reise Lord Haldanes nach Berlin ziemlich plötzlich erfolgt war, so kam sie doch für die französische Regierung nicht unerwartet, wie mir Poincaré mitteilt. In Paris wußte man schon seit längerer Zeit, daß man sowohl in Deutschland als auch in England ein Mittel zu finden wünschte, um die gefährliche Spannung zwischen beiden Ländern zu mildern. Wenn man hier trotzdem im ersten Augenblicke eine gewisse Nervosität gezeigt hatte, so ist dieses Gefühl durch die öffentliche Erklärung der englischen Regierung völlig beruhigt worden — daß nämlich die Reise Haldanes in keiner Weise die engen Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland erschüttern könne und daß sowohl das Pariser als auch das Petersburger Kabinett über ihre Ergebnisse genau unterrichtet werden würden. Seitdem hat Poincaré, wie mir bekannt, von dem französischen Botschafter in London mehrere Mitteilungen über den Inhalt der Unterredungen zwischen Haldane und den deutschen Ministern erhalten. Diese Informationen stimmen genau mit dem überein, was Ihnen Graf Benckendorff telegraphisch mitgeteilt hat. Man hat über die Flottenrüstungen, die Bagdadbahn, einige koloniale Fragen und endlich über den allgemeinen Charakter der Beziehungen Englands zu Deutschland, Rußland und Frankreich gesprochen. In keiner dieser Fragen ist ein konkretes

Übereinkommen in Aussicht genommen, geschweige denn abgeschlossen worden; die schwierigste Frage, die Rüstungen zur See, ist augenscheinlich keinen Schritt weitergekommen. Immerhin haben beide Seiten aus den Gesprächen einen günstigen Eindruck gewonnen und halten es für nötig und wünschenswert, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Poincaré hat mir gegenüber geäußert, daß die französische Regierung den Versuch Englands und Deutschlands, normalere Beziehungen herzustellen, nur begrüßen könne und daß dieser Versuch in Frankreich weder beunruhigt noch Zweifel an der Loyalität der englischen Regierung hervorgerufen hat. Man muß vielmehr befürchten, daß diese Verhandlungen zu einem Mißerfolge führen werden, da nach einem solchen sich die englisch-deutschen Beziehungen noch weiter verschlechtern könnten, was eine neue Bedrohung des europäischen Friedens bedeuten würde. Die Erklärungen Poincarés scheinen mir aufrichtig gemeint zu sein, und ich bemühe mich meinerseits, ihn in seiner optimistischen Auffassung zu bestärken. Doch kann ich nicht umhin zu bemerken, daß man in hiesigen militärischen Kreisen anderer Ansicht ist, und zwar befürchten die Militärs, daß, wenn zwischen England und Deutschland ein Übereinkommen über das Aufhören oder wenigstens über eine Abschwächung des Wettrüstens zur See getroffen werden sollte, die deutsche Regierung über verdoppelte Mittel zur Erhöhung seiner Armee verfügen würde, was die nötigen Gegenmaßregeln von seiten Frankreichs und Rußlands hervorrufen muß.

Was die französische Presse anbelangt, so schreibt sie nach wie vor in einem mäßigen und ruhigen Tone, während die Börse den Verhandlungen mit einer aufwärts gerichteten Bewegung gefolgt ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. März 1912. — Nr. 67.

Nr. 1. Grey hat mich gebeten, ihn zu besuchen, und mir erzählt, der deutsche Botschafter habe ihm gestern erklärt, daß das eventuelle Flottenbauprogramm notwendigerweise von der englischen Politik Deutschland gegenüber abhängen werde, und daß die öffentliche Meinung in Deutschland immer noch der

Ansicht sei, daß diese Politik einen Angriff gegen Deutschland im Auge habe. Grey hat geantwortet, daß, wenn die deutsche Regierung zur Beruhigung der öffentlichen Meinung einer Bestätigung der friedlichen Absichten Englands bedürfe, er hierzu bereit sei, unter der Bedingung jedoch, daß die deutsche Regierung sich keinen Zusatzkredit für spätere Rüstungen sichere und daß in diesem letzteren Falle die englische Regierung zu dem in der Rede Churchills dargelegten Programm zurückgreifen müsse.

Grey übergab mir dann ein Memorandum, welches er Metternich überreicht hat, indem er mir sagte, daß das Memorandum in einer Form abgefaßt sei, welche es ihm ermöglichen würde, von demselben in einer öffentlichen Rede Gebrauch zu machen, wenn keine weitere Verstärkung der deutschen Flotte stattfindet. Nachdem ich das Memorandum gelesen, sagte ich Grey, daß es die Erklärungen Haldanes in Berlin wiederhole. Grey gab mir recht und fügte hinzu, daß Haldane die Aktionsfreiheit Englands als selbstverständlich hingestellt hatte, wenn Deutschland eine aggressive Politik gegen diejenigen Mächte führe, mit denen England Ententen abgeschlossen hat; dies bleibt natürlich in voller Kraft. Grey hat Cambon dieselbe Mitteilung gemacht. Er bat uns alle beide, in unseren Berichten zu betonen, daß seine Mitteilung eine streng vertrauliche sei.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. März 1912. — Nr. 68.

Nr. 2. Wortlaut des in meinem Telegramm Nr. 1 erwähnten Memorandums: „England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und keine aggressive Politik letzterem gegenüber verfolgen. Ein Angriff auf Deutschland ist nicht der Zweck noch ein Bestandteil irgendeines Vertrages, Übereinkommens oder einer Verabredung, an denen England sich jetzt beteiligt, noch wird es sich an irgendeinem derartigen Vorhaben beteiligen."

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 16./29. März 1912.

Die Rede, die Churchill am 5./18. März anläßlich der Beratungen über das Marinebudget gehalten hat, hat in Deutsch-

land große Erregung hervorgerufen. Ganz besonders unangenehm hat sie in denjenigen politischen Kreisen berührt, welche dem Besuche Lord Haldanes übertriebene Bedeutung beigelegt hatten und an eine ernste Annäherung an England dachten.

Die genannte Rede des englischen Marineministers und die vom Bundesrate soeben angenommene neue Gesetzvorlage über die Erhöhung der Land- und Seestreitkräfte Deutschlands sind der beste Beweis, daß augenblicklich von keiner Einschränkung der Rüstungen, weder Englands noch Deutschlands die Rede sein kann.

Nicht nur die alldeutschen Kreise, die wie gewöhnlich ihrem Unmute anläßlich der Herausforderung Deutschlands lauten Ausdruck verliehen haben, sondern auch liberale Blätter und sogar die offiziöse Kölnische Zeitung haben in maßvollen Ausdrücken ihr Erstaunen über die Rede des ersten Lords der Admiralität ausgedrückt, welche offen zugibt, daß die Flotte nicht der Verteidigung des Landes überhaupt dienen soll, sondern dazu bestimmt ist, den Kampf mit der Flotte einer Macht aufzunehmen, zu welcher England durchaus freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Der Inhalt der Rede des englischen Marineministers ist in Berlin gleichzeitig mit der Nachricht bekanntgeworden, daß die Abreise Kaiser Wilhelms nach Korfu auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Hierzu kamen Gerüchte über den Rücktritt des Reichskanzlers und Kiderlen-Wächters, ebenso wie über eine angebliche Verschlechterung der Beziehungen Rußlands zur Türkei. Alles dies hat im Publikum und auf der Börse eine solche Erregung hervorgerufen, daß die Regierung es für nötig befunden hat, beruhigende Erklärungen abzugeben, daß die Reise Kaiser Wilhelms nur auf ein paar Tage verschoben worden sei, und zwar ausschließlich, weil die nötigen Schritte wegen des Bergarbeiterstreiks getan werden müßten. In der Tat ist der Kaiser zwei Tage später nach Wien abgereist, und die Erregung hat sich einigermaßen gelegt, obwohl sich das Gerücht erhält, daß nach der Rückkehr des Kaisers wichtige Veränderungen in höheren Regierungskreisen bevorstehen, und in wohlunterrichteten Kreisen hält man die Stellung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten für stark erschüttert.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. April/8. Mai 1912.

Ich bedauere, Ihnen noch keine bestimmten Nachrichten über die Berufung Baron Marschalls auf den Posten des deutschen Botschafters in London geben zu können. Ich weiß, daß Graf Metternich Sir Edward Grey gestern gesprochen hat und noch am selben Tage vom Könige in Audienz empfangen worden ist. Ich kenne noch nicht den Gegenstand dieser Audienz, doch glaube ich, daß ein Entschluß bereits gefaßt ist.

Ich hätte Ihnen hierüber vor der vollendeten Tatsache nicht berichtet, wenn ich Ihnen nicht sagen könnte, daß dieser Botschafterwechsel weder der Regierung noch dem Könige angenehm ist. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß der König sogar den Wunsch äußern will, Graf Metternich möge in London bleiben. Ein derartiger Schritt müßte natürlich als eine reine Formalität aufgefaßt werden, hat aber doch symptomatische Bedeutung. Seinerseits sagt mir Sir Arthur Nicolson, er habe noch keine offizielle Bestätigung; er fügt hinzu, daß Sir Edward Grey die gerade und loyale Haltung des Grafen Metternich sehr hoch schätze und ihn nur mit Bedauern aus London scheiden sehen werde. Dann fügte Sir Arthur hinzu: „Wenn die deutsche Regierung sich einbildet, daß sie einen großen Coup macht indem sie Baron Marschall hierher schickt, so irrt sie sich, und wenn der zukünftige Botschafter es sich zur Aufgabe macht, England von seinen Freunden zu trennen, so befindet er sich auf dem Holzwege." Ich bitte Euere Exzellenz, diese Mitteilung als ganz vertraulich zu betrachten.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Mai 1912.

Ich erinnere mich nicht, daß irgendein diplomatischer Personenwechsel die Presse so nachhaltig beschäftigt hätte wie die Ernennung Baron Marschalls an Stelle des Grafen Metternich zum Botschafter Deutschlands in London.

Unser Botschafter in Berlin wird Ihnen besser als ich über die Beweggründe dieser Ernennung berichten können. Ich weiß

in dieser Hinsicht nur, was mir Graf Metternich selbst in vertraulicher und privater Weise gesagt hat, und bitte Sie daher, meiner Mitteilung diesen Charakter bewahren zu wollen.

Ich beeile mich hinzuzufügen, daß ich absolutes Zutrauen zu den Worten meines deutschen Kollegen habe. Seit einem Jahre denkt er daran, sich von der diplomatischen Tätigkeit zurückzuziehen. Er hat diesen Wunsch schon lange geäußert. Bis jetzt hier zurückgehalten, ist sein Rücktrittsgesuch anläßlich seines letzten Aufenthaltes in Berlin bewilligt worden. Die Sache sollte geheimgehalten werden, bis die Ernennung Baron Marschalls offiziell bekannt wurde. Jedoch schon ein paar Tage, nachdem der betreffende Beschluß gefaßt war, ist die offiziöse Presse Deutschlands mit der Angelegenheit befaßt worden, und von diesem Zeitpunkte an hat eine für den Grafen Metternich äußerst peinliche Pressekampagne eingesetzt. Es hat sich mit dieser Kampagne dasselbe zugetragen wie bei allen ähnlichen Gelegenheiten. Sie hat mehr geschadet als genützt, und es wird Baron Marschall sehr schwerfallen, hier zu überzeugen, daß er nicht nach London kommt, um allem Widerstand zum Trotz allein durch sein Erscheinen eine englisch-deutsche Entente herbeizuführen.

In London ist diese Pressekampagne von den radikalen und unter jüdischem Einflusse stehenden Blättern unterstützt worden. Beide Richtungen verfolgen den einen Zweck: Bruch der englisch-russischen Entente und selbst der englischen Entente mit Frankreich.

Ich weiß, daß einer der Gründe des Rücktrittes des Grafen Metternich diese beständige und bedauerliche Beeinflussung der englischen Presse gewesen ist. Wie immer in ähnlichen Fällen, ist das englische nationale Gefühl nur verletzt worden, da man hierin einen Versuch erblickt hat, einen diplomatischen Personenwechsel und ein ganzes Programm aufzuzwingen, selbst ehe die englische Regierung hierüber befragt worden war. Baron Marschall wird nicht ohne ein gewisses Mißtrauen empfangen werden.

Der König hat, wie ich weiß, in privater Form dem Grafen Metternich sein sehr lebhaftes Bedauern über seinen Rücktritt ausgesprochen. Sir Edward Grey hat zu mir über Metternich

mit der größten Sympathie für seinen persönlichen Charakter und seine loyale und offene Haltung gesprochen; der Rücktritt des deutschen Botschafters hat ihn zu einer öffentlichen Kundgebung im Unterhause veranlaßt — ein für die englischen Gebräuche äußerst seltenes Ereignis.

Ich kann jedoch nicht verhehlen, daß diese Pressekampagne, so künstlich sie auch hervorgerufen ist, trotzdem beweist, daß die Sympathien für Deutschland in England ernstliche Fortschritte gemacht haben. Und Graf Metternich hat recht, als er mir vor einigen Tagen sagte: „Ich hinterlasse meinem Nachfolger eine so gute Situation, wie sie es schon lange nicht mehr gewesen ist."

Der Glaube an die Entente mit Frankreich und Rußland besteht weiter, sowohl in dem gemäßigten Teile der liberalen Partei, welcher durch das jetzige Kabinett vertreten wird, als auch in der konservativen Partei.

Was aber speziell Rußland anbelangt, so ist insofern eine Schwierigkeit entstanden, als in letzter Zeit eine ganze Reihe von Zwischenfällen, die einen politischen, die andern vor allem moralischen Charakters, sich einer intimeren Gestaltung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in den Weg gestellt haben — zum Vorteile Deutschlands, welches diese Zwischenfälle mit besonderer Vorliebe betont. Diese Zwischenfälle wurden zuerst von radikaler, dann von jüdischer, selbst konservativer Seite ausgebeutet und zuungunsten Rußlands ausgelegt. Euere Exzellenz kennt England aus eigener Erfahrung und weiß, daß dies nicht anders sein kann. Ich brauche deshalb auf die Erklärung derartiger sentimentaler Regungen nicht weiter einzugehen; ich will nur die Tatsache feststellen.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 11./24. Mai 1912. — Nr. 27.

Der Lärm, der in der deutschen Presse durch die Versetzung Baron Marschalls aus Konstantinopel nach London hervorgerufen worden war, entspricht in keiner Weise der Bedeutung dieses Ereignisses und ist nur ein Beweis dafür, wie sehr sich die öffentliche Meinung Deutschlands für alles interessiert, was die geringste Beziehung zu dem Verhältnisse Deutschlands zu England hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Re-

gierung wichtige Gründe haben mußte, um Marschall in dem jetzigen schwierigen Augenblicke aus Konstantinopel abzuberufen, wo er eine so große Rolle spielte und sich eine ganz außergewöhnliche Stellung geschaffen hatte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die regierenden Kreise Deutschlands hierbei von dem Wunsche beseelt waren, wenn nicht ein Übereinkommen, so doch eine gewisse Annäherung an England zu erzielen, indem die diesbezüglichen Verhandlungen dem auf einem andern Posten so erprobten Diplomaten anvertraut wurden; aber es ist fraglos richtig, daß alles, was in letzter Zeit in dieser Hinsicht von Zeitungen aller politischen Richtungen und Schattierungen geschrieben wurde, und auch die Hoffnungen, die sich auf die angebliche neue Mission des deutschen Botschafters in London gründeten — der soliden Grundlage entbehren und nur beweisen, mit welcher Beunruhigung die gespannten Beziehungen zu England in Deutschland betrachtet werden. Diese Beziehungen, welche in unseren Tagen eines der hauptsächlichsten Momente, wenn nicht das hauptsächlichste, in der Weltpolitik sind, sind die Folge der ungewöhnlichen ökonomischen Erstarkung Deutschlands und der entsprechenden Entwicklung seiner Land-, aber vor allen Dingen seiner Seestreitkräfte. In letzterem Umstande erblickt England eine Bedrohung nicht nur seiner Seeherrschaft, sondern gleichzeitig seiner eignen Existenz als Weltmacht. Diese Lage ist nicht mit einem Male entstanden und kann nicht von heute auf morgen verändert werden, sosehr dieses von der einen und sogar von allen beiden Seiten gewünscht werden sollte und so fähig auch die Staatsmänner sein mögen, welche die Aufgabe, ein englisch-deutsches Übereinkommen herbeizuführen, auf sich nehmen. Eine derartige Aufgabe ist nicht leicht; denn um ein solches Resultat zu erreichen, müßte England ein für allemal auf den Gedanken verzichten, sich der wirtschaftlichen Ausbreitung Deutschlands in allen Weltteilen und dem damit verbundenen Anwachsen seiner Handels- und Kriegsflotte zu widersetzen.

Baron Marschall ist zu klug, um sich nicht von der Schwierigkeit der ihm bevorstehenden Aufgabe Rechenschaft zu geben, und wenn er trotz seines hohen Alters den ihm angetragenen Posten des deutschen Vertreters in London gern angenommen

hat, so muß man glauben, daß das von ihm in Aussicht genommene Programm viel bescheidener als dasjenige ist, welches ihm von der deutschen Presse vom ersten Augenblicke des Bekanntwerdens seiner Ernennung in so aufdringlicher Weise zugeschrieben wird.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin Schebeko an den russischen Außenminister vom 25. Mai/7. Juni 1912.

Die Frage der Umwandlung des freundschaftlichen Übereinkommens zwischen England und Frankreich in ein Bündnis ruft in Deutschland großes Interesse hervor und beunruhigt die hiesigen politischen Kreise. Obwohl die Presse laut behauptet, daß diese Frage für Deutschland keine Bedeutung habe, da die Ereignisse des letzten Jahres bewiesen hätten, daß, im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich, England sich sowieso auf die Seite des letzteren stellen würde, einerlei ob es mit Frankreich durch ein Bündnis oder durch ein Übereinkommen verbunden ist — so wird doch das Gegenteil durch jene Leidenschaftlichkeit bewiesen, mit der diese Frage erörtert wird, und durch den Raum, den sie in allen Zeitungen einnimmt. Hier spricht nicht nur die Tatsache des Abschlusses eines Bündnisses zwischen England und Frankreich mit, sondern vielmehr der Umstand, daß die Deutschen jetzt endgültig überzeugt sind, daß England sich von der Möglichkeit einer Annäherung an Deutschland abwendet — einer Annäherung, die man in Deutschland im Grunde genommen leidenschaftlich herbeisehnt. Jetzt ist allen zur Erkenntnis gekommen, daß das letzte Marokko-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur zu keiner Annäherung zwischen beiden Ländern geführt hat, sondern im Gegenteil auf beiden Seiten der Vogesen eine derartige politische Stimmung, eine derartige Erregung hervorgerufen hat, daß sie in jedem Augenblicke zu den allerbedauerlichsten Folgen für die Erhaltung des europäischen Friedens führen kann.

Die elsaß-lothringische Frage, in welcher in den letzten Jahren eine Beruhigung eingetreten zu sein schien, hat sich wieder ganz außerordentlich verschärft, und auf Anweisung aus Berlin ergreifen die örtlichen Behörden eine Reihe von Maß-

regeln, die für die Bevölkerung sehr unbequem sind und in Frankreich große Erregung hervorrufen.

Die Haltung chauvinistischer Zeitungen, z. B. von „La France militaire", welche Deutschland alle möglichen Niederträchtigkeiten vorwerfen, hat in der offiziösen Kölnischen Zeitung eine Warnung in dem Sinne hervorgerufen, daß, wenn Frankreich die Klinge mit Deutschland zu kreuzen wünscht, letzteres bereit sei, was durch die schnelle Annahme der Erhöhung der Streitkräfte des Reiches von seiten der Volksvertreter am besten bewiesen werde.

Derartige Beziehungen zum Nachbarstaate veranlassen natürlich Deutschland, jeden Schritt der anderen ihm feindselig gesinnten Macht, d. h. Englands, mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. So z. B. werden die Beratungen Churchills und Asquiths mit Lord Kitchener auf Malta so gedeutet, daß dies ein vorbereitender Schritt zum Abschlusse eines Bündnisses mit Frankreich ist, wobei letzteres die beiderseitigen Interessen im Mittelmeere zu verteidigen haben würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 373.

Der Schweizer Gesandte in London Carlin hat mir gesagt, der russische Gesandte in Bern habe dem Staatsdepartement in Bern mitgeteilt, daß die Rede Bethmann Hollwegs und die ununterbrochenen Rüstungen Österreichs die politische Lage als gespannt erscheinen lassen und daß die russische Regierung die föderalen Behörden hiervon mit Rücksicht auf die Verteidigung der Schweizer Neutralität benachrichtigen wolle. Carlin sagt mir, er sei von seiner Regierung beauftragt worden, Grey zu fragen, welche Haltung England im Falle eines Konfliktes einnehmen würde. Grey hat ihm geantwortet, daß Englands Haltung von den Umständen und von der Zahl der sich am Konflikte beteiligenden Mächte abhängen würde. Dies bedeutet, daß Grey die mir und Cambon gegebene Antwort Carlin gegenüber wiederholt hat. Carlin zufolge hat der Schweizer Gesandte in Paris denselben Auftrag erhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 21. Dezember 1912/3. Januar 1913. — Nr. 465.

Persönlich. Grey hatte mir gesagt, er würde Buchanan ein Telegramm bezüglich der Unterstützung Englands zukommen lassen, welches uns die diplomatische Unterstützung des Londoner Kabinetts zusichert. Er hat mir jetzt eine Abschrift dieses Telegramms zugeschickt. Ich habe es Cambon gezeigt und um seine Ansicht gefragt. Cambon ist der Meinung, daß es nicht notwendig sei, zu verallgemeinern; daß, wenn es sich um spezielle Fragen handelt, die England betreffen, das Londoner Kabinett derartige bedingte Zusicherungen gebe; daß dies anläßlich des Zwischenfalles in Agadir und auch schon früher ihm selbst gegenüber der Fall gewesen sei. Aus meinem Bericht werden Sie sehen, daß Grey sich mir gegenüber etwas anders ausgedrückt hat. Dies scheint die persönliche Ansicht Cambons zu bestätigen. Meine persönliche Ansicht bleibt die, daß die militärische Unterstützung Englands von den allgemeinen Umständen abhängen wird, die im voraus nicht bestimmt werden können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1913. — Nr. 91.

Die unerwarteten Erklärungen des Admirals Tirpitz in der Reichstagskommission werden hier so verstanden, daß Deutschland die Vorherrschaft Englands zur See anerkennt; ohne vollkommenes Zutrauen zu finden, haben diese Erklärungen doch großen Eindruck auf die englische Presse gemacht. Die Times und die hauptsächlichsten Blätter betonen dieses Ereignis, zwar nicht ohne einige Einwendungen zu erheben, aber doch mit Befriedigung.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 30. Januar/12. Februar 1913. — Nr. 276.

Persönlich. Wir glauben, in der letzten Rede des Admirals Tirpitz und in dem Bestreben der deutschen Diplomatie, eine

Annäherung an England herbeizuführen, ein beunruhigendes Symptom erblicken zu müssen. Wir würden gern wissen, bis zu welchem Grade derartige Umtriebe in London günstiges Terrain finden und auf die Haltung der englischen Regierung in der jetzigen Krise zurückwirken können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1913. — Nr. 105.

Ihr Telegramm 276 erhalten. Die Anstrengungen, die die deutsche Diplomatie macht, sind augenscheinlich; aber die Rede Tirpitz', die anfangs als Anerkennung der Vorherrschaft Englands zur See mit Befriedigung aufgenommen wurde, hat nach reiflicher Prüfung nur einen ephemeren Eindruck gemacht. Man ist hier immer noch überzeugt, daß das Berliner Kabinett aufrichtig an der Erhaltung des Friedens arbeitet. Dies hat eine wirkliche Entspannung herbeigeführt, die, wie ich berichtet habe, jene Zusammenarbeit der Kabinette von London und Berlin zur Folge gehabt hat. In diesem Augenblicke halte ich sie für uns nicht nur nicht für schädlich, sondern für vorteilhaft, indem Grey die Möglichkeit gegeben wird, auf Berlin einzuwirken und darauf zu bestehen, daß das Berliner Kabinett auf Wien einwirkt. Grey glaubt, daß Sie dasselbe mit Vorteil tun könnten, obwohl er sich der Schwierigkeiten bewußt ist. Dies ist der Charakter der Annäherung, von welcher die deutsche Diplomatie so laut und öffentlich spricht. Ihre friedliebende Tendenz verbürgt dieser Annäherung einen gewissen Erfolg. Die homogene Haltung der Botschafter des Dreibundes während der Sitzungen der Londoner Botschafterkonferenz ist aber in Wirklichkeit nicht so vollständig, wie aus meinen telegraphischen Protokollberichten über die Sitzungen hervorzugehen scheint.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 28. März/10. April 1913. — Nr. 906.

Ich bitte Sie, mir möglichst genaue Einzelheiten über den Zweck der Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach England mitzuteilen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 29. März/11. April 1913. — Nr. 330.

Ihr Telegramm 906 erhalten. Einer der Gründe, die mich entgegen meiner ursprünglichen Absicht veranlaßt haben, die Mitteilung Ihres Telegramms 894 an Grey zu beschleunigen, ist die Ankunft des Prinzen Heinrich. Diese Ankunft ist so unerwartet, daß das Foreign Office erst gestern hiervon Kenntnis erhalten hat. Indem ich Nicolson das in Frage kommende Telegramm vorlas, sagte ich ihm, daß die Ankunft des Prinzen Heinrich diese Mitteilung sehr zeitgemäß erscheinen lasse. Cambon hat Grey eine ähnliche Bemerkung gemacht. Grey, der noch in keine Beziehungen zum Prinzen Heinrich oder zu Lichnowsky in dieser Frage getreten war, hat Cambon geantwortet: „Wenn Prinz Heinrich hierher gekommen ist, um den im vorigen Winter gemachten Schritt zu erneuern, so wird ihm genau dieselbe Antwort zuteil werden."

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 1./14. April 1913. — Nr. 344.

Persönlich. Nicolson hat mir gesagt, daß Prinz Heinrich mit dem Könige über keine politischen Fragen gesprochen habe. Es hat sich hauptsächlich um die Cumberlandsche Hochzeit und um die Reise König Georgs nach Berlin gehandelt, welch letztere keinen offiziellen, sondern nur Familiencharakter haben wird. Prinz Heinrich hat weder Grey noch irgendeinen andern Minister gesehen. Er ist heute wieder abgereist. Nicolson sagt mir, daß dieses Mal die Reise des Prinzen Heinrich nur wegen privater Angelegenheiten und der Bestellung von Automobilen erfolgt sei. Sonnabend und Sonntag hat er bei dem Fürsten Münster zugebracht. Die Mitteilung Nicolsons bestätigt meine persönliche Beobachtung.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 6./19. April 1913. — Nr. 355.

Nicolson teilt mir mit, daß, da die Reise des Königs nach Berlin ein Familienbesuch sei, Seine Majestät von keinem Minister begleitet sein wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. Mai 1913. — Nr. 1263.

Ist es richtig, daß die Reise Morleys nach Berlin im Zusammenhang mit einem politischen Auftrage hinsichtlich englisch-deutscher Verhandlungen über ihre Interessen in Kleinasien steht?

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 6./19. Mai 1913. — Nr. 450.

Ihr Telegramm 1263 erhalten. Aus privaten Informationen und der kategorischen Erklärung Nicolsons geht hervor, daß die Reise Morleys in keinem Zusammenhang mit kleinasiatischen Fragen steht. Die Reise hat durchaus privaten Charakter, obwohl unser hiesiger Marineagent behauptet, daß die Frage der Seerüstungen in Berlin erörtert worden wäre.

Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister vom 31. Januar/13. Februar 1914.

In meinem Telegramm Nr. 19 habe ich die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf die Mitteilung der russischen Telegraphenagentur in Berlin gelenkt, Staatssekretär von Jagow habe in der Budgetkommission erklärt, daß die englisch-deutschen Beziehungen sich ständig besserten. In demselben Telegramm wurden auch die Erklärungen des deutschen Marineministers erwähnt, die sich auf das Verhältnis der englischen und deutschen Flotte zueinander beziehen.

Wie Ihnen bekannt, hat Tirpitz gesagt, daß das von Churchill vorgeschlagene Verhältnis der englischen zu der deutschen Flotte 16 : 10 für Deutschland durchaus annehmbar sei. Was den Gedanken eines „Freijahres" betreffe, so könne dieser Vorschlag nicht angenommen werden. Jagow erklärt, daß das Kabinett von St. James einstweilen mit einem solchen Vorschlage noch nicht hervorgetreten sei. Ich fragte meinen englischen Kollegen, wie man sich die beständig wiederkehrenden Beteuerungen der hiesigen Staatsmänner erklären könne, daß eine Besserung in den englisch-deutschen Beziehungen eingetreten sei, da dies unwillkürlich den Gedanken hervorrufe, daß zwischen London

und Berlin beständige Verhandlungen stattfinden, welche letzten Endes zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern führen könnten.

Goschen antwortete mir wie immer, nämlich daß alle diese Beteuerungen gar keinen Wert haben und daß der Meinungsaustausch zwischen Berlin und London sich auf die gegenseitigen ökonomischen und Eisenbahninteressen in Afrika beschränkt.

Was den Vorschlag Churchills anbelangt, ein Verhältnis von 16 : 10 festzusetzen, so bestätigte mein englischer Kollege meine Annahme, daß die kanadischen Dreadnoughts aus dieser Proportion ausgeschlossen sind, womit Deutschland kaum einverstanden sein kann. Was den Vorschlag anbelangt, im Laufe eines Jahres keine Kriegsschiffe zu bauen, so entsprechen diese Erklärungen des Staatssekretärs, wie mir Goschen sagt, nicht ganz den Tatsachen, denn er, Goschen, ist aus London beauftragt worden, die Ansicht Jagows einzuholen, doch habe letzterer ihm eine ausweichende Antwort gegeben. Der englische Botschafter ist jedoch der Ansicht, wie er mir streng vertraulich mitteilte, daß dieser Gedanke unausführbar und für Deutschland um so unannehmbarer ist, als alle Arbeiter der deutschen Schiffswerften in diesem Falle jede Beschäftigung verlieren müßten, während die englischen Arbeiter leicht von den Privatwerften übernommen werden könnten, um die zahlreichen kleineren Schiffe zu bauen, deren die englische Flotte beständig bedarf. Außerdem, fügte der englische Botschafter hinzu, genügt es nicht, die Schiffsbauten in England und Deutschland zu unterbrechen — dasselbe müßten auch alle anderen Großmächte tun.

Mein französischer Kollege, dessen Ansicht Goschen hinsichtlich des „Freijahres" befragt hatte, erwiderte ihm, daß er diesen Gedanken in keinem Falle billigen könne, da alle Ersparnisse, die Deutschland infolge der Unterbrechung der Schiffsbauten machen würde, zur Verstärkung der Landarmee verwendet werden würden, und diese würde beim zukünftigen Zusammenstoße hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet werden.

Cambon blickt sehr trübe auf die beständigen Gerüchte einer Besserung in den englisch-deutschen Beziehungen, da er die Möglichkeit irgendeiner Annäherung zwischen diesen beiden Ländern in Zukunft zuläßt.

Obwohl ich diese Befürchtungen nicht völlig teile, so kann ich mich doch nicht ganz dem Gedanken verschließen, daß Deutschland und England, nachdem sie damit angefangen, ihre ökonomischen Interessen in Afrika zu regeln, mit der Zeit zu wichtigeren Verhandlungen übergehen werden, welche letzten Endes zu einem gewissen Abkommen auch in politischen Fragen führen können. Ich kann von hier aus verfolgen, wie die deutsche Regierung bestrebt ist, der englischen entgegenzukommen, — aber ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, zu beurteilen, welchen Eindruck diese Bemühungen auf die führenden Kreise Englands machen.

Einundzwanzigstes Kapitel.

England, Frankreich, Rußland.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 5./18. Juni 1908.

Während der Zusammenkunft unseres Kaisers mit König Eduard auf der Reede von Reval bin ich von Seiner Majestät empfangen worden und habe mit dem englischen Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Sir Charles Hardinge eine ganze Reihe längerer Unterredungen gehabt. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen zu Ihrer persönlichen Information vertraulich von einigen Einzelheiten dieses Gedankenaustausches Kenntnis zu geben.

Der allgemeine Eindruck, den diese Zusammenkunft hinterlassen hat, ist in politischer Hinsicht ein äußerst günstiger; König Eduard hat seine Genugtuung offen zum Ausdruck gebracht und erblickt in der Zusammenkunft eine Bestätigung und Befestigung des zwischen Rußland und England erzielten Übereinkommens, sowie ein Pfand für die weitere Solidarität der beiden Regierungen. Mit besonderer Genugtuung betonte Seine Majestät die glückliche Wendung in unserer inneren Politik und die Zustimmung, die die Tätigkeit des Staatssekretärs Stolypin in ernsten Kreisen Englands findet.

Die verschiedenen Erklärungen Hardinges zusammenfassend, muß ich vor allem betonen, daß seinerseits kein Versuch gemacht worden ist, den Boden konkreter Abmachungen, sowohl der schon bestehenden, als der in Aussicht genommenen, zu verlassen und uns in allgemeine politische Kombinationen zu ziehen. Sir Charles bestätigte, daß das Londoner Kabinett unsere Ansicht durchaus teile, daß die Entrevue in Reval den anderen

Staaten keinerlei Beunruhigung einzuflößen brauche; was speziell Deutschland anbelangt, so wünscht die englische Regierung aufrichtig, die allerbesten Beziehungen zu ihm zu unterhalten, und glaubt nicht, daß in allernächster Zukunft diese Beziehungen sich aus irgendeinem Grunde verschärfen werden. „Trotzdem", sagte mir Sir Charles Hardinge, „kann man sich nicht der Einsicht verschließen, daß, wenn Deutschland in demselben beschleunigten Tempo seine Rüstungen zur See fortsetzen wird, in sieben oder acht Jahren in Europa eine äußerst beunruhigende und gespannte Lage entstehen kann; dann wird zweifelsohne Rußland der Schiedsrichter der Lage sein; und aus diesem Grunde wünschen wir im Interesse des Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark ist." Diesen Gedanken hat Sir Charles mehrere Male wiederholt, wobei er augenscheinlich zu verstehen geben wollte, daß er nicht seine persönliche Meinung, sondern die bestimmte politische Überzeugung des Londoner Kabinetts zum Ausdruck bringt.

Zu den einzelnen Rußland und England interessierenden Fragen übergehend, sprach Sir Charles in warmen Ausdrücken von dem glücklichen Resultat der im vorigen Jahre unterzeichneten Übereinkommen, dank denen keine einzige in letzter Zeit zwischen Rußland und England entstandene Frage einen gefährlichen oder akuten Charakter angenommen habe. Seinen Worten zufolge hat nur dank der Konvention und der absoluten Loyalität, mit der Rußland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, der Zwischenfall an der afghanischen Grenze nicht zum Einrücken der indischen Truppen in Afghanistan geführt; das Londoner Kabinett schätzt unsere Haltung um so mehr, als von rein formaler Seite betrachtet die Konvention über Afghanistan, welche bis jetzt vom Emir nicht anerkannt wurde, noch nicht in Kraft getreten ist; die Handlungsweise Rußlands hat der englischen Zentralregierung die Möglichkeit gegeben, den Eifer der angloindischen Behörden zu dämpfen; jetzt ist das Londoner Kabinett ganz sicher, daß die Ereignisse an der afghanischen Grenze nicht zum Einrücken in Afghanistan führen werden. In einigen Wochen hofft er das formale Einverständnis des Emirs zu erhalten und uns mitteilen zu können.

Was Persien anbelangt, so hat mir Sir Charles noch einmal wiederholt, daß seine Regierung fest entschlossen sei, in völligem Einvernehmen mit uns zu handeln. Unser Grenzzwischenfall flößt dem Londoner Kabinett keinerlei Beunruhigung ein, und es erkennt vollkommen die Zweckmäßigkeit unserer Handlungen an.

Besonders sorgsam ist die Frage der mazedonischen Reformen geprüft worden. Der lebhafte Gedankenaustausch hat zu einem Ergebnis geführt, das einer endgültigen Lösung sehr nahe scheint. Auf diese Weise sind die ursprünglichen Vorschläge Englands auf ein Maß beschränkt worden, welches, wie man hoffen darf, von den übrigen Mächten angenommen und der Pforte gemeinsam zur Kenntnis gebracht werden wird. Nachdem ein Einvernehmen mit England erzielt ist, wird das Petersburger Kabinett ein genaues Schema der Reformen ausarbeiten, welches dann gemeinsam von allen Staaten beraten und zum Ausgangspunkte eines gemeinsamen Schrittes der Botschafter in Konstantinopel gemacht werden soll.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Rom vom 20. November/3. Dezember 1908.

Ich glaube Ihnen über eine Unterredung berichten zu müssen, die ich mit dem hiesigen französischen Botschafter gehabt habe. Admiral Touchard hat mir, augenscheinlich im Auftrage seiner Regierung, vertraulich mitgeteilt, daß anläßlich des letzten Casablanca-Zwischenfalles der französische Botschafter in Rom, Barrère, aus sehr sicherer Quelle erfahren habe, Fürst Bülow und Baron Schön hätten in Rom zu verstehen gegeben, Deutschland habe von Rußland die Zusicherung erhalten, daß es sich in keinem Falle an einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich beteiligen würde.

Touchard zufolge hätten auch Sie davon gehört, es aber nicht für nötig befunden, diese Angaben zu widerlegen; die französische Regierung, fügte der Botschafter hinzu, schenkt natürlich derartigen Insinuationen keinen Glauben, hält es aber für ihre Pflicht, uns hiervon Mitteilung zu machen, falls wir es für nötig finden, die Sprache unserer Vertreter im Auslande in dieser wichtigen Frage festzulegen.

Ich erwiderte Admiral Touchard, daß ich bis jetzt in Ihrer Korrespondenz keine Hinweise auf diese Angelegenheit gefunden habe; daß weder unsere allgemeine Haltung noch die unseres Botschafters in Berlin den geringsten Anlaß zu den von Barrère berichteten Insinuationen gäbe. „Sie wissen," sagte ich, „daß die genauen Bestimmungen unseres Abkommens mit Frankreich niemand bekannt sind; man weiß wohl, daß dieses Übereinkommen vor allem einen defensiven Charakter hat, aber der casus foederis kann nur den Gegenstand von Mutmaßungen bilden; andererseits muß man in Berlin wissen, daß die Vereinbarungen zwischen Rußland und Frankreich nicht verändert worden sind und immer noch die unveränderliche Grundlage unserer Politik bilden; dies ist noch einmal öffentlich in Reval diesen Sommer bestätigt worden und Deutschland hat von uns keinerlei Erklärungen, weder vor noch während des letzten Zwischenfalles verlangt. Es scheint mir übrigens, daß die deutschen Staatsmänner das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich als einen wichtigen Faktor des europäischen Gleichgewichtes betrachten; Fürst Bülow hat diesen Gedanken öffentlich im Parlament zum Ausdruck gebracht; was in Deutschland viel mehr beunruhigt und erregt, ist der Verdacht, daß unsere kürzliche Annäherung an England die Gefahr einer schon abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Tripelallianz gegen Deutschland in sich birgt. Ich habe es stets für nötig gehalten, gegen einen derartigen Verdacht einzuwirken; ich habe anläßlich meines letzten Besuches in Berlin nicht verfehlt, noch einmal zu wiederholen, daß unsere Abmachungen mit dem Londoner Kabinett nichts enthalten, was nicht öffentlich bekannt ist, und daß wir nicht die Absicht haben oder gehabt haben, einem „neuen" Bündniß gegen irgend jemand beizutreten; ich bin nicht sicher, das Berliner Kabinett überzeugt zu haben, denn auf der Tatsache einer „neuen Gruppierung der Mächte" und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit, das Bündnis mit Österreich enger zu gestalten, basiert die deutsche Regierung ihre Haltung in der bosnisch-herzegowinischen Frage."

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, mich zu benachrichtigen, was zu der von Barrère mitgeteilten Information hat Anlaß geben können. Ich brauche Ihnen nicht

zu sagen, daß es nicht unseren Absichten entsprechen kann, daß an eine Schwächung unserer Bande mit Frankreich geglaubt wird, und bin ich ganz überzeugt, daß auch Sie von diesem Gedanken durchdrungen sind und ihn wenn nötig in entschiedenster Weise betonen werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 27. April/10. Mai 1910.

Der König hat mir die Ehre erwiesen, mich heute morgen nach Marlborough House einzuladen. Seine Majestät hat ebenfalls die andern Botschafter in ganz privater Audienz empfangen.

Der König war sehr bewegt. Nach einigen kurzen Worten über seinen persönlichen Schmerz und einigen mir gegenüber geäußerten Liebenswürdigkeiten sagte mir der König, als ich die Beziehungen zwischen England und Rußland erwähnte, daß selbst zur Zeit, als diese Beziehungen lange nicht das waren, was sie hätten sein sollen, er stets gewünscht habe, daß die Schwierigkeiten beigelegt würden. Mit der größten Genugtuung habe er gesehen, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hätten; er hat auch jetzt den Wunsch, daß unsere Beziehungen in Zukunft freundschaftlich und vertraulich wie augenblicklich bleiben. Er wünscht vor allem, daß dieser befriedigende Zustand ein dauernder werde. „Was mich anbelangt," sagte der König, „werde ich mein ganzes Leben an der Erreichung dieses Resultats arbeiten."

Ich sagte Seiner Majestät, daß ich es sehr schätzen würde, wenn ich die Erlaubnis hätte, diese Worte meiner Regierung zu übermitteln. Der König gab seine Zustimmung. Die persönlichen Gefühle des Königs, solange er noch Thronfolger war, sind mir stets bekannt gewesen; jetzt aber, da sie am Tage nach seiner Thronbesteigung in überaus feierlicher Form wiederholt werden, scheinen mir seine Worte eine ganz besondere Bedeutung zu haben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1910. — Nr. 125.

Hardinge hat mir heute morgen seine Ernennung zum Vizekönig von Indien mitgeteilt und hinzugefügt, daß, wenn

er auf seinem jetzigen Posten den Beziehungen zwischen Rußland und England habe nützen können, er jetzt mit dem festen Entschlusse nach Indien gehe, im selben Sinne weiterzuarbeiten, und daß er dort noch erfolgreicher zu sein hoffe. Hardinge wäre dankbar, wenn seine Worte unserem Kaiser unterbreitet werden würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Juni 1910. — Nr. 134.

Anläßlich der wahrscheinlichen Abberufung Nicolsons aus Petersburg sagte mir Grey gestern abend, er hoffe, daß das Petersburger Kabinett davon überzeugt sei, daß die Ernennung des Vizekönigs von Indien und der Botschafterwechsel in Petersburg hauptsächlich die Konsolidierung der Beziehungen zwischen Rußland und England im Auge haben. Er glaubt, daß die Lage es verlangt, daß sich jemand in London im Amte befindet, der die einschlägigen Fragen so gut kennt wie Hardinge und Nicolson. Grey sagte mir, er bestehe auf dieser Erwägung, weil vielleicht der Kaiser sich nur ungern von einem Botschafter trennen würde, dem er stets einen so gnädigen Empfang erwiesen habe. Hardinge sagte mir, der König habe von den unserem Kaiser geschuldeten Rücksichten gesprochen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Juni/8. Juli 1910. — Nr. 178.

Ich bin heute morgen vom Könige empfangen worden, um ihm mein Beglaubigungsschreiben zu übergeben. Seine Majestät hat mir erklärt, er wolle mir wiederholen, was Grey mir wahrscheinlich schon gesagt habe, daß nämlich die Abberufung Nicolsons nur aus einem einzigen Grunde erfolgt sei — um die zwischen Rußland und England so glücklich bestehenden Beziehungen zu erhalten und sie noch enger zu gestalten. Der König fügte hinzu, daß er hierüber unserem Souverän geschrieben habe.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 20. Januar/2. Februar 1911.

Ich habe Ihnen bis jetzt noch nichts über die Frage der Befestigung Vlissingens geschrieben, die in der französischen

Presse so große Erregung hervorgerufen hat, da ich mich zuerst in den zahlreichen diesbezüglichen Gerüchten zurechtfinden und die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage feststellen wollte. Nachdem ich die Erklärung Pichons im Parlamente in Beantwortung der Interpellation des bekannten Chauvinisten De la Fosse gelesen habe, komme ich zu der Überzeugung, daß der französische Außenminister überrascht worden ist und daß ihm selbst seine Erklärungen später allzu kategorisch erschienen sind. Am Tage nach der soeben erwähnten Sitzung hat Pichon in einer Unterredung mit einem holländischen Korrespondenten den Sinn seiner Erklärungen bedeutend abgeschwächt. Hierauf hat er es für nötig befunden, den französischen Vertretern bei den Signatarmächten des Traktates von 1839 ein Zirkulartelegramm zu schicken, in denen der genaue Sinn seiner Rede erklärt wird. Ich habe den Wortlaut dieses Telegramms nicht gesehen, doch hat mir Pichon seinen Inhalt mitgeteilt. Der Gedanke einer Einmischung in die Frage der Befestigung Vlissingens wird in Abrede gestellt und betont, er habe im Parlamente nicht von Verhandlungen, sondern von „freundschaftlichen Unterredungen" zwischen den Garantiemächten der Neutralität Belgiens gesprochen. Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit Pichon gehabt habe, schließe ich, daß er dieser Frage kaltblütig gegenübersteht und ihr nicht allzu große Bedeutung beilegen will. Er hat bis jetzt noch nicht die juristische Seite der Frage prüfen können. Ihm persönlich scheint es jedoch, daß Holland das unbestreitbare Recht hat, die Mündung der Schelde zu befestigen. Andererseits haben weder Pichon noch die französische Regierung Zweifel, daß der Gedanke der in Frage kommenden Befestigungen von Deutschland ausgeht, und daß die niederländische Regierung wenn nicht auf Grund eines direkten Vertrages, so doch aus Furcht für die Unabhängigkeit Hollands im Fall eines europäischen Krieges handelt. Wenn Pichon und seine Kollegen trotzdem ihre Ruhe bewahren, so ist dies augenscheinlich damit zu erklären, daß man hier schon längst die Überzeugung gewonnen hat, daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges jedenfalls und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird. Deshalb hält man die Befestigung von Vlissingen für eine weniger wichtige Einzelheit des

allgemeinen deutschen Angriffsplanes gegen Frankreich. Trotzdem ist, wie ich erfahren habe, die Zeitungskampagne, welche zuerst von einigen belgischen Zeitungen aufgenommen wurde, mit französischen Geldmitteln und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien geführt worden, in der Hoffnung, auf diese indirekte Weise die Ausführung des holländischen Planes vereiteln zu können. Soviel ich beurteilen kann, rechnet man hier immer noch mit der Möglichkeit eines Erfolges dieser Pressekampagne und hofft, daß Holland, wenn auch nicht völlig auf diesen Plan verzichten, ihn doch wenigstens aufschieben oder abändern wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 18. Februar/3. März 1911.

Der neue französische Minister des Auswärtigen ist heute gleich nach seiner Ernennung und vor jeder anderen Visite bei mir gewesen und versicherte mir in den allerkategorischsten Ausdrücken, daß die neue Regierung in auswärtigen Fragen unbeugsam die Politik des vorigen Kabinetts fortsetzen und daß er selbst alle seine Bemühungen daransetzen werde, die Bundes- und engsten Freundschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu erhalten und zu fördern. In einem langen Gespräche suchte er die dem neuen Kabinett zugeschriebenen radikalen Tendenzen zu widerlegen und erklärte, daß er und seine Kollegen höher als alles übrige die Ordnung im Innern und die Macht Frankreichs nach außen stellten. Das neue Kabinett wird in verständigen und gemäßigten Kreisen sehr stark kritisiert; persönlich hat Cruppi auf mich einen guten Eindruck gemacht.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 18. Februar/3. März 1911. — Nr. 26.

Nach Cruppi besuchte mich der neue Marineminister Delcassé, das hervorragendste Mitglied des Kabinetts, dessen Rückkehr zur Macht so lebhaft von der europäischen Presse besprochen wird. Delcassé hat mir alles von Cruppi über die Unerschütterlichkeit der äußern Politik Frankreichs und die dem Kabinett zu Unrecht zugeschriebenen radikalen Tendenzen Gesagte wieder-

holt. Außerdem hat er mir erklärt, daß sein Eintritt in das Kabinett eine Garantie bilde, daß man ganz besondere Sorgfalt auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde. Seine nächste Aufgabe sei die Erschaffung einer starken Flotte, und nicht später als im August oder September hofft er über sechs neue Panzerschiffe verfügen zu können. Er bürgt auch dafür, daß das neue Kabinett hinsichtlich der Landarmee seine Anstrengungen verdoppeln wird. Er hat durchaus nicht die Absicht, aus der Kompetenz seines Ressorts hinauszutreten und Mißtrauen von seiten Deutschlands zu erwecken, doch hat er mich versichert, daß er seinerseits alles tun werde, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland möglichst eng zu gestalten, und hat mich gebeten, seine Gefühle aufrichtiger Ergebenheit für Rußland an den Stufen des Thrones niederzulegen. Von mir ist Delcassé zu einem Besuche des deutschen Botschafters gefahren.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.

. . . . . .

Was die ausländischen Beziehungen anbelangt, so habe ich Ihnen bereits kurz über die mir von Cruppi und Delcassé gemachten Mitteilungen berichtet. Seitdem habe ich auch lange Unterredungen mit Monis und Caillaux gehabt. Sie alle haben mich von der Unerschütterlichkeit der auswärtigen Politik Frankreichs und der absoluten Loyalität des neuen Kabinetts hinsichtlich des Bündnisses mit Rußland versichert. Wenn hierbei auch eine gewisse Kritik der Politik Pichons hörbar wurde, so geschah dies nur im Sinne jener Zeitungsartikel, in denen der Vorgänger Cruppis beschuldigt wurde, den Dreiverband zur Förderung der Interessen Frankreichs, Rußlands und Englands nicht genügend ausgenutzt zu haben. Obwohl Delcassé betonte, daß er die Kompetenz des Marineministeriums nicht überschreiten wolle, so wird doch allgemein angenommen, daß er auf die Tätigkeit Cruppis Einfluß haben werde, da letzterer in auswärtigen Fragen wenig bewandert ist. Delcassé hat mich zu überzeugen gesucht, daß die neue Regierung nicht bloß keine Schwächung der militärischen Kraft Frankreichs zulassen

wird, sondern noch bestimmter die Land- und Seestreitkräfte weiterentwickeln will. Delcassé erklärte mir, daß, obwohl wieder Zivilpersonen an der Spitze der beiden Militärressorts stehen, doch die frühere Organisation der höheren militärischen Institutionen, wie sie von General Brenne und dem Admiral Boué eingeführt wurde, auch in Zukunft beibehalten werden wird. Was speziell die Flotte anbelangt, so sei seine, Delcassés, Ernennung zum Marineminister eine Garantie, daß man ihr ganz besondere Bedeutung beilegen wird, und nicht später als im August oder September hofft er über ein neues Geschwader von Panzerschiffen verfügen zu können.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 12./25. April 1911.

In einer meiner Unterredungen mit Cruppi habe ich die Frage der soeben in Frankreich abgeschlossenen Anleihe der Stadt Budapest erwähnt. Diese Finanzoperation ist mit Hilfe der Gruppe des Crédit Lyonnais durchgeführt worden. Derartige Städteanleihen bedürfen gewöhnlich nicht der Genehmigung der Regierung, um auf der Pariser Börse kotiert zu werden. Auf diese Weise hatte das französische Außenministerium offiziell nicht die Möglichkeit, die Anleihe zu verhindern. Immerhin besteht kein Zweifel, daß der Crédit Lyonnais in dieser Frage nicht ohne die stillschweigende Einwilligung der französischen Regierung gehandelt hat. Ich habe Cruppi nicht verheimlicht, daß die Gewährung einer Anleihe durch französische Banken einen unangenehmen Eindruck in Rußland hervorrufen wird, wo man dies natürlich als den ersten Schritt zur Finanzierung auch anderer ungarischer Anleihen betrachten muß. Um auf Cruppi den nötigen Eindruck zu machen, habe ich ihm anläßlich dieses besonderen Falles folgende Erwägungen allgemeiner Natur unterbreitet.

„In letzter Zeit", sagte ich, „habe ich schon mehrmals die ernstliche Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Schädigung vitaler Interessen Rußlands durch Finanzprojekte französischer Banken lenken müssen. Infolge seiner ungeheuren Ausdehnung und der Besonderheiten seiner geographischen Lage

kann Rußland an verschiedenen Punkten seiner Peripherie angegriffen werden und ist nicht auf allen Fronten gleich stark. Derartige Unternehmungen, z. B. wie die Eisenbahn Chinchou—Aigun oder das Eisenbahnnetz in Kleinasien, würden uns ungeheure Ausgaben bei der Befestigung unserer asiatischen Grenzen auferlegen, und dies würde unsere militärische Stellung an unserer Westgrenze schwächen, was den gemeinsamen Interessen Frankreichs und Rußlands widerspricht. Jede Österreich-Ungarn oder sogar nur Ungarn gewährte Anleihe schwächt gleichfalls die Lage Rußlands und folglich auch des Zweibundes. Es ist äußerst gefährlich, sich der hier verbreiteten Illusion hinzugeben, als ob Ungarn ein Gegengewicht gegen den Einfluß Deutschlands bilden könne. Die letzte bosnische Krise hat gezeigt, daß im entscheidenden Augenblicke Ungarn sich stets auf die Seite Österreichs und Deutschlands stellen wird. Erst in den letzten Tagen haben wir im Parlamente Ribot in beredter Weise von der Notwendigkeit einer einheitlicheren und logischeren Politik der drei Ententemächte sprechen hören, und Cruppi selbst hat darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, diese politische Kombination in Wirklichkeit und sozusagen jeden Tag in Anwendung zu bringen. Mir scheint es, daß ausländische Anleihen und Finanzierungen ein Gebiet darstellen, in dem die höheren politischen Interessen Frankreichs und Rußlands in Einklang gebracht werden müssen, und es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn das Streben französischer Finanzleute nach persönlichem Gewinn die Oberhand über die höheren Ziele der beiden verbündeten Mächte gewinnen sollte."

Der Minister hat mir erwidert, daß er meine Ansicht durchaus teile und bereit sei, diesen Standpunkt in jedem einzelnen Falle zu vertreten. Was die Budapester Anleihe anbelangt, so habe diese sozusagen einen speziell privaten Charakter, und die französische Regierung habe nicht die Möglichkeit gehabt, sich dieser Anleihe zu widersetzen. Doch bürge er dafür, daß dieselbe der Frage der Finanzierung Ungarns für allgemeinstaatliche Bedürfnisse in keiner Weise vorgreift. „Ich bin sehr froh," sagte er, „daß Sie diese Frage berührt und mir Argumente geliefert haben, von denen ich zur rechten Zeit Gebrauch machen kann."

Trotz dieser kategorischen Erklärung Cruppis erlaube ich mir dem Gedanken Ausdruck zu verleihen, daß vielleicht die größte Schwierigkeit der russisch-französischen Beziehungen darin besteht, die Interessen der hier so einflußreichen Finanzkreise mit der allgemeinen Richtung der Politik des Zweibundes in Einklang zu bringen. In diesem speziellen Falle ist es wohl kaum möglich gewesen, die französischen Banken daran zu verhindern, sich an der Budapester Anleihe zu beteiligen, da sie ein schon so bedeutendes Kapital in verschiedenen ungarischen Unternehmungen angelegt haben. Die französischen Ersparnisse, die eine Anlage in auswärtigen Anleihen und Unternehmungen suchen, machen den Kampf mit den kosmopolitischen Tendenzen des hiesigen Kapitals außerordentlich schwer. Wir haben daher die Aufgabe, die Projekte der französischen Finanzkreise aufmerksam zu verfolgen, und in denjenigen Fällen, in denen unsere Interessen ernstlich bedroht sind, müssen wir rechtzeitig einen energischen Druck auf die französische Regierung ausüben, um die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern.

Auszug aus einer Denkschrift N. N. Rafalowitschs über den österreichischen Einfluß in französischen Banken vom 14. Mai 1914.

. . . . . .

Was die Beziehungen zwischen den hauptsächlichsten Pariser Banken und der österreichischen Finanzwelt anbelangt, so fallen zwei Umstände ins Auge: erstens der allgemeine Charakter dieser Beziehungen und zweitens ihre beständige Abschwächung.

In den letzten Jahren hat Österreich infolge der politischen Ereignisse keinen Zugang zum Pariser Markte gehabt, und in dieser Beziehung haben ihm weder die Anstrengungen seiner Vertreter noch die nahen Beziehungen zur französischen Finanzwelt nützen können. Die Banque de Paris et des Pays-Bas hat ihre Vertreter in der Verwaltung der österreichischen Bodenkreditgesellschaft, an deren Spitze der bekannte politische Finanzmann Sieghardt steht. In der Österreichischen Länderbank sind gleichfalls französische Vorstandsmitglieder, unter anderm der frühere französische Botschafter in Wien Crozier, der ebenfalls im Verwaltungsrate der Société Générale sitzt, in dem

auch der Österreicher Adler eine bedeutende Rolle spielt. Dieser ist in Wirklichkeit der Leiter einer der Abteilungen dieses Unternehmens, obwohl er nicht diesen offiziellen Titel führt. Im Crédit Lyonnais nimmt der frühere deutsche Untertan Ullmann einen wichtigen Posten ein, welcher zwar nicht in unmittelbaren Beziehungen mit Österreich ist, aber der Berliner Diskontogesellschaft sehr nahesteht, welch letztere großen Einfluß in Wien hat. Der Crédit Lyonnais hat bereits mehrfach österreichische und ungarische Werte auf dem Pariser Markte verbreitet und hat unter seinen Klienten Schatzscheine dieser beiden Staaten untergebracht. Rothschild braucht man nicht zu erwähnen, denn obwohl er in österreichischen Geschäften sehr interessiert ist, wird sein Einfluß in Paris immer schwächer. Endlich hat die Union Parisienne eine balkanische Bank, welche direkt von Wiener und Budapester Finanzhäusern abhängt und an Ort und Stelle vom Österreicher Donner geleitet wird. Überhaupt muß man bemerken, daß bis zur letzten Zeit die französischen Banken auf dem Balkan gemeinsam mit den Österreichern vorgegangen sind, welche es verstanden haben, das französische Kapital hierbei auszunutzen. Die grundlegenden Veränderungen in der politischen Struktur der Balkanhalbinsel müssen die bisherigen französisch-österreichischen finanziellen Beziehungen ungünstig beeinflussen.

Um dies Ziel zu erreichen, bedarf es unsererseits eines ganz planmäßigen Vorgehens. Hierbei müssen wir zwischen den Bestrebungen der Österreicher unterscheiden, ihre Werte auf der Pariser Börse unterzubringen und Hand in Hand mit den französischen Banken auf dem Balkan vorzugehen. Was erstere Bestrebungen anbelangt, so brauchen sie uns nicht ernstlich zu beunruhigen, da sie „ein Attentat mit unzulänglichen Mitteln" darstellen. Die französischen Banken befürchten allzusehr die Einmischung ihrer Regierung und den Protest der öffentlichen Meinung, um sich leichten Herzens zu einer solchen Operation zu entschließen, welche durch einen einzigen Zeitungsartikel oder durch einen einzigen Schritt von seiten Rußlands zunichte gemacht werden kann. Als Beispiel hierfür kann der erfolglose Versuch gelten, für das österreichische Schatzamt eine ziemlich bedeutende Summe dadurch zu realisieren, daß die alte Streit-

frage der österreichischen Südbahnen in einem für die französischen Inhaber der Aktien günstigen Sinne gelöst wurde. Dieser Versuch ist im vorigen Jahre verhindert worden, wenn er überhaupt ausführbar war, indem im Echo de Paris ein entsprechender Zeitungsartikel veröffentlicht wurde.

Was die Zusammenarbeit der französischen und österreichischen Banken anbelangt, so können wir auch hier eine sehr nützliche Rolle spielen. Als z. B. neulich die österreichischen Banken sich wegen einer eventuellen Beteiligung an die französische Gruppe wandten, welche die Frage der Internationalisierung der Ostbahn in Serbien prüft, genügte die Erklärung des russischen Vertreters, daß die russische Gruppe sich an einer derartigen Kombination nicht beteiligen werde, um die Franzosen zu veranlassen, den Österreichern einen abschlägigen Bescheid zu geben.

Wenn eine französische Gruppe einer anderen vorwirft, den Österreichern nahezustehen, so ist dies gewöhnlich nur ein Kampfmittel. Wir unsererseits müssen uns sagen, daß die hauptsächlichsten französischen Gruppen alle Österreich sehr nahestehen, und es ist sehr schwer zu sagen, welche von ihnen sich am meisten unter österreichischem Einflusse befindet. Wir müßten als allgemeine Regel aufstellen, daß man in uns interessierenden Fragen und Ländern die Franzosen nie allein mit den Österreichern lassen darf. Wo die Franzosen zusammen mit russischen Elementen arbeiten werden, dort wird es für Österreicher keinen Platz mehr geben. Außerdem bedeutet dies für uns die einzige Möglichkeit, rechtzeitig über alles unterrichtet zu sein, was wir verhindern wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1912. — Nr. 74.

Heute beschäftigt sich die Presse immer noch mit dem gestrigen Zwischenfalle. Die bedeutenderen Organe, die ihre Weisungen vom Außenministerium erhalten, wie der Temps, Journal des Débats, Matin usw., bewahren die Ruhe und beschränken sich darauf, Widerlegungen zu veröffentlichen. Einige Zeitungen, hauptsächlich die extremen und oppositionellen, welche Rußland immer feindlich gesinnt waren, wiederholen ihre Angriffe auf Rußland und persönlich auf mich. Hierbei ist deutlich

das Bestreben bemerkbar, dem Zwischenfalle einen politischen Charakter zu verleihen und unsere Unzufriedenheit mit dem französischen Botschafter in Petersburg Georges Louis damit zu erklären, daß Rußland augenscheinlich eine aggressive Politik gegen die Türkei befolgen will und hierbei auf Widerstand von seiten des französischen Botschafters gestoßen ist. Von einigen Zeitungen, die in diesem Sinne schreiben, ist bekannt, daß sie Subsidien von der türkischen Botschaft erhalten, welche unter der hiesigen Presse bedeutende Geldmittel verteilt. Ich ergreife Maßregeln, um die Wahrheit in den Zeitungen wiederherzustellen, da ich aber über kein Geld verfüge, ist dies sehr schwer.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 20. Juli/2. August 1912. — Nr. 136.

Hinsichtlich der Enthüllungen des Temps über die Marinekonvention sagte mir Paléologue, daß dies dem Ministerpräsidenten sehr unangenehm gewesen wäre, daß man sich aber wegen der Folgen nicht weiter zu beunruhigen brauche. Er meint, man wird sich sowohl hier als auch im Auslande sehr wundern, daß eine derartige Konvention erst jetzt abgeschlossen worden ist. Der Ministerpräsident nimmt an, daß die Zeitung diese Information zu verschiedenen Zeiten aus den betreffenden Ressorts erhalten hat. Die Neugierde der Journalisten über die Marinekonventionen war schon längst durch das Gerücht erregt worden, daß ein das Mittelmeer betreffendes Übereinkommen abgeschlossen worden sei, und dies hat dann zufällig zur russisch-französischen Marinekonvention geführt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Juli/6. August 1912. — Nr. 141.

Paléologue bedauert ganz außerordentlich den Artikel im Echo de Paris und hat durch die Agentur Havas eine Mitteilung in Form eines Telegramms aus London veröffentlichen lassen. Auf meine Bemerkung, daß die Widerlegung noch mehr Gewicht gehabt hätte, wenn sie in Form einer gewöhnlichen offiziösen Mitteilung erschienen wäre, erklärte er, daß dieses zu

Angriffen der ganzen Presse auf das Echo de Paris geführt hätte, welches seinerseits antworten würde, und daß dies zu einer unerwünschten Zeitungspolemik führen müßte. Er fügte hinzu, daß auf seine Veranlassung hin der Temps und das Journal des Débats Kommentare veröffentlichen werden, die den Eindruck der Widerlegung verstärken sollen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 28. Juli/10. August 1912. — Nr. 1520.

Ich telegraphiere nach Berlin. Ihr Telegramm Nr. 80 erhalten. Auf eine Anfrage des deutschen Botschafters habe ich geantwortet, daß unsere sogenannte Marinekonvention mit Frankreich sich auf einen unter Verbündeten durchaus natürlichen Entschluß beschränkt, zwischen den Chefs der beiden Marinestäbe unmittelbare Beziehungen herzustellen, ähnlich wie sie schon längst zwischen den beiden Generalstäben bestehen.

Regen Sie diese Frage nicht selbst an; sollte man aber im Auswärtigen Amte wieder eine diesbezügliche Frage an Sie stellen, so können Sie in obigem Sinne antworten.

Bericht des russischen Außenministers Sasonow über die Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Poincaré anläßlich seines Besuches in Petersburg im August 1912.

Anläßlich des Besuches des französischen Ministerpräsidenten und auswärtigen Ministers Poincaré in Petersburg habe ich mit ihm mehrfache Unterredungen gehabt.

Während eines unserer ersten Gespräche haben wir gegenseitig unserer Befriedigung Ausdruck verliehen, daß die soeben zwischen den Chefs der beiden Admiralstäbe geführten Verhandlungen zu einem glücklichen Resultate geführt haben. Das in Paris von Admiral Aubert und dem Fürsten Lieven unterschriebene Projekt einer Marinekonvention ist von unserem Kaiser gebilligt worden, und ich habe die Vollmacht erhalten, diese Konvention zu unterzeichnen. Da die ungefähr vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention von den beiden Regierungen durch einen Notenaustausch be-

stätigt worden war, so haben wir mit Poincaré beschlossen, dasselbe Verfahren auch bei der Marinekonvention anzuwenden. Wir haben infolgedessen am 2. und 3. August mit Poincaré Briefe gewechselt, in denen bestätigt wird, daß die Marinekonvention in Kraft getreten ist.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien berührend, habe ich Poincaré meine aufrichtige Freude geäußert, daß diese Beziehungen, die eine Zeitlang so gespannt schienen, sich augenscheinlich bessern, was namentlich am Vorabend der Erneuerung des Dreibundes ganz besonders wichtig sei. Ich lenkte hierbei seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es für Frankreich ganz besonders wichtig sei, Italien streng im Rahmen der formalen Erfüllung seiner Verpflichtungen seinen Bundesgenossen gegenüber zu halten, ohne ihm Grund zu geben, sich letzteren enger anzuschließen, da dieses für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich unvorteilhaft wäre.

Unter der Bedingung, daß zwischen Italien und den drei Ententemächten freundschaftliche Beziehungen bestehen und gegenseitiges Zutrauen herrscht, ist das Verbleiben Italiens als totes Gewicht im Dreibunde nicht nur Frankreich und Rußland, sondern sogar Italien nützlich, da dies eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg bedeutet, in den auf die eine oder andere Weise auch die anderen Staaten hineingezogen werden könnten.

Poincaré sagte mir, er mache sich diese Ansicht durchaus zu eigen und tue alles mögliche, um dieses Ziel zu erreichen. Er hofft, daß seine Anstrengungen nicht ergebnislos verlaufen werden und daß es ihm gelingen wird, die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien auf eine solide Basis zu stellen. In dieser Hinsicht sind bereits gute Resultate erzielt worden.

Anläßlich des italienisch-türkischen Krieges bedauert Poincaré, daß er unsere Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, nicht in dem gewünschten Maße habe unterstützen können. Eine gewisse Zurückhaltung Frankreichs findet erstens darin ihre Erklärung, daß es auf die Gefühle der mohammedanischen Bevölkerung seiner französischen Besitzungen Rücksicht nehmen

muß, unter denen ein jeder Druck auf die Türkei Erregung hervorrufen würde, was besonders jetzt gefährlich sei, da die Errichtung des französischen Protektorates in Marokko auf so große Schwierigkeiten stößt; zweitens wurde das Pariser Kabinett dadurch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßt, daß weder Deutschland noch natürlich Österreich irgend etwas getan hätten, um unsere Aufgabe durch eine Einwirkung in Konstantinopel zu unterstützen. Gleichzeitig erklärte mir Poincaré, daß er mehr denn je eine Beendigung des Krieges herbeisehne, und daß er die Hoffnung hege, daß Rußland und Frankreich die erste Gelegenheit ergreifen werden, um dieses Ziel zu erreichen und auch die anderen europäischen Großmächte zu dieser Aufgabe heranzuziehen. Einen solchen Anlaß bieten die noch jetzt zwischen den Türken und Italienern in der Schweiz geführten Verhandlungen, um so mehr als die türkische Regierung beabsichtigt, im Einvernehmen mit Italien eine besondere Mission nach Tripolis zu schicken, welche den Übergang zum neuen Regime vorbereiten und die Araber an den Gedanken einer möglichen Aussöhnung gewöhnen soll. Im Zusammenhang mit dem Kriege sprach Poincaré auch über das weitere Schicksal der von Italien besetzten Inseln des Ägäischen Meeres. Diese Frage beunruhigt die französische Regierung ganz außerordentlich, denn sie befürchtet, daß Italien sich nicht damit begnügen wird, sie als ein Pfand zur Beendigung des Krieges zu betrachten, sondern die Besetzung so lange aufrechterhalten wird, bis von der Türkei Garantien einer gewissen Autonomie gegeben sein werden. Frankreich beabsichtigt hiergegen energisch zu protestieren, denn es erblickt in einer derartigen Lage der Dinge eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts im östlichen Teile des Mittelmeeres. Auf die Frage Poincarés, wie Rußland sich zu einer Festsetzung Italiens im Archipel verhalte, erwiderte ich, daß wir uns ebenfalls nicht mit einem derartigen Versuche aussöhnen könnten. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Wunsche des hiesigen italienischen Geschäftsträgers entsprechend den französischen Minister zu fragen, ob die Möglichkeit bestehe, daß noch vor Beendigung des Krieges der Türkei eine Anleihe in Frankreich gewährt werden würde. Poincaré verneinte dies ohne Zögern, fügte jedoch hinzu, daß nach Friedensschluß die

Türkei unter ernsten Garantien die zur Liquidation des Krieges notwendigen Mittel in Frankreich erhalten kann. Poincaré glaubt, daß auch Italien mit einer derartigen Bitte an Frankreich herantreten wird.

Uns gegenseitig versichernd, daß wir die Ereignisse auf dem Balkan aufmerksam verfolgen und uns unsere Gedanken und Informationen mitteilen werden, verabredeten wir mit Poincaré, im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepaßten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplomatischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen. Hierbei hielt Poincaré es für nötig zu betonen, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht erlauben wird, wegen rein balkanischer Fragen zu den Waffen zu greifen, wenn Deutschland sich nicht beteiligen und nicht selbst die Anwendung des casus foederis herbeiführen wird, in welch letzterem Falle Rußland natürlich auf die volle und genaue Erfüllung der Frankreich mit uns verbindenden Verpflichtungen rechnen kann. Meinerseits habe ich dem Minister gesagt, daß wir stets bereit sind, uns entschieden auf die Seite Frankreichs zu stellen, wenn die in unserm Bündnisse vorhergesehenen Ereignisse eintreten, daß wir aber gleichfalls vor der öffentlichen russischen Meinung unsere aktive Beteiligung an einem Kriege nicht rechtfertigen können, der durch irgendwelche außereuropäische koloniale Fragen hervorgerufen wird, solange die vitalen Interessen Frankreichs in Europa dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Nachdem wir die hauptsächlichsten politischen Fragen gemeinsam erörtert, gingen wir auf die Besprechung einzelner Gegenstände über, so vor allem auf die Eisenbahnbauten in Kleinasien und die chinesische Anleihe.

. . . . . .

Zum Schlusse will ich bemerken, daß ich außerordentlich erfreut war, die Bekanntschaft Poincarés zu machen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, um so mehr als ich bei meinem Meinungsaustausche den Eindruck gewonnen habe, daß Rußland in Poincaré einen sicheren und verläßlichen Freund besitzt, der über eine außergewöhnliche staatsmännische Klugheit und einen unbeugsamen Willen verfügt. Wenn der kritische

Moment in den internationalen Beziehungen eintritt, so wäre es sehr wünschenswert, daß an der Spitze der uns verbündeten Regierung wenn nicht derselbe Poincaré, so doch eine andere Persönlichkeit steht, welche einen ebenso energischen Charakter hat und ebensowenig Furcht vor Verantwortlichkeit hegt wie der jetzige französische Ministerpräsident.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 18./31. Mai 1912.

Ich habe Ihnen in letzter Zeit verschiedene Zeitungsartikel übersandt, die eine an und für sich sehr wichtige Frage behandeln, welche aber meines Wissens bis jetzt nur von der Presse besprochen worden ist: die Frage einer Allianz zwischen England und Frankreich.

Ich glaube, daß diese Pressekampagne das indirekte Resultat verschiedener in der Times erschienener Arkitel des militärischen Berichterstatters dieser Zeitung, des Obersten Repington, ist, welcher selbst einer der überzeugtesten Anhänger der Entente Englands mit Frankreich und Rußland ist. Diese Artikel bezogen sich auf die militärische Lage Englands im Mittelmeere, welche seit der Zurückziehung der englischen Flotte ziemlich geschwächt ist und, wie ein ziemlich großer Teil des Publikums glaubt, durch den Ersatz der französischen Flotte so lange nicht genügend gesichert erscheint, als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich auf eine Entente und nicht auf ein Bündnis stützen. Die Reise Asquiths in Begleitung von Churchill nach Malta, ihre Zusammenkunft mit Lord Kitchener und ein beabsichtigter Besuch in Biserta haben diese Diskussion noch weiter angeregt.

Obwohl die soeben erwähnte Reise einen durchaus privaten Charakter trägt, so ist, wie ich sicher glaube, die Aufmerksamkeit dieser beiden Minister auf die für England entstandene Lage gelenkt worden. Außerdem sind in der letzten Zeit von seiten der englischen öffentlichen Meinung gewisse Zweifel über die endgültigen Absichten Italiens geäußert worden, welches verschiedene Inseln besetzt hält, u. a. auch Rhodos. Ich will nur im Vorübergehen erwähnen, daß diese Frage der griechischen Inseln, der Türkei gehörend und von Italien besetzt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf sich lenkt.

Nicolson hat zu mir hierüber nur ganz kurz und in privater Form gesprochen, aber er denkt augenscheinlich an die Rückerstattung dieser Inseln an die Türkei bei Friedensschluß. Er sieht Schwierigkeiten voraus. Cambon ist in einer privaten Unterredung noch weiter gegangen. Seiner Ansicht nach muß man mit Verwicklungen rechnen: eine einfache Zurückerstattung, wie sie die Logik verlangt, würde sofort Unruhen und eine gewisse Agitation in Griechenland hervorrufen, da die Türkei bisher stets ein von Christen bewohntes Gebiet verloren hat, wenn es einmal von einer christlichen Macht besetzt worden war — ein Argument, welches Griechenland vielleicht anrufen wird und welches ein gewisses Echo in gräkophilen Kreisen, die ja inallen Ländern vertreten sind, finden dürfte.

Cambon ist der Ansicht, daß eine einfache Zurückerstattung nicht gefahrlos wäre. Verschiedene dieser Inseln haben früher mehr oder weniger bestätigte Privilegien gehabt, die die jungtürkische Partei jetzt nach Möglichkeit einzuschränken trachtet. Diese Inseln haben, teilweise wenigstens, die italienischen Garnisonen als ihre Befreier begrüßt; folglich könnte die Wiederherstellung der türkischen Autorität, ohne jede Bedingung, zu Unruhen führen, vor allem zu Racheakten von seiten der Türken, und hieraus könne sich eine ernste internationale Schwierigkeit ergeben.

Ich bitte Euere Exzellenz, diese längere Abschweifung zu entschuldigen, aber sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Inhalte des Briefes. Ich besuchte gestern Sir Arthur Nicolson und berührte die Zeitungsartikel über eine englisch-französische Allianz. Ich sagte ihm ganz offen, daß ich diesen Gegenstand in meiner Korrespondenz mit Ihnen erwähnen müßte und daß ich ihm für Aufklärung dankbar wäre.

Sir Arthur erwiderte, daß zwischen den beiden Regierungen kein Gedankenaustausch stattgefunden, daß keine von ihnen in dieser Hinsicht eine Initiative ergriffen hat und daß er auch nicht glaube, daß dies zurzeit der Fall sein werde, da ein derartiger Schritt zum mindesten unzeitgemäß wäre, weil der jetzige Zeitpunkt kein ruhiger sei und infolge des Krieges eigentlich eine Krise herrsche, so daß ein derartiger Schritt in Deutschland wahrscheinlich als eine sehr bedauerliche Provokation aufgefaßt wer-

den würde. Sir Arthur teilte mir dieses als seine ganz persönliche Ansicht mit. Er hatte um so mehr Grund, diesen Umstand zu betonen, als ich mich nicht zu irren glaube, wenn ich behaupte, daß er in der Frage eines Bündnisses zwischen England und Frankreich sehr bestimmte Ansichten hat. Wenn er auch zu erfahren ist, um anders als mit der größten Vorsicht zu handeln, scheint er mir doch im Grunde seines Herzens nicht bloß ein Anhänger eines englisch-französischen Bündnisses, sondern eines neuen Dreibundes zu sein, dessen Aufgabe es wäre, das Gegengewicht gegen den schon bestehenden Dreibund zu bilden, da eine derartige Kombination den Frieden sicherer als irgendeine andere gewährleisten würde.

Ich wäre Euerer Exzellenz sehr dankbar, diese Vermutung über die Ansichten Nicolsons als sehr vertraulich zu betrachten, denn seine Worte erlauben mir nicht, irgendeine positive Behauptung auszusprechen. Übrigens, so groß sein Einfluß auch ist, so weit geht er nicht.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 20. Mai/2. Juni 1912.

Ich glaube die besondere Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf den beigelegten Leitartikel lenken zu müssen, der heute im Observer erschienen ist, ebenso auch auf eine ziemlich wichtige Korrespondenz aus Petersburg in derselben Zeitung.

Diese beiden Artikel verdienen deshalb eine besondere Aufmerksamkeit, weil sie besser als alles andere, was ich bis jetzt gelesen habe, den Standpunkt der öffentlichen Meinung und die Stimmung, in der diese Fragen erörtert werden, wiedergeben. Ich will nicht behaupten, daß die Majorität jetzt schon für den Gedanken eines Bündnisses mit Frankreich gewonnen ist. Es geht nicht so schnell in England, aber, angestachelt durch einen bestimmten Teil des englischen Publikums, das zu Deutschland hinzuneigen beginnt, und zwar aus verschiedenen unbestimmten und nicht immer patriotischen Gründen, beginnt diese Majorität eine gewisse Beunruhigung zu empfinden und glaubt, daß eine sich ausschließlich auf Ententen stützende Politik nicht vollständig genügt.

Der Observer gehört zu einer Gruppe von Zeitungen, die seit kurzem unter der Leitung eines talentvollen Publizisten Garvin vereinigt worden sind. Ich kenne ihn persönlich und ich glaube, daß er manchmal vom englischen Auswärtigen Amte Direktiven erhält. Es ist selbstverständlich, daß er den so empfangenen Hinweisen größeres Relief verleiht, als in der wirklichen Stimmung der Leiter der englischen Politik zum Ausdruck kommt.

Es besteht kein Zweifel, daß die Ernennung Baron Marschalls zum deutschen Botschafter in London diese Agitation verschärft hat. Die übertriebenen Presseäußerungen, die diese Ernennung begleitet haben, haben bereits zu den vorauszusehenden Resultaten geführt: eine ziemlich starke Reaktion macht sich bemerkbar und findet zuerst in den zahlreichen Sympathiebeweisen Ausdruck, die dem sich zurückziehenden Botschafter, dem Grafen Metternich, von seiten des Publikums und selbst von seiten der Regierung erwiesen werden.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Die von der englischen Presse aufgeworfene Frage der Umwandlung der Entente zwischen Frankreich und England in ein formales Bündnis hat natürlich sowohl in den hiesigen Regierungskreisen als auch in der Presse das lebhafteste Interesse hervorgerufen.

In einer Unterredung mit mir hat Poincaré seine Ansicht in dieser Frage ganz bestimmt geäußert:

Seiner Überzeugung nach brauchen weder Frankreich noch England eine Änderung des jetzigen Verhältnisses zu wünschen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß bei der augenblicklichen europäischen Lage diese Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und England und das hierauf beruhende Übereinkommen so groß und so unbestreitbar ist, daß hierdurch die Gemeinsamkeit der Politik beider Staaten im Falle irgendwelcher ernster Verwicklungen in völlig genügender Weise gewährleistet wird. Die Unterzeichnung des einen oder andern formalen Aktes, selbst wenn man annimmt, daß diese mit der französischen oder englischen Staatsform vereinbar wäre, würde

diese Garantie in keiner Weise verstärken. Denn selbst im Falle des Bestehens eines derartigen Abkommens behält doch die neuliche öffentliche Erklärung Asquiths seine volle Kraft, daß die englische Regierung im entscheidenden Augenblicke nur diejenige Entscheidung treffen kann, welche ihr von der englischen Nation vorgeschrieben werden wird. Was die von der Presse gleichzeitig berührte Frage einer eventuellen Veränderung der militärischen Organisation Englands und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht anbelangt, so ist Poincaré der Ansicht, daß es von seiten Frankreichs sehr leichtsinnig wäre, diese Frage selbst in der allervorsichtigsten Weise zu berühren, da sie eine rein nationale englische Frage bedeutet. Was die französische Presse betrifft, so haben die hauptsächlichsten Zeitungen in dieser Frage viel Takt gezeigt und haben in der Mehrzahl der Fälle den Standpunkt eingenommen, daß die Frage eines Bündnisses und einer militärischen Reorganisation Englands vor allem von den Engländern selbst entschieden werden muß, und daß sich die französische Presse eines jeden Druckes in der einen oder andern Richtung zu enthalten habe.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 28. Juni/11. Juli 1912.— Nr. 187.

Ich glaube Ihre Aufmerksamkeit auf die folgende Stelle in der Rede Bonar Laws im Unterhause, als für die Zukunft wichtig, lenken zu müssen: „Grey hat heute abend gesagt, daß ein gutes Einvernehmen mit Frankreich und Rußland den Ausgangspunkt unserer Politik bilden solle. Ich ziehe es vor zu erklären, daß es die Grundlage unserer äußeren Politik ist. Grey hat eine offizielle Mitteilung verlesen, welche meiner Ansicht nach Zeugnis von großer staatsmännischer Weisheit ablegt. Ich will sie noch einmal lesen." Zum Schlusse erklärte Bonar Law: „Dies ist die Politik unseres Landes, und wenn diejenige politische Partei, in deren Namen ich spreche, zur Regierung gelangen sollte, so wird dies auch die Politik dieser Partei sein."

Nichts Positiveres ist seit dem Entstehen der Entente erklärt worden.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 3./16. Juli 1912.

Meinem Berichte über die Parlamentssitzung, den ich Ihnen mit der Post habe zukommen lassen, habe ich nicht viel hinzuzufügen. Diese Sitzung ist sowohl für das Kabinett als auch persönlich für Grey ein großer Erfolg gewesen.

Wie Eure Exzellenz weiß, hatte sich eine Zeitlang eine gewisse Opposition von verschiedenen Seiten aus fühlbar gemacht. Ohne so weit zu gehen, die ganze Richtung der jetzigen Politik der englischen Regierung zu verurteilen, fanden sich doch in den verschiedenen Parteien des Parlamentes Stimmen, die dem Minister vorwarfen, durch eine allzu unnachgiebige Haltung eine Entspannung mit Deutschland unmöglich gemacht zu haben, und daß infolgedessen eine derartige Politik eine Bedrohung des Friedens bedeute. Am Tage der Debatte jedoch ist keine derartige Äußerung laut geworden, da die Reden Ponsonbys und eines irländischen Deputierten keinerlei Bedeutung haben.

In seiner sehr gemäßigten und Deutschland gegenüber sogar versöhnlichen Rede hat Sir Edward die Basis seiner Politik auf das bestimmteste aufrechterhalten. Er hat, was selten ist, nicht bloß die Aufmerksamkeit, sondern auch die Zustimmung der ganzen Kammer gefunden, und Bonar Law als Führer der Opposition hat die Argumente und Schlußfolgerungen des Ministers sogar noch erweitert.

Ich glaube bemerken zu müssen, daß diese Sitzung zeitlich mit der Kaiserzusammenkunft in Baltischport zusammenfiel, deren Resultate durch die Zeitungsberichte schon bekannt waren. Die Art und Weise, wie diese Berichte von den einzelnen Rednern beurteilt worden sind, ist der beste Beweis, daß die Zusammenkunft der beiden Monarchen weder bei der Regierung noch bei der öffentlichen Meinung eine ernstliche Beunruhigung, geschweige denn Mißtrauen hervorgerufen hat.

Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die letzthin bekannt gewordene Nachricht, daß Rußland in wenigen Jahren über eine mächtige Flotte verfügen wird, viel zu dem englischen Urteile über den Wert einer Annäherung Englands an uns beigetragen hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1912. — Nr. 191.

Grey hat mir von dem Telegramm gesprochen, in dem O'Beirne über seine Unterredung mit unserem Minister nach dessen Rückkehr aus Baltischport berichtet. Er hat mir seine große Dankbarkeit ausgedrückt und erklärt, daß er die offenen Erklärungen Sasonows sehr hoch schätze. Grey sagte, er teile vollkommen den Standpunkt, daß man vor allem zueinander Zutrauen haben müsse, daß keine Entente ohne ein solches Zutrauen möglich sei; daß sein Zutrauen zu unserer Entente ein vollkommenes sei und daß er auch nicht zweifle, daß dasselbe von Paris gesagt werden könne.

Grey hat mir erklärt, daß Baron Marschall bis jetzt ihm gegenüber das allgemeine Terrain nicht verlassen und keine besonderen Fragen aufgeworfen habe mit Ausnahme einiger Angelegenheiten, die Südafrika betreffen. Er glaubt, daß Marschall einstweilen beobachtet und sich auf seinem neuen Posten zu orientieren sucht, eine Haltung, die Grey für sehr richtig hält.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 372.

Ich erfahre vertraulich von Cambon, daß er zuerst in seinem eigenen Namen und dann im Auftrage Poincarés die Aufmerksamkeit Greys auf gewisse Pressegerüchte gelenkt habe, denen zufolge eine gewisse Annäherung zwischen England und Deutschland erfolgt sei, woraus sich eine Lockerung der Entente und der Tripelentente ergäbe. Cambon ist beauftragt worden zu erklären, daß diese Gerüchte in Paris sehr verbreitet seien, dort einen sehr schlechten Eindruck machten und Poincaré veranlassen würden, eine diesbezügliche Interpellation in der Kammer zu beantworten. Grey hat geantwortet, daß diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehrten; daß sich zwischen England und Deutschland nichts Neues ereignet habe, daß die beiden Regierungen nur koloniale und andere ganz nebensächliche Fragen in versöhnlicher und liebenswürdiger Weise erörtert hätten. Cambon hat gefragt, ob er Poincaré ermächtige,

diese Worte von der Tribüne aus zu wiederholen. Grey gab seine Zustimmung. Cambon hat mir gesagt, daß dem Brauche gemäß dieser Teil der Rede Poincarés der Zustimmung Greys unterbreitet werden wird.

Derartige Gerüchte haben vor allem Verbreitung gefunden, seitdem Lichnowsky in einer in London gehaltenen öffentlichen Rede erklärt hat, daß die Beziehungen zwischen England und Deutschland ausgezeichnet seien und niemals besser gewesen sind, und seitdem eine ähnliche Äußerung in einer Rede des Deutschen Reichskanzlers gefallen war. Diese Behauptungen waren ohne Antwort geblieben und hatten auf das Publikum Eindruck gemacht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 28. November/11. Dezember 1912.— Nr. 381.

Ich erhalte von Cambon folgende vertrauliche Mitteilung: Der französische Botschafter ist von Poincaré beauftragt worden, Grey den Wortlaut einer Rede zu unterbreiten, die der französische Außenminister in der Kammer über die englische Politik halten wird. Der Inhalt dieser Rede ist ungefähr folgender: Da in der öffentlichen Meinung gewisse Zweifel über die gegenwärtige Orientierung der englischen Politik entstanden seien, habe Grey die Initiative ergriffen, um dem französischen Botschafter in London zu erklären, daß sich nichts in der Politik Englands geändert habe, daß keine neuen Beziehungen zu andern Mächten geknüpft worden wären und daß die enge Entente mit Frankreich in vollem Umfange weiterbestehe.

Grey hat sich sofort mit diesem Wortlaut einverstanden erklärt und nur gebeten, diesen Text Asquith zu lesen zu geben. Letzterer erklärte sich ebenfalls vollkommen einverstanden mit Ausnahme einer einzigen Abänderung: in dem französischen Texte hieß es: „öffentliche Meinung", Asquith zog vor zu sagen: „die öffentliche Meinung in Frankreich".

Ferner hat Grey dem französischen Botschafter erklärt, daß bei der englischen Regierung keinerlei Absichten auf Syrien bestehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 14./27. Juni 1913. — Nr. 572.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen. Er erklärte mir, er sei von den Resultaten des Besuches Poincarés und Pichons in London außerordentlich befriedigt. Dasselbe ist mir gestern von Pichon gesagt worden, der mir erklärte, die Kabinette von London und Paris seien in allen Punkten vollkommen einig. Grey erzählte mir, daß, abgesehen von Erwägungen der allgemeinen Politik und der Entente zwischen den drei Mächten, die Unterredungen zwischen ihm und Pichon und später zwischen ihm und Poincaré im Beisein Nicolsons und Cambons sich hauptsächlich auf schwebende Tagesfragen bezogen hätten. Was Albanien anbelangt, hat man über die Notwendigkeit gesprochen, eine provisorische Organisation zu schaffen, ohne die Möglichkeit einer definitiven Regelung in Zukunft auszuschließen, die jedoch jetzt auf der Botschafterkonferenz zu erreichen unmöglich sei. Hinsichtlich der südlichen Grenze Albaniens sind die englischen und französischen Minister übereingekommen, daß keine der beiden Mächte geneigt ist, die Überlassung Koritzas an Griechenland mit Waffengewalt zu unterstützen, und daß man daher auf den Greyschen Vorschlag einer internationalen Kommission zurückgreifen müsse; da aber Österreich diesen Vorschlag abgelehnt habe, so müsse man beim Wiener Kabinett anfragen, unter welchen Bedingungen es diesen Vorschlag anzunehmen geneigt wäre. Der französische Standpunkt geht dahin, daß, wenn Österreich auf der Überlassung Koritzas an Albanien besteht, man auf dieser Basis verhandeln müsse. Grey ist diesem Standpunkte beigetreten und hat ein dementsprechendes Telegramm nach Wien abgeschickt.

Ihrem Wunsche gemäß haben Grey und Pichon beraten, welche Haltung wir einnehmen sollten, wenn Feindseligkeiten zwischen den Balkanalliierten ausbrechen. Keiner von beiden sieht ein anderes Mittel, einen allgemeineren Krieg zu vermeiden, als das Prinzip der Intervention, wenn Österreich hiermit einverstanden ist. Grey glaubt, Österreich werde möglicherweise die Bedingung stellen, daß die von den Mächten getroffenen Entscheidungen auf alle Fälle aufrechterhalten werden müssen;

er glaubt ebenso wie Pichon, daß eine derartige Bedingung annehmbar und vielleicht sogar nützlich sei.

Die Minister haben sich auch noch mit der asiatischen Türkei beschäftigt. Sie sind übereingekommen, daß eine Teilung in Einflußsphären nicht möglich sei, da diese erstens die Einmischung auch anderer Mächte als derjenigen der Tripelentente nach sich ziehen würde und dann zu der Aufteilung der Türkei führen müsse, was eine neue Krise ohne jede Hoffnung, diesmal einen Krieg zu vermeiden, herbeiführen würde. Sie sind folglich übereingekommen, daß es nötig sei, die Türkei in einem gewissen Maße zu stützen, und zwar durch Mittel, über die zwischen allen Mächten eine Einigung erzielt werden muß.

Grey ist mit seinen Auseinandersetzungen mit Poincaré und Pichon ganz außerordentlich zufrieden, da sie, ebenso wie der den französischen Ministern von der englischen Bevölkerung erwiesene Empfang, die Entente ganz besonders gekräftigt hätten. Es besteht kein Zweifel, daß der Poincaré erwiesene Empfang an Wärme die Besuche Loubets und Fallières' übertroffen hat. Dies ist stark zum Ausdruck gekommen. Cambon hat mir gegenüber alles von Grey Gesagte bestätigt und nur hinzugefügt, daß Ihr Argyrokastro betreffender Vorschlag erörtert worden sei, daß man aber zu der Überzeugung gelangt sei, daß Griechenland auf keinen Fall auf Argyrokastro rechnen könne und daß Italien sich in dieser Hinsicht mit der Unterstützung Österreichs und Deutschlands ebenso unnachgiebig zeigen wird, wie Österreich hinsichtlich Koritzas. Die Minister haben außerdem über Marokko und Kolonialfragen gesprochen, doch habe ich nicht weiter auf Einzelheiten bestanden.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 30. Januar/12. Februar 1914. — Nr. 252.

Abschrift nach Paris. In letzter Zeit haben wir uns öfters überzeugen können, daß uns ein Organ fehlt, welches die Ansichten und gemeinsamen Schritte der Mächte vereinigt, wie dieses im vorigen Jahre die Botschafterkonferenz in London war. Die sich hieraus ergebende Korrespondenz führt zu Verzögerungen, die den Gang der Geschäfte benachteiligen. Da das Londoner Kabinett eine Wiedereinberufung der vorjährigen

Konferenz nicht wünscht, wollen wir auf dieser nicht weiter bestehen, doch wird vielleicht Grey keine Einwendungen dagegen erheben, daß wenigstens die drei Mächte der Entente durch ihre Vertreter in London die Gemeinsamkeit ihrer Ansichten herstellen. Denn während die Mächte der uns entgegengesetzten Gruppe handeln, beraten wir nur, und unser an und für sich schwacher Zusammenhang verliert dadurch noch mehr an Kraft. Ich bitte Sie, in diesem Sinne mit Grey zu sprechen, wenn Ihr französischer Kollege diesbezügliche Instruktionen erhält.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1914. — Nr. 39.

Ihr Telegramm Nr. 252 erhalten. Cambon hat gestern die nötigen Instruktionen erhalten, und ich habe Grey heute Ihren Vorschlag mitgeteilt. Ich habe ihm gesagt, daß mangels eines vollständigen Organes, wie es die vorjährige Botschafterkonferenz war, Sie es für nötig halten, zu einem Meinungsaustausche über die schwebenden Fragen zu schreiten, um auf diese Weise ein vorheriges Einvernehmen zwischen den drei Ententemächten zu erzielen: dadurch würden die Verzögerungen einer telegraphischen Korrespondenz vermieden und der Einfluß und das Gewicht der Entschlüsse der drei Mächte gestärkt werden. Als Beispiel führte ich Albanien an, wohin Prinz Wied sich begeben werde, ohne daß verschiedene wichtige Fragen vorher gelöst worden wären. Grey antwortete, daß in dem von mir angeführten Falle der Dreibund den Vorzug habe, handeln zu können, während die Tripelentente sich gegen Übergriffe zu verteidigen habe. Immerhin machte Grey keine Einwendungen gegen Ihren Vorschlag; er sagte mir, daß er ihn gern annähme, und schlug mir vor, morgen, Donnerstag, zusammenzukommen. Er hat dies bereits Cambon mitgeteilt, der ihm heute morgen eine ähnliche Erklärung abgegeben hatte.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 20. März/2. April 1914. — Nr. 23.

In dem Schreiben vom 5./18. März berührten Sie die Frage eines engeren Zusammenschlusses zwischen Rußland und

England und drückten den Wunsch aus, meine Ansicht über den Gegenstand zu erfahren, um so mehr als die Möglichkeit vorläge, daß diese Frage bei dem bevorstehenden Besuch König Georgs in Paris von den Führern der französischen und englischen auswärtigen Politik berührt werden würde. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, Ihnen zu erklären, daß eine weitere Festigung und Ausgestaltung der sogenannten Tripelentente und wenn möglich Ihre Umwandlung in einen neuen Dreibund mir als eine Aufgabe der Gegenwart erscheint. Die internationale Stellung Frankreichs, Rußlands und Englands vollständig sichernd, würde ein derartiges Bündnis wegen des Fehlens von Eroberungsgedanken der genannten Mächte niemanden bedrohen, aber die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens in Europa bedeuten.

Zwischen Frankreich und England sind schon einige Schritte zwecks Ausarbeitung möglichst einheitlichen Handelns und genauerer Präzisierung der beiderseitigen Verpflichtungen getan worden. Augenscheinlich müssen auch wir in derselben Richtung arbeiten, wobei hierauf bezügliche Fragen vielleicht mit einer ganzen Reihe von verhandlungsreifen Gegenständen verbunden werden könnten, welche die russischen und englischen Interessen in zahlreichen Gebieten nahe berühren.

Wie Sie wissen, ist leider die innere Lage in England zur Zeit derart, daß sie die Aufmerksamkeit der königlichen Regierung und der Öffentlichkeit völlig absorbiert. Unter diesen Umständen ist der Boden für internationale Abmachungen, bezüglich deren die Engländer ihrer ganzen Natur nach so empfindlich sind, recht ungünstig, und wir müssen daher dieses Ziel nolens volens nur mit der größten Vorsicht verfolgen.

Trotzdem teile ich Ihre Ansicht, daß es nicht unzweckmäßig sein würde, wenn Poincaré und Doumergue anläßlich der Zusammenkunft mit König Georg und seinem Minister sie vertraulich darauf hinweisen würden, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein freudiges Ereignis begrüßt werden würde, welches für alle drei Teilhaber der gegenwärtigen Tripelentente gleichermaßen erwünscht sei. Die Festsetzung der Bedingungen, unter welchen ein derartiges politisches Abkommen zustande kommen könnte, würde

natürlich unmittelbaren Verhandlungen zwischen Petersburg und London vorzubehalten sein; aber vielleicht hält es die französische Regierung für nützlich, Grey vorzuschlagen, uns den Inhalt des von Ihnen erwähnten, zwischen England und Frankreich abgeschlossenen politischen Abkommens gemeinsam mitzuteilen, welches dann als Grundlage für die Ausarbeitung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rußland und England dienen könnte.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 27. März/9. April 1914.

Nach Empfang Ihres Briefes vom 20. März/2. April, Nr. 23, habe ich die erste Gelegenheit benutzt, um noch einmal, im Gespräche mit Doumergue die Frage eines engeren Einvernehmens zwischen Rußland und England zu berühren. Doumergue bestätigte mir in bestimmtester Weise seine Absicht, sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Grey dahin auszusprechen, daß ein derartiges Abkommen erwünscht sei. Er meint, daß es ihm sehr leicht sein werde, überzeugende Argumente zugunsten dieses Gedankens anzuführen, weil es ganz augenscheinlich ist, daß, da Frankreich besondere militärisch-maritime Vereinbarungen mit Rußland und England habe, dieses System durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Rußland und England koordiniert und ergänzt werden müsse. Doumergue glaubt, daß das russisch-englische Abkommen die Form einer Marinekonvention annehmen müßte und daß dabei vielleicht technische Beratungen zwischen den drei Admiralstäben erforderlich sein würden.

Was die nach Abmachung mit Grey uns mitzuteilende politische Vereinbarung zwischen England und Frankreich anbetrifft, so bestätigte mir Doumergue, daß Frankreich und England nicht durch positive politische Verpflichtungen gebunden sind, daß aber, wenn durch den Verlauf der Ereignisse beide Mächte zu gemeinsamem aktiven Handeln geführt werden, sie sich an die von den Generalstäben ausgearbeiteten technischen Abmachungen halten werden. Doumergue fügte hinzu, er erinnere sich nicht, ob obiges in eine bestimmte Formel gefaßt

sei, er verspricht aber, im Archiv des Ministeriums nachzuforschen und die von uns ausgesprochenen Wünsche im Auge zu behalten.

Bisher hatte ich nicht die Möglichkeit, das Gespräch über diesen Gegenstand mit Poincaré zu erneuern; er ist noch in Eze. Aber ich werde mich bemühen, ihn sofort nach seiner Rückkehr zu sehen und mit ihm den Inhalt Ihres Schreibens zu besprechen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 29. April/12. Mai 1914.

Sir Edward Grey ließ mich bitten, zu ihm zu kommen, und sagte mir, als er mich empfing, daß er seit seiner Rückkehr aus Paris keine andere Gelegenheit gehabt habe, mich zu sehen, als in Gegenwart des französischen Botschafters, was ihm nicht gestattet habe, mir, wie er es für nötig halte, darzulegen, wie tief die Eindrücke seien, die er auf dieser Reise empfangen habe. Er sagte mir, er glaube nicht nur seine persönlichen Eindrücke wiederzugeben, sondern auch die des Königs und aller derer, die an dem Besuche teilgenommen hatten.

Grey sagte mir, daß diese Eindrücke seine Erwartungen bei weitem übertroffen hätten, daß er sich zu dem Empfange durch den Präsidenten der Republik und durch Doumergue nicht genug beglückwünschen könne, mit denen eine völlige Übereinstimmung über die laufenden Fragen und die allgemeine politische Lage erzielt worden sei; daß darüber hinaus die Aufnahme Ihrer Majestäten überall, wo sie erschienen wären, und bei allen Gelegenheiten das Gepräge aufrichtiger Sympathie gehabt habe. Die englische Regierung hat hieraus den Schluß gezogen, daß der Grundgedanke der Entente in Frankreich ebenso tief Wurzel gefaßt habe wie in England und daß er infolgedessen auf einer ganz besonders festen und dauerhaften Grundlage ruhe.

Grey sprach bei dieser Gelegenheit mit einer Wärme, die ihm für gewöhnlich nicht eigen ist und die bewies, daß er seine Folgerungen aus einem festgegründeten Urteile zieht. Die Absicht, die ihn leitete, als er mich zu sich bat, um mir eine solche Mitteilung zu machen, ist völlig klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung an Frankreich ankündigen. Diese Absicht trat für mich noch deutlicher in die

Erscheinung, als er ohne weiteren Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt habe, unterrichtet worden sei. Er sagte mir, es sei ihm in Paris, fern von seinen Kollegen, unmöglich gewesen, mehr als seine persönliche Zustimmung zu dem Plane auszusprechen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der russischen Regierung von allen zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen Mitteilung machen sollten. Heute könne er mir sagen, daß er gleich nach seiner Rückkehr nach London mit dem Premierminister hierüber gesprochen habe; dieser pflichte seiner Ansicht bei und habe keine Einwendungen gegen den in Aussicht genommenen Plan zu erheben; die ganze Angelegenheit sei aber naturgemäß zu wichtig, um ohne Zustimmung des Ministerrates entschieden werden zu können.

Grey sagte mir, es sei ihm zu seinem Bedauern in dieser ersten Woche nicht möglich gewesen, das Kabinett zu diesem Zwecke zu versammeln; die Ulster-Frage und das Budget beanspruchten die ganze Aufmerksamkeit der Minister.

Ich habe nur wenige Worte erwidert. Ich dankte Sir Edward für seine Mitteilung und sagte ihm, daß ich ihre ganze Tragweite zu würdigen wisse. Ich faßte die Lage dahin zusammen, daß, wenn die beiden Regierungen uns ihre militärischen Abmachungen mitteilen, es der russischen Regierung vorbehalten sein würde, der englischen einen entsprechenden Vorschlag auf analoger Basis zu machen. Ich sagte ihm, ich nehme an, daß er die Ansicht Eurer Exzellenz über die Notwendigkeit eines noch engeren Zusammenschlusses der Tripelentente kenne, wobei selbst ein Bündnis nach dem Beispiele der drei andern Mächte nicht ausgeschlossen sei. Sir Edward erwiderte, ein Bündnis halte er nicht für möglich. Ich erwiderte, daß ich persönlich die Schwierigkeiten eines derartigen Bündnisses auch zugäbe. Er fügte nur noch hinzu: „Sie sehen ja, daß wir sogar heute kein Bündnis mit Frankreich haben."

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 3./16. Mai 1914.

Der französische Botschafter teilt mir mit, Grey habe ihn gestern abend davon verständigt, daß er dem Ministerrate die

Antwort unterbreitet habe, die er in Paris Herrn Doumergue in seinem eigenen Namen gegeben hat, als der französische Minister ihm darlegte, wie angezeigt es sei, die russische Regierung von dem Briefwechsel zu verständigen, der zwischen der französischen und englischen Regierung stattgefunden hat, damit das Petersburger Kabinett Verhandlungen auf derselben Grundlage zum Abschlusse eines Abkommens über das eventuelle Zusammenwirken der russischen und englischen Flotte einleiten könne. Sir Edward habe hinzugefügt, der Ministerrat habe diese Antwort gebilligt. Er behalte sich vor, mich davon zu benachrichtigen; da aber der Vorschlag von Doumergue ausgegangen sei, halte er es für nötig, zunächst diesen von der Entscheidung des englischen Kabinettes zu verständigen.

Nach Ansicht Sir Edwards könnten die Dinge folgendermaßen vor sich gehen:

Nach Ermächtigung durch seine Regierung würde mir Cambon von den ausgetauschten Noten Kenntnis geben, während gleichzeitig Sir Edward seinerseits mir dieselben zur Mitteilung an die russische Regierung bekanntgeben würde. Ebenso wie die einen Kriegsfall betreffenden Abmachungen mit Frankreich in erster Linie das Zusammenwirken der Armeen zum Gegenstand haben, erfordert nach Sir Edwards Ansicht die Natur der Dinge, daß sich die eventuellen Abmachungen mit Rußland auf die Marine beziehen. Die Verhandlungen wären infolgedessen zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe zu führen. Die Verhandlungen mit Frankreich haben seinerzeit in London stattgefunden, und die französischen Militär- und Marineattachés in London sind nach Paris gefahren, um sich die jeweilig notwendig werdenden Instruktionen zu holen. Schließlich hat sich Prinz Ludwig von Battenberg ganz inoffiziell nach Paris begeben, um die Abmachungen zu paraphieren.

Cambon meinte, daß es sich nach erfolgter Mitteilung des Schriftwechsels darum handeln würde, das weitere Verfahren zu bestimmen. Er sagte mir, daß nach der Ansicht Sir Edward Greys die Dinge sich genau so abspielen könnten wie mit Frankreich, d. h. daß unser Marineattaché in London ermächtigt werden würde, in Verhandlungen mit dem englischen Admiral-

stab zu treten, nachdem er sich in Petersburg Instruktionen geholt hätte; denn selbst wiederholte Reisen des Marineattachés könnten in der Öffentlichkeit keineswegs auffallen, während die Ankunft höherer russischer Marineoffiziere in London sicherlich bekannt werden würde und zu unerwünschten Kommentaren Anlaß geben könnte.

Vertraulicher und persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Mai 1914.

Bei meiner Rückkehr von Paris nach London hatte mir Cambon mitgeteilt, Grey habe ihm das bestätigt, was er in seinem eigenen Namen Poincaré und Doumergue gesagt hatte. Grey hat hinzugefügt, das Kabinett sei seit seiner Rückkehr täglich wegen der Schwierigkeiten in Irland und wegen des Budgets zusammengekommen, so daß es ihm noch nicht möglich gewesen sei, mit seinen Kollegen an die wichtigen Tagesfragen heranzutreten, die die auswärtigen Angelegenheiten und die Pariser Besprechungen beträfen. Er habe diese Fragen 8—10 Tage zurückstellen müssen. Grey hat jedoch Asquith von seiner Reise Bericht erstattet. Ohne bisher das Kabinett zu verpflichten, hat dieser geantwortet, er sehe keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gegen die Ausführung des in Paris in Aussicht genommenen Planes. Dasselbe hat Asquith seither Cambon selbst wiederholt. Letzterer hat feststellen können, daß der Ministerpräsident derartigen Plänen sehr wohlwollend gegenübersteht. Es handelt sich demnach um eventuelle militärische Abmachungen zwischen Rußland und England, analog den zwischen Frankreich und England bestehenden. Letztere würden uns vertraulich mitgeteilt werden, worauf die russische Regierung der englischen analoge Vorschläge zu machen hätte, welche sich der Natur der Sache nach mehr auf die Marine als auf das Landheer beziehen würden.

Es ist nicht anzunehmen, daß alle Mitglieder des Kabinetts von vornherein ohne jeden Widerstand ihre Zustimmung geben werden. Immerhin wird sich der feste Entschluß der wirklichen Führer des Kabinetts durchsetzen, woran ich durchaus nicht

zweifle, und dann werden die eigentlichen Verhandlungen beginnen können.

Wenn das soeben geschilderte Resultat erzielt sein wird, werden wir, glaube ich, die Hauptsache erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen. Mein Aufenthalt in Paris und das Schauspiel, dem ich dort beigewohnt habe, haben mich von neuem in der Ansicht bestärkt, daß ein Bündnis oder irgendeine sonstige öffentliche Abmachung nicht möglich ist und daß, selbst wenn die englische Regierung sich dazu bestimmen ließe, das Resultat ein ganz anderes als das erwartete sein würde.

Ohne Zweifel ist der Empfang, der dem König und der Königin bereitet wurde, außerordentlich herzlich gewesen; viel herzlicher, sagte man mir dort, als bei früheren englischen Besuchen. Wenn man trotzdem die Unmöglichkeit erkannt hat, ein formelles Bündnis zwischen England und Frankreich abzuschließen, so wird das in noch viel höherem Grade zwischen Rußland und England der Fall sein.

Ich zweifle, ob sich eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfalle finden ließe, als der Geist dieser Entente, so wie er sich jetzt zeigt, verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen.

Wenn man auf die verschiedenen Phasen der Entente zurückblickt, wird sich nicht leugnen lassen, daß England in bedrohlichen Augenblicken niemals gezögert hat, sich auf Frankreichs Seite zu stellen; dasselbe gilt für Rußland jedesmal, wenn die englischen und russischen Interessen zugleich betroffen wurden, und dies trotz der Schwierigkeit, die Politik beider Länder in allen täglich auftauchenden Fragen auszugleichen, und trotz der Gründe, auf die einzugehen hier zu weit führen würde und wegen deren die Entente zwischen Rußland und England nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat wie zwischen Frankreich und England.

Der Grund ist darin zu suchen, daß ein noch so vorsichtiges, aber öffentliches Bündnis in England, vornehmlich, aber nicht ausschließlich, bei der liberalen Partei, auf eine so starke und

unverhüllte Opposition stoßen würde, daß ein großer Teil der beabsichtigten politischen Wirkung dadurch vereitelt werden würde. Ich glaube, daß unter solchen Umständen ein Bündnis nicht viel Wert hätte — es würde nur sehr wenig die Garantien erhöhen, die Frankreich und Rußland von England geboten werden, und würde andererseits ein sehr viel günstigeres Terrain für die Agitation zugunsten Deutschlands bieten, auf die Deutschland mehr Gewicht legt als je zuvor.

Um mich kurz zu fassen, möchte ich sagen, daß selbst derjenige Engländer, der fest davon überzeugt ist, daß ein Konflikt mit Deutschland früher oder später unvermeidlich ist, vor dem Gedanken zurückschrecken wird, England durch bestimmte Bündnisverträge zu binden, die ihm Verpflichtungen auferlegen würden, deren Bedingungen und Folgen sich jetzt noch nicht voraussehen lassen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1914.

Sir Edward berief gestern Cambon und mich zu sich. Wie es mir mein französischer Kollege schon gesagt hatte, bestätigte mir der Staatssekretär, daß der englische Ministerrat die Antwort gebilligt hat, die er in seinem eignen Namen Doumergue in Paris gegeben hatte, als der französische Minister mit ihm von den Beziehungen zwischen Rußland und England sprach und darauf hinwies, wie nützlich gegebenenfalls vorherige militärische Abmachungen zwischen den Regierungen sein würden. Es handele sich nun zunächst darum, der russischen Regierung von seiten Englands und Frankreichs die beiden vertraulichen und geheimen Schriftstücke mitzuteilen, die im Jahre 1912 zwischen der französischen und englischen Regierung ausgetauscht worden sind.

Sir Edward hob hervor, daß der Wortlaut dieser Schriftstücke zeige, daß zwischen den beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei. Sie bezweckten vielmehr vor allem, den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, welche zwischen den Armee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden sind, daß die Notwendigkeit eines aktiven

Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entsteht.

Sir Edward betonte, daß ohne solche vorherige Abmachungen ein sofortiges Zusammenwirken, selbst beim besten Willen und trotz der engen politischen Entente zwischen beiden Regierungen, ernsten technischen Schwierigkeiten begegnen würde.

Er fügte hinzu, England habe keine Einwendungen dagegen, daß ein Abkommen in demselben Geiste, wie er in dem Schriftwechsel zwischen Cambon und ihm zum Ausdruck komme, zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe vereinbart und abgeschlossen wird. Er erblicke in einem derartigen Abkommen dieselben praktischen Vorteile, die sich aus den Abmachungen mit Frankreich ergeben. Er teilte uns mit, daß er an ein Marineabkommen denke, weil dieses nach Lage der Verhältnisse das Gegebene sei und weil er im übrigen zu wissen glaube, daß dieses auch den Wünschen der Kaiserlichen Regierung entspreche.

Darauf übergab mir Sir Edward Grey eine Abschrift des Schreibens, das er am 22. November 1912 dem französischen Botschafter ausgehändigt hat, und Cambon übergab mir seinerseits mit Ermächtigung seiner Regierung eine Abschrift der Antwort, die er am folgenden Tage an Sir Edward Grey gerichtet hat.

Auf meine Frage erklärte Sir Edward, das zweckmäßigste wäre, unseren Marineattaché in London zu ermächtigen, sich mit dem englischen Admiralstabe in Verbindung zu setzen. Der Erste Lord der Admiralität sei ebenso wie die englischen Minister von unserm Plane unterrichtet. Der englische Admiralstab besitzt die die Marine betreffenden Abkommen, die von Frankreich und England gemeinsam ausgearbeitet worden sind. Was die übrigen Abmachungen betreffe, so könne das uns verbündete Frankreich den ihm nötig scheinenden Gebrauch von ihnen machen.

Indem ich Sir Edward für seine freundschaftliche Gesinnung dankte, beschränkte ich mich darauf zu erwidern, daß ich Euere Exzellenz sofort die Abschriften der beiden Schriftstücke übermitteln und Ihnen genau berichten würde, was er mir bei Überreichung der Abschrift gesagt habe.

Brief Sir Edward Greys an den französischen Botschafter in London Paul Cambon vom 22. November 1912.

Von Zeit zu Zeit haben während der letzten Jahre die Sachverständigen der französischen und englischen Militär- und Marinebehörden miteinander beraten. Es war stets ausgemacht, daß solche Beratungen die Entschlußfreiheit jeder der beiden Regierungen nicht einschränken sollten, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der andern mit den Waffen beistehen solle oder nicht. Wir haben hierbei angenommen, daß derartige Beratungen von Sachverständigen kein Übereinkommen darstellen und als solches nicht angesehen werden sollen, durch das die eine oder die andere Regierung zum Eingreifen in eine Eventualität verpflichtet werden sollte, die noch nicht eingetreten ist und vielleicht niemals eintreten wird. So z. B. beruht die gegenwärtige Verteilung der Flotten Frankreichs und Englands nicht auf einer Verpflichtung, im Kriegsfalle gemeinsam zu operieren.

Sie haben indessen darauf hingewiesen, daß, wenn die eine oder die andere Regierung schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff von seiten einer dritten Macht zu befürchten, man wissen müsse, ob sie in einem solchen Falle auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen könne. Ich bin ganz der Ansicht, daß, wenn die eine oder andere Regierung schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff einer dritten Macht oder eine andere drohende Friedensstörung zu erwarten, diese Regierung sich sogleich mit der anderen verständigen solle, ob beide Regierungen gemeinsam vorgehen werden, um den Angriff gemeinsam abzuwehren und den Frieden zu wahren und um zu erwägen, welche Maßnahmen gemeinsam ergriffen werden sollten. Wenn diese Maßnahmen eine militärische Aktion einschließen, sollen die Pläne der Generalstäbe sofort berücksichtigt werden, und die Regierungen hätten hierauf zu entscheiden, wie weit ihnen Folge zu geben wäre.

Brief des französischen Botschafters in London Paul Cambon an Sir Edward Grey vom 23. November 1912.

Durch Ihren gestrigen Brief vom 22. November haben Sie mich daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Militär-

und Marinebehörden Frankreichs und Englands von Zeit zu Zeit miteinander beraten haben; daß es stets ausgemacht war, diese Beratungen sollten keiner Regierung die Freiheit nehmen, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der andern bewaffnete Hilfe leisten wolle oder nicht; daß beiderseits diese Beratungen zwischen den Sachverständigen keine Verpflichtung bildeten und nicht als solche angesehen werden sollten, welche die beiden Regierungen zwingen würde, in gewissen Fällen handelnd einzugreifen; daß ich Sie indessen darauf hingewiesen hätte, daß, wenn die eine oder die andere der Regierungen schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff von seiten einer dritten Macht zu befürchten, es von Wichtigkeit wäre zu wissen, ob sie auf die bewaffnete Hilfe der andern rechnen könne.

Ihr Brief beantwortet diesen Punkt, und ich bin ermächtigt zu erklären, daß, im Falle eine der beiden Regierungen schwerwiegenden Grund hat, den Angriff einer dritten Macht oder eine Störung des allgemeinen Friedens zu befürchten, die betreffende Regierung sogleich mit der anderen die Frage prüfen solle, ob ein gemeinsames Vorgehen der beiden Regierungen angezeigt wäre, um den Angriff zu verhindern oder den Frieden zu erhalten. In diesem Falle würden die beiden Regierungen über die gemeinsam zu unternehmenden Maßnahmen beraten; wenn diese Maßnahmen eine militärische Aktion bedingen, würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe berücksichtigen, und es würde entschieden werden, wie weit diesen Plänen Folge zu geben sei.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 15./28. Mai 1914. — Nr. 47.

Die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, ohne Aufschub die Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und England zu beginnen, welches die gemeinsamen Operationen unserer Seestreitkräfte im Falle einer gemeinsamen militärischen Aktion betrifft, ist von unserer Seite mit dem Gefühle größter Befriedigung entgegengenommen worden. Abgesehen davon, daß eine derartige Vereinbarung vom speziell militärischen Standpunkte aus zu wünschen ist, legen wir ihr in allgemeinpolitischer Hinsicht eine besonders

große Bedeutung bei. Im Abschluß einer derartigen Vereinbarung erblicken wir einen wichtigen Schritt, um England dem frankorussischen Bündnisse enger anzuschließen, und ein wirksames Mittel, um die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen Englands und Rußlands zu festigen, was, wie wir überzeugt sind, alle englische und russische Interessen betreffenden Fragen günstig beeinflussen wird. Ich habe die Aufmerksamkeit sowohl unseres Marineministeriums als auch besonders unseres Marineagenten in London vor allem darauf gelenkt, wie groß die politische Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen ist, die letzterer mit dem englischen Admiralstabe zu führen haben wird. Der von der englischen Regierung gemachte Vorschlag bezüglich der Form, in der die Vereinbarung abzuschließen ist, wird von uns als durchaus zweckmäßig anerkannt, und Kapitän Wolkow ist beauftragt, mit der englischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Die Prinzipien, die bei den bevorstehenden Verhandlungen in Betracht gezogen werden sollen, sind Gegenstand einer Beratung gewesen, die am 13./26. Mai beim Chef des Admiralstabes stattgefunden hat.

Zu Ihrer persönlichen Orientierung füge ich ein Exemplar der in dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse bei.

Anlage zu obigem Briefe.

Am 13./26. Mai 1914 fand beim Chef des Marinestabes eine Beratung statt zum Zwecke eines Gedankenaustausches über die bevorstehenden Verhandlungen wegen eines Abkommens zwischen Rußland und England, das das operative Zusammenwirken ihrer maritimen Streitkräfte betrifft, wenn vereinbarte kriegerische Operationen Rußlands und Englands unter Teilnahme Frankreichs stattfinden. Nachdem vor allem bemerkt wurde, wie erwünscht ein derartiges Abkommen sowohl vom speziell maritimen Standpunkte aus als ganz besonders in allgemeinpolitischer Hinsicht sei, gelangte die Beratung nach allseitiger Prüfung der Frage zu den unten folgenden Beschlüssen:

Vor allem wurde anerkannt, daß unser Marineabkommen mit England wie die frankorussische Marinekonvention zwar vereinbarte, aber gesonderte Aktionen unserer und der englischen Kriegsmarine ins Auge zu fassen hat.

Im Hinblick auf die strategischen Ziele, die von unserem Standpunkte aus für den Fall eines Krieges der Mächte der Tripelentente mit den Mächten des Dreibundes geltend zu machen sind, muß man unterscheiden: einerseits die Operationen in der Ostsee und der Nordsee, andererseits im Mittelmeer. In beiden müssen wir versuchen, von England Kompensationen dafür zu erhalten, daß wir einen Teil der deutschen Flotte auf uns abziehen. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatze verlangen unsere Interessen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält. Dadurch würde die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte über die unsrige ausgeglichen werden und es vielleicht gestattet sein, im günstigsten Falle eine Landung in Pommern zu unternehmen. Sollte es möglich sein, diese Operation zu unternehmen, so würde die Ausführung wegen mangelnder Transportschiffe in der Ostsee außerordentlich erschwert werden. Die englische Regierung könnte uns daher wesentlich helfen, wenn sie es ermöglichen würde, vor Beginn der kriegerischen Operationen eine bestimmte Anzahl von Handelsschiffen in unsere baltischen Häfen zu schicken, damit der Mangel an Transportschiffen auf diese Weise ausgeglichen wird.

Die Lage im Mittelmeere berührt auch unsere Interessen sehr wesentlich, da, falls die österreichisch-italienischen Streitkräfte in diesem Meer die Oberhand haben, ein Angriff der österreichischen Flotte im Schwarzen Meer möglich wird, was für uns einen gefährlichen Schlag bedeuten würde. Von unserem Standpunkt aus ist es daher höchst wichtig, daß ein sicheres Übergewicht der Streitkräfte der Entente über die österreichisch-italienische Flotte im Mittelmeer hergestellt wird. Da die österreichisch-italienischen Seestreitkräfte den französischen überlegen sind, so ist es wünschenswert, daß England durch Belassung der notwendigen Zahl von Schiffen im Mittelmeer das Übergewicht der Ententemächte wenigstens so lange sicherstellt, als die Entwicklung unserer eignen Flotte uns nicht gestattet, diese Aufgabe zu übernehmen. Erwünscht wäre auch die Zustimmung Englands dazu, daß unsere Schiffe die englischen Häfen im östlichen Mittelmeere als Basis benutzen können, ähnlich wie die französische Marinekonvention uns gestattet, uns im westlichen Mittelmeer auf die französischen Häfen zu stützen.

Sollte im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer die Rede auf die Meerengen kommen (Bosporus und Dardanellen), so wären die politischen Fragen nicht zu berühren, sondern nur zeitweilige Operationen in den Meerengen als eine unserer strategischen Maßnahmen im Kriegsfalle ins Auge zu fassen.

Außerdem erkannte die Konferenz als wünschenswert an, daß im geplanten Marineabkommen zwischen uns und England die Beziehungen zwischen den russischen und englischen Flotten in allen Einzelheiten festgesetzt werden. Zu diesem Zwecke wird es notwendig sein, sich über Signale und Spezialchiffren, über Radiotelegramme und die Beziehungen zwischen dem englischen und russischen Marinestabe zu verständigen.

Es ist außerdem notwendig, daß Informationen über die Flotten anderer Mächte, wie auch über die eigene Flotte, und besonders über technische Einzelheiten, Instrumente und Erfindungen zwischen den beiden Marineressorts ausgetauscht werden.

Nach Ansicht der Konferenz müßte nach dem Beispiele der frankorussischen Marinekonvention auch ein periodischer Meinungsaustausch zwischen den Chefs des russischen und des englischen Admiralstabes vereinbart werden.

Geheimer Bericht des russischen Marineagenten in London an den Chef des russischen Admiralstabes vom 24. Mai/6. Juni 1914. — Nr. 182.

Ich habe die Ehre, Euerer Exzellenz über den Ankauf des Chile gehörigen Dreadnought sowie über das mit England in Aussicht genommene bedingte Abkommen zu berichten.

Vor meiner Abreise nach Petersburg schien es festzustehen, daß die Regierung von Chile dem Verkaufe endgültig zustimmt und daß daher ein solcher in allernächster Zeit abgeschlossen werden könnte.

Nach meiner Rückkehr hierher und nach einer Besprechung mit der Firma Armstrong ergibt sich folgende Lage: obwohl der Marinerat in Chile den Verkauf beider Dreadnoughts gebilligt hatte, hat es die Regierung nicht für möglich befunden, diesen Beschluß zu bestätigen, obwohl bis jetzt noch keine end-

gültige Absage von ihrer Seite erfolgt ist. Dieser Umschwung ist ausschließlich auf den hiesigen chilenischen Gesandten zurückzuführen.

Letzterer hat noch vor Beginn unserer Verhandlungen einmal geäußert, daß er es für möglich halte, die Schiffe nur an England zu verkaufen. Da Armstrong dies weiß, so ist er der Ansicht, daß das einzige Mittel, uns wenigstens ein Schiff zu sichern, darin besteht, daß unser Botschafter Grey bittet, dem Gesandten von Chile zu bedeuten, daß England den Verkauf gern sehen würde. Es ist noch zweifelhaft, ob Grey sich zu einem solchen Schritte entschließen wird. Sollte dies der Fall sein, so können wir damit rechnen, wenn nicht alle beide, so doch wenigstens ein Schiff kaufen zu können. Nachdem Grey nach London zurückgekehrt sein wird, werde ich diese Erwägungen unserem Botschafter unterbreiten und ihn um seine Unterstützung bitten.

Was das in Aussicht genommene Marineabkommen mit England betrifft, so habe ich nach einer Unterredung mit dem Prinzen Battenberg folgendes feststellen können: Die englische Regierung eilt nicht mit dieser Frage, und die Beschleunigung geht von Frankreich aus. Der Prinz beabsichtigt, mit seiner Gemahlin im kommenden August nach Rußland zu reisen, und er ist beauftragt, diese Frage mit dem Marineminister und mit Ihnen zu besprechen. Vor seiner Abreise wird er mich zu einem Meinungsaustausche zu sich bitten, um sich zu den weiteren Verhandlungen vorzubereiten, die dann in Petersburg stattfinden werden. Seine Hoheit ist mit diesen Verhandlungen vollkommen einverstanden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1914.

Ich habe gestern Grey benachrichtigt, daß Kapitän Wolkow aus Petersburg zurückgekehrt sei und die Ermächtigung erhalten habe, die Verhandlungen mit der Admiralität aufzunehmen. Grey antwortete, daß er den Ersten Lord der Admiralität hiervon sofort in Kenntnis setzen werde. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Grey, daß bedauerlicherweise gewisse Indiskretionen in dieser Angelegenheit gemacht worden wären und daß sich zuerst

deutsche und dann auch andere Zeitungen mit dieser Frage befaßt haben. Er bedauert dies um so mehr, als er eine an ihn im Unterhause gestellte diesbezügliche Frage zu beantworten haben wird.

Ich antwortete ihm, daß ich meinerseits diese Indiskretionen außerordentlich bedauere, die sich nur allzuhäufig wiederholten, ich sei überzeugt, daß Euere Exzellenz diesen Standpunkt teile, und ich teilte ihm mit, daß die Nowoje Wremja eine Widerlegung veröffentlicht habe. Grey wußte dies nicht und war hiermit sehr zufrieden. Er bat mich, ihm den Text zukommen zu lassen. Er teilte mir hierauf in allgemeinen Umrissen die Antwort mit, die er im Parlamente zu geben gedenkt und die unsere Verhandlungen ebenso wie die mit Frankreich stattgefundenen decken würde. Ich antwortete ihm, daß es mir zweckmäßig erscheine, die Sache von diesem Standpunkte aus anzufassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 30. Mai/12. Juni 1914. — Nr. 149.

Grey sagte mir, daß er Ihre offenen und freundschaftlichen Erklärungen hinsichtlich der türkischen Marine sehr hoch schätze. Wenn die englische Regierung geglaubt hätte, daß die Entwicklung der türkischen Flotte eine Gefahr für Rußland bedeute, so hätte man den englischen Offizieren nicht erlaubt, in türkische Dienste zu treten. Da diese Erlaubnis jedoch nur erteilt worden ist, um es der türkischen Flotte zu ermöglichen, die Unabhängigkeit der Türkei zu verteidigen, so würde jede Verschiebung des in Aussicht genommenen Zieles von der englischen Regierung nicht gebilligt werden. Grey fügte hinzu, daß eine Absage dazu geführt hätte, daß die türkische Regierung sich an Deutschland gewandt hätte, was den Interessen Rußlands und Englands in gleicher Weise zuwiderlaufe. Was die Bestellung und den Kauf von Schiffen in England anbelange, so verfügt die Regierung über kein legales Mittel, sich diesen zu widersetzen. Immerhin ist der englische Botschafter in Konstantinopel beauftragt worden, bei der Pforte vorstellig zu werden, und in mehr indirekter Weise sollen auch die englischen Offiziere in Konstantinopel sich in demselben Sinne aussprechen. Diese Erklärungen haben jedoch zu dem Resultate geführt, daß ohne vorherige

Benachrichtigung der englischen Regierung und ohne jede Mitwirkung der englischen Marinemission zwischen der türkischen Regierung und den englischen Schiffswerften direkte Kontrakte unterzeichnet worden sind, die sich dem Einflusse der Regierung durchaus entziehen. Grey teilt Ihre Ansicht, daß man Verwicklungen mit Griechenland zu befürchten habe, wenn die Türkei besser gerüstet sein wird; doch hofft er immer noch, daß in Konstantinopel die Vorsicht die Oberhand behalten wird. Sollte die Krise akut werden, so ist die Londoner Regierung bereit, sich ohne Verzug mit uns zu verständigen und über die zu beobachtende Haltung zu beraten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 31. Mai/13. Juni 1914. — Nr. 150.

Ihr Telegramm Nr. 1137 erhalten. Ich habe dieser Tage mehrfach mit dem Auswärtigen Amte verhandelt. Die Schwierigkeit besteht darin, daß der Gesandte von Chile sich nicht nur einem Verkaufe an Rußland, sondern überhaupt jedem Verkaufe widersetzt. Vorgestern sagte mir Grey, er werde eine günstige Gelegenheit benutzen, um dem Gesandten gegenüber soweit wie möglich zu gehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 12./25. Juni 1914. — Nr. 167.

Grey sagte mir heute, er sei durch die in der deutschen Presse zirkulierenden falschen Gerüchte über den Inhalt der angeblichen Marinekonvention zwischen England und Rußland in Verbindung mit der Meerengenfrage sehr beunruhigt; er habe es für nötig gehalten, hierüber vertraulich mit Lichnowsky zu sprechen, der sich nach Kiel begibt, wo er den Kaiser sehen wird. Grey hat dem Botschafter versichert, daß seit fünf Jahren die Frage der Meerengen zwischen England und Rußland nicht erörtert worden ist; er hat versichert, daß zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits weder ein Bündnis noch eine Konvention besteht. Er hat ihm jedoch gesagt, er wolle ihm keineswegs verheimlichen, daß die Intimität zwischen den drei Regierungen in diesen letzten Jahren so groß

geworden ist, daß sie sich bei allen Gelegenheiten über alle Fragen verständigt hätten, ganz als ob sie Verbündete wären. Andererseits bestätigte er, daß im Laufe dieser Jahre solche Verhandlungen niemals einen gegen Deutschland gerichteten Charakter angenommen, noch sich auf die sogenannte Einkreisungspolitik bezogen hätten [1]).

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Juni 1914.

Unmittelbar vor der Abreise unseres Kuriers beeile ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern wieder eine lange Unterredung mit dem englischen Botschafter gehabt habe, den ich auf

[1]) An dieser Stelle ist die Beantwortung der Anfragen King und Byles durch Sir Edward Grey im englischen Unterhause im Juni 1914 zu erwähnen:

Mr. King fragt, ob in letzter Zeit irgendein Marineabkommen zwischen Rußland und England abgeschlossen worden ist, oder ob irgendwelche Verhandlungen, die sich auf ein Marineabkommen beziehen, in letzter Zeit stattgefunden haben oder augenblicklich zwischen Rußland und England stattfinden.

Sir William Byles fragt den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, ob er irgendeine Mitteilung bezüglich eines angeblichen neuen Marineabkommens zwischen England und Rußland machen kann; wie weit ein derartiges Abkommen unsere Beziehungen zu Deutschland beeinflussen würde; und ob er dem Hause Dokumente vorlegen will.

Sir Edward Grey: Der Vertreter von North Sommerset hat im letzten Jahre eine ähnliche Anfrage, die sich auf militärische Kräfte bezog, gestellt, und der Vertreter von North Salford hat an demselben Tage eine ähnliche Frage wie heute gestellt. Der Premierminister hat damals geantwortet, daß, wenn ein Krieg zwischen europäischen Staaten ausbrechen sollte, es keine unveröffentlichten Verträge gibt, welche die Freiheit der Regierung oder des Parlaments beeinträchtigen oder einschränken könnten, zu beschließen, ob England an einem Kriege teilnehmen solle oder nicht. Diese Antwort deckt beide auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Sie bleibt heute ebenso richtig, wie sie es vor einem Jahre war. Keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht sind seither zu irgendeinem Abschlusse gebracht worden, welche die Erklärung weniger richtig machen würden. Keine derartige Verhandlungen finden augenblicklich statt, und soweit ich urteilen kann, ist es nicht wahrscheinlich, daß man in solche Verhandlungen eintreten wird. Sollte jedoch ein Abkommen getroffen werden, welches es nötig machen sollte, die letztjährige Erklärung des Premierministers zurückzuziehen, so müßte meiner Ansicht nach ein derartiges Abkommen dem Parlamente mitgeteilt werden, und ich nehme an, daß dies auch in der Tat der Fall sein würde.

die ernste Gefahr einer Erkaltung unserer Beziehungen zu England wegen der persischen Frage hinwies. Ich setzte hierbei voraus, daß die in letzter Zeit in England bemerkbare Beunruhigung und Erregung wahrscheinlich darauf zurückzuführen sei, daß in diesem Lande wieder Befürchtungen hinsichtlich der Stellung Englands in Indien laut werden. Sir George Buchanan gab zu, daß meine Annahme zum großen Teile zutrifft. Infolgedessen habe ich ihm nochmals alle Argumente wiederholt, die beweisen, wie unbegründet derartige Befürchtungen seien, und ich habe sogar angedeutet, daß wir, wenn dies erwünscht sein sollte, der englischen Regierung und der öffentlichen Meinung diesbezügliche beruhigende Erklärungen in der allerbestimmtesten Form abgeben könnten.

Ich habe mich einstweilen mit diesen Andeutungen begnügt, doch erscheint es mir durchaus möglich, später im Zusammenhang mit unseren weiteren Verhandlungen England vorzuschlagen, ihm eine ebenso wirksame Garantie seiner indischen Besitzungen zu geben, wie dies im Jahre 1902 von seiten Japans erfolgt ist.

Im jetzigen Zeitpunkte scheint es mir notwendig, die in Aussicht genommene Marinekonvention so schnell wie möglich abzuschließen. Es ist wichtig, den Abschluß dieser Vereinbarung nicht hinauszuschieben, und Seine Majestät hat geruht, sich gestern dem englischen Botschafter gegenüber in meinem Beisein in diesem Sinne auszusprechen. Zum Schlusse will ich erwähnen, daß Sir George Buchanan gestern vom Kaiser in spezieller Audienz empfangen worden ist, um einen eigenhändigen Brief König Georgs zu übergeben. Dieser Brief ist in sehr freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt und drückt die Hoffnung Seiner Majestät aus, daß die Beziehungen Rußlands und Englands wegen der persischen Fragen keine Trübung erleiden werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Juni/2. Juli 1914.

Ich habe Ihren sehr vertraulichen Brief vom 12./25. Juni erhalten. Die Antwort, die Ihnen Sir George Buchanan auf Ihre Erklärung, daß es sich in England um ein Wiederaufleben der alten Befürchtungen für Indien handelt, gegeben hat, ist

zwar richtig, muß jedoch durch einige weitere Worte ergänzt werden.

Da die Sicherheit Indiens eine Folge der politischen Entente zwischen Rußland und England ist, so ergibt sich hieraus, daß sowohl die öffentliche Meinung als auch die Regierung Englands in völligem Vertrauen zu unseren Absichten keinerlei Befürchtungen hegen, solange diese Entente besteht. Sollte letztere aufhören, so würden natürlich auch jene Befürchtungen wiederaufleben. Es handelt sich also nur um eine Hypothese, an die man jedoch nur dann denkt, wenn die Entente durch die Ereignisse in Persien bedroht zu sein scheint. Es scheint mir wichtig, diesen Unterschied zu betonen, denn die englischen Befürchtungen gehen nicht weiter, als ich eben angedeutet habe.

Dies schließt jedoch nicht aus, daß man anläßlich bestimmter Modifikationen unserer jetzigen Vereinbarungen eine Formel finden könnte, die die Sicherheit Indiens in noch unmittelbarerer Weise zum Ausdruck bringt; dies würde unsere Entente nur noch enger gestalten.

Die Unterredungen, die ich in den letzten Tagen mit Grey gehabt habe, beweisen dies in ebenso deutlicher wie überzeugender Weise. Ich werde alles in meinen Kräften Stehende tun, um die Verhandlungen zwischen Kapitän Wolkow und der englischen Admiralität zu beschleunigen. Ich sehe keinen Hinweis darauf, daß die englische Regierung die geringsten Bedenken hegt, das in Paris beschlossene Projekt auszuführen. Ich glaube im Gegenteil, daß diese Frage seither in den Augen der englischen Regierung eine noch größere Bedeutung angenommen hat: sie erblickt hierin eine praktische Notwendigkeit und eine natürliche Folge der Entente. Wenn die Sache sich bis jetzt hingezogen hat, so ist dieses dem Umstande zuzuschreiben, wovon man mich übrigens gleich zu Anfang verständigt hatte, daß die Regierung den Prinzen Louis von Battenberg beauftragen will, die Verhandlungen in Petersburg zum Abschlusse zu bringen. Das genaue Datum dieses ganz privaten Besuches, über den nichts in die Öffentlichkeit dringen sollte, ist noch nicht bestimmt. Natürlich hängt der Zeitpunkt dieses Besuches nur in geringem Maße von dem Prinzen Louis selbst ab.

Ein Umstand, der auf den ersten Blick hin nur untergeordnete

Bedeutung hat, in Wirklichkeit aber viel wichtiger ist, als man anzunehmen geneigt ist, hat bis jetzt bis zu einem gewissen Grade die vorbereitenden Verhandlungen Kapitän Wolkows beeinträchtigt. Ich spreche von den begangenen Indiskretionen. Es ist richtig, daß diese, wahrscheinlich in Paris begangen, nicht weiter verwundern. Immerhin muß bemerkt werden, daß niemals etwas über das englisch-französische Abkommen bekannt geworden ist.

Es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß dieses Mal die Beunruhigung in Berlin eine sehr große gewesen ist. Vielleicht will Sir Edward Grey, daß diese Beunruhigung sich etwas legt, bevor er weiter verhandelt. Es ist in der Tat richtig, daß es ihm schwerfallen würde, gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln — eine Rolle, die er sowohl Deutschland als auch einem sehr beträchtlichen Teile seiner eigenen Partei und der englischen Presse gegenüber spielen müßte.

Selbstverständlich wird Ihre Aussprache mit dem englischen Botschafter einen guten Einfluß ausüben.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. Juli 1914.

Ich habe Ihnen heute nur wenig Interessantes zu berichten.

Gestern sagte mir Grey, er habe in den letzten Tagen weiter keine beunruhigenden Nachrichten aus Wien und Berlin erhalten. Immerhin schien er nicht sehr beruhigt. Er hält den Ausbruch nationaler Leidenschaften für recht gefährlich, um so mehr als es nur wenig Elemente gibt, die imstande wären, diese Leidenschaften zurückzudämmen. Er sagt, daß wir nicht mehr darauf rechnen können, daß Deutschland unter allen Umständen der „Friedensstifter" ist. Nicolson ist weniger beunruhigt. Sein Standpunkt ist der, daß Kaiser Franz Joseph noch weniger als im vorigen Jahre kriegerische Verwicklungen wünschen kann und daß der Erzherzog Franz Ferdinand, welcher der Aktionspartei als Führer hätte dienen können, nicht mehr da ist. Ich habe keinen Zweifel, daß Grey in Berlin und Wien eine sehr deutliche Sprache geführt hat. . . . . .

D
511
S4727
1921

Siebert, Benno von
Diplomatische
Aktenstücke zur Geschichte
der Ententepolitik der
Vorkriegsjahre

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 27 05 03 002 7